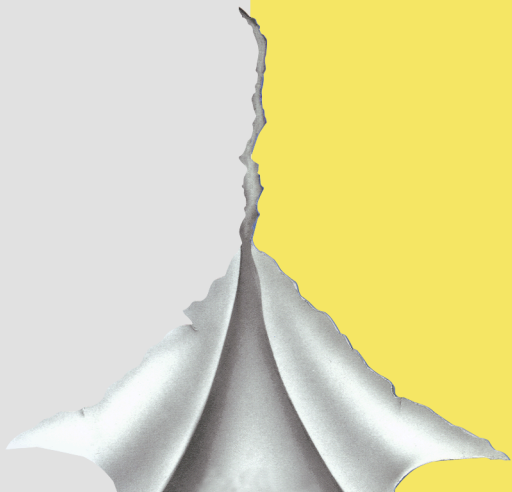
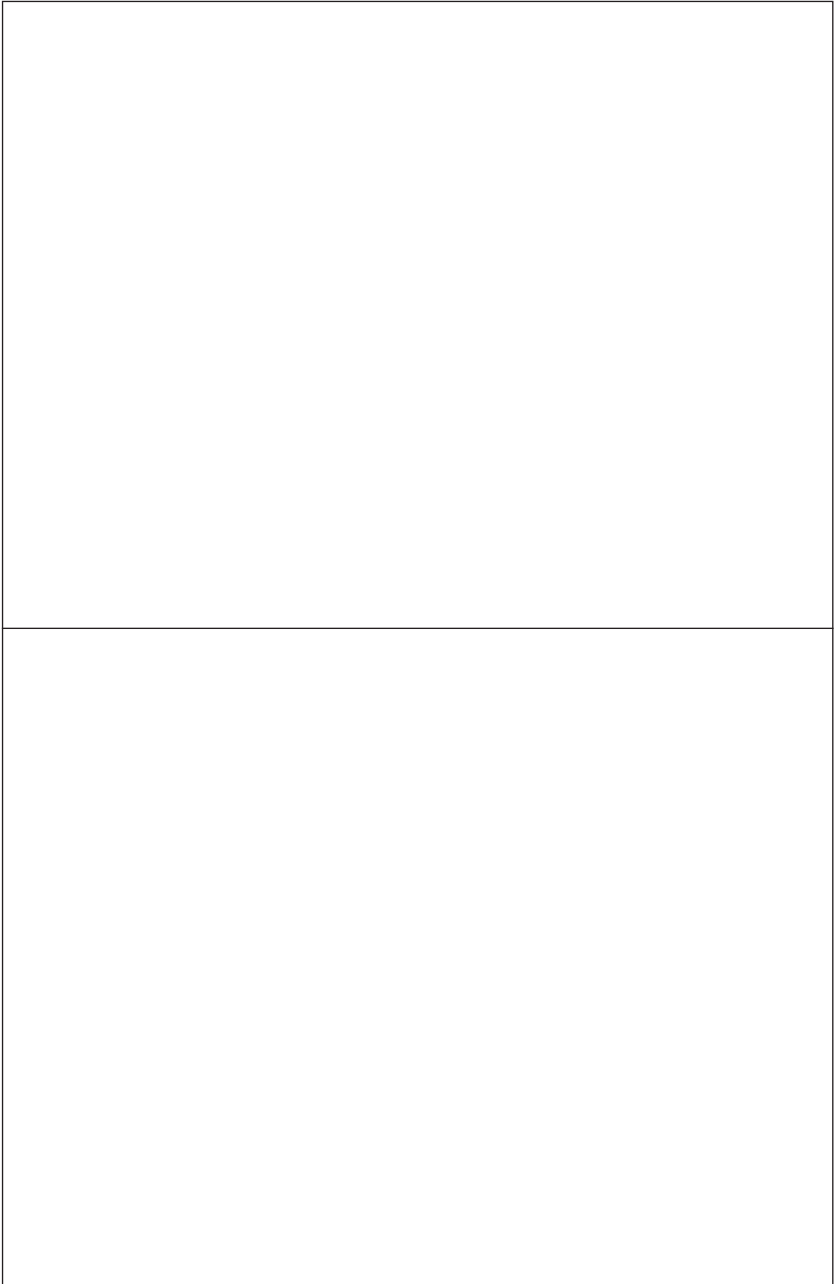


**Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)**

Extremismus & Demokratie





Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

23. Jahrgang 2011



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (0351) 46 33 28 02; Prof. Dr. Alexander Gallus, Universität Rostock, Historisches Institut, August-Bebel-Str. 28, 18051 Rostock, Tel. (0381) 4982732; Prof. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53 127720.

Redaktionsassistentz: Madeleine Petschke, M. A., Dr. Thomas Schubert

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim.

Internet:

<http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pspi/jahrbuch>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7131-1

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt	Band 23 (2011)
Editorial	7
Analysen	
Eckhard Jesse, Feindbilder im Extremismus	13
Wilhelm Mensing, Die sowjetische Auslieferung deutscher Emigranten	37
Birgit Enzmann, Der Neue Mensch – ein totalitäres Projekt?	66
Gransow/Partmann/Strohmeier, Politischer Rechts- und Linksextremismus	84
Forum: Der Streit um die „Extremismusklausel“	
Fragen	108
Antworten	111
Dorothee Bär	111
Florian Bernschneider	113
Ulla Jelpke	115
Monika Lazar	118
Sönke Rix	121
Antworten zu den Antworten	126
Daten, Dokumente, Dossiers	
Eckhard Jesse, Wahlen 2010	129
Uwe Backes, Organisationen 2010	140
Alexander Gallus, Dokumentation 2010	158
Lars Normann, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der DVU	165
Andreas M. Vollmer, Das Erbe der WASG für die Partei „Die Linke“	185
Michail Logvinov, Deutschland im Visier des islamistischen Terrorismus	200
Marc Brandstetter, Biographisches Porträt: Matthias Faust	220
Thomas Schubert, Länderporträt: Dänemark	234
Marie-Isabel Kane, Zeitschriftenporträt: Interim	260
Literatur	
<i>Literaturbericht:</i>	
Lazaros Miliopoulos, Islamdebatte und Nah-/Mittelostpolitik	277
<i>Sammelrezension:</i>	
Werner Müller, Zwanzig Jahre deutsche Einheit	298
<i>»Kontrovers besprochen«:</i>	
Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab (Al-Wazir, Dustdar, Horn, Kramer)	312

Inhalt

Rezensionessay:

Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit (Hans Fenske)	325

»Wieder gelesen«:

Seymour M. Lipset, Demokratie der Soziologie (Thomas Schubert)	330
<i>Literatur aus der „Szene“:</i> Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand (Patrick Moreau)	336

Hauptbesprechungen:

Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), Autoritarismus Reloaded (Marianne Kneuer)	342
Maurizio Bach/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung und Regime (Ernst Nolte)	346
Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus (Uwe Ullrich)	350
Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland (Stephan Hilsberg)	354
George W. Bush, Decision Points (Ulrike Esther Franke)	357
Stéphane Courtois (Hrsg.), Das Handbuch des Kommunismus (Rudolf van Hüllen)	360
Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die Mitte in der Krise (Max Kaase)	363
Lars P. Feld/Peter M. Huber/Otmar Jung/Christian Welzel (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2009 (Frank Decker)	369
Sonja Grimm, Erzwungene Demokratie (Erhard Forndran)	372
Peter Longerich, Goebbels (Bernd Jürgen Wendt)	378
Peter März, Mythen, Bilder, Fakten (Jens Reich)	382
Hans Mommsen, Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (Felix Dirsch)	386
Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte (Alfons Söllner)	389
Herfried Münkler, Mitte und Maß (Barbara Zehnpfennig)	394
Heinrich Oberreuter, Wendezeiten (Wilfried von Bredow)	397
Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments (Tom Mannewitz)	400
Tim Spier, Modernisierungsverlierer? (Kai Arzheimer)	403
Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland (Jürgen R. Winkler)	406
Peer Steinbrück, Unterm Strich (Matthias Rößler)	409
Verfassungsschutzbericht 2009 (Madeleine Petschke)	413

<i>Kurzbesprechungen</i>	417

<i>Kommentierte Bibliographie</i>	488

<i>Zeitschriftenauslese</i>	502

<i>Verzeichnis der besprochenen Bücher</i>	504

<i>Mitteilungen und Hinweise</i>	511

<i>Personenverzeichnis</i>	515

<i>Autorenverzeichnis</i>	533

Editorial

Die „Extremismusklausel“ (oder „Demokratieerklärung“) hat auf Landes- und Bundesebene für Kontroversen gesorgt. Die seit Jahren übliche Praxis, die Vergabe staatlicher Mittel an zivilgesellschaftliche Initiativen im Rahmen laufender Programme zur Förderung von Demokratie und Toleranz und zur Bekämpfung von Extremismus und Gewalt an Loyalitätspflichten zu binden (insbesondere ein Bekenntnis zu den Fundamenten des Grundgesetzes), ist in die Kritik geraten, weil von den geförderten Initiativen nunmehr auch erwartet wird, dass sie die Verfassungstreue ihrer Kooperationspartner genau prüfen. Darin sehen viele ein unbegründetes Misstrauen und eine gewisse Anmaßung des Staates gegenüber der demokratischen Zivilgesellschaft. Nicht zu übersehen sind darüber hinaus die Probleme, die manche Kritiker damit haben, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung im Koalitionsvertrag eine Erweiterung des Aufmerksamkeitspektrums der Unterstützungsprogramme im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik zur Stärkung von Toleranz und Demokratie auf das Themenfeld Linksextremismus anmahnt. Manche Initiativen nutzen den Protest gegen die „Extremismusklausel“ für einen prinzipiellen Feldzug gegen das Extremismuskonzept. Ein Beispiel: Anlässlich eines „Aktionstages“ gegen die Extremismusklausel wandte sich die Leipziger Stadträtin der Partei „Die Linke“ Juliane Nagel gegen die „neue Ausrichtung des Bundesprogramms ‚Toleranz fördern – Kompetenz stärken‘, das sich nicht mehr nur gegen menschenverachtende Einstellungen, wie Rassismus und Antisemitismus, richten soll, sondern auch eine eigene Initiative gegen so genannten Links- und islamischen Extremismus umfasst. DIE LINKE Sachsen lehnt den Extremismusbegriff als politischen Kampfbegriff ab.“ Auf der Homepage der Stadträtin findet sich folgende Selbstcharakterisierung: „Ihr Engagement für ein Bedingungsloses Grundeinkommen und gegen staatliche Repression und Bevormundung markiert zugleich eine grundsätzliche weltanschauliche Linie: der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Vielmehr gilt es ‚alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.‘ (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung)“.

Um einen Beitrag zur Versachlichung der Kontroverse zu leisten, enthält das Jahrbuch wieder ein *Forum*, diesmal zur „Extremismusklausel“. Abgeordnete aller im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen haben sich dankenswerterweise bereit gefunden, einen ihnen von der Redaktion vorgelegten Fragekatalog zu beantworten. Die Auffassungen gehen naturgemäß weit auseinander und lassen keine Annäherung zwischen Regierung und Opposition in den entscheidenden Fragen erkennen. Immerhin scheint die Praxis zu zeigen, dass die Meinungsunterschiede in der Sache die laufenden Demokratieförderinstrumente in ihrer Wirksamkeit kaum beeinträchtigen. Daran ändern auch die Anstrengungen derer nichts, die aus der „Extremismusklausel“ ein neues Feindbild konstruieren.

Wie Eckhard Jesse in seiner *Analyse* zeigt, besteht eine Gemeinsamkeit der Extremismen darin, dass sie sich vielfältiger Feindbilder bedienen, die nicht selten im Zentrum ihrer Geschichtsdeutungen und politischen Gegenwartdiagnosen stehen. Vergleicht man rechts- und linksextreme Konzeptionen, so treten Ähnlichkeiten wie Unterschiede und Gegensätze in den Feindbildern zutage. Sie haben prägende Wirkung nicht nur auf Ideologien, sondern auch auf Organisationsstrukturen und Strategien der Extremismen. Feindbilder können Extremismen einerseits verschärfen, andererseits abschwächen, wie dies exemplarisch belegt wird. Der demokratische Verfassungsstaat, der ein angemessenes Bild von seinen Feinden haben muss, darf nicht in den Fehler verfallen, sich Feindbilder zueigen zu machen. Er bedarf ihrer nicht.

Eine bedeutsame historische Episode der Annäherung feindlicher Brüder ist Gegenstand der *Analyse* des Bonner Kommunismusforschers Wilhelm Mensing. Er geht der weit verbreiteten Behauptung auf den Grund, infolge des Hitler-Stalin-Paktes seien gezielt deutsche Kommunisten von der Sowjetunion an das Hitlerreich ausgeliefert worden. Eine genaue Prüfung auf der Grundlage aller verfügbaren Quellen zeigt jedoch, dass von einer nach klar definierten Kriterien erfolgenden Ausweisung keine Rede sein konnte. Zwar befanden sich viele Kommunisten unter den Ausgewiesenen. Doch war dies nicht gezielt geschehen, und die beiden Diktaturen hatten sich über den Kreis der Auszuweisenden nicht abgestimmt. Stalin schickte Personen, die für sein System ungefährlich, für das NS-Regime aber auch nicht von besonderem Nutzen waren.

Die NS-Ideologie propagierte wie der Marxismus-Leninismus einen Neuen Menschen, der eine neue Ära der Weltgeschichte einläuten solle. Wie die Eichstätter Politikwissenschaftlerin Birgit Enzmann in ihrer *Analyse* zeigt, ist der Topos des Neuen Menschen stets Ausdruck der Unzufriedenheit mit den realen biologischen, intellektuellen und moralischen Charakteristika des Alten Menschen. Jedoch sind nicht alle Entwürfe des Neuen Menschen, die man etwa in der Geschichte politischer Utopien finden kann, mit totalitären Projekten verknüpft. Sie formuliert eine Reihe von Prüffragen, die eine differenzierte Einordnung erlauben. Totalitäre Formen des Neuen Menschen können demnach aufgrund der Konsistenz der postulierten Ziele, der Art ihrer Formulierung, ihrer Erreichbarkeit, des mit ihnen verbundenen Menschenbildes, des Kreises der am Projekt Beteiligten wie des Umgangs mit denen, die sich nicht beteiligen wollen, eindeutig identifiziert werden.

Einen Ausschnitt der polizeilichen Praxis beleuchtet die *Analyse* der Chemnitzer Politikwissenschaftler Christiana Gransow, Michael Partmann und Gerd Strohmeier. Sie vergleichen links- und rechtsextremistische Straftaten – insbesondere auch gegenüber Polizisten – und untersuchen die damit verbundenen Herausforderungen für die Polizeiarbeit. Anhand der Daten zur „Politisch motivierten Kriminalität“ wird die Entwicklung der Straftaten in ihrer Deliktspezifik nachgezeichnet. Außerdem haben die Autoren Interviews mit polizeilichen Führungskräften geführt, die deutlich machen, wie und in welchem Maße links- und rechtsextremistische Straftaten die Polizeiarbeit bestimmen.

Ergänzende Informationen zur Entwicklung des – legalistischen wie gewaltgeneigten – Links- und Rechtsextremismus im Berichtsjahr bieten die *Dossiers* von Eckhard Jesse

(„Wahlen 2010“) und Uwe Backes („Organisationen 2010“). Auch das *Länderporträt* des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Thomas Schubert (Dänemark) behandelt extreme Linke und Rechte jeweils in ihren parteiförmig-legalen wie gewaltgeneigten Formen. Dem hierzulande meistgelesenen Organ militanter Autonomer hat die Berliner Politikwissenschaftlerin Marie-Isabel Kane ein *Zeitschriftenporträt* gewidmet: „Interim“ erscheint nahezu monatlich und enthält meist eine Fülle von Erfolgsmeldungen und von Rechtfertigungsschreiben gewaltorientierter Aktivisten. Welche Revolutions-szenarien in der Szene kursieren, kann der Leser auch der Besprechung (*Literatur aus der „Szene“*) des Straßburger Politikwissenschaftlers Patrick Moreau entnehmen. Er ordnet ein aus Frankreich stammendes, in Berlin übersetztes und verbreitetes Pamphlet („Der kommende Aufstand“) in den Aktionskontext ein. Auf den rechten Flügel des politischen Spektrums konzentriert sich demgegenüber der Bonner Politikwissenschaftler Lars Normann in seinem *Dossier*. Er beleuchtet den von juristischen Auseinandersetzungen begleiteten Prozess der Fusion zwischen NPD und DVU und bietet zugleich einen Rückblick auf die Entwicklung der DVU-Parteifinanzen. Hier wird nochmals die Abhängigkeit der DVU vom Vermögen des Parteigründers und dessen profitable Kreditvergabepraxis deutlich. Der Schuldenerlass Freys war mithin weniger großzügig, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Aus anderer Perspektive betrachtet der Schweriner Politikwissenschaftler Marc Brandstetter den Zusammenschluss in seinem *Biographischen Porträt*: Er hat mit der Schlüsselfigur Matthias Faust ein ausführliches Interview geführt und beschreibt dessen Entwicklung und Rolle im Fusionsprozess. Ob Faust in Zukunft noch eine zentrale Rolle in der – ohnehin notleidenden – NPD spielen wird, ist durchaus fraglich. Dem entgegengesetzten Flügel des politischen Spektrums hat der Münchner Politikwissenschaftler Andreas M. Vollmer sein *Dossier* gewidmet. Er zeigt u.a., dass die Fusion der WASG mit der PDS/Linkspartei nicht mit einer nachhaltigen „Demokratisierung“ der transformierten SED verbunden war, da die WASG ihre eigenen extremistischen Akteure und Strukturen in den Prozess eingebracht hat. Einen Einblick in die Denkweise von Trotzkiten, die über die WASG zur Linken gestoßen sind, vermittelt das *Dossier* („Dokumentation 2010“) von Alexander Gallus. Das Flugblatt der Sozialistischen Alternative (SAV) („Kapitalismus abschaffen – Sozialismus erkämpfen. Macht mit bei der SAV!“) stammt vom Oktober 2010.

Die Netzwerke von Salafisten zwischen Deutschland und dem Mittleren Osten stehen im Mittelpunkt des *Dossiers* aus der Feder des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Michail Logvinov. Demnach hat die Bedrohung aus, gegen und in Deutschland auch deswegen zugenommen, weil die salafistische Szene durch Islam-Konvertiten und deutschstämmige Türken Zulauf erhält und die in Afghanistan/Pakistan angesiedelten terroristischen Vereinigungen trotz internationaler Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen umfangreiche „Lehrangebote in Dschihadkunde“ unterbreiten. Über die Hintergründe dieser Szene gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur. Einige Titel aus dem Jahr 2010 hat der Bonner Politikwissenschaftler Lazaros Miliopoulos in einem *Literaturbericht* aufgearbeitet. Er behandelt nicht nur den islamischen Terrorismus, sondern zieht auch Studien heran, die das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen, die

wechselseitigen Feindbilder und die damit eng verknüpfte Gewaltspirale im Nahen und Mittleren Osten behandeln.

Wie jedes Jahr würdigt der Literaturteil eine Vielzahl an Neuerscheinungen. Darunter finden sich auch Bücher, die ins Zentrum öffentlicher Empörung und Kritik geraten sind. So behandeln in der Rubrik *Kontrovers besprochen* vier Autoren (Tarek Al-Wazir, Farah Dustdar, Hannelore Horn und Stefan Kramer) den umstrittenen Bestseller des Berliner SPD-Politikers Thilo Sarrazin. Und in einem *Rezensionsessay* setzt sich der Freiburger Historiker Hans Fenske mit dem vieldiskutierten Buch *Das Amt* auseinander. Es dürfte kaum zum Standardwerk taugen. Das gilt jedoch für Seymour M. Lipsets einflussreiche Studie *Soziologie der Demokratie*, die Thomas Schubert in der Rubrik *Wieder gelesen* in Erinnerung ruft. Anderer Art sind die Werke, die der Rostocker Kommunismusforscher Werner Müller in seiner *Sammelrezension* würdigt: eine Anzahl besonders beachtenswerter Neuerscheinungen zum 20-jährigen Jubiläum der deutschen Einheit.

Die Rubriken *Hauptbesprechungen*, *Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* würdigen etwa 300 internationale Neuerscheinungen. Neben einer kleinen *Zeitschriftenauslese* finden sich unter *Mitteilungen und Hinweise* diesmal drei Selbstdarstellungen: „Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.“, „Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.“, „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“.

U.B./A.G./E.J.

Analysen

Feindbilder im Extremismus

Von Eckhard Jesse

1. Einleitung

Extremismen entfalten einen Teil ihrer Dynamik durch Feindbilder. Sie stigmatisieren ihre Gegner, dämonisieren sie oft und ideologisieren deren Positionen. Dadurch wollen sie einen Mobilisierungsschub erreichen und sich in ein günstiges Licht rücken. Es ist offenkundig einfacher, gegen etwas zu sein als für etwas, zumal dann, wenn es sich bei der Gegenideologie um eine Richtung handelt, die gesellschaftlich isoliert oder gar geächtet ist. Durch ein Freund-Feind-Denken versuchen Extremismen nicht nur die eigene Anhängerschaft einzuschwören; sie wollen auch demokratische Kräfte beeinflussen und so in die Offensive gelangen. Die Wissenschaft hat bisher zu wenig berücksichtigt, in welchem Ausmaß Extremismen sich auf Feindbilder stützen. Bei diesen handelt es sich auch um „Abwehr-Ideologien“.¹ Das Feindbild stellt „einen essentiellen Bestandteil des eigenen ideologischen Konzeptes“ dar, „so dass man sozusagen ‚in der Abwehr‘ lebt und diese Abwehr so weit gehen kann, dass eine erfolgreiche Abwehr [...] zum Zusammenbruch der eigenen ideologischen Konzeption führen kann.“² Ob diese Behauptung Tilman Mayers so stimmt, bedarf der Klärung. Weiterhin ist zu prüfen, welche Konsequenzen gleiche und gegensätzliche Feindbilder für Extremismen haben.

Zunächst geht es darum, den Begriff des „Feindbildes“ nach verschiedenen Richtungen hin abzugrenzen, seine Funktionen und Strukturen zu umreißen. Schließlich muss die (doppelte) Frage beantwortet werden, ob demokratische Positionen sich Feindbildern bedienen und ob dies angemessen ist. Die Unterscheidung zwischen einem angemessenen „Bild vom Feind“ und einem ideologisierten „Feindbild“ ist zentral. Wer Feindbilder im Rechts- und im Linksextremismus untersuchen will, sieht sich vor die Frage gestellt, auf welche Feindbilder er sich beziehen möchte. Dem Verfasser kommt es darauf an, bei den Extremisten einerseits ein gegenläufiges Feindbild herauszuarbeiten („den Faschismus“ bzw. „den Kommunismus“) und andererseits ein gleiches („den Amerikanismus“).³ Wer einem primitiven Antikommunismus bzw. einem primitiven

1 So Tilman Mayer, Abwehr-Ideologie, in: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.), Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bonn 2009, S. 33-43.

2 Ebd., S. 34 f.

3 Vgl. aus der Fülle der Literatur u.a. Dan Diner, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, 2. Aufl., München 2003; Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg/Brsg. 2002; Gesine Schwan, Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden 1999; Armin Pfahl-Traugheer, „Antiamerikanismus“ und „Antiwestertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demo-

Antifaschismus huldigt, bedient sich eines Feindbildes, wenn er etwa jeden Missstand auf „Faschismus“ und „Kommunismus“ zurückführt und diese Ideologien dämonisiert. Es gibt aber auch einen begründeten rationalen Antikommunismus⁴ bzw. Antifaschismus. Anders verhält sich dies beim Antiamerikanismus. Ein solcher ist schwerlich argumentativ zu rechtfertigen. Insofern vermeiden selbst in der Wolle gefärbte Antiamerikaner den Terminus des „Antiamerikanismus“. Allerdings ist es nicht angängig, Kritik an der Politik der USA mit dem Schlagetotbegriff des „Antiamerikanismus“ zu denunzieren. Freilich sind die Grenzen hier fließend. „Aber ein einigermaßen deutliches inhaltliches Unterscheidungsmerkmal zwischen pauschalem Antiamerikanismus und informierter Amerikakritik gibt es doch: Jede verantwortungsbewusste und überlegte Amerikakritik wird sich auf konkrete Erscheinungen des politischen oder wirtschaftlichen Lebens der USA konzentrieren, wird sich dabei aber hüten, derartige Einzelbeobachtungen zu verallgemeinern. Der Antiamerikanismus hingegen [...] greift einen aus seiner Sicht verdammenswerten Aspekt US-Amerikas heraus und konstruiert aus diesem einen Aspekt, dann ohne weitere Umschweife ein umfassendes Feindbild der Vereinigten Staaten als der Verkörperung einer politischen Kultur im weitesten Sinne, die sich grundlegend von der politischen Kultur Europas unterscheidet.“⁵ Die Frage nach den Konsequenzen gleicher und gegensätzlicher Feindbilder wirft das Problem auf, ob sich dadurch das gegenseitige Verhältnis ändert. Verstärken gegensätzliche Feindbilder die Feindschaft zwischen den Extremismen, schwächen gleiche sie ab? Die zwei ausgewählten Feindbilder für den Rechts- und den Linksextremismus sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich nicht decken. Schließlich steht der Kommunismus ebenso in einem Gegensatz zum Amerikanismus wie der Faschismus. Welche Konsequenz hat dies für die Überzeugungskraft von Feindbildern? Abschließend wird ein Resümee gezogen und auch auf offene Fragen hingewiesen.

Dieser Beitrag, der auf einen anderen Aufsatz des Verfassers zurückgreift,⁶ will nicht systematisch (tatsächliche oder vermeintliche) Feindbilder von extremistischen Parteien oder subkulturellen Bewegungen untersuchen. Beabsichtigt ist vielmehr, anhand ausgewählter Fälle die Rolle solcher Feindbilder zu verdeutlichen. Die Lückenhaftigkeit dieses Unterfangens zu einer derart komplexen Materie ist damit offenkundig.⁷ Vor allem

kratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 193-217.

4 Das wird im Kern gelegnet bei Jan Korte, Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009.

5 So Klaus Schwabe, Antiamerikanismus gestern und heute, in: Die politische Meinung 48 (2003), Heft 8, S. 57.

6 Vgl. Eckhard Jesse, Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 5-22.

7 So findet der Aspekt des Verschwörungsdenkens bzw. der Verschwörungstheorien, der eng mit den Feindbildern verbunden ist, keine Berücksichtigung. Vgl. Ute Caumanns/Mathias Niendorf (Hrsg.), Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten, historische Varianten, Osnabrück 2001; Andreas Anton, Unwirkliche Wirklichkeiten. Zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien, Berlin 2011.

wird die Thematik nicht ausgereizt, was die Verzahnung zwischen der theoretischen und der empirischen Ebene betrifft. Die nachfolgenden Überlegungen sind eher allgemein gehalten, behandeln also nicht alle Differenzierungen nach der jeweiligen Form des Extremismus.

Ein Beispiel: Der religiöse Fundamentalismus in Gestalt des Islamismus wird ungeachtet seiner Aktualität wie Brisanz ausgespart, um die Thematik nicht zu überfrachten. Hier ließe sich am Beispiel des Rechtsextremismus zeigen, dass die Aufrechterhaltung zweier höchst gegensätzlicher Feindbilder (etwa des Islamismus und der USA) massive Zielkonflikte provoziert. Vereinfacht ausgedrückt: Die eine Variante entscheidet sich dafür, die „westliche Welt“ unter Führung der USA, die Israel unterstützen, als Hauptfeind anzusehen (das gilt etwa für die NPD); die andere Variante hingegen zielt auf den Islamismus und versteht sich als „Retter der westlichen Welt“. So heißt es bei dem Schweden Patrik Brinkmann, der früher zunächst die NPD, dann die DVU unterstützt hatte und nun augenscheinlich hinter der „Bürgerbewegung pro NRW“ bzw. hinter der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ steht: „Wir brauchen [...] in Deutschland eine Rechte, die nicht Israel zum Feind erklärt, sondern den Islam.“⁸ Fast alle rechtspopulistischen Parteien in Europa, ob nun extremistisch oder nicht, zeichnet eine harte Haltung gegenüber dem Islam(ismus) aus, nicht eine Absage an den „American Way of Life“. Freilich gibt es auch Strömungen, die gegen den Islam und die „westliche Welt“ gleichermaßen agitieren.

Bei diesem Thema reden die einen von legitimer Islamkritik und die anderen von illegitimer Islamophobie. Sehen die einen im Islam(ismus) einen Feind des demokratischen Verfassungsstaates, so sprechen die anderen davon, der Islam(ismus) werde als Feindbild aufgebaut.⁹ Die Grenzen zwischen Feind und Feindbild können fließend sein.

Ausgeblendet wird ebenso die Thematik des äußeren Feindes. Nach dem plötzlichen Zusammenbruch des Sowjetkommunismus glaubte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama an das „Ende der Geschichte“.¹⁰ Samuel P. Huntington kontierte und warnte vor dem „Kampf der Kulturen“.¹¹ Dessen Kollege Robert Kagan zeigte sich in dem Buch „Die Demokratie und ihre Feinde“ ebenso realistisch: „Die moderne, demokratische Welt redete sich ein, das Ende des Kalten Krieges habe nicht nur einen, sondern sämtliche strategischen und ideologischen Konflikte beendet.“¹² Dem war in der Tat nicht so. Damit wurde zugleich die Frage aufgeworfen, ob eine militärische Interven-

8 Zitiert nach Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010, Düsseldorf 2011, S. 65.

9 Vgl. etwa Thomas Naumann, Feindbild Islam. Historische und theoretische Gründe einer europäischen Angst; Jürgen Leibold, Fremdenfeindlichkeit und Islamphobie: Fakten zum gegenwärtigen Verhältnis genereller und spezifischer Vorurteile, jeweils in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen verschwinden, Wiesbaden 2009, S. 19-36, S. 145-154.

10 Vgl. Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

11 Vgl. Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1996.

12 Robert Kagan, Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?, München 2008, S. 7.

tion gegen jene Staaten geboten sei, die sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig machen. Das ist ein heikles Thema, das Politik und Wissenschaft gleichermaßen unterschiedlich beantworten¹³, auch wenn Kriterien für heutige UN-Einsätze formuliert sind. Herkömmliche Rechts-Links-Unterscheidungen bleiben dabei auf der Strecke. So schrieb angesichts der zehnjährigen Wiederkehr der Schrecknisse von „nine/eleven“ der langjährige Bundestagsabgeordnete der Union Jürgen Todenhöfer, es sei für den amerikanischen Präsidenten George W. Bush schwierig gewesen, „nach dem Untergang der Sowjetunion wieder ein funktionierendes Feindbild zu finden.“ Der Massenmörder Bin Laden sei da gerade recht gekommen. „Solch ein Feindbild lässt man sich nicht einfach nehmen.“¹⁴ Andere Motive, die Angst vor einem Feind der westlichen Welt, lässt Todenhöfer nicht gelten, obwohl die Fakten eine deutliche Sprache sprechen.

2. Der Begriff „Feindbild“ und Freund-Feind-Stereotypen bei Extremisten

Wer den negativ konnotierten Begriff „Feindbild“ in einschlägigen deutschsprachigen Lexika aufspüren will, wird so gut wie nicht fündig. Man muss schon lange suchen, um ein Stichwort zu finden¹⁵, wie überhaupt die schlechte Erforschung der nicht in eine spezifische Wissenschaftsdisziplin fallenden Thematik auffällt.¹⁶ Das dürfte wesentlich mit der verbreiteten geistigen Verdrängung der Existenz von Feinden zusammenhängen¹⁷, bedingt durch eine nicht auf Krieg gerichtete Politik. Das Wort „Verteidigung“ bekommt ernsthaften Gehalt. Allerdings ist von manchen nicht gesehen worden, dass die von Kommunisten propagierte „friedliche Koexistenz“ eine Form des Klassenkampfes war, nicht dessen Aufgabe. Auch ein Wunschbild ist ein Zerrbild, gehört Feindschaft¹⁸ doch zur politischen Realität wie Freundschaft.

13 Vgl. Wolfgang Merkel, Demokratie „durch“ Krieg?, in: Gero Erdmann/Marianne Kneuer (Hrsg.), Externe Formen der Demokratisierung, Baden-Baden 2009, S. 75-102.

14 Jürgen Todenhöfer, Terror im Namen der Jugend, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. September 2011, S. 16.

15 Vgl. Manfred Schneider, Art. Feindbild. Die Emblematik des Feindes, in: Karl Dedecius (Hrsg.), Wörterbuch des Friedens, Mannheim 1993, S. 48-57; Ekkehard Lippert/Günther Wachtler, Art. Feindbild, in: Dies. (Hrsg.), Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen 1988, S. 78-83.

16 Vgl. immer noch: Günther Wagenlehner (Hrsg.), Feindbild. Geschichte – Dokumentation – Problematik, Frankfurt a.M. 1989; Joseph Berghold, Feindbilder und Verständigung. Grundlagen der politischen Psychologie, Bielefeld 2005; Anne-Katrin Flohr, Feindbilder in der internationalen Politik, Bonn 1991; Sam Keen, Gesichter des Bösen. Über die Entstehung unserer Feindbilder, München 1993; Sybil Wagner, Feindbilder. Wie kollektiver Hass entsteht, Berlin 1989. Unter historischen Aspekten aufschlussreich: Franz Bosbach (Hrsg.), Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit, Köln u.a. 1992; Michael Jeismann, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918, Stuttgart 1992; Christoph Jahr/Uwe Mai/Kathrin Roller (Hrsg.), Feindbild in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1994.

17 Ein gutes Beispiel dafür ist der Beitrag von Horst Ehmke, Feindbilder und politische Stabilität in Europa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 34 (1987), S. 1073-1078.

18 Vgl. Medardus Brehl/Kristin Platt (Hrsg.), Feindschaft, München 2003.

Feindbilder bei Extremisten sind ideologisch besetzt. Sie knüpfen an Stereotypen und Vorurteile an, gehen jedoch darüber hinaus, indem sie eine „andere Person“, ein „anderes Volk“, eine „andere Ideologie“ strikt und ohne jeden Kompromiss ablehnen und bekämpfen – auf einer Grundlage, die nicht rational geprägt ist. Extremisten machen sich fast immer ein Bild von einem Feind, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Der „Feind“ gilt als eine Bedrohung nicht nur der eigenen Gruppe, sondern auch aller gutwillig denkenden Menschen. Die ihm zugeschriebenen Eigenschaften sind durchweg negativ. Er ist moralisch böse, aggressionslüstern, nicht vertrauenswürdig, stellt eine Gefahr dar (für den Frieden, für die eigene Gruppe). Feindbilder sind Zerrbilder.

Freund-Feind-Stereotype gehören zu den Strukturmerkmalen extremistischer Doktrinen.¹⁹ Das absolut Gute steht gegen das absolut Böse. Erich Mielke, der Chef des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR, sprach unumwunden davon, ein „Feindbild“ aufzubauen: „Die Vermittlung und Formung eines realen aufgabenbezogenen Feindbildes der inoffiziellen Mitarbeiter und seine ständige Vervollkommnung ist ein unabdingbarer Bestandteil der Entwicklung profilierter IM-Persönlichkeiten, die in der Lage sind, zielstrebig nach dem Feind zu suchen, ihn aufzuspüren und aufzuklären, ihn zu hassen und auf dieser Grundlage die notwendige Einsatzbereitschaft, Opferbereitschaft und andere wichtige Eigenschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Kampf gegen den Feind hervorzubringen.“²⁰

Wer Feindbilder verfißt, ist in den Kategorien von Freund und Feind gefangen. Ein Freund-Feind-Denken zeichnet das Weltbild von Extremisten aus: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. *Tertium non datur*. Extremisten kommen ohne – innere und äußere – Feindbilder nicht aus. Es kann zu einer merkwürdigen Verschiebung kommen, was das innere und äußere Feindbild betrifft. So kontrastiert die außenpolitisch eher positive Wahrnehmung des Islam bei Repräsentanten des Rechtsextremismus mit der negativen Perzeption im Land. Franz Schönhuber, der ehemalige Vorsitzende der „Republikaner“, bringt die Strategie „Der Feind meines (Haupt-)Feindes“ auf den Punkt: „Im Kampf gegen die amerikanisch-israelische Weltherrschaft sollten wir notfalls auch eine Zusammenarbeit mit jenen Islamisten nicht scheuen, die den Kampf gegen Amerika ohne terroristische Aktionen führen.“²¹ Freilich – und das ist die Kehrseite – wird durch diese Instrumentalisierung das antiislamistische Feindbild massiv geschwächt.

Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann haben ein auf sieben Merkmalen basierendes Feindbild-Syndrom herausgearbeitet: Misstrauen (der Feind hat unlautere Motive), Schuldzuschreibung (der Feind ist für die negativen Verhältnisse verantwortlich), negative Antizipation (der Feind bezweckt Negatives), Identifikation mit dem Bösen (der Feind ist auf Vernichtung des Guten aus), Nullsummend Denken (der Vorteil des Feindes ist der eigene Nachteil), De-Individualisierung (jeder, der zur Gruppe des Feindes ge-

19 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 305 f.

20 Zitiert nach Sandra Pingel-Schliemann, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002, S. 177.

21 Franz Schönhuber, Deutscher Selbstmord?, in: Nation & Europa 52 (2002), Heft 1, S. 55.

hört, ist eo ipso schlecht), Empathieverweigerung (der Feind verdient es nicht, dass man sich in seine Gedankenwelt hineinversetzt).²² Auch wenn nicht jede extremistische Kraft, die Feindbilder verfiicht, alle Merkmale teilen muss, so macht dieses Syndrom doch die Geschlossenheit eines solchen Denkens deutlich. Umgekehrt sind auch demokratische Positionen nicht frei davon, Feindbilder zu gebrauchen. Allerdings stehen sie hier nicht im Zentrum des Gedankengebäudes.

Die Funktionen von Feindbildern sind vielfältig. Da es sich bei Extremisten in der Regel um Überzeugungstäter handelt, sind die Feindbilder meistens nicht simuliert. Ihnen wohnt also weniger eine Instrumentalisierungsfunktion inne als vielfach angenommen, auch wenn manche „Verschwörungen“ der Feinde augenscheinlich konstruiert sind.²³ Allerdings spielen solche, manipulativen Zwecken dienenden Instrumentalisierungen zuweilen eine Rolle. So heißt es in Adolf Hitlers „Mein Kampf“: „Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinander liegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schlichten und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Recht führt. [...] Dabei muss eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefasst werden, so dass in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird.“²⁴

Feindbilder dienen wesentlich dazu, sich nach außen abzugrenzen. So stärken sie die eigene Identität gegenüber dem als Feind wahrgenommenen Anderen. Dieser identitätsstiftenden Funktion kommt eine große Bedeutung zu. Die K-Gruppen, ein extremistisches Zerfallsprodukt der Studentenbewegung, mit ihrem Hass auf den westlichen Kapitalismus und östlichen „Staatskapitalismus“ schotteten sich in den siebziger Jahren von der Umwelt in einer Weise ab, die einem sektiererischen Rückzug glich.²⁵ Bei dem kommunistischen Revolutionär Wladimir I. Lenin sah das Bedrohungsszenario in seiner Schrift „Was tun?“ folgendermaßen aus: „Wir schreiten als ein geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevолlem Wege dahin. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren.“²⁶

22 Vgl. Kurt R. Spillmann/Kati Spillmann, Feindbilder. Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus, in: Beiträge zur Konfliktforschung 19 (1989), Heft 4, S. 19-36.

23 Vgl. (mit unterschiedlichen Akzentuierungen) Armin Pfahl-Traugher, Der antisemitisch-freimaurerische Verschwörungsmithos in der Weimarer Republik und im NS-Staat, Weinheim 1993; Johannes Rogalla von Bieberstein, „Jüdischer Bolschewismus“. Mythos und Realität, 3. Aufl., Schnellroda 2003.

24 Zitiert nach Armin Pfahl-Traugher, Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln u.a. 2003, S. 193-234, hier S. 231.

25 Vgl. die Darstellung ehemaliger Mitglieder solcher K-Gruppen. Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, 2. Aufl., Berlin 1978; siehe auch die persönlich getönte Darstellung von Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution, Köln 2001.

26 Zitiert nach Backes (FN 19), S. 305. Siehe auch den letzten Artikel von Rosa Luxemburg, Die Ordnung herrscht in Berlin, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2001, S. 534-536.

Feindbilder sollen die Bedrohungsgefühle steigern. Das kommt zuweilen in aggressiven Wendungen zum Ausdruck. Der Feind trägt diabolische Züge, gilt als „furchterregendes Monstrum, als Bestie, als Teufel in Menschengestalt“²⁷, um einige Attribuierungen zu nennen. Zum Teil wird ihm gar das Menschsein abgesprochen (wie bei der Argumentation der RAF-Terroristen, für die Repräsentanten des Staates „Schweine“/„pigs“ waren). Dann ist die Hemmschwelle bei der Gewaltanwendung stark gesenkt. Ulrike Meinhof sagte nach der Befreiung von Andreas Baader, der Geburtsstunde des deutschen Linksterrorismus: „Die Bullen sind Schweine, [...] der Typ in der Uniform [...] ist kein Mensch, [...] wir haben nicht mit ihm zu reden, [...] und natürlich kann geschossen werden. [...] Und wenn wir es mit ihnen zu tun haben, dann sind das eben Verbrecher, dann sind das eben Schweine, und das ist eine ganz klare Front.“²⁸ In den „Kommandoerklärungen“ der „Roten Armee Fraktion“ kam das Wort „Schwein“ für Repräsentanten des Staates oft vor. Dem Feindbild „Schwein“ wurde das für die eigene Gruppe vorbehaltene Freundbild „Mensch“ gegenübergestellt.²⁹ Für sich reklamierte man, zu den „wahren Menschen“ zu gehören. Ein wahrer Mensch könne nur sein, wer die „Schweine“ bekämpfe. Im Namen der „Menschheit“ wurde der konkrete Mensch herabgewürdigt. „Die gegensätzlichen Formeln ‚Schwein‘ und ‚Mensch‘ kennzeichnen ein an Krassheit nicht mehr zu überbietendes Freund-Feind-Denken.“³⁰ Terroristen waren so in Feindbild-Kategorien gefangen, dass sie sich untereinander in menschenverachtender Weise zerfleischten. Die Kassiber Andreas Baaders und Gudrun Ensslins sind inhumane Zeugnisse von Verwahrlosung, ja Verrohung.³¹ Die unterschiedlich konnotierte Charakterisierung als „Hitlers Kinder“³² trifft für die Ebene der Gewalt vollständig zu.

Feindbildern kommt ferner die Funktion zu, den als negativ empfundenen Wandel oder den pejorativ bewerteten Status quo einer spezifischen Gruppe zuzuschreiben, etwa Fremden. „Während dem Inneren ein eminenter Wert verliehen wird, wird dem Außen geringerer Wert beigemessen.“³³ Die Idealisierung der eigenen Richtung hat Konsequenzen. Wer wie Rechtsextremisten die eigene Nation pauschal überhöht, setzt automatisch andere Völker herab. Aus dem idealisierten Freundbild ergibt sich gleichsam automatisch ein perhorresziertes Feindbild. Um dies zu sichern, bedarf es der „Kontaktvermeidung“³⁴ zum Antipoden. So tritt keine Auflockerung des Feindbildes auf, wird doch die Integration der

27 Flohr (FN 16), S. 17.

28 Zitiert nach Veronica Biermann, „Metropolenguerilla“ contra „Schweinesystem“ – „Rechtsstaat“ contra „Baader-Meinhof-Bande“, in: Jahr/Mai/Roller (FN 16), S. 235.

29 Vgl. ebd., S. 235.

30 Ebd., S. 236.

31 Vgl. etwa die Belege bei Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003; siehe auch Kurt Oesterle, Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Beck, Tübingen 2003.

32 Vgl. Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt a.M. 1978.

33 Hilde Weiss, Ethnische Stereotype und Ausländerklischees. Formen und Ursachen von Fremdwahrnehmungen, in: Karin Liebhart/Elisabeth Menasse/Heinz Steinert (Hrsg.), Fremdbilder – Feindbilder – Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden, Klagenfurt 2002, S. 18.

34 So Flohr (FN 16), S. 30.

eigenen Richtung gefördert. Nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer achteten die Terroristen strikt darauf, dass keine menschlichen Beziehungen zwischen ihnen und dem Repräsentanten des „Großkapitals“ aufkommen konnten, auch wenn sich angesichts widriger Umstände die Bewacherpersonen nicht beliebig austauschen ließen.³⁵

Wegen der als undurchschaubar und unübersichtlich geltenden Wirklichkeit dienen Feindbilder für den politischen Extremismus der Selbstvergewisserung, schlagen sie eine Schneise in das Dickicht komplexer Interaktionen. So lassen sich Anhänger gewinnen, die einen „Sündenbock“ brauchen. Der eigene Misserfolg kann mit der hegemonialen Haltung als feindlich geltender Strömungen erklärt werden. Feindbilder tragen zur – vermeintlichen – Klärung der „Fronten“ bei. Sie trüben die Wirklichkeitsperzeption und kehren sich damit unter Umständen gegen diejenigen, die sie ins Leben gerufen und mit ihnen hantiert haben. So war die Staatssicherheit beim Aufspüren der „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) und der „politisch-ideologischen Diversion“ (PID) derart in ihrem Feindbild gefangen, dass sie sich von Fehlwahrnehmungen leiten ließ. Nicht alle, die als „Feinde“ galten, waren solche. „Das Freund-Feind-Bild trug dazu bei, dass die MfS-Mitarbeiter nicht erkannten, was wirklich vor sich ging. Opposition war das Produkt innerer struktureller Probleme und nicht das Ergebnis der zentralen Steuerung der ‚PID‘.“³⁶

Der beständige Gebrauch von Feindbildern bei Extremisten ist ein überzeugendes Indiz dafür, dass Extremismus nicht erst bei der Propagierung oder gar der Praktizierung von Gewalt anfängt. Die Verfassungsfeindlichkeit zeigt sich u.a. in den stereotypen Feindbildern, die weder zum Abbau von Konflikten noch zum Aufbau von Kompromissen beitragen. Extremisten kommen ohne solche nicht aus. Sie sind auf Feinde fixiert und benötigen dafür entsprechende Feindbilder.

Die Struktur von Feindbildern steht in einem engen Zusammenhang zu ihren Funktionen. Diese können sie nur erfüllen, wenn ihre Struktur an bestehende (Vor-)Urteile anzuknüpfen vermag. Ist die Struktur besonders plump, verfangen Feindbilder in einer pluralistischen Gesellschaft nicht oder kaum. Sie sind so konstruiert, dass ein Kompromiss zwischen dem eigenen Leitbild und dem fremden Feindbild verbaut ist. Konflikte können nicht schiedlich-friedlich geregelt werden. Extremisten sind von einem *worst case*-Verständnis geprägt. Und: Das eigene, oft angstbesetzte Bild basiert darauf, der als Feind angesehene Andere unterliege einem kollektivistischen Denken.

Charakteristisch für die Struktur der Feindbilder bei Extremisten sind damit Schwarz-Weiß-Kategorien. Dem Feind werden ausschließlich negative Eigenschaften zugeschrieben. Manichäische Weltbilder dominieren. Zugleich wohnt ihnen eine Beliebigkeit inne. „Gleiche Verhaltensweisen werden, je nachdem, ob der eigene Staat (und seine Verbündeten) oder feindliche Staaten (und ihre Verbündeten) sie vollziehen, nach

35 Vgl. Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs-Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997, S. 287 f.

36 So Pingel-Schliemann (FN 20), S. 123. – Auch das Dritte Reich betrieb „Gegnerbestimmung“ im starken Maße. Vgl. dazu Lutz Hachmeister, Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.

unterschiedlichen Maßstäben beurteilt.³⁷ Die eigenen Motive gelten als selbstlos, die der anderen als egoistisch. Behält der „Feind“ seine Position bei, so gilt dies als Ausdruck von Starrsinn; ändert er seine Position, wird das als perfider Trick interpretiert. Der Feind firmiert als Angst-, Projektions- und Aggressionsobjekt zugleich.³⁸ Freilich gilt das nicht nur für extremistische Ideologien.

Die Feindbilder enthalten einen wahren Kern, wenn man etwa an das (frühere) anti-kommunistische Feindbild bei Rechtsextremisten denkt oder an das antifaschistische Feindbild bei Linksextremisten. Die Grenzen zwischen (ideologisch aufgeladenen) Feindbildern und rationalen „Bildern von Feinden“ können freilich fließend sein. Die Struktur der Feindbilder von Extremisten zementiert sich, wenn diese auch in demokratischen Kreisen Unterstützung finden. Sie fühlen sich bestätigt. In der Regel ist die Feindbildstruktur von Extremisten nicht mit der Abwehrbereitschaft des demokratischen Verfassungsstaates zu erklären. Die Interaktionsthese ist vielfach empirisch nicht triftig. Wenn die „Rote Armee Fraktion“ die Bundesrepublik Deutschland als „Schweinesystem“ apostrophiert hat, dann war dies keine Reaktion auf staatliche Schutzmaßnahmen, die in dem einen oder anderen Fall eine Überreaktion gewesen sein mögen. Feindbildern wohnt eine hochgradig ideologisierte Weltsicht und Sprache inne – man denke an „Konsumterror“ und „Klassenjustiz“.

Die Struktur des Feindbildes ist zum Teil vage gehalten, so dass vieles hineinpasst. Das gilt etwa für die diffuse fremdenfeindliche „Szene“. „Es sind die mit biologisch aufgeladenen Ungeziefernamen und Abartigkeitsbezeichnungen stigmatisierter Gruppen, die nach einem abstrakten Merkmalskatalog definiert werden, und denen konkrete Individuen dann im sozialen Nahraum zugeordnet werden. Die ‚Oberfeinde‘ sind ‚Kanakaken‘ und ‚Zecken‘. Erstere sind phänotypische ‚Undeutsche‘, letztere ‚Undeutsche nach Ideologie und Kultur‘. In jedem Fall ist ihre ‚Bekämpfung‘ in den Augen der Szenevertreter moralisch legitim, weil sie als apokalyptische Verderber des ‚Deutschen‘ gelten. [...] In den Feindbildkreis gehören weiter: Juden, ‚Popen‘, ‚Schwule‘, ‚Kinderficker‘ und andere ‚Abartige‘, ‚Assis‘ oder ‚Asseln‘, ‚Mukus‘ (Multikulturelle), ‚Politbonzen‘ und ‚Systembullen‘, Freimaurer und ‚Illuminaten‘. Auch ‚genotypisch Behinderte‘ finden als ‚unwertes Leben keine Gnade‘.“³⁹ Eine derartige Wahrnehmung ist deshalb so gefährlich, weil sie Ausdruck von Verhörung ist und solche weiter fördert. „Die meisten Arten dieser Ideologien haben die Tendenz gemein, ein doppeltes Feindbild zu entwickeln – gegen die äußere Bedrohung durch Juden, Moslems oder andere ethnische oder religiöse ‚Fremde‘ und gegen Verräter im Inneren, die als Kollaborateure mit dem Feind gelten.“⁴⁰ Dieses „doppelte Feindbild“ galt etwa auch für Kommunisten. So

37 Flohr (FN 16), S. 64.

38 Vgl. ebd., S. 69 f.

39 So Bernd Wagner, Rechtsextremismus und Schule, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2000, S. 161.

40 Tore Bjørge, Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 991.

sind in der Sowjetunion mehr führende deutsche Kommunisten umgebracht worden als von den Nationalsozialisten.⁴¹ Das Feindbild kehrte sich gegen die eigene Richtung.

Extremisten ziehen ihre Anziehungskraft vielfach nicht aus der eigenen Position, sondern häufig aus der massiven Kritik an der etablierten Ordnung. Je schlechter sie diese wahrnehmen, umso mehr Recht schreiben sie sich zu, deren Repräsentanten zu stigmatisieren. Extremisten projizieren in den Gegner alle negativen Eigenschaften hinein. Die selektive Wahrnehmung – bedingt durch Informationsverlust, Informationsverzerrung, Informationsfilterung – begünstigt ein Feindbild, das mit der Realität wenig gemein hat. Extremisten, freilich nicht nur sie, sind deshalb oft unzureichend in der Lage, gesellschaftlichen Wandel wahrzunehmen. Oder sie wollen ihn nicht wahrnehmen bzw. sehen ihn negativ. Wenn „das System“ Schwächen zeigt, begeben sie sich in die „Startlöcher“.

3. Bilder von Feinden und Feindbilder

Von ideologisierten, grundsätzlich abzulehnenden Feindbildern müssen – grundsätzlich zu bejahende – realistische *Bilder von Feinden* unterschieden werden. „Die Rede von den Kontrahenten, Gegnern oder Konkurrenten ist möglicherweise als Maßnahme zur Volks-erziehung nützlich, sie kann aber die Realitäten nicht verändern. Es gibt anerkanntermaßen innere Feinde in Gestalt von Verfassungsfeinden, die aufmerksam vom Verfassungsschutz beobachtet und – soweit es sich um politische Parteien nach dem Parteiengesetz handelt – ggf. vom Bundesverfassungsgericht verboten werden (können).“⁴² Der demokratische Verfassungsstaat tut sich – u.a. aus dem Glauben an die Menschheit und an die Kraft der Vernunft – zum Teil schwer damit, dies anzuerkennen. Antikommunismus, Antifaschismus und Antiislamismus können eine berechtigte Abwehrhaltung sein, ebenso jedoch ein Feindbild perpetuieren. Es kommt auf die Argumentationsgrundlage an.

Für Gustav Radbruch, den einflussreichsten sozialdemokratischen Reichsjustizminister in der Weimarer Republik, war der Relativismus die „gedankliche Voraussetzung der Demokratie: Sie lehnt es ab, sich mit einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren, ist vielmehr bereit, jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen konnte, die Führung im Staate zu überlassen, weil sie ein eindeutiges Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen nicht kennt, die Möglichkeit eines Standpunktes über den Parteien nicht anerkennt. Der Relativismus mit seiner Lehre, dass keine politische Auffassung beweisbar, keine widerlegbar ist, ist geeignet, jener bei uns in politischen Kämpfen üblichen Selbstgerechtigkeit entgegenzuwirken, die beim Gegner nur Torheit oder Böswilligkeit sehen will: ist keine Parteiauffassung beweisbar, so ist jede Auffassung vom Standpunkte der gegnerischen zu achten. So lehrt der Rela-

41 Vgl. dazu jetzt Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.), *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004.

42 Rüdiger Voigt, *Freund-Feind-Denken in der Welt des 21. Jahrhunderts*, in: Ders. (Hrsg.), *Freund-Feind-Denken. Carl Schmitts Kategorie des Politischen*, Stuttgart 2011, S. 30 f.

tivismus zugleich Entschiedenheit der eigenen und Gerechtigkeit gegen die fremde Stellungnahme.“⁴³ Die Plausibilität dieser Äußerung krankte daran, dass sich eben nicht alle gesellschaftlichen Kräfte zum Relativismus bekannten, sondern ihn durch einen Absolutismus, ein Freund-Feind-Denken, zu ersetzen gedachten. Wer die Auffassung verfißt, das Seinsollende entziehe sich – im Gegensatz zum Seienden – einer Begründung und müsse daher der wissenschaftlichen Betrachtung entzogen bleiben, kapituliert indirekt vor Strömungen, die einem solchen Freund-Feind-Denken das Wort reden. Die von Radbruch vorgenommene Verabsolutierung des Relativismus kommt nahezu einer *contradictio in adjecto* gleich, führt doch ein konsequent zu Ende gedachter Relativismus zur Relativierung seiner selbst.⁴⁴

Freilich, und das ist die Kehrseite, erscheint es abwegig, damit einem „Absolutismus“ das Wort zu reden. Die Bekämpfung der Feinde muss im Geist der Liberalität geschehen, ohne seinerseits Feindbilder in die Welt zu setzen. Auch Extremisten sind in einer pluralistischen Demokratie nicht vogelfrei (so muss das Folterverbot ebenfalls für sie gelten), sondern im Besitz elementarer Rechte – darunter dem Recht zur politischen Teilhabe. Zwar sieht die in der Bundesrepublik Deutschland verankerte streitbare Demokratie⁴⁵ Mechanismen vor, die verhindern sollen, dass die demokratischen Freiheiten zur Abschaffung eben dieser Freiheiten missbraucht werden; diese unterliegen jedoch einer klaren Eingrenzung und belassen auch demjenigen, der grundlegende Werte und Spielregeln missachtet, einen gewissen Betätigungsraum. Die verbreitete Parole: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!“ stellt mithin nicht die Maxime der streitbaren Demokratie dar.

Der Position Radbruchs ist die Carl Schmitts schroff entgegengesetzt, wiewohl beide im Grunde den Wertrelativismus verfechten. Der umstrittene Weimarer Staatsrechtslehrer, der einem autoritären System ideologisch Vorschub leistete, rückte den Begriff für das politische Leben stark heraus. „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*. Sie gibt eine Begriffsbestimmung im Sinne eines Kriteriums, nicht als erschöpfende Definition oder Inhaltsangabe. Insofern sie nicht aus anderen Kriterien ableitbar ist, entspricht sie für das Politische den relativ selbständigen Kriterien anderer Gegensätze: Gut und Böse im Moralischen; Schön und Hässlich im Ästhetischen usw.“⁴⁶ Schmitt leugnete ausdrücklich jede inhaltliche Norm zur Bestimmung des Fein-

43 Gustav Radbruch, Vorwort des Verfassers (1932), in: Ders., Rechtsphilosophie, 8. Aufl., Stuttgart 1973, S. 82.

44 Nach 1945 hat Radbruch seinen Positivismus revidiert und seine Rechtsphilosophie um naturrechtliche Elemente angereichert. Vgl. etwa zahlreiche Beiträge in seinem Sammelband: Der Mensch im Recht. Ausgewählte Vorträge und Aufsätze über Grundfragen des Rechts, 3. Aufl., Göttingen 1957.

45 Vgl. u.a. Eckhard Jesse, Demokratieschutz, in: Ders./Roland Sturm (Hrsg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 451-476.

46 So Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien (1927), Berlin 1963, S. 26 (Hervorhebung im Original).

des: „Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch hässlich zu sein; er muss nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft und rentabel scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen.“⁴⁷ Wie es für Schmitt „gerade in den wichtigsten Dingen wichtiger ist, dass entschieden werde, als wie entschieden wird“⁴⁸, so gilt das ähnlich für die im Zentrum von Schmitts Politikverständnis angesiedelte Freund-Feind-Unterscheidung. *Dass* sie zustande kommt, ist maßgeblich – nicht: *wodurch*. Das Verständnis Schmitts eignet sich folglich nicht als Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates: zum einen wegen seiner Fixierung auf den Freund-Feind-Begriff, zum anderen wegen seiner fehlenden Wertorientiertheit.⁴⁹

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ist in der Bundesrepublik nicht immer von Liberalität durchdrungen (gewesen). Statt differenzierter Betrachtung und dem Bemühen um Gerechtigkeit gegenüber dem Kontrahenten tauchen manchmal grobschlächtige Formeln und Pejorativa auf, mit denen extremistische Gruppierungen mehr entstellt als dargestellt werden. In den fünfziger Jahren machten sich demokratische Politiker zuweilen antikommunistische Feindbilder zueigen. Wahrlich nicht jede Regelung – etwa des politischen Strafrechts⁵⁰ – und nicht jede staatliche Verhaltensweise atmete den Geist der Liberalität, sondern war von bänglicher Militanz gekennzeichnet. So wurden etwa Mitglieder der KPD *nach* deren Verbot für ihre politische Tätigkeit vor dem Verbot zur Rechenschaft gezogen.⁵¹ Heute wird rechtsextremistischen Gruppierungen mitunter voller Übereifer entgegengetreten. Nicht nur salopp-polemische Wendungen wie „Neonazis“ belegen dies. So ist es kein Zeichen der Liberalität (und keines von Zivilcourage!), wenn Demokraten ordnungsgemäß angemeldete Demonstrationen der NPD oder ihnen nahestehender Kräfte verhindern und auf diese Weise das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellen. Zu wenig wird dieser für den demokratischen Verfassungsstaat zentrale Aspekt betont.

So sinnvoll und unerlässlich eine entschiedene Bekämpfung des Extremismus auch ist, so darf dieser Kampf nicht in ein von Feindbildern beherrschtes Ritual ausarten. Es bedarf der viel beschworenen geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen. Manichäische Weltbilder sind fehl am Platz. Ein demokratischer Verfassungsstaat sollte ohne Feindbilder auskommen. Die Praxis sieht freilich mitunter anders aus. Vor allem: Im Gegensatz zum Extremismus, der auf „den“ Feind oder „die“ Feinde fixiert ist und daraus einen großen Teil seiner Anziehungskraft bezieht, legiti-

47 Ebd., S. 27.

48 Ders., Politische Theologie, 2. Aufl., München/Leipzig 1934, S. 71.

49 Vgl. u.a. Reinhard Mehring (Hrsg.), Carl Schmitt – der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar, Berlin 2003.

50 Vgl. Reinhard Schiffers, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1951, Düsseldorf 1989; Diether Posser, Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers, Karlsruhe 1961.

51 Vgl. Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a.M. 1968; Diether Posser, Anwalt im Kalten Krieg, 3. Aufl., Baden-Baden 1999.

miert sich die demokratische Ordnung nicht in erster Linie durch die Abgrenzung von anderen Positionen. Ihr Leitbild – die offene Gesellschaft – ist von ihnen innerlich unabhängig. Demokratische Maximen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Legitimation der eigenen Werte in den Vordergrund rücken, nicht die der von Extremisten. Es wäre ein Armutszeugnis für den demokratischen Verfassungsstaat, würde sich dieser in erster Linie durch die Absage an extremistische Positionen auszeichnen. Die streitbare Demokratie Deutschlands basiert auf einer „Positivistik“ an Werten, wie sie mit dem Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verbunden sind.

Teilweise werfen Extremisten dem demokratischen Verfassungsstaat vor, seinerseits mit „Feindbildern“ zu operieren. Der Begriff des „Feindbildes“ ist also auch für sie negativ besetzt. So spricht Ludwig Elm von einem „verordneten Feindbild“ in der Bundesrepublik, womit der antitotalitäre Konsens gemeint ist.⁵² Und bei Jürgen Schwab, einem dezidiert rechtsextremistischen Intellektuellen, heißt es: Wer seine Gegner als „Feinde“ und als „Schurken“ apostrophiert, provoziert mit seinem „Kreuzzugsdenken“ furchterregende Reaktionen. „Bin Ladens Al-Qaida ist offenbar die adäquate Antwort auf die Strategien der *One World*, die dafür gesorgt haben, dass es neben den USA keine wirklich souveränen, sprich: kriegsfähigen, Staaten auf der Welt mehr gibt.“⁵³ Das – behauptete – Feindbild der einen Seite dient damit als eine Art Rechtfertigung für die grausame Feindschaft der anderen Seite.

4. Feindbilder im Rechtsextremismus

4.1. Die Vielfalt der Feindbilder

Rechtsextremisten eint die Negierung demokratischer Grundpositionen, die sich u.a. in der Ablehnung der menschlichen Fundamentalgleichheit zeigen. Die starke Fremdenfeindlichkeit basiert oft auf rassistischen Elementen. Manche Rechtsextremisten verbreiten Verschwörungstheorien, manche leugnen die Verbrechen des Dritten Reiches, manche propagieren Antisemitismus. Die Unterschiedlichkeit rechtsextremistischer Positionen zeigt sich in der Unterschiedlichkeit ihrer Feindbilder. Auch deren Intensität differiert deutlich. So sind die Feindbilder der „Autonomen Nationalisten“ aggressiver als die der NPD-Repräsentanten – bei allen ideologischen Schnittmengen.⁵⁴

52 Vgl. Ludwig Elm, Das verordnete Feindbild. Neue deutsche Geschichtsideologie und „antitotalitärer Konsens“, Köln 2001. Tatsächlich war in der DDR, deren politisches System Elm so in Schutz nimmt, ein staatliches Feindbild gegenüber der Bundesrepublik verordnet. Siehe u.a. die Schrift: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Leit- und Feindbilder in DDR-Medien, Bonn 1997; Matthias Steinle, Vom Feindbild zum Fremdbild. Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm, Konstanz 2003.

53 Jürgen Schwab, Vom europäischen Staatenkrieg zum globalen Partisanenkampf, in: Alain de Benoist (Hrsg.), Die Welt nach dem 11. September. Der globale Terrorismus als Herausforderung des Westens, Tübingen 2002, S. 134 (Hervorhebung im Original).

54 Vgl. beispielsweise (mit unterschiedlicher Akzentsetzung): Christian Menhorn, „Autonome Nationalisten“ – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?, in: Uwe Backes/

Wer das neue Programm der NPD sichtet, erkennt eine Vielzahl an positiven Maximen („nationale Identität“, „nationale Souveränität“, „nationale Solidarität“, „sozialer Nationalstaat“). Als Feindbild Nr. 1 firmiert die „Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen“.⁵⁵ Das „Nein zur Globalisierung“ wird wie folgt begründet: „Der globalisierte Kapitalismus kennt keine politischen, sozialen und kulturellen Bindungen und führt auf den internationalen Kapitalmärkten ein asoziales Eigenleben. Dies führt dazu, dass Arbeitsplätze in Billiglohnländer exportiert und ausländische Lohndrücker importiert werden. [...] Die Globalisierung ist die Kampfansage an die nationalstaatliche Ordnung und damit an die Freiheit aller Völker. Die Globalisierung steht für die Weltdiktatur des Großkapitals, das die Völker kulturell gleichschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausbeutet und ethnisch zerstört. Dieser Entwicklung gilt es kompromisslos entgegenzutreten.“⁵⁶ Als weitere Feindbilder firmieren der Multikulturalismus, die Integrationspolitik, der Kapitalismus, das „EU-Europa“ und die „Genderpolitik“. Schließlich will die NPD der „einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ ein Ende machen: „Wir Nationaldemokraten erteilen dem staatlich verordneten Schuldult, der nicht zuletzt im Dienst fremder Finanzinteressen steht und deutschen Selbsthass, vor allem bei der Jugend, fördert, eine Absage.“⁵⁷

4.2. „Kommunismus“

Die meisten Formen des Rechtsextremismus waren in der Vergangenheit auf den Kommunismus als den Antipoden fixiert – sei es aus Überzeugung, sei es aus Berechnung. Davon kann zumal nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus nicht mehr die Rede sein. Bereits vorher hatte die NPD ihre antikomunistische Position abgeschwächt und ihre antiwestliche verstärkt. Im Programm aus dem Jahr 2010 fehlt jede Spur von „Antikomunismus“. Auch ansonsten finden sich dafür keine Ansatzpunkte. Die Partei ist trotz ihres starken Antikapitalismus nicht pro-kommunistisch geworden, aber das Thema „Antikomunismus“ spielt so gut wie keine Rolle. Es interessiert schlicht nicht. Zum einen weiß die Partei, dass das Thema keine Wähler mobilisiert, zum anderen passt „Antikomunismus“ nicht mehr so recht in das eigene ideologische Konzept des nationalen Sozialismus.

Gelegentlich kommen antikomunistische Topoi bei der NPD zum Tragen – etwa im Zusammenhang mit der Kritik an den umstrittenen Kommunismus-Äußerungen von Gesine Löttsch zu Beginn des Jahres 2011. „Selten spricht ein Repräsentant der SED-PDS-

Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 19, Baden-Baden 2008, S. 213-225; Thomas Sager, *Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von ‚Autonomen Nationalisten‘, NPD und neonazistischer Kameradschaftsszene*, in: Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*, Wiesbaden 2011, S. 105-120.

55 Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Bamberg 2010, S. 5.

56 Ebd., S. 5.

57 Ebd., S. 14.

Linkspartei so offen aus, welche tatsächlichen Ziele verfolgt werden.“⁵⁸ Allerdings werden die anderen Parteien gewissermaßen in Mithaftung genommen – wegen der behaupteten Hofierung von kommunistischen Positionen. Eher als Kuriosum ist der Versuch der NPD zu werten, auf einer englischsprachigen Website bei konservativen Amerikanern um Spenden für den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen (2010) zu bitten und sich dabei stark antikommunistisch zu gerieren⁵⁹ – wohl gemäß dem Motto: *Pecunia non olet*.

Der subkulturelle Rechtsextremismus etwa in Form der „Autonomen Nationalisten“ orientiert sich in den Aktionsformen („Schwarzer Block“) und im Auftreten sogar an Linksextremisten, zum Teil selbst in der antikapitalistischen Ideologie.⁶⁰ Allerdings ist die rechtsextremistische subkulturelle Szene durch Elemente von „Anti-Antifa“ gekennzeichnet. Das Wort „Antikommunismus“ spielt keine Rolle. Die Konfrontationsgewalt zwischen der linken und der rechten militanten Szene hat in den letzten Jahren zugenommen. Während die Gewalt der „Anti-Antifa“ eher durch expressive Merkmale gekennzeichnet ist, zeichnet sich die von „Antifa“ stärker durch eine instrumentelle Orientierung aus.⁶¹

4.3. „Amerikanismus“

Die NPD hat – parallel zur Abschwächung ihres Antikommunismus – den eigenen Antiamerikanismus massiv gesteigert. In ihrem Programm von 2010 heißt es an herausgehobener Stelle: „Nein zum Söldnerkrieg für die USA“.⁶² Unverblümt wird die folgende Forderung erhoben: „Deutschland darf sich nicht an den Kriegen der USA oder anderer Imperialmächte beteiligen.“⁶³ Die NPD geht mit ihren Äußerungen weit über eine Kritik an der Politik der USA hinaus, auch wenn die Partei in ihrem neuen Programm für ihre Verhältnisse eher zurückhaltend formuliert. Die Kritik an den Reeducation-Maßnahmen der USA und der von ihr unterstützten Westbindung war bei der „alten“ NPD verbreitet, doch nahm sie nicht annähernd die scharfe Form der Ära von Udo Voigt an. Das Wort von der „westlichen Wertegemeinschaft“ wird nur voller Zynismus zitiert. Insgesamt hat der Antiamerikanismus von rechtsaußen („Kein Blut für Öl“) seit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus an Schärfe gewonnen.⁶⁴

58 Kommunismus als Endziel der LINKEN offenbart, unter: <http://www.npd-hessen.de/index.php> (17. August 2011).

59 Vgl. Tilman Tzschoppe, NPD goes USA, unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de> (17. August 2011).

60 Vgl. Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 185-203.

61 Vgl. das Kapitel „Wechselseitige Rezeptionen militanter Szenen: Antifa und Anti-Antifa“, in: Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich*, Köln 2010, S. 160-183.

62 Arbeit. Familie. Vaterland (FN 55), S. 14.

63 Ebd., S. 14.

64 Vgl. Berndt Ostendorf, Rechter Antiamerikanismus: Kulturalistische Ausdeutungen der Globalisierungsangst, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 2 (2000), S. 163-184, hier S. 172 f.

Zwei Beispiele: Vor dem Besuch des US-Präsidenten George W. Bush im Juli 2006 in Deutschland fuhr die NPD schweres Geschütz auf. Die Interessen der USA seien nicht die Interessen seiner Bevölkerung, sondern die „einer kleinen superreichen Oberschicht, der es in erster Linie um eine Vermehrung ihres eigenen Kapitals geht. Zur Durchsetzung dieser Interessen bedienen sich die USA der Strategie eines dreifachen Imperialismus: des militärischen Imperialismus, des wirtschaftlichen Imperialismus und des kulturellen Imperialismus.“⁶⁵ Der Antiamerikanismus ist umfassend, nicht nur politisch bedingt. Der „militärische Imperialismus“ sei der wichtigste Pfeiler der US-Herrschaft, die Angriffsziele nach Interessenlage auswähle. Der „Wirtschaftsimperialismus“ zeige sich in der Globalisierung, die den heimischen Regierungen die Kontrolle über die Märkte entreiße. Der „Kulturimperialismus“ vernichte einheimische Kulturen und entziehe ihnen so die Grundlage zur Identifikation. Weder die deutsche Regierung noch die parlamentarische Opposition biete den „US-Imperialisten“ Paroli. Es werde „immer deutlicher, dass die Rolle der PDS in erster Linie darin besteht, US-kritisches Wählerpotential zu binden, damit dieses sich nicht einer wirklich antiimperialistischen Partei anschließt.“ Die Forderung der NPD: „Auflösung der NATO! Der Träger des US-Imperialismus muss verschwinden, damit ein Europa der freien Völker entstehen kann.“⁶⁶

Nach der Tötung Osama bin Ladens im Mai 2011 heißt es, dieser könne „noch mehr zur Ikone und nun gar zum Märtyrer vieler um Freiheit kämpfender Völker werden.“ Die Zerstörungen am 11. September 2001 gelten als „sogenannte islamistische Anschläge“ und als „Inszenierungen“. Die Partei nimmt eine Gleichsetzung vor: „Osama wollte seinen Glauben weltweit verbreiten, war also ein religiöser Imperialist. Obama strebt dagegen wie alle seine Amtsvorgänger auch die weltweite Hegemonie des globalen Kapitalismus an – ist daher ein Wirtschafts-Imperialist. Die NPD lehnt Imperialismus jeglicher Couleur ab. Aber der Mord an Osama bin Laden war nicht, wie die Systemmedien heute landauf landab verkünden, ein Schlag gegen den internationalen Terrorismus, sondern lediglich ein Propaganda-Coup eines immer unbeliebter werdenden Krisen-Präsidenten.“⁶⁷

Auch viele subkulturelle Rechtsextremisten höhnen etwa in Musiktexten über den „Weltfeind“: „Jagt den Weltfeind aus jedem Land! Gegen Ausbeutung und Zinsklaverei.“⁶⁸ Hingegen meiden rechtsextremistische Positionen, die im Islam(ismus) ihr zentrales Feindbild sehen – wie die eingangs erwähnte „Bürgerbewegung pro NRW“ – antiamerikanische Klischees. Sie sehen in den USA geradezu einen Beschützer vor der Islamisierung. Dies ist nicht in erster Linie strategisch bedingt.

65 Freiheit für Deutschland – Ami go home! Erklärung des NPD-Parteivorstandes zum Bush-Besuch in Stralsund, unter: www.npd-mv.de (7. August 2011).

66 Ebd.

67 Ronny Zasowk, USA feiern Mord an Osama bin Laden, unter: <http://www.npd-in-rlp.de> (3. Mai 2011).

68 Zitiert nach: Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 82.

5. Feindbilder im Linksextremismus

5.1. Die Vielfalt der Feindbilder

Linksextremisten negieren die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates und verabsolutieren das Gleichheitsprinzip. Der Kapitalismus wird für die meisten Übel der Welt verantwortlich gemacht. Allerdings gibt es ein breites Spektrum, das höchst unterschiedliche und höchst unterschiedlich intensive Feindbilder aufweist. So sind die der Partei Die Linke weniger aggressiv als die der Autonomen. In Deutschland gibt es – sage und schreibe – 20 trotzkistische Dachverbände mit 28 Sektionen⁶⁹, die um die „reine Lehre“ ringen.

Wer etwa die Verlautbarungen und Aktivitäten von Autonomen beobachtet, sieht das Urteil des Extremismusforschers Udo Baron bestätigt: „Das politische Selbstverständnis von Autonomen ist in erster Linie von Anti-Einstellungen geprägt. Sie verstehen sich vor allem als antifaschistisch, antikapitalistisch, antirassistisch, antimilitaristisch und antirepressiv. Damit greifen sie Themen auf, die auf breite Akzeptanz bis weit in die demokratische Mitte hinein stoßen und bei denen sie sich im Einklang mit der Mehrheitsgesellschaft wähen können.“⁷⁰ Zu ergänzen wäre: „antideutsch“. Die Antideutschen, wie sie sich selbst nennen, sind eine Erscheinung seit der sich abzeichnenden Wiedervereinigung im Jahre 1990.⁷¹ Obwohl selbst Deutsche, verstehen sie sich, und das ist paradox genug, als antideutsch. Ein Teil der Autonomen ist eher „antiimperialistisch“, ein anderer Teil eher „antideutsch“. Konflikte sind programmiert. So behaupten linksextremistische Antikapitalisten von den Antideutschen: „Logischerweise wird die nicht-antideutsche Linke [für sie] zum primären Feindbild.“⁷²

Wer den Programmentwurf der Partei Die Linke sieht, findet u.a. Plädoyers für eine demokratische Wirtschaftsordnung, für ein Recht auf Arbeit, für ein Leben in sozialer Sicherheit, für Frieden und Abrüstung.⁷³ Erstrangiges Feindbild ist offenkundig der Kapitalismus, der nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Gesellschaftsordnung firmiert. „Der Kapitalismus von heute ist räumlich und zeitlich entgrenzt; er hat sich die ganze Welt Untertan gemacht. [...] Unter diesen entfesselten kapitalistischen Bedingungen schlagen immer rascher und weitreichender Produktivkräfte in Destruktivkräfte um. Zugleich werden Arbeitsplätze vernichtet, Wohlstand wird zerstört und an der Natur Raubbau betrieben. Auch Kriege werden in Kauf genommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können. Kriege werden auch unter dem Deck-

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 154.

⁷⁰ Udo Baron, Die Militanz der Autonomen, in: MUT, Heft 9/2009, S. 49.

⁷¹ Vgl. zum frühen Selbstverständnis: Kongress der Radikalen Linken. Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongress an Pfingsten 1990 und auf der Demo „Nie wieder Deutschland“ am 12. 5. 1990 in Frankfurt am Main, Frankfurt a.M. 1990.

⁷² Wo endet der Antifaschismus? Zur Auseinandersetzung mit der antideutschen Strömung, in: Antifaschistisches Infoblatt, Heft 62/2004, S. 5.

⁷³ Vgl. Die Linke, Programmentwurf, Berlin 2011, S. 6-8.

mantel der humanitären Hilfe geführt.“⁷⁴ An anderer Stelle heißt es: „DIE LINKE ist der Überzeugung, dass ein krisenfester, sozialer, ökologischer und friedlicher Kapitalismus nicht möglich ist.“⁷⁵

5.2. „Faschismus“

Ein zentrales Feindbild ist für die Linke weiterhin der „Faschismus“.⁷⁶ Der Begriff findet kanonische Geltung, um den Terminus des „Nationalsozialismus“ zu vermeiden, der daran erinnert, dass sich dieser als eine Form des „Sozialismus“ verstanden hat. Der Terminus „Kampf gegen rechts“, der oft auftaucht, erfüllt wohl zwei Funktionen: Zum einen kommt so der Terminus „Rechtsextremismus“, der indirekt an eine andere Variante des Extremismus erinnert⁷⁷, nicht zur Geltung; zum anderen erlaubt die unscharfe Formulierung „rechts“ den Kunstgriff, auch konservative Positionen darunter zu fassen. Der sächsische Landesvorstand der Partei erwähnt bei der Programmdebatte eigens, der Gebrauch von „Rechtsextremismus“ sei „mehr als kontraproduktiv“. Allerdings: „Und um die Gesamtheit der Übergänge in die Mitte der Gesellschaft betrachten zu können, bietet sich der Begriff ‚Extreme Rechte‘ an.“⁷⁸ Im Programmentwurf heißt es dezidiert: „Wir fordern [...] die politische und strafrechtliche Bekämpfung von Faschismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus und setzen uns für ein Verbot aller faschistischen Organisationen ein.“⁷⁹

Die Partei propagiert die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel ins Grundgesetz und in die Landesverfassungen. Auf diese Weise könnte das Demonstrationsrecht für (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten (weiter) erschwert werden. Die Linke macht sich das folgende Diktum zueigen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Damit versucht sie die Verhinderung rechtsextremistischer Demonstrationen zu rechtfertigen. Die PDS hat 1990 eine (bis heute bestehende) Arbeitsgemeinschaft „Rechtsextremismus/Antifaschismus“ ins Leben gerufen. Sie gibt regelmäßig einen „Rundbrief“ heraus, der nicht nur agitiert, sondern auch informiert.

„Antifaschismus“, der oft auf eine Absage an den demokratischen Verfassungsstaat hinausläuft, ist ein einigendes Band im Linksextremismus. Die Linke arbeitet eng mit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) zusammen – einer „glasklar linksextreme(n) Organisa-

⁷⁴ Ebd., S. 10.

⁷⁵ Ebd., S. 22.

⁷⁶ Vgl. umfassend Tim Peters, *Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht*, Wiesbaden 2006.

⁷⁷ Allerdings wird dies nicht systematisch durchgehalten. Zuweilen sprechen die Repräsentanten der Partei auch von Rechtsextremismus.

⁷⁸ Die Linke.Sachsen, Programmdebatte des Landesvorstandes der LINKEN Sachsen und LAG Antifaschistische Politik Sachsen zum Ersten Programmentwurf DIE LINKE, Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 25. März 2011.

⁷⁹ Die Linke (FN 73), S. 34.

tion“⁸⁰, die freilich längst nicht mehr alle Verfassungsschutzberichte auflisten.⁸¹ Auch Parteien wie die DKP und die MLPD haben sich „Antifaschismus“ auf die Fahnen geschrieben. Und für Autonome ist beim „Kampf gegen den Faschismus“ Gewaltanwendung legitim – sei es in der Form der Massenmilitanz, sei es in der Form klandestiner Aktionen. Die Zahl der Beispiele ist Legion.

5.3. „Amerikanismus“

Der Antiamerikanismus hat nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine lange, wiewohl keineswegs ehrwürdige Tradition, sondern auch auf der linken Seite.⁸² Gerade in der DDR war dieser verbreitet. Auch wenn die Linke von der Ideologie des SED-Staates in beträchtlichem Maße Abstand genommen hat, so wirkt das Feindbild des „Amerikanismus“ in abgeschwächter Form weiter fort.

Im Programmtext überlagert Antifaschismus deutlich Antiamerikanismus. Bei der Kapitalismusschelte ist wohl auch der „Amerikanismus“ gemeint, gilt doch die USA als der Prototyp des Kapitalismus. Die folgende Formulierung fällt vergleichsweise zurückhaltend aus: „Das amerikanische Modell, sinkende Löhne durch steigende Schulden auszugleichen, war zugleich die Voraussetzung für die riesigen Exportüberschüsse anderer Länder, so der Bundesrepublik Deutschland. Auch die steigende Verschuldung des US-Staates zur Finanzierung von Rüstung und Kriegen hat zum Aufblähen der Finanzblase beigetragen.“⁸³ An anderer Stelle des Entwurfs ist vom „illegalen Krieg der USA“⁸⁴ die Rede. Wenn die USA Erwähnung finden, so geschieht das ausschließlich in pejorativer Konnotation. Die Partei fordert die Auflösung der NATO.

Michael Brie, führender Kopf der Partei, hat 2003 zehn Thesen über Antiamerikanismus und Amerikanismus präsentiert. In diesem Grundsatzbeitrag versucht Brie zu zeigen, dass Kritiker des „Amerikanismus“ von vornherein in der Defensive sind. „Amerikanismus [...] ist vor allem eine Ideologie, die die unilaterale Weltmachtrolle der USA als universales Menschheitsinteresse zu legitimieren sucht.“⁸⁵ Die Ideologie von der „welthistorischen Mission der USA“ sei ebenso problematisch wie die von der historischen Mission der Arbeiterklasse. Brie kritisiert den „imperialen Amerikanismus“. Er zählt dazu vier Hauptelemente: USA als einziger Staat mit uneingeschränkter Souveränität; Reklamation eines globalen Gewaltenmonopols für die USA; alleiniges Recht der

80 So Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn u.a. 2011, S. 75.

81 Vgl. Bettina Blank, Gegen „Rechtsentwicklung“, „Militarisierung“ und „Sozialabbau“ – Für die Verteidigung der „demokratischen Grundrechte“: Die VVN-BdA und das Grundgesetz, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2011, S. 165-175.

82 Vgl. u.a. Schwan (FN 3), S. 41-61.

83 Die Linke (FN 73), S. 15.

84 Ebd., S. 17.

85 Michael Brie, Über Antiamerikanismus und Amerikanismus – zehn Thesen, in: Disput, Heft 3/2003, unter: <http://archiv2007.sozialisten.de> (27. Juli 2011).

USA, Präventionskriege zu führen; offensive, unter Umständen auch gewaltsame Veränderungen anderer wirtschaftlicher und politischer Systeme. Die Folgen dieses imperialen Amerikanismus sieht er auf den unterschiedlichsten Feldern deutlich negativ. Mit Blick auf Aristoteles heißt es schief: „Imperialer Amerikanismus ist global nichts anderes als eine Tyrannis, die den Anspruch darauf erhebt, eine legitime Monarchie zu sein, die dem Wohl aller verpflichtet ist.“⁸⁶ Brie konstruiert einen krassen Widerspruch zwischen Theorie und Wirklichkeit. Zu diesem Ergebnis kann er nur kommen, weil die von ihm perhorreszierte Wirklichkeit seine „Theorie“ ist.

Noch schärfer argumentiert die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, die als Trotskistin in den Reihen der Linken wirkt. Sie sagt dem „US-Imperialismus“ den Kampf an und setzt auf Widerstandsbewegungen überall in der Welt. „Für die Schwächung des Imperialismus ist der politische Charakter des Widerstandes aber unerheblich.“⁸⁷ Die Gegenposition zu Buchholz nimmt innerhalb der Partei die nicht sonderlich einflussreiche „Shalom“-Gruppe ein, die eigens Anti-Amerikanismus verwirft und „Errungenschaften des Westens“ hervorhebt. Die Position von Buchholz und anderen Repräsentanten der Linken ist zwar „antiimperialistisch“ ausgerichtet, aber nicht antisemitisch.⁸⁸ Insofern gehen einschlägige Vorwürfe fehl.⁸⁹

Der Antiamerikanismus bei DKP und MLPD ist deutlich stärker entwickelt als bei der Linken. Was die autonome Szene betrifft, so muss zwischen der antiimperialistischen und der antideutschen Position unterschieden werden. Während die erste Position in den USA einen Hauptfeind sieht, so gilt das für die zweite ganz und gar nicht. Die Antideutschen machen sich bisweilen gerade die Positionen jener Amerikaner zu eigen, die besonders „national“ auftreten. Sie wittern nahezu überall Antisemitismus.⁹⁰

6. Konsequenz von unterschiedlichen und gleichen Feindbildern

Wie die beiden herausgegriffenen Beispiele zeigen, handelt es sich auf der einen Seite um unterschiedliche Feindbilder („Kommunismus“ und „Faschismus“), auf der anderen Seite um gleiche („Amerikanismus“). Ein doppelter Vergleich der Feindbilder bietet sich an: zum einen zwischen den linksextremistischen und den rechtsextremistischen Positionen, zum anderen innerhalb des jeweiligen Lagers.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Christine Buchholz, Imperialismus und Widerstand im 21. Jahrhundert, in: Linksruck, Heft 227/2007, unter: <http://www.linksruck.de> (27. Juli 2011).

⁸⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 163-181.

⁸⁹ Vgl. aber Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 58 (2011), S. 280-309.

⁹⁰ Vgl. Carsten Koschmieder, Die Entstehung der „Antideutschen“ und die Spaltung der linksradikalen Szene, in: Dovermann (FN 88), S. 183-200, insbes. S. 192-195.

Was den ersten Punkt betrifft, so hat der Antifaschismus eine weitaus größere Durchschlagskraft als der Antikommunismus. Während die Vitalität des Antifaschismus nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus linksaußen zugenommen hat, ist der Antikommunismus bei den meisten Richtungen rechtsaußen entkräftet, ja nahezu aufgegeben worden. Der Kommunismus eignet sich in dieser Perspektive nicht mehr als Feindbild. Gleichwohl: Rechts- und Linksextremisten brauchen vielfach einander. Letztlich sind die meisten von ihnen wohl gar nicht daran interessiert, dass die andere Variante des Extremismus, die sie bekämpfen, gänzlich von der Bildfläche verschwindet. Sie wollen vielmehr u.a. das hervorrufen, was sie so heftig attackieren. Denn je stärker der extremistische Antipode ist, umso mehr Resonanz versprechen sie sich für die eigene Richtung. In der Tat mag – beispielsweise – eine antifaschistische Aktion gegen eine Veranstaltung einer rechtsextremistischen Organisation diese zusammenschweißen und ihr unter Umständen neue Mitglieder zuführen, wie umgekehrt ein provokatives Auftreten von Rechtsextremisten die Zahl von „Antifaschisten“ vergrößern könnte. Insofern besteht eine merkwürdige Dialektik im Auftreten von Rechts- und Linksextremisten, die in gewisser Weise „Bundesgenossen“ und – wenn auch unfreiwillig – „Bündnispartner“ sind. Eine Spiegelbildlichkeit liegt für Parteien nicht vor. Die extreme Rechte sieht als Feind zunehmend die „liberale Gesellschaft“ an, weniger – wie gezeigt – den Kommunismus. Um auf die Eingangsthese Tilman Mayers zurückzukommen: Während rechtsextremistische Ideologien durch das Ende des Sowjetkommunismus, das freilich nicht von ihnen verursacht worden ist, ohne das Feindbild „Kommunismus“ auskommen (müssen), ist der Antifaschismus von Linksextremisten neben dem Antikapitalismus deren zentrale „Abwehr-Ideologie“. Sie erfährt bisweilen bei Demokraten eine gewisse Reputation. Mit Blick auf den „Amerikanismus“ gibt es ein analoges Feindbild, wobei dieses bei der Partei Die Linke schwächer entwickelt ist als bei der NPD. Wie es vor 1990 eine gewisse pro-amerikanische Haltung bei der NPD gab, so existiert heute eine solche bei kleinen Gruppen innerhalb der Partei der Linken. Die Annahme, ein gemeinsames Feindbild könne in gewisser Weise die unterschiedlichen Ideologien dekonstruieren, bestätigt sich nicht. Gewiss gab es von Rechtsextremisten mehrfach den Versuch zu gemeinsamen Aktionen („Querfrontstrategie“), doch wurden derartige Initiativen von linksaußen im Keim erstickt. Für Linksaußenpositionen ist der Links-Rechts-Gegensatz stärker als die Affinität zum gemeinsamen Feind. Am rechten Rand gilt das nicht.

Was den zweiten Punkt betrifft, so gibt es innerhalb der verschiedenen Strömungen jeweils zwei Feindbilder, die in einem Spannungsverhältnis, wenn nicht gar in einem Gegensatz zueinander stehen („Kommunismus“ versus „Amerikanismus“ bzw. „Faschismus“ versus „Amerikanismus“). Beim Rechtsextremismus kann ein Loyalitätskonflikt schon deshalb nicht auftreten, weil der Kommunismus als Feindbild vorerst ausgedient hat und insofern den „Antiamerikanismus“ nicht ernsthaft beeinträchtigt. Allerdings sähe dies bei den Feindbildern „Islamismus“ und „Amerikanismus“ anders aus. Die NPD nimmt hier ein Problem wahr, das sie durch die Unterscheidung zwischen einem innen- und einem außenpolitischen Feind zu umgehen sucht. So heißt es in der „Deutschen Stimme“, dem Organ der NPD: „[D]er Jude ist nicht plötzlich mein Freund, weil ich in-

nenpolitisch gegen Moslems bin, und der Moslem ist nicht mein Freund, weil ich außenpolitisch gegen USrael bin. [...] Es kann kein Bündnis mit einem Feind Deutschlands gegen den anderen Feind Deutschlands geben.“⁹¹ Tatsächlich ist die „Feindesintensität“ gegenüber den USA deutlich größer als gegenüber dem Islamismus. Freilich gilt das nicht für alle rechtsextremistischen Richtungen, wie Warnungen vor einer „Islamisierung“ Deutschlands bzw. Europas belegen. Für die andere Seite des politischen Spektrums stellt sich das Dilemma ebenso: Die Feindbilder „Faschismus“ und „Amerikanismus“ lassen sich auf den ersten Blick schwerlich problemlos verbinden – es sei denn, der amerikanische Kapitalismus werde ebenso als „imperialistisch“, als eine Form der „bürgerlichen Herrschaft“ und damit des Faschismus angesehen.⁹² Tatsächlich ist fast jede Form des Linksextremismus stärker „antifaschistisch“ als „antiamerikanisch“ ausgerichtet. Das bedingt indirekt eine gewisse Abschwächung der extremistischen Intensität.

Wer die Feindbilder im Rechts- und im Linksextremismus (Kapitel 4 und 5) mit den zuvor genannten Freund-Feind-Stereotypen sowie den Funktionen von Feindbildern vergleicht, erkennt durchaus gewisse Parallelen: Das „Anti“ ist stärker als das „Pro“. Dem als Feind betrachteten Antipoden wird eine Wandlung nicht zugebilligt und Böses unterstellt. Zugleich zeigt sich eine gewisse Zurückhaltung in den Parteiprogrammen, weniger in den militanten „Szenen“. Dieser Umstand hängt mit der Auswahl der Feindbilder zusammen. Es war nicht die Absicht des Beitrages, sämtliche Feindbilder von Rechts- und Linksextremisten zu analysieren. Erschwert wird der Vergleich zudem dadurch, dass angesichts unterschiedlicher Strömungen weder „der“ Rechts- noch „der“ Linksextremismus existiert (wie etwa beim „Amerikanismus“ verdeutlicht).

7. Resümee

Nun darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Extremismen sind nicht nur auf Feindbilder fixiert; sie, die einen mehr, die anderen weniger, operieren vielmehr auch mit Heilsversprechen und entwickeln utopische Vorstellungen von einer zukünftigen Gesellschaft, in der fundamentale Konflikte ihren Platz verlieren. Gleichwohl ist die Erkenntnis wichtig, dass Extremismen ohne Feindbilder schwerlich auskommen. Bei Rechts- und Linksextremisten sind diese auffallend asymmetrisch. Neben einem ähnlichen Feindbild (dem Westen und der Globalisierung) gibt es bei Rechts- und Linksextremisten unterschiedliche Feindbilder: Der Affekt gegen Kommunismus hat rechtsaußen zunehmend an Bedeutung verloren, der gegen „Faschismus“ linksaußen an Geltungskraft gewonnen. Die folgenden Punkte geben Antworten und werfen jeweils eine Frage auf.

Erstens: Politische Extremismen haben teils gemeinsame, teils unterschiedliche Feindbilder. Diese gehen deutlich über mit Stereotypen angereicherte Vorurteile hinaus. Sie sind unterschiedlich stark entwickelt – je nachdem, um welche Varianten des Extre-

91 Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2010 (FN 68), S. 66.

92 Vgl. Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek bei Hamburg 1976.

mismus es sich handelt. *Cum grano salis* gilt: Je aggressiver der jeweilige Extremismus ist, umso aggressiver sind seine Feindbilder. Kommen Extremismen ebenso nicht ohne ideologisierte – zum Teil spiegelbildlich vertauschte – *Freundbilder* aus?

Zweitens: Der demokratische Verfassungsstaat steht vor einer Gratwanderung, einem Dilemma. Einerseits muss er sich der Existenz von Feinden bewusst sein; andererseits darf er bei der Abwehr dieser Feinde seinerseits keinem ideologisch aufgeladenen Feindbild aufsitzen. Damit würde er nicht nur gegen die eigenen Prinzipien verstoßen, und Extremisten sähen sich in ihrem Feindbild bestätigt. Die Demokratie hat auf ein Feindbild zu verzichten und ist verpflichtet, das Feindbild von Extremisten nicht feindbildartig wahrzunehmen. Aber wieso sind demokratische Verfassungsstaaten nicht gefeit vor der Verwendung von Feindbildern?

Drittens: Was Deutschland betrifft, so gibt es zwar ideologische Überlappungen (zum Beispiel beim Kampf gegen Amerika und die Globalisierung), aber es besteht keine Kooperation von rechts- und linksaußen bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates. Rechtsextremisten mutieren in der Regel nicht zu Linksextremisten – vice versa gilt das ebenso.⁹³ Wieso erblicken Linksextremisten stärker in Rechtsextremisten einen Feind, während Rechtsextremisten diesen nicht in erster Linie im Linksextremismus sehen?

Viertens: Die Funktionen von Feindbildern sind mannigfaltig. Sie dienen u.a. dazu, die Identität von Extremisten zu festigen, die eigene Richtung zu mobilisieren und „zusammenzuschweißen“, den Feind zu dämonisieren. Sie erhöhen das Selbstwertgefühl. Extremismen benötigen Feindbilder nicht zuletzt, damit sie für das eigene Anliegen Gehör finden. Dieses kommt eher wenig zur Geltung. Wieso ist bei ihnen das „Anti“ vielfach stärker entwickelt als das „Pro“?

Fünftens: Die Struktur von Feindbildern nimmt die Realität nur grob verzerrt wahr, knüpft allerdings an Elemente der Wirklichkeit an. Feindbildern wohnt ein Schwarz-Weiß-Muster inne. Der Feind wird als geschlossene Kraft perzipiert. Wer solche Bilder verwendet, immunisiert die eigene Position. Denn der als Feind angesehene Antipode rennt mit seinen Auffassungen, die oft das Gegenteil des Unterstellten besagen, ins Leere. Sie gelten als bloße Taktik des „Systems“. Wieso gehen Feindbilder oft mit Verschwörungstheorien einher?

Sechstens: Um manche Feindbilder bei Extremisten abzubauen, besteht eine Möglichkeit darin, die Auseinandersetzung mit ihnen zu suchen. Die Gefahr, dass Demokratien ihnen damit ein Forum geben und sie aufwerten, ist in der Regel geringer als die Gefahr, dass sich extremistische Bestrebungen weiter abschotten und ideologisieren. Angesichts der Festigkeit von Feindbildern bei politischen Extremisten sind Appelle zu ihrem Abbau freilich häufig nur gut gemeint, jedoch nicht sonderlich wirksam. Von großen Umbrüchen – etwa in anderen Staaten von Diktaturen zu Demokratien – zeigen sie sich zuweilen beeindruckt. Bilden Systemwechsel vielfach die Voraussetzung für den Abbau von Feindbildern?

93 Eine schillernd-exzentrische Figur wie Horst Mahler ist eher eine Ausnahme.

Siebtens: Die Prüfung der Frage, ob eine Partei, eine Vereinigung oder eine Person im demokratischen Verfassungsstaat systematisch Feindbilder produziert oder sich zu eigen macht, ist neben anderen Faktoren ein Lackmustest für die Frage, inwiefern von ihr eine extremistische Orientierung ausgeht. Die Intensität von Feindbildern lässt Rückschlüsse darauf zu, ob es sich bei der betreffenden Gruppierung eher um eine harte oder eine milde Form des Extremismus handelt. Gleiches gilt spiegelbildlich für „Freundbilder“ von tatsächlichen oder vermeintlichen Extremisten. Wer die Ideologie autoritärer oder totalitärer Staaten unterstützt und deren Herrschern zum Geburtstag gratuliert, muss sich nicht wundern, wenn seine Haltung zum demokratischen Verfassungsstaat in Zweifel gezogen wird.⁹⁴ Leitet der Zusammenbruch von Diktaturen der eigenen Richtung zuweilen einen Läuterungsprozess ein?

Achtens: Extremisten haben innere und äußere Feindbilder. So sind sich alle drei Varianten des Extremismus – mit unterschiedlicher Akzentsetzung im Einzelnen – in der Ablehnung der westlichen Wertegemeinschaft einig.⁹⁵ Amerika gilt neben dem damit in enger Verbindung stehenden Kapitalismus und der Globalisierung als „das“ Abzulehnende schlechthin, firmiert als Wurzel allen Übels.⁹⁶ Das, so die Behauptung, nur dem „Mammon“ und dem Egoismus verpflichtete „One world“-Denken betrachten zumal Extremisten als dekadent, seelenlos, aggressiv-imperialistisch („Kapitalistenstaat“). Freilich gibt es zwischen Rechts-, Linksextremisten und Islamisten unterschiedliche Akzentsetzungen.⁹⁷ Unter welchen Voraussetzungen können sich die Feindbilder gegenseitig dekonstruieren?

Trifft die eingangs erwähnte Kernthese von Tilman Mayer zu, wonach eine „erfolgreiche Abwehr“ den „Zusammenbruch“ der eigenen Konzeption fördern kann? Die Antwort fällt unterschiedlich aus. Für den demokratischen Verfassungsstaat gilt dies nicht, weil er seine Legitimität nicht in erster Linie aus der Abwehr antidemokratischer Ideologien bezieht. Wenn er heute im Islamismus einen Feind sieht, so ist das eine Reaktion auf eine neue Herausforderung, in der Regel keine Islamophobie. Hingegen ist durch den Zusammenbruch des Kommunismus das Weltbild von Rechtsextremisten nachhaltig erschüttert. Eine ideologische Neuausrichtung in puncto Feindbilder ist weithin eingetreten. Bei Linksextremisten gibt es beides: Bestätigung und Verschärfung des Feindbildes mit Blick auf „Faschismus“, Abschwächung und Modifizierung des Feindbildes mit Blick auf „Amerikanismus“.

94 Die Linke hat eigens eine Arbeitsgemeinschaft Cuba Si, die sich zum Ziel setzt, Kuba zu unterstützen und das dortige – diktatorische – Regime zu rechtfertigen.

95 Vgl. Dan Diner, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, 2. Aufl., München 2003.

96 Das schließt nicht aus, dass in den USA selbst (unberechtigte) Feindbilder kultiviert wurden und werden. Vgl. etwa Thomas Meier, Die Reagan-Doktrin. Die Feindbilder – die Freundbilder: Afghanistan, Angola, Kambodscha, Nicaragua, Bern 1998. Im Bestreben, den islamistischen Feind auszuschalten, ist mitunter ein Feindbild hervorgerufen worden – mit schlimmen Konsequenzen, etwa der Folter von Gefangenen in Guantánamo.

97 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Antiamerikanismus“, „Antiwestlertum“ und „Antizionismus“. Definitionen und Konturen dreier Feindbilder im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (FN 6), S. 23-41.

Eine „Morgengabe“?

Die sowjetische Auslieferung deutscher Emigranten an das NS-Regime nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts

Von Wilhelm Mensing

1. Überlieferungen und Legenden

Margarete Buber-Neumann¹, die Partnerin des in Stalins Auftrag umgebrachten hohen KPD-Funktionärs Heinz Neumann, hatte bald nach dem Krieg und noch einmal zehn Jahre später über ihr schlimmes Schicksal unter Stalin und Hitler berichtet, bevor sie ihren Weg von Stalin zu Hitler im Februar 1940, der sie dann ins KZ Ravensbrück führte, 1967 schließlich so beschrieb: „Im Winter 1939/40 holte man plötzlich aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Sowjetrusslands Hunderte deutscher Häftlinge, die während der Großen Säuberung zu langjährigen Strafen verurteilt worden waren, und brachte sie unter NKWD-Bewachung ins Moskauer Gefängnis Butirki. Dort wurde ihnen ein neues Urteil präsentiert, das die ‚sofortige Ausweisung aus dem Territorium der Sowjetunion‘ verfügte. In welches Land die Ausweisung erfolgen sollte, wurde wohlweislich verschwiegen. [...] Stalin lieferte kommunistische Emigranten, Menschen, die in Lebensgefahr vor Hitler in die Sowjetunion geflüchtet waren, an eben diesen Hitler aus. 500 Menschen wurden der Freundschaft² zwischen Stalin und Hitler als eine Art Morgengabe geopfert. Mit diesem Akt wollte Stalin Hitler beweisen, wie ernst er es mit seiner Freundschaft meinte; er überließ es großzügig Hitler, mit 500 seiner erbitterten Gegner selbst abzurechnen.“³

-
- 1 Der Beitrag musste aus Platzgründen gekürzt werden. Der Autor ist bereit, besonders interessierten Lesern den ungekürzten Beitrag als pdf-Datei zu überlassen. Ein vorläufiges Arbeitsergebnis zum gleichen Gegenstand veröffentlichte er in der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Heft Nr. 20/2006, S. 57-84. Ergänzende Bemerkungen dazu lieferte Peter Erler, Erneut in den Fängen der sowjetischen Geheimpolizei. Ergänzende Bemerkungen zu einem Beitrag von Wilhelm Mensing, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Heft 21/2007, S. 119-123; dabei ging er u.a. auf die Versuche des NKWD ein, die Auszuweisenden zu Spionagetätigkeiten zu verpflichten, und auf den Nachkriegsumgang mit den Rückkehrern in der SBZ/DDR.
 - 2 Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 23. August 1939 sowie Deutsch-Sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die Verträge sind vielfach veröffentlicht, das geheime Zusatzprotokoll findet sich in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, f 19/182-183, Mikrofilm.
 - 3 Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943, Stuttgart 1967, S. 489. In früheren Darstellungen hatte sie über ihre Ausweisung berichtet, ohne Stalin das „Morgengabe“-Motiv zu unterstellen. Vgl. dies., Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München 1949, Vorwort vom 3. Dezember 1947. Erste Veröffentlichung überhaupt: Dies., Fänge hos Hitler och Stalin. Bokförlaget Natur och Kultur, Stockholm 1948; dann 1949 in ihrer

1990 fand Hans Schafranek „die Sicht der Opfer“ von Stalins Ausweisungsaktion, sie seien gewissermaßen als „Morgengabe“ zur Besiegelung der deutsch-russischen Allianz dargebracht und der Gestapo in den Rachen geworfen worden, „negativ“ bestätigt. Das Negative sah Schafranek wohl darin, dass er nirgends einen Hinweis auf irgendeine Gegengabe oder sonstige Kompensation gefunden hatte.⁴ Zugleich rückte Schafranek die Zahlen zurecht: Viel mehr als 300 Personen könnten nicht betroffen gewesen sein.

Damals hatte eben, ein Jahr zuvor, Willy Brandt in seinen „Erinnerungen“, fast bei-läufig und wie von einer unbestritten feststehenden Tatsache, beim Eingehen auf den Hitler-Stalin-Pakt von den „Geheimabsprachen“ geschrieben, „die die Auslieferung ei-niger deutscher – kommunistischer – Hitlergegner einschlossen“.⁵

Um einiges vorsichtiger beschrieb Peter Erler 1993 den Vorgang: „Nach dem gegen-wärtigen Forschungsstand kann die Ausweisungspraxis in zwei Etappen eingeteilt wer-den. Den Schnittpunkt bilden hierbei das deutsch-sowjetische Vertragswerk und die Okkupation Polens. [...] Aus der Sicht der aktiven Antifaschisten scheint es gerechtfertigt zu sein, für den gleichen Sachverhalt vor 1939 den Begriff ‚Ausweisung‘ und nach 1939 ‚Auslieferung‘ zu gebrauchen“.⁶

Aussage im Prozess Viktor Kravchenkos gegen die „Lettres Françaises“ wegen der bestrittenen Existenz sowjetischer Arbeitslager zum Teil wörtlich wiedergegeben, in: Die Zeit v. 24. März 1949, S. 9 f. (später fand Buber-Neumann im Zusammenhang mit ihrer Auseinandersetzung mit dem Altstalinisten Emil Carlebach die Aussage des Botschaftsrates Gebhard von Walther in diesem Verfahren besonders wichtig, 1939 seien der Botschaft von offizieller sowjetischer Seite Listen mit allesamt der Botschaft unbekannten Namen deutscher kommunistischer Emigranten übersandt worden. Hunderte deutscher und österreichischer Kommunisten seien gegen ihren Willen aus der Sowjetunion an das nationalso-zialistische Deutschland ausgeliefert worden. Vgl. dazu den Aufsatz von Kraushaar (FN 12) und die Dokumentation im Anhang der Veröffentlichung von Schafranek (FN 4) sowie „Fragment eines Vor-trags von Margarete Buber-Neumann aus dem Jahre 1951“, in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hrsg.), Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit, Berlin 1999, S. 55. – Und schließlich auch ihr Erin-nerungsbuch: Dies., Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart 1957, S. 463. Mangels eigener Erklärungen zu ihrem erst nach Jahrzehnten behaupteten Motiv Stalins liegt es nahe, dahinter ihre inzwischen ge-wonnene Kenntnis von den geheimen Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt und womöglich ver-gleichend genutzte Kenntnisse vom Ablauf der „Nachumsiedlung“ von Baltendeutschen zu sehen; im geheimen Zusatzprotokoll zum Pakt waren die baltischen Staaten Estland und Lettland der sowje-tischen Interessensphäre zugeschlagen worden. Dadurch ausgelöst kam es im Herbst 1939 in Estland und Lettland zu einem von Deutschland stark geförderten „Auszug“ der Baltendeutschen. Die Umsied-lungswilligen hatten sich einer deutsch-sowjetischen Kommission zu präsentieren, zu der auch ein SS- und ein NKWD-Offizier gehörten. Ein Vertreter der Sowjetunion war an der Feststellung der Vor-aussetzungen für die Umsiedlungsberechtigung beteiligt. Vgl. Helmut Hecker, Die Umsiedlungsver-träge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkriegs, Hamburg 1971, S. 138-153; BArch ZB 7273 A. 1 Bl. 14, Vermerk v. 19. Oktober 1940. Auch BStU Außenstelle Erfurt fol. 1.-116, hier Bl. 68.

4 Vgl. Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, Frankfurt a.M. 1990, S. 56. – Hans Schafranek, hat den hier vorgelegten Text freundlicherweise durchgesehen und ihm inhaltlich zugestimmt.

5 Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 124. – Spätestens damit wird deutlich, dass die Vorstellung von der „Morgengabe“ nicht nur literarisches Interesse beanspruchen kann, sondern im Bewusstsein führender Politiker wirkte.

6 Ein Dokument über die Ausweisung deutscher GULag-Häftlinge aus der Sowjetunion. Siehe Horch und Guck, Nr. 5/1993, S. 39-43.

Trotz der Stichworte „Schnittpunkt“ und „zwei Etappen“ sprach Erler von dem „gleichen Sachverhalt“ und deutete damit an, dass er die zweite Etappe nicht grundlegend, etwa wegen einer hinzukommenden Vereinbarung zwischen den beiden Tyrannen, von der ersten unterscheiden wolle. Den Begriffswechsel von der „Ausweisung“ zur „Auslieferung“ gebot der Wechsel von der Transitreise der Ausgewiesenen durch Polen zu ihrer Übergabe an der nach der Okkupation Polens den Beteiligten gemeinsamen Grenzlinie am Bug.⁷

1996 begründete dann Carola Tischler in ihrer Untersuchung „Flucht in die Verfolgung“ zwar eher beiläufig, aber doch mit aller Deutlichkeit ihre Auffassung, „dass die Auslieferung nach August 1939 nicht das war, als was sie häufig dargestellt wird: eine Art Morgengabe Stalins an Hitler, die Auslieferung erbitterter Hitlergegner zur Besiegelung der Freundschaft“. Sie fand es „unverständlich“, dass Schafranek, der die entsprechenden deutschen Akten vorliegen gehabt habe, zu einem ähnlich gezeichneten Bild gekommen sei „wie Buber-Neumann“.⁸ Zu einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen ihr und Schafranek kam es nicht.

Fast gleichzeitig mit der Arbeit von Tischler brachte Oleg Dehl, russlanddeutscher Historiker, der sich mit der Emigration in der Stalinzeit und der Repression der Emigranten befasste, eine Variante ins Spiel: Er sah nicht den Hitler-Stalin-Pakt im Sommer 1939 als Anknüpfungspunkt einer geheimen Auslieferungsabmachung. Er sprach stattdessen gar von der Ausweisungswelle, die ab 1937 „zwischen der Gestapo und dem NKWD abgestimmt wurde“. Dehl sieht also schon die Ausweisungen in der Zeit des „Großen Terrors“ als Gegenstand einer Abstimmung zwischen den Terrororganen der Nationalsozialisten und der Sowjets.⁹

Bei allem Respekt vor Dehls verdienstvoller Arbeit wird man diese nicht begründete Annahme verwerfen müssen. Es gibt nicht nur keinen Hinweis auf eine solche Abstimmung. Bei der erbitterten Kommunisten-Feindlichkeit der Nationalsozialisten, zu deren Vollzugsinstrument die Gestapo sich entwickelte, dürfte es zu allerletzt in deren Interesse gelegen haben, außer Landes gegangene Kommunisten zurückzuholen. Und ausländische Helfer für die Liquidierung angeblicher Konterrevolutionäre im Lande brauchte der NKWD nicht.

Allerdings bemerkte Hans von Herwarth, zeitweise Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Moskau, 1939 am Rande des Moskau-Besuchs von Reichsaußenminister

7 Bei der hier so genannten „Auslieferung“ geht es nicht um eine solche im völkerrechtlichen Sinne, die stets ein personenbezogenes Ersuchen im Zusammenhang mit einer laufenden oder beabsichtigten Strafverfolgung oder -vollstreckung durch den ersuchenden Staat voraussetzt. Sie wäre damals nur auf Grund zweiseitiger Verträge in Frage gekommen, die Auslieferungen wegen politischer Straftaten regelmäßig ausschlossen. Auslieferung ist hier allein die Übergabe von Personen an ihren Heimatstaat, auch eine solche, der sie zustimmen, ohne aber frei ausreisen zu können.

8 Carola Tischler, *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil – 1933 bis 1945*, Münster 1996, S. 133-137.

9 Vgl. Oleg Dehl, *Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie*, in: *Neues Leben (Moskau)*, 5, 6, 7/1996, jeweils S. 7.

Joachim von Ribbentrop „eine Gruppe von Gestapoagenten, die gerade ihre Gegenspieler vom NKWD herzlich begrüßten“. Herwarths Begleiter kommentierte die Szene: „Schau, wie die sich anlachen. Die freuen sich, dass sie endlich zusammenarbeiten können. Das kann furchtbar werden. Stell dir nur vor, wenn die ihre Akten tauschen.“¹⁰ Auch wenn man die Szene als so geschehen nimmt, gibt sie für die Annahme einer Absprache oder Abstimmung zwischen Sowjets und Deutschen hinsichtlich der Auslieferung „antifaschistischer“ Emigranten kaum etwas her, bietet nicht einmal einen guten Grund dafür, dass von Herwarth eine solche Absprache andeuten wollte.

Die phantastischste Version zum Schicksal der in Stalins Land emigrierten deutschen Kommunisten liefert „Sosnowski I.“ in einer durch die russische Internetseite „Agentura“ veröffentlichten Geschichte.¹¹ Hitlers Luftwaffe habe Stalin zwei Exemplare der von ihm „heißbegehrten“ Me 109 überlassen. Als Gegenleistung sollte Stalin dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) entkommene deutsche Kommunisten ausliefern, die dann tatsächlich von RSHA-Mitarbeitern in der Sowjetunion liquidiert worden seien. Die Darstellung wird als „Räuberpistole“ beiseitegelegt werden dürfen, ohne dass man weiter auf sie eingehen müsste.

Aber dann gab es wieder eine ernst zu nehmende Stimme zur Sache. Wolfgang Kraushaar las im Jahre 2001 Buber-Neumanns Erinnerungen kurzerhand so: „Die Auslieferung deutscher Häftlinge aus sowjetischen Lagern und Gefängnissen war, wie Margarete Buber-Neumann erst später erfuhr, eine der Vereinbarungen im Hitler-Stalin-Pakt.“¹² Auf Nachfrage erklärte Kraushaar das als seine festgefügte Erinnerung, für die er allerdings keine konkrete Quelle bei Buber-Neumann zu benennen vermöge. 2004 berichtete Antonio Muñoz Molina in seinem bei Rowohlt erschienenen historischen Roman „Sephara“ ohne Wenn und Aber von einer im Hitler-Stalin-Pakt garantierten Rückführung aus Deutschland gekommener Politemigranten. Und im Sommer 2009, zur 70. Wiederkehr der Unterzeichnung des Pakts, schilderte Daniel Koerfer in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung dessen Auswirkungen: Gestapo und NKWD begannen sich abzustimmen, mehrere Hundert deutsche und österreichische Kommunisten wurden von Stalin an Hitler ausgeliefert.¹³ Was seine Formulierung noch offenließ, bestätigte Koerfer auf Nachfrage: Er stütze sich auf Schafraneks Darstellung, die er für den Stand der Forschung nahm.

10 Hans von Herwarth, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931-1945, Frankfurt a.M. 1982, S. 186. Schon die Schilderung ist einigermaßen irritierend: Sollten die einander Begrüßenden durch ihre Uniformen erkennbar gewesen sein? Ein solcher öffentlicher Auftritt in dieser Situation ist schwer vorstellbar. Aber wie sonst erkannte sie Herwarths Kollege?

11 Vgl. www.agentura.ru/Forum/archive2001/5620.html (Stand: 30. Juli 2010).

12 Wolfgang Kraushaar, Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse, in: Ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt a.M. 2001, S. 40.

13 Vgl. Daniel Koerfer, Die deutsch-sowjetische Beutepartnerschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. September 2009, S. 33.

Angesichts des weit auseinander strebenden Verlaufs der Darstellung eines historischen Vorgangs – von einer Kontroverse mag man nicht sprechen, da, ausgenommen Carola Tischler, die verschiedenen Autoren einander nicht wahrgenommen zu haben scheinen – ist es geboten, die Geschichte noch einmal gründlich aufzuarbeiten und zu bewerten. Das verlangen der Respekt vor den Opfern Stalins und Hitlers und nicht minder die Suche nach der historischen Wahrheit.

Dabei beschränkt sich diese Aufarbeitung auf ein spezifisch sowjetisch-deutsches Ereignis: die Ausweisung deutscher, jedenfalls aus Deutschland gekommener Emigranten nach dem Abschluss einer deutsch-sowjetischen Vereinbarung. Sie beansprucht nicht, den Ablauf der Stalinschen Repressionen, die sich ja gegen Mitglieder sehr vieler Gruppen und Angehörige zahlreicher Nationen gerichtet haben, in ihrer ganzen Breite einzubeziehen. Allerdings wird durchaus die Konsistenz der dargestellten Abläufe mit der innersowjetischen Entwicklung in den Blick genommen. Und der Verfasser hat bewusst die kritische Gegenkontrolle seiner Darstellung auch von russischer wissenschaftlicher Seite gesucht und dabei Zustimmung gefunden.

2. Die Ausweisungen

Lassen sich für die Einschätzung der Ausweisungen deutscher Wirtschafts- und Polit- emigranten in der Zeit nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts durch Buber-Neumann aus den Quellen Anhaltspunkte bis hin zu ihrer Bestätigung gewinnen oder entspringen sie einer vielleicht nachvollziehbaren, aber nicht haltbaren Bewertung der tatsächlichen Abläufe?

Von jeher ist es Staatenpraxis, Bewohner mit fremder Staatsangehörigkeit auszuweisen, wenn sie dem Staatswohl gefährlich, vielleicht auch nur missliebig erscheinen, vor allem, wenn ihnen gröbere Verstöße gegen die Gesetze des Wohnsitzlandes vorgeworfen werden. Das hat die Sowjetunion ebenso gehandhabt wie die mittel- und westeuropäischen Staaten.¹⁴

Anfang der 30er Jahre warb die Sowjetunion in Deutschland und in anderen west- und mitteleuropäischen Ländern mit Hilfe ihrer Handelsvertretungen Arbeitskräfte in erheblicher Zahl an, um mit deren Unterstützung ihre ehrgeizigen Wirtschaftspläne verwirklichen zu können. Als sich bald zeigte, dass es unter den Angeworbenen „Problemfälle“ gab, entledigte man sich derer durch Ausweisung. Schon ein solcher Fall aus dem Jahre 1931 zeigt, dass dabei die Ahndung asozialen Verhaltens und fehlender politischer Anpassung Hand in Hand gingen: Trunken- und Raufbolde unter den deutschen Bergleuten im Donbass in der Ukraine mußten von der Miliz „beruhigt“ werden. Die Sache wurde vor der örtlichen deutschen Parteigruppe verhandelt, deren Sprecher die Aus-

14 Lenin hat spätestens seit 1922 für Massenausweisungen bei der Intelligenz gesorgt. Vgl. mit Einzelnachweisen: Alexander Jakowlew, Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland, Berlin 2004, S. 171-175.

weisung beantragte; dabei sah sich mindestens einer der „Täter“ als Konterrevolutionär gebrandmarkt. Als die vier Hauptbetroffenen die Versetzung an ein entfernteres Bergwerk verweigerten, wurden sie im Mai 1931 ausgewiesen.¹⁵ Auch gegenüber „Russlanddeutschen“ kam es schon früh zu Ausweisungen. So wurde der frühere Gutsbesitzer und spätere Konsulatsangestellte Johann Panzer aus Baku, Sohn eines dort ansässig gewesen Deutschen, im Jahre 1934 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ ausgewiesen.¹⁶

Erheblichen Umfang nahmen Ausweisungen an, als die Parteisäuberungen sich auswirkten und die Zeit des „Großen Terrors“ begann. Seit dem Ende des Jahres 1936 erfuhr die Deutsche Botschaft in Moskau von immer mehr Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger in der Sowjetunion¹⁷, auch schon in den ersten Monaten des Jahres 1937 von Ausweisungen verhaftet Gewesener. Botschafter von der Schulenburg trug Ende März 1937 dem stellvertretenden Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, vor, man sei zwar informiert, dass zehn Reichsdeutsche ausgewiesen worden seien, aber zugleich auch, dass es zu siebzehn neuen Verhaftungen gekommen sei. Von der Schulenburg bat Litwinow, „es möchte dafür Sorge getragen werden, dass möglichst bald und möglichst viele der Verhafteten nach Deutschland ausgewiesen werden und dass der Prozess gegen den Rest so schnell, wie tunlich, stattfindet.“¹⁸

Mit diesem Gespräch begann die über mehr als 2 ½ Jahre sich hinziehende Serie von Gesprächen und Interventionen vielfältiger Art, die die deutsche Botschaft mit dem Außenkommissariat der Sowjetunion führte oder dahin richtete. Ihr Ziel war, in der Sowjetunion festgenommene Reichsdeutsche nach Deutschland überführt zu bekommen. Sie stieß dabei zunächst durchaus auf Verständnis und erhielt Zusagen, wenn auch sehr allgemeiner Art, dass dem deutschen Wunsch entsprochen werde.

Die Botschaft richtete „Haftlisten“ ein. Darin trug sie die (wenigen) amtlichen Informationen der sowjetischen Seite über Verhaftungen von Reichsdeutschen und die von den Konsulaten und von privater Seite kommenden Nachrichten über solche Verhaftungen zusammen. Von deren großer Mehrzahl wurde sie amtlich nie unterrichtet, erfuhr

15 Vgl. einerseits die Vernehmungsprotokolle im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (PAAA) Polit. Abt. V Nachforschungen/Vernehmungsprotokolle (künftig: PAAA Vernehmungen) R 104554 A, Gajewiak; R 104555 A, Hellmann; R 104559 B, Murach und R 104560 B, Plüter, andererseits die Aussagen von Kurt Antes (Bl. 25 ff.), Theodor Beyer (Bl. 31 ff.) und Wilhelm Hellmann (Bl. 48) in Bundesarchiv (BArch) NJ 12239, Bde. 1 u. 2, Ermittlungsverfahren gegen Symanek. Der Vorgang ist eingehend dargestellt in: Wilhelm Mensing, Von der Ruhr in den GULag. Opfer des Stalinschen Terrors aus dem Ruhrgebiet, Essen 2001, S. 60 f.

16 Vgl. PAAA Vernehmungen R 104560 A, Viktor Panzer, Wesermünde, 30. September 1939.

17 Diese „Novemberverhaftungen“ und die anschließenden Bemühungen der deutschen Botschaft in Moskau, die verhafteten Reichsangehörigen nach Deutschland zurückzuführen, sind vor allem von Schafranek und von Tischler in ihren Arbeiten eingehend dargestellt und belegt. Im Umfang ihrer Darstellungen (und soweit sich dieser Beitrag nicht kritisch vor allem mit Schafranek auseinandersetzt) wird hier bewußt straff berichtet und auf neuerliches Belegen im Detail verzichtet.

18 Bericht Botschaft Moskau an Auswärtiges Amt (AA) v. 21. Juni 1937 (Tippelskirch), in: PAAA Botschaft Moskau 418 (unpaginiert).

davon allenfalls bei Gelegenheit der Ausweisung. Ihre Haftlisten übermittelte die Botschaft dem Außenkommissariat mit der Bitte, die genannten Personen auszuweisen. Eine Chance, die Freilassung innerhalb der Sowjetunion zu erwirken, sah die Botschaft angesichts der Situation im Lande verständlicherweise nicht (mehr).¹⁹

Was die Botschaft gegenüber der sowjetischen Regierung unternahm, war deutlich nichts anderes als das, was nach europäischem Verständnis ein Staat an konsularischer Fürsorge einem im Ausland (strafrechtlich) verfolgten Staatsangehörigen schuldete. Man versuchte bei der Botschaft zu analysieren, nach welchen Kriterien die Verhaftungen zustande gekommen sein mochten, wie die Sowjets selektierten. Man erkannte keine klare Linie, nur einen „beängstigenden Umfang“ der Verhaftungen, und das, obwohl deren wirkliche, wie sich später an Hand der Ausweisungen herausstellte, um etwa 50 Prozent höhere Anzahl unbekannt war. Die Botschaft ihrerseits selektierte mit ihrer Ausweisungsbitte die Betroffenen nicht, sondern bezog alle ein. Die GPU gehe anscheinend wahllos gegen Politemigranten, Vertragsarbeiter, ehemalige Kriegsgefangene, in Russland ansässige Reichsdeutsche vor, glaubte man. Unter den Verhafteten stieß man gar auf solche, die bereits ein Ausreisevisum hatten und abreisen wollten.²⁰

Schon ein früherer Versuch der Botschaft und des Auswärtigen Amts, mit Hilfe der Gestapo-Vernehmungen der Rückkehrer – von denen dem AA Durchdrucke überlassen wurden – zu Erkenntnissen über die Auswahl der Ausgewiesenen zu kommen, war ergebnislos gewesen: Die Betroffenen gaben sich überzeugt, sie seien ausgewählt worden, weil man gegen sie kein hinreichend beweiskräftiges Material habe beibringen können.²¹ Dass dies für das Sowjetregime damals kein Grund war, auf Strafverfolgung zu verzichten, ist mindestens im Nachhinein offenkundig.

Das Generalkonsulat in Leningrad sah als einzige Erklärung die Absicht, „allmählich alle Reichsdeutschen ohne Ansehung der Person aus der UdSSR oder wenigstens aus den Grenzgebieten zu entfernen“.²² Botschafter von der Schulenburg meinte im April 1937 gegenüber Litwinow angesichts der Verhaftung von 17 Deutschen gleich nach der Ausweisung von zehn anderen: „Es mache wirklich den Eindruck, als ob die Verhaftung der Deutschen ein Sport der niederen Polizeibeamten geworden sei.“²³

Der Eindruck der Wahllosigkeit bei Repression und Ausweisung drängt sich auch 70 Jahre später noch auf; Wahllosigkeit jedenfalls unter den deutschen Polit- und Wirtschaftsemigranten – ausgenommen die KPD-Führung, die, da Deutsche, in sowje-

19 Anfang 1939 bedankte sich dann ein Botschaftsangehöriger bei den Sowjets für solche Freilassungen, ohne dabei Namen zu nennen. Beispiele sind kaum bekannt.

20 Vgl. PAAA Bericht Botschaft Moskau (M) an AA v. 12. August 1937, nur im Entwurf in der Akte Botschaft Moskau 418 (unpaginiert).

21 Vgl. BArch ZB 7273 A. 1 Bl. 42, AA an Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapa) Abt II v. 4. März 1937, Botschaft M möchte (u.a.) erfahren: Warum haben die Sowjetbehörden gerade diese 10 Personen für die Ausweisung gewählt?

22 PAAA R 104401, Bericht Generalkonsulat (GenKons) Leningrad an AA über Botschaft Moskau v. 15. September 1937.

23 BArch ZB 7273 A. 1 Bl. 69, Abschrift Pol V 1800 Botschaft M v. 5. April 1937.

tischen Augen, nach einem Artikel des *Journal de Moscou* vom 12. April 1938, allesamt als faschistische Spione zu gelten hatten. Die Ausweisung traf im April 1938 den seit Oktober 1937 verhafteten jüdischen Arzt Walter Steinberg aus Duisburg, nachdem er der Empfehlung, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, nicht gefolgt war. Ihm war es erst im April 1936 gelungen, aus Deutschland, wo ihm alle Arbeitsmöglichkeiten genommen worden waren, in die Sowjetunion auszureisen und dort Arbeit zu finden.

Die Nicht-Kommunisten Walter Kubb und Paul Ludewig wurden 1937 bzw. 1938 ausgewiesen. Der Kommunist Karl Mergenthal wurde 1936 verhaftet und als Zwangsarbeiter für mehr als ein Jahrzehnt nach Kolyma geschickt, der Kommunist Friedrich Krütznier aus Essen im März 1938 nach einem halben Jahr Haft ausgewiesen.²⁴ Für die unterschiedlichsten Konstellationen bei Verhaftung und späterer Ausweisung lassen sich Beispiele finden – eine innere Logik für die Auswahl der Ausgewiesenen unter den Repressierten wird nicht erkennbar.

In die Richtung konsularischer Fürsorge, wenn auch diesmal selektiver, als Motiv für die Bemühungen der deutschen Botschaft um Ausreise verhafteter Reichsdeutscher deutet auch eine Weisung des Auswärtigen Amtes an die Botschaft Moskau vom 16. August 1937: Da nach den Massenverhaftungen der letzten Monate die Sicherheit deutscher Reichsangehöriger in der Sowjetunion nicht mehr gewährleistet sei, wird die Botschaft gebeten, alle politisch zuverlässigen Reichsdeutschen, die dort vorsprechen, mündlich auf diese Lage aufmerksam zu machen und ihnen baldige Rückkehr nach Deutschland dringend zu empfehlen. Die Botschaft wird aufgefordert, diese Warnung vertraulich zu behandeln. Man wolle Rücksicht darauf nehmen, „dass wir die Wirtschaftsbeziehungen zur SU nicht abreißen lassen wollen“.²⁵ Aus der Perspektive des AA war die Beschränkung der Warnung auf die „politisch zuverlässigen Reichsdeutschen“ leicht verständlich; wäre sie auch an deutsche Kommunisten und ähnliche „Reichsfeinde“ gerichtet worden, hätte man sich schwerlich auf vertrauliche Behandlung verlassen können. Zugleich wird aber auch deutlich, dass der NS-Regierung an der Rückkehr solcher Deutschen nicht gelegen war, die aus ihrer Sicht politisch unzuverlässig waren.

Tatsächlich hat es mindestens bis in die ersten Monate des Jahres 1938 auch Ausreisen nicht verhafteter und nicht ausgewiesener deutscher Wirtschaftsemigranten aus der Sowjetunion gegeben, die anscheinend nicht auf eine Warnung eines Konsulats zurückgehen. Die bekannten Fälle deuten eher darauf hin, dass die Betroffenen mit ihrer Ausreise einer Ausweisung von sich aus zuvorkommen suchten, weil sie entweder schon zeitweilige Festnahmen und andere Repressalien erfahren hatten, oder, weil das Schicksal ihres Umfeldes ihnen angeraten erscheinen ließ, das Land zu verlassen.²⁶

24 Zu allen vgl. Mensing (FN 15), S. 265 f., 276 f., 287 f., 321 f. und die entsprechenden Quellenangaben in: www.nkwd-und-gestapo.de (Stand: 30. Juli 2010).

25 PAAA R 104401.

26 Vgl. z.B. PAAA Vernehmungen R 104551 B, Familie Friedrich Bachor, Ausreise Januar 1938 mit einem Reisekostenvorschuß des GenKons Kiew, in: Mensing (FN 15), S. 354-357, ist für die Zeit bis Dezember 1937 eine beträchtliche Anzahl von Ausweisungen nicht Verhafteter allein aus dem Ruhrgebiet nachgewiesen; deren Zahl für das gesamte Reichsgebiet dürfte um einiges höher gelegen haben.

Das sind allerdings dann wohl auch die letzten „freien“ Ausreisen von Wirtschaftsemitanten gewesen.²⁷

Bald wurde der Botschaft klar, dass die allgemeinen Zusagen aus der Führung des Außenkommissariats der Sowjetunion wenig Wert hatten. Als von der Schulenburg in der zweiten Junihälfte 1937 zum wiederholten Mal an die Einhaltung der Zusage erinnerte, konnten ihm weder der Außenkommissar noch sein Stellvertreter einen Grund für die anhaltende Verzögerung nennen; sie versprachen aber, beim Innenkommissariat rückzufragen.²⁸ Dann kamen wirklich Transporte mit Ausgewiesenen zustande: Mitte Oktober trafen an der polnischen Grenze aus Kiew kommend zunächst 15, dann bald noch einmal so viele Personen ein. Die deutsche Botschaft Warschau wurde gebeten – so groß war anfangs die Fürsorge für die Rückkehrer –, man möge die Ankommenden „mit Entgegenkommen behandeln“, es seien viele Alte und Gebrechliche unter ihnen, vor allem wohl Russlanddeutsche.²⁹ Und kurz darauf telegraphierte der Botschafter an die Zentrale in Berlin, er habe vom stellvertretenden Außenkommissar Potemkin die von Volkskommissar Jeschow stammende Nachricht erhalten, „dass sämtliche verhafteten Reichsdeutschen ausgewiesen werden würden. Ausweisungen sollten in Gruppen und so schnell wie möglich erfolgen“.³⁰

Insgesamt kam es rasch zu einer beträchtlichen Zahl von Ausweisungen: Zwischen Anfang November 1937 und Mitte Dezember seien 111 Fälle mitgeteilt worden, berichtete die Botschaft nach Berlin. 38 davon waren aus den in den Haftlisten zusammengestellten Fällen bis dahin der Botschaft noch unbekannt gewesen. Im Übrigen waren unter den Ausgereisten bereits zu Weihnachten 1937 etwa 50, die durch Nichtverlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zur Ausreise gezwungen wurden.³¹

Der höchst begrenzte Überblick der Botschaft über die in der Sowjetunion lebenden deutschen Reichsangehörigen und deren Schicksal wurde unübersehbar; sie bestätigte ihn auch ausdrücklich gegenüber der Berliner Zentrale. Das Ausmaß der Unvollständigkeit

27 Einzig ein Bergmann, der 1938 aus dem Donbass zurückgekommen war, sagte bei der Gestapo aus, seine Ausweisung beruhe auf einem Verlangen des deutschen Konsuls in Kiew. Eine Bestätigung für diese Behauptung gibt es nicht. Vgl. PAAA Vernehm. R 104559 B, Nowicki. Die Akten der Botschaft geben zu dem Fall nichts her.

28 Vgl. PAAA Botschaft Moskau 418 (unpaginiert).

29 Vgl. PAAA R 104401, Telegramm GenKons Kiew v. 7. Oktober 1937, Anweisung an Botschaft Warschau, 11. Oktober 1937.

30 PAAA „Nov.-Verhaft.“ Bd. 3, Telegramm Schulenburg an AA 28. Oktober 1937. Eine Reihe von Politemigranten wurde aber zurückgehalten.

31 Vgl. Botschaft M 463, Bericht Botschaft M an AA v. 26. Dezember 1937. Diese Praxis entsprach wohl dem Rundschreiben „Über die Ausländer“ (Nr. 68 vom 22. August 1937), ZAFSBF. 66 Op. 1, D. 413, L. 139, das bei Nikita Ochotkin/Arseni Roginski (Zur Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKWD 1937-1938, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/01, S. 89-125, hier S. 100 f.) wiedergegeben ist. – Oleg Wischljow, Moskau, bestätigte dem Autor freundlicherweise, dass er dessen Hauptthesen unterstützte und seine Schlussfolgerungen teile. Er überließ ihm überdies umfangreiche statistische Auswertungen und Namenslisten, die er auf Grund seiner früheren Auswertung der Akten über die Ausweisungen angefertigt hatte. Auf diese statistischen Angaben wird im Folgenden zurückgegriffen.

keit wird deutlich, wenn man die von der Kaderabteilung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) geführte Verhaftetenliste mit den Häftlingslisten der Botschaft vergleicht: Von den rund 550 Namen der EKKI-Liste findet sich ein sehr großer Teil nicht in den Listen der Botschaft.³²

Als Polen seit Dezember 1937 Fotos für die Transitvisa forderte, traten bei den Ausweisungen Stockungen und wochenlange Verzögerungen auf. Die Fotos konnten Jerschows Mitarbeiter so rasch nicht beibringen. So musste die deutsche Botschaft in Warschau bei den polnischen Behörden vorsprechen – wieder in einem bemerkenswert menschlichen Ton –, „um nicht die gesamte Ausweisungsaktion zu verzögern und die unglückliche Lage der Inhaftierten um Wochen zu verlängern.“³³

Übrigens führten nicht alle Ausweisungen über Polen. Zwischen November 1937 und April 1938 gab es mindestens fünf Transporte mit jeweils mehreren Ausgewiesenen über Belostrow/Helsingfors nach Finnland, mit anschließendem Schiffstransport in einen deutschen Hafen.³⁴

Zu Beginn des Jahres 1938 tauchte ein neues Problem bei der Abwicklung der Ausweisungen auf; diesmal hatte es die deutsche Seite ausgelöst. Die Botschaft behielt die ihr vom sowjetischen Außenkommissariat zur Visierung eingereichten Pässe solcher ausgewiesenen Reichsdeutschen ein, die sie als Ausgebürgerte ermittelt hatte oder von deren eingeleiteter Ausbürgerung sie wusste. Das löste auf sowjetischer Seite Verärgerung aus: Die Personen, die man zur Ausweisung „bereitgestellt“ hatte, wollte man nun auch loswerden. „Die Sowjetbehörden bestehen jedoch darauf, dass zusammen mit diesen Reichsdeutschen, deren Befreiung aus der Haft und Ausweisung erwünscht ist, gleichzeitig die Ausweisung einer Anzahl weiterer Reichsangehöriger durchgeführt wird, deren Rückkehr nach Deutschland unerwünscht ist“, teilte die Moskauer Botschaft dem Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) mit.

Dort hatte man bereits einzulenken begonnen: man habe „an sich erhebliche Bedenken“, gegen die Ausstellung eines Passes für [P. L.], da er Sozialist sei, schrieb das Gestapa am 16. Januar 1938 dem AA. „Sollte jedoch durch die Passerteilung eine Ausweisung vermieden werden können bzw. L. sich verpflichten, in ein anderes Land abzuwandern, habe ich gegen die Erteilung eines auf drei Monate befristeten Passes unter Beschränkung des Geltungsbereiches auf die Sowjetunion oder gegebenen Falles auf

32 Vgl. die Liste RGASPI f 495 op 175 d 118. – Das Erstaunen von Botschaftsrat von Walther über die vielen der Botschaft nicht bekannten verhafteten Deutschen, dessen Auslösung er bei seiner Pariser Zeugenaussage 1949 einer 1939 von den Sowjets übersandten Liste zuschreibt, hätte bereits mindestens 1938 eintreten müssen. Von Walther selbst hat schon am 4. Januar 1939 eine Zusammenstellung solcher Listen für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1938 an das Auswärtige Amt übersandt, BArch ZR 925 A, 4 Bl. 22.

33 PAAA Botschaft Moskau 419 (unpaginiert), Botschaft M an AA v. 20. Dezember 1937.

34 Vgl. PAAA Botschaft Moskau 419 (unpaginiert) und PAAA R 104402, Telegramm GenKons Leningrad v. 8. Dezember 1937, v. 8. Januar 1938 an AA; GenKons Leningrad an AA v. 8. Dezember 1937; Gesandtschaft Helsingfors an AA v. 28. Januar 1938, v. 12. März 1938 und vom 23. April 1938.

den Staat, in den L. einwandern will, nichts einzuwenden.“ Es sei beabsichtigt, gegen L. das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten.³⁵

Diese Position war nicht durchzuhalten, das schloss die Botschaft aus der ihr vermittelten sowjetischen Haltung. Die Botschaft hatte schon Weisung an die Konsulate gegeben, bei noch nicht abgeschlossenen Ausbürgerungsverfahren die Pässe herauszugeben.³⁶ Und obwohl das Auswärtige Amt noch im Februar 1938 einen Erlass an die Gesandtschaft in Helsingfors gerichtet hatte („Die Rückkehr reichsdeutscher Juden in das Reichsgebiet ist unerwünscht. Ihre Heimschaffung ist deshalb unter allen Umständen zu vermeiden.“³⁷), man möge sie auf die drohende Verhaftung hinweisen, sie notfalls mit kleinen Geldbeträgen unterstützen, wurde im April doch der jüdische Arzt Walter Steinberg ins Reichsgebiet eingelassen.

Anfang Februar 1938 gab die Botschaft Moskau der Zentrale ein erstes Resümee der seit einem Vierteljahr laufenden Ausweisungsaktion: Zwar habe „der Erfolg der Ausweisungsaktion nicht den ursprünglichen Erwartungen der baldigen Liquidierung der Gefangenensfrage entsprochen“³⁸, aber nachdem monatelang die Zahl der reichsdeutschen Häftlinge ständig gestiegen sei, fielen die Zahlen nun erstmals merklich. Hinzu komme, dass derzeit offenbar auch das Tempo der Verhaftungen nachgelassen habe. Deshalb sei, bei gleichbleibenden Ausweisungszahlen, damit zu rechnen, dass in den nächsten Monaten die Zahl der Häftlinge noch stärker fallen werde.

Bis Ende April 1938 wurden etwa 500 Personen ausgewiesen. Dann gingen die Zahlen fast schlagartig zurück: Nach über 80 Ausweisungen im April kamen in den folgenden drei Monaten insgesamt nicht einmal 70 Ausgewiesene in Deutschland an. Im August 1938 waren der Botschaft noch Namen von etwa 300 Verhafteten bekannt, die Hälfte von ihnen seit über einem Jahr in Haft. Man fand, dass bei den Ausweisungen bestimmte Regionen fast völlig ausgespart worden waren: Aus Westsibirien war nur einer von 31 Verhafteten ausgewiesen, 28 Reichsdeutsche waren dort schon vor mehr als einem Jahr verhaftet; aus Rostow am Don, Saratow und noch weiteren Gebieten gab es keine einzige Ausweisung.³⁹

35 Die Haltung des Gestapa zeigt zu dieser Zeit auch noch nicht in Ansätzen diejenige, die ab dem Herbst 1940 im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjetunion in den Vorbereitungen und der schließlichen Aufstellung der „Sonderfahndungsliste UdSSR“ zum Ausdruck kommt: Emigranten, Kommunisten etc. in den besetzten Gebieten mit Rücksicht auf die „Sicherheitsbelange“ des Dritten Reiches zu ermitteln und festzuhalten. Vgl. dazu Werner Röder, Sonderfahndungsliste UdSSR, Erlangen 1977, Sipo und SD im besetzten Europa.

36 Vgl. PAAA Botschaft M 420 (unpaginiert).

37 PAAA R 104402, Erlass v. 4. Februar 1938. Dennoch fand Wischljow unter den zwischen 1939 und 1941 nach Deutschland Ausgewiesenen insgesamt 18 Juden.

38 PAAA Botschaft M 420, Bericht Botschaft M an AA v. 7. Februar 1938.

39 Vgl. PAAA Botschaft M 421 (nicht paginiert), Vermerk Botschaft M v. 20. August 1938. – Der Ausfall von Westsibirien bei den Ausweisungen findet immerhin auch eine Erklärung in der Tatsache, dass dort besonders viele von den verbliebenen deutschen Bergleuten erschossen worden waren. Im Raum Nowosibirsk betrug der Anteil der Erschossenen an den Verhafteten während der „nationalen Operationen“ 96,3 Prozent. Vgl. Ochotkin/Roginski (FN 31), S. 119 f.

Der deutschen Botschaft waren die Hintergründe dafür so gut wie unbekannt. War sie schon früher nur sehr unregelmäßig über Verhaftungen Reichsdeutscher amtlich informiert worden, so waren durch die Ausweisungen und die Schließung der deutschen Konsulate zwischen der Jahreswende 1937/38 und dem Frühjahr 1938 auch die übrigen Informationsquellen fast völlig versiegt.⁴⁰ Über die Verurteilung Deutscher wurde die Botschaft ohnehin nur in Ausnahmefällen unterrichtet.

Eine Situation am anderen Ende Europas erlaubte den Versuch, wieder Bewegung in die stockende Ausweisung reichsdeutscher Häftlinge zu bringen. In Bilbao hatte das Franco-Regime ein sowjetisches Schiff an die Kette gelegt und die Besatzung festgesetzt. Die Reichsregierung hatte auf sowjetische Bitten sich in Spanien dafür verwandt, die Besatzung freizugeben. Das Motiv für diesen Dienst war aus deutscher Sicht, die Ausweisungen wieder in Gang zu bringen. So formulierte auch Legationsrat Schwinner gegenüber seinem sowjetischen Kollegen Wainstein, Abteilungsleiter im Außenkommissariat, nach seiner Gesprächsaufzeichnung: „Wir haben nunmehr ein Recht zu erwarten, dass die Sowjetregierung ebenfalls eine loyale Haltung einnehme und das Versprechen, der Ausweisungsaktion der reichsdeutschen Verhafteten einen neuen Impuls zu geben, womöglich eine Generalbereinigung durchzuführen, erfüllen werde.“⁴¹ Wainstein versicherte, Verhandlungen mit den inneren Behörden seien eingeleitet; ein günstiger Abschluss stehe bevor. Einen Monat später war man um nichts weiter. Diesmal sprach Botschaftsrat von Tippelskirch mit Wainstein und erhielt die Zusicherung, dass die Ausweisung der verhafteten deutschen Reichsangehörigen, soweit sie noch nicht verurteilt seien, einer generellen Regelung zugeführt werde. Ein günstiges Ergebnis sei bald zu erwarten.⁴²

Hier sprach Wainstein das zu dieser Zeit geltende entscheidende Kriterium für eine etwaige Ausweisung an: Der Betroffene durfte noch nicht zu einer Strafe, es sei denn eben der Strafe der Ausweisung, verurteilt sein.⁴³ Unter den bis zum Frühsommer 1939 Ausgewiesenen findet sich keiner, gegen den eine Freiheitsstrafe verhängt worden wäre. Zwar hatte der Botschafter im Oktober 1937 auch eine „Liste derjenigen *verurteilten* deutschen Reichsangehörigen, deren Ausweisung deutscherseits in erster Linie gewünscht wird“⁴⁴ übergeben. Aber aus dieser Liste mit acht Namen wurde bis zum Frühjahr 1939 niemand ausgewiesen.

Dieses Verfahren entspricht ordentlicher Justizpraxis in Rechtsstaaten: Eine Ausweisung kommt nur in Frage, solange kein (rechtskräftiges) Strafurteil vorliegt. Ist das

40 Vgl. PAAA R 104371.

41 PAAA Botschaft Moskau 421, Aufzeichnung vom 29. Oktober 1938.

42 Vgl. ebd., Vermerk von Tippelskirch v. 25. November 1938.

43 Dieses Kriterium wurde auch von deutscher Seite zunächst als selbstverständlich genommen, wie z.B. der Bericht der Botschaft Moskau vom 8. Februar 1937 „*in der Angelegenheit der 38 verhafteten, aber bisher noch nicht abgeurteilten deutschen Reichsangehörigen in der Sowjet-Union*“ zeigt, Abschrift in: BArch ZB 7273 A. 1 Bl. 2.

44 PAAA Botschaft Moskau 419 (unpaginiert; Hervorhebung von W.M.). In der Liste finde ich keine „Antifaschisten“.

gefällt, muss dem staatlichen Strafanspruch Genüge getan werden. Eine Ausweisung kann dann erst nach der Verbüßung, einer Strafaussetzung, -umwandlung oder einem Gnadenerweis stattfinden. An diese Staatenpraxis hat sich auch die Sowjetunion – bei allen willkürlichen Verurteilungen und einer von Rechtsstaatlichkeit weit entfernten Handhabung ihres materiellen Strafrechts – offenbar gehalten.

So war der die deutsche Botschaft irritierende, bis gegen Null gehende Rückgang der Ausweisungen aus der sowjetischen Perspektive durchaus nachvollziehbar: Die schon länger Verhafteten und bis zum Sommer 1938 nicht Ausgewiesenen waren überwiegend, wenn nicht entweder längst erschossen, dann zu meist langen Lagerstrafen verurteilt, kamen also nach den damals angewandten Regeln für eine Ausweisung nicht in Frage. Zu neuen Verhaftungen kam es nur noch selten.

Von den seit dem Frühjahr 1938 noch Verhafteten, allesamt Kommunisten, kamen nur wenige wieder frei. Recht ungewöhnlich war deshalb der Fall von Rudolph Hebel, im Februar 1938 verhaftet, im Dezember 1940 zu acht Jahren Lager verurteilt und dann als einer der letzten vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, nach Umwandlung des Urteils am 17. Mai 1941, den Deutschen ausgeliefert.⁴⁵ Typische Schicksale waren eher: Hans Böllert, verhaftet im April 1938, bald darauf erschossen; so wohl auch der fast gleichzeitig verhaftete Ludwig Karas; Helene Hartmann, verhaftet im Februar 1939, im Januar 1940 erschossen. Glücklicher war der im Dezember 1938 verhaftete Johann Beierlein, der nach einigen Monaten Untersuchungshaft entlassen wurde, allerdings in der Sowjetunion blieb. Einzelne Wirtschaftsemigranten, die die Säuberungen überstanden hatten und nicht ausgereist waren, wurden 1941 zur *trudarmija* (Arbeitsarmee) gezogen.⁴⁶ Zu den wenigen Zurückgekehrten unter den zwischen Juni 1938 und Juni 1939 noch Verhafteten gehörten neben Margarete Buber-Neumann noch Otto Bauer, Heinrich Behrens, Emil Cherubim, Erich Jakthold und Margarete Siebert.⁴⁷

Der Gesprächskontakt zwischen der Botschaft und dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten wurde trotz der stockenden Ausreisen weiter gepflegt. Der Bericht über ein Gespräch zwischen Legationsrat Schwinner und dem Leiter der Westabteilung im Volkskommissariat, S. P. Belko, in dessen Büro am 20. Januar 1939, stammt allerdings nicht aus den Botschaftsakten, sondern aus denen des Volkskommissariats.⁴⁸

Zunächst warf Schwinner die „mit einer Menge möglicher Bemühungen“ verbundene Frage nach den von ihm mit 400 bezifferten inhaftierten deutschen Staatsbürgern auf. Er kam dann auf die Frage der Entlassung von Ehefrauen ausgewiesener deutscher Staatsbürger aus der „russischen“ Staatsbürgerschaft und ihre Ausreise zu sprechen. Das

45 Die letzten Ausgewiesenen wurden von den sowjetischen Dienststellen nicht mehr an die Deutschen übergeben. Sie wurden nach dem Angriff auf die Sowjetunion in Brest-Litowsk gefunden, „befreit“ und nach Deutschland transportiert. BArch ZB 7273 A. 4 Sachakte Russland-Rückkehrer, Bl. 9, Vermerk September 1941 IV A 1 – 5827/38 g – (II A 1).

46 Vgl. zu den Genannten www.nkwd-und-gestapo.de („Quellen“ und „Repressierte“).

47 Schafranek (FN 4), S. 128, 132, 159.

48 Vgl. AWP RF, F. 082 Op. 22, P. 92. D. 6, S. 4-2, Notiz v. 25. Januar 1939.

war tatsächlich kein geringes Problem, wenn auch eines, das sich gelegentlich erstaunlich glatt und zügig löste. So war die Sowjetbürgerin Ludmilla Kozjek, geborene Clis-towa, die Ehefrau des Bergarbeiters Franz Kozjek, zwar nach dessen Ausweisung im Dezember 1937 zunächst in Brjansk in der Ukraine zurückgeblieben; aber schon im Sommer 1938 vermerkte die Gestapo Düsseldorf, dass sie „vor einiger Zeit zugereist“⁴⁹ sei. Doch zugleich gab es reichlich Fälle, in denen die Ehefrauen mit sowjetischer Staatsbürgerschaft vergeblich darauf warteten, ihren ausgewiesenen Ehemännern nach Deutschland folgen zu dürfen.⁵⁰

Schließlich äußerte Schwinner sich sehr besorgt hinsichtlich der „Kinder deutscher Staatsbürger“, die aus der UdSSR ausgewiesen und „in verschiedenen Kinderheimen der Sowjetunion ihrem Schicksal überlassen wurden“.⁵¹ Antworten zu Schwinner's Fragen hat Belko nicht vermerkt. Anhaltspunkte für rasche positive Wirkungen seiner Vorsprache gibt es nicht.

Dann geschah im Frühjahr 1939 etwas Neues: Nina Jansen wurde – nach meiner bisherigen Kenntnis – die erste aus der im Oktober 1937 den Sowjets überreichten Liste verurteilter Reichsdeutscher und wohl die erste zu einer Freiheitsstrafe verurteilte Reichsdeutsche überhaupt, die seit Beginn der Ausweisungsaktion 1937 nach Deutschland ausgewiesen wurde.⁵²

Mit ihr begann gegenüber Reichsdeutschen, die in der Sowjetunion im Zuge der Säuberungen und während des „Großen Terrors“ verurteilt worden waren, das Verfahren der Umwandlung einer Freiheitsstrafe in die „Strafe“ der Ausweisung, was dann bald zu einem Regelverfahren wurde. Es wurde schon bald wiederum angewandt, als Viktor Panzer⁵³ – ebenfalls einer von den acht Verurteilten, deren Ausweisung die Botschaft im Oktober 1937 gefordert hatte – ausgewiesen wurde. Er beschrieb bei seiner Vernehmung, wie mit ihm verfahren worden war: Er war im Oktober 1935 vom Militärtribunal in Tiflis zu acht Jahren Verbannung [gemeint wohl: Lagerhaft] wegen Spionage verurteilt worden. Zur Verbüßung war er durch verschiedene Lager gegangen. Mitte Juli 1939 erfuhr er, dass seine Ausweisung bevorstehe. Er wurde nach Moskau gebracht und erhielt dort die Mitteilung, das Militärtribunal habe sein Urteil annulliert und seine Ausweisung angeordnet.⁵⁴

49 LA NRW Düsseldorf RW 58 51948.

50 Vgl. etwa PAAA Vernehmungen R 104559 B: Ernst Niefeld, ausgewiesen im Januar 1938, wartete vergeblich auf die Ende 1935 nach russischem Recht geheiratete Ehefrau, wusste nichts von ihrem Verbleib. Die Beispiele lassen sich erweitern.

51 LA NRW Düsseldorf RW 58 51948. Vgl. dazu das Schicksal von Eltern und Kindern der Familie Marsmann in: Mensing (FN 15), S. 145-154.

52 Vgl. PAAA R 104556 A: Ihre Ausweisung nach Verbüßung einer dreijährigen Gefängnisstrafe im Dezember 1938 und zunächst weiterem Festhalten in Haft begann offenbar mit einem Transport vom Verbüßungsort Jaroslawl nach Minsk im April 1939. – Jansen war als ehemalige Angestellte des Generalkonsulats Leningrad der Botschaft bekannt.

53 Dieser gehörte zu den für die „Smidowitsch“-Besatzung Ausgetauschten.

54 Vgl. FN 31.

Da Nina Jansen bereits Mitte Mai 1939 ausgewiesen wurde, dürfte spätestens zu diesem Zeitpunkt – im Hinblick auf die erforderlichen Verfahrensvorbereitungen sicher noch einige Zeit früher – auf sowjetischer Seite die Entscheidung für die Ausdehnung der Ausweisungen getroffen worden sein. Dafür spricht auch, dass bereits kurz nach dem Folgefall Panzer, der im Juli 1939 erkennbar in Gang kam, der dann im Februar 1940 ausgewiesene Erich Frank in Slatoust in Marsch gesetzt wurde, wo er seine Strafe von 25 Jahren Lager verbüßte. Bereits im Februar 1939 war auch der im Oktober 1937 zu 10 Jahren Lager verurteilte Kurt Koitz vom Verbüßungsort „Teichend“ (Taischet?)/Sibirien nach Moskau transportiert worden; seine Ausweisung kam im April 1940.⁵⁵ Das heißt, dass lange vor Abschluss des Nichtangriffspakts und auch bevor sein Zustandekommen absehbar war, die Sowjetunion sich dazu entschlossen hatte, nicht mehr nur in Untersuchungshaft gehaltene Personen auszuweisen, sondern die Ausweisung reichsdeutscher Häftlinge auch auf bereits Verurteilte und an den Ort der Strafverbüßung Transportierte zu erstrecken.

Diese Entscheidung fügt sich in die innersowjetische Entwicklung nach der Ablösung des Innenkommissars Jeschow im Dezember 1938 durch Berija. Nachdem zuvor schon Parteiausschlüsse aus der Zeit des „Großen Terrors“ revidiert worden waren, kam es Anfang 1939 darüber hinaus zu Überprüfungen von Verurteilungen und zu Haftentlassungen, die auch eine Anzahl Deutscher, auch deutscher Emigranten, betraf.⁵⁶

Die Akten der deutschen Botschaft liefern keinen Anhaltspunkt dafür, dass damals dort eine auch nur annähernde Vorstellung von dieser innersowjetischen Entwicklung bestanden hätte. Zwar erfuhr man im Zusammenhang mit einigen Ausweisungen und Ausreisen von deren Auswirkungen, erkannte sie aber nicht als solche. Auch in Gestapo-Akten fand sich kein Hinweis, dass eine Veränderung des Verfahrens bei den Ausweisungen auf sowjetischer Seite erkannt und schon gar nicht, dass es analysiert und bewertet worden wäre.

3. Die Pakt-Zeit

Im Sommer 1939 hatte die deutsche Intervention wegen des in Bilbao an die Kette gelegten sowjetischen Schiffs und seiner Besatzung beim Franco-Regime schließlich Erfolg. Kapitän Wassili W. Glotov und ein halbes Dutzend Komsomolzen konnten von ihrer „Smidowitsch“ nach Odessa zurückkehren. Damit ergaben sich für die deutsche Botschaft in Moskau gleich zwei Ansätze, die Frage der Ausweisungen neu aufzugreifen: Am 23. August war der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen worden,

⁵⁵ Vgl. PAAA R 104557 A.

⁵⁶ Vgl. im Einzelnen zu dieser Entwicklung und ihrer Erstreckung auf deutsche Emigranten Tischler (FN 8), S. 157-161.

und nun war dank der Freilassung der sowjetischen Marineangehörigen die Voraussetzung für die Einforderung der sowjetischen Gegenleistung eingetreten.⁵⁷

So sprach von Tippelskirch alsbald Potemkin an, „dass unseres Erachtens der Zeitpunkt jetzt günstig sei, um einige uns besonders am Herzen liegende Angelegenheiten zu regeln“. Er bat Potemkin, Sorge zu tragen, „dass die zum Austausch vorgesehenen sieben deutschen Reichsangehörigen ehestens freigelassen werden“.

Tatsächlich wurden noch im September in der einzigen bekannt gewordenen Austauschaktion zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich in den 30er Jahren⁵⁸ sieben verhaftete Reichsangehörige, zwei von ihnen aus Österreich stammend, Paul Pausch, Johann Binnenstein, Wjatscheslaw Göring, Harry Buchenhain, Maximilian Ryssok, Viktor Panzer, Franziska Stoss, über Leningrad per Schiff nach Deutschland geschafft. Die Akten geben keine Auskunft darüber, wie es zur Auswahl der sieben Rückkehrer gekommen ist. Es gibt nur einen Hinweis, wonach die deutsche Seite an dieser Auswahl bezüglich zweier Personen mittelbar beteiligt war: Göring und Panzer hatten auf der Liste acht verurteilter Häftlinge gestanden, die Botschafter von der Schulenburg im Oktober 1937 an Potemkin übergeben hatte, zu der es bis dahin keine positive Reaktion der sowjetischen Seite gegeben hatte.⁵⁹ Im Übrigen hatten die sieben Ausgewählten auch untereinander keinen Bezug, kannten einander bis zur gemeinsamen Reise von Leningrad nach Wesermünde (Bremerhaven) nicht einmal. Die Mehrzahl der Ausgewählten waren Russlanddeutsche, nicht Parteimitglieder.⁶⁰

Tippelskirch ging sogleich über den Austausch hinaus und erinnerte „an die Frage einer allgemeinen Ausweisungsaktion der verhafteten Reichsdeutschen“.⁶¹ Dieses Pro-

57 Ein Hinweis auf eine frühere größere Austauschaktion findet sich im Tagesbericht des Gestapa v. 14. Dezember 1937 auf der Basis eines Berichts des Pariser Tageblatts v. 3. Dezember 1937. Danach seien „am 2. Dezember 1937 aus Moskau 44 Reichsdeutsche, die seit mehreren Monaten in den Gefängnissen der NKWD in Kiew u. Charkow unter der Anklage von Spionage und Sabotage verhaftet waren, der Form nach de facto ausgetauscht worden [sic!]. Der Austausch erfolgte gegen 44 Mann Besatzung von Sowjetschiffen, die von spanischen Rebellen gefangen genommen und an das 3. Reich abgegeben worden waren.“ BArch ZB 7273 A. 5 Bl. 41. Diesen Austausch finde ich sonst nirgends erwähnt. Zwar hat es im Dezember 1937 insgesamt 88 Ausweisungen gegeben (PAAA Botschaft M 421, Vermerk Botschaft M v. 20. August 1938); rechnerisch könnte darin eine solche Gruppe von 44 Personen enthalten sein. Es ist auch im November 1937 eine 35-köpfige Gruppe reichsdeutscher Häftlinge von Stalino/Donbass nach Kiew transportiert worden; aber auch für diese Gruppe (vgl. Vernehmung Sellikat v. 14. Februar 1938, LA NRW Düsseldorf RW 58 66133) findet sich kein Hinweis auf eine Sammelausweisung im Zuge eines Austausches.

58 Für die Sowjetunion war solches Austauschen damals durchaus nicht fremd. Vgl. den Austausch mit Litauen PAAA Botschaft Moskau 419, Vermerk Walther für Tippelskirch v. 30. Juli 1937.

59 Vgl. FN 60. Eine weitere Personen von dieser Liste, Friedrich Bösherz, wurde dann später noch ausgewiesen. Insofern bedeutet die Teilberücksichtigung dieser Liste der Botschaft nach mehr als eineinhalb Jahren eine, allerdings sehr begrenzte, Einschränkung der Feststellung, dass die deutsche Seite auf die Auswahl der Ausgewiesenen keinen Einfluss (genommen) hatte.

60 Vgl. z.B. die Vernehmungen von Stoss, Panzer, Ryssok, PAAA Vernehm. R 104563 B, R 104560 A, R 104561 B.

61 PAAA Botschaft M 422, Aufzeichnung v. Tippelskirch v. 7. September 1939.

blem nun erschien Potemkin „schwierig und voluminös“. Tippelskirchs Aufzeichnung lässt nicht erkennen, dass Potemkin ihm die Schwierigkeiten und den Umfang des Problems näher erläutert hätte. Er hat das wohl eher nicht getan. Und da Tippelskirch die strafprozessuale Situation der Verhafteten nicht kannte, mochte er sich zwar allgemeine Vorstellungen machen über den mit der Ausweisung einer Vielzahl von Häftlingen verbundenen Verfahrensaufwand, konnte aber kaum (den) einen wesentlichen Problem- punkt erkennen, der hinter Potemkins „schwierig und voluminös“ stand. Der wäre für die deutsche Botschaft erkennbar gewesen, wenn sie die Besonderheit der Ausweisung von Nina Jansen Mitte Mai 1939 und dann die Einbeziehung von Viktor Panzer in die Gruppe der Ausgetauschten wahrgenommen und ausgewertet hätte. Dieser „Revisionsprozess“, dessen Umfang und einzelne Auswirkungen auf inhaftierte Reichsdeutsche möglicherweise auch Potemkin bei seinem Gespräch mit Tippelskirch noch nicht vollständig zu überblicken vermochte, würde sich in dessen Qualifizierung der Ausweisungsfrage fügen.

Allerdings zeigt sich – neben dem neuen Moment der Ausweisung verurteilt Gewesener – zugleich an einem anderen Fall die Kontinuität von Ausweisungsentscheidungen der Sowjetregierung vor dem Paktschluss und danach: Hermann Umek wurde am 10. März 1938 zur Ausweisung verurteilt. Mit 35 anderen Deutschen kam er in „Abschiebehaft“, aber seine Abschiebung verzögerte sich. Im Oktober 1938 waren nur noch er und ein weiterer Deutscher aus dieser Gruppe nicht abgeschoben.⁶² Von April bis Oktober 1939 gab es mehrere Nachuntersuchungen gegen Umek, die in keine Verurteilung mündeten. Anfang Dezember 1939 führte man ihn dem Untersuchungsrichter vor und fragte ihn, ob er Ansprüche gegen den NKWD zu stellen habe. Nach Protokollierung dieser Ansprüche wurde er nach Moskau und am Jahresende zur Auslieferung nach Brest-Litowsk geschafft. Damit kam die rund 20 Monate zuvor beschlossene Ausweisung zum Abschluss.⁶³

Einen Monat nach Tippelskirch traf auch Botschafter von der Schulenburg Potemkin. Ob sich endlich etwas für die deutschen Gefangenen tun lasse, fragte er ihn. „Herr Potemkin bat mich, die Angelegenheit unter Vorlage einer kurzen Notiz, die Zahlen, aber keine Namen enthalten solle, bei den Herren Stalin und Molotow vorzubringen“⁶⁴, notierte der Botschafter in seinem Gesprächsvermerk. Namen zu nennen wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion, der KPdSU vor allem und ihres Generalsekretärs gewesen. „Zahlen“: Das hieß erst einmal nur eine sachliche Mitteilung über den Umfang der von der Botschaft geführten Häftlingsliste. Das konnte die Sowjetunion hinnehmen, ohne nach ihrem Selbstverständnis eine Einmischung reklamieren zu müssen.

Mitte Oktober hatte von der Schulenburg Gelegenheit, mit Außenminister Molotow selbst zu sprechen. In seinem Sprechzettel, den er Molotow übergab, stand: „Es ist mit

62 Von diesem weiteren, dem Ingenieur Heinrich Sattler aus Köln, finde ich sonst keine Nachricht.

63 Vgl. PAAA Vernehm. etc R 104564 A.

64 PAAA Botschaft Moskau 422.

den gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der U.d.S.S.R nicht zu vereinbaren, dass eine so große Anzahl von Reichsangehörigen in sowjetischen Gefängnissen gehalten wird.“ Molotow versprach, sich der Sache anzunehmen, sie durch Potemkin weiterverfolgen zu lassen und die Notiz dem Innenkommissar Berija zuzuleiten.⁶⁵

Dies war deutlich die Fortsetzung der seit der Jahreswende 1937/38 immer neuen Initiativen der Botschaft, verstärkt durch die Berufung auf die neu begründete Freundschaft. Ein inhaltlich neues Moment gab es dabei nicht; auch die Personen, auf die die deutsche Initiative zielte, waren die gleichen. Der Hinweis auf die „gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen“ unterlegte der alten Bitte eine zusätzliche Unterstützung, ohne etwas an ihrem Gegenstand zu ändern.

Im November erfuhr Tippelskirch dann von Potemkin, man hoffe zuversichtlich, noch im Dezember mit der Ausweisung der Verhafteten, die in Gruppen erfolgen solle, beginnen zu können. Tippelskirch schlug vor, mit der Ausweisung derjenigen zu beginnen, die sich gegenwärtig im Verfahren der Voruntersuchung in Moskau und in Leningrad befänden und deshalb wohl am leichtesten greifbar seien; er hatte also noch immer das neue Verfahren nicht erkannt. Von Leningrad aus könne man die Ausgewiesenen auf deutschen Schiffen, die dort lägen, nach Deutschland bringen.

Dann schaltete sich im Herbst 1939 Reichsaußenminister von Ribbentrop selbst mit einem Telegramm seines Büros an Botschafter von der Schulenburg ein. „Minister bittet Sie“, hieß es da, „mit Molotow persönlich wegen noch inhaftierter Reichsdeutscher zu sprechen und als persönlichen Wunsch des Ministers baldige Freilassung zu erbitten. Bitte in freundschaftlichster Form zum Ausdruck bringen, dass weitere Inhaftierung Reichsdeutscher mit guten politischen Beziehungen nicht recht zu vereinbaren.“ Und dann: „Sämtliche Entlassenen können ins Reich ausgewiesen werden.“⁶⁶ Der Minister steigerte die eben paktierte Freundschaft gleich in den Superlativ und wandte sich dann mit der Akzeptanz „sämtliche[r] Entlassenen“ von der bisherigen deutschen Position ab, Juden nicht und (ausgebürgerte) Kommunisten möglichst nicht einreisen zu lassen.

Sein Auftrag an den Botschafter zeigt zugleich, dass es hier um eine einseitige Bitte, allerdings des Ministers persönlich, nicht um die Einforderung einer Absprache oder Vereinbarung ging, und dass auch nicht ansatzweise irgendeine Gegenleistung angesprochen wurde. Inhaltlich blieb in der Intervention des Reichsaußenministers der Gegenstand der deutschen Bitte bis auf die Aufgabe des Vorbehalts unverändert gegenüber allen vorangegangenen Bitten. Sie richtete sich auf die Freigabe der noch inhaftierten Reichsdeutschen ohne jedwede Differenzierung oder Abstufung von Dringlichkeit oder Präferenzen.

65 Vgl. PAAA Botschaft Moskau 422, von der Schulenburgs Notiz v. 14. Oktober 1939 für sein Gespräch mit Molotow am 16. Oktober 1939.

66 PAAA Botschaft Moskau 393.

Tatsächlich konnte von der Schulenburg noch Ende November die Mitteilung Potemkins nach Berlin berichten, die Sowjetregierung habe die Ausweisung beschlossen, sie beginne in einigen Tagen. In Gruppen würden die Ausgewiesenen alle von Moskau aus nach Brest-Litowsk und nach Przemyśl transportiert und dort deutschen Grenzbehörden übergeben. Die Übernahmeformalitäten sollten zur Beschleunigung vereinfacht werden.⁶⁷

Dieser Satz deutete auf ein neues Moment in der Prozedur: Es bedurfte nun keiner polnischen Visa mehr, die Wehrmacht hatte Polen überfallen und erobert, mit der Übernahme seines östlichen Teils durch die Sowjetunion war seine staatliche Existenz vorerst ausgelöscht. Die Ausweisung der reichsdeutschen Häftlinge aus der Sowjetunion wurde zu einer unmittelbaren Auslieferung an das Deutsche Reich.

Wegen der „Übernahmeformalitäten“ wandte sich das AA in den ersten Dezembertagen an das RSHA und erhielt nach wenigen Tagen die Antwort, die Kommandeure der SIPO (Sicherheitspolizei) und des SD in Warschau und Krakau hätten Anweisung erhalten, sich mit den diesseitigen Grenzdienststellen und den entsprechenden Organen der UdSSR in Verbindung zu setzen, damit der Grenzübertritt der aus der SU ausgewiesenen Reichsdeutschen reibungslos erfolgen könne. Eine geschlossene Weiterbeförderung nach Warschau bzw. Krakau sei beabsichtigt, dort solle dann eine ärztliche Untersuchung und polizeiliche Vernehmung stattfinden.⁶⁸

Allein der aus etlichen Darstellungen Ausgewiesener, vor allem von Buber-Neumann⁶⁹, bekannte örtliche Ablauf der Übergabe – Meldung der Zugankunft, Übernahme an der Brücke, Bereitstellung von Transportmitteln auf westlicher Seite – war also Gegenstand von Absprachen zwischen den Kommandeuren von SIPO und SD im besetzten Polen einerseits und den „entspr. Organen der UdSSR“ – also den regionalen Organen des NKWD im sowjetisch besetzten Polen andererseits.

Zwar sprach im Herbst 1940 der Chef der SIPO und des SD in Berlin in einem Schreiben an die Botschaft Moskau von einer Vereinbarung mit Molotow („Die mit dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare ‚Molotow‘ am 27.11.39 getroffene Vereinbarung, dass 484 in der SU in Haft bzw. Strafhaft einsitzende Reichsdeutsche in den nächsten Tagen ausgewiesen werden sollen, ist noch nicht durchgeführt.“⁷⁰). Aber nicht nur das Datum ist ungenau und die Zahl der Auszuweisenden nur die aus den Haftlisten errechnete; auch der gesamte Zusammenhang einschließlich der Antwort der Botschaft auf dieses Schreiben, in dem lediglich von der „Ausweisungsaktion“ die Rede ist, zeigen, dass die „Vereinbarung“ tatsächlich in einer Bitte der einen Seite und einer allgemeinen Zusage wohlwollender Behandlung der anderen Seite bestand.⁷¹

67 Vgl. Botschaft Moskau 393, Bericht Tippelskirch an AA v. 22. Januar 1939, Telegramm an AA v. 28. November 1939.

68 Vgl. PAAA Botschaft Moskau 422, Schnellbrief RSHA Amt IV /II A 1 – 4218/39 v. 8. Dezember 1939 als Antwort auf das Schreiben des AA v. 2. Dezember 1939.

69 Buber-Neumann, Als Gefängene (FN 3), S. 155-164.

70 PAAA Botschaft Moskau 394 Bl. 201, 203.

71 Vgl. ebd. Dass Schafranek (FN 4), S. 58, in diesem Zusammenhang – die Diktion des Schreibens noch weiter pointierend – davon spricht, „ein mit dem russischen Außenminister am 27.11. getroffenes

Aus den Auskünften und Vernehmungen Ausgelieferter ist viel über das Verfahren der Vorbereitung der Auslieferung auf sowjetischer Seite bekannt. Dazu gibt es nicht nur den ausführlichen, schon mit dem Transport zur Zentrale des Lagers Karaganda (Kar-Lag) einsetzenden Bericht von Buber-Neumann, sondern auch etliche Berichte anderer im Dezember 1939 vom Ort ihrer Strafverbüßung nach Moskau geschaffter Ausgewiesener.

Die ersten nachvollziehbaren Transporte dieser Art, die von Viktor Panzer aus dem UchtpetschLag in der Region Uchta/Komi Republik und von Erich Frank aus Slatoust/Ural, begannen bereits in der letzten Juli-Dekade und dauerten bei Panzer bis Anfang September, bei Frank nach der Zwischenstation Orel gar bis zum 1. Dezember. Margarete Buber-Neumann wurde im KarLag im Dezember 1939 in Marsch gesetzt. Der Bergbauexperte Wilhelm Gesthuysen, dessen Todesurteil auf 25 Jahre Lager herabgesetzt worden war, wurde Anfang Dezember 1939 von Orel aus nach Moskau transportiert; so auch fast gleichzeitig aus dem Ural der aus der gleichen Branche kommende Emil Stickling. Auch er war zum Tode verurteilt und später zu zehn Jahren Lager teilbegnadigt worden. Max Kiese, Bergmann aus Datteln in Westfalen, verhaftet im Juni 1937, im Oktober 1938 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, wurde am 3. Dezember 1939 nach Moskau überführt, dort am 15. Dezember als lästiger Ausländer ausgewiesen und am 22. Dezember mit etwa 25 anderen bei Brest-Litowsk den Deutschen übergeben.⁷²

Aber diese Transporte über Zwischenstationen nach Moskau, wo sich dann viele Deutsche in Sammelzellen der Butyrka trafen, bedeuteten noch nicht die Entscheidung über ihre Auslieferung. Vielmehr wurde darüber erst in Moskau individuell entschieden.

So fand sich in der Butyrka-Zelle von Buber-Neumann zum Beispiel auch die Schauspielerinnen Carola Neher. Sie schien vor der Ausweisung zu stehen. Aber vor einer Kommission, die die Zusammengeführten anhörte, weigerte sie sich standhaft – nach dem Bericht von Buber-Neumann – für den NKWD nachrichtendienstlich tätig zu werden. Beim Transport nach Westen war sie dann nicht mehr dabei. Buber-Neumann wurde nach einer Anhörung förmlich eröffnet, ihre Lagerstrafe sei in sofortige Ausweisung umgewandelt worden.

Zu der Mannschaft der Zelle 97 von Gesthuysen und Stickling gehörte nicht nur der später ebenfalls ausgewiesene Franz Hagel, Kommunist aus Berlin, verhaftet im März 1938 in Moskau und zu einer Lagerstrafe von acht Jahren verurteilt.⁷³ Dort waren u.a. auch der eben erst im Juli zu zwölf Jahren Lager verurteilte Erich Birkenhauer untergebracht, der Rote Frontkämpfer Bund (RFB)-Funktionär Erich Bohnsack aus Hamburg, der KPD-Funktionär August Creutzburg, einem Parteiverfahren unter Leitung von Herbert Wehner unterzogen, zu 25 Jahren Lager verurteilt; Hugo Eberlein, einst Mitbegründer der KPD, zuletzt im EKKI-Sekretariat, verhaftet seit Sommer 1937 und noch nicht

Abkommen“ habe „das Schicksal der in Sowjetrußland politisch verfolgten deutschen Nazigeegner“ besiegelt, kann insoweit in die Irre führen.

72 Vgl. Vernehmung PAAA R 104557 A v. 18. Januar 1940.

73 Vgl. PAAA Botschaft M 394 Bl. 212.

verurteilt; der schon vor der NS-Zeit in die Sowjetunion gekommene, dort Fliegerleutnant gewordene Walter Herold aus Halle/Saale, festgenommen im Herbst 1937 und noch nicht verurteilt, sowie Werner Hirsch aus dem Thälmann-Sekretariat, 1937 zu zehn Jahren Lager verurteilt.⁷⁴

Während bei Birkenhauer angesichts der erst kurz zurückliegenden Verurteilung die Annahme naheliegt, dass er noch in Vorbereitung seines Abtransports ins Lager im Butyrka-Gefängnis untergebracht war, ist bei den übrigen KPD-Funktionären jedenfalls nicht auszuschließen, dass sie auch in eine Vorauswahl für die Ausweisung gekommen waren. Creutzburg, so sagte ein anderer zeitweiliger Mithäftling aus dieser Zelle, Heinrich Fenüs, in Deutschland später aus, rechnete selbst mit seiner Auslieferung.⁷⁵ Über diese überlieferte Bekundung Creutzburgs und die Anwesenheit in der „Auslieferungszelle“ hinausgehende Anhaltspunkte für die Zugehörigkeit zu einer solchen „Vorauswahl“ sind aber nicht bekannt.

Gesthuysen und Stickling haben bei ihrer Vernehmung in Deutschland über den Kern der Prozedur ihrer Ausweisung ausgesagt. Sie verlief etwas unterschiedlich: Stickling wurde am 16. Dezember 1939 einer Kommission vorgeführt. Man sagte ihm, eine Aktenübersicht habe ergeben, dass vieles im Verfahren gegen ihn nicht in Ordnung gewesen sei. Er wurde gefragt, ob er nach Deutschland zurückkehren oder in Russland bleiben wolle. Da Stickling keine Auskunft über das Schicksal seiner seit der Verhaftung von ihm getrennten, aus Russland stammenden Frau Judina erhielt, verweigerte er einen neuen Vertrag. Daraufhin musste er seine Ausweisung quittieren. Gesthuysen musste bis April 1940 warten, ehe ihm vor der Kommission mündlich seine Begnadigung mitgeteilt wurde. Gleichzeitig wurde auch ihm ein neuer Arbeitsvertrag angetragen. Gesthuysen, der aufs Schlimmste gefoltert worden war, lehnte ab. Knapp zwei Wochen später erhielt er schriftlich Mitteilung, er werde wegen „konterrevolutionärer Arbeit“ ausgewiesen.⁷⁶

Solche „Bleibeverhandlungen“ gab es anscheinend nur mit den hochqualifizierten Bergbaufachleuten, deren Nützlichkeit sich nun wieder aufdrängte. Ein so unumwundenes Eingeständnis, dass die gegen sie erhobenen Vorwürfe, die immerhin bei beiden zur Verhängung der Todesstrafe geführt hatten, ganz und gar frei erfunden waren, wird von den anderen Ausgewiesenen nicht berichtet. Dass Gesthuysen dann dennoch wegen „konterrevolutionärer Arbeit“ ausgewiesen wurde, war unter diesen Umständen nur noch eine Farce.

Während in den bisher genannten Fällen nur die Berichte der Betroffenen über das Verfahren bei ihrer Ausweisung zur Verfügung stehen, gibt es für den gleichen Vorgang in einem anderen Fall auch amtliche Quellen der russischen Seite: „Otto Kemmeries

74 Die Zellenbelegschaft ist aus den Vernehmungen von Gesthuysen, Stickling und teilweise von Fenüs bekannt. Vgl. PAAA Vernehmungen R 104553 B, 104554 A und 104563 B.

75 Vgl. PAAA Vernehmungen R 104553 B. Fenüs sagte aus, er habe in der Zelle in Moskau am 10. Dezember 1939 „August Kreuzburg“ und „Erich Belfort“ (Deckname Birkenhauers) getroffen.

76 Vgl. im Einzelnen unter www.nkwd-und-gestapo.de, Seite „Quellen“ (Stand: 30. Januar 2010).

wurde am 25. 10. 1938 durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR nach Art. 58 1, 8, 9, 11 StGB der RSFSR zu 25 Jahren Gefängnis mit Einziehung des Vermögens verurteilt. Am 14.12.1939 wurde die Strafhaft durch das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR in Verbannung aus der SU umgewandelt.⁷⁷ So geht es aus dem Beschluss der Staatsanwaltschaft des Gebietes Kemerowo vom 18. 6. 2001 hervor, durch den Kemmeries gemäß Art. 3 und 5 des Gesetzes der Russischen Föderation über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen vom 18. 10. 1991 rehabilitiert wurde. Kemmeries war vom Militärtribunal in Nowosibirsk am 25. 10. 1938 verurteilt worden. Auch er wurde vom Verbüßungsort Solovki über die Zwischenstation Orel nach Moskau geschafft. In Moskau erfuhr er die gleiche gute Versorgung, wie Buber-Neumann und viele andere Ausgewiesene sie schildern; man wollte nicht mit abgerissenen und ausgehungerten Ausgewiesenen dem NS-Regime Propagandastoff liefern.⁷⁸ Kemmeries bekam die schriftliche Mitteilung, seine Strafe sei in Ausweisung abgeändert.⁷⁹

Der Fall Kemmeries bestätigt in besonderem Maße die fast merkwürdige Einhaltung von Verfahrensvorschriften inmitten des groben materiellen Unrechts, das Verurteilten widerfuhr: Das Militärtribunal des Obersten Gerichts hatte Kemmeries verurteilt; dieses Gericht entschied auch über die Umwandlung seiner Strafe in die Ausweisung. Dieses Verfahren der Strafumwandlung wurde anscheinend in allen Fällen strikt eingehalten; das lässt sich immer wieder belegen.⁸⁰ Nicht eindeutig zu klären ist, ob tatsächlich den Ausweisungsurteilen unterschiedliche Inhalte und Begründungen gegeben wurden: während Gesthuysen sich an die Begründung „konterrevolutionäre Arbeit“ erinnert, meinte Kiese, er sei als lästiger Ausländer ausgewiesen worden, Kemmeries wurde zur Verbannung aus dem Gebiet der Sowjetunion verurteilt.⁸¹

Das bei allen Verurteilten, aber anscheinend auch bei den Nicht-Verurteilten⁸², grundsätzlich gleiche Verfahren erklärt auch, warum die sowjetische Seite darauf bestand, alle

77 Rehabilitierungsbescheinigung der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation/Staatsanwaltschaft des Verwaltungsgebietes Kemerowo Nr. 13-2-02 v. 12. Februar 2002, im Besitz des Verfassers.

78 Genau das geschah allerdings mit den Ausgelieferten der Liste 1, die am 4./5. Dezember 1939 eintrafen. Sie kamen völlig abgerissen an, etliche litten an Skorbut, offenen Wunden und anderen Erkrankungen, BArch Z/R 925 A. 4 Bl. 35, Vermerk v. 15. Dezember 1939.

79 Vgl. PAAA Vernehmungen R 104556 B; LA NRW Düsseldorf RW 58 37296, auch RW 53124.

80 So etwa bei Fritz Baltes, PAAA R 104551 B, Todesurteil wegen Spionage und Diversion; am 23. Februar 1938 Begnadigung zu 25 Jahren Zwangsarbeit; am 23. Februar 1940 Überführung ins Zentralgefängnis Moskau, dort am 29. April 1940 Ausweisungsurteil. Josef Burger, PAAA Vernehmungen R 104552 A, Urteil 15 Jahre Lager, Verbüßung zuletzt in Wladimir, am 3. Januar 1940 nach Moskau überführt, Ausweisungsurteil am 5. Februar 1940. – Insoweit ist auch Buber-Neumanns eingangs zitierte Darstellung zutreffend, dass die Urteile zu Strafhaft Verurteilter umgewandelt wurden in Ausweisungsurteile.

81 Vgl. PAAA Vernehmungen R 104557 A. – Es wurden übrigens auch nicht alle zur Ausweisung Verurteilten tatsächlich ausgewiesen. Vgl. www.nkwd-und-gestapo.de („Nachträglich bekanntgewordene Opfer des Stalinischen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet“).

82 Siehe (beispielhaft für weit mehr Personen) etwa die Fälle Fritz Machmüller, Erich Meier, Franz Wick, LA NRW Düsseldorf RW 58 31770, RW 58 4210, PAAA Vernehmungen R 104565 A.

Ausweisungen über Moskau vorzunehmen: Dort sollte die letzte Entscheidung über die Ausweisung fallen, dort saß das Gericht, das diese Entscheidungen (jedenfalls formal) traf.

Wer diese Entscheidungen wirklich traf, zeigt sich am zuvor erwähnten Beispiel von Carola Neher: Das war, wie schon früher bei den Festnahmen und in den Untersuchungsverfahren, das NKWD. Dessen Entscheidungskriterien lassen sich allenfalls negativ bestimmen. Die KP-Zugehörigkeit ist *nicht* als Auswahlkriterium zu erkennen. Einerseits sind, wie schon früher, zahlreiche Nicht-KP-Mitglieder ausgewiesen worden, andererseits sind zahlreiche inhaftierte KP-Mitglieder zurückbehalten worden. Auch der Status des Emigranten kann kein Auswahlkriterium gewesen sein: Die Auswertung einer Stichprobe von 115 willkürlich nach dem Anfangsbuchstaben des Namens ausgewählter Ausgewiesener zeigt zwar einen beträchtlichen Anteil von über 10 Prozent Politemigranten unter ihnen.⁸³ Aber auch denen steht eine erhebliche Zahl nicht ausgewiesener Politemigranten, durchaus nicht nur hochrangiger KP-Funktionäre, gegenüber.

Das Strafmaß kann keine Rolle bei der Auswahl gespielt haben: Jedes Maß zwischen 5 und 25 Jahren Lager kommt vor. Es scheint allerdings keine unmittelbare Umwandlung eines Todesurteils in Ausweisung vorgekommen zu sein. Das lag wohl daran, dass verhängte Todesurteile entweder alsbald vollstreckt oder nach nicht allzu langer Zeit in zeitliche Strafen umgewandelt worden waren.

Es sind auch keine deutlichen Abweichungen von der Charakteristik der früher Ausgewiesenen zu erkennen: Juden waren vor Herbst 1939 unter den Ausgewiesenen und danach.⁸⁴ Emigranten gab es vorher und nachher. Engagierte Kommunisten unter den ausgewiesenen Wirtschaftsemigranten gab es 1938 und 1939/40.⁸⁵ Es findet sich kein Hinweis auch nur auf einen Versuch der deutschen Seite, auf die Auswahl der Auszuweisenden positiv Einfluss zu nehmen, nur die bekannten zeitweiligen Bemühungen, bestimmte Personenkreise auszuschließen. So wurde im März 1938 gegen Josef Staudinger aus Essen, der sich in Moskau selbst zu einem Polizistenmord bekannt hatte, vorsorglich das beschleunigte Ausbürgerungsverfahren in Gang gebracht, um einer etwaigen Ausweisung zuvorzukommen.⁸⁶ Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin machte im März 1941 hinsichtlich einer Anzahl ihm als Kommunisten bekannter Häftlinge in geradezu zynischer Weise deutlich, wie wenig ihm an deren Rückkehr gelegen war: „Soweit die oben aufgeführten die deutsche Reichsangehörigkeit noch besitzen, werden gegen ihre Rückkehr ins Reichsgebiet, falls sie im Zuge der Ausweisungsaktion mit ausgewiesen werden, keine Bedenken erhoben. Es wird nicht für erfor-

83 Wischljow hat unter den zwischen 1939 und 1941 Ausgewiesenen insgesamt 17 deutsche Politemigranten gefunden, dazu 44 aus Österreich.

84 Vgl. Liste aus der SU ins Reich ausgewiesener reichsdeutscher Juden, BAarch ZB 7273 A. 4.

85 Vgl. www.nkwd-und-gestapo.de, Seite „Quellen“ zu Steinberg, Franzen, Krütznier, Antes, Baltes.

86 Vgl. PAAA R 99703 Ausbürgerungen. Josef Staudinger wurde in der Sowjetunion liquidiert.

derlich gehalten, besondere Schritte zur Abkürzung ihrer Haftzeit zu unternehmen.“⁸⁷ Juden, die die Sowjetunion auswies, sollten unter keinen Umständen nach Deutschland hereingelassen werden.⁸⁸

Selbst als der Reichsaußenminister sich nach dem Paktschluss in Person für die Ausweisung der in der Sowjetunion einsitzenden Reichsangehörigen verwandt und wohl ohne Rückversicherung beim RSHA die Aufnahme aller Ausgewiesenen zugesichert hatte, stellte sich schnell heraus, dass das RSHA eben diese keineswegs zulassen wollte. Die Botschaft musste Ende Dezember 1939 wiederum bei der Zentrale warnen: „Wenn jetzt von den zur Ausweisung angemeldeten Personen eine verhältnismäßig große Zahl zurückgewiesen wird, so ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass die Maßnahme bei den beteiligten Sowjetstellen zu einer gewissen Verstimmung führt, was wiederum nicht ohne Einfluss auf den Gang der Ausweisungsaktion bleiben dürfte.“⁸⁹

Das hatte immerhin den Erfolg, dass das RSHA die Annahme aller Ausgewiesenen hinnahm, dann aber gleich im Gefängnis Lublin, wo alle „zweifelhaften“ Ankömmlinge untergebracht wurden, nach seinen Regeln sortierte. So wurde der ungarische Jude Arnold Klein, als ehemaliges Mitglied des Bezirkssekretariats Ruhr der KPD wohl deren höchstrangiger Funktionär unter den Ausgewiesenen⁹⁰, erst einmal in neuerliche Auslieferungshaft genommen⁹¹ – seine ungarische Staatsangehörigkeit gab den Anlass. Wie wenig die Gestapo auf die Ausweisung eines solchen Parteifunktionärs immerhin der mittleren Ebene gefasst war, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass sie einige Zeit brauchte, um den als „Hans Bloch“ eingetroffenen Ausgewiesenen erst einmal sicher zu identifizieren. Als sich dann allerdings herausstellte, dass die Sowjets den stellvertretenden Chef des AM-Apparats an der Ruhr geschickt hatten, war von Abschiebung nicht mehr die Rede.

Diese Ausweisung erscheint angesichts der früheren Funktion des Betroffenen, der anscheinend auch für sowjetische Nachrichtendienste gearbeitet hatte⁹², nur schwer nachvollziehbar. Sie brachte nach umfangreichen Ermittlungen der Gestapo späte, aber umfangreiche Erkenntnisse über den geheimen Apparat der KPD an der Ruhr. Es gibt für sie wohl nur einen Erklärungsansatz, der allerdings mit Namen zu benennen ist: Herbert Wehner hat diesen Mann noch in seinem „Zeugnis“ als schlimmste Blüte „aus einer leider überreichen Flora übelduftender Gewächse“ bezeichnet und (auch) seine

87 PAAA Botschaft M 394 Abschrift Schreiben Chef der SIPO und des SD an AA v. 9. April 1941 Bl. 296/297. Mit den ebenfalls im gleichen Zusammenhang aufgeführten Häftlingen Trude Richter und Elly Fischer konnte man angeblich „ohne nähere Angaben“ nichts anfangen und ließ für sie vorsorglich das Gleiche gelten.

88 Vgl. die oben erwähnte Anweisung an die Gesandtschaft Helsingfors.

89 PAAA Botschaft M 393, Bericht v. 27. Dezember 1939, auch in BArch ZB 7271 A. 3, S. 77-79.

90 Durch Gerichtsbeschluss vom 8. Februar 1940 nach Deutschland ausgewiesen: Mitteilung seiner Lebensgefährtin Carola Bloch-Baum an die Kaderabteilung, RGASPI 495/175/ Kaderakte Hans Bloch Bl. 78. – Höchstchargierter Ausgewiesener aus der KPÖ war das ehemalige ZK- und Politbüro-Mitglied Franz Koritschoner.

91 Vgl. PAAA Botschaft Moskau „Novembervhaftungen“, Namensakte Bloch R3 Nr. 6 Karton 580.

92 BArch ZC 12065, Bde. 1-4.

Ausweisung mit der Bemerkung quittiert: „Zu jener Zeit wurden insgeheim viele als Spione, Trotzlisten oder Gestapoagenten verschrieene Personen abgeschoben“.⁹³ Dass er an dem „Verschreien“ von Trotzlisten durch die Übergabe von Listen mit Namen Verdächtigter an den NKWD tatkräftig mitgewirkt hatte, erwähnte er nicht.⁹⁴

Neben den Ausweisungen gab es in der „Paktzeit“ auch die Heimkehr einer Anzahl kommunistischer deutscher Emigranten und Emigrantinnen, die frei ausreisen konnten und die Rückkehr nach Deutschland dem Verbleib in der Sowjetunion vorzogen. Tischler hat auf diesen Umstand schon 1996 hingewiesen und auch darauf, dass diese Ausreisen gegen den Willen der deutschen KP-Führung stattfanden. Zu diesen, mit einem Pass der deutschen Botschaft ausgestatteten Ausreisenden gehörten zum Beispiel ein nach einem Haftjahr wieder freigelassener Genosse mit seiner Ehefrau, eine ehemalige Parteimitarbeiterin, Charlotte Scheckenreuter, ebenfalls zeitweise in Haft gewesen, und – ein bisher wohl nicht bekannter Fall – der über die ČSSR in die Sowjetunion emigrierte und im Herbst 1937 dort verhaftete Ernst Weigelt, der erst im Sommer 1940 freigelassen worden war. Bei diesen Ausgereisten, nicht Ausgewiesenen, gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass ihre Ausreise von deutscher Seite gewünscht oder von sowjetischer Seite mit Druck befördert worden wäre. Andere freigelassene Emigranten blieben, wohl im Vertrauen auf ein anhaltendes „Tauwetter“, freiwillig in der Sowjetunion; wieder andere flehten vergebens um ihre Ausweisung, wie Josef Selbiger, Mitarbeiter des AM-Apparates Ruhr, der im Oktober 1935 als vom NS-Regime so genannter „Halbjude“ in die Sowjetunion emigriert war und in sowjetischer Haft umkam.⁹⁵

4. Das Ergebnis

Es gibt also, so lässt sich resümieren, keine positive Auswahl (oder entsprechende Versuche) der Auszuweisenden von deutscher Seite. Es gibt eine Auswahl auf sowjetischer Seite, für die nachvollziehbare, durchgehende Kriterien fehlen. Es gibt keine Hinweise auf eine Abstimmung zwischen den beiden Seiten über die Auszuweisenden. Die deutsche Seite wurde mit Passanforderungen mit der Tendenz „alle oder keinen“ konfrontiert. Sie vermochte nicht einmal, alle Auszuweisenden vorab zu identifizieren.

93 Herbert Wehner, Zeugnis, Halle 1990, S. 79, 212.

94 Vgl. dazu Reinhard Müller, Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg 2004. Übrigens geschahen die Abschiebungen nicht „insgeheim“; unter Politemigranten wusste man davon.

95 Vgl. Tischler (FN 8), S. 153–160. Der mit seiner Ehefrau ausgereiste Willi Klose wurde gleich nach seiner Ankunft in Deutschland zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Der am 31. Oktober 1937 verhaftete Ernst Weigelt wurde am 20. August 1940 freigelassen. Er wandte sich an die deutsche Botschaft und erhielt dort Mitte Oktober 1940 einen Pass; im Januar 1941 fand er sich bei seiner Familie in Breslau ein. Nach seiner Rückkehr wurde er Dolmetscher der Wehrmacht an der Ostfront. Auch die Rückkehrerin Gertrud Bühren, deren Ehemann verurteilt war, konnte im Mai 1940 mit ihrem Kind über das Baltikum frei ausreisen. Zu dem vergeblichen Widerspruch der deutschen KP gegen diese Ausreisen vgl. Tischler (FN 8), S. 153 f.

Die allein von sowjetischer Seite getroffene Auswahl liefert keinen Hinweis auf die gezielte Ausweisung von „Antifaschisten“. Die erwähnte stichprobenartige Auszählung von etwa 115 Ausgewiesenen liefert zwar Hinweise, dass die seit Dezember 1939 Ausgewiesenen bis etwa zur Hälfte der KPD oder der KPÖ oder anderen kommunistischen oder sozialistischen Organisationen angehört oder nahestanden hatten.⁹⁶ Selbst wenn man bei dieser Auszählung noch eine Fehlerquote von großzügigen zehn Prozent dazu rechnet, deutet eine solche Zusammensetzung nicht darauf, dass gezielt „Antifaschisten“ zur Ausweisung ausgewählt worden wären. Denn die Wirtschafts- und Politemigranten, die neben etlichen früheren Kriegsgefangenen und Russlanddeutschen die große Mehrheit der Ausgewiesenen ausmachen, waren – die einen überwiegend, die anderen so gut wie vollständig – sozialistisch orientiert. Als potenzielle Nicht-Sozialisten unter den auszuweisenden Häftlingen blieben überhaupt nur unpolitische oder national orientierte Wirtschaftsemigranten und ein Teil der Russlanddeutschen und der Weltkriegsgefangenen.

Bedenkt man dazu, dass ein beträchtlicher Teil verhafteter Kommunisten, auch gerade der herausgehobenen KPD-Funktionäre, zurückgehalten wurde⁹⁷, so kann von gezielter Preisgabe von Kommunisten als „Morgengabe“ Stalins an Hitler bei den Ausweisungen von 1939/41 schwerlich die Rede sein. Es wurden Hitler nicht „500 seiner erbitterten Gegner“ ausgeliefert, wenngleich viele der wenig über 300 Ausgelieferten Hitlergegner waren.⁹⁸ Hinweise auf „formlose“ Abschiebungen, gar in nicht unerheblicher Zahl, wie Schafranek sie für möglich hielt, finden sich nicht.⁹⁹ Und manche verließen die Sowjetunion gar von sich aus Richtung Deutschland, weil sie glaubten, es in der Sowjetunion nicht mehr aushalten zu können.

Es gab auch durchaus keine „Abrechnung“ des NS-Regimes mit der Mehrzahl der Ausgewiesenen, obwohl nicht ganz wenige, wie Margarete Buber-Neumann, in Konzentrationslager oder Gefängnisse eingeliefert wurden. Arnold Klein (Hans Bloch) starb

96 Für die Stichprobe wurden die Ausgewiesenen mit den Anfangsbuchstaben B, C, J, K, P, S und Z ausgewählt, ergänzt um wenige Personen, zu denen besonders umfangreiche Angaben zur Verfügung standen. Für die Prüfung wurden vor allem: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), In den Fängen des NKWD; Schafranek (FN 4); Tischler (FN 8) und die eigenen Materialien des Verfassers ausgewertet, die in der Summe über fast alle Ausgewiesenen wenigstens Grundinformationen liefern. – Wischljow hat unter den von 1939 bis 1941 Ausgewiesenen 116 Personen gefunden, die jedenfalls bei ihrer Einreise Parteimitglieder waren.

97 Soweit sie denn zu dieser Zeit nicht längst erschossen worden waren, wie die fast 60 (unter insgesamt über 200 Deutschen) zwischen 1937 und 1938 in Butowo und die vielen in Leningrad, in Iwanowo, im Kusbass und anderswo umgebrachten KPD-Mitglieder.

98 Wischljow hat Hinweise auf 313 Ausgewiesene gefunden, von denen acht zum Zeitpunkt der Ausreise nicht verhaftet waren. Nach seinen Feststellungen waren von diesen allein 84 Deutsche, die ständig, jedenfalls mindestens seit 1918, in der Sowjetunion gelebt hatten; nichts spricht dafür, dass sie auch nur zu einem nennenswerten Anteil Hitlergegner gewesen wären.

99 Der von Schafranek (FN 4), S. 60, unter Berufung auf Hermann Weber als Beispiel angeführte Fall Krollmann hat nicht stattgefunden. Für Krollmann ist noch dessen Aufenthalt in Tomsk im November 1942 belegt: RGASPI 495/175/141, S. 36.

1942 im Gefängnis Krankenhaus in Düsseldorf; Erich Meier wurde nach drei Jahren Gefängnis ins KZ Sachsenhausen eingewiesen. Allein unter den Ausgelieferten aus dem Ruhrgebiet ist von mindestens zehn Personen sicher bekannt, dass sie nicht bestraft und nicht in ein KZ eingewiesen wurden; drei von diesen waren (frühere) Kommunisten(anhänger), die sehr rasch wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden.¹⁰⁰

Es entsprach auch nicht der Linie der NS-Justiz, Russland-Rückkehrer in möglichst großer Zahl strafrechtlich zu sanktionieren. Selbst die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation in der Sowjetunion und die Teilnahme an politischen Schulungskursen sollte nach übereinstimmender Auffassung von Justiz und Gestapo nicht zu einer Verurteilung wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens führen, wenn der Rückkehrer vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen gehandelt hatte oder bei den Veranstaltungen nicht besonders hervorgetreten war.¹⁰¹

Es bleibt zu erörtern, was es mit den Besonderheiten der Ausweisungen nach dem Paktschluss im Vergleich zu denen vor der Paktzeit auf sich hatte, wie sie vor allem Schafranek¹⁰² herausgestellt hat. Nach dem Paktschluss sei die Initiative zur Ausweisung eindeutig von deutscher Seite ausgegangen und mit einer expliziten politischen Motivation vorgetragen worden. Das erste ist gewiss richtig, gilt aber ebenso für die Zeit seit Anfang 1937. Wenn mit „expliziter politischer Motivation“ der Hinweis auf die „gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen“ durch Botschafter von der Schulenburg gemeint ist¹⁰³, dann ist auch das richtig. Der Hinweis war aber, wenn man die Ereignisse im Zusammenhang betrachtet, offenkundig nicht mehr als die Nutzung eines neu gewonnenen Arguments für ein schon zuvor seit längerer Zeit verfolgtes Ziel.

Der Modus der Ausweisungen habe nach dem Herbst 1939 für die Betroffenen eine ungeheure Verschärfung nach sich gezogen, die in der Regel einer Auslieferung gleichgekommen sei. In der Tat war die Abschiebung über die Brücke in Brest-Litowsk der Sache nach eine Auslieferung, weil an der Brücke der SD zur Übernahme der Ankomenden bereitstand. Diese veränderte Lage hatte praktisch für die meisten Ausgewiesenen kaum eine Verschlimmerung ihrer Situation im Vergleich zu den früher Ausgewiesenen zur Folge. Es ist nicht erkennbar, dass polnische Beamte oder andere polnische Bürger den früher Ausgewiesenen je geholfen hätten, sich abzusetzen. Die meisten Aus-

100 Fenüs, Fromm, Gesthuysen, Kemmeries, Kiese, Stickling; ebenso der aus dem Aachener Revier stammende Franz Wick. Fritz Baltes (Parteiausschluss nach Verhaftung Dezember 1937), Ausweisung April 1940, Arbeitsaufnahme im Ruhrbergbau Juni 1940; Hermann Kraleman, in Deutschland KPD-Mitglied, Ausweisung Dezember 1939, Arbeitsaufnahme Bergbau Dortmund Februar 1940; Umek, KPD-Sympathisant, Ausweisung Januar 1940, Arbeitsaufnahme im Bergbau März 1940.

101 Vgl. BArch ZB 7273 A. 4 Bl. 26-28, Schreiben des Reichsministers der Justiz an den Oberreichsanwalt und die Generalstaatsanwälte v. 4. August 1939, abgestimmt mit der Gestapo, betr. Strafverfahren gegen sog. „Russland-Rückkehrer“. Vgl. auch den Vermerk des Gestapa Abt. II A v. 1. März 1937, der auch „scharfe Vernehmungen“ ausschloss, um Rückwirkungen im Ausland und Angst bei den Ausgewiesenen und Auszuweisenden zu vermeiden. BArch ZB 7273 A. 1 Bl. 24-26.

102 Vgl. Schafranek (FN 4), S. 54-56.

103 Vgl. FN 64.

gewiesenen waren völlig mittellos, landes- und sprachunkundig und ohne hilfreiche Verbindungen. Sie hatten praktisch keine Chance, den Transit durch Polen zu nutzen, um dem NS-Regime zu entgehen. Es gibt auch nur in einer äußerst geringen Zahl von Fällen Hinweise auf ein Verschwinden Ausgewiesener während des Transits, noch weniger auf gelungene Fluchten; wo solche allerdings gelangen, konnten sie lebensrettend sein.

Die Ausweisungen 1939/41 hätten sich zum allergrößten Teil gegen KP-Mitglieder oder mit der Sowjetmacht sympathisierende Sozialisten oder Parteilose gerichtet. In der früheren Periode seien zwar mehr Kommunisten verhaftet, aber mehr „nationale Elemente“ ausgewiesen worden. Die politische Zusammensetzung der Ausgewiesenen ist schon dargestellt worden. Es ist gewiss richtig, dass unter den früher Ausgewiesenen noch ein größerer Anteil von Nicht-Kommunisten gewesen ist, die zum Teil sogar ihre Ausweisung angestrebt hatten, um aus der Sowjetunion herauszukommen. Das bedeutet aber nicht, dass sich die Ausweisungen 1939/41 gezielt gegen Kommunisten gerichtet hätten, sondern ist die notwendige Folge der Zusammensetzung der um diese Zeit noch in der Sowjetunion inhaftierten Deutschen nach ihrer politischen Orientierung.

Die Ausweisungsaktion 1939/41 sei ohne jede „Gegenleistung“ erfolgt. Die Sicht der Opfer, sie seien gewissermaßen als „Morgengabe“ zur Besiegelung der deutsch-russischen Allianz dargebracht und der Gestapo in den Rachen geworfen worden, lasse sich insofern „negativ bestätigen“. Das erste ist gewiss richtig. Es gilt aber nicht minder für die früheren Ausweisungen. Der Gesamtverlauf der Ausweisungen seit 1937 lässt aber nicht erkennen, dass sich auf sowjetischer Seite nach dem Paktschluss eine neue Motivation für die Ausweisungen im Sinne eines Entgegenkommens gegenüber Hitler ergeben haben könnte.

Zuletzt wird man auch noch fragen dürfen, was denn – nimmt man die „Morgengabe“ an – Stalins Vorstellung vom Wert dieser Morgengabe für Hitler gewesen sein sollte? Und worin denn, aus Hitlers Perspektive, ihr Wert bestanden haben soll? Hitler erhielt, gestreckt über einen Zeitraum von etwa 1 ½ Jahren und unterbrochen von bürokratischen Stockungen, einige Hundert überwiegend – nicht ausschließlich – Reichsdeutsche ausgeliefert, eine Auswahl, die von eher national Orientierten bis zum ungarischen Juden und KPD-Funktionär auf regionaler Ebene reichten. Die Juden und Kommunisten unter den Ausgelieferten waren erklärtermaßen unerwünscht, die Bürgerlichen nicht begehrt.

Stalin schickte Personen in anscheinend willkürlicher Zusammensetzung, keiner für sein System gefährlich (verhaftet, abgeurteilt, keine Teilnehmer an „Verschwörungen“), einzelne sogar noch potenziell nützlich, alle aus sowjetischer Sicht nicht erkennbar von besonderem Interesse für das NS-Regime.

Weder der Ablauf der Auslieferungen noch die betroffenen Personen noch der spätere Umgang mit ihnen in Deutschland liefern einen Hinweis auf ihren politischen Wert als „Morgengabe“, vielleicht mit einer einzigen Einschränkung, was den AM-Funktionär Arnold Klein angeht. Aber dessen Wert für die Gewinnung von Erkenntnissen über den geheimen Apparat der KPD wurde erst nach intensiven Ermittlungen der Gestapo

sichtbar; die gewonnenen Erkenntnisse waren obendrein historisch, ohne Nutzen für die Verfolgung von Kommunisten. So ergibt sich auch unter diesem Gesichtspunkt nichts, was die These von der „Morgengabe“ stützen könnte.

Es fehlen Hinweise auf eine vertragliche oder vertragsähnliche Abmachung im zeitlichen oder inhaltlichen Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt zwischen den Paktstaaten Deutschland und Sowjetunion über die Auslieferung (meist) reichsdeutscher Häftlinge an Deutschland 1939/41, ebenso auf eine solche zwischen Gestapo und NKWD in der vorangehenden Zeit seit 1937. Es gibt auch keine Hinweise, dass diese Auslieferungen von der Sowjetunion als wohlwollenheischender Akt gegenüber dem Paktpartner Deutschland motiviert waren. Es gibt (so gut wie) keine Hinweise auf eine deutsche Beteiligung bei der Auswahl der Auszuweisenden, wohl aber verschiedene Belege für den (ebenfalls weitgehend erfolglosen) Versuch von deutscher Seite, bestimmte Häftlinge (Juden, Kommunisten) von der Auslieferung auszuschließen. Es gibt keine Hinweise, dass auf sowjetischer Seite für die Ausweisung gezielt Kommunisten oder andere, sich als „Antifaschisten“ empfindende Personen ausgewählt worden wären. Es gibt keine Hinweise, dass die 1939/41 von der Sowjetunion nach Deutschland ausgelieferten Häftlinge in Deutschland dort durchgehend verfolgt worden wären; von etlichen, darunter auch früheren Kommunisten, steht – im Gegenteil – fest, dass sie unbehelligt blieben.

Der Neue Mensch – ein totalitäres Projekt?

Von Birgit Enzmann

1. Emanzipatorisch oder totalitär?

Der Topos des „Neuen Menschen“ ist Ausdruck der Unzufriedenheit mit den realen biologischen, intellektuellen und moralischen Eigenheiten des „Alten Menschen“. Wo er dadurch einer Verbesserung seiner eigenen Daseinsbedingungen im Weg steht, soll er gewandelt und auf das Ziel eines größeren, wie auch immer gearteten Glücks für die Menschheit ausgerichtet werden. In der christlichen Theologie findet sich der Topos als ein Näherungsideal. Durch Nachfolge Christi soll der Einzelne auf eine Transformation hinarbeiten, die sich erst im Jenseits vervollkommen kann. In der Neuzeit ändert sich das grundlegend: „Der Neue Mensch wird nun in empirischer Realisation als durch die gesellschaftlichen Kräfte herstellbar, planbar und in der Vorstellungswelt einiger Strömungen auch biologisch züchtbar gedacht.“¹ Vollkommenheit von Mensch und Gesellschaft wären so durch kollektive Anstrengung bereits im Diesseits, wenn auch erst in einiger Zukunft erreichbar. Es beginnt eine äußerst produktive Phase der „Menschen-Schablonen-Bastelei“², die sich von der Renaissance über die Aufklärung bis zu den politischen Heilslehren des 19. und 20. Jahrhunderts zieht und heute z.B. in „trans- und posthumanistischen“ Entwürfen fröhliche Urständ’ feiert. Hervorgebracht hat diese Bastelei höchst unterschiedliche Entwürfe, die vom lebensfrohen Anarchisten bis zum willenlosen Untertan reichen. Einige erscheinen wissenschaftlich, politisch und moralisch diskussionswürdig, andere in mindestens einer dieser Perspektiven als inakzeptabel.

Aber haben nicht letztlich alle Entwürfe einen totalitären Impetus, weil der Topos des Neuen Menschen auf einem Totalverfügungsanspruch über die Mitglieder einer Gesellschaft basiert und die Individuen einem absolut gesetzten Ideal unterworfen werden? Gottfried Küenzlen vertritt in seinem Standardwerk zum Neuen Menschen die Gegenposition und geht von einem freiheitlich-emanzipatorischen Hintergrund der Denkfigur aus: Das Streben nach einem Neu- und Anderssein sei eine anthropologische Grundgegebenheit. Das Verlangen erwachse aus der Erfahrung des Menschen, dass er aufgrund der sich ständig ändernden äußeren Rahmenbedingungen und seiner eigenen wechselnden Ziele und Präferenzen in einer ständigen Unsicherheit lebe. Gleichzeitig stelle er fest, dass er auf die äußeren Bedingungen nur begrenzten Einfluss habe. Also versuche er, der Unsicherheit durch die Transformation seiner selbst zeitweise oder dauerhaft zu

1 Gottfried Küenzlen, *Der neue Mensch. Eine Untersuchung zur säkularen Religionsgeschichte der Moderne*, München 1994, S. 20.

2 Wilfried von Bredow/Thomas Noetzel, *Politische Theorie für das 19. Jahrhundert*, Teil 3: Zombies, Münster 1996, S. 9.

entkommen.³ Die Selbsttransformation in einen Neuen Menschen erscheint hier neben der Umweltbeeinflussung als eines von zwei Mitteln, mit denen der Mensch sich um ein erträgliches Dasein bemüht. Aus dieser Warte kann der Topos des Neuen Menschen nicht als per se totalitär angesehen werden, und er ist auch in der jahrhundertelangen Verwendung in vielen Fällen nicht so intendiert.

Die politikwissenschaftlich zentrale Frage ist, wodurch dieses Streben nach Neu- und Anderssein in einigen Fällen trotz guter Absicht totalitäre Züge annimmt, in anderen nicht. Hinweise darauf sollen im Folgenden vier verschiedene „Typen“ eines Neuen Menschen geben, die sowohl in freiheitlichen als auch in autoritären bis totalitären Entwürfen propagiert werden. Dabei werden jeweils (1) die Kritik an dem „Alten“ Menschen, (2) die Charakteristika des Neuen Menschen und die damit verknüpften Hoffnungen und schließlich (3) die propagierten Realisierungsmittel betrachtet, um totalitäre Schwachstellen lokalisieren zu können. Daraus lassen sich im letzten Abschnitt einige verallgemeinernde Thesen gewinnen.

2. Der kollektivierte Mensch

Konzepte des Neuen Menschen setzen in der Neuzeit zunächst bei moralischen und intellektuellen Mängeln des Alten Menschen an. Der englische Politiker und Humanist Thomas Morus (1478-1535) sieht dabei einen Zusammenhang mit Fehlern der Wirtschafts-, Rechts-, und Eigentumsordnung. Habgier und Hoffart verbänden sich mit dem Institut des Privateigentums zu einer ausbeuterischen, dem Unglück der anderen gegenüber gleichgültigen Gesinnung. Enorme soziale Ungleichheit und eine Verarmung der breiten Masse seien in England die Folge. Diese Armut wiederum führe zu wachsender Kriminalität, Abstumpfung und Verrohung der Menschen.⁴

Der Alte Mensch wird hier, wie für die Renaissance typisch, nicht als ein ursprünglich mangelhaftes, sondern als ein ambivalentes Wesen betrachtet. Seine guten Anlagen sind allerdings durch äußere Faktoren verschüttet oder korrumpiert worden, so dass mit der Zeit die schlechten überwiegen. Der Neue Mensch ist der, der dieses verloren gegangene Gute wiedererlangt, sich wieder vervollkommenet.⁵ Morus beschreibt ihn in Form der Bewohner der fiktiven Insel Utopia als das genaue Gegenbild des bisherigen. Er ist wissbegierig, gelehrig, geschickt und erfindungsreich. Vor allem aber ist er tugendhaft, in körperlichen Dingen genügsam, macht sich nichts aus Luxus und Eitelkeit. Er ist friedfertig, wenn auch jederzeit bereit, seine Heimat mit Waffengewalt zu vertei-

3 Vgl. Küenzlen (FN 1), S. 32-39.

4 Vgl. Thomas Morus, Utopia, in: Klaus J. Heinisch (Hrsg.), Der Utopische Staat, 29. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2008, S. 7-110, hier S. 23-28, 44 f., 107-109.

5 Vgl. Barbara Zehnppennig, Der „neue Mensch“ – von der religiösen zur säkularen Verheißung, in: Matthias Hildebrand/Manfred Brocker/Hartmut Behr (Hrsg.), Säkularisierung und Resakralisierung in westlichen Gesellschaften. Ideengeschichtliche und theoretische Perspektiven, Wiesbaden 2001, S. 81-95, hier S. 82 f.

digen; er hat einen starken Sozialtrieb, ist geprägt von Nächstenliebe und Altruismus und ordnet sich freiwillig, aus Neigung und Einsicht dem Gemeinwohl unter.⁶ Biologisch bleibt der Mensch bei Morus dagegen unverändert; zwar ist er aufgrund besserer Ernährung und viel körperlicher Aktivität kräftig und weniger krankheitsanfällig, aber er ist weder schöner noch größer etc.⁷ Morus prägt damit das Wunschbild eines *kollektivierten Menschen*, das mit nur wenigen Änderungen bis ins 20. Jahrhundert immer wieder vertreten wird. Dieser Neue Mensch ist der, der von Habgier, niederen Trieben und antisozialen Neigungen soweit geläutert ist, dass er sich vollständig in ein harmonisches Gemeinwesen integrieren lässt. Individuelle und kollektive Interessen der Neuen Menschen gelangen zur Deckung.

Geschaffen wird der Neue Mensch Utopias durch verschiedene, durchwegs von den Mitgliedern selbst erzeugte Mittel. Um die Probleme zu überwinden, bedarf es nach Ansicht der Humanisten keines Eingriffs von außen, da der Mensch, wenn auch verschüttet, über alle Tugenden einmal verfügt hat. Dennoch bedarf er, so meint Morus, zum einen der Anleitung, zum anderen geeigneter Rahmenbedingungen durch eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung. Das Privateigentum als zentrale Ursache des Niedergangs des Menschen muss abgeschafft, die Geldwirtschaft im Inland weitgehend aufgehoben und stattdessen eine auf Gemeineigentum beruhende Planwirtschaft errichtet werden. Jeder hat im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beizutragen, in der Regel in Form einer sechsständigen täglichen Arbeitspflicht. Nahrung, Kleidung und Unterkunft werden aus dem gemeinsam erwirtschafteten bereitgestellt. Durch Arbeitspflicht, eine intensive Landwirtschaft und den Verzicht auf die Produktion von Luxusgütern ist eine gute Versorgung aller Mitglieder gewährleistet.⁸ Derart von allen Existenzsorgen befreit, kann der Einzelne sich dann in seiner Freizeit dem Lernen, sei es im Selbststudium oder durch teilweise verpflichtende Unterweisung, widmen. Für Kinder besteht allgemeine Schulpflicht, wobei nicht nur Sachkenntnis, sondern auch die moralischen Grundlagen der neuen Gesellschaft unterrichtet werden.⁹ Allerdings ist das Ziel des neuen Menschseins nicht für alle erreichbar. In Utopia leben zahlreiche Sklaven, denen keine Mußestunden zugestanden werden und die zudem diejenigen Aufgaben erledigen müssen, die für die Utopier selbst als moralisch schädlich angesehen werden, namentlich das Schlachten der Tiere.¹⁰

Die Bürger Utopias ordnen sich, wie Morus betont, aber völlig freiwillig, aus Neigung und Einsicht diesen Regulierungen unter. Daher käme man mit nur wenigen Gesetzen aus. Das erklärt sich aber leicht dadurch, dass die Utopier einem praktisch lückenlosen Netz sozialer Kontrolle unterworfen sind. Der gesamte Tagesablauf ist durch die gemeinsam verrichtete Arbeit, die gemeinsam eingenommenen Mahlzeiten, die Un-

6 Vgl. Morus (FN 4), S. 70-79, 84, 87.

7 Vgl. ebd., S. 78.

8 Vgl. ebd., S. 50, 54-57, 59 f., 64, 78.

9 Vgl. ebd., S. 55, 62, 68 f., 84 f., 102.

10 Vgl. ebd., S. 60, 80.

terweisungsstunden und den Aufenthalt in Gemeinschaftsräumen vorgegeben. Unbeobachtete, private Zeit besteht praktisch nicht. Die Haushaltsvorstände übernehmen im Rahmen einer streng patriarchalischen Ordnung die Überwachung ihrer Angehörigen. Verfehlungen des Einzelnen fallen auf die Familie zurück.¹¹ Letztlich glaubt Thomas Morus nicht, dass sich die ambivalente Natur des Menschen vollständig ändern lässt, sondern durch beständige Kontrolle vor einem Rückfall bewahrt werden muss.

Altruismus und Gemeinwohlorientierung sind seit „Utopia“ ein zentrales Element in vielen Neuer-Mensch-Entwürfen. Sie finden sich nicht nur in den Renaissance-Utopien von Tommaso Campanella und François Rabelais.¹² Sie prägen auch die Schriften der Frühsozialisten und Sozialisten des 18. und 19. Jahrhunderts. Auch diese sehen das zentrale Problem in einem falschen Verhältnis des gegenwärtigen Menschen zu Arbeit und Eigentum, und auch bei ihnen findet sich die Vorstellung der teilweisen Wiederherstellung des einstmals heilen Menschen, indem man die Ursachen seiner Verderbtheit oder Entfremdung beseitigt. Gleichzeitig erwachsen daraus Chancen der Weiterentwicklung, die tatsächlich einen Neuen, nie dagewesenen Menschen entstehen lassen könnten. Strittig bleibt allerdings, ob das nur auf der Basis strikter Lenkung und Kontrolle oder auch in einem freiheitlichen System der Selbstorganisation gelingen kann. Robert Owen, englischer Unternehmer, sucht in seiner Baumwollspinnerei in New Lannark einen Mittelweg. Er ist wie Morus lange vor ihm der Überzeugung, dass das Privateigentum Wurzel allen Übels ist, da es die gesellschaftliche Solidarität zersetze; eine rein auf Wettbewerb und Egoismus basierende Gesellschaft führe unweigerlich zum Unglück der meisten Mitglieder. Dagegen erzeugten faire Ausgangsbedingungen in einer Gesellschaft auch gute Menschen. In seiner Fabrik schafft er deshalb einen fortschrittlichen Arbeiterschutz, gliedert einen Kindergarten und eine Schule an und baut menschenwürdige Unterkünfte für seine Arbeiter und deren Familien. Allerdings verzichtet auch Owen nicht ganz auf zusätzliche Lenkung: Alkoholverbot, Hygienevorschriften, Produktivitätskontrollen und ein Bildungsprogramm sollen das Sozialverhalten der Arbeiter verbessern. Das Modell ist erfolgreich; ein Versuch, es auf eine ganze Gesellschaft auszudehnen, scheitert dagegen. Die von ihm gegründete Kolonie New Harmony in Indiana löst sich nach knapp zwei Jahren aufgrund innerer Zerwürfnisse auf.¹³

Karl Marx gibt dem Typus des kollektivierten Menschen seine bekannteste Gestalt. Der Neue Mensch ist der, der dem eigentlichen Wesen des Menschen als vollständig in eine Gemeinschaft integrierte Person entspricht, der in einer organischen Beziehung zu dieser Gemeinschaft steht. Persönlichkeitsbildung und gesellschaftliche Integration finden nach Marx aber über die von jedem geleistete Arbeit statt; erst in seinen Produkten

11 Vgl. ebd., S. 54, 59, 63, 83 f., 102, 104.

12 Vgl. Tommaso Campanella, *Sonnenstaat* (1602), in: Heinisch (FN 4), S. 111-169; François Rabelais, *Gargantua und Pantagruel* (1532-1564), 2 Bde., München 1979.

13 Vgl. Dorothea Schuler, „Nach Ikarien, Brüder, nach Ikarien!“. Robert Owen, Etienne Cabet, Giovanni Rossi. Experimente für eine bessere Gesellschaft, in: Joachim Meißner/Dorothee Meyer-Kahrweg/Hans Sarkowicz, *Gelebte Utopien. Alternative Lebensentwürfe*, Frankfurt a.M. 2001, S. 117-137, hier S. 121-124.

vergegenwärtigt sich der Mensch überhaupt als Person, durch sie artikuliert er sich und kann interagieren. Da der Alte Mensch unter den gegebenen Bedingungen arbeitsteiliger Produktion aber aus fremden Mitteln Produkte herstellt, die ihm dann ebenfalls nicht gehören, verliert er die Möglichkeit der Selbstfindung und Artikulation; seine Sinne stumpfen ab. Die Entfremdung vom Produkt entfremdet den Menschen vom Medium Arbeit, dann von sich selbst und schließlich von seinen Mitmenschen. Der Neue Mensch ist so gesehen der ursprüngliche und eigentliche Mensch, der sich selbst wiedergewinnt.¹⁴ Die Mittel dazu sind wiederum die Abschaffung des Privateigentums, aber auch die Beseitigung aller Institutionen, die die bisherige Wirtschafts- und Gesellschaftsform stabilisiert haben, insbesondere Religion und Staat. Ziel ist ein kommunistisches „Reich der Freiheit“, in dem Menschen in freier Assoziation miteinander leben, sich ihre Tätigkeiten selbst wählen und nach Belieben wechseln können und dadurch ihre Sinne wieder voll entwickeln. Das bahnbrechend Neue der Konzeption ist aber, dass dieser Neue Mensch für Marx nicht das Ergebnis menschlicher Phantasie und Planung ist, sondern zwangsläufiges Ergebnis der Menschheitsgeschichte. Auf dem Höhepunkt seiner Entfremdung wird das Proletariat sich seine Arbeit wieder aneignen; es wird zu einer Art Messias im Rahmen einer säkularen Erlösungsreligion, wie unter anderem Gottfried Küenzlen meint.¹⁵

Marxens Erben haben bekanntermaßen auf diesen Zeitpunkt nicht warten wollen, sondern stellvertretend für die Arbeiterschaft gewaltsam ein Übergangsregime errichtet, das gerade nicht auf freier Assoziation, sondern auf Zwang, staatlicher und sozialer Kontrolle, und unter Stalin auch massenhafter Tötung aller sich Widersetzenden aufbaut. Deshalb ist seit jeher strittig, ob die autoritäre und oft totalitäre Gestalt des real existierenden Sozialismus nur den falsch gewählten Mitteln oder schon dem Leitbild des kollektivierten Menschen an sich geschuldet ist. Die „für heutige Begriffe allzu strengen staatlichen Reglementierungen des Individuums“ in Thomas Morus’ Utopia zumindest seien nur den historischen Rahmenbedingungen geschuldet, meint der Politologe Martin d’Idler. Zum einen sei durch die jüngere Erfahrung blutiger Bürgerkriege der starke Staat in die Rolle des omnipotenten Problemlösers gerückt; zum anderen hätte selbst die Grundversorgung der Bevölkerung im beginnenden 16. Jahrhundert nur durch eine Steigerung der Arbeitsleistung gesichert werden können, so dass sich Arbeitspflicht und Planwirtschaft als Umsetzungsmittel aufgedrängt hätten.¹⁶ Tatsächlich wollen spätere Sozialutopisten wie Robert Owen und Charles Fourier aufgrund der durch technischen Fortschritt erhöhten Produktivität ohne autoritär-etatistische und planwirtschaftliche Elemente auskommen. Marx glaubt sogar, eines Tages ganz auf staatliche Ordnung ver-

14 Die Argumentation findet sich in verschiedenen Schriften; recht prägnant im Kapitel „Entfremdete Arbeit“ des ersten Pariser Manuskripts: Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* (1844), Hamburg 2005, S. 54–70.

15 Vgl. Küenzlen (FN 1), S. 119 f.

16 Vgl. Martin d’Idler, *Die Modernisierung der Utopie. Vom Wandel des neuen Menschen in der politischen Utopie der Neuzeit*, Berlin 2007, S. 8.

zichten zu können. So gesehen hätte nicht schon das Leitbild des kollektivierten Menschen eine totalitäre Schwachstelle, sondern würde nur durch eine rückblickend unverhältnismäßige Wahl der Mittel z.B. bei Morus korrumpiert. Haltbar ist diese Position aber nur, solange das Ziel Geltung bloß für einen kleinen Kreis Freiwilliger beansprucht, wie etwa in einem Kibbuz und einer Landkommune. Ausgedehnt auf eine ganze Gesellschaft oder gar die ganze Menschheit, muss das Ziel angesichts der Pluralität menschlicher Neigungen zwangsläufig zur Wahl totalitärer Mittel führen.

3. Der aufgeklärte Mensch

In der Aufklärung erweitern sich sowohl die Problemspektiven als auch die Wunschbilder eines Neuen Menschen und die Umsetzungsmittel. „Was speziell die Erwartung eines ‚neuen Menschen‘ betrifft, so bestimmt sie sich für den Humanismus der Renaissance ganz anders als später für die Aufklärung: Den Humanisten des 15. und 16. Jahrhunderts galt als Wahrheitskriterium das ‚Alte‘, an dessen reine Quelle zurückzukehren sei. Erneuerung geschehe eben durch eine ‚Wiedergeburt‘ – vor allem der Künste und Wissenschaften; der Bezug zur Geschichte ist dabei konstitutiv. Dagegen wird in der Aufklärung, beginnend mit der *Querelle des Anciens et des Modernes* (1687), dem Alten als Wahrheits- und Verifikationskriterium das ‚Neue‘ entgegengesetzt, das immer weniger als zu entdeckendes und immer mehr als zu erfindendes, ja: herzustellendes in Frage kommt; ihren konstitutiven Bezug zur Geschichte verkennt die Vernunft und behauptet ihre ‚Reinheit‘.“¹⁷

Insbesondere die naturwissenschaftlichen und technischen Entdeckungen vermitteln den Eindruck, dass die alte Entwicklung des Menschen zu einem Abschluss gekommen ist und nun auf einer höheren Stufe neu ansetzen wird. Viele liberale Vertreter der Aufklärung sehen das Unglück von Menschen nicht als Folge externer Widrigkeiten, sondern als zu einem Gutteil selbstverschuldet an. Oft mangle es am Willen, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Entsprechend dem Kantischen Satz „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“¹⁸ gelte es nun, sich von überholten Wahrheiten, Aberglauben und Dogmen zu lösen und so das eigene Entwicklungspotenzial und die Fähigkeit zur Selbsttransformation in einen Neuen Menschen zu entdecken.¹⁹ Beispielhaft für diese Vorstellung sind die Überlegungen des französischen Schriftstellers und Politikers Jean Antoine de Condorcet (1743-1794). Die

17 Oswald Bayer, Der neue Mensch, in: Michael Schwarze (Hrsg.), Der neue Mensch. Perspektiven der Renaissance, Regensburg 2000, S. 37-52, hier S. 41 (Hervorhebungen im Original). „Querelle des Anciens et des Modernes“ ist die Bezeichnung für einen Literatenstreit um die Frage, ob sich aus der Orientierung an der Vergangenheit noch Gutes für die Zukunft gewinnen lasse oder man ganz neue Wege suchen müsse.

18 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Berlinische Monatsschrift, Dezember 1784, S. 481-494, hier S. 481.

19 Vgl. Bayer (FN 17), S. 41.

bisherige Menschheitsgeschichte belege eine unendliche intellektuelle, moralische und physische Vervollkommnungsfähigkeit (*perfectibilité indéfinie*) des Menschen.²⁰ Der Neue Mensch ist insofern kein statisches Ziel, sondern das dynamische Vorbild des jeweils künftigen Menschen der auf einem Weg von mehr Glück, Freiheit und Würde für einen immer größeren Teil der Menschheit voranschreitet. Damit mehr und mehr Menschen von ihrer Perfektibilität Gebrauch machen können und wollen, müsse deshalb zuerst die soziale Ungleichheit durch umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen beseitigt werden; natürliche Nachteile seien durch allgemeine Schulen und Bildungsangebote für die breite Bevölkerung zu mildern und weniger entwickelte Staaten durch Wirtschafts- und Entwicklungshilfe auf ein Mindestniveau zu heben. In einem zweiten Maßnahmenpaket geht es dann darum, den Fortschritt aller zu fördern. Wissenschaft und Technik nehmen dabei eine zentrale Rolle ein: Sie sollen ein besseres Verständnis der Gesamtzusammenhänge der Natur erzeugen, die Produktivität und die Qualität der Waren erhöhen und damit die Versorgungslage verbessern.²¹ Ein infolgedessen eintretendes Bevölkerungswachstum soll allerdings durch Geburtenregelung begrenzt und stattdessen sollen Eltern angehalten werden, sich um ihre wenigen Kinder intensiv zu kümmern.²² Die verschiedenen Mittel bewirken nach Condorcet durch ihr Ineinandergreifen wesentliche Verbesserungen. Durch verbesserte Wohlfahrt und Ernährung würden Menschen von Daseinssorgen entlastet; zusammen mit der sorgfältigeren Erziehung hebe das die moralischen und affektiven Fähigkeiten. Hinzukommende medizinische Fortschritte steigerten die körperliche Verfassung und verlängerten die Lebenszeit. Durch Vererbung und Erziehung könnten diese Verbesserungen in Geist und Körper dann an neue Generationen weitergegeben werden.²³ Prinzipiell als ein Ideal für die ganze Menschheit angelegt, geht Condorcet davon aus, dass es sich zunächst nur in einer Gruppe „aufgeklärter Menschen“ durchsetzen und durch sie verbreitet werden wird.²⁴

Zweifellos ist dies einer der Neue-Mensch-Entwürfe, die aus bester emanzipatorischer Absicht entstanden sind. Zudem bewahrt Condorcet diesen freiheitlichen Charakter, indem er keine personenbezogenen Entwicklungsziele vorgibt, sondern es bei der allgemeinen Zielperspektive Freiheit, Würde, Glück belässt. Da diese Ziele nicht als Endpunkt der Transformation, sondern als ein sich dynamisch steigernder Effekt gesehen werden, passen auch bei der schrittweisen Umsetzung totalitäre Mittel nicht ins Konzept. Die Forderung, allen Menschen in allen Teilen der Welt die Chancen zur Selbstvervollkommnung zu eröffnen, mahnt auch an, das Glück des Einen nicht mit dem eines Anderen zu erkaufen, wie Morus' Zugeständnis der Sklavenhaltung das tut. Aller-

20 Vgl. Jean Antoine Nicolas de Caritat de Condorcet, Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes (1795; dt. 1796), hrsg. von Wilhelm Alff, Frankfurt a. M. 1976, S. 195.

21 Vgl. ebd., S. 193, 198 f., 205-207.

22 Vgl. ebd., S. 208 f.

23 Vgl. ebd. S. 219-221.

24 Vgl. ebd. S. 36 f.

dings ist mit dieser Ausdehnung auf die gesamte Menschheit auch ein absoluter Geltungsanspruch des Wunschbildes erhoben, der alternative Menschheitsideale nicht vorsieht. Menschen, die dem Bild aus gesundheitlichen Gründen, Familienpflichten o.ä. nicht entsprechen können, wird nicht der gleiche Respekt zuteil. Insofern hat der Entwurf keine totalitären Schwachstellen, sehr wohl aber paternalistische und diskriminierende Züge.

4. Der ganzheitliche Mensch

Schon bei Zeitgenossen erregt der *aufgeklärte Mensch* Widerspruch, selbst im eigenen Lager. Aufklärerische Denker wie Denis Diderot und Voltaire kritisieren eine Überschätzung von Kultur, Vernunft, Wissenschaft und Fortschritt. Expeditionsberichte und Reiseliteratur stellen dem durch kulturelle Errungenschaften geprägten Leben in Europa das durch eine viel engere Beziehung zur Natur geprägte Leben der Indianer Kanadas und Brasiliens oder auch der Ureinwohner Tahitis gegenüber. In hohem Maß idealisierend und verkürzend, entsteht daraus das Bild eines *bon sauvage*, der jenseits falscher Vorstellungen von Sitte, Religion und Staat ein unbeschwertes und glückliches Dasein führt. Diderot und andere greifen dieses Bild auf, um zu betonen, dass der Mensch sich nicht auf seine Vernunft reduzieren lasse. Die Unterdrückung der Sinne, insbesondere der Sexualität, sei sogar eine wesentliche Ursache für Aggressivität. Gefordert wird nun zwar nicht ein „Zurück zur Natur“, aber eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Körper und Geist. Utopieforscher Richard Saage spricht von einer „anthropologischen Wende“, die durch eine Naturalisierung, eine stärkere Nähe zur Empirie und eine Rehabilitierung des Körpers gekennzeichnet sei.²⁵ Anders als Condorcets aufgeklärter Mensch ist dieser *natürliche* oder *ganzheitliche* Mensch dementsprechend kein völlig neuer, sondern ähnlich den Renaissance-Vorstellungen ein wiedergeborener, an Körper und Seele geheilter Mensch. Erziehung ist das wichtigste Mittel dazu, wie vor allem Rousseaus (1712-1778) Erziehungsroman *Emile* zeigt. Ausgangsidee ist, dass ein Mensch, der von Geburt an in eine Gesellschaft hinein sozialisiert wird, keine ihm völlig entsprechende Persönlichkeit entwickeln kann, sondern dem sozial Erwünschten gemäß verbogen wird. „Alles, was aus den Händen des Schöpfers kommt, ist gut; alles entartet unter den Händen des Menschen. Er zwingt einen Boden, die Erzeugnisse eines anderen zu züchten, einen Baum, die Früchte eines anderen zu tragen. Er vermischt und verwirrt Klima, Elemente und Jahreszeiten. Er verstümmelt seinen Hund, sein Pferd, seinen Sklaven. Er erschüttert alles, entstellt alles – er liebt die Missbildung, die Monstren. Nichts will er so, wie es die Natur gemacht hat, nicht einmal den Menschen. Er

25 Vgl. Richard Saage, Die „anthropologische Wende“ im utopischen Diskurs der Aufklärung, in: Ders., Utopisches Denken im historischen Prozess. Materialien zur Utopieforschung, Berlin 2006, S. 127-137, hier S. 127.

muss ihn dressieren wie ein Zirkuspferd. Er muss ihn seiner Methode anpassen und umbiegen wie einen Baum in seinem Garten.“²⁶

So entwickelt der Mensch weder eine innere Harmonie noch die geistige Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen. Rousseau schlägt deshalb vor, Kinder so lange wie möglich von fremden Einflüssen und den Errungenschaften der „Zivilisation“ fernzuhalten, so dass sie sich frei entfalten können. Zuerst sollen nur die Sinne geschult werden und das Kind seine Bedürfnisse erkunden. Erst in einem zweiten Schritt geht es um die Entdeckung von Vernunft und Selbstbeherrschung. Wenn die Grundlagen zu seiner Persönlichkeit gelegt sind, kann der Jugendliche schrittweise mit verschiedenen Gesellschaften bekannt gemacht werden, so dass er sich ein unverfälschtes Urteil bilden kann. Erziehung dürfe Kinder nicht auf die Bedürfnisse einer Gesellschaft hin formen, sondern habe allein dazu zu dienen, dass sich das naturhaft Gute in ihnen entfalten könne. Eine solche Erziehung, so glaubt Rousseau, würde zu einem Menschen bar jeder Bosheit und Verstellung, aber voller Einfühlungsvermögen und mit einem aus bewusster Hinwendung zu einem Gemeinwesen erwachsenden Verantwortungs- und Pflichtgefühl führen.

Doch erneut liegt hier ein Entwurf vor, der seine emanzipatorischen Absichten durch repressive Umsetzungsmittel korrumpiert. Der Weg zu Rousseaus freiem, sinnlichen, aber zugleich vernünftigen und tugendhaften Menschen führt über die totale Kontrolle und Lenkung durch den Erzieher: „Es gibt keine vollkommenere Unterwerfung als die, der man den Schein der Freiheit zugesteht. [...] Ist das arme Kind, das nichts weiß, nichts kann und nichts erkennt, euch nicht vollkommen ausgeliefert? Verfügt ihr nicht über alles in seiner Umgebung, was auf es Bezug hat? Seid ihr nicht Herr seiner Eindrücke nach eurem Belieben? Seine Arbeiten, seine Spiele, sein Vergnügen und sein Kummer – liegt nicht alles in euren Händen, ohne dass es etwas davon weiß? Zweifellos darf es tun, was es will, aber es darf nur das wollen, von dem ihr wünscht, dass es es tut. Es darf keinen Schritt tun, den ihr nicht für es vorgesehen habt, es darf nicht den Mund aufmachen, ohne dass ihr wisst, was es sagen will.“²⁷ Dabei ist bei Rousseau nicht zu sehen, ob und wann die Gesellschaft je einen Zustand erreicht haben wird, der diese völlige Indoktrinierung von Kindern gemäß den Wunschvorstellungen des Erziehers verzichtbar machen würde.

Deutlich von Rousseaus rigorosem Erziehungsstil inspiriert, entwickelt der französische Revolutionspolitiker Louis-Michel Lepeletier (1760-1792) den Plan einer Nationalerziehung, der dazu dienen soll, ein auf dem Ideal eines Neuen Menschen basierendes neues Volk zu schaffen, das von den Lasten des alten Systems gänzlich geheilt wäre.²⁸ Alle 6- bis 12-Jährigen sollten verpflichtend in möglichster Abgeschlossenheit

26 Jean-Jacques Rousseau, *Emile oder Über die Erziehung* (1762), hrsg. v. Martin Rang, Stuttgart 1970, S. 107.

27 Ebd., S. 265 f. Vgl. Alfred Schäfer, Jean-Jacques Rousseau. Ein pädagogisches Porträt, Weinheim/Basel 2002.

28 Vgl. Michel Lepeletier, Plan einer Nationalerziehung, in: Robert Alt (Hrsg.), *Erziehungsprogramme der Französischen Revolution: Mirabeau, Condorcet, Lepeletier*, Berlin/Leipzig 1949, S. 119-147, hier S. 121.

von der Gesellschaft in staatlichen Internaten unterrichtet werden, um sie – hier in deutlichem Gegensatz zu Rousseaus Einlassung – auf die Bedürfnisse der neuen Republik hin zu formen: Statt Rousseaus Freigeist erstrebt Lepeletier eine „neue, arbeitsame, geordnete, disziplinierte Masse“, die von aller Unvernunft und allen Vorurteilen der alten Gesellschaft befreit sein soll. Auch Lepeletier meint damit aber nur der Freiheit zu dienen: „Lasst uns eingedenk sein, dass wir Menschen erziehen, welche bestimmt sind, die Freiheit zu genießen, und dass es keine Freiheit gibt ohne Gehorsam gegen die Gesetze. Alle Tage und jeden Augenblick gebeugt unter das Joch einer bestimmten Regel, werden alle Zöglinge des Vaterlandes sich ausgebildet finden zur heiligen Abhängigkeit von den Gesetzen und den legitimen Gewalten“.²⁹

5. Der Übermensch

Der deutsche Philosoph Friedrich Nietzsche (1844-1900) schafft in direkter Absage an den kollektivierten Menschen eine der berühmtesten Visionen des Neuen Menschen. Seiner Problemdiagnose liegt die mit der Metapher „Tod Gottes“ umschriebene Säkularisation zugrunde. Als die christliche Religion ihre allseits akzeptierte Deutungshoheit verlor, verlor auch die Verheißung des Jenseits ihre motivierende und disziplinierende Wirkung. Der Alte, oder wie Nietzsche sagt, der „Letzte Mensch“ sei nicht in der Lage, eine neue verbindliche Orientierungsgröße an die Stelle von Gottes- und Jenseitsglauben zu setzen. Damit habe er keine wirkliche Aufgabe, keinen höheren Sinn mehr in seinem Leben. Sein ganzes Streben sei nur noch auf innerweltliche Bequemlichkeit ausgerichtet.³⁰ Seitdem befinde sich der Mensch in einem Prozess der Degeneration. Einst im Sinne der Darwinschen Evolution vom Wurm zum Affen zum Menschen geworden, geht er nun im übertragenen Sinne den Weg zum kraftlosen Wurm zurück. „Es kommt die Zeit, wo der Mensch nicht mehr den Pfeil seiner Sehnsucht über den Menschen hinaus wirft und die Sehne seines Bogens verlernt hat zu schwirren!“³¹

Nietzsches Neuer Mensch ist deshalb der, der aufhört, nach fremden und außerweltlichen Orientierungspunkten zu suchen und stattdessen das Irdische und vor allem sich selbst als einzigen Maßstab nimmt. Der Neue Mensch soll zu seinem eigenen Schöpfer werden und zum neuen „Sinn“ der Erde.³² Damit verlässt er aber die herkömmliche Evolutionsgeschichte, tritt aus der Ahnenreihe von Wurm und Affe heraus und wird somit ein bislang nie gekannter Mensch sein³³; daher auch Nietzsches eigener Begriff

29 Lepeletier (FN 28), S. 133. Zu Lepeletier vgl. Werner Sesink, Das Pädagogische Jahrhundert, unter: http://www.abpaed.tu-darmstadt.de/media/arbeitsbereich_bildung_und_technik/gesammelteskripte/pjh_2007.pdf (11. August 2011), S. 84-87.

30 Vgl. Friedrich Nietzsche, Also sprach Zarathustra. Ein Buch für Alle und Keinen, in: Nietzsches Werke, Bd. VI, Leipzig 1923, S. 12-21, 115.

31 Ebd., S. 19, 14.

32 Vgl. ebd., S. 13, 123-126, 417 f.

33 Vgl. Küenzlen (FN 1), S. 125.

vom „Übermenschen“. Der freilich ist eher als eine regulative Idee oder ein nie ganz erreichbares Näherungsideal zu verstehen. Immerhin sieht Nietzsche aber die Möglichkeit, eine diesem Ideal nachstrebende „Herrenrasse“ oder „höhere Menschen“ zu züchten. Darunter versteht Nietzsche vor allem die Erzeugung eines entsprechenden Bewusstseins eigener Herausgehobenheit und die Indoktrination mit neuen, den herkömmlichen Maßstäben von Gut und Böse oft diametral entgegen gesetzten Werten. Diese durch eine ideologisch geprägte Erziehung vermittelten Vorstellungen enthalten dabei neben der eigenen Erhöhung auch eine Abwertung des gewöhnlichen Alten Menschen. „Es bedarf einer Lehre, stark genug, um züchtend zu wirken: stärkend für die Starken, lähmend und zerbrechend für die Weltmüden.“³⁴

In Nietzsches nachgelassenen Schriften finden sich aber auch Hinweise auf eine biologische Züchtung: „[E]s ist die Entstehung von internationalen Geschlechts-Verbänden möglich gemacht, welche sich die Aufgabe setzen, eine Herren-Rasse heraufzuzüchten, die zukünftigen ‚Herren der Erde‘; – eine neue, ungeheure, auf der härtesten Selbst-Gesetzgebung aufgebaute Aristokratie, in der dem Willen philosophischer Gewaltmenschen und Künstler-Tyrannen Dauer über Jahrtausende gegeben wird: eine höhere Art Menschen, die sich, dank ihrem Übergewicht von Wollen, Wissen, Reichtum und Einfluss, des demokratischen Europa’s bedienen als ihres gefügigsten und beweglichsten Werkzeugs, um die Schicksale der Erde in die Hand zu bekommen, um am ‚Menschen‘ selbst als Künstler zu gestalten.“³⁵

Der Neue Mensch ist damit eine nur auf Wenige beschränkte Vision, die von einer selbsternannten Elite getragen wird. Das Schicksal der dann Beherrschten bleibt ungewiss. Schon die Zielsetzung von Nietzsches Entwurf ist elitär, autokratisch und freiheitsfeindlich. Bei der Beurteilung der Umsetzungsmittel sind die Abstufungen maßgeblich. Erziehung, auch und gerade eine Vermittlung der neuen Werte und Ideen, sind Bestandteil aller geschilderten Entwürfe. Nietzsches oben zitiertes Wort von der zerbrechenden Wirkung auf die Weltmüden lässt sich aber leicht als Aufforderung zu totalitärer Freund-Feind-Propaganda und Hetze (um)deuten. Ein ähnliches Problem bereitet die Einlassung zur biologischen Züchtung. Viele Neue-Mensch-Entwürfe, Condorcets aufgeklärten Menschen eingeschlossen, setzen darauf, bereits Erreichtes auf dem Weg zum Neuen Menschen biologisch vererben zu können, um über Generationen eine Steigerung der angestrebten Eigenschaften zu erreichen. Auch eine staatlich oder gesellschaftlich gesteuerte Partnerwahl wird verschiedentlich vorgeschlagen. Bei Nietzsche aber bleibt unklar, ob er auf der Stufe freiwilliger „standesgemäßer“ Partnerwahl innerhalb seiner „neuen Aristokratie“ stehenbleibt oder auch Zwang einbezieht. In diesem Fall

34 Friedrich Nietzsche, *Der Wille zur Macht. Versuch einer Umwertung aller Werthe*, in: Nietzsches Werke, Bd. XVI, 2. Aufl., Leipzig 1922, S. 279. Dagegen betrachtet Henning Ottmann die biologische Züchtung bei Nietzsche als einen „Nebenschauplatz“, die erzieherische sei dominant: Henning Ottmann, *Philosophie und Politik bei Nietzsche*, 2. Aufl., Berlin/New York 1999, S. 262-270.

35 Ebd., S. 340 f.

käme gar der Schritt von der „positiven“ zur „negativen“ Selektion, d.h. einer Verhinderung oder Vernichtung nicht erwünschten Lebens in Denkweite. Sozialdarwinisten und Eugeniker tun diesen Schritt im 19. Jahrhundert bereits und berufen sich dabei, ebenso wie später die Nationalsozialisten Alfred Baeumler oder Alfred Rosenberg, auf die Inspiration durch Nietzsches Schriften.³⁶ Medizin und Technik werden intensiv genutzt, um alle zu vernichten, die nicht dem neuen Ideal des arischen Menschen entsprechen; durch Propaganda und Hilfsangebote wie den Lebensborn e.V. soll andererseits die Zahl der Neuen Menschen erhöht werden. In der Sowjetideologie spielt die Züchtungsidee vor allem bei Leo Trotzki und Josef Stalin eine entscheidende Rolle.³⁷

6. Der biotechnisch optimierte Mensch

Die Möglichkeiten, die biologischen Eigenschaften des Neuen Menschen zu verändern, sind bis ins 20. Jahrhundert gering. Sie beschränken sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und medizinischen Versorgung einerseits und die wenig berechenbare Zuchtwahl andererseits. Die Wunschträume aber sind groß; Francis Bacon fügt schon 1629 seiner unvollendeten Utopie „Nova Atlantis“ eine Liste der „Wunder der Natur“ an, die dem Menschen dieser fiktiven Welt dank der Errungenschaften der dortigen Wissenschaft künftig zur Verfügung stehen würden: die Verlängerung der Lebensdauer, Verjüngung oder zumindest Verzögerung des Alterns, die Heilung bisher unheilbarer Krankheiten, die Linderung von Schmerzen oder zumindest die Erhöhung der Schmerztoleranz, die Steigerung körperlicher Stärke und Aktivität und des Intellekts, die Veränderung von Statur oder Eigenschaften, die Verwandlung eines Körpers in einen anderen, die Kreation neuer Spezies oder die Kombination mehrerer, die Hebung des Gemüts und der Laune, Schärfung der Sinne u.v.a.³⁸

Anfang des 20. Jahrhunderts bahnen sich die Möglichkeiten an, diese Ziele zu erreichen. Der berühmte englische Biologe Julian Huxley wagt 1931 unter dem Titel „What dare I think?“ eine Vorausschau auf die künftigen Mittel, um den Menschen biologisch zu perfektionieren. Sie reichen von gentechnologischen Eingriffen in die Keimbahn, dem Einsatz künstlicher Organe oder der Verabreichung von Hormonen bis zur Verän-

36 Vgl. zu dieser Vereinnahmung Thomas Mittmann, Vom Günstling zum Urfeind der Juden. Die antisemitische Nietzsche-Rezeption in Deutschland bis zum Ende des Nationalsozialismus, Würzburg 2006, S. 113-131, 160-177.

37 Vgl. Frank-Lothar Kroll, Der Neue Mensch. Eine totalitäre Utopie, in: Albrecht Jebens/Stefan Winckler (Hrsg.), In Verantwortung für die Berliner Republik. Ein freiheitlich-konservatives Manifest, Berlin 2002, S. 86-93. Grundlegend Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene: Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.

38 Vgl. Francis Bacon, Nova Atlantis (1626), hrsg. von Gerard B. Wegemer. Center for Thomas More Studies, 2003; <http://www.thomasmorestudies.org/docs/Bacon.pdf> (11. August 2011), S. 42 f. Die Liste heißt im Original „Magnalia Naturae“ und war dem Manuskript angefügt. Nicht alle aktuellen Ausgaben enthalten sie.

derung von Physis und Psyche.³⁹ Er selbst nennt dies einen wissenschaftlichen Humanismus, später Transhumanismus⁴⁰, und beschreibt die Intentionen wie folgt: „Most of us would like to live longer; to have healthier and happier lives; to be able to control the sex of our children when they are conceived, and afterwards to mould their bodies, intellects and temperaments into the best possible forms; to reduce unnecessary pain to a minimum; to be able at will to manufacture new kinds of animals and plants at our pleasure, like so many chemical compounds, to double the yield of an acre of wheat or a herd of cattle, to keep the balance of nature adjusted in our favour, to banish parasites and disease germs from the world. And there have been Utopians from Plato’s time and before it, most of whom have dreamt of controlling the stream of the race itself not merely in its volume and quantity, but in its quality, so that humanity would blossom into a new character.“⁴¹

Huxley sieht Anfang des 20. Jahrhunderts nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Notwendigkeit gekommen, die menschliche Evolution selbst in die Hand zu nehmen.⁴² Denn die natürliche Evolution sei allein auf Lebenserhaltung und Reproduktion ausgerichtet; der Mensch habe aber ein Stadium erreicht, in dem er seine Energie auf mehr als nur diese Ziele ausrichten könne. „Up till now most of the energies of the human race have been devoted to the biological needs of individual and racial survival. But now we are at least able to envisage a future in which the control of environment provided by science will be so effective that only a small fraction of human energy need be devoted to merely biological ends. The rest will be free to satisfy itself as it wishes.“⁴³

Dabei geht es ihm nicht nur um biologische Veränderungen, sondern – im Sinne eines humanistischen Ansatzes – auch um nicht feststehende oder vorzugebende soziale, moralische und politische Zielsetzungen im Rahmen einer guten Ordnung. Andere Transhumanisten – wie im Übrigen auch Sozialdarwinisten verschiedener Couleur – argumentieren, dass eine vom Menschen selbst gesteuerte Evolution schon deshalb unvermeidlich sei, weil er die natürliche Selektion als Teil der Evolution durch seine bisherigen kulturellen und technischen Fortschritte überwunden habe. Insofern bestehe auch eine Verantwortung, die als Folge vermehrt auftretenden genetischen Schäden, Krankheiten und Anpassungsmängel des Menschen zu bekämpfen.⁴⁴

39 Vgl. Julian Huxley, *What Dare I Think?* (1931), unter: <http://www.archive.org/details/whatdareithink032938mbp> (11. August 2011), S. 48 f., 54 f., 60 f.

40 Der Begriff erstmals in: Julian Huxley, *Transhumanism*, in: Ders., *New Bottles for New Wine*, London 1957, S. 13-17.

41 Huxley (FN 39), S. 5 f.

42 Vgl. Huxley (FN 40).

43 Huxley (FN 39), S. 170.

44 So vermutet Reinhard Heil, *Human Enhancement. Eine Motivsuche bei J.D. Bernal, J.B.S. Haldane und J.S. Huxley*, in: Christopher Coenen u.a. (Hrsg.), *Die Debatte über „Human Enhancement“*. Historische, philosophische und ethische Aspekte der technologischen Verbesserung des Menschen, Bielefeld 2010, S. 41-62, hier S. 60. Zu Huxleys Verweis auf moralische, sozioökonomische und sonstige Ziele des wissenschaftlichen Humanismus siehe Huxley (FN 39), S. 149-177.

Im 21. Jahrhundert werden entsprechende Entwürfe unter den Bezeichnungen Human Enhancement, Transhumanismus oder Posthumanismus vorgebracht. Die Ziele sind denen Huxleys ganz ähnlich. Nick Bostrom und Rebecca Roache nennen die Verlängerung der Lebensdauer, Verbesserung der körperlichen und kognitiven Fähigkeiten, Hebung der Stimmungslage und des Charakters sowie die Selektion der besten Kinder.⁴⁵ Die Mittel zur Erzeugung des Neuen Menschen erstrecken sich auf das gesamte Arsenal der Biotechnologie sowie auf hormonelle und medikamentöse Behandlung. Nicht welche Mittel eingesetzt werden erscheint den Transhumanisten problematisch, sondern die Frage nach dem jeweiligen Zweck, zumal die Entscheidung über Eingriffe immer dem Betroffenen überlassen wäre, so die Verfechter. Jede gesellschaftliche oder gar staatliche Regulierung wird abgelehnt.⁴⁶ Das entscheidend Neue am Konzept ist, dass es sich auf das technisch und naturwissenschaftlich Machbare konzentriert, während klassische Ansätze der sozioökonomischen Veränderung der Umwelt und der Erziehung keine Rolle spielen.⁴⁷ Allerdings bleiben die Folgen nicht auf den jeweils Einwilligenden beschränkt, wie Gegner betonen: Die Eingriffe zielten nicht wirklich auf die Behandlung seiner Symptome, sondern auf die Bekämpfung von Ursachen in seinem Körper, einschließlich der Veränderung der Erbanlagen, um Verbesserungen weiterzugeben. Andreas Woyke nennt dies „Formen einer innerlich ansetzenden ‚Züchtung‘ auf der Ebene der Erbanlagen“.⁴⁸ Die drängenden ethischen Fragen zur gentechnologischen Veränderung des Menschen können hier nicht behandelt werden. Hinsichtlich unserer Leitfrage nach totalitären Schwachstellen gilt Woykes Einwand von den Auswirkungen auf die nicht freiwillig teilnehmenden Nachkommen. Andererseits liegen weder eine einheitliche Problemdiagnose im Sinne eines geschlossenen „Feindbildes“ noch ein einheitliches und absolut gesetztes Leitbild vor. Zumindest für den Moment hat auf diesen beiden Ebenen kein totalitärer Umschlag stattgefunden.

7. Totalitäre Schwachstellen und ihre Vermeidbarkeit

Die erste Weichenstellung in Richtung eines freiheitlichen oder totalitären Konzepts des Neuen Menschen erfolgt bereits mit der Problemdiagnose: Die festgestellten Mängel des Alten Menschen und der Herkunftsgesellschaft geben Art und Umfang seiner Transformation und der sozioökonomischen Umgestaltung vor. Besonders problematisch wirkt sich die Behauptung angeborener, d.h. nicht durch Sozialisation verursachter Mängel aus,

45 Vgl. Nick Bostrom/Rebecca Roache, *Ethical Issues in Human Enhancement*, 2007, unter: <http://www.nickbostrom.com/ethics/human-enhancement.pdf> (11. August 2011), S. 3-25. Eine grundlegende Selbstdarstellung der Transhumanisten ist Julian Savulescu/Nick Bostrom (Hrsg.), *Human Enhancement*, Oxford 2009.

46 Vgl. Andreas Woyke, *Human Enhancement und seine Bewertung*, in: Coenen (FN 44), S. 21-38, hier S. 26 f.

47 Vgl. Heil (FN 44), S. 42.

48 Woyke (FN 46), S. 23.

da die logische Konsequenz biotechnische Eingriffe bis hin zur Eugenik zu sein scheinen. Doch auch die Diagnose sozialisationsbedingter oder soziostruktureller Probleme kann totalitäre Lösungen evozieren, wenn nämlich einzelne Personengruppen als die eigentlichen Urheber der Missstände identifiziert werden. Eine bloße Entmachtung oder Deportation erscheint ungenügend, weil eine Restauration der alten Verhältnisse dann nicht völlig auszuschließen ist. Der nationalsozialistische Holocaust und stalinistische Säuberungen sind Beispiele dafür: Als zu vernichtende Problemursachen werden „die Juden“ oder „die Bourgeoisie“ ausgemacht und ermordet.⁴⁹ Zuallererst ist daher bei jedem Neue-Mensch-Entwurf zu fragen, wie angemessen die Problemdiagnose ist. Basiert sie auf einer rationalen Analyse oder auf irrationalen Vorurteilen und Machtgelüsten?⁵⁰

Bei den mit dem Neuen Menschen verbundenen Eigenschaften und Zielen lassen sich mehrere Prüffragen formulieren: (1) Sind die postulierten Ziele intersubjektiv nachvollziehbar und in sich konsistent? (2) Werden die Ziele autoritär oder unter Einbeziehung der Betroffenen formuliert? (3) Wird eine perfekte Erfüllung des Ideals oder nur eine Annäherung angestrebt?⁵¹ (4) Sind die Ziele potenziell für alle Menschen erreichbar oder nur für eine Gruppe Auserwählter? (5) Bezieht das Konzept die ganze Menschheit oder nur einzelne Gesellschaften ein? (6) Müssen sich alle Mitglieder der Gesellschaft/alle Menschen an der Transformation beteiligen, damit die Ziele erreicht werden können, oder können die Ziele auch individuell oder durch Teilgruppen angestrebt werden? (7) Welche Exit-Optionen bestehen für die, die sich nicht beteiligen wollen, und was geschieht mit denen, die als nicht transformierbar gelten? (8) Ist der Neue Mensch ein eigenständiger Zweck oder überwiegend Mittel zur Erreichung anderer Ziele? Ist er nur einer von vielen Bestandteilen in einem Gesamtkonzept der Umgestaltung aller Daseinsbedingungen?

Totalitäre Tendenzen entstehen dabei aus ungünstigen Antwortkombinationen. So sind z.B. Konzepte als totalitär einzustufen, die einerseits bestimmte Personengruppen aus der Möglichkeit der Transformation ausschließen, gleichzeitig aber bei den übrigen Personen eine kollektive und vollständige Umsetzung der Ziele vorsehen. Eine Exit-Option besteht dann nur in der Auswanderung und auch das nur, wenn die Zielsetzung auf einzelne oder wenige Gesellschaften beschränkt ist. Wird dagegen die gesamte Menschheit einbezogen und in transformierbare oder nicht transformierbare Menschen unterteilt, ist die logische Konsequenz eine Herrschaft der neuen „Übermenschen“ über die Unrettbaren (Nietzsche⁵², Nationalsozialismus).

49 Vgl. Zehnpfennig (FN 5), S. 88.

50 Vgl. die ähnlichen Fragen d'Idlers zur Angemessenheit der Problemdiagnose in Utopien. D'Idler (FN 16), S. 18.

51 Wobei Barbara Zehnpfennig durchaus die Tendenz aller nicht-religiösen Neue-Mensch-Entwürfe sieht, nach Vollkommenheit zu streben: Wenn man glaube, dass Vollkommenheit im Diesseits prinzipiell erreichbar sei, erscheine es ungenügend, sich nur annähern zu wollen. Allen säkularen Konzepten wohne daher ein Totalitätsstreben inne. Vgl. Zehnpfennig (FN 5), S. 91 f.

52 Vgl. Gerhard Schmied, *Das Rätsel Mensch – Antworten der Soziologie*, Opladen/Farmington Hills 2007, S. 223.

Ambivalent sind Entwürfe, bei denen die Schaffung des Neuen Menschen Teil eines umfassenden Social-Engineering-Plans ist. Diese Entwürfe sind „total“, da die Gesellschaft als Ganzes Gegenstand der Planung ist. Sie können der totalitären Tendenz aber Grenzen setzen, indem die Planung an einen demokratischen Willensbildungsprozess rückgebunden wird, indem sie regelmäßiger Überprüfung unterzogen und ggf. geändert wird und es somit zumindest bei wechselnden Mehrheiten eine vollständige, friedliche Exit-Option gibt. Die Effizienz der Planung muss das nicht schmälern: Erhöhte interne Entscheidungskosten können die externen deutlich senken. Bezogen auf die überwiegenden Gesellschaftsentwürfe des 20. Jahrhunderts formuliert der Historiker Thomas Etzemüller: „Denn wer erfolgreich die Evidenz zwingender ‚Vernunft‘ erzeugen kann, dem stehen elaboriertere Techniken zur Verfügung, die Lebenspraxis von Menschen zu regulieren, ohne sie vernichten, unterdrücken oder auch nur disziplinieren zu müssen. Das *social engineering* war also tendenziell total, was seinen erfassenden und steuernden Anspruch betraf, nicht aber notwendig totalitär.“⁵³ Karl Popper empfiehlt in seiner Schrift „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ daher eine Unterscheidung zwischen „piecemeal social engineering“ und „utopian social engineering“. Letztere setzt auf einen langfristig angelegten Umbau der Gesellschaft anhand eines einmalig formulierten Gesamtplans. Sie tendiert zu dogmatischer Verabsolutierung, weil die Möglichkeit von Fehlplanungen nicht berücksichtigt und daher flexible Anpassungen nicht vorgesehen sind. Die erstgenannte „Sozialtechnik in Einzelschritten“ dagegen folgt der von Popper propagierten kritisch-rationalen Methode. Aufgrund der prinzipiellen Fehlbarkeit und Unvollständigkeit menschlicher Erkenntnis verzichtet das *piecemeal social engineering* auf die Formulierung eines Gesamtziels und sucht stattdessen nach Lösungen für die jeweils dringlichsten Probleme. Es bleibt damit anpassungsfähig und lernfähig.⁵⁴ Insofern ist jedes Etappenziel auch nur als ein hinterfragbares Näherungsziel zu begreifen.

Traditionsreich wäre auch der Versuch, mit Kant danach zu unterscheiden, ob in einem Neuer-Mensch-Entwurf der Einzelne als ein Zweck an sich behandelt wird und damit seine Würde behält, oder ob er als ein bloßes Mittel der Sozialtechnik in den Dienst anderer Zwecke gestellt wird. Durch die in vielen Konzepten bestehende Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichem und persönlichem Wohlergehen wird die Frage nur bei Extrembeispielen zu eindeutigen Urteilen führen. Zunächst praktikabler, wenn auch viel bescheidener, ist die erste Frage nach der intersubjektivität und Kohärenz der Zielsetzungen. Sie wird sowohl viele esoterische New-Age-Ansätze, aber auch jeden auf Diskriminierung und Ausbeutung einzelner Personen oder Gruppen basierenden Ansatz durch das Raster diskussionswürdiger Konzepte fallen lassen, wenn auch nicht aufgrund ihrer totalitären Tendenzen.

53 Vgl. Thomas Etzemüller, Social Engineering, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. Februar 2010, unter: http://docupedia.de/docupedia/index.php?title=Social_engineering&oldid=68963 (11. August 2011), S. 6.

54 Vgl. Karl R. Popper, The Open Society and its Enemies, Bd. 1: The Spell of Plato (1945), 5. Aufl., London 1984, S. 157-168; vgl. auch S. 210 f. mit FN 9.

Auch zu Schwachstellen auf der Ebene der Umsetzung lassen sich mehrere Prüffragen formulieren: (1) Muss die Transformation aktiv hergestellt werden, oder tritt sie ohne weiteres Zutun im Verlauf der Geschichte, der Evolution, des technischen Fortschritts etc. ein?⁵⁵ (2) Wer nimmt bei aktiv herzustellender Transformation die Änderungen vor: jeder für sich oder ein Kollektiv als Ganzes oder Experten an allen übrigen? (3) Wird der Transformationsprozess evaluiert und dabei die Wahl der Mittel und der ggf. verantwortlichen Experten hinterfragt? Ist die Prüfung ergebnisoffen, d.h. sind anschließend Anpassungen oder gar ein Abbruch möglich? (4) Sind die gewählten Mittel mit internationalen Menschenrechtsstandards vereinbar und sind sie verhältnismäßig, d.h. hinreichend und notwendig?

Auf jedwede Zwangsmittel, so könnte man meinen, können Neue-Mensch-Entwürfe verzichten, die in eine teleologische Geschichtsauffassung eingebettet sind, bei denen also der Transformationsprozess außerhalb menschlicher Verfügungsgewalt steht. Tatsächlich aber neigen gerade solche Entwürfe zu totalitärem Umschlagen, wenn die historische Prognose nicht in der erwarteten Zeit eintritt und die Transformation künstlich beschleunigt oder in Gang gesetzt werden soll. Die sozialistischen Realutopien Russlands und Chinas sind Beispiele hierfür. Ebenso gefährdet sind alle Entwürfe, die nicht auf der aktiven Mitwirkung jedes Einzelnen beruhen, sondern vollständig von außen gesteuert werden. Dies gilt insbesondere, und auch dies mag zunächst überraschen, wenn eine Evaluation stattfindet, die zu einer Anpassung, insbesondere Verschärfung der eingesetzten Mittel führen kann. Je größer der Vollkommenheitsanspruch der Umsetzung, desto wahrscheinlicher ist dann eine Steigerungsspirale von anfänglichen Erziehungs- und Motivationsversuchen bis zuletzt Staatsterror und Mord gegen die Unangepassten. Dagegen sind Evaluationen dann ein gutes Mittel gegen totalitäre Tendenzen, wenn sie, wie schon die Zielformulierung, Gegenstand eines Diskurses sind und jede Mittelanpassung mit einer Exit-Option der Betroffenen verbunden ist. Am wenigsten problematisch erscheinen Ansätze, bei denen zwar ein gemeinsames Entwicklungsziel formuliert wird, Art und Ausmaß der Erfüllung aber in der Verantwortung des Einzelnen bleiben, wie es die Selbsttransformation in der Aufklärung vorsieht.

Hinsichtlich der vierten Frage nach der Zulässigkeit der Mittel wird man trotz aller berechtigten wissenschaftlichen Bedenken gegen absolute Bewertungsmaßstäbe eine solche strikte Grenze ziehen müssen. Sowohl der Alte Mensch als Ausgangspunkt als auch der Neue Mensch als Ziel der Transformation müssen tatsächlich als Mensch behandelt werden. Spätestens dort, wo die Umsetzungsmittel zugunsten einer möglichst effektiven Realisierung des Leitbildes die Würde des Alten oder Neuen Menschen gezielt verletzen, muss ein Entwurf als indiskutabel gelten. Relative Maßstäbe, wie die Frage der Verhältnismäßigkeit, reichen zur Prüfung der Mittel dagegen nicht aus. Denn für manche Probleme und Zielsetzungen ergeben sich totalitäre Umsetzungsmittel als eine logische Konsequenz, etwa bei rassistischen Konzepten des Neuen Menschen. Sie

⁵⁵ Vgl. Küenzlen (FN 1), S. 61 f.

Der Neue Mensch – ein totalitäres Projekt?

sind insofern gemessen am Ziel verhältnismäßig, bleiben aber aufgrund der Missachtung der Menschenwürde für sich genommen unzulässig. Hilfreich ist der Maßstab der Verhältnismäßigkeit aber dort, wo sich die Umsetzungsmittel nicht zwingend aus bestimmten Zielen ergeben, sondern verschiedene Alternativen möglich sind, wie dies schon für Morus' Utopia angesprochen wurde.

Entgegen der These Künzlers von der emanzipatorischen Grundlage des Topos vom Neuen Menschen besteht auf allen drei untersuchten Ebenen die Gefahr eines totalitären Umschlagens, sei es bei der Problemdiagnose durch ein übersteigertes Feindbild, auf der Zielebene durch die Verabsolutierung eines Leitbildes ohne Exit-Option oder auf der Mittelebene durch die Inkaufnahme falscher Mittel auf dem Weg zum hehren Finale.

Politischer Rechts- und Linksextremismus als „polizeiliches Gegenüber“

Von Christiana Gransow, Michael Partmann und Gerd Strohmeier

1. Einleitung

Eine aktuelle Studie¹ der Technischen Universität Chemnitz, bei der sich annähernd 5.000 Beschäftigte der Bundespolizei zu ihrer Berufszufriedenheit äußerten, zeigt, dass zwei Drittel der Befragten die – physische und psychische – Belastung in akuten Einsatzsituationen (z.B. persönliche Bedrohung, physische Auseinandersetzung mit dem polizeilichen Gegenüber oder Erlebnisse menschlichen Leids) als groß bzw. sehr groß bewerten. Der allgemeine dienstliche Belastungsgrad wird von gut drei Vierteln als hoch bzw. sehr hoch eingestuft. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke² sowie eine an der Hochschule Magdeburg-Stendal erarbeitete Studie³ heben den hohen Krankenstand unter Polizeibeamten hervor und bewerten die steigenden Fälle von Polizisten mit Burnout-Syndrom als alarmierende Anzeichen einer starken Überbelastung in der deutschen Polizei.

Die Herausforderungen des Polizeiberufs sind in den letzten Dekaden massiv gestiegen. Das zeigen Beispiele wie die Castor-Transporte, die Konfliktverhältnisse bei Demonstrationen oder die Absicherung politischer Großereignisse. Die physischen Übergriffe und Aggressionen gegenüber Polizeibeamten nehmen dabei zu und infolgedessen einen immer größeren Stellenwert in der politischen, medialen sowie wissenschaftlichen Diskussion ein.⁴ Ein besonderes Problem stellt das Bedrohungspotenzial durch politische Extremisten dar, die bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele auch vor Gewalt gegen Polizisten nicht zurückschrecken.

Polizeibeamte sind als Repräsentanten des deutschen Rechtsstaates immer häufiger Opfer von Übergriffen durch politische Extremisten, insbesondere bei Demonstrationen. „Qualitativ ist politisch motivierte Gewalt [...] weitaus bedeutsamer, als es die Anzahl der Taten ausdrückt. Oft haben diese Taten einen symbolischen Charakter, der ein ein-

1 Vgl. Gerd Strohmeier, Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei, gedruckte Vorlage für die Bundespressekonferenz am 8. April 2011, unter Mitarbeit von Christiana Gransow, Berlin: Gewerkschaft der Polizei, 2011.

2 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/1565, S. 4.

3 Vgl. Irmtraud Beerlage/Dagmar Arndt/Thomas Hering/Silke Springer, Organisationsprofile, Gesundheit und Engagement im Einsatzwesen. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Endbericht September 2009, Magdeburg 2009, S. 276.

4 Vgl. Karoline Ellrich/Christian Pfeiffer/Dirk Baier, Gewalt gegen Polizeibeamte. Zwischenbericht Nr. 1, Hannover 2010.

schüchterndes Signal an gesellschaftliche Minderheiten oder politische Gegner senden soll.“⁵

Dieser Beitrag vergleicht links- und rechtsextremistische Straftaten – insbesondere auch gegenüber Polizisten – und untersucht die damit verbundenen Herausforderungen für die Polizeiarbeit. Zu Beginn werden anhand einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Begriff Extremismus Anhaltspunkte und Voraussetzungen für die Bereitschaft zu straffähigem bzw. gewalttätigem Verhalten durch politische Extremisten skizziert. Hierfür werden auch einige Begriffe aus dem links- und dem rechtsextremistischen Spektrum in Deutschland erläutert sowie das links- und rechtsextremistische Personenpotenzial (speziell die vom Verfassungsschutz geschätzte Zahl links- wie rechtsextremistischer Gewaltbereiter) in der Bundesrepublik dargestellt.

Unter Verwendung statistischer Daten, unter anderem aus den Verfassungsschutzberichten der Jahre 1999 bis 2010, werden im dritten Abschnitt die Entwicklungstendenzen von Straftaten links- und rechtsextremistischer Gruppierungen aufgezeigt. Dabei wird u.a. auf das Definitionssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) eingegangen, welches eine genaue Registrierung der links- und rechtsextremistischen Straftaten ermöglicht. Vor diesem Hintergrund lässt sich zeigen, welchen Verlauf links- und rechtsextremistische Straftaten im Zeitraum von 1999 bis 2010 nahmen. Im letzten Abschnitt werden links- und rechtsextremistische Straftaten aus der Perspektive der Polizei vergleichend betrachtet. Dies geschieht auf der Grundlage teilstandardisierter Interviews mit polizeilichen Führungskräften im Zeitraum März bis April 2011. Dabei kommen die besonderen Herausforderungen für die Polizeiarbeit und die spezifischen Bedrohungen von links- und rechtsextremistischen Straftätern zur Sprache.

2. Politischer Extremismus in Deutschland

2.1. Diskussion um den Extremismusbegriff

Politischer Extremismus ist die „prinzipielle, unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber Ordnungen, Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates sowie die fundamentale Ablehnung der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten“.⁶ Politischer Extremismus kann daher – kurz gefasst – als „Antithese des demokratischen Verfassungsstaates“⁷ angesehen werden. In diesem Sinn ist der Extremismusbegriff zunächst grundsätzlich negativ definiert.⁸

5 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz, Linke Gewalt in Berlin 2003-2008, Berlin 2009, S. 76.

6 Klaus Schubert/Martina Klein, Das Politiklexikon, 3. akt. Aufl., Bonn 2003, S. 101.

7 Eckhard Jesse, Politischer Extremismus heute: Islamistischer Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 46/2001, S. 3-5, hier S. 3.

8 Grundlegend Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 103.

Gleichgültig bei der Diskussion um den Extremismusbegriff ist zunächst, ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus handelt, da beide Formen eine Beseitigung der existierenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel haben. Kritiker dieser Auffassung wie der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge wenden ein, dass eine solche Definition eine unzulässige Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus bedinge.⁹ Dem kann entgegen gesetzt werden, dass allein die unterschiedliche Weltanschauung – Rechts- und Linksextreme sind einander in aller Regel „spinnefeind“¹⁰ – nicht bereits bedeutet, dass nicht doch Ähnlichkeiten in Struktur und Vorgehen vorliegen. Eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus findet zudem schon deshalb nicht statt, weil auf der Basis des Extremismusbegriffs nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern auch Unterschiede zwischen Links- und Rechtsextremismus herausgearbeitet werden können. Das übergeordnete Ziel besteht darin, eine „terminologische Trennungslinie zwischen verfassungsloyalen und verfassungsfeindlichen Gesinnungen“¹¹ zu ziehen.

Im Fokus linksextremistischer Bestrebungen steht gemeinhin die Ablehnung des rechtsstaatlichen Aufbaus im demokratischen Staat sowie der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzordnung. Im Rechtsextremismus steht dagegen die Verneinung der Gleichheit der Menschen und damit ein zentrales demokratisches Prinzip im Vordergrund.¹² Beide Formen des Extremismus eint erstens der kategorische Wahrheitsanspruch der eigenen Ideologie und zweitens die Ablehnung der von dieser absoluten Wahrheit abweichenden Ansichten und Meinungen (Antipluralismus), die – drittens – mit allen Mitteln, inklusive der Anwendung von Gewalt, durchgesetzt werden darf bzw. soll (Rigorismus).¹³

Eckhard Jesse unterscheidet in seinem Extremismusbegriff idealtypisch vier verschiedene Varianten hinsichtlich der Aktions- und der Organisationsform. Voneinander abzugrenzen sind zum einen gut und schwach organisierter Extremismus und zum anderen gewaltbejahender und gewaltablehnender Extremismus.¹⁴

- 9 Vgl. Christoph Butterwegge, Eine fatale Gleichung. Rechtsextremismus und Linksradikalismus sind keine miteinander verwandten Extremismusformen, in: Neue Praxis, Nr. 6/2009, S. 639-641; vgl. auch Gerd Wiegel, Total extrem? Zur gegenwärtigen Alltagsdominanz des Extremismusansatzes, in: Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte, Wiesbaden 2011, S. 223-233, hier S. 230.
- 10 Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 16.
- 11 Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Ders./Alexander Galus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2011, S. 13-31, hier S. 31.
- 12 Vgl. Jesse (FN 7), S. 3; Hermann Adam, Bausteine der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden 2007, S. 176.
- 13 Vgl. Harald Bergsdorf, Ideologie und Programmatik rechts- und linksextremer Parteien im Vergleich, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 179-203, hier S. 183.
- 14 Vgl. Eckhard Jesse, Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus, in: Politische Studien 58 (2007), Themenheft 1: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 8-17, hier S. 9.

Abb. 1: Unterscheidung des Extremismusbegriffs nach Eckhard Jesse

		+ Organisation -	
+ Gewaltanwendung		Gewaltanwendung/ feste Organisation	Gewaltanwendung/ keine feste Organisation
	-	keine Gewaltanwendung/ feste Organisation	keine Gewaltanwendung/ keine feste Organisation

Eigene Darstellung nach Eckhard Jesse.

Gewaltbejahender, gut organisierter Extremismus wird als Terrorismus bezeichnet. Allerdings ist Terrorismus von links oder rechts, definiert als „systematisch betriebene, Schrecken auslösende Gewaltanwendung einer fest organisierten Gruppe [...] z.T. mit hoher Planungsintensität“¹⁵, in Deutschland gegenwärtig kaum zu beobachten. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht 2010 hält wie schon in den Vorjahren fest, dass auf (über Einzelfälle hinausgehende) rechtsterroristische Strukturen derzeit keine Hinweise feststellbar sind.¹⁶ Auch linksterroristische Gruppen existieren kaum, da eine geschlossene Organisationsstruktur nicht vorliegt.¹⁷ Dagegen ist der schwach organisierte, gewaltbejahende Extremismus in Deutschland häufiger anzutreffen. In rechtsextremistischen Kreisen zählen hierzu fremdenfeindlich motivierte Straftaten, unter anderem durch rechtsextreme Skinheads. Im linksextremistischen Umfeld ist diesem Typus hauptsächlich die autonome Szene zuzurechnen. Es geht in diesem Beitrag darum, die Spezifika extremistischer und zugleich straffälliger und gewalttätiger Gruppierungen bzw. Personen herauszuarbeiten. Die bei Extremisten ausgeprägten „Freund-Feind-

15 Ebd.

16 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 50.

17 Vgl. Uwe Backes, Extremismus und politische motivierte Gewalt, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Demokratien des 21. Jahrhunderts. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Opladen 2003, S. 341-367, hier S. 356.

Stereotypen¹⁸ stellen, gepaart mit einer entsprechenden Gewaltbereitschaft, eine besondere Herausforderung für die Arbeit der Polizei dar.

2.2. Rechtsextremistisches gewaltbereites Spektrum in der Bundesrepublik

Zunächst ist festzuhalten, dass bis zum Verfassungsschutzbericht 2010 keine explizite Aufschlüsselung des rechtsextremistischen Spektrums nach Gewaltbereitschaft erfolgt ist. Daher sind die hier präsentierten Zahlen lediglich als Orientierung mit Blick auf die Entwicklung der (überwiegend gewaltbereiten, vom Verfassungsschutz erfassten) rechtsextremistischen Szene zu verstehen.

Grundsätzlich wurde im rechtsextremistischen Umfeld bis zum Verfassungsschutzbericht 2009 zwischen subkulturell geprägten, gewaltbereiten Rechtsextremisten und Neonationalsozialisten unterschieden. Letztere zeichnen sich dadurch aus, dass sie verhältnismäßig stärker an politischem, oft aktionistischem Handeln interessiert sind und sich ideologisch stark am totalitären Verständnis des nationalsozialistischen Führerstaates orientieren.¹⁹ Die subkulturell geprägten Rechtsextremisten dagegen, zu denen insbesondere Skinheads zählen, sind ideologisch weniger stark gefestigt, an politischen Grundsatzdiskussionen und längerfristiger politischer Arbeit zumeist nicht interessiert und zeigen „kaum Ansätze organisierten, planerischen Handelns“. ²⁰ Gewalttaten kommen durch subkulturell geprägte Rechtsextremisten daher zumeist spontan und nicht selten unter dem Einfluss von Alkohol zustande. Zu beachten ist, dass sich die Skinhead-Bewegung in den vergangenen Jahren sceneintern differenziert hat und nicht alle Gruppierungen als rechtsextremistisch betrachtet werden können (Oi!- oder SHARP-Skins).²¹ Eine neue Erscheinungsform im subkulturellen Umfeld stellt insbesondere die im Osten Deutschlands konzentrierte, auf rechtsextremistische Musik fokussierte NS-Hatecore- sowie die NSBM (National Socialist Black Metal)-Szene dar.

Insgesamt gesehen stagniert nach Angaben der Verfassungsschutzberichte die Zahl der Personen, die (überwiegend) zum gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrum in Deutschland gezählt werden seit einigen Jahren.²² Im Jahr 1998 wurden in Deutschland rund 8.200 subkulturell geprägte gewaltbereite Rechtsextremisten sowie 2.400 Neonationalsozialisten beobachtet. In den Folgejahren stieg die Zahl der subkulturell geprägten gewaltbereiten Rechtsextremisten deutlich an und bewegte sich ab 2001 in der Grö-

18 Eckhard Jesse, Extremismus, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. akt. Aufl., Opladen 2003, S. 178-181, hier S. 178.

19 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 55.

20 Uwe Backes, Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen, in: Politische Studien 58 (2007), Themenheft 1: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 31-43, hier S. 32.

21 Kurt Möller/Nils Schuhmacher, Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden 2007, S. 18 f.

22 Die vom Verfassungsschutz geschätzten Zahlen umfassten bis 2009 nicht nur Rechtsextremisten, die aktiv Gewalt angewendet haben, sondern auch diejenigen, die grundsätzlich eine Anwendung von Gewalt befürworten. Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 19), S. 57.

Benordnung von rund 10.000 bis 11.000. Seit 2006 ist jedoch bei gewaltbereiten Rechtsextremisten im subkulturellen Milieu ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten; zwischen 2006 und 2010 sank die Zahl von 10.400 auf 8.300 Personen. Dies liegt vornehmlich am Rückgang der klassischen (gewaltbereiten) Skinhead-Bewegung.

Dagegen stieg die Zahl der Neonationalsozialisten seit 1999 fast kontinuierlich, zwischen 2003 und 2010 sogar von 3.000 auf 5.600. Zurückzuführen ist dies auf den vermehrten Zulauf bei den „Autonomen Nationalisten“. Diese Bewegung trat erstmals im Jahr 2003 in Erscheinung und konnte durch die Verbindung „jugendliche[r] Mainstreamkultur und rechtsextremistische[r] Überzeugungen“²³ eine starke Anziehungskraft auf Jugendliche erzielen. Bei Autonomen Nationalisten sind „provokativ zur Schau getragene Gewaltbereitschaft und das aggressive Auftreten [...] zentrale Elemente ihres politischen Selbstverständnisses“.²⁴ Angehörige der Autonomen Nationalisten treten, inspiriert durch linksextremistische Kreise, bei Demonstrationen häufig in einheitlicher schwarzer Kleidung auf, was bei Großveranstaltungen zum Teil zum Zustandekommen eines rechtextremistischen „schwarzen Blocks“ führt.²⁵ Für 2010 erfolgte „[a]ufgrund des Wandels innerhalb der rechtsextremistischen Szene“²⁶ erstmalig eine Aufschlüsselung des rechtsextremistischen Spektrums nach Gewalttätigkeit. Es wurde ein Potenzial von 9.500 Personen festgestellt.

In der Gesamtbetrachtung des rechtsextremistischen Spektrums (siehe Abb. 2) fällt schließlich auf, dass das gewalttätige rechtsextremistische Personenpotenzial in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist, jedoch eine gewisse Verschiebung von subkulturell geprägten bzw. sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten zu Neonationalsozialisten stattgefunden hat.

23 Ebd., S. 69.

24 Jan Schedler, Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 332-357, hier S. 352.

25 Zu dem auch innerhalb der Szene der Autonomen Nationalisten umstrittenen Auftreten als ‚schwarzer Block‘ vgl. Tomas Sager, Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von ‚Autonomen Nationalisten‘, NPD und neonazistischer Kameradschaftsszene, in: Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 105-120.

26 Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 48.

Abb. 2: Rechtsextremismuspotenzial

Jahr	Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	Neonationalsozialisten	Gesamt
1998	8.200	2.400	10.600
1999	9.000	2.200	11.200
2000	9.700	2.200	11.900
2001	10.400	2.800	13.200
2002	10.700	2.600	13.300
2003	10.000	3.000	13.000
2004	10.000	3.800	13.800
2005	10.400	4.100	14.500
2006	10.400	4.200	14.600
2007	10.000	4.400	14.400
2008	9.500	4.800	14.300
2009	9.000	5.000	14.000
2010	8.300	5.600	13.900

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte 2000-2010 (Zahlenangaben zum Teil geschätzt und gerundet).

Der Verfassungsschutzbericht verzeichnet nicht nur das gewaltbereite rechtsextremistische Personenpotenzial, sondern auch Aktivitäten der „rechten Szene“ im Rahmen von öffentlichen Kundgebungen bzw. Demonstrationen.²⁷ Auffällig hierbei ist der deutliche Anstieg rechtsextremistischer Kundgebungen in den vergangenen Jahren, bei denen gegen die – vermeintliche – soziale Ungleichheit und staatliche Repression demonstriert wurde. Im Jahr 2000 wurde seitens des Verfassungsschutzes die Zahl der jährlichen Demonstrationen noch mit „über 50“²⁸ angegeben. Bis 2005 verdreifachte sich diese Zahl knapp und lag bei 145. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang der rechtsextremistisch geprägten Demonstrationen stieg die Zahl 2010 erneut auf 148. Abgesehen von einigen Großdemonstrationen mit bis zu ca. 1.000 Teilnehmern fand ein Großteil dieser Veranstaltungen jedoch mit geringer Teilnehmerzahl sowie spontan (ohne Anmeldung) statt.²⁹

27 Leider sind unmittelbar vergleichbare Zahlen für Linksextremisten im Verfassungsschutzbericht nicht erfasst.

28 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin 2001, S. 26.

29 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 49.

Abb. 3: Rechtsextremistische Kundgebungen

2000	über 50
2001	61
2002	68
2003	84
2004	87
2005	145
2006	126
2007	66
2008	80
2009	143
2010	148
Quelle: Verfassungsschutzberichte 2000-2010.	

2.3. Linksextremistisches gewaltbereites Spektrum in der Bundesrepublik

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum ist in Deutschland nach Angaben des Verfassungsschutzes in den vergangenen Jahren stärker geworden. Zwar ist – nach jahrelangem Stagnieren der Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten zwischen 1998 und 2001 bei 7.000 – die Zahl 2002 auf 5.500 und 2003 auf 5.400 Personen zurückgegangen. Seitdem ist jedoch ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen. Im Jahr 2010 umfasste das linksextremistische Spektrum schließlich rund 6.800 Personen. Ein Großteil (ca. 6.200) hiervon ist im Wesentlichen der autonomen Szene zuzurechnen.³⁰

Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Absichten gilt in der autonomen Szene nicht nur als legitim, sondern sogar als unverzichtbar.³¹ Innerhalb der autonomen Szene existieren kein einheitliches ideologisches Konzept und keine Hierarchien. Stattdessen dominieren „[d]iffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente“³² und auf der Handlungsebene spontan ausgeführte Aktionen, um die wahrgenommene (vermeintliche) Repression durch staatliche Organe zu erklären und zu bekämpfen. Nur bei Großdemonstrationen treten autonome Linksextremisten in geschlossener Struktur als „schwarzer Block“ auf, um in der Gruppe Gewalt gegen Polizeikräfte anwenden zu können. Die von den Medien gewählte Bezeichnung „schwarzer Block“ gilt gewalttätigen Extremisten inzwischen gar als „Ehrentitel“.³³ Unter dem Stichwort „Massenmilitanz“ wird im Rahmen von Demonstrationen auf die bewusste Herbeiführung von Straßenkrawallen gezielt. Durch die einheitlich gestaltete Kleidung soll ein Zusammenge-

30 Vgl. ebd., S. 111.

31 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 108.

32 Ebd., S. 117.

33 Cas Mudde, Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme, in: Backes/Jesse (FN 13), S. 87-104, hier S. 95.

Abb. 4: Linksextremismuspotenzial

Jahr	Gewaltbereite Linksextremisten
1998	7.000
1999	7.000
2000	7.000
2001	7.000
2002	5.500
2003	5.400
2004	5.500
2005	5.500
2006	6.000
2007	6.300
2008	6.300
2009	6.600
2010	6.800

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte 2000-2010 (Zahlenangaben zum Teil geschätzt und gerundet).

hörigkeitsgefühl vermittelt werden. Zudem wird auf eine verstärkte Wahrnehmung der Krawalle durch die Medien gehofft.³⁴

Leider liegen für das Spektrum der Linksextremisten (im Gegensatz zum Rechtsextremismus) seitens des Verfassungsschutzes keine Angaben zur Entwicklung einschlägiger Kundgebungen bzw. Demonstrationen vor.

3. Politisch motivierte Straftaten

3.1. Straftaten im Definitionssystem der PMK

Seit 2001 existiert das Definitionssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“, das nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) zur Festlegung bundeseinheitlicher Kriterien zur Beschreibung, Bewertung und Erfassung von Staatsschutzdelikten geschaffen wurde.³⁵ Ziel dieses Definitionssystems ist es, über einen einheitlichen bundesweit geltenden Kriterienkatalog für politisch motivierte Straftaten eine bessere und differenzierte Erfassbarkeit zu gewährleisten, die wiederum „Grundlage für den zielgerichteten Einsatz geeigneter repressiver und präventiver Bekämpfungsmaßnahmen“³⁶ sein soll. Das Definitionssystem der PMK berücksichtigt alle Straftaten, welche in den Katalog der klas-

³⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 120.

³⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 35.

³⁶ Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 25.

sischen Staatsschutzdelikte³⁷ aufgenommen worden sind – selbst dann, wenn eine politische Motivation nicht feststellbar ist. Darüber hinaus werden Straftaten (wie beispielsweise Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Widerstandsdelikte und Sachbeschädigungen) zusätzlich immer dann erfasst, wenn Anhaltspunkte für eine politische Motivation vorliegen (siehe Abb. 5).

Abb. 5: Anhaltspunkte für eine politische Motivation von Straftaten

Beeinflussung des demokratischen Willensbildungsprozesses, Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele, Ausrichtung gegen die Realisierung politischer Entscheidungen
Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, Ausrichtung gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, Ziel der ungesetzlichen Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes
Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt
Ausrichtung gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung sowie ihres gesellschaftlichen Status (sog. Hasskriminalität). Dazu zählen auch Taten, die nicht unmittelbar gegen eine Person, sondern im oben genannten Zusammenhang gegen eine Institution oder Sache verübt werden.

Quelle: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 24 f.

Eine Unterkategorie der nach PMK-Definition gesammelten Straftaten stellen die Gewalttaten dar. Zu diesen Gewalttaten gehören Tötungsdelikte, versuchte Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brandstiftungen, das Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr sowie Widerstandsdelikte. Im Jahr 2001 kamen im Rahmen der bundesweiten Vereinheitlichung ergänzend die Tatbestände Raub, Freiheitsentzug und Erpressung hinzu. Zudem wurden ab 2003 Sexualdelikte gesondert erfasst. Weitere Straftaten (Sachbeschädigungen, Propagandadelikte etc.) werden unter dem Überbegriff „sonstige Straftaten“ zusammengefasst (siehe Abb. 6 und 7). Grundsätzlich wird zwischen vier Phänomenbereichen der PMK unterschieden: Politisch motivierte Kriminalität – rechts (im Folgenden: PMK-rechts), Politisch motivierte Kriminalität – links (im Folgenden: PMK-links), Politisch motivierte Ausländerkriminalität sowie sonstige politisch moti-

37 Die Staatsschutzdelikte betreffen folgende Paragraphen: §§ 80-83 (Hochverrat), 84-86a (Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates), 87-91 (Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates), 94-100a (Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit), 102-104a (Straftaten gegen ausländische Staaten), 105-108e (Straftaten gegen Verfassungsorgane sowie bei Wahlen und Abstimmungen), 109-109h (Straftaten gegen die Landesverteidigung), 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen), 129b (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland; Erweiterter Verfall und Einziehung), 234a (Verschleppung) sowie 241a (Politische Verdächtigung) des Strafgesetzbuches (StGB).

vierte Kriminalität mit extremistischem Hintergrund. Bei den nachfolgenden Ausführungen stehen ausschließlich die Phänomenbereiche der PMK-rechts und PMK-links im Vordergrund, da sich dabei im besonderen Maße Gewaltübergriffe auf Polizisten zeigen.³⁸ Zentrale Institution zur Sammlung der Tatbestände ist der Kriminalpolizeiliche Meldedienst (KPMd). Die ermittelnden (Staatsschutz-)Beamten haben die Aufgabe, die von ihnen ermittelten Straftaten dahingehend zu überprüfen, ob Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Tat vorliegen. Anschließend leiten sie ihre Erkenntnisse an das zuständige Landeskriminalamt weiter. Hier werden die Angaben ein weiteres Mal überprüft und im nächsten Schritt an das Bundeskriminalamt (BKA) gemeldet. Dort findet die statistische Aufbereitung der Daten statt.

Kritik am Definitions- und Erfassungssystem der PMK wird gelegentlich dahingehend geäußert, dass es sich lediglich um eine Eingangsstatisik handelt, die auf polizeilicher Einschätzung vor Ort und zu Beginn des Ermittlungsprozesses beruht. Ob es tatsächlich zu einer Verurteilung kommt, ist später Sache des Gerichts.³⁹ Dennoch gibt es derzeit keine auch nur annähernd praktikable Alternative zur zeitnahen und definitiv einheitlichen Messung extremistischer Straftaten. Außerdem steht – bei Beachtung der aufgeführten Besonderheit – einer analytischen Verwendung der Daten grundsätzlich „nichts im Wege“.⁴⁰

3.2. Der Phänomenbereich der „PMK-rechts“

Der folgende Abschnitt beschreibt die Entwicklung der rechtsextremistischen Straftaten auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte. In der Grafik sind sowohl vollendete als auch versuchte Straftaten aufgeführt. Lediglich bei Tötungsdelikten wird gesondert zwischen vollendeten und versuchten Tötungsdelikten unterschieden. Im Folgenden wird näher auf diejenigen Straftaten eingegangen, die mit Blick auf die Fragestellung von besonderem Interesse sind.

Im Betrachtungszeitraum von 1999 bis 2010 liegt ein Anstieg der im Phänomenbereich PMK-rechts insgesamt begangenen Straftaten von ca. 58 Prozent vor. Für das Jahr 2008 verzeichnet die Statistik den vorläufigen Höchststand der entsprechenden Straftaten.

Im Bereich der PMK-rechts dominieren bei den Gewalttaten Körperverletzungen über den gesamten Beobachtungszeitraum deutlich. In jedem Jahr waren zwischen 82 und 88 Prozent der verzeichneten Gewalttaten Körperverletzungen.

2010 kam es zwar zu keinem Tötungsdelikt (2009: 1), dafür aber in sechs Fällen zu versuchten Tötungsdelikten (2009: 5). Im Gegensatz zu linksextremistischen (versuchten)

38 Vgl. Bundesministerium des Innern, Entwicklung politisch motivierter Kriminalität 2010, Pressemitteilung vom 15. April 2011, unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/04/pmk.html> (15. April 2011).

39 Vgl. Michael Kohlstruck, Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Expertisen für Demokratie 2/2010, Berlin 2010, S. 2-4.

40 Matthias Mletzko, Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33/2010, S. 9-16, hier: S. 11 f.

Abb. 6: Übersicht über Straftaten (Gewalttaten und sonstige Straftaten) mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gewalttaten:												
Tötungsdelikte	1	2	0	0	0	0	0	0	0	2	1	0
Versuchte Tötungsdelikte	13	15	9	8	7	6	2	0	1	4	5	6
Körperverletzungen	630	874	626	646	637	640	816	919	845	893	738	638
Brandstiftungen	35	41	16	26	24	37	14	18	24	29	18	29
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	7	1	1	0	2	3	1	1	0	0	2
Landfriedensbruch	65	59	34	32	28	25	39	33	37	46	44	25
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	*	*	3	11	2	6	9	6	7	4	4	4
Freiheitsberaubung	*	*	0	1	2	2	0	0	0	1	3	0
Raub	*	*	7	6	12	9	23	13	11	10	16	7
Erpressung	*	*	3	5	2	5	6	7	4	6	5	3
Widerstandsdelikte	*	*	10	36	45	44	46	50	50	47	57	48
Sexualdelikte	*	*	*	*	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	746	998	709	772	759	776	958	1.047	980	1.042	891	762
Zielrichtungen:												
Fremdenfeindliche Gewalttaten	451	641	374	440	430	368	355	484	414	395	351	285
Antisemitische Gewalttaten	16	29	18	28	35	37	49	43	59	44	31	29
Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten	53	43	153	150	141	199	316	302	294	358	300	275
Gewalttaten gegen sonstige politische Gegner	0	0	45	57	70	67	116	91	78	76	55	42
Sonstige rechtsextremistische Gewalttaten	226	285	119	97	0	97	167	127	135	169	154	131
Gesamt	746	998	709	772	759	776	958	1.047	980	1.042	891	762
Sonstige Straftaten:												
Sachbeschädigungen	373	704	251	178	225	243	445	391	821	1.197	1.453	1.335
Nötigung/Bedrohung	220	320	190	115	93	97	90	150	146	144	146	127
Propagandadelikte	6.719	10.435	6.336	7.294	7.551	8.337	10.881	12.627	11.935	14.262	13.280	11.384
Störung der Totenruhe	47	56	30	30	26	20	30	14	18	32	24	18
Volksverhetzung*	*	*	2.121	2.122	1.744	2.065	2.277	2.592	2.472	2.173	1.997	1.433
Andere Straftaten	1.932	3.438	417	391	396	513	680	776	804	1.044	959	846
Gesamt	9.291	14.953	9.345	10.130	10.033	11.275	14.403	16.550	16.196	18.852	17.859	15.143
Straftaten insgesamt	10.037	15.951	10.054	10.902	10.792	12.051	15.361	17.597	17.176	19.894	18.750	15.905
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte von 1999 bis 2010. Die mit * aufgeführten Tatbestände wurden erst ab 2001 statistisch erfasst bzw. in den Verfassungsschutzbericht aufgenommen/ Sexualdelikte ab 2003. Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. In der Übersicht sind jeweils ausgeführte und versuchte Straftaten enthalten. Lediglich bei Tötungsdelikten wurden versuchte Delikte gesondert gezählt. Jede Straftat wurde in der Statistik nur einmal gezählt. Wurden beispielsweise im Rahmen eines Landfriedensbruchs Körperverletzungen begangen, wird nur der schwer wiegendere Straftatbestand berücksichtigt, im Beispiel also die Körperverletzung.												

Tötungsdelikten ist nicht bekannt, ob sich diese gegen Polizeibeamte gerichtet haben. Bis auf einen Anstieg um 39 Prozent im Jahr 2000 bewegte sich die Zahl der Körperverletzungen bis einschließlich 2004 gleichbleibend im Bereich von etwas über 600 pro Jahr. Im Jahr 2005 ist jedoch ein sprunghafter, nachhaltiger Anstieg um mehr als ein Fünftel auf über 800 Körperverletzungen zu verzeichnen, der 2006 sogar auf 919 anwächst. Nach Angaben des Verfassungsschutzberichts sank die Zahl 2010 deutlich auf 638, womit das Niveau zu Beginn des Jahrzehnts nahezu wieder erreicht werden konnte (siehe Abb. 6).

Weiterhin ist auf die seit 2001 gesondert erfassten Widerstandsdelikte hinzuweisen. In dieser Kategorie werden Gewalttaten gegenüber Amtsträgern gezählt: gegenüber Polizisten sowie auch gegenüber Amtsträgern, die nicht Polizeibeamte sind (z.B. Gerichtsvollzieher). Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) richtet sich die überwiegende Zahl der Widerstandsdelikte gegen Polizisten.⁴¹ Der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wird strafrechtlich nach § 113 StGB verfolgt. Demnach wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe, im besonders schweren Fall mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, bestraft, wer bei Durchführung einer rechtmäßigen Diensthandlung „mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet oder [Vollstreckungsbeamte] dabei tätlich angreift“ (§ 113, 1 StGB). Der besonders schwere Fall liegt vor, wenn der Täter eine Waffe mit sich führt oder der Vollzugsbeamte in Todesgefahr gebracht wird bzw. eine schwere Gesundheitsschädigung erleidet. Die Widerstandsdelikte verzeichnen einen nahezu stetig ansteigenden Verlauf. Innerhalb von zehn Jahren nahm die Anzahl der Widerstandsdelikte deutlich zu. Sie belief sich 2009 auf einen vorläufigen Höchststand von 57, ist jedoch 2010 wieder leicht auf 48 gefallen. Seit 2009 wird innerhalb des Straftatenkatalogs der PKS die Kategorie „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ untergliedert in die öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Widerstand gegen gleichgestellte Personen, Gefangenenbefreiung und Gefangenenmeuterei.⁴² Darüber hinaus wird seitens der Innenminister des Bundes und der Länder angestrebt, diese Widerstandsdelikte in Zukunft intensiver mit dem Ziel der Erstellung eines „bundeseinheitlichen Lagebildes zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte“⁴³ zu untersuchen.

Eine Gewalttat, die besonders häufig im Zusammenhang mit Demonstrationen auftritt, ist der Landfriedensbruch. Nach Angaben von Claudia Schmid, Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes, sind in Berlin rund 50 Prozent der Gewaltdelikte bei Demonstrationen Landfriedensbrüche.⁴⁴ Ein Landfriedensbruch liegt gemäß § 125 StGB immer dann vor, wenn Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen „aus einer Menschenmenge in

41 Vgl. Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik 2009. Kurzbericht, Wiesbaden 2010, S. 8.

42 Vgl. Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2009, 57. Ausgabe, Wiesbaden 2010, S. 295.

43 Bundeskriminalamt (FN 41), S. 8.

44 Vgl. Claudia Schmid, Aktionsformen, Milieus und Selbstverständnis der Autonomen am Beispiel Berlin. Vortrag auf dem 8. Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 20. November 2009, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Gewaltbereiter Extremismus und Terrorismus im Zeichen der Wirtschaftskrise. Eine Gefahr für die Demokratie?, Köln 2009, S. 9-16, hier S. 14.

einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen“ werden. Die Tat wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe, im besonders schweren Fall nach § 125a StGB (sofern eine [Schuss-]Waffe mitgeführt wurde, Todesgefahr vorlag, eine schwere Gesundheitsbeeinträchtigung eingetreten ist oder Plünderungen stattfanden) mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren bestraft. Für den PMK-rechts wurden im Jahr 1999 65 Fälle festgehalten. Die Zahl verringerte sich in den Folgejahren bis auf 25 Fälle im Jahr 2004, stieg danach im Jahr 2008 zwischenzeitlich auf 48 Fälle an und sank 2010 wieder auf 25 Fälle.

Für die Gewalttaten im Phänomenbereich PMK-rechts findet eine Aufschlüsselung nach Zielrichtungen statt. Es lässt sich folglich feststellen, gegen wen oder was im Speziellen sich Gewalttaten gerichtet haben. So werden fremdenfeindliche Gewalttaten, antisemitische Gewalttaten, Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten und Gewalttaten gegen sonstige politische Gegner differenziert. Gewalttaten, die sich keiner dieser Zielrichtungen zuordnen lassen, werden in der Kategorie der sonstigen rechtsextremistischen Gewalttaten zusammengefasst.⁴⁵ Mit Blick auf die Verteilung der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund hinsichtlich der Zielrichtungen bilden die fremdenfeindlichen Gewalttaten die Mehrheit. In der Gesamtbetrachtung fällt auf, dass sich dieser Wert fast durchgehend bei etwa 400 Fällen pro Jahr bewegt. Größere Abweichungen sind in den Jahren 2000 (641) und auch 2006 (484) festzustellen. Im Jahr 2010 erreicht der Wert mit 285 Fällen den Tiefststand im Beobachtungszeitraum.

Die Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten zeigen einen Gesamtanstieg um mehr als das Fünffache für den Zeitraum von 1999 bis 2010. Bis 2000 befinden sich die Werte im zweistelligen Bereich. Nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2001 auf 153 Fälle stagnierten die Zahlen bis 2003, bevor sie sich bis 2005 ein weiteres Mal deutlich auf 316 Fälle erhöhten. Der bisherige Höchstwert ist im Jahr 2008 mit 358 Gewalttaten zu verzeichnen. Im Jahr 2010 sank der Wert auf 275 Fälle. Die rechtsextremistischen Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund bewegen sich auf deutlich niedrigerem Niveau. Nach einem fast kontinuierlichen Anstieg von 18 im Jahr 2001 auf 59 im Jahr 2007 ist die Zahl dieser Gewalttaten jedoch wieder rückläufig. Für das Jahr 2010 wurden im Verfassungsschutzbericht 29 rechtsextremistische Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund verzeichnet. Der Katalog der sonstigen Straftaten unterscheidet sich von dem der Linksextremisten, da einige dieser Straftaten aufgrund der spezifischen ideologischen Strömung nur im rechtsextremen Spektrum zu finden sind. Zu den für das rechte Spektrum kennzeichnenden sonstigen Straftaten gehören laut Verfassungsschutzbericht 2010 die (seit Jahren mit deutlichem Abstand) an erster Stelle liegenden Propagandadelikte, die Volksverhetzungsdelikte sowie die Störung der Totenruhe (z. B. durch Friedhofsschändung). Danach folgen Sachbeschädigungen, Nötigungen bzw. Bedrohungen sowie weitere, im Einzelnen nicht aufgeschlüsselte Straftaten (siehe Abb. 6).

45 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 29-31.

3.3. Der Phänomenbereich der „PMK-links“

Das Definitionssystem der PMK untergliedert den Phänomenbereich der PMK-links ebenfalls in die drei aus der rechtsextremistischen Statistik bekannten Teilbereiche. Zunächst werden die zwölf Tatbestände angeführt, die politisch links motivierte Gewaltta-

Abb. 7: Übersicht über Straftaten (Gewalttaten und sonstige Straftaten) mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischen Hintergrund

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gewalttaten:												
Tötungsdelikte	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	4	1	0	1	0	1	1	1	3	7	4
Körperverletzungen	215	260	194	152	192	226	391	444	384	359	502	541
Brandstiftungen	68	58	41	35	36	31	29	42	51	62	113	81
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	1	1	0	0	0	0	1	2	0	4	5
Landfriedensbruch	269	321	310	124	118	144	298	195	215	149	271	148
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	19	44	52	16	29	19	53	41	40	24	18	34
Freiheitsberaubung	*	*	0	1	0	0	0	0	0	0	2	0
Raub	*	*	5	6	5	12	13	22	14	13	23	15
Erpressung	*	*	0	0	0	1	1	1	2	2	2	0
Widerstandsdelikte	140	139	145	51	102	88	110	115	124	89	173	112
Sexualdelikte	*	*	*	*	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	711	827	750	385	483	521	896	862	833	701	1.115	944
Zielrichtungen:												
Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten	299	300	373	202	226	273	449	423	389	342	468	443
Kampagnen gegen Kernenergie	10	13	85	16	21	11	68	0	14	34	43	31
Antiglobalisierung	*	*	60	7	1	10	16	4	14	6	11	1
Sonstige linksextremistische Gewalttaten	402	514	232	160	235	227	363	435	416	319	593	469
Gesamt	711	827	750	385	483	521	896	862	833	701	1.115	944
Sonstige Straftaten:												
Sachbeschädigungen	1.246	1.292	671	410	510	490	713	754	1.142	1.468	2.091	1.640
Nötigung/Bedrohung	73	75	45	11	35	19	42	44	52	57	56	62
Andere Straftaten	1.025	979	429	331	431	410	654	709	738	898	1.472	1.101
Gesamt	2.344	2.346	1.145	752	976	919	1.409	1.507	1.932	2.423	3.619	2.803
Straftaten insgesamt	3.055	3.173	1.895	1.137	1.459	1.440	2.305	2.369	2.765	3.124	4.734	3.747
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte von 1999 bis 2010. Die mit * aufgeführten Tatbestände wurden erst ab 2001 statistisch erfasst bzw. in den Verfassungsschutzbericht aufgenommen/Sexualdelikte ab 2003. Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. In der Übersicht sind jeweils ausgeführte und versuchte Straftaten enthalten. Lediglich bei Tötungsdelikten wurden versuchte Delikte gesondert gezählt. Jede Straftat wurde in der Statistik nur einmal gezählt. Wurden beispielsweise im Rahmen eines Landfriedensbruchs Körperverletzungen begangen, wird nur der schwer wiegendere Straftatbestand berücksichtigt, im Beispiel also die Körperverletzung.												

ten berühren, anschließend deren Zielrichtungen aufgezeigt, die sich von denjenigen des rechtsextremistischen Milieus unterscheiden. Neben den von Linksextremisten gegenüber Rechtsextremen oder vermeintlich Rechtsextremen begangenen Gewalttaten werden Gewalttaten im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Kernenergie, im Zusammenhang mit Antiglobalisierung und sonstige extremistische Gewalttaten geführt.⁴⁶ Die aus dem linksextremistischen Spektrum begangenen Straftaten weisen in ihrer Gesamtheit zwischen 1999 und 2010 einen Zuwachs in Höhe von 23 Prozent auf.

Für den Zeitraum 1999 bis 2010 sind im Hinblick auf die verübten Gewalttaten von linksextremistischer Seite schwankende Zahlen zu beobachten. Die jüngere Entwicklung zeigt für die Jahre 2009 und 2010 die höchsten Fallzahlen im gesamten Beobachtungszeitraum. Von 1999 bis 2000 sind die Gewalttaten von 711 auf 827 um 16 Prozent gestiegen, dann im Jahr 2001 auf 750 gefallen, ehe sie sich 2002 fast halbiert haben. Danach stiegen sie wieder an und erreichten 2005 sogar die Zahl 896. Bis 2007 blieben sie in etwa auf diesem Niveau, was unter anderem auf politische Großereignisse wie den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 zurückzuführen ist, der in Teilen der linksextremistischen Szene als ein besonderes „Aufbruchssignal“⁴⁷ gewertet wurde. Nachdem die „linke Gewalt“ im Jahr 2008 wieder gefallen war, erreichte sie im Jahr 2009 mit einer Zahl von 1.115 Gewalttaten ihren bisherigen Höchststand. Für das Jahr 2010 sank zwar die Gesamtanzahl an Gewalttaten, wies aber mit 944 Gewalttaten noch immer den zweithöchsten Stand innerhalb des Betrachtungszeitraums auf.

Bei den Gewalttaten stechen besonders die Körperverletzungen hervor. In diesem Bereich lässt sich eine Steigerung innerhalb eines Jahres von 2009 auf 2010 um gut 50 Prozent von 359 auf 541 feststellen. Während die Zahl der Körperverletzungen 1999 bei 215 und 2000 bei 260 lag, fiel sie bis einschließlich 2003 auf unter 200, ehe sie 2004 wieder auf 226 stieg. Von 2004 bis 2005 nahm die Zahl der Fälle um 73 Prozent auf 391 zu. Danach pendelten sich die Fallzahlen auf diesem hohen Niveau in etwa ein, ehe sie 2010 den bisherigen Höchststand von 541 erreichten. Von besonderer Brisanz ist für die Polizei auch die 2009 zwischenzeitlich stark angestiegene Zahl der Tötungsversuche: Von insgesamt sieben derartigen Versuchen waren allein vier gegen Polizeibeamte gerichtet.⁴⁸ 2010 wurden erneut vier versuchte Tötungsdelikte registriert, allerdings ist nicht klar, wie viele davon gegen Polizeibeamte gerichtet waren. Widerstandsdelikte mit linksextremistischem Hintergrund schwankten im Beobachtungszeitraum zwischen 51 und 173. Im Jahr 2009 wurde mit 173 Fällen sowohl eine knappe Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr (2008: 89) beobachtet als auch der höchste Wert im Beobachtungszeitraum gemessen. Für das Jahr 2010 reduzierte sich dieser Tatbestand auf 112 Fälle.

Starken Schwankungen unterliegt auch die Zahl der Landfriedensbrüche. Während der Verfassungsschutzbericht im Beobachtungszeitraum in einigen Jahren weniger als

46 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 16), S. 37 f.

47 Arne Boecker, Die Gipfel-Stürmer. Protest gegen den G-8-Gipfel, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/protest-gegen-den-g-gipfel-die-gipfel-stuermer-1.776299> (24. April 2011).

48 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 19), S. 7.

150 Fälle registriert – 2002 bis 2004 sowie 2008 und 2010 –, waren in den Jahren 1999 bis 2001, 2005 und 2009 z.T. weit über 250 derartige Gewalttaten zu beobachten.

Bei der Zuordnung der Zielrichtungen der einzelnen Gewalttaten fallen unterschiedliche Entwicklungen auf. So sind die Gewalttaten von Linksextremisten gegenüber Rechtsextremisten oder vermeintlichen Rechtsextremisten innerhalb des Betrachtungszeitraums um 48 Prozent gestiegen. Im Jahr 2009 erreichten sie den Höchststand mit 468 Fällen. Im Verfassungsschutzbericht 2010 ist mit 443 Fällen die dritthöchste Zahl im Beobachtungszeitraum zu registrieren. Für die Zielrichtung der Antiglobalisierung sind indessen stark sinkende Werte zu beobachten. Während 2001 60 Fälle beobachtet werden konnten, war es 2010 nur ein Fall.

Im Bereich der sonstigen Straftaten dominieren Sachbeschädigungen. Auffällig ist, dass Sachbeschädigungen vor einigen Jahren deutlich gesunken waren – von 2000 bis 2002 reduzierte sich der Wert um mehr als zwei Drittel, von 1.292 auf 410. Bis einschließlich 2006 wurden deutlich unter 1.000 Fälle pro Jahr registriert. Danach stiegen die Fallzahlen wieder stark an. Von 2006 bis 2009 hat sich der Wert annähernd verdreifacht. Der höchste bislang gemessene Wert war im Jahr 2009 mit 2.091 Sachbeschädigungen zu beobachten. 2010 ging die Zahl zwar um 22 Prozent auf 1.640 Delikte zurück, dennoch entspricht dies noch immer dem zweithöchsten Wert im Beobachtungszeitraum.

3.4. Vergleich der links- und rechtsextremistischen Straftaten

Beide Extremismusausprägungen weisen für den Betrachtungszeitraum von 1999 bis 2010 in ihrer Gesamtheit einen Zuwachs an Straftaten auf. Rechtsextremistische Straftaten sind um 58 Prozent gestiegen, linksextremistische um 23 Prozent. Insgesamt zeigt sich eine weitaus höhere Gesamtzahl der Straftaten innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums (siehe Abbildung 6 und 7). Als ein wesentlicher Grund hierfür können allerdings die nur im rechtsextremistischen Milieu anzutreffenden Straftatbestände (Propagandadelikte, Störung der Totenruhe, Volksverhetzungen) identifiziert werden. Würden diese nicht berücksichtigt, ergäbe ein direkter Vergleich, dass die Gesamtzahl der sonstigen Straftaten im rechtsextremistischen Milieu in jedem Jahr des Beobachtungszeitraums⁴⁹ sogar niedriger ausfällt.⁵⁰

Ein signifikanter Unterschied zwischen rechts- und linksextremistischen Gewalttaten besteht im Bereich der Körperverletzungen. Im Jahr 1999 war die Zahl der im rechtsextremistischen Bereich begangenen Körperverletzungen fast dreimal so hoch wie im linksextremistischen Bereich. Im folgenden Jahr nahm die Differenz zunächst weiter zu. Inzwischen, d.h. 2010, sind Körperverletzungen durch Rechtsextremisten nur um ein knappes Fünftel gegenüber denen von Linksextremisten erhöht. Körperverletzungen

49 Ein direkter Vergleich der Jahre 1999 und 2000 ist nicht möglich, da die Straftat Volksverhetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesondert erfasst wurde.

50 Dadurch sollen die im rechtsextremistischen Umfeld begangenen Propagandadelikte, Volksverhetzungen und Gräberschändungen nicht im Geringsten relativiert werden.

durch Linksextremisten haben stark zugenommen – deutlich stärker als Körperverletzungen durch Rechtsextremisten.

Ebenfalls starke Differenzen zeichnen sich beim Delikt Landfriedensbruch ab. Linksextremistische Gewalttaten sind in diesem Bereich deutlich häufiger anzutreffen, die Werte liegen zwischen 118 und 321, bei Rechtsextremisten zwischen 25 und 65. Eine ähnliche Aussage lässt sich für die Widerstandsdelikte treffen. Hier liegt die Zahl der Delikte im linksextremistischen Bereich bis auf wenige Ausnahmen über 100. Rechtsextremisten fallen dagegen deutlich seltener durch Widerstandsdelikte auf, die Werte bewegen sich im Bereich zwischen 10 und 57. Dabei zeichnet sich ab, dass für Linksextremisten staatliche Organe – speziell Polizisten – stärker ein Feindbild darstellen als für Rechtsextremisten. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen zwei Studien⁵¹ der Senatsverwaltung Berlin bei der Analyse „rechter“ und „linker Gewalt“⁵². Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport befasst sich hierbei unter anderem intensiv mit dem Täter- und Opferprofil. Als häufigste Opfer linker Gewalt werden Institutionen (vor allem Staat, Unternehmen) aufgeführt. Dabei bilden Polizisten wiederum mit 64 Prozent der Fälle die meisten Opfer.⁵³ Dagegen richteten sich nur 10 Prozent der Gewalttaten rechtsextremistischer Täter gegen den Staat (eine weitere Aufschlüsselung der Kategorie findet nicht statt).⁵⁴

Die Gewalttaten sind im rechtsextremistischen Bereich in ihrer Gesamtzahl in den meisten Jahren des Beobachtungszeitraums (deutlich) höher ausgefallen als im linksextremistischen Bereich. Bis 2008 lag die Zahl der Gewalttaten im linksextremistischen Bereich nur in einem Jahr über der Zahl der Gewalttaten im rechtsextremistischen Bereich: Im Jahr 2001 konnten 750 linksextremistische und 709 rechtsextremistische Gewalttaten registriert werden. Im Jahr 2010 lag die Zahl der Gewalttaten im linksextremistischen Bereich zum dritten Mal im Beobachtungszeitraum über denen im rechtsextremistischen Bereich – und zwar deutlich. Schließlich konnten 944 linksextremistische und 762 rechtsextremistische Gewalttaten registriert werden.

4. Links- und rechtsextremistische Gewalttaten gegenüber Polizisten

In Deutschland ist ein nicht unbedeutendes rechtsextremistisches und linksextremistisches Personenpotenzial vorhanden, das durch extremistisch motivierte Straf- und dabei insbesondere Gewalttaten auffällig wird. Dies stellt Polizisten vor eine doppelte Heraus-

51 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz: Rechte Gewalt in Berlin 2003 – 2006, Berlin 2007; Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (FN 5).

52 Die Studien verwenden die Begriffe rechts und links (statt rechts- und linksextrem) synonym für die Kategorien PMK-links und PMK-rechts, vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (FN 5), S. 10; vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (FN 51), S. 11.

53 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (FN 5), S. 52.

54 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (FN 51), S. 53.

forderung. Zum einen haben sie die Aufgabe, Straftaten zu bekämpfen. Zum anderen sind diese im extremistischen Spektrum oftmals gegen sie selbst gerichtet.

Dabei spielt für Polizisten im Einsatz die Frage, welcher ideologischen Richtung Gewalttäter angehören, prinzipiell keine Rolle: „Von wem die Gewalt ausgeht, sei sie links- oder rechtsextremistisch, ist Polizeibeamten egal. Es geht um Leib und Leben.“⁵⁵ Dennoch wird von polizeilicher Seite darauf hingewiesen, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten im linksextremistischen Bereich besonders hoch sei: „Die Linksextremisten stellen ein großes Problem dar, da sie auf Grund ihrer militanten Einstellung eher gewaltbereit gegenüber Polizisten sind.“⁵⁶ Linksextremistische Gewalttäter betrachten, anders als Gewaltbereite aus dem rechtsextremistischen Milieu, Polizeibeamte in erster Linie als Vertreter des von ihnen verhassten Staates. Das von den Gewaltbereiten angestrebte Ziel – die Herbeiführung einer anarchistischen Gesellschaftsordnung – kann nur erreicht werden, wenn das staatliche Gewaltmonopol bekämpft und „überwunden“ wird. Immer stärker steht die Absicht im Vordergrund, bei Großveranstaltungen vorsätzlich Körperverletzungen bei Polizeibeamten herbeizuführen: „Die politische Botschaft verliert im Linksextremismus immer weiter an Wert, es gilt nur noch die pure Auseinandersetzung über das Mittel der Gewalt.“⁵⁷ Insbesondere wenn sich Polizisten in der Minderheit befinden, kam es in der Vergangenheit zu Ausschreitungen durch Autonome des „schwarzen Blocks“. In Medienberichten ist zum Teil sogar von einer „Hetzjagd“ auf Polizisten die Rede.⁵⁸ Entsprechend äußert sich ein im Rahmen der Studie der TU Chemnitz befragter Bundespolizist zur Belastungssituation bei Großveranstaltungen: „Bitte schützt uns vor Angriffen bei Demonstrationen und auf der normalen Streife! Ich bin Polizist und kein Boxsack!“⁵⁹

Ein im Verfassungsschutzbericht 2009 geschildertes Beispiel⁶⁰ verdeutlicht dies: Auf einer Demonstration in Berlin im November 2009, an der sich zahlreiche, teils verummte Angehörige der gewaltbereiten linksextremistischen Szene beteiligten, wurden bereits während der Veranstaltung Lieder mit Textpassagen wie „Zivi-Schweine – Schuss in die Beine“ oder „all cops are bastards“ gespielt. Nach der vorzeitigen Auflösung durch die Veranstalter wurden die anwesenden Polizeikräfte aus einer Gruppe von 800 Personen mit Flaschen und Steinen beworfen, wobei zehn Beamte Verletzungen erlitten. Die Ausschreitungen wurden anschließend auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal als „absolut verständlich“⁶¹ begrüßt.

55 Interviewpartner 1, 12. April 2011.

56 Interviewpartner 2, 26. April 2011.

57 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

58 Sebastian Beck, Gewalterfahrungen von Polizeibeamten. Das totgeschwiegene Trauma, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/gewalterfahrungen-von-polizeibeamten-das-totgeschwiegene-trauma-1.983149> (2. Mai 2011).

59 Zit. nach: Gerd Strohmeier, Berufs(un)zufriedenheit und (Über-)Belastung in der Bundespolizei, in: Deutsche Polizei 60 (2011), H. 5, S. 6-17, hier S. 8.

60 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 19), S. 195.

61 „Über 3000 auf Silvio Meier Demo“, unter: <http://de.indymedia.org/2009/11/266650.shtml> (7. Mai 2011).

Zudem ist eine Veränderung in der Qualität der Gewaltbereitschaft wahrzunehmen: „Es findet eine Enttabuisierung der Gewalt gegenüber Polizisten statt.“⁶² Die Studie „Gewalt gegen Polizisten“ bestätigt den deutlichen Anstieg nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität der Gewalttaten gegenüber Polizeibeamten sowie das hohe Ausmaß an Aggressionen, denen Polizisten im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit tagtäglich ausgesetzt sind: „Das Kontinuum reicht von verbaler, psychischer Gewalt durch bspw. Beleidigungen oder Drohungen bis hin zu schwerer körperlicher Gewalt in Form von Schlägen oder durch den Einsatz von Waffen.“⁶³ In der Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei, in der 4.753 Bundespolizisten zu ihrer Einschätzung hinsichtlich der Belastung in Gefahrensituationen befragt wurden, bewertete ein knappes Viertel (24,3 Prozent) die – physische und psychische – Belastung in akuten Einsatzstresssituationen als sehr groß und zwei Fünftel (38,9 Prozent) als groß.⁶⁴ Zu den akuten Einsatzstresssituationen zählen persönliche Bedrohungen, physische Auseinandersetzungen mit dem polizeilichen Gegenüber oder das Erlebnis menschlichen Leids. Etwa ein Fünftel (21,0 Prozent) hält die Belastung in derartigen Situationen für mittelmäßig. Nur 6,5 Prozent betrachten die Belastung in Einsatzstresssituationen als gering oder sehr gering.⁶⁵ Diese Einschätzung dürfte einen starken Einfluss auf die Bewertung des allgemeinen dienstlichen Belastungsgrades in der Bundespolizei haben. Ein knappes Viertel der Befragten (23,2 Prozent) bewertet den dienstlichen Belastungsgrad grundsätzlich als sehr hoch, weitere 53 Prozent halten den Belastungsgrad für hoch. Ein Fünftel (21,2 Prozent) der Befragten betrachtet den dienstlichen Belastungsgrad als mittelmäßig. Nur 1,9 Prozent der Umfrageteilnehmer sind der Ansicht, dass der Belastungsgrad im Allgemeinen niedrig oder sehr niedrig ist.⁶⁶

Die Gewalt gegenüber Polizisten ist in eine breite Haltung der Respektlosigkeit eingebettet. So werden Polizisten häufig provoziert, „angepöbelt, beleidigt oder bespuckt“.⁶⁷ Doch nicht immer bleibt es dabei. Als drastisches Beispiel im Zusammenhang von Demonstrationen gilt der linksextremistische „schwarze Block“: „Es wird z.B. seitens des schwarzen Blocks gezielt mit Steinen auf die Beine der Polizeikräfte geworfen, um diese in die Knie zu zwingen, um weitere Verletzungen, sei es am Kopf oder Körper, zu erreichen.“⁶⁸ Grundsätzlich ist eine zunehmende Respektlosigkeit und hohe Gewaltbereitschaft von Linksextremisten gegenüber der Polizei (Polizeibeamte, Einsatzmittel oder polizeiliche Einrichtungen) erkennbar. Dies wird von polizeilicher Seite als problematisch gesehen – besonders angesichts der stetig steigenden Arbeitsbelastung

62 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

63 Ellrich/Pfeiffer/Baier (FN 4), S. 15.

64 Vgl. Strohmeier (FN 1), S. 10.

65 9,3 Prozent der Befragten haben die Frage mit „weiß nicht“ beantwortet oder gar keine Antwort gegeben.

66 0,6 Prozent der Befragten haben die Frage mit „weiß nicht“ beantwortet oder gar keine Antwort gegeben.

67 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

68 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

und des Personalabbaus innerhalb der Polizei. Die Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei⁶⁹ verzeichnet angesichts dessen eine mangelnde Attraktivität des Polizeiberufs, die sich zukünftig bei der Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchspersonal bemerkbar machen könnte: Nur knapp ein Fünftel (19,7 Prozent) der befragten Beschäftigten der Bundespolizei (n=4.753) war der Ansicht, dass es der Bundespolizei auch in Zukunft gelingen werde, das notwendige qualifizierte Personal zu gewinnen. Knapp drei Fünftel (59,8 Prozent) glaubten dagegen, dass dies der Bundespolizei nicht gelingen werde.⁷⁰ Ein weiterer besorgniserregender Indikator für die mangelnde Berufszufriedenheit zeigt sich bei der Frage, ob sich die Befragten auch heute für eine Tätigkeit in der Bundespolizei entscheiden würden: Nur 39,2 Prozent würden sich noch einmal dafür entscheiden; 41,3 Prozent würden sich dagegen entscheiden.⁷¹ Noch stärker offenbart sich die Unzufriedenheit bei der Frage, ob der eigene Beruf weiter zu empfehlen ist. Nur etwa ein Viertel (25,3 Prozent) äußerte sich im Fragebogen dahingehend, den eigenen Beruf auch nahe stehenden Personen (z.B. den eigenen Kindern) weiter zu empfehlen. Gut drei Fünftel (61,4 Prozent) würden dagegen nahe stehenden Personen von einem Dienst in der Bundespolizei abraten.⁷²

Ein anderes Bild ergibt sich aus polizeilicher Sicht bei der Gewaltbereitschaft im rechtsextremistischen Spektrum. Dies hat jedoch nichts mit zurückgegangenen rechtsextremistischen Gewalttaten zu tun: „Nur weil sinkende Zahlen in Bezug auf rechtsextremistische Straftaten zu beobachten sind, heißt das nicht, dass wir auf dem rechten Auge blind sind.“⁷³ Klar zurückgewiesen wird von polizeilicher Seite der gelegentlich geäußerte Vorwurf, das polizeiliche Auftreten gegenüber Rechtsextremisten lasse an Konsequenz vermissen: „Es muss weiterhin im Vordergrund stehen, dass Demonstrationen und andere Veranstaltungen, die von Rechtsextremisten organisiert werden, immer einer kritischen Betrachtung bedürfen.“⁷⁴ Ein großes Problem bildet dabei die Genehmigungspraxis von rechtsextremistischen Kundgebungen, wie die rechtsextremistische Kundgebung in Dresden am 13. Februar 2011 aus Anlass der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg zeigt. Trotz Bedenken der Stadt und der Polizei verwarf das Verwaltungsgericht Dresden noch am Vorabend der Demonstration einzelne Auflagen.⁷⁵ Zwar konnte die Einsatzstrategie kurzfristig überarbeitet werden, doch verfügte man vor Ort nicht über genügend Einsatzkräfte: „Die fortlaufende Professionalisierung der Polizei

69 Vgl. Strohmeier (FN 1), S. 29.

70 19,8 Prozent der Befragten haben die Frage mit „weiß nicht“ beantwortet oder gar keine Antwort gegeben.

71 19,5 Prozent der Befragten haben die Frage mit „weiß nicht“ beantwortet oder gar keine Antwort gegeben.

72 12,5 Prozent der Befragten haben die Frage mit „weiß nicht“ beantwortet oder gar keine Antwort gegeben.

73 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

74 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

75 Vgl. Martin Heller, Proteste gegen Neonazi-Aufmarsch. Linke liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,746581,00.html> (7. Mai 2011).

ermöglicht, auf solche kurzfristigen gerichtlichen Entscheidungen zu reagieren, jedoch stand eindeutig zu wenig Personal zur Verfügung.“⁷⁶ Im Bereich der Zusammenarbeit mit der Justiz gibt es hier nach Ansicht der Polizei Verbesserungsbedarf: „Es fehlt seitens der Gerichte an Sensibilität dafür, ob Veranstaltungen tatsächlich in dem vom Antragsteller geforderten Umfang notwendig sind.“⁷⁷

Direkte Gewalt von Rechtsextremisten gegenüber Polizisten wird dagegen nicht als vorrangiges Problem wahrgenommen: „Der Rechtsextremismus von heute besitzt eine andere Qualität.“⁷⁸ Der in der Säulenstrategie der NPD geforderte „Kampf um die Straße“ äußert sich in der Praxis zwar durch Demonstrationen⁷⁹, diese verlaufen aber weitgehend gewaltfrei – zumindest gegenüber den Polizeikräften vor Ort. Gewalttaten ereignen sich deutlich häufiger spontan und unter dem Einfluss von Alkohol, weniger dagegen im Rahmen von organisierten Kundgebungen. Hinsichtlich ihres Verhaltens und ihrer politischen Strategie haben Rechtsextremisten nach Einschätzung der Polizei „in den letzten Jahren dazugelernt“, infolgedessen halten sie „sich im Vergleich zu den Linken eher an die bestehende Rechtsordnung.“⁸⁰

Die steigende Gewaltbereitschaft Linksextremer gegenüber Polizisten stellt aus polizeilicher Sicht die bisherigen polizeilichen Einsatzstrategien in Frage. Da Polizisten für linksextremistische Gewalttäter mit dem zu bekämpfenden Staat assoziiert werden, ist es für Polizisten schwierig, eine Strategie der Deeskalation konsequent einzuhalten: „Es ist leider immer häufiger festzustellen, dass das Mittel der Deeskalation versagt und somit dann andere Maßnahmen und Mittel in Anspruch genommen werden müssen.“⁸¹ Ein markantes Beispiel hierfür stellte die Polizeistrategie am 1. Mai 2009 in Berlin dar. Die Strategie der „ausgestreckten Hand“, die sich beispielsweise durch den Verzicht auf Wasserwerfer äußerte, wurde angesichts von 273 verletzten Polizeikräften weithin als erfolglos angesehen.⁸² Von besonderer Bedeutung für einen kontrollierten, möglichst deeskalierenden Ablauf von Demonstrationen ist aus polizeilicher Sicht eine enge Abstimmung mit dem Veranstalter: „Wichtig ist eine klare Verabredung mit dem Veranstalter, bspw. bei den Castor-Transporten. Wenn kein Ansprechpartner vorhanden ist, ist es für die Polizei umso schwerer, die Sicherheit der Demonstranten zu gewährleisten.“⁸³ Eine besondere Herausforderung ist natürlich die Kontrolle von Großveranstaltungen mit gewaltbereiten Demonstranten, welche durch mangelnde Einsatzkräfte häufig

76 Interviewpartner 1, 12. April 2011.

77 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

78 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

79 Vgl. Christoph Schulze, Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun/Geisler/Gerster (FN 24), S. 92-108, hier S. 93.

80 Interviewpartner 2, 26. April 2011.

81 Interviewpartner 1, 12. April 2011.

82 Vgl. ZEIT Online: Haftbefehle gegen Gewalttäter, unter: <http://www.zeit.de/online/2009/19/maikrawalle-polizei> (24. April 2011).

83 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

gefährdet ist. „Wichtig ist die polizeiliche Präsenz, um die jeweiligen Gruppen auseinanderzuhalten und sie zu kontrollieren. Hierfür ist es wichtig, Auffällige sofort festzunehmen und an die Justiz weiterzureichen. Dies kann zukünftig nur umgesetzt werden, wenn die Polizei mehr Personal erhält, um auch die Präsenz aufrechtzuhalten.“⁸⁴

Um die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten nicht weiter anwachsen zu lassen, muss aus Sicht der Polizei der Extremismus in seiner Gesamtheit bekämpft werden: „Extremistische Tendenzen lassen sich nicht wegre-den. Ihnen muss von staatlicher Seite entgegengewirkt werden.“⁸⁵ Notwendig ist demnach „eine gesamtstaatliche Verantwortung zwischen Politik, Regierung und Justiz, die eine Veränderung des Werteverständnisses gegenüber der Polizei in der deutschen Gesellschaft anstößt, so dass Polizisten und andere uniformierte Berufsgruppen, seien es Feuerwehrleute, Sanitäter oder Angestellte der öffentlichen Verkehrsmittel, nicht länger Opfer von Gewalt sind. Diese Veränderung ist notwendig für das Funktionieren des deutschen Staates.“⁸⁶ Das in der jüngsten Vergangenheit zunehmende Gewaltpotenzial im linksextremistischen Bereich muss ernst genommen werden: „Der politische Fokus hat sich gewandelt. Das Gewaltpotenzial der Linksextremisten wird von der Politik ernst genommen. Auch die Justiz hat den Ernst der Lage verstanden. In den letzten zwei Jahren hat sich auf jeden Fall etwas bewegt und wir sind zufrieden mit der Anzahl an Verurteilungen. Diese Entwicklung muss weiter gefördert werden.“⁸⁷

Ein äußerst wichtiges Instrument, den gesellschaftlichen Umgang mit extremistischer Gewalt gegen Polizeibeamte zu beeinflussen, sind aus polizeilicher Sicht die Medien: „Es darf keine Hoffähigkeit des Rechts- und Linksextremismus entstehen. Aufgabe der Medien ist es, differenziert und objektiv über die zunehmende Gewalt gegenüber Polizisten Bericht zu erstatten.“⁸⁸ Auch hier werden positive Entwicklungen registriert: „Die alljährlichen Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin verlieren zunehmend ihren Eventcharakter. In den Medien findet inzwischen ein deutlich bewusster Umgang mit der Problematik Gewalt gegenüber Polizisten statt.“⁸⁹

5. Fazit

Straf- bzw. Gewalttaten durch Links- und Rechtsextremisten haben in den vergangenen Jahren insgesamt zugenommen. 2009 wurden beispielsweise erstmalig mehr als 2.000 Gewalttaten mit links- bzw. rechtsextremistischem Hintergrund verzeichnet. Im direkten Vergleich fällt auf, dass dieser Anstieg im Wesentlichen auf eine Zunahme der Gewalt-

84 Interviewpartner 1, 12. April 2011.

85 Interviewpartner 1, 12. April 2011.

86 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

87 Interviewpartner 2, 26. April 2011.

88 Interviewpartner 3, 28. April 2011.

89 Interviewpartner 1, 12. April 2011.

taten im linksextremistischen Bereich zurückzuführen ist. So ist auch bei stagnierendem Personenpotenzial im rechtsextremistischen Bereich die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten in den vergangenen Jahren (nach einem zwischenzeitlichen Rückgang) gestiegen.

Grundsätzlich stellt die steigende Gewaltbereitschaft durch Linksextremisten eine besorgniserregende Entwicklung für die Politik und die Gesellschaft dar. Eine besondere Herausforderung bedeutet die zunehmende Gewalt allerdings für Polizeibeamte. Die im Rahmen der PMK erfassten Gewalttaten, die sich in hohem Maße gegen Polizeibeamte richten (Widerstandsdelikte, Landfriedensbrüche), sind in den letzten Jahren insbesondere im linksextremistischen Bereich stark gestiegen. Sowohl Widerstandsdelikte als auch Landfriedensbrüche werden häufiger von Aktivisten der gewaltbereiten linksextremistischen Szene als von Aktivisten der rechtsextremistischen Szene begangen. Im Jahr 2010 entstammten 148 von 173 extremistisch motivierten Landfriedensbrüchen und 112 von 160 Widerstandsdelikten aus dem linksextremistischen Spektrum. Von besonderer Brisanz waren die im Jahr 2009 gezählten vier versuchten Tötungsdelikte gegen Polizeibeamte, die allesamt aus dem linksextremistischen Spektrum herrührten. Gewalttaten, die sich in hohem Maße gegen Polizeibeamte richten, bewegen sich im rechtsextremistischen Bereich auf deutlich niedrigerem Niveau als im linksextremistischen Bereich.

Die Zahl der sonstigen Straftaten ist im rechtsextremistischen Bereich in jedem Jahr des Beobachtungszeitraums auf den ersten Blick deutlich höher als im linksextremistischen Bereich. Ein großer Teil der Straftaten entfällt auf spezifisch rechtsextremistische Delikte (Propagandadelikte, Volksverhetzung). Die Zahl der nicht-spezifischen Delikte (Sachbeschädigungen, Nötigung/Bedrohung, andere Straftaten) ist indessen während des gesamten Beobachtungszeitraums im linksextremistischen Bereich höher als im rechtsextremistischen Bereich.

Sowohl die Qualität als auch die Quantität begangener Gewalttaten gegenüber Polizisten speziell aus dem linksextremistischen Bereich hat deutlich zugenommen. Als grundsätzliche Ursache für die Gewaltbereitschaft insbesondere des linksextremistischen Spektrums kann das ideologisch bedingte Feindbild Staat gelten. Polizeibeamte stellen die Personifizierung der staatlichen Gewalt dar und bilden damit aus linksextremistischer Perspektive ein (scheinbar) legitimes Ziel von Gewalttaten. Gewalttaten von Rechtsextremisten waren dagegen in vielen Fällen fremdenfeindlich motiviert oder gegen (vermeintliche) Linksextremisten gerichtet.

Im Hinblick auf Großveranstaltungen mit linksextremistischem Hintergrund kann die Strategie der Deeskalation aus polizeilicher Perspektive nicht in jedem Fall konsequent durchgehalten werden, da die Polizei – als deeskalierender Akteur – selbst ein Ziel der Aggressionen von Linksextremisten bildet. Die Sicherheit ist daher nur zu gewährleisten, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht, eine umfassende Einsatzstrategie in Kooperation mit dem Veranstalter besteht und potenzielle Gewalttäter schon vor einer möglichen Eskalation vor Ort identifiziert werden können.

Forum:

Der Streit um die „Extremismusklausel“

1. Fragen

Im Koalitionsvertrag, den die Spitzen von CDU/CSU und FDP nach der Bundestagswahl vom September 2009 aushandelten und zur Grundlage ihrer Regierungsarbeit erklärten, wurde die „Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als ‚Extremismusbekämpfungsprogramme‘ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen“¹ angekündigt. Die auch an anderen Stellen des Vertrages bekräftigte Absicht, extremistischen Bestrebungen in allen Formen („Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“) entschieden entgegenzutreten zu wollen, um „Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit“ zu fördern, rief bei manchen der Initiativen, die sich in den Jahren nach dem „Aufstand der Anständigen“ (2000) zum „Kampf gegen rechts“ formiert hatten, die Befürchtung hervor, es werde zu einer jähen Umsteuerung der staatlichen Förderprogramme zuungunsten der bislang finanzierten kommen, so dass mit einem Versiegen der im Bereich Rechtsextremismusprävention und -bekämpfung zur Verfügung stehenden Mittel zu rechnen sei. Wie sich in den folgenden Monaten allmählich abzeichnete, war jedoch mehr an eine Ergänzung als an eine Ersetzung der bisherigen Programme gedacht. Doch auch die Erweiterung des Aufgabenspektrums stieß auf Kritik. So warnte die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) u.a. davor, die verschiedenen Formen des Extremismus zu vermengen, da es sich um „unterschiedliche Phänomene und damit einhergehende Wert- und Gesellschaftsvorstellungen“ handele. Auch werde ein „undifferenzierter Extremismuskurs von Kommunalpolitikern und -verwaltungen instrumentalisiert [...], um Inkompetenz, Gleichgültigkeit und offene oder verdeckte Sympathien angesichts gravierender Probleme mit Rechtsextremismus zu rechtfertigen“.²

Eine neue Dynamik gewann die kritische Auseinandersetzung mit den neu profilierten Antiextremismus-Programmen der Bundesregierung, nachdem Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eine Überprüfung aller vom Bund geförderten Initiativen angekündigt hatte, um zu verhindern, dass auch solche Projekte in den Genuss staatlicher Alimentierung gelangten, deren Verfassungsloyalität zweifelhaft sei oder die mit in diesem Sinne fragwürdigen Partnern zusammenarbeiteten. Zu einem Eklat kam es bei der

1 Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, Berlin 2009, S. 95.

2 Zitiert nach Mathias Brodtkorb, „Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung“ (BAGD) kritisiert Anti-Extremismus-Programm, in: Endstation Rechts vom 22. September 2010.

Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie im November 2010, als es das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz (AKuBiZ) ablehnte, vor der Preisvergabe eine Erklärung zu unterschreiben, wonach es sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekenne und sich dabei auch bei der Auswahl der Kooperationspartner leiten lassen werde.³

Die Kritiker der in Sachsen umgesetzten und im Bund geplanten „Demokratieerklärung“ erhielten bald darauf juristische Schützenhilfe. Der Berliner Verwaltungsrechtler Ulrich Batts gelangte in einem vom Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V., der Aktion Sühnezeichen Friedensdienst e.V., dem Kulturbüro Sachsen e.V. und der Opferperspektive Brandenburg e.V. in Auftrag gegebenen Gutachten zu dem Ergebnis, es sei zwar völlig legitim, wenn der Staat die Vergabe seiner Mittel mit Auflagen versehe und insbesondere ein Bekenntnis zu seiner Grundordnung verlange; als rechtlich bedenklich müsse es hingegen gelten, geförderte Initiativen zur Überprüfung der Kontakte ihrer Partner zu verpflichten. Die damit verbundenen unzureichend spezifizierten Auflagen seien in einem „grundrechtssensiblen Bereich nicht angemessen“.⁴ Das Land Berlin legte aufgrund des Batts-Gutachtens Rechtsmittel gegen die „Demokratieerklärung“ ein.⁵

Die Juristen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und im Bundesministerium des Innern (BMI), das in seinem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ebenfalls die Unterzeichnung einer „Demokratieerklärung“ zur Bedingung machte, waren jedoch zu einem anderen Ergebnis gelangt. Auch bereits unter der Regierung der Großen Koalition habe man von den Trägern und ihren Kooperationspartnern ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung erwartet. „Der einzige Unterschied zu der jetzt verlangten Demokratieerklärung ist die Forderung, dass die Erklärung aktiv von den Trägern durch ihre Unterzeichnung bestätigt werden muss, anstatt – wie bisher – diese bloß als Anlage zum Zuwendungsbescheid zur Kenntnis zu nehmen.“⁶ In eigens ausgearbeiteten Hinweisen des BMFSFJ für geförderte Initiativen und deren Partner wurde die Intention der Demokratieerklärung nochmals klargestellt, um mögliche Missverständnisse auszuräumen. Zentrales Ziel sei zu verhindern, „dass extremistische Organisationen von der Bundesregierung finanziell unterstützt werden oder ihnen unwillentlich eine Plattform geboten wird und sie so ihre

3 Vgl. Robert Scholz, Extremismusklausel sprengt sächsischen Demokratiepreis, in: Endstation Rechts vom 10. November 2010.

4 „Zu unbestimmt und ungeeignet“, Interview, Mut gegen rechte Gewalt/Amadeu-Antonio-Stiftung, 8. Dezember 2010. Siehe das vollständige Gutachten: Ulrich Batts, Zur Zulässigkeit der „Extremismusklausel“ im Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, Gutachten vom 29. November 2010, unter: http://www.netzwerk-courage.de/downloads/Gutachten1_Extremismusklausel.pdf (12. Dezember 2010).

5 Land Berlin begegnet „Demokratieerklärung“ des Bundes mit Rechtsmitteln, Pressemitteilung vom 27. Januar 2011.

6 Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMFSFJ, Dr. Hermann Kues, an die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) vom 11. Januar 2011.

extremistische Weltanschauung mit staatlicher Hilfe verbreiten können. Dafür bedarf es einer hohen Sensibilität der Träger, die u.a. über die Zeichnung der Erklärung erreicht werden soll. Sinn und Zweck der Demokratieerklärung ist es also *nicht*, die Auseinandersetzung mit extremistischen Strömungen und Gruppierungen zu unterbinden.“ Als wichtiges Indiz einer möglichen extremistischen Ausrichtung der Partner wurde die Konsultation der Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder empfohlen. In Zweifelsfällen könne das Ministerium selbst bei der Aufklärung behilflich sein. Eine Kooperation mit der Partei Die Linke sei „nicht grundsätzlich ausgeschlossen“, wohl aber mit in ihrem Inneren wirkenden „offen extremistische[n] Zusammenschlüsse[n]“. ⁷ Einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag waren ergänzende Informationen zu entnehmen, etwa zur Einschätzung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Hier lägen „zu einigen Personen der Führungsebene in unterschiedlichem Ausmaß Erkenntnisse für links-extremistische Bestrebungen“ vor. Bei der Frage einer möglichen Partnerschaft komme es daher „auf die Umstände des Einzelfalls an“. ⁸

Solche Klarstellungen und ergänzenden Hinweise waren nicht geeignet, die Bedenken und Argumente der Kritiker zu entkräften. Für den 1. Februar 2011 riefen zahlreiche Initiativen zu einem „Aktionstag für Demokratie – gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“ auf. Trotz anhaltender Kontroversen schien die Demokratieförderpraxis indes relativ unbeeinträchtigt. Jedenfalls gab die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Die Linke am 4. Juli 2011 bekannt, es gebe „bisher keine Träger von Modellprojekten der Programme ‚Toleranz fördern – Kompetenz stärken‘ oder ‚Initiative Demokratie stärken‘ sowie in den Beratungsnetzwerken, die im Zuge des Antrags- und Bewilligungsverfahrens die Zeichnung verweigert haben.“ ⁹

Um die Kontroverse um die „Extremismusklausel“ und deren Hintergründe umfassend zu beleuchten, hat die Redaktion des Jahrbuches jeweils ein in der Sache engagiertes Mitglied aller Fraktionen des Deutschen Bundestages um Beantwortung eines Fragekataloges gebeten: Dorothee Bär (CDU/CSU), Florian Bernschneider (FDP), Ulla Jelpke (DIE LINKE), Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) und Sönke Rix (SPD).

7 Hinweise zur Erklärung für Demokratie in den Programmen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Initiative Demokratie stärken“, unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de> (12. Januar 2011; Hervorhebung im Original).

8 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Diana Golze, Heidrun Dittrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/4269 vom 16. Dezember 2010, S. 3 f.

9 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/6420 vom 4. Juli 2010, S. 3.

Der Streit um die „Extremismusklausel“

Die Fragen gliedern sich in vier Blöcke:

- 1) Spiegelt der Streit um die „Demokratieerklärung“ („Extremismusklausel“) einen Grundsatzdissens in der Frage des Umgangs mit politischen Extremismen, ihrer Bestimmung und Bewertung? Erkennen Sie Indizien dafür, dass der im Grundgesetz zum Ausdruck kommende antiextremistische Konsens zwischen den tragenden politischen und gesellschaftlichen Akteuren der Bundesrepublik Deutschland brüchig geworden ist?
- 2) Welche Rolle spielen strategische und taktische Fragen in der Auseinandersetzung? Werden im Parteienstreit Verfahrensprobleme zu Prinzipienfragen hypostasiert? Halten Sie die „Klausel“ für sinnvoll?
- 3) Welche Wirkungen erwarten Sie von der konsequenten Umsetzung der „Extremismusklausel“ auf die im Bereich der Extremismusprävention aktiven zivilgesellschaftlichen Initiativen? Ist der Vorwurf berechtigt, es werde Misstrauen gesät und Gesinnungsschnüffelei gefördert? Welche Erklärung haben Sie für die Heftigkeit des Protests gegen diese „Klausel“?
- 4) Welche Rolle spielt die Partei Die Linke in der Auseinandersetzung? Kommt deren innere Heterogenität auch im Streit um die „Extremismusklausel“ zum Ausdruck? Wie reagiert die rechtsextremistische Szene?

U.B./A.G./E.J.

2. Antworten

Dorothee Bär (CDU/CSU)

Fragenblock 1

Ich hoffe und sehe aber auch nicht, dass der antiextremistische Konsens brüchig geworden ist. Es handelt sich wohl vielmehr um unterschiedliche Bewertungen der verschiedenen politischen Extremismen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass die Oppositionsfractionen auf einem politischen Auge blind sind und sich vor allem mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befassen. Ihnen fällt es schwer zuzugestehen, dass der Linksextremismus eine ebenso große Gefahr für unsere Demokratie ist.

Die Opposition will nicht wahrhaben, dass einzelne extremistische Gruppierungen jedweder Richtung systematisch versuchen, Organisationen zu unterwandern und für ihre Zwecke zu missbrauchen. Sie spricht im Zusammenhang mit der Demokratieerklärung von „Haftung für die Gesinnung Dritter“ und hält das Vorgehen der Bundesregierung für „demokratiapolitisch fatal“. Demgegenüber wäre es meiner Meinung nach gerade umgekehrt fatal, es nicht von vornherein mittels klarer Demokratieerklärung zu unterbinden, dass Projekte gegen Extremismus der einen Richtung von Extremisten entgegengesetzter Richtung unterwandert und dabei auch noch staatlich gefördert werden.

Fragenblock 2

Mit den Programmen der Bundesregierung zur Extremismusprävention sollen besonders bei jungen Menschen demokratische und tolerante Einstellungen und Handlungsweisen gestärkt werden. Und das kann nur von Menschen bewirkt werden, die selbst auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Extremismus kann nicht von Extremisten bekämpft werden. Daher halte ich die Erklärung nicht nur für sinnvoll, sondern für nachgerade unverzichtbar. Es ist völlig legitim, dass der Staat, wenn er Programme gegen Extremismus auflegt, darauf achtet, dass nicht diejenigen gefördert werden, die selbst in extremistischen Kategorien denken und danach handeln. Das ist ganz klar Bestandteil der Sachstrategie zur Extremismusbekämpfung selbst und nicht bloß strategisch-taktisches Mittel in der politischen Auseinandersetzung über das Verfahren.

Dagegen spielen beim Widerstand gegen diese Klausel strategische und taktische Fragen natürlich eine bedeutende Rolle: Indem die Opposition der Bundesregierung unterstellt, sie stelle alle Gruppierungen, die sich im Kampf gegen Extremisten engagieren, unter „Generalverdacht“, versucht sie zugleich, sich mit diesen Gruppierungen zu solidarisieren und an sich zu binden.

Fragenblock 3

Der Vorwurf, es werde Misstrauen gesät und Gesinnungsschnüffelei gefördert, ist absurd. Von allen Bewerberinnen und Bewerbern um eine Stelle im öffentlichen Dienst wird ein polizeiliches Führungszeugnis verlangt, jede Ministerin und jeder Minister muss vor Amtsantritt einen Eid auf die Verfassung leisten – all dies geschieht ohne Beanstandung durch Dritte. Niemand spricht hier von Generalverdacht oder Gesinnungsschnüffelei.

Ich kann mir die Heftigkeit der Reaktionen nicht erklären, vor allem die der SPD nicht. Es war ihr ehemaliger Bundesinnenminister Otto Schily, von dem die Initiative ausging, nur diejenigen Initiativen mit Bundesgeldern zu fördern, die sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Auch mussten Zuwendungsempfänger schon zu seinen Zeiten jede Einbindung extremistischer Institutionen in Veranstaltungen vermeiden. Und es ist die SPD-Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, die – völlig zu recht – nur denjenigen eine Betriebserlaubnis für eine Kindertagesstätte erteilt, die eine Selbsterklärung unterzeichnen, in der sie versichern, keine Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verfolgen. Und auch in Mecklenburg-Vorpommern werden die Partner in die Verpflichtung mit einbezogen: Es muss darauf hingewirkt werden, dass sich auch die Partner an demokratische Prinzipien halten.

Von der konsequenten Umsetzung der Demokratieklausele erhoffe ich mir, dass es künftig für extremistische Gruppierungen unmöglich sein wird, an Fördergelder der Bundesregierung zu kommen und ihre extremistische Weltanschauung mit staatlicher Hilfe verbreiten zu können.

Fragenblock 4

In der Partei Die Linke gibt es offen extremistische Gruppierungen, wie zum Beispiel die „Kommunistische Plattform“. Mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Gruppierung ist eine Zusammenarbeit in den Bundesprogrammen ausgeschlossen. Daher wundert mich die heftige Reaktion der Partei auf die Demokratieerklärung nicht.

Aus der rechtsextremistischen Szene habe ich bislang keine Reaktionen vernommen. Das heißt aber natürlich nicht, dass wir rechtsextremistische Gefahren und Unterwanderungsbestrebungen weniger ernst nehmen. Vielmehr soll die Demokratieklause gerade in alle Richtungen wirken und ganz klar zum Ausdruck bringen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist und allen Anfängen extremistischer Bedrohung und Unterwanderung von allen Seiten unbeirrt und unerbittlich entgegentritt.

Florian Bernschneider (FDP)

Fragenblock 1

Der Kampf gegen politischen Extremismus sollte allen im Deutschen Bundestag vertretenen demokratischen Parteien ein Anliegen sein. Für Demokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zu zentralen Prinzipien der Demokratie wie Pluralismus, Parlamentarismus, Gewaltenteilung sowie zu den universellen Menschenrechten zu bekennen. Links-, Rechtsextremismus und islamischer Extremismus lehnen diese Prinzipien teilweise oder gänzlich ab. Sie stehen damit im Widerspruch zum Grundgesetz und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist es auch Aufgabe aller demokratischen Parteien, extremistischen Ideologien entgegenzutreten.

CDU, CSU und FDP bekennen sich zu dieser Aufgabe. Diese Auffassung fand ihren Niederschlag im Koalitionsvertrag sowie im Antrag „Programme zur Bekämpfung von politischem Extremismus weiterentwickeln und stärken“ (BT-Drucksache 17/4432). Nicht von ungefähr hat die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag die Entwicklung und Stärkung von Toleranz und Demokratie als zentrales Ziel in der Kinder- und Jugendpolitik eindeutig festgehalten.

Folgerichtig werden die erfolgreichen Programme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für demokratie – Beratungnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter dem neuen Dach „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fortgeführt und weiterentwickelt. CDU, CSU und FDP orientieren sich hier an den Empfehlungen, die der Abschlussbericht der beiden erstgenannten Bundesprogramme gegeben hat. Die Bundesregierung stellt für das Folgeprogramm im Jahr 2011 24 Mio. Euro zur Verfügung. Kürzungen in den Programmen gegen Rechtsextremismus wurden nicht vorgenommen. Zusätzlich werden die bisherigen Aktivitäten zur Extremismusprävention des BMFSFJ auf die Bereiche Linksextremismus und islamischen Extremismus erweitert. Diese Maßnahmen werden in der Ini-

tiative „Demokratie stärken“ gebündelt, für die im Jahr 2011 5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit wird deutlich: Die Koalition setzt sich unvermindert gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ein und erweitert mit zusätzlichen Mitteln den Fokus auf Gefahren, die unserer Demokratie durch andere Formen von Extremismus drohen.

Fragenblock 2

Die Demokratieerklärung oder -klausel ist meines Erachtens sinnvoll. Sie ist auch alles andere als neu. Die umstrittenen Sätze zwei und drei der Erklärung gehörten schon bisher – in Form eines Merkblattes – zu den Unterlagen, die die Träger im Rahmen einer Projektförderung erhielten und die sie zur Kenntnis nehmen mussten. Neu ist lediglich der Umstand, dass sie die Erklärung seit Jahresbeginn unterschreiben sollen.

Eingeführt wurden die umstrittenen Sätze zu rot-grünen Regierungszeiten. Daher erscheint die Aufregung, mit der diese Formulierungen von SPD und Grünen nun kritisiert werden, wenig glaubwürdig. Das damals SPD-geführte Bundesinnenministerium brachte in einem interministeriellen Schreiben sogar die Möglichkeit ins Spiel, „fragwürdige Initiativen“ vom BMI bzw. deren nachgeordneten Behörden (Bundesamt für Verfassungsschutz) überprüfen zu lassen.

Auch ist die Argumentation der Opposition gegen die Demokratieerklärung nicht stichhaltig. Zum einen sollte es für Programme, die Fördergelder einer Obersten Bundesbehörde für die Arbeit gegen politischen Extremismus erhalten, eine Selbstverständlichkeit darstellen, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz zu bekennen. Schließlich erhalten sie auch von diesem Staat Fördergelder für ihre Tätigkeit. Eine solche Erklärung mit der Gewährung von staatlichen Zuwendungen zu verbinden, ist rechtlich völlig unproblematisch. Eine freiwillige Selbstverpflichtung stellt in diesem Zusammenhang das mildeste Mittel dar. An der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns kann in diesem Punkt kein Zweifel bestehen. Als FDP wären wir jedoch im Sinne der Träger vor Ort grundsätzlich bereit, über die Formulierung der Erklärung, insbesondere der Sätze zwei und drei, zu diskutieren, um bürokratische Belastungen und unnötige Hürden für das Engagement gegen politischen Extremismus zu verhindern.

Zum anderen haben die verschiedenen Träger, insbesondere in der Arbeit gegen politischen Rechtsextremismus, bereits in der Vergangenheit sehr eng zusammengearbeitet. Die handelnden Personen kennen sich dementsprechend gut. Die Erklärung dürfte bei diesem zumeist engen Verhältnis kaum zu Verwerfungen führen.

Fragenblock 3

Ich bin davon überzeugt, dass die Klausel die Arbeit der Initiativen nicht behindern wird, zumal das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Sicherheit für eine einfache, unbürokratische Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Initiativen Sorge tragen wird. Am Ende haben die zivilgesellschaftlichen Initi-

Der Streit um die „Extremismusklausel“

ativen, das Ministerium und die Koalitionsfraktionen das gleiche Ziel: Sie wollen eine Stärkung von Zivilgesellschaft und Demokratie erreichen und so präventiv gegen extremistische Einflüsse jedweder Art in der Gesellschaft wirken.

Fragenblock 4

Die Partei Die Linke scheint unter dem Begriff des politischen Extremismus nur Rechts-extremismus zu verstehen. Die im Deutschen Bundestag zuletzt gestellten Anträge (vgl. BT-Drucksache 17/3045, 17/4664) deuten jedenfalls darauf hin. Die Partei bzw. die Bundestagsfraktion ist offensichtlich nicht imstande, sich mit den zweifelsohne vorhandenen Gefahren des linksextremen Spektrums auseinander zu setzen. Inwieweit partei-interne Interessengruppen hier auf die Positionierung von Partei und Bundestagsfraktion Einfluss ausüben und eine entsprechende Auseinandersetzung verhindern, kann nicht beurteilt werden.

Ulla Jelpke (Die Linke)

Fragenblock 1

Die seit Monaten geführte Auseinandersetzung um die Extremismusklausel im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus bzw. „Extremismus“ allgemein spiegelt in der Tat einen Grunddissens: nicht nur in der Frage des Umgangs mit einem vermeintlichen „Extremismus“, sondern auch, was die Tauglichkeit dieses Ansatzes generell betrifft. Die Debatte und die von Befürwortern dieser Klausel vorgebrachten Argumente haben gezeigt, dass es sich vor allem um eine politisch-ideologische Debatte handelt, die keinen realen Anlass im Rahmen der bisherigen Bundesprogramme findet. Es geht in dieser Debatte darum, den politischen Raum der Bundesrepublik weiter zu verengen und Teile der politischen Linken (Partei und Bewegung) als angeblich verfassungsfeindlich auszugrenzen. Deutlich wird dies u.a. daran, dass die Bundesregierung und die zuständige Ministerin keine Fälle aus der Vergangenheit anführen können, in denen vermeintliche „Extremisten“ (die in den VS-Berichten als solche geführt werden) durch die Bundesprogramme gefördert wurden (vgl. BT-Drucksache 17/4269, Antwort auf Frage 11). Es geht mit der Extremismusklausel also nicht darum, eine als problematisch bewertete Entwicklung seitens der Regierung zu korrigieren, sondern um die anlasslose Drohung mit einem seit vielen Jahren erprobten Instrument der politischen Repression: eben dem Extremismusverdacht. Wie diese Drohung funktioniert, konnte man am Beispiel der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a.) e.V. in München gut beobachten. Aufgrund ihrer Erwähnung im bayerischen Verfassungsschutzbericht wurde a.i.d.a. aus dem bayerischen Beratungsnetzwerk entfernt. Nachdem das Archiv gerichtlich seine Streichung aus dem VS-Bericht in Bayern erreicht hatte, führte dies natürlich nicht dazu, die Einrichtung wieder ins Beratungsnetzwerk aufzunehmen. Vielmehr verlor die Einrichtung aufgrund des un-

berechtigten Verdachts seine Anerkennung als gemeinnützig. Der Extremismusverdacht diene hier dazu, einen politisch unliebsamen Akteur auszugrenzen.

Während der Extremismusansatz im Rahmen des Staatsschutzes und staatlicher Behörden nahezu hegemonial ist, ist er wissenschaftlich höchst umstritten. Wissenschaftler wie Richard Stöss, Roland Roth, Gero Neugebauer, Christoph Butterwegge und viele andere sehen ihn als „unterkomplex“ an. Dennoch wird dieser Ansatz einseitig von staatlicher Seite (mit Hilfe von Steuergeldern) gefördert; so z.B. durch den Ankauf des Jahrbuchs *Extremismus & Demokratie* durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (vgl. BT-Drucksache 17/2992).¹ Die Debatte um die Extremismusklausel zeigt jedoch, dass diese staatliche Hegemonie nicht unwidersprochen bleibt und sich Widerstand gegen eine Kultur des Verdachts regt. Dies ist kein Indiz dafür, dass ein antiextremistischer Grundkonsens brüchig geworden ist, denn dieser Konsens ist eine politische Konstruktion von Vertretern dieses Ansatzes. Vielmehr zeigt die Debatte unterschiedliche Demokratiekonzepte und damit eine Differenz beim eigentlichen Grundkonsens – der Demokratie. Die Protagonisten der Extremismus-Formel stehen für eine verengte Demokratie, in der sich die Herrschenden mit repressiven Mitteln vor in ihren Augen unzuverlässigen Bürgern schützen – vornehmlich also vor linken und kapitalismuskritischen Auffassungen. Demgegenüber stehen die Kritiker der Extremismusklausel für einen bürgerschaftlichen Ansatz der Demokratie, mit dem Inhalte und Werte der Demokratie konkret, praktisch, in der täglichen Auseinandersetzung umgesetzt werden müssen und nicht staatlich sanktioniert werden.

Fragenblock 2

Die Extremismusklausel ist nicht sinnvoll und führt zu einer Behinderung und Schwächung der Projekte. Richtig ist, dass über diese Klausel ein prinzipieller Streit entbrannt ist, da es um eine prinzipielle Frage der Ausrichtung der Bundesprogramme geht. Während der ursprüngliche Ansatz der Bundesprogramme eine starke bürgerschaftliche Komponente beinhaltete, wurde dieser Ansatz immer weiter zugunsten einer staatlich kontrollierten und reglementierten Arbeit der Programme zurückgefahren. Von Seiten der Union wurden die Bundesprogramme, wie sie unter der SPD-Grünen-Regierung etabliert wurden, scharf angegriffen und unter den Verdacht des „Linksextremismus“ gestellt. Mit Regierungsbeteiligung der Union ab 2005 wurde der zivilgesellschaftliche Ansatz der Programme abgeschwächt und die staatliche Anbindung erhöht. Die Extremismusklausel ist Ausdruck des generellen Misstrauens gegen die Programme seitens der Union und dient dazu, diese politisch noch stärker an die Kandarre zu nehmen. Inso-

1 Anmerkung der Redaktion: Ankäufe durch das Bundesamt für Verfassungsschutz werden in der erwähnten Drucksache (Frage 5) ausdrücklich verneint. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordnete Ulla Jelpke, Jan Korte, Petra Pau und der Fraktion Die Linke ist die Rede von mehreren Ankäufen des Bundesministeriums des Innern in unterschiedlicher Höhe (400-1000 Exemplare) zur „Abgabe an einen Verteiler aus Wissenschaft, politischer Bildung, Medien und Administration“ (Frage 1).

Der Streit um die „Extremismusklausel“

fern ist die Klausel Ausdruck eines prinzipiellen Misstrauens gegen Akteure, die durch ihre Arbeit gegen die extreme Rechte eher im politisch linken Feld verortet werden. Dieser ideologisch motivierte Prinzipienstreit hat aus der Debatte natürlich auf allen Seiten eine Grundsatzdebatte gemacht – was in dieser Frage auch angemessen erscheint.

Fragenblock 3

Für die Initiativen und Projekte im Rahmen der Bundesprogramme bedeutet die Klausel eine Verunsicherung. Akteure, die seit vielen Jahren aktiv für Demokratie und gegen Rechtsextremismus eintreten, in ihren Regionen häufig zu den wenigen sichtbaren Vertretern von Demokratie und Beteiligung gehören, müssen jetzt versichern, dass sie selbst und ihre Partner Demokraten sind – eine schizophrene Situation. Problematisch ist vor allem, dass selbst die Bundesregierung nicht weiß, was eine „konsequente Umsetzung“ der Klausel bedeuten soll. Auf Anfragen war es der Regierung nicht möglich, klare Kriterien für den Umgang mit Projektpartnern, z.B. von der VVN oder der Partei Die Linke zu nennen (vgl. BT-Drucksache 17/4269). Die Gutachten von Prof. Battis und des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, die beide die rechtliche Grundlage der Klausel in Frage stellen, heben insbesondere auf diese Unbestimmtheit ab. Es muss als Gesinnungsschnüffelei bezeichnet werden, wenn die Projekte aufgefordert werden, ihre langjährigen Partner mithilfe von Verfassungsschutzberichten zu überprüfen oder anderweitig Informationen über sie zu sammeln.

Offensichtlich sollen die Projekte dazu gebracht werden, von der Zusammenarbeit mit politisch exponierten Partnern, sei es aus den Kreisen der Antifa, der Partei Die Linke oder der VVN, Abstand zu nehmen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, gegen die Klausel zu verstoßen. Schon jetzt werden sich viele Antragsteller fragen, ob sie auf bestimmte Zusammenarbeiten nicht präventiv verzichten sollten, weil es eventuell zu Nachfragen kommen könnte. Aus vertrauten Netzwerken werden so Orte des Misstrauens.

Die Heftigkeit des Protestes hat sicherlich etwas mit dem Unverständnis der Akteure in den Projekten zu tun, jetzt zum Objekt eines solchen Misstrauens zu werden. Darüber hinaus haben die Projekte durch ihre jahrelange gute Arbeit einen Rückhalt in der interessierten Öffentlichkeit, die mit gleichem Unverständnis auf den Vorstoß der Bundesregierung reagiert.

Fragenblock 4

Schon die hier formulierte Frage soll offenbar im Sinne des vertretenen Extremismus-Ansatzes die Sichtweisen der „Extreme“ präsentieren und somit NPD und Linke in unzulässiger Weise aneinanderrücken.

Die Partei Die Linke unterstützt in dieser Auseinandersetzung, so wie SPD und Grüne, den berechtigten Protest der Projekte gegen die Extremismusklausel. Die „innere Heterogenität“ der Partei ist ein Ausweis ihrer demokratischen Verfasstheit, wie sie von interessierter Seite so oft eingefordert wird und wie sie hoffentlich auch kennzeichnend für alle demokratischen Parteien ist. Für die Auseinandersetzung um die Extremismus-

klausel spielt diese Heterogenität keine Rolle, weil die Partei als ganze diese Klausel in aller Deutlichkeit ablehnt. Dennoch ist Die Linke in besonderer Weise von der Extremismusklausel betroffen, da sie in zahlreichen Verfassungsschutzberichten (Länder und Bund) als „in Teilen extremistische Partei“ aufgeführt wird. Ein Problem entsteht dadurch für die Projekte, die auf kommunaler Ebene, vor allem in Ostdeutschland, auf die Zusammenarbeit mit der Linken angewiesen sind. Lokale Aktionspläne dürften in zahlreichen Kommunen unter der Aufsicht einer von der Linken regierten Kommune arbeiten. Schon hier zeigt sich die völlige Unsinnigkeit der Klausel. Nähme man die Klausel und die Aussagen des Familienministeriums zum Umgang damit ernst, müsste die Bundesregierung den Projekten eine Liste mit sämtlichen kommunalen Mandatsträgern der Linken und ihrer Strömungszugehörigkeit zur Verfügung stellen, um möglichem Zusammenarbeiten mit vorgeblichen „Extremisten“ vorzubeugen. Eine solche Überwachungsfreudigkeit mag man bis jetzt nicht einmal dieser Bundesregierung zutrauen.

Die extreme Rechte freut sich natürlich über die Schwächung der Bundesprogramme. Deren Arbeit wird von der NPD in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern schon seit vielen Jahren mit Anfragen und Anträgen in den Landesparlamenten unter den Verdacht des „Linksextremismus“ gerückt. Diese Form der Anti-Antifa-Arbeit wird mittels der Extremismusklausel legitimiert. Insofern kann sich die NPD jetzt zu Recht bestätigt sehen.

Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen)

Fragenblock 1

Der Streit um die „Extremismusklausel“ spiegelt einen sehr grundsätzlichen Dissens in der Bewertung unserer Demokratie und ihres Gefährdungspotenzials wider, was ich außerordentlich bedaure. Denn ich bin überzeugt davon, dass eine stabile Demokratie langfristig nur auf einem tragfähigen Konsens der Demokratinnen und Demokraten bestehen kann. Meiner Ansicht nach ist die These von verschiedenen „politischen Extremismen“ als Gegenstück zu einer „demokratischen Mitte“ äußerst fragwürdig. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen immer wieder, wie weit verbreitet Haltungen einer „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer u.a., Brähler/Decker u.a.) sind. So halten es beispielsweise 58,4 Prozent für wünschenswert, die Religionsausübung für Muslime erheblich einzuschränken, obwohl die Religionsfreiheit im Grundgesetz fest verankert ist und selbstverständlich auch für Muslime zu gelten hat. So gesehen müsste also die Mehrheit der Bevölkerung als „extremistisch“ bezeichnet werden, da sie teilweise die im Grundgesetz festgelegten allgemeingültigen Rechte zu relativieren bereit ist.

Worin „extremistisches Denken und Verhalten“ letztlich zum Ausdruck kommt, bleibt strittig. Hierüber wäre eine Debatte nötig, um festzustellen, was die einzelnen politischen Kräfte heute unter „Extremismus“ verstehen und ob dieser Begriff überhaupt tauglich zur Beschreibung unserer Realität ist.

Der Streit um die „Extremismusklausel“

In der politischen Praxis stelle ich immer wieder fest, dass ein „Feindbild Linksextremist“ stilisiert werden soll, besonders von der CDU/CSU. Die umstrittene „Klausel“ ist ein Ausdruck dieses Trends zur Diskreditierung. Dies hat für die zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus negative Folgen. Es erschwert nicht nur ihre Arbeit, sondern gefährdet auch ihre finanzielle Förderung – und damit vielfach die Existenz.

Fragenblock 2

Die „Extremismusklausel“ halte ich nicht nur für sinnlos, sondern sogar für schädlich. Von dieser juristisch wackeligen Konstruktion gehen falsche Signale aus – sowohl in die Förderpolitik hinein als auch in die Zivilgesellschaft.

Ich glaube nicht, dass hier Verfahrensprobleme künstlich zu Prinzipienfragen überhöht werden. Vielmehr bin ich der Überzeugung, dass sich am Verfahren sehr deutlich eine Grundhaltung – und damit ja tatsächlich auch ein Prinzip – ablesen lässt. Und dieses Prinzip lautet: Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft und Vertrauen auf Überwachungsmechanismen.

Welche Strategie die Bundesregierung auch immer damit verfolgt: Sie trifft die Falschen! Zivilgesellschaftliche Träger und Projekte wollen die Demokratie stärken und Rechtsextremismus zurückdrängen. Angesichts dieses Anliegens erübrigt es sich, ihre Verfassungstreue in Frage zu stellen. Folglich konnte die Sächsische Staatsregierung auf eine Frage des grünen Landtagsabgeordneten Jennerjahn nach der Zahl der vom Landesprogramm geförderten „extremistischen“ Projekte auch nur antworten: Es gibt keine. Trotzdem besteht Sachsen auf Unterzeichnung der Klausel.

Dass die Ausdrucksformen solcher Initiativen nicht immer den Geschmack von Ministerin Schröder und Co. treffen, sollte an dieser Stelle eigentlich kein Problem darstellen. Wichtiger ist doch, dass Initiativen (z.B. bunte, alternative Jugendprojekte) junge Menschen vor Ort erreichen und begeistern können. Denn die nachwachsende Generation ist es ja, die sich vielfach etwa von rechtsextremen Cliquen angezogen fühlt. Jugendliche wollen nicht immer nur ein „staatstragendes“ Bildungsprogramm, sondern auch „coole“ Freizeitangebote. Wenn die Akteure solcher Angebote nicht im Business-Kostüm herumlaufen, sondern „Nazis-raus-Shirts“ tragen, sind sie deshalb noch lange keine „Linksextremisten“. Derartige Äußerlichkeiten machen aber in den Augen der Bundesregierung bereits verdächtig. Kommt dann noch „linke“ Gesellschaftskritik hinzu, ist das Schubladendenken im Gang – und die Förderung auf dem Prüfstand.

Fragenblock 3

Die „Klausel“ sorgt bei zivilgesellschaftlichen Initiativen für andauernde Bestürzung und Besorgnis. Es herrscht vielfach tiefe Verunsicherung, denn die Regierung zielt letztlich darauf ab, die Initiativen in „erwünschte“ und „unerwünschte“ zu unterteilen.

Initiativen fühlen sich nicht mehr unvoreingenommen unterstützt und fragen sich, wie die Präventionsarbeit unter solchen Vorzeichen weitergehen soll. Bereits jetzt ist eine fatale Lagerbildung zu bemerken, der Graben verläuft quer durch das demokrati-

sche Lager. Ich kann auch nachvollziehen, dass es Akteure verbittert, Zeit und Kraft gegen Nazis zu investieren und anstelle eines Dankes ein Misstrauensvotum zu erhalten.

Doch ist die „Klausel“ ja nicht nur eine Erklärung zur eigenen Verfassungstreue. Eine Aufforderung zur Überwachung der Partner ist der Klausel implizit; wie sollte eine Initiative denn sonst herausfinden, ob der andere ein „echter Demokrat“ oder ein „verdeckter Linksradikaler“ ist? Insofern ist der häufig vorgebrachte Vorwurf der „Gesinnungsschnüffelei“ leider tatsächlich begründet.

Außerdem wissen die Initiativen nicht, was geschieht, wenn sie mit einem von der Bundesregierung abgelehnten Partner trotzdem zusammenarbeiten. Wird die Förderung dann gekürzt oder zurückgefordert? Müssen die Unterzeichnenden sich wegen Vertragsbruch juristisch verantworten? Geraten sie selbst in den Verdacht, nicht verfassungstreu zu sein? All diese Unklarheiten gehören zu den Gründen für die heftigen Proteste.

Besonders schwer haben es Träger, die ihre Unterschrift verweigern. Doch auch wer zähneknirschend unterzeichnet, bekommt Probleme. Denn er verpflichtet sich zu einer Zusammenarbeit, die auf Misstrauen und Vorsicht gegründet ist. Dabei wäre angesichts des Rechtsextremismus, der in vielen Regionen eine organisierte und aktive Basis besitzt, die Bündelung aller demokratischen Kräfte der richtige Ansatz.

Fragenblock 4

Die Partei Die Linke zählt für mich grundsätzlich nicht zum „extremistischen“ Spektrum. Einzelpersonen oder Strömungen innerhalb dieser Partei – aber auch innerhalb anderer demokratischer Gruppen – mögen mit dieser Zuweisung zu kämpfen haben. Manche werden auch vom Verfassungsschutz überwacht. Ob zu Recht oder zu Unrecht, will ich an dieser Stelle nicht analysieren. Auf jeden Fall ist davon auszugehen, dass die Partei Die Linke besonders sensibel auf die Thematik reagiert, zumal sie, insbesondere seitens der CDU/CSU, tatsächlich immer wieder mit einem pauschalen Vorwurf des „Linksextremismus“ überzogen wird.

Bezüglich der „Extremismusklausel“ liegen aber alle Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag auf einer Linie. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam den Antrag „Demokratieinitiativen nicht verdächtigen, sondern fördern – Bestätigungserklärung im Bundesprogramm ‚TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN‘ streichen“ eingebracht. Die Linksfraktion unterstrich das Anliegen mit dem inhaltlich gleichartigen Antrag „Arbeit für Demokratie und Menschenrechte braucht Vertrauen – Keine Verdachtskultur in die Projekte gegen Rechtsextremismus tragen“. Es handelt sich hierbei also nicht um ein Lieblingsthema der Linkspartei, sondern um eines, dessen Lösung vielen Demokratinnen und Demokraten wichtig erscheint.

Die Bundesregierung ist dennoch nicht bereit, den Argumenten gegen die „Klausel“ zu folgen, sondern hält an ihrer – nur vordergründig unproblematisch scheinenden – Linie fest. Die rechtsextremistische Szene reagiert auf den leidigen Streit um die „Klausel“ mit Schadenfreude, wie die Debatten in einschlägigen Foren zeigen. Denn ihren Protagonisten kann es nur gefallen, wenn die demokratischen Kräfte sich gegenseitig be-

kämpfen und somit der Fokus nicht gegen das Nazi-Lager gerichtet ist. Und diese demokratische Ressourcenverschwendung ist auch das, was ich an der ganzen Debatte am meisten bedaure.

Sönke Rix (SPD)

Fragenblock 1

Es gibt sicher keinen Grundsatzdissens bezüglich der grundsätzlichen Ablehnung extremistischer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen durch das demokratische Parteienspektrum in der Bundesrepublik. Jedoch ist der Extremismusbegriff als solcher nicht nur in der Politik, sondern insbesondere auch im wissenschaftlichen Umfeld hoch umstritten. Insofern spiegelt die politische Debatte auch eine wissenschaftliche Grundsatzdiskussion wider, die seit Jahren in der Bundesrepublik geführt wird.

Auf den Internetseiten des Bundesinnenministeriums heißt es: „Als extremistisch werden solche Bestrebungen bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und sie durch eine nach den jeweiligen Vorstellungen formierte Ordnung zu ersetzen.¹ Insofern nimmt der Begriff Bezug auf demokratiefeindliche Aktivitäten und Gefährdungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO).

Unklar bleibt jedoch, welche Werte, Normen und Regeln wirklich als fundamental anzusehen sind, worin ein zentraler Ansatzpunkt für die politische Diskussion liegt. So bekämpft beispielsweise das Bundesfamilienministerium mit seinem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ nach eigenem Bekunden Extremismus in jeglicher Form, was alle Formen von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einschließt. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen jedoch, dass antisemitisches und rassistisches Denken längst nicht nur bei Menschen zu finden sind, die ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild besitzen oder gar dem organisierten Rechtsextremismus nahe stehen. Es ist somit nicht konsistent abzugrenzen, wann genau sich ein Mensch, der nach BMI-Kriterien der politischen Mitte zuzurechnen ist, hinreichend deutlich an extremistischen Werte-, Meinungs- und Einstellungsmustern orientiert, um unter die Extremismusdefinition des BMFSFJ zu fallen.

Aus diesem Grunde gab und gibt es in den Grenzbereichen des linken und rechten Spektrums immer wieder Fälle, in denen die Behörden einräumen mussten, dass die vorhandenen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen nicht hinreichend waren, um nach dieser Definition eine Zuordnung zum extremistischen Spektrum zu rechtfertigen.

1 Bundesministerium des Innern, Extremismus, unter: http://www.bmi.bund.de/cln_165/DE/Themen/Sicherheit/Extremismus/extremismus_node.html. (12. Februar 2011).

Insofern lässt die von der Bundesregierung präferierte naive Interpretation des Extremismus-Begriffes keine hinreichende qualitative Differenzierung sogenannter extremistischer Aktivitäten zu, und die aufgezeigten Unschärfen des Begriffes werden häufig durch seine Verwender (bewusst) ignoriert. Der Begriff wird eben durch diese Unschärfen politisch instrumentalisierbar, woher ein Großteil des Misstrauens rührt, das der so genannten „Extremismusklausel“ aus der Zivilgesellschaft entgegengebracht wird. Zu ausgefranst und willkürlich erscheinen den Akteuren gegen Rechtsextremismus die Grenzziehungen an den definitorischen Rändern des von behördlichen Einschätzungen getragenen Extremismusbegriffes. Ihr Arbeitsansatz richtet sich auch gegen rechtspopulistische und rassistische Vorstellungen bzw. Debatten, die mit Blick auf den Geist der Verfassungswerte durchaus gesellschaftliche Sprengkraft besitzen, ohne allerdings konkret die Staatsgewalt anzugreifen bzw. in Frage zu stellen.

Natürlich ist die SPD gegen politischen Extremismus in jeder Form. Jedoch vor allem gegen jede Form von Extremismus, die vor der Integrität und der physischen Unversehrtheit von Andersdenkenden nicht Halt macht.

Einen Bruch des antiextremistischen Konsenses des Grundgesetzes kann ich nicht erkennen. Dieser wird beispielsweise mit Hilfe des Verfassungsschutzes in der alleinigen Verantwortung des Staates und seiner Behörden administriert. Die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder hat allerdings mit ihrem Aufruf zum sogenannten „Aufstand der Anständigen“ eine die Zivilgesellschaft aktivierende Rolle bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus eingenommen. Somit hat der Staat seinen Bürgern signalisiert, dass ihr Einsatz für Demokratie, Toleranz und Freiheit ausdrücklich erwünscht ist. Es wurden staatliche Programme aufgelegt, so dass Staat und Gesellschaft gemeinsam Aktionen gegen Rechtsextremismus initiiert haben. Diese Programme waren die unterstützende Initialzündung. Diese Strategie des Staates im Kampf gegen Extremismus basierte auf Vertrauen. Dass dieses Vertrauen nun ohne einen konkreten Vorfall entzogen wird, ist zumindest fraglich und nicht nur den Initiativen gegen Rechtsextremismus nicht erklärlich. Kollektiv wird allen implizit unterstellt, es mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht ernst zu meinen.

Dieses Vorgehen ist für mich ein klarer, bewusst herbeigeführter Bruch zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Der Staat, hier vertreten durch verschiedene Landesinnenministerien, das Bundesinnenministerium und allen voran das Familienministerium unter Leitung von Kristina Schröder, spricht durch die alternativlose Einforderung einer Extremismuserklärung eine deutliche Sprache: „Was richtig im Kampf gegen Rechtsextremismus ist, bestimme ich“.

Leider ist keine einheitliche Linie erkennbar. Ausgewählte Träger – Kriterien sind nicht erkennbar – müssen diese Erklärung auch wiederum nicht unterschreiben, um Geld für ihre Projekte zu erhalten. Wieder andere Ministerien, wie zum Beispiel Wirtschaftsministerien, fordern überhaupt keine Erklärung, was dazu führt, dass ein bundesweit bekannter Rechtsextremer an der Sanierung der Fassade des Kieler Amtsgerichtes mitarbeiten kann und dafür Steuergelder erhält (Abriss-Krüger).

Menschen, die sich für Demokratie, Toleranz und soziales Miteinander einsetzen, zeigen ein sehr deutliches Signal, wie sie zu Demokratie- und Freiheitsrechten stehen. Aktives Engagement ist mehr wert als jede Unterschrift.

Fragenblock 2

In dieser Auseinandersetzung spielen taktische oder strategische Fragen keine Rolle. Ich wüsste auch nicht, welche Strategie hinter der Ablehnung einer Extremismuserklärung stecken sollte. Meiner Meinung nach geht es hier allein um die politische Frage, wie wir sicherstellen wollen, dass sich die Zivilgesellschaft nach wie vor und vor allem weiterhin erfolgreich am Kampf gegen den Rechtsextremismus beteiligt. Und eigentlich ist es nicht einmal eine politische Frage, dass man jemandem nicht von vornherein unterstellt, er wolle mit seinem Kampf gegen den Rechtsextremismus den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat abschaffen, sondern eine Frage von Anstand und guten Manieren. Die Instrumentalisierung des Extremismusbegriffes durch Kristina Schröder dient m. E. nebenbei dem Versuch, rechtskonservative Kreise innerhalb der Union zu befrieden. Dort wird seit langem das Klischee gepflegt, die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus diene nur der Alimentierung linksextremer Strukturen. Der Sinn dieser Strategie erschließt sich mir leider nicht. Vielleicht ist sie – im Gegensatz zu mir – in der Lage, den Menschen auch hinter die Stirn zu schauen. Dann wäre sie in der Lage zu erkennen, wer bei der Abgabe der Erklärung die Unwahrheit geäußert hat. Alle anderen, die über diese Gabe nicht verfügen, sind nach Abgabe der Erklärung so schlau als wie zuvor.

Im Konflikt um die Extremismusklausel geht es nicht nur, wie die Frage impliziert, um die Art und Weise des Verfahrens. Wenn es hier nur um eine Verfahrensfrage ginge, hätte sich mit Sicherheit nicht innerhalb kürzester Zeit dieser breite Widerstand gegen die Extremismuserklärung formiert. Aber hier geht es um mehr als eine Verfahrensfrage. In der Vergangenheit war die Bedingung, mit den staatlichen Zuwendungen niemanden zu unterstützen, der die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung betreibt, Bestandteil des Zuwendungsbescheides. Alle Beteiligten wussten, dass im Falle einer Zuwiderhandlung eine Rückforderung der gewährten Zuwendung erfolgen würde. Die Klärung der Frage und damit die Beweisführung, wer die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung betreibt, lag da, wo sie in einem Rechtsstaat hingehört, nämlich bei staatlichen Organisationen. Mit der Extremismuserklärung wird dieses Prinzip umgekehrt und ist damit mehr als nur eine Verfahrensfrage, denn plötzlich sehen sich zivilgesellschaftliche Akteure mit der Aufgabe betraut, herauszufinden, welcher ihrer Kooperationspartner, mit denen sie zum Teil schon seit vielen Jahren zusammenarbeiten, die Bundesrepublik Deutschland in ihrer bestehenden Form angeblich niederringen will. Wichtiger noch ist die Tatsache, dass nicht einmal die Landesämter für Verfassungsschutz bezüglich der Verfassungstreue von Organisationen zu einheitlichen Ergebnissen kommen. Die Überprüfung, ob ein Verein verfassungsgemäß agiert, ist hochkomplex und kann nur mit hoheitlichen Befugnissen wahrgenommen werden.

Zivilgesellschaftliche Initiativen haben weder die Fähigkeit noch die Legitimation, Ermittlungen über die politischen Ziele jedes ihrer Kooperationspartner anzustellen.

Ich halte die Klausel nicht für sinnvoll! Sie schafft, wie oben dargestellt, in der Sache mehr Probleme, als sie löst.

Fragenblock 3

Mehrere Gutachten haben schon aufgezeigt, dass sowohl für den ersten Teil der Extremismusklausel als auch für den Teil, in dem für die Kooperationspartner garantiert werden soll, schwerste verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Insofern bin ich ziemlich zuversichtlich, dass wir es zwar in diesem Jahr mit einem vermeintlichen Erfolg der Ministerin zu tun haben, in dem viele Initiativen aus Angst vor Verlust der Zuwendungen und der damit einhergehenden Einstellung ihrer Arbeit die Erklärung unterschrieben haben. Aber schon im nächsten Jahr werden wir juristische Klarheit haben, und dann wird diese Extremismusklausel nicht mehr zu halten sein.

Der Vorwurf, es werde Misstrauen gesät und Gesinnungsschnüffelei gefördert, ist berechtigt, schließlich heißt es in der Klausel: „haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Vereinen/Trägern sowie Behörden, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.“ Damit verpflichtet man sich zu Misstrauen und gegenseitiger Schnüffelei.

Für mich liegt die Erklärung für die Heftigkeit des Protests an der „Klausel“ auf der Hand. Niemand, der von der Richtigkeit seiner Arbeit überzeugt ist, lässt sich ohne vernünftigen Grund unterstellen, ab einem Punkt X stehe er unter Extremismusverdacht und alle, mit denen er bis dahin erfolgreich zusammengearbeitet hat, gleichfalls. Und mit einer Erklärung, die natürlich durch nichts überprüft werden kann, weil man eben nicht in die Köpfe der Menschen schauen kann, sei dieser Verdacht wiederum aus der Welt geräumt. Spaltet man den gesamten Vorgang in diese einzelnen Schritte, dann erkennt man erst die Sinnlosigkeit, die hinter diesem ganzen Vorgang steckt. Aber wenn man jetzt noch weiß, dass diese Erklärungen vom ehemaligen Bundesamt für Zivildienst verwaltet werden sollen, stellt man sich schon die Frage, ob mit diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach dem Wegfall des Zivildienstes „über“ waren, nicht sinnvollere Arbeit geleistet werden könnte.

Fragenblock 4

Ich kann in dem Agieren der Partei Die Linke in der Auseinandersetzung keine eindeutige „Rolle“ erkennen. Sie setzt sich mit dem Unsinn dieser Extremismuserklärung genau wie die SPD und die Grünen auseinander und kommt in ihrer Gesamtheit zu dem einzig richtigen Umgang mit dieser Erklärung, nämlich die Unterschrift abzulehnen bzw. den Wegfall dieser Klausel zu fordern. Ich wünschte mir, Sie hätten nach der Rolle der FDP gefragt. Hier kann ich nämlich wirklich nichts erkennen, was diese einstmals für die Freiheit und die Bürgerrechte stehende Partei zu der Debatte beigetragen hat.

Um es konkret zu machen: Gerade in der Auseinandersetzung um die Extremismusklausel kann ich in der Partei „Die Linke“ keine verstärkte innere Heterogenität, sondern weitgehende Homogenität feststellen. In allen publizierten Mitteilungen wird sich gegen das Verlangen des Bundesministeriums ausgesprochen, sich zum Grundgesetz zu bekennen und zu versichern, dass alle Bündnispartner dies ebenfalls tun. Aus keiner der Parteistrukturen sind einander widersprechende Haltungen zu vernehmen. Die Bundestagsfraktion schreibt, dass die „Extremismus-Erklärung [...] das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit“ stelle. Zum Teil wird sich in den Landesverbänden zudem auf das Gutachten des Staatsrechtlers Ulrich Battis berufen, der in der abverlangten Erklärung einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz sieht.

Lediglich in den Begründungen für die Ablehnung lassen sich unterschiedliche Schwerpunkte erkennen. In einigen Erklärungen wird in erster Linie darauf hingewiesen, dass solch ein „staatliches Misstrauen“ denjenigen schadet, die sich „aktiv und gegen viele Widerstände für Demokratie und Menschenrechte stark machen“, wie es Steffen Bockhahn, Bundestagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern, ausdrückt. Andere hingegen betonen die Kritik an der Extremismustheorie, die der Demokratieerklärung zugrunde liegt. Sie würde dem Problem, dass „rassistische und antisemitistische Auffassungen keine ausschließlichen Phänomene extremistischer Ränder der Gesellschaft sind“ und der „Demokratiefeindlichkeit der Mitte“ nicht gerecht werden, so Katja Kipping, Mitglied der Emanzipatorischen Linken innerhalb der Partei.

Zum Schluss möchte ich anmerken, dass mir die Sinnhaftigkeit der Frage nach der inneren Heterogenität in der Partei in Bezug auf die Problematik der Extremismusklausel nicht ganz klar ist, es sei denn, der Fragende ist ein Anhänger der These, dass es sich bei der Linkspartei um eine extremistische Partei handelt.

Über die Reaktionen der rechtsextremistischen Szene mache ich mir ganz ehrlich keine Gedanken. Ich bin sehr sicher, dass in dieser Szene keine Bedenken bestünden, die Extremismuserklärung der Ministerin Schröder zu unterschreiben. Die Tatsache, dass nun Initiativen gegen Rechtsextremismus ihre Verfassungstreue erklären müssen, wird unter Rechtsextremen als längst überfällig und angesichts „Hunderter verletzter Polizisten und verwüsteter Straßenzüge“ auch als angemessen dargestellt. Schadenfreude überwiegt und die Diskussion darüber wird als weitestgehend scheinheilig betrachtet. Unter der Überschrift „Extremisten sind immer nur die Anderen“ schreibt das rechtsextreme „Nachrichtenportal“ „altermedia.info“, das Demokratiebekenntnis verlange lediglich eine „humanistische Vergangenheit vorzugeben“, und „wer sich heutzutage noch als ‚Demokrat‘ bezeichnet, ist entweder auf Betrug seiner Mitmenschen aus, oder aber – mit Verlaub – einfach nur ein naiver Arsch mit Ohren mit sehr überschaubarem Geistesvolumen.“

Dass das Engagement *gegen* Rechtsextremismus mit dieser Debatte geschwächt wird, darüber mache ich mir Gedanken.

3. Antworten zu den Antworten

In den Antworten der Abgeordneten spiegelt sich eine klare politische Frontlinie: Die Vertreter der Regierungsparteien verteidigen die „Demokratieerklärung“ unisono, während sich die der Oppositionsparteien einhellig dagegen aussprechen. Dies kann bei realistischer Betrachtung nicht überraschen, auch wenn der Gleichklang der Antworten der Oppositionsvertreter weniger selbstverständlich erscheint, da sie nicht in gleichem Maße Handlungs- und Loyalitätszwängen unterliegen wie die Vertreter der Regierungsparteien.

Ein detaillierter Vergleich fördert trotz vielerlei Gemeinsamkeiten innerhalb der beiden Blöcke gewisse Unterschiede zutage. Was die „Regierungsseite“ angeht, argumentieren beide Vertreter auf der Grundlage des Koalitionsvertrages und verteidigen die „Demokratieerklärung“ als sinnvoll und angemessen. Der Vertreter der FDP zeigt sich jedoch gegenüber Kritikern konzilianter, da er das Angebot unterbreitet, über die Formulierungen der Erklärung in eine Diskussion einzutreten, um „bürokratische Belastungen und unnötige Hürden für das Engagement gegen politischen Extremismus zu verhindern“. Beide Vertreter wollen nicht davon sprechen, dass der antiextremistische Konsens brüchig geworden sei. Doch weist die Vertreterin der CDU/CSU zugleich auf „extremistische Gruppierungen“ innerhalb der Partei Die Linke hin. Und der FDP-Vertreter stellt fest, Die Linke verstehe unter Extremismus offensichtlich nur Rechtsextremismus.

Dies bestätigt die Vertreterin der Linken in ihren Antworten. Sie bedauert, der „Extremismusansatz“ sei „im Rahmen des Staatsschutzes und staatlicher Behörden nahezu hegemonial“, beklagt die einseitige Förderung wissenschaftlicher Vertreter des Ansatzes durch Bundesbehörden und hofft darauf, dass die Hegemonie mit Unterstützung kritischer Wissenschaftler und der Zivilgesellschaft gebrochen werden könne. Von Linksextremismus spricht sie nur im Sinne eines ungerechtfertigten Verdachts gegenüber engagierten Demokraten. Im Blick auf die Problematisierung dieser Sichtweise enthalten die Antworten der beiden übrigen Oppositionsvertreter kaum Ansätze. Die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen zählt Die Linke nicht zum extremistischen Spektrum, auch wenn es – wie in anderen demokratischen Gruppen – darin „Einzelpersonen der Strömungen“ geben möge, die „mit dieser Zuweisung zu kämpfen haben“. Und der Vertreter der SPD geht noch einen Schritt weiter, indem er den Extremismusansatz in ähnlicher Weise in Frage stellt wie die Vertreterin der Linken und überdies die Auffassung vertritt, es bestehe Unklarheit über die „Werte, Normen und Regeln“, die im Zusammenhang mit dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung „wirklich als fundamental“ zu gelten hätten. Dennoch gebe es „keinen Grunddissens bezüglich der grundsätzlichen Ablehnung extremistischer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen durch das demokratische Parteienspektrum in der Bundesrepublik“. Und so könne er auch im Blick auf die Haltung zur Extremismusklausel keine innere Heterogenität bei der „Linken“ erkennen. Opposition verbindet offenbar. Oder gibt es in dieser Frage tatsächlich keinen antiextremistischen Konsens mehr?

U.B./A.G./E.J.

Daten, Dokumente, Dossiers

Wahlen 2010

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

Im „Superwahljahr 2009“¹ hatten Bundestagswahlen stattgefunden, Wahlen zum Europäischen Parlament sowie je drei Landtagswahlen in alten (Hessen, Saarland und Schleswig-Holstein) und in neuen Bundesländern (Sachsen, Thüringen, Brandenburg). Der Ausgang erfreute Liberale und Grüne. Bei allen Wahlen konnten sie ihren Stimmenanteil steigern, zum Teil beträchtlich. Die FDP kam fünfmal auf ein zweistelliges Ergebnis, Bündnis 90/Grüne viermal, darunter jeweils bei der Bundestags- und Europawahl. Ein wichtiger Unterschied: Diese Resultate führten in fünf Fällen zu einer Regierungsbeteiligung der Liberalen, hingegen konnten die Grünen lediglich im Saarland an die Regierung gelangen, wenngleich sie hier nur auf den fünften Platz gekommen waren.² Obwohl die Union fast überall Stimmeneinbußen hinnehmen musste (im Saarland und in Thüringen fielen sie zweistellig aus), vermochte sie – bis auf Brandenburg – wie bisher stets den Regierungschef zu stellen. Der Grund: Die SPD war eingebrochen: Sie verlor im Bund, in Hessen und in Schleswig-Holstein jeweils zweistellig.

Bei allen Wahlen zogen mindestens fünf Parteien in die Parlamente ein.³ Offenkundig hat sich das Parteiensystem nicht zuletzt wegen der stabilen Stärke der Linken gewandelt. Aus dem fluiden Fünfparteiensystem könnte sich ein konsolidiertes entwickeln⁴, wobei Vorhersagen zur Zukunft dieser Kraft ein hohes Maß an Unsicherheit anhaftet. Der Linken war es nicht nur gelungen, in den ostdeutschen Ländern zweitstärkste Kraft zu werden bzw. zu bleiben, sondern auch bei den drei Wahlen in den alten Bundesländern in diese Landtage erstmals einzuziehen; im Saarland verbuchte sie mit 21,3 Prozent einen überwältigenden Erfolg.⁵ Das ist aber bloß die eine Seite: Die Stimmengewinne wirkten sich auf Regierungsebene so gut wie nicht aus. Im Bund, in Hessen, in Schleswig-Holstein sowie in Sachsen reichte es für eine arithmetische Mehrheit

1 So Jens Teschner (Hrsg.), *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*, Wiesbaden 2011.

2 In diesem Bundesland wurde 2009 die erste „schwarze Ampel“ gebildet.

3 In Sachsen waren es (wegen der NPD) ebenso sechs wie in Schleswig-Holstein (wegen des SSW, der aufgrund der Sonderregelung für Parteien nationaler Minderheiten mit 4,3 Prozent ins Parlament gelangt war).

4 Vgl. Oskar Niedermayer, *Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2011, S. 7-35.

5 Vgl. Eckhard Jesse, *Wahlen 2009*, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 22, Baden-Baden 2010, S. 103-125.

von CDU und FDP. Im Saarland konnte die Partei ihren Wahltriumph nicht in eine Regierungsbeteiligung ummünzen, da die Grünen als Zünglein an der Waage eine Koalition mit CDU und FDP gegenüber einer mit SPD und Linken präferierten. Und in Thüringen ging die SPD als Juniorpartner eine Koalition mit der CDU ein, nicht mit der Linken, die dort über deutlich mehr Stimmen verfügt als die SPD. Hingegen bildete die SPD nach der Wahl in Brandenburg erstmals eine Koalition mit der dort schwächeren Linken.

Die Ausgangsbedingungen für das wahlarme Jahr 2010 – nur in Nordrhein-Westfalen, dem größten Bundesland, stand eine Wahl an – waren für die Linke damit recht günstig.⁶ Würde sie auch hier das erste Mal in den Landtag einziehen? Welche Auswirkungen könnte das fundamentalistische Auftreten der Partei in Nordrhein-Westfalen auf den Wähler haben? Und würde sie es schaffen, eine schwarz-gelbe bzw. eine rot-grüne Regierung zu verhindern und dadurch indirekt den Boden für ein schwarz-grünes Bündnis zu ebnen?

Von solchen Aussichten vermögen die Parteien am rechten Rand nur zu träumen. Bei den Landtagswahlen 2009 gelang der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in Sachsen immerhin erneut der Einzug in den dortigen Landtag, wiewohl auf einem deutlich niedrigeren Stimmenniveau (5,6 Prozent statt 9,2 Prozent). Ansonsten fielen die Ergebnisse 2009 für die Partei desolat aus. Sie erreichte bei der Bundestagswahl 1,5 Prozent (2005: 1,6 Prozent). In zwei von drei westdeutschen Ländern (Hessen, Schleswig-Holstein) scheiterte sie sogar an der für die Parteienfinanzierung wichtigen Einprozent-Marke. Diese Hürde stellte für die NPD in Thüringen (4,3 Prozent) und Brandenburg (2,6 Prozent) kein Problem dar, doch konnte die Partei hier nicht an Sachsen anknüpfen. Da die Deutsche Volksunion (DVU) bei den Wahlen zum Europäischen Parlament lediglich 0,1 Prozent errungen hatte (obwohl die NPD nicht angetreten war), fühlte sich die NPD bemüßigt, den „Deutschland-Pakt“ von 2005 aufzukündigen. Die Partei trat damit bei der Landtagswahl in Brandenburg im Herbst 2009 gegen die DVU an und schnitt mit 2,6 Prozent zwar besser als die Konkurrenz ab (1,2 Prozent)⁷, aber nicht gut.

Die Auspizien fielen für den parteiförmigen Rechtsextremismus damit ausgesprochen schlecht aus.⁸ Immerhin könnte die NPD durch ein gutes Abschneiden bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Jahre 2010 den Fusionsprozess mit der DVU fördern.⁹ Würde sie über die Marke von einem Prozent kommen? Ließe sich dadurch der Zusammenschluss mit der DVU forcieren?

6 Vgl. Jürgen P. Lang, Akzeptanz trotz extremistischer Tendenzen? Wahlerfolge, Wahlkampf und Politik der Linken, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2011, S. 257-278.

7 Die DVU war 1999 (5,3 Prozent) und 2004 (6,1 Prozent) in den brandenburgischen Landtag eingezogen.

8 Vgl. Eckhard Jesse, Ist die extremistische NPD dauerhaft gescheitert? Politik, Wahlkampf, Wahlergebnisse, Folgen, in: Jesse/Sturm (FN 6), S. 279-303.

9 Vgl. den Beitrag von Uwe Backes über „Organisationen 2010“ in diesem Band.

2. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

War das Jahr 2009 ein „Superwahljahr“, so gab es 2010 nur eine „Superwahl“, um im Jargon zu bleiben. Der Wahl in Nordrhein-Westfalen, dem weitaus bevölkerungsreichsten Bundesland, kommt aus mehreren Gründen eine große Relevanz zu.¹⁰ Erstens war es in der Vergangenheit oft so, dass Wahlausgänge in diesem Bundesland präjudizierenden Charakter für den Bund hatten, zuletzt 2005. Zweitens ging es darum, ob sich die dortige schwarz-gelbe Koalition durch die Fortsetzung dieses Bündnisses im Land behaupten und die Mehrheit im Bundesrat wahren würde. Drittens stand die Frage zur Diskussion, inwieweit es der Linken glücken könne, auch hier in den Landtag einzuziehen (dann wäre sie in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten gewesen) und gegebenenfalls die Regierungsbildung zu beeinflussen, sei es als Juniorpartner in einer Koalition, sei es als Tolerierungspartner einer Koalition – in einem Bundesland, in dem die Partei besonders stark fundamentalistisch orientiert ist. Die NPD konnte bei realistischer Einschätzung allenfalls die Marke von 1,0 Prozent überwinden, um auf diese Weise ihre finanziell angespannte Situation etwas zu entlasten.

Der Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai 2010 war völlig offen.¹¹ Die schwarz-gelbe Koalition im Bund hatte durch ihre Passivität die eigenen Chancen gemindert. Die Stillhaltepolitik galt für viele Bundesbürger als Politik des Stillstandes. Warnten CDU und FDP vor dem Menetekel einer rot-rot-grünen Koalition, strebten SPD und Grüne ein Bündnis an, schlossen freilich ein solches mit der Linken nicht kategorisch aus¹², wohl aber eine Minderheitsregierung. „Die Koalitionsfrage hatte sich im Laufe des Wahlkampfes zu einem Ersatzthema entwickelt.“¹³ Die Wahl endete mit einem „Patt“. Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün bekam eine Mehrheit. Da die SPD 0,1 Punkte hinter der CDU lag, wollte sie nicht der Juniorpartner in einer Großen Koalition sein. Auf Drängen der Grünen bildete die SPD schließlich doch eine Minderheitsregierung. Die Linke hieß das Unterfangen gut und trug durch ihre Stimmenthaltung zur Wahl von Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin bei.

Das Programm der NPD für die Landtagswahlen war umfassend angelegt. In einem Vorwort an die „lieben Landsleute“ schrieb der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Claus Cremer: „Wir planen keine ‚Reförmchen‘, sondern eine radikale Änderung dieses politischen Systems.“¹⁴ Die Grundsätze der Partei sind dem Programm vorgeschaltet: „Heimat statt Multikultur“ – „Gemeinschaft statt Ellbogengesellschaft“ –

10 Vgl. Eckhard Jesse, Die Parteien nach der Bundestagswahl im September 2009 und vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 59 (2010), S. 19-27.

11 Vgl. Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. März 2010: Vom Abwarten zur Kehrtwende, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010), S. 766-787.

12 Die Grünen zeigten sich einem solchen Bündnis gegenüber offener als die Sozialdemokraten um Hannelore Kraft.

13 Feist/Hoffmann (FN 11), S. 776.

14 Claus Cremer, Liebe Landsleute, in: NPD, Eine lebenswerte Zukunft für NRW – unsere Heimat, Wattencheid o.J. (2010), o. S.

Tabelle 1: Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (Stimmen in Prozent)*

CDU	34,6	(-10,2)
SPD	34,5	(-2,6)
Grüne	12,1	(+5,9)
FDP	6,7	(+0,5)
Die Linke	5,6	(+4,7)
PIRATEN	1,6	(-)
pro NRW	1,4	(-)
NPD	0,7	(-0,2)
Die Tierschutzpartei	0,6	(+0,5)
RENTNER	0,5	(-)
FAMILIE	0,4	(+0,3)
REP	0,3	(-0,5)
BIG	0,2	(-)
PBC	0,1	(-)
Die Partei	0,1	(+0,1)
Volksabstimmung	0,1	(-)
ödp	0,1	(-0,1)
FBI/Freie Wähler	0,1	(-)
DIE VIOLETTEN	0,1	(-)
Zentrum	0,1	(+0,1)
AUF	0,1	(-)
BüSo	0,0	(-0,1)
Freie Union	0,0	(-)
ddp	0,0	(-)
BGD	0,0	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

„Kontrolle statt Parteienfilz und Korruption“. Ein Horrorszenario wird entworfen: „Durch die Masseneinwanderung ausländischer Menschen aus allen Regionen der Welt und deren hoher Vermehrungsquote, bei gleichzeitiger Abnahme deutscher Geburten, nimmt die Überfremdung drastische Züge an. Gerade in Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet leben in einigen Stadtteilen die Deutschen schon in der Minderheit. Deutsch ist dort bereits eine Fremdsprache. Viele Deutsche fühlen sich in diesen Gebieten nicht mehr heimisch.“¹⁵

15 NPD (FN 14), o. S.

Das eigentliche Wahlprogramm steht unter dem Motto „Heimat statt Minarette“ und umfasst 15 Punkte, darunter „Überfremdung und Islamisierung stoppen“ (Punkt 1), „Arbeitsplätze schaffen – Globalisierung stoppen“ (Punkt 4), „Innere Sicherheit – Korruption und Parteienfilz bekämpfen“ (Punkt 7), „Gesellschaftliche Eingliederung der Russlanddeutschen vollenden“ (Punkt 15). Die Reihenfolge ist offenkundig eine Rangfolge. Die Partei hatte ihren Schwerpunkt auf das Thema „Überfremdung und Islamisierung“ gelegt. Die über 1.200 Moscheen in Nordrhein-Westfalen firmieren als „sichtbares Zeichen der ausländischen Landnahme [...]“. Die etablierten Versagerparteien beugen sich dem Diktat der Islamlobby in vorauseilendem Gehorsam, in dem sie versuchen, alle berechnete Kritik an einer zunehmenden Islamisierung als Volksverhetzung zu diffamieren.¹⁶ Die Partei stellte folgende Forderungen auf, die sie im Landtag einbringen wollten: Abschaffung jeglichen Ausländerwahlrechts; Abschaffung des Landesintegrationsministeriums; Streichung jeglicher Förderung für Integrationsprojekte; Verbot von Moschee- und Minarettbau; Schaffung eines Landesamtes für Ausländerrückführung und Reintegration; strikte Anwendung eines Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung; kein Islamunterricht an deutschen Schulen und Universitäten; Konsequentes Verbot von religiöser Verschleierung, insbesondere der Burka.¹⁷ Die NPD hat mit dem Thema „Überfremdung/Islamisierung“ ganz bewusst anders als früher auf ein populistisches Thema gesetzt.¹⁸ „Antiamerikanismus“ spielte daher keine bedeutende Rolle. Die Kritik an der Islamisierung ist das eine Charakteristikum des Wahlkampfes der NPD. Das andere: Die Partei, die sich im Untertitel des Wahlprogramms als „Die soziale Heimatpartei“ bezeichnet hatte, berücksichtigte, mehr als früher, Landesthemen. Das Wahlprogramm war vergleichsweise konkret gehalten. Zu den bekannten Slogans gehörten: „Bildung statt Moscheen“ – „Heimat statt Minarette“ – „Eine lebenswerte Zukunft für NRW“ – „Raus aus Afghanistan“ – „Stoppt Zeit- und Leiharbeit“ – „Zeche statt Ghetto“.

Die Partei plakatierte fleißig, trat im Wahlkampf jedoch nicht sonderlich in Erscheinung, wohl nicht zuletzt aus Angst vor Protesten. Die NPD musste einräumen, dass ihr Ergebnis, mit 0,7 Prozent schwächer als 2005 (0,9 Prozent), nicht den eigenen Erwartungen entsprach. Ein wesentlicher Grund lag in der Konkurrenz der 2007 ins Leben berufenen „Bürgerbewegung pro NRW“.

Bei dieser weithin mit der 1996 gegründeten Vereinigung „pro Köln“ identischen Partei sieht der Verfassungsschutz insbesondere wegen der militanten Islamkritik Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen.¹⁹ Dem Wahlprogramm stellte der Vorsitzende Markus Beisicht einige Aussagen voran, die das Besondere der Wahl hervorhoben: „Denn diesmal tritt zum ersten Mal die Bürgerbewegung pro NRW als patri-

16 Ebd., o. S.

17 Vgl. ebd., o. S.

18 Vgl. Sunny Riedel, NPD macht auf Rechtspopulismus, in: die tageszeitung vom 18. Februar 2010.

19 Vgl. etwa Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010, Düsseldorf 2011, S. 59-78.

otische Oppositionsbewegung zur Wahl an. Und wir rechten Demokraten von pro NRW haben bereits in vielen Stadträten und Kreistagen bewiesen, dass wir es ehrlich meinen mit Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen!“²⁰ Das Programm enthielt neben einem „Vorspruch“ sieben Hauptforderungen: Zuwanderung begrenzen; Islamisierung stoppen; Innere Sicherheit herstellen; soziale Gerechtigkeit schaffen; Demokratie und Bürgerrechte stärken; Korruption stoppen; wertorientierte Bildung und Erziehung ermöglichen; Rückbesinnung auf kulturelle Werte durchsetzen.²¹

Auch wenn diese Aufzählung den Eindruck erweckt, als sei die Partei „breit aufgestellt“, um eine unter Politikern gängige „Modelformulierung“ zu gebrauchen, so ist das nicht stimmig. Die Partei ist auf einen einzigen Programmpunkt fixiert: die Ablehnung von Islam und Islamismus (pro NRW sieht darin keinen Unterschied). Eigens wird die gute Eingliederung der Einwanderer aus europäischen Staaten wie Griechenland, Portugal hervorgehoben, aber auch aus Vietnam. Hingegen gelte das nicht für die Einwanderer aus der Türkei (wegen der islamischen Religion). Daher fordert die Partei u.a.: Bekämpfung einer islamischen Paralleljustiz in den Parallelgesellschaften und strikte Beschränkung der Einwanderung (auf eigene Kinder bis zu sechs Jahren). „Pro NRW sagt NEIN zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung!“²² Mit ihrer Forderung nach einem Verbot von Minaretten versuchte pro NRW an die von der Schweizerischen Volkspartei initiierte und erfolgreiche Volksabstimmung anzuknüpfen. Die Partei spricht sich gegen die „Alt-68er-Kuschelpädagogik“ aus, gegen „Turbo-Kapitalismus“, für unmittelbare Bürgerbeteiligung und eine professionelle Verwaltung.

Pro NRW zufolge prognostizierten Wahlumfragen Ergebnisse von rechten Parteien zu niedrig. Stimmen für „Altparteien“ seien dagegen verloren, da sich mit ihnen nichts ändere. „Die Bürgerbewegung pro NRW ist genau der Wind, den die Altparteien brauchen, um wieder wach zu werden. Pro NRW kämpft nicht um Regierungsbeteiligung, nicht um Posten: Wir sind nur der Meinung, dass Demokratie Kontrolle braucht und neue Ideen.“²³ Die Partei kritisierte einerseits die Union heftig, andererseits die Linke (und dabei beiläufig auch die „neonazistische“ NPD): „Vergesellschaftung – wie es jetzt im Programm der Linken ebenso wie in jenem der neonazistischen NPD heißt – hieß früher Verstaatlichung. Wir brauchen aber keine volkseigenen Betriebe in NRW,

20 Markus Beisicht, Wir meinen es ehrlich mit Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen!, in: Pro NRW. Wahlprogramm der Bürgerbewegung Pro NRW zur Landtagswahl am 9. Mai 2010, o.O. o.J., S. 1.

21 Vgl. ebd.

22 Ebd., S. 3. Siehe auch folgende Formulierung: „Der Islam darf in Nordrhein-Westfalen nicht zur neuen Leitkultur werden. Wir müssen unsere christlich-abendländischen Werte gegenüber der neuen totalitären Bedrohung des 21. Jahrhunderts verteidigen. Es geht um unsere Freiheit.“ Beisicht: Der fundamentalistische Islam ist die totalitäre Bedrohung unserer Freiheit!, in: PRO NRW, Informationen der Bürgerbewegung Pro NRW, Nr. 8/2010, S. 5.

23 Markus Beisicht, Jede Stimme für eine der Altparteien ist eine verlorene Stimme!, Flyer vom 6. Mai 2010.

sondern mehr Freiheit für den Mittelstand – ohne Regelungswut und komplizierte Steuergesetzgebung. [...] Wir brauchen keine DDR in NRW.“²⁴

Die Partei, die im Wahlkampf offensiv auftrat, wurde von den bis 2007 als rechtsextrem klassifizierten „Republikanern“ – auch diese forderten ein Minarettverbot – nicht goutiert, und die Partei war nicht bereit, mit pro NRW zusammenzuarbeiten. Das hat sich nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen geändert.²⁵

Mit 1,4 Prozent war die Partei, die in 53 Wahlkreisen mit Direktkandidaten angetreten war, zwar doppelt so stark wie die NPD, aber der Achtungserfolg blieb aus, auch wenn sie die für die Parteienfinanzierung wichtige Hürde von einem Prozent überwinden konnte. Pro NRW zeigte sich vom Ausgang der Wahl enttäuscht. „Jeder normale Bürger wird sich fragen, warum die CDU sich einer rechten Option gänzlich verweigert. Bei all den politischen Optionen, die sich hier eröffnen, bleibt es eine Tragödie, dass die wirklichen Probleme des Landes, wie zum Beispiel die Islamisierung, ungelöst bleiben.“²⁶

Die Linke hoffte, ihre Erfolgsserie auch in Nordrhein-Westfalen fortsetzen zu können. Sie ist im größten Bundesland weithin extremistisch. „Die Partei in Nordrhein-Westfalen ist teilweise durchdrungen von (ehemals) orthodoxen Linken (K-Gruppen, Trotzlisten, DKP) und wird stark beeinflusst durch die beiden Strömungen bzw. Zusammenschlüsse ‚Antikapitalistische Linke‘ (AKL) und ‚Sozialistische Linke‘ (SL). Dies hat sowohl innerparteilich als auch außerhalb der Partei zu der Einschätzung geführt, bei dem nordrhein-westfälischen Landesverband handele es sich um einen vergleichsweise dogmatischen Landesverband mit einer besonders großen Nähe zu marxistisch-sozialistischem Gedankengut.“²⁷

Das Landeswahlprogramm²⁸ umfasste – sage und schreibe – 62 eng gesetzte Seiten. In einer Präambel „Original sozial – konsequent solidarisch“ setzte sich die Partei für „einen radikalen Kurswechsel ein: für eine Politik, in der nicht die Profite der Konzerne, sondern die Menschen an erster Stelle stehen.“²⁹ Die Folgen des kapitalistischen Raubbaus seien katastrophal. Angestrebt werde eine Gesellschaft, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwinde. Die NPD müsse verboten, der Verfassungsschutz aufgelöst werden.

Der Forderungskatalog der Partei besteht aus zwölf Punkten: „Umverteilen – Schutzschirm für Menschen“ – „Es ist an der Zeit – linke Politik von und für Frauen“ – „So-

24 Wir brauchen keine DDR in NRW, in: PRO NRW, Informationen der Bürgerbewegung Pro NRW, Nr. 8/2010, S. 4.

25 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 19), S. 17 f.

26 Die Linke an der Macht, 18. Juni 2010 (Flyer von Pro NRW).

27 So Ministerium des Inneren und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 19), S. 115.

28 Aus dem Entwurf waren einige besonders verstiegene Forderungen (etwa die Abschaffung von Gefängnissen) entfernt worden.

29 Die Linke, Original sozial – konsequent solidarisch. Das Landeswahlprogramm 2010, Düsseldorf 2010, S. 1. Die Forderung nach einem „radikalen Kurswechsel“ zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm.

zialer und Ökologischer Umbau“ – „Alternativen von links – neue Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik“ – „Öffentlich statt Privat – öffentliche Daseinsvorsorge stärken“ – „Gesundheit ist keine Ware – für ein solidarisches Gesundheitswesen“ – „Bildung ist keine Ware“ – „Kultur für alle“ – „Soziale und gleiche Rechte für alle – aktive Demokratie verwirklichen“ – „Linke Politik für Seniorinnen und Senioren“ – „NRW stellt sich quer: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ – „Konsequent für Frieden und Entmilitarisierung“.³⁰ Dieses Programm enthält eine Art „Wünsch-Dir-Was-Katalog“ – für sozial Schwache, für Frauen, für Alte etc. Die Partei machte deutlich, dass sie nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Parlaments für ihre Positionen zu streiten gedenkt – beim Kampf für soziale Gerechtigkeit, gegen „Krieg nach außen und nach innen“ und für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Am Ende des Programms, das trotz des Umfangs relativ vage blieb, hieß es: „DIE LINKE.NRW wird sich jedoch an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert.“³¹ Diese Formulierung war doppelsinnig: Einerseits konnte sie so verstanden werden, als komme eine Koalition oder eine Tolerierungspolitik generell nicht in Frage. Schließlich sei die Linke die einzige Partei, die einen Politikwechsel anstrebe. Damit ließ sich die Ablehnung durch die anderen Parteien verschleiern. Andererseits wurde durch die vage Formulierung die Möglichkeit einer Koalition oder einer Tolerierungspolitik durch die Linke nicht ganz ausgeschlossen.

In der Endphase des Wahlkampfes vollzog sich insofern ein Wandel, als die Partei mit ihren Spitzenkandidaten Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann bundespolitische Themen in den Vordergrund rückte und vor allem die Union und die FDP attackierte.³² Durch deren Schwäche sah sie offenbar Möglichkeiten für eine – indirekte – Regierungsbildung. Augenscheinlich hatte die Bundespartei auf die Landespartei eingewirkt. Die Slogans der Partei im Wahlkampf lauteten u.a. „Raus aus Afghanistan“ – „Hartz IV abwählen!“ – „Bildung gebührenfrei“ – „Abschaffung des Gymnasiums“.

Die DKP war sich im Vorfeld der Wahl nicht einig. Während der Bezirk Ruhr-Westfalen kandidieren wollte, um Druck auf die Linke auszuüben, setzte sich der Bezirk Rheinland-Westfalen durch, der der Linken durch eine eigene Kandidatur nicht schaden wollte. Nur in zwei Wahlkreisen traten Bewerber der Partei an. Im Wahlauf Ruf der DKP durch Marion Köster hieß es, die Linke klammere den Antagonismus der Klassengesellschaft weithin aus. Gleichwohl wollten die Herrschenden den Einzug der Partei in das Parlament mit allen Mitteln verhindern. Auch wenn Wahlen nicht über die Grundlinien der Politik entscheiden, so könnten sie Wegmarken „für die Weiterentwicklung der

30 Vgl. ebd.

31 Ebd., S. 62.

32 Vgl. u.a. Thomas Vitzthum/Miriam Hollstein, Urplötzlich auf Regierungskurs. Die Linke in NRW galt lange als Chaotenhaufen, doch neuerdings gibt sie sich zahn – Widerstand an der Basis, in: Die Welt vom 16. April 2010, S. 10.

Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit“ sein. „In dieser Situation ist eine erfolgreiche Kandidatur der Partei ‚Die Linke‘ in NRW ein solches Signal. Wir rufen dazu auf, dieses Signal durch die Abgabe der 2. Stimme für die Partei ‚Die Linke‘ zu stärken.“³³

Bei der Landtagswahl vom Mai 2005 hatte die WASG 2,2 Prozent erreicht, die PDS 0,9 Prozent. Das Ergebnis dieser Wahl und die Auflösung des Bundestages trugen maßgeblich zum Zusammenschluss der beiden Parteien bei. Die Aussicht, so die Fünfprozenthürde zu überwinden, erhöhte sich damit. Und in der Tat zog die Linke 2010 mit 5,6 Prozent in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ein. Dadurch wurde sowohl eine schwarz-gelbe als auch eine rot-grüne Koalition verhindert, ebenso eine schwarz-grüne. Die Linke schnitt extrem gut bei Arbeitslosen ab (mit 17 Prozent), auch bei Gewerkschaftsmitgliedern (mit neun Prozent) und Arbeitern (mit acht Prozent).³⁴

Der Landesvorstand der Linken erklärte sich nach der Wahl zum Sieger (neben den Grünen) und die „Altparteien“ (dieser Begriff tauchte in der Erklärung gleich dreimal auf) zu den Verlierern. Sie ging zunächst von einer Großen Koalition aus, betonte aber, zu Gesprächen mit anderen Parteien im Landtag bereit zu sein. Zu den Mindestbedingungen für einen Politikwechsel im Lande gehörten u.a. die sofortige Abschaffung der Studiengebühren sowie eine „Bundesratsinitiative für einen soliden finanzierten Politikwechsel durch eine andere Steuerpolitik zu Lasten der Reichen und Konzerne.“³⁵

Vorsitzender der aus elf Personen bestehenden Fraktion wurde der Trotzkiist Wolfgang Zimmermann, Mitglied der „internationalistischen Linken“, die mit dem „Revolutionär Sozialistischen Bund/Vierte Internationale“ den deutschen Zweig der Vierten Internationale repräsentiert. Die Spitzenkandidaten Bärbel Beuermann von der „Sozialistischen Linken“ hatte die DDR als „legitimen Versuch“ apostrophiert und die Frage nach der Legitimität der Staatssicherheit mit folgender Gegenfrage beantwortet: „Ist denn der Verfassungsschutz legitim?“³⁶ Insgesamt sieben der elf Abgeordneten sind nach Angaben des Verfassungsschutzes Mitglieder von extremistischen Organisationen.

Insofern durfte es nicht verwundern, dass Sondierungsverhandlungen der Partei mit der SPD und den Grünen scheiterten, nach Meinung der SPD und der Grünen wegen des ungeklärten Verhältnisses der Linken zur DDR. Die Linke bezeichnete solche Verhandlungen als „Scheingespräche“.³⁷ Trotzdem war sie am 14. Juli 2010 bereit, durch Stimmenthaltung Hannelore Kraft in das Ministerpräsidentenamt zu bringen. In der Folge tolerierte sie das rot-grüne Bündnis.

33 Marion Köster, Arbeitende Bevölkerung will Politikwechsel. DKP Ruhr-Westfalen. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010, in: unsere zeit vom 7. Mai 2010.

34 Vgl. Feist/Hoffmann (FN 11), S. 783.

35 Die Linke, Erklärung des Landesvorstands der LINKEN.NRW zum Ausgang der Landtagswahl in NRW, unter: <http://www.dielinke-nrw.de> (20. Dezember 2010).

36 Zitiert nach Heinz Tutt, NRW-Linke verteidigen die DDR, in: Kölner Stadtanzeiger vom 15. Mai 2010.

37 Vgl. Julia Wäschelbach, Die NRW-Linke leckt ihre Wunden, in: Bonner General-Anzeiger vom 25. Mai 2010, S. 5.

3. Fazit und Ausblick

Das Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen bestätigt bekannte Trends. Zum einen: Verluste der großen Parteien, Gewinne der kleinen. Allerdings verlor die CDU deutlich mehr als die SPD, gewann Bündnis 90/Grünen klar mehr als die FDP. Auf diese Weise wurde die von der Linken tolerierte Minderheitsregierung möglich. Die Volksparteien stecken in einer tiefen Krise. Ihre Verluste ließen sich durch die Gewinne der Grünen und der Liberalen nicht ganz auffangen. Auf die „Sonstigen“ entfielen immerhin 12,1 Prozent der Stimmen. Zum anderen: Die im Bund regierenden Parteien büßen bei Landtagswahlen ein. Zwar ist dies keine Gesetzmäßigkeit, doch läge ein Fehlschluss vor, die Ergebnisse von Landtagswahlen auf den Bund hochzurechnen. Gleichwohl sind diese fast immer auch durch bundespolitische Faktoren bestimmt.³⁸

Die demoskopischen Daten ergaben – bei Schwankungen im Einzelnen – im Jahre 2010 ein recht eindeutiges Bild. Während die Union dank Angela Merkel ihren Stimmenanteil halten konnte, brachen die Liberalen in der Wählergunst heftig ein, wohl wegen ihrer Wahrnehmung als Klientel- und Steuersenkungspartei. Bei den Oppositionsparteien im Bund (und den – neuen – Regierungsparteien in Nordrhein-Westfalen) ist die Entwicklung mit Blick auf die große und die kleine Partei gerade umgekehrt. Während die SPD stagniert, profitieren die Grünen im „bürgerlichen“ Milieu von der Schwäche der FDP, und eine verbreitete Proteststimmung gegen das „Establishment“ treibt ihr Stimmen zu, nicht der im Bund keineswegs als koalitionsfähig geltenden Partei Die Linke. Parteien rechtsaußen sind im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern eine zu vernachlässigende Größe, wie auch die Wahl in Nordrhein-Westfalen gezeigt hat.

2011 ist mit sieben Landtagswahlen ein „Superwahljahr“.³⁹ Angesichts der für die Regierungsparteien wenig komfortablen Ausgangsposition stellt sich die Frage, ob 2011 für Schwarz-Gelb ein „annus horribilis“ werden könnte wie 2005 für Rot-Grün? Denn in einigen Ländern musste die Union fürchten, das Amt des Regierungschefs zu verlieren (Hamburg, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt) und in drei anderen Ländern (Bremen, Rheinland-Pfalz, Berlin) hatte sie so gut wie keine Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung. In Mecklenburg-Vorpommern bestand hingegen eine gewisse Chance auf das Amt des Ministerpräsidenten. Allerdings gibt es folgende doppelte Paradoxie: Ein besseres Abschneiden der CDU als der SPD in Mecklenburg-Vorpommern schädete ihr. In diesem Fall würde die SPD wohl eine Koalition mit der Linken eingehen, um das Amt des Ministerpräsidenten behalten zu können. Und ein besseres Ergebnis der Linken als der SPD in Sachsen-Anhalt nützte der CDU. Denn die SPD scheint gegen-

38 Vgl. Kerstin Völkl, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006, Baden-Baden 2009.

39 Vgl. Eckhard Jesse, Schwarz-Gelb in Gefahr?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 60 (2011), S. 7-13; Oskar Niedermayer, Landtagswahlen und Bundespolitik im „Superwahljahr“ 2011, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 60 (2011), S. 39-50.

wärtig noch nicht bereit zu sein, eine Koalition mit der Linken einzugehen, wenn diese den Regierungschef stellt. Als Seniorpartner präferiert sie dann ein Bündnis mit der CDU.

Berlin dürfte ein Beispiel für die Schwäche der großen Parteien sein. Damit erklärt sich wesentlich die dortige Vielfalt der Koalitionsoptionen und das Plädoyer für lagerübergreifende Bündnisse, etwa eine Koalition der CDU mit den Grünen.⁴⁰ Die Koalitionsbildung ist schwieriger geworden.⁴¹ Die Zahl der „komplexen Koalitionen“⁴², also solcher Bündnisse mit mehr als zwei Partnern, könnte zunehmen. Freilich bietet sich auch eine unkonventionelle Lösung an: Nicht jede Minderheitenregierung muss prekär sein, wie ein Blick nach Skandinavien zeigt, vor allem nach Dänemark und Schweden.⁴³ Das gilt zumal dann, wenn die Partei, welche die Regierung stützt bzw. toleriert, zum Verfassungsbogen zählt. Das war anders in Sachsen-Anhalt (1994-2002) und Berlin (2001-2002) und ist anders in Nordrhein-Westfalen (seit 2010). Die hiesige politische Kultur, die Sicherheit und Stabilität stark favorisiert, tut sich schwer damit, eine Minderheitsregierung als erwägenswerte Alternative einzubeziehen. Infrage kommt freilich nur eine Variante, bei der eine Partei diese stützt – keine, bei der die Koalition mit wechselnden Mehrheiten regieren will.

Die Linke möchte 2011 in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einziehen, um Nordrhein-Westfalen als ein „normales“ Modell zu „verkaufen“ – als eine Vorstufe für eine Koalition mit der Linken –, die Erfolge von Bremen und Hamburg wiederholen, in Berlin die Koalition mit der SPD fortsetzen, in Sachsen-Anhalt stärkste Kraft werden (wie bei der Bundestagswahl 2009) und in Mecklenburg-Vorpommern an die Tradition der Jahre 1998 bis 2006 anknüpfen (Koalition mit der SPD). Aber Zerstrittenheit, die innerhalb der Partei angewachsen ist, ruft bei der Wählerschaft bekanntlich eher Skepsis hervor. Die NPD hingegen hofft, dass ihr in Sachsen-Anhalt das erste Mal der Einzug ins Landesparlament gelingt und in Mecklenburg-Vorpommern das zweite Mal. In Berlin und in den alten Bundesländern ist sie chancenlos, ob nun mit der DVU vereinigt oder nicht. Der Unterschied zwischen dem rechten und dem linken Rand ist mit Blick auf die Erfolgsaussichten beträchtlich. Die Finanzkrise scheint weder der einen noch der anderen Seite zu nützen.

-
- 40 Vgl. Niko Switek, Neue Regierungsbündnisse braucht das Land. Die strategische Dimension der Bildung von Koalitionen, in: Zeitschrift für Politikberatung, H. 3/2010, S. 177-196; Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011.
- 41 Vgl. Patrick Horst, Koalitionsbildungen und Koalitionsstrategien im neuen Fünfparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 20 (2010), S. 327-408.
- 42 Vgl. Stephan Klecha, Komplexe Koalitionen: Welchen Nutzen bringen sie den Parteien?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 334-346.
- 43 Vgl. Gerd Strohmeier, Wären Minderheitsregierungen in Deutschland auf Bundesebene besser als ihr Ruf? Mahnung aus Weimar und Verheißung aus Skandinavien, in: Jesse/Sturm (FN 6), S. 491-509.

Organisationen 2010

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Im Jahr 2009 hatte sich der seit längerem zu beobachtende Repolarisierungstrend im deutschen Parteiensystem fortgesetzt. Im politischen Raum jenseits von SPD und Bündnisgrünen war der Einfluss der *Linken* weiter gestiegen, da sie sich im Westen weiter etablieren und ihre Bastionen im Osten teilweise ausbauen konnte. Kaum zu überdecken vermochte der wahlpolitische Erfolgskurs indes die innere Zerrissenheit der Partei, in deren Inneren „Reformer“ und „Dogmatiker“, systemloyale und offen -illoyale Kräfte um Vorherrschaft rangen. Die Buntscheckigkeit erklärte zum Teil ihre Integrationskraft linksaußen. Am anderen politischen Flügel verteidigte die NPD ihre Stellung als relativ aussichtsreichste Wahlformation, von regionalen Hochburgen abgesehen allerdings auf sehr bescheidenem – und zudem eher rückläufigem (Wiedereinzug, aber starker Stimmenrückgang bei der Landtagswahl in Sachsen¹) – Niveau. Mehr noch als in den Jahren zuvor trat ihr strategisches Dilemma zutage: Die ideologische Radikalität und ihre symbiotische Beziehung zu militanten Szenen hemmten ihre wahlpolitische Bündnis- und Mobilisierungsfähigkeit. Die weiterschwelende Finanzkrise gefährdete die Existenz der Partei und verschärfte die innerparteilichen Konflikte.

Mit Blick auf das Jahr 2010 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die *Linke* ihre Erfolgsserie im westlichen Deutschland (u.a. in Nordrhein-Westfalen) fortsetzen und zum erklärten Bündnispartner von SPD und Grünen avancieren? Oder war mit Rückschlägen und eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen den heterogenen innerparteilichen Strömungen zu rechnen? Welche Auswirkungen hatte das Erlahmen der Wahldynamik in den östlichen Ländern auf die innerparteiliche Situation der NPD? Konnte sich die DVU mit neuer Führung – aber ohne Geldgeber – als Partei behaupten, oder würde sie mit der NPD verschmelzen bzw. in ihr aufgehen? War mit einem weiteren Anwachsen der Konfrontationsgewalt zu rechnen? Und schließlich: Auf welche Weise würde der grenzüberschreitend agierende Terrorismus die innere Sicherheit in Deutschland beeinträchtigen?

1 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2009, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2011, S. 103-125.

2. Linksextremismus

Die Entwicklung der *Linken* war im Jahr 2010 von Führungsproblemen überschattet. Das seit der Fusion mit der WASG 2007 amtierende Spitzenduo Lothar Bisky/Oskar Lafontaine (Bisky verlagerte seinen Tätigkeitsschwerpunkt ins Europaparlament, Lafontaine zog sich nach eigenen Angaben aus gesundheitlichen Gründen in sein saarländisches Stammland zurück) wurde von dem ehemaligen bayerischen Gewerkschaftsfunktionär und WASG-Gründer Klaus Ernst (geb. 1954) und der Ostberliner Lehrerin und Philologin Gesine Löttsch (geb. 1961) auf dem Parteitag in Rostock (15./16. Mai 2010) abgelöst. Die neuen Bundesvorsitzenden wirkten uncharismatisch und weckten Zweifel an ihrer Integrationsfähigkeit. Zudem sorgten beide bald nach ihrer Wahl für Negativschlagzeilen. Ernst geriet vor allem wegen – angeblich – falsch deklarierter Reisekosten, seiner Einnahmen aus verschiedenen Ämtern und Funktionen und seines Lebensstils (Porsche-Fahrer) in die Kritik.² Löttsch, SED-Mitglied von 1984 an, waren im Vorfeld des Parteitages enge Beziehungen zu Kreisen vorgeworfen worden, die der Tätigkeit des MfS der DDR unkritisch gegenüberstünden. Sie hatte sich dafür ausgesprochen, Minister im Amt zu belassen, deren IM-Tätigkeit bekannt würde.³ Im März enthüllte die „Welt“ mit Berufung auf Informationen der Birthler-Behörde, der bis dahin als Stasi-Opfer gehandelte und entsprechend werbewirksam in Szene gesetzte Ehemann Ronald Löttsch habe nach seiner Haftentlassung vom Jahr 1962 an zwanzig Jahre lang als IM „Heinz“ für die Staatssicherheit gespitzelt und u.a. Berichte über Slawisten-Kollegen mit „negativer politischer Einstellung“ aus Polen, der Sowjetunion und anderen Ländern des „real existierenden Sozialismus“ geliefert.⁴

Der Führungswechsel ging nicht mit einer Schwächung jener innerparteilichen Strömungen und Gruppierungen einher, welche die Verfassungsschutzbehörden als „offen extremistisch“ einstufen.⁵ Die Rechtmäßigkeit und Erforderlichkeit der Beobachtung bestätigte der 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in seinem letztinstanzlichen Urteil vom 21. Juli 2010. Als offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Substrukturen wurden mit Berufung auf das vorhergehende Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen genannt: das *Marxistische Forum*, die *Linksjugend [solid]* und die *Kommunistische Plattform* (KPF), die ausdrücklich für eine „sozialistische Revolution“ und die „Diktatur des Proletariats“⁶ plädiere. Bei diesen Strukturen handele es sich nicht um Splittergruppen, sondern um innerparteilich einflussreiche Vereinigungen.

2 Vgl. „Die weiße Weste des Klaus Ernst“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Oktober 2010.

3 Vgl. Gesine Löttsch im Interview mit Jochen Gaugele und Karsten Kammholz, in: Hamburger Abendblatt vom 6. Februar 2010.

4 Vgl. Dirk Banse/Uwe Müller, Stasi-Problem für künftige Linkspartei-Chefin Löttsch, in: Die Welt vom 16. März 2010.

5 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 134-145. Im Folgenden zitiert als VSB 2010.

6 Urteil des 6. Senats vom 21. Juli 2010 – BverwG 6 C 22.09, Rn. 41.

Diese Ausführungen des Gerichts erfuhren eine gewisse Bestätigung durch die Vorstandswahl des Rostocker Parteitags. Die Delegierten wählten die 2009 vom Europaparlament in den Deutschen Bundestag gewechselte KPF-Repräsentantin (sie ließ ihre Mitgliedschaft ab Februar aus formalen Gründen ruhen) Sarah Wagenknecht mit 75,3 Prozent zu einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Offenbar machte man ihr keinen Vorwurf aus ihrer Haltung in der Israel-Debatte. Anlass der zum Teil heftig geführten innerparteilichen Auseinandersetzung war die Rede des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres im Deutschen Bundestag anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 2010. Nach der Rede erhoben sich alle Abgeordneten – außer Wagenknecht und ihrer Fraktionskolleginnen Christine Buchholz und Sevim Dağdelen. Wagenknecht erklärte später, sie habe mit dieser Geste keineswegs den Auschwitz-Opfern den Respekt verweigern wollen, sondern einem Staatsmann, der „für Krieg mitverantwortlich“⁷ sei. Scharfe Kritik an diesem Verhalten übte u.a. der Berliner *Linken*-Landesvorsitzende Klaus Lederer.⁸

Die Ambivalenz der *Linken* im Blick auf fundamentale Werte und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten zeigte sich auch in der Debatte um den ersten Entwurf des Grundsatzprogramms, das die noch amtierenden Parteivorsitzenden Bisky und Lafontaine am 20. März 2010 vorgestellt hatten. Als Hauptkontrahenten traten das *Forum demokratischer Sozialismus* (fds) und die KPF hervor. In den Ende August beschlossenen „13 Thesen“ des fds wurde Kritik an zwei einander widerstrebenden „Grundlogiken“ geübt, die den Programmentwurf durchzögen. Die eine sehe „erst in der Verwirklichung des Sozialismus die ausreichende Grundlage für die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie“, während die „andere, reformerische Sichtweise“ von einem „Prozess“ ausgehe, „in dem sich Demokratie entfaltet und Freiheit sowie Selbstbestimmung als Bedingung für die Verwirklichung und Entfaltung eines demokratischen Sozialismus gelten“. Ein solcher reformerischer Ansatz schließe konkrete „Transformationsprojekte“, aber kein „Systemhopping“⁹ ein, setze eine differenzierte Kapitalismuskritik unter Berücksichtigung seiner „Reformfähigkeit“ und der in dieser „Gesellschaftsform“ erreichten „demokratischen Freiheitsrechte“¹⁰ voraus, erfordere außerdem eine „deutliche Abgrenzung zu allen (autoritären) Versuchen, Sozialismus ohne Demokratie durchzusetzen“, sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den autoritären Formen in der westdeutschen „Geschichte der Linken“.¹¹ Für die KPF war dies „ein Frontalangriff gegen den antikapitalistischen Charakter des Programmentwurfs“, denn dessen man-

7 Sarah Wagenknecht, Erklärung zur Rede des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres im Bundestag am 27. Januar 2010, unter: <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/829.erklaerung-zur-rede-des-israelischen-staatspraesidenten-shimon-peres-im-bundestag-am-27-januar-2010.html> (Stand: 12. März 2010).

8 Vgl. Stefan Reineke, Linkspartei zofft sich wegen Israel, in: taz vom 2. Februar 2010.

9 Forum Demokratischer Sozialismus, 13 Thesen zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE, beschlossen vom Bundesvorstand des fds am 28. August 2010, Berlin 2010, S. 2.

10 Ebd., S. 3.

11 Ebd., S. 17.

gelnde Stringenz sei eine Konsequenz notwendiger Kompromisse. Der Kapitalismus diene „in erster Linie der Destruktion“; die „Erringung der kulturellen Hegemonie“ sei nur möglich, wenn dessen „Funktionsmechanismen [...] schonungslos entlarvt“¹² würden. In einem anderen Beitrag der KPF war schon zuvor eine „differenzierte Sicht auf die Geschichte beider deutscher Staaten“ angemahnt worden. Dazu gehöre, „die Rechtmäßigkeit der vierzigjährigen, über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden“¹³ zu verteidigen.

Erstmals nach Abschluss des Fusionsprozesses mit der WASG ging die Mitgliederzahl der *Linken* zurück. Ende 2010 besaßen nur noch knapp 73.700 Personen das Parteibuch (gegenüber 78.000 Ende 2009). Die Bundesgeschäftsführung sprach dennoch von einem positiven Trend, da der Partei 5.000 neue, zumeist junge Mitglieder beigetreten seien und der Rückgang zum Teil auf einer Bereinigung der Mitgliederdatei beruhe.¹⁴ Allerdings wurde intern über Mitgliederschwund und laxe Zahlungsmoral geklagt. Das Durchschnittsalter in den östlichen Landesverbänden war mit etwa 65 Jahren hoch.¹⁵ Nach wie vor bestand die Partei dort in ihrer großen Mehrheit aus ehemaligen SED-Genossen.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2010

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2000	83.500
Jan. 1990	700.000	Dez. 2001	77.800
Dez. 1990	281.000	Dez. 2002	70.800
Dez. 1991	172.600	Dez. 2003	65.800
Dez. 1992	146.700	Dez. 2004	61.400
Dez. 1993	131.400	Dez. 2005	61.300
Dez. 1994	123.800	Dez. 2006	60.200
Dez. 1995	114.900	Dez. 2007	71.700
Dez. 1996	105.000	Dez. 2008	76.000
Dez. 1997	98.600	Dez. 2009	78.000
Dez. 1998	94.600	Dez. 2010	73.700
Dez. 1999	88.600		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

- 12 Ellen Brombacher/Thomas Hecker/Jürgen Herold/Friedrich Rabe, Fds setzt massive Polarisierung auf die Tagesordnung, Berlin, 8. September 2010 unter: www.die-linke.de (Stand: 12. November 2010).
- 13 Ellen Brombacher/Uwe Hixsch/Klaus Höpcke/Hermann Klenner/Friedrich Rabe, Fünf Fragen – fünf Überlegungen, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, April 2010, unter: www.marxistisches-forum.de/6.html (Stand: 12. November 2010).
- 14 Vgl. „Mitgliederzahlen Dezember 2010“, unter: <http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlende-zember2010/> (Stand: 10. April 2011).
- 15 Vgl. „Schrumpfende Mitgliederzahlen und wachsende Finanzprobleme sorgen für Unruhe bei der Linkspartei“, in: Spiegel Online vom 28. Juli 2011.

Während die KPF im Jahr 2010 einen Mitgliederzuwachs um mehr als zehn Prozent verzeichnen konnte (nach eigenen Angaben auf 1.223¹⁶), stagnierte die ihres wichtigsten Bündnispartners außerhalb der *Linken*, der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), auf dem – im Vergleich zu früheren Jahren – niedrigen Niveau von rund 4.000 Aktiven. Umso mehr war sie bemüht, sich an sozialen Protesten und Mobilisierungen in enger Tuchfühlung zu Gewerkschaften, radikalen Globalisierungskritikern im Umfeld von *attac*, den Mitgliedern und Funktionären der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten* (VVN-BdA) und vor allem der *Linken* zu beteiligen und auf diese Weise ihren Einfluss zu erhöhen. So wies die stellvertretende Parteivorsitzende Nina Hager, Tochter des früheren prominenten SED-Politbüromitglieds Kurt Hager, die Aufforderung von Genossen aus der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), die Zusammenarbeit mit „Sozialdemokraten“ und „Linksreformisten“ einzustellen, auf der 12. Parteivorstandstagung (28. August 2010 in Essen) entschieden zurück.¹⁷ Allerdings war die Art dieser Zusammenarbeit innerparteilich umstritten. Eine starke Strömung um den DKP-Bezirksvorsitzenden Ruhr-Westfalen, Patrik Köbele, wandte sich gegen eine weitere Öffnung der Partei hin zu breiteren Kooperationen. Stattdessen plädierte er für die Rückbesinnung auf deren Avantgarderolle zwecks Stärkung der Eigenständigkeit. Diese Position erfuhr auf dem 19. Parteitag in Frankfurt am Main (9./10. Oktober 2010) insofern Unterstützung bei den Delegierten, als Köbele mit einem Stimmenanteil von rund 54 Prozent zu einem der drei stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde. Mit rund 68 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt die bis dahin als Bezirksvorsitzende von Schleswig-Holstein tätige gelernte Buchhändlerin

Tabelle 2: Linksextreme Organisationen, 2008-2010

	2008		2009		2010	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten						
Kern- und Nebenorganisationen	40	25.200	41	25.300	41	25.800
hiervon DKP		4.200		4.000		4.000
MLPD		2.300		2.000		2.000
RH		5.000		5.300		5.400
Beeinflusste Organis.	16		15		14	
Gewaltbereite Linksextremisten	67	6.300	65	6.600	60	6.800

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2009 und 2010.

16 Vgl. Ellen Brombacher, Bericht des Sprecherrates an die 2. Tagung der 15. Bundeskonferenz vom 20. November 2010, unter: <http://www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistischeplattformderparteidielinke/dokumente/berichtdessprecherratesandie2tagungder15bundeskonferenz/> (Stand: 11. Dezember 2010).

17 Vgl. DKP-Informationen, Nr. 4/2010, S. 6.

Bettina Jürgensen (geb. 1954) aus Kiel bei ihrer Wahl zur neuen Parteivorsitzenden zwar mehr Stimmen. Doch gab es keine Gegenkandidatur.¹⁸

Während sich die DKP einer gewissen Akzeptanz als Bündnispartner im politischen Raum links von SPD und Bündnisgrünen erfreute, blieb die *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) wegen ihres dogmatischen Festhaltens am „echten Sozialismus“ (mit Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung als Leitfiguren) weithin isoliert. Als großen Erfolg feierte der Parteivorsitzende der rund 2.000 Mitglieder¹⁹ umfassenden marxistisch-leninistischen Kaderpartei, Stefan Engel, die Gründung einer Internationale nahestehender Parteien in der Berliner Max-Schmeling-Halle am 17. Oktober 2010. Engel leitete die *International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations* (ICOR), der sich nach eigenen Angaben 41 Parteien aus 33 Ländern anschlossen. Um das Bündnis, das sich an keinem „revolutionären Zentrum“ orientieren könne, mit Leben zu erfüllen, wurden „internationale Kampftage“ angekündigt.²⁰

Nicht weniger sektiererisch, aber strategisch hochflexibel agierten die Trotzlisten, laut Verfassungsschutz in Deutschland organisiert in 20 internationalen Dachverbänden „mit 28 Sektionen oder Resonanzgruppen“. In der Öffentlichkeit traten sie vor allem als „offene Entristen“ in der Partei *Die Linke* in Erscheinung. Sie boten kein einheitliches Bild. Während die (im Bundesvorstand mit Christine Buchholz und Nicole Gohlke vertretenen) Mitglieder des Netzwerks *marx21* ebenso wie die nach langem Hin und Her im August wieder in den Berliner Landesverband aufgenommene Aktivistin der *Sozialistischen Alternative Voran* (SAV), Lucy Redler²¹, Regierungsbeteiligungen skeptisch bis ablehnend beurteilten, zählte der Fraktionsvorsitzende der *Linken* im Düsseldorfer Landtag, Wolfgang Zimmermann, Mitglied der *internationalen sozialistischen linken* (isl), zu den entschiedenen Befürwortern einer Koalition mit Sozialdemokraten (und Grünen).

Die Mitgliederzahl der *Roten Hilfe* (RH) stieg erneut an (Ende 2010: 5.400²²); das Verschwinden einer Festplatte mit Personaldaten aus der Geschäftsstelle in Göttingen wirkte sich offenbar nicht negativ aus.²³ Die Organisation war bemüht, eine möglichst breite Klientel (meist im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen) strafrechtlich belangter linker Aktivisten anzusprechen. Am „Tag der politischen Gefangenen“ wurde die „BRD als Akteur globaler Repression“ angeprangert und ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen „Repression“ und „Kapitalismus“ konstruiert: „Politisch können wir Repression nur bekämpfen, wenn wir die kapitalistischen Verhältnisse bekämpfen.“²⁴ Leser der Sonderausgabe der *Roten Hilfe* mussten den Eindruck gewin-

18 Vgl. VSB 2010, S. 147 f.

19 Vgl. ebd., S. 152.

20 Vgl. Interview mit Stefan Engel, in: Revolutionäre Fahne News vom 8. Dezember 2010, unter: http://www.rf-news.de/2010/kw49/Interview_Stefan_Engel_RF_49_2010.pdf (Stand: 15. Januar 2011).

21 Vgl. Björn Hengst, Die Rückkehr der roten Lucy, in: Spiegel Online vom 1. September 2010.

22 Vgl. VSB 2010, S. 156.

23 Vgl. Christian Jakob, Rote Hilfe hilflos, in: taz vom 19. Mai 2010.

24 Antirepressionsgruppe Hamburg, Die BRD als Akteur globaler Repression, in: „Tag der politischen Gefangenen“, Sonderausgabe der Roten Hilfe, Göttingen 2010, S. 8 f., hier S. 9.

nen, auch gewaltsamer Widerstand gegen „die kapitalistischen Verhältnisse“ sei grundsätzlich legitim, schloss die Organisation in ihre „Antirepressionsarbeit“ doch zahlreiche Fälle ein, in denen nachweisbar strafbare Handlungen begangen worden waren. Beispiel „Repression nach den Anti-Nato-Protesten“ vom April 2009: „Daniel: 6. April 2009 Schnellverfahren in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance). Tatvorwurf: Tragen einer Waffe der Kategorie 6 (Handbeil). Urteil: 3 Monate Haft auf Bewährung und 3 Jahre Einreiseverbot nach Frankreich (es wurde kein Widerspruch eingelegt).“²⁵

Ein großer Teil der von den Kriminalpolizeiamttern als linksextremistisch erfassten Straftaten ereignete sich am Rande von Demonstrationen. Dies erklärt den hohen Anteil der Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte (siehe Tab. 3). Auch Körperverletzungen wurden wie schon in den Vorjahren meist in diesem Zusammenhang verübt – in der Regel aus der Distanz (Stein-, Flaschenwurf etc.).²⁶ Die Zahl der gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr stieg – u.a. als Folge des Wiederauflebens der Proteste gegen Transporte mit atomarem Abfall („Castor schottern“²⁷). Ein erheblicher Teil der linksextremistisch motivierten Gewalttaten entfiel auf Konfrontationen mit dem politischen Gegner. Der Anteil der Gewalttaten von Linksextremisten

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2008-2010

	2008	2009	2010
Tötungsdelikte	3	7	4
Sprengstoffanschläge	0	4	5
Brandanschläge	62	113	81
Körperverletzungen	359	502	541
Raubüberfälle	13	23	15
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	238	444	260
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	24	18	34
Freiheitsberaubung	0	2	0
Erpressung	2	2	4
Gewalttaten insgesamt	701	1.115	944

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2009 und 2010.

25 Ortsgruppe Dresden, Zur Repression nach den Anti-Nato-Protesten, in: Ebd., S. 12.

26 Vgl. auch Matthias Mletzko, Gewaltthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2010, S. 9-16; Uwe Backes, Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention. 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010 in Erfurt, Erfurt 2011, S. 49-67.

27 Interventionistische Linke, Kampagne Castor Schottern, unter: <http://www.dazwischengehen.org/print/412> (15. Januar 2011).

gegen (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten stieg von rund 42 Prozent 2009 auf knapp 48 Prozent 2010. Auch hier überwogen die mit dem Demonstrationsgeschehen verbundenen Delikte.

Wie in vielen Jahren zuvor war der 1. Mai Höhepunkt des Straßenprotestes. Zu gewaltsamen Ausschreitungen kam es häufig am Rande friedlicher Kundgebungen gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten. In Berlin verliefen die Demonstrationen insgesamt friedlicher als erwartet. 7.370 Polizisten des Bundes und der Länder waren im Einsatz. 98 Personen wurden verletzt, 487 verhaftet. In Pankow konnten die Sicherheitskräfte den Zusammenstoß von Links- und Rechtsextremisten verhindern.²⁸ In Erfurt sahen sich rund 200 NPD-Anhänger mit dem Parteivorsitzenden Voigt an der Spitze ca. 800 Gegendemonstranten gegenüber, die ihnen den Weg versperrten. Trotzdem „suchten Autonome die direkte Konfrontation mit den in Richtung Hauptbahnhof abziehenden Rechtsextremisten. Es wurden zahlreiche Identitätsfeststellungen durchgeführt und Platzverweise erteilt. Zudem erfolgten einige Fest- und Ingewahrsamnahmen.“²⁹ In Rostock verhinderten knapp 2000 Polizisten, „dass die etwa 500 NPD-Anhänger mit Gegendemonstranten zusammentreffen konnten. Es kam dabei allerdings zu Verkehrsbehinderungen. Auch musste eine Zeitlang der Bahnverkehr zwischen Rostock und Warnemünde eingestellt werden. Unbekannte hatten vor dem Beginn der Demonstrationen eine Lärmschutzwand und ein Stoppelfeld in Brand gesetzt, so dass dichter Rauch entstand. 22 Personen wurden kurzfristig festgesetzt. Sie kamen sowohl aus dem NPD-Lager als auch aus der Gruppe der linken Gegendemonstranten.“³⁰ Besonders schwere Ausschreitungen gab es in Hamburg, wo gar keine rechtsextreme Demonstration stattfand. Im Anschluss an eine von der Sozialistischen Linken (SoL) angemeldete „Revolutionäre 1. Mai Demonstration: Kapitalismus zerschlagen!“ wurden Polizeibeamte angegriffen, Banken und Geschäfte im Schanzenviertel geplündert. Bei den Gewalttättern handelte es sich in vielen Fällen nicht um Personen, die organisierten Zusammenhängen zuzuordnen waren, sondern um „stark alkoholisierte Jugendliche und junge Erwachsene, vielfach mit Migrationshintergrund, ohne erkennbare politische Zielrichtung, für die offenbar der ‚Erlebnissfaktor‘ und nicht die Politik im Vordergrund stand.“³¹

Sofern die Gewalttäter Gruppenzusammenhängen zuzuordnen waren, stammten sie aus der (in sich heterogenen) Szene der *Autonomen*, denen in Hamburg rund 500 Personen zuzurechnen waren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ging bundesweit von rund 6.200 (2009: 6.100) Aktiven aus. *Autonome* Gruppen waren in den meisten Groß- und Universitätsstädten aktiv, untereinander aber aufgrund vorherrschender Organisationsweise meist nur lose verbunden. Das wichtigste Bindemittel bildeten überregional genutzte Printmedien („Interim“, „radikal“) und Internetforen (wie „Indymedia“). In

28 Vgl. „Neonazi-Aufmärsche und linksextreme Randale“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Mai 2010, S. 5.

29 Thüringer Innenministerium (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Erfurt 2011, S. 102.

30 „Neonazi-Aufmärsche und linksextreme Randale“ (FN 28).

31 Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2010, Hamburg 2011, S. 107 f.

Berlin mit der bundesweit stärksten Szene (Ende 2010 rund 950 Aktive) gewannen *Autonome Vollversammlungen* (AVV) an Bedeutung, deren Beispiel auf andere Länder ausstrahlte.³² Eine „Scharnierfunktion“ zwischen Autonomen und anderen linksextremen Szenezusammenhängen erfüllten Vereinigungen wie die bundesweit vernetzte *Interventionistische Linke* (IL) und das in Norddeutschland verbreitete *AVANTI – Projekt undogmatische Linke* (AVANTI).³³

Die in der Szene über die Jahre mit Unterbrechungen und Wiederholungen geführte Militanzdebatte erhielt im Jahr 2010 neue Brisanz. Eine im Untergrund kursierende 80-seitige Broschüre („prisma“) enthielt Anleitungen für Anschläge und Sabotageaktionen. Die anonymen Verfasser beschrieben den Bau von Brandsätzen mit Zeitzündern, die Konstruktion von Hakenkrallen zum Anhalten von Zügen sowie das Vorgehen beim Umsägen von Strommasten. Mehrere Kapitel erläuterten die Fahndungsmethoden der Polizei und gaben Empfehlungen, wie Spuren zu vermeiden und Observanten abzuschütteln seien.³⁴ Die Polizei ermittelte und durchsuchte u.a. Szene-Buchläden und -Treffpunkte. Dies wiederum veranlasste *Revolutionäre Aktionszellen* (RAZ), die unter diesem Namen seit Ende Dezember 2009 mehrfach mit Anschlägen in Erscheinung getreten waren³⁵, zum Handeln. Die „Kette von staatlichen Übergriffen“ dürfe nicht widerstandslos hingenommen werden: „Unsere Signalsetzung gestaltete sich in der Nacht zum 18.11.10 wie folgt: Eine Zelle unseres Gruppenzusammenhangs hat sich nach ausführlicher Ab- und Aussprache ein Herz gefasst und zwei zeitverzögerte Brandsätze an der vorderen Fensterfront der Bundesakademie für Verwaltung in der Bundesallee in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf deponiert. Diese Einrichtung des Bundesministeriums des Innern (BMI) unter der Regentschaft von Thomas de Maizière ist Teil des institutionellen Geflechts der Repressions- und Ideologieapparate des Klassenstaates BRD. Unseren Angriff gegen eine zentrale Verwaltungseinheit des BMI stellen wir darüber hinaus in den direkten Zusammenhang der Mobilisierung gegen die zeitgleich stattfindende Innenministerkonferenz in Hamburg.“ Die „Aktionszelle“ erläuterte ihr Vorgehen im (ironischen) Rückgriff auf Marx und Engels, deren Lehrsätze nicht allzu ernst genommen wurden. Es füge sich „generell in unsere sozialrevolutionäre und antiimperialistische Linie im Kampf für den Kommunismus nahtlos ein“.³⁶

Unter militanten Linksautonomen galten die Anschläge der RAZ überwiegend als wichtiger Beitrag zum „revolutionären Aufbauprozess“. Die vorgetragenen Bedenken waren eher technischer und taktisch-strategischer Natur. So kritisierte eine Gruppe die Art des Einsatzes von Gaskartuschen (Szenejargon: Gasaki). Sie sollten künftig nicht

32 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 91-93.

33 Vgl. VSB 2010, S. 129-132.

34 Vgl. „Untergrund-Broschüre gibt Tipps für Anschläge“, in: Spiegel Online vom 5. Juni 2010.

35 Vgl. Communiqué der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) vom 2. Juni 2010, unter: <http://radikalrl.wordpress.com/2010/06/02/kommunique-der-revolutionaren-aktionszellen-raz/> (20. Dezember 2010).

36 Communiqué der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) vom 18. November 2010, unter: <http://radikalrl.wordpress.com/2010/11/18/kommunique-der-revolutionaren-aktionszellen-raz-2/> (20. Dezember 2010).

außerhalb, sondern innerhalb von „wirtschaftsgebäuden und ämtern“³⁷ zum Einsatz kommen, um das Entdeckungsrisiko infolge des erzeugten Feuerscheins zu verringern. Auch bestehe die Gefahr, dass „ein aktivbürger beim löschversuch schwer verletzt wird“. Erlaubt sei dagegen der „direkte angriff auf die schweine“, also Repräsentanten der Staatsmacht. Polizei-Streifen „in sozialen Brennpunkten sollten immer in der angst leben müssen, opfer eines hinterhalts zu werden“. Direkte Angriffe auf Polizeistationen („angreifen von schweineställen“) galten als Übung „für den späteren angriff auf die institutionen dieses staates“. Dabei seien die „politischen verantwortlichen“ stärker einzubeziehen. Man müsse zeigen, dass „wir bereit sind und im falle von veränderten mehrheiten auch andere mittel einsetzen könnten, um zuzuschlagen. [...] mit entschlossenheit und ernsthaftigkeit werden wir den schweinen endgültig den gar aus [!] machen.“³⁸

3. Rechtsextremismus

Trotz angespannter Finanzlage, abnehmender Erfolgchancen bei Wahlen, sinkender Mitgliederzahlen und starker sozialer Gegenmobilisierung blieb die NPD-Bundesführung mangels überzeugender Alternativen im Berichtsjahr fest im Sattel. Der Tod des Rechtsanwalts Jürgen Rieger, der stets für einen engen Schulterschluss mit „Freien Kräften“ eingetreten war, schien jene gestärkt zu haben, die eine strategische Orientierung an erfolgreichen Rechtsaußenparteien wie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) empfahlen. Eine Strategiekonferenz im Januar stärkte den von Seiten der sächsischen Landtagsfraktion propagierten (jedoch keineswegs konsequent praktizierten) Weg jenseits von „unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehebe“.³⁹ Diesem Ziel diene die Präsentation als „soziale Heimatpartei“⁴⁰ im neuen NPD-Grundsatzprogramm, das der Bundesparteitag in Bamberg (4./5. Juni 2010) beschloss. Es löste das Programm aus dem Jahr 1996 ab, führte es jedoch im Wesentlichen inhaltlich fort. Im Zentrum blieben die Klage über die „ethnische Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung“ und das Plädoyer für die Wiederherstellung einer ethnisch intakten „Volksgemeinschaft“⁴¹ mit der Familie als „Trägerin des biologischen Erbes“⁴² und einer am „heimischen Lebensraum“ orientierten „raumorientierten Volkswirtschaft“.⁴³ Das Programm hob zwar im Sinne des Ethnopluralismus die „Vielfalt der Völker als Träger der Kulturen“⁴⁴ hervor, argumentierte

37 Eine gruppe aus den autonomen gruppen, in: Interim, Nr. 706/2010 (März/April), S. 706.

38 Ebd., S. 707.

39 Robert Scholz, NPD-Strategiekonferenz: Die NPD und ihr weiter Weg zur Harmonie, in: Endstation rechts vom 18. Januar 2010.

40 NPD (Hrsg.), Arbeit, Familie, Vaterland. Das Parteiprogramm der NPD, Berlin 2010, S. 5.

41 Ebd.

42 Ebd., S. 7.

43 Ebd., S. 9.

44 Ebd., S. 6.

aber strikt nationalstaatlich, lehnte den Multikulturalismus entschieden ab, erwähnte Ausländer nur in pejorativen Zusammenhängen (wie Ausländerkriminalität) und wies jegliche Form der Integration im Interesse einer „Erhaltung der deutschen Volkssubstanz“⁴⁵ zurück. Dabei verzichtete es auf nähere Erläuterungen zu den Methoden der „Ausländerrückführung“ unter Einschluss von „Passdeutschen“ (wie in früheren programmatischen Dokumenten und internen Funktionärsanweisungen⁴⁶). Ungeachtet dessen handelte es sich um ein völkisch-rassistisches Programm auf ethnopluralistischer Grundlage, das trotz seiner sozialpolitischen Ansätze (Kapitalismuskritik, umfassende soziale Sicherungen für Deutsche bei strenger Exklusion von Nicht-Deutschen) kaum geeignet erschien, einen Prozess der Öffnung einzuleiten, um Akzeptanz bei breiteren Wählerschichten zu erlangen.

Diesem Ziel diene u.a. die Fusion mit der *Deutschen Volksunion* (DVU), über die seit der Auflösung des „Deutschlandpakts“ im Jahr 2009 spekuliert worden war. Im Vorfeld des Parteitags kündigte der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt das Vorhaben offiziell an. In Bamberg sprach sich dann auch der neue DVU-Chef Matthias Faust für eine Verschmelzung beider Parteien aus. Auf einer Pressekonferenz kündigten die Parteivorsitzenden Mitgliederbefragungen an, um „den Weg für dieses historische Ereignis“⁴⁷ zu ebnen. Bereits zwei Monate darauf konnte die NPD-Leitung das Ergebnis der Mitgliederbefragung mitteilen. 92,5 Prozent der NPD-Mitglieder hätten sich zugunsten der Fusion ausgesprochen. Bei der DVU seien es 91 Prozent.⁴⁸ Auf einem eigens einberufenen Bundesparteitag in Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt) votierten rund 93 Prozent der Delegierten am 6. November für den inzwischen ausgehandelten Verschmelzungsvertrag und die Fusion mit der DVU. DVU-Chef Faust wurde mit 160 von 201 abgegebenen Stimmen zum dritten stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, der Parteivorstand darüber hinaus um die DVU-Vorstandsmitglieder Ingmar Knop (177 Stimmen) und Heiner Höving (157 Stimmen) erweitert.⁴⁹

Während die Fusion mit der DVU beim aktionistischen Flügel der NPD zwar wenig Begeisterung auslöste, aber auch keinen Widerstand provozierte, erwies sich das Vorhaben bei der DVU als schwierig und kontrovers. Ein Haupthindernis beseitigte der ehemalige Parteivorsitzende Gerhard Frey im Oktober 2010, als er der DVU eine Spende in Höhe von 1.030.898,97 Euro zukommen ließ⁵⁰ und sie damit von der Schuldenlast

45 Ebd., S. 12.

46 Vgl. Uwe Backes, Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich; Steffen Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, beide in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007, S. 301-316, 337-353.

47 NPD-Wochenbrief, Sonderausgabe Parteitag, unter: http://www.npd-wochenbrief.de/aktuell/Ausgabe_46.html (22. Juni 2010). Siehe zum Fusionsprozess auch die Beiträge von Marc Brandstetter und Lars Normann in diesem Band.

48 Vgl. NPD-Wochenbrief, Nr. 49 vom 13. August 2010.

49 Vgl. NPD-Wochenbrief vom 13. November 2010 (Sonderausgabe Parteitag).

50 Vgl. Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen, in: *Deutscher Bundestag*, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/3602 vom 2. November 2010.

Tabelle 4: Rechtsextreme Organisationen, 2008-2010

	2008		2009		2010	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
„Subkulturelle“	2	9.500	1	9.000	1	8.300
Neonationalsozialisten	87	4.800	132	5.000	153	5.600
NPD		7.000		6.800		6.600
DVU		6.000		4.500		3.000
Sonstige	65	3.800	60	2.500	63	2.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2009 und 2010.

befreite, die andernfalls von der – finanziell selbst angeschlagenen – NPD hätte getragen werden müssen. Allerdings reduzierte der Schuldenerlass nicht den Widerstand gegen das Fusionsprojekt, das der amtierende DVU-Chef Faust mit Unterstützung im Bundesvorstand, jedoch ohne förmliches Mandat betrieb. Vor allem die Landesverbände in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein stellten sich quer und überzogen die Bundesführung, die im Fusionsprozess zahlreiche Formfehler beging, mit juristischen Verfahren. Diese konterte ihrerseits, so dass die an Mitgliedern weiter einbüßende Partei (Ende 2010: 3.000) ein desolates Bild bot. Zum Jahresende waren „von den im Verzeichnis des Bundeswahlleiters aufgeführten ehemals 15 Mitgliedern des Bundesvorstands nur noch acht im Amt.“⁵¹ Ob der Fusionsprozess juristisch durchzuführen war, schien am Jahresende ungewiss.

Trotz der unrühmlichen Begleiterscheinungen erhöhten die Fusionsbestrebungen bei den bei Wahlen anhaltend erfolglosen *Republikanern* (REP) den innerparteilichen Druck in Richtung auf eine breitere Sammlung der Potentiale am rechten Flügel des politischen Spektrums. Nicht die NPD, sondern die in Nordrhein-Westfalen starke *Pro-Bewegung* wurde an der Basis als potenzieller Bündnispartner gehandelt. Besonders viele Befürworter hatte dieser Kurs in Rheinland-Pfalz, wo der Landesvorsitzende Stefan Stritter auf Gespräche mit *Pro NRW* drängte. Zu heftigen Auseinandersetzungen in dieser Frage kam es auf dem REP-Bundesparteitag in Hamm am 27. März 2010, wo sich der amtierende Vorsitzende Rolf Schlierer zwar durchsetzen konnte (Wiederwahl mit 93 von 161 Delegiertenstimmen), dies aber mit seiner bisherigen Ablehnung von Gesprächen mit der *Pro-Bewegung* erkaufen musste.⁵² Der neue Bundesvorstand (mit Stritter als einem der Stellvertreter) erhielt den Auftrag, „Gespräche und Verhandlungen mit anderen Parteien und Gruppierungen mit dem Ziel zu führen, kurzfristig die Zusammenarbeit zu intensivieren und die Möglichkeiten von Fusionen auszuloten.“⁵³ Ende Mai 2010 trafen sich die Spitzen von REP und *Pro-Bewegung* zu einem ersten Sondierungsgespräch. Die

⁵¹ Vgl. VSB 2010, S. 86.

⁵² Vgl. Hinrich Rohbohm, Schlierers letzte Chance, in: Junge Freiheit vom 2. April 2010.

⁵³ „Neuer Bundesvorstand richtet den Blick nach vorn“, in: Neue Republik, Nr. 4/2010 (Mai), S. 3.

Zeit sei reif „für eine konservative und freiheitliche Partei, die sich von ultrarechten Positionen abgrenze“⁵⁴, hieß es anschließend in einer REP-Pressemitteilung. Weitere Treffen folgten. Anfang November veröffentlichten die Parteivorsitzenden Schlierer und Markus Beisicht (*Pro NRW*) eine „Stuttgarter Erklärung“. „Spätestens zur Europawahl 2014“ wolle man „in neuer Formation“ bundesweit antreten. Andere „rechtsdemokratische und verfassungskonforme“⁵⁵ Organisationen seien eingeladen, sich dem Bündnis anzuschließen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz äußerte Zweifel an der Verfassungstreue der *Pro-Bewegung*. Mit Berufung auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom Februar 2010 hieß es, die Bekenntnisse von *Pro NRW* zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung seien „ersichtlich unglaubwürdig und taktisch bedingt. [...] Getarnt in einem bürgerlichen Gewand und hinter einem unverfänglichen Namen – Bürgerbewegung – versucht sie bewusst, Ängste vor Überfremdung zu schüren und darüber ihre antidemokratische und ausländerfeindliche Ideologie zu transportieren.“⁵⁶

Weder *Pro NRW* noch REP pflegten Kontakte zu militanten Szenen. Hingegen war die NPD eng mit NS-affinen Gruppierungen verflochten. Dies galt besonders, aber nicht nur für die östlichen Länder. Ein Beispiel in Nordrhein-Westfalen bot die Kameradschaft Aachener Land (KAL), die im Jahr 2002 im Umfeld des Aachener NPD-Kreisverbandes entstanden war, personelle Verflechtungen zur NPD aufwies und die Partei bei Wahlkämpfen unterstützte. Zwei aus dem Umfeld der KAL stammende Aktivisten

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2008-2010

	2008	2009	2010
Tötungsdelikte	6	6	6
Sprengstoffanschläge	0	0	2
Brandanschläge	29	18	29
Körperverletzungen	893	738	638
Raubüberfälle	10	16	7
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	93	101	73
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	4	4	4
Freiheitsberaubung	1	3	0
Erpressung	4	5	3
Gewalttaten insgesamt	980	891	762

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2009 und 2010.

54 „Schulterschluss der demokratischen Rechten“, in: REP-Pressemitteilung, Nr. 34 vom 31. Mai 2010.

55 „Republikaner und Pro NRW wollen gemeinsam zur Europawahl 2014 antreten“, in: REP-Pressemitteilung, Nr. 79 vom 8. November 2010.

56 Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Düsseldorf 2011, S. 1.

verurteilte das Landgericht Aachen im Februar 2011 zu Haftstrafen auf Bewährung, weil sie zur 1.-Mai-Demonstration in Berlin selbstgefertigte Sprengsätze mitgenommen hatten, die im Falle eines Einsatzes zu schweren Verletzungen hätten führen können.⁵⁷

Im Jahr 2010 registrierte die Kriminalpolizei im Rahmen des Erfassungssystems Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) insgesamt 762 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.⁵⁸ Wie in den Vorjahren entfiel ein Großteil der Delikte auf Körperverletzungen (rund 85 Prozent), in aller Regel ohne vorherige Planung und oft unter dem Einfluss von Alkohol verübt. Die Täter ließen sich meist nur losen Cliquen-Strukturen zuordnen. Dem gemeinschaftlichen Musikkonsum (mit bevorzugten Stilrichtungen wie Rap, Black Metal, Hatecore) kam nach wie vor überragende Bedeutung zu. Die Zahl der von den Verfassungsschutzbehörden registrierten Konzerte mit rechtsextremistischen Bezügen (128) entsprach nahezu der des Vorjahres. Das mit den meisten Besuchern fand am 21. August 2010 in Eschede (Niedersachsen) „auf dem Grundstück eines bekannten Rechtsextremisten statt. Dort traten die deutschen rechtsextremistischen Bands ‚Sturmtrupp‘, ‚Sturmwehr‘, ‚12 Golden Years‘, ‚Oidoxie‘, ‚Strongside‘, ‚Alte Schule‘ und die schwedische Formation ‚Endless Pride‘ vor über 600 Besuchern auf.“⁵⁹ Der schon im Jahr 2009 erkennbare Trend setzte sich fort: Während die Zahl der „subkulturellen Rechtsextremisten“ (im Vorjahr statistisch als „gewaltbereite Rechtsextremisten“ erfasst) auf rund 8.300 zurückging (u.a. als Folge des Bedeutungsverlusts der Skinheads), stieg die der NS-affinen „Kameradschaften“ und „Freien Kräfte“ auf rund 5.600 Personen an. Hierzu zählten die weiter an Bedeutung gewinnenden *Autonomen Nationalisten*, die linke Outfits und Protestformen adaptierten und bei Demonstrationen zu gewaltsamem Vorgehen neigten.

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Im Bereich des politisch-religiösen Fundamentalismus bildeten die nach einem Gottesstaat strebenden Islamisten wie in den Vorjahren die bei weitem bedeutendste Erscheinung. Islamische Extremisten stellten unter den Muslimen eine kleine, wiewohl sehr aktive, Minderheit dar. Sie waren zudem untereinander vielfach zerstritten und meist auf die Konfliktherde ihrer Heimatländer fixiert. Obwohl es sich überwiegend um ein durch Immigration entstandenes, vom autochthonen politischen Spektrum isoliertes Phänomen handelte, stieg die Bedeutung von Konvertiten in radikalisierten Gemeinschaften. Das galt besonders für den Bereich des internationalen jihadistischen Terrorismus, von dem – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz der Bundeswehr in Afghanistan – nach Einschätzung der Behörden die größte Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland ausging.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 85, 233.

⁵⁸ Vgl. VSB 2010, S. 28.

⁵⁹ Ebd., S. 90.

Im August 2010 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen drei deutsche Staatsangehörige (den 21-jährigen Alican T., den 28-jährigen Filiz G. und den 31-jährigen Fatih K.) wegen Unterstützung der *Islamischen Jihad Union* (IJU), der *Deutschen Taliban Mujahideen* (DTM) und *Al Qaida*. Die Angeklagten hätten den im Ausland operierenden Terrororganisationen finanzielle Mittel zukommen lassen und sie im Internet propagandistisch unterstützt.⁶⁰ Werbung für Jihadisten im Internet lautete der Vorwurf auch im Falle von acht meist jugendlichen Aktivisten, gegen die im Oktober 2010 Anklage erhoben wurde. Sie hätten als Mitglieder der *Globalen Islamischen Medienfront* (GIMF) Blogs und Internetforen betrieben. Der Angeklagte Renee Marc S. hatte darüber hinaus versucht, „sich am gewaltsamen ‚Jihad‘ von Al Qaida zu beteiligen.“ Er war im Mai 2007 über Istanbul nach Teheran gereist, um „mit der Hilfe eines Schleppers in ein Ausbildungslager“ weiterzureisen. Der Kontakt kam allerdings nicht zustande, so dass er „wenige Tage später unverrichteter Dinge die Heimreise nach Deutschland“⁶¹ antrat.

Unterstützer internationaler Jihadisten und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen bildeten unter den von den Verfassungsschutzbehörden erfassten Extremisten islamistischer Orientierung eine verschwindende Minderheit. Die Ende 2010 auf 37.470 veranschlagten Mitglieder islamistischer Vereinigungen beachteten in ihrer großen Mehrheit die Grenzen der Legalität. Mit knapp 31.370 Personen überwogen unverändert Islamisten türkischer Herkunft.⁶²

Zu diesem Segment zählte der in Frankfurt am Main ansässige Verein *Internationale Humanitäre Hilfsorganisation* (IHH), den der Bundesminister des Innern mit Verfügung vom 23. Juni 2010 verbot. Die IHH unterstütze „unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe“ seit langem und „in beträchtlichem finanziellen Umfang im Gaza-Streifen ansässige so genannte Sozialvereine, die der HAMAS zuzuordnen sind. Die HAMAS übt Gewalttaten gegenüber Israel und israelischen Staatsbürgern aus und beeinträchtigt dadurch die friedliche Verständigung des israelischen und palästinensischen Volkes. Sie negiert schon von ihrer Satzung her das Existenzrecht Israels und fördert den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen und religiösen Ziele. Die HAMAS wirkt in aggressiv-kämpferischer Weise darauf hin, Angehörige und Institutionen des Staates Israel auch unter Einsatz von terroristischen Mitteln zu bekämpfen, ihnen Schaden zuzufügen und weitere Gewalt hervorzurufen.“⁶³

Dem Verbot vorausgegangen waren Ermittlungen infolge einer Strafanzeige eines Geldinstituts wegen des Verdachts der Geldwäsche. Besondere Brisanz gewann der Fall durch die enge personelle und strukturelle Verflechtung der IHH mit der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), der mit rund 30.000 Mitgliedern und 323 Moschee-

60 Vgl. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 21 vom 25. August 2010.

61 Ders., Pressemitteilung Nr. 28 vom 19. Oktober 2010.

62 Vgl. VSB 2010, S. 177.

63 Aus der Erklärung des Bundesinnenministers zum Verbot, unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/07/vereinsverbot.html> (12. August 2010).

und Kulturvereinen in Deutschland größten türkisch-islamistischen Vereinigung.⁶⁴ Als Vorsitzender der IHH fungierte Mustafa Yoldas, ein „langjähriger Funktionär der IGMG und Vorsitzender der ‚SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.‘“.⁶⁵ Die enge Kooperation zwischen IGMG und IHH kam u.a. durch regelmäßige Spendenaufrufe der IHH in der IGMG-Tageszeitung „Millî Gazete“ zum Ausdruck. Mehrfach hatten die Vereinigungen bei der Unterstützung palästinensischer Organisationen im Gaza-Streifen zusammengearbeitet. So waren im Juli 2009 „als Zeichen der Solidarität mit der Gaza-Aktion des türkischen Handelsschiffes ‚Mavi Marmara‘ [...] Spendengelder aus dem IGMG-Ortsverein Aalen über die IHH e.V. nach Palästina geleitet“⁶⁶ worden. Der IHH-Vorsitzende Yoldas übte auf der IGMG-Homepage heftige Kritik am Verbot seiner Organisation. Es handele sich um einen „unglaublichen Akt staatlicher und politischer Willkür“. Der Bundesinnenminister habe es sich offenbar zur Lebensaufgabe gemacht, „alles um die IGMG herum zu kriminalisieren und zu marginalisieren.“⁶⁷ Er kündigte eine Klage gegen das Verbot an.

Tabelle 6: Islamistische Organisationen, 2008-2010

	2008	2009	2010
IGMG	27.500	29.000	30.000
MB	1.300	1.300	1.300
Hizb Allah	900	900	900
HAMAS	300	300	300
Tablighi Jama'at	700	700	700
Gesamtmitgliederzahl	34.720	34.720	37.470

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2009 und 2010.

Die unverändert auf ca. 300 Personen geschätzten Anhänger der „Islamischen Widerstandsbewegung“ *HAMAS* in Deutschland widmeten sich der Unterstützung der Organisation im Gaza-Streifen. Bereits im Jahr 2002 war in diesem Zusammenhang der Verein *Al Aqsa e.V.* verboten worden.⁶⁸

Auch die rund 900 Anhänger der schiitisch-islamistischen *Hizb Allah* entwickelten in Deutschland kaum eigenständige Aktivitäten und konzentrierten sich auf die Unterstützung der schiitisch-fundamentalistischen, aggressiv-antiisraelisch agierenden Mutterorganisation im Libanon. An der Kundgebung zum „al-Quds“-Tag, der alle Muslime

64 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2010, S. 224.

65 „Verbot der ‚Internationalen Humanitären Hilfsorganisation e.V.‘ (IHH e.V.)“, unter: <http://www.verfassungsschutz-bw.de> (18. August 2010).

66 Ebd.

67 „IHH-Verbot. Yoldas verurteilt ‚unglaublichen Akt staatlicher und politischer Willkür‘“, unter: <http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/2011/05/26/ihh-verbot-yoldas-verurteilt-unglaublichen-akt-staatlicher-und-politischer-willkuer.html> (18. August 2010).

68 Vgl. VSB 2010, S. 215 f.

an die Pflicht zur Befreiung Jerusalems erinnern soll, beteiligten sich in Berlin rund 500 Personen, die Parolen wie „Zionisten sind Faschisten“ skandierten. Die Zahl der proisraelischen Gegendemonstranten war in etwa gleich groß.⁶⁹

Die Anhänger der verbotenen Vereinigung *Hizb ut-Tahrir* (unverändert rund 300 Anhänger Ende 2010) strebten nach einem neuen Kalifat und wirkten in Deutschland vor allem durch ihre Internetpräsenz.⁷⁰ Die rund 700 Anhänger der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung *Tablighi Jama'at* (TJ) diene nach dem Urteil der Verfassungschutzbehörden als jihadistischer „Rekrutierungspool“. ⁷¹ TJ-Stützpunkte existierten in Berlin, Bochum, Friedrichsdorf (Hessen), Hamburg, Hannover, Köln, München und Pappenheim (Bayern).

Die *Nordkaukasische Separatistenbewegung* (NKSb) blieb in die *Tschetschenische Republik Itschkeria* (CRI) und das *Kaukasische Emirat* gespalten. Die Zahl der in Deutschland gewaltfrei agierenden Unterstützer veranschlagten die Verfassungschutzbehörden auf insgesamt rund 500.⁷²

5. Vergleich und Ausblick

Islamistische ebenso wie rechts- und linksextreme Gewalttäter bedrohten 2010 wie im Vorjahr die innere Sicherheit Deutschlands, stellten im politischen Kräftefeld jedoch nur marginale Größen dar. An den Flügeln des politischen Spektrums dominierten wahlpolitisch-legalistische Formationen. Im politischen Raum jenseits von SPD und Bündnisgrünen nahm das politische Gewicht der *Linken* weiter zu. Der wahlpolitische Erfolgskurs konnte allerdings nicht über die innere Zerrissenheit der Partei hinwegtäuschen. „Reformer“ und „Dogmatiker“, mehr oder weniger systemloyale und offen -illoyale Kräfte rangen um Vorherrschaft. Durch ihren wildwüchsigen Pluralismus im Inneren gewann die Partei linksaußen an Integrationskraft, büßte jedoch zugleich an Glaubwürdigkeit und Bündnisfähigkeit gegenüber der gemäßigten Linken ein. Am anderen Ende des politischen Spektrums befand sich die NPD in einem ähnlichen strategischen Dilemma: Sie erkaufte ihre Integrationskraft nach rechtsaußen (in diesem Fall militanten Szenen) mit reduzierter Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit. Darüber konnte der Fusionsprozess mit der „Phantompartei“ DVU nicht hinwegtäuschen.

Mit Blick auf das Jahr 2011 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die *Linke* ihre Erfolgsserie im westlichen Deutschland fortsetzen und auch auf nationaler Ebene zum erklärten Bündnispartner von SPD und Bündnisgrünen avancieren? Oder war mit Rückschlägen und eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen den heterogenen in-

69 Vgl. „Radau bei Protesten“, in: taz vom 6. September 2010.

70 Vgl. VSB 2010, S. 214 f.

71 Ebd., S. 239.

72 Vgl. ebd., S. 240 f.

nerparteilichen Strömungen zu rechnen? Würde die NPD die Fusion mit der DVU zum Abschluss bringen und ihre Stellung als erfolgreichste wahlpolitische Formation rechts-außen behaupten? War mit einem weiteren Anwachsen der Konfrontationsgewalt zu rechnen? Und schließlich: Könnte der internationale Terrorismus die innere Sicherheit in Deutschland schwerwiegend beeinträchtigen?

Dokumentation 2010

Transnationale Trotzlisten: Die SAV im vernetzten Kampf gegen den Kapitalismus

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 in Frankfurt am Main gegründet und trug bis ins Jahr 2002 hinein den Namen „Sozialistische Alternative – Voran“. Die SAV hat eigenen Angaben zufolge rund 400 Mitglieder und zählt damit zu den einflussreichsten trotzkistischen Vereinigungen in Deutschland. Sie versteht sich zugleich als deutsche Sektion des internationalen, in London ansässigen Dachverbands „Committee for a Worker's International“ (CWI). Ihrem Statut gemäß definiert sich die SAV als „revolutionäre, sozialistische Organisation, die sich in den Traditionen der Ideen von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht versteht“. Ihr Hauptziel liegt in der „Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ und in dem „Aufbau einer sozialistischen Demokratie“.¹ Diesen leitenden Grundvorstellungen ist auch das hier dokumentierte Flugblatt gewidmet.

Die kleinste organisatorische Grundeinheit ist die Ortsgruppe; es folgen Stadt- und Regionalverband sowie die Bundeskonferenz als höchstes Organ der SAV. Die Sozialistische Alternative bekennt sich zum Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, um eine „handlungs- und kampffähige Organisation“ zu schaffen. Dies erfordere die „gemeinsame und disziplinierte Umsetzung von Beschlüssen und die Unterordnung der Minderheit unter Mehrheitsentscheidungen“.² Allerdings lehnt die SAV den „bürokratischen Zentralismus“ stalinistischer Provenienz, wie es im Statut heißt, strikt ab und räumt ihren Mitgliedern Minderheitenschutz und sogar das Recht zur Fraktionsbildung ein.³ Überhaupt fügt sich die Vereinigung in die „Tradition des Kampfes gegen den Stalinismus“ ein. Dieser habe keinen Sozialismus dargestellt, ebenso wenig wie die „bürokratischen Planwirtschaften“ bislang. Insofern bleibt nach Auffassung der SAV das „revolutionäre“ Streiten für einen wahrhaftigen Sozialismus, eine „sozialistische Demokratie“, aktuell.⁴

Wie für trotzkistische Organisationen üblich verfolgt die SAV eine entristische Strategie, die auf das Engagement in Parteien, Gewerkschaften und anderen Gruppierungen

1 Statut der Sozialistischen Alternative in der Beschlussfassung der 12. Bundeskonferenz im Januar 2010, Berlin 2010, S. 3, unter: <http://www.sozialismus.info/m/2010-statut.pdf>.

2 Ebd., S. 7.

3 Vgl. ebd., S. 7 f.

4 Ebd., S. 3 f.

(auch im demokratischen Spektrum) zielt, um so gleich eingebunden wie „getarnt“ politischen Einfluss auszuüben. Die SAV beteiligte sich an örtlichen Wählergemeinschaften und Wahlbündnissen. Bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern errang sie 2004 so einen Sitz in der Rostocker Bürgerschaft. Über WASG-Listen gelangten bei den Wahlen vom September 2006 SAV-Mitglieder in drei (Ost-)Berliner Bezirksverordnetenversammlungen. Die Berliner SAV-Aktivistin Lucy Redler stieg im Jahr 2006 sogar in den Landes- und dann auch den Bundesvorstand der WASG auf. Als Gegnerin einer Fusion mit der Linkspartei.PDS bildete sie 2007 zwischenzeitlich als Reaktion auf die Verschmelzung beider Parteien die regionale Abspaltung „Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr“ (BASG). Ab Herbst 2008 bemühte sich Redler jedoch um die Aufnahme in die Partei Die Linke, um sie nach links zu rücken und marxistische Initiativen in ihr zu stärken. Nach einigem Hin und Her in der Unvereinbarkeitsdebatte wurde ihr und dem weiteren SAV-Bundessprecher Sascha Stanicic am 1. September 2010 der Eintritt in die Partei Die Linke durch deren Bundesschiedskommission gewährt.⁵

Damit stärkt die in die Linke integrierte SAV den radikal linken Flügel der Partei. Ungeachtet der Einbindung in die Partei Die Linke setzt die SAV weiterhin auf antiparlamentarische Protestformen. So beteiligte sie sich an den Aktionen rund um „Stuttgart 21“ und an diversen „Anti“-Bestrebungen, ob „Anti-Sarrazin“, „Anti-Atomkraft“, „Anti-Globalisierung“ oder verschiedenen „Antifa“-Initiativen. Die Sozialistische Alternative verbreitet ihre politischen Anliegen vor allem über ihre Zeitung *Solidarität – Sozialistische Zeitung*, ihre Internetseite www.sozialismus.info und diverse Flugblattaktionen. Neben spezifisch deutschen Themen finden sich im Grundsätzlichen große Überschneidungen mit den Forderungen des Londoner CWI, wie sie sich auf der Website „socialist-world.net“ abbilden. Die SAV ist die bedeutendste deutsche Gruppe innerhalb eines breit aufgestellten transnationalen trotzkistischen Netzwerks, das von den weltweiten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den vergangenen Jahren profitiert haben dürfte.

2. Dokumentation

Kapitalismus abschaffen – Sozialismus erkämpfen
Mach mit bei der SAV!
[Flugblatt vom Oktober 2010]

Wie sieht unsere Zukunft aus?

Arbeitslosigkeit, Armut, Bildungsmisere, Rassismus, Nationalismus, Umweltzerstörung, Kriege – die Probleme und Gefahren werden nicht kleiner, sondern größer; nicht nur in Deutschland, sondern global.

5 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 155.

Was ist die Ursache? Fast die gesamte Welt funktioniert heute nach den Gesetzen des Kapitalismus. Es ist das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das unsere Zukunft bedroht. Darum stellt sich die Frage: Kann man dieses System reparieren, reformieren, in die Schranken weisen? Oder muss man es abschaffen?

Schluss mit dem Profitsystem

Heute besteht ein noch nie da gewesener gesellschaftlicher Reichtum. Der technische Fortschritt ist gigantisch. Dennoch wird keines der aktuellen Probleme gelöst. Das liegt nicht an einzelnen Fehlern im System. Nein, dieses System selber ist der Fehler.

Das Grundprinzip des Kapitalismus lautet: Produktion für den Profit statt für die Bedürfnisse von Mensch und Natur. Es wird zwar gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Jedes Unternehmen plant seine Produktion bis ins Detail, aber die Produktion aller Betriebe, Konzerne, Volkswirtschaften verläuft anarchisch, jeder gegen jeden. Die Folgen sind irrsinnige Widersprüche und regelmäßig wiederkehrende Krisen, wie die jüngste Weltwirtschaftskrise – die in ihrer Dramatik an die Große Depression von 1929-33 erinnert.

Die Kapitalisten selber sind Gefangene ihres Systems. Daraus resultiert ihre Hilflosigkeit, die Probleme zu lösen, selbst wenn diese die Grundlagen ihrer Gesellschaftsordnung bedrohen – wie die Klimakatastrophe.

Es gibt eine Alternative zum Kapitalismus

Es kann keinen sozialen, friedlichen, umweltschonenden Kapitalismus geben. Der Kampf gegen jedes einzelne der bestehenden Probleme muss deshalb verbunden werden mit dem Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus.

Die Alternative heißt Sozialismus – eine Gesellschaft frei von Konzernherrschaft, Konkurrenzkampf und Profitstreben.

In der DDR gab es keinen Tag Sozialismus

Die Ostblock-Staaten oder China waren keine sozialistischen Länder. Es gab überhaupt noch kein einziges sozialistisches Land auf diesem Planeten.

Russland war das erste Land der Welt, in dem – im Jahr 1917 – der Kapitalismus gestürzt werden konnte. Im Anschluss daran kam es in halb Europa zu revolutionären Erhebungen, darunter auch in Deutschland 1918. Diese Aufstände wurden jedoch alleamt niedergeschlagen. Die Isolation der Sowjetunion, noch dazu in einem rückständigen Land, bildete den Ausgangspunkt für den Aufstieg der stalinistischen Bürokratie. Alle Länder, in denen später der Kapitalismus abgeschafft wurde, entwickelten sich unter dem Einfluss und nach dem Vorbild des Moskauer Regimes.

Der Kapitalismus war in diesen Staaten zwar abgeschafft, es existierten Staatseigentum und Planwirtschaft, aber es gab keine Demokratie – stattdessen hatte eine privilegierte, abgehobene Clique das Sagen. Eine geplante Wirtschaft braucht jedoch Demokratie, wie der Mensch die Luft zum Atmen.

Für eine sozialistische Demokratie

Kein Mensch kann heute allein produzieren, was er zum Leben braucht. An der Herstellung selbst einfacher Dinge sind viele Menschen auf die eine oder andere Weise beteiligt. Weil die Menschen gemeinsam produzieren, sollen ihnen auch die Produktionsmittel gemeinsam gehören. Weil die Produktion sinnvoll sein soll, muss man mit Vernunft planen, was, wie, für wen produziert wird. Solch ein Plan muss demokratisch entwickelt und flexibel, den konkreten Umständen entsprechend, angepasst werden – auf betrieblicher, branchenweiter und gesamtwirtschaftlicher Ebene, lokal, regional, national und international. Mit bürokratischen Methoden, bei der Kritik und Eigeninitiative unterdrückt werden, kann man eine komplexe Wirtschaft nicht organisieren. Deshalb musste der Stalinismus scheitern.

Sozialismus ist also eine demokratische, auf Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaft, in der die Wirtschaft entsprechend dem Bedarf von Mensch und Umwelt planmäßig organisiert wird.

Eine marxistische Organisation aufbauen

Immer wieder haben die verarmten und benachteiligten Massen versucht, das kapitalistische System aus den Angeln zu heben. Durch spontane Erhebungen von unten – wie in Lateinamerika in den vergangenen Jahren – können zwar Regierungen gestürzt und Rebellionen begonnen werden. Nötig ist aber eine revolutionär-sozialistische Kraft, eine in Betrieben und Stadtteilen gut verankerte, marxistische Organisation, die kollektiv die Erfahrungen aus den früheren Kämpfen verarbeitet hat und ein klares sozialistisches Programm vertritt. Ohne eine solche marxistische Organisation wird es nicht möglich sein, Aufstände und Revolutionen dauerhaft zu sichern und den Kapitalismus tatsächlich zu beseitigen. Darum ist es das Ziel der SAV und des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ („Committee for a Workers International“, CWI), eine marxistische Massenorganisation zu schaffen.

Für Veränderungen kämpfen – aber wie und mit wem?

Wie kann man – ausgehend von den heutigen Verhältnissen – grundlegende Verbesserungen erreichen und auf eine sozialistische Umwälzung hinarbeiten? Entscheidend sind diejenigen, die allen Reichtum in dieser Gesellschaft schaffen; also diejenigen, die gezwungen sind, jeden Morgen in die Betriebe und Büros zu gehen. Gemeinsam mit denjenigen, denen man den Arbeitsplatz weggenommen hat. Und zusammen mit allen anderen, die Opfer der Unternehmermacht sind – mit Jugendlichen und RentnerInnen. Es gehört zum ABC des Widerstands, dass man massenhaft und organisiert kämpfen muss, um erfolgreich zu sein. Die SAV will dazu einen Beitrag leisten.

Gewerkschaften zu Kampforganisationen machen

An der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) stehen heute Leute, deren ganzes Denken und Handeln sich grundsätzlich in den Grenzen des Kapitalismus be-

wegt. Die logische Folge ist, dass sie Arbeitsplatzabbau begleiten statt bekämpfen. In jeder Auseinandersetzung, sei es um den Erhalt von Betrieben oder gegen Sozialabbau, muss breit mobilisiert und die ganze Kampfkraft genutzt werden. Zu den Kampfmitteln gehören Arbeitsniederlegung, Betriebsbesetzung und Generalstreik. Der Generalstreik ist ein zentrales Instrument, um zu verhindern, dass die Regierung die Lasten der Krise auf die Masse der Bevölkerung abwälzt.

Von Seiten der Gewerkschaftsführung wird erfahrungsgemäß gar kein oder nur lauwarmer Widerstand organisiert. Damit sich das ändert, brauchen wir eine innergewerkschaftliche Opposition. Wir brauchen eine programmatische und personelle Alternative zur heutigen Gewerkschaftsspitze. Darum haben SAV-Mitglieder zum Beispiel das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ mitinitiiert. Darum unterstützen wir aktiv Zusammenschlüsse von KollegInnen in Betrieben, um konsequent die Interessen der Beschäftigten zu vertreten – wie beispielsweise die „Alternative“ bei Daimler in Berlin-Marienfelde.

Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche nötig

Der gewerkschaftliche Kampf allein reicht nicht aus. Im Prinzip ist jeder Kampf auch ein politischer Kampf. Ob Kommunal-, Bildungs-, Umwelt- oder Außenpolitik, immer stellt sich die Frage: In wessen Interesse wird hier Politik gemacht? Nötig ist eine Partei, die unzweideutig auf Seiten der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung steht und ihre Interessen gegen die der herrschenden Klasse formuliert und durchsetzt. Das verstehen wir unter einer Arbeiterpartei. Sie muss durch und durch demokratisch sein und sie muss auf Klassenkampf setzen statt auf Koalitionen mit den Sozialabbau-Parteien.

Als 2004 die WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit) entstand, bot diese einen positiven Ansatzpunkt. Darum beteiligten sich SAV-Mitglieder aktiv an ihrem Aufbau. In Berlin war Lucy Redler (SAV) die Spitzenkandidatin der WASG bei den Abgeordnetenhauswahlen 2006. Die Berliner WASG kämpfte damals gegen den sozialen Kahlschlag des rot-roten Senats. Mit über 50.000 Stimmen konnte ein Achtungserfolg erzielt werden.

Die Partei DIE LINKE (zu der sich WASG und Linkspartei.PDS vereinigten) lehnt heute im Unterschied zu CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen im Bundestag Sozialkürzungen ab und vertritt Kapitalismus-kritische Ansätze. Deshalb arbeiten SAV-Mitglieder, darunter zum Beispiel auch der Kölner Stadtrat Claus Ludwig, in der LINKEN mit und engagieren sich bei Linksjugend [solid]. Wir sagen aber auch ganz klar: Wenn die Kapitalismus-Kritik sich auf Worte beschränkt, wenn die Linkspartei Regierungskoalitionen mit den pro-kapitalistischen Grünen und SPD eingeht, dann wird sie sehr schnell dort landen, wo diese Parteien längst angekommen sind.

Wir wollen die Kräfte in der LINKEN stärken, die sich gegen einen Anpassungskurs der Partei stemmen, die auf eine aktive Mobilisierung von Mitgliedern, AnhängerInnen, WählerInnen setzen, um Kämpfe und Kampagnen zu führen, und die für eine sozialistische Ausrichtung eintreten.

Durchschnittslohn für Funktionäre

Die Ursache für die Rechtsentwicklung von Gewerkschaften und ehemals linken Parteien ist wesentlich auf die Kombination von zwei Entwicklungen zurückzuführen. Erstens programmatisch: Ziel war nur die Reparatur, nicht die Abschaffung des Kapitalismus. Zweitens führten Privilegien dazu, dass sich die Spitzen dieser Organisationen mit ihren Einkommen meilenweit von denen entfernten, die sie vertreten sollten.

Elementarer Teil des Programms der SAV ist das Prinzip „Durchschnittslohn für Funktionäre“. Das fordern wir nicht nur allgemein, wir setzen es auch in unseren eigenen Reihen um. Wenn jemand bei uns in eine Funktion, zum Beispiel in ein Parlament, gewählt wird und dadurch mehr erhält als ein durchschnittlich gezahltes tarifliches Arbeitnehmerinkommen, führt er diese zusätzlichen Einkünfte ab.

Kämpfe mit sozialistischer Perspektive führen

Wie kann man schon hier und heute etwas verändern? Das geht nur, indem man überhaupt kämpft und dabei nicht die kapitalistischen „Sachzwänge“ akzeptiert. Kampf um jeden Arbeitsplatz, keinen Cent Lohnverzicht, Widerstand gegen die Zerstörung der Umwelt – das muss der Ausgangspunkt sein. Gleichzeitig muss jeder Kampf mit einer sozialistischen Perspektive geführt werden.

Nehmen wir zum Beispiel die Autoindustrie. Den Kampf mit sozialistischer Perspektive führen, heißt zum einen: Kampf um jeden, wirklich jeden Arbeitsplatz; und zum anderen: die bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht akzeptieren, sondern überwinden. Konkret bedeutet das: Verstaatlichung der gesamten Autoindustrie statt Entlassungen und Werksschließungen zur Sanierung der Profite, demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung, Entwicklung eines Plans zur Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich sinnvolle, umweltfreundliche Produkte.

Internationalismus

Die Kapitalisten versuchen, Belegschaften in verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen. Der verschärfte Konkurrenzkampf mündet in Handelskonflikte und Kriege. Die Einheit der arbeitenden Menschen, der gemeinsame Kampf über Ländergrenzen hinweg, ist eine zwingende Notwendigkeit.

Über den Weltmarkt sind die einzelnen Staaten wirtschaftlich eng verflochten. Die Krise des Kapitalismus ist global. Kein ernstes Problem kann im Rahmen eines einzelnen Landes gelöst werden.

Deshalb gilt es, den betrieblichen, gewerkschaftlichen und den politischen Kampf zu internationalisieren und eine politische Kraft aufzubauen, die weltweit organisiert ist.

Daher ist die SAV Teil des CWI. Im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ kämpfen wir gemeinsam mit unseren Schwesterorganisationen in über 35 Ländern für eine sozialistische Gesellschaft.

CWI-Mitglied Joe Higgins war dank des erfolgreichen Kampfes gegen Gebührenerhöhungen zehn Jahre Abgeordneter des irischen Parlaments. 2009 wurde er ins Europaparlament gewählt. Als sozialistischer Abgeordneter lehnt er jegliche Privilegien ab, behält nur ein durchschnittliches Arbeitnehmerinkommen, unterstützt tatkräftig Arbeitskämpfe und ergreift Initiativen zur Stärkung der Gegenwehr international – so zum Beispiel für einen europaweiten Protest gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Arbeiterklasse. In Pakistan, Kasachstan, Nigeria, Brasilien und anderen Ländern spielen SAV-Schwesterorganisationen eine maßgebliche Rolle dabei, Kämpfe gegen die dortigen Herrschenden zu organisieren.

Jetzt aktiv werden!

Die SAV redet nicht nur, wir sind auch aktiv. Bei den Protesten für Bildung, im Kampf für den Erhalt von Jugendzentren, beim Widerstand gegen Betriebsschließungen, bei der Blockade von Nazi-Demos – die SAV und ihre Mitglieder sind dabei. Gleichzeitig treten wir dafür ein, jeden einzelnen Kampf mit dem Kampf für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zu verbinden.

Mach' mit bei der SAV und beteilige dich am Aufbau einer internationalen marxistischen Organisation, um weltweit für eine sozialistische Demokratie zu kämpfen.

Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei“ DVU

Von Lars Normann

Nach vierzig Jahren endete 2011 die Organisationsgeschichte der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU). Dies nimmt der folgende Beitrag in seinem ersten Teil zum Anlass für eine bilanzierende Betrachtung ihrer organisationsstrukturellen und finanztechnischen Besonderheiten vor dem Vorstandswechsel vom Frühjahr 2009. Hierbei erscheint es angebracht, Fragen nach den Quellen und der Höhe der Finanzierung der Partei zu stellen. Aus dem Kreis der Zuwender, dem Verwendungszweck und den Rückflüssen von Geldern lassen sich wichtige Einsichten zur Parteistruktur gewinnen. Im zweiten Teil wird die Entwicklung der Partei nach dem Vorstandswechsel und der letzten Bundestagswahl nachgezeichnet. Der letzte Teil ist dem Fusionsprozess mit der NPD in den Jahren 2010/11 gewidmet.

1. Die DVU vor dem Führungswechsel

1.1. Parteientwicklung

Die Entwicklung der Partei bis zum Wechsel an der Führungsspitze verlief in drei Etappen: 1971 gründete der Münchener Verleger Gerhard Frey den Verein „Deutsche Volksunion e.V.“ mit sechs thematisch unterschiedlichen „Aktionsgemeinschaften“¹ als Sammelbewegung und Auffangbecken der 1969 zerfallenden NPD. 1987 wurde dieser Verein auf Initiative Freys und von der NPD arbeitsteilig mit einer gemeinsamen Wahlliste unterstützt („Allianz der Nationalen“)² und in eine Wahlpartei mit dem Namen „Deutsche Volksunion – Liste D“ überführt. Die Mitglieder der „Aktionsgemeinschaften“ und des Vereins wurden automatisch als Parteimitglieder geführt, sofern sie keinen schriftlichen Widerspruch einlegten. Gemäß Parteiengesetz war diese Vorgehensweise nicht unproblematisch, da eine explizite Willensäußerung des jeweiligen Mitglieds für eine Überführung als Parteimitglied in diesen Fällen fehlte. Ab Februar 1991 verzichtete man mit einer Satzungsänderung auf den Zusatz „Liste D“.

1 AKON (Aktion Oder-Neiße), IfA (Initiative für Ausländerbegrenzung), ARF (Aktion deutsches Radio und Fernsehen), VOGA (Volksbewegung für Generalamnestie), ER (Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten), Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur. Die „Aktionsgemeinschaften“ wurden nach schriftlicher Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 1. Februar 2010 (BfV47E5/Anfrage) auf eine Anfrage des Verfassers vom 4. Januar 2010 nach der Wahl des neuen Bundesvorstands 2009 aufgelöst und die Mitglieder in die DVU integriert.

2 Vgl. Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Sankt Augustin 1998, S. 13.

Wie bereits die Motivation und Intention der Gründung der DVU zeigt, muss die Entwicklung der Partei in einem engen Zusammenhang zur NPD gewürdigt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien lässt somit Schlüsse auf eine programmatische Schnittmenge und auf eine ähnliche Wählerzielgruppe zu. Hierzu ist es wichtig anzumerken, dass die Frey-DVU der deutschnationalen NPD des langjährigen Vorsitzenden Adolf von Thadden näher stand als der späteren sozialrevolutionär-straßenkämpferischen Voigt-Apfel-Pastörs-NPD. Verfolgt man diese Kooperation im Zeitablauf, verhielten sich beide Parteien wie Magneten, deren jeweilige Polung sich im gegenseitigen Bezug immer wieder änderte. Das Verhältnis wechselte aus Mangel an Integrationskraft und aufgrund der jeweiligen Machtansprüche der Führungspersonen unvermittelt zwischen Anziehung und Abstoßung. Die Zusammenarbeit beider Parteien bestand nicht nur in Wahlabsprachen, Wahlempfehlungen und gemeinsamen Listenkandidaturen, sondern war zeitweise auch durch eine Arbeitsteilung bei Wahlkämpfen gekennzeichnet. So übernahm die seit Jahren überalterte, personalschwache DVU für einzelne Wahlkämpfe³ die Finanzierung sowie das Wahlkampfmaterial, und die NPD stellte das Personal zur Durchführung des Wahlkampfes zur Verfügung.⁴ Institutionalisiert wurde diese Zusammenarbeit am 15. Januar 2005 auf einem DVU-Bundesparteitag, bei dem ein sogenannter „Deutschland-Pakt“ unterzeichnet wurde. Dieser sollte Konkurrenz kandidaturen bei Wahlen verhindern und die Kräfte bündeln. Das Zweckbündnis wurde von der NPD im Juni 2009 entgegen vorheriger Absprachen zur Landtagswahl in Brandenburg im September 2009 einseitig aufgekündigt. Auslöser war das schlechte Wahlergebnis der DVU bei der Europawahl (0,4 Prozent) trotz des Wahlverzichts der NPD.

1.2. Organisationsstruktur

Gemäß der letzten Satzung⁵ und den sonstigen beim Bundeswahlleiter hinterlegten Parteiunterlagen der DVU war die Partei in 16 Landesverbände untergliedert.⁶ Auffällig und ein Indikator für die schlechte Personallage auf der Funktionsträgerebene war, dass

3 Besonders in den DVU-Kernländern: Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Ein Alleinstellungsmerkmal der DVU-Wahlkämpfe waren „Materialschlachten“ mit Massenpostwurfsendungen (Informationsmaterial für bestimmte Berufsgruppen/postalische Direktsprache von Geburtenjahrgängen), Plakatierungen durch bezahlte Klebekolonnen, Flugblätter, Werbeaner-Flugzeuge, Wahlwerbespots in Hörfunk und TV, „direct-mailing“-Kampagnen (z.B. beim Wahlkampf 1998 in Sachsen-Anhalt, als die DVU überraschend ihr in der Parteigeschichte bestes Wahlergebnis von 12,9 Prozent auf Landesebene erzielte, was nachhaltig für Aufmerksamkeit sorgte), jährliche Parteitreffen/Großkundgebungen in der inzwischen abgerissenen Nibelungenhalle in Passau mit bis zu 3.000 Parteimitgliedern und Sympathisanten.

4 Siehe z.B. Faksimile-Abdruck einer Kostenersatzvereinbarung zwischen DVU und NPD nach der Europawahlteilnahme 1989 über eine Million DM für Wahlkampfhilfe der NPD: Georg van Detta, Gerhard Frey ohne Maske, Nürnberg 1988, S. 41.

5 Vgl. unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html, 04.01.2010 (21. Juli 2009).

6 Es existierten weiterhin – vor allem in Brandenburg – einige wenige kommunale Verbände.

außer einem Bundesvorstandsmitglied alle anderen Mitglieder des Bundesvorstandes auch Vorstandsfunktionen in Landesverbänden bekleideten. Ein Vorstandsmitglied betreute als Vorsitzender die beiden Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. Weiterhin regelte die Satzung der DVU in § 8: „Der Bundesvorstand entscheidet über den Ausbau des organisatorischen Aufbaus [...]. Entsprechend den Notwendigkeiten [...] kann der Bundesvorstand organisatorische Neugliederungen [...] vornehmen und die dadurch erforderlichen Neuwahlen durchführen lassen.“ Weiterhin entschied allein der Bundesvorstand gemäß § 10 der Satzung über die Teilnahme an Wahlen und konnte „jederzeit die Organisationsgliederung kontrollieren, Auskünfte einholen oder Abrechnungen verlangen.“

Bereits aufgrund dieser einleitenden Beobachtungen zur DVU-Organisationsstruktur kann nicht von einem innerdemokratischen horizontal-regionalen und mehrgliedrigen vertikalen Aufbau der Partei gesprochen werden, die sich von unten nach oben rekrutiert und in der eine freie, basis-rückgekoppelte Willensbildung bestanden hätte. Aufgrund der in dieser Satzung perpetuierten dominierenden Stellung des Bundesvorstands ist auf eine mit dem früheren Führungsstil von Gerhard Frey vergleichbare bevormundende Leitung von „oben nach unten“ zu schließen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beurteilte die DVU über Jahre hinweg als von Gerhard Frey „zentralistisch und autokratisch“⁷ geführt. Frey hatte seiner Partei kaum Raum für selbständige politische Arbeit gelassen und seine innerparteiliche Machtposition „unangefochten“ ausgeübt. So überwachte er die wichtigsten personellen Entscheidungen auf Landesebene und entschied allein über die Teilnahme an Wahlen. Die übrigen Mitglieder im Bundesvorstand seien lediglich Statisten. Einer älteren Detailstudie des Amtes zur DVU können weitergehende Hinweise entnommen werden: Danach verlangte Frey von seinen Anhängern, dass die von ihm auf Bundes- und Landesparteitagen vorgegebenen Sprachregelungen strikt einzuhalten seien. Weiterhin oblag ihm die alleinige Beitrags- und Finanzhoheit, und es gebe innerhalb der DVU keinerlei Personal- und Sachdiskussionen.⁸

Wissenschaftliche Studien belegten den vorherrschenden autokratischen Führungsstil durch genaue Auswertung der Satzungen und Finanzordnungen und führten lokale Analysen der Wahlkämpfe bzw. der Parlamentsarbeit vor Ort durch. So begründeten bereits die früheren Satzungen in den formalen Verfahrensweisen (z.B. Kandidatenaufstellung) einen besonders großen Einfluss des Bundesvorstands, so dass diesem unangemessen viel Macht eingeräumt wurde und nachgeordnete Parteigliederungsebenen lediglich geringfügige Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte besaßen.⁹ In den Untersuchungen

7 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 99; wortgleich hierzu auch die Einschätzung des Verfassungsschutzes NRW, in: Innenministerium des Landes NRW (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes NRW über das Jahr 2008, Düsseldorf 2009, S. 57.

8 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Deutsche Volksunion“ (DVU). Strukturanalysen einer rechtsextremistischen Partei, Köln 1998, S. 4, 34 f.

9 Vgl. Hoffmann/Lepszy (FN 2), S. 19.

zur Parlamentsarbeit betonten die Verfasser fachliche Inkompetenz, Abwesenheit in Gremien und das Desinteresse der DVU-Abgeordneten an inhaltlicher politischer Arbeit sowie ihre „Fernsteuerung“ und direkte Kontrolle durch Gerhard Frey, die das Erscheinungsbild eines privaten „Wahlvereins“ mit marionettenhaften Ventilatoren und einigen Mitläufern auf Landesebene bekräftigte.¹⁰ Die Suche nach Kandidaten per Zeitungsanzeige vor Wahlen bestätigt diesen Befund. In diesem Zusammenhang erscheint im Rückblick die Charakterisierung der Frey-DVU als „Sammelorganisation der (zahlenden) Karteileichen und Leser“¹¹ der vormals noch verschiedenen und kommerziell erfolgreichen DSZ-Zeitungen weit über die Gründungszeit hinaus als zutreffend. Insgesamt handelte es sich um eine „Nichtpartei-Partei“¹², die über keine innerparteiliche demokratische Organisations- und Kommunikationsstruktur verfügte und organisatorisch kaum in der Gesellschaft verwurzelt war.

Prüfungen zum Vorliegen der Parteieigenschaft im konkreten Fall unter Berücksichtigung des „Gesamtbildes der tatsächlichen Verhältnisse“¹³ überraschten durch ihr tendenziell positives Ergebnis.¹⁴ Sie begründeten ihre Einschätzung formal: Die organisatorischen Mindestanforderungen für eine ernsthafte Teilnahme am Willensbildungsprozess mitsamt den weiteren Merkmalen gemäß Parteiengesetz lägen vor. Es bestanden aber bezüglich einer Gesamtwürdigung der bereits untersuchten Satzungen, der realpolitischen Organisationsstruktur, der innerparteilichen Kommunikation und der konkreten Parlamentsarbeit im Vergleich mit den allgemeinen Ausführungen über die innerparteiliche Demokratie, bei der es sich schließlich um eine demokratische Fundamentalnorm des allgemeinen Demokratieprinzips handelt, auch weiterhin erhebliche Zweifel

10 Vgl. Sebastian Rehse, Die Oppositionsrolle rechtsextremer Protestparteien. Zwischen Anpassung und Konfrontation in Brandenburg und Sachsen, Baden-Baden 2008, S. 91-217; Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002, S. 61-178; Matthias Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997, S. 75-186, 262-283; Dietrich Thränhardt, Die DVU: eine virtuelle Partei, durch manipuliertes Wahlrecht begünstigt – ein Plädoyer zur Wahlrechtsreform, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998), S. 441-448, hier: S. 442; Hoffmann/Lepszy (FN 2), S. 23 f., 52.

11 Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 112.

12 Eckhard Jesse, Nach Magdeburg und vor Bonn, in: MUT, Heft 6/1998, S. 30 f.

13 Dieses Kriterium kritisch für die Kleinpartei beleuchtend: Jan Köhler, Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2006, S. 83 f., 113 ff.

14 Vgl. Stefan Mayer, Zehn Jahre Deutsche Volksunion als politische Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 10, Baden-Baden 1998, S. 184-198, hier: S. 191-194; dezidiert: Stefan Mayer, Aufstieg und Fall einer rechtsextremistischen Partei. Die Mitgliederentwicklung der Deutschen Volksunion, in: Eckhard Jesse/Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007, S. 255-277, hier: S. 273 f.; Schmidt (FN 10), S. 45-62.

an der Parteiqualität. Da die letzte Satzung der DVU auf eine übermäßig starke Stellung des Bundesvorstands hinweist, der zudem mit den für die Partei wichtigen Nord-Ost-Landesverbänden personell verschränkt ist, erscheint die Parteiqualität auch unter Faust zweifelhaft.

1.3. Finanzierung

Auch die Finanzordnung (FO), die der letzten Satzung der DVU beilag, enthielt einige charakteristische Inhalte. Sie zeugte von der absoluten Stellung des Bundesvorstands. Die Finanzordnung wurde inhaltlich nicht aktualisiert und befand sich auf dem Stand vom 12. Januar 2002. Gemäß § 6 FO entschied der Bundesvorstand, ob und inwieweit Mitgliedern der DVU Beitragsfreiheit oder Beitragsermäßigungen gewährt wurden. Auch die Mandatsträgerbeiträge, die als solche kein DVU-Charakteristikum darstellen, perpetuierten die starke Stellung des Bundesverbands. Denn ebenfalls gemäß § 6 FO mussten Sonderbeiträge von Landtags- und Kommunalabgeordneten direkt an den Bundesverband entrichtet werden, „wenn und soweit der Bundesverband den Landesverband bei Wahlen finanziert hat“¹⁵, wovon bei der DVU, wie die bereits erwähnten einschlägigen Regionalanalysen zeigen, stets ausgegangen werden musste. Abschließend regelte § 7 der FO eine weitere zentralistische Verwaltung der Gelder: Danach standen dem Bundesverband sämtliche finanziellen Mittel zu, die von der Verwaltung des Bundes oder einer Landesverwaltung ausbezahlt wurden.

Den Schriften der Verfassungsschutzbehörden lässt sich entnehmen, dass lange Zeit Gerhard Frey und seine übrigen Unternehmen das finanzielle Überleben der Partei sicherten.¹⁶ Wären Frey oder die familiären Erben aus der finanziellen Beteiligung ihres Lebenswerks der DVU ausgestiegen, hätten die politischen Erben eventuell Insolvenz anmelden müssen, denn die Partei war bekanntlich seit den defizitären Aufwendungen für den Europawahlkampf 1989 hoch verschuldet.¹⁷ Die DVU befand sich somit mehr als zwanzig Jahre lang in finanzieller Abhängigkeit von Gerhard Frey, der das Defizit kreditierte¹⁸ und damit auch seinen uneingeschränkten politischen Führungsanspruch sicherte.¹⁹ Das Niedersächsische Ministerium für Inneres betonte in diesem Zusammenhang die persönlichen finanziellen Interessen Freys für seine unterschiedlichen Medien-

15 FO – DVU vom 12. Januar 2009, unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html (4. Januar 2010).

16 Gerhard Frey ist neben seinem Immobiliengeschäft Inhaber des DSZ-Verlags (Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH) und seit 1999 Herausgeber nur noch einer Wochenzeitung („National-Zeitung“) mit einer Auflage von ca. 33.000 Exemplaren (2009).

17 Siehe hierzu unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html, 4. Januar 2010 (21. Juli 2009).

18 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2008 (FN 7), S. 99; siehe auch: „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten seit 1997“, BT-Drucksache 16/12500, S. 52.

19 Vgl. Hoffmann/Lepszy (FN 2), S. 20.

unternehmen.²⁰ Dabei dürften die kontinuierlichen Zinsrückflüsse aus den Parteikrediten eine wesentlich größere Rolle für Frey bzw. Frey junior gespielt haben, der lange Zeit als der designierte (politische) Nachfolger gehandelt wurde.²¹

Dass Gerhard Frey den finanziellen Aspekt immer schon sehr wichtig nahm, zeigen verschiedene kritische Äußerungen von ehemaligen Abgeordneten, z.B. anlässlich der Auflösung der DVU-Fraktion in Schleswig-Holstein.²² Somit investierte Gerhard Frey auf der einen Seite in DVU-Wahlkämpfe und erzielte andererseits Einnahmen durch Mandatsträgerbeiträge, aus seinen Unternehmen, aus Zinsrückflüssen für Parteikredite und Spenden. Angeblich stagnierten seit dem politischen Rückzug Freys die finanziellen Mittel.²³ Diese Einschätzung dürfte sich aber lediglich auf frische Finanzmittel für Neuinvestitionen eines nachhaltigen Parteaufbaus seit der Neubesetzung des Bundesvorstands beziehen, denn Matthias Faust beteuerte stets die weitere finanzielle Unterstützung durch Frey.²⁴

Für die Parlamentsarbeit in Bremen und Schleswig-Holstein konnten der DVU in der Vergangenheit in vielen Fällen finanzielle Unregelmäßigkeiten, Zweckentfremdungen und der Missbrauch öffentlicher Gelder nachgewiesen werden, die im krassen Widerspruch zur eigenen Kritik an der staatlichen Parteienfinanzierung standen. Dabei handelten die beteiligten Akteure, wie oben belegt, strikt nach Anweisung der eigenen Finanzordnung, die den zentralen Finanzfluss an den Bundesvorstand vorsah und damit eine verdeckte Parteifinanzierung implizierte. So wurden in Bremen zwar Fraktionszuschüsse kassiert, aber keine Fraktions- oder Wählerbüros mit eigenen Mitarbeitern unterhalten. Weiterhin finanzierte die DVU schwerpunktmäßig mit Steuergeldern, abgesehen von einigen Kuriositäten, nicht die Parlamentsarbeit der Abgeordneten für die Bremische Bürgerschaft, sondern die eigene Parteiarbeit in Form von Wahlkampf-Anzeigenkampagnen in anderen Bundesländern und Mitarbeiter in der Münchner Parteizentrale, die zeitweise auch für die Landesparlamente zuständig waren, ihren Arbeitsschwerpunkt aber z.B. als Redakteur für die Frey-Medien in München hatten.²⁵ Der leichtfertige Umgang der DVU mit Steuergeldern stand auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag auf der Tagesordnung. Wie in der Bremischen Bürgerschaft wurden auch

20 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Hannover 2009, S. 132 f. Die Rolle Gerhard Freys und seiner Unternehmen bei der DVU ist beschrieben bei: Schmidt (FN 10), S. 69-74. Die kommerzielle Nutzung von Mitgliederdaten bei Parteien werden problematisiert bei: Köhler (FN 13), S. 197 f.

21 Vgl. o.V., Front der Frustrierten, in: Der Spiegel, Nr. 19/1998, S. 28-32, hier: S. 29, 31.

22 Vgl. Hoffmann/Lepszy (FN 2), S. 43.

23 Vgl. Thorsten Thomsen, Rechte in Brandenburg und Schleswig-Holstein ohne Erfolg, in: Die Aula, November 2009, S. 14.

24 Vgl. Toralf Staud, Die NPD bekommt Konkurrenz. Junger Parteichef, neuer Chefideologe, millionenschwerer Gönner: Die rechtsextreme DVU formiert sich neu – und profitiert vom Chaos bei der NPD, in: Zeit-Online vom 9. April 2009, unter: <http://www.zeit.de/online/2009/16/dvu-patrik-brinkmann> (5. Dezember 2009).

25 Zu den finanziellen Unregelmäßigkeiten in Bremen siehe: Schmidt (FN 10), S. 177 f.; Hoffmann/Lepszy (FN 2), S. 24-27.

in Kiel die gezahlten Fraktionszuschüsse veruntreut. Auch hier bezog sich die Zweckentfremdung von Steuergeldern auf eine verdeckte Parteifinanzierung, die sich im Rahmen der parteieigenen Öffentlichkeitsarbeit für überbezahlte Anzeigen und in Form von kostenlosen Werbeexemplaren für Freys Zeitungen nachweisen ließ. Im Gegensatz zu Bremen unterhielt die Fraktion in Kiel einen überdimensionierten Mitarbeiterstab, der durch die Übernahme von besonderen Funktionen beträchtliche Zulagen zu den Grundlöhnen abschöpfte.²⁶

Welche Erkenntnisse fördern die von der DVU beim Deutschen Bundestag hinterlegten und gemeldeten Zahlen zur Finanzierung und Verwendung von Geldern zutage? Können konkrete Adressaten identifiziert werden? Als Konsequenz aus der Parteispendenaffäre der CDU 2002 wurde das Parteiengesetz dahingehend geändert, dass gemäß § 25 Abs. 3 Satz 3 PartG seither Spenden, die im Einzelfall 50.000 Euro überschreiten, der Bundestagsverwaltung zeitnah angezeigt und veröffentlicht werden müssen. Da sich die DVU in der Vergangenheit maßgeblich aus Spenden finanzierte, ist eine diesbezügliche Recherche angebracht. Eine Durchsicht des gesamten Fundstellenverzeichnisses seit dem 1. Juli 2002 über die zeitnahe Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen (Stand: 24. November 2009), ergab jedoch, dass die DVU keine einzige Großspende in diesem Zeitraum erhielt.²⁷ Die letzte Großspende wies die Partei nach Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2001 aus, also ein Jahr vor der Gesetzesnovellierung. Sie kam von Gerhard Frey und betrug 250.000 Euro.

Ein Blick in den zuletzt veröffentlichten Rechenschaftsbericht (Stand: 2. April 2009)²⁸ ergibt einige interessante Kennzahlen. Demnach flossen der Partei im Rechnungsjahr 2007 Spenden von natürlichen Personen²⁹ in Höhe von 363.430,41 Euro (Spenden von juristischen Personen sind nicht eingegangen), Mitgliedsbeiträge³⁰ in Höhe von 92.165,44 Euro, Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge in Höhe von 55.853,40 Euro und staatliche Mittel³¹ in Höhe von 225.763,76 Euro zu. Beiträge in ähnlicher Höhe gingen der Partei auch im Jahr davor zu. Diese Zahlen bestätigen den Befund, dass sich die DVU maßgeblich aus Spenden und staatlichen Mitteln („Wahlkampfkostenerstattung“) finanziert hat. Dies erklärt auch die im Vergleich zu den Personalausgaben (65.020,75 Euro; 8,81 Prozent bezogen auf die Gesamtausgaben) ex-

26 Zu den finanziellen Unregelmäßigkeiten in Schleswig-Holstein siehe: Schmidt (FN 10), S. 126-128; Hoffmann/Lepszy (FN 2), S. 37-42.

27 Unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/weitereaufgaben/parteienfinanzierung/spenden50000.pdf>. (19. Januar 2010).

28 Vgl. BT-Drucksache 16/12551.

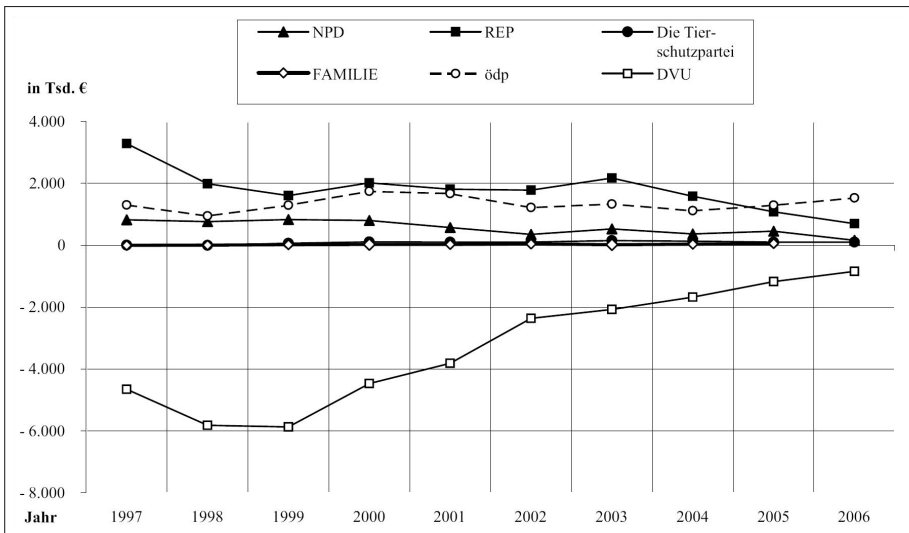
29 Die ehemalige DVU-Landtagsabgeordnete Liane Hesselbarth führte der Partei 19.396 Euro im Rechnungsjahr 2007 zu.

30 Die DVU besaß zum 31. Dezember 2007 noch 9.205 Mitglieder, 2008 noch 6.000 Mitglieder und 2009 nur noch 4.500 Mitglieder.

31 Die staatlichen Mittel setzen sich wie folgt zusammen: Bundesverband: 173.007,76 Euro, Landesverband (LV) Bremen: 3.783 Euro, LV Sachsen-Anhalt: 13.452,50 Euro und LV Brandenburg: 35.520,50 Euro.

orbitanten Sachausgaben für Wahlkämpfe (377.160,51 Euro; 51,08 Prozent der Gesamtausgaben). Diese Kennzahlen erhellen somit den Fokus der politischen Arbeit (Wahlkampf) sowie die Organisationsstruktur. Insgesamt erwirtschaftete die Partei ein negatives Reinvermögen von -845.523,70 Euro, das maßgeblich auf den existierenden Schuldposten der Partei zurückzuführen ist. Die Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern (alleine Gerhard Frey) belaufen sich danach auf 893.392,32 Euro. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren, wie bereits in den Vorjahren, nicht ausgewiesen. Die Partei befand sich also bereits seit 1998 auf Konsolidierungskurs, wie das Schaubild aus der Drucksache 16/12500 zum Reinvermögen zeigt (Abb. 1).³² Eine Entschuldung wurde von Gerhard Frey also angestrebt und kann aus einer langfristigen Übergabestrategie des Bundesvorsitzenden erklärt werden. Dies bedeutet, dass die DVU von vielen Parteibeobachtern zumindest finanziell³³ falsch eingeschätzt wurde.

Abb. 1: Reinvermögen von NPD, REP, Die Tierschutzpartei, FAMILIE, ödp und DVU seit 1997



Quelle: Deutscher Bundestag.

Bemerkenswerterweise wird in den Erläuterungen zur Vermögensbilanz des Rechenschaftsberichts keine Beteiligung der Partei an Medienunternehmen ausgewiesen. Gerhard Frey hatte seine Unternehmen also nicht in das Parteivermögen überführt. Somit

³² Alle Abbildungen aus BT-Drucksache 16/12500.

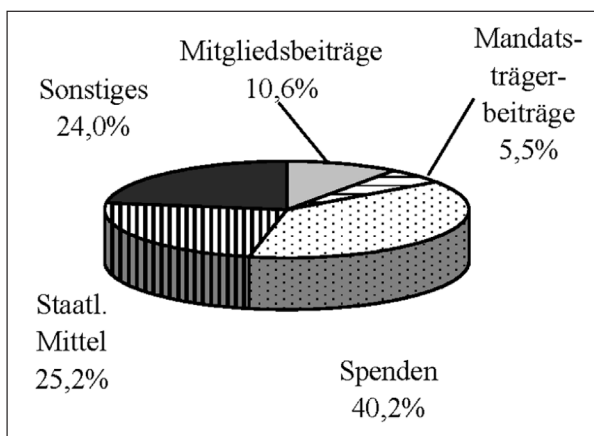
³³ Zuletzt etwa o.V., DVU offenbar vor der Pleite. Weniger Staatsgeld nach schlechten Wahlergebnissen, in: Süddeutsche Zeitung vom 23./24. Januar 2010, S. 6.

flossen ihm Zinsen aus den an die Partei gewährten Darlehen zurück. Frey schöpfte mithin weiterhin finanzielle Mittel ab, anstatt Eigenvermögen zu investieren.

Die finanzielle Analyse der DVU, bezogen auf einen längeren Zeitraum sowie einen Vergleich zu anderen „nicht etablierten“³⁴ Parteien, ermöglicht die „Vergleichende Kurzübersicht über die Einnahmen und Ausgaben sowie Vermögensverhältnisse der Parteien in den Rechnungsjahren 1997 bis 2006“³⁵ (Stand: 26. März 2009). Ein Blick auf die unterschiedlichen Kennzahlen der „Vergleichenden Kurzübersicht“ zwischen 2000 und 2006 zeigt, dass sich die Partei sowohl politisch als auch personell im Niedergang befand. Auch werden die Ausführungen zum Rechenschaftsbericht von 2007 im Folgenden bestätigt.

Abbildung 2 zeigt die wichtigsten Einkommensarten der DVU. Staatliche Mittel und Mandatsträgerbeiträge werden sich aufgrund der Wahlverluste im Jahr 2009 und weiteren Verlusten von Parlamentssitzen (Brandenburg) weiter verschlechtert haben. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass der Mitgliederschwund auch zu geringeren Einnahmen bei den Mitgliedsbeiträgen geführt hat.

Abb. 2: Prozentualer Anteil der wichtigsten Einnahmen der DVU an den Gesamteinnahmen im Rechnungsjahr 2006

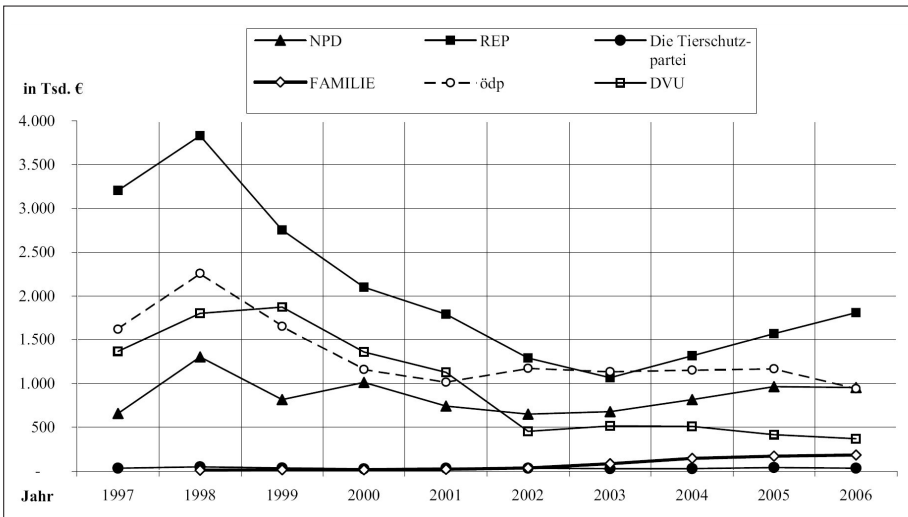


Besonders die wichtigen Spenden natürlicher Personen brachen ab 2002 ein (-59,66 Prozent) und stagnierten seitdem – bei weiterhin schwach abnehmender Tendenz – anders als bei der NPD (Abb. 3).

³⁴ Vgl. Köhler (FN 13).

³⁵ BT-Drucksache 16/12500.

Abb. 3: Spenden natürlicher Personen an NPD, REP, Die Tierschutzpartei, FAMILIE, ödp und DVU seit 1997



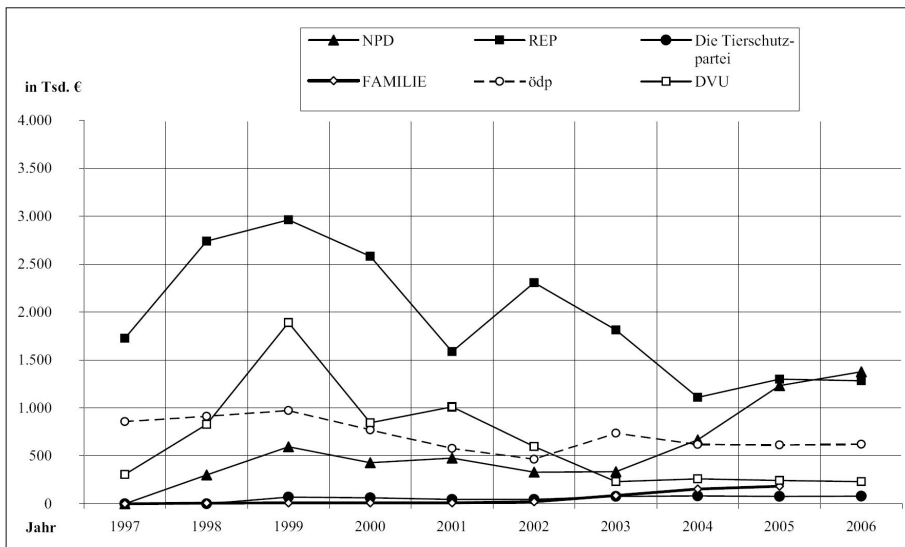
Quelle: Deutscher Bundestag.

Dass der Europawahlkampf 1989 zu einer hohen Verschuldung der DVU und damit in die dauerhafte finanzielle Abhängigkeit Freys führte, wurde bereits erwähnt. Die nachfolgende Auflistung von Kennzahlen für das Jahr 2002 zeigt, dass es sich um „das“ „Krisenjahr“³⁶ für die DVU in jüngster Vergangenheit handelte: Veränderung der Gesamteinnahmen in Prozent zum Vorjahr: -53,60 Prozent; Veränderung der Spendeneinnahmen natürlicher Personen zum Vorjahr: -59,66 Prozent; Anteil der Ausgaben für politische Tätigkeit an den Gesamtausgaben: 6,61 Prozent. Auch die für die DVU wichtigen staatlichen Mittel erlitten seit 2002 einen Einbruch, ganz im Gegensatz zur NPD, die seit 2003 deutliche Zugewinne an staatlichen Mitteln verzeichnen konnte, was letztendlich als Indikator für Wahlerfolge gelten kann (Abb. 4).

36 Das Bundesamt für Verfassungsschutz sah im Jahr 2002 kein „Krisenjahr“ für die DVU: „In diesem Zusammenhang machen wir darauf aufmerksam, dass im Januar 2002 der Euro eingeführt wurde (Umsstellungskurs etwa 1:2), was u. U. den von Herrn Normann konstatierten ‚Rückgang‘ des finanziellen Potenzials erklären würde.“ Vgl. schriftliche Auskunft vom 1. Februar 2010 (BfV47E5/Anfrage) auf eine Anfrage des Verfassers vom 4. Januar 2010. Nach Auskunft der Bundestagsverwaltung (Referat Parteienfinanzierung/Landesparlamente) vom 3. Februar 2010 sind bei den vergleichenden Kurzüberblicken über die Einnahmen, Ausgaben und die Vermögensentwicklung der Parteien die Zahlen aus den Rechenschaftsberichten vor 2002 von DM-Beträgen in Euro umgerechnet, um die Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre zu ermöglichen.

Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei“ DVU

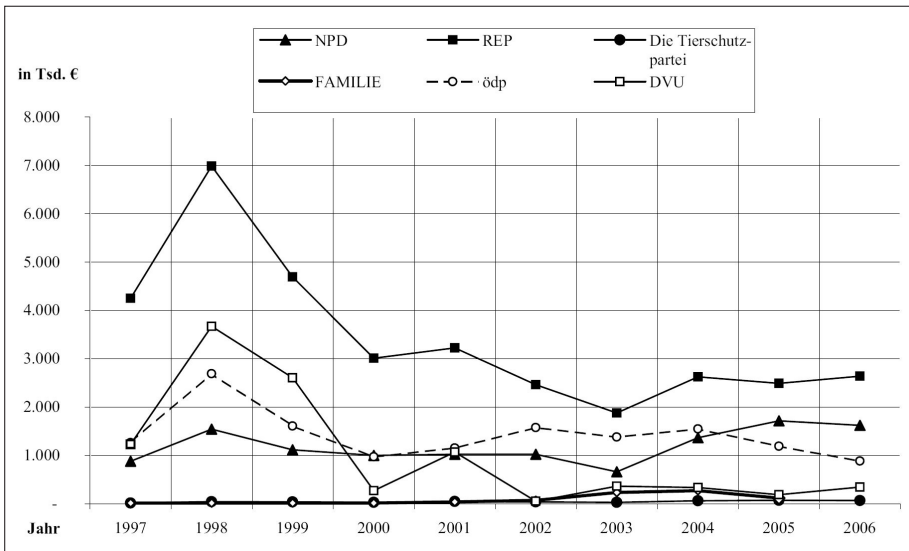
Abb. 4: Staatliche Mittel an NPD, REP, Die Tierschutzpartei, FAMILIE, ödp und DVU seit 1997



Quelle: Deutscher Bundestag.

Die Ausgaben für Personal und politische Tätigkeiten bestätigen im Jahresüberblick zum einen das Schrumpfen der Partei seit 1999 und das beinahe vollständige Erliegen der politisch-inhaltlichen (Wahl-)Tätigkeit seit 2002 (Abb. 5). Die DVU verlor im Gegensatz zur NPD bis 2007 ein Drittel der Mitglieder und damit eine wichtige Finanzierungssäule. Weiterhin wird die DVU Protestwähler und Unterstützer an die in diesem Zeitraum aktive Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO/Schill) von Ronald Schill verloren haben, die sich überwiegend im Norden, insbesondere in Hamburg, zeitweilig etablieren konnte und damit in Stammländern der DVU aktiv war.

Abb. 5: Ausgaben für allgemeine politische Tätigkeit und Wahlkämpfe von NPD, REP, Die Tierschutzpartei, FAMILIE, ödp und DVU seit 1997



Quelle: Deutscher Bundestag.

Die DVU beteiligte sich im Jahr 2002 nicht an der Bundtagswahl und verpasste auch den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Die Beendigung der politischen (Wahlkampf-)Tätigkeit erklärt somit die besonders negative Entwicklung ab dem „Krisenjahr“ 2002. Die beiden wichtigsten Finanzierungssäulen der Partei brachen ein: Spenden und staatliche Mittel reduzierten sich bis 2007 kontinuierlich um mehr als 50 Prozent. Auf der anderen Seite ermöglichte die Einsparung der sehr teuren ferngelenkten DVU-Wahlkämpfe ohne die Option des Rückgriffs auf eigenes Personals den bereits angesprochenen Konsolidierungskurs des Parteivermögens.

2. Die DVU nach dem Führungswechsel

Der Hamburger Matthias Faust (Jahrgang 1971) machte bei der DVU eine Blitzkarriere.³⁷ Erst kurz vor der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 24. Februar 2008 eingetreten, kandidierte er dort als Spitzenkandidat. Im Wahlkampf wurde der aus der NPD gekommene und bis zur Übernahme des Bundesvorsitzes 2009 als DVU-Bundesorga-

³⁷ Vgl. auch das biographische Porträt über Matthias Faust von Marc Brandstetter in diesem Band.

nisationsleiter tätige Faust von dem ebenfalls aus Hamburg kommenden Kameradschaftsaktivisten Christian Worch unterstützt. Zu Worch soll Faust gute Kontakte unterhalten haben.³⁸ Faust galt immer schon als „sehr flexibel nach rechts“³⁹, was sich auch in seiner grundsätzlichen Einstellung zu einer Einigung der rechten Oppositionsparteien widerspiegelte. Wie bei seinem Wahldebüt 2008 in Hamburg konnte die DVU unter Faust aber auch bei den folgenden Wahlen nicht reüssieren.⁴⁰ Im „Superwahljahr“ 2009⁴¹ verpasste die DVU sogar den Einzug in einem ihrer Stammländer. In Brandenburg votierten lediglich 1,1 Prozent der Wähler für die rechtsextreme Partei und beendeten damit eine zehnjährige DVU-Präsenz im Potsdamer Landtag. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, einem weiteren früheren Stammland der DVU, überließ die Partei der NPD den Vortritt. Bundestagswahl⁴² und Europawahl im Jahr 2009 entwickelten sich zu einem Debakel.

Unter Fausts Leitung veränderte die DVU ihre Leitungsstruktur. Anstatt die Partei wie Frey (bis 2002: Passau!) in Reden und schriftlichen (Fax-)Anweisungen unter Zuhilfenahme seiner Zeitungen zentral aus München zu steuern, wurde die DVU nun kostengünstiger mit Hilfe des Internets (www.die-rechte.info)⁴³ geleitet und entwickelte sich damit zur vollständig virtuellen Parteichimäre. Nach eigenen, stark überhöhten Angaben des neuen Bundesvorsitzenden verfügte die Partei nur noch über ca. 6.000 Mitglieder.⁴⁴ Als erstes (wahl-)organisatorisches Ziel für 2010 setzte sich Matthias Faust den Wiedereinzug („Hauptwahlkampfgebiet“) in die Bremische Bürgerschaft und den

38 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2008 (FN 7), S. 107; siehe auch: o.V., Rechtsextreme zerstritten: Bündnis NPD-DVU bröckelt, unter: <http://www.welt.de/die-welt/article3682863/Rechtsextreme-zerstritten-Buendnis-NPD-DVU-broeckelt.html> (5. Dezember 2009).

39 O.V., DVU-Chef Gerhard Frey tritt nach 22 Jahren ab, unter: <http://www.welt.de/politik/article3008230/DVU-Chef-Gerhard-Frey-tritt-nach-22-Jahren-ab.html> (5. Dezember 2009); Felix Krautkrämer, DVU steht vor einer ungewissen Zukunft, in: Junge Freiheit vom 16. Januar 2009.

40 Zu den DVU-Wahldebakeln siehe: Robert von Lucius, Eine politische Geisterfahrt zur NPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 28. Dezember 2010 und Kurt Zach, Ende einer schillernden Partei, in: Junge Freiheit vom 7. Januar 2011.

41 Wahlergebnisse der DVU im Jahr 2009: Bundestagswahl: 0,1 Prozent (2005: -); Europawahl: 0,4 Prozent (2004); Landtagswahl Brandenburg: 1,1 Prozent (2004: 6,1 Prozent); Landtagswahl Hessen: -; Landtagswahl Saarland: -; Landtagswahl Sachsen: -; Landtagswahl Schleswig-Holstein: -; Landtagswahl Thüringen: -.

42 In der Hansestadt Hamburg, Heimat des neuen Bundesvorsitzenden Faust, wurde die DVU mit 0,1 Prozent völlig marginalisiert. Der Zustand des Hamburger Landesverbandes wurde als „desolat“ beschrieben. Siehe Florian Hanauer, Bedeutungsverlust für Rechtsextreme, unter: <http://www.welt.de/die-welt/vermischtes/hamburg/article4905693/Bedeutungsverlust-fuer-Rechtsextreme.html> (5. Dezember 2009).

43 Die Internetseiten der DVU sind seit der Fusion mit der NPD abgeschaltet. Zur Zeit werden Inhalte über die Landesverbände Niedersachsen, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein zentral aus Niedersachsen betreut, die Landesverbände Brandenburg und Berlin unterhalten ein eigenes Portal (Stand: 14. Mai 2011).

44 Vgl. Matthias Faust, Zum Pro Köln-Eintritt von Patrik Brinkmann, unter: www.die-rechte.info/2010/01/zum-pro-koeln-eintritt-von-patrik-brinkmann (20. Januar 2010); siehe hierzu FN 35.

kontinuierlichen Parteaufbau in den Bundesländern.⁴⁵ Wie bereits unter Frey, der mit der DVU erste Wahlerfolge in Bremen verzeichnen konnte und den „Zwei-Städte-Staat“ als „Zielland“ seiner Parteistrategie ausbaute, sollte die Revitalisierung der DVU demzufolge auch unter dem neuen Bundesvorsitzenden in Bremen und Bremerhaven erfolgen. Weitere einschneidende Veränderungen waren der Parteisitzwechsel im Herbst 2009 von München nach Hamburg⁴⁶ und die Gründung einer Jugendorganisation („Junge Rechte“) im Juli 2009. Diese Neugründung war für die überalterte Partei wichtig, weil sie über keinerlei Wahlaktivisten, geschweige denn politischen Nachwuchs, verfügte. Die „Junge Rechte“ präsentierte sich seit August 2009 im Internet unter dem Motto: „Tradition und Moderne“. Weiterhin firmierte die Jugendorganisation unter einem Flammensymbol in Schwarz-Rot-Gold, das an die Flamme des französischen „Front National“ Jean-Marie Le Pens erinnerte. Gemäß § 3 Abs. II und III der Satzung der Nachwuchsorganisation vom 6. September 2009 war der Aufbau eines Schüler- und Studentenbundes geplant, und ein Europakongress schwebte dem Nachwuchs wenig bescheiden als institutionelles Organ vor. Als Sitz der Jugendorganisation der DVU wurde in § 11 der Satzung Maintal benannt.⁴⁷ Auf den Internetseiten befand sich ein Hinweis auf einen Besuch der „Jungen Rechten“ beim Sommerfest der NPD-Saar am 1. August 2009 in Völklingen⁴⁸, was – wie bei der DVU selbst – auch auf eine flexible Bündnisfähigkeit nach weiter rechts schließen ließ.

Insbesondere bei der Modernisierung des seit 1997 existierenden Netzauftritts⁴⁹ der DVU wurde Matthias Faust zeitweise von dem als Bundessprekessprecher fungierenden „Multifunktionär“ Andreas Molau unterstützt. Molau, der sich wegen einer erfolglosen Kandidatur als Bundesvorsitzender bei der NPD und wegen der Veruntreuung von Geldern durch den NPD-Schatzmeister Erwin Kemna enttäuscht von der NPD abwandte und seine Bundesämter dort niederlegte, engagierte sich für kurze Zeit in der Faust-DVU. Neben Faust vertrat auch Molau immer schon das Ziel einer „Einigung auf der Rechten“.⁵⁰ Der dann auch von Faust propagierte Modernisierungskurs war maßgeblich auf Molau zurückzuführen. Molau forderte des Öfteren eine am Außenbild der österreichischen FPÖ orientierte Darstellung, deren Fehlen er bei allen Rechtsparteien maßgeb-

45 Vgl. Matthias Faust, Die Arbeit des „Verfassungsschutzes“, unter: <http://www.die-rechte.info/2010/01/die-arbeit-des-verfassungsschutzes> (21. Januar 2010).

46 Vgl. o. V., Servus München, Moin Moin Hamburg, unter: <http://www.die-rechte.info/2009/09/servus-munchen-moin-moin-hamburg> (21. Januar 2010).

47 Vgl. Satzung der Jungen Rechten Deutschlands, unter: <http://www.junge-rechte.de/uber-uns/satzung> (21. Januar 2010).

48 Vgl. <http://www.junge-rechte.de/uber-uns/galerie> (21. Januar 2010); auch diese Internetpräsenz ist inzwischen abgeschaltet.

49 Die DVU präsentierte sich ab 1997 zunächst nur über Inhalte der Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen: Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998, S. 36.

50 Faust (FN 44); zu Molau siehe: Elmar Vieregge, Biographisches Porträt: Andreas Molau, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 197-214, hier: S. 200 f., 214.

lich für die vergangenen schlechten Wahlergebnisse verantwortlich machte.⁵¹ Ihm dürften daher die blog-artige Netzpräsentation der DVU mit der schwarz-rot-goldenen Bundesfahne und vor allem der schillernde Untertitel „Die Neue Rechte“ zugeordnet werden können. Neben der Startseite, die regelmäßig mit elektronischen Tagebucheinträgen inklusive einer Kommentierungsfunktion aktualisiert wurde, konnten diese Tagebuchinhalte in einem Themenarchiv mit 21 Kategorien abgerufen werden. Unter anderem waren Verweise auf das molaufreundliche „Gesamtsrechts.net“, die „National-Zeitung“, den beim Kieler Verleger Dietmar Munier neu erscheinenden „Nation & Europa“-Nachfolger „Zuerst!“, ein DVU-eigenes Antiislamierungsportal und mehrere Landesverbände bzw. Ortsverbände geschaltet. Folgende Landesverbände unterhielten eigene Internetauftritte, die sich in den meisten Fällen am Aufbau und Erscheinungsbild der Bundesvorstandsseite orientierten:⁵² Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Zusätzliche finanzielle Hilfe erhielt die DVU aufgrund der Vermittlung Andreas Molau ab April 2009 zeitweise von dem schwedischen Staatsbürger und angeblichen Multimillionär Patrik Brinkmann⁵³, der im Januar 2010 Mitglied der ursprünglichen Kölner „Pro-Bewegung“ wurde und seine Parteimitgliedschaft bei der DVU niederlegte.⁵⁴ Patrik Brinkmann gründete 2004 die seit 2007 in Berlin-Zehlendorf ansässige „Kontinent Europa Stiftung“, in deren Vorstand auch Andreas Molau fungierte. Diese Stiftung soll nach Informationen des niedersächsischen Verfassungsschutzes in Europa netzwerkartig aufgebaut sein und sich um eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus im Sinne eines „Pan-Europa“ bemühen.⁵⁵ Von der Stiftung selbst fehlt zurzeit eine eigene Außendarstellung im Internet. Andreas Molau trat im Frühjahr 2010 wegen der sich bereits abzeichnenden Annäherungsbemühungen der Volksunion an die NPD ebenfalls wieder aus der Faust-DVU aus: „Ich bin doch nicht aus der NPD ausgetreten, um mich ihr auf dem Umweg über die DVU durch die kalte Küche wieder anzunähern“, wurde Molau von NDR-Info zitiert.⁵⁶ Seit Mai 2010 engagierte sich Molau bei „pro NRW“, in der er für die Öffentlichkeitsarbeit und den Internetauftritt als „Referent“ verantwortlich sein

51 Vgl. Thorsten Thomsen, Rechte in Brandenburg und Schleswig-Holstein ohne Erfolg, in: Die Aula, November 2009, S. 14.

52 Unter: <http://www.die-rechte.info/bundesvorstand/landesverbände> (21. Januar 2010).

53 Vgl. Toralf Staud, Die NPD bekommt Konkurrenz. Junger Parteichef, neuer Chefideologe, millionenschwerer Gönner: Die rechtsextreme DVU formiert sich neu – und profitiert vom Chaos bei der NPD, unter: <http://www.zeit.de/online/2009/16/dvu-patrik-brinkmann> (5. Dezember 2009).

54 Vgl. Matthias Faust, Politik und Wahrheit – Patrik Brinkmanns Pro-Eintritt 2. Teil, unter: <http://www.die-rechte.info/2010/01/politik-und-wahrheit-patrik-brinkmanns-pro-eintritt-2-teil> (21. Januar 2010); DPA, Millionär unterstützt Pro NRW, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 23./24. Januar 2010, S. 14.

55 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (FN 20), S. 74.

56 Vgl. o.V., NPD raus aus dem Kreistag von Wolfenbüttel: Rechter Politiker Molau legt Mandat nieder, NDR-Info vom 28. April 2010, unter: <http://www.ndr.de/unternehmen/presse/pressemitteilungen/pressemeldungndr5890.html> (20. Januar 2011).

soll. Brinkmann legte nach parteiinternen Zwistigkeiten seinen Berliner Landesvorstandsposten bei der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ im März 2011 nieder.

3. Die Fusion mit der NPD

Matthias Faust konnte mit den Restrukturierungsarbeiten der DVU hinsichtlich Personal/Mitglieder, Organisationsaufbau und Finanzierung nicht reüssieren. Im Gegenteil, die desolante Krisensituation der Partei verschärfte sich noch unter dem neuen Bundesvorsitzenden. Neben den Austritten von Molau und Brinkmann zerstritt sich Faust mit seinem Wahlkampfhelfer Christian Worch, der auf Internetplattformen DVU-Internas preisgab und gegen den die Bundesführung daraufhin einen Unvereinbarkeitsbeschluss verabschiedete.⁵⁷ Bundes- wie kommunalpolitisch besaß auch die „neue“ DVU weder parteipolitische und soziale Verankerung noch einen motivierten Aktivistenstamm. Die Anzahl der Parteimitglieder sank weiter auf höchstens 3.000 überwiegend inaktive Mitglieder⁵⁸, von denen über die Hälfte nichtzahlende Ehrenmitglieder gewesen sein sollen, wie aus den Redebeiträgen des Bamberger NPD-Parteitages geschlossen werden kann.⁵⁹ Kurzum: Die DVU konnte unter Faust keinerlei politische Bedeutung erlangen. Zudem regte sich aus den Landesverbänden Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bereits im Januar 2010 Widerspruch gegen das Führungsduo Faust/Molau. Diese Landesverbände bemängelten, dass der finanzielle Offenbarungseid und die ihnen bekannt gewordenen Fusionspläne mit der NPD ohne einen Vorstandsbeschluss durchgeführt worden seien. Diese Landesverbände strebten daher einen Parteiausschluss Fausts und Molaus an. Lediglich Faust wehrte sich wegen Formfehlern gegen dieses Verfahren mit einem erfolgreichen gerichtlichen Eilbescheid. Molau hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits politisch der Pro-Bewegung angenähert.

Nach dem ernsthaften Versuch eines Neubeginns stand Faust vor der Wahl einer Auflösung oder einer Fusion der von ihm verwalteten Parteienchimäre DVU. Der Fusionsprozess der ungleichen Verhandlungspartner DVU/NPD vollzog sich seit dem Sommer 2010 auch für die Öffentlichkeit in vier Schritten, mit denen die beteiligten Parteien möglichst viel werbewirksame Aufmerksamkeit für das „Superwahljahr“ 2011 erlangen wollten.

Der im Juni 2010 stattgefundenen NPD-Parteitag in Bamberg kann als erster Schritt angesehen werden. Dort bezeichnete Udo Voigt die Fusion mit der DVU, die nach seinen Angaben ab Februar verhandelt wurde, als wichtigstes Projekt. Gleichwohl musste

57 Vgl. Marc Brandstetter, Mit dem Rücken zur Wand. Die Krise der rechtsextremistischen Parteien, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 595-598, hier: S. 597.

58 Vgl. Frank Jansen, Mit großen Tönen ins Wahljahr, unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/01/04/mit-grosen-tonen-ins-wahljahr_5299 (22. März 2011).

59 Vgl. Hauke Friederichs, Der neue Kurs spaltet die NPD, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-06/npd-bamberg> (20. Januar 2011).

er seinen Mitgliedern eindringlich und mehrfach versprechen, die restlichen Schulden der DVU nicht zu übernehmen. Voigt formulierte bereits erste Ziele für die Zeit nach der Fusion. Auch Voigt strebte primär den parlamentarischen Wiedereinzug in Sachsen-Anhalt und Bremen an. Faust, der als Gastredner in Bamberg sprach, kündigte seinerseits eine Mitgliederbefragung über eine Verschmelzung mit der NPD an.

Im zweiten Schritt wurden die formal nicht verbindlichen Mitgliederbefragungen im Juli durchgeführt. Es handelte sich bei diesen Umfragen lediglich um Stimmungsbilder, die auf den jeweiligen Bundesparteitagen noch bestätigt werden mussten. Auf Seiten der DVU beteiligten sich 1.100 Mitglieder, die mit 90,95 Prozent für die Verschmelzung stimmten, freilich erneut unter dem Protest der drei Landesverbände. Während Hans-Gerd Wiechmann (Landesverband Niedersachsen) eine Fusion kategorisch ausschloss, verhandelte Max Branghofer (Landesverband NRW) mit der „pro NRW“, deren Mitgliedschaft er und sein Sohn Gerald zum 1. Februar 2011 erwarben.⁶⁰ Damit empfiehlt sich die Pro-Bewegung zukünftig als Auffangbecken weiterer enttäuschter ehemaliger DVU-Mitglieder, die den horizontalen Aufbau der Pro-Partei mitgestalten könnten. Dieser Faktor darf aber nicht überbewertet werden, da sich die meisten Mitglieder wohl keiner Partei mehr anschließen werden. Nach Angaben des Verfassungsschutzes NRW ist es „bemerkenswert [...], dass ‚pro NRW‘ vornehmlich auf den Übertritt von Mandatsträgern anderer Parteien setzt, während die NPD die Zusammenarbeit oder den Zusammenschluss mit anderen Parteien anstrebt.“⁶¹ Für die NPD votierten bei der Mitgliederbefragung von 2.000 teilnehmenden Mitgliedern (insgesamt ca. 6.800), unter der Bedingung keine neuen Schulden zu übernehmen, 92,47 Prozent für weitere Verhandlungen mit der DVU.⁶²

Trotz dieser klaren Stimmungsbilder der Mitgliederumfragen waren insgesamt fünf Vertragsentwürfe notwendig, ehe die jeweiligen Vorstände im August und September 2010 den schließlich ausgehandelten, endgültigen Verschmelzungsvertrag, als dritten Schritt, bestätigen konnten. Ein Grund für die längere Aushandlung könnten die Restschulden der DVU gewesen sein. Erst im September 2010 verzichtete nämlich Gerhard Frey auf die ca. 900.000 Euro, die er seiner ehemaligen Partei als alleiniger Kreditgeber immer noch zur Verfügung gestellt hatte, und ermöglichte mit einer Einzelspende über eine Million Euro im Oktober⁶³ die Fusion.⁶⁴ Zudem wurde der NPD die Verschmelzung zusätzlich mit einer Art Mitgift, in Form von DVU-Mitgliedererbschaften in Höhe von mehreren hunderttausend Euro, schmackhaft gemacht.⁶⁵

60 Vgl. BT-Drucksache 17/4780, S. 3.

61 Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Zwischenbericht 2010, Düsseldorf 2010, S. 20.

62 Zu den Ergebnissen der Mitgliederumfragen siehe: Andreas Speit, Nicht auf Augenhöhe, in: taz vom 25. Juli 2010

63 Vgl. BT-Drucksache 17/3602.

64 Vgl. o.V., NPD und DVU wollen bis Jahresende fusionieren, in: Weser-Kurier vom 17. September 2010.

65 Vgl. Felix Krautkrämer, Die DVU räumt das Feld, in: Junge Freiheit vom 12. November 2010.

Der NPD-Sonderparteitag in Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt), als letzter Schritt, machte den Weg frei für die benötigte Urabstimmung und wählte Matthias Faust für den im Oktober 2009 verstorbenen Jürgen Rieger zum stellvertretenden Parteivorsitzenden und zum Spitzenkandidaten für die Bremer Bürgerschaftswahl. Als Beisitzer im NPD-Vorstand reüssierten die ehemaligen DVU-Funktionäre Ingmar Knop (stellvertretender DVU-Bundesvorsitzender, DVU-Landesvorsitzender Sachsen und Sachsen-Anhalt und Stadtrat in Dessau-Roßlau) sowie Heiner Höving (DVU-Präsidiumsmitglied).⁶⁶ Auch der mehrmalig verschobene Verschmelzungsparteitag der DVU gab am 12. Dezember grünes Licht für eine Fusionsurabstimmung. Auf diesem Sonderparteitag in Kirchheim (Thüringen) verließen vor der Abstimmung vier Landesverbände angesichts der Doppelmitgliedschaften von NPD-Mitgliedern aus Protest gegen Unregelmäßigkeiten den Parteitag. Die Landesverbände Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin kündigten an, die Abstimmung juristisch anzufechten. Kurz nach dem Parteitag schlossen sich auch die Landesverbände Bremen und Berlin an. Die Vorsitzenden Rudolf Bargmann (Bremen) und Torsten Meyer (Berlin) legten ihre Ämter nieder. Festzuhalten bleibt, dass sich die Landesverbände Niedersachsen, NRW, Schleswig-Holstein mehrheitlich aus formalen Gründen gegen die Fusion aussprachen. Bremen und Berlin meldeten zuvorderst inhaltlich-programmatische Vorbehalte, gegen die offen aggressive Haltung der NPD das „System BRD abzuwickeln“, an. Trotz dieser Proteste unterzeichneten die Parteivorsitzenden Faust und Voigt kurz vor Jahreswechsel den Fusionsvertrag und setzten die vorherigen schriftlichen Urabstimmungen beider Parteien um, die sich mit „deutlicher Mehrheit für die Verschmelzung“⁶⁷ ausgesprochen hatten. Seit dem 1. Januar 2011 firmiert die fusionierte Partei unter dem Namen: „NPD – Die Volksunion“.

Wie bereits angekündigt, erwirkten die Fusionsgegner im Nachgang beim Landgericht München I einen am 25. Januar 2011 stattgegebenen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz. Obwohl die „neue“ NPD inzwischen bei mehreren Wahlen (erfolglos) teilgenommen hat und der Verschmelzungsprozess de facto abgeschlossen ist, konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einer rechtswirksamen Fusion ausgegangen werden, da die Entscheidung im Hauptsacheverfahren noch aussteht.⁶⁸ Der Verschmelzungsvertrag müsste nach einer erneuten und mängelfreien Urabstimmung unterzeichnet werden.⁶⁹ Gegen den Beschluss wurde Widerspruch eingelegt. Da der Verschmelzungsvertrag offenbar unterschrieben wurde, beantragten die Gegner der Fusion festzustellen,

66 Vgl. BT-Drucksache 17/4780, S. 2.

67 O.V., NPD und DVU fusioniert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 2010.

68 Vgl. BT-Drucksache 17/4780, S. 2.

69 Vgl. Beschluss des Landgerichts München I, Aktenzeichen: 20 O 25065/10; Tobias Pichlmaier, DVU/NPD-Verschmelzungsvertrag, Pressemitteilung des LG München I in Zivilsachen vom 28. Januar 2011, unter: <http://www.justiz.bayern.de/gericht/lg/m1/presse/archiv/2011/02898/index.php> (22. März 2011).

ob der Vertrag unwirksam ist bzw. ein Verbot der Verschmelzung möglich wäre.⁷⁰ Der Beschluss vom 25. Januar konnte in einer mündlichen Verhandlung am 10. Mai 2011 vor dem Landgericht München I von den Fusionsbefürwortern nicht entkräftet werden. Das Gericht äußerte im Ergebnis der Verhandlung Bedenken, eine abschließende Entscheidung in einem Eilverfahren zu treffen, und schlug daher einen Vergleich vor.⁷¹ Verfolgt man lediglich die Diskussionsbeiträge zu dieser Verhandlung auf den niedersächsischen Internetseiten der DVU, erhält man einen Eindruck von der tiefen Zerstrittenheit der Szene. Neben der Veröffentlichung interner elektronischer Nachrichten von NPD- und DVU-Funktionären dürfte der Rechtsstreit um die Fusion die Partei im Wahljahr 2011 geschwächt haben.

4. Fazit

Wenn eine Partei einen Teil des Volkswillens abbilden soll und dieser Teil nach demokratietheoretischen Gesichtspunkten in qualitativer Hinsicht zwingend einen verbandsmäßigen Aufbau, eine geographische Selbstorganisation und die eigenständige Funktionsfähigkeit der Gebietsgliederungen vorsieht (PartG), so war die DVU rein formal kaum als eine demokratische Partei zu klassifizieren.

Die Parteichimäre hatte sich unter ihrem Interims-Bundesvorsitzenden Matthias Faust und unter dem Einfluss von Andreas Molau dem äußeren Anschein nach modernisiert. Sie näherte sich den rechtspopulistischen Strömungen der Pro-Bewegung an. Der programmatisch-organisatorische Ansatz der neuen DVU-Leitung, eine Einigung auf der politischen Rechten zu erzielen, blieb angesichts der dauerhaften strukturellen und auch horizontalen Zerstrittenheit des rechtsextremen Spektrums uneingelöst. Die Zerstrittenheit ist letztendlich auch als Kennzeichen eines ausgeprägten Binnenpluralismus zu werten, der unter extremismustheoretischen Gesichtspunkten zu Differenzierungen zwingt.

Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, war die DVU an der Verwirklichung eines solchen Ziels weder beteiligt, noch war sie überhaupt in der Lage, eine gestaltende Rolle in diesem Einigungsprozess übernehmen zu können. Wie man vor allem den elektronischen DVU-Foreneinträgen entnehmen konnte, wurde der DVU auch in der rechtsextremen Szene nicht mehr viel zugetraut. Die „Marke“ DVU war nach 22 Jahren Alleinherrschaft Gerhard Freys mit ihren hier analysierten strukturellen Folgen für die Parteiorganisation, der finanziellen Basis, der überalterten Mitgliederstruktur und der Qualifikation der Funktionsträger schlichtweg verbraucht. Abgesehen von dem bereits unter Frey begonnenen finanziellen Konsolidierungskurs war die strukturell-organisa-

70 Vgl. schriftliche Mitteilung von Tobias Pichlmaier (Richter am LG München I – Pressesprecher –) an den Verfasser vom 7. Mai 2011.

71 Vgl. Christian Worch, Prozessbericht, unter: <http://www.dvu-nds.de/2011/05/prozesbericht/#more-2323> (12. Mai 2011).

torische Ausgangslage für die Faust-DVU wenig erfreulich. Als Wahlpartei war sie in keinem Landtag mehr vertreten, und die Internetseiten der einzelnen Landesverbände machten einen zum Teil desolaten Eindruck. Dabei fungierte das Internet als „das“ Leitungs- und Organisationsmedium der „neuen“ DVU. Außer der Neuauflage der Außendarstellung konnten als bedeutendste Maßnahmen des neuen Vorstands lediglich die Gründung der nicht sichtbaren Jugendorganisation „Junge Rechte“ und die Verlegung des Parteisitzes von München nach Hamburg angeführt werden. Ein verbandsmäßiger bundesweiter Aufbau, geographische Selbstorganisation und eine Funktionsfähigkeit der Gebietsgliederungen mit geeignetem Personal war für die DVU auch unter Faust unerreichbar. Diese desolate Lage verschärfte sich noch, als der inhaltliche „Führungskader“ Molau und der potenzielle Finanzier Brinkmann sich zu „pro NRW“ umorientierten und sich Faust mit seinem Wahlorganisationshelfer Worch überwarf. Faust stand vor der Wahl, die Partei aufzulösen oder ihre Restbestände in eine andere Partei zu integrieren. Wie die vergleichende Analyse der Finanzkennzahlen, die Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Fusionsprozess zeigen, konnte die DVU selbst mit der radikaleren Schwesterpartei NPD nicht mehr auf Augenhöhe verhandeln. Die Rolle des „Kochs“ und des „Kellners“ waren klar verteilt, die NPD stimmte einer Fusion nur unter der Bedingung zu, keine DVU-Restschulden zu übernehmen.

Eine neue rechtsextreme Partei ist mit der Fusion nicht entstanden. Für diese These sprechen die während des Fusionsprozesses bekannt gewordenen dramatischen Mitgliederverluste und die Proteste von fünf Landesverbänden aus formalen, aber auch inhaltlich-programmatischen Gründen. Im Gegensatz zur früheren Frey-DVU zeigte die Faust-DVU in ihrer Auflösung mit diesen Protesten doch noch, dass sie über eigene Parteistrukturen und damit über rudimentäre innerparteiliche Demokratiestrukturen auf Landesvorstandsebene verfügte. Die Strukturanalyse des bröckelnden Steinbruchs DVU ließ bereits während der Fusion keine neue Parteiqualität erkennen.

Der Erfolg der Fusion müsste sich an der Wahlurne zeigen. Bereits die desolaten Wahlergebnisse der „geleakten“ „NPD – Die Volksunion“ zur Bürgerschaft in Hamburg, der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt – trotz Materialschlacht in Freyschem Ausmaß –, in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz zeigten deutlich⁷², dass es sich bei der Fusion lediglich um eine Vereinnahmung von DVU-Restbeständen handelte, die nach einem Ausmendelungsprozess als „Fleisch vom Fleische“ der NPD angesehen werden müssen. Aus diesen Gründen werden die ehemaligen Volksunionisten keinen inhaltlich-programmatischen Einfluss auf die NPD nehmen wollen und wegen ihres gering entwickelten programmatischen Bewusstseins auch nicht können. Ohne den Einsatz von eigenen Opportunitätskosten hat die NPD mit der Fusion, sofern sie nachträglich rechtswirksam wird, einen in den letzten Jahren kaum mehr wahrnehmbaren Mitbewerber erfolgreich aus dem rechtsextremen Parteienspektrum gesogen.

72 Wahlergebnisse für die „NPD – Die Volksunion“ 2011 (bis Redaktionsschluss): Hamburg: 0,9 Prozent; Sachsen-Anhalt: 4,6 Prozent; Baden-Württemberg: 1,0 Prozent; Rheinland-Pfalz: 1,1 Prozent.

Das Erbe der WASG für die Partei DIE LINKE

Von Andreas M. Vollmer

1. Rückblick

Oskar Lafontaines Abschied aus der Politik markierte Anfang 2010 einen Wendepunkt der erfolgsverwöhnten Partei DIE LINKE.¹ Der Lotse verließ den Fraktionsstand, verzichtete auf sein Bundestagsmandat und zog sich ins Saarland zurück. Wie kaum ein anderer hatte der frühere SPD-Chef das Bild einer Partei geprägt, die endlich im Westen angekommen schien.² Das doppelte Comeback für ihn und die PDS war ohne die nicht-etablierte Partei für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) undenkbar. Die PDS hatte an Attraktivität verloren und bei der Bundestagswahl 2002 nur zwei Direktmandate erzielt. Bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 galt die PDS, wie die WASG-Newsletter dokumentierten, als Gegner. Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 erzwang aus verschiedenen Gründen die Kooperation beider Parteien, die Teile der WASG, wie der PDS, kritisch sahen. Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2005 und dem Projekt der neuen Linken (die Linksfraktion als vorgezogene Fusion) schien die ostdeutsche Partei³ unter dem Label Linkspartei in den alten Bundesländern anzukommen. Die Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine (WASG) und Gregor Gysi (Linkspartei) verbrüdeten sich mit wechselseitiger Doppelmitgliedschaft in beiden Parteien.

Beide Parteien traten bis Juni 2007 eigenständig auf, Konflikte blieben nicht aus. Die Juniorpartei strebte nach Etablierung. Die Landtagswahlen im Frühjahr 2006 holten die WASG, die von 20.000 Mitgliedern und Siegen träumte, in die Realität zurück. Im Westen sollte die junge Partei, im Osten dagegen nur ihr neuer Bundesgenosse kandidieren.⁴ Anfangs funktionierte der Plan, allerdings stellten sich keine Erfolge ein. Die WASG scheiterte 2006 in Baden-Württemberg mit 3,1 und in Rheinland-Pfalz mit 2,6 Prozent. Zudem lehnten sich Teile der WASG gegen den mehrheitlich gewünschten Fusionskurs mit der Linkspartei auf, obwohl Urabstimmungen und Parteitagsvoten diesen Kurs billigten. Im Osten wollten verschiedene WASG-Landesverbände eigene Wahlauftritte, die der Kooperation beider Parteien auf Bundesebene zuwider liefen. Mit dem Votum des Bundesparteitags vom 30. April 2006 im Rücken wollte Klaus Ernst die Kandidatur der

1 Der Beitrag gibt meine persönliche Ansicht wieder.

2 Hier erfüllte sich der lange gehegte Wunsch der PDS nach einer Westausdehnung. Vgl. Michael Brie, Ist die PDS noch zu retten?, Berlin 2003, S. 39 f.

3 Fortan verwende ich, wie seinerzeit auch Teile der Partei, den Begriff Linkspartei statt Linkspartei. PDS.

4 Vgl. Murat Cakir, Weichenstellung für den Parteibildungsprozess, unter: www.w-asg.de (Stand: 14. Januar 2006).

Berliner WASG zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2006 verhindern. Die Landespartei setzte sie mit Hilfe des Berliner Landgerichts durch. Zeitgleich opponierte die WASG in Mecklenburg-Vorpommern und bereitete eine eigene Wahlteilnahme vor. Nach der gerichtlichen Niederlage in Berlin legte die Bundespartei den Abtrünnigen auch hier keine Steine mehr in den Weg. Lucy Redler, die Spitzenkandidatin der Berliner WASG, rechnete mit einem Erfolg, den die Wähler nicht wollten. Die Linkspartei verlor zwar an Stimmen, für die neue Partei reichte es aber nicht. Mit 2,9 Prozent der Zweitstimmen verfehlte die WASG den Sprung ins Landesparlament. In Mecklenburg-Vorpommern waren es nur 0,5 Prozentpunkte, die dort die 139 Seelen zählende Partei vor eine Zerreißprobe stellten. In den östlichen Ländern fehlten schlichtweg personelle und finanzielle Ressourcen.

Klaus Ernst musste mit den Widersprüchlichkeiten der links-pluralistischen Partei leben. Die WASG vereinte drei Flügel unterschiedlicher Stärke: Die am klassischen Sozialstaat orientierten und auf Parlamentarismus fixierten Neo-Keynesianer (ehemalige SPD-Mitglieder und linke Gewerkschaftsfunktionäre) hatten im Bundesvorstand (meist) die Mehrheit. Mit dieser konkurrierte eine strömungsorientierte Linke, die fast das gleiche Gewicht hatte. Sie suchte den Brückenschlag zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen, mit stärkerer Akzentuierung außerparlamentarischer Aktivitäten.⁵ Lautstark agierten als kleinster Teil die „Sektenkrieger“⁶, die in manchen Parteigliederungen reüssieren konnten. Die WASG-Führung differenzierte zwischen diesen. Loyale Mitstreiter waren willkommen, wie eine Presseerklärung des Vorstandsmitglieds Thomas Händel vom 9. Mai 2007 dokumentiert: „Seit der Gründung der WASG als antineoliberale Sammlungsbewegung tragen viele unterschiedliche Gruppen zum Erfolg der neuen Linken bei, darunter auch Linksruck.“⁷

Der Linksruck (LR) war ein konformer Mitspieler, dessen Revolutionsrhetorik⁸ und extremistische Eskapaden⁹ in einem merkwürdigen (Miss-)Verhältnis zur Unterstützung des Flügels um Klaus Ernst standen. Dafür gelangten ihre Kader in höchste Parteiämter, wie die Wahl von Christine Buchholz in den WASG-Bundesvorstand zeigte. Die kleine „internationale sozialistische linke“ (isl) nahm eine „vermittelnde“ Position ein. Ihre Verankerung in der nordrhein-westfälischen WASG reichte bis zu Thies Gleiss, der als isl-Angehöriger im WASG-Bundesvorstand saß. Eine stärkere sozialistische Ausrich-

5 Mit dem Rücktritt der WASG-Bundesvorstandsmitglieder Joachim Bischoff, Björn Radke und Sabine Lösing vom 30. April 2006 verlor dieser Teil der Partei an Einfluss.

6 Ein Begriff, den Klaus Ernst im Frühjahr 2005 in parteiinternen Auseinandersetzungen selbst einbrachte.

7 Vgl. Thomas Händel, WASG zur Berichterstattung im Tagesspiegel / Gründung des Studierendenverbandes, unter: www.w-asg.de (Stand: 22. Mai 2007).

8 „Wir glauben, dass der Kapitalismus nicht verbessert werden kann, sondern durch eine sozialistische Revolution gestürzt werden muss“. Vgl. Linksruck, Wer wir sind, in: Linksruck vom 21. Juni 2006, S. 10.

9 Vgl. Volkhard Mosler, Wer die Fabrik hat, hat die Macht, unter: www.linksruck.de vom 18. Oktober 2006 (Stand: 10. Januar 2007).

tung der WASG stand im Vordergrund. Ihre Anpassung an die Linkspartei stieß auf Kritik, die nicht für eine generelle Ablehnung der Fusion reichte.¹⁰ Die Sozialistische Alternative (SAV) hatte als non-konformer Mitspieler einen schweren Stand. Ihr Einfluss auf Bundesebene der WASG war marginal. Daher wandte sie eine andere Strategie an: die Unterwanderung der Berliner Parteigliederung durch Kader, Mitglieder und Sympathisanten. Im Vordergrund stand, die WASG als Objekt zur Schaffung einer revolutionären Arbeiterpartei zu nutzen.¹¹ Verschiedene Ausgrenzungsversuche Klaus Ernsts scheiterten. Die strömungsorientierten Linken sahen das Pluralismusverständnis in Gefahr und opponierten. Der LR und die isl lehnten administrative Maßnahmen aus naheliegenden Gründen gleichfalls ab. Dabei drohte der Zusammenschluss mit der Ostpartei wegen des Kurses der SAV-unterwanderten Berliner WASG zu scheitern.

Neben den drei trotzkistischen Vereinigungen entstanden weitere Strömungen. Ein Netzwerk Linke Opposition (NLO) sammelte Anhänger bei strömungsorientierten Linken sowie der isl und SAV ein. Erklärtes Ziel war, dem Zusammenschluss von WASG und Linkspartei nur unter sozialistischen Auflagen zuzustimmen. Dieser Versuch schlug fehl; die Mehrheit der WASG akzeptierte den Einigungskurs beider Parteien. Streit und Abspaltungen wiesen dem NLO den Weg ins Abseits. Gewerkschaftlich orientierte Teile der WASG traten ab August 2006 dem Netzwerk Sozialistische Linke (SL) bei. Die hier Versammelten wollten der Partei DIE LINKE eine ideologische Fundierung mit marxistischen Vorstellungen geben sowie Beiträge für das künftige Grundsatzprogramm leisten.¹² Aus dem Umfeld der Linkspartei, aber auch aus Kreisen der WASG entstand im März 2006 die Antikapitalistische Linke (AKL). Die AKL fand in Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform (KPF) und Thies Gleiss vom WASG-Bundesvorstand ihre prominentesten Fürsprecher.¹³

Die Flügelschläge der Vereinigungen und Strömungen in der WASG bildeten nur einen Teil der Parteigeschichte ab. Die WASG lebte für die Fusion, externe eigene Parteiaktivitäten traten zugunsten zahlreicher Vereinbarungen mit der Linkspartei in den Hintergrund. Die fusionsunwillige Minderheit zahlte oftmals keine Beiträge mehr oder trat aus.¹⁴ Kurios agierte die SAV. Sie verblieb in den westlichen Bundesländern in der WASG und ging damit den Weg in DIE LINKE. Im Osten geißelte sie die Realpolitik der Linkspartei und forderte ihre Anhängerschaft auf, nicht beizutreten.¹⁵ Clever agier-

10 Vgl. Zum Stand der Parteifusion. Eine Kurskorrektur ist dringend nötig, unter: www.islinke.de vom 26. November 2006 (Stand: 11. Januar 2007).

11 Vgl. Murat Cakir, Am Scheideweg (I): Über die WASG, den Parteibildungsprozess und die politischen Konflikte, unter: www.sozialismus.info.de vom 26. Dezember 2005 (Stand: 11. Januar 2006).

12 Vgl. Abschlusserklärung des 1. Strömungstreffens der Sozialistischen Linken, unter: www.links-revier.de vom 19. August 2006 (Stand: 22. August 2006).

13 Vgl. Sahra Wagenknecht u.a., Für eine antikapitalistische Linke, unter: www.antikapitalistische-linke.de vom 28. März 2006 (Stand: 31. März 2006).

14 Vgl. Impressionen vom Länderrat der WASG am 4. 2. 2007, unter: www.linkezeitung.de vom 4. Februar 2007 (Stand: 4. September 2007).

15 Vgl. Sascha Stanicic, WASG und L.PDS: Einheitsbrei statt Fusionsfieber, unter: www.sozialismus.info.de vom 12. März 2007 (Stand: 25. April 2007).

te der Linksruck (LR). Im Januar 2007 kündigten die Trotzisten ihre Unterstützung der SL an¹⁶, um wenig später die eigene (formelle) Auflösung zugunsten einer dauerhaften Mitarbeit in der Partei DIE LINKE zu erklären. Mit der Transformation in das Netzwerk marx21 blieb die Agitationsplattform bestehen und eine eventuelle Austrittsoption offen.

Indes zerfiel der Berliner WASG-Verband, während mit der Wahl in Bremen (Mai 2007) dem Bündnis beider Parteien unter dem neuen Namen DIE LINKE der erstmalige Einzug in ein westdeutsches Landesparlament gelang. Zu diesem Zeitpunkt war die Vereinigung der WASG mit der Linkspartei nur mehr Formsache. Nach den Beschlüssen mehrerer Parteitage votierten die Mitglieder in einer Urabstimmung deutlich für den Beitritt am 16. Juni 2007.

2. Wirken der WASG in der Partei DIE LINKE

Die WASG hatte an Profil verloren, das personelle Überleben in der neuen Partei aber organisiert. Der Delegiertenschlüssel sicherte ihr für mehrere Jahre einen überproportionalen Einfluss auf Bundesparteitagen. Die Migration aller WASG-Bundesvorstandsmitglieder gelang, der erste neue Vorstand des Jahres 2007 war paritätisch (mit je 22 Vertretern beider Parteien) besetzt. Die meisten Mitglieder der WASG-Landesvorstände setzten ihre Karriere fort, die Ausgrenzung einzelner – wie die des ehemaligen bayerischen Landessprechers Fritz Schmalzbauer – blieb (noch) die Ausnahme. Die Ost-West-Doppelspitze mit Funktionären beider Parteien, 2007 begonnen mit Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, besteht seitdem. Allerdings nahm mit deren Wahl, der Forderung nach „Systemüberwindung“ und marxistischen Debatten der Extremismusgehalt in der Partei zu. Einen gewichtigen Anteil daran hatten ihre (neuen) Strömungen. So gelang marx21 mit der früheren WASG-Frontfrau und Linksruck-Aktivistin Janine Wissler ein Coup. Sie zog 2008 in den Hessischen Landtag ein und erhielt dort später den Fraktionsvorsitz.

Im Herbst 2008 vollzog die SAV in den neuen Bundesländern eine Kehrtwende. Führende Kader, darunter Lucy Redler, begehrten Aufnahme in die LINKE und scheiterten zunächst am Veto von Klaus Ernst. Ihm waren die Berliner Eskapaden noch gut in Erinnerung. Nach mehreren Anläufen über die Landes- und Bundesschiedskommission erhielten die Funktionäre der SAV-Führung im Sommer 2010 ihre Mitgliedsbücher.¹⁷

In Nordrhein-Westfalen brachten die SL und AKL 2009 den Bundestagsabgeordneten und ehemaligen WASG-Landesvorsitzenden Aydin Hüseyin zu Fall. Statt seiner kam die KPF-Ikone Sahra Wagenknecht zum Zug. Auch Andrej Hunko (AKL), ein früherer

16 Vgl. Unterstützt die Sozialistische Linke, unter: www.linksruck.de vom 29. Januar 2007 (Stand: 14. Februar 2007).

17 Vgl. „Die Linke als kämpferische sozialistische Partei aufbauen“, unter: www.sozialismus.info vom 1. September 2010 (Stand: 24. September 2010).

Das Erbe der WASG für die Partei DIE LINKE

WASG-Aktivist, erhielt einen sicheren Listenplatz. Hier, wie anderenorts, kandidierten Angehörige der AKL und SL für den Deutschen Bundestag. Christine Buchholz (SL/marx21) und Nicole Gohlke (SL/marx21)¹⁸ beschritten den Weg einiger Kader des trotzkistischen Netzwerkes: eine hauptberufliche Tätigkeit in bzw. für die Linksfraktion. Nach 2005 waren sie dort tätig, bis eigene Wahlkandidaturen folgten. Beide kamen 2009 als Abgeordnete neu ins Parlament. DIE LINKE erzielte ihr bestes deutschlandweites Ergebnis nach 1990.

Dabei veränderte sich das Verhältnis der Bundestagsabgeordneten der WASG bzw. mit WASG-Herkunft 2005 und 2009 kaum: Bei der Bundestagswahl 2005 stammten 22,2 Prozent der Abgeordneten der Linksfraktion aus den Reihen der WASG, 2009 waren es 27,6 Prozent. Heute spielen hier Repräsentanten der früheren WASG personell eine stärkere Rolle als 2005. In den Bundesländern, in denen 2005 kein WASG-Mitglied gewählt wurde, kam auch 2009 kein Angehöriger mit WASG-Herkunft ins Parlament. Dafür gewannen zwei innerparteiliche Strömungen in der Fraktion an Einfluss, wie das Schaubild (hier für die WASG) zeigt:

Bundesländer	WASG- Abgeordnete im Jahr 2005	Abgeordnete mit WASG- Herkunft 2009	Darunter Angehörige der SL 2009	Darunter Angehörige der AKL 2009
Bayern	1	3	2	0
Baden-Württemberg	2	4	1	1
Berlin	0	0	0	0
Brandenburg	0	0	0	0
Bremen	0	0	0	0
Hamburg	0	0	0	0
Hessen	1	2	1	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0
Niedersachsen	1	3	1	0
Nordrhein-Westfalen	3	4	2	2
Rheinland-Pfalz	1	2	2	0
Saarland	1	1	0	0
Sachsen	1	1	0	0
Sachsen-Anhalt	1	1	0	0
Schleswig-Holstein	0	0	0	0
Thüringen	0	0	0	0
WASG-Gesamtzahlen: (Linkspartei/DIE LINKE)	12 (42) = 22,2 %	21 (55) = 27,6 %	9 (6)	3 (9)

Quelle: Amtliche Wahlergebnisse; Angaben der Parteien und Strömungen; eigene Berechnungen.

¹⁸ Sie wurde in Kenntnis ihrer Linksruck-Herkunft 2006 in den Landesvorstand der WASG Bayern gewählt.

Von den 2009 gewählten 76 Bundestagsabgeordneten gehören 15 der SL und 12 der AKL an. Dies sind zusammen rund 36 Prozent. Im Verhältnis dazu hatten 2009 die SL 655¹⁹ und die AKL 1.650 Angehörige²⁰. Von den 73.658 Parteimitgliedern (zum 31. Dezember 2010) sind nur ca. drei Prozent diesen Zusammenschlüssen zuzurechnen. Das zeigt, dass SL und AKL in der Fraktion überrepräsentiert sind, aber für die Partei wichtig erscheinen. DIE LINKE kam im Westen an. Das Image der nicht-wählbaren Postkommunisten wandelte die WASG ins Positive: Der neue Linkspopulismus à la Lafontaine²¹ erreichte größere Teile der Wählerschaft. Der Siegeszug bei Landtagswahlen in den alten Bundesländern schien unaufhaltsam. Die Partei konnte bei den Wahlen 2008 in die westlichen Landtage einziehen²², allein in Bayern blieb sie mit 4,3 Prozent ohne Mandate. Die Bildung einer ersten rot-rot-grünen Koalition im Westen scheiterte in Hessen allerdings und führte dort zu Neuwahlen. 2009 setzte sich der positive Wahl-trend fort. Die vereinigten Genossen zogen erneut in Hessen und erstmals im Saarland sowie in Schleswig-Holstein in die Parlamente ein.²³ Das Führungstandem Lafontaine/Gysi verkörperte die Unendlichkeit des Erfolges. 2010 zog DIE LINKE in den nord-rhein-westfälischen Landtag ein und spielt seitdem das Zünglein an der Waage einer rot-grünen Minderheitsregierung. 2011 riss die Erfolgsserie im Westen ab. In Hamburg erreichte sie noch knapp das Ergebnis der letzten Wahl, während sie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an der Fünfprozenthürde scheiterte. In Bremen erhielt der ehemalige Spitzenkandidat und frühere WASG-Landessprecher Peter Erlanson nur Platz zwölf auf der Liste.²⁴ DIE LINKE kam mit fünf statt sieben Sitzen²⁵ denkbar knapp wieder in die Bürgerschaft. Daneben verlor die Partei Teile der Basis, im Westen proportional stärker als im Osten. Im Jahr 2010 kehrten ihr in den alten Bundesländern rund 2.000 Mitglieder den Rücken. Die Pluralität der Partei und ihre Grabenkämpfe trugen ein Quäntchen dazu bei.

19 Vgl. Delegiertenschlüssel für den 2. Parteitag der Partei DIE LINKE 2010/2011, Beschluss des Parteivorstandes vom 8. Juni 2009, unter: <http://die-linke.de> vom 8. Juni 2009 (Stand: 27. Juli 2009).

20 Vgl. Für eine antikapitalistische Linke – Unterstützer, unter: www.antikapitalistische-linke.de, undatiert (Stand: 22. November 2009).

21 Vgl. Oskar Lafontaine, Politik für alle, Berlin 2005.

22 Unter den Abgeordneten waren solche mit WASG-Herkunft wie Kreszentia Flauger in Niedersachsen, Dora Heyenn, Norbert Hackbusch und Joachim Bischoff in Hamburg, Hermann Schaus und Janine Wissler in Hessen.

23 Darunter befanden sich wieder einige aus der WASG, zum Beispiel Heinz Bierbaum, Heike Kugler, Oskar Lafontaine und Wolfgang Schuhmacher (alle Saarland) und Heinz-Werner Jezewski in Schleswig-Holstein.

24 Der Berliner Tagesspiegel wagte für den Fall eines Landesdesasters eine Bundesprognose: das Comeback Oskar Lafontaines und das vorzeitige Ende des Führungsduos Gesine Löttsch/Klaus Ernst. Vgl. Matthias Meisner, Skandalerfahrene Linke, unter: www.tagesspiegel.de vom 15. Mai 2011 (Stand: 22. Mai 2011).

25 Die Fraktion war instabil. Ein Mitglied schied aus, eine Abgeordnete trat im November 2010 zur SPD über.

Nicht immer führte Unmut zu Abkehr: So regte sich im Sommer 2008 in Teilen der Linksjugend [’solid] Widerstand gegen die Unterwanderung durch die SAV. Funktionäre des Jugendverbandes der Partei DIE LINKE beschrieben den Einfluss der Politsekte²⁶, deren Kader schon in der WASG aktiv waren oder nunmehr beitraten. Unter umgekehrten Vorzeichen handelten Teile des neu gegründeten Studierendenverbandes der Partei den Entrismus von marx21 ab. Die LINKE.SDS (dessen Namensbestandteil SDS auf marx21-Wünsche zurückgeht), ein Zusammenschluss linker Hochschulgruppen (an dem sich studentische Kreise der WASG beteiligten), publizierte in ihrem Organ „links-kontrovers“ Anfang 2009 einen in der Partei kaum beachteten Artikel: „Mitglieder von Linksruck (inzwischen Marx 21) waren maßgeblich verantwortlich für die Gründung des Verbandes. Seither dominieren sie seine politische Ausrichtung auf allen Ebenen. [...] Klar ist: Solidarisch wird von den M21-Mitgliedern innerhalb des SDS nicht gehandelt – das wird schon an den internen Absprachen deutlich. Es geht um die Durchsetzung der eigenen Ziele und das Erreichen einer breiteren Masse als es für M21 ohne den SDS möglich wäre.“²⁷

Nur vereinzelt gab es weitere Diskussionen um die Trotzlisten. Das Landesvorstandsmitglied der Partei DIE LINKE Bayern, Florian Paul, beschrieb am 1. Juni 2009 die Vernachlässigung der Kernarbeit des linken Studierendenverbandes. Dabei kritisierte er indirekt die in den Diensten der Linksfraktion stehende marx21-Aktivistin Nicole Gohlke aus München: „Der SDS scheint auf Bundesebene aktuell nichts anderes mehr zu sein – sofern er es jemals war – als ein Versuch von Marx21, mehr Einfluss an den Hochschulen zu gewinnen und sich als unkritische Parteisolddaten zu präsentieren mit dem Ziel, dort in Lohn und Brot zu gelangen bzw. für spätere Zeiten entsprechende Netzwerke zu knüpfen.“²⁸ Interessant ist, dass Nicole Gohlke nach ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag 2009 zur Hochschulpolitischen Sprecherin der Linksfraktion aufstieg. Der ehemalige Bundessprecher des Studierendenverbandes und frühere bayerische WASG-Aktivist Max Steininger steht in der LINKE.SDS für eine prokommunistische Theoriearbeit.²⁹

Im Osten verlief alles ruhiger. Die WASG-Probleme entfielen, während die traditionellen PDS-Strukturen fortbestanden. Kommunistische Sprengel wie KPF, Marxistisches Forum (MF) und Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD) blieben erhalten. Dabei entzauberte sich DIE LINKE, wo sie in Regierungsverantwortung stand. Wählerstimmen gingen verloren. Die so genannten Realpolitiker erhielten mit dem „Forum

26 Vgl. Julian Plenefisch und Marco Heinig, Linksjugend [’solid] Berlin: „Der Jugendverband und trotzkistische Sekten“, in: Edith Bartelmus-Scholich, Neuer Höhepunkt der Ausgrenzungen linker Opposition in der Partei DIE LINKE, unter: www.scharf-links.de vom 22. Oktober 2008 (Stand: 12. November 2008).

27 Erik Peter, Die Linke.SDS – Kritik in 4 Akten, in: Links-kontrovers, Nr. 1/2009, S. 29-31.

28 Florian Paul, Bundesverband linke.sds weiterhin von Marx21 dominiert, unter: www.scharf-links.de vom 1. Juni 2009 (Stand: 14. Juli 2009).

29 Vgl. Max Steininger, Klassische marxistische Imperialismustheorien, in: Debatte Nr. 3 – Januar 2010, S. 2-8.

Demokratischer Sozialismus“ (FDS) eine Plattform.³⁰ SL und AKL verbreiteten im Westen ihre Basis und setzten in einzelnen Landesverbänden linkssektiererische Kräfte frei oder stärkten diese. Zunächst lief die rheinland-pfälzische Partei aus dem Ruder. Die Vorstandsmitglieder lieferten sich feindselige Debatten. Interne Papiere und offene Denunziationen kursierten in einem Internetforum, das u. a. von Edith Bartelmus-Scholich betrieben wird.³¹ Alexander Ulrich, der WASG-Mitbegründer und erste Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, hatte einen schweren Stand. Seine Gefolgschaft reichte für die Wiederwahl im Oktober 2008, obwohl Anfeindungen alltäglich waren. Bei der Kür der Landesliste für die Wahl 2011 eskalierten die Auseinandersetzungen. Noch in der Konferenznacht am 19. Juni 2010 legte Ulrich den Vorsitz nieder. Er sprach von einer nicht vermittelbaren Landesliste, während ihm Gegner Günstlingswirtschaft sowie eine Vermischung von Amt und Mandat zum Schaden der Partei vorhielten. Eine Schlichtung des Bundesvorstandes scheiterte.³² Die Landesvorsitzende, Kathrin Senger-Schäfer, ein früheres WASG-Mitglied, verlor wenige Monate später ihr Amt auf einem Parteitag. Einige Direktkandidaten und Listenbewerber gingen noch vor der Landtagswahl von Bord. SPD-Ministerpräsident Kurt Beck freute sich über die „Selbsthinrichtung“³³ der Partei DIE LINKE.

In Bayern standen die Zeichen ständig auf Sturm. Harald Weinberg, ehemaliger WASG-Vorstand, beklagte 2008 als Sprecher der Partei Ausgrenzungen. Das Identitätsproblem der Landespartei resultiere aus den nicht zusammengewachsenen Teilen von WASG und PDS. Die Krise entwickelte sich nach 2009 zum bayerischen Stellungskrieg zwischen dem Umfeld der SL, die Klaus Ernsts Politik unterstützt, und AKL-nahen Kreisen. Der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziales, Rainer Lindner, brachte es auf den Punkt: „Die Ereignisse der Sitzung des Landesvorstandes am 23.01.2010 sind leider ein trauriges Signal dafür, wie die Angehörigen der zwei ‚stärksten Strömungen‘ in unserer Partei politische Arbeit verstehen und welche Prioritäten diese in ihren Handlungen genießen.“³⁴ Der bayerischen AKL gelang 2010 beinahe ein Überraschungscoup. Klaus Ernst, der sich in seiner Heimat innerparteilich wenig engagierte, machte sich eine Reihe von Genossen zu Feinden. Sie warfen ihm zu Jahresbeginn 2010 den Aufbau paralleler Strukturen vor, um den Landesverband zu domestizieren. Eine

30 Einige wie Carl Wechselberg, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, oder die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, ertrugen 2009 die Aktionseinheit westlicher „Dogmatiker“ und ostdeutscher „Fundamentalisten“ nicht länger und traten zur SPD über. Vgl. Uwe Backes, Organisationen 2009, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2011, S. 127.

31 Vgl. www.scharf-links.de und seine Betreiber. Edith Bartelmus-Scholich war Vorstandsmitglied der WASG Nordrhein-Westfalen und ist in der isl aktiv.

32 Vgl. Jakob Reis, Linkspartei: Der Machtkampf in RLP und dessen Absurditäten, unter: www.scharf-links.de vom 26. August 2010 (Stand: 17. September 2010).

33 Tom Stroh Schneider, Vom Zaun gebrochen: Die Linke in Rheinland-Pfalz und die Wahlen 2011, in: www.freitag.de vom 28. August 2010 (Stand: 22. November 2010).

34 Rainer M. Lindner, Die Zeit ist reif für eine blockfreie Linke in Bayern, unter: www.scharf-links.de vom 26. Januar 2010 (Stand: 4. Februar 2010).

Arbeitsgemeinschaft bayerischer Abgeordneter der Linksfraktion, die so genannte Bayern-AG, sollte sich um den Parteaufbau in der Diaspora kümmern. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen im Landesvorstand, die zu einem Sonderparteitag im April 2010 führten. Mit Mühe gelang es den Ernst-Getreuen, Eva Mendl (Wahlkreismitarbeiterin von Klaus Ernst) und den erst 2008 beigetretenen Gewerkschafter Michael Wendl als gleichberechtigte Landessprecher durchzusetzen. Die Wahl klappte, allerdings scheiterten die Gegenkandidaten der AKL nur knapp. Wendl trat zermürbt nach nur 77 Tagen vom Vorsitz zurück. Die Zerrissenheit der Partei, die sich in aller Deutlichkeit manifestierte, spiegelte den seit 2005 schwelenden Konflikt der „WASG-Sozialstaatsfraktion“ mit fundamentalistisch orientierten Kreisen des PDS-Landesvorstandes wider. Dazu traten linkssozialistische Funktionäre und Mitglieder, die sich – bislang ohne organisatorische Klammer – im Netzwerk Antikapitalistische Linke Bayern sammeln konnten.

Im viertgrößten Landesverband der Partei DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen, der seit 2007 von der AKL dominiert wird³⁵, verabschiedete die Landesvertreterinnenversammlung Ende November 2009 ein bundesweit kritisierendes, später abgemildertes Landeswahlprogramm (2010). Die Integration der WASG, die sich früh mit der Linkspartei im Lande arrangiert hatte, war geglückt. Dabei spielte der Linkskurs der stark strömungsdominierten Landes-WASG eine wichtige Rolle. Die WASG-Landessprecherin Katharina Schwabedissen (und heutige Sprecherin der Partei DIE LINKE) wünschte 2007 ein stärkeres Engagement für den Sozialismus in der künftigen Bundespartei.³⁶ Oskar Lafontaine, der designierte Vorsitzende, vermittelte in ihren Augen das Bild einer „Partei der alten Männer“, die eine „frauen- und familienfeindliche Arbeitsstruktur“ habe.³⁷ Konflikte zwischen AKL und SL brachen nicht auf. Nirgendwo waren sich die beiden Strömungen näher als hier. Dabei rumorte es nach der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl 2010. Der innerparteiliche Pluralismus schien nach der Durchwahl von Strömungsangehörigen beschädigt. Unter den 16 ersten Plätzen befanden sich acht AKL-Angehörige und zwei AKL-Sympathisanten. Vier Bewerber stellte die SL. Die Trennung von Amt und Mandat, eine Forderung aus WASG-Zeiten, scheiterte: Neun Landesvorstandsmitglieder und eine Beschäftigte der Landespartei waren auf den zuvor genannten Listenplätzen.³⁸

Dunkle Wolken zogen kurz darauf über der Gesamtpartei auf. Am 23. Januar 2010 kündigte Oskar Lafontaine an, beim nächsten Bundesparteitag nicht wieder für den Vorsitz zu kandidieren. Sofort geriet die Partei in Wallung. Hinter den Kulissen tobte der Kampf um die Besetzung des Parteivorstandes. Die hessische AKL-Sprecherin Charlotte Ullmann, ein langjähriges WASG-Vorstandsmitglied in Hessen, kritisierte den Anpas-

35 Vgl. Thorsten Jannoff, Die Linke NRW: Landtagskandidaten gewählt, in: Politische Berichte, Nr. 12/2009, S. 23.

36 Vgl. Janine Wissler/Katharina Schwabedissen, Debatte Demokratischer Sozialismus, in: neue linke, Nr. 1/2007, S. 9.

37 Vgl. Thorsten Denkler, „Oskar ist der Falsche für uns“, unter: www.sueddeutsche.de vom 15. Juni 2007 (Stand: 4. Juli 2007).

38 Vgl. Jannoff (FN 35), S. 23.

sungskurs der AKL: „Erst will sich die ‚Bundes-AKL‘ nicht legitimieren lassen, obwohl sich mittlerweile bereits mehrere Länder-AKLs offiziell gegründet haben und ich bis vor kurzem keinen Hinderungsgrund sah, dass dies auch auf Bundesebene nachgeholt werden könnte, und dann macht sie sogar voll Rohr mit bei dem Personalgeschachere. Nun fällt es mir wie Schuppen von den Augen: Der ‚Koordinierungskreis der Bundes-AKL‘ sitzt mit im Boot der Parteispitze.“³⁹

Ohne Erfolg intervenierte Thies Gleiss, bis 2010 Mitglied des Parteivorstandes, gegen den Kandidatenkompromiss. Die Bundespartei stellte ein konsensfähiges Personaltableau auf. Die westdeutsche Personaldecke erwies sich als dünn. Klaus Ernst, der frühere WASG-Bundesvorsitzende, sollte Oskar Lafontaine ersetzen. Gesine Löttsch war für Lothar Bisky vorgesehen. Zwei neue Doppelspitzen (Bundesgeschäftsführer und Parteibildungsbeauftragte) würden ebenso nach Ost-West-Gesichtspunkten besetzt. Die Kandidatur des WASG-Gründungsvaters erhitze die Gemüter. Der SAV-nahe bayerische Landessprecher Franc Zega wagte sich weit aus der Deckung. Im Januar 2010 schrieb er an alle bayerischen Mitglieder: „Klaus Ernst trägt große Verantwortung für die Probleme im bayerischen Landesverband. Er spaltet vor Ort und grenzt aus und versucht gutsherrlich den Landesverband zu beherrschen, somit ist er definitiv nicht als Bundesvorsitzender geeignet.“⁴⁰

3. Bundespolitische Entwicklungen unter Klaus Ernst

Beim Bundesparteitag im Mai 2010 stieß das Kandidatentableau auf Zustimmung. Die Delegierten wählten Klaus Ernst und Gesine Löttsch zu gleichberechtigten Vorsitzenden. Zugleich endete die WASG-Parität des Jahres 2007 auf Vorstandsebene. Dafür reüssierten die Strömungen. Die Doppelspitze verstärkte Sahra Wagenknecht (KPF/AKL) als stellvertretende Parteivorsitzende, die zu PDS-Zeiten keine Chance auf einen solchen Posten gehabt hätte. Marx21 konnte zwei (Christine Buchholz und Janine Wissler) und die isl einen Angehörigen (Wolfgang Zimmermann) durchsetzen. Die Harmonie währte kurz. Querschläge gegen Klaus Ernst kamen zunächst nicht aus dem Osten, sondern erneut aus Bayern. Nach einer Debatte um Abgeordnetenbezüge und Parteigehalt des Vorsitzenden schossen sich Parteifreunde gegen den Nachfolger der (aus der WASG stammenden) im Januar 2010 zurückgetretenen Landesschatzmeisterin ein. Ulrich Voß unterstellte nämlich, die Partei schreibe bewusst zu hohe Mitgliederzahlen fort. Dabei war ab Ende 2009 ein Bericht bekannt, der 1.221 nicht-zahlende Mitglieder auswies.⁴¹ Über die Delegiertenschlüssel würde eine Pro-Ernst-Mehrheit sichergestellt – eine Pra-

39 Charlotte Ullmann, Quo Vadis Linke, Quo Vadis Antikapitalistische Linke?, unter: www.antikapitalistische-linke.com vom 8. März 2010 (Stand: 28. März 2010).

40 Franc Zega, Nominierung der Kandidaten/innen für den Parteivorstand DIE LINKE, unter: www.scharf-links.de vom 30. Januar 2010 (Stand: 4. Februar 2010).

41 Vgl. Dieter Braeg, 3. Landesparteitag Die Linke. Bayern, unter: www.scharf-links.de vom 7. Dezember 2009 (Stand: 4. Februar 2010).

xis, gegen die der Begünstigte nicht interveniere.⁴² Voß verweigerte im Sommer 2010 die Unterschrift unter den Rechenschaftsbericht und informierte den Bundestagspräsidenten. Eine Parallele zur WASG verblüfft: Sie trickste vor der Fusion. Thomas Händel sprach am 24. März 2007 von 11.606 Mitgliedern, während der spätere amtliche Rechenschaftsbericht der Partei 8.563 Mitglieder (zum 15. Juni 2007) auswies.⁴³

Klaus Ernsts Statement vom Sommer 2010, bei KPF und MF sei kein Extremismus zu erkennen⁴⁴, bediente die ostdeutsche Klientel. Der einstige PDS-Gegner des Jahres 2004⁴⁵ ist in dem Strömungspluralismus angekommen, den er in seinen Auswüchsen zu WASG-Zeiten bekämpft hatte. Schnell machte er sich wieder unbeliebt. Ende 2010 unterstützte er im Saarland eine Satzungsänderung, die die Gemüter bundesweit erhitze. Der Landesvorstand wollte interne Verleumdungskampagnen und deren Publizierung beenden. Wie er erlitt auch Oskar Lafontaine eine Niederlage. Der Saarländer sah das Diffamierungsverbot als richtig an und prognostizierte dessen Billigung auf Bundesebene.⁴⁶ Im Februar 2011 hob die Bundesschiedskommission die Satzungsänderungen jedoch mit der Begründung auf, dass „eine Landessatzung nicht zu Ungunsten von Mitgliedern“ von abschließenden Regelungen der Bundessatzung abweichen dürfe.⁴⁷ Aus dem Osten kam eine weitere Nachhilfestunde. Teile der Partei warfen ihm ein „mangelndes Demokratieverständnis“ vor: Er „mache die Debatte um das künftige Parteiprogramm zur ‚Farce‘, indem er Änderungsanträge ignoriere oder mit einem Abstimmungstrick verhindere.“⁴⁸

Ohne die WASG gäbe es allerdings keinen Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms. Die „Programmatischen Eckpunkte“ (2007) vereinten DIE LINKE nur vordergründig. Auf einem schmalen Grad wandeln jetzt die Akteure mit dem Versuch, unterschiedliche Ideologie- und Politikvorstellungen in ein neues Programm zu gießen. Ein Rückblick hilft: Das WASG-Programm, stark auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgerichtet, verzichtete auf ein weltanschauliches Bekenntnis. Die Vereinbarungen zur Fusion zeigten, dass einige WASG-Grundsätze, wie der Verzicht auf Koalitionen mit neoliberalen Parteien, keine Systemopposition der Partei, strikte Ämtertrennung, bereits 2007 geschliffen wurden.

42 Vgl. Uwe Ritzer, Voß im Gespräch „Klaus Ernst wusste um die Ungereimtheiten“, unter: www.sueddeutsche.de vom 20. August 2010 (Stand: 10. September 2010).

43 Vgl. Rechenschaftsbericht der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (seit dem 16.06.2007 die Partei DIE LINKE) für das Kalenderjahr 2007, DIE LINKE, S. 213.

44 Vgl. Armin Görtz, Ernst will Links-außen-Gruppen nicht ausschließen, unter: <http://nachrichten.lvz-online.de> vom 21. Juli 2010 (Stand: 15. November 2010).

45 Vgl. Linkspartei auf Distanz zur PDS, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 1. August 2004, S. 4.

46 Vgl. Miriam Hollstein/Marcus Heithecker, „Die SPD kommt aus ihrem Loch nicht raus“, unter: www.welt.de vom 27. Dezember 2010 (Stand: 31. März 2011).

47 Vgl. Sibylle Wankel, DIE LINKE: Aus der Sitzung vom 12. und 13. Februar 2011, unter: <http://die-linke.de> vom 14. Februar 2011 (Stand: 31. März 2010).

48 Miriam Hollstein, Reformer und Ost-Linke hadern mit Parteichef Ernst, unter: www.welt.de vom 20. Dezember 2010 (Stand: 23. März 2011).

Der „Erste Programmentwurf der Partei DIE LINKE“ vom März 2010, den Christine Buchholz (SL/marx21) mitentwickelte, fordert einen „demokratischen Sozialismus“⁴⁹: ein Ziel, das die WASG (mehrheitlich) nie anstrebte. Das Bekenntnis zu Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und dem historisch positiven Erbe der KPD war der WASG-Mehrheit fremd.⁵⁰ Auch die Forderung nach einem „anderen Gesellschaftssystem“ kannte das WASG-Programm nicht, während die ökonomischen WASG-Positionen mit einem „anderen Wirtschaftssystem“⁵¹ kompatibel scheinen. Rätedemokratische Vorstellungen einer Lenkung durch „Runde Tische“ oder „Wirtschafts- und Sozialräte“ neben dem Parlament (mit der Prämisse „sozial- und ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen“ und Gesetzesinitiativen einleiten zu können⁵²) waren in der WASG nicht mehrheitsfähig. Sie sind ein trotzkistisches Erbe in der Partei DIE LINKE.⁵³ Ob dieser Entwurf die endgültige Programmreife hat, ist zu bezweifeln. Die aus WASG-Zeiten tradierte Kultur mannigfaltiger Positionsbestimmungen und Debatten spricht dagegen, der enge zeitliche Fahrplan des Parteivorstandes für eine grundsätzliche Verabschiedung bis Ende 2011 (einschließlich Mitgliederentscheid) dafür. Kritik und Änderungsvorschläge äußerten SL⁵⁴ und FDS.⁵⁵ Die AKL warnte – trotz einzelner inhaltlicher Kritik – davor, den vorhandenen Entwurf zu verwässern.⁵⁶

Erneut flammte die Frage nach der Übernahme von Regierungsverantwortung auf. Im Frühjahr 2010 bestand in Nordrhein-Westfalen erstmals in einem westlichen Bundesland eine (theoretische) Möglichkeit des Mitregierens. Die Debatte entzweite die Partei. Die WASG, deren Erbe in dem Flächenland allein vom Mitgliederanteil sehr groß ist, trat immer einer Regierungsbeteiligung der PDS bzw. Linkspartei mit der „Hartz-IV-SPD“ programmatisch entgegen.⁵⁷ Sie weichte diese Ablehnung in der Praxis schon vor dem Beitritt 2007 auf. Der WASG-Bundesvorstand unterstützte die PDS bzw. Linkspartei in Berlin, obwohl sie in dessen Augen den „neoliberalen Sozialabbau“ mitgetragen hatte. Mit der Fusion endete zunächst die Regierungsdebatte in Verlautbarungen der Partei DIE LINKE. In den Strömungen, die für die Partei von elementarer Be-

49 Vgl. Programm der Partei DIE LINKE (Entwurf), unter: <http://die-linke.de> vom 20. März 2010 (Stand: 15. April 2010), S. 3, 11, 14, 25 (nachfolgend zitiert: 1. Entwurf).

50 Vgl. 1. Entwurf, S. 5.

51 Vgl. 1. Entwurf, S. 3.

52 Vgl. 1. Entwurf, S. 13.

53 So Linksruck/marx21, die darauf abstellen. Vgl. exemplarisch Volkhard Mosler, Marx ist Muss für die neue Linke, Argumente Nr. 9, April 2006, in: www.sozialismus-von-unten.de, undatiert (Stand: 22. Mai 2006).

54 Vgl. Fabio De Masi/Ralf Krämer/Norbert Müller, Reader zur Programmdebatte, unter: www.sozialistische-linke.de vom April 2011 (Stand: 15. April 2011).

55 Vgl. 13 Thesen des „forum demokratischer sozialismus“ zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE, unter: www.forum-ds.de vom 28. August 2010 (Stand: 15. November 2010).

56 Vgl. Carsten Albrecht/Klemens Alff/Paul Grasse/Inge Höger/Heico Marschner, Programm: Haltelinien machen ungeduldiges Papier, unter: www.antikapitalistische-linke.de vom 11. Mai 2010 (Stand: 29. Mai 2010).

57 Vgl. Gründungsprogramm der WASG vom 22. Januar 2005, S. 1-27, hier S. 27.

deutung⁵⁸ sind, kam sie nie zur Ruhe. Zahlreiche Gegner der Regierungspraxis mit der Linkspartei, auch aus der früheren WASG, finden sich heute bei der AKL. Die hessische AKL-Sprecherin polemisierte im März 2010 gegen die eigene Strömung: „Der ‚Kordinierungskreis‘ befürwortet ein Personaltablau, das zwar der pluralistischen und heterogenen Zusammensetzung unserer Partei weitgehend entspricht, das aber auch überge- wichtig aus FDS-lern besteht, die nichts anderes im Sinne haben, als lieber heute als morgen unsere Partei in ‚Regierungsverantwortung‘ zu sehen.“⁵⁹

Die SL nimmt eine vermittelnde Position ein. Sie befürwortet Regierungsbeteiligun- gen nur bei Erfüllung bestimmter Kriterien. Das FDS sieht die Arbeit in Regierungsver- antwortung als Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Klientel an. Sie stellt realisierbare Forderungen und politische Kompromisse in den Vordergrund. Damit gerät die Strömung verstärkt ins Visier von AKL und SL. Der Bundesvorstand der Par- tei DIE LINKE legte in einem Positionspapier vom 29. Mai 2010 Kriterien für eine Regierungsbeteiligung mit SPD und Bündnis90/Grüne fest: Sie boten, als unverbindli- che Empfehlung formuliert, für jede Strömung etwas. Die Hürde für den Eintritt in eine Bundesregierung liegt dabei so hoch, wie sie die WASG seinerzeit propagierte.

Der Beitritt der WASG belebte den linken Antizionismus. An den Rändern der Partei gab es traditionelle antiisraelische Tendenzen, die nach 1990 nicht mehrheitsfähig wa- ren. Die Quelle eines gegen Israel gerichteten Internationalismus, gespeist aus Staats- doktrin der DDR und politischer Sozialisierung, schien zu versiegen. Dafür brachte LR/ marx21 Sympathiebekundungen für antizionistische Gruppierungen im Nahen Osten als Erbe ein. Eine wichtige Rolle spielt Christine Buchholz. Sie geriet 2006 mit ihrer Par- teinahme für die Hisbollah in die Kritik. Verschiedene Kader von marx21 ergreifen mit ihrer Pro-Palästina-Haltung Partei für die (in Teilen terroristische) HAMAS. Gregor Gysi brach im April 2008 eine Lanze gegen Antisemitismus und Antizionismus: Beides dulde die Partei nicht.⁶⁰ Die Direktive scheiterte gerade am Strömungspluralismus. Die Bundestagsabgeordnete Inge Höger, ein früheres Doppelmitglied der WASG und PDS, sorgte im Frühjahr 2010 für Missstimmung. Sie nahm an einer „Free-Gaza-Mission“ (einer Durchbrechung der israelischen Blockade des Gazastreifens mit Schiffen) teil, an der sich Islamisten beteiligt haben sollen und bei der der Pro-HAMAS-Charakter un- übersehbar war. Teile der Parteiführung distanzierten sich; eine klare Positionierung von Klaus Ernst blieb aus. Anfang 2011 gründete die Abgeordnete einen Bundesarbeitskreis „Gerechter Frieden in Nahost“, dessen Zusammensetzung für spannende Debatten sor- gen dürfte: Der Einschluss von marx21-Aktivisten legt dies nahe.⁶¹

58 Vgl. Dieter Dehm/Wolfgang Gehrcke/Stefan Liebich/Thomas Nord, Über Strömungen, Gemeinsam- keiten und Widerspruch, unter: www.sozialistische-linke.de vom 24. April 2010 (Stand: 31. Mai 2010).

59 Ullmann (FN 39).

60 Vgl. Gregor Gysi, Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel, unter: <http://die-linke.de> vom 14. April 2008 (Stand: 28. Mai 2008).

61 So die marx21-Autoren Paul Grasse (Fraktionsmitarbeiter von Inge Höger) und Hermann Dierkes, der 2009 wegen eines Boykottaufrufes für israelische Waren als OB-Kandidat in Duisburg zurücktrat.

4. Fazit

Ohne die WASG und das Aushängeschild Oskar Lafontaine wäre ein Durchbruch der PDS in Westdeutschland gescheitert. Die Rückkehr der Ostpartei in den Deutschen Bundestag schien bis 2005 unmöglich. Die WASG erzielte im Westen keine Landeswahlerfolge, ermöglichte aber das gesamtdeutsche Comeback der PDS unter dem Namen Linkspartei. 2007 konnte die nicht-etablierte Kleinpartei ihre Funktionäre in Gremien der Partei DIE LINKE einbringen. Sie verankerte sich in zunächst paritätisch besetzten Parteivorständen und platzierte ihre Bewerber auf Listen der Linksfraktion in Bund und Ländern (kaum im Osten, dort spielte sie keine nennenswerte Rolle). Eine Reihe von Linkspartei-kritischen Mitgliedern ging den Weg in DIE LINKE nicht mit. Andere zogen sich aus der aktiven Arbeit zurück.

Nach 2008 feierte die Partei bei allen westlichen Landtagswahlen Erfolge (außer in Bayern). 2009 fuhr sie ihr bestes Bundestagswahlergebnis ein. Bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 2011 erlitt sie einen Rückschlag, der paradox anmutet: Wo sie 2006 im Westen erfolglos unter dem Label WASG antrat, scheiterte sie 2011 erneut, trotz bundesweiter Etablierung der Partei DIE LINKE. Das Wählervotum in Bremen wiegt schwer: 2007 begann hier der Siegeszug im Westen, 2011 kam sie nur mit einem blauen Auge davon.

Die WASG demokratisierte die Partei DIE LINKE nicht. Mit den trotzkistischen Vereinigungen marx21, isl und SAV als Erbe der kleinen Partei einerseits und den aus WASG- und Linkspartei-Kreisen entstandenen Strömungen SL und AKL andererseits erhöhte sich der innerparteiliche Extremismusgehalt. Beide Strömungen sind in den westlichen Landesverbänden fest verankert, ohne dass extremistische Strukturen wie KPF, MF oder GD/SD geschwächt wurden.

Das personelle Erbe der WASG lebt in der fusionierten Partei weiter, wie die Besetzung des Bundesvorstandes zeigt (ab 2010 schwächer als 2007). Mit Klaus Ernst ist der frühere WASG-Vorsitzende heute Bundessprecher der Partei DIE LINKE. Zum Erbe gehören drei Vertreter trotzkistischer Strömungen im Bundesvorstand (des Jahres 2010). Andere extremistische Kreise erfuhren hier ebenfalls eine Stärkung. Mit der Wahl von Sahra Wagenknecht zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gelangte eine Angehörige von KPF und AKL in ein Amt, das sie zu PDS-Zeiten nie erreicht hätte. Die neue Offenheit der Partei für Strömungen ermöglichte es.

Aktivist:innen von marx21, aber auch der SAV, betreiben Entrismus in der (West-)Partei sowie in der parteinahen Jugend- bzw. Studentenorganisation. Dabei ist marx21 mit seinen in der WASG etablierten Aktivist:innen auf zahlreichen Politikfeldern aktiv, nicht zuletzt in der Nahost-Debatte. Diese Kreise finden in der Partei Unterstützung, auch in Teilen der ostsozialisierten PDS-Mitgliedschaft.

Den nach 1990 bestehenden Riss zwischen „Ost- und Westpartei“ kittete die WASG nicht. Bis 2007 fehlten Mitglieder wie Wähler, um den Westverbänden Leben einzuhauchen. Danach spürte DIE LINKE im Westen die Widrigkeiten ihrer Etablierung. Dem WASG-Mitgliederzuwachs und Wählerzuspruch standen innere Desorientierung, Que-

relen und Mitgliederverluste gegenüber. Zum Teil ist die Partei, wie in Bayern und Rheinland-Pfalz, völlig zerstritten. Oder sie fährt, wie in Nordrhein-Westfalen, einen strikten Linkskurs. Im Osten dominieren realpolitische Kreise, die sich jedoch am Wirken kommunistischer Strömungen in der Partei nicht stören. Mehrheitlich wünscht DIE LINKE in den östlichen Ländern eine politische Mitgestaltung durch Regierungsbeteiligungen mit der SPD. Diese sind in den westlichen Verbänden sowie in verschiedenen Strömungen heftig umstritten.

Programmatisch vererbte die WASG wenig. Der 1. Entwurf des Programms fixiert den „Demokratischen Sozialismus“, wie die „gesellschaftliche Systemüberwindung“. Beides war der WASG mehrheitlich fremd. Dagegen deckt sich die „wirtschaftliche Systemüberwindung“ mit Positionen des früheren Juniorpartners. Teile des Programmentwurfs tragen die Handschrift von marx21, zum Beispiel die rätedemokratischen Vorstellungen.

Die Partei leidet aktuell unter medialem Desinteresse, schwieriger Selbstfindung und lähmenden Debatten. Gesine Löttsch kann Gregor Gysi nicht ersetzen, der wie ein Übervater wirkte. Klaus Ernst, bereits zu WASG-Zeiten umstritten, verfügt weder über das Charisma noch über die Integrationskraft Oskar Lafontaines. Der Saarländer war es, der die Partei auf Bundesebene ins Fünfparteisystem führte und sie generell wählbar machte. Sein Rückzug aus der Bundespolitik bedeutete eine Wende für den Erfolgskurs der Partei DIE LINKE.

Deutschland im Visier des islamistischen Terrorismus

Michail Logvinov

1. Terroralarm in Europa und Deutschland

Alarmismus und Aktivismus sind bei der Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus fehl am Platze. Doch grenzt die „Phantomisierung“ der Gefährdungen an Fahrlässigkeit, wie der Fall der Islamischen Jihad-Union (IJU) schlagartig vor Augen geführt hat.¹ Daher musste der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière im November 2010 reagieren und öffentlich wahrnehmbare Sicherheitsmaßnahmen ankündigen, nachdem sich Hinweise auf Anschläge in Deutschland verdichtet hatten. Denn Sicherheitsexperten waren überzeugt: Die Gefahr eines Attentats sei zum damaligen Zeitpunkt viel höher als vor der Bundestagswahl oder der Fußball-Weltmeisterschaft gewesen: „Die Terror-Gefahr ist ernster als je zuvor. Da sind sich alle Sicherheitsbehörden in ihrer Einschätzung einig. Denn es gibt ganz konkrete Hinweise auf geplante Anschläge durch islamistische Extremisten in den nächsten Wochen“, erklärte der Präsident der Bundespolizei Matthias Seeger im Interview mit der *Bild*-Zeitung.² Der deutsche Auslandsnachrichtendienst soll die vorliegenden Hinweise jedoch mit Skepsis zur Kenntnis genommen haben.

Informationen über geplante Anschläge in Europa und in Deutschland kamen aus verschiedenen Quellen. Zum einen leiteten die USA Warnungen vor einem Terrorkommando weiter, das auf dem Weg nach Europa sei, um Angriffe im Mumbai-Stil in Frankreich, Großbritannien und Deutschland durchzuführen. Angeblich waren die vermuteten Terroristen bereits in Besitz von Reisedokumenten. Es handelte sich um eine mit der Al-Qaida assoziierte schiitisch-indische Gruppe namens „Saif“ („Schwert“). Anfang November berichtete die US-Bundespolizei FBI in einem Fernschreiben an das Bundeskriminalamt von zwei Männern, die Al-Qaida nach Deutschland entsandt haben soll.³ Das BKA ging Medienberichten zufolge dem Hinweis über eine aus vier Indern und Pakistanern bestehende Zelle nach, die nach Deutschland einreiste oder einreisen wollte.⁴ Das im Juli 2010 in Kabul verhaftete Mitglied der Islamischen Bewegung Usbeki-

1 Vgl. Michail Logvinov, Islamische Dschihad-Union – ein greifbares Phantom, in: Die Kriminalpolizei. Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Nr. 1/2010, S. 4-11.

2 „Die Terror-Gefahr ist ernster als je zuvor!“ Präsident der Bundespolizei Matthias Seeger im Interview, unter: <http://www.bild.de/politik/2010/politik/die-terror-anschlag-gefahr-ist-ernster-als-zuvor-14703872.bild.html> (19. November 2010).

3 Yassin Musharbach, Psychokrieg gegen Deutschland, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,729664,00.html> (17. November 2010).

4 Matthias Gebauer, BKA hat konkrete Hinweise auf Anschlagsspläne, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,729697,00.html> (17. November 2010).

stans (IBU), der 36-jährige Ahmad Siddiqi aus Hamburg, gilt dabei als eine der Quellen der durch das US-Militär gewonnenen Informationen mit Europa- und Deutschlandbezug.⁵ Seine Kenntnisse der Gegebenheiten im pakistanischen Nord-Waziristan soll der Deutsche afghanischer Abstammung unter Beweis gestellt haben, indem er der CIA Informationen über Aufenthaltsorte der ausländischen IBU-Mitglieder lieferte. „On Ahmad Siddiqi's tip-off, CIA drones targeted North Waziristan on September 8 in which a few Germans were killed“, erklärte ein Sicherheitsbeamter gegenüber Asia Times Online.⁶

Zum anderen berichtete der in Pakistan verhaftete deutschstämmige Islamist Rami Makanesi von einem längerfristigen Anschlagplan des Scheichs Yunis al-Mauretani. Auch Siddiqi soll einige Wochen später die Sicherheitsbehörden über Mauretani's Pläne informiert haben.⁷ Makanesi zufolge bestand das Terrorkommando, das in Deutschland einen Anschlag verüben sollte, aus sechs Männern, von denen zwei bereits in Berlin untergetaucht seien und die restlichen vier – ein Deutscher, ein Türke, ein Nordafrikaner und ein weiterer Mann, dessen Identität ihm unbekannt sei – auf ihre Abreise warteten.⁸ Inzwischen fungiert der Aussteiger aus der IBU als einer der wichtigsten Kronzeugen der deutschen Ermittler: „Vor allem die Berichte über Scheich Yunis al-Mauretani, laut Rami M. der ‚Außenminister‘ von Al-Qaida, interessieren die Ermittler. Der Scheich habe ihm im Frühsommer 2010 erklärt, dass Al-Qaida seit dem 11. September 2001 dazugelernt habe. ‚Das, was wir im Kopf haben, da kommt nicht mal der Teufel drauf‘, habe Yunis gesagt. Er soll sich einen großen Plan für Europa ausgedacht haben, erzählt der Aussteiger M. Zu dem Szenario gehörten angeblich auch die Paketbomben aus dem Jemen, die Ende Oktober abgefangen wurden. Der Scheich habe Rami M. zurück nach Deutschland schicken wollen, wo er 20.000 Euro pro Halbjahr für Al-Qaida sammeln sollte“, berichtet der ausgewiesene Terrorismus-Experte Yassin Musharbash.⁹ Ein Informant habe zudem in mehreren Telefonaten mit dem BKA vor einem Angriff auf den Reichstag im Februar oder März 2011 gewarnt, was für den Innenminister unter anderem Anlass bot, die höchste Terrorgefahr auszurufen. Doch bei Nachfragen blieb der angebliche Al-Qaida-Insider unpräzise, stellte finanzielle Forderungen und verlangte Sicherheitsgarantien. Im Februar ging der Kontakt zu ihm verloren.¹⁰ Auch die Hinweise von Makanesi haben zu zwei Drohnenangriffen in der Nähe vom pakistanischen Mir

5 Bill Roggio/Lisa Lundquist, European terror plot begins to unravel, unter: http://www.longwarjournal.org/archives/2010/09/european_terror_plot.php (29. September 2010).

6 Syed Saleem Shahzad, Afghan war moves deeper into Pakistan, http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/LJ07Df02.html (7. Oktober 2010).

7 Holger Stark, Der wichtigste Gefangene, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74090638.html> (4. Oktober 2010).

8 Bundespolizei-Chef warnt vor extremer Terror-Gefahr, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,730240,00.html> (20. November 2010).

9 Yassin Musharbach (FN 3).

10 Ermittler verlieren Kontakt zu Terror-Informanten, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,746563,00.html> (19. Februar 2011).

Ali geführt, bei denen europäische Jihadisten ums Leben kamen. Das legt die Vermutung nahe, dass die amerikanischen Nachrichtendienste präventive Schläge auf pakistanischem Gebiet ausführten, um die (europäischen) Al-Qaida-Mitläufer zu eliminieren und somit die vermuteten Anschlagpläne zu vereiteln. Der pakistanische Botschafter in Washington, Hussain Haqqani, bestätigte den Zusammenhang zwischen den intensivierten Drohnenangriffen in Pakistan und dem Versuch, ein mögliches Attentat in Europa zu verhindern.¹¹

All diese Warnhinweise ergeben keinen Anlass zur Nachlässigkeit, auch wenn größere Anschläge bis jetzt ausgeblieben sind. Denn Deutschland ist schon längst ins Fadenkreuz der islamistischen Propaganda geraten: Unverblümete Drohungen gegen die Bundesrepublik sind allzu gut bekannt, und der Tötungswille der radikalisierten Islamisten (nicht nur aus dem Al-Qaida-Umfeld) ist alles andere als ein Hirngespinnst. Die Kofferbomber von Köln und die Sauerland-Zelle um Daniel Schneider nahmen sich ihrer „Mission“ mehr als ernst an. Seit Mitte der 2000er Jahre verfügen die Al-Qaida und die mit dem Netzwerk assoziierten Gruppen wie die IBU oder IJU über die notwendigen Personalkapazitäten, um Anschläge in Deutschland und Europa zu verüben.

Obwohl es keine Zweifel daran gibt, dass die Bundesrepublik und deutsche Einrichtungen im Ausland Ziele des internationalen islamistischen Terrorismus sind und bleiben, kann jedoch keine Rede von „vorliegenden *stimmigen* Informationen“ über konkrete Anschlagpläne 2010 sein, wie es Heinz Fromm formulierte. Denn das Bild, das sich aus den „sorgfältig abgearbeiteten und untersuchten“ Warnhinweisen und an die Öffentlichkeit kommunizierten Erkenntnissen ergab, war mehr als verschwommen und verwirrend. Im Unterschied zum IJU-Fall, in dem die nachrichtendienstlichen Vorerkenntnisse aus SIGINT („Signals Intelligence“) stammten (darunter mitgeschnittene Kommunikate, COMINT, zwischen Deutschland und Pakistan), waren die Nachrichtendienste diesmal auf HUMINT („Human Intelligence“) angewiesen. Dabei konnte die Glaubwürdigkeit der Informanten nicht von vornherein als sicher gelten. Die Aussagen über die Zeit (November/Februar-März), den Ort (Europa/Deutschland) und Akteure (bereits eingereist/warten auf Einschleusung) waren unstimmig. Experten weisen zudem darauf hin, dass niemand je zuvor auf die Salif-Gruppe aufmerksam wurde, was ja an sich noch kein Argument ist. Doch die Meldung des FBI an das BKA, die schiitische Gruppierung arbeite angeblich mit oder im Auftrag der schiitenfeindlichen Al-Qaida, erscheint Szenekennern zu Recht dubios.¹² Die verhafteten Mitglieder der „Düsseldorfer Zelle“ um den Marokkaner Abdeladim El-K., die laut Medienberichten zum damalenigen Zeitpunkt bereits seit einem halben Jahr unter Beobachtung gestanden hatten, passen ebenfalls nicht zum von Behörden kommunizierten Profil.

Brisant sind in diesem Zusammenhang jene der „Welt am Sonntag“ vorliegenden Dokumente, denen zufolge Makanesi einen Anschlagplan gegen Deutschland bestritten

11 Syed Saleem Shahzad (FN 6).

12 Yassin Musharbash, Was Terrorwarnungen wirklich wert sind, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,730463,00.html> (22. November 2010).

hat: „Bei einer Vernehmung in der hessischen Justizvollzugsanstalt Weiterstadt sagte er, wenn behauptet wird, er habe von einem bevorstehenden Attentat gewusst, sei dies falsch. Laut dem Deutschen syrischer Abstammung wollte der Scheich lediglich mit Drohungen gegen Europa die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen nach oben treiben und damit die Wirtschaft schädigen.“¹³ Die Argumentation Makaneisis ist nicht unplausibel und passt in das unter anderem von Abu Bakr Naji formulierte Konzept der wirtschaftlichen und politischen Kriegsführung gegen den Westen mit dem Ziel, den Feind militärisch wie wirtschaftlich „ausbluten zu lassen“.¹⁴ Demnach haben die Jihadisten versucht, mit Anschlägen gegen die kritischen Infrastrukturen oder mit „politischen“ Mitteln das Kosten-Nutzen-Kalkül der Sicherheitsmaßnahmen auf den Kopf zu stellen.

Im Sonderheft „\$ 4,200“ der AQAP-Zeitschrift „Inspire“ brüsten sich die Organisatoren des vereitelten UPS-Paketanschlages („Operation Hemorrhage“) ganz im Sinne der wirtschaftlichen Kriegsführung damit, dass die Anschlagskosten sich „lediglich“ auf 4200 US-Dollar beliefen, während der „Feind“ nun gezwungen sei, Milliarden von Dollar für die Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen auszugeben: „Two Nokia mobiles, \$ 150 each, two HP printers, \$ 300 each, plus shipping, transportation and other miscellaneous expenses add up to a total bill of \$ 4,200. A \$ 4,200 operation will cost our enemy billions of dollars. [...] this supposedly ‚failed plot‘, as some of our enemies would like to call, will without a doubt cost America and other Western countries billions of dollars in new security measures“, heißt es in der Online-Zeitschrift. Denn es gebe aus Sicht der Jihadisten keine andere Option: „You either spend billions of dollars to inspect each and every package in the world or you do nothing and we keep trying again“.¹⁵ Bekanntlich konnte der deutsche Zoll den Sprengsatz aus Jemen am Flughafen Köln/Bonn nicht sicherstellen, und das Paket mit einem zur Bombe präparierten Drucker wurde kontrollfrei umgeschlagen. Ein Datenübermittlungsfehler sei dafür verantwortlich gewesen, dass die Zollbeamten das Paket einer physischen Kontrolle nicht unterziehen konnten. Die Bombe war jedoch so geschickt konstruiert, dass selbst die Röntgenaufnahmen auf den ersten Blick kaum Verdachtsmomente lieferten.¹⁶

Es ist nicht auszuschließen, dass die deutschen Sicherheitsbehörden einer „ausgeklügelten Kriegstaktik“ bzw. gezielten Fehlinformationen aufgesessen sind. Zugleich gal-

13 Dirk Banse/Ulrike Müller/Michael Lutz, SPD-Politiker Oppermann fordert Terrorwarnstufen, unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article12471098/SPD-Politiker-Oppermann-fordert-Terrorwarnstufen.html> (7. Februar 2011).

14 Naji legitimiert seine Strategie durch die Scharia: „The success of targeting the economy of the enemy politically and militarily is historically well-established, especially when the faction that does so puts religion or any other consideration before economics and material interests or it has lost the bulk of its material interests and has nothing left to lose. This (strategy) is (drawn) from Sharia sanctioned policy in our wars and has foundations in sharia, prophetic politics“. Abu Bakr Naji, *Management of Savagery. The Most Critical Stage Through Which the Umma Will Pass*, Harvard 2005, S. 213.

15 Thomas Joscelyn, AQAP releases a ‘special issue’ of Inspire magazine, unter: http://www.longwarjournal.org/archives/2010/11/aqap_releases_a_spec.php (23. November 2010).

16 Jörg Diehl/Matthias Gebauer, Info-Panne verhinderte Bombenkontrolle in Köln, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728505,00.html> (11. November 2010).

ten Warnhinweise mit Blick auf vorliegende Propagandadrohungen und Ressourcen der Al-Qaida sowie mit dem Netzwerk assoziierte Gruppierungen als nicht unwahrscheinlich. Öffentlich wirksame Sicherheitsmaßnahmen waren angesichts der fehlenden „heißen Spur“ auch dahingehend notwendig, dass selbst die Überwachung der bekannten mutmaßlichen Täter sich als ein mühsamer und äußerst aufwendiger Prozess erwies. Im Herbst 2007 hatte das BKA die vier Mitglieder der Sauerland-Zelle durch insgesamt 600 Beamte beschatten lassen müssen. Zudem ist die abschreckende Wirkung der erhöhten Sicherheitsmaßnahmen im urbanen Gelände bei einem vermutlichen Anschlagplan im Mumbai-Stil ein wirksames Präventionsmittel. Nichtsdestotrotz erwecken die kommunizierten Hinweise auf mögliche Akteure, Motivationen und Strategien den Eindruck, die Politik und Sicherheitsbehörden seien nicht immer imstande, konkrete Gefahren vor dem Hintergrund abstrakter Gefährdungen verlässlich zu identifizieren, weshalb es notwendig ist, „die Akteure und Motivationen des Terrorismus [...] klar zu benennen – und sich mit der Möglichkeit einer steigenden Radikalisierung muslimischer Staaten und Individuen auseinanderzusetzen“. ¹⁷ Daraus ergibt sich die Frage nach aktuellen Gefahren des internationalen islamistischen Terrorismus für die deutsche Sicherheit innerhalb und außerhalb des Bundesgebiets.

2. Der Deutsche Jihad

Bundesanwalt Thomas Beck erfasst mit dem Begriff des „Deutschen Jihad“ – bestehend aus den sich zeitlich und inhaltlich überschneidenden einschlägigen Aktivitäten *aus*, *gegen* die und *in* der Bundesrepublik – das Phänomen des internationalen islamistischen Terrorismus mit Bezug auf Deutschland. ¹⁸ Unter Anwendung der Gefahrenfaktoren wie „Akteure“ und „Ideologie“ ¹⁹ werden im Folgenden die Konturen des Deutschen Jihad im Berichtszeitraum 2010/11 nachgezeichnet.

2.1. Deutschland als Ziel

Deutschland ist ein wichtiger Akteur im internationalen Einsatz für den Frieden und die Stabilisierung prekärer Staaten. ²⁰ In Afghanistan ist die Bundesrepublik drittgrößter Truppensteller nach den USA und Großbritannien, und die Bundeswehr trägt Verant-

17 Joachim Krause, Wir werden ihn nicht los! Die Bedrohung durch den radikalen Islamismus kann noch wachsen, unter: <http://www.internationalepolitik.de/2011/01/05/wir-werden-ihn-nicht-los/> (5. Januar 2011).

18 Thomas Beck, Der Deutsche Jihad – Versuch einer Bestandsaufnahme, in: Die Kriminalpolizei, Nr. 1/2009, S. 6-8, hier S. 6.

19 Vgl. Johannes Urban, Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus, Wiesbaden 2006, S. 46-90.

20 Josef Braml/Thomas Risse/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Jahrbuch internationale Politik, Band 28, München 2010.

wortung für die Aufstandsbekämpfung in Nordafghanistan. Vor allem mit Blick auf Afghanistan/Pakistan ist festzustellen, dass mittlerweile alle begünstigenden Faktoren vorliegen, die terroristische Anschläge gegen deutsche Bürger im In- und Ausland fördern und zugleich aus der strategischen Sicht des terroristischen Kalküls sehr attraktiv erscheinen lassen.

Der Bundeswehreinsatz, der es militanten Akteuren ermöglicht, Deutschland propagandistisch als „Besatzungsland“ in Szene zu setzen, ist dabei eine der offensichtlichsten Variablen. Wichtiger noch als das zivil-militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan ist, dass die Bundeswehr es im Laufe der Jahre nicht vermochte, ihr Verantwortungsgebiet zu stabilisieren. Selbst nach einer Eskalationsphase 2008/09 agierte die Bundeswehr sehr zurückhaltend, weshalb es den militanten Akteuren verhältnismäßig unproblematisch gelang, ihre Netzwerke in Nordostafghanistan wiederherzustellen oder neue aufzubauen. Die USA sahen sich 2010 zugleich gezwungen, zusätzliche Soldaten ins deutsche Kommandogebiet zu entsenden. Erst seit Juli 2010 trägt die Bundeswehr die neue amerikanische Aufstandsbekämpfungsstrategie mit,²¹ obwohl einige Kommentatoren bereits 2009 zu Recht auf die Notwendigkeit hingewiesen hatten, das deutsche Truppenkontingent aufzustocken.²² Vor dem Hintergrund der zahlreichen Verhaftungen und Eliminierungsaktionen im Jahr 2010 ist rasch deutlich geworden, was die Regionalexperten seit Jahren beobachtet haben: Der afghanische Norden entwickelte sich zu einem Rückzugs- und Mobilisierungsgebiet für die in Afghanistan und Pakistan agierenden militanten Akteure. So ist in einem der ISAF-Operationsberichte nachzulesen: „Afghan and coalition security forces targeted a Taliban and Islamic Movement of Uzbekistan safe haven and detained numerous insurgents during security operations in Burkah District, Baghlan province“.²³

Seitens der islamistischen Akteure wie Al-Qaida, Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) oder Islamische Jihad-Union (IJU) war es konsequent, Propaganda gegen Deutschland aus dem Munde der deutschen Jihadisten und Anschläge auf die Bundes-

21 Guido Steinberg/Nils Wörmer, Eskalation im Raum Kunduz. Wer sind die Aufständischen in Nordostafghanistan?, SWP-Aktuell, Berlin 2010, S. 3 f.

22 So z.B. Britta Petersen, Unangenehme Wahrheiten, unter: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/unangenehme-wahrheiten/> (28. August 2009): „Die massive Schlacht in Baghlan und die Angriffe in Kundus und Char Dara zeigen, dass Nordafghanistan inzwischen genauso vom Virus des Aufstands infiziert ist wie der Süden des Landes. Was die Taliban dort gezeigt haben, nennen Militärs gewöhnlich eine ‚show of force‘. Und es ist kein Zufall, dass sie im Norden stattfindet. Durch die verstärkte Präsenz der US-Truppen im Süden suchen sich Taliban und Al-Qaida ein Ausweichgebiet. Dabei wissen sie sehr genau, dass die Deutschen das schwächste Glied in der Kette sind. Und die derzeitige politische Debatte um den Afghanistan-Einsatz befeuert diesen Eindruck nur. [...] Die Politik muss deshalb endlich jenen billigen Populismus stoppen, der dazu geführt hat, dass der Afghanistan-Einsatz in der Bevölkerung so unbeliebt ist. Die Bundeswehr, die in der Bündnispflicht und in Afghanistan steht, muss personell und materiell dazu in der Lage sein, erfolgreich auf eine neue Sicherheitslage zu reagieren. Andernfalls gefährdet sie auch das Leben deutscher Soldaten“.

23 Bill Roggio, ISAF targets HIG in east, IMU in north, unter: http://www.longwarjournal.org/threat-matrix/archives/2011/03/isaf_targets_hig_in_east_imu_in.php (14. März 2011).

wehr zu intensivieren. Denn „der offenkundige Wankelmut der deutschen Politik [erweckte] den Eindruck, dass terroristische Anschläge auf deutsche Ziele in Afghanistan einen Truppenabzug erzwingen könnten. So ermuntert Deutschland Al-Qaida, Attentate auf deutsche Ziele in Auftrag zu geben oder selbst zu planen“.²⁴ Das BKA sprach Mitte April 2010 von einem deutlichen Anstieg der Ermittlungsverfahren mit islamistischem Hintergrund, wobei die Hälfte der von der Behörde bearbeiten 220 Verfahren Anschläge auf die Bundeswehr in Afghanistan betreffen.²⁵ Auch direkte Erpressungsversuche wie vor und nach der Bundestagswahl 2009 waren Folgen der deutschen Sicherheitspolitik.

Ein weiteres Terrorismusbekämpfungsdefizit ist auf der Ebene der nachrichtendienstlichen und polizeilichen Überwachungsarbeit zu verorten. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Beobachtung des islamistischen Umfeldes, Identifizierung der Radikalisierungsprozesse und Durchsetzung der Ausreiseverbote, die die deutschstämmigen Islamisten daran hindern sollen, in die „Jihadgebiete“ auszuwandern, um sich das terroristische Handwerk anzueignen oder gegebenenfalls aktiv an Kämpfen zu beteiligen. So gelang es beispielsweise dem angeklagten und unter strengen Auflagen auf freien Fuß gesetzten Fatih K. sowie dem kampferprobten Thomas U. 2010, zusammen mit ihren Mitstreitern das Bundesgebiet unbemerkt zu verlassen.²⁶ Unter solchen Voraussetzungen können sich immer mehr deutsche Jihadisten den in Afghanistan/Pakistan angesiedelten Gruppen anschließen, um Deutschland bzw. die Bundeswehr propagandistisch und militärisch ins Visier zu nehmen. Es stellt sich daher die Frage nach Akteuren, die eine Gefahr für deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan darstellen.

Politikberater²⁷ und Bundesregierung²⁸ führen folgende feindliche Kräfte als Bedrohung auf: Al-Qaida, die Taliban, das Haqqani-Netzwerk (HN), die Hizb-e Islami Gulbuddin (HIG), die IBU und die IJU. All diese paramilitärischen Gruppen agieren in verschiedenen Konstellationen im Norden wie Südosten Afghanistans und verfügen neben afghanischen Rückzugsräumen über Mobilisierungsgebiete in Nord-Waziristan, wohin sie sich nach dem Vorstoß der pakistanischen Armee in Süd-Waziristan zurückgezogen haben. Da der pakistanische Geheimdienst ISI offensichtlich nach wie vor alte Kontakte zur Haqqani-Familie pflegt, haben die pakistanischen Streitkräfte die Hochburg des Netzwerks in Nord-Waziristan nicht angegriffen. Aus Nord-Waziristan begaben sich die mit der Al-Qaida kooperierenden usbekischen wie tadschikischen Jihadis-

24 Guido Steinberg, Im Visier von Al-Qaida. Deutschland braucht eine Anti-Terror-Strategie. Ein Standpunkt, Berlin 2009, S. 74.

25 BKA, Verfahren gegen Islamisten auf Höchststand, unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/terrorismus-bka-verfahren-gegen-islamisten-auf-hoechststand_aid_502129.html (26. April 2010).

26 Guido Steinberg, Die riskante Schwäche deutscher Sicherheitsbehörden, unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article11090229/Die-riskante-Schwaechе-deutscher-Sicherheitsbehoerden.html> (21. November 2010); Günther Lachmann/Florian Flade, Gefährliche Mischung, unter: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article11048900/Gefahrliche-Mischung.html (19. November 2010).

27 Guido Steinberg/Nils Wörmer (FN 21), S. 5.

28 Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.), Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des deutschen Bundestages, Berlin 2010.

ten in frühere Operationsgebiete im Norden, wo sie ihre alten Netzwerke reaktivieren konnten. Dabei verfolgten sie mit großer Wahrscheinlichkeit zwei Ziele. Zum einen galt es, dem Verfolgungsdruck der pakistanischen Armee und der USA, die das Haqqani-Netzwerk und assoziierte Gruppen stellvertretend mit Drohnenangriffen in Nord-Waziristan unter Druck setzten, in den vergleichsweise „ruhigen“ Norden auszuweichen. Zum anderen bot sich ihnen nach Jahren wieder eine Gelegenheit an, die zentralasiatischen Staaten zu destabilisieren (so Mullo Abdullo im tadschikischen Rascht-Tal) und die NATO-Versorgung aus dem Norden zu stören.²⁹ Da Deutschland unter zentralasiatischen militanten Islamisten, die in Afghanistan/Pakistan den Ruf der härtesten (Elite-) Kämpfer haben, nicht nur wegen der Präsenz in Kunduz, sondern auch wegen der Kooperation mit dem verhassten Diktator Islam Karimow als „Feind des Islam“ gilt, legten sie sich zugleich eine offensive Strategie zu. So war die IBU am Aufsehen erregenden Anschlag auf die Bundeswehr am Karfreitag 2010 beteiligt.³⁰ Aktuelle Propagandaaufnahmen zeigen darüber hinaus Kämpfe der IBU gegen die Bundeswehr.³¹

Besondere Aufmerksamkeit soll auch der Tatsache zuteil werden, dass die deutschen Jihadisten sich allen relevanten Akteuren der Region – der Al-Qaida, der IBU, der IJU – angeschlossen haben. 2010 hieß es sogar, einige wenige Kämpfer mit Deutschlandbezug hätten sich unter dem Kommando von Mullah Omar als Deutsche Taliban Mudschaheddin (DTM) formiert: „Die Taliban erlaubten es, eine Untergruppe zu bilden. Wir waren zu Beginn sechs Brüder, gründeten die ‚Deutsche Taliban Mujahideen‘ Jama’a und wählten Abu Ishaq al-Muhajir zum Amir. Somit entstand die erste deutsche Jihad-Gruppe der Welt“³², schreibt der inzwischen getötete Eric Breininger in seinen Memoiren „Mein Weg Nach Jannah“. Zudem kooperieren die genannten Gruppen (unter Ausnahme der HIG) trotz taktischer Divergenzen enger miteinander, als es in Berlin vermutet wird.

So sorgte der mächtige süd-waziristanische Talibananführer Mullah Nazir Ahmad, der für zahlreiche Anschläge auf die NATO-Truppen in Paktika verantwortlich und ein erfolgreicher Anwerber der Fußsoldaten für die Taliban in Zabul und Helmand ist, in einem Interview für Irritationen, indem er politische Ziele der Taliban und der Al-Qaida gleichsetzte. Auf Anmerkung eines Journalisten, Angriffe auf die westlichen Ziele außerhalb Afghanistans sei die Agenda Al-Qaidas und kein Ziel der Taliban, hieß es lapidar: „Al-Qaeda and the Taliban are one and the same. At an operational level we might have different strategies, but at the policy level we are one and the same“.³³ Vor diesem

29 Abubakar Siddique, IMU Takes Root In Increasingly Insecure Northern Afghan Provinces, unter: http://www.rferl.org/content/imu_takes_root_insecure_north_afghan_provinces/2242579.html (8. Dezember 2010); ders.: IMU's Evolution Branches Back To Central Asia, unter: http://www.rferl.org/content/imu_evolution_branches_back_central_asia/2240765.html (6. Dezember 2010).

30 Steinberg/Wörmer (FN 21), S. 5.

31 Vgl. unter: <http://furqon.com/Video%20film1ar-1.html> (9. Januar 2011).

32 Rechtschreibung im Original.

33 Vgl. auch weiter: „This is wrong that I am anti-al-Qaeda. I am part of al-Qaeda. At the end of the day, all mujahideen are one and the jihad will not end up only in Afghanistan. It will go a long way. The

Hintergrund will jeder Dialog mit den angeblich „national-islamistischen“ Taliban gut überlegt sein.³⁴ Zugleich ist mittlerweile deutlicher denn je, dass die deutsche Abzugsdebatte eine Scheindebatte war und bleibt. Deutschland muss die anvisierten Ziele der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan erreichen, um nicht zuletzt seine Sicherheitsinteressen in der Region und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Denn deutsche Jihadisten stellen nicht nur eine Gefahr in Afghanistan oder Pakistan dar. Radikalisiert und paramilitärisch ausgebildet, kehren sie ins Land zurück, wobei sie oft mit Anschlägen beauftragt oder für solche sensibilisiert werden. Es scheint nicht abwegig, dass der am 31. Mai 2011 in Österreich verhaftete Berliner Islamist Yusuf O. alias „Ayyub al-Almani“, der sich in drei Propagandastreifen der Deutschen Taliban Mudschaheddin durch konkrete Drohungen gegen Deutschland hervorgetan hatte, mit einem Auftrag ins Bundesgebiet unterwegs war. Zugleich sind auch andere Gründe wie Resignation oder interner Streit vorstellbar. Nichtsdestotrotz hat Peter Strucks Satz, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt, nach einer Dekade des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr unverändert viel mit der Realität gemein.

Der Verfassungsschutz zählt etwa 1.000 Personen zum islamistisch-terroristischen Spektrum in Deutschland. Über 250 Personen „mit Bezügen nach Deutschland liegen Erkenntnisse vor“, dass sie nach Afghanistan und Pakistan zwecks terroristischer Ausbildung gereist sind. „Hiervon sind mehr als die Hälfte hierher zurückgekehrt“ und „ein beachtlicher Teil“ hält sich derzeit in der Bundesrepublik auf, berichtete der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm.³⁵ BKA-Präsident Jörg Ziercke spricht demgegenüber von mehr als 400 Islamisten, die sich in Deutschland aufhielten, 131 Personen gelten dabei als „Gefährder“. Bei 70 Personen verfügen die Ermittler über Hinweise auf paramilitärische Ausbildung und 40 von ihnen bringen Kampferfahrungen aus Afghanistan/Pakistan mit.³⁶ Der Berliner Verfassungsschutz schätzt das Personenpotenzial gewaltorientierter Islamisten gar auf 2.950 Personen bundesweit.³⁷ Je nach

monarchs and dictators of the Arab world are usurpers. The demonstrations against them are considered as pro-democracy, but eventually it will benefit the mujahideen. The situation has rapidly turned favorable for us and therefore the mujahideen from Afghanistan will join forces with the Arabs. Yemen is the first destination selected in this regard where we will send our men.“ Zit. nach: Syed Saleem Shahzad, Taliban and al-Qaeda: Friends in arms, unter: http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/ME05Df02.html (5. Mai 2011).

34 Im Gespräch mit Asia Times sagte Nazir über den möglichen Friedensdialog mit dem Westen: „At the moment, the Americans want breathing space. We don't want to allow them any at all. At present, there is no reason for dialogue. Dialogue is possible only after the withdrawal of NATO forces from Afghanistan. [...] What is the rationale of dialogue after NATO's withdrawal? Then, the Taliban and NATO can hold a dialogue on whether the Taliban would attack their interests all over the world or not, and what treaties should be undertaken in that regard.“

35 Vgl. Deutschland bleibt Ziel des islamistischen Terrorismus, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland-bleibt-ziel-des-islamistischen-terrorismus/3856906.html> (17. Februar 2011).

36 Vgl. BKA schätzt Zahl der Islamisten in Deutschland auf über 400, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,715770,00.html> (5. September 2010).

37 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 3.

Fähigkeiten einzelner Möchtegern-Terroristen kann die paramilitärische Ausbildung zu unangenehmen Entwicklungen führen, wie das BKA-Observationsteam sowie ein GSG-9-Beamter bei der Verhaftung der Sauerland-Zelle feststellen mussten.

Europäische und deutsche Jihadisten sind für die afghanischen wie pakistanischen „Mudschaheddin“ vordergründig als Propagandawaffen, Geldbeschaffer und Verbindungspersonen in Europa von Bedeutung. Deutsche und türkische Islamisten, die sich bei den turksprachigen IBU und IJU oder in Al-Qaida-Camps ihr terroristisches Handwerk aneignen, kehren daher oft mit einem Auftrag in die Bundesrepublik zurück. So hat sich die in Pakistan ansässige IJU bereits als Auftraggeberin der Sauerlandbomber und womöglich der jüngsten Anschlagsplanungen im Mumbai-Stil hervorgetan.³⁸ Während 80 Prozent aller Anschläge in Europa durch Gruppen ohne Kontakte zu Al-Qaida geplant werden³⁹, bleibt mit Blick auf Deutschland festzustellen, dass alle jüngsten Anschlagspläne auf einen Auftrag aus Pakistan zurückzuführen sind. Galt im Fall der „bayerischen Taliban“ der IJU-Chef Dschalolov als Auftraggeber, steuerte der hochrangige Al-Qaida-Funktionär Atija Abd al-Rahman die Düsseldorfer Zelle um den Marokkaner Abdeladim el-K.⁴⁰

Vor dem Hintergrund der mühsamen Aufstandsbekämpfung in Afghanistan und der Schwäche der deutschen Sicherheitsbehörden ist davon auszugehen, dass die Gefahr eines Anschlags in der Bundesrepublik nach wie vor hoch bleibt. Denn bis jetzt hat Deutschland viel Glück dank seiner verlässlichen Partner gehabt: Ohne Warnhinweise der US-Nachrichtendienste hätten die deutschen Behörden mit großer Wahrscheinlichkeit weder die Sauerland-Gruppe noch die Düsseldorfer Zelle früh genug identifizieren können. Im Fall der Kofferbomber von Köln, Youssef Mohammed El Hai Dib und Jihad Hamad, ist die Bundesrepublik lediglich aufgrund eines Konstruktionsfehlers knapp einem Anschlag entkommen. Zum Glück ist es im Bundesgebiet nicht einfach, an Sprengstoff zu kommen, und die deutschen Möchtegern-Terroristen wenden gezwungenermaßen die in Pakistan vermittelten Methoden der Explosivstoffproduktion an, indem sie Wasserstoffperoxid aufkochen oder Wasserstoffperoxid und Zitronensäure mit dem aus Grillanzündern zu gewinnenden Hexamin mischen, um einen „Zünder für eine Bombe zu erhalten“.⁴¹ Dabei verlieren sie andere Möglichkeiten, erfolgreich zu sein, zunächst einmal aus dem Blick. Der Frankfurter Schütze Arid Uka scheint im Gegensatz zur Düsseldorfer Zelle dem von der Al-Qaida gelobten Beispiel des US-Militärpsychiaters Nidal Malik Hasan gefolgt zu haben, der im texanischen Fort Hood 13 Soldaten erschossen und mehr als 30 verletzt hat. Doch je länger die Terrorplaner aus der deutschen Szene sich mit den Anschlagsmöglichkeiten beschäftigen, desto wahrscheinlicher

38 Vgl. Bill Roggio, Haqqani Network/IMU facilitator targeted in Afghanistan east, unter: http://www.longwarjournal.org/archives/2011/04/haqqani_networkimu_f.php (13. April 2011).

39 Vgl. European Police Office (Hrsg.), The EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2011.

40 Vgl. Top-Terrorist steuerte Düsseldorfer Zelle, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,760934,00.html> (6. Mai 2011).

41 Festnahme dreier mutmaßlichen Mitglieder der Al-Qaida, unter: <http://www.generalbundesanwalt.de/txt/showpress.php?themenid=13&newsid=401> (30. April 2011).

ist, dass sie ihre Strategien an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen. Dabei werden die deutschen Sicherheitsbehörden lernen müssen, mit schwer kalkulierbaren Risiken durch „Spontantäter“ bzw. Einzeltäter umzugehen. Nicht unwahrscheinlich bleiben nach wie vor „Guerilla-Aktionen“ sowie Geiselnahmen und Anschläge auf kritische Infrastrukturen im Sinne des Wirtschaftskrieges. Es ist überdies nicht auszuschließen, dass Terrorakte nach dem Vorbild eines Nizar Nawar angestrebt werden. In der Propagandaliteratur empfehlen die deutschen Jihadisten zugleich weitere Anschlagstrategien gegen den „Feindesstaat Deutschland“. In einem Schreiben aus der Feder des Bonner Islamisten Mounir Chouka aus dem Jahr 2011 finden beispielsweise „Beuteüberfälle“, wirtschaftsschädigende Aktionen und „das Töten von deutschen Bundesbürgern nach dem Pyramidensystem“ (vom Staatsoberhaupt über Politiker, Bundesbeamte und Bundeswehrsoldaten bis hin zu Bundesbürgern, die sich nicht öffentlich von den „Verbrechern der deutschen Regierung“ distanzieren) Erwähnung.⁴²

2.2. Deutschland als Operationsgebiet

So „unspektakulär“ die islamistische Szene in Deutschland Anfang der 2000er Jahre auf den ersten Blick zu sein schien, so groß war der Schock der deutschen Öffentlichkeit, als Mohammed Atta, ein in der Hamburger Taiba-Moschee radikalisierter Islamist, zusammen mit seinen Mittätern eines der entführten US-Flugzeuge ins WTC rasen ließ. Nichtsdestotrotz konnte die Taiba-Moschee knapp neun Jahre nach den Anschlägen auf New York als Durchlauferhitzer für islamische Radikalisierung und als symbolischer Ort für Jihadisten fungieren.⁴³ Weitere Drehscheiben des (militanten) Islamismus, der Ende 2005 verbotene berüchtigte Verein Multikulturhaus Ulm und das Islamische Informationszentrum (bis 2007), die die Radikalisierungsprozesse unter den Ausländern und Konvertiten gefördert hatten, hinterließen ebenfalls Spuren von Tschetschenien bis hin nach Pakistan. Bei den Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen mussten die Ermittler feststellen, dass „das Multikulturhaus in Neu-Ulm als wahrer Hort des islamistischen Extremismus“⁴⁴ fungiert hat. In dem beschlagnahmten Material warben die Islamisten offen für den Jihad und erläuterten die Bedeutung des Djihad wie folgt: „Die spezielle Bedeutung von Jihad bedeutet: Die Ungläubigen töten, nachdem sie den Aufruf zum Übertritt zum Islam empfangen haben und mit seiner wahren Bedeutung bekannt gemacht worden sind“. An anderer Stelle heißt es: „Sollten sich die Nicht-Musli-

42 Es handelt sich um ein Papier mit dem Titel „Der Fall Schokocafe“, unter: <http://islambruederschaft.kalimattauhidmedia.net/Ebooks%26Magazine/Der.Fall.Schokocafe.German.2011.Jundullah.pdf> (18. April 2011).

43 Vgl. Björn Hengst/Christoph Scheuermann, Hamburger Taiba-Moschee geschlossen. Hassprediger ohne Heimat, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,710898,00.html> (9. August 2010).

44 Islamistischer Terrorismus nach wie vor größte Bedrohung der Inneren Sicherheit – starke Zunahme der Gewalttaten von Rechts- und Linksextremisten, unter: <http://www.stmi.bayern.de/presse-archiv/2006/125.php> (6. April 2006).

me weigern, dem Beispiel der Gläubigen zu folgen, bestehe die Pflicht, sie zu töten“.⁴⁵

Bereits Ende der 1990er Jahre verfügte der BND über Informationen, dass alle „weltweit operierenden extremistischen Gruppen“⁴⁶ Dependancen in Deutschland hätten und Geld für terroristische Anschläge sammelten.⁴⁷ In der Tat konnten die islamistischen Akteure ungestört ihren Aktivitäten in Deutschland nachgehen. „The Islamic Movement of Afghanistan“ unterhielt ein Büro in Frankfurt, wo Pässe mit Stempeln des Taliban-Regimes ausgestellt werden durften. Die von einem Strohhalm der Taliban geleitete Bank Millie Afghan hat offensichtlich nicht ohne Zutun deutscher Banken Geld aus dem afghanischen Heroinhandel gewaschen.⁴⁸ Hunderte von arabischen Mudschaheddin mit Kontakten zu Al-Qaida konnten sich darüber hinaus jahrelang unter der Wahrnehmungsschwelle der deutschen Sicherheitsbehörden im Bundesgebiet aufhalten.

Auch heute fungiert Deutschland weiterhin als Operationsgebiet und Rekrutierungsbasis des transnationalen Terrorismus. Nach wie vor wird in der Bundesrepublik islamisiert, radikalisiert und Geld für den Jihad gesammelt. Der 2010 aus Pakistan nach Deutschland überstellte Rami Makanesi konnte sich von Kampfhandlungen in Afghanistan/Pakistan freistellen lassen. Er wollte zurück in die Bundesrepublik gehen, um als Kontaktmann zu fungieren und Geld für den Jihad zu sammeln.⁴⁹ Die Bundesanwaltschaft hat zudem am 22. Februar 2011 den 28-jährigen deutschen Staatsangehörigen Turgay C. in Köln festnehmen lassen, da er dringend verdächtigt wurde, „im November 2010 in zwei Fällen am Transfer von insgesamt 39.000 Euro aus Spendensammlungen an die IBU in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet beteiligt gewesen zu sein.“ Vier weitere mutmaßliche Islamisten „sollen ebenfalls in Deutschland Spenden für die IBU gesammelt oder an Verantwortliche der Organisation weitergeleitet haben“⁵⁰. Am 3. Juni 2011 hat die Bundesanwaltschaft einen Haftbefehl gegen den 21-jährigen österreichischen Staatsangehörigen Maqsood L. erlassen. Der Beschuldigte soll im Auftrag eines DTM-Mitglieds Mitte Mai von Budapest nach Berlin gereist sein und versucht haben, ausgewählte Personen für den Jihad oder für eine finanzielle Unterstützung der DTM zu gewinnen. Während seines Aufenthalts soll er etwa 1.000 Euro für die Organisation beschafft haben.

Wie viele Kontaktmänner und -frauen unentdeckt in Deutschland im Auftrag der zentralasiatischen Jihadisten aktiv sind und wie viele Hawala-Zellen den südasiatischen

45 Ebd.

46 Darunter algerische „Islamische Heilsfront“ (FIS), „Bewaffnete islamische Gruppe“ (GIA), „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC), „Hamas“, „Hizbollah“, „arabische Mudschaheddin“.

47 Berndt Georg Thamm, Terrorziel Deutschland, Berlin 2011, S. 144.

48 Aschot Manutscharjan, Taliban in Deutschland, in: Politische Studien 53 (2002), H. 381, S. 74-85, hier S. 79.

49 Anklage gegen ein mutmaßliches Mitglied von Al Qaida, unter: <http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=13&newsid=393> (14. März 2011).

50 Festnahme zweier mutmaßlicher Islamisten in Nordrhein-Westfalen, unter: http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/14981/1771283/der_generalbundesanwalt_beim_bundesgerichtshof_gba (23. Februar 2011).

Raum abdecken, lässt sich nur schwer beurteilen. Obgleich Eric Breininger sich in seinen Memoiren darüber beschwerte, dass die Deutschen Taliban Mudschaheddin „fast gar keine Spenden aus Deutschland bekommen, obwohl wir eine deutsche Jama'a sind und obwohl Deutschland ein sehr wohlhabendes Land ist“⁵¹, kann als sicher gelten, dass die Radikalisierungsprozesse und die Unterstützungsbereitschaft für den globalen Jihad zugenommen haben, weshalb private Finanzierungsquellen nicht so schnell versiegen dürften.

Galt vor einigen Jahren die islamische Radikalisierung deutscher Muslime als Metier arabischer (Hass-)Prediger, mischen mittlerweile deutsche Islamisten kräftig mit.⁵² Der Konvertit Pierre Vogel bietet ein Beispiel dafür, wie erfolgreich die Da'wa-Strategie (Einladung zum Islam, d.h. islami[sti]sche Missionierung) im Milieu entwurzelten Muslime Deutschlands aufgehen kann. Der breiten Öffentlichkeit durch die massenmediale Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Verein „Einladung ins Paradies“ bekannt, distanziert sich der Wahhabist Vogel ausdrücklich von terroristischer Gewalt, weshalb er als „puristischer Salafist“ gilt und manch ein Beobachter feststellt, es gebe in Deutschland keine jihadi-salafistischen *Ideologen*.⁵³ Über *Ideologien* ist damit jedoch keine Aussage getroffen.

Für die normative Extremismusforschung zählt der unter „Doublespeak“-Generalverdacht stehende islamistische Gewaltverzicht nur mit Vorbehalt. Denn die wahhabistische bzw. salafistische Spielart des Islam lehnt die Gewaltanwendung nicht prinzipiell ab, und der Wahhabismus erwies sich öfters als Legitimationsquelle für Kriege gegen Ungläubige, d.h. Nicht-Wahhabisten. Auch in der deutschen Islamistszene ist die Gewalt keinesfalls verpönt, wie der vom Ex-Rapper Deso Dogg vorgesungene Titel „Wach doch auf!“ bestätigt.⁵⁴ Auch der Song „Wofür wir stehen“ ist meilenweit davon entfernt,

51 „Es ist sehr traurig“, schreibt Abdul Ghaffar El Almani weiter, „dass unsere Geschwister in Deutschland ihre Hände so geschlossen halten und ihre Pflicht nicht erfüllen. Wenn die Geschwister nur einen Döner weniger in der Woche kaufen würden, könnte man mit diesem Geld beinahe 20 Sniper-Kugeln kaufen, um damit die Kuffar zu bekämpfen. Überlegt euch mal, was das inshAllah für ein Lohn für euch wäre, wenn eine von diesen Sniper-Kugeln ein Mittel ist, dass ein Kafir stirbt.“ Eric Breininger (Abdul Ghaffar El Almani), *Mein Weg nach Jannah*, o.O., 2010, S. 103.

52 An der Spitze der auf Deutsch predigenden Salafisten stehen der Leipziger Imam Hassan Dabbagh und Mohamed Benhsain aus Bonn.

53 Dirk Baehr, Charakteristika salafistischer Strömungen in Deutschland, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 22, Baden Baden 2011, S. 181-192, hier S. 191.

54 Das Lied im Wortlaut: „Wacht doch auf, wacht doch auf, Krieg überall auf der Welt, Muslime fallen für Öl und Geld, Allahu akbar, Allahu akbar // Bombenfall, Bombenfall, auf Irak und Filistin [Palästina], sie zerstören unseren Din [Religion], Allahu akbar, Allahu akbar [Gott ist groß] // Mütter schrei'n, Kinder wei'n, fi sabillillah Jihad [wörtl. „Jihad auf auf dem Wege Gottes“, der militante Jihad], warum blieben unsere Herzen hart, Allahu akbar, Allahu akbar // Macht Du'a [freies Gebet], macht Du'a, für die Brüder in Tschetschen', wie könnt ihr ruhig schlafen geh'n, Allahu akbar, Allahu akbar // Keine Angst, keine Angst, kehrt zurück, subhanallah [gepriesen sei Gott], keine Angst vor den Kuffar [Ungläubigen], Allahu akbar, Allahu akbar // Mujahid [Glaubenskämpfer], Mujahid, Sharia [islamisches Recht] Somalia, la ilaha illallah [es gibt keinen Gott außer Gott], Allahu akbar, Allahu akbar // Wandert

den Islam als Friedensreligion zu propagieren. Das Gegenteil ist der Fall: Es handelt sich um Gewaltverherrlichung und einen Aufruf zum Jihad. Die Neo-Salafisten bemühen nach Belieben das religiös konnotierte „kufr“-Vokabular (Ablehnung Gottes und Leugnung der Offenbarung) und erklären sowohl Muslime (takfir, Exkommunikation) als auch andere „Schriftbesitzer“ (al-kafir al-kitabi⁵⁵) für „kafir“ (Ungläubige), was die Diffamierung der „Nicht-Monotheisten“ bzw. „Götzendienen“ ermöglicht, das Konfrontationsbewusstsein prägt und letzten Endes den Jihad gegen „Ungläubige“ und „Apostaten“ legitimiert. Die von deutschen Jihadisten hinterlassenen Testamente bringen ihr salafistisches Weltbild deutlich zum Vorschein.⁵⁶

Hält man an der Unterscheidung des Salafismus in puristischen, politischen und jihadistischen fest, gilt es zu bedenken, dass es sich dabei um drei Strategien auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ziel – nämlich zu einer auf Allahs Scharia fußenden Theokratie – handelt. Daher kann sich der vermeintlich puristische Salafismus per definitionem nicht aus der Öffentlichkeit zurückziehen, um – wie oft verklart wird – die Religion als „private Sache“ auszuleben. Der „puristische“ Salafismus in Deutschland ist Da’wa-Salafismus und mithin eine offensive Strategie. Die als „Puristen“ verklärten muwahhidun (d.h. Bekenner der Einheit Gottes, „Monotheisten“) akzeptieren die auf der Volkssouveränität fußende rechtsstaatliche Ordnung nicht, denn es handelt sich hierbei angeblich um „Shirk“ (Vielgötterei/Polytheismus) als Verstoß gegen die Souveränität Gottes – die größte Sünde im Islam. Im 48. Vers der 4. Sure heißt es: „Wahrlich, Allah wird es nicht vergeben, dass Ihm Götter zur Seite gestellt werden; doch Er vergibt das, was geringer ist als dies, wem Er will. Und wer Allah Götter zur Seite stellt, der hat wahrhaftig eine gewaltige Sünde begangen.“ Für den demokratischen Verfassungsstaat bedeutet das zweierlei: Erstens stehen die Salafisten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung reserviert bis feindlich gegenüber und schaffen „rechtsfreie soziale Räume“, die sie auch in der Öffentlichkeit durchzusetzen suchen. Und zweitens streben sie keinesfalls eine harmlose Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände an, sondern zielen auf die Überwindung der offenen Gesellschaft im Sinne totalitärer Gleichschaltung.⁵⁷

Die Kluft zwischen Da’wa-Salafismus bzw. dem puristischen Salafismus und Jihadismus ist nicht unüberwindbar. Denn die Opposition zwischen „Tauhid“ und „Shirk“ (Glauben an die Einheit Gottes versus Götzendienst) begründet eine negative Identitätsstiftung durch Ablehnung der „Taghut“ („die Glaubensverweigerung an die Taghut und der Glaube an Allah“), was letzten Endes auf ein antithetisches Verhältnis zwischen dem

aus, wandert aus, Usbekistan, Afghanistan, wir kämpfen in Khorasan, Allahu akbar, Allahu akbar, Inshallah [so Gott will], inshallah, wir kämpfen, fallen Shuhada [Märtyrer], den Feind im Auge bismillah [im Namen Gottes], Allahu akbar, Allahu akbar“. Zit. nach: Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Berlin 2010, Berlin 2011, S. 27.

55 Der Begriff findet sich bereits bei Mohammed ibn Idris asch-Schafi‘i (767-820).

56 Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Berlin 2010, Berlin 2011, S. 12.

57 Armin Pfahl-Traugher, Islamismus als extremistisches und totalitäres Denken. Strukturmerkmale einer Ideologie der geschlossenen Gesellschaft, in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13/2007, S. 79-95, hier S. 92.

„Islam“ und „falschen“ Religionen wie Gesellschaftsordnungen hinausläuft. „Was die Beschreibung von ‚Ablehnung der Taghut‘ anbelangt, so bedeutet dies, dass du an die Nutzlosigkeit der Anbetung anderer außer Allah glaubst, und dass *du dich davon abwendest und es hasst*, und dass *du denjenigen ablehnst und dich ihm gegenüberstellst, der dies tut*“⁵⁸ (vgl. das Konzept al-wala' wa-l-bara'). Neben dem Teufel, dem unterdrückenden Herrscher, „der die Gesetze Allahs ändert und austauscht, wie es von den Juden getan wurde“, und den Götzen (u.a. auch die Volkssouveränität) gilt auch „derjenige, der mit etwas anderem anstatt mit dem richtet, was Allah offenbart hat“, als einer der „Köpfe der Taghut“: „Und wer nicht nach dem richtet, was Allah herab gesandt hat – das sind die Ungläubigen“ (Sure Al Maidah, Ayah 44).

Ein überzeugendes Beispiel der Inkompatibilität islamistischer und rechtsstaatlicher Argumentationsmuster findet sich in einem von Mounir Chouka verfassten Schreiben⁵⁹, in dem der Bonner Islamist auf die Verhaftung der 29-jährigen Deutsch-Türkin Filiz Gelowicz eingeht. Die Frau des verurteilten IJU-Mitglied Fritz Gelowicz wurde für schuldig erklärt, Geld für die Terrorgruppen Al-Qaida, IJU und DTM gesammelt und für diese mit Propagandabeiträgen geworben zu haben.⁶⁰ Choukas Kommentar zum Gerichtsurteil fällt symptomatisch aus: „So lautete das Urteil der Taghut-Regierung Deutschlands mit ihren von menschengemachten Kufrgesetzen gegen unsere Schwester, Al-Mujaheda Filiz G., eine Muslima von Ummat Muhammad (s.a.s.). Laut der Gesetzgebung Allahs, dem Herrn der Welten, hat unsere Schwester sich nichts zu Schulden kommen lassen – im Gegenteil, sie hat gute und tugendhafte Taten begangen, die Ehre und Anerkennung verdienen und dem Islam und den Muslimen weiterhelfen“. Daraus schlussfolgert Chouka, Deutschland sei dem Islam gegenüber feindlich gesinnt. Die Problem diagnose erfolgt prompt: „Anhand der Geschichte von Schwester Filiz sieht man, dass sogar ein Muslim, dessen Herz an der Shari'a hängt und der den Jihad fisabilillah unterstützt, letztendlich den Gesetzen der Ungläubigen ergeben ist, solange er noch unter ihnen ist.“ „Hijrah“ (Auswanderung) sei daher der Weg, den jeder Muslim einschlagen müsse.

Islamisiert und radikalisiert, „wandern“ die Islamisten mit Deutschlandbezug „aus“, um in den Jihad zu ziehen und den angeblich in Mitleidenschaft gezogenen „Din“ zu verteidigen sowie die „Ungläubigen“ zu bekämpfen.

2.3. Deutschland als „Jihadistenexporteur“

„Rasant“ war laut BKA der Anstieg der Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche islamistische Terrorverdächtige. Im April 2010 belief sich die Zahl der „Ermittlungsverfahren“

58 Hier und weiter: Die Bedeutung von Taghut. Text von Imam Muhammad Ibn Abdilwahhab, Erläuterungen von Muhammad Ibn Abdirrahman Al Chumayyis, unter: http://www.salaf.de/aqida/pdf/aqd0017_Erlaeuterung%20von%20Taghut.pdf (12. Mai 2004).

59 „Der Fall Schokocafe“ (FN 42).

60 Frau von „Sauerland-Bomber“ zu Haftstrafe verurteilt, unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article12752744/Frau-von-Sauerland-Bomber-zu-Haftstrafe-verurteilt.html> (9. März 2011).

ren mit islamistischem Hintergrund“ auf 350 Fälle – „so viele wie noch nie“, berichtete der BKA-Präsident. Dabei hängen auch die Reisebewegungen der deutschen Jihadisten in Ausbildungslager im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet mit dem höheren Fallaufkommen zusammen. Seit Anfang 2009 beobachten die Sicherheitsbehörden, „dass sich Reisen aus Deutschland in Ausbildungslager häufen. [...] Am Hindukusch hat sich inzwischen eine deutsche Gemeinschaft etabliert. Diese Gruppe von aktuell zehn bis zwölf Personen versucht mit deutscher Jihad-Propaganda weitere Landsleute zu gewinnen, leider mit Erfolg“. ⁶¹ Ermittler gingen davon aus, dass allein 2009 sich mehr als 30 junge Menschen nach Afghanistan oder Pakistan abgesetzt hätten. Es können jedoch mehr gewesen sein, denn die deutschen Sicherheitsbehörden können nachweislich nicht alle Reisebewegungen registrieren. 2009 wollten laut Verfassungsschutz 138 Personen aus Deutschland ein Ausbildungslager in Pakistan besuchen. 2010 gingen die Behörden von 40 Islamisten mit Deutschlandbezug in Afghanistan/Pakistan aus. Während der militärischen Operation der pakistanischen Armee gegen ausländische Kämpfer wie militante Antiregierungskräfte in Südwestafghanistan wollten einige der Islamisten mit Deutschlandbezug das unsichere Land verlassen. ⁶² Doch viele von ihnen blieben und kämpften in Afghanistan/Pakistan weiter, darunter deutsche Al-Qaida- und IBU-Kämpfer sowie die Deutschen Taliban Mudschaheddin.

Dank Eric Breiningers Memoiren konnten die Ermittler die Wege der deutschen Jihadisten zur IJU sowie die Entstehungsgeschichte der DTM-Splittergruppe unter die Lupe nehmen, und sie wissen nun, dass diese „Jama'a eine Heimat für alle deutschsprachigen Muslime werden [soll], die von überall auf der Welt hierher kommen können, um ihre Pflicht Allah gegenüber zu erfüllen, um auf Allahs Weg zu kämpfen, damit Sein Wort das höchste wird“. Ganz im Stil der deutschen IBU-Propaganda warb auch Eric Breining um Neuzugänge für die deutsche Gemeinschaft und schilderte all die Vorteile des islamischen (Familien-)Lebens im Chorasán. Der europäische, darunter auch deutsche Nachwuchs für den Jihad hat in der islamistischen Propaganda einen besonderen Stellenwert: „Mit Allahs Erlaubnis wird dieser Nachwuchs zu einer ganz besonderen Generation von Terroristen, der in keiner Datenbank und keiner Liste der Feinde Allahs erfasst ist. Sie sprechen die Sprachen der Feinde, kennen ihre Sitten und Bräuche und können sich auf Grund ihres europäischen Aussehens hervorragend tarnen und so die Länder der Kuffar unauffällig infiltrieren um dort inshallah eine Operation nach der anderen gegen die Feinde Allahs auszuführen und so Angst und Terror in ihren Herzen zu sähen“. ⁶³

61 Immer mehr Ermittlungen gegen Islamisten, unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/sicherheitsbehoerden-immer-mehr-ermittlungen-gegen-islamisten_aid_502137.html (26. April 2010).

62 Vgl. Deutsche Dschihadisten resignieren, unter: http://www.focus.de/politik/ausland/pakistan-deutsche-islamisten-resignieren_aid_523815.html (26. Juni 2010).

63 Abdul Ghaffar al-Almani: Mein Weg nach Jannah, unter: <http://islambruederschaft.kalimattauhidmedia.net/Ebooks&Magazine/Mein.Weg.Nach.Jannah.German.2010.pdf> (17. Mai 2010). Der Text erschien ursprünglich im Forum „Ansar AlJihad Network“.

Auch ein weiterer Islamist, Bonner Yassin Chouka alias Abu Ibraheem al-Almani, schilderte in einem Propagandatext⁶⁴ seinen Weg Afghanistan/Pakistan. Dabei folgten er und sein Bruder „Abu Adam“ vermeintlich einer religiösen Pflicht, denn „jeder Muslim [ist] verpflichtet auszuwandern, sich einer der Ahlu-Sunnah-Jama’at anzuschließen, einen islamischen Treueeid auf einen ihrer Amire zu leisten und sich am Jihad fisabili-llah zu beteiligen. Dies ist der gerade und sichere Weg, den jeder Muslim einschlagen muss“. Das Papier beinhaltet neben offensichtlichen Fehlbehauptungen erkenntnisreiche Darstellungen, die auch die deutschen Terrorismusexperten zu überraschen vermochten. So berichtet der Jihadist beispielsweise über „kostbare Stunden“, die er und sein Bruder mit Anwar Awlaki im Jemen verbracht haben wollen. Anschließend hätte die IBU den sicheren, „sehr gut organisierten“ und einen Monat dauernden Transfer nach Pakistan organisiert. Als mögliche Ziele peilten die deutschen Jihadisten ursprünglich Samalia, Palästina, Tschetschenien oder Indonesien an.

Glaubt man dem Hamburger Terroristen Makanesi, kommen jeden Monat so viele Möchtegern-Jihadkämpfer nach Pakistan, dass es dort Probleme gibt, sie alle in Camps unterzubringen.⁶⁵ Angesichts einer problematischen Datenlage können solche Aussagen angezweifelt werden. Doch die von Makanesi gemachten Angaben sind deckungsgleich mit Berichten eines weiteren Jihadisten, des verurteilten pakistanischstämmigen US-Bürgers David Coleman Headley. So erklärte er in einer Replik auf eine Studie mit der These, die pakistanische Bevölkerung befürworte die Drohnenangriffe gegen Al-Qaida, die Stämme seien stolz darauf, fremde Kämpfer beherbergen zu können. Die Gastfreundschaft des Waziri- oder Mehsud-Stamms nehmen demzufolge zahlreiche Tschetschenen, Zentralasiaten und Europäer in Anspruch.⁶⁶ Auch Mounir Chouka behauptet in einem im Januar 2011 veröffentlichten Propagandaschreiben⁶⁷, immer mehr „deutsche Mudschaheddin“ kämen zum „Jihad“ unter dem IBU-Banner. Medienberichten zufolge hat sich in Nordafghanistan inzwischen die Bezeichnung „Europäische Taliban“ etabliert.⁶⁸ In einem Propagandavideo aus der Region war bekanntlich von einem „deutschen Dorf“ die Rede.⁶⁹

Nach deutschen Propagandisten aus den IBU-Reihen interessieren sich immer mehr „Brüder“ für den „Jihad“ im Chorassan, weshalb die IBU sich „für das neue islamische Jahr [2011] vorgenommen [hat], von nun an speziell in den Angelegenheiten aus Wazi-

64 Der fünfseitige Text „Unser Weg zur IBU“ erschien im Februar 2011 in diversen Dschihadforen.

65 Marcel Rosenbach/Holger Stark, German Jihad: Homegrown Terror Takes on New Dimensions, unter: <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,761391,00.html> (9. Mai 2011).

66 Vgl. Bill Roggio, US jihadi: North Waziristan ‘bustling’ with ‘Foreign Mujahideen’, unter: http://www.longwarjournal.org/threat-matrix/archives/2009/10/us_jihadi_north_waziristan_bus_1.php (27. Oktober 2009).

67 Das Schreiben heißt „Neujahr in Waziristan“.

68 Vgl. Business is still booming at Afghan and Pakistani terror camps, unter: http://www.longwarjournal.org/threat-matrix/archives/2011/05/business_is_still_booming_at_a.php (10. Mai 2011).

69 Vgl. Pakistan discovers „village“ of white German al-Qaeda insurgents, unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/pakistan/6226935/Pakistan-discovers-village-of-white-German-al-Qaeda-insurgents.html> (25. September 2009).

ristan aus direkter Quelle zu berichten“. Die Bonner Brüder Chouka halten ihr Wort und wenden sich mit zahlreichen Beiträgen in Wort, Bild und Ton an die deutschen Islamisten, um die Wege zum „Jihad“ und die „Tore zu Shahada“ offen zu halten. So rief „Abu Ibraheem“ Ende April 2011 in einem Propagandavideo⁷⁰ die „deutschen Geschwister“, vor allem jene aus Bonn, auf, sich am Kampf für Allahs Scharia in Afghanistan/Pakistan zu beteiligen, und beglückwünschte sie zur „Shahada“ eines „Mudschaheddin aus Deutschland“. Der bislang kaum in Erscheinung getretene 21-jährige Jihadist „Farooq al-Almani“ kam im Video ebenfalls zu Wort und rügte „deutsche Brüder“, die die Kraft hätten, „den Jihad mit ihrem Körper, mit ihrer Seele und mit ihrem Vermögen zu verrichten“, und nichtsdestotrotz Allah keinen Gehorsam leisten, indem sie „zu Hause sitzen bleiben“. ⁷¹ Deshalb rief sie der „kompromisslose Bräutigam“ auf, den „Islam komplett zu praktizieren“.

In einem am 2. Juni 2011 auf der Webseite der IBU veröffentlichten Video lobte Yassin Chouka die „Shahada“ eines Abdullahs aus Essen mit dem Kampfnamen „Miqdad“. Wegen der schnellen Radikalisierungskarriere „afghanischer Blitz“ genannt, soll Miqdad im November 2010 nach Waziristan gekommen, im Januar 2011 ein Trainingslager durchlaufen und Ende März in einem Gefecht mit den NATO-Kräften bei Kundus gestorben sein. In Essen nicht aufgefallen (tatsächlich war er Behörden nicht bekannt), habe der ethnische Afghane Abdullah H. am Hindukusch darum gebeten, ihn „unbedingt“ nach Kundus zu schicken. „Denn ich will unbedingt Deutsche töten“, gibt Chouka seine Erklärung wieder und setzt fort: „Vor kurzem noch lebte er in Deutschland und musste Verbrechen der Deutschen tatenlos ertragen und ansehen. Doch als Allah ihm den Weg ebnete und ihm die Ehre erwies, eine Waffe zu tragen, zögerte er nicht [...]“. Wieder einmal attestierte der Bonner Islamist Deutschland eine „Führungsposition“ in Afghanistan und richtete seine Worte an die in Deutschland lebenden ethnischen Afghanen, die „dem Gefecht in ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben“. Dem Ziel, die Islamisten mit Deutschlandbezug für den Jihad zu sensibilisieren, diene zugleich die Werbung für die „extrem lieben, freundlichen, tugendhaften und mit Selbstlosigkeit handelnden“ Taliban, bei denen Chouka bereits „seit über drei Jahren“ lebt. Auch „Miqdad“ erzählte in einer kurzen Ansprache an die „Geschwister weltweit, speziell die in Deutschland“ von seinem „Auftrag“, gegen die Deutschen und die NATO zu kämpfen, und riet ihnen, „sich den Mudschaheddin in Afghanistan und Pakistan anzuschließen“. ⁷²

Der Weg, den die Islamisten einzuschlagen haben, um der Macht der Ungläubigen entkommen sowie „den Islam komplett praktizieren“ zu können, wird von „Abu Adam“ wie folgt vorgezeichnet: Als erstes gilt es, zu einem Ort auszuwandern („Hijrah“), „an dem die Muslime mit dem Gottesdienst des Jihades die Shari’a anstreben oder bereits

70 „Der kompromisslose Bräutigam“, unter: <http://www.furqon.com/Video/real/DerkompromissloseBrautigam.wmv> (20. April 2011).

71 Ebd.

72 „Шахид Микдод Олмони“ видеофильм [„Shahid Miqdod der Deutsche“], unter: <http://furqon.com/> (2. Juni 2011).

ausgesprochen haben (z.B. Waziristan, Somalien, Jemen)“. An die Da’wa-Salafisten und andere Islamisten in Deutschland gerichtet, merkt der Autor des Schreibens an, dass es nur nach der Hijrah und dem Treueeid auf einen Amir erlaubt sei, in Darul-Kufr („Gebiet des Unglaubens“) zu leben. Auf einen Treueeid auf einen Amir folgt dann der Einsatz in der jeweiligen Gemeinschaft. Während der Vorbereitung auf die Auswanderung greife bereits die Pflicht, den Beitrag zum Jihad zu leisten sowie sich körperlich und kognitiv fit zu halten.⁷³

Zahlreiche Reisebewegungen und Festnahmen deutscher Jihadisten sowie Eliminierungsaktionen in Afghanistan/Pakistan legen Zeugnis davon ab, dass die propagandistischen Jihad-Samen auf fruchtbaren Boden in Deutschland fallen. Auch im Jahr 2011 gelang es den deutschen Ermittlern, einige Personen mit Deutschlandbezug zu verhaften. Der am 22. Februar 2011 festgenommene 24-jährige Ömer C. war beispielsweise „dringend verdächtig, nach seiner Ausbildung in einem IBU-Trainingslager im vergangenen Jahr an Kampfhandlungen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet beteiligt gewesen zu sein“. ⁷⁴ Der vom LKA Hamburg festgenommene Ahmed Wali Sidiqi soll laut Bundesanwaltschaft in einem IBU-Lager „eine Ausbildung im Umgang mit Waffen und Sprengstoff durchlaufen und sich der terroristischen Organisation angeschlossen haben. In der Folgezeit soll er sich an Kampfhandlungen der IBU beteiligt haben“. ⁷⁵ Mitte Mai 2011 nahmen die österreichischen Behörden drei Verdächtige fest, die versucht hatten, sich auf den Weg ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu machen, um sich den DTM anzuschließen. Und es werden anscheinend immer mehr deutsche Islamisten, die „auswandern“ möchten.

3. Fazit

Glaubt man den Warnungen der deutschen Nachrichtendienste, gilt Deutschland bereits seit einer Dekade als Ziel sowie Operationsgebiet des transnationalen Terrorismus und fungiert zugleich als Jihadistenexporteur in alle Teile der Welt. Neben aktuellen Fällen sind Personen wie Christian Manfred Ganczarski, ein in Frankreich wegen Beihilfe zum Mord und Al-Qaida-Mitgliedschaft verurteilter deutscher Islamist, oder Thomas Fischer aus Blaubeuren bei Ulm zu nennen, der in einem Kugelhagel in Tschetschenien ums Leben kam.

Ein Jahrzehnt nach dem Beginn des Krieges gegen den Terrorismus ist der deutsche Jihad auf einer neuen Ebene angelangt. Die salafistische Szene in Deutschland ist deutlich angewachsen und die in Afghanistan/Pakistan angesiedelten terroristischen Vereinigungen bieten trotz internationaler Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen weiterhin

⁷³ „Der Fall Schokocafe“ (FN 42).

⁷⁴ Vgl. Festnahme zweier mutmaßlicher Islamisten in Nordrhein-Westfalen (FN 50).

⁷⁵ Vgl. Festnahme eines mutmaßlichen Mitglieds der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ (IBU), unter: <http://www.generalbundesanwalt.de/prnt/showpress.php?newsid=398> (21. April 2011).

Lehrangebote in Jihadkunde an. Turksprachige Gruppen und Al-Qaida ziehen deutschstämmige Türken und Konvertiten an, wobei auch deutsche Islamisten zum „Auswandern“ aufrufen. In Afghanistan/Pakistan gilt Deutschland inzwischen als Feind des Islam, und die Jihadisten mit Deutschlandbezug buhlen regelrecht um Nachfolger aus der Bundesrepublik, wobei sie nicht selten auf offene Ohren stoßen.

Das strategische Kalkül setzt dabei voraus, dass ein Teil dieser Personen nach einer paramilitärischen Ausbildung in ihre Heimat zurückkehrt, um als Attentäter oder Kontaktmänner zu fungieren bzw. Geld für den Jihad zu sammeln. So schließt sich der Kreis, und der Jihad *gegen, aus* und *in* Deutschland erlangt eine neue, sehr gefährliche Qualität.

Biographisches Porträt: Matthias Faust

Von Marc Brandstetter

1. Lebenslauf

Als der heutige stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Matthias Faust 1971 in Hamburg geboren wurde, hatte die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ihre erfolgreichsten Tage bereits hinter sich. Zwischen 1966 und 1968 schaffte die im Spätherbst 1964 gegründete Organisation, auf einer Erfolgswelle schwimmend, sieben Landtagseinzüge, zuletzt 1968 in Baden-Württemberg mit einem Rekordergebnis von 9,8 Prozent. Dieser Höhenflug wurde kurz darauf unterbrochen, als sie bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent an der Fünfprozenthürde scheiterte. Eine tiefe Depression erfasste die erfolgsverwöhnte Partei, die sie zusammen mit den sich ungünstig entwickelnden Gelegenheitsstrukturen in die politische Bedeutungslosigkeit führte, aus der sie erst 2004 mit dem Einzug in den sächsischen Landtag wieder ausbrechen sollte.¹

Im Hause Faust wurde dem zeitweiligen Erstarken der NPD in den siebziger Jahren mit einer gesunden Portion Skepsis begegnet, denn die Eltern waren liberal-konservativ eingestellt und hegten keine Sympathien für die „nationale Bewegung“. Derart vorgeprägt, sammelte der erst fünfzehnjährige Faust – fasziniert vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl – seine ersten politischen Erfahrungen bei der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU, bevor er ein Jahr später in die Mutterpartei eintrat.² Gemeinsam mit einem Schulfreund betrieb er Basis-Arbeit in Hamburg-Bramfeld und versuchte, anders zu sein als die meisten Jugendlichen seines Alters, die eine politisch linksorientierte Richtung eingeschlagen hatten. Er mache „gerade das, was gesellschaftlich nicht auf große Resonanz stößt“. ³ Nach dem Abitur (1990) verpflichtete er sich für acht Jahre bei der Bundeswehr, was ihn nach Schleswig-Holstein führte. Sein politisches Engagement fand vorübergehend ein Ende. Er absolvierte bei der Bundeswehr im Rahmen einer Berufsförderungsmaßnahme eine Ausbildung zum Kaufmann für Bürokommunikation und bildete sich zum Netzwerkadministrator weiter. Außerdem offerierte ihm die Bundeswehr die Möglichkeit, den aktiven Dienst rund ein Jahr und drei Monate früher zu verlassen, um die Eingliederung ins Zivilleben vorzubereiten. Faust schrieb sich

1 Vgl. Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.

2 Alle biographischen Angaben sind der Webseite von Matthias Faust entnommen (<http://matthiasfaust.com/>) oder beruhen auf persönlichen Aussagen. Vgl. Interview mit Matthias Faust am 2. April 2011 in Hamburg.

3 Interview mit Matthias Faust (FN 2).

1997 an der Hamburger Universität für den Studiengang Rechtswissenschaft ein, den er 2002 mit dem 1. Staatsexamen abschloss. Als Student suchte er den Anschluss an seine alte politische Heimat und kandidierte auf der Liste der unionsnahen Studentenvereinigung RCDS für das Studierendenparlament. Schnell erfasste ihn Ernüchterung über die Entwicklung der Union: „Meine Partei war nach der langen Zeit nicht wieder zu erkennen“⁴, meinte er rückblickend wehmütig. Nach seinem Empfinden war die CDU weiter in die politische Mitte gerückt und hatte damit ihre konservativen und patriotischen Grundwerte aufgegeben. Er kehrte der Partei nach 15 Jahren den Rücken.

Seine Suche nach einer Organisation mit „patriotischen Werten“ brachte ihn Ende 2005/Anfang 2006 zu den Republikanern (REP). Die Kontaktaufnahme gestaltete sich schwierig. In Hamburg gab es damals keine funktionierenden Strukturen. Trotzdem trat Faust der Partei bei, sah dies als Chance, etwas aufzubauen. Seine Bemühungen stießen bei der REP-Bundesführung, die – so seine Meinung – Norddeutschland bereits aufgegeben hatte, indes nicht auf Interesse. Mehr als eine Mitgliederliste, die neben ihm nur zwei weitere Personen umfasste (davon war eine bereits verstorben), und wenige DIN A 4-Seiten Informationsmaterial gab sie ihm nicht an die Hand. Dessen ungeachtet sollte dieses erfolglose Intermezzo den weiteren Weg des Matthias Faust prägen, denn er kam mit dem ehemaligen REP-Landesvorstand in Berührung, der, in die Sogwirkung der damaligen NPD-Wahlerfolge geraten, 2005 vollständig zur NPD übergetreten war.⁵ Die Neu-Nationaldemokraten nahmen sich Zeit für den Interessenten, der nicht nur politische Erfahrung mitbrachte, sondern zugleich einen akademischen Hintergrund und damit eine Ausnahme in der meist proletarisch geprägten NPD-Mitgliedschaft darstellte. Nach wie vor ist der Mangel an geschultem, rhetorisch beschlagenem und gesellschaftlich vorzeigbarem Personal ein wesentlicher Faktor für den Misserfolg dieser Partei in den westdeutschen Bundesländern.⁶ In zahlreichen Gesprächen widerlegten die ehemaligen Republikaner Fausts Vorurteile gegenüber der NPD, die bis dahin, aufgrund ihrer programmatischen Radikalität und des Bündnisses mit den Freien Kameradschaften keine Option dargestellt hatte. Damit war er in die rechtsextremistische Partei mehr oder weniger „hineingeschliddert“.⁷

Ausschlaggebend für seinen Eintritt war die Bekanntschaft mit der damaligen Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Anja Zysk, zu der er ein vertrauensvolles Verhältnis aufbaute. Zysk trieb die Öffnung für andere rechtsextremistische Strömungen im Sinne des „Volksfront-Konzeptes“ voran und konsolidierte damit die Partei auf niedrigem Niveau.⁸

4 Ebd.

5 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Hamburg 2006, S. 196 f.

6 Vgl. dazu ausführlich: Thomas Grumke, Der hysterische NPD-Tsunami. Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 14, Berlin 2005, S. 89-97.

7 Interview mit Matthias Faust (FN 2).

8 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg (FN 5), S. 206 f.

Die einzige weibliche Landesvorsitzende der NPD sollte an der Quadratur des Kreises scheitern: Die Vermählung des militanten Kameradschaftsmilieus mit rechtskonservativen Kräften erwies sich als unlösbare Herausforderung. Heftige interne Querelen zerrissen den Verband. Als sie noch dazu eigene politische Vorstellungen und Ambitionen entwickelte, war sie für die Neonationalsozialisten in der Partei nicht mehr tragbar. Die Streitigkeiten eskalierten über der Frage, ob die Partei eine Demonstration gegen die im Hamburger Stadtteil Bergedorf geplante Moschee durchführen sollte.⁹ Ein scheinbar banales Problem, das entscheidende ideologische Unterschiede zwischen den NPD-Flügeln offenbarte: Während die „Zysk/Faust-Fraktion“ in Muslimen die größte Gefahr für den Fortbestand des deutschen Volkes sah, träumte der radikalere Parteiflügel von einer Allianz mit militanten Islamisten gegen die angebliche jüdische Weltverschwörung. Die Putschisten scharten sich um den mittlerweile verstorbenen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der, unterstützt von starken neonationalsozialistischen Kräften um Thomas Wulff und Thorsten de Vries, bereits zur Bundestagswahl 2005 als Spitzenkandidat der Partei in der Hansestadt angetreten war und zudem seit November 2006 dem Bundesvorstand angehörte. Zysk unterlag und verließ die Partei wenig später.

Rieger trieb die Verzahnung von NPD und Freier Kameradschaftsszene mit Nachdruck voran, zahlreiche Kader mit neonationalsozialistischer Vergangenheit rückten in Führungspositionen auf Kreis- und Landesebene auf¹⁰, wodurch die Hamburger NPD einen stark neonationalsozialistisch geprägten Kurs einschlug. Faust versuchte als Kreisvorsitzender gegenzusteuern und mehrmals mit dem neuen Landesvorsitzenden in Kontakt zu treten. Doch dieser ignorierte ihn beharrlich. Daraufhin wandte er sich mit warnenden Worten an den Parteivorstand in Berlin. Der radikale Kurs Riegers und seiner Anhänger werde die Partei weiter ins gesellschaftliche Abseits führen. Auch hier fand er kein Gehör, denn zu diesem Zeitpunkt war die klamme Partei mehr oder weniger von den Krediten des Rechtsanwaltes Rieger abhängig.¹¹ Als sein Kreisverband schließlich auf den Kurs der Hardliner einschwenkte, sah Faust keine Zukunft in der NPD mehr und erklärte Mitte 2007 seinen Rückzug. Daraus erwuchs eine Intimfeindschaft zwischen Faust und Rieger, die bis zu dessen Tod andauern sollte.¹²

In den nächsten Monaten bewegte sich Faust im Dunstkreis der Deutschen Partei (DP), ohne einen Mitgliedsantrag zu unterschreiben. Über die Beteiligung an Diskussionen, die meist im virtuellen Raum von Internetforen stattfanden, ging sein Engagement nicht hinaus. In einer solchen kommentierte er die Arbeitsweise der DVU spöttisch: „Die DVU ist für mich absolut nicht diskussionswürdig. Scheinbar besteht sie nur aus Herrn Dr. Frey, der meist in einer eher dümmlichen Art und Weise in die Öffentlichkeit tritt. Mir

⁹ Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

¹⁰ Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Hamburg 2008, S. 210.

¹¹ Vgl. Sebastian Fischer/Annett Meiritz/Sven Röbel/Philipp Wittrock, Riegers Tod schockt die Neonazi-Szene, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,658287,00.html> (14. April 2011).

¹² Vgl. NPD-blog.info, Frey zieht zurück: DVU bald unter neuer Führung, unter: <http://npd-blog.info/?p=2628> (13. April 2011).

ist kein Landtag bekannt, in der die DVU wirklich einmal ernstzunehmende politische Arbeit getan hat, meist brach die Fraktion nach wenigen Wochen auseinander.“¹³

Es passt zu Fausts kurvenreichem Lebenslauf, dass er trotz dieser Abneigung Ende 2007 bei der DVU anheuerte. Der Anruf aus dem Hause Frey kam zur rechten Zeit, denn er hatte mit einer Automaten-Videotheken-Kette Schiffbruch erlitten und war in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Bei dem Angebot, Pressesprecher der Bundespartei zu werden und den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 2008 zu organisieren, griff er begeistert zu und trat am gleichen Tag im Büro des DVU-Patriarchen Gerhard Frey in die Partei ein.

Mangels Alternativen „bestimmte“ dieser Matthias Faust zum Listenführer des elfköpfigen Wahlvorschlags und damit zum Spitzenkandidaten.¹⁴ Die Ausgangslage schien gut: Die DVU stand als einzige Partei der extremistischen Rechten auf dem Stimmzettel. Die NPD verzichtete gemäß dem „Deutschland-Pakt“ auf einen eigenen Wahlantritt, und die REP waren nach ihrem Aderlass an Spitzenfunktionären nicht mehr auf die Beine gekommen. Außerdem hofften die Wahlkämpfer auf Rückenwind aus der Bremer Bürgerschaftswahl vom Vorjahr, wo die DVU aufgrund der bekannten Sonderregelung für Bremerhaven einen Abgeordneten stellen konnte (Bremen gesamt: 2,7 Prozent, Bremerhaven: 5,4 Prozent).

Ihren kostenaufwändigen Wahlkampf führten die Rechtsextremisten wie gewohnt als Materialschlacht. Zahlreiche Postwurfsendungen sollten die Wählerinnen und Wähler auf ihre Seite ziehen. Außerdem waren sie – wenn auch verhältnismäßig selten – mit Infoständen auf der Straße präsent, ohne auf große Resonanz zu stoßen. Ein moderner, ständig aktualisierter Internetauftritt sollte die Aktivitäten abrunden. Inhaltlich verfolgte die Partei die gewohnten Pfade; Fremdenfeindlichkeit war das dominierende Thema. DVU-Werbeplakate forderten „Arbeit statt Zuwanderung“, „Michel statt Moschee“, oder „Sozialstaat für deutsche Staatsbürger“. Landespezifische Themen griff sie kaum auf. Trotz der anders lautenden Absprache im „Deutschland-Pakt“ fiel die Unterstützung der NPD spärlich aus.¹⁵ Eine konsequente Haltung einer ansonsten wenig konsequenten Partei, denn die Wahl Matthias Fausts zum DVU-Spitzenkandidaten war sowohl in der radikalisierten Hamburger NPD als auch bei parteiunabhängigen Aktivisten auf wenig Zustimmung gestoßen.¹⁶ Letztendlich entfielen nur 0,8 Prozent der Stimmen auf die DVU; sie scheiterte damit an der wichtigen Finanzierungsgrenze von einem Prozent.

13 Matthias Faust, zitiert nach: Behörde für Inneres und Sport, Rechtsextremismus. Hamburger DVU macht WORCH-Adlatus zum Pressesprecher, unter: <http://www.hamburg.de/schlagzeilen/230924/dvu-faust-artikel.html> (14. April 2011).

14 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

15 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2008, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 101-114, hier S. 109 f.

16 Vgl. Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus, Teilnahme der DVU an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 24. Februar 2008, unter: <http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/aktuelles/news-detailansicht/period/1201820400/2505599/archived/artikel/52/teilnahme-der-dvu-an-der-wahl-zur-hamburger-buergerschaft-am-24022008.html> (14. April 2011).

Einen Schuldigen hatte Faust schnell gefunden: „Die Linke“ habe die Proteststimmen abgegriffen.¹⁷ Nach dem desaströsen Abschneiden verfiel die Hamburger DVU in eine Schockstarre und stellte ihre Aktivitäten nahezu ein.¹⁸

Trotz des mäßigen Ergebnisses wollte Frey Faust langfristig an die DVU binden und machte ihn zum Bundesorganisationsleiter. Bald weihte Frey ihn in seine Überlegungen ein, beim nächsten Bundesparteitag 2009 nicht mehr für den Vorsitz zu kandidieren, und offenbarte ihm im gleichen Atemzug, er habe ihn als potenziellen Nachfolger ins Auge gefasst.¹⁹ Auf Vorschlag des scheidenden Vorsitzenden wählten die Delegierten des Magdeburger Parteitages am 11. Januar 2009 Matthias Faust zum neuen Bundesvorsitzenden. Das Ende einer Ära war eingeläutet, Frey hatte der DVU insgesamt 22 Jahre vorgestanden. Von Beginn an hatte er „seine“ Partei autoritär geführt, wichtige Entscheidungen im Alleingang getroffen. Eine aktive Parteibasis konnte sich unter diesen Umständen nicht entwickeln.²⁰

Faust übernahm eine Partei in der Krise. Seit 1993 befanden sich die Mitgliederzahlen – mit einer kurzen Unterbrechung in Folge des Einzuges in den Magdeburger Landtag 1998 – im freien Fall. 2009 zählte die stark überalterte DVU nur noch 4.500 Sympathisanten, womit sie zum dritten Mal in Folge hinter der NPD zurückblieb.²¹ Überdies schob sie einen mehrere Millionen Euro hohen Schuldenberg vor sich her, der im Wesentlichen von Frey kreditiert wurde. Der organisatorische Niedergang ging mit einer anhaltenden Durststrecke bei Wahlen einher, welche die finanzielle Misere weiter zuspitzte.²² Seit 2004 konnte die DVU bei keiner Wahl die Fünfprozenthürde überwinden.

Der neue Parteichef verfolgte den kühnen Plan, die „Phantom-Partei“ komplett umzukrempeln. Für diese Herkulesaufgabe holte er sich mit Andreas Molau prominente Unterstützung ins Boot. Der ehemalige Waldorflehrer hatte die NPD nach dem gescheiterten Versuch, den Bundesvorsitz zu übernehmen, im März 2009 im Streit verlassen.²³ Molau gilt als einer der wenigen intellektuellen Aushängeschilder des Rechtsextremismus. Seine „gemäßigtere“ Einstellung machte ihn für die „Radikalen“ in und außerhalb der NPD zum Angriffsziel.²⁴ Er öffnete Faust die Tür zur „Neuen Rechten“.

17 Vgl. Pressemitteilung der DVU vom 26. Februar 2008 „Mogelpackung ‚Die Linke‘ griff dieses Mal Protestwähler ab“, unter: <http://www.deutschevolksunion.eu/Themen/Mogelpackung.html> (15. April 2011).

18 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Hamburg 2009, S. 101.

19 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

20 Vgl. Stefan Meyer, Biographisches Porträt Gerhard Frey, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 169-181.

21 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 53.

22 Vgl. Johann Osel, DVU steht vor der Pleite, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. Januar 2010.

23 Vgl. Marc Brandstetter, Zerstritten, pleite, geächtet. Wohin führt der Weg der NPD?, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 389-393.

24 Vgl. Elmar Vierегge, Biographisches Porträt: Andreas Molau, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 197-214.

Dieser drang soweit in deren Gedankenwelt ein, dass er sich dieser Strömung heute zu-rechnet.²⁵

Der Bundesvorsitzende und sein Pressesprecher Molau steuerten den angeschlagenen Dampfer DVU in neues ideologisches Fahrwasser. Die alte „deutsch-nationale“ Orientierung der „Frey-DVU“ wurde zugunsten einer rechtspopulistischen Ausrichtung mit islamfeindlichem Einschlag nach dem Vorbild der österreichischen FPÖ aufgegeben. Mit bürgerlichem Auftreten wollten die Strategen eine Nische im Parteiensystem rechts der Union besetzen, für welche die NPD aufgrund ihres fortwährenden Radikalisierungsprozesses nicht mehr in Frage kam. Ein neues, jung und dynamisch wirkendes Image war ebenso Bestandteil dieser Neupositionierung; die bieder wirkende Partei der Frey-Tage sollte der Vergangenheit angehören. Vom Aufbau einer bundesweiten Organisationsstruktur erhoffte sich die Parteiführung eine Steigerung der eigenen Schlagkraft. Ein neu gegründeter Jugendverband sollte überdies die Attraktivität für Jugendliche erhöhen. Über das Planungsstadium kamen diese Bemühungen jedoch nicht hinaus: Nachdem der erste Vorsitzende der „Jungen Rechten“, Tony Fiedler, der von den REP zur DVU gestoßen war, die Partei desillusioniert verlassen hatte, versank die Jugendorganisation im Chaos. Die Modernisierung der DVU blieb weitgehend auf das Internet beschränkt. Eine ansprechend gestaltete Webseite lud zur Mitarbeit ein, „Rechtsextremismus 2.0“ lautete die Devise. Die Parteimitglieder sollten ermutigt werden, sich aktiv einzubringen. Die von Faust und Molau propagierte Aufbruchstimmung erfasste die an Passivität gewöhnte Basis nicht.²⁶

Knapp sechs Monate nach der Wahl Fausts zum Bundesvorsitzenden stand für die „neue“ DVU mit den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 eine erste Bewährungsprobe an.²⁷ Mit ihrem EU-feindlichen Wahlkampf reüssierte sie nicht. Bereits früh positionierten sich die Freien Kameradschaften und riefen zum Stimmverzicht auf.²⁸ Ohne die „Manpower“ der „Freien“ und der NPD vermochten es die wenigen Parteiaktivisten nicht, einen wahrnehmbaren Wahlkampf zu organisieren. Dieser war durch die knappen finanziellen Mittel zusätzlich beengt, denn der einstige Gönner Frey hatte seine Zuwendungen nach seinem Ausscheiden eingestellt.²⁹ Faust hatte mit diesem abrupten Ende der Zahlungen nicht gerechnet. Er ging davon aus, nach seinem Amtsantritt würden weitere Gelder fließen.³⁰ Mit 0,4 Prozent verfehlte die DVU die Wahlkampfkostenerstattung. Faust hatte nicht auf der von der Brandenburgischen Fraktionsvorsitzenden Liane Hesselbarth angeführten Liste kandidiert, musste sich diesen

25 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

26 Vgl. Bundesministerium des Inneren (FN 21), S. 94.

27 Die NPD kandidierte gemäß der im „Deutschlandpakt“ getroffenen Übereinkunft nicht.

28 Vgl. mein-sh.info, Wahlen in der BRD: Seit 60 Jahren das gleiche Theater, unter: www.mein-sh.info/0927.html (16. Juli 2009).

29 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, München 2010, S. 119.

30 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

Fehlschlag aber persönlich ankreiden lassen, da die Neuausrichtung der DVU mit seinem Namen verbunden war.

Die von der eigenen Basis getriebene NPD-Führung nutzte die Schwächephase des Weggefährten aus, um den „Deutschland-Pakt“ aufzukündigen.³¹ Der Brandenburger NPD-Landesverband hatte beständig auf diese Entscheidung hingearbeitet, um selbst an den Landtagswahlen am 27. September 2009 teilnehmen zu können, die eigentlich der DVU zustanden. Faust war sich der misslichen Lage bewusst und der Überzeugung, seine angeschlagene Partei habe nur in der Kooperation mit der NPD eine – wenn auch geringe – Überlebenschance. Daher hielt er bis zuletzt an der Vereinbarung fest: „An uns wird eine weitere Zusammenarbeit im Sinne der deutschen Sache ganz sicher nicht scheitern“³², hatte er nach der Europawahl verkündet. Er versuchte zu retten, was nicht mehr zu retten war, und führte Gespräche mit Udo Voigt, der ihm versprach, sein Möglichstes zu tun, um den Wahlantritt der „Kameraden“ abzuwenden.³³

Udo Voigt konnte sein Wort jedoch – wie so oft – nicht halten. Überraschend traf Faust das Ende der Vereinbarung nicht. Bereits im April 2009 hatte er damit gerechnet, falls die radikaleren Kräfte in der NPD die Oberhand behalten sollten.³⁴ Damit kandidierten erstmals seit 1999 wieder zwei rechtsextremistische Parteien gegeneinander. Obwohl die DVU dem Parlament in Potsdam bereits zwei Legislaturperioden lang angehörte, konnte sie sich in der Fläche nicht wie die NPD verankern. Der DVU-Chef sah in dem mangelnden Engagement der Landtagsfraktion, ihrer schlechten Öffentlichkeitsarbeit und der vernachlässigten Basisarbeit die Hauptgründe für das miserable Resultat seiner Partei von 1,2 Prozent, womit sie hinter die NPD (2,6 Prozent) zurückfiel.³⁵ Die Bundestagswahlen am gleichen Tag zeigten, dass es für die DVU noch bitterer kommen konnte: Nur 0,1 Prozent (NPD: 1,5 Prozent) der Wähler votierten für die Partei, die in vier Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Thüringen) nicht antrat.

In den nächsten Monaten strafte sich die einstigen Partner mit gegenseitiger Nichtbeachtung. Entspannt war das Verhältnis nie gewesen; jetzt aber herrschte Eiseskälte. Die kritische Situation brachte beide Vorstände ins Grübeln. Die jüngeren Wahlergebnisse hatten das elementare Dilemma der deutschen extremistischen Rechten mit Nachdruck gezeigt: Solange die Parteienlandschaft rechts der Union zersplittert war, schienen nachhaltige Wahlerfolge ausgeschlossen.

31 Erste Risse in dem ungleichen Bündnis zwischen DVU und NPD hatten sich bereits früher gezeigt, als die DVU den realen Kräfteverhältnissen im deutschen Rechtsextremismus Tribut zollen und der NPD entgegen der ursprünglichen Vereinbarung den Vortritt bei den thüringischen Landtagswahlen 2009 lassen musste.

32 Matthias Faust, zitiert nach: Zusammenhalten und Weitermachen. Matthias Faust über die Zukunft der deutschen Rechten, unter: <http://www.die-rechte.info/2009/06/zusammenhalten-und-weitermachen> (16. Juni 2009).

33 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

34 Vgl. Marc Felix Serrao, Die alte DVU gibt sich jung und bürgerlich, in: Süddeutsche Zeitung vom 25./26. April 2009.

35 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

Überraschend traten die Spitzenfunktionäre Udo Voigt und Matthias Faust im Anschluss an den NPD-Parteitag vom 4./5. Juni 2010 in Bamberg nach Geheimverhandlungen an die Öffentlichkeit und verkündeten die geplante Fusion von NPD und DVU. Eine Befragung der jeweiligen Basis sollte die Absprache wasserdicht machen. Die DVU-Führung hatte zuvor ihren guten Willen angedeutet und auf einen eigenen Wahlantritt in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2011 verzichtet, wo sie 1998 mit 12,9 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte einfahren konnte.³⁶ Wer einen Blick hinter die Fassade wirft, erkennt schnell, dass der Zusammenschluss nicht auf Augenhöhe stattgefunden hat bzw. stattfinden wird – obwohl gerade die Führungsriege der DVU großen Wert darauf legt.³⁷ Zu unterschiedlich ist die Entwicklung der beiden Organisationen in den letzten Jahren verlaufen. Während die NPD Achtungserfolge unterschiedlichster Art (Wahlen, Mitglieder mobilisierung, Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Strömungen) feiern konnte und sich zum „Gravitationsfeld des Rechtsextremismus“³⁸ auswuchs, befindet sich die DVU seit geraumer Zeit im Abwärtsstrudel. Die DVU wird von der NPD geschluckt. Das einzige Zugeständnis der NPD ist die Ergänzung ihres Parteinamens um den Zusatz „Die Volksunion“. Die DVU-Mitglieder werden nicht automatisch zu NPD-Mitgliedern; sie müssen ihren Beitritt formal erklären, was nur in engem Rahmen stattgefunden hat.³⁹

Vom NPD-Bundesparteitag am 6. November 2010 in Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt) sollte ein Aufbruchsignal ausgehen. Die Parteien feierten die Fusion und gleich sich selbst; man habe „Historisches“ vollbracht. Die Vereinigung komme „einer nationalen Proklamation größten Ausmaßes gleich.“⁴⁰ Kein Wunder, dass die Delegierten in dieser euphorisierten Stimmung dem Verschmelzungsvertrag mit großer Mehrheit zustimmten (93,8 Prozent). Den Fusionsgegnern, angeführt von dem bundesweit bekannten Neonationalsozialisten Thomas Wulff⁴¹, schenkte man kein Gehör. Für Matthias Faust markierte dieser Tag darüber hinaus einen wichtigen persönlichen Einschnitt. Der Parteitag derjenigen Partei, die er vor rund vier Jahren im Streit verlassen und mit der er sich nach dem Zusammenbruch des „Deutschland-Paktes“ heftige verbale Scharmützel geliefert hatte, wählte in nun zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden. Die desolote Finanzsituation der DVU hätte den weitreichenden Plänen kurz vor Vollzug einen Strich

36 Vgl. Marc Brandstetter, Mit dem Rücken zur Wand. Die Krise der rechtsextremistischen Parteien, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 595-598, hier S. 598.

37 Vgl. „Ein fulminanter Start ins Wahljahr 2011“. Interview mit dem DVU-Vorsitzenden Matthais Faust, in: Deutsche Stimme vom 2. November 2010.

38 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln 2006.

39 Vgl. Interview mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz in der Neuen Osnabrücker Zeitung. Vgl. Sven Rebehn, Neonazis auf dem Vormarsch, unter: <http://www.noz.de/deutschland-und-welt/vermisches/53533267/neonazis-auf-dem-vormarsch> (3. Mai 2011).

40 Udo Voigt, zitiert nach: Udo Voigt, Gemeinsam stärker – 24 Prozent in Laucha, unter: <http://www.npd.de/html/1/artikel/detail/1956/> (20. April 2011).

41 Vgl. Patrick Gensing, NPD-Bundesvorstand Wulff gegen Fusion mit der DVU, unter: <http://npd-blog.info/2011/02/13/npd-bundesvorstand-wulff-gegen-fusion-mit-der-dvu/> (20. April 2011).

durch die Rechnung machen können. Denn die NPD hätte den DVU-Schuldenberg von gut einer Million Euro übernehmen müssen. Da ihr das Wasser aber bis zum Halse stand, kam dies nicht in Frage. Erst Frey räumte dieses Hindernis aus, indem er auf seine Darlehen verzichtete.⁴²

An der DVU-Basis, die unter Frey die Weisungen ihrer Parteiführung teilnahmslos abgenickt hatte, erwachte überraschend Widerstandsgeist. Mehrere Landesverbände, angeführt von Niedersachsen unter seinem Vorsitzenden Hans-Gerd Wiechmann, unterstellten Faust, den Zusammenschluss an der Mitgliedschaft vorbeibetrieben zu haben: Faust habe kein Mandat des Bundesvorstandes gehabt, Verhandlungen zu führen.⁴³ Deswegen ungeachtet unterzeichneten er und Voigt kurz vor der Jahreswende 2010/11 den Vereinigungsvertrag. Die DVU-Landesverbände Niedersachsen, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen reichten unterdessen beim Münchener Landgericht Klage gegen diesen Zusammenschluss ein. Sie warfen den Fusionsbefürwortern in beiden Parteien vor, mit faulen Tricks gearbeitet zu haben. Ihre ordentlich eingebrachten Anträge, die eine Neuwahl des DVU-Parteivorstandes forderten, sollen in der Tagesordnung des Bundesparteitages vom 12. Dezember 2010 keine Berücksichtigung gefunden haben. Außerdem sei es bei der Annahme des Vertragsentwurfes durch die Parteitagsdelegierten nicht mit rechten Dingen zugegangen. Etwa 40 der anwesenden 100 Personen verfügten den DVU-Oppositionellen zufolge auch über ein NPD-Parteibuch. Eine Doppelmitgliedschaft sei durch einen satzungsgemäßen Vorstandsbeschluss jedoch ausgeschlossen – die NPD-Mitglieder hätten keine Stimme abgeben dürfen. Bei der DVU-Urabstimmung befürchteten die Widersacher des Parteichefs zusätzliche Manipulationen; einige Mitglieder hätten keine Abstimmungsunterlagen erhalten.⁴⁴ Der Vereinigungsprozess geriet vorübergehend ins Stocken. Faust führte aber bald einen Vorstandsbeschluss herbei, der die Wortführer der Opposition mit Parteiordnungsmaßnahmen belegte und kurzzeitig kaltstellte.⁴⁵ Diese wiederum bliesen zur Offensive und betrieben (erfolglos) den Ausschluss des Vorsitzenden, da er mit einem geleisteten Offenbarungseid gegen § 6 der Satzung verstoßen habe.⁴⁶ Zu den DVU-Oppositionellen war mittlerweile der bekannte Neonationalsozialist Christian Worch gestoßen, eine ehemals wichtige Führungsfigur der „Szene“ mit sinkendem Einfluss.⁴⁷ Bereits im Brandenburger Landtagswahlkampf 2009 hatte Worch der DVU organisatorisch und finanziell unter die Arme gegriffen.

42 Vgl. Stefan Schölermann, Schuldenerlass: Weg frei für Fusion von NPD und DVU, unter: <http://npd-blog.info/2010/09/17/schuldenerlass-weg-frei-fur-fusion-von-npd-und-dvu/> (13. Oktober 2010).

43 Vgl. Andreas Speit, Fusion der Neonazis vor dem Aus, in: taz vom 9. Juni 2010.

44 Vgl. Dokumentation: Klage gegen Fusion von NPD und DVU, unter: <http://npd-blog.info/2010/12/29/dokumentation-klage-gegen-fusion-von-npd-und-dvu/> (20. April 2011).

45 Vgl. Frank Jansen, NPD und DVU steuern auf Fusion zu, unter: www.tagesspiegel.de/politik/npd-und-dvu-steuern-auf-fusion-zu-/1936356.html (23. September 2010).

46 Vgl. Patrick Gensing, Schließt die DVU ihren eigenen Chef aus?, unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/02/06/schliesst-die-dvu-ihren-eigenen-chef-aus_2575 (21. April 2011).

47 Vgl. Martin Thein, Biographisches Porträt: Christian Worch, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 204-214.

Das Gericht gab den Klägern Recht und erließ eine einstweilige Verfügung, die Faust untersagte, den Vertrag zu unterschreiben. Es forderte ferner eine neue Urabstimmung der DVU-Mitgliedschaft, denn bei der vorherigen habe es offensichtlich Mängel gegeben. Dass zum Zeitpunkt des Urteils die Vertragsunterzeichnung bereits vollzogen war, war dem Gericht unbekannt.⁴⁸ Die Fusion ist damit rechtlich unwirksam.⁴⁹ Der Bundeswahlleiter führt die DVU nach wie vor als selbständige Partei.⁵⁰ Als Vorsitzender ist Matthias Faust im Verzeichnis eingetragen.⁵¹ Die Fusionsbefürworter legten Widerspruch dagegen ein und erzwangen eine mündliche Verhandlung für den 10. Mai 2011. In dieser erklärten beide Prozessgegner übereinstimmend den Hauptantrag, also das bisherige Eilverfahren, für erledigt. Ferner unterbreitete die Kammer einen Vergleichsvorschlag, zu dem innerhalb von 14 Tagen Stellung genommen werden konnte.⁵² Die drei als Antragssteller auftretenden DVU-Landesverbände Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein stimmten dem Vergleichsvorschlag zu, wonach die gestellten Anträge zurückgenommen, der Streitwert auf 50.000 Euro festgelegt und auf die weitere Stellung von Kostenanträgen verzichtet werden sollte. Von der NPD bzw. von Faust erfolgte keine öffentliche Reaktion. Zugleich reichten die genannten DVU-Gliederungen den Antrag auf Eröffnung eines sogenannten „Hauptsachenverfahrens“ ein, dem das Landgericht folgte.⁵³ Damit hat Justitia das letzte Wort beim Parteizusammenschluss.

Das juristische Tauziehen gab die mit markigen Worten angekündigte Parteifusion nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern bescherte Faust auch Probleme unerwarteter Art: Die NPD hatte den Hamburger zum Spitzenkandidaten für die Bremer Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011 gewählt. Seine Zulassung zur Wahl blieb bis zuletzt gefährdet, denn das Bremer Wahlrecht schließt eine Mitgliedschaft in zwei Parteien aus. Erst als er einen Tag vor Fristende eine eidesstattliche Versicherung beim Landeswahlleiter einreichte, er sei nur Mitglied der NPD und aus der DVU ausgetreten, erhielt er die Erlaubnis der Behörden.⁵⁴

Der Wahlkampf des personell schwach aufgestellten Bremer Landesverbandes (Mitglieder 2010: 40) unter der Leitung von Bundesorganisationsleiter Jens Pühse, ehemals Führungskader der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF) und Listenführer der

48 Vgl. Beschluss des Landgerichtes München I, Aktenzeichen 20 O 25065/10.

49 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/4780 vom 15. Februar 2011.

50 Vgl. Büro Bundeswahlleiter, Anschriftenverzeichnis der Parteien und politischen Vereinigungen, die gemäß § 6 Absatz 3 Parteiengesetz beim Bundeswahlleiter Parteiuunterlagen hinterlegt haben (Stand: 31. März 2011), unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/Anschriftenverzeichnis_Parteien.pdf (20. April 2011).

51 Vgl. Parteiuunterlagen Deutsche Volksunion (DVU), unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DEUTSCHE_VOLKSUNION.pdf (20. April 2011).

52 Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung des Landgerichtes München I vom 10. Mai 2011, Aktenzeichen 20 O 25065/10.

53 Vgl. Beschluss des Landgerichtes München I vom 27. Mai 2011 bzw. vom 30. Mai 2011, Aktenzeichen 20 O 11096/11.

54 Vgl. Tomas Sager, Kampf um das Mandat, in: Blick nach Rechts vom 8. April 2011.

Partei in Bremerhaven, kam schwer ins Rollen. Zu einem bundesweit mit hohem Aufwand beworbenen „Sozialkongress“ am 30. April 2011, der den Höhepunkt der Aktivitäten markieren sollte, konnten die Initiatoren nur knapp 200 Teilnehmer mobilisieren.⁵⁵ Auf der Straße war ohnehin wenig von der NPD zu sehen: An den Infoständen blieben nur wenige Interessenten stehen. Eine „Plakatoffensive“ konnte der Landesverband aufgrund der angespannten Kassenlage nicht starten. Inhaltlich blieb er seinen Grundsätzen treu: „Ausländerfeindlichkeit“ war das dominierende Thema. Punkten konnte er damit nicht. Die NPD ist und bleibt im rechtsextremistischen Milieu gefangen. Dass die Parteiführung den Tiefschlag trotzdem feierte⁵⁶, entspricht ihrer bekannten Masche: Die NPD plustert sich auf wie ein Pfau und ist doch nicht mehr als ein schrill pfeifender Spatz.

Das schlechte Abschneiden der Rechtsextremisten war programmiert: Mit 1,6 Prozent nahmen sie die wichtige Grenze von einem Prozent für staatliche Gelder, blieben aber mehr als einen Prozentpunkt hinter dem DVU-Resultat von 2007 zurück. In Bremerhaven, wo sich die NPD-Spitze aufgrund der schwierigen ökonomischen und sozialen Situation die besten Chancen ausgerechnet hatte, reichte es nur zu 2,3 Prozent. Vier Jahre zuvor hatte die DVU hier noch 5,3 Prozent geschafft, was ein Mandat in der Bürgerschaft einbrachte.

Die NPD kocht weiterhin im eigenen Sud. Potenziale über das rechtsextremistische Milieu hinaus spricht auch ein Matthias Faust trotz seines bieder-bürgerlichen Auftretens kaum an: Die Protestwähler der Hansestadt bevorzugten 2011 die gemäßigten, rechtspopulistischen „Bürger in Wut“ (BIW), denen 7,1 Prozent in Bremerhaven einen Bürgerschaftssitz sicherten (Bremen gesamt: 3,7 Prozent). Überraschend schnell gestand Faust die Niederlage ein⁵⁷, welche die starken Vorbehalte gegen seine Person weiter schüren wird. Seine Tage als Parteivizevorsitzender scheinen gezählt, eine Wiederwahl beim nächsten Bundesparteitag rückt in weite Ferne.

2. Würdigung

Obwohl Matthias Faust in der Vergangenheit Führungspositionen in verschiedenen rechtsextremistischen Parteien bekleidet hat, gehört er nicht zur ersten Garde. Werden Experten nach den wichtigsten Köpfen der NPD gefragt, nennen sie den Parteivorsitzenden Udo Voigt, seinen Stellvertreter und Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes sowie der dortigen Landtagsfraktion Holger Apfel, vielleicht auch noch den sächsischen Landtagsabgeordneten und ideologischen Vordenker Jürgen Gansel. Wer an

55 Vgl. Oliver Cruzcampo, Wahlkampf-Flop in Bremen – NPD-„Sozialkongress“ reine Parteiveranstaltung, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6168:bremen&Itemid=376 (3. Mai 2011).

56 Vgl. die NPD-Pressemitteilung „NPD – Die Volksunion führt erfolgreiche Demonstration in Bremen-Neustadt durch“ vom 30. April 2011, unter: <http://matthiasfaust.com/?p=93> (3. Mai 2011).

57 Vgl. NPD-Pressemitteilung „Enttäuschendes Ergebnis für die Nationaldemokraten“ vom 23. Mai 2011, unter: <http://www.npd-bremen.de/index.php?s=3&aid=1453> (25. Mai 2011).

die DVU denkt, assoziiert diese nach wie vor mit dem Münchner Verleger Gerhard Frey. Der Name Matthias Faust fällt so gut wie nie. Nur die Fusion der beiden Parteien ermöglichte dem Hamburger den Aufstieg in der Führungsriege der NPD, in der er über keine eigene Hausmacht verfügte. Im Gegenteil: Seine Gegner, hauptsächlich vom Hardliner-Flügel, sind den wenigen Befürwortern zahlenmäßig überlegen. Der studierte Jurist hält Distanz zum NS-affinen Arm der Partei; er ist sich sicher, dieser behindere den Erfolg auf lange Sicht.⁵⁸ Grundsätzlich befürwortet er die Zusammenarbeit mit den Freien Kameradschaften als strategische Notwendigkeit, da die NPD personell alleine nicht in der Lage sei, Aktionen durchzuführen. Vehement betont er, Kompromisse oder gar eine politische Einbindung der „Freien“ verböten sich ebenso wie eine generelle Kooperation mit gewaltgeneigten Zusammenschlüssen.⁵⁹ Seine Zeit als DVU-Vorsitzender, die er als besonders kräftezehrend empfindet, war zu kurz, um aus dem langen Schatten seines Vorgängers hervorzutreten. Außer Wahlniederlagen hat er nichts vorzuweisen. Er wird wahrscheinlich als derjenige DVU-Vorsitzende in die Geschichte eingehen, der die Partei abgewickelt hat.

Alle von ihm angestoßenen Projekte sind entweder gescheitert oder hinter den Erwartungen zurückgeblieben, wodurch seine schwache Stellung zementiert wird. Den Versuch, den REP in Hamburg neues Leben einzuhauchen, musste er schnell aufgeben. Von seinem ersten NPD-Aufenthalt bleibt nur die Niederlage gegen die neonationalsozialistische Fraktion im Gedächtnis. Das „Projekt neue DVU“ hatte ohne die Gelder ihres ehemaligen Patriarchen Frey nie eine Chance. Hinzu kam die teilnahmslose Parteibasis, die er nicht aufrütteln konnte und die keinerlei Interesse zeigte, mit einer neuen ideologischen Ausrichtung aufzubrechen. Die DVU war bereits tot, als sie von Faust übernommen wurde. Die Fusion mit der NPD war der einzige Ausweg aus dem Elend. An dieser Entwicklung hat Matthias Faust hohen Anteil. Hätte er seine persönlichen Empfindungen nicht zurückgestellt, wäre die Annäherung der beiden Parteien nicht umzusetzen gewesen. Gleichwohl ist die geplante Vereinigung, die von den Parteispitzen dilettantisch vorbereitet und umgesetzt wurde, nicht der große Wurf.⁶⁰ Das „Scheitern“ zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben des Matthias Faust. Von ihm organisierte Wahlkandidaturen erbrachten nicht einmal Achtungserfolge. Beruflicher Erfolg war ihm nicht vergönnt; mit seiner Firma musste er Insolvenz anmelden. Im Scherz sagt er, sollte er irgendwann keine Anstellung bei einer rechtsextremistischen Formation mehr finden, werde er gemeinsam mit Andreas Molau eine Tankstelle eröffnen.⁶¹

Der Hamburger sucht die Nähe des gemäßigteren NPD-Flügels um Holger Apfel. Er wandert auf dem „sächsischen Weg“. Den Nationalsozialismus lehnt er im Gespräch mit

58 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

59 Vgl. ebd.

60 Vgl. Marc Brandstetter, Die Fusion von NPD und DVU rückt näher. Droht von einer vereinigten Rechten neue Gefahr?, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=5716:die-fusion-von-npd-und-dvu-r%C3%BCckt-n%C3%A4her-%E2%80%93-droht-von-einer-vereinigten-rechten-neue-gefahr?Itemid=384 (4. Mai 2011).

61 Vgl. Interview mit Matthias Faust (FN 2).

Nachdruck ab, bezeichnet ihn als „Unrechtsregime“.⁶² Er möchte nach eigenem Bekunden die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht abschaffen, sieht sich als „Freund der Demokratie“, findet das Grundgesetz „nicht schlecht“. Ihm missfalle aber die konkrete Umsetzung; der Parteienstaat sei ihm zuwider. Man dürfe nicht alles sagen, was man denkt, ohne sich strafbar zu machen.⁶³ Interessanterweise führt er in diesem Zusammenhang die USA als leuchtendes Beispiel für Meinungsfreiheit an. Einer solchen Aussage stimmen innerhalb seiner Partei nur wenige zu, gilt die USA der heutigen NPD doch als Symbol für Multikulturalismus, Liberalismus und Kapitalismus. Sie sei von jüdischen Machtgruppen unterwandert. Für Faust hingegen sind die USA ein „von Grund auf demokratisches System“.⁶⁴

Matthias Faust ist weder Strategie noch Ideologe oder gar eingefleischter rechtsextremistischer Überzeugungstäter. Er zeigt sich vielmehr äußerst wandlungs- und anpassungsfähig. Wenn nötig, ist er in der Lage, seine Grundsätze über Bord zu werfen, um an Deck bleiben zu können. Auch zählt er nicht zu den wenigen guten Rhetorikern der NPD. Seine Reden wirken hausbacken und emotionsarm; ihnen fehlt das mitreißende Moment. Faust ist – im Gegensatz zum Großteil seiner Partei – kein Verschwörungstheoretiker. Ebenso hält er wenig davon, jede Wahl anzufechten. Für eine demokratische Partei sei es elementar, den Wählerwillen zu akzeptieren und zu respektieren.⁶⁵

Damit reiht er sich nicht in die Riege typischer NPD-Funktionäre ein. Für seinen Einstieg waren praktische Gründe ausschlaggebend: Die NPD sichert ihm ein Auskommen. Ideologisch passt er schlecht ins enge Korsett dieser radikalisierten Partei, deren Strömungen vom Kitt der Systemfeindschaft zusammengehalten werden. Einen Umsturz „des Systems“ durch Revolution lehnt Faust glaubhaft ab; entsprechende Aussagen seiner Parteifreunde quittiert er mit Unverständnis.⁶⁶ Matthias Faust tritt bieder, bürgerlich und rechtskonservativ auf, freilich mit einem fremdenfeindlichen und islamophoben Unterton.

3. Literatur

Matthias Faust bedient sich gerne der „Neuen Medien“. Er „twittert“ regelmäßig und ist mit einem privaten Profil bei „Facebook“ präsent, wo er 669 „Freunde“ hat, viele davon aus dem NPD-Umfeld.⁶⁷ Darüber hinaus verfügt er über eine eigene, professionelle Webseite (<http://matthiasfaust.com/>), die anlässlich des Bremer Bürgerschaftswahl-

62 Vgl. DVU-Pressemitteilung vom 23. Januar 2009 „Matthias Faust (DVU): Die Herausforderungen von heute und morgen“, unter: http://www.news4press.com/Matthias-Faust-%28DVU%29-Die-Herausforderun_424384.html (4. Mai 2011).

63 Interview mit Matthias Faust (FN 2).

64 Ebd.

65 Ebd.

66 Vgl. ebd.

67 Stand: 23. Juni 2011.

kampfes online ging und regelmäßig aktualisiert wurde. Neben biographischen Informationen bietet sie dem Besucher das Landeswahlprogramm, eine Mediathek mit nur zwei Beiträgen sowie die aktuellen Pressemitteilungen, die auf der Webseite des Landesverbandes Bremen (<http://www.npd-bremen.de/>) ebenfalls abrufbar sind. Eigene Schwerpunkte setzt Faust nicht; seit dem bitteren Scheitern der NPD herrscht Funkstille. Noch trauriger sieht sein „Blog“ aus (<http://www.matthiasfaust.de/wordpress/>), den er in der Hochphase der Auseinandersetzung mit den oppositionellen DVU-Landesverbänden eifrig nutzte. Eine Aktualisierung hat seit Januar 2011 nicht mehr stattgefunden.

Außerdem tritt er regelmäßig publizistisch in Erscheinung und schreibt für die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, die „National-Zeitung“ oder die seit 1951 erscheinende rechtsextremistische österreichische Monatszeitschrift „Aula“. Seine Artikel verharren trotz seiner relativen Mäßigung in typisch rechtsextremistischen Denkweisen und beschäftigen sich beispielsweise mit dem Regelungswahn der EU, ihrem – angeblichen – Demokratiedefizit⁶⁸ oder wettern gegen „Hartz IV“ und dessen Neuverhandlung durch die Bundestagsparteien nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.⁶⁹ Offensichtlich weiß er, was seine Klientel lesen möchte.

Die gängigen Internet-Informationsplattformen aus der antifaschistischen Ecke bieten nur wenige Informationen über den stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden, was die These von dessen vergleichsweise geringer Bedeutung erhärtet. „Redok“ – bis zur Einstellung der Aktivitäten im November 2010 – stets gut informiert, verfügt über keinen eigenen Artikel. „Indymedia“ geizt ebenfalls mit Hintergrundwissen, Daten und Fakten müssen aus verschiedenen Beiträgen mühsam zusammengesucht werden. Interessant ist aber, dass Faust von „Indymedia“ als eigentlicher Initiator der (gescheiterten) Fusion benannt wird; er habe die Vereinigung der beiden rechtsextremistischen Parteien bereits seit seiner Amtsübernahme „eingefädelt“. ⁷⁰ Der Einfluss und die Rolle des Hamburgers werden hier überschätzt. Nur das Internetportal „Netz gegen Nazis“ (<http://www.netz-gegen-nazis.de/>) wartet mit einem Kurzüberblick zu seiner Person auf.⁷¹ Vergleichsweise umfangreich fiel demgegenüber die Berichterstattung in der Qualitätspresse über Faust und seine „neue“ DVU aus. Die *Süddeutsche Zeitung* beispielsweise widmete dem Projekt einen halbseitigen Artikel, der Faust (zumindest für einen Rechts-extremisten) in einem nicht allzu düsteren Licht darstellte.⁷²

68 Vgl. Matthias Faust, Darf es etwas mehr strahlen?, in: Deutsche Stimme vom 2. Mai 2011.

69 Vgl. Matthias Faust, Hartz-Bezieher bleiben gelackmeiert, unter: <http://www.deutsche-stimme.de/ds/?p=4399> (5. Mai 2011).

70 Vgl. antifa bremen, NPD, DVU & die Bürgerschaftswahlen in Bremen, unter: <http://de.indymedia.org/2011/04/304067.shtml> (10. Mai 2011).

71 Vgl. Netz-gegen-Nazis.de, Faust, Matthias, unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/faust-matthias> (4. Mai 2011).

72 Vgl. Serrao (FN 34).

Länderporträt: Dänemark

Von Thomas Schubert

1. Darstellung

1.1. Einführung

„Dänemarks Rechte setzt Grenzkontrollen durch“¹ überschrieb die deutsche Presse im Mai 2011 das Vorhaben der dänischen Regierung, wieder Zollkontrollen an der dänischen Außengrenze durchzuführen. Als „Schuldige“ für den europapolitischen Rückschritt, den Politiker europaweit reflexartig verurteilten, war schnell die Dansk Folkeparti (DF) von Pia Kjaersgaard ausgemacht, die auf diese Art (wählerwirksam) die Ausländerkriminalität eindämmen und einreisende Wirtschaftsflüchtlinge abwehren wolle. Verantwortlich sei indes die liberalkonservative Minderheitsregierung unter Lars Løkke Rasmussen, die sich bei den Rechtspopulisten seit Jahren mit derlei Zugeständnissen Wohlwollen für ihre Vorhaben – nun für eine Fiskal- und Rentenreform – erkaufe. Fest stand in jedem Fall: „Europa hat einen neuen Aufreger“.² Von diesem profitierte (erneut) die Dänische Volkspartei. Wie schon im Jahr 2000, als sie im Zuge der Kritik an der Regierungsbeteiligung der österreichischen FPÖ und der damit verbundenen EU-Sanktionen gegen Österreich eine eingeschränkte Meinungsfreiheit beklagen konnte. Oder in den Jahren 2005/06, als sie aus der „Karikaturen-Krise“ ihren Nutzen zog, bei welcher es infolge der von der rechtsliberalen Tageszeitung *Jyllands-Posten* u.a. als Fanal gegen die Selbstzensur publizierten zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed zu aggressiv geführten inneren Debatten, Mord- und Terrorandrohungen durch Islamisten sowie zu weltweiten Protesten aufgebrachter Muslime gekommen war. 2001 in einer Atmosphäre aus Xenophobie, Islamkritik und Terrorangst drittstärkste Partei geworden, tolerierte die DF bis September 2011 ein bürgerliches Minderheitskabinett und drückte diesem ihren migrationspolitischen Stempel auf.

Dänemarks – breit befürwortete – Immigrationsregeln gelten heute als die schärfsten in Europa. Neben innerer Kritik reagieren insbesondere ausländische Beobachter ablehnend, ist hier z.B. die Rede von der „dänische[n] Pest“, die in Form eines „xenophoben Mainstream[s]“ Europa zu erfassen drohe.³ Es scheint, als habe sich Dänemark mit den Jahren von einem weltoffenen Ort der Liberalität zu einem abgeschotteten Hort der Radikalität gewandelt. Dabei ist das Königreich eine etablierte und stabile parlamentari-

1 Vgl. als/sef/dpa/AFP, Dänemarks Rechte setzt Grenzkontrollen durch, unter: [http://www.spiegel.de vom 11. Mai 2011 \[Stand: 21. Mai 2011\].](http://www.spiegel.de vom 11. Mai 2011 [Stand: 21. Mai 2011].)

2 Vgl. Sebastian Fischer/Veit Medick, Wie Dänemark die EU aufschreckt, unter: [http://www.spiegel.de vom 12. Mai 2011 \[Stand: 21. Mai 2011\].](http://www.spiegel.de vom 12. Mai 2011 [Stand: 21. Mai 2011].)

3 Vgl. Hannes Gamillscheg, Die dänische Pest, in: Frankfurter Rundschau vom 9. November 2010.

sche Demokratie.⁴ Das in der Fläche (ohne die Exklaven Färöer und Grönland) kleinste und mit 5,5 Millionen Einwohnern am dichtesten besiedelte unter den traditionellen Nordländern zählt seit Jahrzehnten zu den freiesten, wohlhabendsten und friedlichsten Staaten der Erde.⁵ Seit der sozio-ökonomisch bedingten Krise der „Marienborgdemokratie“ Ende der 1960er bis Ende der 1970er Jahre, die mit einer deutlichen Politik-, Parteien- und Systemverdrossenheit einherging⁶, zeichnet die Dänen eine sehr hohe Lebenszufriedenheit, die europaweit höchste Wertschätzung der Demokratie und ein starkes Institutionenvertrauen aus. Entsprechend klein war und ist der Aktionsraum für politische Extremismen, speziell für Antisystemparteien.

Bis Anfang der 1970er Jahre konzentrierte sich die nationale Stimmverteilung wegen des moderaten Wahlverhaltens und der parlamentarischen Konsenskultur zu über 90 Prozent auf die vier Parteien Socialdemokratiet i Danmark (SD), Venstre (V), Det Radikale Venstre (RV), Konservative Folkeparti (KF).⁷ Speziell in der Folge bot das hohe Fragmentierungspotenzial des Verhältniswahlsystems (Sperrklausel von zwei Prozent) in Verbindung mit der hohen Wahlbeteiligung kleinen Rechts- und Linksaußenkräften elektoralen Erfolgsraum. Im linken Lager waren dies die Danmarks Kommunistiske Parti (DKP) sowie deren Abspaltungen Sozialistisk Folkeparti (SF) und Partiet Venstre-socialisterne (VS). Im rechten Lager öffneten sich der Fremskridtspartiet (FRP) und der Dansk Folkeparti (DF) die Parlamentspforten. Dänemarks „partieübergreifende parlamentarische Kultur“ zügelte jedoch den politischen Wettbewerb. Nach 1945 waren Minderheitsregierungen und lagerübergreifende Mehrheiten ebenso die Regel wie der indirekte Einbezug der Flügelparteien in die Regierungsarbeit. Dies erforderte von allen Akteuren Pragmatismus. Parteideologien – auch extremistische – stehen bis heute „im Schatten des Minderheitenparlamentarismus“.⁸ Gleichwohl hat sich das Parteiensystem in den letzten Jahren weiter fragmentiert. Das stete Tolerierungsmodell der rechtsliberalen Minderheitsregierung (2001-2011), das weithin einer verdeckten Koalition mit der Tolerierungspartei, der DF, glich, hat die Parteienlager stärker ausgeprägt.

Der Beitrag stellt auf der einen Seite die Frage nach der extremistischen Phänomenologie Dänemarks. Dazu werden Parteien und nicht-partieförmige Akteure differenziert, charakterisiert und extremismuskonzeptionell eingeordnet. Hier herrscht bislang

4 Vgl. Peter Nannestad, Das politische System Dänemarks, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 65-106. Die Exklaven klammert die Betrachtung aus.

5 Vgl. Freedom in the World Country Ratings 1972-2011, unter: <http://www.freedomhouse.org>; Global Peace Index 2010, unter: <http://www.visionofhumanity.org> [beide Stand: 14. Mai 2011].

6 Vgl. Maria Eysell, Geschichte, Programmatik und Politik der Dänischen Linken, in: Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa. Band II: Nordländer, Opladen 1979, S. 201-292, hier S. 202 f.

7 Vgl. Frauke Rubart, Dänemark, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte-Programm-Praxis, Hamburg 1978, S. 122-140.

8 Vgl. Maria Eysell, Parteipolitik im Schatten des Minderheitenparlamentarismus: Parteien und Fraktionen in Dänemark, in: Ludger Helms (Hrsg.), Parteien und Fraktionen, Opladen 1999, S. 171-196, hier S. 173, 193.

eine weitgehende Diffusion. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Links- und Rechts-extremismus. Islamistische Akteure sind untergeordnet. Auf der anderen Seite sollen Ursachen und Hintergründe aufgezeigt werden, die in Dänemark sogenannte „harte“ Extremismen dämpfen, „weichen“ Extremismen⁹ aber gute politische Existenzbedingungen einräumen.

1.2. Rechtsparteien und Rechtsextremismus

Die Wahl 1973 erschütterte mit zehn ins Folketing eingezeichneten Parteien das dänische Parteiensystem. Die über Jahrzehnte bestehende linke Asymmetrie schmolz, Fragmentierung und Polarisierung stiegen drastisch. Ursächlich dafür waren neben sozialstrukturellen Veränderungen neue Themen entlang der dominanten sozio-ökonomischen Konfliktlinie. Es ging um die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates, um Fragen von Steuersenkungen, zu hohen Staatsausgaben und überbordender Bürokratie, das EG-Referendum 1972 oder den EG-Beitritt 1973, für die weder die bürgerliche (1968-71) noch die sozialdemokratische Koalition (1971-73) befriedigende Lösungen bot.¹⁰ In der Konsequenz erzielte die 1972 vom Steueranwalt Mogens Glistrup ins Leben gerufene und bis zu seiner Inhaftierung wegen Steuerhinterziehung 1983 von ihm geführte Fremskridtpartiet (Fortschrittspartei) 15,9 Prozent. Als zweitstärkste Kraft bediente sie zunächst als Steuerprotestpartei mit radikalen fiskalischen, antibürokratischen und euroskeptischen Ansichten das Problembewusstsein einer liberalen Wählerschaft, sprach aber ebenso frühere sozialdemokratische und konservative Wähler an.¹¹ Obgleich die FRP partiell libertäre Werte (individuelle Freiheit) vertrat, war sie wegen ihrer Radikalität politisch eher isoliert.

Ihr weiterer Werdegang verlief in Form einer „spiral of radicalisation“. Ende der 1970er Jahre vitalisierte sie mit „law and order“-Themen und später (in den 1980er Jahren) mit fremdenfeindlichen Äußerungen eine politisch-kulturelle Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Werthaltungen.¹² Ihr verschärfter Kurs blieb zunächst

-
- 9 Vgl. die in diesem Beitrag als Referenz angelegte Typologie „harter“ und „weicher Extremismen“ von Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: Dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11-32, hier S. 15-24. Kenngrößen für Rechtsextremismus sind: Nationalismus, Rassismus, Xenophobie, Demokratiefeindlichkeit, Autoritarismus, Ideologie der Ungleichheit und Antipluralismus. Kernkriterien des Linksextremismus sind: Verabsolutierung des Gleichheitsprinzips, Utopismus, antisystemischer Antikapitalismus und Antipluralismus. Vgl. Cas Mudde, Populist radical right parties in Europe, Cambridge 2007, S. 20 f.; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 3. Aufl., München 2001, S. 11-16; Eckhard Jesse, Art., Linksextremismus, in: Everhard Holtmann (Hrsg.), Politik-Lexikon, 2. Aufl., München 1994, S. 339-343.
- 10 Vgl. Christian Steffen, Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Richard Stöss u. a. (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 67-108, hier S. 69 f.
- 11 Vgl. Jørgen Goul Andersen/Tor Bjørklund, Structural Changes and New Cleavages: the Progress Parties in Denmark and Norway, in: Acta Sociologica 33 (1990), H. 3, S. 195-217.
- 12 Vgl. William M. Downs, How Effective is the Cordon Sanitaire? Lessons from Efforts to Contain the Far Right in Belgium, France, Denmark, and Norway, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 4 (2002), H. 1, S. 32-51, hier S. 43 f.

ohne Effekt. Erst mit dem aufkommenden Einwanderungsthema Ende der 1980er Jahre errang die FRP neue, stärker autoritär orientierte Wählerschichten.¹³ Im Schatten der bürgerlichen Regierung Poul Schlüter (1982-93) – die einige Postulate der FRP in ihre Politik integrierte – fruchteten ihre euroskeptischen und fremdenfeindlichen Positionen. Indem die FRP einen ethnisch exklusiven Sozialstaat propagierte, verbunden mit islamophoben Äußerungen, konnte sie u. a. den Sozialdemokraten verdrossene Wähler abjagen und erzielte bei der Wahl 1988 9,0 Prozent.¹⁴ Forciert durch die neue Vorsitzende Pia Kjaersgaard gewannen ausländerfeindliche und sozialchauvinistische Muster die Oberhand. Als Glistrup 1985 zurück kam, führte dies zu Richtungsstreitigkeiten zwischen den aggressiven wie kompromisslosen Hardlinern um den Parteigründer und den Kräften um Kjaersgaard, die eine stilistisch (nicht inhaltlich) gezügelte, kompromissbereite Haltung zum bürgerlichen Lager verfolgten. Nach herben Kontroversen verließ Glistrup 1990 die FRP.¹⁵ In der Folge beherrschte Kjaersgaard die strukturell chaotische Partei nur bedingt, was 1995 zum Austritt ihres Flügels, der Gründung der Dänischen Volkspartei und der Rückkehr der „Glistrupianer“ führte. Der ebenfalls immigrationskritische, EU-skeptische, aber regierungswillige Kurs der DF grub der Fortschrittspartei bald das Wasser ab. Bei der Folketingwahl 1998 erreichte die FRP nur noch 2,4 Prozent, während die DF 7,4 Prozent errang. Gravierende fremdenfeindliche Ausfälle der FRP-Repräsentanten beschleunigten danach den Niedergang. Besonders der zurückgekehrte Glistrup überschritt Grenzen, wenn er Muslime als Feinde bezeichnete, welche die dänische Gesellschaft ausrotten wollten, oder von einem „Mohammedan-free Denmark“ sprach.¹⁶ Vom radikalen, aber bürgerlich-liberalen „Glistrupismus“ war nichts mehr übrig, die Partei spätestens seit 2001 ebenso erfolg- wie bedeutungslos.

Extremistisches Stigma der FRP war allein ihr Rassismus in der letzten Phase. Ansonsten verband die Partei lange Zeit einen ökonomischen Neoliberalismus mit einem sozio-kulturellen Autoritarismus.¹⁷ Jørgen Goul Andersen spricht daher von einem populistischen „Neoliberalismus der Unterschicht“, der sozialpolitische Kürzungen ge-

13 Vgl. Jørgen Goul Andersen, Denmark: the Progress Party – Populist Neo-Liberalism and Welfare State Chauvinism, in: Paul Hainsworth (Hrsg.), *The Extreme Right in Europe and the USA*, London 1992, S. 193-205, hier S. 201.

14 Vgl. Jørgen Goul Andersen/Tor Bjørklund, Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Franz Urban Pappi/Hermann Schmitt (Hrsg.), *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 57-89, hier S. 70; Richard Stöss, Rechtsextreme Parteien in Europa, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 521-563, hier S. 535-537.

15 Vgl. Andersen (FN 13), S. 193-195.

16 Vgl. Tor Bjørklund/Jørgen Goul Andersen, Anti-Immigration Parties in Denmark and Norway: The Progress Parties and the Danish People's Party, in: Martin Schain u. a. (Hrsg.), *Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*, New York 2002, S. 107-136, hier S. 114.

17 Vgl. Herbert Kitschelt, Popular Dissatisfaction with Democracy: Populism and Party Systems, in: Yves Mény/Yves Surel (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, New York 2002, S. 179-196, hier S. 186.

genüber ausgewählten Gruppen mit gesteigerten öffentlichen Ausgaben für Altersversorgung und Gesundheit verbindet. Ihr zuweilen „hyper-individualistischer“ Impetus spricht gegen eine Einordnung als rechtsextremistisch, ebenso wie die Tatsache, dass die FRP nie den demokratischen Verfassungsstaat ablehnte. Vielmehr stand sie für einen gemäßigten Anti-Etatismus und für Anti-Parteienkalküle. Sie war Vorreiterin des europäischen „radical right wing“, unterschied sich aber durch libertäre Elemente von dessen autoritären Vertretern.¹⁸

Ungleich erfolgreicher sollte die Dänische Volkspartei sein. Sie hatte 1998 nicht nur einen Achtungserfolg erzielt, sondern mit Anti-Migrations- und Anti-Establishment-Themen eine inhaltliche und stilistische Kampfansage an die „Etablierten“ formuliert. Bremste zunächst noch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der sozialdemokratischen Regierung ihren Aufstieg, wurde die DF im Jahr 2001 mit 12,0 Prozent drittstärkste Kraft. Die Wahl hatte vor dem Hintergrund heftiger Parteienkämpfe zum Umgang mit Immigranten, der Bekämpfung des Islamismus sowie der Bewahrung der dänischen Kultur stattgefunden. Nicht die erfolgreiche Regierungsarbeit stand im Mittelpunkt, sondern ein neuer kultureller Konflikt. Die DF präsentierte Dänemark als überfremdet, warnte vor der migrationsbedingten Zerstörung des Wohlfahrtsstaates und schürte Verlustängste. Ferner bediente sie EU-kritische Positionen, war im Jahr 2000 unter den Euro-Gegnern beim gescheiterten Volksentscheid.¹⁹

Auf diesen Wegen rekrutierte die DF als working-class party vor allem ehemalige sozialdemokratische Wähler (Arbeiter, Arbeitslose), die unzufrieden mit der Migrationspolitik ihrer Partei waren, und setzte so den durch die FRP begonnenen Trend fort. War deren Wähleranteil an Arbeitern sukzessive gestiegen, von 33 Prozent 1973 auf 46 Prozent 1990, kam die DF 2001 auf 56 Prozent.²⁰ 2005 und 2007 wählten je rund ein Fünftel der dänischen Arbeiter die DF. Zudem spricht sie Teile des Kleinbürgertums und überdurchschnittlich ältere Wählerkohorten an,²¹ reüssiert eher fern der Großstädte, im ländlichen Raum. Sie profitiert von ihrer eindeutigen Wertbezogenheit in gesellschaftlichen Streitfragen. Ihr kommt entgegen, dass in der dänischen Wählerschaft sozialstrukturelle Entscheidungsregeln für die politische Orientierung weniger bedeutsam sind als Wertkomponenten.²² Obgleich ihre mehrheitlich männlichen Wähler eine

18 Vgl. Andersen/Björklund (FN 14), S. 66, 70, 77, 80; Rüdiger Wenzel, *Das Parteiensystem Dänemarks*, Neumünster 1982, S. 201-209, 261-269; Andersen (FN 13), S. 194-197.

19 Vgl. Kirsten Simonsen, „Europe“, national identities and multiple others, in: *European Urban and Regional Studies* 11 (2004), S. 357-362, hier S. 360.

20 Vgl. Andersen/Björklund (FN 14), S. 74 f.; Jens Rydgren, *Explaining the Emergence of Radical Right Wing Populist Parties: The Case of Denmark*, in: *West European Politics* 27 (2004), S. 474-502, hier S. 490.

21 Vgl. Kai Arzheimer, *Protest, Neo-Liberalism or Anti-Immigrant Sentiment: What Motivates the Voters of the Extreme Right in Western Europe*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2 (2008), H. 2, S. 173-197, hier S. 187 f.

22 Vgl. André Freire, *Party Polarization and Citizens' Left-Right Orientations*, in: *Party Politics* 14 (2008), S. 189-209, hier S. 195-198.

Anti-Immigrationshaltung und eine rechte Selbsteinstufung kennzeichnen, unterstützen sie die liberale, wohlfahrtsstaatliche Demokratie.²³

Nach der Wahl 2001 ließ Anders Fogh Rasmussen seine Minderheitsregierung aus V und KF durch die DF stützen. Er bot so erstmals seit 1929 eine Mehrheit rechts der Mitte auf, durchbrach den langjährigen Einfluss der Radikalliberalen als „Scharnierpartei“ und die Dominanz der Sozialdemokraten. In der Regierung konnte die DF zentrale Forderungen durchsetzen. So verschärfte das Kabinett die Ausländergesetzgebung, speziell die Einwanderungs- und Zuzugsbedingungen für nicht-westliche Ausländer, konstituierte ein „Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration“ und straffte die Integrationsbemühungen.²⁴ Gleichwohl handelte die Regierung nicht allein auf Druck der DF, forderte schließlich die große Mehrheit der Dänen hier stärkere Regularien. Der Dänischen Volkspartei spielte dies in die Hände. Im Jahr 2005 errang sie bei der Folketingwahl 13,2 Prozent. Während die FRP nicht mehr antrat, hatte sich die DF zehn Jahre nach ihrer Gründung im nationalen Parteiensystem etabliert und in eine Schlüsselrolle manövriert.

Die öffentliche Themenagenda gestaltete sich für die DF auch nach 2005 vorteilhaft. Nicht zuletzt lieferte der Karikaturen-Streit den Migrationskritikern Zulauf. Bei der Folketingwahl 2007, die abermals von sozial- und immigrationspolitischen Themen dominiert wurde, errang sie mit 13,9 Prozent ihr bestes Ergebnis, verteidigte ihre Stützrolle gegenüber der geschwächten Regierung Fogh Rasmussen.²⁵ Diese setzte nach 2007 nicht nur wegen der wackeligen Parlamentsmehrheit vermehrt auf lagerübergreifende Mehrheiten, galt es schließlich, gegen die erklärte Ablehnung der DF, die Europapolitik voranzutreiben und den EU-Verfassungsvertrag zu ratifizieren. Die Dänische Volkspartei stimmte im Jahr 2008 gegen den Vertrag von Lissabon und profitierte davon bei der Europawahl 2009. Im selben Jahr erfolgte der Wechsel von Anders Fogh Rasmussen, der neuer Nato-Generalsekretär wurde, zu Lars Løkke Rasmussen. Die DF hielt an ihrer Unterstützung der Koalition fest.

Den weiteren Verlauf der Legislaturperiode prägten politische Krisen – vornehmlich des Regierungschefs, aber auch der Konservativen –, die Ende Februar 2010 in eine umfassende Regierungsumbildung mündeten. Finanz- und Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit, fiskalische Probleme und ein eher glücklos agierender Regierungschef ließen die von vielen als verschlissen wahrgenommene Regierung in den Umfragen hinter das „rote Lager“ zurückfallen, wo zunächst vor allem die Sozialdemokraten unter

23 Vgl. Johannes Andersen, Stabil, aber nicht hegemonial: Populismus und parlamentarische Demokratie in Dänemark, in: Richard Faber/Frank Unger (Hrsg.), *Populismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2008, S. 131-147, hier S. 141 f.; Jørgen Goul Andersen, Immigration and the Legitimacy of the Scandinavian Welfare State: Some Preliminary Danish Findings, in: AMID Working Paper Series, Nr. 53/2006, S. 14 f.

24 Vgl. Peter Lawler, Janus-Faced Solidarity. Danish Internationalism Reconsidered, in: *Cooperation and Conflict* 42 (2007), S. 101-126, hier S. 113-115.

25 Vgl. Carsten Schymik, Neue Normalitäten in Dänemark. Die Folketing-Wahl 2007 und die Zukunft der dänischen EU-Ausnahmen, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stockholm 2008, S. 2.

Helle Thorning-Schmidt erstarkten. Nicht zuletzt wegen der gesunkenen Popularität der Regierung blieb die Immigrationspolitik ein wichtiges Thema. Im Jahr 2010 verschärfte sie nochmals die Zuzugsbeschränkungen für Ausländer mit dem Ziel, die Migration nach ökonomischen und kulturellen Kriterien zu steuern. Løkke Rasmussens „Ghetto-plan“, nach dem mit harter Hand gegen die sozialen Probleme in Stadtteilen mit hoher Migrantenquote vorgegangen werden sollte, stieß auch im linken Lager auf Unterstützung. Im Zentrum der Regierungspolitik standen umfängliche Reformen. Anfang 2010 hatte Løkke Rasmussen ein „Reformpaket 2020“ zur Konsolidierung des Haushalts und zur Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt, das u. a. eine umfassende Pensionsreform und eine Erhöhung des Rentenalters vorsah.²⁶ Teile davon wurden im Mai 2011 mit den Stimmen der DF beschlossen. Insgesamt war der Weg der Dänischen Volkspartei bis zur Folketingwahl am 15. September 2011 erfolgreich und sollte dies, so zumindest der Wunsch der Partei, auch danach sein – als offizieller Teil der Regierung. Trotz guter 12,3 Prozent gelang ihr dies nicht.

Kjærsgaards Partei ist straff organisiert und zentralistisch geführt.²⁷ Kjærsgaard gilt als unangefochten; Partei und Programm sind auf sie zugeschnitten, obgleich ihr dominanter Führungsstil intern umstritten ist.²⁸ Zum harten rechtsextremistischen Lager grenzt sich die Parteiführung strikt ab; die Parteibasis ist hier durchlässiger. Mitglieder mit derlei Verbindungen werden regelmäßig ausgeschlossen.²⁹ Auf europäischer Ebene enthält sich die DF der Kooperation mit den Rechtsextremen, wiewohl ihrem EP-Mitglied Morten Messerschmidt zeitweise eine Nähe nachgesagt wurde.³⁰ Grenzwertig ist wegen personeller Verflechtungen die radikalere Jugendorganisation Dansk Folkeparti Ungdom (DFU), die sich aber formal vom harten Rechtsextremismus distanziert.³¹

Ihr mentaler Kern weist die Dänische Volkspartei als eine in Teilen weiche rechtsextremistische Partei aus, die weder die wesentlichen Grundsätze des demokratischen Verfassungsstaates negiert noch Autokratismus im ideologischen Gepäck mitführt. Charakteristisch ist eine ethnisch-nationalistische Fremdenfeindlichkeit, basierend auf einer ethnopluralistischen Doktrin, verbunden mit einem ausgeprägten Wohlfahrtschauvinis-

26 Vgl. The Danish Government (Hrsg.), Denmark 2020. Knowledge, growth, prosperity, welfare, unter: <http://www.stm.dk> [Stand: 21. Mai 2011].

27 Vgl. René Karpantschhof, Triebkräfte und Funktionsträger des dänischen Rechtsradikalismus, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung 51 (2002), S. 67-80, hier S. 75.

28 Vgl. Sven Hasselberg, Pia Kjærsgaard, in: Michael Jungwirth (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co: Europas Rechtspopulisten, Graz 2002, S. 152-163, hier S. 158. Neben Kjærsgaard sind Kristian Thulesen Dahl, Peter Skaarup und Søren Espersen führende Vertreter.

29 So äußerte Peter Skaarup 2006: „Racist, extreme, and undemocratic positions are against all that is Danish and therefore also against what characterizes the Danish People’s Party.“ Zitiert in: Susi Meret, Country Report Denmark, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe, Gütersloh 2009, S. 81-125, hier S. 110.

30 Vgl. Jan Christopher Mauthe, Erfolgsbedingungen für Rechtspopulisten in Skandinavien. Schweden und Dänemark im Vergleich, Saarbrücken 2008, S. 32.

31 Vgl. Bjørklund/Andersen (FN 16), S. 112.

mus.³² Sie steht für ein traditionelles Dänemark, mit christlichen Werten, sozialstaatlich, restriktiv in Fragen der Immigration. Ihre Ideologie der Ungleichheit schöpft aus einer antiegalitären Ausländerfeindlichkeit und kulturellen Überbewertung wegen ethnischer Zugehörigkeiten. Infolge ihrer Vorstellung von einer ethnisch homogenen Gesellschaft erachtet sie Fremde, vor allem „nicht-westliche“ Migranten, als für Dänemark unpassend, mit Blick auf die dänische Mehrheitsgesellschaft gar als minderwertig. Sie führt so einen Kulturkampf gegen Muslime, die sie stets verdächtigt, die dänische Gesellschaft zu bedrohen, die tradierte Kultur zu verschmutzen und die Sozialsysteme zu unterwandern. Ihrem Feindbild, dem nicht-reformierten Islam, setzt sie ein aufgeklärtes Lutheranertum entgegen.³³ Obgleich sich ihr diesbezüglicher Kurs über die Jahre kaum verändert hat, milderte die DF zuletzt ihren Tonfall mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung 2011 etwas. An ihrem Ziel, jede „nicht-westliche“ Einwanderung nach Dänemark und damit den nationalen und kulturellen Ausverkauf des Landes zu stoppen sowie die ethnische Homogenität zu bewahren, hält sie jedoch fest.

Die DF ist nationalistisch, bedient unablässig das Identitätsthema. Ihr Hauptziel ist ein monokultureller und -ethnischer Staat, charakterisiert durch eine von ihr definierte dänische Identität.³⁴ Antipluralistische Tendenzen, die einzig richtige Vorstellung über die Konsistenz der dänischen Gesellschaft zu haben, werden hier ebenso offenbar wie der populistische Impetus, der eine Wertgemeinschaft projiziert und eine zu verteidigende Sozialgemeinschaft begründet – ganz im Sinne von Paul Taggarts „heartland“ als retrospektives Konstrukt.³⁵ So verpasst sie keine Gelegenheit, um vor der europäischen Integration zu warnen, vertritt aber einen weichen Euroskeptizismus.³⁶ Dies alles verbindet die DF mit einem wohlfahrtchauvinistischen Profil. Sie fordert mehr Zuwendungen an dänische Rentner, eine Verbesserung der Altenpflege, ein effizienteres Gesundheitssystem sowie höhere Löhne für Geringqualifizierte, alles unter der Prämisse, dass die Masseneinwanderung den dänischen Sozialstaat überlaste. Dies verfängt, wird doch der Wohlfahrtsstaat von den Dänen als gemeinschaftlich verantwortet empfunden. Der Linkstrend der DF wird hier offenkundig. „The Danish People’s Party, which has usually been pictured as a right-wing extremist party, but which is increasingly a centre-left party on distributional issues; indeed, in terms of welfare policies, it is often a more

32 Vgl. Steffen Angenendt, Einwanderung und Rechtspopulismus, in: Internationale Politik (2003), H. 4, S. 3-12, hier S. 4; Rydgren (FN 20), S. 480, 488.

33 Vgl. Heiko Henkel, „Geschlossene Gesellschaft“ – Zutritt nur mit Einladung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Nordic Countries, Stockholm 2008, S. 2; Mauthe (FN 30), S. 21 70; Simonsen (FN 19), S. 360.

34 Vgl. Jens Rydgren, Vom Wohlfahrtchauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Bonn 2006, S. 165-190, hier S. 180.

35 So forderte Per Dalggaard 2002: „We want our old Denmark back. We try with all our means to have these wild people, which are impossible to integrate, sent home. Home to the conditions they prefer for a society: chaos, murder, robbery, and anarchy.“ Zitiert in: Rydgren (FN 20), S. 486.

36 Vgl. ausführlich Ann-Christina Lauring Knudsen, Euroscepticism in Denmark, in: Paul Taggart/Aleks Szczerbiak (Hrsg.), Opposing Europe?, Oxford 2008, S. 152-167, hier S. 159 f.

„fundamentalist“ social democratic party than the Social Democrats.“³⁷ Sie inszenierte sich bis 2011 als das wohlfahrtsstaatliche Gewissen einer in diesen Fragen eher restriktiven Regierung.

Harte rechtsextremistische Parteien, etwa die Danmarks Nationalsocialistiske Bøvælgelse (DNSB), blieben im seltenen Fall kommunaler Wahantritte durchweg im Promilebereich. Während einerseits diverse islamfeindliche, immigrationskritische Gruppierungen mit einer gewissen Breitenwirkung existieren, darunter der 1987 gegründete Den Danske Forening (DDF), die sich aber nicht gegen den demokratischen Verfassungsstaat richten, wiewohl personelle Kontakte ins harte rechtsextremistische Lager aufweisen, sind andererseits neonationalsozialistische und rassistische Gruppen gesellschaftlich wie politisch marginalisiert.³⁸ Die scharfe Absage der Dänen an derlei Bestrebungen und der elektorale Erfolg von FRP und DF, der für Sympathisanten katalytisch wirkt, schwächen die Szene. Für deren dennoch gestiegene Aktivität in den letzten Jahren sind die Mobilisierung infolge der harschen Immigrationsdebatte und der zuweilen entlehnte Kulturkampf zwischen Muslimen und Dänen ursächlich.³⁹ Zudem ermöglicht ihr die liberale dänische Gesetzgebung ein fast ungestörtes Auftreten. Dänemark dient deshalb seit langem deutschen „Aktivisten“ als Rückzugs- bzw. Aktionsraum und spielt beim Vertrieb von NS-Devotionalien eine wichtige Rolle.⁴⁰ Nach vereinzelt Attacks auf Ausländerunterkünfte und einer lokalen subkulturellen Militanz in den 1980er Jahren sank Mitte der 1990er Jahre die fremdenfeindliche Gewalt. Jedoch kommt es seither immer wieder zu politisch motivierten Übergriffen gegen (muslimische) Immigranten (hate crime), etwa im „heißen“ Jahr 2001 (Terroranschläge USA, Afghanistan, Folke-tingwahlen), als der dänische Geheimdienst der Polizei, Politiets Efterretningstjeneste (PET), 116 Straftaten (auch Gewalttaten) mit Verdacht auf rassistische Motivation vermerkte, oder im Jahr der Karikaturen-Krise und des antiislamischen Diskurses 2006. Zunehmend richtet sich die Gewalt auch gegen Politiker oder ist Teil eines Kampfes gegen „Linke“.⁴¹ Als Organisation sticht hier die White Pride Århus hervor, eine 1994 gegründete hooliganistische und rechtsextremistische Gruppe, deren Mitglieder regelmäßig in politisch motivierte Gewalttaten involviert sind.⁴²

Lange Zeit führendes rechtsextremistisches Netzwerk war die Dansk Front. Sie wurde 2002 als rechtsextremistische Sammelorganisation gegründet und verfügte neben re-

37 Jørgen Goul Andersen, The parliamentary election in Denmark, February 2005, in: Electoral Studies 25 (2006), S. 393-398, hier S. 396 f.

38 Vgl. Simonsen (FN 19), S. 360; Meret (FN 29), S. 89-97.

39 Vgl. PET, Annual Report 2006-2007, S. 52, unter: <http://www.pet.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

40 Vgl. Die Situation in Europa. Kurzüberblick über 31 Länder, in: Angelika Beer (Hrsg.), Europa im Visier der Rechtsextremen, Berlin 2009, S. 86-125, hier S. 95 f.

41 Vgl. PET (FN 39), S. 53; Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Bericht über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den Mitgliedstaaten der EU, Wien 2007, S. 136; auch Meret (FN 29), S. 94.

42 Vgl. Århus '08. Es rapport om white pride og vederfølner, unter: <http://redox.dk> [Stand: 22. Mai 2011].

gionalen Büros vor allem über eine umfassende Internetplattform. Im Rahmen der „Karikaturen-Krise“ erzielte sie regen Zulauf und erhöhte ihre Aktivitäten, löste sich aber 2007 wegen Richtungsstreitigkeiten auf.⁴³ Als Nachfolgeprojekte gelten die Plattformen Vederfølner und Danmarks Nationale Front. Der zentrale neonationalsozialistische Akteur ist die DNSB. Die in den 1970er Jahren ins Leben gerufene Organisation „sieht es als ihre Mission an, die Ideen von Adolf Hitlers nationalsozialistischer Bewegung fortzusetzen und weiter zu entwickeln“.⁴⁴ Sie bekennt sich offen zum Nationalsozialismus, ist rassistisch und autoritär. Entsprechend beschränkt sich ihre Attraktivität auf einen harten Akteurskern. Von 1991 bis 2010 führte der mehrfach wegen Gewaltvergehen inhaftierte Jonni Hansen die DNSB. Er reorganisierte die Gruppe, öffnete sie für militante und subkulturelle Strömungen und setzte auf eine aktivistisch-offensive Strategie. Seither kandidierte sie ebenso unregelmäßig wie erfolglos bei Kommunalwahlen, nahm in den 1990er Jahren an den Rudolf-Heß-Gedenkmärschen in Wunsiedel teil, später, nach deren Verbot 2005, organisierte sie diese (erfolglos) im dänischen Kolding.⁴⁵ Mit dem Rückzug von Jonni Hansen im Oktober 2010 und der Übernahme der Führung durch Esben Rohde Kristensen begann ein Zerfallsprozess. Vor allem Hansens Gefolgsleute sowie jüngere Akteure verlassen seither die DNSB und streben, insbesondere in Person von Daniel Carlsen, eine organisatorische Neugründung an.⁴⁶

1.3. Linksparteien und Linksextremismus

Am anderen Ende des Spektrums hatte die Danmarks Kommunistiske Parti (DKP) nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst von ihrem Nimbus der Widerstandspartei profitiert (1945: 12,5 Prozent) und zeitweise sozialdemokratische Regierungen gestützt. Streng zentralistisch organisiert, verfolgte sie einen Kommunismus Moskauer Provenienz, was zu ihrer Schwächung sowie 1958 zum Ausschluss bzw. zur Sezession des reformkommunistischen Flügels unter dem früheren Vorsitzenden Aksel Larsen führte und 1959 in die Gründung der Sozialistisk Folkeparti (SF) mündete. Ihr orthodoxer Kurs und der baldige Erfolg der SF marginalisierten die DKP. Sie kehrte zwar 1973, beflügelt von der linken Basisbewegung gegen eine EG-Mitgliedschaft, für drei Legislaturperioden in das Folketing zurück, blieb aber machtlos.⁴⁷ Kommunistische Splitterparteien waren bei Wahlen chancenlos. Eine Ausnahme war die 1986 als DKP-Abspaltung gegründete Foelles Kurs (FK), die 1987 2,2 Prozent errang.⁴⁸

43 Vgl. ebd.; PET, Annual Report 2004-2005, S. 53, unter: <http://www.pet.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

44 <http://www.dnsb.info> [Stand: 23. Mai 2011].

45 Vgl. PET (FN 39), S. 52.

46 Vgl. Massiv medlemsflugt fra DNSB, unter: <http://redox.dk> [Stand: 22. Mai 2011].

47 Vgl. Rubart (FN 7), S. 137 f.; Eysell (FN 6), S. 281 f.

48 Vgl. Svante Ersson, Kommunismus und linke Strömungen in Skandinavien nach 1989, in: Patrick Moreau u. a. (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, München 1998, S. 423-452, hier S. 426 f.

Die nach ihrer Gründung 1959 zunächst von früheren DKP-Mitgliedern getragene Sozialistisk Folkeparti begann als eurokommunistische Verfechterin eines dritten Weges, etablierte sich aber bald als Hauptakteur links der Sozialdemokraten. In der Zeit ihrer (intern umstrittenen) parlamentarischen Kooperation mit den sozialdemokratischen Minderheitsregierungen (1966-68, 1971-73) erlebte sie – nicht zuletzt durch die Abspaltung ihres radikalen Flügels – eine Mäßigung, stand zugleich aber auch einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten offen – etwa in der von ihr initiierten „Volksbewegung gegen die EG“. Ab Mitte der 1970er Jahre reradikalisierte sich die SF, wollte die kapitalistische Gesellschaft legal (nicht revolutionär) überwinden. Zudem besetzte sie die Themen Ökologie und Pazifismus, profitierte in den 1980er Jahren von deren Tagesaktualität. Der 1967 in Ablehnung der Regierungstolerierung als Linksabspaltung der SF gegründeten Partiet Venstresocialisterne (VS) gelang 1968 mit 2,0 Prozent der Parlamentseinzug. Gleich der DKP blieben ihre politische Einflussnahme und ihre Wahlerfolge aber stets bescheiden. Die VS war eine von der Studentenrevolte getragene Kraft der „Neuen Linken“ – keine Arbeiterpartei –, die das Ziel einer kommunistischen Gesellschaft verband. Im Unterschied zur SF war ihr Weg revolutionär.⁴⁹ Den Grundsatz der „sozialistischen Revolution“ pflegte die VS bis zur Aufgabe ihres Parteistatus im Jahr 1998.⁵⁰

Das Ende des Kommunismus in Osteuropa 1989/90 brachte der moskauhörigen DKP massive Einschnitte. War es bereits 1987 mit der Übernahme des Vorsitzes durch den „Reformer“ Ole Sohn (1987-91) zu inneren Verwerfungen gekommen, zerfiel die Partei 1990 in Flügel.⁵¹ Es folgte ein Massenexodus an Mitgliedern und Führungskräften, die Jugendorganisation löste sich auf. Sohn wechselte zur SF, andere zu den Linkssocialisten. Die starken Sozialdemokraten und Volkssozialisten sowie die konsensuelle Regierungsweise erdrückten fortan DKP wie VS, weshalb diese 1989 zusammen mit der trotzkistischen Socialistisk Arbejderparti (SAP) unter dem Namen Enhedslisten/De Rød-Grønne (EL) einen Wahlverbund gründeten. 1991 trat die (1994 aufgelöste) Kommunistisk Arbejderparti (KAP) hinzu. Der damals als existenzsichernde Notlösung gegründeten Einheitsliste, die sich erst später als eigenständige Partei formieren sollte, gelang 1994 mit 3,1 Prozent der Sprung in das Folketing. Zwei der sechs Mandate erhielten Vertreter der DKP. In den nachfolgenden Wahlen blieb die EL schwach (ihr bestes Ergebnis hatte sie 2005 mit 3,4 Prozent), übersprang aber stets die Zweiprozenthürde, mit zweistelligen Ergebnissen in ihrer Hochburg Kopenhagen. 2011 erreichte sie mit 6,7 Prozent einen Überraschungserfolg, nicht zuletzt bedingt durch das schlechte Abschneiden der SF (9,2 Prozent).

Seit 2001 arbeitet die EL mit der rund 1.100 Mitglieder starken linksextremistischen Socialistisk Ungdomsfront (SUF) zusammen und kooperiert seit 2006 mit der trotzki-

49 Vgl. Eysell (FN 6), S. 210, 273, 288-290; Rubart (FN 7), S. 134 f.

50 Vgl. Program For Venstresocialisterne. Vedtaget på 19. kongres (september) 1996, unter: <http://www.venstresocialisterne.dk> [Stand: 14. Januar 2010].

51 Siehe die Parteigeschichte der DKP, unter: <http://www.dkp.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

stischen Internationale Socialister/Ungdom (IS/U). Sie versammelt damit einerseits parteipolitische Vertreter eines harten Linksextremismus und Euroskeptizismus, andererseits handelt es sich bei ihr heute um eine souveräne Partei mit individueller Mitgliedschaft. Ein Großteil ihrer rund 5.500 Mitglieder⁵² ist daher ohne Verbindung zu den Gründungsparteien, partiell aber SUF oder IS/U angehörig. Die Organisation der EL ist demokratisch, ihre Führung kollektiv; es gilt ein Rotationsprinzip. Parteisprecherin und populäre Frontfrau ist Johanne Schmidt-Nielsen. War es zunächst Ziel der EL, die parlamentarische Repräsentanz und das Überleben ihrer Gründungsparteien zu sichern, stand bald der Aufbau einer unabhängigen Partei im Vordergrund. Gegenwärtig ist sie mit zwölf Abgeordneten im Folketing vertreten. Ihre Wählerschaft ist vorrangig in der Region Kopenhagen verankert und von formal hoher Bildung.⁵³

Die in ihrem Selbstverständnis revolutionär-sozialistische EL spricht in ihren Grundsätzen aus dem Jahr 2003 von der „klassenlosen/kommunistischen Gesellschaft“, von der „Befreiung der Menschheit“, von der „Beseitigung der Ungleichheit“ als Voraussetzung für Demokratie und Freiheit, von der „Emanzipation im Rahmen einer echten Demokratie“, von „Klassenkampf“ und „sozialistischer Revolution“. Ihr Ziel ist ein „revolutionärer Bruch“ mit der „kapitalistischen Gesellschaft“ zugunsten einer „sozialistischen Gesellschaft“ mit einer Wirtschaft, die u. a. das Privateigentum an Produktionsmitteln durch kollektive Formen ersetzt.⁵⁴ Jenseits dessen agiert die EL als antikapitalistischer, antifaschistischer, globalisierungskritischer, pazifistischer und ökologischer Akteur. Ihr öffentlicher Auftritt und ihr politisches Handeln sind gemäßigter als ihr ideologisches Fundament. Neben dem Kampf für einen starken öffentlichen Sektor als Grundlage für Wohlstand und Demokratie sind umweltpolitische Aspekte von Bedeutung, wiewohl durchaus im antisystemischen Sinne eines Öko-Kommunalismus. Maßgeblicher thematischer Baustein ist ihr harter Euroskeptizismus. Den „Superstaat“ EU lehnt sie ab. Eines ihrer Instrumente ist die außerparlamentarische Mobilisierung, etwa im Rahmen der Anti-Krieg-Demonstrationen 2011, der Proteste gegen die Sozialreformen 2006 oder des Kopenhagener Klimagipfels 2009. Ihr Verhältnis zu harten Linksextremisten ist hierbei fließend. Eine Regierungsbeteiligung 2011 ist in den radikalen Niederungen umstritten. Entsprechend setzte die Führung vor der Wahl für den Fall einer Mitte-Links-Regierung auf außerparlamentarische Aktivität, punktuelle parlamentari-

52 Ihre Mitglieder leben mehrheitlich in der Hauptstadtregion, haben ein formal hohes Bildungsniveau, der Studentenanteil ist weit überdurchschnittlich. Vgl. Nina Ericsson u. a., Hven er fødselsdagsbørnene?, in: Fødselsdagsmagasinet, Mai 2009, S. 4 f., unter: <http://www.enhedslisten.dk> [Stand: 3. Juni 2011].

53 Vgl. Svante Ersson, Post-Communist and Leftist Parties in Two Scandinavian Countries after 1989 – The Cases of Denmark and Sweden, in: Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), Communist and Post-Communist Parties in Europe, Göttingen 2008, S. 141-166, hier S. 145; Inger V. Johansen, Die Linke und die radikale Linke in Dänemark, in: Birgit Daiber u. a. (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 251-268, hier S. 258 f.

54 Vgl. Grundsatzprogramm der EL von 2003, unter: <http://www.enhedslisten.dk> [Stand: 18. Februar 2010].

sche Unterstützung und unerbittliche Regierungskritik.⁵⁵ Ihr Wahlziel 2011 formulierte die Partei, der alle Umfragen Gewinne vorhersagten, entsprechend unverbindlich. Sie wollte die Mandatszahl verdoppeln, um so Einfluss auf eine linke Regierung nehmen zu können. Zwei Bereiche seien hierfür bedeutend: Beschäftigung und Wohlfahrt. Auf beiden Feldern habe das Regierungsprogramm von SD und SF Defizite.⁵⁶ Die Befürchtung der SAP, „faule“ Kompromisse setzten die „rote Fahne auf Halbmast“, klang dabei ebenso an wie die Warnung der IS/U vor verräterischen Konzessionen.⁵⁷ Die EL befindet sich seit der Wahl in einer ambivalenten Lage. Einerseits ist die linke Minderheitsregierung ohne sie nicht mehrheitsfähig, was der EL erheblichen politischen Einfluss verleiht, andererseits könnten sie die mitunter notwendigen politischen Zugeständnisse intern erheblich erschüttern.

Wenn der Politologe Luke March die Einheitsliste als demokratisch-sozialistische Vertreterin der extremen Linken klassifiziert,⁵⁸ berücksichtigt er zwar ihren revolutionären Impetus, vernachlässigt aber ihre (wenn auch geringen) kommunistischen Strukturen und Anbindungen – wie an die 1980 gegründete SAP, deren erklärtes Ziel es ist, in Dänemark auf revolutionärem Weg eine sozialistische Gesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse zu errichten. Sie nutzt die Einheitsliste entrüstet.⁵⁹ Die VS gab zwar 1998 ihren Parteistatus auf, ihre Überbleibsel editieren jedoch die linksextremistische Zeitschrift *Solidaritet*. Bei der DKP handelt es sich strategisch und programmatisch unverändert um eine kommunistische Partei. Gemäß Satzung basiert die Ideologie der DKP auf dem dialektischen und historischen Materialismus von Marx, Engels und Lenin. Die Partei versteht sich als Vertreterin der Arbeiterklasse mit dem Ziel der Abschaffung der kapitalistischen und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.⁶⁰

Das sonstige kommunistische Parteienspektrum ist eine Quantité négligeable. Als orthodoxer DKP-Ableger gründete sich 1990 das Kommunistisk Forum, welches 1993 zur Kommunistisk Parti i Danmark (KPID) transformierte. Sie agiert auf einem marxistisch-leninistischen Fundament.⁶¹ Der 1978 als KAP-Absplitterung ins Leben gerufene maoistische Zusammenschluss Danmarks Kommunistisk Parti/Marxister-Leninister (DKP/ML) ging 2006 zusammen mit dem KPID-Ableger Kommunistisk Samling (KS)

55 Vgl. Johanne Schmidt-Nielsen, Enhedslisten tør drømme, in: Fødselsdagsmagasin, Mai 2009, S. 9, unter: <http://enhedslisten.dk> [Stand: 4. Februar 2010].

56 Vgl. Frank Aaen, En ny regering skal også genvælges, in: Rød+Grøn. Medlemsblad for Enhedslisten, Juni 2011, unter: <http://enhedslisten.dk> [Stand: 4. Juni 2011].

57 Vgl. Enhedslistens vej til indflydelse, unter: <http://www.sap-fi.dk>; Udfordring for Enhedslisten venstrefføj, unter: <http://www.socialister.dk> [beide Stand: 29. Mai 2011].

58 Vgl. Luke March, Contemporary Far Left Parties in Europe. From Marxism to the Mainstream, Berlin 2008, S. 4, unter: <http://library.fes.de> [Stand: 14. Januar 2010].

59 Vgl. What is SAP's project? Adopted by SAP's 22nd National Conference, 25.-26th of February 2006, unter: <http://www.sap-fi.dk> [Stand: 18. Mai 2011]; Enhedslisten på venstrekurs, unter: <http://www.sap-fi.dk> [Stand: 4. Februar 2010].

60 Vgl. Love for Danmarks Kommunistiske Parti som vedtaget på landsmødet i september 2009, unter: <http://www.dkp.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

61 Vgl. Programm der KPID von 2002, unter: <http://www.kommunisterne.dk> [Stand: 24. Mai 2011].

in der Kommunistisk Parti (KP) auf. Diese steht in der marxistisch-leninistischen Tradition ihrer Vorgänger.⁶² Im Jahr 2000 gründete sich als Zusammenführung einer anti-revisionistischen DKP/ML-Abspaltung die marxistisch-leninistische Arbejderpartiet Kommunisterne (APK) mit dem Ziel der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft.⁶³

Nach ihrer kurzen Reradikalisierung in den 1970er und 1980er Jahren kennzeichnet die Sozialistische Volkspartei seit der Ära Holger Nielsen (1991-2005) eine europapolitische Neuausrichtung. Hatte sie lange Zeit die EG-Mitgliedschaft Dänemarks abgelehnt, trug Nielsen 1993 den dänischen Maastricht-Kompromiss mit und brach damit die harte euroskeptische Haltung seiner Partei auf. Was viele Wähler in die Arme der Folkebevægelsen mod EU⁶⁴ trieb, band sozialdemokratische Wechsler.⁶⁵ 2001 akzeptierte die SF im Folketing den Vertrag von Nizza, am 24. April 2008 ratifizierte sie den Vertrag von Lissabon mit.⁶⁶ Ihr neuer Kurs war und ist Teil einer Moderation sowie einer thematischen Umorientierung, die sich – nach dem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel der Sozialdemokraten – auch ehemals sozialdemokratischer Inhalte bedient.⁶⁷ Nachdem die SF durch ihre Metamorphose und zeitweilige Unterstützung der Regierung Nyrup Rasmussen zunächst an linken Protestwählern eingebüßt hatte und nur bedingt frühere sozialdemokratische Wähler einzufangen vermochte, profitiert sie gegenwärtig nicht nur von der Schwäche der dänischen Grünen, die ihrerseits wiederum auf das Bestehen der „teigrünen“ SF zurückzuführen ist. Seit 2001 prägt das Parteiensystem der Kontrast zwischen dem rechten Regierungsbündnis und der linken Opposition bei gleichzeitiger Schwäche der Sozialdemokraten. Nutznießer dieser Entwicklung war bis 2011 (neben der DF) die SF. Deren Stern war nach 1990 zunächst gesunken (bis auf 6,0 Prozent im Jahr 2005). Sie stand im Schatten der Immigrationsdiskussion. Ihr postmaterialistischer Impetus erschwerte die Integration ehemaliger sozialdemokratischer Wähler.⁶⁸ Im Jahr 2007 schnitt die Sozialistische Volkspartei mit 13,0 Prozent überraschend gut ab und konnte dieses Niveau in den Umfragen lange Zeit halten. Sie spricht als gleichermaßen linke und grüne Protest- wie Gestaltungspartei postmaterialistisch

62 Vgl. Programm der KP von 2006, unter: <http://www.kommunister.dk> [Stand: 24. Mai 2011].

63 Vgl. Programm der APK von 2000, unter: <http://www.apk2000.dk> [Stand: 24. Mai 2011].

64 Die Volksbewegung gegen die EU tritt bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Abstimmungen über die Europäische Integration in Erscheinung. Sie ist eine harte euroskeptische Kooperation vornehmlich sozialistischer Parteien. Die Bewegung erzielte bei der Europawahl 1979 noch 20,8 Prozent, danach sank ihr Zuspruch auf zuletzt 7,2 Prozent. Vgl. Rubart (FN 7), S. 134-138; Eysell (FN 6), S. 273, 281 f.

65 Vgl. Søren Risbjerg Thomsen, The 1994 Parliamentary Election in Denmark, in: Electoral Studies 14 (1995), S. 315-322, hier S. 317 f.; Knudsen (FN 36), S. 158 f.

66 Hintergrund dieses Wandels ist u. a. die neue Zielsetzung einer vollständigen Demokratisierung der EU. Vgl. Grundlagenprogramm der SF von 2003, unter: <http://www.sf.dk> [Stand: 4. Februar 2010].

67 Vgl. March (FN 58), S. 10.

68 Vgl. Tim Spier/Clemens Wirries, Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linksparteien in Europa, in: Dies. u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 71-116, hier S. 101-103.

geprägte Akademiker- und Dienstleistungsschichten sowie ehemals sozialdemokratische Mitte-Links-Wähler an. Sie ist eine Großstadtpartei (vor allem Kopenhagen). Ihre Wählerschaft ist – im Gegensatz zu jener der DF und ähnlich jener der EL – eher jung, weiblich und urban geprägt.⁶⁹

Nach der Wahl des medial populären Villy Søvndal zum Parteivorsitzenden im Jahr 2005 intensivierten die Volkssozialisten ihren pragmatischen Kurs. Sie galten nunmehr als regierungsfähig und strebten offen eine Koalition mit den Sozialdemokraten (und Radikalliberalen) an.⁷⁰ Søvndal fungierte dabei als Hoffnungsträger der „linken“ Wachaflösung 2011. Die SF, die seit 2001 u. a. wegen der Massenaustritte bei den Sozialdemokraten ihre Mitgliederzahl verdreifachen konnte (2010: 18.000), grenzt sich von kommunistischen Akteuren – nicht von der Einheitsliste – ab und versucht, ihre Regierungsfähigkeit durch einen aktuellen Themenbezug unter Beweis zu stellen: etwa indem sie 2009 ein mit populistischen umwelt-, sozial-, gesundheits- und bildungspolitischen Forderungen gefülltes Reformprogramm beschloss.⁷¹ Zudem besteht seit Jahren eine intensive personelle Kooperation zwischen der sozialdemokratischen Frontfrau Helle Thorning-Schmidt und Villy Søvndal. Beide forcierten 2011 einen Lagerwahlkampf, Rot gegen Blau. Unter dem Slogan „Gemeinsam für Dänemark“ präsentierten die Sozialdemokraten und die Volkssozialisten im Jahr 2011 ihr Regierungsprogramm „Fair Løsning 2020“⁷² für eine ökonomische, sozialpolitische und fiskalische Sanierung Dänemarks. Auch wenn die Schnittmenge zwischen SD und SF wegen der volkssozialistischen Kursänderung heute groß ist, unterscheidet beide Parteien ihr politisches Grundverständnis.

Die Sozialistische Volkspartei kann (wenn überhaupt) als weiche linksextremistische Akteurin bzw., so Luke March, als demokratisch-sozialistische Vertreterin einer radikalen Linken⁷³ gelten. Sie steht für eine ökosozialistische Ausrichtung, ihr ideologischer Habitus ist sozialistisch und antikapitalistisch, ein dominanter, reformerischer Anspruch auf Systemveränderung ist gegeben. „SF strives to establish Socialist changes in society through the implementation of structural reforms. To SF, it is not enough just to repair the existing order“.⁷⁴ In ihrer Außenkommunikation präsentiert sich die SF als moderne Linkspartei, den Grundwerten Gleichheit, Sicherheit, Freiheit, Solidarität und Demokratie verpflichtet.⁷⁵ Ihr Grundlagenprogramm prägt die Vision der Überwindung der „kapitalistischen Gesellschaft“ mit dem Ziel der „sozialistischen Gesellschaft“. Diese stehe für eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, für eine ökologische und

69 Vgl. Ersson (FN 55), S. 153; March (FN 58), S. 11; Spier/Wirries (FN 68), S. 88, 104 f.

70 Vgl. Dominic Heilig, Europas Linke auf der Suche nach einer neuen Strategie, in: Neues Deutschland vom 7. Mai 2010.

71 Vgl. Reformprogramm der SF von 2009, unter: <http://www.sf.dk> [Stand: 4. Februar 2010].

72 Fair Løsning 2020 – sammen om Danmark, unter: <http://www.sammenomdanmark.dk> [Stand: 4. Juni 2011].

73 Vgl. March (FN 58), S. 2.

74 Socialist People's Party of Denmark, unter: <http://www.europeangreens.org> [Stand: 4. Februar 2010].

75 Vgl. Die Selbstdarstellung unter: <http://www.sf.dk> [Stand: 18. Mai 2011].

„sozialistische Marktwirtschaft“, in der „die wichtigsten Produktionsmittel und der finanzielle Sektor“ sozialisiert sind, der Markt „demokratisch kontrolliert“ wird. Allerdings könne der Übergang zum Sozialismus nur in einem demokratischen, gesetzgebenden Prozess erfolgen, getragen von gesellschaftlichen und parlamentarischen Mehrheiten.⁷⁶ Die SF lehnt entsprechend kommunistische Vorstellungen ab und betont die Offenheit ihres „undogmatischen Sozialismus“⁷⁷, hat jedoch bislang weder mit ihrem kommunistischen Erbe gebrochen noch sich einer marxistischen Ideengrundlage entzogen.⁷⁸ 2009 bekannte der damalige Fraktionsvorsitzende Ole Sohn, die SF sei „so links wie schon immer, aber Kompromisse sind notwendig, als handfeste Schritte, um an die Macht zu gelangen“.⁷⁹

Den nicht-parteilicheren Linksextremismus prägen zahlreiche Gruppierungen, die zwar zersplittert, personell aber dem rechtsextremistischen Lager überlegen sind. Die Akteure profitieren vom antirechtsextremistischen Konsens in Dänemark, stoßen durchaus auf gesellschaftliche Akzeptanz, speziell in Kopenhagen. Nicht militant sind Gruppen im Umfeld der Linksaußenparteien, speziell die Socialistisk Ungdomsfront (SUF) und der Danmarks Kommunistiske Ungdomsforbund (DKU). Radikaler ist die autonome Szene. Sie nahm ihren Ausgang in einer militanten Protestbewegung zu Beginn der 1980er Jahre gegen die damals vorangetriebene städtische Umstrukturierung. Einerseits verfestigte sie sich in Form einer subkulturellen, militanten Hausbesetzerszene vor allem im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro – unter schärfster Konfrontation mit dem Staat (z. B. „Battle of Ryesgade“ 1986). Andererseits nahm sie antiimperialistische, sozialrevolutionäre Züge an. Die in dieser Zeit begründeten Autonome Revolutionäre, ab 1991 Autonomi-kollektivet, verstanden sich als Teil der westeuropäischen Autonomen, waren von Beginn an nach Deutschland vernetzt.⁸⁰ Im Autonomi-kollektivet (bis 2002) versammelten sich Akteure der „traditionellen“ Linken, etwa (ehemalige) DKP- oder VS-Mitglieder, sowie Vertreter der Hausbesetzerszene.⁸¹ Heute dominiert die autonome Antifa-Szene. Neben diversen lokalen Verbindungen gibt die 1992 gegründete dänische Sektion der Antifaschistischen Aktion (AFA) den Ton an. Die auf Kopenhagen konzentrierte Organisation vereint Akteure eines „militanten Antifaschismus“. Ihre in erster Linie gegen „Faschisten“ und Vertreter des Staates gerichtete Gewaltbereitschaft unterscheidet sie von gemäßigteren Linksaußenkräften, wiewohl Kooperationen existieren. Schließlich versteht sich die AFA als „antikapitalistische und revolutionäre Organisation“, die in der „Abschaffung des Kapitalismus“ eine Notwendigkeit sieht. Taktisch setzt

76 Vgl. Grundlagenprogramm der SF (FN 66); SFs politik i hovedtræk, unter: <http://www.sf.dk> [Stand: 4. Februar 2010].

77 Vgl. Grundlagenprogramm der SF (FN 66).

78 Vgl. Statut der SF 2009, unter: <http://www.sf.dk> [Stand: 4. Februar 2010].

79 Ole Sohn zitiert in: Johansen (FN 53), S. 265.

80 Vgl. Inge K. Hansen u. a., Den autonome bevægelse i Europa, unter: <http://www.leksikon.org> [Stand: 8. Mai 2011].

81 Vgl. Alfred Lang u. a., Autonomi-Kollektivet, unter: <http://www.leksikon.org> [Stand: 15. Februar 2010].

sie auf Demonstrationen „gegen Nazis“, auf Blockaden „faschistischer Aufmärsche“ und auf militante Aktionen.⁸²

Trotz spezifischer Unterschiede gleichen sich Themen, Strukturen und Strategien der Szene. „They share, however, the same fundamental ideology: an opposition to capitalism and globalisation which views certain government institutions and private enterprises as symbols of power and money.”⁸³ So bildete im Jahr 2003 der Widerstand gegen den Irak-Krieg einen übergreifenden Mobilisierungsgrund. Symbolischer „Höhepunkt“ war ein Farbbeutelangriff zweier Aktivisten am 18. März 2003 gegen Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen und Außenminister Per Stig Møller.⁸⁴ Ebenso partizipieren dänische Autonome europaweit an Demonstrationen, z. B. gegen die G8-Gipfel 2005 in Schottland und 2007 in Deutschland. Die lange Zeit hohe Fragmentierung der linksextremistischen Gruppen, die zwar sympathisierten, aber nur bei zentralen Anlässen kooperierten, ging ab 2007 zurück. Nach der polizeilichen Räumung des Kopenhagener autonomen Jugendhauses (Ungdomshuset), einem Rückzugs- und Organisationszentrum der gewaltbereiten Szene, war es zu tagelangen schweren Ausschreitungen Linksautonomer gekommen. Der PET registrierte in diesem Kontext 1.600 Verhaftungen und allein 137 Fälle von Vandalismus gegen dänische Einrichtungen außerhalb Dänemarks. Auf die autonome Szene hatten die Ereignisse eine radikalisierende und eine kohäsive Wirkung.⁸⁵

1.4. Islamismus

In Dänemark ist die Gefährdung durch den internationalen islamistischen Terrorismus signifikant. „There are indications that also leading militant extremists abroad have sharpened their focus on Denmark, and that these circles wish to carry out acts of terrorism against Denmark or Danish interests abroad.”⁸⁶ Daher fokussiert die Extremismusbekämpfung des PET seit dem 2002 beschlossenen und 2006 erweiterten „Anti-Terror-Paket“ auf den islamistischen Terrorismus, konzentriert im speziell dafür eingerichteten Center for Terroranalyse. Phänomenologisch geht der PET vor allem von militant-islamistischen Einzeltätern und Tätergruppen aus. „In Denmark, there are individuals and environments that sympathise with and/or support groups that are engaged in terrorist activities. Similarly, there are individuals and environments that are ready and willing to participate in terrorism-related activities.”⁸⁷ So verhaftete die dänische Polizei im Jahr 2005 vier Männer mit Verdacht auf terroristische Aktivitäten, wovon einer 2007 zu

82 Vgl. <http://antifa.dk> [Stand: 30. November 2008]. Seit 2009 existiert das Web-Portal Project Antifa. Vgl. <http://projektantifa.dk> [Stand: 15. Mai 2011].

83 <http://www.pet.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

84 Vgl. PET, Annual Report 2003, S. 39 f., unter: <http://www.pet.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

85 Vgl. PET (FN 43), S. 51 f.; PET (FN 39), S. 50.

86 PET (FN 39), S. 36.

87 Ebd., S. 50.

einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Im Jahr 2006 nahm die Polizei neun der Terrorplanung verdächtige Männer fest, wovon 2007 drei zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.⁸⁸ Insgesamt, das zeigen u. a. die TE-SAT-Berichte von Europol, verzeichnet Dänemark in den letzten Jahren eine im europäischen Vergleich deutlich überdurchschnittliche Aktivität islamistischer Terroristen.⁸⁹

Ursächlich für die Bedrohung ist neben dem militärischen Engagement Dänemarks in Afghanistan und Irak vor allem die „Karikaturen-Krise“ der Jahre 2005/06. Am 30. September 2005 hatte die Tageszeitung *Jyllands-Posten* zwölf Mohammed-Karikaturen veröffentlicht. Was Ausdruck von Meinungs- und Pressefreiheit, mitunter eine Provokation war und in Dänemark die öffentliche Debatte über Immigration schürte, beschwor wenige Monate später hasserfüllte Proteste in islamischen Staaten sowie Anschläge auf dänische Einrichtungen, Terrordrohungen gegen Dänemark sowie Morddrohungen und -versuche gegen dänische Journalisten herauf, zumal die Karikaturen im Februar 2008 erneut abgedruckt wurden.⁹⁰ „In March 2008, the al-Qaida leader Usama Bin Laden condemned the cartoons, and on 4th September 2008, al-Qaida published a lengthy video addressing, among other issues, the cartoons of the Prophet Mohammed and the suicide attack on the Danish Embassy in Pakistan on 2nd June 2008.“⁹¹ Zuletzt scheiterte Anfang 2010 der terroristisch motivierte Mordanschlag eines Somaliers auf den Karikaturisten Kurt Westergaard. Ende 2010 vereitelte der Geheimdienst einen Anschlag von Islamisten auf die Redaktion des *Jyllands-Posten*.⁹²

Daneben beobachtet der PET in Dänemark Organisationen wie die Vereinigung Opør, die u. a. Spenden für die Volksfront zur Befreiung Palästinas sammelt. Die zentrale islamistische Gruppierung ist die Hizb-ut-Tahrir. Die global agierende palästinensische Organisation, deren Verbot nicht nur von der Dänischen Volkspartei seit langem gefordert wird, rekrutiert in Dänemark 500 bis 1.000 Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten.⁹³ Sie versteht sich als politische Vereinigung mit dem Ziel eines globalen theokratischen Kalifatstaates und der Errichtung einer islamischen Gesellschaft unter gesetzlicher Herrschaft der Scharia. Sie bekämpft in ihren Augen falsche, nicht-islamische Weltbilder und die sie tragenden politischen Systeme, ist antiamerikanisch und antisemitisch.⁹⁴

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 40-42.

⁸⁹ Vgl. Europol, TE-SAT 2010. EU Terrorism Situation and Trend Report, unter: <http://www.europol.europa.eu> [Stand: 1. Juli 2011].

⁹⁰ Vgl. Center for Terroranalyse, The Cartoon Case from al-Qaida's ideological perspective from June 2009, unter: <http://www.pet.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

⁹¹ Center for Terroranalyse, Assessment of the Terror Threat against Denmark from October 2009, unter: <http://www.pet.dk> [Stand: 16. Dezember 2009].

⁹² Vgl. Hannes Gamillscheg, Terroristen planten Massaker, in: Frankfurter Rundschau vom 31. Februar 2010.

⁹³ Vgl. PET (FN 43), S. 29.

⁹⁴ Vgl. das Selbstverständnis unter: <http://www.hizb-ut-tahrir.dk> [Stand: 13. Januar 2010].

2. Würdigung

Im Königreich Dänemark existieren faschistische, nationalsozialistische, kommunistische oder islamistische Akteure nicht jenseits sektiererischer Milieus. Harte parteiiformige Extremismen sind hier wegen der historischen Diskreditierung des Nationalsozialismus, der europäischen kommunistischen Diktaturgeschichte nach 1945 sowie der ausgeprägten demokratischen und libertären politischen Kultur chancenlos. Eine überwältigende Mehrheit der Dänen ist demokratiezufrieden, daher ist der Aktionsraum für Antisystemparteien minimal. Extremistische Wertorientierungen und revolutionäre Haltungen stoßen nur auf wenig Resonanz. Die Gefahr, die von subversiven Akteuren im Bereich des Links- und Rechtsextremismus ausgeht, ist gering. Nicht der demokratische Verfassungsstaat, sondern allenfalls die öffentliche Ordnung und Sicherheit werden durch sie bedroht. Im Fokus der Sicherheitsbehörden steht der islamistische Terrorismus – als abstrakte, hochgradige Gefahr.

Beim Blick auf die dänischen Parteien offenbart sich die Problematik einer stringenten phänomenologischen Einordnung. Wer die Fortschrittspartei und die Dänische Volkspartei im Kontinuum von Demokratie und Extremismus klassifizieren möchte, stößt auf kontrastierende Urteile. Während Jørgen Goul Andersen und Tor Bjørklund in ihnen „anti-immigration parties“ sehen, betont Piero Ignazi, beide seien „peculiar anti-system parties“. Richard Stöss schlägt sie dem „gemäßigten Rechtsextremismus“ zu. Sie seien „gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform“, kooperierten nicht mit systemfeindlichen Kräften.⁹⁵ Hingegen akzentuiert Jens Rydgren den Unterschied zwischen FRP und DF – Protestpartei die eine, extremistische Partei die andere. Cas Mudde trennt unscharf die DF als „populist radical right“ von der FRP als „nonradical right populist“. Speziell die FRP wird überwiegend nicht als rechtsextremistische Partei geführt. Rydgren bezeichnet sie als „nicht-extremistisch“, Carsten Schlüter-Knauer als „rechts-anarchistisch“, für Andersen/Bjørklund ist sie eine „populistische Rechtspartei“.⁹⁶ Indes gilt die Dänischen Volkspartei als „right-wing-extremist party“ (Jørgen Goul Andersen), Partei der „extremen Rechten“ (Gudrun Hentges) oder als „post-industrialist extreme right“ (Piero Ignazi).⁹⁷ Ob nun die eine „moderater“ oder „radikaler“ als die andere ist, variiert je nach zeitlicher Perspektive. Kurz gefasst: Die frühe FRP war moderater als die frühe DF, die späte FRP radikaler als die späte DF, die wiederum gemäßigter als die frühe

95 Vgl. Bjørklund/Andersen (FN 16), S. 107-136; Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford 2003, S. 140, 148; Stöss (FN 14), S. 527 f.

96 Vgl. Rydgren (FN 20), S. 474; Rydgren (FN 34), S. 187; Mudde (FN 9), S. 43-47; Carsten Schlüter-Knauer, Die Bedeutung des Rechtsrucks in Dänemark, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (2002), S. 152-156, hier S. 152; Andersen/Bjørklund (FN 14), S. 84.

97 Vgl. Andersen (FN 37), S. 397; Ignazi (FN 95), S. 150; Gudrun Hentges, Die extreme Rechte in Europa – zwischen niederländischem Rechtspopulismus und ungarischem Rechtsextremismus, in: Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.), *Europa – qua vadis?*, Wiesbaden 2011, S. 235-276.

DF ist. Beide sind nicht zuletzt Ausdruck der „ungewöhnlich permissiven Gesellschaft Dänemarks“. ⁹⁸

Am anderen Ende des politischen Kontinuums fällt die phänomenologische Einordnung der Sozialistischen Volkspartei und der Einheitsliste knapp und vage aus. So deklariert Herbert Kitschelt 1997 die Sozialistische Volkspartei als „far left“ und Christian Steffen stuft sie 2006 in die Familie der „Linkssozialisten“ ein. Svante Ersson klassifiziert damals wie heute DKP und EL als „modernisierte KP“, die SF als „linke Sozialisten“, beide als „strongly Leftist“. ⁹⁹ Ähnlich ordnet Luke March zu: die SF als „radikal left“, die EL als „extreme left“. ¹⁰⁰ Tim Spier und Clemens Wirries sehen in der Einheitsliste „eindeutig eine linksradikale“, in der SF eine „linkssozialistische“ Partei. ¹⁰¹ Erneut liegt die Lösung in einer zeitlichen Staffelung. SF und EL haben sich in den letzten Jahren gemäßigt, die Sozialistische Volkspartei erkennbar stärker als die Einheitsliste.

Insgesamt handelt es sich bei der Fortschrittspartei, der Dänischen Volkspartei und der Sozialistischen Volkspartei nicht um Antisystemparteien im Sinne von Gegnern des demokratischen Verfassungsstaates. Einzig die Einheitsliste weist antisystemische Züge auf. In toto empfiehlt sich für die FRP die Einordnung als nicht-extremistisch, ausgenommen die Phase Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre. Die DF prägen einzelne Elemente eines weichen Rechtsextremismus. Sie ist ethnopluralistisch, wohlfahrtsschauvinistisch, teilweise rassistisch, nicht aber systemfeindlich, fern einer Großideologie, distanziert von harten Extremismen. Die SF ist als DKP-Ablegerin heute frei von kommunistischen Ideologieelementen, steht dennoch statuarisch auf einer marxistischen Basis. Ihrer realpolitischen Mäßigung, sozialdemokratischen Annäherung und öko-sozialistischen Ausrichtung stehen ein reformerischer Anspruch auf sozialistische Systemveränderung und eine mangelnde Distanz nach Linksaußen entgegen. Dort befindet sich mit der Einheitsliste eine in Teilen linksextremistische Partei, begründet durch die Einbindung linksextremistischer Akteure, die Durchlässigkeit zum außerparteilichen Linksextremismus und ein Selbstverständnis, das den revolutionären Systemwechsel propagiert. Gegen die Einordnung als hart linksextremistisch sprechen die fehlende Großideologie, die gewaltdistanzierte Führung, die Ablehnung kommunistischer sowie die Kritik sozialistischer Diktaturen und die spürbare realpolitische Mäßigung.

Nicht in erster Linie eine sozio-ökonomische Krise, geringe Demokratiezufriedenheit oder ausgeprägte Globalisierungs- bzw. Europäisierungsängste bewirkten den Aufstieg der Flügelparteien, sondern einerseits die Unzufriedenheit mit einem überbordenden Wohlfahrts- und Steuerregime sowie (später) diffuse gesellschaftliche Bedrohungsängste, andererseits die parlamentarische Tradition radikaler Linksparteien und eine Integrationschwäche der Sozialdemokraten. Die Randparteien absorbiert(en) die in der Wäh-

⁹⁸ Andersen/Bjørklund (FN 14), S. 77.

⁹⁹ Vgl. Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe*, Michigan 1997, S. 125; Steffen (FN 12), S. 105; Ersson (FN 48), S. 426, 445; ders. (FN 53), S. 148.

¹⁰⁰ Vgl. March (FN 58), S. 4.

¹⁰¹ Vgl. Spier/Wirries (FN 68), S. 78 f., 97.

lerschaft vorhandenen Faktoren rechter und linker Unzufriedenheit und Systemkritik. Mit zwei Landespezifika: (1) Das liberale dänische Verhältniswahlssystem und die hohe Wahlbeteiligung kanalisieren die politische Unzufriedenheit – Proteststimmungen werden in der Regel zu Proteststimmen. (2) Die Unzufriedenheit äußert sich nicht in harter Systemkritik, der politische Verdruss fällt eher moderat aus. Besonders die DF erkannte Ende der 1990er Jahre die Zeichen der Zeit. In einer verschobenen gesellschaftlichen Konfliktlinienstruktur überlagerte die sozio-kulturelle Konfliktlinie das traditionelle sozio-ökonomische Cleavage, mit politischem Handlungsbedarf in den Bereichen Wohlfahrt und Immigration.¹⁰² Indem sie seither den autoritären Pol der sozio-kulturellen Achse besetzt, zugleich aber EU-skeptisch und sozialprotektionistisch argumentiert, positioniert sie sich konkurrenzlos und rekrutiert mit ihrem Zuschnitt auf ein „lower-class electorate“ einstige sozialdemokratische Wähler.¹⁰³

Die dänische Gesellschaft ist ethnisch wie kulturell sehr homogen, differenziert sich aber zunehmend aus. Die Zahl der (eingebürgerten/nicht eingebürgerten) Immigranten und deren Nachkommen stieg von rund 40.000 in den 1960ern auf 567.000 Personen (10,1 Prozent) im Jahr 2011.¹⁰⁴ Trotz dieses eher geringen allochthonen Bevölkerungsanteils weist Dänemark seit den 1990er Jahren gesellschaftliche Integrationsprobleme auf. Speziell die Beziehung zwischen Teilen der autochthonen Bevölkerung und den Muslimen ist spannungsreich. Eine Ursache liegt in einer ausgeprägten kulturellen und nationalen dänischen Identität, eine andere in einem grassierenden „kulturell-rassistischen“ Diskurs. Immigranten, zumal Muslime, gelten Teilen der Bevölkerung als kulturelle „Gefahr“ und soziale „Belastung“.¹⁰⁵ So bekundeten laut Euro-Barometer 1994 41 Prozent der Dänen, es lebten zu viele Ausländer in ihrem Land, 44 Prozent meinten, es seien viele, aber nicht zu viele. Fast die Hälfte der Bevölkerung sah dadurch ihre nationale Identität bedroht.¹⁰⁶ Der letzte World Values Survey für Dänemark aus dem Jahr 1999 belegt eine gewisse Abneigung gegen Minderheiten. So bekundeten 16,3 Prozent der Befragten, keine Muslime als Nachbarn haben zu wollen, bei den über 55-jährigen – der Kernwählerschaft der DF – waren es 22,5 Prozent. Zwei Drittel der Bevölkerung forderten mehr Migrationsbeschränkungen.¹⁰⁷ Im Jahr 2003 lehnten 24 Prozent die Aussage, Immigranten bereichern die Gesellschaft, teilweise oder vollständig ab.¹⁰⁸ Entsprechend hoch war das Problembewusstsein gegenüber Einwanderung. Noch im Jahr

102 Vgl. Jørgen Goul Andersen, The general election in Denmark, November 2001, in: Electoral Studies 22 (2003), S. 186-193, hier S. 187 f.; John E. Roemer/Karine Van der Straeten, The Political Economy of Xenophobia and Distribution: The Case of Denmark, in: Scandinavian Journal of Economics 108 (2006), S. 251-277, hier S. 253.

103 Vgl. Andersen/Bjørklund (FN 14), S. 74 f.; Rydgren (FN 20), S. 488-490.

104 Vgl. <http://www.statbank.dk> [Stand: 31. Mai 2010].

105 Vgl. Xenler (FN 24), S. 106, 115; Simonsen (FN 19), S. 360.

106 Vgl. Euro-Barometer Nr. 42 (1994), S. 69; Nr. 48 (1997), S. 71.

107 Vgl. <http://www.wvsevsdb.com> [Stand: 13. Dezember 2009].

108 Vgl. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, National Analytical Study on Racist Violence and Crime. Focal Point for Denmark, Wien 2004, S. 13 f.

2005 erkannten darin 31 Prozent der Dänen das dringlichste Problem. Seitdem ist die Relevanz des Themas stark gesunken. Geblieben sind Bedrohungsängste und eine ethnisch bestimmte Ausgrenzung von (vor allem muslimischen) Minderheiten.¹⁰⁹

Die Begründung hierfür ist komplex, keinesfalls handelt es sich um eine stereotype Fremdenfeindlichkeit einer ökonomisch bedrohten Schicht von Modernisierungsverlierern, die so in Dänemark kaum existiert. Eher spielen kulturelle Ängste und Intoleranzen einer (provinziellen) mittelständischen und kleinbürgerlichen Entourage eine Rolle, kombiniert mit medialen wie politischen Bedrohungsszenarien.¹¹⁰ Hinzu kommt, dass Dänemark nie der von vielen Beobachtern gepriesene Hort der Liberalität und Toleranz war, frei von nationalistischen und xenophoben Einstellungen, offen für alle und alles. Eher findet sich eine starke identitäre und nationale Selbstbezogenheit, eine Liberalität der ethnischen und konfessionellen Mehrheitsgesellschaft, die zwar beinahe jede Form alternativer Lebensführung toleriert, eine multikulturelle Diversität aber ablehnt.¹¹¹ Viele Dänen fürchten einen Verlust ihrer (oft als mustergültig empfundenen) nationalen Identität und Kultur. Auch deshalb ist die Zustimmung zur Ausländerpolitik der bürgerlichen Regierung bis zuletzt stets hoch gewesen.¹¹² Ebenso ist die scharfe dänische Immigrationspolitik nicht allein dem Einfluss der DF geschuldet. So hatten die Sozialdemokraten bereits Mitte der 1990er Jahre hier eine restriktive Gesetzgebung initiiert,¹¹³ wurden die Folgemaßnahmen stets von einer breiten politischen Mehrheit beschlossen und vertreten. Entsprechend trägt die oft geäußerte Auffassung nur bedingt, SD und SF hätten nur gezwungenermaßen, sprich aus Machtgründen, mit in das immigrationspolitische Konzert der Bürgerlichen eingestimmt. Dies zeigte nicht zuletzt die positive Haltung der Sozialdemokraten zu den Grenzkontrollen, ging es hier doch schließlich auch um Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst (Zoll und Polizei).

Ferner existiert in Dänemark eine verhärtete euroskeptische Minderheit. Obwohl das Land seit Jahren von der Europäischen Union profitiert, die wohlgerne von der Bevölkerung mehrheitlich positiv wahrgenommen wird, und sich die euroskeptische Haltung der Dänen kontinuierlich abgeschwächt hat, ruft die ökonomische und soziale Integration Unbehagen hervor. Insbesondere die Übertragung politischer Souveränität an europäische Institutionen, speziell in den Bereichen Währung, Steuern, Gesundheit, Soziales sowie Bildung und Einwanderung, trifft unverändert auf massive Vorbehalte. Entsprechend scheiterten die Volksentscheide über den Vertrag von Maastricht (1992) und

109 Vgl. Euro-Barometer Nr. 63 (2005), S. 24; Euro-Barometer Spezial 317, Diskriminierung in der EU im Jahr 2009, S. 65-76.

110 Vgl. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (FN 108), S. 14.

111 Vgl. Heiko Henkel, *Fundamentally Danish? The Muhammad Cartoon Crisis as Transitional Drama*, in: *Human Architecture: Journal of the Sociology of Self-Knowledge* 8 (2010) 2, S. 67-81; Bernd Kretschmer, *Dänemark. Eine Nachbarschaftskunde*, Berlin 2010, S. 98-105.

112 Vgl. André Anwar, *Sparen mit der Ausländerpolitik*, in: *Neue Luzerner Zeitung* vom 2. Mai 2011.

113 Vgl. Jasper von Altenbockum, *Haiders Thesen sind in Dänemark Regierungspolitik*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Februar 2000.

die Einführung des Euro (2000), wurde und wird die EU-Verfassung nur von einer Minderheit der Dänen befürwortet. Im Jahr 2010 verbanden immerhin 32 Prozent mit der EU eine überbordende Bürokratie, 33 Prozent ein Mehr an Kriminalität, und 40 Prozent waren der Auffassung, es gebe nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen.¹¹⁴ Die Dänische Volkspartei als rechte Vertreterin eines weichen Euroskeptizismus und die Einheitsliste als linke Vertreterin eines harten Euroskeptizismus bedienen dieses Feld. Sie interpretieren die ökonomische Dimension der Europäischen Integration als Bedrohung des Wohlfahrtsstaates; bei der DF kommt noch die kulturell-nationale Dimension hinzu, die „Überfremdungs-“ und Verlustängste generiert. Beide nutzen jede Gelegenheit, um der Öffentlichkeit die Eingriffe der EU in die dänische Souveränität aufzuzeigen. Dies fruchtet, werden doch „Einschränkungen der Souveränität überwiegend als Bedrohung des dänischen Einflusses, der dänischen Werte und der dänischen Kultur und Identität empfunden“.¹¹⁵

Schon gegenüber Glistrups Fortschrittspartei bestand kein weitgehender „Cordon Sanitaire“; gleichwohl war ihr direkter Einfluss auf die dänische Regierungspolitik gering. Differenzierter und inkonsistenter gestaltete sich anfangs das Verhältnis der „Etablierten“ zur Dänischen Volkspartei. Die Sozialdemokraten deklarierten die DF einerseits in frühen Eindämmungs- und Delegitimierungsversuchen als „nicht stubenrein“ und regierungsunfähig, andererseits bediente Nyrop Rasmussen mit einer restriktiveren Einwanderungspolitik teilweise deren Inhalte.¹¹⁶ Im bürgerlichen Lager erodierte die anfängliche Abgrenzung bald aus machtpolitischen Gründen. Die DF beeinflusste auf diese Weise bis 2001 indirekt den öffentlichen und politischen Diskurs über Immigration, seither – obwohl nicht regierungsbeteiligt – direkt das Regierungshandeln.¹¹⁷ Für Liberale und Konservative ist die parlamentarische Zusammenarbeit mit der DF eine ausgemachte Sache, die DF der wesentliche Grund für die Stabilität der bis 2011 amtierenden bürgerlichen Minderheitsregierung. Spätestens seit der Wahl 2007 ist die Volkspartei nicht länger als ein Protestphänomen zu verstehen, sondern muss als etablierte politische, wiewohl gesellschaftlich umstrittene Kraft gelten.¹¹⁸ Sah sich die frühe DF in einer „notorischen Herausfordererrolle“ (Frank Decker) gegen die Machthaber und deren Wertekonsens, haben sich ihre Angriffe auf das politische Establishment ebenso wie die rassistische Sprachregelung seit ihrer Regierungsbeteiligung abgeschwächt.¹¹⁹ Die DF versuchte zuletzt, den Status der Protestpartei zu überwinden, präsentierte sich als stabile und vertrauensvolle Organisation, agierte aber aus ihrer Duldungsrolle heraus als eine Art „outsider to the establishment“ (Jens Rydgren). Im Zuge dessen schmolz die Abgrenzung zur RV und der SD sowie zu einigen Gewerk-

114 Vgl. Euro-Barometer Nr. 36 (1991), S. 28-31; Nr. 47 (1997), S. 28-35; Nr. 68 (2007), S. 141, 189; Nr. 73 (2010), S. 137, 238.

115 Kretschmer (FN 111), S. 95.

116 Vgl. Downs (FN 12), S. 45.

117 Vgl. Mudde (FN 9), S. 280 f.; Bjørklund/Andersen (FN 16), S. 128.

118 Vgl. Meret (FN 29), S. 109-112; Downs (FN 12), S. 44 f.; Schymik (FN 25), S. 2.

119 Vgl. Lawler (FN 24), S. 111.

schaften.¹²⁰ Dass die Volkspartei im Jahr 2011 erstmals eine direkte Regierungsbeteiligung anstrebte, bekräftigt diese Lesart.

Die Segmentierung im linken Spektrum des Parteiensystems ist traditionell gering. Schon in der Phase der sozialdemokratischen Minderheitsregierungen Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre wandte sich nur eine Minderheit der Sozialdemokraten gegen jede Kooperation mit der extremen Linken. Ihre Abneigung speiste sich weniger aus einem antiextremistischen Impetus, vielmehr hatte sie inhaltliche (z. B. Ablehnung der EG-Mitgliedschaft Dänemarks durch die SF) und machtpolitische Gründe.¹²¹ Obgleich die SF Ende der 1960er Jahre Regierungsfähigkeit bewiesen hatte, wurde sie von den Sozialdemokraten und Sozialliberalen noch bis Mitte der 1990er Jahre als nicht regierungsfähig empfunden, war nie direkt an einer Koalition beteiligt.¹²² Heute forcieren die Sozialdemokraten die linke Regierungskooperation. Innerhalb der SF dominiert nun das regierungswillige, pro-europäische Lager. Entsprechend standen seit einigen Jahren für den Fall einer roten Mehrheit alle Zeichen auf eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Volkssozialisten, parlamentarisch partiell gestützt durch die Einheitsliste, unter eventuellem Einbezug der Sozialliberalen. Letztgenannten fiel nach der Wahl 2011 erstmals wieder eine Schlüsselrolle zu. Obwohl sie auch eine Fortsetzung der bürgerlichen Regierung hätten ermöglichen können, entschieden sie sich – wie im Jahr 2010 von einem Parteitag beschlossen – für ein Bündnis mit SD und SF.¹²³ Die Zustimmung der RV im Mai 2011 zur Pensionsreform des liberalkonservativen Kabinetts stand dem nicht entgegen, so die Vorsitzende Margrethe Vestager. „We made an agreement on retirement reforms with the Liberal-Conservative government and the Danish People’s Party. And we are endorsing Helle Thorning to be the next prime minister. It is neither red nor blue. It is radical.“¹²⁴ In ihren bisherigen Kooperationen mit den Sozialdemokraten zwangen die Sozialliberalen diesen regelmäßig einen gemäßigten Kurs und die Distanzierung nach Linksaußen auf.¹²⁵ Vor allem der Sozialistischen Volkspartei dürfte dies künftig Kompromisse abringen. Indes handelt es sich bei der Partnerschaft zwischen SD und SF um einen „Umbruch in der dänischen Politik“¹²⁶, ist die Letztgenannte doch erstmals regierungsbeteiligt – 52 Jahre nach ihrer Gründung. Da die lagerinterne Mehrheitsbildung der liberalkonservativen Regierung eine der Hauptgründe für die enge oppositionelle Zusammenarbeit zwischen SD und SF war, könnte sich mit dem jetzt geschlosse-

120 Vgl. Mauthe (FN 30), S. 34; Peter Birke, „Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts“. Rechtsparteien in Dänemark, in: Utopie kreativ, Oktober 2003, S. 885-898, hier S. 895.

121 Vgl. Rubart (FN 7), S. 138; Eysell (FN 6), S. 262.

122 Vgl. Thomsen (FN 65), S. 319.

123 Vgl. Resolutionsforslag vedtaget Det Radikale Venstres Landsmøde 2010, unter: <http://radikale.dk> [Stand: 23. Mai 2011].

124 Margrethe Vestager zitiert in: Jennifer Buley, Bloc breakers: the renaissance of the “radical” centrists, unter: <http://www.cphpost.dk> vom 22. Mai 2011 [Stand 10. Juni 2011].

125 Vgl. Siegfried Thielbeer, Das Ende des Züngleins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. August 2009.

126 Johansen (FN 53), S. 251.

nen linken Bündnis der Polarisierungstrend fortsetzen. Darüber entscheidet nicht zuletzt der Kooperationswille der Einheitsliste. Dass mit dieser eine demokratisch sehr zweifelhafte Partei die neue Minderheitsregierung stützt, blieb bislang ohne (europäische) Resonanz – ganz im Unterschied einst zur Dänischen Volkspartei.

3. Literatur

Dänemark spielt in Betrachtungen zum europäischen Extremismus wegen seiner nur schwach bzw. nicht eindeutig ausgeprägten extremistischen Phänomene kaum eine Rolle. Insbesondere liegen über das Königreich dies- wie jenseits der international vergleichenden Perspektive keine systematischen Studien auf Basis eines normativen Extremismuskonzeptes vor.¹²⁷ Die vielen Vergleichsstudien zum Rechtspopulismus konzentrieren sich vorrangig auf West- und Südeuropa. Sie beleuchten etwa Österreich, die Schweiz oder Frankreich, mitunter sogar Deutschland, blenden die Dänische Volkspartei aber aus bzw. streifen diese nur. Ähnliches gilt für einige Arbeiten zum europäischen Rechtsextremismus.

Studien über Dänemark widmen sich vorrangig Rechtsextremismus und -populismus¹²⁸ sowie artverwandten Themen (z. B. Xenophobie). Während sich das Werk von Anders Widfeldt¹²⁹ zum Rechtspopulismus und -extremismus in den vier Nordländern in Vorbereitung befindet, sind besonders die Studien von Jens Rydgren¹³⁰ und die (einseitigen) Arbeiten René Karpantschofs¹³¹ erwähnenswert. Die Gunst der Forschung gilt den Parteien. Nach frühen Analysen zur dänischen FRP¹³² erfährt die Dänische Volkspartei wissenschaftliche Aufmerksamkeit in Form von (teilweise vergleichenden) Aufsätzen¹³³ und (vorrangig dänischsprachigen) Monografien.¹³⁴ Unter den jüngeren Schriften verdient neben der Studie von Jan Christopher Mauthe¹³⁵ vor allem die im

127 Außer Thomas Schubert, Extremismus in Dänemark, in: Jesse/Thieme (FN 9), S. 65-81.

128 Vgl. etwa Rune Engelbreth Larsen, *Det nye højre i Danmark*, København 2001; Peter Heller, *Culture as politics. Right-wing political radicalism in Denmark, from anarchism to culturalism*, Copenhagen 2002.

129 Anders Widfeldt, *The Nordic Countries and the Extreme Right Challenge*, London (voraussichtlich 2012).

130 Etwa Jens Rydgren, *Radical Right-wing Populism in Sweden and Denmark*, unter: <http://www.europebgu.org.il> [Stand: 2. Juni 2011]; ders. (FN 20); ders. (FN 34).

131 Exemplarisch René Karpantschof, *Nynazismen og dens modstandere i Danmark. Politiske bevægelser i internationale rammer 1980-1998*, Esbjerg 1999; ders., *Populism and right wing extremism in Denmark 1980-2011*, Copenhagen 2002.

132 Exemplarisch Jane Wickmann, *Fremskridtspartiet, hvem og hvorfor?*, København 1977; Jens Ringmose, *„Kedeligt har det i hvert fald ikke været...“*. *Fremskridtspartiet 1989-1995*, Odense 2003.

133 Anstatt vieler Rydgren (FN 20); Bjørklund/Andersen (FN 16).

134 Etwa David Trads, *Danskerne først! En historie om Dansk Folkeparti*, København 2002; Anne Jessen (Hrsg.), *Stuerent? Dansk Folkeparti, populisme, antimuslimsk retorik og offermytologi*, København 2009.

135 Mauthe (FN 30).

Jahr 2010 an der Universität Aalborg (bei Jørgen Goul Andersen) verteidigte Doktorarbeit von Susi Meret¹³⁶ Erwähnung.

Dem gegenüber mangelt es an Studien zu Linksextremismus bzw. Linkspopulismus. 1998 konstatierte Svante Ersson: „Die Literatur über die gegenwärtige politische Linke und die gegenwärtig existierenden kommunistischen Parteien in Skandinavien ist auffällig dünn gesät“.¹³⁷ Sein Urteil gilt für Dänemark fort, speziell mit Blick auf den nicht-partEIFörmigen Linksextremismus. Einer der wenigen ausgewogenen Länderbeiträge zu Dänemark ist von eben jenem Svante Ersson.¹³⁸ Zwei jüngere Länderstudien von Inger V. Johansen entstammen dem Repertoire der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu linken Parteien in Europa.¹³⁹ Als Überblicks- und Einordnungsstudien empfehlen sich die Arbeiten von Luke March¹⁴⁰, dessen Monografie zum Thema „Radical Left Parties in Europe“ in Kürze erscheint.¹⁴¹ Zu den Linksparteien existieren kaum Arbeiten. Neben älteren Studien¹⁴² seien die jüngeren von Peter Birke¹⁴³ und Dag Arne Christensen¹⁴⁴ erwähnt.

136 Susi Meret, *The Danish People's Party, the Italian Northern League and the Austrian Freedom Party in a Comparative Perspective: Party Ideology and Electoral Support*, Aalborg University 2009.

137 Ersson (FN 48), S. 423.

138 Vgl. Ersson (FN 53).

139 Inger V. Johansen, *Die soziale und politische Linke Dänemarks*, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteialliancen*, Berlin 2009, S. 42-50; dies. (FN 53).

140 Vgl. March (FN 58); ders., *Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream?*, unter: <http://library.fes.de> [Stand. 14. Januar 2010].

141 Vgl. ders., *Radical Left Parties in Europe*, London (voraussichtlich) 2012.

142 Etwa Ursula Schmiederer, *Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks. Eine Partei der Neuen Linken*, Frankfurt a. M. 1969; John Logue, *Socialism and abundance, radical socialism in the welfare state. A study of the Danish Socialist People's Party*, Copenhagen 1982; Niels Finn Christiansen: *Denmark: End of an Idyll?*, in: Perry Anderson/Patrick Camiller (Hrsg.): *Mapping the West European Left*, London/New York 1994, S. 77-101; Ernst Dahl, *Venstrefløjens lange march. Politiske strategier på venstrefløj – DKP, SAP og VS*, København 1999.

143 Peter Birke, *Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten*, Berlin 2003.

144 Dag Arne Christensen, *The Danish Socialist People's Party. Still Waiting After All These Years*, in: Jonathan Olsen/Michael Koß/Dan Hough (Hrsg.), *Left parties in national governments*, Basingstoke 2010, S. 121-137.

Zeitschriftenporträt: Interim

Von Marie-Isabel Kane

1. Darstellung

Seit ihrer Entstehung Anfang der 1980er Jahre zeichnet sich die Autonome Szene durch eine rege Zeitschriftenproduktion aus.¹ Die Laufzeit dieser Blätter war jedoch in der Regel auf einige Jahre beschränkt. Zudem kam und kommt die Leserschaft der meisten Zeitschriften aus dem jeweiligen regionalen Umfeld.² Eine Ausnahme bildet das seit dem 1. Mai 1988 herausgegebene Periodikum *Interim*. Aufgrund ihrer für Szeneverhältnisse außergewöhnlichen Langlebigkeit konnte sich die Zeitschrift zu einem für Beobachter wie Aktivisten wertvollen Wegbegleiter entwickeln. Dem bis 1997 wöchentlich als *Interim – wöchentliches Berlin Info* erscheinende Periodikum gelang es, mit einer geschätzten Auflage von etwa 1.000 Exemplaren bundesweite Verbreitung zu erzielen und sich damit als wichtigstes Kommunikationsorgan der Autonomen Szene zu etablieren.³

Anspruch und Selbstverständnis des Periodikums brachte das Redaktionskollektiv der ersten Ausgabe im Jahr 1988 folgendermaßen zum Ausdruck: „Mit dieser Zeitung versuchen wir, an die neuen Strömungen der radikalen undogmatischen Berliner Linken anzuknüpfen und gleichzeitig zwei Lücken zu schließen: ein fehlendes Berliner Info der undogmatischen Linken und der politische Abgang der taz“.⁴ Die Relevanz des eigenen Zeitschriftenprojekts ergab sich für die Initiatoren also vor allem aus der seinerzeitigen Lage der linksautonomen Medienlandschaft. Kritisch merkte das erste Redaktionskollektiv an, die Zeitschrift *radikal* sei in der Illegalität erstarrt und die Zeitschriften *wildcat* und *Autonomie* (letztere schlug eine Brücke zwischen Spontis und der jungen autonomen Szene) seien zu reinen Theorieorganen degeneriert.⁵

In dieser Situation entschieden sich die *Interim*-Initiatoren für die Gründung einer Zeitschrift, die es der Szene ermöglichen sollte, sich selbst zu Wort zu melden. Dementsprechend verfasst nicht die in Berlin-Kreuzberg ansässige Redaktion die Artikel. Vielmehr druckt sie zugesandte Texte ab. Diese können theoretisch von jedermann

1 Der folgende Text ist in enger Zusammenarbeit mit Matthias Mletzko entstanden. Ihm sei an dieser Stelle für die Bereitstellung zahlreicher Unterlagen sowie für hilfreiche Anregungen gedankt.

2 Einige Beispiele sind: s'Blättle (Stuttgart), Ausbruch (Freiburg), Swing-autonomes Rhein-Main-Info (Rhein-Main Gebiet), ruhrgebietsinfo, Unfassba (Münster), Land unter (Norddeutschland), RAZZ (Hannover), sabot (Hamburg), kassiber (Bremen) und KommPost (Weimar).

3 Die *Interim* erscheint seit 1997 alle zwei Wochen.

4 *Interim*, Nr. 1 (1. Mai 1988), S. 2.

5 Vgl. ebd.

stammen. Mit dem unkonventionellen redaktionellen Konzept soll einer Vielzahl von Gruppierungen die Möglichkeit gegeben werden, Texte und Positionspapiere zu veröffentlichen.⁶ Zudem möchte die Redaktion keine Inhalte bestimmen.⁷ Die Grenzen dieses Anspruchs zeigten sich allerdings bereits mehrfach in der Praxis. In einigen Fällen wies die Redaktion Verfasser eines unliebsamen Textes auf im entsprechenden Beitrag geäußerte politisch problematische Positionen hin und bekundete, den Text nicht in die Zeitschrift aufzunehmen.⁸ Später räumte die Redaktion immerhin ein, Texte zwar grundsätzlich im Original abzdrukken, doch nicht in jedem Fall unkommentiert.⁹ „Nicht zensieren, kommentieren“¹⁰, lautet die Devise. Ein weiterer Aspekt, der dem Anspruch redaktioneller Selbstbeschränkung zuwiderläuft, ist die Vorgabe von Themenschwerpunkten für noch nicht erschienene Ausgaben.¹¹ Eine – wenn auch begrenzte – redaktionelle Strukturierung lässt sich insofern nicht leugnen.

Thematische Phasen der *Interim* exakt abzugrenzen ist schwierig. Dies hat vor allem zwei Gründe: Erstens bilden viele Hefte ein breites Themenspektrum ab, das von Antifaschismus über Kurdistan-Solidarität bis hin zur Atomkraft reicht. Zweitens können vermeintlich in Vergessenheit geratene Themen nach Jahren wieder an Bedeutung gewinnen. Ein Blick in das *Interim*-Gründungsjahr zeigt zunächst, dass die Autonome Szene zu dieser Zeit bereits Hochphasen linksmlitanter Mobilisierungen im Zusammenhang mit dem Häuserkampf, Anti-AKW-Bewegung, Frankfurter Startbahn West, Friedensbewegung durchschritten hatte und sich zum Ende der 1980er Jahre im Kontext vereinigungsbedingter Umbrüche auf einen markanten Tiefpunkt zubewegte. Ein neues Mobilisierungsthema, in dessen Kontext die *Interim* schließlich entstand, fand die Szene in dem Berliner Treffen von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September 1988. Die daraufhin initiierte Kampagne prägte daher auch maßgeblich den ersten Jahrgang des Szeneblatts.

In den Folgejahren kristallisierten sich einige Themen heraus, die gewissermaßen dauerhafte Konjunktur entwickelten. Dazu zählen unter anderem die seit dem 1. Mai 1987 abgehaltenen Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen, einige internationale Konflikte¹², Auseinandersetzungen mit der städtebaulichen Umstrukturierung Berlins sowie die solidarische Begleitung von Gerichtsverfahren gegen Personen oder Gruppen, die innerhalb der Szene zu Opfern des Staates stilisiert werden. In zahlreichen Beiträgen brachten Szenemitglieder etwa in den 1990er Jahren ihre Solidarität mit Mumia Abu-Jamal zum Ausdruck.¹³ Aber auch gegenüber weniger bekannten Aktivisten, die mit

6 Vgl. Einige Interims, Lest, diskutiert und schreibt Interim, in: Interim, Nr. 504 (15. Juni 2000), S. 9.

7 Vgl. Interim, Nr. 1 (1. Mai 1988), S. 3.

8 Vgl. Interim, Nr. 515 (30. November 2000), S. 2; Interim, Nr. 358 (11. Januar 1996), S. 2.

9 Vgl. o.V., Ein Teil des Kollektivs Interim fragt und merkt an, in: Interim, Nr. 504 (15. Juni 2000), S. 15.

10 Ebd.

11 Vgl. Interim, Nr. 516 (Dezember 2000), S. 2.

12 Die größte Aufmerksamkeit galt bislang dem Nahost-Konflikt.

13 Mumia Abu-Jamal ist ein US-Amerikaner, der wegen der Ermordung eines Polizisten zum Tode verurteilt wurde.

strafrechtlicher Verfolgung konfrontiert sind, wird in der *Interim* immer wieder Solidarität bekundet. Neben denjenigen Themen, die von Beginn an bis heute zum Themenhaushalt der *Interim* gehören, gewannen andere Inhalte erst später an Relevanz. In den 1990er Jahren, infolge der Zunahme militanter Handlungen mit antifaschistischem und antirassistischem Hintergrund, beschäftigten sich die Beiträge der *Interim* verstärkt mit der rechtsextremen Szene sowie der staatlichen Ausländerpolitik. Ab dem Jahr 2000 bemühte sich das Autonome Spektrum, an Kampagnen gegen „marktradikale Wirtschaftspolitik“ und deren globale Folgen anzudocken. Die Anti-Expo-Kampagne füllte daher um die Jahrtausendwende nahezu einen ganzen Jahrgang der *Interim*. Bereits mehrfach thematisierten Hefte zudem die Aktivitäten Autonomer Szenen in anderen Staaten. Insbesondere die Autonome Szene Frankreichs tauchte bereits in etlichen Texten des Periodikums auf. Im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise beschäftigten sich in jüngster Zeit zudem mehrere Artikel mit den Protesten griechischer linksmilitanter Gruppen.

Über die Redaktionen der *Interim* erhält der Leser keine detaillierten Informationen. Bekannt ist die Beteiligung wechselnder Gruppen an der Veröffentlichung des Szenenblatts.¹⁴ Entscheidet sich eine Gruppe, das Redaktionskollektiv zu verlassen, wird dies in Einzelfällen den Lesern mitgeteilt.¹⁵ Weitgehend anonym bleibt die Autorenschaft. Nur gelegentlich publizieren bekannte Gruppierungen oder Personen einen Beitrag, wie in den 1990er Jahren etwa die Antiimperialistischen Zellen (AIZ) oder später die militante Gruppe (mg). Als Urheber der Texte bekennen sich in den meisten Fällen sogenannte No-Name-Gruppen wie „einige Antifaschisten“, „ein paar Autonome aus Berlin“ oder „Linksradikale aus Prenzlauer Berg“. Nur vereinzelt veröffentlichen dieselben Verfasser über Jahre hinweg Texte in der *Interim*, wie eine chronologische Betrachtung erkennen lässt.¹⁶

Wie eine von der *Interim* Ende der 1990er Jahre initiierte Leserbefragung ergab, hatten zwei Drittel der Leser mindestens schon einmal einen Text verfasst. Über diese Leserschaft kann dank mehrerer von dem Szenenblatt selbst herausgegebener Fragebögen und der Veröffentlichung der entsprechenden Ergebnisse zumindest ein oberflächlicher Eindruck gewonnen werden.¹⁷

14 Vgl. *Interim*, Most wanted. Ein offener Brief zur Zukunft der *Interim*, in: *Interim*, Nr. 577 (24. Juli 2003), S. 4-7, hier S. 5.

15 Vgl. o.V., Wir sind raus. Zur Beendigung der Redaktionstätigkeit einer an der Erstellung der *Interim* beteiligten Gruppe, in: Ebd., S. 8-11.

16 Gemeint ist damit etwa die Gruppe „Timur und sein Trupp“, die bereits zahlreiche Beiträge publizierte. Vgl. Timur und sein Trupp, Abschied, in: *Interim*, Nr. 357 (21. Dezember 1995), S. 27; dies., 2x0 ‚Deutscher Herbst‘, in: *Interim*, Nr. 430 (21. August 1997), S. 22; dies., American football?, in: *Interim*, Nr. 452 (11. Juni 1998), S. 28; dies., Zur Wahl. Eine Scheibe Schinken?, in: *Interim*, Nr. 459 (17. September 1998), S. 26; dies., Autonomie gegen Krieg, Massenmord und Antisemitismus, in: *Interim*, Nr. 574 (12. Juni 2003), S. 20-21.

17 Hinsichtlich der Aussagekraft der Daten ist dennoch zu bedenken, dass die Redaktion der *Interim* von 1.500 herausgegebenen Fragebögen nur 151 ausgefüllte zurückerhielt. Die Beteiligung lag insofern bei rund 10 Prozent.

Demnach handelte es sich Ende der 1990er Jahre bei der Hälfte der Leser um Personen zwischen 21 und 30 Jahren, von denen über 75 Prozent in Westdeutschland aufgewachsen war.¹⁸ Des Weiteren ordnen sich über zwei Drittel dem „autonom-undogmatisch-libertären Spektrum“ zu.¹⁹ Welchen Teil der heutzutage noch stärker zersplitterten Autonomen Szene die *Interim* inzwischen abbildet, ist schwer einzuschätzen. Die in den vergangenen Jahren insbesondere entlang der Israel- und Palästinafrage entstandene Heterogenität der Autonomen Szene blieb auch in der linksautonomen Medienlandschaft nicht folgenlos. So stehen mittlerweile Publikationen immer mehr für eine Richtung oder Gruppierung. Die *Interim* hingegen repräsentiere vor allem diejenigen, die sich bislang keiner Fraktion anschlossen.²⁰

Die *Interim* finanziert sich überwiegend durch Spenden und steckt notorisch in finanziellen Schwierigkeiten. Über diese Problematik wird der Leser unermüdlich in Kenntnis gesetzt. Beinahe gebetsmühlenartig erinnert die Redaktion daran, sogenannte Soliparties zu organisieren und Spendenbüchsen aufzustellen.²¹ Die finanzielle Lage trägt höchstwahrscheinlich auch zu dem recht unprofessionell wirkenden Erscheinungsbild des Periodikums bei, das vor allem in Infoläden, einigen ausgewählten Buchläden, Kneipen sowie Autonomen Zentren erhältlich ist.²² In der ersten Ausgabe der *Interim* wiesen die Initiatoren des Szeneblatts zunächst jedwede Ansprüche an das Layout zurück.²³ Mit der Absicht, das Erscheinungsbild der *Interim* zu optimieren, rückten die Folgeredaktionen dennoch von der ursprünglichen Haltung ab.²⁴ Dies ist teilweise auch gelungen. Ein Vergleich der *Interim*-Jahrgänge der 1990er Jahre etwa mit demjenigen aus dem Jahr 2009 lässt Verbesserungen des Layouts deutlich erkennen. Einzelne Hefte verfügen außerdem über ein klug durchdachtes Titelblatt, das die jeweilige politische Aussage provokant zum Ausdruck bringt. Dennoch zeugt das Layout, insbesondere im direkten Vergleich mit jüngeren Zeitschriften der Autonomen Szene, nicht von hoher Professionalität. Die wechselnden Redaktionen verzichteten nach wie vor darauf, die zugesandten Texte erneut abzutippen, veröffentlichen sie stattdessen im Original.²⁵ Daher wechseln Schriftart und -größe häufig. Einige Beiträge sind für den Leser zudem nur schwer zu entziffern sind. Mit ihrem Layout kann die *Interim* insofern kaum punkten. Weitaus einfallsreicher erweist sich der Umgang mit der Sprache. Beliebt sind vor

18 Vgl. Das Interim-Fragebogenkomitee: Deine Meinung zur Interim war (und ist) gefragt! Die Auswertung des Fragebogens, in: *Interim*, Nr. 426 (26. Juni 1997), S. 5.

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. Ak Wantok (Hrsg.), *Perspektiven autonomer Politik*, Münster 2010, S. 396.

21 Vgl. o.V., *Political Inkasso – Folgt dem finanziellen der politische Bankrott?*, in: *Interim*, Nr. 564 (23. Januar 2003), S. 30.

22 In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Redaktion ihre Leser stets dazu auffordert, die Zeitschrift auch an anderen Orten auszuliegen.

23 Vgl. *Interim*, Nr. 1 (1. Mai 1988), S. 3.

24 Vgl. *Interim*, Nr. 500 (20. April 2000), S. 2 f.

25 Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass auch auf Datenspeicher abgelegte Texte eingeschickt werden können.

allem Wortspiele. Beispielhaft ist dafür etwa die gängige Parole „Feuer und Flamme für diesen Staat“.²⁶

Der Aufbau der *Interim* hat sich seit Beginn kaum geändert. Im Anschluss an das Vorwort, in dem sich die jeweilige Redaktion zum Inhalt der entsprechenden Ausgabe äußert, werden die zugesandten Texte abgedruckt. Die letzte Seite des Periodikums dient in der Regel der Information über anstehende Termine sowie dem Aufruf zur Teilnahme an Demonstrationen. Bei den Beiträgen handelt es sich vor allem um Positionspapiere einzelner Gruppierungen, Ankündigungen von Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen sowie Artikel, in denen bereits durchgeführte Aktionen aufgearbeitet werden. In aktuelleren Ausgaben werden zudem gelegentlich Artikel aus bürgerlichen Medien sowie Blog-Einträge publiziert.

Einen zentralen Platz nehmen Rechtfertigungsschreiben ein. In diesen Texten begründen Einzelpersonen oder Gruppen von ihnen durchgeführte gewalttätige Anschläge. Diesen Schreiben wird innerhalb des Periodikums oftmals eigens eine Rubrik, meistens unter dem Titel „Volksport“, gewidmet.²⁷ Umfang und Anzahl der Rechtfertigungstexte variieren. In seltenen Fällen füllen sie mehrere Seiten. Die Länge der Texte beschränkt sich meist auf ein paar Zeilen. Folglich erhält der Leser nur wenig Information über den genauen Tathergang. Als stilistisches Mittel bedienen sich die Verfasser der „Bekenner-schreiben“ oftmals eines ironischen Untertons. Folgendes Zitat veranschaulicht dies: „Nach kurzer Intervention sind wir am 27. März mit den Reifen des weißen Kleinwagens mit HVL-Kennzeichen in der Fehrbelliner Str. in Prenzelberg übereingekommen, dass es unzumutbar für sie wäre, länger für die propagandistische Zur-Schau-Fahrung des faschistischen Aufklebers ‚Ehre den deutschen Soldaten – tapfer, ritterlich, anständig‘ an eben diesem PKW genutzt zu werden“.²⁸

Wie der Vergleich mehrerer *Interim*-Jahrgänge zeigt, bewegt sich die Zahl der Rechtfertigungsschreiben zwischen einem und sechs pro Ausgabe. In aktuelleren Jahrgängen mehrten sich hingegen Ausgaben, in denen sich kein einziges Rechtfertigungsschreiben findet. Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Umstand auf die verstärkte Nutzung des Internets als Kommunikationsmedium zurückzuführen ist.

Bei den in den Rechtfertigungstexten geschilderten Sachverhalten handelt es sich überwiegend um Fälle von Sachbeschädigung.²⁹ Ob die Verletzung einer Person dabei in Kauf genommen wird, ist vielfach nicht nachweisbar. Ausschlaggebend sind dafür unter anderem die Kürze dieser Schreiben und, damit verbunden, fehlende Informationen über den genauen Sachverhalt. Diese Problematik lässt sich anhand eines

26 O.V., Neuro-Enhancer für die Schreibtischtäterinnen des SWP. Soziale Kontrolle sabotieren und den Polizeikongress angreifen, in: *Interim*, Nr. 705 (12. Februar 2010), S. 28.

27 In aktuelleren Ausgaben werden in die Volksport-Rubrik vereinzelt Artikel aus „bürgerlichen“ Medien, wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung oder der Wochenzeitung *Die Zeit*, die über vermutlich von Autonomen verübte, gewaltsame Aktionen berichten, unkommentiert aufgenommen.

28 *Interim*, Nr. 499 (6. April 2000), S. 26.

29 Der Vergleich umfasst die folgenden Jahrgänge der *Interim*: 1988, 1995, 2000, 2009, 2010.

Schreibens aus dem Winter 1994 aufzeigen. Die Verfasser bekennen sich dazu, an Heiligabend die Scheiben eines Hamburger Restaurants eingeschlagen zu haben.³⁰ In diesem Zusammenhang erlitt ein Gast des Restaurants Verletzungen. In dem Rechtfertigungsschreiben der Täter wird dies jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Für die Mitglieder der Autonomen Szene erfüllt die *Interim* einige wichtige Funktionen. Durch Beiträge, die etwa Informationen über zivile Polizisten sowie Hinweise zu Mitarbeitern des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder der Verfassungsschutzämter der Länder liefern, trägt sie zum Schutz der Aktivisten sowie zur Abgrenzung der Szene nach außen bei. Szenemitglieder schildern teilweise detailliert ihre persönlichen Erfahrungen mit Mitarbeitern des Verfassungsschutzes und machen genaue Angaben zu den entsprechenden Personen.³¹ Dies kann bis zur Veröffentlichung eines Fotos der betreffenden Person führen.³² In unregelmäßigen Abständen werden zudem Beiträge publiziert, die detaillierte Informationen zur technischen Durchführung von Gewaltakten liefern. Dabei kann es sich etwa um eine Anleitung zur Anfertigung einer Hakenkralle handeln³³ oder um die Veröffentlichung von persönlichen Daten des „Feindes“. So veröffentlichte das Szenebblatt Anfang der 1990er Jahre etwa die in dem Notizbuch eines Parteifunktionärs der Republikaner vermerkten Namen und Adressen von Personen.³⁴

Die Gewaltpraxis der Autonomen Szene war bereits mehrfach Gegenstand von Debatten, die in der *Interim* ausgetragen wurden. Dabei ging es im Wesentlichen um Fragen nach den Grenzen des eigenen gewaltsamen Handelns sowie dessen Vermittelbarkeit und Einbettung in eine Gesamtstrategie. Bezeichnenderweise mündeten die zum Teil über Jahre geführten, regen Kontroversen nie in ein endgültiges Ergebnis im Sinne eines Konsenses. Stattdessen ließen die Debatten zum Teil sehr unterschiedliche Positionen der Szene im Raum stehen und viele Fragen offen. Sie wiederholen sich ferner und verlaufen teilweise im Kreis. Für den Außenstehenden stellt sich daher die Frage nach dem Sinn und der Relevanz der Militanzdebatten.

Auseinandersetzungen mit dem Thema Militanz stießen in vielen Fällen besondere Ereignisse an. Dies galt etwa zu Beginn der 1990er Jahre für den Tod Gerhard Kaindls, eines Aktivisten der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH).³⁵ Der Fall Kaindl warf die Frage auf, ob die Tötung eines „Faschisten“ akzeptabel und angesichts der seinerzeitigen Lage als Mittel in Erwägung zu ziehen sei. In einem *Interim*-Beitrag hieß es: „Dass in einer direkten Konfrontation die Möglichkeit der Tötung

30 Vgl. *Interim*, Nr. 314 (12. Januar 1995), S. 29.

31 Vgl. *Interim*, Nr. 180 (13. Februar 1992), S. 10.

32 Vgl. *Interim*, Nr. 499 (6. April 2000), S. 13.

33 Vgl. o.V., Anleitung aus radikal 149 (1995), in: *Interim*, Nr. 520 (22. Februar 2001), S. 6 f.

34 Vgl. *Interim*, Nr. 184/185 (19. März 1992), S. 9.

35 Gerhard Kaindl wurde in der Nacht vom 3. zum 4. April 1992 in einem chinesischen Restaurant in Berlin mit einem Messer tödlich verletzt. Die Tat verübten Mitglieder der linksextremistischen Szene.

eines Faschisten liegt, finden wir ein tragbares Risiko (auch, wenn das nicht die ausdrückliche Bestimmung der Aktion war)³⁶. Von dieser Position distanzierte sich die *Interim*-Redaktion im Vorwort der gleichen Ausgabe. Die Tötung eines Menschen, auch wenn es sich um einen „Faschisten“ handle, sei inakzeptabel.³⁷ Mit dieser Äußerung beziehe sie sich nur auf das genannte Papier und nicht grundsätzlich auf die Tötung Kaindls, räumte die Redaktion jedoch gleichzeitig ein. Weniger moralisch als strategisch argumentierten wiederum andere Aktivisten innerhalb der Kaindl-Debatte. Die Tötung Einzelner könne politische Tendenzen nicht verhindern, gaben diese etwa in einem *Interim*-Beitrag von 1994 zu bedenken.³⁸ Eine Gesamtbetrachtung der Kaindl-Debatte zeigt ferner, dass in vielen Texten die Solidarität mit den Tätern wichtiger war³⁹ als die Frage, ob die Tötung einer Person legitim sei. Zwei Aspekte trugen zu diesem Umstand maßgeblich bei. Erstens war die Ermordung Kaindls keine vorsätzlich begangene Tat. Zweitens stand sie in einem zeitlichen Kontext, den die Ausschreitungen von Hoyerswerda prägten.

Eine weitere *Interim*-Kontroverse zu der Frage nach den Grenzen von Militanz löste Mitte der 1990er Jahre die Gewaltserie der AIZ aus. Die Gruppe nahm laut Verfassungsschutz die Gefährdung von Personen in Kauf. Szeneintern löste sie daher eine Diskussion über die Legitimität personenbezogener Gewalt aus. Die Auseinandersetzung um die Militanz der AIZ war jedoch im Vergleich zu der Kaindl-Debatte von anderer Qualität. Es ging nicht „nur“ um die fahrlässige Tötung eines Rechtsextremisten, sondern auch um die Frage, ob die Gefährdung Unbeteiligter als Restrisiko gewaltsamer Handlungen in Kauf genommen werden könne. Die Lektüre der verschiedenen Stellungnahmen lässt im Wesentlichen drei Positionen erkennen. Die erste beinhaltete die eindeutige Ablehnung der AIZ-Militanz. Diese Haltung vertrat etwa die sogenannte Gruppe Barbara Kistler, die in einem Diskussionspapier die Gewalt der AIZ negativ bewertete und die Vorstellung, wonach der Zweck die Mittel heilige, dezidiert zurückwies.⁴⁰ Die zweite Position bejahte die Gewalt der AIZ. Ein in der *Interim* veröffentlichter Text der Gruppe „Die Erben des Zorns“ maß etwa den AIZ-Positionspapieren einen hohen politischen Stellenwert bei. Zur Frage der Gewalt hieß es, die Durchführung einer militanten Aktion sei stets mit dem Risiko der Gefährdung Unbeteiligter verbunden.⁴¹ Die dritte

36 Einige Antifaschistinnen, Gedanken zum Tod eines Faschisten, in: *Interim*, Nr. 189 (16. April 1992), S. 11.

37 Vgl. *Interim*, Nr. 189 (16. April 1992), S. 3.

38 Vgl. Autonome Antifaschistinnen für die Freiheit der politischen Gefangenen, Anmerkungen zum „Fall Kaindl“ und der (fehlenden) politischen Auseinandersetzung darum, in: *Interim*, Nr. 279 (24. März 1994), S. 24-26.

39 Vgl. o.V., Solidarische Kritik – kritische Solidarität, in: *Interim*, Nr. 284 (28. April 1994), S. 8-14, hier S. 8.

40 Vgl. Gruppe Barbara Kistler, Diskussionspapier der Gruppe Barbara Kistler zur Antiimperialistischen Widerstandszelle, in: *Interim*, Nr. 327 (13. April 1995), S. 23.

41 Vgl. Die Erben des Zorns. Diskussionspapier zur Antiimperialistischen Zelle, in: *Interim*, Nr. 330 (4. Mai 1995), S. 28.

Position zeigte sich bereits im Zusammenhang mit der Debatte um die Tötung Kaindls. Die Solidarität mit den Tätern rückte hier stärker in den Vordergrund als die Frage der Gewalt.⁴² Die *Interim*-Redaktion kommentierte ebenfalls mehrfach das Gewalthandeln der AIZ. Sie bewertete die potenzielle Gefährdung von Personen kritisch und weigerte sich mitunter, eine Taterklärung der AIZ zu veröffentlichen, weil diese ihrer Einschätzung nach zu viele Fragen offen ließ.⁴³

Um die Jahrtausendwende erschien zum Thema Militanz eine Sonderausgabe mit dem Titel „Runder Tisch der Militanten“.⁴⁴ Auslöser waren die Revolutionären Zellen (RZ), ein terroristisches Netzwerk, das bis in die 1990er Jahre agierte. Neben einer Auseinandersetzung mit der Bedeutung der RZ sowie deren Vorbildcharakter verband sich mit der Debatte insbesondere die Hoffnung auf eine Klärung folgender Fragen: Wie muss Widerstand im neuen Jahrtausend aussehen? Ist es erforderlich, radikalere Formen von Widerstand in Betracht zu ziehen?⁴⁵ Eine klare und einheitliche Positionierung konnte während der Diskussion, an der sich fünf Personen beteiligten, nicht erreicht werden. Militanz als unverzichtbares Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen befürworteten alle. Zurückhaltend äußerten sich die Diskutanten demgegenüber zu Überlegungen hinsichtlich der Grenzen von Gewalt. Die gezielte Tötung von Personen beurteilte keiner der Beteiligten als legitim. Eine andere Einschätzung infolge veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse schlossen sie jedoch nicht aus.

Eine weitere Militanzdebatte entzündete sich schließlich an den Gewalttaten der mg. Zum Repertoire der offiziell aufgrund interner Auseinandersetzungen aufgelösten Gruppierung zählten vor allem Brandanschläge sowie der Versand von scharfer Munition. Die mg und die von ihr durchgeführten Anschläge polarisierten die Szene.⁴⁶ Einerseits befürworteten viele Aktivisten die von der mg verübten Gewaltakte, andererseits stießen Sprache und Gesamtbild der mg in der Szene vielfach auf Ablehnung.⁴⁷ Die Debatte kreiste erneut um Fragen der Einbettung militanter Politik sowie zur Begrenzung von Gewalt.⁴⁸ Die mg beteiligte sich ebenfalls rege an der Diskussion. In der von ihr angestoßenen Debatte sah sie gegenüber vorherigen Diskussionen zum Thema Gewalt

42 Vgl. o.V., Es gibt viele Ausdrucksformen linker Politik – eine davon heißt Solidarität, in: *Interim*, Nr. 368 (21. März 1996), S. 29-30.

43 Vgl. *Interim*, Nr. 344 (21. September 1995), S. 2; *Interim*, Nr. 358 (11. Januar 1996), S. 2.

44 Vgl. *Interim*, Nr. 498 (30. März 2000).

45 Vgl. ebd., S. 4.

46 Vgl. Friends of *Interim*, Statt eines Vorworts, in: *Interim*, Nr. 600 (2. September 2004), S. 4-6, hier S. 5.

47 Vgl. ebd.

48 Vgl. Autonome Gruppe April 02, Tote tragen keine Karos. Autonome Gruppen antworten auf militante gruppe, autonome miliz und revolutionäre aktion carlo guiliani, in: *Interim*, Nr. 549 (1. Mai 2002), S. 22-25; VerfasserInnen des Clandestino-Papiers: Beitrag zum Debattenversuch der militanten gruppe (mg), in: *Interim*, Nr. 552 (20. Juni 2002), S. 23-25; militante gruppe (mg), Eine Auseinandersetzung mit den Autonomen Gruppen und Clandestino über die Organisation militanter Gruppenstrukturen, in: *Interim*, Nr. 555 (29. August 2002), S. 3-11.

eine Besonderheit. Erstmals führe man eine Diskussion über eine übergreifende Zusammenarbeit linksmilitanter Gruppen innerhalb der Szenezeitschrift *Interim*.⁴⁹ Wie sich herausstellte, beteiligten sich an der Militanzdebatte nicht nur Mitglieder der Autonomen Szene, sondern auch Mitarbeiter des BKA. Diese veröffentlichten unter dem Pseudonym „Die zwei aus der Muppetshow“ entsprechende Beiträge in der *Interim*.⁵⁰ Mit dieser Aktion sollten genauere Informationen über mg-Unterstützer gewonnen werden.

Nicht nur bei Kontroversen zum Thema Militanz diente die *Interim* mehrfach als Plattform. Auch Fragen zur Verbesserung der szeneeigenen Organisation und Vernetzung, zur eigenen Bedeutung sowie zu den Geschlechterverhältnissen griff die Szene in der *Interim* auf.⁵¹ Dazu zählt etwa die intensiv ausgetragene *Heinz-Schenk-Debatte*. Zentraler Gegenstand dieser Anfang der 1990er Jahre geführten Auseinandersetzung war die Kampagnenpolitik der Autonomen Szene. Dem Text „Wir sind doch kein Kampagnenheinz“ folgte eine monatelange Kontroverse über die eigene Wirkung.⁵² Die Debatte diente auch noch in den Folgejahren als Bezugspunkt.

Besonders scharfe Kontroversen entzündeten sich in der Vergangenheit ferner am Thema Geschlechterverhältnisse. Zu nennen wäre etwa die *Paul-und-Paula-Debatte* Ende der 1990er Jahre. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war die Weigerung einiger Frauen aus einem Hamburger Infoladen, eine bestimmte Ausgabe der Szenezeitschrift *Arranca* zu verkaufen. Aufgrund ihres Inhalts bezeichneten die Aktivistinnen das Heft als antifeministisches Rollback. Die Frage nach der Angemessenheit dieser Aktion führte innerhalb der Szene zu einer regen Debatte. In ihr wurde die Vielfalt der – kaum auf einen Nenner zu bringenden – Positionen zu den Themen Patriarchat, Feminismus und Sexismus deutlich. Vergewaltigungsdebatten entstanden infolge tatsächlicher oder mutmaßlicher sexueller Übergriffe von männlichen Szenemitgliedern.⁵³ Relativ deutlich zeigte sich dabei eine weitgehende Vernachlässigung der Unschuldsvermutung in Teilen der Szene. Gilt eine Person als mutmaßlicher Täter, wird sie schnell zur persona non grata. Ihr kann infolge dessen die Verbreitung persönlicher Daten in weiten Teilen der Szene drohen.

Wiederholt wurden Ausgaben der *Interim* beschlagnahmt. Im Sommer 1997 war das Szeneblatt mit dem bis dato umfassendsten Ermittlungsverfahren konfrontiert. Mit einem Großaufgebot von 800 Beamten durchsuchte die Berliner Polizei zwei Häuser, mehrere Wohnungen sowie zwei Druckereien. Das geplante Verfahren endete für die

49 Vgl. militante gruppe (mg), Eine Auseinandersetzung mit den Autonomen Gruppen und Clandestino über die Organisation militanter Gruppenstrukturen, in: *Interim*, Nr. 555 (29. August 2002), S. 9.

50 Vgl. Die zwei aus der Muppetshow, Über die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen oder Quo Vadis mg, in: *Interim*, Nr. 611 (10. Januar 2005), S. 11.

51 Vgl. Sebastian Haunss, Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 189.

52 Vgl. ebd., S. 135-149.

53 Vgl. *Interim*, Nr. 28 (11. November 1988); *Interim*, Nr. 509 (7. September 2000), S. 26-33; *Interim*, Nr. 513 (2. November 2000), S. 11-15.

Ermittler jedoch in einem Fiasko.⁵⁴ Nach acht Monaten stellte die zuständige Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Den beschuldigten Personen ließ sich eine Beteiligung an der Herstellung und Verbreitung des Blatts nicht nachweisen. Die Szene sowie deren Sympathisanten begleiteten das Ermittlungsverfahren mit zum Teil phantasievollen Aktionen. Durch vermeintlich öffentliche Redaktionssitzungen brükierten sie Staatsschutz und Staatsanwaltschaft.⁵⁵ Auch in den Folgejahren ließ die Jagd von Polizei und Justiz nach der *Interim* nicht nach. In jüngster Zeit erwirkte die Staatsanwaltschaft Berlin etwa die Beschlagnahme einer Ausgabe, die Anleitungen für den Bau einer Brandbombe mit Gaskartuschen und Benzinflaschen enthielt.⁵⁶

2. Würdigung

Die Zeitschrift *Interim* trat mit dem Anspruch an, ein Forum für die radikale, undogmatische Linke, zunächst nur aus Berlin, zu bieten. Mehr als zwanzig Jahre später fällt die Bilanz in dieser Hinsicht positiv aus. Es gab zwar immer wieder Fälle, in denen es die *Interim*-Redaktion ablehnte, Texte bestimmter Gruppierungen abzudrucken. Ungeachtet dessen entwickelte sich das Periodikum jedoch zu einer bundesweit genutzten Plattform für Personen und Gruppierungen, die Staat und Gesellschaft ablehnen und zum Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse aufrufen.⁵⁷ Diese Haltung kommt überwiegend offen und selten verdeckt zum Ausdruck. Äußerungen wie „wir wollen diesen Staat nicht“⁵⁸ oder „Wir wollen die Verhältnisse, die den kapitalistischen Normalzustand ausmachen, gefährden und überwinden“⁵⁹ sind leicht zu finden. Im Zeitablauf haben sich diese Parolen kaum verändert. Einige Beiträge vermitteln gar den Eindruck einer gewissen Zeitlosigkeit, ein selbst von Teilen der Szene wahrgenommenes Phänomen.⁶⁰ Die Parolen sind stets recht vage und unkonkret. Was „unterdrückende Verhältnisse“ ausmacht, muss sich der Leser selbst erschließen.

In ideologischer Perspektive spiegeln die *Interim*-Beiträge geläufige linksautonome Denkmuster wider. Festzumachen ist dies zunächst an der Mischung kommunistischer und anarchistischer Theoriefragmente. In den frühen Ausgaben der *Interim* gab es etwa eigens eine Kategorie „Kapitalstrategien und Klassenkampf“, in der insbesondere Wirtschaft und Arbeitsmarkt kritisiert und klassische kommunistische Ansichten bedient

54 Vgl. „Interim“ acht Monate verzögert, in: die tageszeitung vom 18. Februar 1998, S. 6.

55 Vgl. Schokoküsse für Dorfpostille, in: die tageszeitung vom 21./22. Juni 1997, S. 11.

56 Vgl. <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1224783/Gericht-laesst-Autonomen-Magazin-beschlagnahmen.html> (20. Oktober 2011).

57 Vgl. Interim, Nr. 719 (28. Oktober 2010), S. 16-18.

58 Interim, Nr. 499 (6. April 2000), S. 24.

59 Autonome zusammenhänge, Demo gegen die Innenministerkonferenz, in: Interim, Nr. 719 (28. Oktober 2010), S. 9 f., hier S. 10.

60 Vgl. o.V., Die Ästhetik des Widerstands und andere Fragen, in: Interim, Nr. 474 (22. April 1999), S. 26-28, hier S. 26; Interim, Nr. 600 (2. September 2004), S. 2.

wurden. Beispielhaft ist zudem die von Autonomen betriebene Politik wechselnder Kampagnen, die in den Beiträgen der Zeitschrift ihren Niederschlag finden. Einige Kampagnen, wie etwa die IWF-Kampagne Ende der 1980er Jahre oder die Anti-EXPO-Kampagne um die Jahrtausendwende, füllen ganze Jahrgänge. Zu nennen ist ferner die eher spärliche Beschäftigung mit Theorien – ein Merkmal, das der Autonomen Szene seit jeher anhaftet. Auch wenn die Titelseite der ersten *Interim*-Ausgabe ein berühmtes Zitat von Rosa Luxemburg zierte, sucht man in den Beiträgen des Szeneblatts vergeblich nach profunden Auseinandersetzungen mit Theorien oder Vertretern politischer Strömungen. Es ist eher eine Ausnahme, wenn eine gekürzte Fassung der „Theorie des Guerilla-Krieges“ von Mao Tse-tung anlässlich dessen Todestages⁶¹ oder ein Interview mit einem Vertreter des Operaismus abgedruckt wird.⁶² Bei der Lektüre entsteht daher der Eindruck einer relativen Theorie- und Ideologieabwesenheit. Statt intensive Theoriearbeit zu betreiben, bedienen sich einige Verfasser kurzer, weitgehend zusammenhangsloser Zitate aus den Werken der Vertreter der Frankfurter Schule, Johannes Agnolis oder Antonio Gramsci.⁶³

Ein weiterer Aspekt bei der Verortung der *Interim* in der linksautonomen Szene ist die Befürwortung gewaltsamer Methoden. Dies veranschaulicht nicht nur die Veröffentlichung von Rechtfertigungsschreiben, sondern auch der unregelmäßige Abdruck von Beiträgen mit praktischen Anleitungen zur Gewaltanwendung. Gewalt als legitimes Mittel zum Zweck ist insofern ein fortwährendes Element in dem Szeneblatt. Zur Durchsetzung der eigenen Interessen haben in den meisten Texten die Institutionen und Verfahrensweisen der repräsentativen Demokratie keine Relevanz. Dieser Eindruck wird auch nicht von den seltenen Beiträgen getrübt, in denen die Spielregeln des demokratischen Systems akzeptiert werden und etwa zur Beteiligung an einer Wahl aufgerufen wird.⁶⁴ Das Gros der Zuschriften spricht eine andere Sprache. Statt die eigenen Anliegen in den parlamentarischen Prozess einzubringen, wird zu eigenmächtigen gewaltsamen Handlungen aufgerufen. Folgendes Zitat ist insofern exemplarisch: „Militanz ist ein Mittel [...]. Die Option, auf diese Mittel zurückzugreifen, dürfen wir jedoch nie aus der Hand geben, denn dann hätten wir schon verloren“.⁶⁵

Die Ablehnung repräsentativ-demokratischer Institutionen und Verfahren impliziert indes nicht notwendigerweise die undifferenzierte Bejahung von Gewalt. Im Blick auf die Frage, welche Formen von Gewalt als legitim zu erachten sind, ist die Szene uneins.

61 Vgl. *Interim*, Nr. 20 (9. September 1988).

62 Vgl. o.V., Den Anti-G20-Protesten mangelt es an Politik, in: *Interim*, Nr. 670 (29. März 2009), S. 4-8.

63 Vgl. *Interim*, Nr. 21 (16. September 1988); Feministische FrauenLesben Liste, Unabhängige Schwule Liste, AusländerInnen gegen Rassismus, Unabhängige Antifa, Sexismus und Machismus – Raus aus den Köpfen, in: *Interim*, Nr. 515 (30. November 2000), S. 21.

64 Vgl. o.V., Wahlboykott ist nicht automatisch revolutionär. Eine Antwort auf die ‚Autonome/Historische Fraktion‘ in der *Interim* 305, in: *Interim*, Nr. 307 (10. November 1994), S. 16; Timur und sein Trupp, Zur Wahl. Eine Scheibe Schinken?, in: *Interim*, Nr. 459 (17. September 1998), S. 26.

65 O.V., Militanz ist ein Mittel, kein Programm, in: *Interim*, Nr. 498 (30. März 2000), S. 7.

Eine Gegenüberstellung der Gewaltdiskurse und Rechtfertigungsschreiben mehrerer *Interim*-Jahrgänge legt ferner die Vermutung nahe, dass viele Debatten-Beiträge eher hypothetischer Natur sind. Im Zuge der Kaendl-Debatte kristallisierte sich bei Teilen der Szene eine gewisse Akzeptanz für die Tötung des politischen Feindes heraus. Ein Blick in die „Bekennerschreiben“ der Folgejahre lässt aber keinen Anstieg personenbezogener Gewalt erkennen. In den Tatbekenntnissen geht es überwiegend um Sachbeschädigungen. Die Rechtfertigung der Gewalt gegen Personen stellt auch in den folgenden Jahrgängen eine Ausnahme dar.

Ungeachtet des Titels, der eine zeitliche Begrenzung impliziert, hat das Periodikum *Interim* im Gegensatz zum Gros der linksautonomen Szenepublikationen bundesweite Verbreitung erlangt und eine hohe Lebensdauer bewiesen. Die Zeitschrift *radikal* ist zwar noch älter, dafür aber nur unregelmäßig erschienen. Trotz dieser Stärken fällt die Beurteilung der *Interim* in der „Szene“ unterschiedlich aus. Nach Einschätzung eines *Interim*-Redaktionskollektivs lässt sich die an der Zeitschrift geübte Kritik in drei Argumenten zusammenfassen.⁶⁶ Der erste Kritikpunkt läuft auf den Vorwurf des Konservatismus hinaus. Die *Interim* stagniere und habe sich zu einer Institution entwickelt. Der zweite Kritikpunkt betrifft die inhaltliche Qualität. Die *Interim* sei inhaltlich beliebig. Dem dritten Vorwurf zufolge publiziert das Szeneblatt rückwärtsgewandte bzw. denunziatorische Texte. Auch habe das redaktionelle Konzept dazu geführt, dass die Zeitschrift kein Diskussionsforum biete, sondern sich zu einer Flugblattsammlung entwickelt habe⁶⁷, die mit der Vorabendserie „Marienhof“ vergleichbar sei: Keiner lese sie offiziell, und doch wisse jeder, was in ihr stehe.⁶⁸ Noch radikaler äußert sich ein Szenemitglied in einem an die *Interim* gesandten Beitrag. Die Abschaffung der *Interim* sei eine notwendige Voraussetzung, um eine neue Phase autonomer Medien einleiten zu können.⁶⁹

Die Zeitschrift erhält allerdings auch Zuspruch. Positiv äußerte sich etwa die mg. Die *Interim* als klandestin organisiertes Diskussionsforum habe es erst ermöglicht, die von ihr ausgelöste Militanzdebatte zu führen.⁷⁰ Demnach sei die *Interim* eine wichtige Struktur für die militante Linke.⁷¹ Die Redaktion selbst setzte sich mehrfach kritisch mit der eigenen Bedeutung und Wirkung innerhalb der Szene auseinander. So reflektierten die Herausgeber etwa in einer um die Jahrtausendwende veröffentlichten Ausgabe das eigene Konzept und warfen die Frage auf, ob sich die Zeitschrift zu einer langweiligen Flugblattsammlung mit schlechtem Layout entwickelt habe.⁷² Selbstbewusster heißt es

66 Vgl. *Interim*, Nr. 600 (2. September 2004), S. 2.

67 Vgl. die redaktion, Arranca! Zu dieser zeitung, in: Arranca, Nr. 0 (Januar 1993), S. 3 f., hier S. 3.

68 Vgl. o.V., Ein Teil des Kollektivs Interim fragt und merkt an, in: *Interim*, Nr. 504 (15. Juni 2000), S. 16.

69 Vgl. o.V., Die Krise der autonomen Medien, in: *radikal*, Frühjahr 1997, S. 10-14, hier S. 14.

70 Vgl. o.V., Militanz Debatte, in: *Interim*, Nr. 555 (29. August 2002), S. 3-11, hier S. 9.

71 Vgl. ebd.

72 Vgl. o.V., Ein Teil des Kollektivs Interim fragt und merkt an, in: *Interim*, Nr. 504 (15. Juni 2000), S. 9.

demgegenüber in einem später veröffentlichten Text: „So sehen wir vor allem in zwei Bereichen keinen Ersatz für ein Organ wie die *Interim*: im Bereich der aufeinanderbezogenen szeneeinternen Debatte. Und bei der Dokumentation von Anschlagserklärungen und der offenen, nicht zensierten Debatte um Sinn und Unsinn militanter Interventionen, für die es sonst keinen Ort gibt“.⁷³

Fraglich ist jedoch, wie sich die Bedeutung der *Interim* angesichts der explosionsartigen Verbreitung des Internets langfristig entwickeln wird. Die Anonymität trägt maßgeblich dazu bei, dass Autonome seit einigen Jahren verstärkt das Internet zur szeneeinternen Kommunikation nutzen. Schätzungen zufolge existieren mittlerweile mehr als 1.000 linksextremistische deutschsprachige Internetseiten.⁷⁴

3. Literatur

Im wissenschaftlichen Schrifttum fehlt bislang eine Monographie über die Zeitschrift *Interim*. Um zumindest grundlegende Informationen über das Periodikum zu erhalten, eignen sich Veröffentlichungen, die sich mit der Autonomen Szene insgesamt bzw. deren Medienlandschaft befassen.⁷⁵ Hinsichtlich der beschriebenen Debattenkultur ermöglicht zudem Sebastian Haunss' Buch „Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung“ einen guten Einblick. Haunss bezeichnet die *Interim* als Leitmedium der Autonomen und attestiert ihr, das wichtigste Informations- und Diskussionsmedium der Szene zu sein.⁷⁶ Auch Jan Schwarzmeier befasst sich in seiner Dissertation unter anderem mit der in der *Interim* gepflegten Debattenkultur.⁷⁷ Speziell zur Vertiefung der Militanzdebatten eignet sich zudem die Lektüre der Veröffentlichungen von Matthias Mletzko.⁷⁸

Intensiver als die Wissenschaft setzten sich bislang das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesverfassungsschutzämter mit der *Interim* auseinander. Die *Interim* wird in den Berichten der Verfassungsschutzbehörden zwar erwähnt und insbesondere

73 *Interim* (FN 14), S. 5.

74 Vgl. Thomas Barisic/Arnd Reinhardt, Linksextremismus im Internet, in: BMI (Hrsg.), Extremismus in Deutschland – Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 222-252, S. 224.

75 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Autonome und Skinheads – ein Vergleich, in: Dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 6, Bonn 1994, S. 7-34; Patrick Moreau/Jürgen Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996; Bernd Drücke, Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland, Ulm 1998.

76 Vgl. Haunss (FN 51), S. 133.

77 Vgl. Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001.

78 Vgl. Matthias Mletzko, „Tötungsdebatte“ unter militanten „Antifaschisten“, in: Informationsdienst T.E.OK, Nr. 10 (Oktober 1994), S. 1-5; ders., Merkmale politisch motivierter Gewalttaten von militanten autonomen Gruppen, Magisterarbeit, Universität Mainz, Mainz 1999; ders., Unterschiede bei Gewaltdiskursen und beim Gewalthandeln militanter Szenen: Das Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“, in: Kriminalistik Nr. 8-9 (2001), S. 543-548.

als Quelle herangezogen, doch steht die Zeitschrift selbst dabei nicht im Mittelpunkt. Die seit 2006 publizierten Verfassungsschutzberichte weisen lediglich auf die bundesweite Relevanz der 14-tägig in Berlin erscheinenden Szenezeitschrift hin. Die Verfassungsschutzberichte sind daher keine sehr ergiebige Quelle, wenn man genauere Informationen über das Periodikum erhalten will.

Literatur

Literaturbericht:

Islamdebatte und Nah-/Mittelostpolitik

Von Lazaros Miliopoulos

- Hamed Abdel-Samad**, Der Untergang der islamischen Welt. Eine Prognose, München 2010 (*Droemer Verlag*), 240 S.
- David Gardner**, Letzte Chance. Der Nahe und Mittlere Osten am Scheideweg, Darmstadt 2010 (*Primus Verlag*), 246 S.
- Manfred Kleine-Hartlage**, Das Dschihad-System. Wie der Islam funktioniert, Gräfelfing 2010 (*Verlag Dr. Ingo Resch*), 292 S.
- Michael Lüders**, Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 222 S.
- Emilio Platti**, Christen und Muslime: Freunde oder Feinde? Herausforderung an die Moderne, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 315 S.
- Ahmed Rashid**, Sturz ins Chaos. Afghanistan, Pakistan und die Rückkehr der Taliban, Düsseldorf 2010 (*C.W. Leske Verlag*), 340 S.
- Ahmed Rashid**, Taliban. Afghanistans Gotteskämpfer und der neue Krieg am Hindukusch, München 2010 (*C.H. Beck*), 480 S.
- Oliver Roy**, Der falsche Krieg. Islamisten, Terroristen und die Irrtümer des Westens, München 2010 (*Pantheon*), 192 S.
- Thorsten Gerald Schneiders** (Hrsg.), Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 401 S.
- Amartya Sen**, Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, München 2010 (*Deutscher Taschenbuchverlag*), 208 S.
- Mosaf Hassan Yousef** (mit Ron Brackin), Sohn der Hamas. Mein Leben als Terrorist, Holzgerlingen 2010 (*SCM-Verlag*), 272 S.

1. Einleitende Bemerkungen

Die Stellung des Islam zur „säkularen Option“ des Westens wird – demografisch bedingt – immer schärfer diskutiert. So stehen sich zum einen „muslimenfeindliche“, „islamfeindliche“, „islamkritische“, zum anderen „islamverherrlichende“ Ansichten gegenüber. Dazu gesellt sich eine Fülle an Literatur, in der aus nächster Erfahrung im Nahen und Mittleren Osten die Politik und die Islambilder des Westens einer kritischen Beurteilung unterzogen werden. Bei der Lektüre der entsprechenden Publikationen aus dem Jahr 2010 wird schnell klar, dass zunehmend eine Perspektive aufkommt, in welcher die Sehnsucht auch der Muslime nach Frieden, Wohlstand und materieller Zufriedenheit in einer globalisierten Welt stärker in den Blickpunkt gerät als zuvor.

Im Zuge der „Arabellion“, die Ende 2010 mit der Jasmin-Revolution in Tunesien und dem Aufstand in Ägypten ihren Anfang nahm, hat sich dieser Blickwinkel als höchst aktuell herausgestellt. Allerdings stellt sich jetzt erst recht die Frage, in welchem Verhält-

nis diese Sehnsucht zur religiösen Komponente des eigenen kulturellen Selbstverständnisses und zum Freiheits- und Säkularprinzip demokratischer Verfassungsstaatlichkeit steht. Außerdem muss gefragt werden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede im gesamten Raum zu konstatieren sind – etwa im Vergleich zwischen den sunnitischen und schiitischen Muslimen, zwischen neotraditionalen, theokratischen und militärautokratischen Systemen oder zwischen arabischen und nicht-arabischen Ethnien.

Schließlich müssen die Erkenntnisse in ihrer gesamten Breite an den westlichen Islamdiskurs rückgebunden, d. h. in ihrer Bedeutung dahingehend eingeordnet werden; dabei stehen die Klassifizierungen und Beurteilungen im jeweils vorherrschenden islapolitischen Diskurs ebenso zur Probe wie die Einstellungen der Muslime und die Stellung des ‚Islam‘ zu Freiheit und Demokratie im spezifisch westeuropäischen Kontext.

Es überrascht vielleicht nicht, dass zu allen diesen Fragestellungen die Publikationen aus 2010 ganz unterschiedliche Antworten bieten. Im Voraus bemerkenswert ist, dass einige davon ziemlich neuartige und z. T. belebende Akzente setzen. Hervorzuheben wären folgende Titel: Eher islamtheologisch akzentuiert ist das vom Münsteraner Islamwissenschaftler Thorsten Gerald Schneiders nach der Herausgabe des Buches *Islamfeindlichkeit* 2009 nun mit dem Buch *Islamverherrlichung* komplettierte Sammelbandprojekt zum europäischen und deutschen Islamdiskurs aus wissenschaftlicher Perspektive. Flüssig lesen sich der islamkritische und streitbare Essay des aus Ägypten stammenden Publizisten Hamed Abdel-Samad zum *Untergang der islamischen Welt* und die schillernden Memoiren von Mosab Hassan Yousef, der als „grüner Prinz“ der Hamas in die Spionagegeschichte Israels einging. Lesenswert sind überdies die journalistischen Werke Ahmed Rashids zu Afghanistan und Pakistan, die als Standardlektüre gelten können (*Taliban* und *Sturz ins Chaos*) sowie die belebte Analyse des Islamwissenschaftlers und Dominikanerpaters Emilio Platti zum theologischen Verhältnis von Christentum und Islam, die ergänzend zum streitbaren Buch des Soziologen und Islamkritikers Manfred Kleine-Hartlage (*Das Dschihad-System*) studiert werden sollte. Passagenweise gut liest sich das Buch des Journalisten David Gardner *Letzte Chance*, insbesondere die Ausführungen in Kapitel IV zur „Zeit der Schia“ im Allgemeinen und zum Irak und Iran im Besonderen.

2. Verteidigung der Islamkritik

Während der bereits erschienene Band *Islamfeindlichkeit* mit ganz unterschiedlicher Qualität verschiedene Aspekte des Islamhasses analysiert, sprechen im ebenfalls von Thorsten Gerald Schneiders herausgegebenen Nachfolgesammelband *Islamverherrlichung* renommierte Autoren wie Nasr Hamid Abu Zayd († 2010), Mathias Rohe, Stefan Reichmuth, Katajun Armipour, Adel Theodor Khoury oder Lamya Kaddor auf zumeist sehr hohem wissenschaftlichem Niveau eine Reihe theologischer Herausforderungen an und behandeln dabei Themen wie Jihad, Kopftuch und Koranexegese mit einer betont

konstruktiv gehaltenen islamkritischen Absicht. Dabei geht es am Ende nicht immer, und schon gar nicht in erster Linie, um eine theoretische Reflexion des Themas „Islamverherrlichung“, was der Titel (und auch die Einleitung) versprechen. Dennoch bieten hier eine Reihe von Beiträgen sehr wichtige Anknüpfungspunkte, etwa der lesenswerte Beitrag von Thorsten Gerald Schneiders zum „ausbaufähigen“ kritischen Umgang der Muslime mit Selbstmordattentaten oder von Mathias Rohe zur Berechtigung des Begriffes „Islamismus“ gegen die „islamverherrlichenden“ Verfechter der These, das damit Bezeichnete hätte entgegen dem Wortlaut des Begriffs nichts Substantielles mit dem Islam gemein. Der Sammelband ist ansonsten stark von koranexegetischen Ansätzen geprägt, bildet insofern sicherlich ein unverzichtbares Kompendium zur historisch-kritischen Auslegung des Koran und anderer Quellen des Islam, wobei (nicht nur) dem Extremismusforscher insbesondere die Lektüre des Beitrags von Stefan Reichmuth zum Jihad zu empfehlen wäre. Wenn man sich – gleichsam auf der Meta-Ebene – stärker für die Mechanismen, Funktionen oder die Legitimität der „Islamkritik“ und „Islamverherrlichung“ interessiert, wird man nicht in allen Beiträgen, und dann häufig indirekt, auf das Thema gestoßen, und zwar in den Beiträgen von Felix Körner zur Auslegungspraxis in der Türkei, von Rainer Brunner zu zwei neuen Muhammad-Biographien (u. a. der eher „verherrlichenden“ von Tariq Ramadan), von Harald Motzki zur klassischen Hadith-Kritik, in der Auswertung von Interviews mit Imamen in Deutschland aus der Feder Rauf Ceylans, in den Beiträgen von Michael Kiefer und Kemal Bozays zur fragwürdigen Politik türkischer Vorfeldorganisationen in Deutschland, im äußerst lesenswerten Beitrag von Katajun Armipour über die Rückständigkeit der Islamauslegungen deutscher Islamverbände im Vergleich zur iranischen Geistlichkeit (!) oder im wichtigen und überzeugenden Ansatz Lamya Kaddors, das – angebliche – Kopftuchgebot islamtheologisch in Frage zu stellen. Der Leser, der sich für eine „Theorie der Islamkritik und Islamverherrlichung“ interessiert, legt den Sammelband am Ende dennoch etwas unbefriedigt zurück, was allerdings keineswegs die darin versammelte, z. T. hervorragende wissenschaftliche Kompetenz anzweifelt.

So bleibt der Leser zunächst auf die stärker essayistischen und „sachpublizistischen“ Arbeiten angewiesen. Der Politikwissenschaftler und Publizist Hamed Abdel-Samad wendet sich beispielsweise in seinem Buch *Der Untergang der islamischen Welt* scharf gegen versteckte oder offene Rassismus-Vorwürfe im gegenwärtigen „Islamophobie“-Diskurs. Jede polemische, aber im Kern doch um Rationalität, Säkularismus und Freiheit bemühte Islamkritik läuft inzwischen Gefahr, mit irrationaler Islamfeindschaft gleichgesetzt zu werden, etwa wenn Thomas Steinfeld im *Tagesspiegel* Necla Kelek und Henryk M. Broder als „Hassprediger“ oder Claudius Seidl die gleichen Personen in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* als „heilige Krieger“ tituliert, eine Linie, die ja inzwischen vom Feuilletonchef der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* höchstpersönlich – in bemüht elaborierter Form – nahtlos fortgesetzt wird.

In das Horn der gegenseitigen Anschuldigungen stößt leider auch der Islamwissenschaftler und Politikberater Michael Lüders in seinem ansonsten informativen Buch *Allahs langer Schatten*. An einer Stelle spricht er gar unglücklicherweise davon, dass

eine als Islamkritik verkleidete „Denunziation“ „in gewisser Hinsicht“ einer „Neuauf-
lage des Antisemitismus“ gleiche. Das ist vor dem Hintergrund der naheliegenden As-
soziationen, die mit dem Begriff Antisemitismus einhergehen – rein politisch betrachtet
– ziemlich schweres Kaliber. Zwar verbindet Lüders sein Wort vom Antisemitismus
konkret mit Treitschkes Aussagen im Berliner Antisemitismusstreit Ende des 19. Jahr-
hunderts, doch dass er keinen Unterschied zwischen der Aussage „Die Juden sind unser
Unglück“ und einer Aussage „Der Islam ist eine fanatische Religion“ gelten lässt, ist
Unsinn. Wenn Lüders zudem den Deutschen die Hauptschuld bei Integrationsproblemen
zuschreibt, die Behauptung aufstellt, dass der frühe Kreuzestod Christi der Grund dafür
sei, dass das Christentum keine Gesetzesreligion geworden sei, sich am unglücklichen
Begriff des „Islamofaschismus“ festbeißt oder Bernhard Lewis nichts mehr zu attestie-
ren vermag als eine „feindselige Haltung zum Islam“, bietet es sich an, kurz die Augen
zu verschließen und sich ansonsten auf die Ausführungen zum Nahen und Mittleren
Osten, z. B. auf das informative Zahlenmaterial zu Israel und Palästina, zu beschränken.

Was die innenpolitische Dimension der Islamdebatte betrifft, überzeugen Abdel-
Samads Einwände mehr als Lüders' Allgemeinverdächtigungen und dessen schlichtes
„Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen“ im Untertitel. Zu Recht erkennt
Abdel-Samad in Deutschland eine verkrampfte Streitkultur, die auch im Falle der Sar-
razin-Debatte immer wieder zum Vorschein gekommen sei. Das stört ihn, da er den
Eindruck hat, dass auch polemische Einwürfe notwendig seien, um eine gewisse Lethar-
gie gerade unter Muslimen in ihrem Verhältnis zu ideologisierten Formen des Islam zu
erschüttern: „Wer Muslime tatsächlich ernst nimmt, muss Islamkritik üben“ (S. 192), so
Abdel-Samad. Gerade auch „säkulare Muslime“ sollten daher keineswegs beleidigt re-
agieren. Insofern argumentiert Abdel-Samad „einfühlsamer“ als radikale Islamkritiker,
etwa wenn er davon ausgeht, dass der Islam in sehr kleinen Dosen sehr wohl „heilend
und inspirierend wirken kann“ (S. 28). Der Vorzug der Islamkritik, wie sie Abdel-Samad
betreibt, liegt ohne Zweifel darin, dass er nicht nur zwischen Islam und Muslimen un-
terscheidet, sondern, dass ihm der Leser dies auch abnimmt. Und dies, obwohl er sich
in seinem primären Verständnis des Islam als „politische Idee“ sogar mit radikalen Kri-
tikern (wie etwa Necla Kelek) einig ist.

3. Islamkritik und Identitätsfalle

Der Ansatz von Abdel-Samad steht nicht dem Appell des indisch-britischen Wirtschafts-
wissenschaftlers, Nobelpreisträgers und Harvard-Professors Amartya Sen in dessen
Buch *Die Identitätsfalle* entgegen, Menschen doch bitte nicht nach einem einzigen Ein-
teilungsmerkmal zu betrachten. Sen plädiert zu Recht dafür, ein Gespür dafür zu entwi-
ckeln, dass Kulturen weit homogener und geschlossener erscheinen, als sie es tatsäch-
lich sind. Im Verhältnis zum Islam bedeutet dies: „Die Zurückweisung einer auf Kon-
frontation ausgerichteten Auffassung des Islam ist in unserer Zeit gewiss angebracht und
extrem wichtig, aber wir müssen auch fragen, ob es überhaupt nötig oder sinnvoll oder

auch nur möglich ist, in weitgehenden politischen Begriffen zu definieren, was ein ‚echter Muslim‘ ist.“ Stets elegant und teils humorvoll, aber in mehreren Drehungen, kreist der Autor immer wieder um diesen einen Punkt der „solitaristischen Illusion“, wie er es nennt. Spätestens seit dem Aufkommen des französischen Konstruktivismus ist dies jedoch nichts Neues.

Leider fällt Sen zudem immer wieder in das andere Extrem, sobald er etwa alles, was eine vielleicht notwendige politisch-historische und kulturelle Idealisierung des Westens als gemeinsame „Herkunftszivilisation“ ermöglichen könnte, immer wieder zu relativieren sucht. Sicherlich ist es lehrreich und sinnvoll zu betonen, dass noch vor der Zeit Johannes Gutenbergs ein Werk wie die Diamant-Sutra, einer der wichtigsten Texte des Mahayana-Buddhismus, 868 per Buchdruck fabriziert wurde oder das Beispiel Susa anzuführen, um zu zeigen, dass das Aufblühen des hellenischen Geistes natürlich nicht auf den „Westen“ fixiert blieb. Aber der hochdekorierte Autor stellt am Ende einfach zu vieles, was westlichen Kulturstolz ausmacht, in Frage und macht es sich dabei häufig sehr einfach. So behauptet er etwa, dass es einen ziemlichen Gleichklang westlicher Entwicklung und Demokratie doch nicht wirklich gebe, dass Linienziehungen zwischen hellenischem Erbe und westlicher Demokratie einer rassisch-klassifikatorischen Willkür unterliegen usw. Da Sen multikulturelle Ansichten der „Wahlfreiheit“ und „Interkulturalität“ gegen das leitkulturelle „Gerichtet-Sein“ normativ höher gewichtet, scheint für ihn die Notwendigkeit eines ausgeprägten Zivilisations- und Herkunftsbewusstseins eine eher störende Angelegenheit darzustellen.

Worauf es sich aber – multikulturell betrachtet oder nicht – letztendlich einigen lässt: „Die Welt ist zu dem Schluss gekommen, dass Kultur zählt. Und die Welt hat natürlich Recht – Kultur zählt wirklich. Die eigentliche Frage ist jedoch, auf welche Weise Kultur zählt“ (S. 114). Ob nun die „Entdeckung der Kultur“ „trotziger, als es nötig gewesen wäre“, betrieben wird oder nicht – Sen plädiert zu Recht dafür, Kultur nie völlig isoliert zu betrachten, kein allzu homogenes Attribut aus ihr zu machen, sie in Wechselbeziehung mit der Globalisierung als dynamisch zu begreifen und anzuerkennen, dass kulturelle Freiheit wiederum Einfluss auf die Kultur ausüben kann.

4. Radikale Islamkritik

Zwar reduziert nun Abdel-Samad den Muslim als Menschen nicht auf eine einzige Identität im Sinne der von Sen kritisierten „solitaristischen Illusion“ (und nicht einmal der attackierte Samuel Huntington tut dies eigentlich so), doch ist Abdel-Samads Islamverständnis sicherlich bewusst einseitig ausgelegt. Nur zieht Abdel-Samad keineswegs daraus die Konsequenz, den Islam als Feindbild zu konstruieren. Der Soziologe Manfred Kleine-Hartlage hält hingegen in seiner im Ansatz ähnlich konturierten, zudem systematischer herausgearbeiteten Islamkritik *Das Dschihad-System* eine Feindkonstruktion gegen den Islam geradezu für geboten, um den Islam, den er in ähnlicher Weise wie Abdel-Samad als politische Ideologie deutet, zu bekämpfen, und zwar dort, wo er die

Kraft und Hybris erlangt, mit Hilfe demokratischer Mechanismen einen Machtanspruch gegen Andersgläubige (insbesondere *liberale* Demokraten) zu erheben.

Kleine-Hartlage geht davon aus, dass nicht Feindbilder Feindschaften generieren, sondern – „im Regelfall“ Feindschaften Feindbilder zur Folge haben, was freilich – dieser Einwand sei hier erlaubt – insoweit fragwürdig ist, als dass nicht klar wird, wie der Autor zu der Annahme kommt. Aber wie auch immer: Der entscheidende Unterschied zu Abdel-Samad liegt woanders. Während letzterer davon ausgeht, dass sich das Problem eines ideologischen Islam langfristig – auf dem Wege der stetigen und in Deutschland inzwischen ein gehöriges Maß Mut erfordernden islamkritischen Aufklärung – schlicht von alleine erledigt, weil der Islam peu à peu an Ausstrahlungskraft und Werbewirksamkeit verlieren wird, hält Kleine-Hartlage das nicht für zureichend. Aus einer eher konservativen Perspektive fordert er zwar nicht unmittelbar staatliche und rechtliche Maßnahmen, sondern gesellschaftliche Selbstvergewisserungsprozesse westlicher Kulturen ein, und zwar durchaus mit der Zielsetzung, dem Islam bestimmte Grenzen aufzuzeigen: Rechtlich plädiert er zumindest nur sehr indirekt für die Infragestellung der Erlaubnis zum Minarett-Bau, gesellschaftlich jedoch deutlicher für die Stärkung der traditionellen Pflicht- und Akzeptanzwerte westlicher Gesellschaften mittels „kultureller Selbstverstärkung“: Westliche Gesellschaften müssen sich in Abgrenzung zum „System Islam“ wieder stärker nicht nur als freiheitliche und kritisch-rationale, sondern tiefgreifend christlich geprägte Solidargemeinschaften wahrnehmen. In der Tat: „Eine Gesellschaft, die ihre eigenen solidaritätsstiftenden Strukturen zerstört und mit den daraus resultierenden Problemen immer weniger fertig wird, ist reif für die Islamisierung“ (S. 287). Man muss nicht mit allem konform gehen, was Kleine-Hartlage in Bezug auf den Islam behauptet, aber seine Warnungen in Bezug auf das Selbstverständnis westlicher Gesellschaften sollten durchaus ernstgenommen werden.

Was das Islamverständnis betrifft, ist genau an dieser Stelle – im Spannungsfeld zwischen Abdel-Samad und Kleine-Hartlage – der Gegensatz zwischen einem nur islamkritischen und kulturoptimistischen und einem islamkritischen wie auch „islamfeindlichen“ und tendenziell kulturpessimistischen Ansatz zu verorten, wobei Kleine-Hartlages „Islamfeindschaft“ im Unterschied zu rassistischen Ideologien keineswegs expansionistisch, sondern rein reaktiv motiviert ist. Denn Kleine-Hartlage ist durchaus bewusst: Die Mehrheit der Muslime in Deutschland und Europa ist fraglos friedliebend. „Islamfeindschaft“ könne demnach aus ehrenwerten Motiven eines kritischen Rationalisten heraus erwachsen, eine pauschale „Muslimenfeindschaft“ jedoch nicht. Im Falle Kleine-Hartlages sollte also nicht das Bemühen um Rationalität übersehen werden, das im Kern darin wurzelt, den „Islam“ eben nicht als eine „homogene Kultur“, sondern als ein mit einem Religions- und Kulturbegriff versehenes System gesellschaftlicher Erwartungshaltungen – aufbauend auf gegenseitige Sozialbeziehungen – zu analysieren, so dass am Ende eben eine einheitliche („homogene“) „soziologische Theorie des Islam“ (S. 14) stehen soll.

Kleine-Hartlage meint, dass ein allzu weiter Antigeneralisierungsdiskurs gegen den Ansatz eines jeden Soziologen und Sozialwissenschaftlers verstößt, aus einem Mini-

mum an Elementen ein Maximum an Erklärungskraft gewinnen zu wollen. Und in der Tat: Wenn jede Generalisierung unterbunden wird, globale Regelmäßigkeiten zu häufig als Zufall abgetan werden, ist sozialwissenschaftliches Arbeiten nicht mehr möglich. Und es ist eben nicht falsch, wenn konstatiert wird: „Die wenigsten Muslime sind Terroristen, aber die meisten Terroristen Muslime“ (S. 14).

Dass der Autor auf dieser Grundlage den Druck verspürt, unbedingt beweisen zu müssen, dass nicht er der (hetzende) Unmensch sei, welcher den Islam verunglimpfe, kommt ihm in Anbetracht dieser Tatsache geradezu suspekt vor. Heftig geht er gegen die diffamierende Verwendung des Begriffes „Islamophobie“ ins Gericht. Zwar schießt er über das Ziel hinaus, wenn er behauptet, der Begriff „Phobie“ hätte als psychiatrischer Grundbegriff in den Sozialwissenschaften nichts verloren, doch ist nicht zu leugnen, dass sich in der öffentlichen Meinungsbildung wunderbar studieren lässt, wie der Begriff als Waffe zur Einschüchterung jeglicher Islamkritik eingesetzt wird.

Der Autor scheut sich nicht, auch darüber hinaus politisch völlig inkorrekte Fragen zu stellen und sie mit diskutablen, teilweise „steilen“ Thesen zu verknüpfen. Wenn er etwa die Frage stellt, aus welchem Grunde dem Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“ in politischen Auseinandersetzungen nicht der ebenfalls problematische soziale Phänomene abbildende Begriff der „Inländerfeindlichkeit“ als Negativ-Pendant viel deutlicher an die Seite gestellt werde, so kommt er zum Schluss, dass in den stärker selbstkritischen Verhaltensweisen der deutschen, aber auch europäischen Gesellschaften, die christliche Individualethik der Selbstbeziehung und des Selbstverzichts unbewusst fortwirke. Diese Ethik hätte sich, so der Autor weiter, aufgrund einer generellen altruistischen Wertematrix christlich geprägter Gesellschaften für das Kollektiv lange Zeit nützlich ausgewirkt. Diese Solidareffekte auf der Grundlage einer säkularisierten, aber untergründig fortdauernden christlichen Ethik – so die anschließende (und provokante) Weiterung – sei im Islam jedoch nicht mehr anzutreffen.

Die Kernthese des Autors in Bezug auf den Islam ist nämlich folgende: Die Feindseligkeit gegen Andersgläubige sei im „System Islam“ tiefenstrukturell verankert, während Derartiges in der christlichen Vorläuferreligion der westlichen Gesellschaften – zumindest nach den biblischen Vorlagen – so nicht vorzufinden sei. Er entwickelt diese These anhand einer ausführlichen, wenn auch einseitigen Koranexegese: Als Beispiele werden u. a. erwähnt: die Koransuren 74:26-29 und 88:2-7 (grelle Höllenbilder), 111:1-5 (exzessive Racheschwüre), 91:11-15 (Allahs Rache im Diesseits), 20:25 f. (strenge Prädestinationslehre und damit einhergehend scharfe Scheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen), 88:13-16 (Weltlichkeit des Paradieses), die bekannten Suren zum Kampf-Djihad (2:190-193, 8:36-39, 47:4, 9:29). Zudem referiert der Autor zahlreiche im Koran vorzufindende martialische Apostasie-Verbote, gottverkündete Sexismen und die vielen Feldzüge des Propheten. Im Falle des Jihad erkennt der Autor eine Klimax, die nach dem Muster verläuft, dass der Skrupel mit zunehmendem militärischem Erfolg schwindet.

Kleine-Hartlage verschweigt nicht, dass Gewalt im Islam einer ausdrücklichen Rechtfertigung bedürfe, doch sieht er im Vergleich zur christlichen Selbstbeglaubigung durch das Leid Christi einen krassen Unterschied, so dass er die Rede von der „Grund-

gemeinsamkeit abrahamitischer Religionen“ als reine Floskel kennzeichnet. Die Gewaltideologie des Jihad-Systems sieht Kleine-Hartlage zudem in der islamischen Geschichte auch im Umgang gegenüber den Schriftgläubigen bestätigt, der geprägt war von struktureller Ausplünderung und Demütigung, wie die Arbeiten des Islamwissenschaftlers Tilman Nagel und der Historikerin Bat Ye’Or zur Geschichte der islamischen Dhimmitümer zeigen.

Die wichtige Frage, die am Ende bleibt, lautet, ob und inwieweit die Islamfeindlichkeit eines „mobilisierten Rationalisten“ à la Kleine-Hartlage oder der eher „evolutionär“ orientierte Fortschrittsoptimismus eines Säkularisten à la Abdel-Samad auf richtigen oder irrigen Erwartungshaltungen und Perzeptionsmustern basiert. Am wahrscheinlichsten ist wohl, dass der Islam nicht nur in seiner historisch-kulturellen Gestalt, sondern eben auch in seinen Entwicklungsperspektiven in einzelnen Ländern und Kulturräumen ganz unterschiedliche Ausprägungen besitzt. So mag in einem Fall die Konfrontation zwischen islamischen und prowestlichen Akteuren unvermeidlich sein, während sich im anderen Fall eine stärker friedlich-symbiotisch vollziehende Überwindung (ideologisch-)islamischer Grundhaltungen wird konstatieren lassen nach dem Motto Abdel-Samads: „Was der Islam jetzt braucht, ist eine geregelte Insolvenz“ (S. 27). Islamkritik in diesem Sinne ist „Ausdruck des Humanismus“ (S. 103) und viel zu wichtig, um sie verkrampften Beschwichtigungsversuchen, aber auch der Polemik, zu überlassen.

5. Der christliche Zweifel an der islamischen Friedfertigkeit und islamische Selbstkritik

Spätestens an dieser Stelle empfiehlt es sich, das stärker differenzierende Buch *Christen und Muslime: Freunde oder Feinde?*, das aus der Feder von Emilio Platti stammt, hinzuzuziehen, zumal die westliche Säkularisierung – worauf ja Kleine-Hartlage mit gewissem Recht hinweist – unbewusst natürlich immer auch eine christliche Ethik nachträglich in einen nicht-religiösen Zusammenhang einbettet. Platti analysiert den Islam stärker theologisch und stellt – im Unterschied zu Kleine-Hartlage – den Jihad in allen seinen Auslegungen dar. Dabei kommt auch die Auslegung des durchaus sehr konservativen Damaszener Islamgelehrten Mohamed Said Ramadan al-Bouti zur Sprache, der aber die historische Kontextualisierung des Jihads ebenso für geboten und richtig hält wie liberale Muslime, etwa Mohammed Talbi oder der kürzlich verstorbene Nasr Hamid Abu Zaid, der gar vom literarischen Charakter des Korans ausging. Der Kontextualisierungsansatz von al-Bouti wird heute auch von konservativen Islamgelehrten wie dem Al-Jazeera-Prediger Yusuf al-Qaradawi und moderaten Islamisten wie Fahmi Huwayidi oder Tariq Ramadan gebraucht, indem in unterschiedlichen Graden zwischen intentionaler – „maqasid“ – und buchstabengetreuer – „qiya“ – Auslegung des Korans unterschieden wird.

Platti orientiert sich nun interessanterweise am stärker konservativen al-Bouti: Dieser geht davon aus, dass Koranverse, die zu Frieden und Respekt vor Andersgläubigen an-

halten, insbesondere Sure 2:256 („In der Religion gibt es keinen Zwang“) durch den späteren Aufruf zum bewaffneten Kampf „abrogiert“, also außer Kraft gesetzt werden, zumal der zentrale Kampfaufruf in spätmedinensischer Zeit in Sure 9:13 mit dem Begriff „qital“ operiert, „womit eine Reziprozität ausgedrückt ist, das heißt, dass man gegen den kämpft, der als erster angegriffen hat“ (S. 102). Dies wird auch mit Blick auf den gesamten Wortlaut in Sure 9:13 deutlich: „Wollt ihr nicht gegen Leute kämpfen, die ihre Eide gebrochen und den Gesandten am liebsten vertrieben hätten, wobei sie (ihrerseits) zuerst mit euch (Feindseligkeiten) anfangen?“ Zudem sei innerhalb des Jihads gemäß Sure 47:4 ein Gnadengebot enthalten.

Platti macht nun darauf aufmerksam, dass der Versuch der historischen Kontextualisierung eine lange Geschichte besitzt. Er geht immerhin bis auf das 9. Jahrhundert zurück, wie am aufregenden Briefwechsel zwischen einem gewissen al-Hashimi und einem christlichen Widerpart namens Abd al-Masih al-Kindi, wahrscheinlich aus der Zeit des Kalifen al-Mamun (813-833), studiert werden kann, wobei der erwähnte al-Kindi nicht zu verwechseln ist mit dem zur gleichen Zeit lebenden muslimischen Philosophen Abu Yusuf Yaqub al-Kindi. Die Koraninterpretation al-Kindis im Briefwechsel, der 1141 im Auftrag von Petrus Venerabilis, dem Abt von Cluny, ins Lateinische übersetzt wurde, ist für die christliche Sicht auf den Islam prägend gewesen und wurde beispielsweise vom Übersetzer des Briefwechsels Petrus von Toledo (alias Petrus Alfonsi alias Moses Sephardi), von Thomas von Aquin oder dem mittelalterlichen Enzyklopädisten und Dominikaner Vinzenz von Beauvais (†1264) übernommen und weitergeführt. Platti analysiert detailliert, samt der christlichen Rezeptionsgeschichte, den Briefwechsel, im Kern eine christliche Apologie des al-Kindi und zweifellos der bedeutendste Text „der gesamten polemischen Literatur zwischen Christen und Muslimen, die im Laufe der Jahrhunderte geschrieben wurde“ (S. 69), und macht auf diese Weise kongenial deutlich, dass er grundlegende Parallelen zur heutigen Islamdebatte aufweist.

Richtete sich die Apologie des al-Kindi damals gegen einen gewissen al-Hashimi, so kann sie heute genauso gegen die Koranauslegung der liberalen, aber auch konservativen Muslime, die allesamt den Islam als im Kern friedfertige und tolerante Religion auszulegen versuchen, wie es al-Hashimi vor mehr als tausend Jahren getan hatte, aktualisiert werden. Platti macht deutlich, dass aus der Sicht al-Kindis jene Abrogation des mohammedanischen Kampfaufrufs von Medina „gen Mekka“ durch jene Korantexte, die eine „friedliche“ Interpretation untermauern,¹ als eine fälschliche Umkehrung der eigentlichen Abrogation angesehen werden muss, dass also das Abrogierende und das Abrogierte vertauscht werden – entweder aus gutgemeinter Absicht oder zu apologetischen oder zu strategischen Zwecken. Al-Kindis Position betont, dass die „aggressive“

1 Koransuren 2:256 („Kein Zwang in Glaubensfragen“), 3:20 („Sag denen, die die Schrift erhalten haben, und zu den Heiden: Wollt ihr (jetzt) den Islam annehmen? Wenn sie ihn dann annehmen, sind sie rechtgeleitet. Wenn sie sich aber abwenden, so hast Du nur die Botschaft auszurichten [...]“), 109:6 („Ihr habt eure Religion, und ich die meine“), 29:46 („Und streitet mit den Leuten der Schrift nie anders als auf eine möglichst gute Art [...]“).

Jihad-Interpretation, für die sich selbstverständlich eine ganze Reihe von Koranversen, aber auch Hadithe (kanonischen Überlieferungen) finden lassen (insbesondere die „Schwertverse“ 9:5 und 9:29 seien hier hervorzuheben)², die defensive „qital“-Deutung und alle Toleranzgebote und Zwangsverbote, die ebenso im Koran vorzufinden sind,³ abrogiert! Die Gewalt in der muslimischen Gemeinschaft ist nach Lesart des Korans für al-Kindi demnach „potenziell immer gegenwärtig“ (S. 105). Der Islam verliert aus dieser Sichtweise dann „jedes Merkmal der Selbstüberschreitung“, wie es im christlichen Selbstverständnis – in „Sensibilität für die evangelischen Werte“ (S. 86) – zu verstehen wäre, wonach die Selbstüberschreitung ja gerade darin besteht, den authentischen Weg Gottes nicht in Gewalt und Zwang, sondern in Selbstverzicht, Verwundbarkeit, in Liebe, Barmherzigkeit und Mitgefühl gegenüber allen Menschen, sogar den einfachsten, zu suchen.

Platti selbst ist nun aber mit al-Hashimi und al-Bouti und gegen al-Kindi der Überzeugung, dass die Koranverse „friedlicher Tendenz“ einen „allgemeineren Charakter haben“ (S. 301). Platti deutet das islamische Selbstverständnis vielmehr als mittleren Weg zwischen anspruchsvollem (aus islamischer Sicht unrealistischem) Gebot zur vorbehaltlosen Nächstenliebe und rachedurstig-altmosaischer Gesetzespflicht. Zusammen mit dem tunesischen Islamwissenschaftler Mohamed Talbi weist er auf das Barmherzigkeitsgebot in Sure 90:12-17⁴ hin. Dennoch kann und will auch Platti nicht verschweigen, dass al-Kindi sehr gut gesehen hat, „dass es sich für die Muslime um eine Frage der Interpretation handelt, die festlegt, [...] was abrogiert wird“ (S. 103) und Koranverse mit einer gewissen Logik in beide Richtungen interpretiert werden können. Findet sich die Richtung al-Hashimis in gewisser Weise bei Platti wieder, so übernimmt Kleine-Hartlage die Position al-Kindis.

Bei allem Verständnis für den Islam unterliegt Platti zuletzt nicht der Illusion des Multikulturalismus: Er sieht, dass innerhalb des Islam die Strömung, welche den Koran aggressiv auslegt, weiterhin eine weltweit wirksame Gruppierung darstellt, repräsentiert von Vordenkern des Islamismus wie Sayyid Abul Ala Maududi (dem „Masterdenker“ des politischen Islam) oder Sayyid Qutb (dem radikalsten Verfechter des politischen

-
- 2 Koransuren 9:5 („Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Heiden, wo (immer) ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen überall auf! Wenn sie sich aber bekehren, das Gebet verrichten und die Almosensteuer geben, dann lasst sie ihres Weges ziehen! Gott ist barmherzig und bereit zu vergeben!“), 9:29 („Kämpft (qatilu) gegen diejenigen, die nicht an Gott und den jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was und sein Gesandter verboten haben, und nicht der wahren Religion angehören – von denen, die die Schrift erhalten haben – (kämpft gegen sie), bis sie kleinlaut aus der Hand Tribut entrichten!“).
 - 3 Erwähnt werden neben 9:5 und 9:29 häufig die Suren 2:253, 2:256, 2:272, 3:20, 3:104, 10:99-100, 10:108-109, 11:118, 29:46, 109:6.
 - 4 Im Wortlaut: „Doch wie kannst Du wissen, was der steile Weg ist? (Er besteht darin) dass man einem Sklaven zur Freiheit verhilft oder an einem Tag, an dem alles Hunger hat, einer Waise aus der Verwandtschaft oder einem notleidenden Armen (etwas) zu essen gibt und (dass man) überdies (w. hierauf) zu denen gehört, die glauben und Geduld und Barmherzigkeit einander (als Vermächtnis) ans Herz legen.“

Islamismus). Platti bestätigt insoweit zumindest eine Position von Kleine-Hartlage, dass nämlich das Verhältnis zwischen Islam und der westlichen, christlich geprägten Zivilisation demzufolge immer auch als ausgeprägtes Konkurrenzverhältnis angesehen werden muss, zumal zwei umfassende Systeme „nicht zur gleichen Zeit im selben geographischen Bereich dominant sein (können), es gibt entweder Konfrontation oder Zersplitterung einer der beiden Kulturen“ (S. 236).

Fortan, im Zeitalter der Globalisierung, müsse der Islam daher eines lernen: Es kann kein umfassendes Gesetz mehr geben! Die Sharia könne höchstens als Quelle der Inspiration eine Perspektive entwickeln. Der Islam muss andere als seine rechtstraditionellen Ressourcen nutzen, um als Kultur zu überleben! Der Islam muss zudem plural, nicht uniform, gelebt, Verschiedenheit sollte als Gottes Wille gewürdigt werden! Das medinensische Modell muss überwunden werden, so wie es etwa der indische Islamgelehrte Maulana Wahiddudin Khan, der tunesische Jurist und Intellektuelle Mohamed Charfi († 2008) oder der iranisch-amerikanische Politikwissenschaftler und Politikberater Seyyed Vali Reza Nasr, beide Vordenker der islamischen Modernisierung, einfordern! Sie erkennen alle gemeinsam, dass der Islamismus die „historische Dimension der Überlieferung des Islam und der besonderen Verankerung seiner Kulturen“ nicht zur Kenntnis zu nehmen in der Lage ist, indem sie die Aussage im Koran „al-hukm li-llah“ („Das Urteil ist allein Allahs“ in Sure 6:57) und den damit einhergehenden uniformen Prädeterminismus schlicht überbewerten. Islamisten blenden zudem die Bezeichnung des Menschen als „Sachwalter Gottes“ im Koran („khilafā“) ebenso aus wie sie dem Missverständnis aufsitzen, „al-hukm li-llah“ müsse bedeuten, dass Gott jetzt noch „Tag für Tag“ neu schaffen würde.

Hier rät Platti, sich auch im Islam christlicher Gedanken anzunehmen, etwa des christlichen Kirchenvaters Johannes von Damaskus, des melchitischen Theologen Theodor Abu Qurra oder des syrischen Christen und Philosophen Haya Ibn Adi, die allesamt Gottes vollkommene Präsenz im Schöpfungsakt verorteten. „Ein Handelnder, der selbst bewirkt ist, kann etwas bewirken, und das ist der Akt“, so Ibn Adi. Aber auch Platti muss einsehen, dass das sogenannte „kisb“- (oder „iktisab“-)Prinzip der islamischen Theologie einer solchen Auslegung noch deutlich entgegensteht, wonach jegliches Handeln des Menschen niemals mehr als „Aneignung“ eines Gottesaktes sein kann. An diesem Punkt setzt die grundsätzliche Islamkritik, etwa des Islamwissenschaftlers Tilman Nagel, zu Recht an.

Das Interessante im Falle Plattis ist nun, dass dieser auch auf die islamischen Kritiker der engen Auslegung des „kisb“-Prinzips verweist, insbesondere den indischen Islamgelehrten Ashgar Ali Engineer. Der Prädeterminismus im Islam leite sich demnach nicht notwendig „von den Quellen her“, und auch die Rechenschaftspflicht vor Gott sei im Koran gegeben (etwa Sure 84:6: „Du Mensch! Strebst mit Deinem Bemühen Gott zu! So wirst Du ihm begegnen!“). Platti plädiert: „Die Allmacht Gottes kann nicht in Konkurrenz zu dieser menschlichen Freiheit gedacht werden“ (S. 290 f.). Er hält den Islam für grundsätzlich fähig, sich auf dieser Grundlage in westlichen Gesellschaften einzufügen. Der Muslim müsse bloß erkennen, welche Chancen in einem westlich geprägten

Universalismus für die eigene spirituelle Heilsbotschaft liegen. Im Umkehrschluss tritt Platti dafür ein, die islamische Theologie stärker von kulturellen Erscheinungsformen zu trennen und Phänomene wie Ehrenmorde und Beschneidungen nicht in einem monokausalen Zusammenhang mit dem Islam als Religion zu bringen.

Und trotz dieser Anmahnung ist Plattis Plädoyer offenerherziger und empfänglicher gegenüber jeglicher Islamkritik und ehrlicher als angeblich islamfreundliche Beschwichtigungsversuche: Die Islamkritik muss nämlich – so Platti – immer wieder von Muslimen als Herausforderung konstruktiv und offen aufgegriffen werden, denn nicht zuletzt aufgrund aggressiver Auslegungen des Islam könne man beim besten Willen „die Kritiken von Taha Husayn oder Ayaan Hirsi Ali nicht mehr stoppen“ (S. 295). Platti verschweigt eben nicht, dass dafür alleine schon die Tatsache spricht, dass Islamreformer immer wieder in Furcht leben müssen, das gleiche Schicksal wie der sudanesischer Sufi-Theologe Mahmud Muhammad Taha zu erleiden, der aufgrund seiner Infragestellung einer buchstabengetreuen Sharia-Auslegung in seinem Heimatland 1985, in der Nähe des berühmten Kober-Gefängnisses von Khartum, vor etwa dreitausend Zuschauern gehängt wurde.

Am Ende besteht der Unterschied der Studie Plattis zum Buch von Abdel-Samad, aber auch Kleine-Hartlages, darin, dass Platti den Islam nur als Religion im engen Sinne des Wortes betrachtet und kulturellen Zuschreibungen, wie sie in der Islamkritik häufig auftauchen, skeptisch gegenübersteht. Jemand wie Abdel-Samad hingegen versteht den Islam mindestens genauso als politische Idee und kulturelle Erscheinungsform oder kann zumindest das eine – die Religion – nicht vom anderen – Kultur und Politik – so sauber trennen wie Platti es letztlich tut. Freilich ist der Ansatz Abdel-Samads, aber auch Kleine-Hartlages – soziologisch betrachtet – *im Ansatz* realitätsnäher, da „Religion“ nie isoliert vom sozialen Kontext betrachtet werden kann.

6. Der Islam im Nahen und Mittleren Osten

6.1. Untergang der islamischen Welt?

Abdel-Samads und auch Lüders Hauptaugenmerk gelten nicht, wie nach den bisherigen Ausführungen vermutet werden könnte, der deutschen Innenpolitik, sondern der gesellschaftlichen Situation im islamisch-arabischen Raum und im Falle Abdel-Samads besonders dessen Geburtsland Ägypten. In den Ausführungen und Annäherungen hierzu liegt auch der eigentliche Wert der beiden Abhandlungen, so dass sie an dieser Stelle noch einmal näher betrachtet werden sollen.

Abdel-Samad zunächst beginnt seine Gedanken damit, Oswald Spenglers Abendlandprognose auf den islamischen Kulturraum zu projizieren. Für Spengler galt die ins Materielle abgeglittene, geistlose und geldgläubige „Zivilisation“ als eine dem Untergang geweihte, langjährige Verfallsform einer jeden – spezifisch geistig und „blutskämpferisch“ konturierten – Hochkultur, in seinem Fall konkret der Hochkultur des

römisch-germanischen „Abendlandes“. Da der islamische Kulturraum gemeinhin weniger als materialistische Zivilisation denn eben als stärker geistig-agonaler Kulturraum angesehen wird, überrascht die Projektion Abdel-Samads auf den ersten Blick. Der Autor dreht freilich die Hauptthese Spenglers um, bevor er sie auf den Islam in der heutigen Zeit überträgt: In der Zeit der Nanotechnologie und der „schmutzigen Bombe“ sei das Prinzip des „Blutes“ längst nicht mehr der technisch-wissenschaftlichen Globalisierung überlegen.

Doch was der Autor konstatiert, geht noch eine Volte weiter und erklärt sich aus seinen direkten innergesellschaftlichen Erfahrungen in Ägypten: Der Verdammung einer westlichen, „materialistischen“ Konsumorientierung durch den Islam stehe nämlich – so seine ganz eigene Lebenserfahrung im Umgang mit seinen ägyptischen Mitbürgern – in einem schizophrenen Verhältnis zu einem, wo nur irgend möglich, durch und durch gelebten Konsumverhalten insbesondere unter den jungen Leuten in arabischen Gesellschaften.

Abdel-Samad schließt – ziemlich kühn – daraus, dass der Islam immer wieder zu einer Größe aufgeblasen werde, die er nicht besitze. Der Islam sei alles, nur nicht mächtig. Historisch – und hier argumentiert Abdel-Samad nun ziemlich gewagt und wahrscheinlich einseitig – fehle dem Islam so etwas wie die „faustische Seele“. Seine zivilisatorische Blüte war eine reine Kampfesblüte, islamische Reiche hätten keine zivilisatorische Ausdauer im substantiellen Sinne vorweisen können, zumal Arabien als die Wiege des Islam nicht die großen Namen der islamischen Hochkultur hervorbrachte, derer sich islamische Idealisten rühmen: Avicenna war Perser, al-Farabi iranischer oder türkischer Abstammung, Khawarismi Choresmier, Johannes von Damaskus stammte eben aus Damaskus, Averroes aus Córdoba und Maimonides (bzw. Moshe ben Maimon) hatte jüdische Wurzeln. Und auch der späterhin wegen seiner Widerstandskraft gegen die Osmanen im arabischen Raum hochverehrte Muhammad Ali Pascha stammte aus Kavala (Griechenland) und hatte albanische Wurzeln. Und man könnte hinzufügen: Auch der im Buch von Amartya Sen als Beispiel islamischer Toleranz gefeierte Großmogul Akbar (1542-1605) war türkisch-mongolischer, der ebenfalls erwähnte Saladin kurdischer Herkunft. Man hätte freilich zu Ehren der Araber durchaus auch Ibn Chaldun (arabisch-jemenitischer Abstammung) oder al-Haitham (arabischer oder persischer Abstammung) erwähnen können.

Unabhängig von diesen gewagten historischen Vergleichen: Insgesamt, so Abdel-Samad, gleiche der Islam spätestens heute einem Haus, das angestrichen wird, bevor es zusammenfällt. Die wichtigsten Faktoren, welche diesem Zusammenbruch noch entgegenstünden, seien die ägyptische Muslimbruderschaft und saudisches Öl. Der „Kampf der Kulturen“ werde daher über kurz oder lang innerhalb der islamischen Welt stattfinden. Doch das betreffe auch Europa: die Muslime werden über kurz oder lang ihre Konflikte dahin tragen. Schwere Zeiten warten auf beiden Seiten des Mittelmeeres. In diesem Zusammenhang streitet Abdel-Samad klar und deutlich für einen „postkoranischen Diskurs“. Man müsse zudem dem Untergang der islamischen Zivilisation „gefasst ins Auge schauen“ (S. 228). Dabei läuft er freilich Gefahr, das Gedankengut und die ideo-

logische Ausstrahlungskraft der ägyptischen Muslimbruderschaft und des saudischen Wahabismus zu unterschätzen. In der Tendenz scheinen ihm die Jasmin-Revolution und der Aufstand gegen Mubarak – zumindest in der jetzigen Anfangsphase – Recht zu geben. Konsequenterweise hat sich Abdel-Samad mit seiner ganzen Energie an den Großdemonstrationen in Ägypten 2010/2011 beteiligt und in seiner zweiten Heimat Deutschland die Sache der ägyptischen Kräfte des Säkularismus lebhaft unterstützt. Doch die Volksbewegungen beispielsweise in Tunesien und Ägypten bieten auch den islamistischen Kräften, die sich nun im Rahmen von Parteien frei organisieren und an freien Wahlen werden teilnehmen können, eine große Chance, die sie wahrscheinlich zu nutzen verstehen werden.

Vieles deutet darauf hin, dass die Rede vom „postkoranischen Diskurs“ – zumindest kurzfristig – übertrieben ist. Bestenfalls wird das „türkische Modell“ eines gemäßigten, demokratisch-rechtsstaatlich-legalistisch orientierten politischen Islamismus an Zugkraft gewinnen, ein Szenario, für das – als Alternative zum gescheiterten neokonservativen US-Demokratisierungsprojekt *Greater Middle East* – insbesondere der französische Terrorismusforscher Oliver Roy in seinem Buch *Der falsche Krieg* die Werbetrommel rührt. Gerade in der Einschätzung Al-Qaidas als „nomadische Organisation“ mit punktueller terroristischer Schlagkraft, aber ohne weltpolitisches Gewicht, eine Erscheinungsform eher des *Niedergangs* des militanten Islamismus, handelt es sich im Buch von Roy um eine Art Fortführung seines Bestsellers *Der islamische Weg nach Westen*, der nicht viel Neues beiträgt. Dass aus einem von Roy erwünschten Erstarken des gemäßigten Islamismus (den er begrifflich vom Terrorismus allzu sehr abgrenzt) langfristig säkulare Tendenzen im westlichen Sinne erwachsen könnten, die etwa mit der Christdemokratisierung des politischen Katholizismus zu vergleichen wären, ist damit jedoch nicht gesagt. So eine Entwicklung könnte im Ergebnis vielleicht am Islam selbst scheitern. Natürlich wäre aber zu hoffen, dass in der Tendenz Abdel-Samad und mit ihm Oliver Roy mehr Recht behalten als Skeptiker wie Walter Laqueur oder Hans-Peter Raddatz.

Doch Abdel-Samad argumentiert noch auf einer anderen Ebene. Interessant wird dies, wenn er die Kultivierung einer Opferrolle im Islam thematisiert: Diese würde nur betrieben, um die Schwäche des Islam zu vertuschen. Aus diesem Grund würden zudem falsche Gegensätze konstruiert: Individualität werde fälschlicherweise einer solidarischen Gemeinschaft entgegengesetzt, wie sie etwa in Ägypten selbstverständlich sei und was der Autor anhand vieler einfühlsamer Szenen aus Kairo illustrieren kann. Nicht diese Hilfsbereitschaft und Zwischenmenschlichkeit im Kollektiv stünde jedoch der Individualität entgegen, sondern das Prinzip der Uniformität, wie es von den arabischen Autokratien eingefordert werde. Und was die Kultivierung der islamischen Opferrolle im Nahen und Mittleren Osten betrifft, gibt der Autor zu bedenken, dass immer wieder gerne das Schreckbild christlicher Kreuzzüge gezeichnet werde, etwa in hasserfüllten saudischen Schulbüchern, obwohl z. B. die darin kaum erwähnte mongolische Invasion für den islamisch-arabischen Kulturraum viel schlimmere Auswirkungen hatte als die Kreuzzüge. Auf die Juden reagiere ein Theoretiker wie Tariq Ramadan zudem mit einer

Form des „Holocaustsneids“. Teilweise wird die Bemühung um die Erlangung einer Opferrolle von westlicher Seite noch unterstützt.

Lüders z. B. wählt in seinem Buch die pauschale Formulierung, dass die gewaltbereiten Islamisten „noch viel Unheil anrichten“ würden, „alleine deswegen, weil der ‚Krieg gegen den Terror‘ Wasser auf ihren Mühlen ist“ (S. 139). Zudem bringt Lüders für palästinensische Selbstmordattentäter ein gewisses ‚Verständnis‘ auf oder deutet den Libanonkrieg 2006 so, dass der Leser den Eindruck gewinnt, Tel Aviv ging es primär um die Verhinderung einer innerlibanesischen Entwaffnungsvereinbarung zwischen der Hisbollah und der libanesischen Regierung.

6.2. *Israel und Palästina*

Insbesondere Lüders' verständnisvoller Blick auf das Verhalten der Palästinenser im Israelkonflikt findet in Mosab Hassan Yousefs Aufzeichnungen *Sohn der Hamas* ein überaus brauchbares und spannend geschriebenes Gegengewicht. Das Buch darf freilich nicht ohne weiteres in allen Belangen für bare Münze genommen werden, da es aus dem Geheimdienstmilieu heraus geschrieben worden ist. Der Sohn von Scheich Hassan Yousef, einer der sieben Hamas-Gründer, war nach seiner eigenen Darstellung selbst bis zu seinem 18. Lebensjahr auf dem besten Wege, Terrorist zu werden, um schließlich nach seiner Verhaftung 1996 mehr und mehr zur Einsicht zu gelangen, dass der Weg der Hamas der falsche ist. Nachdem er während seiner Haft vom israelischen Inlandsgeheimdienst Schin Bet angeworben wurde, entwickelte sich Youssef so zu einem der wichtigsten Agenten Israels und ist als „grüner Prinz“ in die israelische Spionagegeschichte eingegangen. Er half u.a. bei der Festnahme Abdallah Barghutis, der für zwei verheerende Anschläge verantwortlich zeichnet und dafür später zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. Mit seiner Hilfe konnten offenbar mehrere Selbstmordattentate vereitelt werden.

Die Erinnerungen verschränkt der Autor mit seinem persönlichen spirituellen Lebensweg, der ihn schließlich 2005 – zwei Jahre bevor er in die USA floh, wo er bis heute lebt – zum Christentum konvertieren ließ. Sein Buch gibt streckenweise höchst anschauliche Einblicke in alle möglichen Facetten der Hamas und ihrer Geschichte, der Intifada und der Rolle Arafats, in Mentalität und Lebenswelt der palästinensischen Gesellschaft aus den Augen eines Heranwachsenden, in arabische Familienbilder, in Alltagssituationen eines vom Ausnahmezustand geprägten Landstrichs sowie in (keineswegs weichgezeichneten) Eindrücken aus dem Innenleben israelischer Polizei-, Militär- und Geheimdienststrukturen. Hassan Yousef kann in seinem Buch plausibel machen, dass er aus innerer Überzeugung die Seiten gewechselt hat, und schafft es wohl gerade deshalb, die palästinensische Lage einfühlsam zu zeichnen, zumal seine eigene Familie und insbesondere sein Vater sehr positiv und mit viel Zuneigung wie Hingabe dargestellt werden. Man nimmt dem Autor ab, dass seine Konversion innerlich am schmerzlichsten war, wo sie mit der Trennung von seiner geliebten Familie einherging. Dennoch führte er seine Führungsoffiziere auch zu seinem Vater, den er damit jedoch vor der Tötung

bewahrt habe, behauptet Yousef in seinem Buch. Im Kontrast dazu stehen jene minutiös aufgezeigten und menschenverachtenden Strukturen innerhalb der Hamas, die nach Überzeugung des Autors in der Summe nicht nur – im Gegensatz zu Israels Politik – von Grund auf verbrecherisch waren, sondern zudem viel mehr Leid über das palästinensische Volk gebracht hätten als die Israelis.

Dabei verbirgt der Autor nicht, dass er gerade im Verhältnis zu seinem tiefgläubigen Vater den Eindruck gewonnen hatte, dass der Islam die Menschen zu einem politisch falschen Weg verführen kann. Er vergleicht den Mohammedanismus mit einer Leiter, an deren unterem Ende das Gebet und die Verehrung Gottes stünden, weiter in der Mitte Hilfegebote und Barmherzigkeit, doch an der Spitze des spirituellen Aufstiegs der „Jihad“, der aus den Erfahrungen in Palästina heraus schlicht nur als ein großes Unglück verstanden werden könne, gar als unselige Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen allgemein. Hierin ist wohl der Grund für die spirituelle Neuorientierung des Autors zu suchen, die ihn – flankiert von positiven Eindrücken im Kontakt mit palästinensischen Christen – zum Evangelium haben führen lassen. Das Buch *Sohn der Hamas* ist für jeden, der sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigt, dringend zu empfehlen und sei es nur, um einmal die „andere“ Seite der Medaille kennenzulernen.

6.3. Die Politik des Westens und der Irakkrieg

Dass diese Entwicklungen im islamisch-arabischen Raum immer auch von der westlichen Politik abhängen, darauf macht neben Oliver Roy insbesondere Michael Lüders aufmerksam. Demokratische Verhältnisse im westlichen Sinne mit Waffengewalt exportieren zu können, war in der Tat von Beginn nichts weiter als eine Fehleinschätzung der sogenannten „neokonservativen“ Außenpolitik gewesen. Allerdings wäre es zu früh, den Irakkrieg als „fatalen Fehler mit katastrophalen Folgen“ zu bezeichnen. Noch gibt es auch im heutigen Irak keinerlei Anzeichen dafür, dass die Tatsache, dass Saddam Husseins Regime als regionaler Unruhefaktor in der Region ausgeschaltet wurde, nicht auch weiterhin als eine große Chance betrachtet werden könnte. Dass die Gefahr eines Rückfalls in den blutigen und die regionale Lage zeitweise stark destabilisierenden Bürgerkrieg (mit insgesamt 70.000 Toten), von welchem insbesondere der Iran profitieren konnte, weiterhin nicht gebannt ist, schmälert die geostrategisch vielversprechende Perspektive, die sich aus dem militärischen Anfangserfolg gegen das Regime Saddam Husseins ergeben hat, noch nicht so weitreichend, als dass von einer ausweglos negativen Lage gesprochen werden müsste. Sicherlich hat Lüders Recht, wenn er darauf hinweist, dass die Amerikaner in der Irakfrage nicht darum umhinkommen, Syrien und den Iran in Verhandlungen einzubinden.

Dies sieht auch der Chef-Leitartikler der *Financial Times* David Gardner in seinem Buch *Letzte Chance* so, in dem er aus einem ziemlich islamfreundlichen Blickwinkel (er bezeichnet den Islam unter Zuhilfenahme passender historischer Verweise als „unzweifelhaft integrative Religion“) insbesondere die Gemengelage im Irak sehr gut be-

schreibt. Er weist zudem auf die Schlüsselrolle des schiitischen Großayatollahs von Nadschaf Ali as-Sistani hin, der eine wichtige Rolle bei der Befriedung der Situation nach der Tötung des sunnitischen Extremisten und Al-Qaida-Mitglieds al Zarqawi 2006 im Lande gespielt hat, zumal er relativ unabhängig von Teheran agiert. Auch der mit der Hisbollah verbandelte Anführer der sogenannten „Mahdi-Armee“ Mutaqa al-Sadr konnte inzwischen relativ gut in das neue irakische System eingebunden werden, wobei Gardner zu Recht darauf hinweist, dass al-Sadr sich von den anderen schiitischen Anführern im Land aufgrund seiner stärker arabisch-nationalistischen Ausrichtung unterscheidet und daher auch für irakische Sunniten attraktiv sei.

Im Rückblick sieht Gardner die größten Fehler der Amerikaner in vier Punkten: erstens die Baathisten nach dem Sturz Saddam Husseins derart kompromisslos und rigoros geächtet und den gesamten Sicherheitsapparat des Landes auf die Straße gesetzt zu haben und damit sunnitischen Extremisten, etwa al Zarqawis „al-Qaida im Irak“, Zulauf ermöglicht zu haben; zweitens die Parlamentswahlen im Lande ständig – auch gegen den Rat as-Sistanis – verschoben und damit insbesondere den langjährigen Unruhefaktor al-Sadr gestärkt zu haben; drittens dem Ansinnen des neuen irakischen, ebenfalls schiitischen, wenn auch säkular orientierten Ministerpräsidenten Nuri Al-Maliki stattgegeben zu haben, Saddam Hussein Ende 2006 medienwirksam hinrichten zu lassen, was die sunnitische Bedrohungsperson um ein Vielfaches erhöhte; und schließlich viertens das Angebot eines „grand bargain“ des gemäßigten iranischen Präsidenten Kahatami im Mai 2003 abgelehnt und damit den iranischen Faktor im Irak zugelassen zu haben. Insgesamt reihen sich diese Fehler ein in eine jahrzehntelange falsche Politik des Westens im Mittleren Osten, die etwa auch im Iran (beginnend mit dem Sturz Mossadeghs durch amerikanische Unterstützung 1953) zu beobachten war.

Interessant, wenn auch nicht vollends überzeugend, ist die psychologisierende Erklärung, die Gardner hauptsächlich für den Eintritt der USA in den Irakkrieg bietet: Er wird als eine Art Verarbeitung des Traumas von 9/11 dargestellt, als die Amerikaner nach ihrer eigenen Erniedrigung schlicht und einfach nach einer nackten Machtdemonstration drängten, um diese schmachvolle Erfahrung so rasch wie möglich wieder vergessen zu machen. Der Irak bot hierfür die „optimale Bühne zur Selbstdarstellung“ (S. 99) bzw. der Selbstvergewisserung, dass den USA trotz 9/11 keiner gefährlich werden könne. Sicher ist es richtig, dass sich die kriegsbefürwortenden Gruppen (irakische Exilanten um Ahmed Chalabi, Ölbarone, Neokonservative, bestimmte Geostrategen, Bush, Cheney, Rumsfeld) diese Gefühle der Amerikaner effektiv zunutze machen konnten.

6.4. Afghanistan und Pakistan

Wer sich indes über die Lage in Afghanistan und Pakistan informieren möchte, kommt an den hervorragenden Werken Ahmed Rashids *Taliban* (einer im Taschenbuchformat herausgebrachten Neuauflage des Klassikers) und *Sturz ins Chaos* nicht vorbei. Kenntnisreich wie kaum ein zweiter – bis hinein in die Fluchtrouten des Talibanführers Mullah Omar und des (kürzlich getöteten) Terroristenführers Osama bin Laden während der

Operation Enduring Freedom 2001/2002 in Afghanistan – informiert der pakistanische Journalist über alle relevanten Zusammenhänge in der sogenannten AfPak-Region. Wer sich etwa über die Hintergründe des pakistanischen Doppelspiels, insbesondere des pakistanischen Geheimdienstes ISI, in der Frage der Taliban- und Al-Qaida-Bekämpfung ein Bild machen möchte, ist hier bestens bedient. Die Verbindungen etwa zwischen den ISI-General Hamid Gul mit dem Chef des saudischen Geheimdienstes Istakhbarat, Prinz Turki al Faisal, und Osama bin Laden, jenen berühmt-berüchtigten 17. Sohn des mit dem saudischen König Faizal eng befreundeten jemenitischen Baulöwen Mohammed Bin Laden, kommen zur Sprache. Auch die Verbindungen zwischen ISI, der islamistischen Partei Pakistans Jamaat-E-Islami, die vom langjährigen Machthaber Zia ul-Haq (1977-1988) gestützt wurde, und der ägyptischen Muslimbrüderschaft werden beleuchtet, ebenso die Verbindungen des ISI zur konkurrierenden islamistischen Partei Jamiat E-Ulema Islami (JUI), die wiederum eng mit den entsprechenden Madrassas der sogenannten „Deobandi-Schule“ um Maulana Samiul Haq und Maului M. Yussuf Binori in Nordpakistan verbunden sind, aus deren Reihen wiederum die afghanisch-paschtunischen Taliban ihre unmittelbare Unterstützung bekamen.

Die „Deobandi-Schule“ stand ursprünglich für ein ambitioniertes Reformprogramm, das indes von halbgebildeten Mullahs in Afghanistan nach der bekannten brutal-puristischen Art der Taliban umgesetzt wurde, wobei sich die Taliban selbst von einer einfachen Gruppe mit starker Verankerung im paschtunischen Stammes- bzw. Dschirga-System, in welche viele Afghanen aufgrund der Verbitterung über das blutige Mujaheddin-System anfänglich eine Menge Hoffnungen setzten, zu Verfechtern eines diktatorischen Zentralismus mit fraglos totalitären Zügen und engsten Verbindungen zu den Terrornetzwerken Al-Qaida und der hauptsächlich im Ferghana-Tal operierenden Islamischen Bewegung Usbekistan (IMU) entwickelten. Letzterer wurde von den Taliban gar der Oberbefehl über die eroberte Stadt Mazar-e-Sharif überlassen.

Die hinter all diesen Verbindungen stehende geopolitische Perspektive Pakistans kommt ebenfalls sehr gut in den Blick. Aus der Sicht Islamabad waren und sind die paschtunisch-sunnitischen Taliban als eine unverzichtbare Brandmauer gegen die Gefahr einer indisch-schiitisch-iranisch-russischen Einkreisungsgefahr anzusehen, was viel zu oft in der Betrachtung der Lage in Afghanistan unter dem Tisch fällt. So galt aus pakistanischer Sicht die Nordallianz immerzu als von Indien unterstütztes Lager der iranfeindlichen Hesaras und Usbeken. Pakistan hat daher ebenso wenig wie die Taliban ein Interesse an einer starken afghanischen Zentralregierung. Zudem teilen sich pakistanische und afghanische Taliban die Erlöse aus den Drogengeldern. Der einzige Bündnispartner für Pakistan in den Reihen der Mujaheddin war ansonsten lange Zeit der Kriegsfürst Hikmetyar, der sich allerdings – im Unterschied zu den Taliban – nicht gegen Pakistans Angstgegner Rabbani oder Masud durchsetzen konnte. Eine Szene im Afghanistankrieg kurz nach 9/11 zeigt deutlich auf, wie sehr Pakistan die Taliban unterstützt(e): Als im November 2001 die nordafghanische Stadt Kunduz kurz vor der „Befreiung“ von der Taliban-Herrschaft durch die Hand des brutalen Warlords Dostum stand, flankiert durch amerikanische Luftangriffe, mussten die Pakistanis mit den Ame-

rikanern eine Gefechtspause aushandeln, um eine Gruppe von 2000 Taliban-Kämpfern und pakistanischen Geheimdienstmitarbeitern in einer Nacht- und Nebelaktion aus Kunduz auszufliegen (was als der „Grand Escape von Kunduz“ in die Militärgeschichtsschreibung eingegangen ist).

Auch die enge Verwachsung der innenpolitischen Gefechtslage in Afghanistan und Pakistan mit der amerikanischen Außenpolitik wird sehr gut von Rashid nachgezeichnet, wenn etwa der Aufstieg des in den Anfangsjahren sehr mutig von Pakistan aus gegen die Taliban operierenden politischen Anführers Hamid Karzai mit dessen CIA-Zusammenarbeit oder die Zunahme des Drucks auf den langjährigen pakistanischen Machthaber Pervez Musharraf mit dem Rücktritt des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld 2006 in Verbindung gebracht wird. Nach Rumsfelds Rücktritt war zudem – unter Einbindung Musharrafs – der Boden für die Wiederkehr der Vorsitzenden der säkularen Pakistanischen Volkspartei PPP Benazir Bhutto aus dem Exil bereitet; ein Projekt, dass durch die Ermordung Bhuttos im Dezember 2007 – offiziell durch pakistanische Islamisten – jäh zu einem Ende kam und eine Phase bürgerkriegsähnlicher Zustände zwischen der pakistanischen Zentralregierung und pakistanischen Islamisten unter der Führung Baitullah Mesuds, der des Mordes beschuldigt wurde, einläutete, was zwischen dem 27. Dezember 2007 (Ermordung Bhuttos) und 18. Februar 2008 (verschobene pakistanische Parlamentswahlen) zum Verlust von 400 Menschenleben führte. Erst der Waffenstillstand mit Baitullah Mesud im Swat-Tal, die politische Einigung des Bhutto-Witwers Ali Zardari mit seinem islamisch-konservativen Gegenspieler Nawaz Sharif, der Rücktritt Musharrafs vom Präsidentenamt am 18. August, die Tötung Mesuds am 5. September und die Wahl Zardaris zu Musharrafs Nachfolger am 6. September 2008 führte zur Beruhigung der Lage. Diese Ereignisse allein zeigen schlaglichtartig auf, als wie gefährdet und fragil die innenpolitische Lage in Pakistan bis heute einzustufen ist.

Jedoch kommen nicht nur alle relevanten geo- und innenpolitischen Hintergründe der Entwicklungen im besagten Raum zur Sprache, sondern auch alle wichtigen Militäroperationen werden sorgfältig nachgezeichnet und in ihrem Verlauf mit kritischem und wachen Blick erklärt, so etwa die missglückte Offensive der Amerikaner bei Gardez 2002 gegen das Terrornetzwerk Al-Qaida. Die wichtigste Kritik im Buch *Sturz ins Chaos* richtet sich im Falle des „Krieges gegen den Terror“ gegen die amerikanische Kriegsführung 2001/2002: Rashid übernimmt dabei die Position des CIA-Agenten Gary Berntsen, der im Winter 2001 800 Ranger-Soldaten zur Bekämpfung der Al-Qaida in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion einforderte, sich aber damals nicht gegen die Position des amerikanischen Oberbefehlshabers Tommy Franks hatte durchsetzen können, der – zumal aus innenpolitischen Vorbehalten – keine Bodentruppen in die Region zu schicken gewillt war. Rashid macht deutlich, wie fehlerhaft es war, aufgrund einer allzu beschränkten Luftkampfstrategie relativ bedingungslos der Nordallianz gegen die geschwächte (freilich nicht minder brutal agierende) Taliban in Afghanistan das Feld auf dem Boden zu überlassen und ansonsten nur etwa 1.000 Bodensoldaten ins AfPak-Gebiet zur Bekämpfung der Al-Qaida zu entsenden. Die war nach der Ermordung des le-

gendären Kriegsherren Masud am 9. September 2001 auch moralisch ein Problem, da Afghanistan nun brutalen Kriegsfürsten wie Dostum in den Nordprovinzen oder Sherzai in Kandahar überlassen blieb.

Der Fehler zeitigte langfristig mindestens genauso desaströse Folgen für die gesamte Afghanistan- und Anti-Terror-Strategie wie der Irakkrieg, so Rashid, und konnte erst durch NATO-Militäroffensiven im Süden Afghanistans und Einsätzen gegen die neue, auf pakistanischem Boden errichtete Taliban-Shura 2006/2007, die zur Tötung der führenden Taliban Mohammed Usmani und Dadullah Akhund führten, wieder einigermaßen korrigiert werden. Dennoch erkennt Rashid, dass sich die in bestimmten Fragen allzu vorsichtige und zögerliche Linie bis in die heutige Situation in Afghanistan nachverfolgen lässt. Der Autor übernimmt die Einschätzung des NATO-Generals James Jones, dass die Vorbehaltslisten der NATO-Truppen „das operative Krebsgeschwür der NATO“ seien, wobei Deutschland die bizarrsten Listen aufstelle: So dürfe keine Operation nach Sonnenuntergang durchgeführt werden, kein afghanischer Soldat in deutschen Hubschraubern mitfliegen, keine Ambulanz deutsche Patrouillen begleiten, was Fußpatrouillen unmöglich macht etc.

Was für eine Schande für die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik wäre es, wenn Rashid mit seiner Einschätzung Recht hätte, dass sich die deutschen NATO-Truppen wie „verschreckte Kaninchen“ verhielten. Dann würde das Trauerspiel der innerdeutschen Islamdebatte außenpolitisch geradezu kongenial ergänzt.

7. Fazit

Wie bereits in der Einleitung betont, gerät im Zuge der „Arabellion“, die Ende 2010 mit der Jasmin-Revolution in Tunesien und dem Aufstand in Ägypten ihren Anfang nahm, zunehmend die Sehnsucht der Muslime nach Frieden, Wohlstand und materieller Zufriedenheit in einer globalisierten Welt in den Blickpunkt und verdrängt die Fokussierung auf dasjenige politische Element islamischer Gegenwartsgesellschaften, was als „islamistische Provokation“ bezeichnet werden könnte. Eine Reihe der Neuveröffentlichungen zur Politik im islamischen Kulturraum, allen voran das Buch von Abdel-Samad, haben dies helllichtig vorweggenommen. Nach der Erschießung Bin Ladens in der US-Kommandoaktion am 2. Mai 2011 im pakistanischen Abbottabad – fast zehn Jahre nach dem 11. September 2001 – hat sich dieser Perspektivenwechsel noch stärker festgesetzt, zumal antiwestliche Reaktionen im arabisch-muslimischen Raum nach der Kommandoaktion weitgehend ausgeblieben sind.

Der „Kampf der Kulturen“ konnte sich zudem – trotz aller religiös-kultureller Weltkonflikte – nicht als das strukturbildende Element der internationalen Politik herausbilden. Stattdessen prägen transkulturelle Allianzen, die sich gezielt gegen den militanten Islamismus richten, das Bild, beispielsweise die von Rashid mustergültig analysierte, keineswegs komplikationslose Allianz zwischen den USA und Pakistan. Der religiös-kulturelle Konflikt findet somit zunehmend innerhalb der islamischen Welt statt, nicht

nur praktisch, sondern auch intellektuell und ideologisch. Wie die gemäßigten Islamisten setzen westliche Islamwissenschaftler und Analysten wie Olivier Roy oder Michael Lüders zunehmend auf das „türkische Modell“. Doch darf die ideologische Ausstrahlungskraft der – lange Zeit konkurrierenden, weil radikaleren – Variante der ägyptischen Muslimbruderschaft in ihren autoritären Zielen nicht unterschätzt werden. Zudem ist die langfristige Zielsetzung der im Inneren des türkischen Staates immer machtvoller agierenden Regierungspartei AKP keineswegs unumstritten.

Ein Arrangement mit der sogenannten „säkularen Option“, also der Entstehung der Möglichkeit des Unglaubens (Charles Taylor), und die daraus folgende Anerkennung der Religionsfreiheit ist im arabischen Raum erst recht nicht gegeben. Aus der ablehnenden Haltung zur „säkularen Option“ resultiert der Versuch einer „Islamisierung der Menschenrechte“, bei der die traditionelle Sharia, Apostasie-Verbot inklusive, als exklusiver Maßstab dafür fungiert, welche Menschenrechte zu gelten haben und welche nicht (siehe Nicht-Unterzeichnung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* durch Saudi-Arabien 1948 und darauf aufbauend: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Islam 1981, Kairoer Erklärung 1990).

Offener gestaltet sich indes die Entwicklung der stärker verweltlichten islamischen Diasporagemeinschaften in den westlichen Gesellschaften. Allerdings halten Muslime auch dort in zweiter und dritter Generation an ihren Sitten und Gebräuchen fest oder entdecken sie neu. Dazu gehört z. B. der Wunsch, das demonstrative Tragen – angeblich – islamisch vorgegebener Kleidung in verbeamteter Position in Anspruch nehmen zu dürfen, das Gebet auf offener Straße oder eine zuweilen übertriebene Einforderung des Respekts muslimischer Fastengebote und Ernährungsverbote im gesellschaftlichen Raum. Herausfordernde Zeiten warten damit auf beiden Seiten des Mittelmeeres, zumal einige junge muslimische Immigranten der zweiten Generation, die in den Aufnahmeländern aufgewachsen sind oder gar autochthone Europäer, die zum Islam übergetreten sind, zu einer jihadistischen Auslegung des Islam tendieren (Sauerland-Gruppe, Düsseldorf Zelle).

Der religiösen Entzauberung des weltrevolutionären Jihadismus wäre am ehesten gedient, wenn etablierte islamische Religionsgemeinschaften, die keine „universale Theokratie“ anstreben, beginnen würden, sich in ähnlicher Weise zu „globalisieren“ wie die christlichen Kirchen einerseits und die Phalanx der Jihadisten andererseits. Bis dahin bleiben die Provokateure des Jihadismus, welche eine zusehends utopisch anmutende Ablehnung einer globalisierten „säkularen Option“ propagieren, nicht ohne Grund im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der Islam damit vor einer fortwirkenden Bewährungs- und Belastungsprobe.

Sammelrezension:

Zwanzig Jahre deutsche Einheit

Von Werner Müller

- Manuela Glaab/Werner Weidenfeld/Michael Weigl** (Hrsg.), Deutsche Kontraste 1990-2010, Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 701 S.
- Peter Krause/Illona Ostner** (Hrsg.), Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 796 S.
- Elmar Brähler/Irina Mohr** (Hrsg.), 20 Jahre deutsche Einheit. Facetten einer geteilten Wirklichkeit, Gießen 2010 (*Psychosozial-Verlag*), 300 S.
- Tilman Mayer** (Hrsg.), 20 Jahre deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme, Berlin 2010 (*Duncker & Humblot*), 270 S.
- Martin Hartmann** (Hrsg.), Zwanzig Jahre friedliche Revolution. Warschau – Leipzig – Berlin – Jena, Jena 2010 (*IKS Garamond*), 130 S.
- Hans-Joachim Veen/Peter März/Franz-Josef Schlichting** (Hrsg.), Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 176 S.
- Richard Schröder**, Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg/Brsg. 2010 (*Herder*), 256 S.
- Klaus Schroeder**, Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört, Berlin 2010 (*wjs*), 249 S.
- Beatrice von Weizsäcker**, Die Unvollendete. Deutschland zwischen Einheit und Zweiheit, Köln 2010 (*Bastei Lübbe*), 288 S.
- Heike Tuchscheerer**, 20 Jahre vereinigt Deutschland: eine „neue“ oder „erweiterte Bundesrepublik“, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 388 S.
- Vera Caroline Simon**, Gefeierte Nation. Erinnerungskultur und Nationalfeiertag in Deutschland und Frankreich seit 1990, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 415 S.

Das Jubiläumsjahr zum Mauerfall brachte eine Reihe von neuen Titeln auf dem Büchermarkt hervor, die eine Vielzahl von Aspekten und Facetten des Zusammenbruchs der DDR und der Vereinigung Deutschlands aufgriffen, jedoch nur bedingt neue Quellenmaterialien präsentieren konnten. Das Jubiläum der staatlichen Einheit verzeichnet erstaunlicherweise im Allgemeinen andere Akzente in der neuen Literatur, mit einem Schwerpunkt in den Sozialwissenschaften. Naturgemäß wird darüber hinaus die Frage häufiger aufgegriffen, wie weit eine tatsächliche Einheit (in welchem Sinne auch immer) erreicht sei. Das Thema Extremismus kommt dabei kaum zur Sprache.

Allein sechs zum Teil gewichtige (und umfangreiche) Sammelwerke sind hier vorzustellen. Der von Glaab, Weidenfeld und Weigl besorgte Band deckt das breiteste Spektrum ab: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Freilich werden vorrangig Meinungsbilder und Einstellungen geprüft, es handelt sich im Allgemeinen nicht um eine Verlaufs- oder Institutionenanalyse. Auf soziologische Fragestellungen, ebenfalls vorwiegend auf empirischer Grundlage, gründet sich das Sammelwerk von Krause und Ostner. Einen eher selteneren Zugang in der politikwissenschaftlichen Literatur wählten

Brähler und Mohr für den von ihnen betreuten Band: Er widmet sich den (gruppen- und sozial-)psychologischen Dimensionen der deutschen Einheit. Die von Hartmann und Mayer sowie von Veen/März/Schlichting edierten Sammelwerke berücksichtigen stärker die historische Dimension sowie internationale und vergleichende Aspekte. Der explizit der deutschen Thematik gewidmete Teil von Mayer bezieht die äußeren Aspekte des deutschen Vereinigungsprozesses (die Haltung der alliierten und der Nachbarn Deutschlands) mit ein.

Die Werke von Schroeder, Schröder und Weizsäcker greifen Leistungen und Defizite der deutschen Einheit nach 20 Jahren auf; Tuchscheerer fügt der Debatte um das Für und Wider einer „Berliner Republik“ neue Aspekte an. Weiterführend ist auch die vergleichende Sicht auf die staatlichen „Feier-Kulturen“ in Deutschland und Frankreich. Im erstgenannten Band von Glaab/Weidenfeld/Weigl sind die Einzelthemen kontradiktorisch angelegt, wie in Sammelbänden üblich, dabei können Vollständigkeit und systematische Erschließung nicht eingehalten werden. In der Tat aber führt das genannte Vorgehen zu einer überraschenden Vielfalt von Erkenntnissen und Problemsichten, wenn auch mitunter der direkte Bezug zum Rahmenthema „20 Jahre deutsche Einheit“ nur auf den zweiten Blick sichtbar wird. Das gilt etwa für Werner Weidenfelds Analyse der deutschen Europapolitik seit 1990, der eine wachsende Verbundenheit mit der Nation und einen Rückgang mit der zur europäischen Integration herausarbeitet. Zugleich seien die Beziehungen zu dieser nüchterner und weniger emotional geworden. Auch das Themenfeld „Zentralismus versus föderale Vielfalt“ (von Roland Sturm) ergibt wider Erwarten keine besonders kontroverse Problemlage. Das Scheitern der Länderneugliederung mit der Fusion von Berlin und Brandenburg hat den unitarischen Föderalismus wenig verändert. Sturm konstatiert, dass sich nur auf einem Feld ein Ost-West-Gefälle zwischen den Ländern zeige, nämlich in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nicht aber in Institutionen oder Identitäten. Geographische oder territoriale Identität und „gesellschaftlich-kulturelle Vielfalt“ sieht er als bestimmender an.

Direkt ins Zentrum des Generalthemas führt der instruktive Beitrag von Manuela Glaab. Sie konstatiert unter dem Titel „Politische Partizipation versus Enthaltung“ nach 20 Jahren eine weitgehende Annäherung der „Struktur der politischen Beteiligungssysteme“. Das kann nicht als Einebnung von Unterschieden verstanden werden: Nach wie vor ist das politische Interesse im Osten etwas geringer, die Wahlbeteiligung niedriger und das Engagement in Parteien niedriger, wenn man von der rasch schrumpfenden Mitgliedschaft der „Blockparteien“ nach 1990 absieht. Liegen etwa im Bereich des Petitionswesens die ostdeutschen Länder im Mittelfeld (trotz des beachtlichen Umfangs des „Eingabe-Wesens“ in der DDR), so nutzen Ost-Bürger häufiger „unkonventionelle“ Formen politischer Partizipation, wie Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen. Im Westen dagegen wird elektorale Beteiligung höher geschätzt. Die Verfasserin konstatiert generell eine Kluft zwischen den Partizipationsangeboten und den Partizipationswünschen der Bürger. Das Beteiligungsniveau in Deutschland taue kaum als Krisensymptom.

Die Wirtschaftsordnung der neuen Länder hat nach 1990 die stärksten Veränderungen hinnehmen müssen, hier thematisiert unter „Gemeineigentum versus Privatisierung“. Das bekannte finanzielle Desaster der Privatisierung der DDR-Staatswirtschaft blieb naturgemäß auch für die „alten“ Länder nicht folgenlos. Das trug mit bei zu einer Welle von Veräußerungen von Betrieben der öffentlichen Hand, freilich in anderen Dimensionen. Schon die Regierung Kohl hatte in den achtziger Jahren diesen Weg beschritten. Daneben zeigte sich in den Parteien (mit Ausnahme der Grünen und der PDS) ein deutlicher Trend zur Befürwortung von Privatisierung, wenn auch kein Konsens erzielt werden konnte. Auch die Einstellung der Bevölkerung zu Privatisierungen in Ost und West divergierte, aber in moderaten Größenordnungen. Annähernd gleich war in den „alten“ und „neuen“ Ländern die Meinung verbreitet, das Verhältnis öffentlicher zu privaten Dienstleitungen sei akzeptabel und wurde von der Hälfte der Bevölkerung geteilt. Im Osten war die Zahl der Befürworter weiterer Privatisierungen etwas geringer als im Westen, die der Anhänger einer Re-Verstaatlichung etwas, aber nicht signifikant höher.

Geringer als zu erwarten sind die Unterschiede zwischen West und Ost auf dem Feld „Sozialstaat versus Marktwirtschaft“. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zeigt ein doppeltes Gefälle: von Süd nach Nord und von West nach Ost. Das Brutto-Inlandsprodukt der neuen Länder stagnierte seit dem Ende der neunziger Jahre bei rund 70 Prozent des Westniveaus, die Arbeitslosigkeit blieb deutlich höher, während sich die Werte für Langzeitarbeitslosigkeit angleichen. Ebenfalls groß blieb die Lücke in den Einkommen, geringer wurde sie (dank häufigerer Frauen-Erwerbstätigkeit) in den Familieneinkommen. Gewinner der deutschen Einheit waren fraglos die Rentnerinnen und Rentner im Osten. Die subjektive Seite belegt eine geringere Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland und zugleich eine andere Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit.

Der Abschnitt „Gesellschaft“ zeigt bei der Betrachtung religiöser Bindungen sowohl ein Nord-Süd- als auch ein West-Ost-Gefälle. Der Autor, Gerd Pickel, führt das auf einen erfolgreichereren Säkularisierungsprozess in den protestantischen Regionen zurück. Er erwartet für die Zukunft eine fortschreitende Annäherung von Konfessionsbindungen in Ost und West, vor allem durch das Absinken kirchlicher Bindungen auf das Niveau des Ostens. Annäherungen sind zu verzeichnen auf dem Feld der Lebensformen. Das traditionelle Familienbild ist seit langem auf dem Rückzug: In Ostdeutschland ist ein allein erziehender Elternteil eine häufige Lebensform, und ostdeutsche Frauen sind mehrheitlich nicht verheiratet, wenn sie ihr erstes Kind bekommen. Kinderlosigkeit auf der einen und Familien mit mehr als drei Kindern auf der anderen Seite sind hingegen in Westdeutschland weiter verbreitet. Bedeutsam waren die Umbrüche naturgemäß in der Schulpolitik, behandelt von Frieder Wolf. Zunächst einmal geht der Autor mit dem Klischee zur DDR-Schulpolitik ins Gericht, konstatiert zudem vor dem Neubeginn in den neuen Ländern eine weitgehende Stagnation im Westen. Die (zum Teil hektischen) Reformbemühungen in den letzten Jahren hätten jedoch gezeigt, dass das Bildungssystem „eben nicht unqualifiziert und ganz grundsätzlich reformunfähig“ (S. 542) sei.

Der letzte Beitrag „Erinnerung versus Neuanfang“ (von Michael Weigl) greift naturgemäß die Lasten der doppelten Diktatur-Erfahrung auf. Für die Erinnerungskultur gegenüber dem „Dritten Reich“ konstatiert der Verfasser eine Kongruenz, die freilich für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte noch fehle (S. 673). Gegensätze zeichneten sich kaum ab, aber die DDR-Vergangenheit ist kaum Gegenstand von Debatten im Westen. Die Herausforderung bleibt. Viele der Gegensätze zwischen Ost und West haben sich, so die Herausgeber Glaab, Weidenfeld und Weigl, abgeschwächt oder verlagert. Zugleich intendierten sie weder Vollständigkeit noch die Erstellung einer Bilanz.

Der zweite umfangreiche Sammelband mit nicht weniger als 38 Beiträgen, ediert von Peter Krause und Ilona Ostner, verspricht genau das: eine „sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit“. Behandelt wird eine breite Palette von Themen, die sich im weiteren Sinne um das Kernproblem „Lebensverläufe“ drehen. Ob die breite Ankündigung im Untertitel mit einer Konzentration auf Biographien überhaupt einlösbar ist? Der zweite Hauptabschnitt behandelt die Stadien im Lebensverlauf: so Kindheit und Jugend, das Erwachsenwerden, die Lebensmitte mit Arbeit und beruflicher Integration, das Alter und das Lebensende. Der dritte Abschnitt umfasst – wie der vorausgegangene – auf mehr als 300 Seiten systematische Probleme wie Lebensstandard und Integration in die Gesellschaft, politische Partizipation, Gesundheit, Wohnen und regionale Ausdifferenzierung, Lebensqualität und Zufriedenheit. Der einleitende Block zieht bereits eine Bilanz. Karl-Ulrich Mayer umreißt die Dimensionen des Themas, begründet, warum mit der Analyse von Lebensverläufen soziale Umbrüche erforscht werden können. Ferner blickt er zurück auf die Prognosen aus den frühen neunziger Jahren und die damals für möglich gehaltenen Entwicklungswege. Naturgemäß kann er auf einige bemerkenswerte Ergebnisse verweisen.

So blieben trotz Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft und hoher Arbeitslosigkeit rund zwei Drittel der 1996 Arbeitenden in ihrem Berufsfeld: Ihre Berufsqualifikationen waren nicht entwertet. Freilich waren die Jahre zuvor mit einem großen Abstiegsrisiko verbunden. Der öffentliche Dienst blieb der bedeutsamste Beschäftigungssektor – und zugleich eine Domäne der Frauen. Mit Abstrichen blieb ihr hoher Beschäftigungsgrad erhalten und zugleich ihre Qualifikation unangetastet. Der Einstieg Jugendlicher in das Berufsleben nach der Ausbildung erwies sich als problemloser als nach der Wiedervereinigung erwartet, allerdings hatte rund die Hälfte der Neueinsteiger die Erfahrung kürzerer oder längerer Arbeitslosigkeit hinzunehmen. Ferner wurde Systemnähe nur bedingt zum Hindernis beruflicher Integration. Allerdings wurden die früheren DDR-Eliten fast einhellig in den Vorruhestand geschickt; längst nicht alle Stasi-Zuträger verloren ihre Stellen. Nicht ausgeglichen werden konnten die Nachteile, die manche aus politischen Gründen in der DDR hatten hinnehmen müssen.

Anschließend blickt Richard Hauser auf die Arbeit der Kommission für sozialen und politischen Wandel zurück, deren zentrale Ergebnisse 1996 in sechs Bänden veröffentlicht wurden. Bernd Wegener und Stefan Liebig analysieren das Gerechtigkeitsempfinden in Ost und West. Dass es dort sehr divergierende Wahrnehmungsformen gibt, wenn

es sich um das Erwerbseinkommen dreht, kann nicht verwundern. Aber auch die Erfahrungen mit unterschiedlichen Verteilungsgerechtigkeiten vor 1990 wirken fort und deuten (trotz Erfahrungen mit Wirtschaftskrisen) auf langfristig wirkende Sozialisationsmechanismen. Aber, so die Autoren, es wirken darüber hinaus Lebenserfahrungen mit. Unterschiedliche Generationszugehörigkeit erzeugt unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen. Zuletzt darf, so eine Analyse zur „Psychologie der Wiedervereinigung“, die psychologische Dimension des Ost-West-Gegensatzes nicht überdehnt werden, da empirische Studien das nicht stützen. Trotz aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme haben sich beträchtliche Fähigkeiten zur Anpassung an die neuen Verhältnisse und zur Annahme der Herausforderungen entwickelt.

Insgesamt besticht der Band durch den präzise verfolgten „roten Faden“ im Kontext der sozialwissenschaftlichen Lebenslauf-Forschung. Die empirische Basis, sofern das ein (außenstehender) Historiker beurteilen kann, ist beachtlich. Dass die Wahrnehmung von Lebensqualität und -standard, von Zufriedenheit und Vermögensverteilung letztlich doch nicht stark variiert, ist auf der Erfolgsseite der Bilanz zu verbuchen. Das subjektive Wohlbefinden (so Hans-Herbert Noll und Stefan Weick) unterscheidet sich bei Frauen zwischen Ost und West kaum, bei der Altersgruppe der Rentner wenig. Nach Familienstand betrachtet, erscheinen Personen in stabilen Beziehungen in Westdeutschland zufriedener, im Osten ist dieses Merkmal unbedeutender. Ein höheres Bildungsniveau schafft im Westen eher Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen, ohne dass es dafür im Osten eine Korrelation gäbe. Eine umfassende Bilanz der Vereinigung liegt mit diesem Band nicht vor, aber eine Reihe von wichtigen, an Lebensverläufen festgemachten Analysen von Einzelproblemen.

Elmar Brähler und Irina Mohr haben zwanzig höchst unterschiedliche Autoren in ihrem Band vereint. Erinnerungen, Gefühle, Befindlichkeiten finden sich bei einigen Autoren, Publizisten wie Peter Bender oder Friedrich Schorlemmer, bei politisch Aktiven vor und nach dem Zusammenbruch der DDR wie Hans-Jürgen Misselwitz oder Rolf Reissig, letzter Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Den Kerninhalt bilden jedoch einige auf breiter empirischer Basis gegründete Beiträge zu psychologischen Fragen der deutschen Einheit. Dass Mediziner und Psychologen die Mehrheit der Autoren stellen, unterstreicht den Schwerpunkt des Bandes. Peter Bender beleuchtet „sieben Wunder der Vereinigung“. Dazu zählt er das Aufkommen der Bürgerbewegung, die Ausreisewelle, den „Glücksfall“ Gorbatschow in der Sowjetunion sowie natürlich den Fall der Mauer. Friedrich Schorlemmer geht zum Mauerbau zurück, beschreibt das Eingeschlossensein, verweist aber auch auf das Faktum, dass es dort ebenfalls „aufrechtes, gelingendes, sinnerfülltes Leben“ (S. 78) gegeben habe. Doch insgesamt „erzwang der Status quo ein Reden mit vorgehaltener Hand, eine Doppelexistenz aus privat und öffentlich“ (S. 93). Reissig vermisst eine Verständigung in der Gesellschaft über Inhalt und Ziel der Einheit. Sie könne sich nicht in nachholender Angleichung an den Westen erschöpfen, sondern müsse auf Modernität und Modernisierung zielen. Erforderlich seien Innovations- und Zukunftspotentiale. Die Transformations-Erfahrungen im Osten könnten so „zu einem gesamtdeutschen Labor“ der Moderne werden.

Zu den wissenschaftlichen Beiträgen im engeren Sinne zählt Wolf Wagner, der einen „Kulturschock“ als Auslöser für unterschiedliche Befindlichkeiten in Ost und West ermittelt. Als empirischer Beleg dient ihm eine Befragung jüngerer Thüringer, die mehrheitlich der These zustimmen, die Westdeutschen behandelten die Ostdeutschen als Mitbürger zweiter Klasse. Dieser Kulturschock werde durch Generationen perpetuiert. Freilich ist die These vom sozialen und Bildungsstatus abhängig: Unter höher Gebildeten findet sie wenig Anklang. Datenbasiert werden thematisch eng gefasste Studien zur Familienentwicklung (mit Daten aus Rostock) vorgestellt, in der die Auswirkungen sozialen Wandels auf Familienstrukturen untersucht werden. Zu diesem Block zählt eine Erhebung zur Familiengründung und zum Kinderwunsch, zur unterschiedlichen Mediennutzung in Ost- und Westdeutschland sowie zur Nachwirkung der Mitgliedschaft in den Thälmann-Pionieren und in der FDJ.

Ein Beitrag mehrerer Psychologen geht der Prägekraft der Erinnerungen nach. Er kommt zu dem Schluss, dass sich einige Einstellungen zwischen Ost und West angeglichen haben, so etwa die Meinungen zu Diktatur und Unrechtsstaat. Es würden in den Befragungen mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes herausgestellt, jedoch sei die Euphorie über die Vereinigung verfliegen. Skeptisch äußerten sich vorwiegend ältere Ostdeutsche, die geringsten Unterschiede zwischen Ost und West finden sich bei jüngeren Menschen. Ein weiterer Artikel behandelt das selten untersuchte Problem der Binnenmigration – in beide Richtungen. Bei grundsätzlich positiver Bewertung der Migration schnitten Ost-West-Migrantinnen schlechter ab: Für sie stellte es vielfach eine Belastung dar. Einer der wenigen „nicht-psychologischen“ Beiträge widmet sich der Eigentums-Transformation nach dem Mauerfall. Damit ist einer der Gründe für die Ost-West-Dissonanzen gegeben, denn die Mehrheit der Restitutionen ging an Westdeutsche bei gleichzeitig geringer Sparquote und Geldreserven der Ostdeutschen.

Die Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung widmete sich ebenfalls dem Jubiläumsjahr. Die Einzelbeiträge waren zumeist historisch angelegt und bezogen vielfach die internationale Dimension mit ein. Zunächst aber stellte Hans-Peter Schwarz einen denk-, aber gar nicht merkwürdigen Vergleich an: zwischen Bismarcks Reichsgründung und der Wiedervereinigung 1989/90. Dabei legte er eine Reihe von Paradoxien, aber auch tatsächlichen Analogien offen. Sein Fazit: „Selten sind historiographische Analogien so geschichtsmächtig geworden wie ausgerechnet beim Umbruch der Jahre 1989/90 und danach, als es wider alles Erwarten nochmals gelang, den bereits verloren geglaubten Nationalstaat wiederherzustellen. Nur galt eben diesmal auch der Satz: Man steigt nicht zweimal in denselben Strom“ (S. 45).

Einen breiten Raum nehmen die Außenbeziehungen ein. Hier sticht besonders Christian Hackes Beitrag über die USA (nicht nur von der Länge her) heraus. Materialreich und einleuchtend ist ferner Armin Mitters Analyse der Oder-Neiße-Grenze im Prozess der Wiedervereinigung, während ein Beitrag zum Zwei-plus-Vier-Vertrag recht knapp geraten ist.

Ehrhart Neubert weist auf aktuelle Probleme des Umgangs mit der DDR-Vergangenheit hin, so auf die „öffentlichen Bekundungen einer geschönten DDR“ und die weitge-

hend vernachlässigten „eigentlich menschlichen Kosten der Diktatur, den Opfern“ (S. 189). Er fordert, sie in die Aufarbeitung einzubeziehen.

Als weiterführend und zu weiteren Forschungen Anstoß gebend können die Beiträge von Karl-Heinz Paqué und Günther Heydemann angesehen werden. Der Magdeburger Wirtschaftswissenschaftler zieht eine insgesamt positive ökonomische Bilanz des Vereinigungsprozesses. Eine reale Alternative habe es nach dem Zusammenbruch der DDR nie gegeben, vor allem wegen der Mobilität der Menschen in der Nähe zum westlichen Wohlstand. Nach 20 Jahren sei viel erreicht, aber die ostdeutsche Wirtschaft sei nach wie vor die verlängerte Werkbank des Westens – „eine Werkbank mit hoher Wettbewerbsfähigkeit“. Für die Zukunft sei erforderlich „eine Mischung von anspruchsvoller Innovationsförderung, einfacher Anwerbung von Investoren und pragmatischer Stärkung des vorhandenen industriellen Mittelstandes“ (S. 216). Der Leipziger Historiker sucht nach den „Ursachen für diesen dramatischen demographischen und sozioökonomischen Wandel in den neuen Bundesländern“. Das Ausmaß der Migration von Ost nach West, vor allem unter jüngeren Menschen, sowie die gezielten Förderungen haben bislang „nur in einigen Wachstumsinseln und dem dazugehörigen Umland“ Erfolge gezeigt, aber nicht „flächendeckend.“ Eine Annäherung der Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen Ost und West sieht er in weiter Ferne. Lesenswert ist zuletzt der Beitrag des Journalisten Lars Normann über die Stasi-Unterlagen-Behörde. Ein Vorbild gab es bekanntlich bei ihrer Gründung nicht, indes haben einige postkommunistische Länder das „Modell“ mehr oder weniger eng übernommen. Eine Organisations- und Personen-geschichte einer derartigen Institution stellt daher schon von allein etwas Besonderes dar. Ein Ende der Sacharbeit der Behörde ist ebenfalls nicht in Sicht. Auch wenn hier der „rote Faden“ nur stellenweise sichtbar wird, dürfte der Band zur Haben-Seite der Jubiläumsliteratur zu zählen sein.

An thematischer Heterogenität mangelt es dem schmalen, von dem Jenenser Mathematiker Martin Hermann edierten Band ebenfalls nicht. Hier sind sogar Beiträge über die Zeit vor dem Zusammenbruch der DDR in der Überzahl. So beleuchtet der österreichische Botschafter Friedrich Bauer die Beziehungen seines Landes zur DDR, Ilko-Sascha Kowalczyk Vorgeschichte und Geschichte der Revolution. Der Ausgangspunkt ist für ihn die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ in Polen 1980. Günter Schabowski und der Schriftsteller und Bürgerrechtler Udo Scheer behandeln die Planwirtschaft als Ausgangspunkt für den Untergang des Staatssozialismus. Erich Loest steuert seine Erinnerungen an den denkwürdigen Oktober 1989 in Leipzig bei. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister von Jena, bilanzierte an Hand von Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahr 1989 die Erfüllung der damaligen Hoffnungen und Erwartungen. Zwei Beiträge, die Besonderes bieten, gehen über das Jahr 1989/90 hinaus. Der Journalist Ulrich Erzigkeit schildert den Gründungs- und Aufbauprozess der ersten unabhängigen Tageszeitung Thüringens. Gerd Schuchard, in den neunziger Jahren Minister in Thüringen, stellt leider sehr knapp die Geschichte der Reaktivierung der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena dar. Man stand vor einer doppelten Herausforderung: einerseits die Führungseliten aus DDR-Zeiten aus den Betrieben herauszuhalten und andererseits die Auflösung der

Stiftung und eine Abwanderung aus Jena zu verhindern. Der Band gibt Beiträge einer Vortragsreihe an der Universität Jena wieder. Leider wird der im Untertitel angedeutete internationale Bezug (nach Warschau) nicht eingelöst.

Dieses leistet umso ausführlicher der von Hans-Joachim Veen, Peter März und Franz-Josef Schlichting besorgte Band, der Beiträge eines Symposions der Stiftung Ettersberg umfasst. Lediglich ein Beitrag, der von Eckhard Jesse, betrifft das wiedervereinigte Deutschland (neben einem weiteren zur ökonomischen Transformation). Er konzentriert sich auf die Parteienlandschaft und die Politische Kultur. Das polnische Beispiel (von Krzysztof Ruchniewicz) macht auf den Prozess von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Modernisierung sowie der Hinnahme einer Einschränkung der staatlichen Souveränität infolge des Prozesses der europäischen Integration aufmerksam. Schließlich waren in Polen – wie überall in den früheren kommunistischen Staaten – die finanziellen Ressourcen viel zu gering, um ohne Hilfe von außen den Modernisierungsprozess in der Wirtschaft voran zu treiben. Die Systemtransformation hält er für gelungen, auch wenn dank der Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung die Postkommunisten eine beachtliche Resonanz finden.

Für Ungarn verweist María Schmidt darauf, die ungarische Demokratie sei in einem zähen Verhandlungsprozess zwischen Staatspartei und Opposition etabliert worden – in der Folge konnte nach einem Verfassungskompromiss die „Durchsetzung von Gerechtigkeit“ und der „Gerechtigkeitssinn und die moralische Werteordnung der ungarischen Bürger“ untergraben werden. Darüber hinaus geriet die Demokratie im Jahre 2006 in eine tiefe Krise, als es zu Demonstrationen kam, die gewalttätig niedergeschlagen wurden. Schmidt zieht eine traurige Bilanz: „Zwanzig Jahre nach dem Fall des Kommunismus befinden sich die Ungarn in einem Zustand fehlenden Selbstvertrauens. Die Systemveränderung selbst beurteilen die Bürger als Debakel“ (S. 69).

Jan Sokol stellt das Beispiel Tschechiens vor. Nach der „samtenen Revolution“ und der Wahl Vaclav Havels zum Staatspräsidenten erweisen sich zwei Probleme als kaum lösbar: der Gegensatz von Tschechen und Slowaken, der auch mit einer Föderalisierung des Landes nicht beseitigt werden konnte, und die wirtschaftliche Modernisierung. Letzteres stellte für den slowakischen Landesteil mit einem hohen Anteil von Rüstungsindustrie ein besonderes Problem dar, das flächige Entindustrialisierung und hohe Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Zudem war das Land mit der Erblast eines extremen Zentralismus und hohem Grad an Verstaatlichung (bis in Handel und Handwerk hinein) konfrontiert. Letztlich ist aus heutiger Sicht die wirtschaftliche Entwicklung mit Einschränkungen erfreulich. Das tschechische Parteiensystem ist durch eine Besonderheit gekennzeichnet: die Fortexistenz einer orthodox-kommunistischen Partei, die bei Wahlen zwischen 13 und 16 Prozent der Stimmen erzielt.

Andrei Marga bilanziert für Südosteuropa: „Doch konnten nicht alle Probleme der ostmitteleuropäischen Gesellschaften durch die Demokratisierung gelöst werden. Tatsächlich gibt es immer noch arme Regionen mit einer unterentwickelten Infrastruktur, in einigen Ländern wurden angestoßene Reformen nicht zu Ende geführt“ (S. 83). Für Rumänien zeichnet er das Bild eines zurückbleibenden wirtschaftlichen Reformprozesses,

gekennzeichnet von großem Kapitalbedarf. Insgesamt lehnt er das Urteil ab, das Land bilde nur eine Scheindemokratie. Die politische Willensbildung unter pluralistischen Bedingungen sei noch schwierig, die Demokratie noch keine Lebensform.

Die größten Defizite an Demokratie unter den postkommunistischen Staaten weist zweifellos Russland auf. Der Innsbrucker Politikwissenschaftler Gerhard Mangott sieht die Ursachen im Leistungsveragen der postsowjetischen Herrschaftsordnung im Abbruch der Anfang der neunziger Jahre nur zögerlich betriebenen Demokratisierung, die mit Jelzins „bonapartistischem Staatsstreich“ 1993 endeten. Die Wirtschaftskrise, nicht gebändigt durch eine Verschränkung wirtschaftlicher und politischer Eliten, führte zum Währungsverfall und zur Verelendung der Bevölkerung. Das Elitenkartell um Putin habe mit Einschränkungen eine wirtschaftliche Stabilisierung erreicht, zugleich aber den autoritären Charakter der Herrschaftsordnung noch gestärkt. Der Weg hinein „in einen neuen demokratischen Aufbruch ist derzeit aber strukturell, personell und diskursiv versperrt“ (S. 117), bilanziert Mangott. Leider spart dieser informative, aber knapp gehaltene Band die baltischen Staaten aus.

Neben diesen Sammelbänden bleiben fünf Monographien, die insgesamt wesentlich enger dem Generalthema „deutsche Einheit“ folgen. Unter diesen ragen die knappen Bände von Richard Schröder und Klaus Schroeder heraus. Der erste listet in mehr als 30 Einzelkapiteln die gängigsten (Vor-)Urteile über die DDR, den Vereinigungsprozess und zuletzt über das vereinigte Deutschland auf, um ihnen dann mit unterschiedlichem Umfang nachzugehen. Generell lehnt Schröder Fragen nach dem Stand der „inneren Einheit“ ab; er formuliert vier Maßstäbe, mit denen die deutsche Einheit bewertet werden sollte. Erstens die Sicht von außen: So weist er darauf hin, dass der nationale Zusammenhalt seit 1990 außerordentlich stabil sei, wenn man Länder wie Italien, Spanien, Irland, Belgien oder die Tschechoslowakei als Maßstab nimmt. Die Wiederherstellung der DDR fordert niemand. Zweitens habe es in der deutschen Geschichte immer große regionale, soziale, wirtschaftliche und mentale Unterschiede gegeben. Die Deutschen hätten über lange Zeiträume gelernt, damit zu leben. Drittens nennt er das Gefälle zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern. „Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland sehr gut ab“; vor allem Rentner und Arbeitslose konnten in ein funktionierendes soziales Netz einbezogen werden. Zum Vierten verweist er auf die heutigen Lebensbedingungen im Vergleich zu denen in der DDR. Den Kern bildet für ihn der Gewinn an Freiheit, nicht nur der Reisefreiheit. Zu den Defiziten rechnet Schröder, dass im Jahr 1990 nicht zu einer großen Anstrengung aufgerufen wurde, sondern viele glaubten, die Einigung wäre eher beiläufig zu haben. Ferner waren die Lohnerhöhungen im Osten zu groß. Die Proportionen von gleichem Lohn für gleiche Erträge wurden verletzt. Ferner hätte der Aufbau eines neuen Sozialversicherungssystems aus Steuern und nicht aus Beiträgen finanziert werden sollen. Die schnelle Übernahme des westdeutschen Rechtssystems hält er für sinnvoll, denn diese habe Rechtssicherheit gewährleistet. Bei den Einzelfragen greift er einige „Reizthemen“ auf. Die Antifaschismus-Legende der DDR bettet er in eine Liste von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der beiden Diktaturen ein. Den Begriff „Unrechtsstaat“ hält er für unpräzise: Die DDR wollte, anders als die Bundesrepublik,

kein Rechtsstaat sein. Zudem: „Und wer mit Justizwillkür persönlich nichts zu tun hatte, darf doch diejenigen nicht vergessen, die in diese Mühlen gerieten“ (S. 56). Er entkräftet, wie schon zuvor mehrfach geschehen, die Behauptung, das Wirtschaftsvermögen der DDR habe am Ende einen vierstelligen Milliardenbetrag umfasst. In den Bereich der Legende verbannt er die Behauptung, die Bundesrepublik habe die DDR politisch und wirtschaftlich stabilisiert und so einen Zusammenbruch hinausgezögert.

Zu den Irrtümern der Vereinigung rechnet er die Vorstellungen der westlichen Linken, mit Auschwitz sei das Recht auf einen gemeinsamen Staat verwirkt worden. Er betont daneben, dass die Währungsunion nicht zu früh kam. Sie sei aus politischen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar gewesen. Das Feindbild „Treuhand“ hält er für problematisch, trotz aller Probleme habe es keine realistische Alternative zum Privatisierungskurs gegeben. Im Ausland gelte die Arbeit der Treuhand als Erfolgsgeschichte. Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ gehe auf einen Beschluss der frei gewählten Volkskammer zurück. Dieses Thema habe inzwischen seine Brisanz eingebüßt. Die Frage der Enteignungen unter Besatzungsrecht ist anders zu bewerten: Dass die Sowjetunion auf der Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen bestanden hätten, hält er nicht für belegbar. „Man kann die Folgen geschichtlicher Katastrophen nicht befriedigend entschädigen, schon gar nicht bis ins zweite oder dritte Glied. Und man kann nicht altes Unrecht durch neues Unrecht wieder gut machen. Jetzt ist das neue Unrecht der lebensfremd konstruierte Vorwurf von Lüge und Verfassungsbruch“ (S. 149). Mit den Ansichten, den Menschen in der DDR wäre 1990 die Chance einer eigenen Entwicklung genommen worden und dem Mythos einer „Siegerjustiz“ setzt er sich sehr stark zweifelnd auseinander.

Zu den Fehlurteilen über das vereinigte Deutschland zählt Schröder etwa Thesen wie: die deutsche Einheit sei gescheitert, die Transferleistungen führten zu einem „Abbau West“, die Renten im Osten seien zu hoch, oder, zuletzt, der 3. Oktober sei als Nationalfeiertag ungeeignet. Er hält dem entgegen, dass Deutschland nach dem Zwei-plus-vier-Vertrag in gesicherten, anerkannten Grenzen und umgeben von Freunden lebe. Viele der Antworten, die Schröder hier konzentriert, lesbar und übersichtlich auflistet, sind nicht neu, aber im Kontext der Argumentation überzeugend und vermitteln ein konkludentes und sachliches Bild.

Es ist, wie auch der Band von Klaus Schroeder, eine sinnvolle und anregende Lektüre. Dieser relativiert in seiner Einleitung bereits den Untertitel seines Bandes. Es entspricht dem „Zeitgeist“, die Probleme der Einheit hochzuspielen: „Viele Kommentatoren konstatieren seit Jahren das weitgehende Scheitern des eingeschlagenen Vereinigungsweges. Diese Einschätzung teilen sie mit einer Mehrheit der Bevölkerung. Die Bewertungen beruhen oftmals jedoch auf Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen. [...] Die Lage im vereinten Deutschland ist jedoch erheblich besser als die öffentlich verbreitete Stimmung“ (S. 12). In der Tat: Eine positive und nüchterne Nachricht fällt häufig in einer Gesellschaft, die Besonderheiten und Sensationen wünscht, unter den Tisch. Diese Normalität, mit vielen Fakten und empirischen Daten untermauert, ist Schroeders Welt. Die Ausgangslagen sind verschieden: Er konstatiert systembedingte Unterschiede

in Alltagskultur und Sozialstruktur, auf der einen Seite eine mittelstandsorientierte, auf der anderen Seite eine verproletarisierte Gesellschaft. Wie weit allerdings die politisch favorisierte Proletarisierung in der DDR tatsächlich ging, muss offen bleiben.

Nach dem Zusammenbruch, so Schroeder, fühlen sich viele Ostdeutsche als Fremde im eigenen Land, noch gefördert durch das Verhalten der Westdeutschen. Die unausweichliche „Totalsanierung“ in den neuen Ländern verstärkte das Gefühl der Fremdheit. Bis zum Ende der neunziger Jahre näherten sich die Meinungen über die allgemeine Lebenszufriedenheit an, dann stagnierten diese Werte, auch geschuldet unterschiedlichen Erwartungshorizonten. Als Ausgangspunkt für die Probleme des Zusammenwachsens wählt Schroeder die „Schlussbilanz“ der DDR. Dazu zählten naturgemäß Fakten, aber auch Legenden. Das betrifft das wirtschaftliche Scheitern der DDR, früh von Planungschef Gerhard Schürer, ebenso von SED-Generalsekretär Krenz in seinem ersten Telefonat mit Gorbatschow eingeräumt, die Permanenz der Mangelwirtschaft, (die sich auch in der Ausstattung der DDR-Haushalte mit höherwertigen Konsumgütern niederschlug,) die katastrophale Umweltbelastung, die Reformunfähigkeit der SED sowie das Ausmaß der Stasi-Spitzeltätigkeit. Zugleich etablierten sich DDR-spezifische Legenden: die der sozial gerechten Gesellschaft, die von einem umfassenden Sozialstaat, oder die von einem emanzipatorischen Schulsystem. Das Phänomen der Armut wurde ausgeblendet.

Dieser Schlussbilanz folgt für Schroeder in den frühen neunziger Jahren eine „Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament“ (S. 146). Er analysiert den wirtschaftlichen Aufbau- und Aufholprozess, der jedoch nie zu einer selbst tragenden Konjunktur wurde, die Zunahme des Wohlstandes im Osten, eine Stagnation im Westen, freilich mit unterschiedlichen „Sockeln“ an Besitz und Vermögen. Regionale Disparitäten blieben – nicht nur zwischen Ost und West. Die Kosten der Vereinigung, so die plausible Rechnung des Verfassers, trägt der obere Mittelstand, der, in den neuen Ländern auch vorhanden, aber zahlenmäßig viel kleiner ist. Die mentalen Unterschiede glichen sich in den neunziger Jahren durch Übernahme des westdeutschen Institutionen- und Parteiengefüges an; seitdem laufen sie wieder auseinander. Einen geradlinigen Angleichungsprozess sieht er nicht. Spezifische Probleme weisen Jugendliche auf, die auf sich selbst verwiesen waren. Dass Staat und Wirtschaft bei dieser Gruppe höchst unterschiedlich bewertet werden, verwundert nicht.

Seine Bilanz ist gleichwohl in der Grundtendenz ermutigend: Schroeder konstatiert die Zunahme diversifizierter Lebensformen (bezogen auf Familie und Kinder), eine verbesserte Perspektive für Jugendliche (vor allem mit höherem Bildungsabschluss) sowie eine weitere Angleichung zwischen Ost und West: Die Lebenserwartung, in DDR-Zeiten deutlich geringer, hat sich weitgehend westlichen Zahlen angenähert, die Suizid-Raten sind deutlich gesunken. Immerhin, die Gegensätze bleiben. Die Mehrheit der Ostdeutschen glaubt, von der Einheit würden die Westdeutschen profitieren, bei den Westdeutschen ist es umgekehrt. Der unverkennbare Wandel des Nationalgefühls, so Schroeder, verknüpft „Freiheit und Bindung, Freiheit und Solidarität sowie Universalismus und Partikularismus“ (S. 229). Aber: „Nüchtern betrachtet mangelt es Deutschland

vor allem an einem Konsens über Grundüberzeugungen, einem Zusammengehörigkeitsgefühl und Leitlinien, wie die Zukunft aussehen soll“ (S. 231). Aber der Wille, zusammenzugehören, steht nirgendwo in Frage.

In mancherlei Beziehungen kann das Buch von Beatrice von Weizsäcker als Illustration der beiden vorgenannten Titel gelten. Sie legt eine Fülle von Defiziten, Skurrilitäten, Ärgernissen und vor allem Erfahrungen im deutsch-deutschen Miteinander offen. Sie schreibt engagiert, bildreich und urteilsfreudig. Bei vielen ihrer Aussagen wird man sagen können: Sie hat ja recht. Eine wissenschaftliche Untersuchung oder eine abwägende Darstellung legt sie nicht vor. Es ist ein großes Plädoyer für einen besseren Umgang miteinander, für mehr Respekt vor den Leistungen und Defiziten der anderen, für einen umfangreichen Dialog, am besten auf der unteren Ebene. Ihre Kritik beginnt mit dem Datum der deutschen Einheit. Den 3. Oktober bewertet sie als „künstlich“, als juristisches Konstrukt. Er sei der Tag der „Zweiheit“. Emotional verankert sei hingegen der 9. November. Ferner kritisiert sie die Kunstaussstellung „60 Jahre – 60 Werke“, in der kein einziges Bild eines DDR-Malers gezeigt worden war. Stattdessen plädierte sie für viele kleine Ausstellungen, beispielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften. In dieses Bild passt ihre treffende Skizze der West-, Ost- und hauptstädtischen Berliner, aber Reportagehaftes, Erinnertes, Geschichte und Geschichten sind ihr Metier. Enthalten sind auch Kontroversen zur Aussöhnung, Matthias Platzeck argumentiert dafür, Marianne Birthler dagegen. Auch die Parteien bekommen ihre Kritik zugesteckt: Die SPD, die vor 1989 mit der SED-Führung ohne Beklemmungen Gespräche führte, wählte sich 1990 als Partei „mit reiner Weste“, die Linkspartei als „Zweiheit“, CDU und FDP zeigen sich gelassen „und machen die innerparteiliche Einheit“ nicht einmal zum Thema. Ihr Rezept: „Wer, wenn nicht wir“. Es ist ein Plädoyer für Engagement von unten, gegen Politiker und Parteien, mit einer Geringschätzung von Institutionen. „Ohne die Menschen kann die Politik wenig erreichen, kommt das Land nur mühsam voran“ (S. 280).

Eine Bilanz ganz anderer Art zieht Heike Tuchscheerer in ihrer Chemnitzer Dissertation. Sie geht sehr materialreich, gründlich und umsichtig der häufig, auch kontrovers, diskutierten Frage nach, ob mit der Vereinigung eine „neue“ oder nur eine „erweiterte“ alte Bundesrepublik entstanden sei. Immerhin ist in der Publizistik der Terminus „Berliner Republik“ nicht selten verwandt worden; es ist also eine Frage von mehr als semantischem Interesse. Ob nun mit der Übernahme der letzten Bezeichnung die Traditionen der alten Bundesrepublik „für nichtig erklärt“ werden, wie die Verfasserin einleitend meint, erscheint fraglich – Traditionen wirken immer fort. Diese Fragen werden im Einzelnen für folgende Teilgebiete geprüft: Institutionensystem, Föderalismus, Sozial- und Wirtschaftsordnung, die politische Kultur, das Parteiensystem, der Komplex des Extremismus, die streitbare Demokratie sowie die Außenpolitik. Diese acht Kriterien dürften in der Tat die zentralen Aspekte des politischen Wandels der Bundesrepublik im 20-Jahres-Zeitraum erschließen. Ferner verweist die Verfasserin auf die unterschiedlichen Interdependenzen zwischen den genannten Themenfeldern. Ob die gewählte tabellarische Form zu größerer Transparenz führt, mag hier offen bleiben. Erfreulich ist auf jeden Fall, dass sie jeweils mehrere Seiten zur Klärung der unterschiedlichen Begriffe nutzt.

So vielschichtig wie Ansatz und Vorgehensweise sind die Ergebnisse, die die Verfasserin vorlegt. „Einfache“ Antworten sind die Ausnahme. Für das Feld der institutionellen Ordnung ergibt sich der wenig überraschende Befund, dass hier die Kontinuität am größten ist. Der „Grundgesetz-Transfer“ in die neuen Länder verlief recht reibungslos; Forderungen nach einer Totalrevision der Verfassung (aus Art. 146 hergeleitet) fanden im Grunde nur eine geringe Resonanz. Der Reformbedarf des föderativen Systems war schon vor 1989 unumstritten, viele Defizite sind nach wie vor ungelöst, aber kaum vereinigungsbedingt. Der Länderfinanzausgleich sowie die Stimmen-Umverteilung im Bundesrat verweisen ebenfalls auf eine „erweiterte Bundesrepublik“. Gleiches gilt nach Meinung der Verfasserin für die Sozial- und Wirtschaftsordnung. Hier haben sich vielmehr durch die europäische Integration sowie durch Globalisierung und technischen Wandel größere Veränderungen ergeben als durch die deutsche Einheit. In der politischen Kultur wirken unterschiedliche Traditionen fort; eine neue bildete sich allerdings nicht heraus.

Für das Parteiensystem und den politischen Extremismus sind die Befunde ambivalent. Das Parteiensystem hatte mit dem Aufkommen der Grünen bereits eine erneute Ausdifferenzierung erfahren, als mit der Vereinigung die PDS/Linke das Bild nachhaltig – zuletzt auch in den alten Ländern – erheblich veränderte. Für die Verfasserin liegen hier Kontinuität und Wandel eng beieinander. Die Grundsätze der „streitbaren Demokratie“ gewannen an Gewicht, es bedeutet auch für das Feld des politischen Extremismus einen sichtbaren Wandel zu einer „neuen“ Bundesrepublik. Mit der PDS bzw. der „Linken“ konnte sich der Linksextremismus zwar stärken, aber diese Partei „schwankt zwischen Demokratie und Extremismus“ (S. 241). Auf außenpolitischem Feld ist der Wandel am sichtbarsten: Die EU bewirkte eine „erweiterte“, die Einbeziehung in die Bündnissysteme und in die UN eine „neue“ Bundesrepublik. Gleichwohl ergibt sich keine neue Außenpolitik. Das Fazit ist eindeutig: „Die Bundesrepublik hat sich gewandelt, ohne dass damit ein Systemwandel einherging. Dabei ist die Bundesrepublik durch den Beitritt der neuen Bundesländer etwas östlicher bzw. ostdeutscher geworden“ (S. 323).

Schließlich könnte man die Arbeit von Vera Caroline Simon als Schlaglicht auf die Bilanz-Debatte nach 20 Jahren deutscher Einheit ansehen. Der Vergleich mit der französischen Fest- und Feierkultur spricht Bände. Die Probleme um das Datum des 3. Oktober als Feiertag werden breit erörtert; die Vergleiche zum 14. Juli sind weiterführend. In beiden Ländern scheint die Tendenz zu einem medialen Großereignis unaufhaltsam. „Während in Frankreich Wert auf eine eindrucksvolle Darstellung gelegt und ein genau durchgeplantes, aufwendiges Schauspiel inszeniert wurde, um die Stärke und Besonderheit der französischen Nation in Szene zu setzen, sollte der deutsche Nationalfeiertag nicht den Anschein einer nationalen Machtdemonstration und Autozelebration erwecken“ (S. 364). Offenbar sind die Deutschen nach 20 Jahren staatlicher Einheit doch in einer noch nicht überall erreichten europäischen Normalität angekommen.

Eine Bilanz der Literatur zum „Zwanzigjährigen“ der deutschen Einheit fällt – wie wohl eine Reihe von Titeln eine andere Schlussfolgerung nahe legen – durchaus positiv aus. Auch wenn die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ ein Grundgesetz-Postulat

ist, kann es unter der Rubrik „Deutsche Einheit“ nicht darum gehen, eine Uniformität zwischen Rügen und Südbaden herzustellen. „Problemgebiete“ hat es in der „alten“ Bundesrepublik ebenso gegeben wie in der DDR. Auswanderung und Binnenwanderung in Deutschland blieben – im Gegenteil – eine Herausforderung für die Politik seit dem 19. Jahrhundert. Die deutsche Einheit seit 1990 ist kein „Selbstläufer“, aber deren Probleme sind aus historischer Sicht überschaubar. Das gilt auch für den politischen Extremismus. Zuletzt bleibt anzufügen, wie wenig der Begriff „Einheit“ selbst auf den Prüfstand gestellt wird. Der Blick auf Belgien, Italien oder Spanien dürfte neue (Problem-) Perspektiven eröffnen, von der Ukraine sollte erst gar nicht die Rede sein.

»Kontrovers besprochen«:

Thilo Sarrazins Bestseller in der Kritik

Von Tarek Al-Wazir (1)

Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 464 S.

Im August 2010 gelang dem ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin, der sich schon seit Jahren in der Rolle des „Enfant Terrible“ gefällt, ein großer Coup: Auf über 400 Buchseiten mit dem provokanten Titel *Deutschland schafft sich ab* verbreitete er Untergangsszenarien, die in der Kernthese damit zusammenzufassen sind, dass der „Moslem“ in Deutschland integrationsunwillig und -unfähig ist, sich vom deutschen Sozialstaat durchfüttern lässt, dabei viele Kinder in die Welt setzt, während der „Deutsche“ sich nicht fortpflanzt und deshalb bald in der Minderheit sein wird. Das Ganze „belegte“ er mit halbwissenschaftlichen Argumenten und Statistiken.

Sarrazins Abneigung, ja Verachtung gegenüber der Unterschicht ist alles andere als neu, und die kurzfristige geballte Aufgeregtheit in der elektronischen Mediendemokratie ist mittlerweile ebenfalls eingeeübte Normalität, bis eben die nächste Sau durch das mediale Dorf getrieben wird. Diesmal ist es allerdings anders: Wochen- und monatelang ist Sarrazin mit Vorabdrucken, Interviews und Artikeln in allen deutschen Medien präsent. Seine Thesen polarisieren und spalten Deutschland. Die Zitate reichen von „Klartext-Politiker“ (*BILD*) über „überhaupt nicht hilfreich“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel) bis hin zu „eine ungeheure intellektuelle Entgleisung“ (SPD-Chef Sigmar Gabriel).

Mehr als 1,5 Millionen Exemplare des Buches wurden inzwischen verkauft. Damit ist es das meistverkaufte Politik-Sachbuch der letzten Jahrzehnte. Sarrazins Lesungen sind geradezu Volksfeste vor einem aufgeputschten Publikum. Auf dem Höhepunkt der Hysterie sieht ein entsetzter Feuilleton-Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* angesichts eines Sarrazin-Kritiker niederbuhenden bürgerlichen Publikums einen „Hauch von Sportpalast“ durch das gediegene Münchner Literaturhaus wehen. Für mich stellt sich ein knappes Jahr später umso drängender die Frage, warum bislang nur wenige Wissenschaftler und Journalisten Sarrazins Statistiken und Thesen wirklich tiefgehend überprüft haben und diese wenigen, neudeutsch „Fakten-Check“ genannten Ergebnisse vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit bekommen haben. Ist es wirklich so, dass Sachkenntnis die muntere Debatte verhindert? Wie steht es um den Aufklärungsanspruch deutscher Journalisten jenseits der *BILD*-Zeitung? Natürlich waren es Massen, die „genauso ist es“ und „endlich sagt’s mal einer“ riefen. Aber nur dadurch, dass viele etwas glauben, wird es ja noch lange nicht wahr. Ein Problem mit zu viel Einwanderung hat Deutschland schließlich schon lange nicht mehr. Die Zahl der Einwanderer war 2008

und 2009 sogar rückläufig, da viele wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Auch gut qualifizierte türkische Migranten der zweiten und dritten Generation, die es nach Sarrazin gar nicht geben dürfte, verlassen Deutschland.

Ja, die deutsche Einwanderungspolitik ist nicht in allen Bereichen gelungen, in einigen Bereichen und bestimmten sozialen Schichten ist sie sogar gescheitert. Aber wo bleibt die Debatte darüber, ob das nicht auch daran lag, dass es zwar jahrzehntelang Einwanderung nach Deutschland, jedoch keine deutsche Einwanderungspolitik gab? Ob nicht genau die Stimmung, die aus Sarrazin einen „Erfolgsautor“ machte, Teil des Problems und nicht Teil der Lösung ist? Sarrazin also eher Ausdruck einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung ist? Einwanderungspolitik in Deutschland war lange Zeit das Gegenteil von Integration, eher „Rückkehrpolitik“. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die Kinder der „Gastarbeiter“ wurden in Deutschland lange in ihren Herkunftssprachen unterrichtet, um ihre „Rückkehrfähigkeit“ zu erhalten. Und als Kanzler Willy Brandt 1973 die Ölkrise zum Anlass nahm, die Anwerbung von Gastarbeitern auszusetzen, war eigentlich sein Ziel, die Zahl der Ausländer in Deutschland zu verringern. Das Gegenteil war der Fall: Von denen, die schon in Deutschland waren, ging jetzt kaum einer mehr in sein Heimatland zurück – denn es gab dann ja kein Zurück mehr nach Deutschland. Und oft wurde die Familie erst jetzt nachgeholt.

Von einer Willkommenskultur ist Deutschland weit entfernt. Es gibt unzählige Beispiele von Menschen, die trotz jahrelangen Aufenthalts, bester Qualifikation und sehr guter Sprachkenntnisse noch immer nicht ihrem Beruf nachgehen dürfen und gezwungen sind, unterqualifiziert zu arbeiten oder von Sozialleistungen zu leben. Und dass, obwohl es sich teilweise um Qualifikationen handelt, die in Deutschland händeringend gesucht werden. Trotzdem gibt es extrem hohe Hürden für Hochqualifizierte, einen Job in Deutschland zu bekommen. Über Fachkräftemangel wird trotzdem weiter geklagt. Gleichzeitig, da hat Sarrazin recht, schrumpft Deutschlands Bevölkerung bereits seit 2003, vor allem durch die nach wie vor niedrige Geburtenrate. Sein (durch Tatsachen gedecktes) Lamento, dass die deutsche Akademikerin sich unterdurchschnittlich fortpflanzt, könnte allerdings ebenfalls eine selbst erfüllende Prophezeiung sein. Könnte das in Deutschland so ungemein populäre ständige Wehklagen über bevorstehende unlösbare Schwierigkeiten, das sich in dem enormen Erfolg des Sarrazin-Buches manifestierte, nicht auch ein Grund dafür sein, warum jungen Frauen und Männern der Mut zu Kindern fehlt? Weil angesichts all dieser Unsicherheiten vor dem Kinderkriegen erst einmal dafür gesorgt werden muss, dass alle Bedingungen stimmen, und zwar oft so lange, dass es dann zu keinem oder höchstens einem Kind kommt?

Ca. 20 Prozent der Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, sind also entweder selbst im Ausland geboren oder haben mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil. Vor 40 Jahren hätte diese Realität des Jahres 2011 Untergangsszenarien hervorgerufen, heute ist es eine selbstverständliche, nicht immer einfache, aber im Großen und Ganzen funktionierende Normalität. „Ausländer raus“ geht also nicht mehr. Deshalb erklärt Sarrazin jetzt, dass nicht der Zuwanderer, sondern der Moslem an sich integrationsunfähig sei. Natürlich gibt es Probleme mit Einwanderern, auch mit

Einwanderern der zweiten und dritten Generation, ebenso mit Menschen moslemischen Glaubens. Das Rollbergviertel in Berlin-Neukölln ist Realität, keine Frage, aber der Ballermann auf Mallorca eben auch. Wenn jemand behaupten würde, dass „alle Deutschen“ so seien wie die grölenden, betrunkenen Horden, die sich Sommernacht für Sommernacht auf „Malle“ vergnügen, von wem würde das geglaubt?

Wenn Sarrazin die kühne Rechnung anstellt, dass es angesichts der „Fruchtbarkeit der Muslime“ im Jahr 2100 mehr „Türken“ als „Deutsche“ geben wird, möchte ich wissen, wie er zu der Erkenntnis der Statistiker steht, dass sich das Geburtenverhalten der Einwanderer in der zweiten Generation dem der Ursprungsbevölkerung sehr deutlich annähert. Wer Sarrazins Rechenmethode der Fortschreibung von Geburtenentwicklungen übernimmt, könnte auch „beweisen“, dass es in 200 Jahren keine Nachkommen der türkischen Einwanderer mehr gibt, da sie sich ja offensichtlich von Generation zu Generation weniger vermehren. Und, so ganz nebenbei, nach seiner Rechenmethode haben jetzt wahrscheinlich im engeren Ruhrgebiet die „Polen“ die Mehrheit. Bei Sarrazin gibt es keine binationalen Partnerschaften, keine Integration und auch in hundert Jahren keine Assimilation.

Wieso fragt bei Sarrazins Behauptungen über den Unterschied zwischen „Moslems“ und „Deutschen“ kaum jemand nach, woher seine Zahlen kommen? Bei ihm gibt es weder Iraner noch Bosnier, keine eingebürgerten Muslime, erst recht keine nicht-gläubigen Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern. Es gibt aber in Deutschland aus guten Gründen keine Statistiken, die nach Religionszugehörigkeit unterscheiden, sondern nur nach Nationalität. In den letzten zehn Jahren sind mehr als eine Million Menschen eingebürgert worden. In aller Regel entscheiden sich logischerweise die besser integrierten Zuwanderer zu einem solchen Schritt. Die in der Statistik verbleibenden „Türken“ werden deshalb, ohne dass sich an deren individuellen Situation etwas ändert, als Gruppe statistisch immer schlechter integriert. Was beweist das?

Der Kern des Sarrazinschen Irrtums ist jedoch ein anderer: Die Probleme, die er anspricht, sind eben weder die Probleme aller Einwanderer in Deutschland, auch nicht die Probleme aller Moslems in Deutschland, sondern die Probleme einer zunehmend abgehängten Gesellschaftsschicht, der beileibe nicht nur Einwanderer, sondern immer mehr (in Ostdeutschland fast ausschließlich) Deutschstämmige angehören. Manche nennen sie „Unterschicht“, manche „den unteren Rand der Gesellschaft“, kurzzeitig war auch vom „Prekariat“ die Rede. Was sie oft gemein haben: keine oder schlechte Schulabschlüsse, keine Ausbildung, Langzeitarbeitslosigkeit, Hartz-IV-Empfänger, erhöhte Kriminalitätsraten und schlechte Sprachkenntnisse (nicht nur der Einwanderer!).

Ein Beispiel dafür: Die Einführung der vorschulischen Sprachförderung in Hessen vor zehn Jahren hatte erstaunliche Ergebnisse. Die begleitende Studie zur Sprachentwicklung vierjähriger Kinder ergab, dass über 50 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch 22 Prozent der Kinder mit deutscher Muttersprache sprachlichen Förderbedarf hatte. Als Ursache wurde zusammenfassend festgestellt: mangelnde Kommunikation. Könnte es sein, Noch-Sozialdemokrat Sarrazin übersieht, dass es in einer zunehmend segregierten Gesellschaft weiterhin und verstärkt Schichten gibt? Dass die

Entwicklung der elektronischen Medien völlig an ihm vorübergegangen ist? In meiner Kindheit gab es drei Fernsehprogramme, nachmittags ein Testbild und um sechs im Dritten die Sesamstraße, natürlich auf Deutsch. Heute kann der Fernseher rund um die Uhr in fast allen Sprachen dieser Welt laufen und Kinder vom Sprechen, Lesen und Spielen abhalten.

Es lässt mich weiterhin fassungslos zurück, dass jemand allen Ernstes behaupten kann, es gäbe „beim Moslem“ keine vernünftige Erklärung für etliche Probleme durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Schichten, sondern nur Religion und „Vererbung“? Gerade die Geschichte der Sozialdemokratie ist auch eine Geschichte von Arbeiterbildungsvereinen, Volkshochschulen und vom Glauben an die Leistungsfähigkeit von Gruppen, über die andere die Nase rümpften. Sarrazin fällt argumentativ hinter das preußische Dreiklassenwahlrecht zurück, indem er behauptet, dass mit dieser Religion und diesem Erbgut ein Aufstieg von vornherein ausgeschlossen ist.

Thilo Sarrazin hat das Recht dazu, seine Meinung zu verbreiten. Aber ich finde, dass kluge Menschen die Pflicht haben, seine Behauptungen zu hinterfragen. Ich mache mir keine Illusionen. Ein Blick in viele Länder Europas zeigt rechtspopulistische bis -extremistische Parteien in früher ungekannter Stärke und teilweise sogar an der Regierung. Die Antwort darauf ist allerdings nicht die Übernahme ihrer Propaganda, sondern das nüchterne Lösen von Problemen und das Hinterfragen ihrer Behauptungen. Und es bleibt Aufgabe von aufgeklärten Menschen, gelegentlich an schlichte Sätze mit großem Sinn zu erinnern, wie beispielsweise an Art. 1 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“.

Von Farah Dustdar (2)

Fern von Polemik und Pauschalisierung liefert Thilo Sarrazin in seinem Buch eine sachlich differenzierte Analyse, belegt durch Fakten und Daten. Manche steilen Interpretationsversuche des Buches fordern allerdings zur kritischen Überprüfung heraus. Ein unvoreingenommener Kenner der Sache entdeckt darin kein rassistisch chauvinistisches Ressentiment, sondern vielmehr die Sorgen eines Nachkommens der Dichter und Denker, der in der Tradition des „Humboldt’schen Bildungsideals“ steht. Die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Studien sind in der Regel weder absolut wahr noch absolut falsch. Die Thesen sollen nach Karl Poppers Empfehlung so formuliert sein, dass sie jederzeit falsifiziert werden können. Der Freiraum zur kritischen Überprüfung gibt den Forschern in der offenen Gesellschaft Anlass zur Gelassenheit und Sachlichkeit.

Die Medien folgen anderen Gesetzmäßigkeiten. Je mehr ein Thema emotionalisiert, personalisiert und dramatisiert wird, desto größer ist die öffentliche Aufmerksamkeit. Umso spannender scheint die Sache, wenn es sich um eine Ironie des Schicksals handelt, in diesem Fall einen ausgewiesenen Sozialdemokraten, der die Grundüberzeugun-

gen der Rechtspopulisten zu verteidigen scheint. Für die Medien war dies das, was Goethe zur Ironie anmerkte: „das Körnchen Salz, das das Aufgetischte überhaupt erst genießbar macht“. Hätte Sarrazin nur ein Sachbuch vorgelegt, ohne vorangegangene Zuspitzungen und Provokationen, hätte er kaum solche hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung erreicht.

Der grundlegende Gedanke des Buches lautet: Die Herausforderungen der Globalisierung und marktwirtschaftlicher Verflechtung treffen Deutschland in einer Phase, in der seine Kraft aus ganz anderen Gründen erlahmt – durch das Zusammenwirken der quantitativen und qualitativen Bevölkerungsentwicklung, die ständig sinkende Geburtenzahl, vor allem bei den Bildungseliten einerseits und der steigenden Zahl der Migranten aus islamischen Ländern mit ihren hohen Reproduktionsraten und schwachem Integrations- bzw. Bildungswillen andererseits. Falls dieser Trend noch drei Generationen, etwa 90 Jahre anhält, wird das fatale Folgen für die Zukunft Deutschlands haben.

Nach einem historischen Abriss über Staat und Gesellschaft prognostiziert der Autor die düstere Lage Deutschlands in kommenden Jahrzehnten. Die Thesen über die Folgen des demographischen Trends erläutert er im dritten Kapitel. Die darauf folgenden Kapitel befassen sich mit der problematischen Seite des deutschen Transfersystems, welches zur strukturellen Verfestigung einer bildungs- und leistungsfernen Unterschicht beiträgt. Um den Folgen dieser Entwicklung für den Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, schlägt Sarrazin einen Aktivierungsansatz, das Workfare-Konzept, vor. Den Themen Bildung und Integration werden zwei lange Kapitel gewidmet. Das Buch endet mit einem Appell an die gebildete Schicht der Bevölkerung und zwei Szenarien, einem Traum und einem Alptraum.

Manche Fakten sind mittlerweile durch verschiedene Forschungsstellen unter die Lupe genommen und relativiert worden, z. B. durch die Studie vom HEyMAT-Forscherteam der HU oder die Analyse des IfS unter dem Titel *Der Fall Sarrazin*. Solche Fragen wie: Inwiefern ist Intelligenz erblich bedingt? Werden in Berlin 20 Prozent aller Gewalttaten von türkischen und arabischen Jugendlichen begangen oder 13,3 Prozent? Fragen, die in den Medien hohe Wellen geschlagen haben, sind allesamt sekundär und dürfen nicht den Blick von den Grundproblemen ablenken.

Die Tatsache, dass die realen Zustände durch die politische Klasse und die Medien ausgeblendet werden, findet der Autor höchst bedenklich. Mit Blick auf die Problematik der Kriegsflüchtlinge klammert er eine heikle Frage aus: Nimmt die Politik nicht eine Anzahl von Asylbewerbern in Kauf, weil sie durch die florierende Rüstungsindustrie hohe wirtschaftliche Gewinne erzielt? Deutschland ist Europameister im Waffenexport und Vize-Weltmeister bei Export von Foltergeräten – nach den USA. „Nur die USA und Russland verkauften mehr Waffensysteme ins Ausland als die Deutschen.“ Gewiss müssen die therapeutischen Ansätze des Buches einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Unbestritten bleibt Sarrazins Zeitdiagnose, die schon bekannt und durch eine Reihe von Sozialkritikern beklagt worden ist. Zwei Kernthesen seines Buches werden uns in den kommenden Jahren mit Sicherheit beschäftigen, falls Politik und Wissenschaft die Sache ernst nehmen.

These 1: Familie als ein Aspekt der Nachhaltigkeit: Die Folgen des Bevölkerungsrückgangs wurden in Deutschland nicht ernsthaft und konsequent diskutiert. Darin sind sich viele mit Sarrazin einig. Als 2002 das Buch von Franz-Xaver Kaufmann *Schrumpfende Gesellschaft* erschien, hat die Single-Gesellschaft auf ihrer Website das Buch als Kampfschrift und seinen Autor als den Vordenker des nationalkonservativen Paradigmas kritisiert. Der Rezensent behauptet, damit habe der emeritierte Professor für Sozialpolitik und Soziologie den Weg seriöser Wissenschaftlichkeit verlassen. Drei Jahre später kam das Buch der ZEIT-Redakteurin Susanne Gaschke *Die Emanzipationsfalle* heraus, in dem sie die junge Generation von Frauen, d. h. die Nutznießer der Frauenbewegung durch drei Merkmale charakterisiert: erfolgreich, einsam und kinderlos. *Die Helden der Familie* von Norbert Bolz, der das Problem der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland behandelt, und viele ähnliche Veröffentlichungen wurden nur auf publizistischer Ebene besprochen. Weder die Politik noch die Wissenschaft hat das Problem ernst genommen. Im gleichen Zeitraum entkoppelte sich die Frauenforschung von den Belangen der Mehrheit der Frauen und ist zu Gender-Studies oder Geschlechter-Forschung übergegangen, in dem Bewusstsein, dass es nicht nur zwei Geschlechter gibt, nämlich Frauen und Männer, sondern auch eine Reihe von Varianten dazwischen. Bald stand Gender-Diversity-Studies auf den Curricula der Universitäten. Eine Richtung, die sich mit der Diskriminierung der Minderheiten, vor allem mit Blick auf ihr Geschlecht befasst. In diesem Rahmen haben Themen wie Zukunft der Familie, sinkende Geburtenraten, Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung u. ä. keinen wissenschaftlichen Rang. Obwohl die Reproduktion und Förderung der Familie, worauf Sarrazin mit Recht hinweist, wichtige Aspekte der Nachhaltigkeit und – im weitesten Sinne – des Erhalts der Natur sind.

These 2: Reform- und Lernunwilligkeit der islamischen Gemeinschaften: Der Ausdruck „Kopftuchmädchen“, womit Sarrazin einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hat, ist die Spitze eines Eisbergs. Dahinter steckt ein strukturell komplexes Problem innerhalb der islamischen Gesellschaften, mit weitreichenden Konsequenzen für die gesamte Welt. Das Ausmaß der Problematik ist vor allem denjenigen bewusst, die islamische Kultur aus der Nähe kennen und Zugang zu ihren Medien und Literatur haben. Seit dem 19. Jahrhundert bekämpfen die islamischen Führer den Einfluss der westlichen Kultur auf ihre Anhängerschaft, um die eigene autoritäre Machtstruktur aufrechtzuerhalten. Die freiheitlichen Bewegungen werden mit allen Mitteln vereitelt. Ganz bewusst und strategisch wird versucht, die traditionelle Struktur der Familie zu bewahren. Denn die Familie ist die Keimzelle und der Hort, wo ein gehorsamer und treuer Gläubiger erzogen wird. Zwei Gruppen sind die Hauptsäulen dieser Machtstruktur: Frauen und Kinder. Dafür dürfen die Frauen von ihren traditionellen Rollen nicht abweichen, und die Kinder müssen indoktriniert und für eine patriarchalische Struktur erzogen werden. Da die Hälfte der Kinder aus Mädchen besteht, sind die Frauen die Hauptleidtragende dieses Systems. Die Emanzipation der Frau destabilisiert die islamische Familie und folglich die gesamten Machtverhältnisse. So gesehen ist das Kopftuch das Symbol der Unter-

drückung und geschlechtliche Apartheid. Wer sich für das zwangsweise Tragen des Kopftuches, auch schon bei kleinen Mädchen, einsetzt, ist antidemokratisch und untergräbt die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*. Kurz gesagt, er ist gegen den westlichen Wertekanon.

Zuviel Bildung und Wissen könnte das Gebäude der Macht auch ins Wanken bringen. Der Allwissende, der Allweise ist der religiöse Führer. Wenn Gläubige grundsätzliche Fragen haben, sollen sie sich an ihn wenden, Sunniten an ihren Mufti und Schiiten an ihren Ajatollah. Die Konsequenz dieser jahrhundertealten Strategie liegt auf der Hand: Unmündigkeit, niedriges Bildungsniveau, Passivität, Rückschritt und im Endeffekt geistige und materielle Armut und Abhängigkeit. Und dies ist mehr oder weniger in allen islamischen Ländern der Fall. Eine Diskussion über die erblich bedingte Intelligenz wäre hier überflüssig. Selbst die intelligentesten Gene werden in solchen Verhältnissen im Keim ersticken.

Mit Recht setzt Sarrazin auf Erziehung und Bildung. Nur eine gezielte Bildungsstrategie kann zur Aufklärung, Mündigkeit und Integration führen und im Endeffekt den Teufelskreis des Männlichkeitswahns in der islamischen Kultur brechen. In diesem Sinne werden alle „Kopftuchmädchen“ und ihre Nachkommen Thilo Sarrazin dankbar sein. Gerade die SPD, die Partei, die sich traditionell den benachteiligten Schichten verpflichtet fühlt, sollte sich für Sarrazins Therapieansätze interessieren, selbst wenn sie ironisch klingen. Ansonsten sollte „Ironie“ im Sinne des deutschen Wirtschaftswissenschaftlers und Mathematikers Helmar Nahr gedeutet werden, nämlich „als die Rache des menschlichen Geistes an der uneinsichtigen Gesellschaft“.

Von Hannelore Horn (3)

Diese düstere Aussage des Buchtitels trifft ein kenntnisreicher Sozial- und Wirtschaftsfachmann mit Erfahrungen in der aktiven Politik. Zu ihrer Begründung untersucht er neben einer Fülle weiterer Anregungen und Hinweise vor allem drei, für eine gesellschaftliche Standortbestimmung Deutschlands erforderliche Entwicklungstendenzen und zwar auf ökonomisch-sozialem Gebiet, in der Bevölkerung und in der Bildung. Der Blick des Autors richtet sich dabei vor allem auf Aspekte ihres historischen, aktuellen und zukünftigen Wandels. Für die jeweils erkannten Erfolge und Fehlentwicklungen befindet sich schon in den ersten Kapiteln eine solide empirische Basis, die in den folgenden ertragreiche Erweiterungen erfährt. Die Befunde des Autors, vor allem in Konfrontation mit konträren Meinungen und vertieft durch eigene Vorschläge zur Vermeidung bzw. Korrektur von Defiziten, finden sich hier bis hin zur präzisen Klärung der jeweiligen Position des Autors.

Die ökonomisch-soziale Dimension durchzieht mit höchst informativen Anregungen das gesamte Buch. Der Verfasser schildert Stationen der erfolgreichen, aber auch mit Defiziten behafteten deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, die er mit einer fundamentalen Wende durch die Globalisierung konfrontiert

sieht. Seine Sorge gilt dem Erhalt des historisch geschaffenen ökonomischen Niveaus für den zukünftigen Standort Deutschlands mit seinem noch internationalen ökonomisch-technologischen Vorsprung. Er erwartet eine Stagnation der Löhne in Deutschland und ähnlich gelagerten Staaten solange, bis Staaten wie China, Indien oder Thailand das westliche Lohnniveau erreicht haben. Obwohl er von einer recht gut positionierten deutschen Wirtschaft ausgeht, prognostiziert er ein Ende des volkswirtschaftlichen Wachstums für das Jahr 2020. Nicht der Mangel an Bodenschätzen mit dem sich verteuern Transfer von Rohstoffen bereitet ihm in erster Linie Sorgen, sondern vor allem der beklagenswerte Zustand des einzigen Wirtschaftsgutes Deutschlands, das geistige Schaffenspotenzial seiner Erwerbstätigen in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht.

Dazu gehört z. B. die defizitäre Bevölkerungsentwicklung mit ihren demographischen Verschiebungen und sozialen Belastungen durch eine unter den Industriestaaten einmalig niedrige Geburtenrate (Quotient 0,64). Sie lässt ein Sinken der Bevölkerungszahl um 20 Millionen für das Jahr 2050 erwarten. Folglich käme damit auf einen Erwerbstätigen ein Rentner. Soll dann das gegenwärtige Rentenniveau erhalten bleiben, erhöhten sich die Rentenausgaben von heute 16,5 auf 25,6 Prozent des Volkseinkommens. Die aufgeschlüsselten Daten verweisen zudem auf eine sinkende Arbeitsproduktivität, Arbeitsdisziplin und Erwerbsbeteiligung, auch im Vergleich mit anderen Industrieländern.

Ausführlich wird die wachsende Unterschichtengruppe analysiert (vgl. S. 174 f.), die insbesondere durch muslimische Migration eine Verdoppelung erfahren hat. Es zeigt sich, dass unterschiedliche kulturelle Hintergründe deutlich verschiedene Integrationserfolge bewirken und zwar insbesondere beim Spracherwerb, am Arbeitsmarkt, im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Im Gegensatz zu den Integrationserfolgen asiatischer Zuwanderer bleiben die aus Afrika, Jugoslawien und insbesondere der Türkei eingewanderten Muslime mit ihren Nachkommen weit dahinter zurück (vgl. S. 60). Folglich kann die vielfach behauptete Migration allein kein wesentliches Hindernis für Integration bilden. Diese drei Gruppen verfügen über eine doppelt so hohe Geburtenrate wie die einheimische Bevölkerung, sie verharren überdurchschnittlich in der vom deutschen Sozialstaat gebotenen materiellen Grundsicherung (vgl. S. 262), so dass der Autor letztere als Verursacher für diese Migration selbst sowie für Integrationsresistenz ausmacht. Er schlägt Regulierungen der Einwanderung entsprechend denen der klassischen Einwanderungsländer USA, Australien und Kanada bzw. konsequente Sanktionen bei Arbeits- und Bildungsverweigerung vor.

Umfassende Ausführungen zu den Bildungs- und Ausbildungsbedingungen, ihren Ursachen, Folgen und Unterschieden einschließlich der nicht zuletzt durch Migration bewirkten kulturellen Erscheinungsformen und Belastungen bilden einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt. Dazu gehört eine solide Analyse von Vorzügen und Defiziten bzw. Fehlentwicklungen in der Schulpolitik, bei den Lernergebnissen (Pisa-Studien), notwendigen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen usw. Besondere Aufmerksamkeit erfährt auch hier die Unterschicht, die sich zwar als „aufstiegspessimistisch“

erweist, potenziell und theoretisch aber eine zu hebende Bildungsreserve darstellt. Angesichts der globalen technischen Entwicklung erweist sich eine Berufsausbildung in technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen als zunehmend notwendig, während bei Haupt- und Realschülern ein zunehmender Leistungsrückgang zu beobachten ist (vgl. S. 70). Dabei kann man die materielle Ausstattung der Schulen nicht als alleinigen Verursacher unzureichender schulischer Bildung ausmachen, weil die materiell höher dotierten Stadtstaaten in Deutschland (Berlin, Bremen, Hamburg) am hinteren Ende einer Leistungsskala rangieren. Sie weisen einen besonders hohen Anteil ausbildungsferner Schichten aus. Der Verfasser postuliert Leistung und Eigenverantwortung

Die Befunde und Erkenntnisse dieser umfassenden und anregenden Studie beruhen nahezu lückenlos auf soliden, empirisch unterfütterten Analysen. Eine Fülle gut verständlicher, aufschlussreicher Berechnungen mit hohem Informationswert steht dafür. Sie werden im Text oder im Anhang vor allem in Gestalt anschaulicher, erfassbarer statistischer Tabellen aus der Wissenschaft, statistischen Ämtern und eigenen Anfertigungen präsentiert. Interpretationsprobleme spricht der Verfasser dann an, wenn Daten nur unter der Voraussetzung unveränderter Ausgangsdaten zu lesen sind oder Fragwürdigkeiten internationaler Vergleiche bzw. Unwägbarkeiten wirtschaftlicher Entwicklungen anstehen. Problematische bzw. umstrittene Begriffe klärt er im Allgemeinen vor ihrer Verwendung und zwar inhaltlich und interpretatorisch (z. B. Armut, Unterschicht, Intelligenz, Ungleichheit, Leistung, Toleranz, Assimilation, Integration). Sachorientierte, tolerante Diskussionen mit gegensätzlichen Positionen, Forschungsergebnissen oder Argumenten gehören dazu. In einer klaren, verständlichen Sprache ohne verbale Hochstapelei formuliert er für jeden Interessierten erkennbar und einleuchtend interessante, nachvollziehbare Überlegungen. Vorschläge des Autors zur Abwendung oder Korrektur von Fehlentwicklungen nehmen dabei einen breiten Raum ein. Insgesamt handelt es sich um eine von Sorgen um die Zukunft Deutschlands getragene empirisch-analytisch geprägte solide Untersuchung. Sie bietet dem Leser ein umfassendes, höchst informatives Panorama des gegenwärtigen Zustandes Deutschlands (und teils der Welt) auf ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet mit ihren erwartbaren Entwicklungen bis ins Jahr 2050 und teils darüber hinaus. Folglich wäre es wünschenswert, wenn dieses Buch Eingang in die Bibliothek eines jeden Bundesbürgers fände.

Es stellt sich die Frage, warum eine so sachliche, nahezu lückenlos empirisch belegte gesellschaftspolitische Analyse in der deutschen Öffentlichkeit auf eine ungerechtfertigt schrille, bis zur Verketzerung reichende Kritik stößt. Eine Antwort bietet der Eindruck, dass offenkundig ein großer Teil der Kritiker das Buch nicht gelesen hat. Eine weitere Erklärung dafür dürfte einerseits in der Einleitung des Buches zu suchen sein, in welcher der Autor unverblümt kritisch spezifisches Verhalten und Grundannahmen der in Deutschland dominierenden „political correctness“ attackiert. Wer sich diesen Postulaten, z. B. der Tabuisierung oder Relativierung ihrer Sprachregelung zu multikulturellen Problemen nicht unterwirft, setzt sich massiver öffentlicher Diskreditierung oder Herabsetzungen verschiedener Art aus. Eine weitere, gewichtigere Erklärung dürfte in seinen analytischen Befunden selbst liegen. Zu einem sehr großen Teil widerlegen

sie Grundannahmen und ideologische Überzeugungen der von der „political correctness“ gepflegten Meinung oder stehen ihr konträr entgegen. Wenn es nicht möglich ist, gesicherte Erkenntnisse sachlich zu widerlegen, entgleisen erfahrungsgemäß ihre Gegner in absurde Anschuldigungen oder Unterstellungen.

Thilo Sarrazin kommt das Verdienst zu, mit seiner Untersuchung einer breiten Bevölkerungsschicht einen Blick auf das Wirken und den Schaden eröffnet zu haben, die dem demokratischen deutschen politischen System von Seiten der Verhaltenspostulate und praktischen Handhabung der „political correctness“ drohen. Wenn politische und gesellschaftliche Führungskräfte im Lande veranlasst werden, sich diesen Postulaten zu unterwerfen, weil sie andernfalls massiven persönlichen Verunglimpfungen ausgesetzt wären, sie diese aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht ertragen können oder wollen, werden sie ebenfalls die Augen vor analogen gesellschaftlichen Realitäten verschließen. Fakten, die zum täglichen Erfahrungshorizont eines Volkes gehören, aber selbst von offizieller Seite verniedlicht, tabuisiert oder gar geleugnet werden, schaden der Glaubwürdigkeit der Politik, fördern Politikverdrossenheit bis hin zur Systemablehnung.

Von Stephan J. Kramer (4)

Thilo Sarrazins Buch ist keineswegs so harmlos, wie sein Verfasser behauptet. Er hat einen Platz in der deutschen Kultur- und Sozialgeschichte sicher. Es ist nicht nur eines der erfolgreichsten Verlagsprodukte, das in der Bundesrepublik jemals auf den Markt gebracht wurde, sondern vermutlich auch der am stärksten mit Statistik befrachtete Bestseller, für den deutsche Leser jemals ihr Geld auf den Ladentisch geblättert haben. Auch wenn nicht alle Käufer die zahlreichen Tabellen zu Ende durchgearbeitet haben, so ist das Buch eine der einflussreichsten Veröffentlichungen, die zu Problemen der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft jemals veröffentlicht wurden. Genau das macht es gefährlich.

Wohlgemerkt sind die Erkenntnisse zur Krise des Sozialstaates, den Problemen des deutschen Schulwesens oder der Überalterung der deutschen Gesellschaft, auf denen Sarrazin seine Argumentation aufbaut, nicht neu. Warnungen vor Fehlentwicklungen in diesen Bereichen sind in der einen oder anderen Form spätestens seit den achtziger Jahren an der Tagesordnung. Auch die Erkenntnis, dass es bei der Integration von Migranten Probleme gibt, kann Sarrazin für sich nicht in Anspruch nehmen. So ist es auch nicht die Tatsache, dass er als einer von zahllosen Autoren ein Werk zu diesen Themen verfasst hat, in der die Gefährlichkeit und wohl auch der Erfolg des Buches begründet sind. Wenn Sarrazins Buch als „explosiv“ bezeichnet werden soll, dann aus anderen Gründen. Die Ursachenanalyse, die der Ex-Finanzsenator und Ex-Bundesbanker vorlegt, ist ebenso grob vereinfacht wie die Lösungen, die er mit nahezu päpstlichem Unfehlbarkeitsanspruch vorschlägt. Das Menschenbild, das Sarrazin zeichnet, ist ebenfalls nicht viel mehr als eine Karikatur und trieft vor Verachtung für die Ungebildeten, die Immigranten

und die Zukurzgekommenen schlechthin. Damit zapft der Autor das Reservoir von Vorurteilen und dumpfen Ängsten an und heizt diese geschickt an. Vielleicht erklärt das und nicht der wehende Mantel des wissenschaftlichen Anspruchs die Breitenwirkung des Buches. Kurzum: Sarrazin reitet auf einer Woge des Populismus. Und dieser führt, wie man weiß, niemals zu sichern Ufern.

Die Argumentationskette des Buches ist schnell nachvollzogen: Die Deutschen sind weniger fleißig als zuvor. Der ausufernde Sozialstaat tut sein Übriges, um Menschen von der Arbeit abzuhalten. Kinderarmut und Überalterung würgen die Wirtschaftstätigkeit ab. Die als Ausgleich für den Bevölkerungsschwung gedachte Zuwanderung hat alles noch viel schlimmer gemacht. Weil Deutschland für Erfolgstypen unattraktiv ist, wandern vor allem Versager ein, größtenteils aus der islamischen Welt, und zwar mit Vorliebe in die deutschen Sozialsysteme, kapseln sich ab und reichern ihre Parallelgesellschaft mit so vielen Kindern an, dass Deutschland im Laufe dieses Jahrhunderts zu einem mehrheitlich muslimischen, türkisch- und arabischsprachigen Land wird. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kinderzahl der weniger intelligenten Bewohner der Bundesrepublik – Einwanderer wie Einheimische – weitaus höher als die der Klugen ist. So ist unser Land auf die Rutschbahn der Verdummung geraten. Mit anderen Worten: Deutschland schafft sich ab. Es sei denn, natürlich, dass es Sarrazins Vorschlägen folgt: eine radikale Reform des Sozialstaates, ein De-facto-Einwanderungsstopp sowie eine Bildungs- und Familienpolitik, die den Eliten zu angemessener Entfaltung verhilft. Da fragt sich manch ein Leser, warum die dämlichen Politiker nicht längst getan haben, was Sarrazin so suggestiv verlangt.

Genau an dieser Stelle muss die Kritik an dem Buch ansetzen. Nicht, um die in der Tat verbesserungsbedürftige deutsche Bildungs-, Integrations- und Familienpolitik vorbehaltlos in Schutz zu nehmen, wohl aber um aufzuzeigen, dass das von Sarrazin verbreitete Heilsversprechen die schillernde Leichtigkeit einer Seifenblase hat. Etwa, weil seine Rezepte zur Verschlankung des Sozialstaates keineswegs so todsicher sind, wie er uns glauben machen will. Gewiss: Die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Menschen, die eigentlich arbeiten können, ist unethisch. Indessen zerfallen die Bezieher staatlicher Beihilfen nicht in zwei klar voneinander zu scheidende Welten: die wirklich Hilfsbedürftigen auf der einen und die Trittbrettfahrer auf der anderen Seite. Die Hilfsbedürftigkeit des Menschen hat viele Facetten. Ebenso komplex ist daher die Aufgabe, den Sozialstaat richtig zu gestalten. Dafür bietet auch das von Sarrazin als vorbildlich hingestellte amerikanische Modell keine Patentlösung. Gewiss: Die Kargheit von Sozialleistungen mag volkswirtschaftlich weniger leistungsfähige Migranten fernhalten, doch trifft sie auch einheimische Arme. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, dass die in den USA bisher praktizierte Form des Gesundheitswesens 45 Millionen US-Bürger zum Leben ohne eine Krankenversicherung zwang. Um diesen Missstand zu beseitigen, hat Präsident Barack Obama seine Gesundheitsreform durchgeboxt. Wollen wir wirklich, dass Deutschland die Schwachen seiner Gesellschaft ihrem Schicksal überlässt? Eine Heilung der Missstände ist nötig, doch wird sie im Wege einer Amputation des Sozialstaates nicht erreicht.

Ebenso wenig ist die heilige Empörung akzeptabel, mit der Sarrazin über die seiner Meinung nach für Deutschland untauglichen Migranten spricht. Wenn er von der Immigration in deutsche Sozialsysteme spricht, klingt es, als hätten sich die Zuwanderer eines schrecklichen Verbrechens schuldig gemacht. Indessen bewegen sich legale Bewohner der Bundesrepublik woher sie oder ihre Eltern auch stammen mögen – im Rahmen deutscher Gesetze, wenn sie ihnen zustehende Leistungen in Anspruch nehmen. Man vergesse auch nicht, dass Deutschland in den sechziger Jahren bewusst Migranten – damals Gastarbeiter genannt – aus sozial schwächeren Schichten an die Fließbänder deutscher Fabriken holte. Wenn heute ihre Kinder oder Enkel den sozialen Aufstieg und die Integration in die deutsche Gesellschaft nicht im erwünschten Maße geschafft haben, dann ist eine Alleinschuldzuweisung ebenso beleidigend wie grotesk. Und wenn Deutschland keine Anziehungskraft auf Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker aus dem Ausland ausübt: Haben das diejenigen zu verantworten, die Sarrazins Bild vom idealen Migranten nicht im erwünschten Maße entsprechen? Wohl kaum. So lässt sich jedenfalls das Problem mangelnder Integrationserfolge nicht beheben. Menschenverachtung klingt nicht nur in Sarrazins Klagen über Migranten, sondern auch in seinen Ausführungen über „echte“ Deutsche an. Mit unübersehbarem Genuss spricht er in seinem Buch immer wieder von der „bildungsfernen Unterschicht“ – so oft, dass man versucht ist, diesen Begriff zum Unwort des Jahres zu erklären. Bei Sarrazin verkommt die bildungsferne Unterschicht zu einer dumpfen, bedrohlichen Masse, und auch hier nährt der scheinbar neutrale soziologische Terminus die Abneigung gegen die Schwachen der Gesellschaft. Manchmal scheint es, als wünsche Sarrazin sich, sie mögen verschwinden. Das werden sie aber nicht tun, auch dann nicht, wenn das deutsche Erziehungswesen reformiert wird. Bis eine solche, durchaus notwendige Reform spürbare Wirkung zeigt, vergehen übrigens viele Jahre. So bestärkt Sarrazin letztlich die gegen Migranten, Moslems oder auch „Schmarotzer“ bestehenden Vorurteile, ohne ein wirkliches Rezept für die Lösung der Probleme zu bieten. Es fehlt nicht nur ein differenzierter Ansatz, sondern auch die Bereitschaft zum Dialog. Das Buch erweckt den Eindruck als könnte die deutsche Mehrheitsgesellschaft die von Sarrazin unliebsamen Schichten verursachten Probleme per Ukas lösen. Genau das ist unter den Bedingungen einer Demokratie undenkbar. Ohne die maximal mögliche Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen haben Reformen keine Aussicht auf Erfolg.

Vor und nach Erscheinen seines Buches wurde über die Frage gestritten, ob Sarrazin persönlich ein Rassist und ein Antisemit ist. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich der Beschuldigte nicht zuletzt durch den Hinweis auf die sanfte Sprache, der sich sein Werk bediene. Schließlich habe er niemanden beleidigt. Allerdings kann Sarrazins Stil durchaus als die pauschale Verdammung eines ganzen Kulturkreises verstanden werden. Das ist weder gerechtfertigt noch hilfreich; wer ohnehin islamophob ist, wird sich durch die Lektüre bestätigt sehen. War das dem hochintelligenten Verfasser nicht bewusst?

Ob per Zufall oder nicht hat Sarrazin in seine Theorien auch den Versuch eingebaut, die nach seiner Feststellung überdurchschnittlich hohe Intelligenz aschekansischer Juden zu erklären: Wegen des hohen sozialen Ansehens, das Talmudgelehrte genossen,

konnten sie – so Sarrazin – in wohlhabende Familien einheiraten und die Überlebenschancen ihrer ebenfalls überdurchschnittlich begabten Kinder verbessern. Wenn aber die Klugen mehr Kinder als die Unbegabten hätten, nehme das Intelligenzniveau der Gesellschaft zu und umgekehrt. Deshalb fordert Sarrazin, der Intelligenzschicht im heutigen Deutschland durch bessere Rahmenbedingungen zu mehr Kindern zu verhelfen. Freilich: Solche Schmeicheleien ändern nichts daran, dass Sarrazins Weltsicht auch und gerade aus jüdischer Sicht bedenklich ist.

Zu den Grundlehren des Judentums gehört nämlich unter anderem, dass Gott alle Menschen in seinem Ebenbild erschaffen hat. Gegen den damit fest verankerten Gleichheitsgrundsatz wird durch Menschenverachtung jedoch verstoßen. Auch das Verbot, Menschen zu beschämen, ist im Judentum ausdrücklich verankert. Ferner bildet soziale Gerechtigkeit einen wichtigen Teil jüdischer Lehrmeinung. Gewiss, die hebräische Bibel ist kein Sozialgesetzbuch, und doch postuliert sie eine Reihe von Prinzipien, die Fürsorge für die Schwachen als Grundlage menschlichen Zusammenlebens im ökonomischen Lebensbereich begründen. Gewiss: Soziale Hilfe ist subsidiär. Wer sich selbst ernähren kann, muss es auch tun. Wo Hilfe nötig ist, muss sie geleistet werden und zwar unter Wahrung der Menschenwürde des Empfängers. Mit einer faktischen Abschaffung des Sozialstaates ist dieses Gebot nicht vereinbar. Wie man sieht, haben bereits die alten Rabbiner gewusst, dass soziales Gleichgewicht wie menschliches Zusammenleben schlechthin sorgfältig austariert werden müssen. Populistische Aufrufe helfen dabei nicht weiter.

Rezensionsessay:

In eigentümlicher Beleuchtung: „Das Amt“

Von Hans Fenske

Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff, München 2010 (Karl Blessing Verlag), 879 S.

Die im Sommer 2005 vom damaligen Außenminister Joschka Fischer berufene Historikerkommission hatte den Auftrag, die Geschichte des Auswärtigen Amts in der Zeit des Nationalsozialismus, seinen Umgang mit dieser Geschichte nach der Neugründung 1951 und die Frage nach der personellen Kontinuität beziehungsweise Diskontinuität zu untersuchen und damit endlich zu leisten, wozu das Amt vermeintlich selbst nicht die Kraft gehabt hatte. Seit Herbst 2010 liegt nun das Ergebnis dieser Auftragsarbeit vor. Nach dem Titelblatt muss man annehmen, dass die vier Kommissionsmitglieder Eckart Conze (Marburg), Norbert Frei (Jena), Peter Hayes (Evanston) und Moshe Zimmermann (Jerusalem) „unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff“ die Verfasser sind. Die eigentlichen Autoren stehen indessen auf der Rückseite des Titelblatts, und einer auf Seite 719 f. versteckten Notiz lässt sich entnehmen, wer von den zwölf wissenschaftlichen Mitarbeitern der Kommission welche Abschnitte geschrieben hat. Von den vier Professoren stammen danach nur Einleitung und Nachwort, rund zwei Prozent des Werkes. Man muss sie mithin als Herausgeber bezeichnen.

Zum Ertrag der mehrjährigen Arbeit heißt es in der Einleitung, dass das Auswärtige Amt im Namen des nationalsozialistischen Systems repräsentierte, dachte und handelte und dass es zwischen ihm und dem Regime eine weitgehende Teilidentität der Ziele gegeben habe. „Deswegen schirmten die deutschen Diplomaten die systematische und gewaltsame Entrechtungs- und Diskriminierungspolitik des Dritten Reiches gegenüber den Juden nicht nur nach außen ab, sondern sie waren von 1933 an auch aktiv an ihr beteiligt“ (S. 13). Das „über Jahrzehnte hin gepflegte Selbst- und Geschichtsbild des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik“, den Plänen der NS-Machthaber zähen Widerstand geleistet zu haben, ohne doch das Schlimmste verhüten zu können, „ist ein Mythos“ (S. 12). Der Verteidigung dieses Mythos diene, wie man aus dem Nachwort erfährt, „eine alles andere als forschungsfreundliche Archivpolitik des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts“ (S. 718). Individuelle Vorbehalte einzelner Mitarbeiter und eingeschliffene strukturelle Sonderbedingungen liefen, so heißt es weiter, einem demokratisch transparenten Archivzugang zuwider. Angesichts dieses schweren Vorwurfs stellt sich allerdings die Frage, warum das Auswärtige Amt die von den Siegermächten begonnene Serie *Akten zur Auswärtigen Politik 1918-1945* nach der Rückgabe

der zunächst beschlagnahmten Archivalien ab 1960 fortführte und darin bis zum Abschluss des Werks rund ein Menschenalter später 25.000 Dokumente zu allen Aspekten der deutschen Außenpolitik veröffentlichte; warum seit 2000 ein biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945 erscheint, in dem auch Angaben über die Zugehörigkeit zur NSDAP und ihren Gliederungen zu finden sind; und warum nicht wenige Autoren sich schon seit langem mit gutem Ertrag den Fragen zuwenden konnten, für die die Kommission nun ihre Darstellung vorlegt.¹

Das Werk besteht aus zwei Teilen. Der erste, „Die Vergangenheit des Amts“, führt bis 1945. Darin wird die Tätigkeit des Amts nicht in voller Breite dargelegt, sondern vornehmlich unter dem Aspekt seiner Mitwirkung an der Judenpolitik. Lars Lüdicke befasst sich mit dem Auswärtigen Amt in der Vorkriegszeit und mit der Auswanderung, Ausbürgerung und Abschiebung der deutschen Juden von 1939-1941. Jan Erik Schulte stellt die Personalstruktur des Amts im Kriege unter besonderer Berücksichtigung des für die Judenfrage zuständigen Referates D III vor. Irith Dublon-Knebel spricht über das Unternehmen Barbarossa und die Endlösung. Im Anschluss daran erörtern Jochen Böhler und Dublon-Knebel die Beteiligung von Diplomaten an der Judenpolitik in den besetzten Teilen der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Frankreich, in den Niederlanden, in Belgien, in Dänemark, in Norwegen, in Serbien, in Griechenland, in Ungarn und in verbündeten Staaten. Nach der Stellung von Schutzjuden fragen Dublon-Knebel und Schulte. Am Schluss des ersten Teils stehen knappe Bemerkungen von Schulte und Weinke über Widerstand im Auswärtigen Amt. Ersterer richtet den Blick auf den Kreis um Ernst von Weizsäcker und Erich Kordt, der ab 1938 erfolglos versuchte, einen europäischen Krieg zu verhindern, und auf die Diplomaten, die dem Kreisauer Kreis angehörten, sowie auf den 20. Juli 1944. Weinke berichtet über den zum mittleren Dienst gehörenden Fritz Kolbe, der dem amerikanischen Geheimdienst wertvolle Informationen zukommen ließ, und über den Botschaftsrat Gerhart Feine, dem es in Budapest in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Vizekonsul Lutz gelang, Tausenden von Juden das Leben zu retten.

Der zweite Teil des Werks, „Das Amt und die Vergangenheit“, führt von 1945 bis zum Sommer 2005. Katrin Paehlen, Thomas Maulucci und Norman Goda berichten über die Verhaftung und Internierung zahlreicher Diplomaten, über die Verhöre, denen sie unterworfen wurden, sowie über die Entnazifizierung. Astrid Eckert beleuchtet den Nürnberger Prozess 1945/48 und den Wilhelmstraßenprozess 1947/49, in dessen Mittelpunkt von Weizsäcker stand. Weinke erörtert die zu von Weizsäckers Verteidigung entwickelte Strategie und die „Konstruktion einer harmonisierenden Vergangenheitsdeutung“ (S. 412) durch die in Nürnberg Angeklagten und ihre Verteidiger. William Gray

1 Genannt seien nur: Christopher Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office*, New York/London 1978; Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung*, Berlin 1987; Magnus Brechtken, *Madagaskar für die Juden. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945*, München 1997.

skizziert die 1949 von den Amerikanern begonnene Überprüfung der Urteile, die Ende 1950 zur vorzeitigen Haftentlassung von Weizsäckers führte. Im Anschluss daran informiert er über die ersten Überlegungen zur Schaffung eines Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik. Weinke hat den personellen und institutionellen Wiederaufbau zum Thema und berücksichtigt dabei breit die öffentlichen Auseinandersetzungen über diesen Fragenkreis. Die Personalpolitik des neuen Amtes in den ersten anderthalb Jahrzehnten beleuchtet Andrea Wiegeshoff. Über Wiedergutmachung durch Wiedereinstellung beziehungsweise Rehabilitation sprechen Weinke und Wiegeshoff, über weitere Aspekte des Umgangs mit der Vergangenheit im Amt schreiben Weinke, Eckert und Daniel Stahl. Die Autoren behandeln hier u. a. das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, die Verleumdungskampagne der DDR gegen Angehörige des Amtes und den Adolf Eichmann in Jerusalem gemachten Prozess sowie die Frage des Rechtsschutzes für ihn. Im folgenden Kapitel, das hauptsächlich von Wiegeshoff stammt, geht es um die neuen Herausforderungen an die Diplomatie infolge der starken Bedeutungszunahme inter- und übernationaler Organisationen und der Medien. Sodann schreibt Weinke über die Personalpolitik unter Außenminister Brandt und über die langwierigen Überlegungen zur Reform des Auswärtigen Dienstes. Schließlich rekapituliert sie die Auseinandersetzung des Amtes mit seiner Vergangenheit während eines halben Jahrhunderts und nennt sie wenig engagiert (S. 694-711). Im Anschluss daran bespricht sie den Streit um den Nachruf für Franz Nüßlein im Jahre 2003 und die anschließende Kontroverse um die aus diesem Anlass vorgeschriebene neue Nachrufpraxis, die zur Einsetzung der Historikerkommission führte.

Das Werk beruht auf einer breiten Literatur- und Quellenbasis und auf zahlreichen Interviews mit Zeitzeugen. Die zitierten Quellen werden vielfach auch dann mit ihrer Archivsignatur belegt, wenn sie längst gedruckt sind. Sollte damit ein besonderer Forschungseifer demonstriert werden? Für eine erste Quelledurchsicht wurden 14 wissenschaftliche Rechercheure eingesetzt, so dass sich die Zahl der Mitarbeiter an dem Band auf insgesamt 31 beläuft. Ob dieser große personelle Aufwand den entsprechenden Ertrag gebracht hat, sei dahingestellt. Grundsätzlich neue Erkenntnisse bringt das Buch nicht, aber es bietet viele Mitteilungen, die das bisher schon gewonnene Bild ergänzen. Dennoch: Insgesamt ist es wenig befriedigend. Die Darbietung des Stoffes ist nicht sonderlich geschickt. Die Herausgeber hätten besser getan, statt einer vermeintlich einheitlichen Gesamtdarstellung, für deren Gestaltung sogar ein Endredakteur bestellt wurde, eine Reihe von in sich geschlossenen Abhandlungen unter dem Namen des jeweiligen Autors zu publizieren. Da das Amt in der Wilhelmstraße vor allem unter dem Aspekt seiner Beteiligung an der Politik gegenüber den Juden betrachtet wird, wäre es sinnvoll gewesen, die Etappen bei der Ausgrenzung dieses Personenkreises bis 1939 einleitend in einem eigenen Abschnitt vor Augen zu führen, statt die entsprechenden Mitteilungen über den Text verstreut zu machen. Ebenso wäre eine Charakterisierung der Diktatur insgesamt von Nutzen gewesen, um den Rahmen zu zeigen, in dem die Angehörigen des Amtes handeln mussten. Und das eigentliche Thema des Werks hätte in den Titel gehört. Manche Formulierung namentlich im zweiten Teil lässt die gebotene wissenschaftliche

Zurückhaltung vermissen. Bisweilen ist sogar eine Neigung zur Polemik wahrnehmbar. Die Bemerkung Weinkes über die „zunehmende Impertinenz der ‚131er‘“ (S. 587) darf so eingeordnet werden. Überraschen muss auch Wiegeshoffs Kommentar zu der Besorgnis der Staatssekretäre Hallstein und Carstens über die mangelnde Identifizierung vieler Westdeutscher mit dem Ziel der Wiedervereinigung. Sie nennt das „Überheblichkeit“ (S. 633). Beide Autorinnen äußern sich mehrfach in herablassendem Ton über die Persönlichkeiten, mit denen sie sich beschäftigen. Generell sind nicht alle der vielen gebotenen kurzen Viten der Diplomaten um Gerechtigkeit bemüht und lassen Tatsachen vermissen, die für die Betroffenen sprechen. Bisweilen wird selektiv zitiert. Und nicht jedes dezidierte Urteil wird begründet. In den letzten Kapiteln stößt man oft auf eine eifernde Tendenz. Derlei sollte nicht zu einem neuen Stil der Geschichtsschreibung werden.

Immer wieder ist die Darstellung vordergründig. Das gilt vor allem für den Beitrag Lüdickes über das Auswärtige Amt in den Vorkriegsjahren. Er sieht die Beamtenschaft in der Wilhelmstraße einem konservativ-reaktionären Geist und dem Denken in der Kategorie nationalistischer Großmachtpolitik verhaftet und attestiert ihnen Nähe zum Rassismus auf völkischer Grundlage. Belege für diese von Klischees bestimmten Pauschalurteile bringt er nicht. Und sein Verständnis für gewichtige außenpolitische Probleme, mit denen sich die Wilhelmstraße zwischen 1919 und 1939 beschäftigen musste, ist nicht sonderlich groß. Die Revisionsproblematik wird unzulänglich behandelt, und was man über die Außenpolitik der unmittelbaren Vorkriegszeit erfährt, ist sehr kursorisch und fehlerhaft. Die Vorgeschichte des Krieausbruchs 1939 war viel komplizierter als Lüdicke denkt.

Der Versailler Vertrag wird in dem Werk nur an wenigen Stellen erwähnt und damit ausgeblendet. Wiegeshoff kritisiert, dass diese Problematik bei der Ausbildung des Diplomatenachwuchses ab 1951 lange eine Unterrichtseinheit bildete. Und Eckert kreidet Außenminister Neurath an, dass er Schuld und Verantwortung überall entdecken konnte, nur nicht bei sich selbst. Vor dem Nürnberger Tribunal „schob er die Kriegsschuld den Alliierten zu. Versailler Vertrag und die Politik des Völkerbundes hätten den Nationalsozialismus ermöglicht und den Krieg hervorgebracht“ (S. 379). Hier zeigt sich krasse Verständnislosigkeit. Der Zusammenhang zwischen dem Versailler Vertrag und dem Großwerden des Nationalsozialismus ist unverkennbar. Der in Ausführung des Friedensvertrags 1929 ausgehandelte und im Frühjahr 1930 in Kraft gesetzte Young-Plan, demzufolge das Deutsche Reich fast sechs Jahrzehnte hindurch alljährlich außerordentlich hohe Summen an die Siegermächte zu zahlen hatte, wurde von der NSDAP sofort zum Hauptthema ihrer Propaganda gemacht. Mit ihrer Frontstellung „gegen Young und gegen Versailles“ konnte sie binnen eines knappen Jahres ihre Wählerschaft versiebenfachen, von einer Kleinpartei, die sie bis 1929 war, bei der Reichstagswahl im September 1930 zur zweitstärksten politischen Kraft in Deutschland werden und so die Ausgangsposition für die Konstellation gewinnen, aus der heraus Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler bestellt wurde. Wäre es 1919 zu einem moderaten Friedensschluss gekommen, wäre Deutschland die NS-Diktatur erspart geblieben und Europa ein zweiter großer Krieg, der weitaus verheerender war als der von 1914 bis 1918.

Das von der Historikerkommission und ihrem Auftraggeber so groß herausgestellte Werk hat erhebliche Schwächen. Den ersten Teil muss man in etlichen Abschnitten als unzulänglich bezeichnen, da die Zeit vor 1933 unberücksichtigt bleibt. Der zweite Teil kann über weite Strecken ebenfalls nicht befriedigen. Die tragende These, das Auswärtige Amt habe seine Vergangenheit jahrzehntelang vertuscht, wurde trotz allen Eifers der Autoren nicht erhärtet und konnte auch nicht bewiesen werden. Es handelt sich dabei um eine Behauptung, deren Motiv mit dem Streben nach historischer Erkenntnis vielleicht gar nichts zu tun hat. So ist fraglich, ob die anderthalb Millionen Euro, die das Werk der Historikerkommission den Steuerzahler gekostet hat, nicht für andere wissenschaftliche Zwecke sinnvoller hätten ausgegeben werden können.

»Wieder gelesen«:

Demokratie zwischen Konflikt und Konsens

Von Thomas Schubert

Seymour Martin Lipset, Soziologie der Demokratie, Neuwied am Rhein/Berlin 1962 (*Hermann Luchterhand Verlag*), 388 S.

„Wenn man die Grenzen bedenkt, die diesem Buch gesetzt sind, insofern es im Wesentlichen eine umfassend ausgebaute Soziologie und Psychologie des Wahlverhaltens bietet, dann wird man seinen großen Wert für die Begründung einer Phänomenologie und (vergleichenden) Theorie der modernen Demokratie richtig einschätzen. Sein Hauptverdienst liegt in der realistischen, empirischen Überprüfung der bisherigen theoretischen Prämissen der Demokratieforschung.“¹ Seymour Martin Lipset habe mit *Political Man. The Social Bases of Politics* (1960) eine „vorzügliche“ soziologische Analyse präsentiert, so der Rezensent im Jahr 1961, die nicht nur Theorie und Empirie verbinde, sondern zugleich zeige, dass die „Kompetenzstreitigkeiten zwischen politischer Soziologie und politischer Wissenschaft in der Sache wenig erheblich sind“.² Obschon die interdisziplinäre Kluft fortbestand, lag Karl Dietrich Bracher in seinem Gesamturteil richtig. Die Studie ist nicht zuletzt wegen ihrer theoretischen und empirischen Grundlegungen ein Schlüsselwerk.³ Das 1962 unter dem Titel *Soziologie der Demokratie* in deutscher Sprache und leicht gekürzt erschienene Buch des am 18. März 1922 geborenen und am Silvestertag des Jahres 2006 gestorbenen amerikanischen Soziologen und Politologen gliedert sich in zehn Kapitel (ursprünglich 13 Kapitel). Es ist, dies bemerken diverse Rezensionen, ein heterogenes Buch, eine nicht ganz stimmige Komposition aus in Zeitschriften veröffentlichten Einzelstudien und neuen Texten.⁴ Dabei wurde die deutsche Ausgabe durch das Aussparen des vierten Teils „The Politics of private Government“, des Kapitels „The End of Ideology?“ und verschiedener kürzerer Passagen harmonisiert. Seymour Martin Lipset fragt im Kern nach den sozialen und politischen Voraussetzungen demokratischer Systeme, speziell nach dem „richtige[n] Gleichgewicht zwischen Konflikt und Konsens“ (S. 17) als Stabilitätsgarant einer Demokratie. Sein Werk bean-

1 Karl Dietrich Bracher, Politik zwischen Theorie und Empirie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie 13 (1961), S. 520-527, hier S. 524.

2 Ebd., S. 523.

3 Vgl. Florian Hartleb, Seymour Martin Lipset, *Political Man: The Social Basis of Politics*, London 1960, in: Steffen Kailitz (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2007, S. 248-251.

4 Vgl. die Rezension von Kurt Lenk, Politische Soziologie und moderne „Massengesellschaft“, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 417-420, hier S. 419, sowie den Beitrag von Eckhard Jesse, Seymour Martin Lipset, in: Gisela Riescher (Hrsg.), *Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen. Von Adorno bis Young*, Stuttgart 2004, S. 289-292, hier S. 290.

spricht, „keine neue Theorie der Demokratie dar[zu]legen, sondern nur die formalisierende, empirische Nachprüfung bestimmter Zusammenhänge [...], die von den herkömmlichen Theorien der Demokratie behauptet werden“ (S. 69). Kurz gesagt: „It is supposed to test theory.“⁵

Wohl am nachhaltigsten geschieht das in Teil I „Die Voraussetzungen demokratischer Ordnung“ (S. 31-189). Dieser umfasst die „zwei Hauptmerkmale [...], die für das Problem der Stabilität der Demokratie von größter Bedeutung sind: die wirtschaftliche Entwicklung und die Legitimität, d. h. das Ausmaß, in dem den Institutionen als solchen Wert beigemessen wird“ (S. 34). Lipsets bekannte modernisierungstheoretische These, „je wohlhabender ein Volk, desto größer die Aussicht, dass es eine Demokratie entfalten wird“ (S. 42) bzw., vice versa, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass eine Diktatur längerfristig Bestand haben kann, wurde durch ihn und (mitunter in weiterentwickelter und abgewandelter Form) nach ihm vielfach bestätigt.⁶ Dennoch, und das wird gelegentlich verdrängt, ist die empirische Absicherung nicht uneingeschränkt (z. B. für relativ wohlhabende autokratische Rentenregime), und sie besteht lediglich für die Abhängigkeit zwischen dem Wohlstand eines Landes und dessen Regierungsform. So ist etwa der wirtschaftsfördernde Einfluss der Demokratie weder empirisch noch theoretisch fundiert. Hingegen benötigt (mit wenigen Ausnahmen) ein stabiles demokratisches System eine prosperierende Ökonomie. Kommt es indes, so Lipset, zu einer ungezügelten und ungerechten ökonomischen Entwicklung, destabilisiert dies die politische Ordnung und radikalisiert benachteiligte Volksschichten. Was er kaum berücksichtigt: Nicht nur für die etablierten westlichen Demokratien, die alle über Wettbewerbsordnungen und ein hohes Wohlstandsniveau verfügen, ist die besondere Symbiose zwischen funktionierender Demokratie und Marktwirtschaft augenfällig, auch zahlreiche Transformationsländer bestätigen diesen Zusammenhang.⁷ Norberto Bobbio hatte es 1977 noch als ungeklärtes Problem bezeichnet, „weshalb es in den Ländern keine Demokratie gibt (zumindest im Sinne, in dem der Begriff der Demokratie klar ist und nicht missverstanden werden kann), wo der Sozialismus verwirklicht worden ist, und weshalb die Länder, in denen die Regeln des demokratischen Spiels beachtet werden, bis jetzt nicht sozialistisch geworden sind und es auch nicht bald zu werden scheinen“.⁸ Die theoretische, vor allem die empirische Antwort fällt nun klarer aus als damals: Demokratie braucht Marktwirtschaft. Dagegen ist der Umkehrschluss nicht stimmig. Eine Marktwirtschaft

5 Samuel James Eldersveld, *Political Man*, in: *The American Political Science Review* 54 (1960), S. 737 f., hier S. 738.

6 Vgl. überblicksartig: Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien*, 5. Aufl., Opladen 2010, S. 412-415; ausführlich: Adam Przeworski, *Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge 2000.

7 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*, Gütersloh 2009.

8 Norberto Bobbio, *Was sind die Alternativen zur repräsentativen Demokratie?*, in: *Positionen der Sozialisten 3: Sozialisten, Kommunisten und der Staat. Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie*, Hamburg/Berlin 1977, S. 37-61, hier S. 48.

kann mit halb- und undemokratischen Regimen einhergehen⁹ – wie u. a. Russland und China heute zeigen.

Parallel hängt laut Lipset die demokratische Stabilität nicht nur vom wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand einer Gesellschaft ab, sondern auch von der – damit eng verbundenen – Funktionsfähigkeit sowie von der Legitimität des politischen Systems. „Funktionalität bedeutet Leistung, d. h. die Erfüllung der grundlegenden Regierungsfunktionen durch das betreffende System, und zwar in einer Weise, die den Anschauungen der Mehrheit des Volkes und denen solcher Machtgruppen [...] entspricht. Die Legitimität ist vorhanden, wenn es dem System gelingt, im Volke die Überzeugung zu schaffen und zu erhalten, dass die bestehenden politischen Institutionen für die betreffende Gesellschaft die bestmöglichen sind“ (S. 70). Lipsets Stabilitätsgleichung und seine Typologie bestechen bis heute durch Einfachheit und Logik. Sie vermögen Dynamiken stabiler, transformierender wie instabiler Systeme abzubilden. Legitime, funktionierende Demokratien, geprägt durch einen breiten demokratischen Grundkonsens und politischen Zugang sowie durch abgeschwächte politische Konflikte, Lipset spricht von einem „nachpolitischen Stadium“, in welchem sich diese Demokratien befänden, sind stabil. „Funktionsunfähige und illegitime Regime [...] sind per definitionem labil und brechen zusammen, sofern es sich nicht um Diktaturen handelt, die mit Gewalt aufrechterhalten werden“ (S. 76). Innerhalb solcher Systeme dominieren entweder starke Konflikte zwischen unterschiedlichen politischen Kräften, die nicht gelöst werden und das Regime dauerhaft schädigen bzw. zerstören. Oder aber in politischen Konfliktsituationen fungiert die absolute Staatsmacht als stabilisierendes Moment (Diktatur). Bricht deren Gewaltmonopol, dann endet die von der Bevölkerung als nicht rechtmäßig wahrgenommene Herrschaft. Die sich anschließende Systemtransformation verläuft wieder in den Bahnen von Funktionalität und Legitimität. Ihr Erfolg hängt davon ab, ob beide Faktoren gesteigert und die gesellschaftlichen Spaltlinien reduziert werden können. Auch wenn einige von Lipsets Thesen – etwa zur Rolle von Vielparteiensystemen oder Einheitsstaaten – nicht zutreffen bzw. vage bleiben, so erfuhr sein politisch-kultureller Ansatz (zusammen mit jenem von David Easton) zahlreiche Erweiterungen. Er prägt bis heute die politische Kulturforschung.¹⁰ Wer nach 50 Jahren auf die „Voraussetzungen demokratischer Ordnung“ zurückschaut, kann die methodische Unschärfe, die unterkomplexen Kategorien oder die zuweilen holzschnittartige Analyse bemängeln, muss aber beachten: Alle im damaligen Ländervergleich als stabil eingestuften europäischen und englischsprachigen Demokratien haben ihren Status halten können, die Mehrzahl der einst labilen europäischen Demokratien und Diktaturen hat sich in stabile Demokratien gewandelt. Lipsets Postulate sind nicht zuletzt deshalb aktuell.

Kapitel IV „Der Autoritarismus der Arbeiterklasse“ (S. 95-130) knüpft in der Originalität, Analysekraft und Klarheit der Sprache an das Bisherige an. Lipset formuliert

⁹ Vgl. Manfred G. Schmidt (FN 6), S. 428.

¹⁰ Vgl. Susanne Pickel/Gert Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung, Wiesbaden 2006, S. 78-123, 273 f.

unaufgeregt, ohne den heute in den Sozialwissenschaften oft üblichen Betroffenheitsjargon. „Theorie und praktische Erfahrung deuten aber darauf hin, dass die unteren Schichten verhältnismäßig autoritärer sind, dass sie – ceteris paribus – sich mehr zu einer extremistischen als zu einer gemäßigten und demokratischen Bewegung hingezogen fühlen“ (S. 100). Er spricht von „zutiefst antidemokratischen Tendenzen in den Gruppen der niederen Klassen“ (S. 125), führt zentrale – unverändert gültige¹¹ –, das extremistische Einstellungspotenzial begünstigende Charakteristika auf, wie geringer Bildungsstand, politisch aversives Verhalten, wirtschaftliche Unsicherheit, ein autoritäres familiäres Umfeld oder unterkomplexe Weltbilder und eine Staatsfixierung. Er bezeichnet jedoch die Annahme als „Fehler“, „dass die autoritären Prädispositionen der niederen Klassen notwendigerweise eine Gefahr für ein demokratisches Gesellschaftssystem darstellen“ (S. 129). Die starke politische Integration der Arbeiterschaft, die Rolle der gemäßigten Parteien, die abgeschwächten Konfliktlinien und nicht zuletzt die sozio-ökonomischen Zusammenhänge verhinderten dies. Allenfalls politisch wie gesellschaftlich „entwurzelte“ Gruppen wenden sich im Falle ihrer Mobilisierung extremistischen „Heilsbringern“ zu.

Mit diesen Extremismen beschäftigt sich das fünfte Kapitel „Faschismus – rechts, links und in der Mitte“ (S. 131-189), welches, so Bracher 1961, „eine solche Fülle an Einsichten von allgemeinem und heuristischem Wert für die Interpretation antidemokratischer Bewegungen“¹² erschließt, dass eine detaillierte Wiedergabe damals wie heute unmöglich ist. Am bekanntesten ist wohl die Theorie vom Faschismus als „Extremismus der Mitte“, die andernorts ausführlich erörtert worden ist.¹³ Eher implizit begreift Lipset Extremismus als autoritären Antagonisten zur Demokratie nach westlichem Muster¹⁴ und nimmt an, dass „in jeder größeren Gesellschaftsschicht sowohl demokratische als auch extreme politische Tendenzen vorhanden sind“ (S. 131). Er trennt zwischen extremistischen und demokratischen Ideologien und Gruppen, klassifiziert und analysiert beide als „Rechts, Links und Mitte“. Diese Einteilung in ein „demokratisches“ und ein „extremistisches Kontinuum“ verwirrt. Ihr ist die extremismustheoretische Annahme einer miteinander verbundenen gesellschaftlichen Empirie und politischen Phänomenologie des Extremismus vorzuziehen. Unverständlich ist, dass lange nach Erscheinen von *Soziologie der Demokratie* es nicht als Gemeinplatz, sondern mitunter als neue Erkenntnis gilt, dass sich extremistische (speziell rechtsextremistische) Einstellungsmuster durch alle gesellschaftlichen Schichten (auch durch die „Mitte“) ziehen. Bedauerlich ist die oft damit verbundene Kritik an der Extremismustheorie, die diese Tatsache aus – vermeintlich – ideologischen Motiven heraus ignoriere und deren Konzept das antide-

11 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gesellschaft im Reformprozess, Berlin 2006, S. 21, 81-88.

12 Karl Dietrich Bracher (FN 1), S. 524.

13 Einen Überblick bieten Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremismus der Mitte? Kritik an einem modischen Schlagwort, in: Dies., Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 157-169.

14 Die Definition von Extremismus als Antipluralismus erfolgt erst später in Seymour Martin Lipset/Earl Raab, The Politics of Unreason. Right-Wing Extremism in America 1790-1970, London 1971.

mokratische Potenzial einer Gesellschaft nicht abzubilden vermöge. Dabei erfüllt die Extremismusforschung, was Lipset fordert: „Es ist unmöglich, die Rolle und den unterschiedlichen Erfolg der extremistischen Bewegungen zu verstehen, wenn man sie nicht genau unterscheidet, ihre verschiedenartigen sozialen Grundlagen und ihre Ideologien zu erfassen trachtet, genauso wie man dies mit demokratischen Parteien und Bewegungen tut“ (S. 188).

Wie eingangs von Bracher bemerkt, handelt es sich bei Teil II „Wahlen in westlichen Demokratien“ (S. 191-313) um ein Buch im Buche. Die Menge an damals grundlegenden, heute größtenteils selbstverständlichen, zuweilen überraschenden (z. B. die Ausführungen zum Traditionalismus), zuweilen überholten (z. B. das Wahlverhalten der Frauen) Bezügen ist beachtlich, ob mit Blick auf das sozialstrukturell motivierte Wahlverhalten, ob mit Blick auf die Wahlenthaltung. Letztgenannte interpretiert Lipset vor dem Hintergrund seiner bisherigen Erkenntnisse. So brandmarkt er die Ansicht, bei einer geringen Wahlbeteiligung handele es sich partout um „eine ungesunde Apathie und eine Schwäche der Demokratie“ als Argument „liberale[r] Demagogen“ (S. 195). Die Ursachen für eine hohe oder niedrige Wahlbeteiligung (viele davon sind bis heute gültig), etwa der Grad des politischen Interesses, die wahrgenommene Bedeutung der Wahl, die Relevanz sozialer cross-pressures oder die Stärke der Wahlnorm, seien verschieden, ein pauschales Urteil über die Systemrelevanz unangebracht. „So ist ein hohes oder ein niedriges Maß an politischer Mitarbeit und Wahlbeteiligung für sich allein betrachtet für die Demokratie weder gut noch schlecht; Ausmaß und Wesen jener Beteiligung spiegeln andere Faktoren wider, die viel entscheidender die Aussichten des Systems auf Erhaltung und Entwicklung bestimmen. Aber das Ausmaß der Apathie und die verschiedenen hohe Beteiligung der einzelnen Bevölkerungskreise erhellen den zugrunde liegenden Konsens und Konflikt innerhalb des politischen Prozesses“ (S. 241). Obgleich das Phänomen der Nichtwahl unter heutigen Gesichtspunkten ungleich komplexer ausfällt, z. B. Rationalitäts-, Protest- und Individualisierungskriterien eine größere Rolle spielen, wusste Lipset um den ambivalenten und situativen Charakter der Wahlbeteiligung und deren unterschiedliche Auswirkung auf die Verfasstheit der Demokratie. So kann eine hohe Partizipation die politische Ordnung legitimieren und stabilisieren, es sei denn, sie resultiert aus erheblichen gesellschaftlichen Konflikten oder beruht auf einem reduzierten demokratischen Konsens. Eine niedrige Wahlbeteiligung kann eine hohe System- und Politikzufriedenheit ausdrücken oder für eine erhebliche Verdrossenheit und Systeminakzeptanz stehen. Dabei sah Lipset eine Demokratie vor allem dann bedroht, „wenn eine Krise oder eine autoritäre Bewegung plötzlich die normalerweise unbeteiligten gewohnheitsmäßigen Nichtwähler in die politische Arena zieht“ (S. 241).

Auch in Teil III (S. 315-367), der sich dem amerikanischen Parteiensystem und der Rolle der amerikanischen Intellektuellen zuwendet, ist *Soziologie der Demokratie* ein lehrreiches Buch, das ob seiner Zerklüftung freilich zuweilen irritiert, sich aber zu einem komplexen Gesamtbild ausformt. Der detailreiche Streifzug durch die politischen Systeme und das politische Verhalten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgt der Kernfrage nach dem richtigen Gleichgewicht zwischen Konflikt und Konsens zur

Stabilisierung der Demokratie. Seymour Martin Lipsets fundamentale Antwort lautet: Das richtige Gleichgewicht ist das Gleichgewicht selbst, vorrangig herbeigeführt durch die „Mäßigung des Konflikts“, die größte Gefahr für eine Demokratie, „dass die Gruppenkonflikte, die zum Lebensinhalt der Demokratie gehören, sich eines Tages so vertiefen, dass sie die Gesellschaft zu vernichten drohen“ (S. 77). In Zeiten einer sich massiv ausdifferenzierenden Gesellschaft und sinkender parteipolitischer Integrationsfähigkeit (vor allem in den unteren Schichten), ist es dieses Theorem, das es zu beachten gilt.

Literatur aus der „Szene“:

Eine neue Bibel „autonomer“ Rebellion?

Von Patrick Moreau

Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand, Hamburg 2010 (*Edition Nautilus*), 124 S.

Manche Bücher sind interessant wegen des Kontexts, innerhalb dessen sie entstanden sind und gelesen wurden; andere sind dies, weil sie uns zum Nachdenken bringen. *Multitude* von Antonio Negri und Michael Hardt ist ein gutes Beispiel für die zweite Kategorie.¹ *Der kommende Aufstand* dagegen gehört zur ersten Gruppe. Es handelt sich dabei um ein 2006 verfasstes und 2007 unter dem Titel *L'insurrection qui vient*² erschienenes Buch. Es entstand unter dem Eindruck des Aufstandes in den französischen Vorstädten im Jahr 2005. Wochenlang hatten sich damals junge Immigranten und junge Franzosen mit Migrationshintergrund heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Die Konfrontation eines Teils der griechischen Jugend mit der Staatsmacht im Jahr 2008 weckte die Hoffnung auf einen neuen revolutionären Elan in Europa. Den Theoretikern der extremen Linken, die sich auf der Suche nach einem neuen Revolutionssubjekt befand, erschien für einen Moment ein neuer Mai 1968 möglich.

Das Buch ist jedoch stark von der französischen Politik geprägt. Der PCF, einst eine mächtige Wähler- und Mitgliederpartei, befindet sich in einer Phase des schnellen Niedergangs, die sein politisches Gewicht empfindlich reduziert hat (Präsidentschaftswahlen 2007: 1,9 Prozent der abgegebenen Stimmen). Wenngleich die Partei auf lokaler Ebene noch über einige Hochburgen verfügt, ist sie doch nur noch ein Schatten ihrer selbst.³ Ihr Substanzverlust hat das Erstarken trotzkistischer Organisationen (z. B. Lutte ouvrière – LO⁴, Ligue communiste révolutionnaire – LCR⁵) begünstigt. Deren Wahlergebnisse sind beeindruckend (LO: Präsidentschaftswahl 2007, Kandidatin: Arlette Laguiller 1,3 Prozent, 486.495 Stimmen; LCR: Präsidentschaftswahl 2007, Kandidat: Olivier Besancenot 4,1 Prozent, 1.498.581 Stimmen). Diese Organisationen verfügen über ausgezeichnete Kontakte zu den Gewerkschaften. Sie vertreten das leninistische Avantgardeprinzip und funktionieren nach den Regeln des demokratischen Zentralismus.

1 Antonio Negri/Michael Hardt, *Multitude: Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt a. M. 2004.

2 Comité invisible, *L'insurrection qui vient*, Paris 2007, unter: www.lafabrique.fr/spip/IMG/pdf_Insurrection.pdf. [30. August 2010].

3 Vgl. Bernard Pudal, *Un monde défait, les communistes français de 1956 à nos jours*, Paris 2009.

4 Es handelt sich dabei um den Namen der Wochenzeitung der Union communiste, der größten Organisation der trotzkistischen Internationale Union communiste internationaliste.

5 Sie löste sich 2009 selbst auf und trat dem neu gegründeten Nouveau Parti anticapitaliste (NPA) bei.

Ein solch rigider Rahmen passt kaum zu den Erwartungen der heutigen antikapitalistischen Jugend. Vielmehr sammelt sich diese in Frankreich in anarchistischen (libertäre Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten⁶) und „autonomen“ Bewegungen. Die militanten Anarchisten wollen die Auseinandersetzung mit der Polizei. Sie sind auf der Suche nach einem ideologischen Angebot – „eine permanente programmatische Neugründung“ –, das große Gruppen von Systemgegnern mobilisieren kann, die sich nicht mit einem leninistischen Modell identifizieren wollen.

Eine ähnliche Suche war der Revolte von 1968 vorausgegangen. Sie hatte ihren Ausdruck in der Situationistischen Internationale (S.I.)⁷ gefunden, deren theoretisches Erbe in Frankreich von Bedeutung ist. Das Buch *Der kommende Aufstand* nimmt Elemente dieser Strömungen auf. Der Essay hätte in der Öffentlichkeit wohl kaum Beachtung gefunden, wäre nicht Julien Coupat mit neun weiteren Personen am 11. November 2008 von der Anti-Terror-Polizei im Zusammenhang mit der Sabotage von TGV-Strecken am 8. November 2008 verhaftet worden. Die französische Innenministerin Michèle Alliot-Marie bezichtigte die Festgenommenen der Mitgliedschaft in einer Splittergruppe der „anarcho-autonomen Bewegung“. Am 15. November 2008 wurde Coupat wegen „Führung einer terroristischen Struktur“, Bildung einer „kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit terroristischen Aktivitäten“ und „gemeinschaftlicher Sachbeschädigung in Tateinheit mit terroristischen Aktivitäten“ angeklagt.

Der Bericht der Unterabteilung Terrorismusbekämpfung der Generaldirektion der Kriminalpolizei (sous-direction antiterroriste de la direction centrale de la police judiciaire) an den Staatsanwalt von Paris könnte darauf hindeuten, dass die „Gruppe Coupat“ von der revolutionären Praxis auf ein in dem Buch faktisch beschriebenes Modell umgestellt hat, was die Verhafteten allerdings bestreiten: „Ich habe die Ehre, Ihnen über die Untersuchungen zu berichten, die [...] zur Identifikation und Zerschlagung einer klandestinen anarcho-autonomen Struktur führten, welche auf dem nationalen Territorium bestand und Operationen zur Destabilisierung des Staates durch Gewalttaten im Rahmen von Demonstrationen durchführte, die im Umfeld politischer Großereignisse stattfanden, ebenso wie Sabotageakte an der Verkehrsinfrastruktur. Die Gruppe, die sich um ihren charismatischen Führer und Ideologen, den benannten Julien Coupat konstituierte, besteht aus rund 20 Personen aus dem Großraum Paris, dem Limousin und der Gemeinde Rouen (Seine Maritime). Sie hängt einer philosophisch-insurrektionalistischen

6 Die anarchistischen Strömungen und Splittergruppen in Frankreich: Fédération anarchiste (FA), gegründet 1945, Mitglied der internationalen Fédérations anarchistes; Alternative libertaire (AL), gegründet 1991; No Pasaran, eine antifaschistische Vereinigung, gegründet 1992 und hervorgegangen aus SCALP (entstanden 1984); Coordination des groupes anarchistes (CGA), gegründet 2002; Organisation communiste libertaire (OCL), gegründet 1976; Union des anarchistes (UA), gegründet 1979; Coordination anarchiste (CA), gegründet 1995; Groupe libertaire Jules Durand (GLJD); Offensive libertaire et sociale (OLS), gegründet 2003; Place libre (PL), gegründet 2004.

7 Vgl. Laurent Chollet, *L'Insurrection situationniste*, Paris 2000; ders., *Les situationnistes, l'utopie incarnée*, Paris 2004.

Doktrin an, die nach der Feststellung, dass die aktuelle Gesellschaft ein ‚stinkender Kadaver‘ sei (wie sie in einem Pamphlet mit dem Titel ‚L’Insurrection‘ genannt wird, das vom Unsichtbaren Komitee unterzeichnet ist; dies ist der Name der Gruppe, die sich um Julien Coupat gebildet hat), beschlossen hat, die notwendigen Mittel anzuwenden, um sich ‚von diesem Kadaver zu befreien‘ und den Umsturz des Staates herbeizuführen. Als ausgewählte Ziele erschien in dieser Publikation [...] immer wieder alles, was man als eine Art ‚Fluss‘ definieren könnte, der das Überleben des Staates sowie der Konsumgesellschaft, die er schützt, ermöglicht. So werden in diesem Heftchen beharrlich das TGV-Schienennetz und die elektrischen Leitungen als neuralgische Punkte genannt, durch deren Sabotage die Aktivisten mit geringem Aufwand mehr oder weniger dauerhaft den Austausch von Gütern und Personen stoppen und so dem von ihnen bekämpften wirtschaftlichen System einen schweren Schlag versetzen können.“⁸

Die Festnahme führte in Frankreich zu einer solidarischen Mobilisierung und bewirkte den Verkauf von mehr als 40.000 Exemplaren des Buches. Dank der regelmäßigen Präsenz mit der autonomen Szene verbundener Deutscher interessierte sich die deutsche Presse für diese Angelegenheit. Überdies wurde der Text 2010 ins Deutsche übersetzt, erweitert um eine 2009 verfasste Klarstellung.⁹ Er wurde in Deutschland sehr häufig – nicht nur in szenenahen Organen – positiv rezensiert. Manche beschworen die Entstehung einer neuen revolutionären Bibel.

Aber das Buch enttäuscht, wenn man es in die Tradition der Texte stellt, die seit den 1970er Jahren in Italien (die rätekommunistische Szene und der insurrektionalistische Anarchismus), seit 25 Jahren in Deutschland (die Autonomen) oder in Lateinamerika (die Zapatistas) erschienen sind und sich mit der Schaffung einer breiten antikapitalistischen Front befassen, die in der Lage sein soll, die Polizei und die „repressiven Kräfte“ zu besiegen und die Räder der Wirtschaft und Kultur des „Empire“ zum Stillstand zu bringen.

Der erste Teil des Essays besteht aus sieben Abschnitten. Mit Bezug auf die neun Kreise der Hölle, die Dante Alighieri in seiner *Göttlichen Komödie* beschreibt, werden sie „Kreise“ genannt. Jeder Kreis untersucht ein Thema (Individuum, Liebe, Konsum, Kultur usw.) und behandelt die Höhepunkte der aktuellen „globalen“ Krise. Die radikale Kritik der westlichen Gesellschaft im Allgemeinen und der französischen im Besonderen gipfelt in der Gewissheit: „Alles wird knallen“. „Unter welchem Blickwinkel man sie auch betrachtet, die Gegenwart ist ausweglos. Das ist nicht die unwichtigste ihrer Eigenschaften“ (S. 5).

Jeder Kreis symbolisiert einen besonderen Aspekt unseres Lebens, das sich den Verfassern zufolge in einer Sackgasse befindet: der Irrweg des Individualismus, die Leere der sozialen Beziehungen, die urbane Krise, der politische Stillstand, die ökologischen

8 Rapport de la sous-direction antiterroriste de la direction centrale de la police judiciaire au procureur de Paris, unter: <http://www.mediapart.fr/files/PV-TGV.pdf> [12. April 2011], S. 1.

9 Der Text wurde auch ins Englische und Spanische übersetzt.

Bedrohungen usw. Ausgangspunkt und Zentrum der Reflexion ist der Aufruhr vom November 2005. Er ist für die Autoren der unwiderlegbare Beweis für das Nahen des Aufstandes: „Der Brand vom November 2005 wirft noch immer seinen Schatten auf jedes Bewusstsein. Diese ersten Freudenfeuer sind die Taufe eines Jahrzehnts voller Versprechungen“ (S. 6). Die Verfasser deuten diesen neuen „Bruch“ als Beginn eines Aufstandes, der von einer Bevölkerung getragen wird, die mehrheitlich den Kapitalismus trotz des Einsatzes polizeilicher Unterdrückungsmittel durch den Staat ablehnt. Scheinbar gibt es nichts wirklich Neues!

Der Stil ist hochakademisch und erfordert eine gewisse philosophisch-politische Bildung. Im Einzelnen findet man eine sehr systematische Kritik des Zustandes der Welt. Sie ist inspiriert (kopiert?) von anderen Werken, zum Beispiel Negris. Der Rechtsstaat wird angegriffen und die Unfähigkeit des repräsentativen Systems unterstrichen. „Der Kreis der politischen Vertretung schließt sich. Von Links bis Rechts ist es dasselbe Nichts, das Champion-Posen einnimmt oder Unschuldsmienen aufsetzt, sind es die gleichen Gondelköpfe, die ihre Reden gemäß den neuesten Funden der Werbeabteilung austauschen“ (S. 5). Die Konsumgesellschaft hat das Individuum desorientiert und es seiner Identität beraubt. Es jagt Bedürfnissen nach, die man ihm suggeriert hat, und lebt in völliger Unkenntnis dessen, was wirklich zählt. Die Städte sind eine riesige entmenslichte Zone. „Die Metropole ist dieser gleichzeitige Tod von Stadt und Land“ (S. 37). Dort regelt die Polizei – tatsächlich handelt es sich dabei um alle Organe der Unterdrückung und Manipulation – jegliche Form des sozialen Lebens. Das Leben in der Gesellschaft ist ein vernetztes Leben, technologisiert bis zum Exzess, ohne Leben, „wo man nichts teilt als Codes“ (S. 21). Die Arbeit, vom Kapitalismus als letztes Bollwerk gegen die Krise präsentiert, ist eine Falle: „Man verabscheut die Chefs, aber man will um jeden Preis angestellt sein. Arbeit zu haben ist eine Ehre und Arbeiten ein Beweis für Unterwürfigkeit. Kurz: das perfekte Krankheitsbild der Hysterie“ (S. 25). Die Ökonomie und das Wachstum um jeden Preis sind Blendwerk: „Dreißig Jahre Massenarbeitslosigkeit, Krise, Wachstum auf Halbmast, und immer noch wollen sie, dass wir an die Ökonomie glauben [...]. Mit der Zeit haben wir das verstanden: Es ist nicht die Ökonomie, die in der Krise ist, die Ökonomie *ist* die Krise; es ist nicht die Arbeit, die fehlt, es ist die Arbeit, die überflüssig ist“ (S. 45). Die Umweltkatastrophe, die Folge des Wütens des wilden Kapitalismus, wird künftig eine Errungenschaft in einer neuen Phase der kapitalistischen Ausbeutung sein: „Die morbide Erregtheit, die nunmehr bei jedem neuen Beweis der Klimaerwärmung die Journalisten und Werbeleute belebt, enthüllt das stählerne Lächeln des neuen grünen Kapitalismus“ (S. 55).

Der Befund von 72 Seiten bündelt sich in einem Punkt: Die Notwendigkeit eines Aufstandes, der mit allem bricht, was zuvor existierte. Womit hat dieser Aufstand Ähnlichkeit, und wie organisiert er sich? Die Antwort lautet: „Es ist nicht die Rede davon, das Territorium zu besetzen, sondern es zu sein“ (S. 98). Den Autoren zufolge muss alles völlig neu aufgebaut werden. „All die Anwendlungen, Politik anders zu machen, haben bis heute immer nur zur unbegrenzten Erweiterung der staatlichen Pseudopodien beigetragen“ (S. 74). Sofortiges Handeln ist notwendig. Nur ein einziges Mittel steht

jedem zur Verfügung: Die Ablehnung all dessen, was unsere derzeitigen Gesellschaften und ihre Eliten beherrscht. Abzulehnen sind entfremdende Arbeit, jedes Bemühen um sozialen Erfolg. Vervielfacht werden müssen dagegen alle möglichen Angriffe auf die Sicherheitskräfte und die Symbole oder Säulen der Macht. Jede andere Form des Widerstandes, die sich aus den früheren Formen der Vergangenheit entwickelt hat (z. B. die alten leninistischen Parteien), gilt als veraltet. Alles, was ein „Milieu“ konstituieren könnte mit seinen bereits bestehenden und intellektuell koerzitiven Denkweisen, muss ausgemerzt werden: „Alle Milieus sind konterrevolutionär, weil ihre einzige Beschäftigung darin besteht, ihren schlechten Komfort zu bewahren“ (S. 80). Die einzige Lösung? Eine oder viele Kommunen, organisiert in und durch einen Kommunismus, dessen Organisations- und Lebensformen nicht näher beschrieben werden: „Eine Kommune bildet sich jedes Mal, wenn einige – aus der individuellen Zwangsjacke Befreite – plötzlich anfangen, sich nur auf sich selbst zu verlassen und ihre Kraft an der Wirklichkeit zu messen“ (S. 80).

Es gibt zahlreiche Mittel in diesem Kampf: ziviler Ungehorsam, Gewalttaten, Zerstörung städtischer Einrichtungen, Sabotage, Brandstiftung, Diebstahl, Plünderung usw. Nur Mord erscheint nicht in dieser Liste. Aber man ahnt, dass dieses Mittel durchaus im Bereich des Möglichen und Gewollten sein könnte. Wenn der Aufstand losbricht, muss er intelligent entwickelt und so organisiert werden, dass er die Schwächen des Gegners nutzt: „Jedem Netz seine Schwachpunkte, seine Knoten, die man lösen muss, damit die Zirkulation stoppt, damit das Gewebe implodiert“ (S. 43). Jenseits der Revolte und ihres Triumphs gibt es keinerlei Angebote oder Modelle der künftigen Gesellschaft. Die Autoren fragen sich: „Was tun, wenn die Straße einmal erobert ist [...]? Wie können wir uns am Leben erhalten?“ (S. 124).

Ein überflüssiges Buch? Nicht ganz. Mehrere Feststellungen: Die Autoren sind von den Aufrührern des Jahres 2005 fasziniert und stilisieren sie zu postmodernen Robin Hoods. Diese Faszination hat die Zeit jedoch nicht überdauert. Die Bewegung hat sich aufgelöst, und die islamischen Fundamentalisten erobern immer größere Teile dieser Jugend in der Krise. Eine andere Revolution bahnt sich an, diejenige der Scharia. In Griechenland dominieren nicht mehr die Anarchisten die Straße, sondern die Griechische Kommunistische Partei (KKE), eine der traditionalistischsten in Europa.

Zum Abschluss kann man der Kritik von Catherine Dyja zustimmen. Sie ist Kommissarin bei der Armee und rezensierte im Auftrag des französischen Verteidigungsministeriums das Buch in der offiziellen *Revue Défense Nationale* (RDN): „Die beschriebene Lösung [im Buch *Der kommende Aufstand*] ist ebenso kritikwürdig wie die aktuelle Gesellschaft [...]. Die in dem Buch angedeuteten Lösungen nicht zu akzeptieren, ist die eine Sache. Aber man kommt nicht umhin festzustellen, wie sehr es das tiefe Unbehagen offenlegt, das in Frankreich vorherrscht. Die Franzosen durchleben zweifellos nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sondern vor allem eine moralische Krise. Man hat den Menschen vergessen und den Profit bevorzugen. Wir befinden uns auch in einer Sinnkrise. [...] Die Wiederbegründung des gesellschaftlichen und moralischen Vertrags erscheint umso notwendiger, als – nach dem Überschreiten eines Punktes ohne Rückkehr

– das Gefühl der Ungerechtigkeit so stark wird, dass keinerlei Art von Legitimation mehr gefunden werden kann.“¹⁰ Dies ist ein klarer Appell zur Stärkung unserer Demokratien durch Bekämpfung des politischen Extremismus, zugleich aber auch durch die Beseitigung der Ungleichgewichte, die ihre Bestandskraft schwächen.

10 Catherine Dyja, *L'insurrection qui vient*, in: *Revue Défense Nationale* 7/2009, zitiert nach: <http://ultra-humandignity.blogspot.com/2009/07/linsurrection-qui-vient-vu-par-la-revue.html> [30. April 2011].

Hauptbesprechungen:

Autokratie: die dunkle Seite der Macht und ihre Erforschung

Von Marianne Kneuer

Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), *Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 405 S.

Hat ein Sammelband mit dem Titel *Autoritarismus Reloaded* angesichts der arabischen Revolutionen, die wir seit Dezember 2010 beobachten dürfen, und angesichts der evidenten Widerlegung der lange bestehenden Annahme, die islamisch geprägte Welt sei demokratiereisistent, noch seine Berechtigung? Diese Frage kann man eindeutig mit „ja“ beantworten.

Der Ausgangspunkt des von Holger Albrecht und Rolf Frankenberger herausgegebenen Bandes bleibt weiterhin gültig, nämlich dass, wie sie in ihrer Einleitung schreiben, autoritäre politische Systeme ein bedeutsames Phänomen darstellen. Dies gilt zweifelsohne auch 35 Jahre nach Beginn der so genannten Dritten Welle der Demokratisierung, die – darüber herrscht weithin Konsens – ambivalente Ergebnisse hervorgebracht hat. Und das gilt ebenso für die arabischen Revolutionen 2010/2011.

Problematischer verhält es sich mit der Behauptung der Herausgeber, es könne nicht die Rede davon sein, dass die Idee der liberalen Demokratie sich als globales Erfolgsmodell in der politischen Praxis bestätigt habe. Dass Demokratie in der Praxis ein schwieriges Geschäft ist, birgt wenig Neues. Dennoch scheint es wichtig, Verschiedenes klar auseinanderhalten. Zum einen: Die Zahl der Demokratisierungen seit 1974/75 bzw. seit 1989 – und freilich auch die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten – belegen beredt die Anziehungskraft, die das Modell der liberalen Demokratie innehat. Und dies – so lässt sich prognostizieren – wird auch weiterhin so sein. Zum anderen bedarf es nicht eines Infragestellens des Erfolgsmodells Demokratie, um die Relevanz des Forschungsgegenstandes Autokratie zu unterstreichen, denn – auch dies lässt sich prognostizieren – autokratische Regime werden künftig ebenfalls weiterbestehen. Es bleibt somit Aufgabe, sich theoretisch-konzeptionell und empirisch-analytisch mit beiden Herrschaftsformen auseinanderzusetzen.

Es zeugt derweil von einem eigentümlichen Wissenschaftsverständnis, wenn Holger Albrecht und Rolf Frankenberger in ihrem Beitrag anmerken, dass „ein wichtiges wissenschaftliches Diskussionsforum innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft den Namen ‚Demokratieforschung‘ trägt (und nicht passender: Arbeitskreis ‚Regimeforschung‘), obwohl sich dessen Mitglieder oft mit politischen Systemen beschäftigen, die nicht Demokratien sind“ (S. 37). Abgesehen davon, dass sich die Mitglieder des erwähnten Arbeitskreises fundierte Gedanken darüber gemacht haben, war-

um sie ihr Forum so und nicht anders nennen,¹ stellt sich die Frage, wieso Demokratieforscher sich nicht auch mit anderen Themen – inklusive Autokratien – beschäftigen dürfen. Das wäre etwa so, als wenn man sich wundern müsse, dass ein Religionswissenschaftler sich auch mit Atheisten beschäftigt.

Das Buch bewegt sich in einer überwiegend aus den USA vorgegebenen Konjunktur der letzten Jahre, sich wieder verstärkt mit autoritären und autokratischen Systemen zu beschäftigen, nachdem der Fokus der amerikanischen *democratization studies* in den achtziger Jahren und folgende stark auf Systemwechsel und Demokratisierung gelegen hatte. Die deutsche Politikwissenschaft weist eine beachtliche Tradition in der Autokratieforschung (mit teils zeitgeschichtlichem Einschlag) auf und hat dieses Forschungsfeld nie aus den Augen verloren. Das belegt unter anderem der DVPW-Arbeitskreis „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“. Es ist selbst in einem Band über *Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung* – so der Untertitel – erstaunlich, dass diese klassischen Ansätze ausgeblendet werden. Es ist naheliegend und oft lohnenswert, zumindest den Boden zu begutachten, auf dem man bauen möchte und diesen auf Tauglichkeit und anschlussfähige Elemente zu überprüfen. Auf jeden Fall hätte der Blick in die ja noch nicht allzu weit zurückliegende Forschung unterstrichen, dass sich die großen Theoretiker oft beidem widmeten: den Demokratien wie den Autokratien sowie deren jeweiligem Entstehen und Funktionieren, deren Bestand, Zusammenbruch oder Erosion. Der Blick in die klassische Demokratie- und Autokratieforschung ist auch hilfreich, wenn es um die begrifflichen Abgrenzungen geht. So wird – zumal in den konzeptionellen Beiträgen – die notwendige und klare Definition von autoritär, autokratisch, totalitär etc. nicht vorgenommen. Zwar begegnet man der synonymen Verwendung von autoritär und autokratisch auch außerhalb dieses Bandes oft; gerade deswegen sollte auf klare Herleitung und Abgrenzung Wert gelegt werden.² Lediglich der Beitrag von Gert Pickel bringt hier Erhellung; das trifft übrigens auch auf die Unterscheidung zwischen Legitimität und Legitimation zu, die meist durcheinander gerät.

Freilich stellen sich alte Fragen neu wie etwa das konzeptionelle Problem der Abgrenzung und Typologisierung; angesichts neuer Fälle müssen empirische Erkenntnisse neu erarbeitet werden, und schließlich gilt es, Kategorien wie Stabilität und Legitimität autokratischer Systeme auf der Grundlage veränderter Rahmenbedingungen zu untersuchen und möglicherweise neu zu bewerten. In der Tat ließ sich in den letzten 20 Jahren beobachten, dass Demokratien und Autokratien die stabileren Herrschaftsformen sind, während die Grauzone eine höhere Dynamik an Demokratieverlusten oder -zugewinnen

1 Zur Entwicklung des Arbeitskreises siehe Marianne Kneuer, „Transformationsforschung, Systemwechselforschung, Demokratieforschung“, in: Irene Gerlach u. a. (Hrsg.), Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden 2010, S. 265-291. Zum Profil des Arbeitskreises siehe www.politikwissenschaft.uni-wuerzburg.de/lehrbereiche/vergleichende/ak_demokratieforschung_dvpw/profil/.

2 So bei Steffen Kailitz, Stand und Perspektiven der Autokratieforschung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 19 (2009), S. 437-488.

aufweist. Damit konzentriert sich das Interesse auf Fragen nach dem Mechanismen von Stabilitäts-erhaltung und den Strategien von Legitimation.

Der Band greift im ersten Teil theoretische und konzeptionelle Fragen auf; die anderen drei Teile bestehen aus empirischen Analysen, die dem Bereich „Staat und politische Institutionen“, „Gesellschaft, Kultur und Legitimation“ sowie „Stabilität und Wandel“ zugeordnet sind. Auffällig ist bei diesem Band die Stärke der empirischen Beiträge, denen mitunter mehr konzeptioneller Gehalt innewohnt als den theoretischen Annäherungen (Ausnahme: der anregende Beitrag von Daniel Lambach und Christian Göbel zur Responsivität autoritärer Systeme). So stellt der Vorschlag von Heike Holbig, bei der Untersuchung der Legitimität autoritärer Herrschaft die internationale Dimension miteinzubeziehen, einen wichtigen Schritt zur Erhellung eines bislang vernachlässigten Bereichs dar. Nicht erst seit der fortschreitenden Globalisierung, sondern auch in den Kalte-Kriegs-Autokratien spielten Aspekte wie Performanz, internationale Anerkennung und Identifikationsangebote eine Rolle. Holbig erweitert das Legitimationsmodell von David Beetham um die internationale Dimension und analysiert auf dieser Grundlage die Legitimationsstrategien Chinas.

Mehrere Beiträge legen ihren empirischen Untersuchungen den Ansatz des Neo-Patrimonialismus zu Grunde: Christian Timm vor dem Hintergrund der Bunten Revolutionen, Jörg Kemmerzell für Sub-Sahara Afrika. Timm weist darauf hin, dass legal-rational bestimmte Ordnungsprinzipien sowohl Demokratien wie Autokratien zugrunde liegen können; den Unterschied jedoch mache die neopatrimoniale Herrschaftslogik. Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung wäre demnach ein Ausbrechen aus dieser Herrschaftslogik. Ein zentrales Element von Neopatrimonialismus sind informelle Institutionen, deren Relevanz Peter Thiery für autoritäre Regressionen in Lateinamerika hervorhebt (ohne dem erwähnten Ansatz zu folgen). Geschwächte formale Institutionen, informelle Machtgruppen und eine Erosion der Staatlichkeit ergeben in ihrem Zusammenspiel – so der Autor – die größte Herausforderung für diese Demokratien.

Neben der Untersuchung hybrider und defekter Systeme sowie Regressionsphänomenen richtet sich der Blick auf stabile Autokratien und demokratieresistente Regionen. Die Beiträge zu Simbabwe (Beatrice Schlee) und Kuba (Franziska Stehnen) zeigen, dass sich diese Länder entgegen allen Erwartungen nicht destabilisiert haben. In Simbabwe waren auf Grund der massiven Krise seit Jahren soziale Unruhen oder gar Massenaufstände erwartet worden. In Kuba hatte man beim Abgang Castros mit einem Systemwechsel gerechnet. Inwieweit die These Schlees trägt, dass politische Apathie zu einem stabilisierenden Faktor werden kann, bedarf weiterer konzeptioneller Einbindung und empirischer Prüfung. Das führt zu einem alt-neuen Problem, das im Zusammenhang der arabischen Revolutionen wieder auftauchte: nämlich der Prognosefähigkeit der Politikwissenschaft. Betrachtet man den Band – und dabei richtet sich der Blick besonders auf die Beiträge zu Ägypten (Thomas Demmelhuber) und den arabischen Golfstaaten (Michael Schmidmayr) –, so erweist es sich als außerordentlich interessant, dass die größte Prognosekraft der Schlussfolgerung von Susanne Pickel und Toralf Stark inne-

wohnt, die die politischen Kulturen von Autokratien untersuchen. So stellen sie in ihrem Fazit fest – entgegen des Pessimismus, der in den letzten Jahren um sich gegriffen hat –, dass sich der Trend zur Demokratisierung zwar verlangsamt hat, aber ungebrochen ist. Das haben die Ereignisse in Nordafrika und dem Nahen Osten belegt.

Insgesamt ist der Gegenstand des Bandes *Autoritarismus Reloaded* ein weiterhin relevantes Phänomen. Es ist gut, dass der Blick aus verschiedenen Perspektiven auf Autokratien gelenkt wird. Ebenso wie die Vergleichende Diktaturforschung hat die deutsche Transformations- und Demokratieforschung gerade in den letzten Jahren u. a. mit Arbeiten zur Demokratiequalität oder zur demokratischen Regression³ produktive Impulse gegeben. Und aus der gegenseitigen Befruchtung lassen sich weiterführende Beiträge erwarten. Dieses Buch enthält dazu etliche Anregungen.

3 Siehe dazu Gero Erdmann/Marianne Kneuer (Hrsg.), *Decline of democracy*. Special Issue der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2011.

Nicht Original, nicht bloßes Sammelwerk

Von Ernst Nolte

Maurizio Bach/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung und Regime. Italien und Deutschland im Vergleich, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 419 S.

Was das Thema „Faschismus“ angeht, sind beide Autoren gut ausgewiesen: Maurizio Bach durch seine Studie von 1990 *Die charismatischen Führerdiktaturen*, Stefan Breuer durch eine ganze Reihe von Arbeiten, die zum Teil auch ausdrücklich komparatistisch sind (z. B. *Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich*). Das Buch ist von merkwürdig doppelseitiger Natur – nicht deshalb, weil es von zwei Verfassern stammt, sondern weil die von Bach geschriebenen Beiträge dem Buch über die charismatischen Diktaturen entnommen sind, wenn auch „aktualisiert und überarbeitet“, während der erste und intellektuell anspruchsvollste Beitrag „Das faschistische Minimum. Bausteine zu einem Idealtyp des Faschismus“ von Breuer zuerst 2008 in wesentlich kürzerer Gestalt in den *Max Weber Studies* erschienen ist. Das Buch ist mithin eine Sammlung von bereits veröffentlichten Studien wie die Publikation von einigen neueren Untersuchungen.

Das Ziel des Werkes ist gleichwohl sehr hoch gesteckt: nicht nur die Kategorien Max Webers für vergleichende Studien fruchtbar zu machen, sondern dadurch auch die Basis für einen faschistischen Idealtyp zu erarbeiten, der „im Unterschied zu den bisherigen Vorschlägen darauf setzt, Spannungsverhältnisse und Inkompatibilitäten sichtbar zu machen, ohne darüber das Moment bzw. die Momente der Einheit aus dem Auge zu verlieren“ (S. 15). Neben den Selbstverständlichkeiten, nämlich der Verwendung der Weberischen Kategorien der „charismatischen Herrschaft“ und der „Veralltäglichsung des Charisma“ erörtert der Beitrag über das faschistische Minimum außer diesem Begriff solche wie „Radikalfaschismus“, „singularisierende“ Interpretation, „Volkspartei“ usw. Ich muss mich darauf beschränken, im Hinblick auf das Buch als Ganzes die Abweichungen von dem üblichen Verständnis herauszustellen, etwa zum Begriff des „Charisma“ die folgenden: Das Kennzeichnende des „faschistischen Führercharisma“ sei dessen „artifizIELler Grundzug“, der also in der unablässigen Propaganda der Bewegungen begründet gewesen sei (etwa Hitler als eine Erfindung von Goebbels); im Anschluss an Arthur Schweitzer wird „emotional, faith and value charisma“ unterschieden (S. 67); auf S. 319 ist vom „Kampf des Amts- oder Erb- mit dem persönlichen Charisma“ die Rede.

Das schlechthin Unterscheidende im deutschen Nationalsozialismus ist, „dass Hitlers Charisma während seiner ganzen Herrschaftszeit ungebrochen blieb und die charismatisch legitimierte politische Machtergreifung sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel der verwaltungstechnischen Vollzugsapparate fortsetzte“ (S. 209). Damit ist die Frage von „Monokratie“ oder „Polykratie“ eindeutig entschieden: Das Regime Hitlers war

eine reine Monokratie, und von „Polykratie“ konnte nur in dem ganz sekundären Sinn die Rede sein, dass sich unterhalb der charismatischen oder auch „neoabsolutistischen“ Führergewalt ein System von miteinander „um die Gunst des Führers“ (S. 220) konkurrierenden Unterführern herausbildete, das zu mancherlei Streitigkeiten und Blockierungen führte, aber in keiner Weise mit der japanischen Polykratie von Heer und Marine vergleichbar war, oberhalb deren ein schwacher Kaiser die Resultate dieser Auseinandersetzungen lediglich bestätigte. Im italienischen Faschismus war dagegen das „Personalcharisma“ des Duce sozusagen im bürokratischen System seiner eigenen Regierung „gewissermaßen eingekapselt und in die Bahnen des Alltags gelenkt“ (S. 411).

Im Hinblick auf den Buchtitel könnte man den Unterschied zwischen dem deutschen und dem italienischen Faschismus auch folgendermaßen formulieren: Im deutschen Radikalfaschismus blieb der mit dem Charisma des Führers eng verknüpfte Bewegungskarakter im eigenen Regime ausgeprägter erhalten als im Regime des italienischen Normalfaschismus. Auch andere Abweichungen von den üblichen Interpretationen sind zu notieren: Der Faschismus lässt sich insgesamt nicht als „Klassen- oder Standespartei“ kennzeichnen. Der Auffassung von Jürgen W. Falter ist zuzustimmen, dass die NSDAP mehr als jede andere Partei der Weimarer Republik die Merkmale der „Volkspartei“ aufgewiesen habe (S. 44): Das völkische Moment im Nationalsozialismus ist nicht einfachhin als „reaktionär“ zu beschreiben; der Faschismus als solcher sollte nicht von vornherein und ausschließlich als „rechts“ verstanden werden (S. 58). In Deutschland wie in Italien hätten die Regime geraume Zeit über eine „enorme Popularität“ verfügt. Erst der NSDAP sei es gelungen, gegen Ende der zwanziger Jahre die unterschiedlichen Ausgangstendenzen von Verein, Bund und Partei „zu einem handlungsfähigen Gefüge zu integrieren“ (S. 203). Es könnte daher so aussehen, als sei der Faschismus vor allem in der deutschen Hauptvariante als eine durchaus verstehbare, ja verständliche Fortentwicklung des Weimarer Parteiensystems zu betrachten.

Aber die Begriffsbestimmungen, die solchen Abweichungen entgegenstehen, sind zahlreicher: Unter Berufung auf eine Denkschrift Hitlers von 1936, welche die Stoßrichtung gegen die kommunistische Sowjetunion sehr deutlich macht, wird ohne jede Differenzierung der „unbedingte Kriegswille“ des nationalsozialistischen Regimes hervorgehoben, und im Anschluss an Wolfgang Schieder firmiert der Faschismus als „Kriegsregime“ (S. 29); innenpolitisch werden die Erfolge des Regimes auf „Bestechung durch soziale Wohltaten“ zurückgeführt, die allerdings auch im Klientelsystem des „kaiserlichen Rom und im stalinistischen Russland“ eine politische Leitlinie gewesen sei. Die Nachteile durch Hitlers „bohemehafte“ Lebensführung werden stark hervorgehoben, und das Wort „Führer“ steht so gut wie immer in Anführungszeichen, obwohl für „Führergewalt“ oder „Duce“ nicht das Gleiche gilt.

Ein genuines Verdienst des Buches besteht in dem umfangreichen Anmerkungs- und in der Fülle von Literaturangaben, welche auch für den Kenner nützlich sind, der sich temporär oder für die Dauer aus der aktuellen Diskussion zurückgezogen hat. Und paradoxerweise muss gerade hier die Kritik beginnen. Gewiss gibt es keine Bibliographie, in der ein Spezialist nicht Lücken entdecken könnte. Aber gerade die frühe Litera-

tur zu einer neuartigen Thematik sollte besonders sorgfältig zur Kenntnis genommen werden, und wenn mir in der Fülle der Fußnoten nicht einiges entgangen ist, fällt mir sehr das Fehlen von Eugen Webers *Varieties of Fascism* (1964) auf, auch deshalb, weil das kleine Buch im Anhang wichtige Originaltexte anführt. Ebenso sehr ist das Fehlen einer Bezugnahme auf das ganz der Faschismusforschung gewidmete, mehr als 150 Seiten im Großformat umfassende Heft 3/2004 der Zeitschrift *Erwägen Wissen Ethik* (früher *Ethik und Sozialwissenschaften*) zu bedauern, an dem sich etwa 30 Forscher beteiligt haben, mit Roger Griffin an der Spitze.

Zwar geht es in der Hauptsache um die Legitimität oder Nichtlegitimität des (generischen) Begriffs Faschismus, und der Name Max Weber kommt in den Überschriften der einzelnen Beiträge nicht vor, aber das Buch von Bach und Breuer ist keineswegs ausschließlich eine Untersuchung zu Webers Begriff des „Charisma“, sondern es widmet sich in großen Teilen der Geschichte des Faschismus, innerhalb deren die Ausführungen zu den völkischen, rechten und „nationalbolschewistischen“ Tendenzen in der Weimarer Republik auch deshalb besonders hervorzuheben sind, weil sie für die Unterscheidung zwischen dem völkisch-bewegungsmäßigen Faschismus der Deutschen und dem staatszentralistischen Faschismus der Italiener gewichtige Argumente liefern.

Beklagenswert ist die fast vollständige Abwesenheit des „Feindes“, ohne den eine so feind-orientierte und gewalttätige Bewegung wie der Faschismus schlechterdings nicht darzustellen und zu begreifen ist. Nur am Rande wird eine frühe Äußerung Hitlers erwähnt, die den Willen unterstreicht, den „jüdisch-marxistischen Terror niederzubrechen“ (S. 26), und marginal bleiben ebenfalls Wendungen im italienischen Teil, besonders um 1920 hätten die meist studentischen Mitglieder im Faschismus „die einzige Gegenkraft gesehen, die sich der bolschewistischen Revolution entgegenstellte“ (S. 104). Die zahlreichen Halbpächter und Kleinbauern hätten sich in der Lombardei durch die sozialistischen Forderungen „in ihrer Existenz bedroht gesehen“ (S. 109). Daher hätten die Faschisten nach ihrer anfänglichen Orientierung am Staatenkrieg und dem in Europa exzeptionellen Entschluss zum Kriegseintritt des „Noch-Sozialisten“ Mussolini und des Dichters D’Annunzio nun gegen den „inneren Feind“ Krieg geführt. Deshalb kann die entscheidende Frage, ob die faschistische Gewalt originär oder im Kern Gegen-Gewalt etwa gegenüber dem Kommunismus oder „dem Schlimmsten, der proletarischen Insurrektion“ (S. 321) gewesen sei, nicht einmal gestellt werden. Denn ein anschauliches und den europäischen Zusammenhang berücksichtigendes Bild dieses Feindes wird nicht gezeichnet.

Dieser Mangel an Anschaulichkeit ist jedoch ebenfalls auf einer weniger zentralen Ebene zu konstatieren. Zur Frage der Mono- oder Polykratie hätte die Erörterung sehr verkürzt werden können, wenn eine Äußerung Görings angeführt worden wäre, von der der englische Botschafter Henderson in seinen 1940 publizierten Erinnerungen *Failure of a Mission* auf S. 297 berichtet: „Wenn eine Entscheidung getroffen werden muss, zählt keiner von uns mehr als die Steine, auf denen wir stehen. Der Führer allein entscheidet.“ Ebenso eindeutig ist ein Satz Görings: „Ein Wort des Führers, und jeder stürzt.“ Und lässt sich in der ganzen Weltgeschichte ein zweiter Vorgang wie derjenige

finden, dass ein vollständig besiegtter Staatschef und Ideologe in den letzten Wochen seines Lebens gegen den weit entfernten und in relativer Sicherheit befindlichen „zweiten Mann“ seines Regimes, der den sehr vernünftigen Vorschlag eines Gesprächsangebots an den weniger verhassten und hassenden zweiten Feind gemacht hatte, einen Verhaftungsbefehl erlässt, der widerspruchsflos befolgt und sogar von dem Betroffenen, nämlich Göring, anscheinend innerlich bejaht wird?

Das umfangreiche Buch von mehr als 400 Seiten hat weder ein eigenständiges Literaturverzeichnis noch ein Personenregister. So wenig sich die solide Kennerschaft der beiden Autoren in Frage stellen lässt, so wenig würden andere Historiker verlieren, wenn sie sich auf die Lektüre der an Zahl geringen oder an anderen Stellen leicht zugänglichen Originalfassungen beschränkten.

Ressentiments bilden keine Theorie

Von Uwe Ullrich

Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3: Begriffe, Theorien, Ideologien, Berlin/New York 2010 (*de Gruyter Saur*), 388 S.

Seit 2008 erscheint in Jahresfrist das lange überfällige, inzwischen auf sieben (neun Teil-)Bände konzipierte *Handbuch des Antisemitismus*. Das sozialwissenschaftlich orientierte Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, das sich nicht nur allein mit den Vorurteilen und Folgen des Antisemitismus beschäftigt, sondern auch Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in seine Forschungen einbezieht, übernahm im Namen des langjährigen, verdienstvollen Leiters des Instituts, Wolfgang Benz, die Herausgabe. Den Bänden *Länder und Regionen* und *Personen* folgte 2010 die theoretische Auseinandersetzung mit dem Gegenstand. Ein Mangel, welcher seit Veröffentlichung der ersten beiden Bände beklagt wurde, sollte nun endlich behoben werden. Aber der Begriff „Antisemitismus“ selbst erfährt keinen Eintrag, sondern die einzelnen Erscheinungen des Judenhasses sind unter verschiedenen Aspekten auf eine Fülle unterschiedlicher Stichworte verteilt: Antijudaismus, Antizionismus, islamisierter, völkischer, linker Antisemitismus. Ob diese Entscheidung, den allgemeingültigen Begriff Antisemitismus nicht im Detail zu determinieren, richtig und logisch war, muss in Zweifel gezogen werden. Denn er wurde, wird gegenwärtig und leider auch in Zukunft der Erläuterung, der Erklärung bedürfen. Sicherheit in der Nutzung und Verwendung ist schon allein deshalb notwendig, weil Antisemitismus ein häufig umgangssprachlich, journalistisch, publizistisch und wissenschaftlich benutztes Wort im vergangenen Jahrhundert war, dessen praktische Umsetzung im Holocaust endete und bis heute im latent, weltweit vorhandenen, antijüdischen Vorbehalt geblieben ist.

Um den Anspruch, ein Handbuch – Erklärungen zu liefern, Einschätzungen zu treffen und Tendenzen aufzuzeigen – im wahren Sinne zu verwirklichen, wäre ein chronologischer Abriss der Entwicklungsgeschichte antijüdischer Haltungen zu Beginn, gegebenenfalls als Einleitung des ersten Bandes, erforderlich gewesen. Er hätte den folgenden Ausführungen und Themen die notwendige Strukturierung, Orientierung im historischen Zeitraum, räumlicher Gliederung und seiner Wirkung innerhalb gesellschaftlicher Bedingungen und innenpolitische Bedeutung gegeben.

Unter dem Stichwort „Theorien des Antisemitismus“, – der logischerweise unter dem Titel und Inhalt „Theorien über den Antisemitismus“ hätte aufgeführt werden müssen, denn eine geschlossene Theorie des Antisemitismus existiert nicht, bestenfalls Ressentiments – wird mit einem konfusen historischen Einstieg um 1800 begonnen. Unter anderem formuliert Klaus Holz völlig aus dem Zusammenhang und Zeitbezug: „Vor allem aufgeklärte Juden verteidigten sich sowohl gegen die Forderung völliger Assim-

lation als auch gegen die – Germanomanie – (Ascher)“ (S. 316). Zu klären sind zwei Aussagen: Was bedeutet Germanomanie? Und: Wer ist Ascher?

Als publizistischer Begriff fand „Germanomanie“, der in seinem Hauptanliegen gegen die französische Besetzung gerichtet war und sich deutschnational gab, nach den napoleonischen Eroberungen deutscher Gebiete einige Verbreitung. Ein gleichnamiges Pamphlet (1815) verfasste der jüdische Berliner Buchhändler und Schriftsteller Saul Ascher (1767 bis 1822), der hier als Persönlichkeit und mit seiner Schrift überbewertet wird, das sich gegen nationale Tendenzen wandte. „Seiner Meinung nach weitete sich deren fanatische Ablehnung über das Französische hinaus jedoch auf alles Fremdartige aus, das von Deutschlands Boden entfernt werden müsse, womit die Ablehnung sich auch gegen Juden richtete“ (S. 108), konstatiert Autor Werner Bergmann unter „Germanomanie“. Diese Schrift sei „in die Geschichte des Antisemitismus eingegangen“ (S. 108). Weshalb, bleibt offen, weil in seinem Beitrag kein Hinweis weder auf den konkreten Inhalt der Flugschrift noch sie auslösende publizistische, politische oder sonstige Anlässe aufgeführt werden. Die zeitgenössischen Zusammenhänge sind erkennbar, wenn man auf die Hinweisliteratur blickt und die Angaben kombiniert. Zum Beispiel sind dort die von Peter Hacks herausgegebenen *Vier Flugschriften* (S. 109), die hier falsch zitiert sind, aufgeführt. Sie enthalten unter anderem das bereits 1808 von Friedrich Ludwig Jahn veröffentlichte *Deutsche(s) Volkstum*. Dessen Text war „zugleich eine Kampfansage an die ständisch-feudale Ordnung wie an die französische Besetzung“ (Bd. 2/1, S. 404), schreibt Werner Bergmann, Beiträger über den vielseitigen Jahn. Am Artikelende resümiert er, dass Jahn keinem ausgesprochenen Judenhass oder Frühantisemitismus anhing, wenngleich er auch kein „Freund der Juden“ (S. 406) war. Das pauschale Urteil ohne Inhalte im Beitrag über „Germanomanie“, der antisemitische Stoßrichtung unterstellt wird, widerspricht im Band *Personen* der Einschätzung eines der dort Genannten. Und das vom gleichen Beiträger. Der Literaturliste hätte gut getan, auch auf die Essays von Peter Hacks¹ hinzuweisen, welcher dort ein intellektuell hochstehendes deutsch- und gesellschaftskritisches historisches Romantik-Panorama entfaltet.

Die Beispiele nichtkompatibler fachlicher Aussagen, sachlich konkreter Zusammenhänge und historischer (Fehl-)Einschätzungen lassen sich fortsetzen. Unter dem Begriff „Verjudung“ (S. 332) schreibt dessen Autor Björn Weigel dem französischen Adligen Henri-Roger Gougenot des Mousseaux für sein 1869 erschienenes Buch *Der Jude, das Judentum und die Verjudung der christlichen Völker* einen weitreichenden Einfluss zu. Hinterfragen wir diese Aussage. Weder früh wirkende Antisemiten wie Houston Stewart Chamberlain, Ludwig Schemann oder Theodor Fritsch noch der 1936 im nationalsozialistischen Deutschland herausgegebene Bild-Text-Band von Theodor Pugel verweisen in ihren Schriften auf den Franzosen. Marginal wird Gougenot des Mousseaux erst

¹ Vgl. Peter Hacks, Ascher gegen Jahn, ein Freiheitskrieg, in: Die Maßgaben der Kunst. Gesammelte Aufsätze 1959-1994, Hamburg 1996, S. 785-903.

wieder von Leon Poliakov² in dessen Geschichte über den Antisemitismus erwähnt. Selbst in neueren Arbeiten über das nationale Verhältnis zwischen Katholizismus und Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Deutschland und Frankreich findet der engagierte Katholik keine³ oder nur am Rande Beachtung: „Seine Weltverschwörungsthe gegen Freimaurer und Juden, die den Triumph des Papsttums nicht ertragen, aber auch sein Antitaludismus bestimmten die Marschrichtung des wachsenden Antisemitismus und deuteten seinen Besitzwechsel vom Sozialismus zum Katholizismus an.“⁴

Was Björn Weigel in seinem Personenportrait über Gougenot des Mousseaux (Bd. 2/1, S. 302 f.) „vergisst“ (?) zu erwähnen, ist die Tatsache, dass seine Schrift ins Deutsche, wenn auch in gekürzter Fassung,⁵ übertragen wurde. Kein Geringerer als der spätere „Chefideologe des Dritten Reiches“, Alfred Rosenberg, übersetzte den Text zu Beginn seines Aufenthaltes in München.⁶ Allerdings hat sich Rosenberg in den autobiographischen Schriften nicht zu seiner Übersetzung bekannt, sein Biograph Ernst Piper erwähnt nur das Vorwort zum Buch im Anhang unter den Schriften von Alfred Rosenberg.⁷

Die bisherigen Teile des Handbuches folgen in ihrer Gestaltung einem Muster: der Aneinanderreihung von Namen, Daten und Fakten, ohne dass diese eine Wertung oder Kommentierung erfahren, geschweige denn in historische Zusammenhänge oder in ihrem sachlichen Verhältnis eingeordnet werden. Im Allgemeinen sind die Stichwortbeiträge oberflächlich, auch durch die Querverbindungen zu bereits erschienenen Bänden, inbegriffen Wiederholungen, und weisen in der inneren Geschlossenheit widersprüchliche Aussagen auf. Auffallend ist die deutschfeindliche Grundtendenz, welche wenig hilfreich ist, um antisemitische Vorbehalte zu erklären. Sie stellen, grob formuliert, nur eine Umkehrung der Aufgabenstellung dar. Aufzudecken waren die Spielarten antisemitischer Ressentiments. Im Umkehrschluss werden alle intellektuellen Äußerungen, die nicht unbedingt Feindschaft gegen das Judentum beinhalten, ohne Differenzierung gegen sie gewandt und mit dem nicht immer zutreffenden Stigma des (deutschen) Natio-

2 Vgl. Leon Poliakov, *Geschichte des Antisemitismus*, Bd. VII: Zwischen Assimilation und „jüdischer Weltverschwörung“, Frankfurt a. M. 1988, S. 48 ff.

3 Vgl. Pierre Sorlin, *Die französischen Katholiken und die Erfindung der „jüdischen Gefahr“*, in: Olaf Blaschke (Hrsg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich*, Zürich 2000.

4 Olaf Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997, S. 154. Vgl. auch Johannes Heil, *Antisemitismus, Kulturkampf und Konfession – Die antisemitischen „Kulturen“ Frankreichs und Deutschlands im Vergleich*, in: Blaschke (FN 3), S. 200.

5 „Bei der Übersetzung habe ich mir gestattet, einige unwichtige Wiederholungen, Ergänzungen, statistische, heute uninteressante Daten zu kürzen resp. auszulassen. Den Anschauungen des Verfassers ist dabei natürlich keine Gewalt angetan worden“, in: Gougenot des Mousseaux, *Der Jude, das Judentum und die Verjudung der christlichen Völker*, aus dem Französischen übersetzt und eingeleitet von Alfred Rosenberg, 2. Aufl., München 1921, S. 9.

6 Vgl. *Großdeutschland. Traum und Tragödie. Rosenbergs Kritik am Hitlerismus*, hrsg. von Heinrich Härtle, München 1969.

7 Vgl. Ernst Piper, *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München 2005, S. 768.

nalismus gekennzeichnet. Vaterlandsliebe heißt auch, sich über die Zustände der eigenen Gesellschaft Gedanken machen und nach Ursachen für Missstände zu suchen. Warum dafür in vielen Gesellschaftsordnungen, Staaten, vornehmlich auf dem europäischen Kontinent, oft die jüdische Gemeinschaft und ihr Glauben haftbar geworden sind, beantwortet dieses Handbuch nicht.

Herausgeber Wolfgang Benz, seine Mitarbeiter und Beiträger besetzen mit dem *Handbuch des Antisemitismus* einen überaus wichtigen Titel, der sowohl in der Wissenschaftswelt als auch für Multiplikatoren des öffentlichen Lebens und den historisch interessierten Laien von hohem Wertgehalt sind, aber nicht die anzulegenden Kriterien erfüllt. Wissenschaftlern, welche in Zukunft ein ähnliches Projekt zur Aufklärung über den Antisemitismus und seine Folgen auf den Weg bringen wollen, wird es deshalb vorbehalten bleiben, ein inhaltlich intellektuell durchdrungenes wissenschaftliches Werk zu schaffen.

Eine schwächelnde Demokratie erst ermöglicht den Rechtsextremismus

Von Stephan Hilsberg

Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach 2010 (*Wochenschau Verlag*), 538 S.

Rechtsextremismus muss nicht sein, er lässt sich wirksam bekämpfen und eindämmen. Das kostet Zeit und Mühe, es braucht engagierte Mitbürger, Partner und das Bewusstsein in den lokalen, politischen, wirtschaftlichen und auch kirchlichen Eliten mit gemeinsamen Werten der Demokratie, dem Nutzen und Wert unserer offenen Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist daher immer auch eine Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Demokratie selbst. Der Rechtsextremismus hat dort eine Chance, wo diese Grundlagen nicht verstanden wurden und nicht gelebt werden. Dennoch, in den langen Jahren, die ich als Bundestagsabgeordneter einen Wahlkreis¹ im südlichen Brandenburg zu pflegen, zu verteidigen und zu betreuen hatte, wäre ich sehr dankbar über dieses Buch gewesen. Denn sein Wert speist sich nicht durch die Wiederholung einer an für sich alten Erkenntnis, sondern durch fundierte, konkrete Analysen, durch Diskussion der rechtsextremen Strategien sowie möglicher demokratischer Gegenstrategien.

Wer sich vor Ort mit rechtsextremen Brückenköpfen, Haltungen, Aktionen, „national befreiten Zonen“, mit kleinlauten Bürgermeistern oder ignoranten Ordnungsamtsleitern konfrontiert sieht, für den ist dieses Buch in mehrfacher Hinsicht gewinnbringend: als Ratgeber, Nachschlagewerk und Analysewerkzeug zugleich. Sein Nachteil ist zugleich ein Vorteil. Es ist schwer zu lesen, kein Roman, keine Heilsgeschichte, sondern eine zum Teil langatmige, wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit eines jungen Teams von Soziologen, deren Begrifflichkeiten und deren soziologisches Denken sich manchmal so gar nicht dem Alltagsdenken eines politischen Akteurs vor Ort erschließen werden. Doch genau deshalb ist es seriös. Es werden eben keine unbelegten Thesen ausgesprochen, die Fragestellungen sind zum Teil sehr abstrakt, aber treffen den Kern der Auseinandersetzung mit rechtsradikalem Gedankengut. Und das Buch suggeriert nicht, dass das Kämpfen für Demokratie eine leichte Übung sei. Das Autorenkollektiv behandelt den Rechtsextremismus nicht wie manch eine spät- oder postmarxistische Analyse allgemein gesellschaftliche Probleme, wo immer die Schuldigen in Wirtschaft und Politik ausgemacht werden und zudem die Gesellschaft so dargestellt wird, als sei sie von außen oder oben beliebig lenkbar, wenn nur der richtige Wille vorhanden ist.

1 Es handelt sich um den heutigen Wahlkreis 65, Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz, den ich zwischen 1990 und 2009 innehatte und der immer wieder zum Angriffspunkt rechtsextremer Aktivitäten wurde.

Dabei werden in dem Buch durchaus Skandale dargestellt. Da ist der Ordnungsamtsleiter einer vorpommerschen Kleinstadt, der mit den Ideen einer rechtsextremen Sekte liebäugelt, oder das Gymnasium, das einen rechtsextremen Schüler zum Schulsprecher gemacht hat, obwohl der noch einige Jahre vorher mit Hitlergruß über den Schulhof marschiert ist und heute für die Sekundärtugenden unter den Mitschülern sorgt. Er, der seine alten Haltungen nicht abgelegt hat, verkörpert sie sogar auf subtile Weise weiter. Oder da gibt es eine Studie über die den Rechtsextremismus begünstigenden Hintergründe in einer anderen Kleinstadt, die die Gemeinde nicht diskutieren will, weil sie sich somit diesen Hintergründen stellen müsste.

Aber es gibt eben auch die erfreulichen Beispiele einer erfolgreichen Eindämmung der rechtsextremen Aktivitäten. Das gelingt eigentlich immer, wenn sich mindestens ein, zwei Leute finden, die das wirklich wollen. Da ist der Bürgermeister von Rheinsberg, der, anfänglich den Rechtsextremismus nicht ernst nehmend, dann durch einen Vorfall aufgeschreckt, Rheinsberg zu einem Modellfall des Kampfes gegen „rechts“ machte. Oder die Bürgermeisterin eines Ortes in Mecklenburg, die sich nie von den dortigen, übrigens aus dem Westen kommenden NPD-Aktivisten die Butter vom Brot nehmen ließ. Sehr lesenswert sind die Schilderungen der Bemühungen in einer Gemeinde im Elbsandsteingebirge, wo die NPD ihre Hochburgen etablieren konnte. Es ist eine einzige Frau, die sich gegen die NPD stemmt, und ihre Mitbürger und lokalen Eliten dazu bringt, mitzutun. Da sich das rechtsextreme Milieu hier bereits verfestigt hat, sind die Ergebnisse nur scheinbar geringwertiger, gemessen an der prekären Ausgangslage muss man hierfür viel Lob zollen. Die Beispiele werfen ein Licht auf Schwächesymptome unserer Demokratie, die nur von innen heraus zu überwinden sind. Demokratien brauchen Demokraten, das war schon immer so. Ostdeutschland ist da keine Ausnahme. So gesehen sind erfolgreiche Rechtsextreme ein Spiegel defizitärer Demokratie. Um den Rechtsextremismus zu bekämpfen, braucht man keine Seminare, man muss sich nicht in das Denken der Rechtsextremen einfühlen, wiewohl das nicht schaden kann. Eigentlich muss man nur die Demokratie selber leben. „Bunt statt Braun!“ heißen folgerichtig einige erfolgreiche Bürgerinitiativen, die ein überparteiliches Bündnis organisieren sowie Gegenmaßnahmen und Interventionen realisieren. Immer wieder ist auffällig, dass die Bürger selbst den Rechtsextremismus nicht wollen. Er ist ihnen zu gewalttätig, von gestern, unheimlich und unverständlich. Und die Rechtsextremen schaffen es auch nur ganz spärlich, ihre jeweiligen Parteien, insbesondere die NPD, mit neuen Mitgliedern zu vergrößern. Doch ihre Parolen gegen die Ausländer, gegen das System von Bonzen, das nur an sich selber denkt, treffen den Nerv manch eines zu kurz gekommenen.

Wer gegen Rechtsextremismus etwas machen will, hat auch eine unterentwickelte Gesellschaft, ein Klima von unterdrückter Angst und Feigheit gegen sich. Wer schon einmal versucht hat, einen ängstlichen Bürgermeister zu einer mutigen Tat zu animieren, weiß, welche Energien jene mobilisieren müssen, die „national befreite Zonen“ zurückdämmen wollen. Im Grunde braucht man die Mentalität eines Pfarrers dazu. Der sieht bekanntlich die Menschen als eine Herde von Schafen an, die sich zwar verirren können, aber niemals verloren gehen. Das ist nicht jedermanns Sache. Ins Politische übersetzt

braucht man eine gehörige Portion Mitmenschlichkeit dazu – ein Wert, den der europäische Verfassungsentwurf, aufgenommen in die Lissabonner Verträge immerhin als für die Demokratie grundlegend formuliert hat. Doch dann geht die Post ab: Zuerst mal muss man sich öffentlich dem Problem des Rechtsextremismus stellen, sagen was ist und dem rechtsextremen Milieu den Kampf ansagen. Dann muss man sich ihm entgegenstellen, am besten gemeinsam, mit vielen anderen, am besten dort, wo die Rechtsextremen sich am stärksten fühlen. Interventionen nennen die Autoren das. Sie meinen damit Bürgerfeste, Gegendemonstrationen, demokratische Bekenntnisse, die Schließung rechtsextremer Jugendtreffs usw. Demokratie braucht Gesichter, und sie muss im täglichen Umgang vorgelebt werden. Das heißt, Meinungen nicht nur zu haben, sondern auch zu sagen, eigene Wege zu gehen, sich zu lösen von den Autoritäten. Selber zu handeln, macht erfolgreich. Die Autoritäten kommen schon, wenn es durchschlagende Initiativen gegen „rechts“ gibt.

Man muss kein Politiker sein, um einen solchen Prozess anzustoßen. Und man darf sich dabei nicht überheben. Alleine ist das nicht zu schaffen. Aber mit einem oder zwei Partnern kann man schon sehr erfolgreich anfangen. Man muss Geduld haben, also einen langen Atem. Erfolge gibt es, doch ein verfestigtes rechtsextremes Milieu – wie in der sächsischen Schweiz – ist extrem hartleibig. Weil der Rechtsextremismus sich insbesondere in Ostdeutschland etabliert hat, haben sich die Autoren auch in erster Linie Ostdeutschland gewidmet. Doch zu Recht sind deren Fallbeispiele mit einigen westdeutschen und einem Schweizer Beispiel komplettiert worden. Ostdeutschland ist zum Teil Tummelplatz von westdeutschen rechtsextremen Aktivisten geworden, weil diese glauben, hier ein leichteres Spiel zu haben als in der bei allem Abstand doch gefestigteren Demokratie. Das gibt zu denken. Der Rechtsextremismus ist nicht eine unmittelbare Folge der DDR selbst, sondern die Schwäche der Demokratie als Spätfolge der totalitären Gesellschaft in der DDR ist es, die heute den Rechtsextremismus begünstigt.

Und dann ist da das Problem der linksradikalen Haltungen insbesondere in der Linkspartei auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Von dieser Partei, die mal SED hieß und selber eine Diktatur errichtet hatte, regieren heute einige in Ostdeutschland. Doch die Bündnisse gegen „rechts“ beziehen heute fast bedenkenlos Vertreter der PDS, der Linkspartei bzw. der Linken mit ein, als ob die nicht auch eine dunkle Vergangenheit hätte, wie die NPD auch. Damit setzen sich die Autoren nicht auseinander; manchmal schimmern im Buch die daraus entstehenden Probleme hervor. Linke Bürgermeister mit einem autoritärem Staatsverständnis vermögen kaum, die emanzipatorischen Potenziale in ihrer Gemeinde zu erkennen.

Der unverstandene Präsident bleibt unverstanden

Von Ulrike Esther Franke

George W. Bush, *Decision Points*, New York 2010 (*Crown*), 512 S.

Eine Autobiographie zu kritisieren ist eine delikate Aufgabe. Eindeutige Fehldarstellungen ausgenommen, kann der Leser es sich kaum anmaßen, der Präsentation zu widersprechen. Schließlich war er – im Gegensatz zum Autor – nicht dabei. Noch heikler wird die Sache, wenn es sich um die Autobiographie des ehemals mächtigsten Mannes der Welt handelt, welcher die internationale Politik der vergangenen Jahre polarisiert hat wie kein zweiter. George W. Bush, 43. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, war einer der umstrittensten demokratisch gewählten Staatsscheffe der vergangenen Jahrzehnte. Gegen Ende seiner Amtszeit betonte der Präsident, erst die Geschichtsschreibung in einigen Jahrzehnten könne ein Urteil über seine Präsidentschaft fällen. Vor dem Hintergrund der historisch niedrigen Zustimmungsraten für den Präsidenten bei Verlassen des Weißen Hauses ist dieser Wunsch verständlich.

Um die Geschichtsschreibung in die richtigen Bahnen zu lenken, legt George Bush nun seine Sicht der achtjährigen Amtszeit vor. Statt einer klassischen, chronologischen Autobiographie gibt Bush dem Leser einen Überblick über die seiner Meinung nach wichtigsten Entscheidungen seiner Präsidentschaft in Form einer Sammlung von 14 *Decision Points*. Diese Entscheidungen reichen von dem Entschluss, mit dem Trinken aufzuhören („Quitting“) bis zur Finanzkrise und schließen die Kriege in Afghanistan und dem Irak, sowie die Katastrophen des 11. September – „Day of Fire“ – und die verzögerte Reaktion auf Hurrikan Katrina mit ein. Doch Ereignisse sind in *Decision Points* sekundär, primär geht es um Bush den Menschen, den „Decider“, wie er sich zu Amtszeiten gerne titulierte.

Bushs Selbstdarstellung ist zwiespalten. Auf der einen Seite pflegt er das Bild des texanischen Cowboys, der schnelle Entscheidungen treffen kann und keine Scheu hat, zu sagen, was er denkt. Die Wirtschaft während der Finanzkrise bezeichnet Bush als „son of a bitch“ (S. 463), der Vorwurf, die USA hätten in Bezug auf den Irak unilateral gehandelt „pissed [him] off“ (S. 256), und seine Gesundheitsreform „is a helluva lot better deal“ (S. 285) als Reformversuche seiner Vorgänger. Auf der anderen Seite versucht Bush beinahe krampfhaft, der Kritik zu begegnen, er sei im Gegensatz zu seinen Vorgängern ein intellektuelles Leichtgewicht. 14 Lincoln-Biographien will er während seiner Zeit im Weißen Haus gelesen haben und mit 110 zu 95 Büchern in einem Jahr nur knapp gegen seinen politischen Berater Karl Rove einen Lesewettkampf verloren haben.

Diese Kombination aus Cowboy und Literat nimmt teils absurde Züge an. So betont Bush mehrfach, wie lange und intensiv er über seinen Entscheidungen gebrütet habe: „I’ve spent a great deal of time thinking about what went wrong in Iraq and why“

(S. 268); „For months I had solicited advice, listened to a variety of opinions, and considered the counterarguments“ (S. 252); „Sunday, September 16, was a day of reflection“ (S. 190). Über was genau Bush allerdings reflektiert, wird dem Leser jedoch weitestgehend vorenthalten. Die Verwendung von „Waterboarding“, eine Verhörmethode, die bei dem Befragten das Gefühl des Ertrinkens erzeugt, autorisiert Bush mit den Worten „Damn right!“ (S. 170) – und verschwendet, nachdem die (umstrittene) Legalität der Methode von seinen Anwälten bestätigt ist, keinen weiteren Gedanken daran.

Wer George W. Bush vor dem Lesen des Buches Unverständnis entgegenbrachte, ist ihm nach der Lektüre wenig zugetaner. Gerade Europäer dürften dem Pathos und der Tränenrührigkeit vieler Passagen wenig abgewinnen können. Denn bei Bush wird viel geweint: Der slowakische Präsident Schuster (vgl. S. 256), der saudische Prinz, heute König, Abdullah ibn Abd al-Aziz (vgl. S. 403), sowie George Bush Senior (vgl. S. 185) können ihre Emotionen in Anwesenheit George W. Bushs kaum zurückhalten.

Besonders auffällig ist die Abwesenheit der internationalen Gemeinschaft in Bushs Überlegungen. Der Präsident, der mit seiner Außenpolitik die Weltgemeinschaft polarisierte wie wenige amerikanische Staatschefs vor ihm, berücksichtigt die internationale Gemeinschaft in seinem Denkprozess nicht. Entscheidungen mit beachtlichen Auswirkungen auf das internationale Gleichgewicht werden aus nationalen Überlegungen getroffen und (anscheinend) ohne Verständnis für größere internationale Zusammenhänge. Aus seiner Abneigung gegenüber den Vereinten Nationen macht Bush keinen Hehl: „I considered the UN to be cumbersome, bureaucratic, and inefficient“ (S. 336). Die Europäische Union kommt als politischer Akteur nicht vor.

Die zwei deutschen Kanzler, die Bush während seiner Präsidentschaft kennenlernte, bewertet er höchst unterschiedlich. Gerhard Schröder konkurriert in *Decision Points* mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac um die Position des von Bush am wenigsten geschätzten Staatschef einer befreundeten Nation. Bush verzeiht dem deutschen Kanzler dessen Ablehnung des Irakkriegs nicht, insbesondere da Schröder laut Bush zuerst seine Unterstützung zugesichert haben soll, um schließlich aus wahltaktischen Gründen seine Meinung zu ändern (vgl. S. 233 f.). Auch Schröders Entscheidung, nach seinem Ausscheiden als Kanzler einen Posten bei einem Tochterunternehmen des russischen Energiekonzerns Gazprom anzunehmen, kritisiert Bush harsch (vgl. S. 433). Angela Merkel hingegen bezeichnet Bush als vertrauenswürdig, engagiert und warmherzig, „one of [his] closest friends on the world stage“ (S. 413). Während Schröder stets bei seinem Nachnamen oder Amtstitel genannt wird, ist Merkel „Angela“ – eine Ehre, die sonst auf internationaler Ebene nur Bushs besten Freund „Tony“ (Blair) zuteil wird (z. B. S. 140, 192, 230).

Für Bush ist internationale Politik generell eine Sympathieangelegenheit – „personal diplomacy“ (S. 234), wie er es nennt. Als bei einem Besuch Tony Blairs mit seiner Frau, die Ehepaare sich entscheiden, die Komödie „Meet the Parents“ zu sehen, ist dies für Bush ein Zeichen, dass „the Bushes and Blairs would get along“ (S. 230). Während Kenner der internationalen Beziehungen wissen, dass persönliche Beziehungen zwischen Regierungschefs stets eine wichtige Komponente der Politik sind, scheint „personal

diplomacy“ während Bushs Regierungszeit bedenkliche Ausmaße angenommen zu haben. An Bushs außenpolitischem Können lässt auch die Anekdote über den saudischen König Abdullah ibn Abd al-Aziz zweifeln. 2002 lädt Bush König Abdullah auf seine texanische Ranch ein. Die Begegnung der beiden Staatsoberhäupter wird durch die israelische Besetzung Ramallahs überschattet. Abdullah entscheidet, aus Verärgerung über die Haltung der USA verfrüht abzureisen. Dass dieser Eklat vermieden wird, ist nicht Präsident Bushs Verhandlungsgeschick zuzuschreiben – sondern einem Truthahn. König Abdullah sieht in dem zufälligen Auftauchen eines Truthahns, dem inoffiziellen Wappentier der USA, ein Zeichen Allahs und wertet dies als ein gutes Omen für die amerikanisch-saudischen Beziehungen (vgl. S. 403). Im Anschluss an diese Episode verbessert sich das Verhältnis der beiden Staatsefs merklich. Dass das Erscheinen eines Vogels solch einen Einfluss auf das Verhältnis des mächtigsten Mannes der Welt und des Herrschers über die weltweit größten Ölvorräte haben kann, erzeugt kein Vertrauen in die Diplomatie der Bush-Administration. Ebenfalls beunruhigend ist, wie oft Bush nach eigener Aussage von Ereignissen „überrumpelt“ wurde. Die Finanzkrise, der Folterskandal von Abu Ghraib, die nichtexistenten Massenvernichtungswaffen im Irak – all dies trifft den Präsidenten unvorbereitet. Fehler will Bush trotzdem wenige gemacht haben, und diese Fehler sind Bushs Meinung nach meist auf schlechte Kommunikation zurückzuführen, nicht auf schlechte Politik. So wird der fatale „Mission accomplished“-Auftritt im Mai 2003 beispielsweise als „Bühnentechnikfehler“ (S. 257) abgetan.

Während die Kapitel über Bushs Zeit im Weißen Haus wenig Neues enthalten, sind die ersten Kapitel empfehlenswert. Bushs Erzählungen aus seiner Jugendzeit zeichnen das Bild des jungen George W., der nicht weiß, was er mit seinem Leben anfangen soll und dem eine Karriere in den Schoß fällt. Für seine Bewerbung in Yale ist Bushs größte Aufgabe das Ausfüllen des Dokumentes, welches die Mitglieder seiner Familie nennt, die bereits Yale besucht haben (vgl. S. 13). Zu den Anfängen seiner politischen Karriere motivieren ihn andere. Möglicherweise ist diese relative Ambitionslosigkeit der Grund, warum George W. Bush auf sein Präsidentenamt seltsam unvorbereitet wirkt. Lediglich in den Kapiteln 4 „Stem cells“ und 11 „Lazarus Effect“ kann der Leser echte politische und moralische Überzeugungen erkennen und erhält einen seltenen Einblick in die Überlegungen des Präsidenten. Hier wird auch die wichtige Rolle, die Bushs christlicher Glauben für seine Entscheidungen spielte, deutlich. Über weite Strecken des Buches jedoch erscheint Bush wie ein ad-hoc Präsident, der auf den Rat seiner politischen Berater angewiesen war.

Eine Autobiographie zu kritisieren ist eine delikate Aufgabe. Festzuhalten bleibt: *Decision Points* ist zwar ein unterhaltsames Buch, bringt dem Leser jedoch den Präsidenten Bush wenig näher. Vielmehr erhält der Leser den Eindruck eines Mannes, der sich falsch verstanden fühlt und versucht, sein Bild geradezurücken, dabei aber doch nicht aus seiner Haut kann. Bushs Entscheidungen werden wenig klarer und neue Informationen erhält der Leser kaum. Seine Kritiker wird George W. Bush mit *Decision Points* nicht umstimmen können. Ob er das Ziel erreicht, die Geschichtsschreibung zu seinen Gunsten zu beeinflussen, ist fraglich.

Sperriges Nachschlagewerk

Von Rudolf van Hüllen

Stéphane Courtois (Hrsg.), Das Handbuch des Kommunismus. Geschichte – Ideen – Köpfe, München 2010 (*Pi-per*), 846 S.

Die Irritationen zu diesem schwergewichtigen Band beginnen mit dem Titel: Es handelt sich nicht um ein „Handbuch“, mit dem einschlägig interessierte Bastler „Wege zum Kommunismus“ ausloten könnten, sondern – so der korrekte französische Titel – um ein „Dictionnaire“, also ein Nachschlagewerk. Das wiederum muss sich der Leser selbst erschließen, denn es gibt weder eine Einleitung noch ein Vorwort; der Band beginnt einfach mit der Vorstellung der 22 Autoren, in der großen Mehrzahl französische Wissenschaftler. Man muss den folgenden Essay von Courtois „Der Kommunismus“ studieren, um zu erfahren, worum es in den 846 Seiten gehen wird – ein Verfahren, das man, wohlwollend formuliert, gewöhnungsbedürftig finden kann.

„Der Kommunismus“ meint also „ein historisches Phänomen“ (S. 31), von dem das 20. Jahrhundert in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht entscheidend geprägt worden sei. Dabei geht es Courtois darum, gleichermaßen der Vielgestaltigkeit wie der Einheitlichkeit des Phänomens gerecht zu werden. Diese liege in den ideologischen, organisatorischen und strategischen Parametern des Leninismus und umfasse eine spezifische Doktrin, eine Organisationsform und schließlich eine Strategie und Taktik. Neben einer Begriffsgeschichte zum „Kommunismus“ baut ein Kapitel „Kurze Geschichte des Kommunismus“ auf der Oktoberrevolution auf und gliedert den Weg der von Lenin inspirierten Systeme in verschiedene Epochen und historische Brüche (1917-22, 1928-41, 1945-49, 1956 und 1968-1991). Die historische Erforschung des Kommunismus müsse heute, so Courtois, nicht mehr dem Versuch gleichen, aus Bruchstücken ein komplettes Skelett zu rekonstruieren, da viele Ereignisse durch die Öffnung der Archive eindeutig belegbar seien. Demnach scheine der Zeitpunkt gekommen, mithilfe von Wissenschaftlern aus unterschiedlichsten Disziplinen einen Überblick anzubieten.

Die Autoren identifizieren mit „Kommunismus“ also die historische Ausprägung eines Diktaturmodells, dessen Geschichte sie als Verbrechensgeschichte deuten. Dieser normative Ansatz aus dem *Livre noir du Communisme* hat in Deutschland nicht nur Freunde. Bisweilen hält man selbst in der Wissenschaftslandschaft die Erforschung der kuscheligen DDR-Datschenkultur für wichtiger, und Parteien, die am Leninismus als Teil ihrer Traditionspflege festhalten und deren Vorsitzende über einen zweiten Anlauf zur Diktatur philosophieren, sind nicht automatisch geächtet. Deshalb enthält die deutsche Ausgabe des französischen Originals auch eine dem Ansatz der Herausgeber entsprechende kompakte Abhandlung „Kommunismus in Deutschland“ von Klaus Schroeder und Jochen Staadt (S. 92-149). Sie lässt an klaren Worten keine Wünsche offen und

umfasst – wenngleich recht kursorisch – auch das Phänomen des Linksextremismus in der alten Bundesrepublik sowie eine Einschätzung der nach 1989 mehrfach umbenannten SED. Damit wird der deutsche Fall gewissermaßen als Exkurs behandelt und die unvermeidbar häufige Bezugnahme der übrigen Autoren auf die französische Variante des Kommunismus ein wenig zurechtgerückt.

Ist die Linie also gegeben, so entscheiden bei einem derart ambitionierten Projekt dennoch die Kompromisse offenbar alles. Und die sind reichlich vorhanden: keine Verweise oder Fußnoten; der Leser kann die Fakten und Bewertungen teilen oder es lassen. Auf die Beschreibung wissenschaftlicher Kontroversen wird verzichtet, mit Ausnahme des Ribbentrop-Molotov-Paktes (S. 266-268), des Großen Terrors der 1930er Jahre (S. 352) und der Totalitarismus-Theorie (S. 744-751). Dabei sind einige Deutungen diskussionsbedürftig: Wenn man als „Kommunismus“ den Traditionsstrang des Leninismus definiert, sind dann die globalisierungskritischen Bewegungen des letzten Jahrzehnts „Neokommunismus“ (S. 589-592)? Und aus der Entscheidung, ein alphabetisch auf Themenfelder bezogenes Glossar von rund 650 Seiten zu konstruieren, ergeben sich zahlreiche unvermeidbare Doppelungen. Ansonsten enthält das von „Afghanistan“ bis „Zivilgesellschaft“ gegliederte Glossar teilweise umfassende Beiträge zu politischen Schlüsselbegriffen (z. B. Antifaschismus, Kommunistische Internationale, Geheimpolizei, Orthodoxie), regionalen Aspekten (z. B. Lateinamerika, Kuba, UdSSR), soziologischen Kategorien (z. B. kulturelles Leben, Industrialisierung, sozialistischer Alltag) und Personen (Breschnew, Castro, Chruschtschow, Deng, Dimitroff, Marx und Engels, Gorbatschow, Ho Tsch Minh, Kim Il-Sung, Lenin, Mao, Stalin, Tito, Trotzki, Zhou Enlai). Umfassende Sach- und Personenregister am Schluss des Buches ermöglichen allerdings einen nahezu unbegrenzten Zugriff auf die Sachverhalte. Schonungslos zertrümmert das Buch kommunistische Legenden, weist Zusammenhänge auf, die von den damaligen Akteuren und ihren heutigen Protagonisten lieber ausgeblendet werden. Äußerst erhellend sind die Darstellungen zur sakralen Dimension im Binnenleben der Parteien (z. B. in den Kapiteln über „Beitritt“ und „Führungsriege“) oder zum symbiotischen Verhältnis des Kommunismus zu Krieg und Gewalt (Stichworte „Krieg“ und „Bewaffneter Kampf“). Die gedrängte Darstellung bringt es mit sich, dass der schnelle Leser den Wert mancher Passagen nicht gleich erkennt. So enthält das Stichwort „Orthodoxie“ eine ungeheuer knappe und den Kern treffende Charakterisierung der kommunistischen Gesellschaftslehre: „Die Orthodoxie mit ihrem universellen Wahrheitsanspruch beinhaltet einen Komplex aus Denk- und Verhaltensweisen, politischen und gesellschaftlichen Praktiken und Ritualen, die für alle Mitglieder der kommunistischen Gesellschaft als verbindlich gelten, wobei die kommunistische Herrschaft danach strebt, deren Geltungsbereich auf die gesamte Gesellschaft auszuweiten. Für das individuelle und kollektive Leben werden dabei neue Normen festgesetzt, die es ermöglichen, die realen oder mutmaßlichen Gegner anhand einer Wertelehre zu beurteilen, die als Nachahmung der religiösen erscheint, auch wenn sie auf anderen Kriterien beruht“ (S. 603). Andererseits verleitet solche analytische Verdichtung manchen der Autoren dazu, Darstellung und Bewertung ineinander fließen zu lassen. Bei der Deskription gibt es Lücken: Das

anspruchsvoll geschlossene ideologische System des Marxismus-Leninismus wird nicht im Zusammenhang erfasst. Dialektik und Historischer Materialismus beispielsweise kommen weder als Stichworte im Glossar noch als Schlagworte im Register vor, auch wenn sich einiges von ihren Inhalten unter „Marxismus“ wiederfindet.

Der Gewinn, den der Leser aus dem Buch ziehen kann, wird leider auch getrübt durch weitere – handwerkliche – Unzulänglichkeiten. Sie erstrecken sich nicht nur auf Fehlleistungen bei der Übersetzung. So macht es keinen Sinn, Lenin aus dem Französischen ins Deutsche zu übersetzen, solange man auf die gesammelten Werke in deutscher Sprache zugreifen kann. Sonst werden aus jenen „Transmissionsriemen“, als welche Kommunisten die Gewerkschaften für ihre Politik missbrauchten, irreführend „Treibriemen“ (S. 337), aus Berufsrevolutionären „Agenten“ (S. 312) und aus Parteiaktivisten „Militante“ (was Gewalttäter impliziert, S. 153). Der „Weltbund der demokratischen Jugend“ (WBDJ) mutiert gar zur „Weltvereinigung der Demokratischen Jugend“ (WVDJ, S. 155). Noch befremdlicher ist es allerdings, wenn auf S. 200 Thorez und Togliatti verwechselt werden oder von einem „Triumph in Nordkorea 1975“ geschrieben wird, während offensichtlich der Fall von Saigon gemeint ist.

Neben den bei einem Nachschlagewerk unvermeidbaren Verallgemeinerungen und Verkürzungen gibt es im *Handbuch des Kommunismus* folglich Nachbesserungsbedarf, und zwar mehr davon, als man einem so teuren Band durchgehen lassen möchte. Das wäre dann eine Option für eine zweite, preiswertere Taschenbuchausgabe, welche in der politischen Bildung ihren Platz hätte.

Neues vom Rechtsextremismus?

Von Max Kaase

Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010 (*Friedrich-Ebert-Stiftung*), 176 S.

Frage: „Gibt es keine Grenze für die Meinungsfreiheit? Antwort: Wenn zu Gewalt aufgerufen wird. F: Ansonsten muss sie absolut sein? A: Ich bin nicht dafür, dass ungestraft Lügen über Menschen verbreitet werden dürfen. *Aber ich bin auch dafür, dass wir begreifen, dass Worte und Taten etwas fundamental anderes sind. Worte sind Worte, und Taten sind Taten* (Hervorhebung M. K.). Im Mittelalter wurden Menschen verbrannt, weil sie die Kirche kritisiert hatten. Damals wurden Worte wie Taten behandelt. Aber wir leben in einer offenen Gesellschaft, deren Grundlage es ist, dass alles gesagt werden kann und muss.“¹ In der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* waren am 30. September 2005 zwölf Mohammed-Karikaturen von Kurt Westergaard veröffentlicht worden, die zu massiven Gewaltreaktionen gegen dänische Einrichtungen in Teilen der muslimischen Welt bis hin zu immer noch aktuellen Morddrohungen gegen den verantwortlichen Kulturchef der Zeitung, Flemming Rose, und den Karikaturisten geführt haben.

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von der russischen Armee befreit. Aber erst nach Kriegsende wurde die Dimension der planvollen physischen Vernichtung von Juden und anderen Gruppen durch den Nationalsozialismus erkennbar und damit eine historische Schuld, mit der sich auch das zeitgenössische Deutschland immer wieder auseinandersetzen muss. Ein Aspekt dieser Auseinandersetzung ist die Demokratiefrage, also die Frage, inwieweit die politischen Institutionen, die intermediären Organisationen (darunter nicht zuletzt die politischen Parteien und die Massenmedien) und die Bürger in der Lage sind, Bedrohungen der deutschen Demokratie erfolgreich zu entgegnen. Dabei ist von besonderem Interesse, dass Deutschland und Italien zu den Ländern zählen, die sich im 20. Jahrhundert eben nicht erfolgreich gegen den totalitären Faschismus zur Wehr setzen konnten und es dabei an Unterstützung für die Demokratie in allen Teilen der Gesellschaft, wenn auch in unterschiedlichem Maße, fehlte. Diese Überlegung erklärt den auf den ersten Blick sonderbaren Titel der FES-Studie mit ihrem Bezug zur gesellschaftlichen Mitte.

Nach dem Ende des Krieges hat die englische, aber insbesondere die amerikanische Besatzungsmacht das demokratietheoretische Potenzial der repräsentativen Umfrageforschung hervorgehoben und auch die Gründung sozialwissenschaftlicher Umfrageinstitute aktiv unterstützt (so z. B. des Frankfurter DIVO-Instituts). Mit der Institutionalisierung der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik seit den fünfziger

1 Interview mit Flemming Rose, in: Der Tagesspiegel vom 23. Januar 2011.

Jahren waren im Prinzip die Voraussetzungen für die empirische Untersuchung auch von politischem Extremismus auf der individuellen (Mikro-)Ebene gegeben. Dennoch dauerte es bis in die Mitte der sechziger Jahre, bis sich die kommerzielle wie wissenschaftliche Sozialforschung dieses Themas annahm, nicht zuletzt veranlasst durch den unerwarteten, zum Teil gewaltsamen studentischen linken Protest und die völlig überraschenden Wahlerfolge in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts der NPD in einer Reihe von Landtagswahlen, aber auch bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent der Zweitstimmen.

Einige der sich der langsam etablierenden bundesrepublikanischen Demokratie verpflichtet fühlenden Sozialwissenschaftler, darunter Ralf Dahrendorf, M. Rainer Lepsius, Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann, nahmen die aufkommenden extremistischen Tendenzen zum Anlass, sich dieser Thematik theoretisch und empirisch zu nähern, darunter insbesondere Scheuch, der sich als Kölner Lehrstuhlinhaber und Direktor des kurz vorher von Günter Schmölders gegründeten Zentralarchivs für empirische Sozialforschung zusammen mit seinen Mitarbeitern Thomas Herz, Hans-Dieter Klingemann und Franz-Urban Pappi um die Erklärung der Wahlerfolge der NPD bemühte. Der Rekurs auf in diesem Zusammenhang entstandene Arbeiten, die immerhin schon rund vierzig Jahre zurückliegen, mag manchen Leser im Jahre 2011 überraschen. Er erfolgt jedoch deswegen, weil vor allem ein Aufsatz von Scheuch und Klingemann 1967² einen als dynamische Mehrebenentheorie formulierten Zugang zur Erklärung des politischen Extremismus in modernen demokratischen Gesellschaften als pathologische Erscheinung eröffnet hat, bis heute jedoch in der einschlägigen Forschung nicht angemessen rezipiert und vor allem nicht implementiert worden ist.³ Gleiches gilt für ein Buch von Hans-Dieter Klingemann und Franz-Urban Pappi⁴ und die sich unter anderem an deren theoretisches Konzept einer zweidimensionalen Auffaltung des politischen Raums nach Zielen und Mitteln anlehrende Infratest-Extremismusstudie⁵ zum politischen Protest in der Bundesrepublik.

Nicht zuletzt die Anfang 2011 aufgeflammt Debatte über Wege zum Kommunismus (Gesine Löttsch) hat erneut daran erinnert, dass historisch gesehen die Gefährdung der liberalen pluralistischen Demokratie von beiden Extremen des politischen Spektrums ausgehen kann, von links wie von rechts. Wie ertragreich diese breite Perspektive sein

- 2 Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12 (1967), S. 11-19.
- 3 Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt der Beitrag von Kai Arzheimer und Jürgen W. Falter in der Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Dieter Klingemann dar: Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens, in: Dieter Fuchs u. a. (Hrsg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden 2002, S. 85-107.
- 4 Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München 1972.
- 5 Infratest Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozialempirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart 1982.

kann, hat bereits eine frühe, nach Kenntnis des Verfassers dieser Rezension leider nie publizierte Untersuchung von MARPLAN aus dem Jahre 1968 auf der Grundlage einer Repräsentativbefragung von (nach heutigen Standards unglaublichen) fast 10.000 Befragten in den Altersgruppen zwischen 14 und 70 Jahren belegt.⁶ Die Verteilung der Befragten beruhte dabei einerseits auf der Orientierung an den seinerzeit dominanten Parteien CDU/CSU, FDP und SPD und andererseits auf dem Wunsch der Befragten nach der Verfügbarkeit einer Partei am Rande des linken und rechten Spektrums. Die Klassifikation war sicherlich nicht optimal, konnte aber damals noch nicht auf die inzwischen national wie international etablierte Selbsteinstufung auf einer 10-(gelegentlich auch 11)-Kategorien-Skala zurückgreifen, in der lediglich die beiden Endpunkte der Skala mit „links“ (1) und „rechts“ (10) verankert sind.

Nun kann man natürlich fragen, warum dieser Rekurs auf eine mehr als vierzig Jahre zurückliegende Untersuchung überhaupt im Zusammenhang mit einer 2010 veröffentlichten Rechtsextremismusuntersuchung erfolgt. Auf diese Frage gibt es zwei Antworten. Die interessanteste ist sicherlich, dass angesichts des übergreifenden Themas der möglichen Bedrohung der deutschen aktuellen Demokratie durch rechtsextremistische Einstellungen in Teilen der Bevölkerung die MARPLAN-Studie das bemerkenswerte Ergebnis hat, dass es neben einer zahlenmäßig, aber in den Orientierungen nicht homogenen Gruppe der Rechten auf der Linken eine Zweiteilung in eine traditionelle, der Herstellung sozialer Gerechtigkeit verpflichtete quasi-sozialdemokratischen Zielen zuneigende und eine Gruppierung gibt, welche die Autoren der Studie wegen ihrer hohen Gewaltneigung als linksfaschistisch bezeichnen. Dabei ist von besonderem Interesse, dass sich linke und rechte Extremisten nicht nur in ihrer Gewaltaffinität, sondern auch psychologisch in ihrer Ausstattung mit einem starken Über-Ich und einem schwachen Ich ähneln.

Die zweite Antwort bezieht sich unmittelbar auf die FES-Studie von 2010 und das dort abgelehnte allgemeine Extremismus-Konzept. In dieser Studie wird bezeichnenderweise argumentiert, dass eine Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus „von rechter Seite instrumentalisiert wird“, während doch in Wirklichkeit die Bedrohung der Demokratie lediglich vom rechten Rand in diffuser Abgrenzung zur Mitte ausgehe. In der FES-Studie erfolgt, da man offenkundig das analytische Potenzial der „klassischen“ Links-Rechts-Skala und ihre klassifikatorischen Möglichkeiten überhaupt nicht in Betracht zieht, keine quantifizierende Bestimmung der Größe und Merkmale der „Mitte“, obwohl u. a. unter Bezug auf Seymour Martin Lipset zurecht auf die Weimarer Republik verwiesen wird, die sich ja nicht zuletzt in Gestalt des protestantischen Bürgertums in der Spätphase der Weimarer Republik dem Nationalsozialismus zugewandt hatte. Insofern ist auch unter heutigem Blickwinkel die Frage durchaus von Interesse, ob es klare Trennungslinien zwischen der Mitte der Gesellschaft und ihren politischen Rändern gibt (zumal behauptet wird, die „Mitte“ befinde sich in der Krise

6 MARPLAN, Die Linken und die Rechten. Ergebnisse einer Untersuchung der politischen Flügelgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im April/Mai 1968, Frankfurt a. M. 1968.

– so bekanntlich der Titel des Buches). Diese Frage kann die FES-Studie auf der Grundlage ihres Forschungsansatzes nicht wirklich beantworten. An dieser Stelle soll nur angemerkt werden, dass z. B. auf der Grundlage der ALLBUS-Erhebungen von 1980 bis 2006 nur bis 1992 die Zahl der sich als „rechts“ einstufenden Bürger die Zahl der sich als „links“ einstufenden Bürger (Skalenwerte 9 und 10 bzw. Skalenwerte 1 und 2) übersteigt.⁷

Die FES-Studie diskutiert eine Reihe von theoretischen Konzepten im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, ohne daraus allerdings irgendeine Konsequenz in Bezug auf die systematische Modellierung und Implementierung eines Erklärungsansatzes zu ziehen. Besonders fällt auf, dass etwa das Dogmatismus-Konzept von Milton Rokeach⁸ in seiner deutschen Adaption durch Siegfried Schumann als ASKO-Skala (Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem)⁹ und das inzwischen in der internationalen Forschung etablierte bewährte und auch in Deutschland adaptierte Persönlichkeitskonzept der sog. Big Five mit den fünf Dimensionen Neurotizismus, Extraversion, Offenheit für Erfahrung, Gewissenhaftigkeit und Verträglichkeit¹⁰ nicht verwendet werden. Beide Konzepte sind auch deswegen von besonderem Interesse, weil sie in Frage-text und Erhebungsisems ausdrücklich auf einen politischen Bezug verzichten. Ferner ist es bemerkenswert, dass zwar auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen rechtsextremen Einstellungen und Verhalten, an der sich auch die Autoren der FES-Studie orientieren wollen, hingewiesen wird, die Analyse sich dann jedoch ausschließlich auf die Einstellungsdimension konzentriert.

Im Wesentlichen stützt sich die FES-Studie in Bezug auf ihr zentrales Konzept rechtsextremer Einstellung auf Frageformulierungen von Erhebungsisems, die von der Wissenschaftlergruppe um Jürgen W. Falter an der Universität Mainz im Laufe der Zeit entwickelt worden sind. Dabei handelt es sich um 18 Items, von denen jeweils drei die sechs zentralen Beschreibungsdimensionen von Rechtsextremismus erfassen sollen:

7 Das hat auch die in FN 4 zitierte Extremismusstudie gezeigt, deren seinerzeit politisch nicht gewünschtes Ergebnis (5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben“) Anlass für die SINUS-Studie im Auftrag des Kanzleramts war. Vgl. SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbeck 1981. In diesem Zusammenhang ist ferner auf die qualitative Untersuchung von Petra Bauer-Kaase zu verweisen, welche die immer noch geltende Sinnhaftigkeit im Verständnis von links und rechts belegt. Siehe dazu Petra Bauer-Kaase, Politische Ideologie im Wandel? Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 207-243.

8 Vgl. Milton Rokeach, *The Open and the Closed Mind*, New York 1960.

9 Vgl. Siegfried Schumann, *Wahlverhalten und Persönlichkeit*, Opladen 1990. Siehe auch die darauf mit beruhenden Analysen von Arzheimer und Falter (FN 3) sowie Jürgen R. Winkler, *Persönlichkeit und Rechtsextremismus*, in: Siegfried Schumann (Hrsg.), *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden 2005, S. 221-241.

10 Vgl. Jeffery J. Mondak/Karen D. Halperin, *A Framework for the Study of Personality and Political Behaviour*, in: *British Journal of Political Science* 38 (2008), S. 335-362. Für die Anwendung von Big Five und ASKO in der Untersuchung von Rechtsextremismus siehe Winkler (FN 9), S. 233-239.

(1) Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, (2) Chauvinismus, (3) Ausländerfeindlichkeit, (4) Antisemitismus, (5) Sozialdarwinismus und (6) Verharmlosung Nationalsozialismus. Dabei stellt sich eine ganze Reihe von methodischen Fragen, die im Folgenden angesprochen werden, auf die aber im Rahmen einer Rezension nur knapp eingegangen werden kann:

Es ist bemerkenswert, dass im Rahmen des Interviews ganz oder teilweise ein Fragebogen zum Selbstausfüllen verwendet worden ist, den die Befragten am Ende des Interviews dem Interviewer, falls gewünscht, in einem geschlossenen Umschlag übergaben. Wenn das Buch das auch nicht expliziert, kann man wohl davon ausgehen, dass der Fragebogen zum Selbstausfüllen auch die Rechtsextremismusitems (und andere vergleichbare Items zur Kapitalismuskritik, zur Globalisierungskritik, zum Antiamerikanismus und zur Islamophobie) enthalten hat. Da alle Items (soweit man das dem Buch entnehmen kann) in jeweils dieselbe Richtung gepolt waren (z. B. „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden“), hätte nahegelegen, die Ergebnisse mit in der Forschung durchaus verfügbaren Instrumenten auf eine mögliche Zustimmungstendenz unabhängig vom Inhalt zu untersuchen. Das ist, soweit man der Schrift entnehmen kann, nicht geschehen und ein schwerer methodischer Fehler.

Gelegentlich ist die empirische Sozialforschung in der Gefahr – und das gilt besonders für so diffizile Themen wie den politischen Extremismus –, das Phänomen, das sie vorgibt zu untersuchen, durch entsprechende Fragen überhaupt erst zu erzeugen. Insofern wäre es – und das gilt nicht nur für die FES-Studie – regelmäßig angebracht, der quantifizierenden eine qualitative Studie zur Seite zu stellen, um sicherzustellen, dass die von den Forschern gewählten Fragen auch wirklich das messen, was sie vorgeben zu messen (Validität). Hier sind bei einer ganzen Reihe der erhobenen Items erhebliche Zweifel angebracht.

Die sechsdimensionale Auffaltung des rechtsextremen Einstellungsraums erscheint willkürlich, weil nicht empirisch unterfüttert. Es hätte z. B. einer Faktorenanalyse (unrotiert und rotiert) bedurft, um die Dimensionalität des vermuteten rechtsextremen Einstellungsraums zweifelsfrei zu bestimmen. Diese Notwendigkeit besteht umso mehr, weil im Analyseteil fast ausschließlich der Begriff „rechtsextreme Einstellung“ im Singular verwendet wird, also von einem konsistenten rechtsextremen Überzeugungssystem im Converseschen Sinne eines „belief system“ ausgegangen wird, welches im Übrigen von den Autoren auch nicht quantifiziert wird. Wie problematisch diese Annahme ist, zeigt eine vom Rezensenten durchgeführte Sekundäranalyse der Bundestagswahl-Nachwahlstudie 2005, in der vier der auch in der FES-Studie abgefragten und zwei zusätzliche Rechtsextremismus-Einstellungsitems erhoben worden waren und die in einer Faktorenanalyse eine einfaktorielle Lösung ergaben. Fasst man jeweils die zustimmenden und völlig zustimmenden Angaben eines Befragten zusammen und prüft – im Sinne eines vermuteten konsistenten rechten Einstellungssyndroms –, wie viele Befragte allen sechs oder zumindest fünf Rechtsitems zugestimmt haben, so ergibt sich ein Anteil von knapp fünf Prozent der Befragten, während mehr als 60 Prozent keinem oder einem der sechs Items zugestimmt haben. Entsprechend ist es höchst unwahrscheinlich,

dass sich bei einer entsprechenden Analyse der FES-Daten ein prinzipiell unterschiedliches Bild ergeben würde. Was das für das FES-Konzept einer demokratiebedrohenden rechtsextremen Einstellung bedeuten würde, liegt auf der Hand. Die vom Rezensenten durchgeführte Sekundäranalyse zeigt im Übrigen wegen des Vorhandenseins (FES) bzw. Fehlens einer Mittelkategorie (stimme teils zu, teils nicht zu), dass die These der FES-Autoren falsch ist, dass sich hinter der Wahl der Mittelkategorie überwiegend eine Zustimmung zu den rechtsextremen Items verbirgt.

Zusammenfassend ist einerseits der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür zu danken, dass sie sich seit 2002 in der empirischen Untersuchung des Rechtsextremismus auf der Einstellungsdimension mit repräsentativen Bevölkerungsumfragen engagiert. Zumindest die Untersuchung 2010 (über die früheren Untersuchungen vermag der Rezensent kein Urteil abzugeben) ist jedoch, wie gezeigt, theoretisch unzureichend unterfüttert, diffus und methodisch hoch problematisch. So fällt diese Studie mehr in die Kategorie einer politischen Kampfschrift als in die Kategorie einer sozialwissenschaftlich bedeutsamen und ernstzunehmenden Arbeit, welche die Forschungen zum politischen Extremismus in Deutschland in Zeiten eines sich beschleunigenden sozialen Wandels mit Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern weitergebracht hätte.

Neues Jahrbuch für direkte Demokratie – mit rechtswissenschaftlicher Schlagseite

Von Frank Decker

Lars P. Feld/Peter M. Huber/Otmar Jung/Christian Welzel/Fabian Wittreck (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie* 2009, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 362 S.

An Publikationsgelegenheiten zum Thema „Direkte Demokratie“ herrscht im deutschen Wissenschaftsraum kein Mangel. Auch im *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* wurde entsprechenden Beiträgen immer wieder Platz eingeräumt – gerade in den letzten Jahren.¹ Was fehlte, war ein spezifisches Periodikum, das die wissenschaftliche Beschäftigung mit direkter Demokratie „planvoll fördert“ – wie es die Herausgeber des jetzt aufgelegten *Jahrbuchs für direkte Demokratie* im Vorwort des ersten Bandes begründen. Das Jahrbuch ist interdisziplinär angelegt. Zwei Staatsrechtler (Fabian Wittreck, bei dem zugleich die Schriftleitung liegt, und Peter M. Huber, Innenminister in Thüringen und designierter Bundesverfassungsrichter), zwei Politikwissenschaftler (Christian Welzel und Otmar Jung) und ein Ökonom (Lars P. Feld, seit März 2011 einer der fünf „Wirtschaftsweisen“) teilen sich die Herausgeberschaft, wobei einer der beiden Politikwissenschaftler (Otmar Jung) zugleich für den zeitgeschichtlichen Aspekt des Themas verantwortlich zeichnet. Im ersten Band will sich der interdisziplinäre Zugang allerdings noch nicht so recht widerspiegeln. Einerseits zieren nicht weniger als elf Rechtswissenschaftler die Liste der 14 Autoren (zumindest bei den Abhandlungen sind die Disziplinen aber gleichmäßig vertreten). Andererseits zeichnet sich der von Horst Dreier und Fabian Wittreck verfasste programmatische Auftaktbeitrag „Repräsentative und direkte Demokratie“ durch die bekannte disziplinäre Selbstgenügsamkeit des öffentlichen Rechts aus, indem politikwissenschaftliche Beiträge zum Thema weitgehend ignoriert werden.

Das Jahrbuch ist in sechs Rubriken unterteilt. Nach dem Abhandlungsteil mit fünf Beiträgen folgt ein kurz gehaltener Dokumentationsteil mit Daten zu den Volksbegehren und Volksentscheiden auf Länderebene im Berichtszeitraum (2008 bis Mitte 2009) sowie ausgewählten Bürgerbegehren und -entscheiden. Der dritte Teil enthält fünf Länderberichte aus dem Ausland und zwei aus den deutschen Ländern. Im vierten Teil werden ausgewählte Gerichtsentscheidungen zur Direktdemokratie zitiert und kommentiert. Abgerundet wird das Jahrbuch durch einen Rezensionsteil und eine Liste der wichtigsten thematisch einschlägigen neuen Veröffentlichungen.

1 Vgl. u. a. Peter Graf Kielmansegg, Über direkte Demokratie – sechs Anmerkungen zu einer unbefriedigenden Debatte, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 18, Baden-Baden 2006, S. 57-80; Frank Decker, Das Volk als Gesetzgeber? Zur Diskussion um die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 72-97.

Wie die Herausgeber, die allesamt dem Kuratorium des Interessenvereins „Mehr Demokratie“ angehören, zeichnen sich auch die Autoren des ersten Bandes nahezu sämtlich durch einen pro-plebiszitären Standpunkt aus, der sich nicht mehr mit dem Ob der direkten Demokratie beschäftigen möchte, sondern nur noch mit dem Wie. Diese Position hat im letzten Jahrzehnt insbesondere in der Staatsrechtslehre stark an Boden gewonnen, die heute insgesamt plebiszitfreundlicher auftritt als die Politologie (was sich in der Verfassungsrechtsprechung in den Ländern freilich erst allmählich niederschlägt). Dass die Herausgeber das Jahrbuch als Forum verstehen möchten, das Kritikern der direkten Demokratie offen steht, ist aus wissenschaftlicher Sicht zu begrüßen, auch wenn dieses Konzept im ersten Band nicht wirklich zum Tragen kommt. Es könnte aufgehen, wenn die Herausgeber für die kommenden Jahrgänge ganz gezielt „Pro und Kontra“-Beiträge zu bestimmten Aspekten des Themas einwerben.

Die in den Abhandlungen des Bandes angefassten Fragen und Probleme sind durchweg aufschlussreich. Der einleitende Beitrag von Dreier und Wittreck gibt einen souveränen Überblick über die Debatte; er versucht das verbreitete Missverständnis zu widerlegen, wonach repräsentative und direkte Demokratie im Gegensatz zueinander stehen. Ganz zu überzeugen vermag die Argumentation der Autoren allerdings nicht, weil sie zum einen das Ebenenproblem mehr oder weniger umschiffen (als seien die direktdemokratischen Verfahren der Länder ohne weiteres auf den Bund übertragbar). Zum anderen blendet sie die Probleme aus, die sich aus der Funktion der Plebiszite als „Oppositionsersatz“ für den Wettbewerbsmechanismus der parlamentarischen Regierungssysteme ergeben könnten. Der Verweis auf Bayern taugt hier nicht, weil sich dieser Fall ja gerade durch das Nicht-Funktionieren des parlamentarischen Wettbewerbs auszeichnet (aufgrund der Dominanz der CSU).

Otmar Jung adressiert in seinem Beitrag ein zentrales Ausgestaltungproblem der direkten Demokratie in Deutschland, nämlich die Frage, ob es beim abschließenden Volksentscheid eine Mindestbeteiligung geben sollte. Beteiligungs- oder Zustimmungsquoten führen dazu, dass es für die Gegner einer Vorlage in der Regel zielführender ist, ihre Anhänger zur Nicht-Beteiligung, sprich: „Boikott“ der Abstimmung aufzurufen als zur Teilnahme. Aus demokratietheoretischer Sicht erscheint es deshalb ratsam, auf Beteiligungsquoten zu verzichten, wie es in der Schweiz und den US-Bundesstaaten, aber auch in Bayern, Hessen und Sachsen der Fall ist.

Der Beitrag des Schweizer Ökonomen Gebhard Kirchgässner thematisiert das Spannungsverhältnis, das zwischen direkten Volks- und individuellen Freiheitsrechten bzw. zwischen der Verwirklichung des Demokratie- und des Rechts- bzw. Verfassungsstaatsprinzips besteht. Zugrunde gelegt werden dabei Beispiele aus dem Schweizer und US-amerikanischen Kontext (wobei der aktuelle Schweizer Fall der Minarettinitiative leider keine Berücksichtigung mehr erfahren hat). Entschärft werden kann das Problem durch eine überparteilich agierende Verfassungsgerichtsbarkeit, die in den USA nur in Grenzen, und in der Schweiz auf Bundesebene überhaupt nicht gegeben ist. Die Befürchtung, dass Verfassungsgerichte die Volksrechte zu stark einschränken könnten, hält Kirchgässner für unbegründet.

Äußerst nützlich ist der akribische Beitrag von Andreas von Arnould über die verfassungsrechtliche Entwicklung der direkten Demokratie im Stadtstaat Hamburg. Der Hamburger Fall ist insofern interessant, als das einstige Schlusslicht – die Hansestadt war das letzte Bundesland, das die Plebiszite 1996 in seine Verfassung eingefügt hatte – inzwischen zum Vorreiter in Sachen Direktdemokratie avanciert ist. Die restriktiven Anwendungsbedingungen der Volksgesetzgebung konnten hier nach zum Teil heftig geführten Auseinandersetzungen zuletzt auf zwei wesentlichen Feldern verbessert werden. Zum einen wurde ein differenziertes Quorum eingeführt, je nachdem, ob der Volksentscheid zeitgleich mit einer regulären Wahl stattfindet oder nicht. Zum anderen hat man für den Fall Vorsorge getroffen, dass die Bürgerschaft ein ihr unliebsames Volksgesetz wieder aufheben möchte; das Volk kann in einem solchen Fall über das Änderungsgesetz eine nochmalige Abstimmung verlangen.

Der Aufsatz des Historikers Frank Omland ruft ein weithin in Vergessenheit geratenes und deshalb wenig erforschtes Kapitel der nationalsozialistischen Diktatur in Erinnerung: die zwischen Herbst 1933 und Frühjahr 1938 durchgeführten Volksabstimmungen und Wahlen, deren Verlauf und Ergebnisse am Beispiel Schleswig-Holsteins dargestellt werden. Das Thema erscheint in einem *Jahrbuch für direkte Demokratie* zunächst fehl am Platze, bietet aber gleichwohl Aufschlüsse über die Funktionen von Plebisziten in einer „Zustimmungsdiktatur“. Anders als später in der DDR zeichneten sich die unfreien Abstimmungen zumindest in der Frühphase des NS-Regimes durch eine beachtliche Zahl von Nein-Stimmen aus. Deren Anteil lag in Schleswig-Holstein bei allen Abstimmungen über dem Reichsdurchschnitt, was insofern erstaunt, als das nördlichste Bundesland bis 1933 eine der Hochburgen des Nationalsozialisten gewesen war.

So überzeugend die Auswahl und der Inhalt der Abhandlungen ausfallen, so Verbesserungsbedürftig erscheint der in den übrigen Rubriken des Bandes versammelte „Serviceteil“. Hier hätte man sich zum einen eine ausführlichere Auflistung der Begehren und Abstimmungen, zum anderen eine stärker international-vergleichende Herangehensweise gewünscht. Dass die Bibliographie ausschließlich deutsche Titel enthält, ist ebenso wenig nachvollziehbar wie die Beschränkung des Dokumentationsteils auf ausgewählte Verfahren in den deutschen Ländern und Kommunen. Der „nationale bias“ der Staatsrechtslehre macht sich nachteilig bemerkbar.

Wenn das Jahrbuch in Zukunft eine unentbehrliche Quelle für Forschungen zur Direktdemokratie werden soll, sei den Herausgebern deshalb erstens eine Verbesserung und Aufstockung des Serviceteils empfohlen. Die Verfügbarkeit von Datenmaterial stellt dank der Arbeit von „Mehr Demokratie“ und der Marburger Forschungsstelle für direkte Demokratie kein Problem dar; auch Datenbanken aus dem Ausland wie die des Zentrums für Demokratie Aarau (Schweiz) könnten leicht angezapft werden. Zweitens müsste der interdisziplinäre Anspruch besser umgesetzt und die juristisch-normative Schlagseite des Jahrbuchs zugunsten empirisch-analytischer, politikwissenschaftlicher Ansätze zurückgedrängt werden. Was das erste angeht, könnte das *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, was das zweite betrifft, die *Zeitschrift für Parlamentsfragen* ein geeignetes Vorbild sein. Ein guter Auftakt ist den Herausgebern mit dem neuen Jahrbuch gelungen; ob mehr daraus wird?

Zum Verhältnis von Demokratisierung und Friedenserzwingung

Von Erhard Forndran

Sonja Grimm, *Erzwungene Demokratie. Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht*, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 420 S.

Die von Sonja Grimm vorgelegte Studie ist eine typische Dissertation mit dieser Gattung wissenschaftlicher Arbeiten üblichen Schwächen und Stärken. Zu den Mängeln gehört die ausgeprägte Neigung der Autorin, bei der Bearbeitung der Materialfülle weit-schweifig zu werden und unnötige Längen und Wiederholungen von Argumenten dem Leser zuzumuten. Die Stärken der Arbeit werden schon bei der Lektüre der Einleitung deutlich. Sie erfüllt – wenn man zunächst formale Gesichtspunkte als Beurteilungskriterien heranzieht – die wesentlichen Forderungen, die an eine derartige wissenschaftliche Publikation zu stellen sind. Die zentrale Fragestellung stellt Grimm zunächst in den Mittelpunkt der Darstellung: „Unter welchen Umständen können externe Akteure nach einer militärischen Intervention eine Demokratisierung extern induzieren?“, oder zuge-spitzt: „Lässt sich Demokratie erzwingen?“ (S. 24). Weitere differenzierende Fragestel-lungen sollen dem Leser den Weg zum Thema erleichtern. Diese Erweiterung der Sicht auf das Thema betrifft die Bedeutung der Legalität, der Legitimität und der Effektivität von Konzepten bzw. Handlungsaufforderungen an eine Politik, die das Ziel der Demo-kratisierung fremder politischer Systeme verfolgt. Grimm behauptet in diesem Zusam-menhang, dass dieser Fragenkomplex bisher unzureichend behandelt worden ist. Ihre zentrale These soll diese Forschungslücke schließen: „Die politische Neuordnung nach einer militärischen Intervention impliziert die externe Demokratisierung der Nach-kriegsgesellschaft“ (S. 31).

Nach einer gelungenen Hinführung zum Thema beschäftigt sich die Studie – noch in der Einleitung – mit einigen Bedingungen und Hindernissen für ein demokratisches Engagement, das auf die Entwicklung von Demokratie von außen ausgerichtet ist. Der Leser erfährt zunächst etwas über die Bedeutung des Völkerrechts mit seinem Gewalt-verbot bzw. Nichtinterventionsgebot. In diesem Zusammenhang behauptet die Autorin, dass Trends zu beobachten sind, die mit dem Ende des Kalten Krieges das Gewicht die-ses Gewaltverbotes deutlich reduziert haben. Es folgen Ausführungen zu den ungünsti-gen Ausgangsbedingungen für die Demokratisierung von Nachkriegsgesellschaften und die damit verknüpften Schwierigkeiten von Demokratisierungsversuchen. Besonders deutlich werden diese Herausforderungen, weil Entscheidungen unter hohem Zeitdruck und gleichzeitig auf verschiedenen Politikfeldern umgesetzt werden müssen, da die Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik – wenn sie im Sinne der De-mokratisierung erfolgreich sein soll – sich gegenseitig in ihren Entwicklungsschüben beeinflussen.

Der Hauptteil der Studie beginnt mit der Entfaltung der theoretischen Grundlagen zur darauf folgenden Beurteilung der Wirksamkeit einer Politik, die mit dem Anspruch mehr oder weniger erfolgreicher externer Demokratisierung auftritt. Diese theoretische Basis besteht allerdings nicht aus einem in sich schlüssigen und geschlossenen, wenigstens mehrheitlich anerkannten Konzept zur Erklärung der untersuchten Phänomene, sondern beruht auf unterschiedlichen Erfahrungen und vereinzelt Aspekten theoretischer Vorüberlegungen. Die Vorstellung der als theoretische Grundlagen gedachten Argumente erfolgt zunächst durch die Fortführung der Überlegungen zu den Begriffen bzw. Konzepten der militärischen und politischen Intervention sowie der politischen Neuordnung. Voraussetzung für die Möglichkeit, einen Vorgang unter die hier gewählte Fragestellung zu subsumieren, ist aus der Sicht von Grimm die Existenz der folgenden Faktoren: Eine von außen – als dritter Akteur – kommende Partei muss sich um Einfluss als Handlungsbeteiligter bemühen; Drohung mit Gewaltoptionen und tatsächliche Gewaltanwendung müssen auf die Politik in gravierender Form einwirken und ein fehlender Konsens in der Regierung – bzw. innerhalb der entscheidenden politischen Eliten – im Zielland muss dem externen Akteur Spielräume einräumen und ihm die Möglichkeit geben, die Aufgabe oder wenigstens Beschränkung der Souveränität des betroffenen Staates durchzusetzen. Die empirischen Fakten militärischer Interventionen mit dem Ziel der externen Demokratisierung nach 1945 erlauben eine weitere Differenzierung in fünf Realtypen: der Selbstverteidigung, des Angriffskrieges, der Friedensmission, der humanitären Intervention und schließlich der demokratischen Intervention. Letztere beabsichtigt die Unterstützung einer frei gewählten und durch Putschisten bedrohten Regierung oder eines Regimewechsels zum Zwecke der Demokratisierung eines autokratischen politischen Systems.

Die Darstellung der Herausforderungen und Dilemmata einer Politik der externen Demokratisierung schildert Grimm, indem sie sich im Wesentlichen auf Sekundärliteratur stützt. Auch das Kapitel über Erfolg und Scheitern einer solchen Politik beruht auf einer Auswertung der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur. Ziel dieses Abschnittes ist die Begründung der These, die besagt, dass die Dilemmata sich nur zum Teil und nur mit großem Aufwand konstruktiv bearbeiten lassen. Dies gilt für den gesamten Zeitraum von 1945 bis 2008, wobei die Beispiele aus der Zeit nach 1990 besonders intensiv besprochen werden: Neuordnung nach humanitärer Intervention im Fall von Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo sowie Neuordnung nach demokratischer Intervention im Fall Afghanistan und dem Irak. Diese Gründlichkeit der Analyse findet der Leser auch bei den Passagen über die externe Demokratisierung Westdeutschlands im Zeitraum von 1945 bis 1949, die sich ebenfalls intensiv mit der Sekundärliteratur auseinandersetzen, ohne dass freilich dabei wesentliche Erkenntnisse sichtbar werden. Das Ergebnis dieser Überlegungen spricht zwar einerseits dafür, dass externe Demokratisierung unter geeigneten Bedingungen erfolgreich sein kann, dass es sich andererseits aber nicht um eine Blaupause für ein solches Politikkonzept handelt.

Die Schlussfolgerungen, die Grimm aus dem vorgestellten empirischen Material und aus einzelnen Elementen einer vielleicht möglichen Konzeption zur Erklärung der un-

tersuchten Beispiele – freilich ohne Anspruch auf eine fundierte Theorie – zieht, benennen zunächst nochmals die Ergebnisse der Studie, aber auch Hinweise auf die Grenzen einer Politik der externen, militärisch abgesicherten Demokratisierung. Diese Hinweise betonen zunächst die vielen nur schwer beeinflussbaren Hindernisse und Dilemmata – die ökonomischen Krisen, das durch Bürgerkriege zerstörte soziale Kapital, die gefährdete oder zerfallene Staatlichkeit, die gesellschaftlichen Gegensätze und das Fehlen rechtsstaatlicher Traditionen. Nur ein angemessener Umgang mit diesen Herausforderungen eröffnet die Chance, einen „stabilen Staat einschließlich demokratischer Verfahren und rechtsstaatlicher Schutzmaßnahmen aufzubauen“ (S. 325). Aus diesem zurückhaltenden und eher skeptischen Urteil entwickelt die Autorin in einer normativen Wendung vier Forderungen, deren Einhaltung die Möglichkeit eröffnet, dass Demokratie von außen erzwungen werden kann: Die externen Akteure sind in der Lage, demokratische Institutionen zu induzieren, selbst wenn sie nicht auf demokratiewillige lokale Eliten treffen. Sie werden in der Nachkriegsgesellschaft zu Akteuren der Transformation, sie akzeptieren den Legitimitäts- und Erfolgsdruck, weil sie wissen, dass nur glaubwürdige Intervention Zustimmung erreichen können. Und ihnen ist bewusst, dass auch eine massive internationale Präsenz politische Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht auf Dauer garantieren kann und dass sich nicht alle Dilemmata durch externe Akteure konstruktiv bearbeiten lassen.

Trotz nicht zu leugnender intensiver Bemühungen von Grimm, durch begriffliche Klarheit und Nutzung wenigstens einiger Elemente theoretischer Erklärungsansätze die vielen Aspekte ihrer zentralen Frage nach der Möglichkeit einer externen Demokratisierung einer Nachkriegsgesellschaft zu beantworten, scheitert sie daran. Verallgemeinerungsfähige Aussagen sind nur ansatzweise erkennbar, und das Ergebnis der Studie lässt vieles offen – oder wie die Autorin schreibt: „Die Analyse ergibt ein gemischtes Fazit“ (S. 337) und „Für den Erfolg externer Demokratisierung gibt es keine Garantie“ (S. 336). Damit lösen die Argumente der Studie nicht die Probleme der Schaffung einer Nachkriegsdemokratie, sondern schaffen neue Erklärungsprobleme. Die Gerechtigkeitskriterien betreffen einmal die innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Gestaltungsformen von Politik, zum anderen verpflichten diese Kriterien die internationale Staatengemeinschaft zu prüfen, ob der jeweilige konkrete Fall einer externen Demokratisierung auf einer günstigen – wenigstens aber auf einer ausreichenden – Strategie für die erfolgreiche Entwicklung der Nachkriegsgesellschaft beruht und die daraus folgenden Eingriffe legitimiert werden. Das Ergebnis der Studie – so interessant es im Einzelnen ist – verlangt geradezu ein weiterführendes Forschungsprojekt.

Diese Feststellungen in Bezug auf die Grenzen der Publikation sprechen allerdings nicht gegen sie und ihre Ergebnisse. Schon der Umfang des verarbeiteten Quellenmaterials legt eine gründliche Lektüre nahe. Diese Empfehlung schließt freilich eine ganze Reihe kritischer Nachfragen nicht aus. Die erste Frage betrifft den Aufbau der Studie. Warum wird die Demokratisierung Westdeutschlands nach dem zweiten Weltkrieg erst am Schluss der Arbeit behandelt? Wenn die Begründung für dieses Vorgehen in der These liegt, dass dieser Prozess nicht als Blaupause für externe Demokratisierung zu

verstehen ist, wäre die Frage naheliegend, ob man nicht ganz auf dieses Kapitel im Rahmen einer Arbeit verzichten könnte, die sich vor allem auf die Zeit nach 1990 konzentriert. Bei Kenntnis der Literatur wäre aber auch denkbar, die Demokratisierung Westdeutschlands als Vorbild zu nutzen. Interessant wäre zum Beispiel die Überprüfung der Forschungsergebnisse von James Rosenau und von Wolfram Hanrieder zur Theorie der Penetration. Ersterer gebraucht diesen Begriff zur Kennzeichnung der totalen Unterwerfung und Durchdringung des Besiegten, so dass für diesen jede Entwicklungsbefugnis beziehungsweise Entscheidungsfreiheit verloren geht. Hanrieder unterscheidet sich von dieser Sichtweise, indem er im Zusammenhang mit der Penetration eine zustimmende Einstellung des Besiegten verlangt. Konsequenterweise nutzt er den Begriff erst zur Beschreibung der Beziehungen Westdeutschlands zu den westlichen Siegermächten in den fünfziger Jahren. Der Hinweis auf diesen wissenschaftlichen Konflikt unterstreicht, dass es ein Gewinn sein kann, wenn man die Geschichte des Faches oder wenigstens des eigenen Themas kennt. Zumindest wäre die Frage erst noch zu klären, ob sich aus diesen Erfahrungen mit der Nachkriegszeit nach 1945 nicht doch interessante Erklärungsversuche ableiten lassen.

Die zweite Frage wendet sich an die Bedeutung der theoretischen Grenzen der Arbeit und die Auswahl der Fallbeispiele. Der Aufbau der Studie legt den Schluss nahe, dass Grimm von theoretischen Erkenntnissen ausgehend empirische Vorgänge zu begründen gedenkt. Im Ergebnis der Argumentation wird allerdings deutlich, dass eine Hypothese, die mehrere ähnliche Prozesse unter bestimmten Gesichtspunkten zusammenzufassen versucht, nicht bestätigt werden kann. Bleibt die Frage nach dem Erkenntniswert der umgekehrt angelegten Argumentation. Empirisch abgesicherte Einsichten können Theorien eventuell möglich machen, diese in ihrer Aussagekraft wenigstens absichern, erweitern oder begrenzen. Aber ein genauer Blickt zeigt, dass die Studie auch in dieser Richtung nur Ansätze liefern kann. Angesichts dieser Situation ist die Wirkung der Publikation davon abhängig, wie die möglichen Fallstudien nach ausreichend begründeten Kriterien ausgewählt werden, ohne dass die Auswahl schon die Ergebnisse bestimmt, und durch klare und eindeutige Begriffe gekennzeichnet sind.

Die dritte Frage ergibt sich fast zwangsläufig aus der Antwort auf die vorstehende Frage. Es geht um das Demokratisierungsverständnis von Grimm. Für sie scheint die Vielgestaltigkeit der Demokratie eine sekundäre Rolle zu spielen. Die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen, der Schutz des Rechts durch den Staat und die Teilhabe des Bürgers an den politischen Entscheidungen durch das aktive und passive Wahlrecht sind für die Autorin die zentralen Merkmale der liberalen, bürgerlichen Demokratie. Eine Kenntnis der Theoriegeschichte würde freilich für eine weitergehende Differenzierung in der Argumentation sprechen. Sie würde das noch bis ins 20. Jahrhundert hinein bestehende Spannungsverhältnis zwischen dem Demokratiekonzept, das das Gleichheitsprinzip in den Mittelpunkt rückt, und dem Liberalismus, dem es primär um die individuellen Freiheiten und um ihren Schutz vor einem übermächtigen Staat geht, herausstellen und damit auch den Diskurs über die externe Demokratisierung nach erfolgreichem Einsatz militärischer Potenziale beeinflussen. Dieses Spannungsverhältnis, das einer-

seits als Motor der Entwicklung von Demokratien angesprochen werden kann, verdeutlicht zum anderen, dass das liberale Demokratieverständnis nicht alle Elemente von Demokratie integriert. Diese Aussage soll nicht auf eine Lücke in der Argumentation verweisen, sondern verdeutlichen, dass für ein und dasselbe Phänomen durchaus mehrere, im Laufe der Geschichte sich in ihrem Gewicht beziehungsweise in ihrem Verständnis eventuell veränderte Begriffe existieren.

Die vierte Frage sucht zunächst eine Antwort auf die Behauptung, der weite Begriff der Demokratie führe zu erheblich umfangreicheren Herausforderungen an eine Politik externer Demokratisierung. Anders formuliert: Gefragt wird nach den Ansprüchen, die der Bürger an die Demokratie stellt, beziehungsweise nach den Versprechungen, die die Demokratie macht. Die stärkere Berücksichtigung der Konzepte einer Gemeinschaft und einer Gleichheit der Bürger verlangt nicht notwendigerweise überbordende staatliche Institutionen, wohl aber eine soziale Homogenität, die in weitgehend akzeptierten Wertvorstellungen ruht. Das Herausstellen der Gemeinschaft bildenden Elemente in der Demokratie darf allerdings nicht so weit gehen, dass ein ordentlich funktionierender Staat als verzichtbar angesehen wird. Er ist in erheblichem Umfang mitverantwortlich für die Durchsetzung des Rechts und die Umverteilung von Gütern – allgemeiner formuliert: für die Schaffung der Möglichkeit für den Bürger, sein Leben selbst zu gestalten, geschützt in der Gemeinschaft. Dieser Output-orientierten Sichtweise steht eine Argumentation, die Input-Gesichtspunkte herausstellt, gegenüber. Gerade diese Liste verweist auf die besonderen Schwierigkeiten einer extern initiierten Demokratisierung. Weitgehend unstrittig ist die Feststellung, dass Demokratie die Heimat der Zivilgesellschaft ist, die den Pluralismus mit Konkurrenz, demokratischem Wettbewerb und Konflikt, aber auch mit der Anerkennung der Rechte des Anderen beziehungsweise anderer gesellschaftlicher Gruppen akzeptiert und bei aller Differenz zwischen den politisch handelnden Akteuren die normativen Grundlagen einer Demokratie sieht und verteidigt. Verlangt wird von diesen Akteuren, dass sie ihre Interessen und wertgebundenen Ziele in Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften artikulieren, organisieren und durchzusetzen versuchen, ohne die zentrale Gemeinsamkeit – die Anerkennung der Würde des Menschen und der Menschenrechte – zu gefährden. Partizipation, Gerechtigkeit, Fairness, Schutz des Schwächeren, aber auch Solidarität, Toleranz und Respekt vor der Ansicht anderer erzeugen nach Ansicht der meisten Theoretiker eine demokratische Gemeinschaft, die Rechte, die der Bürger genießt, und die Pflichten, die er hat, erst möglich macht.

Das Problem einer externen Demokratisierung nach einem Krieg liegt nun gerade darin, dass die Fähigkeiten der Bürger des besiegten Staates, der sich erst nach der Niederlage auf dem Weg zur Demokratie begibt, eine derartige Form der Organisation eines Staates und seiner Gesellschaft zu realisieren, höchstens in kleinen Ansätzen existieren. Wenn der Bürger in einer Demokratie auf Dauer nicht nur passiver Empfänger staatlicher Wohltaten sein soll, muss er sich einem intensiven Lernprozess unterwerfen. Der von außen intervenierende Akteur kann durch seine Eingriffe in die Transformationsprozesse des Besiegten und durch die Überzeugungskraft des vernünftigen Arguments

die Entstehung demokratischer Kompetenzen befördern. Diese These wird in der Studie von Grimm nicht ernsthaft genug diskutiert.

Die fünfte Frage dreht sich um die normativen Grundlagen des zur Disposition stehenden Politikkonzeptes. Muss mit der Gefahr eines Krieges als Form eines für Demokraten typischen, mit ihren Wertvorstellungen begründeten Gewaltausbruches gerechnet werden und wie grundsätzlich gilt das wertgebundene Ziel der Vereinten Nationen – die Sicherung des Weltfriedens und der Internationalen Sicherheit, die Souveränität der Staaten und das Interventionsverbot – als Grundlage für die ebenfalls wertgebundene Berechtigung, Demokratisierung mit militärischem Eingreifen zu erzwingen? Die Studie von Grimm sieht die Problematik auch und schlägt vor, das Konzept der Gerechtigkeit als ein zentrales Ziel der Demokratisierung stark zu machen. Dem soll nicht widersprochen werden. Gefragt werden muss aber, ob diese Forderung den Diskurs über die erzwungene Demokratisierung voranbringt. Die Kritik hätte zunächst einmal festzuhalten, dass die Literatur zur Gerechtigkeitslehre – vor allem die Publikationen von John Rawls und zuletzt von Martha Nussbaum – kaum herangezogen wird. Grundsätzlicher ist noch ein zweiter Einwand. Die Debatte begann mit dem politischen Ziel des Friedens. Dieser sollte im Anschluss an Immanuel Kant durch die Förderung des Schaffens von Republiken/Demokratien erreicht werden, da Demokratien untereinander keinen Krieg führen. Dieser argumentative Schritt führte fast zwangsläufig zur Frage, auf welchem Wege diese gewünschte Demokratisierung legitimiert werden könnte, und die Antwort lautete vielfach, der Weg werde durch das Prinzip der Gerechtigkeit begründet. Damit steht die Frage im Raum, ob Grimm, statt eine argumentative Lösung zu geben, das Begründungsproblem für die Legitimität von Gewalt zur Durchsetzung des demokratischen Prinzips erneut verschiebt.

Die kritischen Nachfragen an die Studie sollen deren Bedeutung nicht in Frage stellen. Publikationen, die Anlass zu tiefergehenden Fragen an die Argumentation geben, zählen zu denjenigen, die die Wissenschaft und die praktische Politik voranbringen können. Zu dieser Art von Studien zählt auch die Studie von Grimm, die daher dem an der behandelten Thematik Interessierten dringend zur Lektüre empfohlen wird.

Hitlers treuester Paladin

Von Bernd Jürgen Wendt

Peter Longerich, Goebbels. Biographie, München 2010 (*Siedler*), 910 S.

Eines hat Goebbels auch dank seiner zahlreichen Selbstzeugnisse wie seiner für die Nachwelt zugeschnittenen Tagebücher in seinem zwanghaften Narzissmus geschafft: Ungeachtet schwerer charakterlicher Defizite in die Geschichte einzugehen als genialer, allmächtiger und erfolgreicher Chef der Propaganda, wirkungsvoller Kontrolleur der öffentlichen Meinung und zuverlässiger Architekt der unauflöslichen Einheit von Volk und Führung in der „Volksgemeinschaft“. Ein Biograph muss also versuchen, durch ein Knäuel von meist selbst produzierten Legenden und Mythen, die sich um Persönlichkeit und Wirken von Goebbels ranken, auf den historischen Kern durchzustoßen. Peter Longerich, einem Kenner des Dritten Reiches, ist diese „Dekonstruktion des von Goebbels der Nachwelt hinterlassenen Selbstbildes des genialen Propagandalenkens“ (S. 15) und die Bestimmung seiner historischen Rolle mit Hilfe der Tagebücher und vieler anderer zeitgenössischer Zeugnisse dadurch überzeugend gelungen, dass er die politische und private Lebensgeschichte von Goebbels eng verzahnt mit einer Strukturgeschichte des NS-Staates und seinen Institutionen. Aufbau und Wirkung des von Goebbels aufgebauten Propagandaapparates stehen ebenso im Mittelpunkt wie ein unverstellter und sehr persönlicher Blick auf Hitler, dem Goebbels bis zur Selbstaufgabe verfallen war und der seinerseits zur Familie Goebbels, insbesondere auch zu Magda seit der Arrangierung ihrer Hochzeit 1931 in einer Art Dreierbeziehung ein enges privates Verhältnis pflegte.

Longerich wählt als Einstieg in seine Biographie das Jahr 1923 mit dem Beginn der regelmäßigen autobiographischen Aufzeichnungen. Er gliedert sie in drei große Abschnitte, um Goebbels in seinen drei herausragenden Rollen vorzustellen: seinen Aufstieg vom gescheiterten Schriftsteller zum Gauleiter von Berlin und ideologischen Einpeitscher der NS-Bewegung bis 1933, seine Bemühungen als Reichspropagandaminister, das öffentliche Leben, Kultur und Medien gleichzuschalten und zu kontrollieren bis 1939 und schließlich sein Einsatz im Krieg für die flexible Anpassung der Kriegspropaganda an die militärische Entwicklung sowie dann ab 1943 als „spiritus rector“ (S. 551), wie er sich selbst sah, für die radikale „Totalisierung unserer inneren Kriegführung“ (S. 547) in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Die überzeugende „Destruction“ der Mythen und Legenden um Goebbels beginnt bereits im 1. Teil, d. h. vor 1933, und zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Darstellung bis 1945. So war der „Kampf um Berlin“ mit nur mageren Wahlergebnissen, mit Anklagen und Bestrafungen wegen Diffamierung der politischen Gegner und Kra-wallmacherei keineswegs eine Erfolgsstory, wie vom Gauleiter Goebbels eitel gefeiert. In der von Axel Schildt in seinem Standardwerk herausgearbeiteten sogenannten „Quer-

frontkonzeption“ Schleichers vom linken Flügel der NSDAP unter Gregor Straßer über die Reichswehr bis zu den Gewerkschaften mit einer Spaltung der Partei sieht Longerich nur eine „Propagandalegende, die Goebbels nach der ‚Machtergreifung‘ in der stark überarbeiteten veröffentlichten Version seiner Tagebücher in Umlauf brachte, um sich an seinem politischen Ziehvater (d. h. Straßer) zu rächen“ (S. 678). Die dem Regime vielfach bis heute als Erfolg gutgeschriebene und von Goebbels beschworene soziale „Volksgemeinschaft“ erscheint bei Longerich mit vollem Recht „ganz offensichtlich in erheblichem Umfang (als) ein Trugbild [...], erzeugt durch die von Goebbels angeordneten Jubelfeiern, Beflaggungsorgien und Massenaufmärsche, abgestützt durch die alltäglichen Einschüchterungs- und Terrormaßnahmen des Regimes“ (S. 299).

Goebbels war keineswegs der allmächtige Beherrscher des Propagandaapparates, wie er sich selbst und wie ihn die Nachwelt sah. Er hat ihn niemals fest im Griff gehabt. Dies lag zum einen an dem erbitterten polykratischen Gerangel um Propagandakompetenzen zwischen Goebbels, Rosenberg als Hitlers Weltanschauungswächter, Ribbentrops Auswärtigem Amt, Rust als Reichserziehungs- und Volksbildungsminister, der Wehrmacht und dem Reichspressechef Dietrich. So vertraute Goebbels am 22. Juni 1943 erbittert seinem Tagebuch an: „Wir kranken an einem vollkommenen Mangel der Kompetenzabgrenzungen. Wenn der Führer hier doch endlich einige Entscheidungen treffen wollte! Aber sie berühren so stark das Personelle, dass er sich nur schwer dazu entschließen kann. Ich fürchte jedoch, dass er auf die Dauer nicht daran vorbeikommen wird“ (S. 597). Kritische Äußerungen über die Entschlussunfähigkeit Hitlers finden sich nicht nur bei Goebbels.

Zum anderen musste auch Goebbels immer wieder feststellen, dass die Bevölkerung gegenüber seiner ständigen Berieselung mit Propaganda eine gewisse Resistenz entwickelte. Hier nur zwei anschauliche Beispiele bei Longerich: Obwohl Hitler am 10. November 1938 vor der Presse „die pazifistische Platte“ für „abgespielt“ erklärte und die Pressevertreter ausdrücklich aufforderte, „das deutsche Volk allmählich psychologisch umzustellen“, vermochte Goebbels bis Kriegsbeginn eine Bevölkerung, die vor allem noch in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg ausgesprochen kriegsmüde war, nur schwer mental für einen zweiten Waffengang in einer Generation und dann, wie sich bald zeigen sollte, für einen langen, zermürbenden Krieg zu mobilisieren. Eine vor allem in der Winterkrise in Russland 1941/42 und dann ab Winter 1942/43 auch infolge pausenloser Luftangriffe der Alliierten verstärkt durchhängende pessimistische Stimmung versuchte Goebbels immer wieder durch militärische „Sondermeldungen“ und die Beschwörung des Endsieges aufzufangen, freilich zunehmend ohne Erfolg. Auch ist es ihm niemals gelungen, mit seinen fanatischen antisemitischen Ausfällen eine Pogromstimmung zu entfachen. Im Gegenteil: Die Einführung des Judensterns weckte bei vielen Menschen Mitleid und Befremden über die nun auch äußerliche Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft.

Die Aktion, die Goebbels als Höhepunkt seiner agitatorischen Karriere ansah, die psychologische Einstimmung der Bevölkerung auf den „totalen Krieg“ und seine Umsetzung ab Februar 1943, stieß sogar bei Hitler selbst und seinen Gauleitern auf erheb-

lichen Widerstand, etwa bei der Dienstpflicht für Frauen, weil ein Popularitätsverlust des Regimes und seines „Führers“ drohte.

Der Autor kann nachweisen, dass Hitler seinen treuesten Paladin zwar als Propagandachef schätzte und gern benutzte, ihn an den eigentlichen Entscheidungsprozessen aber in keiner Weise beteiligte und ihn darüber erst anschließend informierte. Dies galt für die „Röhm-Affäre“ im Juni 1934 ebenso wie für die Vorbereitung des Krieges 1939, für die Planung des Angriffes auf die Sowjetunion ab Juli 1941 ebenso wie für die konkreten Schritte bei der Umsetzung der „Endlösung“ ab Herbst 1941. Dabei wuchs Goebbels in der zweiten Hälfte des Krieges im Funktionszusammenhang des „Führerstaates“ in dem Augenblick eine entscheidende Rolle zu, als die Persönlichkeit, auf die in diesem „Führerstaat“ auch propagandistisch alles zugeordnet war, Hitler selbst körperlich immer mehr Verfallserscheinungen zeigte und sich oft für Wochen, gegen Kriegsende für Monate der Öffentlichkeit entzog. Dieses Vakuum musste Goebbels wiederum mit ideologischen Phrasen und dadurch füllen, dass er sich demonstrativ in den zerbombten Städten und an den bedrohten Frontabschnitten zeigte, um den „Führermythos“ am Leben zu erhalten. Er drängte Hitler immer wieder, der Bevölkerung besonders angesichts ihrer Belastungen durch den Luftkrieg durch ein persönliches Auftreten Mut zuzusprechen.

Die Suche nach einem angeblichen, wahrscheinlich aber gar nicht vorhandenen „Führerbefehl“ zur „Endlösung“ und seiner Datierung hat vor mehr als drei Jahrzehnten eine heftige Kontroverse ausgelöst. In ihr hat sich auch Longerich 1998 mit seiner „Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung“ dahingehend positioniert, dass er zwar ab Herbst 1941 radikalisierte Schübe der Vernichtungspolitik betont, aber erst ab Frühjahr 1942, also später als viele Forscher, ein umfassendes Programm systematischer Vernichtung annimmt. Das hier vom Autor unter Rekurs auf die Tagebuchaufzeichnungen vermittelte Bild vom Entscheidungsprozess hin zur Ermordung der europäischen Juden 1942 ist etwas widerspruchsvoll, wobei Goebbels wahrscheinlich nicht von Hitler in seine einzelnen Stufen genau eingeweiht war.

Zwar verdichteten sich ab Oktober 1941 bei Goebbels im Zusammenhang mit den Deportationen die Hinweise auf die radikale, physische „Endlösung“ der „Judenfrage“. Das „Weltjudentum“, so Goebbels am 16. November 1941, erleide „nun einen allmählichen Vernichtungsprozess“ (S. 498). Am 6. März 1942 spricht Goebbels dagegen noch von einer Deportation nach Madagaskar nach dem Krieg, um Ende des Monats von einer „Liquidierung“ der Mehrheit der europäischen Juden durch ein „ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren“ (S. 507) zu berichten. Nach Longerich war Ende Mai 1942 jedoch bei Hitler nach den Massenmorden im Osten „die endgültige Entscheidung darüber, wie und wo man die übrigen Juden Europas ermorden wollte, immer noch nicht gefallen“ (S. 523). Erst nach der Ermordung Heydrichs am 4. Juni 1942 und als Reaktion darauf habe sich die NS-Führung entschlossen, „die schon in Gang befindlichen Vorbereitungen zur Ausweitung der Massenmorde an den Juden auf ganz Europa – bei deren Entwicklung Heydrich eine führende Rolle gespielt hatte – zu beschleunigen“ (S. 524). Insgesamt ist dies eine chronologische Rekonstruktion der

Entscheidungsprozesse hin zur „Endlösung“ vorwiegend aus Goebbels' Sicht, die in der Forschung ebenso auf Skepsis stoßen dürfte wie die bilanzierende Feststellung des Autors, dass die Absicht der Propaganda, „die deutsche Bevölkerung zu Mitwissern des Judenmordes zu machen, in der Bevölkerung durchschaut und negativ kommentiert wurde“ (S. 684).

Bei dem skrupellosen, anpassungsfähigen und krankhaft auf Anerkennung bedachten Goebbels stellt der Autor mit Recht „das weitgehende Fehlen politisch-programmatischer Vorstellungen“ (S. 687) fest, die über fanatischen Antisemitismus und Nationalismus und eine Fixierung auf den autoritären Staat hinausgingen. Longerich bietet interessante Einblicke hinter die Kulissen der Macht. Er vermittelt mit einer starken, wenn auch stets kritisch reflektierten Fokussierung auf die Tagebücher ein differenziertes Bild von Goebbels, ohne es jedoch wesentlich zu korrigieren oder gar, wie angekündigt, „seine historische Rolle von Grund auf neu zu bestimmen“ (S. 13).

Geschichte der politisch-kulturellen Ideen in Deutschland

Von Jens Reich

Peter März, Mythen, Bilder, Fakten. Auf der Suche nach der Vergangenheit, München 2010 (*Olzog*), 336 S.

Der Titel ist mehrdeutig und soll Interesse wecken. Wo soll man denn die Vergangenheit suchen? Geht es um die Vergangenheit Deutschlands? Oder um die deutsche Vergangenheit? Was ist deutsch an dieser Vergangenheit? Wieso Mythen? Bilder? Der Autor ist promovierter Historiker und ehemaliger Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Sein Arbeitsgebiet ist wie im vorgelegten Buch die Geschichte des deutschen Nationalstaats und seiner Vorläufer. Das Buch enthält neben der Einleitung eine Sammlung von 33 Kapiteln zu je etwa zehn Seiten, die wegen ihrer Kompaktheit gut einzeln zu lesen sind. Besonders mythenreich ist das Buch nicht. In die Mythologie gehört eigentlich nur die Evokation von Arminius als erstem historischen Deutschen (März hält sich von dieser Deutung eher zurück) und die Sage um den Kyffhäuser (die er ebenfalls dekonstruiert, indem er den nüchterneren historischen Kern herauschält). Die Wartburg, deren Foto das Titelbild zitiert, würde ich nicht als Mythos akzeptieren, sondern eher als Schauplatz von Ereignissen von historischer Symbolik für die politische Ideengeschichte im deutschen Kulturraum.

Im Grund ist das Buch eine Geschichte der politisch-kulturellen Ideen und Entwürfe zu einem einheitlichen Staat. Der Autor beruft sich dabei auf die bekannten großvolumigen Darstellungen von geschichtlichen Epochen Deutschlands, ohne deren Weiterschweifigkeit und ausufernden Fußnoten- und Quellenapparat. Es hat vermittelnden Charakter, vermittelnd aus dem Feld der Spezialisten in die interessierte Öffentlichkeit. Von einigen „colloquialisms“ abgesehen, ist es in einem soliden, gut verständlichen Duktus geschrieben. Angenehm ist, dass es frei ist von den Darlegungen verschwurbelter theoretischer Konzepte, mit denen viele Historiker ihre Erzählung so gern anreichern.

Das alte Kaiserreich und das zweite Deutsche Reich von 1871 bis 1945 werden ausführlich aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Die Sympathien des Autors liegen erkennbar beim ersten Reich. Er beschreibt liebevoll dessen wechselvolles Schicksal und viele seiner Eigenheiten und Attribute bis hin zum Aufbewahrungsort der Reichskleinodien. Das Buch ist gewissermaßen aus oberdeutscher, nicht aus niederdeutscher Sicht geschrieben. Deutlich spürt man ein gewisses Bedauern, dass die späte Reichsgründung das deutsche Österreich ausgeschlossen hat und dass der Anschluss von 1938 die alte Reichsidee endgültig diskreditierte und vernichtete. Auch die Geschichte der unzähligen kleinen Territorialstaaten mit ihrem geschichtlichen Eigensinn (bis hin etwa zur Mainzer Republik) werden gewürdigt, und darüber hinaus auch die Versuche einer Einigung als Bürgernation (statt der dann erfolgten „von oben“). Sogar für die Prokla-

mation „Wir sind ein Volk!“ von 1989 bringt er einen 234 Jahre alten Vorläufer ein in Gestalt des wortgleichen Zitats in einer Schrift von Friedrich-Carl von Moser am Ende des Siebenjährigen Krieges. Ein amüsanter Fund.

So weist das Buch auf historische Ströme und Bewegungen der deutschen politischen Geschichte hin, die heute von geringerer Reputation, aber trotzdem verdeckt und teilweise offen im Bewusstsein der Deutschen vorhanden sind. Dem Autor ist erkennbar unbehaglich bei dem Begriff der „Berliner Republik“, obwohl er ohne Vorbehalte die „Reichs“einigung von 1990 bejaht, nämlich dort, wo sie nicht mit Trompetengedröhn als zentralistische nationale Konstruktion daher kommt. Fast meine ich den Vorwurf zwischen den Zeilen zu lesen, dass Adenauer wegen der nahen Rosen von Rhöndorf den Strukturfehler beging, nicht Frankfurt zur Hauptstadt der Bundesrepublik zu wählen, denn Frankfurt anstelle von Bonn hätte die berühmte Abstimmung vom 20. Juni 1991 um den Regierungssitz wohl doch gewonnen. Die Unwucht der „Berliner Republik“ mit ihrer nunmehr komplett exzentrischen Hauptstadtlage, wirtschaftlich wie geistig, macht sich im Leben unseres Landes überall bemerkbar (etwa in der Schwierigkeit, das Bildungswesen der Kulturnation von einer zentralen Koordinierung aus in die Zukunft zu steuern) – andererseits bewahrt uns die durch die Tradition ebenso festgefügte ausgeprägte föderalistische Vielstaaterei vor der erdrückenden Übermacht der Metropole, wie sie etwa eine Hauptstadt von der Statur von Paris ausüben würde.

Die DDR ist für März offensichtlich ein Solitär in seinem vielgestaltigen, polyzentrischen Deutschlandbild. Es gelingt ihm nicht, dieses historische Ungebilde, das für zwei lange (sehr lange! oh ja!) Generationen aus ältestem deutschen Geschichtsmaterial (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg) zusammengenagelt wurde, einigermaßen ansehnlich in sein facettenreiches Deutschland einzufügen. Er notiert die Diskrepanz in der immanenten Selbstkonstruktion der DDR, als sie den Versuch aufgab, sich weithin sichtbar als Herzstück deutscher Kulturgeschichte zu drapieren (Wartburg, Weimar, Dresden, Luther, Bach, Goethe, Schiller, Wagner), sondern sich auf seine rumpfpfeußische Teilidentität besann und diese dann zu einer sozialistischen deutschen Nation aufblasen wollte. Die aus immanenter Sicht der DDR-Anfänge mühsame und eigentlich widersinnige Ehrenrettung Friedrichs II., Bismarcks und der preußischen Militärs und Politiker mündete schließlich in das überhaupt nicht angestrebte Paradox, nämlich in die „Berliner Republik“, die das schuldenbelastete Erbe des aus dem Jalta- und Potsdam-Europa hervorgegangenen Ost-Staates nicht ausschlagen konnte.

Die Wahrnehmung der DDR im deutschen historischen Bewusstsein oszilliert heute zwischen den Polen einer verklärenden Apologie eines von der Kinderkrippe bis ins Krematorium fürsorgenden Staates einerseits und der vernichtend wertenden Darstellung eines klappernden totalitären Diktaturapparates andererseits. Der Autor lehnt den in Potsdam entwickelten Beschreibungsbegriff einer kommoden partizipatorischen Parteidiktatur energisch ab und neigt eher dem Bezugsrahmen einer totalitären Parteidiktatur zu, wie er in die Untersuchungen des Forschungsverbandes SED-Staat eingezogen ist. Für das Buch ist das aber eine kontrastierend neue Sichtweise, denn Tyrannenherrschaft und Bedrückung des Volkes, an denen die ältere deutsche Geschichte ja wahrlich

nicht arm ist, spielen als Urteilsgrund im Rest des Buches keine Rolle. Beide Blickweisen auf die DDR, partielle Apologie wie vernichtendes Verdikt, sind bei aller Polarität und Polemik darin ähnlich, dass das Volk als handelndes Subjekt nicht vorkommt, sondern nur als Objekt entweder von Fürsorge oder von Entmündigung allenfalls passiv in den berühmten Nischen des Alltagslebens sitzt.

Was ich mir, mit der unsicheren Kompetenz dessen, der den größeren Teil seines Lebens in dieser DDR zugebracht hat und beide Sichtweisen befremdlich findet, wünschen würde, wäre einmal eine umfassende DDR-Darstellung von den Anfängen über 1953, 1961 bis 1990, des nie endenden, zähen Fingerhakelns zwischen gleichgültigem, bockigen, zuweilen sehr schlitzohrigen, das Volkseigentum durch Klauen appropriierenden und nur einmal vergeblich aufbegehrenden Staatsvolk und der sich mehr und mehr erschöpfenden Herrschaft. In einem in diese Richtung gearbeiteten Geschichtsbild würde das Konzept eines halsstarrigen Kommandosystems und der schließlich naturwüchsig spontan eintretenden Implosion des Staates nicht im Vordergrund stehen können.

In das spezielle Thema dieses Buches hätte somit anstelle der Beschreibung der besagten Kontroverse ein anderes Kapitel besser gepasst, das sich mit dem verboht schweigenden Widerstand der Menschen gegen das Konzept der Einführung einer sozialistischen deutschen Nation befasst hätte. Dieser Versuch, die Konstitution der DDR als Nationalstaat zu befestigen, ist nämlich nicht nach einem Stoppbefehl Moskaus und auch nicht einer besseren Einsicht Ulbrichts oder Honeckers gewichen. Es waren die Menschen, die überraschend aktiv die Gefolgschaft versagten. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Versammlungen in meiner Arbeitsumgebung, an die im Kontrast zum jahrelang eingeübten Schweigen plötzlich hartnäckig und mit störrischem Gesichtsausdruck gezeigte Ablehnung und die vorsichtig formulierten, aber deutlichen Einwände der Menschen verschiedenen Bildungsstandes gegen die Kampagne zur Verfassungsänderung.

Die Genossen hatten gedacht, dass ihr ständiges Zureden („Agitation und Propaganda“), die sich langsam bessernden Lebensverhältnisse (auch im Vergleich mit den „Bruderstaaten“), zusammen mit dem Gepränge an Olympiamedailen, die dem Selbstbewusstsein schmeichelten, den Teppich bereitet hätten, nunmehr ohne Umschweife und ganz deutlich die Aufspaltung der Nation festschreiben zu können. Die Informationsnetzwerke von Gewerkschaft, Partei und Staatssicherheit funktionierten allerdings gut, und wie so oft auch bei anderen Konflikten traten die Herrschenden ohne viel Aufhebens den Rückzug an, als sie sahen, dass es Ernst werden könnte. Sie versuchten später die geschichtspolitische Lücke, die sehr fühlbar war, mit einer Kehrtwende zu schließen: der Wiederbelebung des bis dahin verpönten preußisch-nationalen Geschichtsbildes. Da stießen sie nicht auf den hartnäckigen Widerstand. Am Ende ermattete das Parteiensystem, und zunächst als basisdemokratische Erneuerungsbewegung und später als Rückkehr in die nationale Einheit setzte das Volk seinen Sieg durch, den es in Jahrzehnte währendem verdeckten Widerstand vorbereitet hatte.

Hauptbesprechungen

Der Autor schließt sein zur Diskussion anregendes Buch mit einem Ausblick auf ein Deutschland im 21. Jahrhundert, das keine Aussicht mehr hat, eine Großnation zu sein. Tröstlich ist der freundliche Ausblick auf die Niederlande und Schweden, die ebenfalls einst Großmächte waren und denen danach die Transformation in selbstbewusste Nationen mit einer insgesamt guten Geschichte gelungen sei. Die Zukunft wird zeigen, ob dieser Ausblick verklärt oder realistisch ist.

Die Früchte einer lebenslangen Forschungsarbeit

Von Felix Dirsch

Hans Mommsen, Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 399 S.

Hans Mommsen gehört seit Jahrzehnten zu den bedeutendsten Historikern der Bundesrepublik. Zugute gekommen ist dem Geschichtswissenschaftler das in seiner Familie liegende „Historiker-Gen“. Sein Urgroßvater war der berühmte Literaturnobelpreisträger und Verfasser einer nahezu veraltungsresistenten römischen Geschichte in mehreren Bänden, Theodor Mommsen. Dessen Enkel Wilhelm erreichte zwar nicht die Bedeutung seines Großvaters in der wissenschaftlichen Zunft, verfasste dennoch aber lesenswerte Werke. Seine NSDAP-Mitgliedschaft macht ihn bis heute zur umstrittenen Persönlichkeit, wie Leserbriefkontroversen noch im Jahr 2010 verdeutlichen. Hat Wilhelm Mommsens Verhalten unter der NS-Herrschaft dessen Söhne Wolfgang (er verstarb 2004) und Hans dazu bewogen, sich der SPD anzuschließen? Wollten beide aus dem Schatten der Familie heraustreten?

Was macht nun Hans Mommsen, der 2010 sein achtzigstes Lebensjahr vollendete, zum exzeptionellen Vertreter seiner Disziplin? Sein großes Verdienst ist es, zusammen mit dem vor über zwei Jahrzehnten verstorbenen Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, eine grundsätzliche Revision der Sicht auf die Stellung Hitlers im NS-Herrschaftssystem eingeleitet zu haben. Der deutsche Diktator wurde in der bundesrepublikanischen Historie bis in die 1970er Jahre hinein meist so gesehen, wie ihn die nationalsozialistische Propaganda dem Volk vermittelt hatte: Der Führer kann alles, der Führer tut alles. Nur die negativen Seiten des Regimes kennt er nicht. Alle wichtigen Entscheidungen der NS-Herrschaft wurden gewöhnlich auf Hitler zurückgeführt. Das war (etwas vereinfacht) die Perspektive der Intentionalisten, die von namhaften Vertretern der Hitler-Forschung wie Eberhard Jäckel, Andreas Hillgruber oder Klaus Hildebrand repräsentiert wurden. So plausibel, jedenfalls in moralischer Hinsicht, diese Sichtweise auch war und ist, Mommsen hatte Gründe, sie zu hinterfragen. Hitlers Lebens- und Regierungsgewohnheiten, die aus seiner Umgebung vielfach überliefert sind, sprachen gegen eine Hypertrophierung des Herrschers, der weithin mehr Getriebener als Antreiber war und in mancherlei Beziehung eher als Zauderer auftrat. Niemand kann bestreiten, dass er in ideologischer Hinsicht letztverantwortlich war für eine unvorstellbare Zahl an Verbrechen und Grausamkeiten. Jedoch verbietet sich eine aus diesem Befund nicht selten gezogene Schlussfolgerung, er selber habe alles Wesentliche direkt angeordnet. Mommsen fasste bereits die Resultate seiner Habilitationsschrift über das *Beamtentum im Dritten Reich* Mitte der 1960er Jahre dahingehend zusammen, dass Hitler bei genauer Prüfung seiner Entscheidungen als eher „schwacher Diktator“ gelten müsse.

Nur wenigen Historikern im letzten Jahrhundert ist es gelungen, einen so weitreichenden Paradigmenwechsel einzuleiten, der noch dazu in den 1990er Jahren weithin anerkannt wurde. Mommsens neueste Aufsatzsammlung, die nur zum kleinen Teil bereits veröffentlichte Beiträge enthält, präsentiert die Früchte einer lebenslangen Forschungsarbeit. Der Band ist in vier Teile gegliedert: „Von Weimar zum Dritten Reich“, „Hitlers Aufstieg und Monopolisierung der Macht“, „Krise und Zerfall des Dritten Reiches“, „Der Widerstand im Dritten Reich“. Ein roter Faden der Publikation ist die konsequente Anwendung der Improvisationstheorie auf verschiedene Bereiche der NS-Politik. Bereits die Machtübernahme folgt nach Mommsen keinen längerfristigen Plänen, sondern ist vor allem dem Wirken der konservativen Kamarilla in der Umgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg geschuldet, womit Mommsen die Resultate der bis heute bahnbrechenden Habilitationsschrift von Karl Dietrich Bracher bestätigt. Die Politik des Dritten Reiches war von Anfang an stark von Konkurrenz und Rivalitäten von Machträgern bestimmt, was Mommsen anhand einer Fülle von Beispielen belegt. Ein Gravitationszentrum fiel weitgehend aus, weil Hitler an kontinuierlicher Arbeit kein Interesse zeigte. Die Mitglieder des Reichskabinetts durften bald nach der Machtergreifung nicht einmal mehr zusammenkommen, geschweige denn regieren. Erst während des Krieges gelang es dem Heß-Nachfolger, Reichsleiter Martin Bormann, das Machtvakuum durch den Aufbau einer effizienten Parteikanzlei einigermaßen zu füllen. Die Auseinandersetzungen mit der konkurrierenden Leitung der Reichskanzlei dauerten bis in die Zeit kurz vor dem Untergang im Mai 1945. Die Reibungsverluste innerhalb des Regierungs- und Verwaltungsapparats waren, je länger das Regime dauerte, enorm. Alles das und vieles mehr kann man in Mommsens Beiträgen nachlesen. Ein Beispiel ist der Aufstieg Heinrich Himmlers. Obwohl mit nominell relativ wenig Macht ausgestattet, hatte er am Ende des Krieges als Reichsführer SS, Leiter der Geheimdienste wie der Polizei, zudem noch als Befehlshaber des Ersatzheeres und als Inhaber weiterer Ämter, faktisch den größten Einfluss im Staat. Auch aus diesem Grund wurde er kurz vor der Kapitulation von Hitler aus der Partei ausgeschlossen.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht die Implementierung des Holocausts, die nach Mommsen der „kumulativen Radikalisierung des NS-Herrschaftssystems“ geschuldet war. Analysiert man wie der Bochumer Emeritus das strukturelle Kompetenzwirrwarr innerhalb des Apparats, so ist die Annahme eines formellen Führerbefehls entbehrlich. Gestützt auf eigene Arbeiten, auf wichtige andere Untersuchungen, etwa die seines Schülers Götz Aly (*Endlösung*), kann er zeigen, dass der Schritt zur systematischen Massenvernichtung, vor dem Himmlers Denkschrift von 1940 bei allem Judenhass noch zurückschreckte, nach der Wannseekonferenz 1942 unternommen wurde. Einer der Gründe für diesen so verhängnisvollen Wendepunkt bestand in der (kriegsbedingten) Aussichtslosigkeit, alternative Vorschläge zu verwirklichen, etwa das Madagaskar- oder Eismeer-Projekt. Viele in osteuropäische Ghettos deportierte Juden lebten eingepfercht in elenden Verhältnissen, was die Gefahr von Seuchen heraufbeschwor. Im Rahmen einer weitreichenden und immer noch nicht in allen Einzelheiten geklärten „Umvolkungspolitik“, die „Volksdeutsche“ in den „judenfreien“ osteuropäischen Ge-

bieten und Städten ansiedeln wollte, genehmigte Himmler größere Vernichtungslager, die die Probleme endgültig lösen sollten. Örtliche Satrapen wie Odilo Globocnik wollten so „Nägel mit Köpfen“ machen. Ostsiedlungspläne und die Realisierung des Unfassbaren gingen also Hand in Hand. Was die rasante Auflösung von Rechtsordnung und -empfinden, zuerst in den besetzten Gegenden des Ostens, dann im „Altreich“ konkret bedeutete, lässt eine Rede von Hans Frank aus dem Jahre 1942 erahnen. Ausgerechnet der äußerst brutale Chef des „Generalgouvernements“ beklagte sich über die eminente Willkür von Gestapo und Sicherheitsdienst in seinem Kompetenzbereich.

Lesenswert sind auch die Untersuchungen über den deutschen Widerstand. Mommsen hat bereits in jüngeren Jahren viel auf diesem Gebiet geleistet. Längst Klassiker sind seine Ausführungen über die Einstellung zahlreicher Repräsentanten des 20. Juli zur Demokratie. Nationalkonservative wie Goerdeler, Beck oder Stauffenberg konnten kaum ein gutes Bild von dieser Staatsform haben, die Hitler in vielerlei Hinsicht den Weg ebnete. Das Kapitel über die Opponenten im Dritten Reich umfasst Porträts über Stauffenberg, Goerdeler und die „Rote Kapelle“, ebenso werden Pläne des Widerstandes über die Zukunft Deutschlands und Europas vorgestellt, zudem die außenpolitischen Ziele des Kreisauer Kreises. Anders als vor Jahrzehnten, als Mommsen einer zeitgeschichtlich noch nicht so informierten Öffentlichkeit eher das Bild eines rückschrittlich gesinnten Widerstandes vermittelte, sieht er nun viele Vorstellungen des „anderen Deutschland“ als zukunftsweisend, nicht zuletzt die konsequente europapolitische Öffnung in etlichen Denkschriften der Kreisauer. Dass es mit der Robinson-Straßer-Gruppe auch Liberale im Untergrund gab, ist bisher kaum thematisiert worden. Ein Essay über Hans Rothfels beschließt den Band. Mommsen war seinem akademischen Lehrer persönlich verbunden, indessen scheint er mit Einschränkung die Kritik, die Jüngere an dem deutschnational ausgerichteten Remigranten jüdischer Herkunft zumeist üben, zu teilen. An einer Stelle tritt der Verfasser als Zeitzeuge auf. Der damals fünfzehnjährige Jugendliche erlebte am Kriegsende den dünnen Firnis der bürgerlichen Zivilisation, als sich seine Umgebung zu Plünderungen in einem von der Wehrmacht geräumten Depot hinreißen ließ.

Mommsen verbleibt in seinen späten zeitgeschichtlichen Reflexionen im verbindlichen wissenschaftlichen Radius. Souverän verarbeitet er sowohl Eigen- wie zahlreiche Fremdforschungen. Hervorzuheben ist das Geschick des Gelehrten, komplizierte zeit-historische Zusammenhänge verständlich Nichtfachleuten zu vermitteln. Desgleichen werden in der letzten Phase eines erfolgreichen Gelehrtenlebens jedoch Desiderate deutlich. Mommsen gelang es bisher nicht, eine bereits vor über zwei Jahrzehnten angekündigte Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus auf der Grundlage des polykratischen Ansatzes zu verfassen – nicht zuletzt deshalb, weil eine kaleidoskopartige Darstellung des NS-Staates ohne dominantes Zentrum eine noch höhere Komplexität der Herrschaftsstrukturen zu berücksichtigen hat als konventionelle Beschreibungsversuche. Man braucht nicht unbedingt ein Kenner der Zunft zu sein, um zu ahnen, welcher Verlust es für Historie und öffentliche Debattenkultur sein wird, wenn die drei großen Köpfe der zeitgeschichtlichen Forschung, Mommsen, Nolte und Bracher, allesamt im neunten Lebensjahrzehnt stehend, einmal nicht mehr unter uns weilen werden.

Kalte Krieger von links?

Von Alfons Söllner

Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010 (*Hamburger Edition*), 736 S.

Die voluminöse Arbeit ist vordergründig in der so genannten Exilforschung angesiedelt und möchte sie dorthin führen, wo sie nach wie vor ein Desiderat hat: zur detaillierten Erforschung der längerfristigen Wirkungsgeschichte der Emigranten. Dem entspricht die Leitfrage: Wie konnten Linksinтеллектуelle aus der Weimarer Republik im sich verschärfenden Klima des Kalten Krieges nicht nur überleben, sondern in den USA sogar signifikanten Einfluss gewinnen? Diese Frage wird über sechs lange und materialgesättigte Kapitel hinweg entwickelt und am Ende so detailliert und konkret beantwortet, dass nicht weniger entsteht als eine „andere“ Geschichte des Kalten Krieges. Diese hebt nicht auf die bekannten Haupt- und Staatsaktionen ab (wie z. B. die Potsdamer Konferenz, den Marshall-Plan, den Koreakrieg, Stalins Tod oder die Kuba-Krise), sondern eröffnet den Subkontinent des politisch-wissenschaftlichen Hintergrunddiskurses, wie er in den Geheimdiensten, in den amerikanischen Stiftungen und Universitäten zwischen 1945 und 1960 geführt wurde – von einem Personal, das politisch motiviert, fachlich hochkompetent und erstaunlich kommunikationsfreudig war.

Die Spur, die in diesem verwirrenden Feld von politischen Debatten und wissenschaftlichen Projekten verfolgt wird – es ging um „psychologische Kriegsführung“ zunächst gegenüber dem Nationalsozialismus und dann dem Sowjetkommunismus –, ist die von Herbert Marcuse, Franz Neumann und anderen Emigranten sowie ihrer amerikanischen Vorgesetzten wie William Langer und Stuart Hughes, aus denen bald ihre Förderer und schließlich ihre Freunde wurden. Erkennbar – und später wieder verwischt – wird diese Spur ab 1947 z. B. an dem teils verdeckten, teils offenen Verständnis des Marshall-Plans als einer Strategie nicht so sehr des antikommunistischen containment oder gar der Block-Konfrontation, sondern als Versuch, ein sozialdemokratisch dominiertes Europa zu schaffen.

Das Besondere der Arbeit liegt am historischen Material, das der Verfasser mit größter Akribie aus den amerikanischen Archiven herausgeholt hat: Es sind buchstäblich Tausende von Konzeptpapieren, Memoranden, Forschungsanträgen und vor allem die dazugehörigen Korrespondenzen innerhalb wie zwischen den verschiedenen Instanzen sowohl der politischen Administration als auch der Rockefeller Foundation mit ihren weitverzweigten Kontakten zur akademischen Welt, die einer „geistesarchäologischen Operation“ (S. 6) unterzogen werden: „Diese Arbeit bewegt sich im Maschinenraum statt auf dem Promenadendeck des Denkens“ (S. 14). Die Formulierung kann auch in stilistischer Hinsicht als exemplarisch gelten für eine ebenso solide wie elegante „Engführung von Wissen, Krieg und Politik“ (S. 23), die mittels eines trockenen Aktenmate-

rials eine sehr gut lesbare und perspektivenreiche Geschichte des „Gelehrten-Intellektuellen“ (Gangolf Hübinger) im Zeitalter des Kalten Krieges schreibt. Dabei erliegt der Verfasser weder der Verführung des Geheimdienstlichen noch verfällt er in die akademische Heroisierung seiner Akteure; denn Unbekannte sind es wahrlich nicht, deren verwickelte Hintergründe hier aufgerollt werden: Franz Neumann und Herbert Marcuse gelten heute als wichtige Akteure des transatlantischen Ideentransfers, ebenso wie H. Stuart Hughes, Barrington Moore, Leonard Krieger oder Carl Schorske in der Ahnengalerie der amerikanischen intellectual history stehen.

Die Arbeit verleiht diesen Zusammenhängen nicht nur subversiven Glanz, sondern auch eine hohe Konsistenz, weil hautnah demonstriert wird, dass die Welt der Geheimdienste im Office of Strategic Services und nach 1945 im State Department so dunkel nicht war, dass hier vielmehr im Gewande der „Feindaufklärung“ engagierte und durchaus objektive Forschung betrieben werden konnte. Aus den Forschungszentren der Geheimdienste wandert die Untersuchung weiter zur ebenso dezidierten wie innovativen Forschungspolitik der Rockefeller Foundation – mit dem gut belegten und glaubwürdigen Resultat, dass sich hier eine ziemlich komfortable Überlebensnische für einen die Weltanschauung des New Deal fortsetzenden (aber auch transformierenden!) Linksliberalismus ergab, aus dem sich die kulturellen Eruptionen der sechziger Jahre in den USA wie in Europa dann mitgespeist haben.

Das erste und längste Kapitel der Arbeit gibt einen Einblick in die – keineswegs konfliktfreie – Entwicklung der verschiedenen Geheimdienste. Heikle Fragen – wie die Tabuisierung des Holocaust – werden ebenso wenig ausgespart wie Spionagestories (Neumann als Sowjetspion?), aber insgesamt zeichnet sich, besonders im Übergang zum State Department und anders als im Konkurrenzunternehmen der CIA, das Überleben eines politischen Realismus ab, der zwar das „national interest“ (Hans J. Morgenthau) über alles andere stellte, aber dazu eben auch eine Außenpolitik zählte, die eine Rückkehr des „heißen“, d. h. des Atomkrieges vermeiden wollte und langfristig auf Koexistenz durch Abschreckung setzte. Dies war der umstrittene und immer wieder gefährdete Ort, an dem sich eine Sowjetologie etablieren und selbst in der McCarthy-Ära noch halten konnte, die sich dem Zeitgeist, d. h. der Annahme einer kommunistischen Weltverschwörung entgegenstemmte und auf eine immanente Deutung des Kommunismus ebenso setzte wie auf eine differenzierte Beobachtung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Und hier kommt die These des Buchtitels ins Spiel, nämlich dass Herbert Marcuse für einen signifikanten historischen Augenblick die amerikanische Wissenschaft gleichsam „kommandiert“ habe.

Der Nachweis dafür wird in den Kapiteln 2 und 3 angetreten, die in die Welt der amerikanischen Stiftungen führen. In den Vordergrund tritt die Rockefeller Foundation, nicht zuletzt deshalb, weil sie von den vielen administrativen und privaten Händen, die in den Nachkriegsjahren an der Formung der amerikanischen Außenpolitik arbeiteten, noch am ehesten an ihrem philanthropischen Credo festgehalten hat. Dieses war zwar niemals „unpatriotisch“ orientiert, jedoch kommt der Verfasser aus seinem bisweilen verwirrenden Gang durch die Rockefeller-Archive mit der einleuchtenden These heraus,

dass die Förderpolitik der Stiftung – bei allen Zugeständnissen und Beihilfen zur Formierung des „national security state“, wie er George Kennans Containment-Doktrin entsprach – zu keiner Zeit in den hysterischen Antikommunismus der fünfziger Jahre einstimme. Vielmehr hielt sie weitgehend an ihrem Grundsatz fest, dass die Wissenschaft der Politik am besten durch objektive Forschung diene, und dies auch dann noch, als auf dem Zenit der McCarthy-Ära etliche Projektmitarbeiter selber vor die berüchtigten „Untersuchungsausschüsse“ zitiert wurden.

„Wie war es möglich, dass die Stiftung in so hohem Maße linkes, aus der politischen Kultur der Weimarer Republik exportiertes, im Exil transformiertes Wissen förderte“ (S. 247)? Der Beantwortung dieser Frage gelten die folgenden 250 Seiten des Buches. Sie stellen je einen Protagonisten ins Zentrum und gruppieren um ihn herum die Formierung zweier Subdisziplinen des politisch-intellektuellen Diskurses: Franz Neumann und die politische Ideengeschichte in Kapitel 4, Herbert Marcuse und die Marxismusforschung in Kapitel 5. Vielleicht ist es überpointiert, sie mit „Rockefeller-Revolution“ I und II zu titulieren, aber zweifelsfrei werden damit zentrale und für die Epoche typische Felder im Grenzgebiet zwischen „politischer Feindaufklärung“ und wissenschaftlicher Forschung beackert, und zwar wiederum in einer Weise, die neue Einblicke in die Ideenwerkstatt des Kalten Krieges liefert. Während die bekannten außenpolitischen Konfliktlinien eher im Hintergrund bleiben, wird am scheinbar abgelegenen Material der Forschungsanträge und der internen Korrespondenzen umso greifbarer, wie zweideutig und fließend die Übergänge zwischen den Fronten oft waren und dass die Ausrichtung ganzer Forschungsfelder oft von persönlichen Präferenzen und Animositäten abhing. In solchen Interferenzen liegt der eigentliche Erkenntnisgewinn dieser Arbeit.

So zeigt sich, dass der Einfluss des früh verstorbenen Franz Neumann in der akademischen Welt der frühen fünfziger Jahre keineswegs nur legendär war: Er war tatsächlich die „graue Eminenz“ bei der Renaissance einer politisch grundierten Ideengeschichte, die dem modischen Behaviorismus entschieden entgegentrat, die „modern“ war z. B. durch ihre interdisziplinäre Ausrichtung und gleichzeitig politisch vieldeutig; denn ihre gezielte Förderung lief langfristig mindestens genauso auf die Kanonisierung der „Western Civilization“ à la Leo Strauss oder später Allan Bloom hinaus wie auf die Etablierung der Forschungsrichtung, der ganz offensichtlich Müllers Sympathie gilt, nämlich die kritische Rekonstruktion der modernen europäischen Ideengeschichte, wie sie von Stuart Hughes und Felix Gilbert angeschoben, von Leonard Krieger und Carl Schorske fortgesetzt wurde.

Sicherlich waren dies Schlüsseljahre „zwischen den Fronten“, denn Herbert Marcuse schrieb bereits an seinem *Eros and Civilization* (zuerst 1955). Aber kann man wirklich von einer „Wiedergeburt der Ideengeschichte aus dem Geist des Krieges“ sprechen? Nein, wenn damit die Affirmation der intellektuellen Obsessionen des Kalten Krieges gemeint ist! Ja, wenn damit das kritische und vor allem auch selbstkritische Motiv bezeichnet ist, das im linksliberalen Milieu Amerikas schon in den fünfziger Jahren lebendig war und das, wie die Arbeit überzeugend zeigt, mehr in den persönlichen und informellen Beziehungen lebte als in der öffentlichen Meinung! Es gab eben auch hier nicht,

was der Erfolgstitel von Daniel Bell 1960 so laut herausposaunte: das *Ende der Ideologien*.

Deutlich umständlicher, d. h. mehr verschlungen in den politischen Dschungel der Truman- und Eisenhower-Ära stellen sich die Wege der Sowjetologie bzw. der Marxismusforschung dar. Das gilt für die große Zahl der beteiligten Akteure wie für die Auflösung des Konflikts zwischen politischer Instrumentalisierung und objektiver Forschung. „Wissenschaftliche Qualität stand über dem politischen Zweck, gerade um den erhofften politischen Nutzen abzuwerfen“ (S. 415). Wiederholt eine solche Formulierung nur den hehren Anspruch der Rockefeller-Funktionäre – oder ist es ein gut begründetes Urteil aus wissenschaftsgeschichtlicher Sicht? Wie immer es damit steht – die Arbeit dokumentiert zweifelsfrei, wie groß der Einfluss der Rockefeller Foundation auf die Gründung bzw. die Konsolidierung der beiden maßgeblichen Institute war, des Russian Research Center in Harvard und des Russian Institute an der Columbia University. Und dies ist auch der Kontext, in dem der keineswegs unbekannten intellektuellen Biographie Herbert Marcuses ein wirklich neuer Aspekt hinzugefügt wird: Marcuse war nach seinem Weggang aus dem State Department an zentralen Richtungsentscheidungen dieser Institute bzw. ihrer politischer Auftraggeber beteiligt, aber noch einmal: Hat er tatsächlich „die Kommunismusforschung kommandiert“?

Zum Glück wird diese starke Formulierung im Verlauf des fünften Kapitels relativiert, ebenso wie in detaillierter Textlektüre belegt wird, dass *Soviet Marxism* von 1958 mehr war als das Verlegenheitsprodukt einer biographischen Flaute; es war ein „echter Marcuse“, erkennbar vor allem an zwei Eigenheiten, die methodisch miteinander verknüpft wurden: an der immanenten Kritik der Sowjetideologie, die eine positive Handhabung der Marxismusgeschichte voraussetzte, und an einer außenpolitischen Perspektive, die auf Entspannung statt auf Blockkonfrontation setzte und damit die Tauwetterperiode nach Stalins Tod in die frühen sechziger Jahre verlängerte. *Soviet Marxism* als „Manifest der Entspannungspolitik“ (S. 358) – das ist plausibel! Aber ist es wirklich ein „Klassiker der Kommunismusforschung“ geworden? Interessanter, wenngleich bisweilen etwas unmotiviert – genauer: motiviert nur durch das Interessengeflecht der Rockefeller-Projekte – ist, was an weiteren Kontexten herangezogen wird, um Marcuse in die „Internationale der Marxismusforscher“ (S. 522) einzubetten. Sind die Parallelen zwischen Marcuse und Isaiah Berlins Beobachtungen zum *Soviet Mind* wirklich so deutlich? Den stärksten Einwand kann man gegen die Stellung der so genannten Totalitarismustheorie in Müllers Darstellung vorbringen: Sie erscheint durchgehend als Antipode der „immanenten Marxismuskritik“ und erhält keine Chance, diese undankbare Rolle abzustreifen, nicht zuletzt weil sie auf die Prämisse der monolithischen Herrschaftsstruktur reduziert wird, was ihrer theoriegeschichtlichen Differenzierung nicht gerecht wird.

Das alles sind keine Einwände gegen die Gesamtanlage eines Buches, das im abschließenden sechsten Kapitel die subtilen Beobachtungen zum „anderen“ Marcuse aus den fünfziger Jahren in die „roaring sixties“ überführt und sich jetzt zum Panorama des im Umbruch befindlichen amerikanischen Liberalismus ausweitet. Interessant daran ist

nicht so sehr die Radikalisierung Marcuses selber, die sich in der „akademischen Unterwelt“ von Brandeis und San Diego ereignete und bekanntlich Civil-Rights- und Anti-War-Motive verknüpfte, sondern die Schilderung des langsam aus der Deckung heraus tretenden linksliberalen Protestmilieus. Als sein Protagonist erhält jetzt H. Stuart Hughes noch einmal scharfes Profil, das dem Grandseigneur der amerikanischen intellectual history nur scheinbar widerspricht. Seine Essayistik seit den Tagen McCarthys ebenso wie sein politisches Engagement für die Friedensbewegung ergeben ein eindrucksvolles Schlussbild, zeigt es doch, dass es einen linksliberalen Ausweg aus den festgezurrten Fronten des Kalten Krieges gab. Der amerikanische Liberalismus hatte aus seiner autochthonen Entwicklungslogik heraus bereits starke libertäre Traditionen parat. Und so konnte der „Anti-Antikommunismus“ (Hughes) der ersten Nachkriegszeit in den sechziger Jahren, übrigens nicht ohne bedrohliche Eintrübungen „kriegsbewährter“ Freundschaften, in eine revolutionäre Rhetorik umschlagen. Marcuse kommt in diesem Szenario der singuläre Platz zu, dieses Potenzial frühzeitig erspürt und geschickt ausagiert zu haben.

Die ortlose Mitte – Herfried Münkler auf der Suche nach dem Zentrum

Von Barbara Zehnpfennig

Herfried Münkler, Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010 (*Rowohlt*), 301 S.

Mitte kann sehr viel sein: Mitte der Gesellschaft, ökonomisch bestimmte Mittelschicht, politische Mitte, Mitte im Sinne des rechten Maßes, aber auch des Mittelmaßes, geographische Mitte, Zentrum der Bedeutung, Mittelmacht, Mittelpunkt des Daseins, geschichtliche Mitte usw. Dementsprechend Vieles und Unterschiedliches lässt sich auch über sie aussagen: dass sie durch Extreme bedroht oder gestützt, ja vielleicht sogar erst definiert wird, dass sie gefährdet ist oder ihrerseits gefährlich werden kann, dass sie Maß ist oder Maß halten muss, dass sie sich dem Fortschritt widersetzt oder zum Motor des Fortschritts werden kann etc. Mitte ist ein relationaler Begriff, weil sie sich stets in Bezug zu den Rändern, den Extremen, der Peripherie bestimmt. Damit ist ein Problem bezeichnet: Macht man die Mitte zum Gegenstand, und macht man sie in dem umfassenden Sinn zum Gegenstand, wie Münkler es in seinem Buch tut, dann findet man sich sehr schnell in einem Dickicht der Bezüge. Doch wo ist der Weg (der Mittelweg?) bzw. wohin führt der Weg? Aber vielleicht ist das die falsche Frage.

Münkler selbst will in dem „Buch der Weltgeschichte“ lesen, um in ihm die – genauen Hinsehen erfordernden – Spuren der „Herrschaft der Mitte“ (S. 9) ausfindig zu machen. Das Thema der Mitte erscheint ihm als „genuin deutsches“ (S. 14), und so mäandern seine Betrachtungen auch immer wieder um spezifisch deutsche Themen wie die deutsche Mittellage, die Entmachtung der politischen Mitte in der Weimarer Republik oder die Befindlichkeit des deutschen Michel, der nicht zuletzt im eigenen Land mit Spöttern und Verächtern zu rechnen hatte – von Wilhelm Busch über Friedrich Nietzsche bis zu Carl Schmitt. Da Deutschland jedoch nur ein, wenn auch bevorzugtes, Anwendungsgebiet des Themas „Mitte“ ist, setzt Münkler viel umfassender an, und tatsächlich erlebt der Leser einen Parforceritt von Ninive bis zur Bundesrepublik der Gegenwart, vom mittelalterlichen Stadtbild bis zum Schlieffenplan, von Aristoteles bis zur konservativen Revolution. Es begegnet ihm viel Interessantes, Nachdenkenswertes und Anregendes auf diesem Ritt; allein das Gebiet, das durchmessen wird, ist so groß, der Zeitraum der Reise so umfassend, dass der Leser nichts weiter tun kann als staunend zu verfolgen, welche Pfade eingeschlagen werden.

Münkler entfaltet seine Überlegungen in vier Kapiteln: 1. Mitte und Maß, 2. Mitte und Macht, 3. Mitte und Raum, 4. Das neue Deutschland – eine Republik der Mitte? Kulturgeschichte, Ideengeschichte, politische und Sozialgeschichte liefern dabei den Bezugsrahmen für die Suche nach der Mitte, die – etwa wenn es um das rechte Maß geht – keineswegs immer im Zentrum verortet sein muss, sondern sich auch im Ex-Zentri-

schen verbergen kann. Genau das ist die Crux des Relativen: Es ist eben nicht selbst etwas. Vielmehr fristet es sozusagen eine parasitäre Existenz, indem es sich aus seinen Bezugspunkten speist bzw. definiert. Sind diese aber ihrerseits im Fluss wie etwa die politische Rechte und Linke, wird das Phänomen selbst immer ungreifbarer. So verdichtet sich beim Lesen der Eindruck, dass sich der Gegenstand eher entzieht als preisgibt. Das hängt allerdings auch mit der merkwürdigen Ortlosigkeit des Autors zusammen. Wo steht derjenige, der die Position der Mitte bestimmen will, eigentlich selbst? Das verrät uns der Autor nicht und überlässt uns damit der ganzen Fülle möglicher Erscheinungsweisen eines Gegenstandes, der bereits in sich Vieles ist und nicht Eines.

Im Kapitel „Mitte und Maß“ beispielsweise werden die kopernikanische Wende und der sophistische homo-mensura-Satz zu Zeugen einer – freilich recht unterschiedlich gelagerten – Neudefinition der Mitte. Der Bezug von Mitte und Maß kann als natürlich gegeben oder als künstlich herzustellen verstanden werden. Die Mitte kann mit einer sozialen Schicht assoziiert oder mit einer z. B. konservativen Grundeinstellung identifiziert werden. Der Maßlosigkeit des Kapitalismus können konservative Kritiker den Werteverlust, linke Kritiker die Verkehrung des Exzessiven zur Normalität anlasten. Die gesellschaftliche Mitte kann ebenso „Stabilitätsanker der Gesellschaft“ wie deren „hochbewegliches Ruder“ (S. 73) sein, je nachdem, wie sie sich selbst positioniert. Die Ambivalenz seines Gegenstands ist Münkler selbstredend bewusst, er lenkt den Blick von sich aus darauf. Hätte er aber nicht gerade in einem Kapitel, in dem es um das rechte Maß geht, dem Leser mit einer kleinen Reflexion auf Reichweite, Begründung und Legitimation von Maßstäben ein wenig bei der eigenen Maßstabssuche helfen können? Möglicherweise wollte der Autor sogar bei seiner Darstellung von Normensystemen eine normative Aufladung seines Textes vermeiden. Deshalb gibt er auch nicht preis, was er selbst über die ganze Sache denkt.

Das Kapitel „Mitte und Macht“ ist primär ideengeschichtlich ausgerichtet und folgt von daher zum Teil der Chronologie der relevanten Texte. Hier sind die strukturellen Bezüge der Mitte begrenzter und deshalb besser überschaubar; die Mitte als Machtfaktor kann statisch, dynamisch oder in Kombination beider Faktoren gedacht werden, was auf die Konstruktion der Mischverfassung hinausläuft. Allerdings kommen ebenfalls mentale Gegenreaktionen gegen das Prinzip der Mitte, gegen seine Biedermeierlichkeit oder Mediokrität, zur Sprache sowie die Rolle des Kleinbürgertums als Hindernis auf dem Weg zur Revolution. Die Autoren, bei denen Münkler länger verweilt, sind Aristoteles, Rousseau, Kant, Polybios, Cicero, Machiavelli, Hegel, Schopenhauer, Nietzsche und Marx. Viele andere begegnen dem Leser aber en passant. Was die Deutung der Denker angeht, findet man sich immer wieder angeregt, mit dem Autor zu streiten. Warum wird Polybios als der erste bezeichnet, der die Mischverfassung beschrieben hat, wenn Münkler selbst sich ausführlich mit der aristotelischen Version dieser Verfassung auseinandersetzt? (Platon bleibt in diesem Zusammenhang unerwähnt). Kann man die aristotelische Revolutionstheorie wirklich als rein institutionell orientiert begreifen, oder ist es nicht die Gerechtigkeit und damit das Treffen der richtigen Mitte, die als entscheidender Stabilisationsfaktor der Verfassung dargestellt wird? Ist Kants politische Philosophie

ohne Rückgang auf den kategorischen Imperativ als Vorbild für jene Reziprozität zu behandeln, welche die Rechtsstaatlichkeit der Republik und damit deren eigentliche Ratio ausmacht? Darf man bei der Nietzsche-Deutung die verfälschte Nachlass-Kompilation *Der Wille zur Macht* heranziehen, um nachzuweisen, dass Nietzsche die Medio-krätie nicht nur getadelt, sondern auch gelobt hat? Hier und an anderen Stellen öffnet sich ein weites Feld für Kontroversen, was jedem Freude bereiten muss, der die Ideengeschichte als Ort der geistigen Auseinandersetzung begreift.

Im Kapitel „Mitte und Raum“ werden Raumvorstellungen im Allgemeinen, europäische Mitte-Konzeptionen und die Probleme der deutschen Mittellage im Besonderen angesprochen. Die Geopolitik erfährt erwartungsgemäß besondere Berücksichtigung, aber es kommen auch Schlachtordnungen als Beispiele für den Umgang mit räumlicher Mitte, Einkreisungen etc. zur Sprache. Die Mitte der mittelalterlichen Stadt und die heilsgeschichtliche Mitte, Jerusalem, werden präsentiert, und wieder zeigt sich, welche unterschiedlichen Ebenen menschlichen Denkens selbst beim Thema „räumliche Mitte“ berührt sind: das Streben nach Macht ebenso wie das nach Heil. Dass die deutsche Befindlichkeit immer auch von der Mittellage geprägt war, ist unbestreitbar. Wie weit das den tatsächlichen Verlauf der deutschen Geschichte bestimmt hat, wäre wieder etwas, worüber man streiten könnte.

Im Abschlusskapitel über das „neue Deutschland“ schlägt der Autor den Bogen von der Weimarer Republik als „Republik der Extreme“ (S. 208) über das Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart und betrachtet dabei nicht nur die Verschiebungen im Parteienspektrum, sondern auch die Neudefinition der gesellschaftlichen Mitte im Lauf der Jahrzehnte. Dass die 68er die behäbig gewordene Mitte aufgemischt haben, wird offenbar mit einer gewissen Genugtuung festgestellt. Bevor man sich aber zu sehr über die Stellungnahme des Autors freuen kann, wird wieder Enzensberger zitiert, der dem deutschen Mittelmaß eine große Binnendifferenzierung und ein hohes Maß an Freiheitlichkeit und Bereitstellung von Wahlmöglichkeiten attestiert.

So bleibt als Gesamteindruck: Münklers Buch enthält eine stupende Fülle von historischen Fakten, kulturellen Deutungsmustern, ideengeschichtlichen Positionen, die um die Mitte kreisen. Eine Mitte geben will der Autor aber nicht. Damit wird das Buch möglicherweise selbst zum Zeugnis des Verlusts der Mitte, den der Autor immer wieder thematisiert und der vielleicht das Problem der Gegenwart ist.

Das Grundgesetz als politisches Lernziel der Deutschen

Von Wilfried von Bredow

Heinrich Oberreuter, *Wendezeiten. Zeitgeschichte als Prägekraft politischer Kultur*, München 2010 (*Olzog*), 384 S.

Zugegeben, eine besonders elegante Denkfigur versteckt sich nicht in der Überschrift dieser Besprechung. Aber damit wird vielleicht trotzdem die Unsicherheit ein wenig verringert, die vom Titel und insbesondere vom Untertitel des Buches von Heinrich Oberreuter ausgeht. Was will er damit sagen? Der Begriff „Wendezeit“ ist fest verankert im Vokabular der deutschen Vereinigung 1989/90, aber darüber hinaus wenig konturiert. War nicht auch die Regierungsübernahme Helmut Kohls 1982 im Selbstverständnis seiner Anhänger eine „geistig-politische Wende“? Und „Zeitgeschichte als Prägekraft politischer Kultur“, da klingt eine historisch-systematische Analyse des Wandels der politischen Kultur an, möglicherweise gar in vergleichender Perspektive. Schlägt man allerdings das Buch auf und beginnt, sich darin zu vertiefen, wird rasch deutlich, dass der Autor bei dessen Komposition etwas ganz anderes im Sinn hatte. Es geht ihm nämlich um die politische Entwicklung Deutschlands von der Weimarer Republik bis zur Zeit nach der deutschen Vereinigung, um die Schilderung der größtenteils überwundenen obrigkeitsstaatlichen Fixierungen in der politischen Kultur Deutschlands und um ein Plädoyer für einen politischen Wertekanon, wie er sich in einer behutsam-konservativen Lektüre des Grundgesetzes darstellt.

Im Nachwort weist Oberreuter darauf hin, dass sein Buch nicht als Monographie konzipiert wurde, vielmehr aus einzelnen Kapiteln besteht, die zu unterschiedlichen Zeiten und aus ganz verschiedenen Anlässen entstanden und vielfach überarbeitet worden sind. Wiederholungen im Text gibt es, das ist bei dieser Art Buch-Komposition schwer vermeidbar, aber es gibt sie nur selten. Der Autor erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, mit neuen Forschungsergebnissen aufzuwarten. Entstanden ist so ein sich in den einzelnen Kapiteln zuweilen ein wenig überlappender Beitrag zu einer unaufgeregten, in seinen besten Passagen überzeugend-erfahrungsgesättigten, in den nicht ganz so gut gelungenen Teilen eher etwas zu behäbigen politischen Bildung. Der Autor war bis 2010 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau und zwischenzeitlich (in den frühen neunziger Jahren) auch Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an der TU Dresden. Außerdem war er viele Jahre – bis 2011 – Direktor der Politischen Akademie in Tutzing. Die Verbindung von universitärer Lehre mit allgemeiner Erwachsenenbildung wirkt sich auf das eine wie das andere gewinnbringend aus. Und die eigenen Anschauungen aus der Frühphase des Um- und Neubaus der Geistes- und Sozialwissenschaften in einem der neuen Bundesländer geben seinen kritischen Ausführungen über die untergegangene DDR ein gutes Stück Authentizität.

Das alles zusammen ergibt eine recht solide Basis für eine Betrachtung der Veränderungen in der politischen Kultur Deutschlands in den verschiedenen Herrschaftsordnun-

gen nach dem Ersten Weltkrieg. Im ersten Teil „Erfahrung, Erinnerung, Wandel – Fundamente politischer Kultur“ beschäftigt sich Oberreuter in drei Längsschnitt-Analysen mit wichtigen Prägungen dieser politischen Kultur. Die Deutschen haben im 20. Jahrhundert unter ganz verschiedenen Regierungsformen gelebt. Monarchistische Nostalgie, defizitäre Demokratie, rassistisch ausgreifender Totalitarismus im Nationalsozialismus, die chaotische Übergangszeit nach der totalen Niederlage 1945, die Systemkonkurrenz zwischen dem sowjet-sozialistischen Politik- und Gesellschaftsmodell auf der einen und der nach westlichen Mustern eingerichteten parlamentarischen Demokratie auf der anderen Seite, schließlich der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die deutsche Vereinigung „in Frieden und Freiheit“ in gesamteuropäischer Perspektive – dies alles hat sich im Lebenshorizont von ein, zwei Generationen abgespielt. Da stellt sich die Frage nach der Verarbeitung solcher Wechselbäder und nach der kollektiven Erinnerung der Deutschen ganz automatisch. Oberreuter versteht die Politikwissenschaft, ganz im Sinne der frühen Jahre ihrer akademischen Begründung in der Bundesrepublik, als Demokratiewissenschaft. Sein mehrfach und immer deutlich formuliertes Credo weist ihr die Aufgabe zu, argumentativ und reflektorisch die Demokratie als Rechtsordnung, als Institutionengefüge und eben auch als normativ eingefärbte politische Kultur zu stärken. Ähnlich wie die erste Generation westdeutscher Politikwissenschaftler, deren Schriften er häufig zitiert, gilt Oberreuters Aufmerksamkeit in starkem Maße den potentiellen Gefährdungen der Demokratie in Deutschland. Als eine dieser Gefährdungen identifiziert er die seit dem 19. Jahrhundert von der Obrigkeit gewünschte und in der sich ausbildenden bürgerlichen Gesellschaft gepflegte Distanz zwischen Bürger und Politik. Diese Einstellung ist mit dem Untergang des Obrigkeitsstaates und der Diktaturen nicht etwa verschwunden. „So stellen wir an drei Wendepunkten unserer Geschichte, die eigentlich zu vermehrten Partizipationschancen führten, durchaus auch distanzierende Gegentendenzen fest: 1990, 1945 und 1919“ (S. 43). Freilich unterzieht Oberreuter die quasi-kulturrevolutionären Anstöße zur intensiveren Partizipation an der Politik, die in der Bundesrepublik von den Achtundsechzigern und den neuen sozialen Bewegungen ausgingen, ebenfalls einer scharfen Kritik. Sie zielt in erster Linie auf das revolutionäre und antibürgerliche Selbstverständnis, das diesen politischen Partizipationschub teilweise beflügelte, weniger gegen die Bewegungskräfte eines tief reichenden sozialen Wandels von kollektiven Werten und Einstellungen.

Zugleich wird in solcher kritischen Sicht auf die sich wandelnden, immer wieder in spezifischen politischen Konstellationen und auch gegenwärtig wirkungsmächtigen Ursachen der Politiker-Verdrossenheit – keineswegs „Demokratieverdrossenheit“ (S. 49), wie Oberreuter zu Recht anmerkt – zum Ausdruck gebracht, wie die Grundlagen einer auf Dauer funktionierenden Demokratie beschaffen sein sollen. „Kein politisches Gemeinwesen ist überlebensfähig, dessen Normsystem nicht auf einem allgemein anerkannten, mehr oder weniger abstrakten Wertkodex beruht, dessen Konkretisierung unter den Bedingungen des Wandels eigentlich stets zentrales – und kontrovers behandeltes – Problem der jeweils aktuellen Politik ist. So vollzieht sich die politische Auseinandersetzung stets auf der Basis einer fundamentalen Gemeinsamkeit jenseits und vor der

Alternative“ (S. 74). Diese sich unter anderem auf Ernst Fraenkel berufende Einsicht trägt den größten Teil der Ausführungen Oberreuters in den weiteren Kapiteln des Buches. An ihr werden die defizitäre Demokratie der Weimarer Republik, die geistigen und politischen Strömungen, die zur Machtergreifung des Nationalsozialismus beigetragen haben, aber auch die Schwierigkeiten zwischen den beiden Teilen Deutschlands nach ihrer Vereinigung 1990 gemessen. Das Basisdokument, das die Regeln für solche Art politischer Auseinandersetzungen vorgibt, ist das Grundgesetz.

Die folgenden Teile des Buches stehen in chronologischer Ordnung. Zunächst resümiert Oberreuter in „Die ausgelieferte Demokratie: Machtzerfall und Machtergreifung – Voraussetzungen und Hybris der NS-Herrschaft“ den Verfall der Weimarer Republik. Dabei geraten die problematischen Teile der Weimarer Verfassung in den Blick, die Schwächen des Parteiensystems, die Destruktivität des Denkens und Handelns aus Ausnahmesituationen heraus und das Mittel der Notverordnungen. Oberreuters Fazit ist nicht neu, verdient aber, immer wieder hervorgehoben zu werden: „Entscheidend für die Auflösung der Weimarer Republik war die Abkehr von der Verfassung bei Wählern, Parteien und vor allem im Zentrum der Macht“ (S. 119). In weiteren Kapiteln dieses Teils behandelt Oberreuter die nationalsozialistische Wende zum Weltanschauungskampf, das grausame Nebeneinander von Totalisierungstendenzen, Durchhaltefiktionen und den Völkermord an den Juden sowie schließlich, in einem behutsam differenzierenden Text, den Widerstand gegen Hitler, seine Legitimation und seine Bedeutung für die politische Erinnerungskultur in Deutschland.¹

Der letzte Teil umfasst vier Kapitel zur Demokratiegründung nach 1945. Hier finden sich nachdenkliche und deutliche Überlegungen zu den unterschiedlichen Gründungsmythen und Legitimationsmustern der beiden 1949 gegründeten deutschen Staaten, zum Wertekanon des Grundgesetzes und zur Hinterlassenschaft der antiparlamentarischen Strömungen im Kontext der Achtundsechziger. Schließlich der vierte und letzte Teil: Hier wird zunächst der Prozess der Zerbröckelung von innerer Akzeptanz und Funktionsfähigkeit der DDR in ihrem Endstadium analysiert, auch unter der Fragestellung, inwieweit die westlichen Medien diesen Prozess vorangetrieben haben. Auf der Grundlage der eigenen „Wendezeit“-Erfahrungen Oberreuters als Westdeutscher in Sachsen befassen sich die beiden letzten Kapitel mit den Perspektiven der politischen Kultur im vereinten Deutschland. Das immer faire, aber auch kritische Verständnis des Autors für die Probleme und Schwierigkeiten der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern erweist sich dabei als besonders erkenntnisfördernd.

Am Ende ergeben die einzelnen Kapitel ein konservativ eingefärbtes, aber in seinem Skeptizismus und seiner Kritik ebenso wie in seinen appellativen Passagen präzises Lob auf die Standfestigkeit des Grundgesetzes und die Standhaftigkeit derjenigen Politiker, die ihr Handeln fest mit den Zielen des Grundgesetzes verbunden haben.

1 Hier bin ich auf einen der ganz wenigen Druckfehler des Buches gestoßen: Der Kommandeur des an der Niederschlagung des Aufstands vom 20. Juli 1944 maßgeblich beteiligten Bataillons, der sich in der Frühphase der Bundesrepublik als rechtsextremer Politiker versuchte, heißt Remer (S. 175, FN 13).

Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus – Öffnung einer Black Box der Sozialwissenschaften

Von Tom Mannewitz

Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden 2010 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 318 S.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und rechtsextremen Einstellungen gehört zu den gesicherten Erkenntnissen der Rechtsextremismusforschung. Bisherige Arbeiten beließen es aber häufig bei Vermutungen darüber, wie und warum sozioökonomische Situationen mit rechtsextremen Orientierungen zusammenhängen. Die meisten sparten Erklärungen gänzlich aus. Ziel des Essener Kulturwissenschaftlers Bernd Sommer ist es, „die genaue Beschaffenheit des vielfach postulierten und scheinbar selbst-erklärenden Zusammenhangs zwischen einer prekären sozialen Lage und erstarkendem Rechtsextremismus ausführlich zu beleuchten“ (S. 21). Der Kausalmechanismus zwischen den sozioökonomischen Umständen und solchen Einstellungen war auf Individual- wie Aggregatdatenebene bisher eine Black Box der Sozialwissenschaften, die der Autor nun zu öffnen versucht.

In Kapitel I beschreibt er zunächst die Formen sozialer Prekarisierung und deren Entwicklung in Deutschland seit 1990. Der Autor differenziert zwischen unterschiedlichen Prekarisierungspotentialen, die alle im Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitswelt stehen. Zusammenfassend ließen sich für die letzten 20 Jahre zwei Trends festhalten: Einerseits habe sich die Verbreitung neuer Beschäftigungstypen in der Entstehung vieler unsicherer Arbeitsverhältnisse zugespitzt. Andererseits sei der Anteil derjenigen, für die die moderne Arbeitsgesellschaft keinerlei Verwendung mehr habe, gewachsen – die Folge: Massenarbeitslosigkeit.

Die objektive Verunsicherung der Menschen spiegle sich in ihren subjektiven Erfahrungen wider, so Sommer. Die Folgen seien auf gesellschaftlicher Ebene der Ausschluss eines großen Personenkreises von kultureller Teilhabe und die Erosion sozialer Bindungen. Für diesen ursächlichen Zusammenhang gebe es aber lediglich Indizien – es sei vielmehr nicht geklärt, ob man von der Gleichzeitigkeit beider Phänomene auf eine kausale Beziehung schließen könne. Das ist nach Sommer aber auch nicht relevant, da nur die Wirkungen der Phänomene auf individuelle Einstellungen von Bedeutung seien. Tatsächlich ist es aber wichtig zu wissen, ob die Unsicherheit zu einer wachsenden sozialen Desintegration führt oder ob beide Phänomene ohne kausale Interaktion gleichberechtigt nebeneinander stehen – nicht zuletzt darin liegt das Erkenntnisinteresse der Arbeit. Geradezu vorbildlich hingegen arbeitet der Autor gesellschaftliche und individuelle Folgen der gestiegenen Prekarisierung heraus: die Ausbreitung von Anerkennungsdefiziten, psychische Orientierungslosigkeit, soziale Isolation sowie gestiegene Status- und Planungsunsicherheit. Diesem rein deskriptiven Abschnitt schließt sich

Kapitel II an, das die Beziehungen zwischen Prekarisierung und rechtsextremistischen Orientierungen zunächst beschreiben will. Die Sekundäranalysen qualitativer wie quantitativer Daten (u. a. vom ALLBUS-Datensatz) nährten die These, Rechtsextremismus ließe sich insbesondere auf das Gefühl der Prekarisierung, nicht zwingend auf die tatsächliche Erfahrung, zurückführen. Die Methodentriangulation, so eine weitere bemerkenswerte Erkenntnis, habe dem Konzept relativer Deprivation eine neue Bedeutung gegeben. Sie müsse mithin weniger als Ursache, denn als Indikator rechtsextremer Orientierungen angesehen werden, denn das Gefühl der relativen Benachteiligung gegenüber anderen beziehe sich, so der Autor, vor allem auf die Gruppe der Ausländer.

Der Autor nähert sich dem Problem verminderter Vergleichbarkeit bei der Nutzung verschiedener Datenquellen mit vorbildlicher Transparenz. Gleichwohl hätten konsistentere Arbeitsdefinitionen die Studie bereichert. So trennt Sommer zwar analytisch klar zwischen Einstellungen einerseits und Handlungen andererseits. Die Synthese mit Befunden der Wahlforschung führt ihn so zur Erkenntnis, dass durch Prekarisierung ausgelöste rechtsextreme Orientierungen dann in der Wahl von Rechtsaußen-Parteien mündeten, wenn Menschen ihrer über Erwerbstätigkeit vermittelten, gesellschaftlichen Teilhabechancen beraubt würden. Als problematisch erweist sich aber die Arbeitsdefinition von Rechtsextremismus, die der Autor von Richard Stöss übernimmt. So zählt zwar die Rechtfertigung des Nationalsozialismus als notwendiges Element dazu, das Ziel der Systemüberwindung aber nicht. Er verengt die Begriffsextension damit auf (Neo-)Nationalsozialismus und überdehnt sie gleichzeitig auf den Rechtspopulismus. Der Begriff verliert noch einmal dadurch an Schärfe, dass der Autor synonym von „Ressentiments“ (S. 124 f.) spricht, deren Definition sehr nah an der Begriffsbestimmung von Freund-Feind-Stereotypen liegt. Unter diese Beschreibung fiel folglich der Extremismus in toto. Es gereicht der Studie jedoch zum Vorteil, dass sich ihr Autor bei der Sekundärdatenanalyse auf Items konzentriert, die nicht auf den Ressentiment- und den obigen Rechtsextremismusbegriff verengt sind, sondern verschiedene Rechtsextremismusdimensionen (wie Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus) messen. Rechtsextremismus – so ließe sich zusammenfassen – weist größere Zusammenhänge zu Gefühlen sozioökonomischer Unsicherheit, zu pessimistischen Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung Deutschlands, zur Einkommenssituation, zum Berufsprestige und zum Gefühl der politischen Ohnmacht auf.

Das Verstehen der beschriebenen Zusammenhänge steht im Vordergrund des Kapitels III, denn hier beleuchtet Sommer mithilfe sozialpsychologischer Ansätze die Funktionen von rechtsextremen Orientierungen für sozioökonomisch verunsicherte Menschen. Rechtsextreme Ideologeme stifteten demnach vor allem Identität und Selbstwertgefühl, dienten aber auch als Orientierungs- und Integrationshilfe. Sommer arbeitet die verschiedenen, psychisch befriedigenden Wirkungen rechtsextremer Ressentiments übersichtlich und analytisch sauber ab.

Die Leistung der Arbeit liegt indessen nicht in der Überprüfung mehrerer sozialpsychologischer Forschungsansätze am Beispiel des Rechtsextremismus. Der Erkenntnisgewinn basiert vielmehr auf der modellhaften Verknüpfung von Ansätzen, die auf verschie-

denen theoretischen Ebenen angesiedelt sind und bisher nur separiert untersucht wurden. Das Forschungsergebnis lautet grosso modo: Prekarisierungserfahrungen können Menschen dann mittels rechtsextremer Orientierungen psychisch verarbeiten, wenn persönliche Erlebnisse vorher schon mithilfe von Kategorien der Ungleichwertigkeit interpretiert und verarbeitet wurden. Solche Deutungsmuster werden vorher im eigenen sozialen Milieu erlernt und selbst von Umwelteinflüssen geformt, betont Sommer. Das bedeutet, dass die psychischen Bedürfnisse, die durch Prekarisierung entstehen, durch diejenigen Orientierungen kompensiert werden können, die den bereits erlernten Deutungsmustern am nächsten stehen. Erstmals bietet also eine Studie eine empirisch fundierte Erklärung an, warum bestimmte Personen auf Arbeitslosigkeit im Besonderen und Prekarisierung im Allgemeinen mit rechtsextremen Parolen reagieren, andere aber nicht.

Die Stärken der Studie: Sommer macht den Prekarisierungsbegriff nutzbar, der über den der Arbeitslosigkeit hinausgeht und so gleich mehrere Auslöser für Rechtsextremismus repräsentiert. Darüber hinaus überprüft der Autor sogleich die Zusammenhänge zwischen Prekarisierung und rechtsextremen Ressentiments, indem er zahlreiche qualitative und quantitative Daten zur Hand nimmt. Die Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels erleichtern es dem Leser, einen roten Faden im Buch zu verfolgen. Gleichwohl irritiert die eine oder andere Schlussfolgerung – beispielsweise, wenn Sommer behauptet, die „kapitalistische Moderne“ verursache Prekarisierungstendenzen und provoziere damit Ressentiments, untersucht er doch mehrere Ursachen: die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, staatliche Umstrukturierungen, Globalisierung. Daraus bei der Auswertung einen Einheitsbrei zu kochen, wird der Multikausalität des Phänomens nicht gerecht.

Die Argumentation Sommers läuft derweil ins Leere, wenn man erklären will, warum andere Menschen auf Prekarisierungserfahrungen mit linksextremistischen Einstellungen und derartigem Verhalten reagieren – wie vielfach in Ostdeutschland und im restlichen Europa zu beobachten ist. Sommer behauptet nämlich, es seien die spezifisch rechtsextremistischen Orientierungen, die eine psychische Bedürfnisbefriedigung versprächen. Doch nicht rechtsextremistische Einstellungen scheinen die genannten Kompensationsfunktionen zu erfüllen, sondern extremistische Orientierungen im Allgemeinen. In Übereinstimmung mit Sommer gibt die Sozialisation der Menschen einen Hinweis darauf, ob diese Einstellungen zu rechtsextremistischen Orientierungen (Deutungskultur der Ungleichwertigkeit) oder zu linksextremistischen Orientierungen (Deutungskultur der Gleichwertigkeit und Gleichheit) tendieren. Unberührt davon bleibt aber die Frage, warum einige Menschen überhaupt nicht mit Extremismus auf ihre Prekarisierungserfahrungen reagieren.

Fazit: Indem der Autor sozialpsychologische und kulturelle Ansätze zu einem – wenn auch viel zu kurz und nur schemenhaft abgehandelten – Modell integriert, öffnet er die genannte Black Box einen breiten Spalt. Gleichwohl hätte ihn eine vergleichend angelegte Analyse vor Fehlschlüssen bewahrt. Es ist nun an der Anschlussforschung, die Zusammenhänge zu überprüfen, inhaltlich zu präzisieren, zu quantifizieren und den Zusammenhang zwischen Prekarisierungserfahrungen und anderen Extremismusvarianten zu untersuchen.

Die Wähler der neuen Rechten

Von Kai Arzheimer

Tim Spier, Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 302 S.

In fast allen westeuropäischen Ländern sind in den letzten drei Jahrzehnten elektoral relevante Parteien entstanden, die als „rechts“ einzuordnen sind, sich aber in ihrer Programmatik, ihrem politischen Stil und oft auch in ihrer internen Organisation deutlich von den bereits existierenden konservativen oder christdemokratischen Parteien abheben. In der Literatur wurde eine Vielzahl von Bezeichnungen wie „rechtsradikal“, „rechtsextrem“ oder „rechtspopulistisch“ vorgeschlagen, um die Besonderheiten dieser Parteiengruppe zu charakterisieren, ohne dass sich ein einziger Begriff hätte durchsetzen können. Mindestens ebenso umfangreich wie die deutschsprachige und internationale Literatur zu diesen Parteien selbst ist das Schrifttum, das sich mit ihren Wählern beschäftigt. Neben einer nicht mehr überschaubaren Zahl von Länderstudien wurden seit den Pionierstudien der achtziger und frühen neunziger Jahre eine ganze Reihe von vergleichenden Analysen publiziert,¹ die die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Elektoraten der neuen Rechtsparteien in den Blick nehmen. Dabei zeigte sich immer wieder, dass die Parteien der extremen Rechten in den verschiedenen Ländern eine vergleichbare soziale Basis haben und von denselben Themen – vor allem der Frage nach dem Zuzug von Nicht-Westeuropäern – profitieren.

In den Reigen dieser Analysen reiht sich nun die Dissertation von Tim Spier ein. Der Aufbau des Buches entspricht der fast schon kanonischen Struktur einer Wähleranalyse: Auf die Einleitung folgt die Diskussion von Grundbegriffen, Indikatoren und Hypothesen, an die sich ein Überblick über die verwendeten Daten (in diesem Fall die beiden ersten Wellen des European Social Survey von 2002 und 2004) und die eigentlichen Analysen anschließen.

Von vergleichbaren Arbeiten unterscheidet sich Spiers Beitrag vor allem dadurch, dass er sich auf einen einzigen Ansatz zur Erklärung der Wahl rechtspopulistischer (dies ist der von ihm bevorzugte Begriff) Parteien, nämlich auf die sogenannte „Modernisierungsverliererhypothese“ konzentriert und wesentliche Teile dieses Ansatzes in einer Vielzahl von Operationalisierungen empirisch überprüft. Dabei gelangt er zu dem Schluss, dass fast unabhängig von der exakten Operationalisierung bzw. Definition das Merkmal „Modernisierungsverlierer“ in allen acht untersuchten Ländern (Belgien,

1 Siehe Hans-Georg Betz, *The New Politics of Resentment. Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe*, in: *Comparative Politics* 25 (1993), S. 413-427; Klaus von Beyme (Hrsg.), *Right-Wing Extremism in Western Europe*, London 1988; Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995.

Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz) die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer rechtspopulistischen Partei signifikant erhöht.

Die Zahl der von Spier überprüften Operationalisierungen ist beeindruckend: Neben eher naheliegenden Größen wie Arbeitslosigkeit und Klassenzugehörigkeit untersucht er den Effekt sieben weiterer Variablen, darunter die „soziale Exklusion“ der Betroffenen oder die Arbeit in einem „prekären“ Beschäftigungsverhältnis. Diese konzeptuelle Vielfalt ist kein Ausdruck von Beliebigkeit, sondern resultiert aus Spiers umfassender Lektüre der Literatur zum Modernisierungsverlierer-Ansatz. Als dessen bekannteste Vertreter können zumindest im deutschen Sprachraum Scheuch und Klingemann gelten.² Neben diesem Klassiker berücksichtigt Spier aber noch eine ganze Reihe ähnlicher Ansätze, die er zu einer (rekonstruierten) Modernisierungsverlierer-Theorie zu verbinden versucht. Ganz generell verfügt Spier über einen ausgezeichneten Überblick über die deutschsprachige und internationale Literatur zu seinem Gegenstand.

Sein Buch ist stringent aufgebaut und in weiten Teilen sehr gut lesbar, wenn man einmal davon absieht, dass der parallele Test von neun in Teilen doch recht ähnlichen Operationalisierungen, die sich alle auf denselben Gegenstand beziehen, zwangsläufig gewisse Redundanzen beinhaltet. Zu bemängeln wäre im theoretischen Teil des Buches allenfalls, dass der Autor aus der komplexen Verkettung kausaler Mechanismen, die Scheuch und Klingemann skizzieren;³ nur das letzte bzw. vorletzte Glied, nämlich die – eventuell über „rechtsaffine“ Entscheidungen vermittelte – Verknüpfung zwischen Gruppenzugehörigkeit und Wahlentscheidung betrachtet. Dies führt im Ergebnis zu einer extrem fokussierten, aber auch sehr braven Analyse mit vorhersehbaren Ergebnissen.

Auch die empirische Überprüfung der Hypothesen bewegt sich im Rahmen des Erwartbaren. Einige der Kreuz- und Mittelwerttabellen hätten ohne weiteres in einen Anhang verschoben oder ganz entfallen können. Die multivariaten Analysen beschränken sich auf binäre logistische Regressionen über den Gesamtdatensatz von acht Ländern, in denen Wähler der rechtspopulistischen Parteien allen anderen Wählern gegenübergestellt werden. Richtigerweise schließt Spier die Existenz von Ländereffekten nicht a priori aus, sondern rechnet stets eine Variante seiner Modelle, die entsprechende Dummy-Variablen enthält. Dabei zeigt sich durchgängig, dass Unterschiede in der Zusammensetzung der Elektorate (etwa ein größerer Anteil von Modernisierungsverlierern oder politisch Unzufriedenen in einem Land) die großen Unterschiede in den Erfolgen der rechtspopulistischen Parteien etwa zwischen Deutschland und Österreich nicht voll-

2 Siehe Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12 (1967), S. 11-29.

3 Siehe dazu Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter, Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens, in: Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (Hrsg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden 2002, S. 85-107.

ständig zu erklären vermögen. Wodurch diese Unterschiede zustande kommen, bleibt weitgehend unklar und ist mit dem European Social Survey auch nicht zu klären. Dies ist nicht dem Autor anzulasten: Für eine weitergehende Analyse werden neben den Individualdaten auch längsschnittliche Makro-Daten benötigt, deren Analyse über Spiers Zielsetzung hinausgeht und eigene Probleme mit sich bringt.

Trotzdem hätte man sich gerade im letzten Teil der Arbeit gewünscht, dass der Autor analytisch noch etwas stärker in die Tiefe geht und beispielsweise prüft, ob die Variablen, die den Status als Modernisierungsverlierer repräsentieren, in allen Ländern den gleichen Effekt haben. Vor allem hätte man aber die von Scheuch und Klingemann postulierten Mechanismen, nach denen objektive Eigenschaften und subjektive Einstellungen bei der Wahl der Rechten zusammenspielen, noch etwas differenzierter betrachten können. Spier nähert sich dieser Frage, indem er nach der ausführlichen Betrachtung objektiver Merkmale analog dazu die Wirkung von Einstellungen untersucht und schließlich beide Variablengruppen in einem Gesamtmodell kombiniert, das – zusammen mit den Ländereffekten – die Wahl der rechtspopulistischen Parteien recht gut erklären kann. Positiv hervorzuheben ist hier vor allem, dass Spier die Wirkung eines generalisierten Misstrauens gegenüber anderen Menschen („Misanthropie“) berücksichtigt und so eine Verknüpfung mit der Sozialkapitaldebatte und der älteren Diskussion über soziale Desintegration und Rechtsextremismus herstellt.

Darüber hinaus zeigt sich, dass sich die Effekte der Modernisierungsverlierer-Variablen gegenüber dem Ausgangsmodell deutlich abschwächen, wenn die Einstellungen kontrolliert werden. Dieser Befund bedeutet, dass ganz im Sinne der Theorie die Einstellungen der befragten Wähler zumindest teilweise als eine intervenierende Variable wirken. Zugleich gibt es aber (1) Effekte des Modernisierungsverlierer-Status auf die Wahlentscheidung, die unabhängig von den hier betrachteten Einstellungen sind und (2) Antezedenzen der Einstellungsvariablen, die nichts mit dem Modernisierungsverlierer-Status zu tun haben. Mit Hilfe eines Pfadmodells hätte man die entsprechenden Kausalpfeile direkt abbilden und ihre Relevanz über die acht Länder hinweg vergleichen können, was das Argument noch einmal etwas stärker gemacht hätte.

Dies alles tut der Leistung des Autors keinen Abbruch. Tim Spier hat mit akribischer Gründlichkeit den zentralen Aspekt einer der prominentesten Ansätze zur Wahl der neuen Rechten operationalisiert. Dass Modernisierungsverlierer eine überproportionale Neigung zur Wahl der neuen Rechten haben, wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion allzu oft als selbstverständlich vorausgesetzt. Spiers Verdienst ist es, auf breiter empirischer Basis gezeigt zu haben, dass dies in acht wichtigen westeuropäischen Ländern tatsächlich der Fall ist.

Was erklärt die Erfolge der Parteien rechts von der Union?

Von Jürgen R. Winkler

Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 457 S.

Seit den achtziger Jahren haben rechtspopulistische und -extremistische Parteien in mehreren Ländern Europas zum Teil beträchtliche Wahlerfolge verzeichnen können. Anders als etwa in Belgien und Frankreich, Österreich und der Schweiz, Dänemark und nun Finnland haben die extrem rechten Parteien in der Bundesrepublik auf nationaler Ebene bislang keine bedeutende Rolle gespielt. Andererseits haben seit 1989 zunächst die Republikaner und später auch die DVU und die NPD bei Landtagswahlen in einigen Bundesländern viel beachtete Ergebnisse erzielt. Während die Republikaner nach ihren frühen Erfolgen jedoch fast gänzlich von der politischen Bühne verschwunden sind, hat die NPD, die nach dem knappen Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1969 ein Vierteljahrhundert aus dem Wählermarkt verdrängt worden war, in mehreren Bundesländern wieder an die frühen Wahlerfolge aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre anknüpfen können. Trotz der nunmehr zwei Jahrzehnte andauernden Bemühungen der empirischen Wahlforschung, die Wahl extremer Parteien zu erklären, harret die Frage nach den regionalen Erfolgen und Misserfolgen der Rechtsaußenparteien in der Bundesrepublik Deutschland einer befriedigenden Antwort.

Vor diesem Hintergrund ist es äußerst lobenswert, dass Henrik Steglich die Bedingungen für die regionalen Wahlerfolge extrem rechter Parteien in der Bundesrepublik auszumachen versucht. Ihre Kenntnis ermöglicht nicht nur die Erklärung vergangener Erfolge und Misserfolge der Rechtsaußenparteien. Unter Hinzuziehung der Daten der sich wandelnden Rahmenbedingungen erlauben sie schließlich auch Aussagen über die Zukunftschancen dieser Parteien. Der Verfasser hat seine flüssig zu lesende, gut strukturierte und kenntnisreiche Untersuchung in fünf größere Teile gegliedert. Vorangestellt ist ein einführendes Kapitel, in dem er die Problemlage darlegt, die Fragestellung expliziert und den Gang der Untersuchung skizziert. Nachgestellt ist eine Ergebniszusammenfassung, die dem eiligen Leser die wichtigsten Resultate der Arbeit gut aufbereitet. In einem der Theorie und Methode gewidmeten Teil gibt der Autor zunächst einen ausgezeichneten, an den Ergebnissen orientierten Überblick über die Wahl rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien, um auf dieser Grundlage die Bedingungen zu identifizieren, die in der vergleichenden empirischen Analyse berücksichtigt werden sollen, auch wenn einige Missverständnisse bei der Methodologie umfragebasierter Studien über die Wahl rechtsextremer Parteien unverkennbar sind. Anschließend beschreibt er die hinsichtlich ihrer grundlegenden Logik auf John Stuart Mill zurückgehende, von Charles Ragin ausgearbeitete QCA-Methode und ihre Fuzzy-Sets-Erweiterung und be-

gründet, warum er gerade diese Methode zur Beantwortung der eingangs erwähnten Frage wählt. Auf annähernd 90 Seiten bringt Henrik Steglich im folgenden Teil sehr detailliert die Untersuchungsfälle, das benutzte Datenmaterial sowie die empirische Fassung der herangezogenen Konzepte einschließlich ihrer Überführung in ein Fuzzy-Set zu Papier. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 1990 bis 2005. Untersuchungseinheiten sind die 57 in diesem Zeitraum abgehaltenen Landtagswahlen. Als Rechtsaußenparteien werden die Republikaner, die NPD und DVU sowie die Schill-Partei und Pro DM in die Analyse einbezogen. Die zur Erklärung der Wahlerfolge dieser Parteien berücksichtigten Variablen sind folgende: die Resonanz von Themen der Rechtsaußenparteien in der Bevölkerung, die wirtschaftliche Situation, die Mitgliederdichte der etablierten Parteien, die Konkurrenzsituation der Rechtsaußenparteien, ihre Organisationsstärke und ihre finanzielle Ausstattung sowie ihre ideologische Ausrichtung. Die Auswertung der Daten erfolgt sodann im nachfolgenden vierten Teil der Studie. In zwei Schritten geht Steglich den notwendigen und den hinreichenden Bedingungen für die regional und temporär stark divergierenden Erfolge der Rechtsaußenparteien im Untersuchungszeitraum nach. Bei der Auswertung bedient er sich der eigens für die Makroanalyse entwickelten, frei verfügbaren Software „fsQCA“. Im fünften Teil des Buches widmet sich der Verfasser schließlich den Zukunftschancen der Parteien. In drei, der NPD, DVU und den Republikanern gewidmeten Unterkapiteln skizziert er die Programmatik und finanziellen Ressourcen, die Mitgliederentwicklung und strategische Ausrichtung dieser Parteien und spekuliert auf dieser Grundlage über deren zukünftige Entwicklung. Um eine systematische, im Lichte der Befunde des vorausgegangenen Teils geleitete Analyse der Zukunftschancen der genannten Parteien handelt es sich allerdings nicht. Darüber hinaus enthält das Buch einen rund 170 Seiten umfassenden Anhang, in dem vor allem die Datengrundlage präsentiert wird und speziellere methodische Spezifikationen und Erläuterungen ausgebreitet werden. Die ausführliche Beschreibung der Daten und Operationalisierungen der verwendeten Konzepte erlaubt allen, die Zweifel an den Befunden zu den Erfolgsbedingungen der extrem rechten Parteien äußern, das Nachprüfen der Ergebnisse.

Die Resultate der Studie überraschen nicht. Folgt man Henrik Steglich, so ist die Themenagenda eine notwendige Bedingung für die Wahl extrem rechter Parteien in der Bundesrepublik. Der Einfluss der Medienberichterstattung über Ausländer, Migration und Asyl auf die Wahl dieser Parteien ist schon häufiger herausgestellt worden. Zumindest missverständlich ist die Aussage, dass die Erfolge der Rechtsaußenparteien nur möglich gewesen seien, weil diese die richtigen Themen gesetzt hätten. Als vorteilhaft haben sich nach Steglich zudem eine angespannte wirtschaftliche Lage, die Mitgliederdichte der etablierten Parteien und die Abwesenheit einer Konkurrenz im rechten Lager gezeigt. Darüber hinaus weist der Autor auf einige länder- und parteispezifische Besonderheiten hin. So habe sich die NPD etwa in Sachsen und die Partei der REP Anfang der 1990er Jahre in Baden-Württemberg durchsetzen können, weil die etablierten Parteien dort vergleichsweise schwach verankert (gewesen) seien. Und auch der hohe Kostenaufwand der DVU habe sich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen bei einigen Wahlen

ausgezahlt. Ob derartige Aussagen die Erfolge und Misserfolge der Parteien rechts von der Union wirklich erklären?

Mit Henrik Steglich ist nicht auszuschließen, dass unterschiedliche Bedingungsgefüge von Kontextvariablen die Erfolge rechtsextremer Parteien im europäischen wie bundesdeutschen Kontext erklären. Insofern ist ihm auch zuzustimmen, dass es durchaus unterschiedliche Pfade geben kann, die extrem rechte Parteien einschlagen können, um bei Wahlen in der Bundesrepublik erfolgreich zu sein. Auf der anderen Seite übersieht er aber die in seiner Arbeit kaum thematisierten Grenzen des von ihm gewählten QCA-Ansatzes. Nicht nur angesichts der geringen Anzahl von Untersuchungseinheiten und der wenigen in die Analyse einbezogenen unabhängigen Kontextvariablen dürfte es schwer sein, die verschiedenen Bedingungsgeflechte zu identifizieren, die die Erfolge der rechtsextremen Parteien erklären. Selbst wenn es auf einer breiteren Datengrundlage und ausgereifter statistischer Spezifikationen gelänge, die notwendigen und hinreichenden Bedingungsgefüge auszumachen, können diese vom methodologischen Standpunkt aus den auf der Individualebene formulierten Aussagensystemen nicht entgegengesetzt werden. Sie haben einen eigenen Erkenntniswert und können den sich methodisch auf Umfragen stützenden, an Aussagen über die Bürger interessierten Forscher anregen, die extrahierten Bedingungsgefüge als Kontextvariablen den Individualdaten anzufügen, um auf diese Weise theoretisch angeleitete, die Erkenntnisse verschiedener Forschungszweige einbeziehende Mehrebenenanalysen durchzuführen.

Gutes Buch, guter Politiker

Von Matthias Rößler

Peer Steinbrück, Unterm Strich, Hamburg 2010 (*Hoffmann & Campe*), 480 S.

Der Diplomvolkswirt, der frühere Ministerpräsident und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bringt die Dinge, um die es in Deutschland und Europa wirklich geht, mit hanseatischer Kürze auf den Punkt. Er hat das Buch Zeile für Zeile, wie er sagt, selbst geschrieben. Es gelingt ihm, die Gedanken zu ordnen, die der Leser regelrecht aus ihm sprudeln sieht. Mit Informationen, Fakten und profunder Kenntnis der komplexen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge liefert er eine solide Analyse des Zustandes unseres Gemeinwesens. Er behält diese Analyse nicht für sich und opfert sie nicht einer wählerschonenden politischen Korrektheit. Steinbrück bietet auch Lösungen an, ohne die Zwänge zu verschweigen, unter denen Politiker, die an der Macht sind, stehen. „Das Schlimme sind Politiker, die nicht tun, was sie wissen.“

Das Gute an seinem Buch ist, dass er sich nicht allein auf die Finanzkrise beschränkt, sondern umfassend die internationalen Wirtschafts- und Finanzsysteme in Zeiten der Globalisierung ausleuchtet. Er analysiert den Einfluss auf unsere Gesellschaft in Deutschland und beschreibt die sozialen Fliehkräfte, denen unsere Parteiendemokratie unterworfen ist. Insbesondere beschreibt er dabei Gesicht und Substanz einer politischen Elite, die durch einen eigenartigen Ausleseprozess, durch eine „Ochsentour“, am Ende an die Schalthebel der Macht gelangt. Steinbrücks Hauptthemen: Neuverteilung des globalen Wohlstandes, Neuverteilung der Gewichte der globalen Mächte, der Aufstieg Chinas und der Niedergang Amerikas. Als Sozialdemokrat von altem Schrot und Korn beschreibt er realistisch, in welchem Schraubstock unser Sozialstaat steckt und in welches Korsett die etablierte Politik eingezwängt wird. Die delicate Beziehung zwischen Politik und Medien kennt er aus eigener Erfahrung, trotzdem hält er an seinen Grundsätzen von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit unverrückbar fest. Ihm liegt an einer Neuvermessung der Politik.

Die von vielen nach 1990 erträumte „schöne neue Welt“ hat uns eingeholt. Der Wohlstand verschiebt sich mindestens teilweise von den alten Industrieländern des Westens, von Europa und Nordamerika, nach Osten. Steinbrück konstatiert nüchtern den Aufstieg Chinas, Indiens und der asiatischen Tigerstaaten, aber auch den Brasiliens und möglicherweise der Türkei. Er stellt wie viele von uns fest, das Modell der (sozialen?) Marktwirtschaft müsse nicht automatisch mit einem demokratischen Überbau verbunden sein. Die alte marxistische Dialektik von Basis und Überbau scheint auch mit einer staatskapitalistischen Basis und einem autoritären Ein-Parteiensystem im gesellschaftlichen Überbau zu funktionieren. China, Vietnam, aber auch Singapur sind Beispiele. Steinbrück weist auf die eigenartige Symbiose der Turbokapitalisten in China und Amerika hin und benutzt dafür den inzwischen eingeführten Begriff „Chimerika“. Mittlerweile

ist die Volksrepublik China nicht nur der Exporteur billiger Massenartikel für US-amerikanische Konsumenten, sondern auch der große Gläubiger für den Schuldenmacher USA. Mit seiner Währungsreserve von 2,8 Billionen Dollar kauft das wieder erwachte „Reich der Mitte“ Land in Afrika, Technologiekonzerne sowie Autofirmen im Westen und errichtet moderne Infrastruktur. Am liebsten ist den Chinesen der Zugriff auf jede Art von Technologie und modernes Know-how. Die große Frage bleibt, ob China auf Dauer die Staatsdefizite der letzten Supermacht decken und damit finanziell für die Kriege und den Konsum der Amerikaner aufkommen wird.

Wenn sich Steinbrück der Europäischen Union zuwendet, stellt er vor allem die Konservierung überholter Strukturen fest. Eine EU, die 40 Prozent ihres Haushaltes in die europäische Landwirtschaft steckt, investiert nicht in die Zukunft. Der Autor wirft zu Recht die Frage auf, ob Europa in dieser dynamischen Welt bald abgehängt wird. Er lässt keinen Zweifel daran, dass Deutschland nur mit Europa in der „Champions League“ einer multipolaren Welt spielen kann. Peer Steinbrück, der mehr Europa will und dafür die Abgabe weiterer deutscher Souveränitätsrechte in Kauf nimmt, stellt europäische Gewissheiten in Frage – sei es nun das demografische Gleichgewicht, sei es den Euro, sei es den Wohlstand, sei es den Sozialstaat. Kernprobleme sind für ihn die Staatsverschuldung, die maroden Banken und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in der EU. Das vereinigte Europa war für ihn die Antwort auf die endlosen Kriege unserer Geschichte, in denen unsere Großväter und Väter verheizt wurden. Deshalb ist für ihn die Erhaltung des Euro Voraussetzung für politische Stabilität. Ein Zerfall des Euro und die von manchen geforderte Wiedereinführung der D-Mark sind für ihn inakzeptabel. Dies verteuerte die Exporte des „Exportweltmeisters“ Deutschland und würde zu einem Übergreifen der Instabilität der Nachbarländer auf Deutschland führen. Steinbrück sieht unser Land als Stabilitätsanker. Wenn vor zehn Jahren Deutschland als „kranker Mann Europas“ galt, ist es heute gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Der Autor will die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Partner stärken. Dazu brauchen diese Unterstützung und Transfers, die allerdings an die Bedingung strikter Haushaltsdisziplin zu binden sind und mit Sanktionen flankiert werden sollen. Ob die betroffenen Länder zur Disziplin bereit sind und die Sanktionen wirklich durchgesetzt werden?

Nach Steinbrück ist die Binnenkonjunktur in Deutschland schwach und in den letzten 20 Jahren gibt es keine Kaufkraftsteigerung der Konsumenten. Er setzt sich deshalb für einen Mindestlohn ein. Die hohe Sparquote sei vor allem auf die Steigerung der höheren Einkommen zurückzuführen. Steuererleichterungen in diesem Land nutzen nach seiner Einschätzung nur den oberen Einkommen. Diese will er durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, einer stärkeren Besteuerung der Kapitaleinkünfte und Einbeziehung der Selbständigen in Renten und die Sozialversicherung stärker belasten. Löhne und Gehälter müssten real steigen, um den Konsum der unteren Einkommenschichten zu fördern. Überhaupt plädiert er für mehr steuerfinanzierte Sozialmodelle, die demografiefester gemacht werden sollen.

Erfrischend ist immer wieder Steinbrücks Ehrlichkeit. Für ihn war die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU ebenso ein Fehler wie die Aufnahme von Portugal

und Griechenland in die Währungsunion. Eine vertiefte Integration der beiden Strukturen wäre notwendiger gewesen. Aus „Schaden wird man klug, aber nicht reich“, hätte meine Urgroßmutter gesagt. Wenn Steinbrück keine Eurokrise, sondern die Refinanzierungskrise einiger Euroländer auf dem Finanzmarkt sieht, möchte man ihm beinahe zu seinem Optimismus gratulieren. Dass er nicht nur den Steuerzahler für die gewaltigen Kosten aufkommen lassen will, sondern auch die Gläubigerbanken in Mithaftung nehmen will, ist überaus gerecht. Mit der Feststellung, die „Fiskalkrise“ sei auf der Ebene der kommunalen Haushalte angekommen und beutele besonders unsere Städte und Gemeinden, beweist er als Politiker Bodenhaftung. Dass der ehemalige Bundesfinanzminister das Verschuldungsverbot ins Grundgesetz gebracht hat, wird ihm als bleibendes historisches Verdienst angerechnet. Sein selbstbewusster Verweis auf die Reformerfolge Deutschlands in der Ära des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und während der recht erfolgreichen schwarz-roten Koalition nimmt man ihm gern ab. Ich kann verstehen, dass Angela Merkel gern mit Peer Steinbrück zusammen gearbeitet hat.

Zum Thema „Parteiendemokratie in Deutschland“, zu Gesicht und Substanz des politischen Personals, spricht Peer Steinbrück mir aus dem Herzen. Als solide ausgebildeter Volkswirt kann er fundierte Kritik an den Karrierepfaden junger Politiker in Deutschland üben. Da stimmt ihm der Ingenieur und politische Quereinsteiger Matthias Rößler zu, obwohl wir uns damit keine Freunde in der „politischen Klasse“ machen. Plastisch beschreibt Steinbrück den jahrzehntelangen Weg von Jungpolitikern durch Schüler- und Jugendorganisationen ihrer Parteien, ihr endlos langes Hocken in Ortsversammlungen und Kreisvorständen und die von der Mehrheit der Gesellschaft inzwischen abgeschottete Parallelwelten in Gremien- und Parteihierarchien. Trotzdem sieht er in der Parteiendemokratie die einzige Möglichkeit, Mehrheitsentscheidungen in unserer Gesellschaft zu treffen.

Nur Parteien können innerhalb ihrer Strukturen den programmatischen und organisatorischen Grundstock für funktionierende Wahlen liefern. Er sieht auch keine andere Möglichkeit als die Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen, die Mehrheiten zu großen politischen Themen in Parlament und Gesellschaft organisieren können. Den unzufriedenen Wahlbürger fordert er zur Wahlteilnahme auf. Wem die kandidierenden „Pappnasen“ nicht gefallen, sollte sich selbst zur Wahl stellen. Der richtige Einstieg in die Politik ist eben nicht – wie bei vielen jungen Politikern – gleich der Bundestag, sondern der Gemeinderat oder das Stadtparlament.

So sehr Steinbrück die repräsentative Demokratie auf Bundesebene ohne angemessene Alternative erscheint, so plädiert er gleichwohl für mehr Plebiszite in wichtigen Fragen. Themen für solche Volksabstimmungen wären für ihn beispielsweise die Wiedervereinigung und die Einführung des Euro gewesen. Innerhalb der Parteien votiert er für Mitgliederbefragungen, insbesondere bei der Benennung von Spitzenkandidaten. Manchmal spürt der Leser Anflüge von Resignation, wenn Steinbrück keinen Lerneffekt bei angloamerikanischen Bankern aus der Finanzkrise feststellt und wenn keine Regulierung der Finanzmärkte und Banken auf anstehenden G-20 Treffen in Sicht ist. Das ist

für ihn eine Ursache dafür, warum Politiker und Banker zu Beginn der globalen Finanzkrise das anfangs so hohe Vertrauen in die Gestaltungskraft von demokratischen Staaten bei den Wählern verspielen. Steinbrück sieht in den Landesbanken zu Recht ein Systemrisiko des deutschen Bankenwesens. Als nordrheinwestfälischer Ministerpräsident und als Bundesfinanzminister hat er daran leider nichts ändern können. Ich wünsche Peer Steinbrück, der manchmal als Kanzlerkandidat der SPD genannt wird (er würde im Erfolgsfall garantiert nicht die Partei Die Linke in eine Koalition einbeziehen), Gestaltungsmacht in seinem weiteren politischen Leben. Er bleibt für mich ein ausgezeichnete Bundesfinanzminister, mit dem mich eine große politische Übereinstimmung verbindet.

Extremismus in Daten und Trends

Von Madeleine Petschke

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.verfassungsschutz.de>*), 442 S.

Seit mehr als 40 Jahren veröffentlicht das Bundesministerium des Innern in einer jährlichen Broschüre Informationen „über Art und Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen, sowie über Organisationen und Gruppierungen, die sich aktiv gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung richten“ (S. 3). Dieser umfassenden Berichtserstattung liegt das Konzept der streitbaren Demokratie zugrunde, dessen Wesensmerkmale – Wertgebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung des Demokratieschutzes – untrennbar miteinander verbunden sind. Das Periodikum hat sich als sachkundige Quelle für Extremismus- und Demokratieforscher erwiesen und zeichnet sich vor allem durch seine strukturelle Kontinuität aus. Zu den zentralen Arbeitsfeldern zählen erneut „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus/islamistischer Terrorismus“, „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“, „Geheim- und Sabotageschutz“ sowie „Scientology-Organisation“. Insofern wirkt die Aussage des Bundesinnenministers, Thomas de Maizière, die Abwehr von Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland sei ein „neuer Schwerpunkt“ (S. 3), unfreiwillig komisch, ist sie doch vielmehr ein „alter“ Hut. Schon sein Vorgänger, Wolfgang Schäuble, unterrichtete über „Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten“, und im Vergleich zum Vorjahr umfasst die Berichterstattung gerade einmal zwei Seiten mehr. Dass die Verfassungsschutzberichte (VS-Berichte) nur bedingt wissenschaftlichen Standards genügen, ist indes offenkundig – wie das methodische Vorgehen auch in diesem Berichtsjahr verdeutlicht: Während im ersten Kapitel zum Rechtsextremismus überblickshaft „Ideologie“, „Entwicklungen im Rechtsextremismus“, „Organisation und Personenpotenzial“, „Periodische Publikationen“, „Rechtsextremistische Aktivitäten im Internet“ und „Rechtsextremistische Kundgebungen“ erläutert werden, beschränkt sich das erste Kapitel der Darstellung des linksextremistischen Spektrums auf „Entwicklungen im Linksextremismus“, „Organisation und Personenpotential“ sowie „Verlage, Vertriebe und periodische Publikationen“. Gleichwohl schadet diese Methode nicht der angemessenen Information der Öffentlichkeit über Entwicklungen im Bereich des politischen Extremismus.

Der rückläufige Trend rechtsextremistischen Personenpotenzials setzte sich 2009 fort. Ende des Jahres sank die Zahl der Mitglieder in den 195 (2008: 156) rechtsextremistischen Organisationen und Personenzusammenschlüssen auf 26.600 Personen (2008: 30.000; 2007: 31.000): der tiefste Stand seit der deutschen Einheit. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (6.800; 2008: 7.000) verzeichnete ebenso

wie die Deutsche Volksunion – Die neue Rechte (DVU) (4.500; 2008: 6.000) Verluste in ihrem Mitgliederbestand. Im Bereich des Rechtsextremismus bleibt die NPD somit mitgliederstärkste Partei. Die Verfassungsschützer registrierten 2009 ebenfalls einen Rückgang an Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, von 19.894 (2008) auf 18.750; bei 81,5 Prozent handelte es sich um Propagandadelikte oder Fälle von Volksverhetzung. Im Vergleich zum Vorjahr nahm auch die Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten gegen (mutmaßliche) Linksextremisten leicht ab (2009: 300; 2008: 351). Im selben Zeitraum schrumpfte zudem der Kreis gewaltbereiter Rechtsextremisten auf 9.000 Personen (2008: 9.500). Eine Entwarnung könne er jedoch nicht geben, so Bundesinnenminister de Maizière (vgl. S. 6): Immerhin erreichte die Gesamtzahl der dem neonationalsozialistischen Spektrum zugerechneten Personen einen neuen Höchststand, wenngleich sie sich nur minimal um vier Prozent auf 5.000 (2008: 4.800) steigerte. Die Hintergründe zum Verbot des neonationalsozialistischen Vereins Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V. (HDJ), der bundesweit etwa mehr als 400 Aktive zählte, werden im VS-Bericht kurz und bündig abgehandelt. Leider versäumen die Sicherheitsbehörden näher auf Art. 18 GG einzugehen. Vor dem Hintergrund der in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Debatte um ein Verbotsverfahren gegen die NPD hätte es sich angeboten, die Bundesbürger über die rechtlichen Unterschiede zwischen Vereinsverbot und Parteiverbot (Art. 21 Abs. 2 GG) aufzuklären.

Auf 27 Seiten berichten die Verfassungsschützer vergleichsweise ausführlich (DVU: 9 Seiten) über die ideologische, organisatorische und strategische Entwicklung der NPD. Ungeachtet geringfügiger Veränderungen herrschte 2009 eher Kontinuität vor: Die Bestätigung von Udo Voigt im Amt des Parteivorsitzenden auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der NPD am 4./5. April 2009 konnte den Führungsstreit nicht beenden, die Partei ist nach wie vor finanziell schwer angeschlagen, und die Wahlerfolge blieben hinter den eigenen Erwartungen zurück. Der Bericht bietet keine erhellende Auseinandersetzung über die Auswirkungen des Todes des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Jürgen Rieger. Das muss verwundern, war doch der Hamburger Rechtsanwalt über Jahre maßgeblicher Geldgeber der NPD und galt er als Wortführer für die neonationalsozialistischen Strömungen in der Partei. Ebenso offen lassen die Sicherheitsbehörden Fragen nach dem Gefahrenpotenzial einer möglichen Fusion von NPD und DVU nach der Auflösung Deutschlandpakts Ende 2009. Die DVU befand sich im Berichtsjahr in einer Umbruchphase. Das ehemalige NPD-Mitglied Matthias Faust löste den langjährigen Vorsitzenden der Partei, Gerhard Frey, am 11. Januar 2009 in seiner Funktion ab. Die Hintergründe des Führungswechsels finden keine Erwähnung; ungeklärt bleibt auch, warum der Parteigründer sein finanzielles Engagement einstellte und damit die ohnehin angespannte finanzielle Lage der DVU verschärfte. Aus dem Rückzug Freys folgern die Verfassungsschützer, dass die *National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung* (NZ) ihre Funktion als Presseorgan der Partei verloren habe (vgl. S. 102). Dieses Urteil ist nicht nachvollziehbar – nicht zuletzt deshalb, weil noch im Vorjahresbericht zu lesen war, die Zeitung sei eine der auflagenstärksten periodischen Publikationen im deutschen

Rechtsextremismus, und dass neben Frey auch „andere hochrangige DVU-Funktionäre [...] regelmäßig als Autoren oder Redakteure für die NZ tätig“ sind. Bedeutet die künftige Nichterwähnung der NZ im VS-Bericht, dass die Verfassungsschützer die Zeitung nicht mehr als rechtsextremistisch einstufen? Bedenkt man, dass in den vorangegangenen VS-Berichten die Untersuchung von Zielsetzung und Methode der DVU fast ausschließlich auf Grundlage von NZ-Artikeln erfolgte, ist ebenfalls fraglich, ob den Sicherheitsbehörden fortan ausreichend Quellenmaterial für ihre Gefahrenanalyse zur Verfügung steht.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Personenpotenzial linksextremistischer Organisationen und Personenzusammenschlüsse auf etwa 31.600 (2008: 31.200) Personen leicht an. Die bedeutendste Partei im linksextremistischen Umfeld ist Die Linke mit 77.600 Mitgliedern (2008: 76.100). Trotz wiederholter Forderungen der Linken, die Beobachtungen durch den Verfassungsschutz einzustellen, sammelte und wertete die Behörde weiterhin Informationen über die Partei aus. Noch immer lägen zahlreiche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen innerhalb der Linken vor; insbesondere erwähnte der Jahresbericht „die uneinheitliche Haltung gegenüber der linksextremistischen Gewalt und die vollumfängliche Akzeptanz von offen extremistischen Zusammenschlüssen in ihren Reihen“ (S. 173), wie etwa gegenüber der Kommunistischen Plattform (KPF) mit ihren rund 1.100 Mitgliedern. Dennoch fehlt ein Überblick zur aktuellen Entwicklung der Partei bei Wahlen, der im Hinblick auf das „Superwahljahr“ 2009 wichtige Erkenntnisse hätte liefern können. Unerwähnt bleibt auch, dass Abgeordnete der Fraktion der Linken im Brandenburgischen Landtag aufgrund ihrer früheren Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit des SED-Regimes ihre Mandate niederlegen mussten. Angesichts des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution im Berichtsjahr wäre ein Absatz zur über mehrere Jahre andauernden Verschleppung der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit von Politikern der Linken und der Partei insgesamt angemessen gewesen. Schließlich hatte der letztjährige Bericht bemängelt, dass die Linke eine nach den Maßstäben des Grundgesetzes erforderliche Distanzierung von der ehemaligen DDR vermissen ließe.

2009 erfassten Verfassungsschützer 4.734 politisch links motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund (2008: 3.124) in der Bundesrepublik Deutschland, hiervon 1.115 Gewalttaten (2008: 701) – ein besorgniserregend starker Anstieg um 59,1 Prozent. Das Gros der linksextremistischen Gewalttaten richtete sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten (468), oftmals in Verbindung mit massiven Ausschreitungen bei Protestaktionen gegen deren Aufmärsche. Diese Aktionen gegen „rechts“ seien vor allem der autonomen Szene zuzurechnen, die mit 6.100 Personen das größte Potenzial der gewaltbereiten linksextremen Szenegänger bilden, deren Gesamtzahl sich 2009 geringfügig von 6.300 (2008) auf 6.600 erhöhte. Gestiegen ist die Anzahl der Gewalttaten der Globalisierungsgegner sowie der „Kampagnen gegen Kernenergie“. Die Serie der Brandstiftungen (113) als Mittel gegen „staatliche Repressionen“ hat sich nahezu verdoppelt (2008: 62). Der für seine schweren Gewalttaten im Jahr 2007 bekannt gewordene autonome Zusammenschluss militante gruppe (mg) löste sich im Januar

2009 auf; er erklärte zugleich, das Projekt mg in eine erweiterte Struktur überführen zu wollen. Nach Meinung der Sicherheitsbehörden bleibe abzuwarten, ob den ehemaligen Mitgliedern diese „Transformation“ gelinge. Eine Abkehr von militanten Aktionsformen könne jedoch nicht erwartet werden, wie die Verfassungsschützer überzeugend prognostizieren (vgl. S. 166). Auf Grundlage der Gefahrenanalyse des Berichts kommt der Bundesinnenminister zu dem Ergebnis: Diesem rücksichtslosen und verwerflichen Verhalten der Gewalttäter müsse mit aller Entschlossenheit entgegengetreten werden. Angesichts der jüngsten Entwicklungen im Linksextremismus kündigte de Maizière ferner eine verstärkte Aufklärung des „im Bereich der autonomen Szene noch vorhandene[n] Dunkelfeld[s]“ (S. 7) an. So ist zu hoffen, dass linksextremistische Bestrebungen zukünftig ebenso ausführlich und detailliert dargestellt werden wie rechts-extremistische.

Ein Blick auf die Straftaten aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ zeigt eine rückläufige Tendenz: Die Gesamtzahl sank um rund 46,1 Prozent auf 707 (2008: 1.312), und die Zahl der registrierten Gewalttaten (102) nahm im Vergleich zum Vorjahr (113) ebenfalls leicht ab. Damit erreichten sie den tiefsten Stand seit 2006. Hingegen stieg das islamistische Personenpotenzial deutlich an, von 34.720 (2008) auf 36.270; davon sind 29.000 Personen Mitglieder (2008: 27.500) in der türkischstämmigen Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG). Der VS-Bericht hebt besonders die „jihadistische Medienoffensive“ aus Anlass der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag hervor. „Von Anfang September bis Anfang Oktober 2009 wurden in einer bisher einmalig hohen Dichte Audio- bzw. Videobotschaften mit Deutschlandbezügen im Internet verbreitet“ (S. 212). An dieser Stelle argumentiert der Bericht anekdotenhaft, stellt Fälle exemplarisch dar, ohne konkrete Zahlen zu nennen, ohne näher auf die Wirkungsmacht der Propaganda einzugehen und ohne einen Vergleich zur Bundestagswahl 2005 anzustrengen. Die „Einmaligkeit“ der Intensität dieser gegen Deutschland gerichteten „Propagandawelle“ (S. 239) begründen die Sicherheitsbehörden somit nicht.

Der Verfassungsschutzbericht leistet, indem er über die Entwicklung verfassungsfeindlicher Bestrebungen informiert, die Gefährdungspotenziale für die öffentliche Sicherheit einschätzt und über die repressiven staatlichen Gegenmaßnahmen unterrichtet, einen unverzichtbaren Beitrag zur präventiven Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen. Eine sinnvolle inhaltliche Ergänzung wäre die Darstellung staatlicher wie gesellschaftlicher Programme und Vereine gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit, die helfen, diesen Phänomenen den Nährboden zu entziehen und demokratisches Engagement zu fördern.

Kurzbesprechungen:

Antifaschistische Linke Berlin (ALB) (Hrsg.), *Total Extrem – die (neue) Funktion der Totalitarismus- und Extremismusideologien*, Berlin 2010 (*Barrio Antifascista*), 76 S.

Das Extremismuskonzept befinde sich auf dem Vormarsch – in Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Gesellschaft (S. 17), meint die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) in ihrer Broschüre *Total Extrem*. Die 1993 entstandene Gruppe entstammt der Autonomen-Szene, tritt gleichwohl im Namen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für eine kommunistische Organisation der Gesellschaft ein und befürwortet offen gewalttätiges Agieren bei öffentlichen Demonstrationen und Protesten. In der Publikation wendet man sich gegen den Extremismusbegriff, habe dieser sich doch „zur gängigen Formel für alles entwickelt, was nicht zu einer aufrechten ‚Mitte der Gesellschaft‘ zugeordnet werden soll, die als prinzipiell verfassungstreu und ‚demokratisch‘ angesehen wird. Die Stoßrichtung [...] zielt vor allem auf die Isolierung antikapitalistischer und antifaschistischer Positionen. Feind_innen der Demokratie stehen vorrangig am linken und nicht am rechten Rand, so lautet die zentrale Maxime“ (S. 7).

Die Behauptung soll mit den acht Beiträgen der Broschüre belegt werden, wobei es sich auch um zuvor an anderen Orten erschienene Texte von Historikern und Sozialwissenschaftlern wie Christoph Butterwegge, Alex Demirovic oder Wolfgang Wippermann handelt. Ob diese Autoren die Erlaubnis zum Nachdruck gegeben haben oder ihnen der politische Hintergrund der Herausgeber nicht klar war? Ihre Artikel zur politischen und wissenschaftlichen Kritik an der Extremismustheorie stehen so jedenfalls neben Beiträgen von Angehörigen der Autonomen-Szene. Eine Autorin sieht auch ganz offen in der Gewaltanwendung ein legitimes und notwendiges Mittel zur Bekämpfung von Rechts-extremisten, heißt es doch etwa bei „Donatella Donnowitz“ in aller Deutlichkeit: „Direkte Angriffe auf Strukturen der Neonazis – Autos, Verlage, Wohnhäuser – sind in diesem Zusammenhang nur folgerichtig.“ Und weiter: „Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen – [...] auch mal handfest auf dem Weg zum Aufmarsch oder zur Arbeit“ (S. 25).

Im Kern bestehen die von der ALB selbst stammenden Texte der Broschüre aus politisch motivierten Fehldeutungen der Extremismustheorie, wobei man nicht wenige sachliche Fehler finden kann: Der Extremismusbegriff wurde nicht von „Vertreter_innen der ‚Neuen Rechten‘“ (S. 8) aufgegriffen, wandte sich diese Strömung doch ebenfalls gegen die Extremismustheorie. Auch bei vielen anderen Ausführungen können Fehler, Manipulationen und Unterstellungen ausgemacht werden: Eine „antikapitalistische Orientierung“ deutet man keineswegs „grundsätzlich als Ablehnung demokratischer Prinzipien“ (S. 11). Die Auffassung, dass „die Extremismustheorie vor allem ein politisch-ideologisches Kampffeld der Rechten ist“ (S. 63), ignoriert, dass es durchaus nicht-konservative Anhänger der Extremismustheorie gibt.

In nahezu verschwörungsideologischer Perspektive heißt es: „Ein Hauptziel bleibt auch, dass die Herstellung einer breiten Akzeptanz extremismustheoretischer Ansätze garantieren soll, dass Zusammenhänge zwischen der Verschärfung der Krise sowie dem Abbau demokratischer Rechte und der damit einhergehenden Zunahme von sozialer Ausgrenzung, Nationalismus und Rassismus verschleiert werden“ (S. 17). Das Eine hat nichts mit dem Anderen zu tun. Man kann sehr wohl Anhänger der Extremismustheorie sein und die Zunahme nationalistischer Tendenzen kritisieren. Die gegenteilige Auffassung der ALB erhebt einen Monopolanspruch auf derartige kritische Positionen für das eigene politische Lager. Dessen moralische Legitimation sieht man offenbar durch die Extremismusauffassung bedroht, was auch die Ausrichtung der Kritik erklärt: Der Text geht auf deren Positionen argumentativ kaum ein, sondern will sich mit politischen Bewertungen einer solchen Auseinandersetzung entziehen.

Armin Pfahl-Traugher

Hugo Ball, Michael Bakunin. Ein Brevier: Sämtliche Werke und Briefe, Bd. 4, hrsg. von Burkhard Schlichting und Gisela Erbslöh, Göttingen 2010 (*Wallstein Verlag*), 579 S.

Hermann Hesse hat seinem asketischen, geistvollen Freund Hugo Ball mit der Figur des „Goldmund“ ein literarisches Denkmal gesetzt. Hesse war überzeugt, dass Balls Lebenswerk das Seine überragen würde – und irrte. „Deine Schriften werden einmal zu den besten deutschen Büchern unserer Zeit gezählt werden“, schrieb Hesse am Tag von Balls Beerdigung im September 1927. Mit Balls frühem Tod blieb sein Werk unvollendet, so eine bereits 1915 begonnene Arbeit über Michael Bakunin (1814-1876). Sie ist die umfassendste thematisch zusammenhängende, bisher unveröffentlichte Arbeit unter Balls nachgelassenen Schriften, mit denen der Wallstein-Verlag innerhalb der Edition *Sämtliche Werke und Briefe* Hugo Ball eine angemessene, späte Ehre erweist. Es handelt sich um eine unkommentierte Montage von Dokumenten, die aus entlegensten Quellen stammen. Briefe Bakunins (etwa an Georg Herwegh), Zeitungskommentare über ihn, der Auszug einer Selbstbiographie und andere Fundstücke sind in der Ausgabe enthalten. Die Kritik an diesem Band, es handle sich lediglich um ein „Fragment aus Fragmenten“ (so urteilt die *Neue Zürcher Zeitung*), bleibt schwer nachvollziehbar, liegt doch das Verdienst vor allem darin, diese reich an Kommentaren und Exkursen in kluger Anordnung zusammengeführt zu haben.

Wie stark Ball unter dem Eindruck der Schriften Bakunins stand, lässt sich bereits in seinem 1919 erschienenen Buch *Zur Kritik der deutschen Intelligenz* erkennen, einer frühen und brillanten Analyse der deutschen Geistesgeschichte wie ihrer Ursprünge. Wo Ball sich auf Bakunin beruft, liest sich das Werk gleichsam wie ein antikomunistisches Manifest: „Die Gleichheit ohne die Freiheit ist eine heillose Fiktion, geschaffen von Betrügern, um Dummköpfe zu täuschen. Die Gleichheit ohne die Freiheit bedeutet den Staatsdespotismus“, wird der russische Revolutionär zitiert. Der dem Adel entstammende Theoretiker hatte seine Differenzen mit Marx im direkten Aufeinandertreffen ausge-

tragen: Bakunin, Mitbegründer der 1. Sozialistischen Internationale, wurde nach dem Zerwürfnis mit Marx aus selbiger ausgeschlossen. Seine wichtigste politisch-philosophische Prämisse war und blieb die Freiheit. „Seien wir Sozialisten, aber werden wir nie Herdenvölker!“, forderte er auf. Der libertäre Ansatz und ein damit verbundener klarer Antimarxismus einte spätere Theorien wie die Gustav Landauers mit seinen Ideen. In Balls Bakunin-Brevier rückt das Verhältnis des russischen Revolutionärs zu Marx, dem er in einem Brief an Herwegh „Eitelkeit, Gehässigkeit, Klatscherei, theoretischen Hochmut und praktische Kleinmütigkeit“ zuschreibt, immer wieder ins Zentrum. So etwa in der Übersetzung der *Rapports personnel avec Marx* aus dem Jahr 1871: „Meine Bestrebungen mussten Marx sehr missfallen. Vor allem weil es nicht die Seinen waren, sodann weil sie seinen autoritär-kommunistischen Überzeugungen zuwiderliefen, zuletzt aber, weil er als deutscher Patriot schon damals gegen das Recht der Slaven auf ihre Loslösung von der deutschen Herrschaft war, wie er noch heute dieses Recht nicht zugestehen will, da er heute wie damals die Deutschen für berufen hält, jene zu zivilisieren, das heißt: sie gutwillig oder mit Gewalt zu germanisieren.“ Für solche und andere höchst aufschlussreiche Dokumente Bakunins fand Ball zu Lebzeiten keine ernsthaften Interessenten. Das sollte heute anders sein.

Hanka Kliese

Harald Bergsdorf, Fakten statt Fälschungen. Argumente gegen rechtsextreme Parolen, München 2010 (*Olzog*), 155 S.

Stefan Dierbach, Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt, Bielefeld 2010 (*transcript*), 295 S.

Einen Beitrag zur Aufklärung über den Rechtsextremismus will der Politikwissenschaftler Harald Bergsdorf, Landeskoordinator gegen Rechtsextremismus bei der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen, leisten. Das Buch gliedert sich entsprechend dieser Aufgabenstellung in elf große Teile: Zunächst geht es um eine Definition von Extremismus und Rechtsextremismus, die Ursachen für rechtsextremistische Wahlerfolge und eine Analyse der Bedingungsfaktoren für den Rechtsextremismus im Osten. Es folgt ein Abschnitt mit Daten zu rechtsextremistischen Themen im Spiegel der Demoskopie und zur aktuellen Entwicklung im organisierten Rechtsextremismus. Dabei geht der Autor vor allem auf die Neuausrichtung der NPD und deren Verhältnis zu den Neonationalsozialisten ein. Danach finden sich kritische Anmerkungen mit einschlägigen Fakten gegen rechtsextremistische Positionen zu „Ausländerkriminalität“, „Islamisierung“, „Sozialabbau“ oder „Zuwanderungsflut“. Das Urteil fällt ambivalent aus: Einerseits enthält der Band wichtige Basisinformationen zum Rechtsextremismus, die als erster Einstieg ins Thema gut zu nutzen sind. Das Kapitel zu den Fakten gegen rechtsextremistische Behauptungen dient in den meisten Stichworten zur Vorbereitung für Diskussionen. Den damit verbundenen Vorzügen stehen andererseits Defizite gegenüber: Es fehlen genaue Belege für die Einschätzungen, die eine weiterführende Beschäf-

tigung ermöglichen würden. Bergsdorf definiert zwar Extremismus, nennt aber Ideologiemerkmale des Rechtsextremismus nur in einem viel zu knappen Vergleich mit dem Linksextremismus. Seine einseitige Deutung des Rechtsextremismus im Osten aus der DDR-Vergangenheit heraus verkennt, dass der Rechtsextremismus-Anteil dort erst ab 1998 stärker als im Westen war. Und die Darstellung zu den Organisationen bleibt leider allgemein und oberflächlich.

Dem Erziehungswissenschaftler Stefan Dierbach geht es in seiner Studie nicht um Aufklärung über rechtsextremistische Parolen, sondern um Kritik an einer Deutung von Gewalttaten gegen Fremde. Danach würden die Täter oft pauschal nur als „Jugendliche“ wahrgenommen und die Motive für ihre Handlungen als Resultat einer altersspezifischen Problemlage gesehen. Eine solche Perspektive ignoriere, dass derartigen Gewalttaten eine besondere ideologische Ausrichtung eigen sei. Dierbach will sich mit der Frage auseinandersetzen: „Sind rechtsextreme Täter wirklich ‚jung, rechts und unpolitisch‘, oder sind es politisch motivierte Personen?“ (S. 8). Demgemäß geht es in den vier Kapiteln seiner Arbeit um die Deutung von „Rechter Gewalt“ in der Forschung, die Fixierung auf „Jugend“ als Erklärungsfaktor, die Ausblendung der politischen Prämissen und Vorschläge für die praktische Arbeit gegen „Rechte Gewalt“. Dierbach macht überzeugend auf eine argumentative Lücke in der bisherigen Deutung der Gewalttaten aufmerksam: Die häufig präsentierten Ansätze erklären zwar Identitätsprobleme und Orientierungslosigkeit von Jugendlichen als Folge sozialer Modernisierungs- und Umbruchprozesse. Sie erklären aber zum einen nicht, warum diese Erfahrungen nur bei einer Minderheit von Jugendlichen in Gewalttaten umschlagen, und zum anderen nicht, warum sich diese Gewalttaten gegen Angehörige von „Feindgruppen“ rechtsextremistischer Ideologie richten. Die Ignoranz gegenüber dem Politischen macht Dierbach etwa bei seiner Kritik einer Publikation des Gerichtsgutachters Andreas Marneros überzeugend deutlich. Gleichwohl hätte der Autor den Text um gut zwei Drittel – das ist nicht übertrieben – kürzen können, wiederholt er doch ständig zentrale Argumentationsmuster. Darüber hinaus beschränkt er deren Aussagewert durch die Bekundung, hauptsächliches Ziel sei es „gewesen, Fragen zu stellen“ (S. 253).

Armin Pfahl-Traugher

Tony Blair, *Mein Weg*, München 2010 (C. Bertelsmann), 784 S.

Britische Politikermemoiren sind selten langweilig. Auch Tony Blairs Erinnerungen ziehen den Leser in den Bann. Tony Blair will mehr als ein Nacherzählen der wichtigsten politischen Ereignisse seiner Amtszeit liefern. Ihm geht es um drei große Anliegen: Erstens möchte er einen ehrlichen und ungeschminkten Einblick in sein Handeln und die Motive seines Handelns geben. Er betont immer wieder, dass er sich wie ein ganz normaler Bürger sieht, und ihm liegt viel daran, dass er sich nie zu sehr von dieser Normalität entfremden wollte. Damit zusammenhängend drängt es ihn zum zweiten, seine

politische Perspektive zu vermitteln. New Labour, so sein Mantra, ist ein eigenständiges politisches Projekt, kein Werbegag, um Wahlen zu gewinnen. Dies war auch zu den besten politischen Zeiten seiner Amtszeit offensichtlich selbst seiner eigenen Partei nur schwer zu vermitteln. Und hier stoßen wir auf ein Problem, das sozialdemokratische Parteien auch andernorts haben. Für Tony Blair ist linke Politik eine Politik, die den gesellschaftlichen Aufstieg durch eigene Leistung ermöglicht, nicht aber eine Politik der Gleichmacherei und der Empfängermentalität. Linke Politik ist für ihn auch eine Politik, die dezidiert und mit Härte gegen jene vorgeht, die das gesellschaftliche Zusammenleben stören, seien es Terroristen, Kriminelle oder Personen, die sich asozial verhalten. Und linke Politik steht bei Tony Blair für offene Märkte und eine Befürwortung der Globalisierung. Für viele Sozialdemokraten, nicht nur im Vereinigten Königreich, klingt das wie ein konservatives Manifest. Das dritte große Anliegen Tony Blairs ist, dass man aus seinen Erfahrungen lernen möge, zum einen seine Partei (die aber, so Blair, durch Gordon Browns Abschied vom New-Labour-Projekt den Wahlsieg 2010 verschenkte), zum anderen Politik und Bürger.

Für Tony Blair waren die großen Sachthemen seiner Amtszeit (1) das Verhältnis zu den USA, das für ihn immer der wichtigste außenpolitische Bezugspunkt war – von der Seelenverwandtschaft des Reformers Blair mit dem Reformer Clinton bis hin zur emotional-moralischen Verpflichtung, nach 9/11 an der Seite George W. Bushs zu stehen; (2) der Irak-Krieg und seine außen- und innenpolitischen Folgen (hier werden die Erinnerungen zu einer umfangreichen Verteidigung der Beteiligung Großbritanniens); (3) die „Lösung“ des Nordirlandkonflikts – eine Leistung, die auch die ärgsten Gegner Tony Blair nicht absprechen (die Untiefen der Logik der nordirischen Konfliktgegner erzeugt unerwartete heitere Momente); (4) das Verhältnis zu Gordon Brown, der Tony Blair weit mehr zusetzte als die Opposition dies je hätte tun können; (5) die Rolle der Medien, die wie in allen westlichen Demokratien auch im Vereinigten Königreich ein Monopol der Politikvermittlung erlangt haben, mit dem sie nicht nur parteiisch, sondern oft auch verantwortungslos umgehen bzw. sich politisch instrumentalisieren lassen; (6) die „Einsamkeit“ an der Spitze der Macht und die Suche nach Rat und Gewissheit bei politischen Entscheidungen.

Blair-Kritiker werden sagen, die Erinnerungen sind ein typischer Blair, eine politische „Verkaufe“. Selbst die ärgsten politischen Gegner werden gelobt, um keinen zu verstimmen. Jede Entscheidung Tony Blairs, sei sie nach eigenem Bekunden opportunistisch gewesen, habe sie – ebenfalls nach eigenem Bekunden – die Wahrheit gebeugt oder sei sie, so Blair, niemandem mehr als Blair selbst vermittelbar gewesen, wird gerechtfertigt. Dies steht unangenehm neben Blairs ständiger Berufung auf die Wichtigkeit von Religion für sich selbst. Dennoch ist den Blairschen Überlegungen viel Positives abzugewinnen. Wann hat man von einem deutschen Politiker zuletzt gehört, dass Politik sich über den (Wahl-)Tag hinaus zu orientieren hat; dass sie eines Projektes, einer Vision, bedarf; dass Politik nicht nur reagieren soll, sondern versagt, wenn sie zwar Wahlen gewinnt, aber die Gesellschaft nicht voranbringt?

Roland Sturm

Martin Block/Birgit Schulz, Die Anwälte. Ströbele, Mahler, Schily. Eine deutsche Geschichte, Köln 2010 (*Fackelträger Verlag*), 313 S.

Bei den „Anwälten“ handelt es sich um ein „Buch zum Film“. Dieser bebilderte Dokumentationsband geht über den erfolgreichen Film weit hinaus. Das Thema ist faszinierend: Drei Rechtsanwälte, die Ende der sechziger Jahre als „Linksanwälte“ Repräsentanten der außerparlamentarischen Opposition (gemeinsam) verteidigt hatten, zerstreiten sich über die Jahre und sind heute Gegner: Otto Schily (Jahrgang 1932), Horst Mahler (Jahrgang 1936) und Hans-Christian Ströbele (Jahrgang 1939). Selbstverständlich war eine gemeinsame Diskussion mit ihnen unmöglich. Mahler gehörte der SPD von 1956 bis 1960 an, Ströbele von 1970 bis 1975. Dieser fungierte als Gründungsmitglied der Grünen wie Schily, der seit 1989 das Parteibuch der SPD besitzt. Schily, der 1989 die Grünen verlassen hatte, war von 1998 bis 2005 Bundesinnenminister. Er steht heute dem rechten Flügel der SPD nahe. Ströbele ist weiterhin Repräsentant des linken Flügels der Grünen. Er ist der einzige Abgeordnete der Partei mit einem Direktmandat für den Bundestag (2002, 2005 und 2009). Mit ihm, Klaus Eschen und Ulrich K. Preuß hatte Mahler 1969 ein Sozialistisches Anwaltskollektiv gegründet. Dessen Weg ist der weiteste. Das einstige Gründungsmitglied der Roten Armee Fraktion (RAF), das von Schily und Ströbele verteidigt wurde, ging – nach seinem Ausschluss aus der RAF – zur maoistischen KPD. Später wieder als Anwalt tätig, schwenkte er Ende der neunziger Jahre nach rechtsaußen um. Mahler vertrat die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht und brachte 2003 – damit fängt das Buch an – seinem einstigen Freund Schily durch das Scheitern des Verbotsantrages gegen die NPD eine schwere Niederlage bei. Er verließ die ihm als zu gemäßigt erscheinende Partei und sitzt seit 2006 im Gefängnis, wegen Volksverhetzung (Leugnung des Holocausts) zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilt.

Diese Lebensläufe zeichnet der Band nach, ohne große Spekulationen über den jeweiligen Wandel, der bei Ströbele am geringsten ausfällt. Die Autoren konzentrieren sich auf die Phasen, in denen die drei Personen, die ausgiebig zu Wort kommen, Kontakte miteinander hatten. Schily und Ströbele, die über den nach rechtsaußen gedrifteten Mahler nicht ausführlich Stellung nehmen (wollen), haben während der Prozesse gegen die RAF gut zusammengearbeitet. Ströbele sagt das, Schily auch. Dieser äußert sich besonders vorsichtig zu früheren Vorgängen. Heute sieht er – wie Mahler – einen Selbstmord der Terroristen 1977 als die wahrscheinlichste Todesursache an, während Ströbele sich „nicht abschließend äußern“ (S. 213) will. Dieser wurde wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ zu einer 18-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt, die der Bundesgerichtshof später auf 12 Monate reduzierte. Neben den Strafprozessen geht es insbesondere um die Herausbildung der Grünen, bei denen Schily und Ströbele an vorderster Stelle dabei waren. Ein Jahr lang – zwischen April 1985 und März 1986 – gehörten sie als Grüne gemeinsam dem Bundestag an, der „Fundamental“ Ströbele – die Autoren sehen das anders – und der „Realo“ Schily. Von 1998 bis 2009 saßen sie wieder im Parlament, jetzt in unterschiedlichen Fraktionen. Für Ströbele galt 1990 der

Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als „die größte Landnahme der deutschen Industrie seit den Kolonialkriegen“ (S. 263).

Block und Schulz schildern immer wieder die Zeitumstände, um so die Handlungen und Verhaltensweisen der drei Personen, die für sich alle keine gravierenden Wandlungen wahrnehmen, besser verstehen zu können. Gewiss, das Meiste weiß der Leser bereits. Gleichwohl ist der Band informativ, auch deshalb, weil die Autoren auf eine beserwisserische Attitüde verzichten. Hingegen fallen die Passagen zur „großen Politik“ ab. Der zweite Untertitel wirkt aufgesetzt.

Eckhard Jesse

Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa, Hildesheim u. a. 2010 (*Georg Olms Verlag*), 346 S.

Holger Spöhr/Sarah Kolls (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Frankfurt a. M. u. a. (*Peter Lang*), 205 S.

Sammelbände zum Rechtsextremismus in Europa gibt es im deutschsprachigen Raum wie Sand am Meer. Die nicht immer tief schürfenden Analysen sind mitunter von Alarmismus geprägt und unterscheiden sich dann nicht von journalistischen Schnellschüssen. Im ersten Band wirkt etwas kurios und rätselhaft, dass die Herausgeber sich von einigen Beiträgen distanzieren, ohne diese eigens anzuführen. Werkstattatmosphäre kennzeichnet den Band, Ausguss eines Vortragszyklus am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam. Starker Tobak ist die Behauptung der Herausgeber, Antisemitismusforschung sei in Deutschland akademisch nur schwach, Rechtsextremismusforschung gar nicht institutionalisiert. Die disparaten Beiträge fallen qualitativ höchst unterschiedlich aus. Die Beiträge von Christoph Busch zur transnationalen Vernetzung der radikalen Rechten und von Andreas Umland zum Rechtsextremismus in Russland sind bereits bekannt. Wer innovative und weiterführende Aufsätze sucht, sollte die Aufsätze von Magdalena Marsovszky zum Antisemitismus im Ungarn der Gegenwart oder von Timo-Christian Heger zu den ideologischen Schnittstellen zwischen der extremen Linken und dem sunnitischen Islamismus eingehend studieren. Letztgenannter Beitrag, wiewohl dieser nicht zum Titel des Bandes passt, kommt zum Ergebnis, dass eine gemeinsame Zielvorstellung im Gleichheitsgedanken in der Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft läge.

Auch der zweite Sammelband entstand aus den Beiträgen einer Konferenz der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, welche von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt wurde. Der Rezensent kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie für den ersten Band. Aneinandergereihte Beiträge machen es schwer, eine Bewertung über Potentiale und Perspektiven des Rechtsextremismus vorzunehmen. Viele Aufsätze sind „second-hand-Verwertungen“, etwa von den Kritikern der normativen Extremismustheorie Wolfgang Gessenharter und Hajo Funke oder auch von Michael Minkenberg über „rechtsradikale Profile im Regimewandel Mittel- und Osteuropas“ am Ende. Weitere

Aufsätze sind veraltet, etwa eine Fallstudie über die Liga Polnischer Familien auf dem Weg zur Macht. Der Band ist vom eingangs erwähnten Alarmismus nicht frei. So spricht der bekannte Kommentator der *Süddeutschen Zeitung* Heribert Prantl davon, die „Nazi-Jugendkultur sei in Ost- und zunehmend in Westdeutschland allgegenwärtig“. Noch absurder klingt die These einer rechtsextremen „Massenbewegung – in Deutschland, in ganz Europa“. Es gäbe ja (ein paar) „Nazi-Konzerte und Abgeordnete“. Dazu passt ein (etwas plumper) Appell der früheren Abgeordneten der Grünen Angelika Beer. In Ihrem Beitrag über die kurzzeitige Fraktion im Europäischen Parlament „Identität, Tradition, Souveränität“ schreibt sie: „Weggucken hilft nichts“, und im nächsten Absatz: „Ignorieren nützt nichts“. Hier ersetzt politische Meinungsäußerung die wissenschaftliche Analyse. Kontributionen von Politikern und Journalisten können, müssen aber nicht, wie hier, per se fruchtbare Ergänzungen sein. So kommt der Rezensent zu einem negativen Urteil. Sammelbände sollten sich von Konferenzen spürbar abheben und ein eigenständiges Konzept mit Servicefunktion für den interessierten Leser verfolgen. Andernfalls, als bloße Weiterführung des Mündlichen, bleibt ihr wissenschaftlicher Wert überschaubar.

Florian Hartleb

Achim Bühl, Islamfeindlichkeit in Deutschland. Ursprünge, Akteure, Stereotype, Hamburg 2010 (*VSA-Verlag*). 319 S.

Die wachsende Bedeutung des Themas Islamfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs hat sich in den letzten Jahren in einer Reihe von wissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen niedergeschlagen. Das Buch von Achim Bühl gibt interessante Denkanstöße für die weitere Auseinandersetzung mit diesem Forschungsgegenstand. Der Autor geht davon aus, dass Islamfeindlichkeit weder mit der Zuwanderung von Muslimen aus der Türkei in den 1960er Jahren noch mit den Anschlägen vom 11. September 2001 begonnen hat. Vielmehr erkennt Bühl in den im 11. Jahrhundert beginnenden Kreuzzügen die „Ursprungsquelle der Islamfeindlichkeit“ (S. 14 f.), die durch die frühneuzeitliche Rede von der „Türkengefahr“ revitalisiert und intensiviert worden sei. Exemplarisch hierfür analysiert der Autor u. a. Martin Luthers islamfeindliche Stereotype (S. 37 f.) sowie Karl Mays Schriften als Beispiel für das „christlich-kolonialistische Islambild“ im wilhelminischen Deutschland (S. 71 f.) und Max Webers Islambild für einen „orientalistischen Kulturalismus“ (S. 77 f.). Allerdings fehlt eine systematische Auswertung der Bedeutung jener Islambilder für die Konstruktionsprozesse kollektiver Bewusstseins- und Identitätsbildung. So bleibt offen, inwiefern beispielsweise Karl Mays Romanfiguren tatsächlich heute noch als Erinnerungsorte im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und damit auf die Ressentimentbildung gegen „den“ Islam wirken.

Der Autor zitiert in großem Umfang Artikel aus der Internetenzyklopädie Wikipedia, auch bei Themen, die bereits Gegenstand profunder wissenschaftlicher Analysen waren. Dies mag zunächst überraschen, kann aber auch als Beispiel für einen Wandel im wissenschaftlichen Umgang mit der Internetplattform gesehen werden. Schließlich haben

Untersuchungen gezeigt, dass Wikipedia den Vergleich mit anderen Enzyklopädien nicht scheuen muss. Bemerkenswert bleibt gleichwohl das Ausmaß, in dem sich der Autor dieser Quelle bedient. Insbesondere in den historischen Abhandlungen wäre der ein oder andere zusätzliche Verweis auf weiterführende Literatur sinnvoll gewesen.

Licht ins Dickicht des unübersichtlich gewordenen islamfeindlichen Diskurses bringen vor allem seine Ausführungen zu den Formen „Moderner Islamfeindlichkeit“ (S. 135). Anhand verschiedener Argumentationsstrukturen entwickelt Bühl eine hilfreiche Klassifikation mit acht Varianten der Islamfeindlichkeit: rechtspopulistischer Elitenrassismus, orthodoxer und liberaler Feminismus, aufklärerischer Fundamentalismus, muslimisches Renegatentum, Neokulturalismus, christlicher Fundamentalismus, Neo-Rechtsradikalismus und mediale Inszenierung (S. 254). Bühls in diesem Kapitel aufgestellte These, die Islamfeindlichkeit entziehe sich dem „klassischen Rechts-Links-Schema“ (S. 155), lädt hingegen zur kritischen Nachfrage ein. Denn nach Norberto Bobbio ist die Haltung zur Gleichheit, auch in diachroner Sicht, das zentrale Merkmal zur Unterscheidung zwischen „Links“ und „Rechts“. Wie kann dann eine islamfeindliche Haltung, die auf rassistischen Stereotypen beruht und die Gleichheit der Menschen negiert, eine „linke“ Haltung sein?

Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass es sich bei Islamfeindlichkeit weder um eine Phobie noch um ein Vorurteil handelt, sondern um „eine rationale wie intentionale gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (S. 296). Er legt anschaulich und überzeugend dar, dass eine Reihe von „so genannten Islamkritikern“ (Schneiders) kaum mit „rationalen“ Argumenten von gegenteiligen Anschauungen überzeugt werden will und kann. Vielmehr sei der Rassist, der sich islamfeindlicher Ressentiments bedient, „nur politisch zu isolieren“ (S. 292). Für eine weitere Beschäftigung mit den Entstehungsbedingungen von Islamfeindlichkeit wäre ein Ansatz vorstellbar, der stärker zwischen konkurrierenden Erklärungsansätzen (sozioökonomische Faktoren versus persönlichkeitsstrukturelle Dispositionen) vermittelt.

Anne Lang

Christoph Busch (Hrsg.), Rechtsradikalismus im Internet, Siegen 2010 (*Universitätsverlag Siegen*), 388 S.

Sibylle Nagel, Rechtsradikalismus und politisch motivierte Gewalt im Jugendroman, Marburg 2010 (*Tectum*), 202 S.

Mit der Frage, wie Jugendliche dem „Rechtsradikalismus“ in bestimmten Medien begegnen, befassen sich diese beiden Titel. Im Internet stoßen junge Surfer mitunter auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und positive Bezüge zum Nationalsozialismus. Mancher gerät auf diese Weise gar in den Sog rechtsextremistischer Subkulturen. Hierüber will der von Christoph Busch editierte Sammelband Aufschluss geben. Inwieweit die problemorientierte Jugendliteratur Abhilfe schaffen und Jugendliche über die Gefahren rechtsextremistischer Ideologien aufklären kann, sucht die Magisterarbeit von Sibylle Nagel zu erklären.

Wer sich nicht selbst vor dem Bildschirm die Nächte um die Ohren schlagen will, um sich einen ersten Überblick über rechtsextremistische Umtriebe im Internet zu verschaffen, kann dies getrost den mehrheitlich studentischen Autoren der Universität Siegen um Christoph Busch überlassen. Die Sammlung von Tagungsvorträgen bietet eine durchaus beeindruckende Themenvielfalt. Beispielsweise erfährt man als Teil einer Typisierung von Nutzern „rechtsradikaler“ Onlinekontaktbörsen, wie sich der „häusliche Typ“ (S. 150) von der „aufreizenden Kameradin“ (S. 154) unterscheidet. Die „Ästhetik rechtsextremer Webseiten“ (S. 202) im Allgemeinen wird ebenso unter die Lupe genommen wie die Verwendung einschlägiger Symbole auf den Websites von Bands wie „Endstufe“, „Spreegeschwader“ oder „Oidoxie“ im Besonderen. Auch die Auswertung von durch einen Hacker-Angriff der „Datenantifa“ auf den Internetshop des Aufruhr-Versands erworbenen Daten fehlt nicht. Nicht erwarten darf man von dem Band eine methodisch einwandfreie Analyse der zusammengetragenen Beobachtungen. Auffällig ist eine Reihe vorschneller Schlüsse. Gehört es zum Beispiel tatsächlich zu den „eindeutigen Zeichen für Sympathien gegenüber der rechtsradikalen Subkultur“ (S. 194), wenn statt englischer Begriffe deutsche Entsprechungen verwendet werden, wenn zum Beispiel auf einer Website statt „Enter“ das Wort „Eintreten“ zu lesen ist? „Rechtsradikale Argumentationsmuster“ sollen lediglich auf Grundlage dreier Kommentarförmchen zur Gruppierung „Pro Köln“ herausgearbeitet werden. Die Untersuchung geht über eine Aneinanderreihung von Allgemeinsätzen nicht hinaus. Als nützlich im Sinne einer zeitsparenden Übersicht erweist sich Nagels Studie. Themenrelevante Jugendromane aus den Jahren 1998 bis 2008 hat die Germanistin jeweils kurz zusammengefasst. Wie im Siegener Sammelband vermisst man allerdings auch hier ein überzeugendes methodisches Vorgehen. Man will der Autorin glauben, dass eine „übertrieben pädagogische Ausrichtung die literarische Qualität der Texte“ (S. 179) oft verhindert, weiß aber nicht genau, wie sie zu dieser Überzeugung gelangt.

Problematisch in beiden Editionen ist die Begründung für die Verwendung der Vokabel „Rechtsradikalismus“. Busch hält den Extremismusbegriff für die Forschung deshalb für unbrauchbar, weil er in den Verfassungsschutzberichten kaum „graduelle Abstufungen“ (S. 15) bei der Einordnung von Organisationen als extremistisch erkennen mag. Es ist erlaubt, sich hierüber zu wundern. Der Herausgeber spricht lieber von „Rechtsradikalismus“, da sich so Ausländerfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft benennen ließe, und übersieht dabei, dass sich die Beiträge des Bandes fast ausnahmslos auf die randständige Neo-NS-Szene beziehen. Nagel bedient sich einer Rechtsextremismusdefinition des Sozialpsychologen Klaus Ottomeyer aus einem Artikel der Zeitschrift *Psychologie heute*, den sie aus zweiter Hand zitiert. Willkürlich ersetzt sie dabei „Rechtsextremismus“ mit „Rechtsradikalismus“ und will darunter den alten oder neuen Nationalsozialismus verstanden wissen. So leicht sollte man es sich mit der Begriffswahl nicht machen.

Ralf Grünke

Kurzbesprechungen

Lothar de Maizière. Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der Deutschen Einheit, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 320 S.

Peter Michael Diestel/Hannes Hofmann, Diestel. Aus dem Leben eines Taugenichts?, Berlin 2010 (*Das Neue Berlin*), 256 S.

In den Büchern beschreiben zwei ehemalige Spitzenpolitiker der letzten und einzigen demokratisch gewählten DDR-Regierung von 1990, wie sie versuchten, ihrer Verantwortung für die Demokratisierung der DDR, die Bewältigung der SED-Diktatur, die sozialen Umwälzungen und die Herstellung der deutschen Einheit gerecht zu werden. Wesens- und Charakterzüge der damals Handelnden, insbesondere der Autoren, werden dabei deutlich, die, obwohl beide sehr unterschiedlich sind, Gemeinsamkeiten des bürgerlichen Lagers der DDR offenbaren, das keinerlei Erfahrungen in der vorhergehenden Widerstandsarbeit der Opposition der DDR sammeln konnte bzw. wollte. Um es kurz zu sagen, wirklich bereichernd ist nur das Werk von Lothar de Maizière, dem letzten DDR-Ministerpräsidenten. Er ist eine Persönlichkeit von Rang und Standvermögen, auch vielschichtig und abgründig. Passagenweise sind seine Erzählungen sehr gut zu lesen und unterhaltsam. Der Leser erfährt durchaus Neues. In anderen Abschnitten offenbart er Unkenntnisse, die man de Maizière allerdings wohl nur zum Teil anlasten kann und die dennoch folgenreich waren, so seine merkwürdig nebulöse Einschätzung der Wirtschaftskraft der DDR, oder seine fast naiven Vorstellungen vom politischen Geschäft. Hier und da beteiligt sich de Maizière an Legendenbildung wider besseres Wissen, und über seine Stasi-Kontakte redet er nur in Andeutungen. In diesen Passagen bleibt er jede Aufklärung schuldig. Schade, weil hier wieder einmal jemand eine Chance, reinen Tisch mit sich und der Öffentlichkeit zu machen, nicht genutzt hat – das Buch hätte zu einer Sensation werden können. Vielleicht ist die Zeit noch immer nicht reif dafür, vielleicht aber ist sein Milieu dazu gar nicht fähig.

Die Autobiographie von Diestel, dem letzten gewählten Innenminister der DDR, ist hingegen nur für Insider interessant. Sie wirkt verlogen, subjektiv, eitel und extrem nostalgisch. Historiker mögen sie lesen wollen. Als Geschenk für politisch interessierte Normalbürger taugt sie nicht. Einzig spannend – allerdings in negativer Hinsicht – ist ein bei ihm besonders stark hervorstechender, vordemokratischer Ehrbegriff. Diestel ist nicht den Forderungen der friedlichen Revolution gefolgt, die einen Elitenwechsel in den staatlichen Verwaltungen verlangt haben. Er hat in führenden Vertretern und Offizieren des DDR-Innenministeriums nicht die Exekutoren und Verwalter des DDR-Unrechts gesehen, sondern standhafte und ehrhafte Männer, die er für sich gewinnen und denen er etwas bedeuten wollte. Dies hat dazu geführt, dass Diestel als Minister der alten kommunistischen Garde von MdI und MfS komplett auf den Leim gegangen ist. Er ließ sich von ihnen beraten und versuchte, ihren Empfehlungen der Vernichtung der MfS-Akten zu folgen. Hier allerdings folgte er auch den Interessen der damaligen Bundesregierung. Bekanntlich ist es nicht soweit gekommen. Es ist erstaunlich, wie wenig revolutionärer Geist bei Diestel vorhanden war, der seine Karriere einzig und allein seiner geschickten Taktik in den unübersichtlichen Tagen der „Wende“ verdankte.

Beide Autoren legen ein Zeugnis von ihrer damaligen politischen Tätigkeit ab. Der eine bleibt Wesentliches schuldig, bei dem anderen kann man nur froh sein, dass er heute in der Politik keine Rolle mehr spielt.

Stephan Hilsberg

Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.), Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 374 S.

Klaus Otto Nass (Hrsg.), Die Vermessung des Eisernen Vorhangs. Deutsch-deutsche Grenzkommision und DDR-Staatssicherheit, Freiburg im Brsg. 2010 (*Centaurus Verlag*), 374 S.

Der deutsche „Arbeiter-und-Bauernstaat“ brach 1989/1990 zusammen, die Vorgänge jährten sich 2009/2010 zum zwanzigsten Mal. Typisch zu Jubiläen steigt sprunghaft das Schrifttum, das sich den Protagonisten des Ursprungsereignisses annimmt. Zur hochgerüsteten DDR samt ihren internationalen Verflechtungen mussten vor allem sicherheitspolitische Publikationen anwachsen.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) publizierte 2010 den Band 19 der Militärgeschichte der DDR. Darin kommen 16 internationale Experten zu Wort. Marianne Birthler leitet ihn ein. Die einst höchste Vergangenheitsbewältigerin der kommunistischen deutschen Diktatur sieht den Band dreifach nützlich: Er helfe aufgrund seiner vergleichenden Ansätze außerordentlich, die Machtmechanismen des Ostblocks zu verstehen. Er unterstütze durch internationalen Wissenstransfer das Kennenlernen und das gemeinsame Klügerwerden innerhalb des ehemaligen sowjetischen Glacis. Er sei als Ausdruck des Umgangs der ostmitteleuropäischen Länder mit ihrem diktatorischen Erbe für andere postautokratische Staaten vorbildhaft. Grundlegend für den Band ist das „System der Landesverteidigung“ des sowjetischen Herrschaftsbereiches. Es regelte den nach innen und den nach außen gerichteten Sicherheitsapparat. Im Ostblock diene das Militär nicht allein gegen äußere Bedrohungen, es stand zugleich zu innerstaatlicher Disziplinierung bereit. Die Staatssicherheit wiederum bekämpfte nur kurzzeitig unmittelbare innere „Unruhestifter“. Je weiter der sozialistische Aufbau voranschritt, desto mehr musste der Geheimdienst, zumindest ideologisch-theoretisch, das Konstrukt der von außen gesteuerten Systemgegnerschaft annehmen. Die Autoren lassen sich unterschiedlich auf die Analyse des Verhältnisses der beiden Machterhaltungsinstrumente ein. Eine international wertvolle Gegenüberstellung wird weniger in den einzelnen Beiträgen als vielmehr durch die Gesamtheit des Bandes geleistet. Die Aufsätze zeigen sich MGFA-typisch belegreich. In seiner Nische bewegt sich jeder einzelne Autor wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit.

Klaus Otto Nass veröffentlichte ebenfalls einen Band zum Staatssicherheitsdienst, speziell zum Blick des MfS auf die deutsch-deutsche Grenzkommision. Nass ist für das Thema bestens geeignet. Er vertrat von 1976 bis 1978 das Land Niedersachsen in der Kommission. Das Gremium entstand im Entspannungsprozess der 1970er Jahre. Der einstige Staatssekretär findet wie Diedrich und Süß politische Fürsprache für sein Werk.

Mit Gerhart R. Baum gibt ein ehemaliger Bundesinnenminister das Geleitwort. Der Minister a. D. hofft, das Buch veranlasse weitere Zeugen der deutschen Teilung, ihr eigenes Erleben öffentlich in den überlieferten Akten wie im historischen Kontext zu spiegeln. Wo Birthler die MGFA-Publikation als einen Beitrag zum internationalen Verständnis würdigt, sieht Baum das Buch von Nass für das nationale deutsche Zusammenwachsen wertvoll. Wer eine detailreiche wissenschaftliche Analyse erwartet, wird allerdings enttäuscht. Geboten wird primär eine Dokumentation. Insbesondere Tagebuchaufzeichnungen werden mit Zeugnissen des DDR-Regimes, vor allem aus der Hand des MfS, konfrontiert. Die Gegenüberstellung ist trefflich gelungen. Sie reflektiert anschaulich, wo die westdeutschen Akteure das Wirken der Staatssicherheit erahnten, wo sie es durchschauten und wo sie den monströsen Kontrollrang des MfS unterschätzten. Das Ergebnis wird dem Fachpublikum randständig erscheinen. Zum gegenseitigen Verständnis der Erlebnissgeneration der deutschen Teilung in Ost und West ist es demgegenüber sehr empfehlenswert.

Marco Metzler

Jan Eike Dunkhase, Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 378 S.

Christoph Cornelißen (Hrsg.), Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie. Wolfgang Mommsen und seine Generation, Berlin 2010 (*Akademie Verlag*), 364 S.

Werner Conze war einer der einflussreichsten deutschen Historiker im 20. Jahrhundert. Vorwiegend mit seinem Namen verbindet man heute die Wendung des Blicks von der Staats- und Machtgeschichte zur Sozialgeschichte, von den großen Einzelnen auf die breite, oft in den Quellen sprachlose Menge, von der agrarischen zur industriellen Welt. Conze gewann mit dieser Wendung für die Geschichtswissenschaft in Deutschland seit den sechziger Jahren eine ähnliche Bedeutung, wie sie in Frankreich den Historikern der Annales-Schule zugeschrieben wird. Das schloss eine neue historische Begrifflichkeit ein: An Conze erinnert nicht nur der von ihm gegründete „Arbeitskreis moderne Sozialgeschichte“, sondern auch das Lexikon „Geschichtliche Grundbegriffe“, das von ihm gemeinsam mit Otto Brunner und Reinhart Koselleck konzipiert wurde und das erstmals die politisch-soziale Sprache in Deutschland und ihre Wandlungen in der Neuzeit umfassend erforschte. Die Biographie dieses Einflussreichen, Beweglichen zu schreiben ist eine ebenso verlockende wie schwierige Aufgabe. Verlockend deshalb, weil sich am Beispiel Conzes, seines Lebens, Wirkens und Nachwirkens ein ganzes Kapitel deutscher Geschichtswissenschaft in der Zeit nach 1945 darstellen lässt. Schwierig wird das biographische Handwerk dort, wo man an die Brüche seines Lebens stößt: die Nähe des jungen Mannes zum Nationalsozialismus (über die Werner Conze später beharrlich schwieg); die scheinbar problem- und lückenlose Einfügung des erfolgreichen Göttinger und Heidelberger Professors in die Welt des Grundgesetzes und der deutschen Nachkriegsdemokratie; die Wirkungen Conzes auf eine jüngere Generation von Historikern,

die zu engen Verbindungen (Koselleck, Nipperdey), ebenso zu Reibungen und Distanzierungen (Wehler, Kocka) führte.

Jan Eike Dunkhase meistert die schwierige Aufgabe einer Conze-Biographie mit Bravour. Er kann auf den persönlichen Nachlass Conzes, auf die Unterlagen des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Heidelberg und des Arbeitskreises moderne Sozialgeschichte sowie die Personalunterlagen der Universitäten Königsberg und Posen zurückgreifen – und er wertet das umfassende Schrifttum Conzes mit Sorgfalt aus. Dunkhase vermeidet den Ton richterlicher Strenge, den Gestus der „Abrechnung“, der in jüngeren Biographien wissenschaftlicher „Väter“ aus der Feder der Söhne manchmal besorgniserregend um sich greift. Er zeichnet einen Menschen mit seinem Widerspruch in einer Zeit voller Diskontinuitäten. „Die zentrale These dieser Arbeit besteht darin, dass sich gerade nicht immer alles überbrücken lässt“ (S. 12).

Im Unterschied zu Dunkhases Conze-Biographie erhalten in dem von Christoph Cornelißen herausgegebenen Buch über Wolfgang J. Mommsen mehrere Autoren das Wort, neben dem Herausgeber insgesamt 20, überwiegend Schülerinnen und Schüler Mommsens. Das Persönliche tritt dabei hinter Fragen der Generationszugehörigkeit und der Forschungsinteressen, hinter Analysen des Werks und seiner Rezeption weithin zurück – am konkretesten äußern sich bezeichnenderweise ausländische Beobachter (Mary Fulbrook, Ian Kershaw) über die Person des 2004 verstorbenen Historikers. Breit wird die Rezeption seines Werkes in der deutschen Nachkriegs-Öffentlichkeit behandelt. Auch die Max-Weber-Rezeption in dieser Zeit, an der Wolfgang Mommsen einen maßgeblichen Anteil hatte, ist umfassend dargestellt. So schildern Edith Hanke, Gangolf Hübinger und Wolfgang Schwentker in ihrer Studie *Die Entstehung der Max-Weber-Gesamtausgabe und der Beitrag von Wolfgang Mommsen* diesen für die Sozialwissenschaft der siebziger und achtziger Jahre wichtigen und bedeutsamen Vorgang erstmals lückenlos aus den Akten.

Hans Maier

Costas Douzinas/Slavoj Žižek (Hrsg.), *The Idea of Communism*, London/New York 2010 (Verso), 230 S.

Die Idee des Kommunismus ist lebendig. Zumindest behaupten dies die Herausgeber und Autoren des hier anzuzeigenden Bandes. Der prominenteste unter ihnen ist der slowenische Gesellschaftstheoretiker Slavoj Žižek, der unter seinen Anhängern inzwischen eine Art Kultstatus genießt. Gemeinsam mit einem Kollegen hat er die gefragtesten Autoren in einer Anthologie versammelt, die Beiträge einer Konferenz am Londoner Birkbeck Institute for the Humanities (März 2009) enthält. Die Autoren setzen unterschiedliche Akzente, teilen nach Aussagen der Herausgeber jedoch folgende Prämissen: Angesichts fortschreitender Depolitisierung erwecke die Idee des Kommunismus in der Bevölkerung neue Hoffnungen. Der Kommunismus sei „die“ Idee „radikaler Philosophie und Politik“. Wenn er aber „radikales Handeln“ anleiten solle, müsse er sich von

einer Fixierung auf Staat und Ökonomie lösen und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verarbeiten. Die kommunistische Betonung der Gemeingüter (etwa gemeinschaftliche Vorkehrungen und Einrichtungen gegen den Raubbau an der Natur oder die ungerechte Verteilung von Bildungschancen) fordere die Privatisierungsprojekte „neoliberaler kapitalistischer Ausbeutung und Beherrschung“ (S. IX). heraus. Dabei sei der (neue) Kommunismus bestrebt, Freiheit und Gleichheit zu vereinen: Freiheit gedeihe nicht ohne Gleichheit, und Gleichheit könne nicht bestehen ohne Freiheit.

Ob dies gelingen kann, wird allerdings auch derjenige bezweifeln, der die Erfahrungen mit allen „real existierenden“ Kommunismen der Vergangenheit in den Wind schlägt. Der Verfassungsstaat wird mit „Neoliberalismus“ gleichgesetzt und als repressiv verworfen. „Kommunist sein“ bedeute, „gegen den Staat zu sein“ (S. 158), so einer der prominenten Autoren, Antonio Negri, wegen Unterstützung der „Roten Brigaden“ zu einer Haftstrafe verurteilter Soziologe und Philosoph aus Padua. Keiner der Autoren gibt eine Antwort darauf, was an die Stelle des – angeblich – so repressiven Staates nach seiner Zerstörung treten soll, wie sich also Freiheit in radikaler Gleichheit auf andere Weise institutionalisieren lässt. Aber das ist nicht der Grund, warum sich der französische Philosoph Alain Badiou, Schüler des marxistischen Philosophen Louis Althusser und einstiger Mitbegründer (1969) der maoistischen „Marxistisch-leninistischen Union der Kommunisten Frankreichs“, wenig Illusionen über die derzeitigen Erfolgchancen der kommunistischen Idee macht. Vielmehr liege das wesentlich an der Zerstrittenheit der Revolutionäre, der „nihilistischen Verzweigung“ der „Arbeiterklassen-Jugend“ und der knechtischen Haltung der „breiten Mehrheit der Intellektuellen“ (S. 14).

Uwe Backes

Christoph Egle/Reimut Zohnhöfer (Hrsg.), Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 602 S.

Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005-2009, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 391 S.

Als Ausnahmeerscheinungen ziehen Große Koalitionen große Aufmerksamkeit auf sich. So überrascht es nicht, dass gleich zwei Bände beim selben Verlag erschienen sind, die sich in der Zusammenschau gut ergänzen. Egle und Zohnhöfer betreiben seit einigen Jahren eine florierende Bilanzindustrie der bundesdeutschen Regierungskoalitionen. Sie haben nun auch zur Großen Koalition ein umfangreiches Werk vorgelegt, dessen analytischen Rahmen sie in der Einleitung zwischen großen Reform- und großen Blockademöglichkeiten aufspannen. Entstanden aus der (umstrittenen) vorzeitigen Auflösung des Bundestags und einem überraschenden Patt der beiden Großparteien, war die Große Koalition „aus der Not geboren“ (S. 11). Nach der Reformthese kann sich dabei ein größerer Handlungsspielraum und damit eine günstige Gelegenheit für umfangreiche Staatsreformen eröffnen. Nach der Blockadethese ist es für die Koalitionspartner rationaler, wichtige Entscheidungen zu verschieben und auf eine zukünftige Kleine Koali-

tion zu warten. Reform- und Blockademöglichkeiten werden aber nicht nur durch die Präferenzen der Akteure bestimmt (z. B. sind beide grundsätzlich „Sozialstaatsparteien“), sondern auch durch institutionelle Handlungskontexte wie gleiche Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat (S. 23). Leider wird dieser in der Einleitung skizzierte Rahmen in vielen Beiträgen zu wenig berücksichtigt.

In den meisten Beiträgen des ersten Bandes wird eine weitgehende Kontinuität in den Policies der jeweils untersuchten Felder konstatiert. In der Gesundheitspolitik kam es mit dem Gesundheitsfonds immerhin zu einer „Niveauverschiebung“ (Hartmann), und die „Sekuritisierung“ der Energie- und Finanzmarktpolitik ist für Harnisch (S. 523) eine wichtige Neuerung in der Außen- und Sicherheitspolitik der Großen Koalition. Viel zu kurz fällt leider der Beitrag über die zweite Stufe der Bundesstaatsreform (samt Schuldenbremse) aus (Renzsch). Dass sozioökonomisch gute Zeiten schlechte Zeiten für umfangreichere Reformen sind, machen Egle/Zohlnhöfer in ihrer Bilanz deutlich. Trotzdem bleiben taktische Blockaden die Ausnahme – Inkrementalismus dagegen die Regel.

Auch der zweite Band beleuchtet in einem Policy-Teil eine Reihe von Politikfeldern, die sich weitgehend mit dem ersten Sammelband überschneiden. Mit Überblicksartikeln etwa zur Entwicklung des Parteiensystems (Niedermayer) und Regionalthemen wie der Erosion der CSU während der Großen Koalition (Oberreuter), deckt der Sammelband von Bukow und Seemann aber ein deutlich breiteres Spektrum ab und kann bei einzelnen Themen wie z. B. zur Förderalismusreform (Reutter) und zur Entwicklung der SPD in der Großen Koalition (Jun) deutlich mehr analytische Tiefenschärfe entwickeln.

Zu kurz kommen in beiden Bänden der mittelfristige Wandel von Koalitionsformen sowie die Frage möglicher systemstruktureller Veränderungen. Bei Egle/Zohlnhöfer wird dies mit Blick auf die Zweiteilung des Bandes deutlich. Der mit 18 Beiträgen umfangreiche Teil II widmet sich „Politikfeldern“, Teil I mit sieben Beiträgen „Parteien und Strategien“. Aufgrund der Vernachlässigung der systemstrukturellen Ebene werden auch Auswirkungen der Großen Koalition auf die (kleine) Opposition übersehen. Hier schließt der Beitrag von Walther in Bukow/Seemann mit dem Hinweis auf die Erfolgsbilanz der drei kleinen Oppositionsparteien bei Landtagswahlen und Umfragen eine wichtige Lücke. Trotz gewisser Redundanzen bieten beide Bände wertvolles Material für eine weitergehende Erforschung der Ausnahmeerscheinung Große Koalition.

Thomas Krumm

Thomas Flierl/Elfriede Müller (Hrsg.), *Osteuropa – Schlachtfeld der Erinnerungen*, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 191 S.

Gregor Mayer/Bernhard Odehnal, *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa*, St. Pölten 2010 (*Residenz Verlag*), 297 S.

Extremismus spielt traditionsgemäß eine starke Rolle in den meisten osteuropäischen Staaten. Einerseits zeigt er eine schnelle Entwicklungsdynamik, die aber andererseits an tiefe Traditionen anknüpft. Das Buch *Osteuropa – Schlachtfeld der Erinnerungen* wur-

de von der Rosa-Luxemburg Stiftung gefördert. Laut den Herausgebern „analysieren die Autorinnen und Autoren dieses Bandes die umkämpften Erinnerungen in osteuropäischen Ländern. Sie versuchen, Übergänge zwischen den unterschiedlichen, oft grundsätzlichen Erinnerungen zu erkennen und gemeinsame Erinnerungsmuster in den Zwischenräumen neuer Vergangenheitsdogmen zu entdecken“ (S. 11). Im Abschnitt „Transitraum Geschichte“ wird das Problem in Osteuropa als Ganzes analysiert (Thomas Flierl, Elfriede Müller). Anschließend behandeln die Autoren verschiedene Aspekte der polnischen Geschichtspolitik (Karol Sauerland u. a.). Die ungarische Geschichtsbegründung der jüngsten Unruhen gegen die sozialistische Regierung im Jahr 2006 und später wird betrachtet (Magdalena Marsovszky), das Erbe des Kommunismus in Tschechien und in der Slowakei nach 1989 untersucht (Jan Pauer), die post-jugoslawische Problematik zur Sprache gebracht (Ota Luthar und Breda Luthar, Krunoslav Stojaković und Bosiljka Schedlich) und die Situation in Litauen (Roland Mischke) und der Ukraine (Franziska Bruder) beleuchtet. Die Situation in den anderen Staaten – vor allem in den anderen beiden baltischen Staaten und in Russland – bleibt leider unberücksichtigt.

Das Augenmerk des Buches liegt auf der Beschreibung und Analyse der antikommunistischen Vergangenheitserklärungen und auf den restriktiven Maßnahmen in den postkommunistischen Staaten, einschließlich des Vergleichs zwischen den Verbrechen der kommunistischen Regimes und der nationalsozialistischen bzw. Kollaborateurs-Regimes. Der Charakter der Beiträge ist sehr unterschiedlich – sie reichen von „präzisen“ wissenschaftlichen Analysen mit vielen Hinweisen zur Fachliteratur und anderen Quellen über „freie“ Kommentare bis zu persönlichen Erinnerungen. Alle dargestellten Probleme sind interessant und aufschlussreich für die Geschichtswissenschaft wie für die Politikwissenschaft. Eine kritische Haltung der meisten Autoren zur Totalitarismustheorie ist für das ganze Buch prägend. Diese Haltung führt dazu, dass viele Interpretationen sehr einseitig vorgenommen werden.

Das zweite Buch hat einen anderen Charakter und eine andere Grundorientierung, doch auch hier spielen historische Fragen eine wichtige Rolle. Es handelt sich um eine publizistische Bearbeitung des gegenwärtigen Aufstiegs der rechtsextremistischen Parteien und militanten Bewegungen in manchen osteuropäischen Staaten. Die beiden Autoren – Gregor Mayer und Bernhard Odehnal – beschäftigen sich mit der Situation in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Serbien und Bulgarien. Ein Geleitwort mit dem zufälligen Titel „Der unbekannte Osten“ wurde von Paul Lendvai geschrieben.

Die Studie beschreibt gut die aktuellen Entwicklungen. Wertvolles Insiderwissen liefern die Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die gegen den Rechtsextremismus kämpfen, mit Extremismusforschern, mit Beamten aus den anti-extremistischen Behörden und vor allem mit den Rechtsextremisten selber. Das Buch kann deshalb nicht nur als ein Grundlagenwerk zur osteuropäischen rechtsextremistischen Szene dienen, sondern auch als eine Quelle für weitere wissenschaftliche Extremismusforschung in diesem Raum.

Miroslav Mareš

Marcus Giebeler, Die Kontroverse um den Reichstagsbrand. Quellenprobleme und historiographische Paradigmen, München 2010 (*Martin Meidenbauer Verlag*), 320 S.

Die Frage nach der Urheberschaft des Reichstagsbrandes am 27. Februar 1933 bewegt die Gemüter. Der Streit hält nach wie vor an, obwohl sich die seriöse Forschung längst den Ergebnissen des am 1. Januar 2011 verstorbenen „Amateurhistorikers“ Fritz Tobias angeschlossen hat. Dieser konnte in einer „Spiegel“-Serie 1959/60 und in einem umfassenden Buch den Nachweis der alleinigen Brandstiftung durch den Anarchosyndikalisten Marinus van der Lubbe führen. Der holländische Wandergesell habe allein gehandelt, aus eigenem Antrieb, ohne Helfershelfer, ohne Mitwisser. Bis dahin herrschte die Auffassung vor, der Brand ginge auf eine NS-Provokation zurück.

Der Mainzer Marcus Giebeler spürt den Hintergründen der heftig geführten Kontroverse nach. Dabei wählt der Autor ein weithin chronologisches Vorgehen – mit dem Schwerpunkt auf der Zeit seit 1990. Allerdings fällt die Phaseneinteilung wenig originell aus: 50er und 60er Jahre – 70er und 80er Jahre – 90er Jahre – 21. Jahrhundert. Die Studie ist detailliert belegt, der Anmerkungsapparat überbordend. Der Autor kennt sich mit der Materie gut aus, auch bei Quisquilien. Obwohl er selber zum Reichstagsbrand nicht gearbeitet hat, lautet sein Fazit: „Das Rätsel des Reichstagsbrandes ist also nach wie vor ungelöst“ (S. 238). Diese Position liegt auf der Linie seines Lehrers Michael Kißener. Die Quellenlage sei nicht eindeutig. Giebeler, der eher der Mehrtäterschaftsthese zuneigt, erkennt, dass die Gegenseite schlechterdings nicht den Nachweis der Nichtexistenz von Mittätern führen kann. Hingegen sind alle Versuche gescheitert, eine nationalsozialistische Verschwörung zu belegen. Für den Mainzer Historiker ist die Reichstagsbrandkontroverse wesentlich eine Subkontroverse der Intentionalismus-/Strukturalismus-Kontroverse. Verfechter des Intentionalismus-Paradigmas seien von der zielgerichteten Errichtung der NS-Diktatur überzeugt, Verfechter des Strukturalismus-Paradigmas von der Eigendynamik des diktatorischen Systems. Dieser Gesichtspunkt hat zwar eine Rolle gespielt, aber er war für die Forschung längst nicht dominant. Es stimmt: Die Frage nach der Urheberschaft des Reichstagsbrandes dürfe nicht mit der Frage nach der Tragfähigkeit eines bestimmten wissenschaftlichen Paradigmas vermischt werden. Auf diese Weise gerate Ergebnisoffenheit in Gefahr. Nur: Damit rennt der Autor offene Türen ein. Hingegen vernachlässigt er andere Punkte, die maßgeblich zur Dynamik der Kontroverse beigetragen haben: die scharfe Kritik eines „Amateurhistorikers“ an der „Zunft“, die Fälschungsvorwürfe, die Vergangenheitsbewältigungsdebatte, die tiefgreifenden Folgen des Brandes, der Verschwörungstheoretiker anzieht. Heute stünde, räumt Giebeler ein, die Intentionalismus-/Strukturalismus-Kontroverse bei der Diskussion um den Reichstagsbrand nicht mehr im Vordergrund.

Das Urteil fällt ambivalent aus. Dem insgesamt sachlich argumentierenden Autor gelingt es überwiegend angemessen, die kaum noch überschaubaren Forschungskontroversen nachzuzeichnen. Er leitet daraus jedoch Schlüsse ab, die sich so nicht halten lassen. Die Position derjenigen, die von einer Einzelgängerschaft van der Lubbes ausgehen, wird durch dieses Buch keineswegs erschüttert. Die Behauptung, dass die „Ein-

zeltäterthese heute stark an Überzeugung verloren hat und daher in Sachen Reichstagsbrand weitere Forschungsanstrengungen von Nöten sind“ (S. 217), ist, was die erste Behauptung betrifft, nicht korrekt. Und was die Notwendigkeit neuer Forschungen betrifft, ist es jedermann unbenommen, dies zu tun. Giebeler baut jedoch vor: Unter Berufung auf Hermann Graml heißt es, in den Ermittlungsakten der politischen Polizei dürften sich aufgrund deren Voreingenommenheit keine „stichhaltigen Beweise“ (S. 220) für die Mehrtäterthese finden lassen. Aber die Nationalsozialisten waren doch gar nicht an der Alleintäterschaft Marinus van der Lubbes interessiert.

Eckhard Jesse

Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hrsg.), Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen, Leipzig 2010 (*Leipziger Universitätsverlag*), 653 S.

Ulrich von Hehl/Günther Heydemann/Klaus Fitschen/Fritz König, Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert, Leipzig 2010 (*Leipziger Universitätsverlag*), 969 S.

Tobias Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960-1975), Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 328 S.

Universitätsjubiläen bieten häufig einen guten Anlass, die Geschichte der eigenen Institution zu erforschen, zu hinterfragen oder sich mit bisher nicht durchleuchteten Kapiteln zu beschäftigen. Einige ostdeutsche Traditionsuniversitäten (Halle-Wittenberg, Jena, Greifswald) haben ihre großen Jahrestage schon in den letzten Jahren vollzogen, bei anderen steht das Jubiläum noch bevor (z. B. in Rostock). Die Leipziger und die Berliner Humboldt-Universität begingen ihre Festlichkeiten in den vergangenen Jahren. In Leipzig feierte man den 600. Gründungstag 2009, in Berlin den 200. im Jahr 2010. Für die Forscher stellt sich immer auch die Frage, wie sich die Geschichte in Form einer Publikation präsentieren lässt.

Das von Girnus und Meier herausgegebene Werk zur Humboldt-Universität erschien zwar pünktlich im Jubiläumsjahr, ersetzt aber keineswegs die noch zu erwartende Darstellung der Berliner Wissenschaftshistoriker. Es handelt sich um den Band einer Tagung im März 2009 mit gleichnamigem Titel. Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Kolloquium versammelte vor allem altgediente Wissenschaftler, die sich hauptsächlich zur Geschichte des eigenen Faches zur Zeit der DDR äußerten. Auf den ersten Blick wie ein „Klassentreffen“ (S. 11) anmutend, finden sich Beiträge von sehr unterschiedlichem Aussagewert: präzise wissenschaftshistorische Abhandlungen und anekdotenhafte Erinnerungstexte. Darauf macht der Titel des Bandes bereits aufmerksam, dennoch wäre es für den Leser hilfreich gewesen, die Beiträge hinsichtlich ihrer Wirkungsabsicht deutlicher zu markieren.

Auch die am Zentrum für Zeithistorische Forschung entstandene Dissertation von Tobias Schulz widmet sich der Geschichte der Humboldt-Universität in der DDR. Er weicht in seiner Untersuchung vom klassischen universitäts- und politikhistorischen Ansatz ab und verzichtet auf detailreiche Analysen von Fallbeispielen. Stattdessen steht

es in seinem Interesse, die Ausgestaltung des Wissenschafts- und Hochschulsystems der DDR zu betrachten, als Beispiel dafür zieht er die ostdeutsche Berliner Universität heran. Es wird das Verhältnis der Wissenschaft zur Politik und zur Ausbildung strukturell analysiert, außerdem kommen Grenzen der „Durchherrschaft“ (S. 12) zur Sprache. Besonders ins Blickfeld rückt die „3. Hochschulreform“. Schulz konzentriert sich in seiner Untersuchung stark auf die übergeordnete Planung durch die Wissenschaftsgremien des SED-Regimes.

Der dritte Band der Leipziger Universitätsgeschichte beschäftigt sich mit den politischen Herausforderungen, denen sich die Alma Mater Lipsiensis im 20. Jahrhundert zu stellen hatte und wie die Umbrüche an der Universität Niederschlag gefunden haben. In der Darstellung finden politik-, sozial- und alltagshistorische Aspekte Berücksichtigung; der Professoren-, Studenten-, Instituts- und in einigen Teilen der Wissenschaftsgeschichte werden die Autoren gleichermaßen gerecht. Sowohl die Zeit vor und in der Weimarer Republik, der Nationalsozialismus als auch die Einflüsse des Sozialismus werden ausführlich chronologisch bearbeitet und ergeben für den Leser ein stimmiges Gesamtbild. Widmeten sich ostdeutsche Universitätshistoriker vornehmlich der dringlichen Bearbeitung der DDR-Zeit, kamen die vergangenen zwanzig Jahre häufig zu kurz. Diesen Missstand wissen die Leipziger auszugleichen und beschreiben quellen- und abbildungsreich die Zeit der friedlichen Revolution wie die Umbrüche, denen sich die Universität im Zuge der Einheit und des Demokratisierungsprozesses stellen musste. Die Leipziger Gesamtdarstellung bietet für die Jubiläen anderer Universitäten eine anschauliche Vergleichsgrundlage; auf den abschließenden Band zur Humboldt-Universität darf man gespannt sein.

Anita Krätzner

Akshaya Handa, *Left Wing Extremism: Assessment & Counter Insurgency Strategy*, New Delhi 2010 (*Vij Books India*), 67 S.

Muss nachhaltige Aufstandsbekämpfung neben der Herstellung von physischer Sicherheit nicht vor allem auch die Ursachen von Konflikten angehen und durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen den Glauben an die Regierung als die legitime und kompetente Vertreterin der Bevölkerung (wieder-)herstellen? Oberst Handa scheint trotz wiederholter Bekenntnisse zu einem umfassenden Ansatz vom Nutzen ziviler Mittel wenig überzeugt zu sein. In seinem Beitrag über den Konflikt zwischen der indischen Regierung und den linksextremen Naxaliten vertritt er einen klar feindzentrierten Ansatz, der Counterinsurgency nahezu ausschließlich auf militärische Methoden reduziert.

Handa geht im ersten Teil auf Finanzierung, Organisation und Taktiken der Maoisten ein und schildert die Bedrohungslage in den betroffenen Bundesstaaten. Der Mittelteil widmet sich der bisherigen Strategie der Regierungen. Abschließend gibt der Autor eine eigene Einschätzung der aktuellen Lage und stellt eine Counterinsurgency-Strategie vor, um der maoistischen Bedrohung Herr zu werden. Wie zahlreiche Wissenschaftler er-

kennt Handa im Versagen der Regierung in den betroffenen Regionen den Grund für die Verbreitung des Linksextremismus; dennoch lehnt er Ansätze ab, die auf verantwortungsvollere Regierungsführung in ländlichen Gebieten setzen und/oder „Hearts and Minds“ der Bevölkerung gewinnen wollen. Der Grund ist die Befürchtung, die Maoisten könnten politisches Kapital aus möglichen Verbesserungen schlagen, indem sie diese als Früchte ihres politischen Drucks verkaufen.

Akshaya Handa plädiert stattdessen für eine Reihe von Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung wie etwa gezielte Tötungen, eine Umstrukturierung der Sicherheitskräfte und das Abschneiden von Nachschubwegen. Anliegen von Menschenrechtsorganisationen empfiehlt er, mit diplomatischen Mitteln zu begegnen, damit die Arbeit der Sicherheitskräfte nicht beeinträchtigt wird. Zur Eindämmung des sich rasch verbreitenden Einflusses der Extremisten schlägt Handa eine Propagandakampagne zur Diskreditierung der Naxaliten vor. Wie und durch wen eine Aufklärung der Landbevölkerung über die wahre Natur der Maoisten in schwer zugänglichen Regionen Andhra Pradeshs, Orissas oder Bihars erfolgen soll, bleibt allerdings sein Geheimnis. Insgesamt erscheinen die vorgeschlagenen Mittel nur bedingt praktikabel, stehen teilweise im Widerspruch zueinander oder zur vorhergehenden Situationsanalyse. Die streckenweise abenteuerlichen Vergleiche mit anderen Konflikten, die der Untermauerung der Vorschläge dienen sollen, ergeben mehr Fragen als Antworten. Dennoch bietet die Publikation lohnende Einblicke in wichtige Aspekte der Organisation und Vorgehensweise der Naxaliten. Sie vermittelt überdies einen Eindruck von der Haltung des Militärs zur Situation in den betroffenen Regionen.

Johannes Le Blanc

Jost Hermand, Kultur in finsternen Zeiten. Nazifaschismus, Innere Emigration, Exil, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 338 S.

Volker Koop, In Hitlers Hand. Die Sonder- und Ehrenhäftlinge der SS, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 295 S.

„Rassenkultur“, „Kultur aus Blut und Boden“, „nordische Kultur“ auf der einen Seite, die „wahre deutsche Kultur“ auf der anderen – der Kulturbegriff bildete eines der herausragenden Kampffelder zwischen dem Dritten Reich und den Gegnern des Nationalsozialismus. Ob Schriftsteller, Künstler oder Architekten, ihre Werke besaßen aufgrund des totalitären Anspruchs des Regimes immer auch eine politische Funktion.

Jost Hermand, in Deutschland und den USA lehrender Kulturwissenschaftler, legt eine detailreiche Gesamtschau zur Entwicklung der Kultur in den Jahren des Dritten Reichs vor. Hinzu nimmt er zu Recht als dritte Existenzform, als letztlich zwischen den unversöhnlichen Antagonismen stehend, eine Betrachtung der Vertreter einer Inneren Emigration vor. Drei unterschiedliche, sich aber dennoch hier und dort auch überschneidende Wege des Schaffens werden illustriert.

Wenig überraschend liegen Hermands Sympathien bei den unter schweren Bedingungen arbeitenden Exilanten, wobei er die unterschiedlichen Restriktionen betont, denen sie ausgesetzt waren. Auffällig ist aber seine unkritische Würdigung der Verhältnisse in

der Sowjetunion, die für viele der linken Flüchtlinge eine zweite Heimat, geradezu ein Hort künstlerischer Freiheit geworden sei. Demgegenüber hebt Hermand den alltäglichen Kampf ums wirtschaftliche Überleben der Mittellosen in den USA und eine dort vorherrschende Trivialisierung hervor. So zeigt er auch Verständnis für diejenigen Vertriebenen, die sich ohne tiefgreifende politische Botschaft ihren Lebensunterhalt verdienen, während Zeitgenossen wie Bert Brecht oder Theodor Adorno die amerikanische „Nicht-Kultur“ trotz ihrer dortigen Aufnahme verurteilten.

Die Innere Emigration insbesondere religiös gebundener Künstler, die Hermand auf knappem Raum aufgreift, beschreibt er als ein Lavieren zwischen Anpassung und Abgrenzung. Den Künstlern im Dienst des Dritten Reichs schreibt Hermand kaum bleibenden Wert zu. Schriften und darstellende Kunst waren in der Ideologie fest verankert, der Film diente der Propaganda und Unterhaltung. Allein der Architektur attestiert Hermand jenseits der verbreiteten Gigantomanie teilweise einen zeitlosen Charakter.

Wer in die Fänge der Nationalsozialisten geriet, dem drohte in ihren Lagern Misshandlung und Ermordung. Einige Gefangene erfuhren jedoch als „Sonder-“ oder „Ehrenhäftling“ eine herausgehobene Behandlung. Es waren prominente Systemgegner, wie der international bekannte Martin Niemöller; Angehörige von Verfolgten, wie die Familien von Verschwörern des 20. Juli; ausländische Spitzenpolitiker und Adlige; aber auch in Ungnade gefallene frühere NS-Sympathisanten, wie Hjalmar Schacht. Schließlich zählte hierzu auch der Hitler-Attentäter Georg Elser. Die Lebensbedingungen unterschieden sich maßgeblich: Teilweise befanden sich die Häftlinge in Sonderbereichen der Lager, während andere frühere Schlösser oder Hotels bewohnten.

Volker Koops Band stellt die unterschiedlichen Schicksale dieser NS-Opfer vor. Auf Basis einer umfangreichen Quellenanalyse vermag der Autor die Leidensgeschichte und oftmals Instrumentalisierung der Opfer nachzuzeichnen. Auffällig ist Koops Gliederung entsprechend der Herkunft der Häftlinge. So kann er nicht nur zwischen den Opfergeschicksalen aus Westeuropa und den aus rassistischen Gründen am stärksten bedrohten Slawen, u. a. der Sohn Josef Stalins, Jakob Dschugaschwili, unterscheiden, deutlich zeigt sich auch die NS-typische Kategorisierung. Der besondere Wert der Studie Koops liegt so in ihrem Beitrag zur weiteren Ausleuchtung, zur Differenzierung innerhalb des nationalsozialistischen Lagersystems, denn, trotz teilweise guter Lebensbedingungen und durchaus besserer (Über-)Lebenschancen, ihrer Freiheit waren sie alle beraubt.

Andreas Morgenstern

Deborah Hertz, *Wie Juden Deutsche wurden. Die Welt jüdischer Konvertiten vom 17. bis zum 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 350 S.

Miriam Magal, *Jerusalem. Heilige Stätten der Juden*, München 2010 (*Wilhelm Fink Verlag*), 173 S.

Der Titel *Wie Juden Deutsche wurden* lässt innehalten: Klingt da ein Gegensatz an, der keiner war? Sie waren längst Deutsche, als sie Protestanten oder Katholiken wurden. Deborah Hertz gelingt mit ihrem Buch ein doppeltes Kunststück: Einerseits wächst beim

Lesen das Verständnis für die Konversion, andererseits arbeitet sie ein Stück NS-Geschichte auf. Sie stieß in einem Berliner Kirchenarchiv auf 60 Karteikartenordner. Diese bargen die „Judenkartei“: Ergebnis eines gewaltigen NS-Forschungsprojekts. „Verkartungstruppen“ „erfassten pro Woche 50.000 Karten für die Taufkartei und für die gesonderte ‚Fremdstämmigenkartei‘“ (S. 20). Die Listen weisen wahrscheinlich jeden zum Protestanten konvertierten Juden von 1645 bis 1933 aus. Der Zweck der genealogischen Fleißarbeit ist offenkundig. Problemlos ermittelten NS-Behörden die Mitgliederzahlen jüdischer Gemeinden. Doch über die Zahl konvertierter Juden existierten nur Schätzungen, bis die „Judenkartei“ 1937 bereits über eine Million Konversionen nachwies.

Deborah Hertz gelingt eine bezaubernde Melange: Einfühlsam, in gleichem Maße faktenreich, eloquent und ebenso sorgfältig recherchiert, erzählt sie die unterschiedlichsten Geschichten von Menschen aus drei Jahrhunderten, die in der Taufe die Chance auf Zugehörigkeit zur europäischen, preußischen, deutschen Kultur sahen. Sie wählten die Assimilation – kein leichter Weg für viele –, ihr Ziel hieß: bürgerliche Emanzipation. Während die einen, eingebunden in Karrierepläne, nach gesellschaftlichem Aufstieg drängten und durchaus Stereotypen entsprachen, wenn sie dafür den Weg der Taufe gingen, gab es andere, deren Motive nationaler und kultureller Natur waren. Für sie galt das Christentum als entscheidender Schritt zum Deutschsein. Wenngleich für viele die Assimilation die Rettung zu sein schien, so war für manche der Abschied vom Judentum ein Bruch mit der Familie und Kultur. Assimilation brachte keineswegs für jeden die ersehnte Emanzipation. Das Emanzipationsedikt von 1812 ließ den Antisemitismus ebenso wenig verglimmen wie die „Mitdeutschen“ vergaßen, woher die konvertierten Nachbarn kamen.

Nicht minder kenntnisreich ist das Buch Miriam Magalls. Es entführt nach Jerusalem, an dessen heilige Stätten, an Orte, die für das Judentum im religiösen wie historischen Kontext bedeutungsschwer wiegen. Eingangs widmet sich die Autorin den Tempeln von Salomo und Herodes, indem sie archäologische Kleinode Texten aus der Hebräischen Bibel zuordnet. Wer sich für das Judentum interessiert und in Jerusalem mehr entdecken möchte als dem typischen Israel-Touristen vergönnt ist, möge zu dem Buch greifen. Auch wenn es kein Reiseführer ist, so führt es doch auf eine besondere Reise durch eine jahrtausendealte, wechselvolle Geschichte. Den zweiten Teil widmet sie dem Gottesdienst und ausgewählten Synagogen. Neben der Fülle an Daten und Details beeindruckt die Auseinandersetzung Magalls mit der arabischen Geschichtsschreibung, die Jerusalem für die palästinensische Geschichte in Besitz nimmt, jüdische Spuren mit frappierender Ignoranz vernachlässigt, sogar deren Vernichtung billigt. Neben den Synagogen erlitten gerade die Friedhöfe zahlreiche und immer wiederkehrende Verletzungen. Diese Orte der ewigen Ruhe bilden den dritten Schwerpunkt. Die Stadt er- und überlebte viele Zerstörungen: Von den Babyloniern und Römern bis in das 20. Jahrhundert schleiften die Eroberer heilige Orte, zerstörten Friedhöfe und damit die ewige Ruhe der Toten. Der Friedhof auf dem Ölberg ist über 3000 Jahre alt. Seine Gräber behüten die Geschichten der immer wieder nach Jerusalem heimkehrenden Juden. Auf dem Herzl-Berg ruhen Menschen, deren Leben mit der jüngeren Geschichte Israels verbun-

den war. Jerusalem bleibt ein hochsensibles Stück Erde – abhängig vom Wandel politischer Stimmungen. Magalls Sicht auf diese Stadt lässt die Position der Juden im Nahen Osten klarer werden.

Dorit Seichter

Gunter Hofmann, Richard v. Weizsäcker. Ein deutsches Leben, München 2010 (*C.H. Beck*), 295 S.

Friedbert Pflüger, Richard v. Weizsäcker. Mit der Macht der Moral, München 2010 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 223 S.

Hermann Rudolph, Richard v. Weizsäcker. Eine Biographie, Berlin 2010 (*Rowohlt*), 286 S.

Richard von Weizsäcker war der glanzvollste, gemeinsam mit Heuss wohl der bedeutendste Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Drei Bücher sind anzuzeigen, die seine Person und seinen Erfolg zu erklären versprechen. Dem Aufbau nach biographisch bearbeiten ihr Thema die Bücher von Gunter Hofmann, über viele Jahre Chefkorrespondent der *ZEITUNG*, und von Hermann Rudolph, langjähriger Redakteur vieler wichtiger Zeitungen und auch des Deutschlandfunks. Nach ausgewählten Themenfeldern gegliedert – der Weg zur Einheit, die politischen Valeurs deutscher Geschichte, Parteienstaat und Karriere, die außenpolitische Rolle Weizsäckers, seine Persönlichkeit – nähert sich Friedbert Pflüger, lange Zeit dessen Redenschreiber und Pressesprecher, seinem Helden. Am sprachlich glanzvollsten ist das Buch Hofmanns, das freilich einer Hagiographie am nächsten kommt und zwischen kitschartigen Passagen (S. 269: „Das Land aber ist liberal und demokratisch geworden, die Ostdeutschen haben erheblichen Anteil daran.“) und eindringlicher Einfühlung in die heilsame politisch-kulturelle Rolle von Weizsäckers für unsere so tief traumatisierte Nation oszilliert. Am kritischsten kommt von Weizsäcker – vor dem Hintergrund großer Bewunderung – im von persönlicher Nähe getragenen Buch Pflügers weg. Und könnte man nur eines der drei Bücher lesen, griffe man am besten zu dem von Rudolph, das nicht nur gut zu lesen und detailreich, sondern dank seines der Biographie folgenden Aufbaus auch leicht zum Nachschlagen nutzbar ist.

Alle Bücher zeigen, eine wie reiche, von vielerlei Glücksumständen geprägte, diese bestmöglich nützende Persönlichkeit Richard von Weizsäcker ist. Sie führen vor Augen, dass er keinesfalls ein undankbarer Günstling Helmut Kohls war, sondern ein Politiker mit großem, den Glanz seiner Rhetorik weit übersteigendem Können. Sie heben seine während der Kanzlerschaft Willy Brandts den richtigen ostpolitischen Kurs vertretende Randständigkeit in der mit oppositionellen Scheuklappen sich vergaloppierenden Unionsfraktion hervor und führen vor Augen, wie in seiner großen Ansprache vom 8. Mai 1985 der Vollklang nicht nur seiner Redekunst, sondern auch seiner gedankenreichen Identifikation mit Deutschlands Geschichte mitsamt ihren Verstrickungen und Chancen ertönte und eben deshalb eine ganze Nation tief berührte. Und alle Autoren zeigen, wie gut es dem Gemeinwesen tun kann, wenn der Weg zur politischen Prominenz nicht vom Kreißaal über den Hörsaal in den Plenarsaal und von dort anpasslerisch nach oben führt, sondern wenn eine gestandene Persönlichkeit sich in der Lebensmitte – innerer

Bereitschaft folgend – für die Politik gewinnen lässt und dann nicht erst über Mandat und Amt langsam wachsen muss, sondern der Politik von vornherein geben kann, was außerhalb von ihr bereits gewachsen ist. Diesem Hintergrund verdankt sich der glaubwürdige Kern von Weizsäckers Parteienkritik, und vor ihm sollte man über bessere Möglichkeiten nachdenken, unserem Gemeinwesen auch künftig Persönlichkeiten vom Schlage von Weizsäckers zu schenken.

Natürlich achtet jeder Leser besonders auf die Passagen über „Richard und Helmut“. Hofmann, jahrelanger Übung treu, lässt einmal mehr durchblicken, der – so insinuiert er – „tumbe Tor“ aus Oggersheim habe Deutschland ein noch reicheres Wirken seines Helnden vermässelt. Rudolph hält die Mitte, denn ausgerechnet Pflüger lässt Weizsäcker auch am Kanzler der Einheit und an Bundesdeutschlands erfolgreichstem Parteiführer Maß nehmen. Dabei sieht der Bundespräsident immer noch gut aus – der Kanzler freilich ebenso. Vermutlich wäre es Zeit für eine Doppelbiographie von Weizsäcker und Kohl, sine ira, doch cum studio, welche sowohl das Glück als auch die Tragik des Zusammenstreffens dieser beiden Politiker schilderte, die beide Alphonse waren und sich selbst im – schwer vermeidbaren Zerwürfnis – beim Dienst an unserem Lande gut ergänzten.

Werner J. Patzelt

Erich Honecker, Moabiter Notizen. Mit einem Geleitwort zur Neuauflage von Margot Honecker, Berlin 2010 (edition ost), 255 S.

Werner Großmann/Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), Fragen an das MfS. Auskünfte über eine Behörde, Berlin 2010 (edition ost), 398 S.

In ihrem Geleitwort zu den neu edierten Aufzeichnungen aus dem Berliner Kriminalgefängnis Moabit, die ihr verstorbener Mann 1992/93 in seiner 169-tägigen Untersuchungshaft handschriftlich verfasst hat, äußert Margot Honecker die Erwartung, „vielleicht nicht die Einzige“ zu sein, „die erfreut darüber ist, dass Erich Honecker mit dieser Neuauflage der ‚Moabiter Notizen‘ noch einmal zu Wort kommt“. Wahrscheinlich täuscht sie sich. So mancher ihrer früheren Genossen dürfte in dem „letzten schriftlichen Zeugnis“ des langjährigen Partei- und Staatschefs der DDR eher ein politisches Ärgernis als eine nostalgische Reminiszenz erblicken. Die Schrift, die nur 82 Seiten des Buches ausmacht, wurde im chilenischen Exil vervollständigt. Wie in der Erstauflage füllen die übrigen Seiten des Buches Gesprächsprotokolle und das Kommuniké zu Honeckers Arbeitsbesuch 1987 in der Bundesrepublik.

Die durch eine Reihe politisch gefärbter Anmerkungen „angereicherte“ Neuauflage ist allenfalls noch lesenswert, weil sie Honeckers verquere Einschätzungen zum „Schicksalsjahr“ 1989 in Erinnerung ruft. Die friedliche Revolution der DDR ist für ihn „Konterrevolution“, die deutsche Wiedervereinigung begreift er als „Anschluss“, „Annexion“ oder „Eroberung“ der DDR. Kennlich wird die Simplizität eines politischen Weltbildes, das den Lauf der Geschichte aus einer im Marxismus-Leninismus scheinbar entschlüsselten „historischen Gesetzmäßigkeit“ erklären will. Den Zusammenbruch sei-

nes Staates 1989 führt Honecker keineswegs auf eigenes Unvermögen zurück, sondern auf eine „Verschwörung“. Für ihn war „ganz klar“, dass sie „nur möglich wurde aufgrund einer längeren konspirativen Tätigkeit einzelner Mitglieder des Politbüros und von Mitarbeitern des Apparates des ZK sowie leitender Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“ (S. 38). Als Schuldige macht er Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse namhaft, Egon Krenz, Hans Modrow und Markus Wolf. Man liest es kopfschüttelnd. Dem einstigen „Schild und Schwert der Partei“ widmet Honecker verschiedentlich kritische Worte. Die „Guillaume-Affäre“ ist für ihn „ein nicht entschuldigbarer Fehler der Aufklärungsorgane der DDR“ (S. 48). Eine verspätete Erkenntnis.

Für Lob und Verklärung sorgen stattdessen die ehemaligen „Tschekisten“ der DDR selber. 27 Veteranen der Staatssicherheit erteilen in ihrem Kompendium Fragen an das MfS, wie sie vorgeben, Auskünfte über eine Behörde. Sie offerieren Argumentationshilfen für die Verteidigung des MfS. Es geht um geschichtspolitische Deutungshoheit. Die Autoren sind klug genug, nicht nur Legenden zu bieten, sondern auch Fakten und ein Quäntchen Selbstkritik. Nicht zu viel, aber immerhin. Die beiden Herausgeber, zugleich Mitautoren, gehörten einst zu den vier Vize-Ministern im MfS: Werner Großmann, letzter Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, und Wolfgang Schwanitz, einst verantwortlich für den „funkelektronischen Kampf“ und unter Modrow für vier Wochen Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit. Die handbuchartige Edition soll das hässliche Bild des geheimpolizeilichen Überwachungs-, Unterdrückungs- und Spionageapparates im Staat der SED retuschieren. In 15 thematisch eingegrenzten Abschnitten werden rund 180 ausgeklügelte Fragen „zuverlässig“ beantwortet, teils durchaus informativ, teils bewusst desinformierend. Die Antworten lassen erkennen, wie die ehemaligen MfS’ler heute denken – nicht viel anders als gestern. Frühere DDR-Oppositionelle und Regimekritiker werden diskriminiert. Erwähnenswert ist die larmoyante Klage über den „Verrat“, den Moskau aus ihrer Sicht an der Staatssicherheit beging.

Karl Wilhelm Fricke

Stefan Hug, Migrantengewalt. Wie sich unser Staat selbst entmachtet, Beltheim-Schnellbach 2010 (*Bublies Verlag*), 302 S.

Kirsten Heisig, Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 205 S.

Gewaltbereitschaft und Kriminalität junger, zumeist männlicher Migranten ist zu einem wichtigen Thema in Wissenschaft und Politik geworden. Dreh- und Angelpunkt der neueren Debatten sind Fragen der sozialen Integration im Arbeits- und Bildungsmarkt, aber auch die Frage der kulturellen Integration. Die beiden Bücher weisen unterschiedliche Zugänge auf und fallen qualitativ weit auseinander.

Hug versucht zunächst eine Definition der „Migrantengewalt“ zu geben, bevor „Gewalt durch Muslime“ als „gefährlichste Form der Migrantengewalt“ bezeichnet wird. Es folgen Kapitel über die Entwicklung in Deutschland und Europa, politische Reaktionen,

über den – angeblich – schwachen Staat und gesellschaftliche Perspektiven. Die Ausführungen, gespickt mit Verweisen auf Hobbes, Carl Schmitt oder Ernst Forsthoff, plädieren für einen starken Staat. Wie Begriffe wie „Migrantengewalt“, „Kriminalität einer großen Volksmenge“ (S. 18), „Zusammenrottungen in Ausländerghettos auf deutschem Boden“ (S. 20), „importierte Ethnien“ (S. 51) oder „der Niedergang des weißen Mannes“ (S. 112) vermuten lassen, handelt es sich um ein rassistisch motiviertes Pamphlet, voller Fehler und Halbwahrheiten: Nicht „der Staat“ definiert Kriminalität, sondern das Parlament durch die Strafgesetzgebung. Migrantengewalt gilt als „jeglicher kriminelle Akt von Angehörigen einer ethnisch nichtdeutschen Gruppe, die staatsgefährdenden Charakter hat“ (S. 26). Hug behandelt nicht politisch motivierte Kriminalität, sondern alle von Nichtdeutschen begangene Straftaten.

Unzählige sachliche Fehler gehen einher mit falschen Einschätzungen. Migranten-„Ghettos“ sieht der Autor nicht als Folge von Armutsentwicklungen und Gentrifizierung in den Städten, sondern als gezielte Strategie von Migranten. Die Polizei habe den Überblick verloren. Polizeiliche Prävention betreibe das „Programm der Verkumpelung“ (S. 207) – die Justiz gewähre Migranten „Sonderrechte“ (S. 79 f.). All dies wird in der Fachliteratur völlig anders gesehen. Hugs Buch ist ein Pamphlet aus der konservativ-rechtsextremen Ecke.

Kirsten Heisig war bis zu ihrem Tod 2010 Richterin an Deutschlands größtem Amtsgericht in Berlin-Tiergarten. Ihr Buch über Jugendkriminalität in Berlin ist eine Mischung aus Erfahrungen und Reflexionen. Sie erörtert an vielen Beispielen Defizite in der staatlichen Auseinandersetzung mit der Jugendgewalt. Sie beschreibt die Möglichkeiten von Jugendrichtern, Bewährungshelfern, der Jugendgerichtshilfe und der Staatsanwaltschaft. Es folgen Analysen typischer Delikte rechter und linker Jugendgewalt und eine Auseinandersetzung mit Intensivtätern. Heisig plädiert für konsequentes, hartes Vorgehen, ebenso für mehr Bildung und Hilfestellungen für soziale Integration. Immer noch vergehe zu viel Zeit zwischen Tatbegehung und Aburteilung. Hier setzt das von ihr entwickelte und praktisch erprobte „Neuköllner Modell“ an: Die Verfahrensdauer könne verkürzt werden, wenn Polizei, Jugendamt, Schule, Staatsanwaltschaft und Richter besser zusammenarbeiten. Für Heisig geht es um die „Verfahrensbeschleunigung, die Unterbindung der langen Liegezeiten der Vorgänge bei den beteiligten Institutionen und eine verbesserte Kommunikation“ (S. 179). Ihr Plädoyer für vernetzte staatliche Intervention ist auf der Höhe der Zeit und ein produktiver Ansatzpunkt für die weitere Diskussion. Heisig hat zugleich ein sehr persönliches Buch vorgelegt. Es überzeugt vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen, durch ihr Engagement und eine reflektierte Offenheit. Sie beschreibt sehr differenziert die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Neuköllner Modells, denn die intensive Zusammenarbeit der Akteure bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität ist keineswegs selbstverständlich. Dieses Buch sei allen an der Thematik der Jugendkriminalität Interessierten nachdrücklich empfohlen.

Hans-Gerd Jaschke

Detlef Joseph, Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Berlin 2010 (*Das Neue Berlin*), 399 S.

Andrei Oișteanu, Konstruktion des Judenbildes. Rumänische und ostmitteleuropäische Stereotypen des Antisemitismus (Forum Rumänien Bd. 6), Berlin 2010 (*Frank & Thieme Verlag*), 679 S.

Ohne ideologische Scheuklappen hätte das Buch des Juristen Detlef Joseph auf Grund der Fülle an untersuchtem Material ein wichtiger Beitrag zur Diskussion sein können, ob und in welcher Form es in der DDR Antisemitismus gab. Wie schon mit einer Veröffentlichung zuvor (*Vom angeblichen Antisemitismus in der DDR*) trifft der Autor auch hier die Wertung, dass der Antisemitismus-Vorwurf nur der „Delegitimierung“ der DDR diene. Die im Untertitel versprochene kritische Untersuchung zielt mehrheitlich auf diejenigen, die judenfeindliche Elemente der Politik der SED und der DDR anprangeren. Nicht zuletzt dadurch wird das Buch zu einem Sammelsurium von Widersprüchen. Natürlich war der Antisemitismus keine Staatsdoktrin der DDR, das hat auch niemand je behauptet, aber das schwere Geschütz, das der Autor auffährt, lässt schlechtes Gewissen ahnen. Allerdings führt er selbst eine Vielzahl von judenfeindlichen Ereignissen in der DDR an, wertet diese nicht als antisemitisch. Die Politik der DDR gegenüber Israel sei richtig gewesen, weil sie antizionistisch war. Der Zionismus wird undifferenziert und nicht als jüdische Nationalbewegung, sondern als imperialistische Ideologie begriffen. Zudem könne es in der DDR gar keinen Antisemitismus gegeben haben, da dieser an die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gebunden sei. Weshalb es dann, wie der Autor es selbst schreibt, zu „antijüdisch motivierten Exzessen [...] in der Sowjetunion“ (S. 121) kommen konnte, bleibt ungeklärt. Vollends verrennt sich Joseph, wenn er schreibt, dass die Politik der Nationalsozialisten nach 1933 sich primär gegen die Kommunisten gerichtet hätte, während sie gegen die Juden bei aller „Gemeinheit“ zunächst „verhältnismäßig milde“ (S. 156) gewesen sei. Eine andere Peinlichkeit besteht in der Behauptung, die Sowjetunion hätte den Teilungsbeschluss der UNO von 1948 „mitgetragen“ (S. 101). Kein Wort davon, dass sie diesen Beschluss initiierte, das erste Land war, dass Israel diplomatisch anerkannte und die Tschechoslowakei veranlasste, Waffen nach Israel zu liefern, was Stalin nach dem Bruch mit Israel die Möglichkeit bot, mit den tschechischen Kommunisten, vor allem den Juden unter ihnen, blutig abzurechnen. Das Nützlichste an dem Buch ist die von Renate Kirchner als Anhang erstellte Bibliografie *Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945-1990* mit 1086 Titeln, wobei hier nicht zwischen Sowjetischer Besatzungszone und DDR unterschieden wird.

Ganz anders ist das Buch von Andrei Oișteanu, das eine Lücke im deutschsprachigen Raum füllt. Mit der Methode der Imagologie, also der Wissenschaft der Entstehung von Vorstellungen, untersucht und verdeutlicht der Autor die Herkunft und die Existenz von imaginären Judenbildern vor allem im Vorkriegsrumänien. Das auch deshalb, weil Rumänien nach der Sowjetunion und Polen das drittgrößte jüdische Siedlungsgebiet in Europa war und weil es in Rumänien einen mörderischen Antisemitismus gab, der sich vom deutschen nur durch seinen pogromähnlichen Charakter unterschied. Oișteanu lässt keins der grassierenden Bilder vom Juden unbeachtet, beeindruckend ist seine bis ins kleinste Detail gehende Untersuchung, wie und warum diese Bilder entstanden und wie sie heute in der zeitgenössischen und wissenschaftlichen Literatur reflektiert werden.

Besonders interessant ist dabei seine Feststellung, dass im kommunistischen Rumänien die Darstellung des Juden in der Kunst und Wissenschaft weitgehend tabuisiert war. Demgegenüber konstatiert er nicht ohne Sorge, dass im modernen Rumänien die antiquiert geglaubten, in der Regel antisemitischen Bilder vom Juden wieder Konjunktur haben.

Werner Abel

Klaus Kinner (Hrsg.), *DIE LINKE – Erbe und Tradition*. Bd. 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 310 S.

Klaus Kinner (Hrsg.), *DIE LINKE – Erbe und Tradition*. Bd. 2: Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 320 S.

Beide Bände gehören zu der seit 1999 aufgelegten, nunmehr elf Bände starken Reihe *Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus* aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Lothar Bisky hat im Vorwort das Programm benannt: Es sei Zeit, das historische Selbstverständnis der (angeblich neuen) Partei zu hinterfragen, die sich „noch im Prozess der Selbstfindung“ befinde (Bd. 1, S. 13). Dazu gibt es zwei Beiträge zur „frühen deutschen Arbeiterbewegung“, vier zu den „Traditionen der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“, einen zum „deutschen Parteikommunismus“, drei zu „Erbe und Tradition von SED und DDR“ und 14 über die „Wurzeln des Linkssozialismus“. Ein Identitätsdiskurs also, dem Michael Brie Spekulationen über „Die Möglichkeit des Kommunismus nach seinem Scheitern“ vorwegstellt. Man liest hier die philosophisch differenzierte Vorlage für die Kommunismus-Rede seiner Vorsitzenden vom Januar 2011 – und das mit merkwürdigen Untertönen altbekannter romantischer Pluralismus- und Parlamentarismuskritik: „Kommunismus und Liberalismus sind geistig-politische Strömungen entlang des Grundkonflikts moderner Gesellschaften zwischen Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit“ (Bd. 1, S. 56). Sozialismus könne das kommunistische Erbe nicht ausschlagen, weil er die „Freiheit von ökonomischer, politischer und geistiger Diktatur erst in eine Freiheit für etwas“ verwandele (Bd. 1, S. 57, Hervorhebung im Original). Die – angeblichen – „sozialdemokratischen Wurzeln“ kommen denn auch nicht gut weg: Heinz Niemann, einst Professor für Marxismus-Leninismus, arbeitet sich an den Programmen der SPD nach alter Art ab. Da dürfen die „Kriegskreditbewilliger“ um Friedrich Ebert (Bd. 1, S. 108) nicht fehlen, um zu dem Schluss zu kommen, dass sozialistische Programmatik der „historisch-materialistisch-dialektischen Begründung“ bedürfte und es deshalb von Übel sei, wenn „weltanschauliche Pluralität zwingend auch theoretischen Pluralismus“ einschließe (Bd. 1, S. 128). Von ähnlicher Machart ist Stefan Bollingers Beitrag „Erbe und Traditionen der SED für die Linke“. Die SED „verspielte 1946 die Chance, einen demokratischen Weg zum Sozialismus zu gehen“ (Bd. 1, S. 245), wurde aber „die erfolgreichste Partei Deutschlands [...] mit einer ununterbrochenen 45-jährigen Regierungsverantwortung“ (Bd. 1, S. 247). Das ist – nach 20 Jahren (angeblich) selbstkritischer Geschichtsdebatte – ein starkes Stück.

Eher Neues gibt es im zweiten Teilband zu entdecken. Die Partei versucht, einen „Linkssozialismus“ als „zentristische“ Traditionslinie für sich zu reklamieren. Den gab es nach dem Scheitern der USPD nach 1945 nur in Spurenelementen und im politischen Nirwana. Andreas Diers versucht, das Gespenst einzufangen: Für Linkssozialismus seien Demokratie, Basisinitiative und Selbstverwaltung zentral, politische Avantgardeansprüche tabu; er beruhe auf einem undogmatischen Marxismusverständnis und demokratischer Diskussionskultur, sei nicht in erster Linie eine Organisationsfrage, sondern Aufklärungsbewegung (Bd. 2, S. 38).

Dass ein solches Konstrukt keine reale Substanz hat, wird deutlich, wenn der Band als Ikonen des Linkssozialismus anschließend eine Galerie der Gescheiterten abfeiert: Paul Levi (Michael R. Krätke und Helmut Arndt), Rosa Luxemburg (Annelies Laschitzka), Arkadij Gurland (Mario Keßler), Viktor Agartz (Christoph Jünke), Leo Kofler (Jünke), Peter von Oertzen (Michael Buckmiller), vor allem aber Wolfgang Abendroth (gleich drei Beiträge von Diers, Uli Schöler und Gregor Kritidis) sind darunter. Die Vereinnahmung ist mindestens für Levi, Gurland, Kofler und von Oertzen eine Beleidigung. Dass zwischen KPD und SPD immer wieder Übergangsphänomene von Demokratie zu Diktatur existierten, berechtigt nicht dazu, sie wie hier als „linkssozialistisch“ in eine Reihe mit den (leninistischen) Trotzkisten zu stellen. Dennoch sind diese kenntnisreich geschriebenen und ideengeschichtlich angereicherten Einzelstudien zu den gescheiterten Dritten Wegen spannend und anregend.

Rudolf van Hüllen

Roland Koch, Konservativ. Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 220 S.

Pitt von Bebenburg/Matthias Thieme, AUSGEKOCHT. Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik, Frankfurt a. M. 2010 (*Eichborn*), 218 S.

Wolfgang Clement/Friedrich Merz, Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 199 S.

Mit Roland Koch ist einer der letzten konservativen Persönlichkeiten aus der Union ausgeschieden. Politik sei nicht sein ganzes Leben, begründete der sich selbst als „konservativen Reformier“ bezeichnende Koch den Abgang. Mit dem beginnenden Abstand sei der richtige Zeitpunkt gekommen, fernab der hektischen Tagespolitik über „konservative Politik“ zu schreiben, sozusagen als „Abschiedsgeschenk“. Konservative seien heute nicht heimatlos, aber planlos, so Koch. Ihnen fehle ein intellektueller Überbau zu Einstellungen und Forderungen. Seine Antwort darauf ist zwar kein „konservatives Manifest“, aber die Formulierung programmatischer Leitplanken für konservative Politik. In einem Rundumschlag von der Verantwortung für das Leben, über Familie, Bildung, Wirtschaft und Umwelt bis hin zum sozialen Gefüge der Gesellschaft und der Frage des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts bezieht Koch konservative Positionen. Es sind die Positionen eines überzeugten Demokraten, der die christliche Grundeinstellung

der CDU für einen existentiellen Teil ihrer Identität hält, dessen Vermittlung immer wieder neu angegangen werden müsse, deren Bestand jedoch niemals in Frage gestellt werden dürfe.

Zu einem Rundumschlag ganz anderer Art holen die beiden Autoren Pitt von Bebenburg und Matthias Thieme aus. Eine Politik aus christlicher Verantwortung sehen sie in Kochs elfjähriger Amtszeit als hessischer Ministerpräsident nicht. In teils investigativer, teils diffamierender Form üben die beiden Journalisten Kritik am „System Koch“, das geradezu an mafiöse Strukturen grenze, sei das Erbe von Roland Koch doch „die Politik als Clique, mit einem Anführer und einer Gefolgschaft, mit Treueschwüren und äußeren Feinden – und mit vielen Geheimnissen, die die Gruppenmitglieder stark aneinander binden“. Das Buch überschreitet mehrfach die Grenze der Seriosität. So fehlt es der Bilanz der hessischen Regierungspolitik an Ausgewogenheit, vieles ist dramaturgisch übertrieben. Vor allem aber macht die einseitige Abrechnung mit Koch und dessen Nachfolger Volker Bouffier auch vor persönlichen Beleidigungen nicht Halt. So schreiben die Autoren: „Anders als der spröde und zurückhaltende Koch tritt Bouffier als Draufgänger auf, der mit seiner lauten Stimme und seinem jovialen Auftreten jeden Stammtisch einnehmen kann. [...] Der Aktenfresser Koch hingegen spielt zwar Tennis und fährt Ski, aber oft steht er so unbeholfen da, als wäre er in seinem Körper nicht zuhause.“

Thieme und von Bebenburg geht es offenbar mehr um eine negative Imagepflege des früheren Ministerpräsidenten als um ein seriöses Urteil von Kochs elfjähriger Amtszeit. Dass Koch als Ministerpräsident beispielsweise die *Frankfurter Rundschau*, für die beide Autoren des Buches schreiben, vor dem Aus gerettet hat, ist ihnen offenbar entfallen.

Einen weiteren Rundumschlag bieten Wolfgang Clement und Friedrich Merz in ihrem Buch über Deutschland nach der Krise. Auch sie gehören zu den Aussteigern aus der Politik, die fernab des Dauerwahlkampfes die Reformunfähigkeit der Deutschen und die Führungsschwäche der Bundesregierung anprangern. So kritisieren sie den Kurs der „mutlosen Mittelmäßigkeit“ von Kanzlerin Merkel ebenso wie die notorische Forderung der FDP nach Steuersenkungen. Auf Sicht fahren, wie die Kanzlerin ihren inneren Kurs beschreibt, reicht alleine nicht aus, um Deutschland rundum zu erneuern. Überzeugend und beherzt fordern beide Ex-Politiker Mut zu weiteren Reformen, sie setzen vor allem auf die vermittelnde Kraft einer Politik der Überzeugung, nicht der Überredung. Merz und Clement appellieren an die Innovationsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung der Deutschen. So endet ihr Buch mit der Aufforderung John F. Kennedys: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.“ Wer nach einem Ausweg aus der Krise sucht, der findet hier zukunftsweisende Lösungsvorschläge.

Gerd Langguth

Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 406 S.

Der Herausgeber skizziert mit Geschick die Konturen des Neuen in der Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung. Die Wahlen 2009 brachten größere Veränderungen in den Stimmenanteilen als alle Bundestagswahlen seit 1957; und die Qualität des Parteienwettbewerbs hatte sich nachhaltig verändert – nicht nur durch die Verfestigung des Fünf-Parteiensystems. Die Regierungsbildung wird „postmodern“ genannt, aufgrund der Optionen von multiplen Koalitionen, Machtwechsel ohne Ankündigung, Machtwechsel mit Rotationsankündigung.

Unterschiedliche Perspektiven werden an den Stoff herangetragen: in Analysen der Wahlforschung, der Parteienforschung, der Kommunikationsforschung und der Regierungsforschung. Im Parteienkapitel kamen auch vergleichende Perspektiven zu Wort, wie bei Nijhuis hinsichtlich der Niederlande und Ludger Helms im Kapitel „Lernen von Österreich?“ Lothar Probst fragt in einem Kapitel, ob das deutsche Parteiensystem europäischer werde. Es zeichnet sich in Europa und Deutschland eine wachsende elektorale Schwäche der sozialdemokratischen Parteien und eine asymmetrische Entwicklung zugunsten konservativer Partei ab, obwohl diese ebenfalls Stimmenverluste erlitten haben. Aufschlussreich ist die Studie von Schmitt-Beck und Wolsing über direkte Kontakte in der Kampagnenkommunikation der Parteien mit den Wählern. Dabei wurden aktive Informationssuche, Teilnahme an Kundgebungen und die Wahrnehmung von Angeboten aus dem Internet einbezogen. Die aktive Informationssuche (außer bei der Linken) und die Online-Kommunikation waren weit davon entfernt, von Wählern in großem Umfang beachtet zu werden. Thorsten Faas steuerte eine lesenswerte Erklärung zur geringen Wahlbeteiligung bei. Dabei fand er positive Signale, weil die Wahrnehmung von Unterschieden zwischen den Parteien sich als einflussreicher Faktor erwies – und solche Wahrnehmungen waren nach vier Jahren Großer Koalition nicht allzu weit verbreitet. Mit der Wiederkehr von alternative government dürfte der Mangel jedoch behoben werden. Der Vergleich von Parteiprogrammen hat gelegentlich Trivialitäten aufgedeckt: „Die Grundsatzprogramme von CDU und CSU liegen programmatisch näher beieinander als die Grundsatzprogramme von der Linken, SPD und Grünen“. Interessanter ist der empirische Nachweis, dass der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung deutlich näher am FDP-Wahlprogramm als jenem der Union liege. Sozioökonomisch befinden sich die beiden Wahlprogramme nahe am Pol der Sozialstaatlichkeit. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene hingegen ist der Koalitionsvertrag fast deckungsgleich mit dem FDP-Programm. Klaus Kamps analysiert die Medialisierung der Politik. Er unterscheidet dabei Extension (Medientechnologien erweitern die natürlichen Grenzen des menschlichen Kommunikationsvermögens), Substitution (neue Medien verdrängen andere soziale Aktivitäten), Amalgamation (Medienaktivitäten verschmelzen mit anderen Aktivitäten, z. B. Radiohören und Autofahren). Am wichtigsten erscheint die Akkomodation (Anpassung der anderen Eliten-Sektoren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an die Regeln des Mediensystems). Diese Begriffe werden in

einer empirischen Analyse durch eine Skizze der professionalisierten Wahlkampfführung der Parteien inhaltlich gefüllt. Tim Spier vergleicht lagerübergreifende Koalitionen seit 1949. Sie waren anfangs häufig und gingen bis zur zweiten koalitionspolitischen Wende der FDP im Bund 1982 stetig zurück. Die Wiedervereinigung hat den Trend zur Koalition über die Lager hinweg wieder verstärkt.

Dieser Sammelband ist mehr als eine Buchbindersynthese. Die Artikel sind sorgfältig aufeinander abgestimmt und bringen eine Fülle von empirischem Material. Der Band wird in der Lehre eine nützliche Funktion erfüllen.

Klaus von Beyme

Michael Sontheimer, „Natürlich kann geschossen werden“. Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion, München 2010 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 217 S.

Wolfgang Kraushaar, Verena Becker und der Verfassungsschutz, Hamburg 2010 (*Hamburger Edition*), 202 S.

Peter Horvath, Die inszenierte Revolte. Hinter den Kulissen von '68, München 2010 (*Herbig*), 271 S.

Mehr als zehn Jahre sind seit der Auflösung der Roten Armee Fraktion (RAF) vergangen, mehr als 40 seit dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg. Es sind in diesen Jahrzehnten ganze Bibliotheken mit dem Versuch gefüllt worden, die Geschichte der Protestbewegung und des deutschen Linksterrorismus zu erzählen. Vieles wurde wieder und wieder erzählt, einige der Episoden und Zitate finden sich in fast allen Büchern zum Thema. Der Geschichte der Protestbewegung und der RAF neue Aspekte hinzuzufügen, ist angesichts der Fülle des bereits veröffentlichten Materials schwierig. Mindestens drei Autoren ist es im Jahr 2010 jedoch gelungen: dem Historiker Michael Sontheimer, dem Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar und dem Medienunternehmer Peter Horvath. In ihrer Überzeugungskraft unterscheiden sich die Neuigkeiten jedoch stark.

Wohlthuend nüchtern stellt Sontheimer in seinem Band die wichtigsten Stationen der deutschen Linksterroristen um Andreas Baader und Ulrike Meinhof dar, die einen Krieg gegen den deutschen Staat geführt hatten. Er reklamiert für sich, mit vielen ehemaligen RAF-Angehörigen gesprochen zu haben, wahrt dabei aber immer Distanz und belegt zugleich, dass viele der Reaktionen des Staates auf diese Kriegserklärung den Konflikt befeuerten: So hätten etwa die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder und der Hungertod Holger Meins⁷ die deutsche Linke dazu gebracht, sich mit den Strafgefangenen zu solidarisieren. Sontheimer belegt die Verbindungen der RAF und des westdeutschen Verfassungsschutzes. Schon lange ist bekannt, dass der RAF-Gründer Horst Mahler Kontakt zu einem Vertrauensmann des Berliner Verfassungsschutzes hatte; neu aber ist, das Bekanntwerden enger Verbindungen des Geheimdienstes zu Verena Becker, die im Verdacht steht, den Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordet zu haben.

Dass es bei der Aufklärung dieses Mordfalls bis in die jüngste Vergangenheit Merkwürdigkeiten gab und gibt, ist Sontheimer mehrere Seiten wert – und Wolfgang Kraushaar ein ganzes Buch. In dem Band *Verena Becker und der Verfassungsschutz* erzählt er die Geschichte der Terroristin, die 1989 begnadigt wurde und heute wieder vor Gericht

steht. Kraushaar prüft die These, Becker habe vielleicht schon vor dem Attentat mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet. Er kommt zu dem Schluss, es gebe „keinen Beleg für eine Informantentätigkeit Verena Beckers für den Verfassungsschutz vor 1977“, dafür aber so viele offene und verdeckte Hinweise, „dass es leichtfertig wäre, einfach weiter vom Gegenteil ausgehen zu wollen“ (S. 191). Der zunächst absurd anmutende Verdacht, „eine für eine staatliche Behörde arbeitende Agentin soll einen Spitzenbeamten desselben Staates aus dem Weg geräumt haben“ (S. 187), bleibe eine begründete Vermutung. Dass die Geschichte der RAF um dieses neue Kapitel ergänzt wurde, ist vor allem dem unbedingten Willen von Michael Buback zu verdanken, den Mord an seinem Vater aufzuklären.

Die Entdeckungen anderer begründen auch die Thesen von Peter Horvath. Für ihn steht fest, dass die Studentenrevolte der so genannten 68er „vom Osten nach einem ausgeklügelten Drehbuch in Szene gesetzt“ (Klappentext) wurde. Tatsächlich sorgte die Entdeckung, dass der Polizist, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte, Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen war, im April 2009 für Aufsehen. Doch daraus den Schluss zu ziehen, die „treibende Kraft“ hinter der Studentenbewegung seien die Kommunisten gewesen, „die ihre Machtposition in der DDR dazu nutzten, die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik zu ihren Gunsten zu ändern“ (S. 16), erscheint weit hergeholt – und beweist, dass nicht alles, was neu zur einer alten Geschichte geschrieben werden kann, eine wirkliche Erkenntnis sein muss.

Susanne Kailitz

Konrad Löw, *Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen*, München 2010 (*Olzog*), 464 S.

Im Vorwort stellt Klaus von Dohnanyi fest, dass niemand, der den vorliegenden „Bericht“ gelesen hat, ihn als „ein Plädoyer für den Freispruch der Deutschen von ihrer Verantwortung für die Naziverbrechen verstehen darf“. Alfred Grosser bewertet die Neuerscheinung als ein „gutes, mutiges, nützliches Buch“, das „ohne Zorn, aber mit Bewegung geschrieben“ worden sei (Nachwort). Der Autor, der Bayreuther Politikwissenschaftler Konrad Löw, lässt in 20 Kapiteln Hunderte von gelegentlich ignorierten Zeitzeugen zu Wort kommen, die vom „Willen zum Zeugnis“ geleitet waren. Während die moderne Historiographie sich redlich bemüht, Zeitzeugenschaft auch durch die Methode der „oral history“ zu dokumentieren, fasste Raul Hilberg seinen Lebensrückblick unter dem Titel *Unerbetene Erinnerung* (1994) zusammen, um zu dokumentieren, dass es auch in diesem Forschungsbereich „keine Endgültigkeit geben könne, manche aber um ihr dogmatisch fixiertes Geschichtsbild bangen“ (2002).

Löw sieht in der Neuerscheinung „das wichtigste Buch, das ich je geschrieben habe“. Im Hauptteil bekunden jüdische Zeitzeugen, wie der Antisemitismus vor Hitler unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1929 neuen Nährboden fand und sich – ausweis-

lich der Statistik – gegen bestimmte Berufsgruppen richtete: Unter den jüdischen Mitbürgern gab es 1933 anteilig 18,9 Prozent Juristen, 19,4 Prozent Ärzte, 5 Prozent Journalisten und 8,2 Prozent Lehrer bzw. Hochschullehrer. Löw dokumentiert den Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltsbüros (u. a. Plakat als Quelle, S. 66), begleitet von einpeitschenden NS-Propagandaartikeln, der Reaktion unerwarteter „Protestkunden“, aber auch Akten grausamer Selbsttäuschung. Der Autor setzt die Reihe antisemitischer Maßnahmen fort mit Belegen zu den Stichworten „Dachau“ und „Nürnberg“. Akribisch wird die Wahrnehmung der Entwicklung dokumentiert: Individuelle Zeugnisse belegen die Existenz eines „anderen Deutschlands“ in widerständigem, auch widersprüchlichem Verhalten. NSDAP- und Gestapoberichte (u. a. aus Bayern) interpretieren die Haltung der deutschen Bevölkerung („Judenknechte“ und ihr Mitleid angesichts des Judenpogroms 1938). Säuberungen des öffentlichen Dienstes von „Zehntausenden teils versteckter, teils lethargischer Gegner“ (1934) oder die Führer-Weisung, Schillers Drama *Wilhelm Tell* nicht mehr aufzuführen und als Schullektüre zu verbieten (1941) runden das Bild für die Phase vor dem Holocaust ab. Abschließend setzt sich Löw als Jurist differenziert mit den Schlüsselbegriffen (individuelle) Schuld und (kollektive) Verantwortung auseinander, um Shoa/Holocaust als Verbrechenstatbestände im Lichte der Verfassungsgrundsätze des GG, des Völkerrechts und der Menschenrechte zu beleuchten. Sein Fazit lautet: „Nach deutschem wie internationalem Recht gibt es keine Kollektivschuld. Zunächst wird die Schuldlosigkeit des Beschuldigten vermutet. [...] Die Unschuldsvermutung gehört zu den Grundsätzen des Rechtsstaats – sie wird aber immer öfter verletzt“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 17. April 2009).

Der Autor lehnt mit Alfred Grosser den Begriff der Kollektivschuld ab, konstatiert jedoch eine „kollektive Haftung“. Willy Brandts symbolischer Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal (1970) ist für ihn der Beleg dafür, dass ein Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland „die Last der Judenvernichtung, die Haftung dafür, auf seine Schultern genommen hat“.

Willi Eisele

Elham Manea, Ich will nicht mehr schweigen. Der Islam, der Westen und die Menschenrechte, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 200 S.

Lamyä Kaddor, Muslimisch, weiblich, deutsch! Mein Weg zu einem zeitgemäßen Islam, München 2010 (*C.H. Beck*), 206 S.

Im September 2006 zitierte Papst Benedikt XVI. in seiner Regensburger Vorlesung eine Frage, die der byzantinische Kaiser Manuel II. Palaeologos an einen gebildeten Perser richtete und die sich kurz zusammenfassen lässt: Wie halten Muslime es mit der Gewalt? Die darauf folgenden schweren Übergriffe gegen christliche Einrichtungen in islamischen Ländern gaben eine irritierende Antwort auf diese Frage und zeigten, dass die Einstellung zur Gewalt einer der Prüfsteine ist, an dem der Islam sein Verhältnis zu anderen Religionen beweisen muss. Ein weiterer Prüfstein ist das Verhältnis des Islam zu

den Menschenrechten, insbesondere zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Diese Frage nach dem Verhältnis von Menschenrechten und Islam werfen die Autorinnen Elham Manea und Lamya Kaddor in ihren Büchern mit unterschiedlichen Akzentuierungen auf und plädieren für eine liberale Reform des Islam, die die Deutung des Korans an die Erfordernisse der Moderne anpasst. Beide Autorinnen sind in besonderer Weise zur Auseinandersetzung mit diesem Thema berufen: Sie sind gläubige Musliminnen, leben in westlichen Gesellschaften (Manea in der Schweiz, Kaddor in Deutschland), kritisieren den orthodoxen Islam, der den Integrationsdiskurs von muslimischer Seite dominiert, und engagieren sich beruflich für die Integration und die Reform muslimischer Gesellschaften (Manea als Politikwissenschaftlerin, Kaddor als Pädagogin). Ihre persönlichen Erfahrungen bereichern die Bücher, die beide einen teilweise autobiographischen Charakter haben und eigenes Erleben auf fruchtbare Weise mit der Diskussion von Sachfragen verbinden.

Manea, Dozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich, hat als Tochter eines Diplomaten in zahlreichen arabischen und westlichen Ländern gelebt. Im Band analysiert sie prägnant und anschaulich drei Probleme, die die Integration von Muslimen erschweren: Das erste ist die Reduktion muslimischer Migranten durch Nicht-Muslime auf ihre Identität als Muslim. Der verbreitete „Diskurs der Angst“ und des „Wir-gegen-sie“ (S. 14) führt erst dazu, dass viele dieser Migranten sich als Muslime wahrnehmen. Zweitens wird in westlichen Gesellschaften gegenüber orthodoxen und fundamentalistischen Strömungen im Islam oft ein kultureller Relativismus vertreten, der zu einer falschen Toleranz gegenüber Menschenrechtsverstößen führt. Drittens, und darauf liegt der Schwerpunkt des Buches, lassen sich die Integrationsprobleme nur überwinden, wenn der orthodoxe Islam, der mit den Menschenrechten und der Idee der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht vereinbar ist, grundlegend reformiert wird. Manea plädiert für einen „humanistischen Islam“ (S. 76), der die rationale Auseinandersetzung mit Glaubensinhalten und die Idee der Gleichberechtigung in den Mittelpunkt stellt und Denkverbote überwindet.

Kaddors Ziel ist es, „aus einer liberalen, weltoffenen muslimischen Perspektive eine zu wenig wahrgenommene Form muslimischen Lebens in Deutschland“ (S. 7) vorzustellen. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen als eine in Deutschland gebürtige Muslimin und als Islamlehrerin zeigt sie, wie die Integration von Muslimen durch die verbreitete Islamphobie und durch die Dominanz konservativer muslimischer Verbände, die bestenfalls 25 Prozent der hier lebenden Muslime repräsentieren, erschwert wird. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist eine textkritische Auseinandersetzung mit dem Koran und eine Betonung der Eigenverantwortung der Gläubigen gegenüber der bloßen Befolgung von Regeln. Einen Schlüssel für die notwendige Reform sieht Kaddor in der schulischen und universitären Islamausbildung. Beide Bände sind wichtige Beiträge zur Integrationsdebatte, weil sie sich durch ihre differenzierte Betrachtung nicht in die üblichen Grabenkämpfe begeben und das Integrationsproblem aus der Sicht liberaler Musliminnen behandeln.

Hendrik Hansen

Christian Meier, Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom Umgang mit schlimmer Vergangenheit, München 2010 (*Siedler*), 159 S.

Seit rund zwei Jahrzehnten erlebt die historische Erinnerungs- und Gedächtnisforschung einen Boom. Manche Kulturwissenschaftler wie Jan Assmann ziehen die diesbezüglichen geschichtlichen Linien sogar bis ins pharaonische Ägypten und ins Alte Israel aus. Im Vergleich dazu ist der Althistoriker Christian Meier bescheidener. Seine Sammlung von verschiedenen Vorträgen zum öffentlichen Vergessen und Erinnern behandelt diese Thematik größtenteils im Hinblick auf die deutsche Geschichte.

Um die deutsche (Erinnerungs-)Geschichte als singular und uneinholbar herauszuarbeiten, wählt Meier einen Vergleich. Er erörtert die Amnestie des Rats von Athen im Jahre 404/3 vor Christus. Nach dem Ende des Peloponnesischen Krieges, des antiken Weltkrieges, sollte zwischen den ehemaligen Feinden Ruhe einkehren, Rache nach den schlimmen Verbrechen der Vergangenheit möglichst ausgeschlossen werden – eine Intention, die nach den grausamen Geschehnissen eher verwundert. Die Orestie vermittelt uns bis heute ein Bild von der Bedeutung, die Fragen um Gewalt und Gewaltverzicht in der damaligen Zeit hatten. Immerhin flankierte die Ratsentscheidung die Versuche, einen allgemeinen und dauerhaften Frieden zu erreichen, wenngleich sie nur kurzfristig von Erfolg gekrönt waren.

Für die deutschen Verbrechen im Dritten Reich, verübt an der Bevölkerung diverser europäischer Staaten, trifft die Heilsamkeit des Vergessens nicht zu. Meier kommt kaum umhin, am Umgang mit der Vergangenheit im Nachkriegsdeutschland Kritik zu üben. Allerdings sieht er auch die produktiven Seiten des „kommunikativen Beschweigens“ (Hermann Lübbe) nach 1945. Es ermöglichte ein Zusammenleben von Menschen, die sich während der Terrorherrschaft – häufig wussten sie das durchaus – unterschiedlich verhalten hatten. Ein solches stillschweigendes Übereinkommen, das später auf vehemente Ablehnung stieß, nahm zur Kenntnis, dass die essenziellen Zukunftsziele, vor allem die Überwindung der Trümmerlandschaft, nur gemeinsam zu erreichen seien. In groben Strichen zeichnet Meier die Stationen der deutschen Erinnerungsgeschichte bis in die Gegenwart nach.

Was ist von der Kompilation gedruckter Vortragstexte, die auch einen Blick auf die Aufarbeitung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden wirft, zu halten? Sie bringt nichts Aufregendes. Insoweit schließt sie sich dem Konsens in Historie und öffentlicher Meinung an. Die intensive Vergangenheitsbewältigung lobt Meier über den grünen Klee. Es stellt sich allerdings die Frage, ob mitunter zu exzessive Auseinandersetzungen um die eigene Vergangenheit, so sehr sie grundsätzlich notwendig sind, nicht auch mental negative Wirkungen hervorbringen können. Der amerikanische Politologe jüdisch-österreichischer Herkunft Paul Gottfried hat dies in seiner Schrift *Multikulturalismus und die Politik der Schuld* gezeigt – ein Zusammenhang, der auch andere Länder, etwa die USA, betrifft. Darauf spielt das heftig umstrittene Wort von Franz Josef Strauß an, die Deutschen müssten aus dem „Schatten von Auschwitz“ heraustreten. Keinesfalls ist hierin eine Kritik an der Auseinandersetzung mit den schlimmen Seiten der eigenen

Geschichte zu sehen. Die neuesten Diskussionen um weitere deutsche Reparationen an Griechenland zeigen durchaus auch aktuelle politische Dimensionen. Hilfreich wäre gewesen, Meier hätte das Thema der Erinnerung an die millionenfachen Verbrechen an Deutschen nach Kriegsende mit behandelt – nicht zuletzt deshalb, weil er davon in jungen Lebensjahren vieles selbst mitbekam. Hier hätte auf die (heutige wie damalige) Perspektive der Siegerstaaten wie der Deutschen selbst näher eingegangen werden können.

Felix Dirsch

Wilhelm Mensing, SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946-1976), Berlin 2010 (*BF informiert* Nr. 29), 328 S.

Marianne Birthler übernahm 2001 das Amt der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) von ihrem Vorgänger Joachim Gauck mit der Ankündigung, ihre Behörde werde sich während ihrer Amtszeit schwerpunktmäßig der bis dato weitgehend vernachlässigten Aufarbeitung der West-Arbeit der SED widmen. Schien ihre Aufforderung an die Wissenschaft und die eigene Behörde zunächst nahezu ungehört zu verhallen, so sind in den letzten Jahren einige lesenswerte Arbeiten auf diesem Gebiet entstanden. So setzt sich in einer neueren Studie der von der Abteilung Bildung und Forschung der BStU herausgegebenen Reihe *BF informiert* mit Wilhelm Mensing ein Fachmann auf dem Gebiet der kommunistischen Parteienforschung mit der Aufgabe und Tätigkeit einer der wichtigsten SED-Einrichtungen zur materiellen Unterstützung westdeutscher Kommunisten in der alten Bundesrepublik auseinander: der Abteilung Verkehr beim ZK der SED.

Um auch außerhalb ihres Herrschaftsbereichs im Sinne einer gesamtdeutschen Politik Einfluss auf die Bundesrepublik nehmen zu können, unterhielt die SED in ihrer Parteizentrale Apparate, mit denen sie die in der KPD bzw. DKP und SEW organisierten Kommunisten in der Bundesrepublik lenkte. War die 1948 gegründete Westabteilung beim Zentralkomitee (ZK) der SED bzw. ihre Nachfolgeorganisation, die Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPZ), für die politisch-ideologische Anleitung der westdeutschen Kommunisten zuständig, so hatte die 1946 aus dem „Büro Stahlmann“ – benannt nach ihrem ersten Abteilungsleiter Richard Stahlmann – entstandene Abteilung Verkehr die Aufgabe, diesen Parteien „diejenigen Subsidien zur Verfügung zu stellen, die sie brauchte[n], um ihren von der SED gestellten Auftrag zu erfüllen“ (S. 200). Mit Hilfe von Kurierdiensten sorgte sie dafür, dass parteiinterne Geld- und Postsendungen ebenso wie Propaganda- und Agitationsmaterialien tatsächlich KPD bzw. DKP, SEW und über diese ihre westdeutschen Tarnorganisationen wie die Deutsche Friedens-Union (DFU) oder das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) erreichten. Streng geheim und konspirativ organisierte diese Abteilung zudem Reisen von Kadern zwischen Ost und West und betreute ab 1966 die Westfirmen der SED auf

dem Gebiet der Bundesrepublik. Über die gesamte Lebensdauer der DDR war sie der technische Apparat der SED. Zu keinem Zeitpunkt war sie an der „inhaltlichen Festlegung der Tätigkeit der KPD und dann der DKP“ (S. 202) beteiligt; ihre Tätigkeit beschränkte sich aus diesem Grunde auf eine rein instrumentelle Funktion.

Trotz einer sehr lückenhaften Quellenüberlieferung – die Abteilung Verkehr hat so gut wie keine Akten Spuren hinterlassen, was der Autor vor allem auf die konspirative Arbeitsweise ihrer Leiter zurückführt – glückt es Mensing allein mit Hilfe der Überlieferungen des Ministeriums für Staatssicherheit, dem Leser einen umfangreichen Einblick in die Tätigkeit dieser Einrichtung beim ZK der SED zu geben. Zwar kann er keine geschlossene Darstellung vorlegen, da sich vor allem die fünfziger Jahre mit Blick auf das Personal und dessen Tätigkeiten nur bruchstückhaft rekonstruieren ließen. Dennoch ist es Mensing gelungen, die Mittel und Wege zur materiellen Unterstützung der westdeutschen Kommunisten in ihren Verästelungen bis Mitte der siebziger Jahre weitgehend nachzuzeichnen. Zugleich führt er mit seiner Studie dem Leser nicht nur die finanzielle Abhängigkeit der westdeutschen Kommunisten und ihrer Verbündeten von den Vorgaben aus Ost-Berlin vor Augen, sondern verdeutlicht auch, wer im Zusammenspiel der drei kommunistischen Parteien (SED, KPD/DKP, SEW) auf deutschem Boden allein über die Ziele und die Wege dorthin entschied: die SED.

Udo Baron

Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Parteiverbotsverfahren, Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 2, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2010 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 257 S.

Auch acht Jahre nach dem letzten (gescheiterten) Parteiverbotsverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik ist die „schärfste Waffe“ der Streitbaren Demokratie Gegenstand öffentlicher Debatten. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die parlamentarische Präsenz der NPD und die Profilierungssucht eifernder Politiker, die den Wählern suggerieren wollen, mit einem NPD-Verbot dem Problem des Rechtsextremismus Herr werden zu können.

Umso erfreulicher ist es, dass die Herausgeber des *Jahrbuchs Öffentliche Sicherheit* mit ihrem Sonderband „Parteiverbotsverfahren“ einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Der mittlerweile in dritter Auflage erschienene Studienband hat es sich zum Ziel gesetzt, Parteiverbotsverfahren „hinsichtlich ihrer rechtlichen Grundlagen und der politisch-gesellschaftlichen Wechselwirkungen einschließlich des zeitgeschichtlichen Hintergrunds und des sich wandelnden Verständnisses von ‚streitbarer Demokratie‘“ (S. 12) zu erörtern. Besondere Berücksichtigung erfährt hierbei das NPD-Verbotsverfahren und seine Folgen für die bundesdeutsche Demokratieschutzkonzeption: Ist das Parteiverbot nach dem 18. März 2003 obsolet geworden? Muss sich der Staat zwischen Beobachtung und Verbot entscheiden? Sind Parteiverbote mit europäischem Recht vereinbar?

Gemessen am Anspruch des Bandes fällt das Urteil positiv aus. Martin H. W. Möllers erläutert in seinem Beitrag Voraussetzungen, Ablauf und Rechtsfolgen von Parteiverbotsverfahren. Andrea Härtel analysiert die Entwicklung des Parteiverbots innerhalb der Streitbaren Demokratie vor und nach dem NPD-Verbotsverfahren. Im Ergebnis ihrer Untersuchung warnt sie mit Blick auf Vorschläge der „flexible response“ – zu Recht – vor einer Aushöhlung des Kompetenzmonopols des Bundesverfassungsgerichts in Parteiverbotsverfahren. Wenn die eigene Position der Autorin auch insgesamt etwas zu kurz kommt, ist es die Stärke des Aufsatzes, dass er den aktuellen Forschungsstand zur Thematik ausführlich einbezieht.

Demgegenüber fällt der Artikel von Hans Peter Bull (Prozessbevollmächtigter der Bundesregierung) zur Einstellung des NPD-Verfahrens ab. Er ist in der Intention geschrieben, die offenkundige Schlamperei der Antragsteller zu bagatellisieren. Seine Generalschelte für die Karlsruher Richter ist daher ebenso wenig überzeugend wie die Schlussfolgerung, Art. 21 Abs. 2 GG sei mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts obsolet geworden. Eine Aktualisierung oder Kritik wäre für eine weitere Auflage des Bandes wünschenswert.

Robert van Ooyen resümiert die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in den bisherigen Verbotsverfahren. Bemerkenswert ist seine These, die mangelnde Staatsfreiheit der NPD als Begründung für das Scheitern des Verfahrens könne in der Konsequenz zu einer Aberkennung des Parteienstatus der NPD führen und den Weg für ein „kaltes Parteiverbot“ nach Art. 9 Abs. 2 GG ebnen. Einen Blick über den nationalen Tellerrand wirft Katarina Kontopodi. Sie widmet sich der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu den Parteiverboten in der Türkei. Mit ihrer Fragestellung zur Zweckmäßigkeit und zur Vereinbarkeit von nationalen Parteiverboten mit europäischem Recht öffnet sie ein breites Forschungsfeld.

Die Herausgeber seien ermuntert, den Band mit weiteren Beiträgen zu ergänzen (so enthält bereits die dritte Auflage einen Aufsatz von Christoph Gusy zu den Parteiverboten in der Weimarer Republik), Verbotstreiter sind zur Lektüre aufgerufen. Eine weitere Blamage wie 2003 möge unserer Demokratie erspart bleiben.

Lars Flemming

Michael Ludwig Müller, Die DDR war immer dabei. SED, Stasi & Co. und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik, München 2010 (*Olzog*), 300 S.

Klaus Eichner/Gotthold Schramm, Konterspionage. Die DDR-Aufklärung in den Geheimdienstzentren, Berlin 2010 (*edition ost*), 286 S.

Der Oberfranke Michael Ludwig Müller beobachtet seit bald 50 Jahren die Zeitgeschichte in West-Berlin – anfangs als Student, dann für die *Berliner Morgenpost*. Er untersucht die „feindselige, auf Irreführung, Verleumdung und Zersetzung der westdeutschen Gesellschaft gerichtete Haltung der SED und ihrer ‚Krake‘ Staatssicherheit“. Müller spannt einen großen Bogen von der ersten Friedensbewegung bis zum NATO-Doppelbeschluss, wobei er sich keinesfalls allein auf die Staatssicherheit beschränkt,

sondern gewinnbringend das Ensemble politischer Instrumente der DDR und der sowjetischen Führungsmacht in konzertierter Aktion vorstellt. Nicht das Detail, sondern die Generallinie ist sein Anliegen, um in 18 Kapiteln gegen „Unwissenheit und Gleichgültigkeit“ (S. 10) und ein „verklärtes Bild der DDR“ (S. 15) anzugehen. Er beginnt mit der Remilitarisierung in der Bundesrepublik und dem Anknüpfen der DDR an eine verbreitete „Bevölkerungsmehrheit gegen die Bundeswehr“ (S. 21), die sich Ost-Berlin mithilfe der KPD zunutze zu machen versuchte. Andere Angriffsziele beschreibt Müller am Beispiel der Vertriebenen oder der Verleumdung von Bundespolitikern (S. 54). Mit der „zweiten Friedensbewegung“ (S. 61) unternahm Ost-Berlin den Versuch, mit dem „Kampf dem Atomtod“ (S. 72) und der Infiltration des sozialdemokratischen Studentenverbandes für die bislang erfolglose, wegen des KPD-Verbotes erschwerte Politik Studenten als „trojanische Esel“ (S. 91) für sich einzunehmen. Ausführlich skizziert er bedeutende, weithin bekannte inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, wobei er dem West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg erschoss, und dem „Nicht-IM“ Günter Wallraff großzügige Aufmerksamkeit widmet. Die Bemühungen um Einfluss auf die Bundesrepublik skizziert Müller bis zum Untergang der DDR. Im Detail nicht immer valide – Kopenhagen liegt nicht in Schweden – hat Michael Ludwig Müller ein spannendes Panorama entworfen, das immer dann, wenn er die Akteure aus nächster Nähe erleben konnte wie den Journalisten Karl-Heinz Maier, von der Staatsicherheit als „Komet“ (S. 137) bezeichnet, besonders anschaulich ist.

Die Gegenspionage, „Äußere Abwehr“ genannt, gehört zu den erfolgreichsten Arbeitsfeldern der Hauptverwaltung A (HV A) des MfS. Mit Gegenspionage ist das inoffizielle Eindringen in gegnerische Nachrichtendienste gemeint, bei der HV A bevorzugt in den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter sowie den Militärischen Abschirmdienst. Die beiden Obristen der HV A, Klaus Eichner und Gotthold Schramm, legen hierzu ein Buch in eigener Sache vor. Die Autoren skizzieren die mageren Anfänge 1951, widmen sich dem eigens 1959 eingerichteten 20-köpfigen Sonderreferat und schließlich der 1973 eingerichteten HV A IX als eigener Gegenspionageabteilung. Sie stellen die Spitzenquellen beim bzw. im Umfeld des BND vor wie Alfred Spuhler, Gabriele Gast oder die Journalisten Gerhard Baumann und Herbert Kloss. Hinsichtlich nichtdeutscher Dienste wird der Sekretär der Ukrainischen Freien Universität „Post“ ausführlich beschrieben, dem die HV A glauben machte, für die CIA zu arbeiten. Was die Quellen beim Verfassungsschutz betrifft, sind beinahe alle herausragenden Akteure versammelt: Klaus Kuron und Hansjoachim Tiedge, die niedersächsischen Verfassungsschützer Wilhelm Balke und Hans-Joachim Armbrorst und sogar der hessische Verfassungsschützer Richard Kind ist dabei. Trotz empfindlicher Fehlstellen bereichern Eichner und Schramm das Wissen, und sicherlich vermochte die HV A IX „mit relativ wenigen, aber gut platzierten Quellen das System der westlichen Spionage und Gegenspionage zu paralysieren“. Nur jene, die dazu beitrugen, mussten mit ihren Haftstrafen einen sehr hohen Preis für einen Staat zahlen, der nicht mehr existierte.

Helmut Müller-Enbergs

Martin Mulrow/Andreas Mahler (Hrsg.), *Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte*, Frankfurt a. M. 2010 (*Suhrkamp*), 286 S.

Andreas Dorschel, *Ideengeschichte*, Göttingen 2010 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 216 S.

Die Herausgabe methodischer Texte zur Cambridge School (CS) folgt dem wachsenden Interesse, ideengeschichtliche Arbeiten von Skinner auch in deutscher Sprache zugänglich zu machen, während andere Studien der Schule weiterhin nur im Original greifbar sind. Zwar ist dies kein Problem für die Experten der politischen Ideengeschichte; eine Verbreitung des international einflussreichsten ideengeschichtlichen Ansatzes der Gegenwart wird aber ohne die entsprechende Lektüre jenseits der Spezialisten unnötig erschwert. Bereits der erste, vor kurzem auf Deutsch erschienene Aufsatz von Skinner macht die Stoßrichtung der CS deutlich: Gegen eine philosophisch-ahistorische Interpretation der Klassiker gewendet hebt er die Bedeutung der Sprache und die historische Kontingenz des Denkens hervor, nicht um die Ideengeschichte zu desavouieren, sondern die Pluralität von „entwicklungsfähigen moralischen Thesen und politischen Verpflichtungen zu entdecken“ (S. 86). Während sich Skinner auf rhetorische Strategien politischer Theoretiker konzentriert, interessiert sich Pocock, der hier mit zwei Aufsätzen vertreten ist, eher für bestimmte, das Denken strukturierende Sprachsysteme und Paradigmen. Deshalb sollte der Hinweis der Herausgeber ernst genommen werden, stärker die Differenzen innerhalb der CS zu beachten. Informativ sind auch die Texte der drei Kritiker, deren Würdigung kaum unterschiedlicher sein kann. Harlan teilt zwar mit Pocock und Skinner die Hinwendung zur Sprache, grenzt sich aber aus poststrukturalistischer Perspektive umso schärfer von ihnen ab, weil ihr Versprechen, die „richtige“ Intention des Autors zu ermitteln, unvereinbar mit einem sprachanalytischen Ansatz sei. Dagegen kritisiert Bevir gerade die Einebnung des Autors in ein historisch wechselndes diskursives Feld und plädiert für eine Ideengeschichte, die sich wieder auf die kohärenten Überzeugungen orientiert. Dieser Kritik an einer zu starken Orientierung am Modell der Sprache folgt Hunter, der Ideengeschichte stärker als Analyse der historischen Wissenschaftspraxis verstanden wissen will, weshalb es nicht ausreiche, sich auf die Analyse von Rhetorik und Sprachparadigmen zu beschränken. Insgesamt bietet der Sammelband eine gute Möglichkeit, sich mit der CS vertraut zu machen, auch wenn durchaus der Raum hätte gefunden werden können, Reaktionen auf die vorgebrachten Einwände abzudrucken.

Andreas Dorschel schreibt eine philosophisch orientierte Ideengeschichte, die zwar die methodologischen Überlegungen von Skinner und Pocock aufgreift, aber ebenfalls deren Beschränkung auf Sprache und Rhetorik zurücknimmt. Selbstbewusst bestimmt er Ideengeschichte als Kulturgeschichte, die neben Texten kulturelle insbesondere künstlerische Bereiche umfasst. Gegen eine zu radikale Kontextualisierung, wie sie die CS vertritt, insistiert der Philosoph Dorschel, dass eine radikale Historisierung von Ideen nichts mehr übrig ließe, was uns interessiere. Die Ideengeschichte soll, so Dorschel, geäußerte Gedanken historisch und gesellschaftlich lokalisieren, um das eigene Denken des Ideengeschichtlers aufzuklären. Sie ist daher weder die Erforschung ewiger Ideen im Sinne Platons noch selbstreferentielle Rekonstruktion von alten Texten, sondern ver-

langt eine Auseinandersetzung mit kulturellen Problemen, die zwar vielleicht nicht mehr die unsrigen sein mögen, aber deren Diskussion zeige, wie sehr unsere Gegenwart von alten Ideen geprägt ist. Die Vergänglichkeit der Ideen spricht nicht gegen die Ideengeschichte, sondern zeigt die Fragilität unserer eigenen Ideen. Obwohl Dorschels Buch als Einführung gedacht ist, handelt es sich um einen anspruchsvollen Text, der zwar glänzend geschrieben, aber insgesamt wenig methodisch strukturiert ist, um Ideengeschichte Studierenden nahe zu bringen. Für die Debatte zum Selbstverständnis der Disziplin ist er aber sehr instruktiv.

Frank Schale

Peter Neumann/Denise Renger (Hrsg.), Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2008/09. Deutschland, Österreich, Schweiz, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 311 S.

Christina Eder, Direkte Demokratie auf subnationaler Ebene. Eine vergleichende Analyse der unmittelbaren Volksrechte in den deutschen Bundesländern, den Schweizer Kantonen und den US-Bundesstaaten, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 239 S.

Am Thema „Direkte Demokratie“ scheiden sich traditionell die Geister. Den erklärten Befürwortern sachunmittelbarer Bürgerbeteiligung stehen ebenso dezidierte Gegner gegenüber. Zur Untermauerung ihrer Argumente führen beide Seiten häufig „unstrittige Fakten“ ins Feld, die allerdings nicht immer und überall zutreffen. Umso wichtiger sind die Gewinnung und Verbreitung empirischer Erkenntnisse, welche die – positiven wie negativen – Vorurteile über direktdemokratische Verfahren korrigieren können. Zu den Einrichtungen, die sich diesem Ziel verschrieben haben, zählt das Deutsche Institut für Sachunmittelbare Demokratie (DISUD) an der TU Dresden. Beide anzuzeigenden Bücher wurden in der Schriftenreihe des DISUD veröffentlicht; sie tragen jeweils zu einem vertieften Verständnis der rechtlichen Grundlagen und politischen Praxis direkter Demokratie bei.

Der von Peter Neumann und Denise Renger herausgegebene Band dokumentiert die Ergebnisse der 2. Jahrestagung des DISUD vom Oktober 2008. Im Vergleich zu anderen Sammelbänden weist diese Veröffentlichung zwei Besonderheiten auf. Erstens beschränken sich alle 14 Beiträge empirisch auf Deutschland, Österreich und die Schweiz, wobei der gliedstaatlichen Ebene – den Ländern bzw. Kantonen – die besondere Aufmerksamkeit gilt. Zweitens ist der Band konsequent interdisziplinär angelegt: Nach Überblicksbeiträgen zur Situation in den drei Staaten kommen vier Rechtswissenschaftler zu Wort, es folgen drei Kapitel von Ökonomen, bevor vier politikwissenschaftliche Beiträge den Band beschließen. Insgesamt vermitteln die Ausführungen ein facettenreiches Bild der direktdemokratischen Praxis in den deutschsprachigen Bundesstaaten. Besonders instruktiv sind die Parallelen und Kontraste zwischen den disziplinären Perspektiven – etwa zwischen den Ausführungen zu „einigen Problemen direkter Volksrechte“ aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht (Kirchgässner) und einem Beitrag zu „populären Missverständnissen ‚direkter Demokratie‘ als Herausforderungen von Politik und politischer Bildung“ (Patzelt). Auch empirisch fördert das „Querlesen“ interes-

sante Aspekte zutage: Während direkte Demokratie in Deutschland „von links geliebt“ und „von rechts gefürchtet“ wird (Christmann), standen in Österreich die Sozialdemokraten sachunmittelbaren Volksrechten traditionell kritisch gegenüber, während die ÖVP deren Ausbau betrieb (Poier). Leider gibt es keinen materiellen Einführungs- bzw. Schlussbeitrag, der solche und ähnliche komparative Erträge hätte zusammenführen können. Hier bleibt der Leser auf sich allein gestellt.

Anders bei der Konstanzer Dissertation von Christina Eder: Sie geht nicht nur von einer präzisen Fragestellung – nach der Anwendungshäufigkeit bzw. dem Erfolg von Volksentscheiden in den deutschen Ländern, Schweizer Kantonen und US-Bundesstaaten – aus, sondern fasst auch die Ergebnisse ihrer theoretisch und methodisch reflektierten Analysen systematisch zusammen. Zwei Befunde dieser Studie sind besonders bemerkenswert. Erstens beeinflussen institutionelle Hürden durchaus die Nutzungshäufigkeit subnationaler Volksrechte – allerdings nur bis zu einem gewissen Schwellenwert, der in Schweizer Kantonen unterschritten und in den meisten deutschen Ländern überschritten wird. Zweitens hängt der (im Sinne der Initiatoren definierte) „Erfolg“ subnationaler Volksentscheide nicht von einem einzigen Faktor, sondern von bestimmten Faktorenkombinationen ab. Damit wird einmal mehr deutlich, dass die Funktionsweise direktdemokratischer Verfahren auf dem Zusammenwirken unterschiedlicher Kontextbedingungen beruht. In Anbetracht dieser Erkenntnis würde so manche normative Diskussion über direkte Demokratie komplexer, ebenso realitätsnäher.

Florian Grotz

Ruprecht Polenz, Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU, Hamburg 2010 (*edition Körber-Stiftung*), 107 S.
Sibylle Thelen, Die Armenierfrage in der Türkei, Berlin 2010 (*Wagenbach Verlag*), 95 S.

Seyhan Bayraktar, Politik und Erinnerung. Der Diskurs über den Armeniermord in der Türkei zwischen Nationalismus und Europäisierung, Bielefeld 2010 (*transcript*), 311 S.

Die Stimmung in Deutschland ist gegen den EU-Beitritt der Türkei. Das hat, schreibt Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags und hochrangiges CDU-Mitglied, in einem ruhig und klug formulierten Essay, weniger mit der geopolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Landes selbst zu tun als mit der verqueren Integrationsdebatte in Deutschland. Der Beitritt bietet der EU und Türkei mehr Chancen als Risiken – für beider politische Identitätsfindung jenseits ethnischer Nationalismen.

Wäre da nicht der Völkermord an den Armeniern, ein traumatisches Ereignis der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, in das viele Nationen verstrickt waren. Die massenhaften Tötungen sind die türkische Vergangenheit, die nicht vergeht. Die Journalistin Sibylle Thelen fasst deren Facetten knapp, anschaulich und mit großer Empathie für die armenische und humanitäre Seite zusammen und macht klar, dass es keinen innergesellschaftlichen Pluralismus ohne die radikale Freiheit der Erinnerung geben wird.

Die fatale Art und Weise, wie der Genozid in der türkischen Politik und Öffentlich-

keit behandelt und (nicht) bearbeitet wird, stellt, wie die Sozialwissenschaftlerin Seyran Bayraktar in einer gründlichen Monografie zur Geschichtspolitik in der Türkei herausarbeitet, ein nicht-ökonomisches Hindernis für den EU-Beitritt der Türkei dar. Sie unterstreicht einen erheblichen Konstruktionsfehler der türkischen Republik, nämlich ihr anachronistisches ethnonationalistisches Fundament. Vergangenheitspolitik ist für Bayraktar ein „Zeichen von Europafähigkeit“ (S. 227).

Die nationalistische Mobilisierung innerhalb der Türkei reagiert auf die zunehmende Transnationalisierung der armenischen Frage im Rahmen der EU-Erweiterung, die eine rein nationale Sicht auf historische Vorgänge des 19. und 20. Jahrhunderts erschwert. Unter dem Leitgedanken der verletzten Ehre der türkischen Nation mobilisiert die Opposition gegen den Europakurs der seit 2002 amtierenden AKP-Regierung Erdoğan, die in ihrer Rechts- und Sicherheitspolitik bereits zahlreiche Konzessionen an das nationale Lager gemacht hat. Nicht die Nomenklatur (Völkermord oder nicht) ist entscheidend, sondern das Prinzip, auch historische Verfehlungen des eigenen Volkes vorbehaltlos aufzuarbeiten. Dabei sind historische Katastrophen mit der Universalisierung des Holocausts und der Europäisierung der nationalen Kollektive nicht mehr als „interne Angelegenheit“ zu behandeln, wie es auch die geschmeidigere AKP-Regierung meint. Demokratisierung setzt ihrer Substanz nach eine kritische Selbstreflexion problematischer Vergangenheiten voraus, ohne die wiederum eine kulturell pluralistische Gesellschaft Minderheiten keine Rechte garantieren kann. Bayraktars Analyse, die bis 2005, im Ausblick bis zur „Entschuldigungskampagne“ 2008 reicht, ist die beste zu diesem Thema. Sie enthält eine diskurs- und gedächtnistheoretisch fundierte Analyse staatlicher Vergangenheitspolitik. Die Türkei hat dem Nachbarstaat Armenien 2005 die Einrichtung einer gemeinsamen Historikerkommission vorgeschlagen. Wissenschaftliche Konferenzen, Geschichtsforen und Schulbuch-Revisionen unter Beteiligung von Europäern, Türken und Armeniern sind bescheidene, aber wichtige Schritte der Annäherung. Davon ist Bayraktar nicht sonderlich überzeugt, aber auch nicht von den taktisch überdeterminierten Vorstößen aus den USA, der Schweiz und Frankreich, die zum Teil Forderungen nach strafrechtlich bewehrten Impulsen zur Völkermordanerkennung beinhalten. Europa bietet die „dritte Ebene“, auf der die innergesellschaftlichen wie internationalen Erinnerungskonflikte gelöst werden könnten.

Claus Leggewie

Jan-Ole Prasse, Der kurze Höhenflug der NPD. Rechtsextreme Wahlerfolge der 1960er Jahre, Marburg 2010 (*Tectum*), 164 S.

Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 299 S.

Die zweite Hälfte der sechziger Jahre bildet jenen Zeitabschnitt, der von den bislang höchsten Wahlerfolgen einer rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland geprägt war. Daran erinnert die von dem jungen Historiker Jan-Ole Prasse vorgelegt

Arbeit *Der kurze Höhenflug der NPD*, die aus seiner Magisterarbeit hervorgegangen ist. Er will die Fragen beantworten, „warum der NPD diese einzigartige Erfolgsserie gelang und was einen derart massiven Ansturm von ‚rechts‘ ausgelöst haben könnte“ (S. 8). Nach der Einleitung mit Ausführungen zu Begriffsdefinitionen und Forschungsstand geht es um die Entwicklung der NPD im Kontext der Geschichte des rechtsextremistischen Lagers, die Wählerschaft der Partei, die ideologischen Grundpositionen der NPD, ihre Fundamentalopposition gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland und ihre Positionen und Propaganda zu Themen wie Ausländern, Familienpolitik, Kriminalität, Studentenbewegung und Vergangenheitsbewältigung.

Gegen Ende seiner Studie erörtert Prasse einige Erklärungsansätze für den kurzen Höhenflug der NPD, wobei er die Hinweise auf die Folgen einer ersten ökonomischen Krise nicht für überzeugend hält. Vielmehr müssten „die Ursachen für die kontinuierlichen Wahlerfolge der NPD in der soziokulturellen Situation der sechziger Jahre gesucht werden“ (S. 137). Diese Deutung leitet der Autor nicht aus den vorherigen Kapiteln seiner Arbeit ab, konzentrieren sich diese doch hauptsächlich auf Aspekte der Partei im engeren Sinne. Für eine Erklärung von Höhenflug und Niedergang der NPD hätten systematisch die auf die Gesellschaft und die Partei bezogenen Bedingungsfaktoren aufgearbeitet und in ihrem Wechselverhältnis zueinander bestimmt werden müssen. Gleichwohl liefert Prasses Arbeit insgesamt eine informative Darstellung zur Geschichte der NPD in den sechziger Jahren, wobei mitunter auch gut begründete Einschätzungen in Abweichung von der bisherigen Forschung formuliert werden (etwa zur ideologischen Ausrichtung auf S. 71, 74).

Das folgende Jahrzehnt steht im Fokus des von den Historikern Massimiliano Livi, Daniel Schmidt und Michael Sturm herausgegebenen Sammelbandes. Die Texte sollen sich als Bestandsaufnahmen zu politischen Entwicklungen in den Bereichen „Christdemokratie, (Neo-)Konservatismus und Rechtsextremismus“ (S. 11) in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich verstehen. Mit der Formulierung „schwarzes Jahrzehnt“ will man somit die politische Entwicklung „rechts der Mitte“ (S. 11) ins Visier nehmen. Die zwölf Beiträge widmen sich ganz unterschiedlichen Phänomen: Es geht darin um den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und die „Schüler-Union“ in Deutschland, um die „Neue Rechte“ in Frankreich, um „national-freiheitliche“ Studenten in Österreich, um neofaschistische Jugend- und Studentengruppen in Italien und dann wiederum um die „Aktion Widerstand“, nationalrevolutionäre Kleingruppen und die NPD im deutschen Rechtsextremismus.

Die Herausgeber sehen durchaus einen demokratie- und extremismustheoretischen Unterschied zwischen den genannten politischen Organisationen, sprechen sie doch von der „gemäßigt-demokratischen und der radikal-antidemokratischen Rechten“ (S. 11). Gleichwohl „pressen“ sie in dem Sammelband etwas zusammen, was nicht zusammengehört. Insofern wirkt die Konzeption des Sammelbandes nicht sonderlich überzeugend, was offenbar auch den Herausgebern aufgefallen ist, stellten sie doch die Beiträge zur demokratischen und extremistischen Rechten in Deutschland getrennt an den Anfang und das Ende. Diese grundsätzliche Kritik mindert nicht den Erkenntniswert und die

Qualität einzelner Beiträge. So findet man hier etwa drei interessante Texte zum italienischen Neofaschismus in den siebziger Jahren. Auch die meisten anderen Beiträge arbeiten direkt an den Quellen orientiert ihr Thema informativ und kenntnisreich auf.

Armin Pfahl-Traugher

Sebastian Prinz, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 488 S.

Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt/Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 352 S.

Bei der methodisch nicht sonderlich anspruchsvollen Chemnitzer Dissertation von Sebastian Prinz handelt es sich um eine detaillierte und materialreiche Darstellung (das Quellen- und Literaturverzeichnis umfasst mehr als 130 Seiten) der programmatischen Entwicklung der PDS von 1989 bis zu ihrer Fusion mit der WASG. Besonderes Gewicht legt Prinz auf Positionen und Stellungnahmen von innerparteilichen Gruppierungen und involvierten Personen sowie auf Kommentare und Meinungen aus Wissenschaft und Publizistik. Die Behandlung der Programme von 1990, 1993 und 2003 wird ergänzt durch Querschnittsbetrachtungen zu speziellen Themen wie etwa Sozialismus, Kapitalismus, Markt, Eigentum, Demokratie, Reform, Revolution und Gewalt. Substantiell neue Einsichten liefert die Untersuchung zwar nicht, aber sie vermittelt besonders eindrücklich das Bild einer ideologisch-politisch extrem fragmentierten Partei, deren Spannweite von orthodoxen Hardlinern bis zu pragmatischen Reformern reicht. Auf die Frage, was dieses wirre Konglomerat im innersten zusammen hielt, weiß Prinz keine schlüssige Antwort. Jedenfalls waren es nicht die globalen Zielvorstellungen der Partei. Denn es bestand nicht einmal ein Konsens darüber, was unter Sozialismus und unter Demokratie – geschweige denn unter demokratischem Sozialismus – zu verstehen sei. Maßgeblich für den Zusammenhalt waren wohl eher – das legt der Text nahe – die antiwestliche und kapitalismuskritische Grundhaltung der Mitglieder und ihre Aversionen gegen den „Sozialdemokratismus“. Dass sich die PDS programmatisch gemäßigt und mehrheitlich mit der wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik abgefunden hat, lag nach Prinz nicht etwa an der Begeisterung für diese Ordnung. Es sei der Partei vor allem um gesellschaftliche Akzeptanz und politische Machtteilhabe, eben um die Sicherung ihrer Existenz, gegangen. Daher hätten die Reformer die Oberhand gewonnen. Prinz bezweifelt allerdings, dass sich der Trend zum Pragmatismus nach der Fusion mit der WASG fortsetzt. Er prognostiziert eine Repolarisierung der innerparteilichen Verhältnisse.

Der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Band *Von Revolution bis Koalition* bemüht sich um eine vergleichende Analyse der Linksaußen-Parteien in Europa. Er enthält 13 Länderberichte und sechs vergleichende Beiträge (u. a. über Fragmentierung und Pluralismus, über Programme, Themen und politische Praxis und über Mitglieder und Wähler). Mit Blick auf die ideologisch-politische Bandbreite könnte

man die PDS nachgerade als Miniaturausgabe des in diesem Buch behandelten heterogenen Spektrums bezeichnen. Mit der Benennung dieser Gruppe von Parteien tun sich die Herausgeberinnen allerdings schwer. Im Titel ist von „linken Parteien“ die Rede. Die Untersuchung erstreckt sich nur auf die „linken Parteien“, die weder den sozialdemokratischen noch den grün-alternativen Parteien zuzurechnen seien. Diese Gruppe bzw. Familie bezeichnen sie als „Linksparteien“, sprechen im weiteren Verlauf des Vorworts dann aber bloß von „linksradikalen Parteien“. In dem ersten Querschnittsbeitrag entwickelt Cornelia Hildebrandt allerdings eine wenigstens begrifflich präzise Typologie: Sie unterscheidet zunächst drei linke Parteifamilien, nämlich sozialdemokratische Parteien, Linksparteien und grüne Parteien, und untergliedert die Familie der Linksparteien in Kommunisten, Reform-Kommunisten, Linkssozialdemokratische Parteien, Linkssozialistische Parteien/Allianzen und Grün-alternative Parteien/Allianzen. Trotz einiger Abgrenzungsprobleme erscheint diese Typologie als Grundlage für weitere Forschungen durchaus akzeptabel. Die Länderkapitel folgen keinem einheitlichen Raster. Überdies werden teilweise die linken Parteien, teilweise nur die Linksparteien eines Landes behandelt. Insgesamt handelt es sich um einen materialreichen und informativen Beitrag zur vergleichenden Parteienforschung.

Richard Stöss

Siegfried Prokop/Dieter Zänker (Hrsg.), *Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit. Die soziale Schicht der Intelligenz in der SBZ/DDR von 1945-1955*, Berlin 2010 (*Kai Homilius Verlag*), 264 S.

Der Historiker Siegfried Prokop untersucht soziale Zusammensetzung, Lebenslagen, Arbeitsbedingungen, Motivationen und politische Reglementierungen der Intelligenz in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR in den ersten Nachkriegsjahren. Hauptuntersuchungsgegenstand ist der Kulturbund der DDR. Einzelne Kapitel widmen sich Theater, Kunst und Literatur, medizinischer, naturwissenschaftlicher und technischer Intelligenz, Schulen und Hochschulen sowie Studenten, Dozenten und Lehrern, insbesondere den so genannten Neulehrern.

Nach der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg und unter den Umständen der sowjetischen Besatzung hätten intellektuelle Eliten an einem Scheideweg gestanden, der so dramatisch gewesen sei wie in keinem Staat der modernen Geschichte. Es stellte sich für Angehörige der Intelligenz die Frage: Trotzdem hierbleiben und an der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ und am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten oder nach Westdeutschland gehen? Prokop schreibt zu solchen Überlegungen: „Die Utopie eines zu errichtenden Sozialismus, der dem Kapitalismus eine Epoche in der Entwicklung voraus ist und der in einer nachfolgenden Phase in den Kommunismus hinüberwächst, hat nicht wenige Bürger motiviert.“ Zu dieser Zeit dürfte dies insbesondere auf Intellektuelle – und nicht nur auf sozialistische – zugefallen haben.

Der Autor will erklären, warum sich gerade viele Intellektuelle nach 1945 trotz der auch von ihm kritisierten Gängelung für den Aufbau dieses Staates entschieden haben.

Eine vollständige Einsicht in die Verbrechen des stalinistischen Systems sei den meisten Intellektuellen damals nicht möglich gewesen. Gründe, die für die DDR sprachen, waren die Prägung durch den antifaschistischen Widerstandskampf und die Lehren aus dem Krieg, die Ablehnung der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung in Westdeutschland, die Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesrepublik oder die aus Sicht des Autors unzureichende Entnazifizierung in Westdeutschland. Er räumt allerdings ein, dass auch in der DDR die Entnazifizierung nicht überall konsequent vollzogen wurde oder werden konnte. Dies sei insbesondere bei der Ärzteschaft der Fall gewesen. Hätte man allen NS-belasteten Ärzten die Approbation entzogen, wäre die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zusammengebrochen. Prokop führt Inkonsequenzen bei der Entnazifizierung auch auf das sowjetische Gesellschaftsverständnis zurück, wonach die Hauptverursacher von Nazionalsozialismus und Krieg beim Finanz- und Konzernkapital und nicht bei der Intelligenz zu suchen gewesen seien. Aus der Perspektive der kritischen Loyalität zum sozialistischen Staat beschreibt Prokop Fehlentwicklungen, die zur Deformierung des geistigen Lebens in der DDR geführt haben. Repressalien und Reglementierungen behinderten die Freiheit der Intellektuellen. Es gab aber auch Freiräume, die genutzt wurden. Der Autor bilanziert, die Theorie habe ihre kritische Funktion verloren, weil sie dogmatisch erstarrte und der Politik untergeordnet war.

Prokop möchte Verständnis für die schwierige Situation der DDR-Intellektuellen wecken, die – auch wenn sie Sozialisten waren – Fehlentwicklungen des politischen und wirtschaftlichen Systems erkannten und darunter litten. Veränderungen waren allerdings nur mit der SED möglich, wenn nicht das gesamte System in Frage gestellt werden sollte. Der Autor betont, dass zwischen dem Handeln und den Möglichkeiten einerseits der kulturellen und intellektuellen Eliten der DDR und andererseits der staatlichen Macht-Eliten unterschieden werden muss. Störend in der insgesamt ausgewogenen Darstellung sind einzelne Euphemismen – wie die Formulierung „ungeschliffenes Benehmen einiger sowjetischer Soldaten 1945“ für die Zustände nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Sebastian Prinz

Saskia Richter, *Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly*, München 2010 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 528 S.

Anna von Bayern, *Karl-Theodor zu Guttenberg. Aristokrat, Politstar, Minister*, Köln 2010 (*Fackelträger Verlag*), 224 S.

Petra Kelly und Karl-Theodor zu Guttenberg – zwei Politikerpersönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland, die unterschiedlicher, ja gegensätzlicher kaum sein könnten: Die eine, früh mit 44 Jahren gestorben, gehörte zu den Gründungspersönlichkeiten der Grünen, war führender Kopf der Anti-Atombewegung der siebziger und achtziger Jahre und stand politisch weit links; der andere, 1971 geboren, war bis zu seinem Rückzug von allen politischen Ämtern im März 2011 jugendlicher Kronprinz der CSU und Hoffnungsträger des konservativ-bürgerlichen Milieus. Beide einte über alle politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Differenzen hinweg eine für ihr öffentliches

Wirken wesentliche Zuschreibung: eine charismatische Persönlichkeit zu sein. Jenes Charisma steht im Zentrum zweier biografischer Porträts, die – wiederum – unterschiedlicher kaum sein könnten. Von ihrer Motivation, ihrer Anlage, ihrem Duktus weichen Anna von Bayerns Porträts zu Guttenberg und Saskia Richters Annäherung an Petra Kelly signifikant voneinander ab. Bei dem ersten Buch handelt es sich um einen auf mediale Breitenwirkung angelegten, journalistisch flott geschriebenen Essay über „KT“ als „Aristokrat, Politstar, Minister“; beim zweiten hingegen um eine politikwissenschaftliche, differenziert-diskursive, analytische und zugleich sprachlich ungewöhnlich ansprechende Dissertation.

Während Anna von Bayern keinen Hehl aus ihrem engen Kontakt zum Objekt ihres Buches macht und sich im Nachwort bei zu Guttenberg und seiner Frau Stephanie – „alten Freunden“, wie sie gleich auf der ersten Seite des Buches schreibt – für die Möglichkeit bedankt, beide häufig begleiten zu dürfen, stellt sich für Saskia Richter nahe liegender Weise gar nicht die Frage nach Nähe und Distanz zu jener Petra Kelly, die ebenso wie zu Guttenberg in Bayern geboren wurde und dort aufwuchs, bis sie mit ihren Eltern in die USA übersiedelte – die amerikanische Prägung im Übrigen eine Parallele zum Transatlantiker aus Franken. Und doch schimmert immer wieder, trotz aller analytischen Selbstdisziplin, eine Spur Bewunderung für die stets zerbrechlich wirkende und von furiosen gesinnungsethischen Rigorismus getriebene Kelly durch, deren persönliche wie politische Antriebskräfte, Erfahrungen, Entwicklungen und Enttäuschungen souverän rekonstruiert und kontextualisiert werden. Diese Bewunderung berührt eben jene Dimension des Charismas, welche auch 19 Jahre nach ihrem tragischen Tod durch die Waffe ihres Lebensgefährten und Mitstreiters Gerd Bastian spürbar bleibt. Dies ist gerade dann der Fall, wenn man sich den völlig unorthodoxen, mutigen und alle gesellschaftlichen Konventionen lustvoll infrage stellenden Weg jener „Diva mit den Überlebensthemen“ (S. 236 f.) vergegenwärtigt, die im Zuge der Parlamentarisierung alternativer Politik in den achtziger Jahren zunehmend mit innerparteilicher Konkurrenz in Gestalt Joschka Fischers und anderer nach vorn drängender „Alphatiere“ konfrontiert wurde. Kellys Verankerung als „Utopistin im Zeitalter der Apokalypse“ (S. 315) begann zu jener Zeit langsam aber unaufhaltsam zu bröckeln, als die „Parteirealos“ mit Verhandlungsgeschick, Machtbewusstsein, Netzwerken, Durchsetzungs- und Steuerungsfähigkeit von Hessen aus auf Regierungsbeteiligung, mithin auf einen Kurs des Pragmatismus setzten, der sich von den Ursprüngen immer stärker emanzipierte. Und doch, daran lässt die glänzende Studie keinen Zweifel, wird der Name Petra Kelly immer mit ihrer Partei verbunden bleiben, denn „als Politikerin der Alternativen war Petra Kelly eine Ausnahmeerscheinung. Mit ihrem Engagement und ihrer Unermüdlichkeit hob sie sich von allen anderen ab, die neben ihr standen. Neben den neuen Ideen brachte sie vor allem eines in die Politik ein: sich selbst, ihre Person, ihr Leben“ (S. 398 f.) – mithin genau das, was Karl-Theodor zu Guttenberg in einer anderen Zeit, einer anderen politischen Kultur, einer anderen Partei und aus einem anderen gesellschaftlichen Milieu heraus ebenso tat.

Volker Kronenberg

Pierre Rosanvallon, Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Hamburg 2010 (*Hamburger Edition*), 304 S.

Rüdiger Voigt, Staatskrise. Muss sich die Regierung ein anderes Volk wählen?, Stuttgart 2010 (*Franz Steiner*), 206 S.

Welche Legitimität besitzen demokratische Staaten? Spiegeln Beteiligungsrechte den Volkswillen wider? Zwei Theoretiker deklinieren die westliche Wertehierarchie in Zeiten strikter „Arbeitsteilung“ zwischen der „politischen Klasse“ und dem zum Kleingarten neigenden Bürger. Vorweg: Warum erscheint der demokratische Verfassungsstaat trotz inhärenter Reformlogik negativ? Nie arbeiteten Verwaltung und Justiz so effizient wie heute, nie waren Einspruch, Klage, Koordination von Protest via Facebook so effektiv. Abgeordnete wie Amtsträger, die etwas auf dem Kerbholz haben, schlafen dieser Tage schlecht.

Pierre Rosanvallon bezieht sich mit der These einer unvollständigen Volkssouveränität auf sein Buch *La démocratie inachevée* (2000). Die Demokratiegeschichte bilde ein uneingestandes Demokratiedefizit, bevor er Klarheit schuf. Erst die – neu variierte – Dreiheit von Unparteilichkeit, Reflexivität und Nähe vollendet die Ideen von 1789. Bedeutet Demokratie unterschiedslose Volkswahl oder beständigen Dienst der Beamten am Volk (möglichst ohne Zwischenrufe von der Straße)? Beides: Eine Demokratie kann sich nur gegen autoritäre Dynamik und gegen Extremisten wehren, wenn die subjektive Wahl der Volksvertreter einhergeht mit der Bestenauslese im „concours“. Wahlen lassen die spätere Politik nicht erkennen, daher braucht es „Jakobiner der Exzellenz“ (S. 10), um die „negative Allgemeinheit“ zu ordnen. Identität entsteht in der Lücke: Da das Volk zunehmend als „Plural von Minderheit“ auftritt, ist zuvörderst die Chancengleichheit zu schützen – keiner hat Privilegien. Rosanvallon überrascht mit Einsichten zur Partizipation als Mittel gegen Pluralismus, zu Staatsmonopolen als Mittel gegen Partikularinteressen. Dem „office social“ setzt er die amerikanische Vorstellung von „governance“ entgegen. Konstruktiv sind Vorschläge zu einem stärkeren Dialog von Staat und Gesellschaft – durch gegenseitige Aneignung von Information und Rechtfertigungsarbeit, zögerlich die Notizen zur Macht als Pflicht, bedauerlich Fehler bei Daten zu René Capitant und Hannah Arendt.

Ähnlich wie Rosanvallon argumentiert Rüdiger Voigt: Wahlen bestimmen nicht mehr die Richtung der Politik. Voigts Werk beschimpft – mit vielen nachvollziehbaren Argumenten – die Regierungsarbeit als gegen den Volkswillen gerichtet: „Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt“ (S. 10). Anders als Rosanvallon kritisiert er den Aufstieg der „Loyalen“ statt der Qualifizierten – am 23. Mai 2010 hatte er sich den „Tribunen“ Gauck gewünscht, einen Mann mit Charakter. Für ihn besteht eine multiple Krise: eine von Hobbes’ Schutzstaat, da der Einzelne sich nicht mehr sicher fühlt, eine des Rechtsstaats, da Freiheiten durch „Generalverdacht“ gegen den Einzelnen in Gefahr sind, eine des Sozialstaats wegen neoliberaler Effizienz und verbreiteter Steuerhinterziehung, schließlich eine des Kulturstaats wegen der Bildungsmisere. So bestehe eine Demokratiekrise – das Volk ist nur „Zuschauer“ (S. 87). Konstruktiv ist der

Appell an staatliches Handeln zur Ordnung kultureller Inhomogenität, etwa gegen Intoleranz unter Schülern. Gleichwohl befindet sich der Staat nicht am „Scheideweg“ (S. 91), weder im „Würgegriff der Parteien“ noch im Kampf von „Leviathan und Behemoth“. Der Nation als positiv besetztem Symbol steht aber in der Tat Misstrauen gegen die Staatsverwaltung gegenüber (abgesehen vom Bundesverfassungsgericht). In der Sicherheitspolitik vermeidet Voigt die Frage, welche Folgen ein Volksentscheid über Krieg und Frieden hätte – jede Handhabe gegen Bösewichte dieser Welt entfele. Die europäische Transfergemeinschaft schade Deutschland und zeuge vom Übel supranationaler Lenkung – nur der souveräne Nationalstaat sei demokratisch. Er biete Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt. Für Voigt kann aus den Ideen der friedlichen Revolution ein neuer republikanischer Geist entstehen. Stimmt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Sebastian Liebold

Peter Ruggenthaler/Walter M. Iber (Hrsg.), *Hitlers Sklaven – Stalins „Verräter“*, Innsbruck 2010 (*Studien Verlag*), 382 S.

Als nach mehr als fünf Jahren der Krieg in Europa im Mai 1945 zu Ende ging, sollte die politische Neuordnung des Kontinents nicht nur eine Völkerwanderung nie gekannten Ausmaßes von Ost nach West in Gang setzen, sondern vielmehr forderte Stalin zugleich die Repatriierung der in Hitlers Reich verschleppten sowjetischen Bürger. Rund 13,5 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene waren im Verlauf des Krieges in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt, wobei die meisten als Zwangsarbeiter zu klassifizieren sind. Auf sie wartete ein ungewisses Schicksal, denn bereits am 16. August 1941 hatte es in einem Befehl des Oberkommandos der Roten Armee geheißen, dass „Feiglinge und Deserteure vernichtet werden müssen“ und dass Soldaten „mit Selbstaufopferung bis zur letzten Möglichkeit zu kämpfen“ hätten (S. 64). Dass viele von ihnen lieber den Weg in die Gefangenschaft als in den Tod wählten, sollte ihnen nach dem Sieg der Sowjetunion zum Verhängnis werden, denn dort galten sie pauschal als Verräter. Gleiches galt für die Zivilarbeiter, und so fanden sich viele, die aus deutschen Zwangslagern befreit wurden, bald in den Zwangslagern des NKWD wieder. Die Gesunden wurden zu Fuß in die Heimat zurückgeschickt, wo sie bald nach ihrer Ankunft die Holzversorgung sicherzustellen hatten oder zum Eisenbahnbau verpflichtet wurden, wobei ihnen der Zutritt zu den „Heldenstädten“ Moskau, Leningrad und Kiew verwehrt blieb. De jure wurden ihnen per Beschluss des Obersten Sowjets vom 1. Dezember 1945 zwar die vollen Bürgerrechte zurückgegeben, im Alltag blieben die Repatriierten bei der Arbeitssuche oder der Zulassung zu einer höheren Ausbildung aber benachteiligt. Hinzu kam das Gefühl, in der Heimat nicht willkommen zu sein. Angesichts dessen verwundert es daher kaum, dass nicht wenige von ihnen nicht in Stalins Reich zurückkehren wollten und versuchten, in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich zu bleiben.

Der Band versucht das Problem der Repatrianten nach Kriegsende umfassend zu untersuchen und aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, wobei die Herausgeber diesen lediglich als eine Art Zwischenbericht verstanden wissen wollen. Das im Wesentlichen in drei Teile gegliederte Werk umfasst dabei zunächst die Beiträge von Pavel Polian und Kārlis Kangeris, die sich nicht nur mit den sowjetischen und baltischen Zwangsarbeitern im Dritten Reich beschäftigen, sondern zugleich auch dem generellen Problem der statistischen Erfassung des Komplexes „Zwangsarbeit“ breiten Raum widmen. Im Anschluss daran betrachtet der zweite Teil den Repatriierungsprozess in der Sowjetunion, der erstens die ehemals unabhängigen Republiken Estland, Lettland und Litauen, zweitens die vor dem Krieg zu Polen gehörenden Territorien Weißrusslands und der Westukraine und, drittens, die schon vor 1941 zum Unionsgebiet gehörenden Provinzen des nördlichen Kaukasus umfasste. In einigen Gebieten sollte es bis in die 50er Jahre hinein einen teils bewaffnet geführten Widerstand gegen die Sowjetisierung geben. Autoren wie Ranno Roosi, Heinrihs Strods, Kristina Burinskaitė u. a. leisten dabei mit Blick auf die Repatriierungspraktiken Pionierarbeit. Da der Strom der Rückkehrer bald versiegte und viele ehemalige Zwangsarbeiter nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollten, befassen sich die Beiträge von Walter M. Iber, Stefan Karner und Dieter Bacher im dritten Teil u. a. mit dem Verbleib ehemaliger Zwangsarbeiter in Österreich und mit der Auslieferung von Wlassow-Kämpfern und Kosaken an die Rote Armee.

Über allem „wacht“ Projektkoordinator Ruggenthaler, der sich an mehreren Beiträgen beteiligt hat. Dessen Stärke – die Aufbereitung großer Zahlen- und Datenmengen – drohte dabei zugleich seine größte Schwäche zu werden, gäbe es im Anhang nicht die Berichte von betroffenen ehemaligen Zwangsarbeitern, die der nackten Empirie ein menschliches Gesicht verleihen.

Michael Vollmer

Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 378 S.

Laut der im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Studie *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010* sind 17,2 Prozent der Befragten der Meinung, dass auch heute noch der Einfluss der Juden zu groß sei, 14,8 Prozent glauben, dass Juden mehr als andere Menschen mit üblen Tricks arbeiten, um ihre Ziele zu erreichen, und 14,9 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Juden etwas Eigenartiges an sich hätten und daher nicht so recht zu „uns“ passen. Auch westeuropäische Vergleichsstudien zeigen, dass der Antisemitismus hierzulande keineswegs geringer ausgeprägt ist als anderswo – eher im Gegenteil. Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage nach den Ursprüngen antisemitischer Ressentiments, ihrer Beständigkeit und danach, was dagegen getan werden kann.

In seiner Habilitationsschrift setzt sich Samuel Salzborn das Ziel, auf empirischer Grundlage eine politische Theorie des Antisemitismus zu entwerfen, die die „individuellen wie kollektiven Entstehungsursachen des Antisemitismus, seine semantischen und argumentativen Strukturen sowie seine sozialen Kontext- und Entwicklungsbedingungen“ (S. 11) berücksichtigt. Zu diesem Zweck zieht Salzborn nicht nur politikwissenschaftliche, sondern auch soziologische und psychologische Arbeiten zum Antisemitismus heran. Im der Einleitung folgenden Kapitel analysiert der Autor daher Antisemitismustheorien von Sigmund Freud, Talcott Parsons, Jean-Paul Sartre, Ernst Simmel, Max Horkheimer und Theodor Adorno, Hannah Arendt, Béla Grunberger, Shulamit Volkov, Moishe Postone, Zygmunt Baumann sowie Klaus Holz. Dabei geht Salzborn sehr strukturiert vor: In jedem der elf Unterkapitel stellt er zunächst die Grundannahmen und -Aussagen der Theorien vor, geht dann auf deren Rezeption und Weiterentwicklungen ein, um anschließend Vorschläge für eine Operationalisierung zu machen. Einen Favoriten unter den Referenzwerken hat der Autor nicht; aus dem Rahmen fällt lediglich Zygmunt Baumann, dessen Theorie als einzige verrissen wird.

Im – kürzer gehaltenen – zweiten Teil widmet sich Salzborn der empirischen Prüfung der theoretischen Annahmen. Dabei geht er zunächst auf den sogenannten sekundären Antisemitismus ein, der „aus dem Wunsch nach Entlastung von der deutschen Vergangenheit“ (S. 199) und dem „Bedürfnis nach nationaler Identität und einer Schlussstrich ziehenden Normalität“ (S. 200) entstanden sei. Als Beispiel dafür nennt er die scheinheilige Frage, ob es nicht erlaubt sei, Kritik an Israel zu üben, die das „antisemitische Motiv von der Allmacht und Weltverschwörung der Juden [impliziert], von der ‚Ausschwitz-Keule‘, die nach Lust und Laune benutzt werde“ (S. 216). Weil Antisemitismus – wie in diesem Beispiel – oftmals latent geäußert wird und somit quantitativ schwer zu erfassen ist, überprüft Salzborn die theoretischen Annahmen anhand von sieben qualitativ ausgewerteten Interviews. Dass diese Zahl für ausreichend valide Aussagen zu gering ist, räumt der Autor selbst ein.

Im letzten Kapitel versucht Salzborn die verschiedenen Ansätze zu einer Synthese zusammenzufassen, in deren Zentrum das Verständnis von antisemitischen Ressentiments als Abstraktum steht. Den Juden werde die Moderne schlechthin zum Vorwurf gemacht, „was Sozialismus wie Liberalismus, Kapitalismus wie Aufklärung, Urbanität, Mobilität oder auch Intellektualität gleichermaßen umfasst“ (S. 322). Insofern handele es sich beim Antisemitismus nicht um eine beliebig austauschbare Sündenbockstrategie. Leider verheddert sich der Autor am Ende sehr in den verschiedenen Theoriesträngen, statt eine geradlinige Argumentation zu verfolgen.

Der positive Eindruck des gut strukturierten Buches wird dadurch ebenso getrübt wie durch die häufig zu lang geratenen Sätze und die Einfügung fremdsprachlicher Satzteile in die deutsche Syntax. So ist zwar kein besonders eingängiges, aber dennoch lesenswertes Buch herausgekommen.

Sandra Fischer

Samuel Salzborn (Hrsg.), *Der Staat des Liberalismus. Die liberale Staatstheorie von John Locke*, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 247 S.

Lorenz Böllinger u. a. (Hrsg.), *Gefährliche Menschenbilder. Biowissenschaften, Gesellschaft und Kriminalität*, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 441 S.

In dem von Samuel Salzborn herausgegebenen Sammelband wird Lockes Staatstheorie von den elf Autoren in zehn Aufsätzen umfassend behandelt. In einem ersten Teil werden die historischen und ideengeschichtlichen Kontexte vermittelt, in denen Lockes Theorie angesiedelt ist. Dazu gehört eine Darstellung des Zusammenhangs seiner praktisch-politischen Philosophie mit seiner Erkenntnistheorie (Ulrich Weiß), eine Verortung Lockes in der politischen und geistigen Situation seiner Zeit (Jürgen Diethel) sowie ein Vergleich der anthropologischen Prämissen Lockes mit denen von Hobbes und Rousseau, in dem insbesondere die unterschiedlichen Naturzustands-Konzeptionen der drei kontraktualistischen Denker verhandelt werden (Samuel Salzborn). Im zweiten Teil werden verschiedene Elemente der Staatstheorie Lockes dargestellt. Hier finden sich Abhandlungen zum Erziehungsprogramm von Locke (Joachim Detjen), zu seinen Auffassungen über das Verhältnis von Privatheit und Politik (Beate Rosenzweig) sowie zum Verhältnis von Eigentum und Staat (Patrick Horvath). Weitere Darlegungen sind Lockes *Zweiter Abhandlung über die Regierung*, insbesondere seiner Theorie individueller Grundrechte (Sebastian Laukötter/Ludwig Siep), seiner Lehre der Gewaltentrennung und des Widerstandsrechtes (Frauke Höntzsch) sowie methodischen Problemen einer vertraglichen Theorie der Staatskonstituierung (Andreas Vasilache) gewidmet. In einem abschließenden Beitrag wird John Locke als ein wichtiger Vordenker der Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates vorgestellt (Manuel Knoll). Die Autoren setzen sich mit verschiedenen Deutungen des Werks Lockes auseinander und weisen auf Missverständnisse hin, die sich in der deutschen Locke-Rezeption festgesetzt haben. Die Beiträge sind durchgängig solide, informativ, auf dem Stand der Diskussion und dürften für jeden Hochschullehrer einen Gewinn darstellen.

Mit aktuellen Problemen von „Recht und Staat“ beschäftigt sich der Band „Gefährliche Menschenbilder“. Er dokumentiert die Ergebnisse einer gleichlautenden Arbeitsgruppentagung von Kriminal-, Gesellschafts-, Geschichts-, Human- und Neurowissenschaftlern im März 2008. Jenseits der Frage nach der Willensfreiheit widmete sich die Tagung der Bedeutung der modernen Biowissenschaften für die Gesellschaftswissenschaften, insbesondere die Kriminologie und die Kriminalpolitik, sowie für das Strafrecht. Im Kern geht es zum einen um die Frage, inwiefern psychobiologische Grundlagen ein gewalttätiges Verhalten tatsächlich determinieren. Zum anderen sind die möglichen Folgen für den Umgang mit Tätern abzuschätzen, die sich aus der Auffassung ergäben, dass die Gefährlichkeit von Menschen, wie von manchen Vertretern der Neurowissenschaften behauptet, eher in neurophysiologischen Vorgängen wurzelt und weniger in deren Lebensgeschichte und Lebensumständen. Zentral ist die Fragestellung, ob Menschenbilder von „gefährlichen Menschen“ selbst gefährlich werden können. Deterministische Ansätze der Bio-Wissenschaften scheinen jedenfalls für den Einsatz ent-

sprechender Verfahren zur himorganischen Mustererkennung zu sprechen, um mögliche Täter präventiv zu identifizieren und entsprechend zu behandeln. Auf diesem Wege, so Lorenz Böllinger, eröffneten sich „potentiell totalitäre Kontrollperspektiven“; es könnten Überwachungs- und Steuerungsmechanismen ermöglicht werden, die mit den ethischen Grundprinzipien der demokratischen, individualistischen und pluralistischen Gesellschaft in Widerspruch stehen. Das Prinzip der Menschenwürde, die Annahme der Willensfreiheit, die Unschuldsvermutung und der Rechtsgrundsatz in dubio pro reo drohen so, einem gesellschaftlichen Risikomanagement zum Opfer zu fallen.

Lothar Fritze

Wolfgang Schieder, Der italienische Faschismus, München 2010 (*C.H. Beck*), 127 S.

Aram Mattioli, Viva Mussolini! Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconis, Paderborn 2010 (*Schöningh*), 241 S.

Gemeinsamer Gegenstand der beiden Bände ist der italienische Faschismus. Schieder betrachtet ihn als historisches Phänomen. Mattioli hingegen geht es um das gegenwärtige Berlusconi-Italien und dessen Faschismus-Nostalgie – heterogene Blickrichtungen, die unterschiedliche Beurteilungskriterien erfordern.

Der Zeithistoriker Schieder gibt einen knappen, aber instruktiven und gut lesbaren Überblick über die Entwicklung des italienischen Faschismus von dessen Anfängen als politische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Untergang der „Italienischen Sozialrepublik“ (RSI). Der Faschismus wird nicht als monolithisches und starres System betrachtet. Vielmehr weist Schieder auf die vielen inneren Widersprüche und Konflikte des historischen Prozesses hin. Es lassen sich drei Phasen unterscheiden, in denen der Faschismus jeweils ein anderes Gesicht annimmt. In der „Bewegungsphase“ (1919-1922) wird sein Charakter stark von der kollektiven Gewaltbereitschaft der im Krieg brutalisierten ehemaligen Soldaten und den dezentralen faschistischen Splittergruppen in den ländlichen Provinzen (Agrarfaschismus) bestimmt. Nachdem es Mussolini gelungen war, als „ausgleichender Schiedsrichter“ (S. 36) die offenen Konflikte für sich zu nutzen, sicherte er in der zweiten Phase der „Herausbildung des faschistischen Diktatorsystems“ (1922-1929) seine persönliche Führerschaft durch die Monopolstellung der Faschistischen Partei (PNF) und die schrittweise „Faschisierung des Staates“ (S. 43). In der dritten Phase der „Konsolidierung der Führerdiktatur“ (1929-1943) schaffte es Mussolini, sich den „Konsens“ der breiten Massen zu sichern, erfolgreich den Mythos vom Duce und den Führerkult zu etablieren, sich den politischen Rückhalt der katholischen Kirche zu erkaufen sowie die „Achse Rom-Berlin“ ins Leben zu rufen. In diese Zeit fallen auch die Gräueltaten des Regimes als Besatzungs- und Kolonialmacht auf dem Balkan und in Abessinien. Dabei konnte sich der „faschistische Rassismus“ (S. 60) in seiner spezifischen, ursprünglich gegen Slawen und Afrikaner gerichteten, später dann aber auch eindeutig „antisemitisch aufgeladenen“ Variante entfalten.

Während Schieder einen soliden, in konventioneller historisch-deskriptiver Forschung begründeten Abriss zur Gesamtgeschichte des italienischen Faschismus vorgelegt hat, handelt es sich bei Mattiolis Werk um eine stark idiosynkratische Arbeit. Mit immenser Faktenakribie geht Mattioli den Zeichen der „Erosion des antifaschistischen Grundkonsenses“ (S. 24) nach und untersucht die Faschismus-Nostalgie, die in der Ära Berlusconi immer mehr Platz greift. Mattiolis Indignation gilt besonders den verharmlosenden und humanisierenden Revisionen des Geschichtsbilds durch „rechte Historiker“. Er sieht in ihnen die wichtigsten „Stichwortgeber“ der von Berlusconi machstrategisch instrumentalisierten „Aufwertung“ des faschistischen Dispositivs. Fraglich ist jedoch, ob das alles von der Bedeutung ist, die Mattioli unterstellt? Ist Berlusconi tatsächlich der „große Schleusenöffner“ (S. 56), mit dem nun der Faschismus in Italien wieder an die Macht gelangen könnte? Mir scheint das ziemlich naiv und mehr Mattiolis ideologischem Antifaschismus-Reflex geschuldet zu sein als ernster kritischer Reflexion. Das Phänomen Berlusconi hat seine Wurzeln im hypermodernen Italien der Gegenwart. Aber etwa über die Machen- und Seilschaften der Mafia finden sich so gut wie keine Hinweise in diesem Buch. Auch die „eigentliche Katastrophe des berlusconischen Italien“ (Dirk Schümer) – die praktisch inexistente Opposition – wird nicht beleuchtet. Und zur Degeneration der politischen Öffentlichkeit durch die beispiellose Medienkonzentration und allgegenwärtige massenmediale Verflachung und Vulgarisierung finden sich nur Randnotizen. Berlusconis Italien ist eine gesellschaftliche und politische Realität sui generis. Zu deren Verständnis vermag Mattioli aber kaum mehr als ein moralisierendes Bekenntnis zum Antifaschismus beizutragen.

Maurizio Bach

Kai Schlüter, Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte. Eine Dokumentation mit Kommentaren von Günter Grass und Zeitzeugen, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 329 S.

Werner Stiller, Der Agent. Mein Leben in drei Geheimdiensten, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 252 S.

Kai Schlüter zeigt mit dem Abdruck zahlreicher Berichte, Stellungnahmen und Anordnungen, wie die Staatsicherheit auf Begehren von Günter Grass reagierte. Grass wollte die Schriftsteller aus West und Ost zusammenführen, um nach der Teilung die deutsche Kultur und damit die Einheit der deutschen Literatur zu wahren. Er nahm an Treffen mit Kollegen in Berlin, später auch an anderen Orten in der DDR teil und organisierte sie. Er trug aus seinen Werken vor, griff mit deutlichen Worten die Beschränkungen der geistigen Freiheit in der DDR an, verwies in seinen Argumentationen aber auch negativ auf einige Maßnahmen in der Bundesrepublik. Die wiedergegebenen Auszüge aus den Akten der Staatssicherheit geben ein anschauliches Bild über Einzelheiten der Überwachung dieses für die DDR gefährlichen Besuchers, aber auch über die Berichterstattung zu dessen Besuchen in Ostberlin. Politische Äußerungen wurden nicht objektiv nur mit deren Wortlaut, sondern durchweg mit den Attributen „feindselig, diskriminierend, antisozialistisch oder sozialdemokratisch“ genannt. Mit einer begrenzten Zulassung für

solche öffentlichen Lesungen und durch die Entsendung „fortschrittlicher“ Zuhörer sorgte die Staatssicherheit für die erwünschte „Ordnung“. Ergänzt wird diese Dokumentation durch eine Biographie mit einem fast lückenlosen Überblick über die Werke von Günter Grass. Neben einem notwendigen Abkürzungsverzeichnis kommentiert der Verfasser alle in diesem Buch erwähnten Personen. Die Dokumentation erweitert oder erläutert nicht nur schon bekannte oder zu vermutende Tatsachen über das Leben in der „Deutschen Demokratischen Republik“, sondern gibt einen Einblick in die Motivation und die Entscheidungsstränge der „Staatssicherheit“.

Als ehemaliger Mitarbeiter dieses Geheimdienstes beschreibt Werner Stiller seine damalige Tätigkeit, die anschließenden Erfahrungen mit dem Bundesnachrichtendienst sowie mit der CIA und seinen Weg in den USA. Seine Flucht aus der DDR und damit seine Abkehr von der Stasi bedeuteten einen der schwersten Schläge für die Staatsicherheit. Stiller stellt klar, dass ihn sein Vorwärtstreben in persönlicher Hinsicht mehr leitete als seine Ernüchterung über das politische System der DDR. So hatte er auch von sich aus den Kontakt mit dem BND gesucht. Fast wie in einem Kriminalfilm schildert Stiller die einzelnen Vorsichtsmaßnahmen und Schritte, mit denen er für sich, seine Begleiterin und deren Sohn den Weg in die Freiheit und in die neuen Lebensabschnitte fand. In der Bundesrepublik konnten der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz mit den von Stiller mitgebrachten Unterlagen in fast 70 Fällen die Stasi-Kontakte erkennen und in 12 Fällen an den Generalbundesanwalt weiterleiten. Abdrucke der Stasi-Akten belegen, mit welcher Intensität das Staatsministerium des Innern den Aufenthalt von Stiller im sogenannten Operationsgebiet zu ermitteln versuchte, um ihn in die DDR zu entführen und zu bestrafen. Diese erkennbaren Bemühungen ließen die Vertreter der CIA zur Einreise Stillers in die USA bewegen. Hier fand er die Umgebung, die seinem Vorwärtstreben auch in finanzieller Hinsicht Erfolge, allerdings auch Verluste brachte. Jetzt lebt er in Ungarn, schlecht scheint es ihm nicht zu gehen. Stiller betrachtet sein Leben mit der Stasi als eine gefährliche Etappe. Seine Darstellung des Verhaltens entscheidender Stasi-Funktionäre ergibt ein zutreffendes Bild von deren kritiklosen Einstellung zum Marxismus-Leninismus. Stiller hat in den auf seine Person gerichteten aber oft spannenden Erinnerungen diese menschenrechtswidrigen Positionen beleuchtet.

Peter Frisch

Helmut Schmidt (Hrsg.), Vertiefungen. Neue Beiträge zum Verständnis unserer Welt, München 2010 (*Siedler*), 331 S.

Helmut Schmidt/Fritz Stern, Unser Jahrhundert. Ein Gespräch, München 2010 (*C.H. Beck*), 287 S.

Wer einmal ein hohes Amt innegehabt hat und sehr alt wird, dem ist die Aufmerksamkeit gewiss. Helmut Schmidt kann publizieren, was er will. Mit der „Zeit“ verfügt er sogar über ein eigenes Organ. Wenn das Mitteilungsbedürfnis die Zeitungsspalten sprengt, ist auch rasch ein Verlag zur Stelle. Schmidt verkauft sich immer, zumal wenn ein schönes

Foto den Einband zielt. In den „Vertiefungen“ stecken 16 „Protokolle der Freitagsgesellschaft.“ Die hat sich seit 1985 im Winter, freitags, im Hause Schmidt versammelt und sich an Vorträgen ihrer Mitglieder erfreut. 150mal haben mehr oder minder erlauchte Geister gesprochen, Herausgeber Schmidt bietet also nur eine winzige Auswahl. Das Spektrum ist sehr weit. Es reicht von der abstrakten Malerei über den „gerechten“ Krieg, die Hirnforschung, Lokis Pflanzen, Kungs Religionen bis zu von Weizsäckers Lösung der deutschen Frage und Helmut Schmidts Blick nach China. Die 4000 Jahre Geschichte müsse man schon kennen, um sich ein Bild zu machen und zu wissen, wie es weiter geht. Zum Beweis kommt er auf diverse alte Dynastien zu sprechen und in einem Atemzug auch auf Mao und Deng und die Zukunft; er ist überzeugt, dass das Land sehr stabil bleiben wird. Und was rät er dem Westen? Dass er den Aufstieg Chinas als „Fact of life“ nehme!

Von solchen Allgemeinplätzen strotzt die in Vor- und Nachmittage gegliederte Wiedergabe des Drei-Tage-Gesprächs mit Fritz Stern. Es folgt keinem Faden und keiner Logik und mäandert so dahin, von Amerika über Europa nach Israel und China, von den Founding Fathers über Napoleon, die Emser Depesche und den unvermeidlichen Hitler zu Kohl und immer wieder zurück. Alles, was angerissen wird, kommt mehrfach vor. Das einzige Kontinuum ist die wechselseitige oder die eigene Belobigung. Helmut Schmidt, der Akteur, hat immer alles besser gewusst. Er weiß auch, was Nachfolger falsch gemacht haben. Wie in seinem Vortrag betont er, Bundeskanzler Brandt überhaupt erst dazu gebracht zu haben, China diplomatisch anzuerkennen. Kohl hält er für einen Naivling, jedenfalls was die deutsche Einheit und die Ökonomie betrifft. Und einen Feigling, weil er keine Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede gehalten habe. Stern findet, er – Schmidt – hätte „die moralische Autorität“ für eine solche Rede gehabt. Schmidt bestätigt: „Also, ich hätte es getan“ (S. 192). Ich, ich, ich – Helmut Schmidt bestätigt so manches Urteil, das über ihn seit langem in Umlauf ist.

„Geschichtsbewusstsein“ ist das erste Stichwort, und tatsächlich wird überwiegend in der Vergangenheit herumgerührt – mit bisweilen erstaunlichen Wendungen. Schmidt will nicht glauben, dass die deutsche Sozialgesetzgebung unter Bismarck auf den Weg gebracht worden ist. Stern, der über dessen Bankier Bleichröder ein Buch geschrieben hat, will „fest“ bei seinem Glauben bleiben, dass es so gewesen sei. Aber sein Gesprächspartner, Sozialdemokrat Schmidt, ereifert sich: „Das glaube ich nicht“ (S. 235). In die Gegenwart tasten die beiden sich kaum vor. Eine Ausnahme ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, die auf zwei einfache Ursachen zurückgeführt wird, verstreut auf diversen Seiten: das Versagen des amerikanischen Ostküsten-Establishments und „die Gier von Bankmanagern“ (S. 276). Das Weltbild, das die beiden entfalten, ist schlicht.

Vor der letzten Gesprächsrunde erscheint der Arzt, Schmidt hat ein „Klitschauge“ und kündigt eine Fahrt ins Krankenhaus an. Bevor es soweit ist, wird der polnische Papst gerühmt und das Wunder Europa. Die Europäische Union nennen sie „eine Rückversicherung gegenüber der großen Verführbarkeit der Deutschen“ (S. 270) und können sich doch nicht damit zufrieden geben. Warum nicht? Die Amerikaner wollen, dass die Türken beitreten. Das wäre „eine Katastrophe“. Das Bevölkerungswachstum wird hoch-

gerechnet und die Islamisierung als unabwendbar hingestellt. Deshalb würde die Aufnahme der Türkei „der Anfang vom Ende der Europäischen Union werden“ (S. 269). Das ist nicht nur schlichtes, sondern vor allem altes Denken zweier alter Männer.

Brigitte Seebacher

Klemens H. Schrenk/Markus Soldner (Hrsg.), *Analyse demokratischer Regierungssysteme*, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 636 S.

David Gehne/Tim Spier (Hrsg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?*, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 247 S.

Bei beiden Bänden handelt es sich jeweils um Festschriften zu Ehren verdienter Vertreter der deutschen Politikwissenschaft. Die 35 Beiträge (plus Vorwort und Einleitung der Herausgeber) in der Wolfgang Ismayr gewidmeten Festschrift sind auf zahlreiche unterschiedliche Aspekte der theoretischen und empirischen Analyse demokratischer Regierungssysteme konzentriert. Im Zentrum des ersten Teils stehen theoretische und methodische Fragen der Regierungssystemanalyse, im zweiten und dritten geht es dagegen – in Analogie zu den Arbeiten Ismayrs – um das deutsche Regierungssystem bzw. die europäischen Regierungssysteme. Die Qualität der meisten Beiträge kann sich sehen lassen. Zu den überraschenden Dingen gehört der Umstand, dass sich gerade Vertreter der „älteren Garde“ wie Anton Pelinka, Heinrich Oberreuter oder Wolfgang Zeh für sie eher untypischen Themen wie der Europäischen Union, der Rolle institutioneller Ideen und Legitimationsproblemen der „Mediendemokratie“ zuwenden, während einige jüngere Autoren zum Teil bis in den Wortlaut hinein identische Doubletten bereits veröffentlichter Arbeiten beisteuern. Einige der behandelten Themen liegen ein gutes Stück jenseits der Arbeitsschwerpunkte des Jubilars. Stören dürfte sich dieser daran freilich kaum. Vielmehr scheint die bewusst breite Agenda an Gegenständen und Themen den Band mit einer überdurchschnittlich guten Chance auszustatten, zu einem vielgelesenen Werk der politikwissenschaftlichen Komparatistik an der Seite der großen Sammelwerke Wolfgang Ismayrs über die politischen Systeme West- und Osteuropas zu machen.

Die von David Gehne und Tim Spier herausgegebene Festschrift für den an der Universität Düsseldorf wirkenden Ulrich von Alemann besitzt einen engeren Fokus, der auf die politischen Parteien bzw. die Parteienforschung konzentriert ist. Dabei geht es, in drei Themenblöcken (Parteien in systemischer Perspektive, Parteien in nationaler Perspektive, Parteien in internationaler und komparativer Perspektive) um so unterschiedliche Dinge wie das Amt des Bundespräsidenten in der deutschen Parteiendemokratie (Frank Decker), die kritische Rekonstruktion der internationalen „Party Change“-Diskussion (Elmar Wiesendahl) oder die Entwicklung des rumänischen Parteiensystems (Reinhard Meyers). Einige Artikel, wie der von Alf Mintzel („Das Abenteuer Parteienforschung“) könnten vom Inhalt und Ton, auch und speziell gegenüber dem Adressaten der Festschrift, kaum persönlicher sein; andere, wie diejenigen Klaus von Beymes (über „Populismus und Rechtsextremismus“) oder Franz Walters (über „Sammlung und Spal-

tung des bürgerlichen Lagers“) erwähnen von Alemann mit keinem Wort und gehen damit über die guten Bräuche der Festschriftkultur hinweg. Bemerkenswerter ist es, dass die im Titel aufgeworfene Frage, „Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?“, in den wenigsten Beiträgen zum Gegenstand gemacht wird. Die große Ausnahme bildet der schöne Schlussbeitrag von Michael Th. Greven, in dem mit erfrischender Vorbehaltlosigkeit die Möglichkeit erörtert wird, dass die Rolle politischer Parteien sich im Angesicht fortschreitender Globalisierungs-, Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozesse als „historisch begrenzt“ erweisen könnte. Dabei geht es Greven allerdings weniger um eine polemische Generalkritik der Parteiendemokratie als um eine nüchterne Auseinandersetzung mit der Erkenntnis, dass die repräsentative Demokratie in Deutschland und andernorts sich an der Schwelle zu tiefgreifenden Veränderungen befindet. Gerade wer diese Einschätzung teilt, wird einen Beitrag vermissen, der sich ausführlich mit konkreten demokratiepolitischen Reformagenden zur Weiterentwicklung der Parteiendemokratie, etwa dem möglichen Nutzen direktdemokratischer Verfahren, beschäftigt und dem Band ein wenig mehr Breite und vor allem gesteigerte Aktualität verliehen hätte.

Ludger Helms

Martin Sebaldt/Henrik Gast (Hrsg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2009 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 382 S.

Martin Sebaldt und Henrik Gast vereinen in diesem Sammelband, flankiert von substantziellen eigenen Aufsätzen, vielversprechende Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern. Gewidmet ist das Gemeinschaftswerk, so die Herausgeber im Vorwort, der Analyse der Umweltbedingungen für politische Führung im internationalen Vergleich, der Eigenschaften und Verhaltensweisen auf Seiten der Träger politischer Führung und ihrer an den Tag gelegten Führungsstile. Welche Regierungssysteme werden beschrieben, und worauf gründet sich ihre Auswahl? Die Darstellungen umspannen westliche Regierungssysteme in „alten“ und „neuen“ Demokratien (letztere verkörpert durch drei lateinamerikanische Länder) sowie die Europäische Union, um politische Führung im politischen Mehrebenensystem zu lokalisieren. Überhaupt rotiert die Länderauswahl um den institutionellen Rahmen der politischen Systeme: das Regierungssystem einerseits (die bekannte Trias Präsidialismus, Semi-Präsidialismus, Parlamentarismus) und den vertikalen Staatsaufbau andererseits (unitarisch versus föderal).

Den Band durchzieht keine forschungsleitende These. Die Beiträge orientieren sich jedoch durchgehend am Programm einer interaktionistischen Sichtweise (im ersten Beitrag von Gast in einer eleganten Skizze präsentiert) auf politische Führung, die strukturelle und personelle Faktoren miteinander in Bezug setzt. Das situative Moment bleibt aus Gründen vergleichender Flexibilität ausgespart; arenenspezifische Reflexionen werden weitgehend auf Theoretisches beschränkt, und Begegnungen mit sozialpsychologischen Dynamiken sind rar.

Die Länderbeiträge zeugen durchgehend von einem sehr gutem Verständnis für das führungsrelevante Zusammenspiel institutioneller und politisch-kultureller Faktoren. In mehreren Fällen gelingt die Demonstration der Pfade ihres Einwirkens auf Persönlichkeit und Führungsstile der „executive leaders“ eindrücklich und plausibel. Allerdings decken die Darstellungen unterschiedliche Zeiträume ab. Nicht alle Beiträge greifen politikwissenschaftliche Theorien oder die Stoßrichtung jüngerer Forschungsbereiche innerhalb der Exekutivforschung auf, die Phänomene nationalen oder internationalen Wandels beschreiben und höchst relevant für die Fragestellungen dieses Bandes sind: „core executive governance“, „presidentialization“, „public leadership“ und „hollowing out“.

Selbaldts Schlussbeiträge resümieren anschaulich die Kontextgebundenheit politischer Führung: Äußere Bedingungen bringen bestimmte politische Charaktere erst ins Amt, fragen bestimmte Führungsqualitäten im Amt nach oder erfordern einen adaptiven Führungsstil, weil sich die Einflüsse selbst wandeln. Richard Roses Diktum findet sich bestätigt, wonach Unterschiede in der politisch-institutionellen Verfasstheit eines Landes mehr Varianz im Amt des Premierministers erzeugen als die jeweiligen Persönlichkeitsmerkmale und Umweltbedingungen innerhalb eines Landes.

An den detaillierten Länderdarstellungen muss eine Tendenz zu einer wenig präzisen Bestimmung wichtiger Determinanten politischer Führung festgehalten werden (etwa für den Föderalismus, einer Kernvariable für die Fallauswahl). Die Frage, welche Faktoren in jüngster Zeit größeren und welche vielleicht geringeren Einfluss auf Existenz, Form und Inhalt politischer Führung nehmen, eventuell auch im internationalen Maßstab, findet keinen Niederschlag. In einzelnen Beiträgen drängen alternative dominante Kontextvariablen politischer Führung in den Fokus (z. B. die Koalitionsform, innerparteiliche Faktionalisierung, wettbewerbsbasierte „electoral cycles“). Das Werk wirft wichtige Fragen auf, fordert mit Berechtigung eine interdisziplinäre Vorgehensweise und zieht daraus konkrete Schlüsse. Der Band ist dazu angetan, alte Leidenschaften für den Themenkomplex des Führens und Regierens zu wecken und neue zu bestärken. Untrennbar verbunden ist mit der Forschung über politische Führung die Frage des „Who governs?“.

David M. Wineroither

Ulrich Sieberer, Parlamente als Wahlorgane. Parlamentarische Wahlbefugnisse und ihre Nutzung in 25 europäischen Demokratien, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 324 S.

Die Parlamentsforschung macht in allen ihren Verzweigungen deutliche Fortschritte. In diesen Zusammenhang gehört die Dissertation von Ulrich Sieberer, in der die „Kreationsfunktion“ europäischer Parlamente in den Fokus gerückt wird. Im parlamentarischen Parlamentarismus, also Regierungssystemen, die nach dem Westminster Modell geformt sind, werden nicht nur Regierungen vom Parlament gewählt und abgewählt, son-

dem auch interne (z. B. Parlamentspräsidenten) wie externe Ämter (z. B. Verfassungsrichter, Ombudsleute, Präsidenten von Rechnungshöfen) durch parlamentarische Wahl besetzt. Derartige Wahlen sind bisher systematisch nicht untersucht worden. Lediglich für das präsidentielle Regierungssystem der Vereinigten Staaten gibt es entsprechende Forschungen, nämlich für die Bestätigung von Bundesrichtern und politischen Beamten – die vom Präsidenten nominiert worden sind – durch den Senat.

Sieberer hat 25 europäische Demokratien in seine Untersuchung einbezogen, alle heutigen EU-Staaten (mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien, die erst 2007 beigetreten sind und dem präsidentiellen Regierungssystem von Zypern) plus Norwegen. An Wahlen werden speziell die von Verfassungsrichtern, Rechnungshofpräsidenten, Ombudsleuten und Staatspräsidenten analysiert. Der Autor geht drei zentralen Fragen nach, (1) welche theoretischen Folgen parlamentarische Befugnisse zur Wahl der Regierung und externer Amtsträger haben und wie zudem deren genaue institutionelle Ausgestaltung aussieht; (2) über welche Wahlbefugnisse europäische Parlamente verfügen und wie diese sich zu anderen Machtbefugnissen von Parlamenten verhalten; (3) welche Eigenschaften von Parlamenten gewählte Amtsträger außerhalb der Regierung auszeichnen und welche Faktoren theoretisch und empirisch das Wahlverhalten und den Wahlausgang bestimmen.

Methodologisch wird davon ausgegangen, dass Parlamente institutionelle Strukturen sind, innerhalb derer politische Akteure handeln. Zugrunde liegt also ein Akteursmodell, kein strukturalistisches Systemmodell. In einem langen theoretischen Anlauf bindet Sieberer parlamentarische Wahlen in das Rational Choice-institutionalistische Paradigma ein. Die Grundthese der Arbeit lautet: Parlamente sollten in parlamentarischen Demokratien nicht auf eine Rolle als autonome Politikgestalter reduziert, sondern als Prinzipale und Machtverteilungsorgane verstanden werden.

Die Ergebnisse der Studie sind nicht besonders überraschend, eher einfach, etwa dass die Wahl der Regierung neben ihrer Abwahl der zentrale institutionelle Mechanismus zur direkten Beeinflussung der Regierung durch die parlamentarischen Akteure sei, oder dass parlamentarische Wahlen politisch relevante Ereignisse seien und eine systematische politikwissenschaftliche Analyse verdienten. Ergiebiger und differenzierter ist die These, dass die Folgen parlamentarischer Wahlen stark von ihrer institutionellen Ausgestaltung abhängen, die den Einfluss des Parlaments als Kollegialorgan sowie einzelner parlamentarischer Akteure auf den Wahlausgang bestimmt. Was sich dem Leser darbietet, ist eine solide deskriptive Bestandsaufnahme, die sich an manchen Stellen hinter einem etwas angestregten szientistischen Stil verbirgt. Was fehlt, ist eine Antwort auf die Frage nach der politischen und politikwissenschaftlichen Bedeutung, auf die Frage: „What is it all about?“ Gleichwohl: Parlamentarische Wahlbefugnisse und Wahlen bilden bisher einen blinden Fleck in der vergleichenden Parlamentsforschung. Sieberer hat Licht in dieses Feld gebracht.

Peter Lösche

Andreas Stirn, Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953-1990, Berlin 2010 (*Metropol*), 814 S.

Drei Kreuzfahrtschiffe hatte die DDR einst in Dienst gestellt – 1960 die „Völkerfreundschaft“, ein bis dahin unter dem Namen „Stockholm“ fahrendes schwedisches Schiff, zweitens die nach dem Mitbegründer der KPD benannte „Fritz Heckert“, gebaut auf der Mathias-Thesen-Werft in Wismar und seit 1962 über die Meere geschickt, drittens schließlich die „Arkona“, ein Hochsee-Liner, der 1985 auf skurrile Weise in den Arbeiter-und-Bauern-Staat kam. Das Schiff war auf der Howaldtswerke/Deutsche Werft in Hamburg gebaut. 1981 hatte es die South African Marine Corporation erworben und unter dem Namen „Astor“ auf Kreuzfahrt geschickt. Dem deutschen Fernsehpublikum beiderseits der Demarkationslinie war es aus der ZDF-Serie „Traumschiff“ vertraut. Die Spitze der SED war nach einer Marktanalyse auf das zum Verkauf stehende Schiff aufmerksam geworden, hielt es für ihre Zwecke optimal geeignet, fürchtete aber ihre politische Desavouierung. Ein Schiffskauf bei einer Reederei des Apartheid-Staates? Aus ideologischen Gründen unmöglich. Deshalb wurde ein Dreiecksgeschäft mit Hilfe der (bundes-)Deutschen Westafrika-Linie und des MfS-kontrollierten Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ unter strenger Geheimhaltung arrangiert. Der Autor hat das alles in akribischer Recherche ermittelt.

Andreas Stirn, 1974 in Ost-Berlin geboren, hat nach Abschluss seines Studiums der Geschichte, Soziologie und Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin seine Chemnitzer Dissertation der Geschichte der DDR-Urlauberschiffe gewidmet. Eine abseitige Thematik? Mitnichten. Zu Recht konstatiert Stirn, dass sie „nicht losgelöst von der politischen Herrschaftsgeschichte der DDR erzählt werden“ (S. 18) kann. Zugleich nutzt er sie zu einer überzeugenden Auseinandersetzung mit dem Deutungsmuster des Totalitarismuskonzepts. Entstanden ist ein hochinformatives Spiegelbild der maritimen Ambitionen des Regimes, die trotz Mauer und Mangelwirtschaft aus politischen Prestigegründen umgesetzt wurden. „Wie konnte eine Diktatur, die sich auf Repression und rigorose Abgrenzung gründete und deren ökonomische Schwäche als erwiesen gilt, drei Jahrzehnte lang Kreuzfahrtschiffe auf die Reise schicken? Wie gelang es der SED, ihren Kontroll- und Steuerungsanspruch hunderte und tausende Kilometer entfernt vom ost-deutschen Festland, und damit weit entfernt vom direkten Zugriff der ‚Sicherheitsorgane‘, durchzusetzen“ (S. 14 f.)?

In sechs Kapiteln zeichnet Stirn die Anfänge des Projekts Urlauberschiff in den fünfziger Jahren nach, die Spannungen zwischen Zukunftshoffnung und Desillusionierung, er thematisiert Kontrolle und Kontrollverlust nach dem Mauerbau, behandelt das Urlauberschiff als Arbeitsplatz und Urlaubsort, zeigt die ökonomischen Möglichkeiten und Grenzen der DDR auf. Waren die Urlauberschiffe „Bonzenschaukeln“? Seereisen als Anreiz und Belohnung für Loyalität und Leistung? Für die Dauer einer Seereise wurde die Tristesse des sozialistischen Alltags vergessen: Ein abschließender Vergleich von „Kraft durch Freude“ des NS-Regimes mit dem FDGB-Programm der DDR-Urlauberschiffe rundet das Bild.

Im Grunde genommen führen die Kreuzliner der DDR im Parteauftrag über die Meere, dazu bestimmt, für Propaganda im Innern und nach außen zu sorgen. Dem MfS brachten sie allerdings Verdruss. Es hatte Passagiere und Schiffsmannschaft „inoffiziell“ zu überwachen. Dass die aus DDR-Sicht gesehene Gefahr von „Republikflucht“ gegeben war, macht der Autor anhand der von ihm nachgewiesenen Fluchtfälle anschaulich. Ihre Zahl war dank der Überwachung an Bord vergleichsweise niedrig. Immerhin gingen trotz sorgfältiger Auslese zwischen 1961 und 1989 insgesamt 233 DDR-Bürger in Häfen des „nichtsozialistischen Auslands“ von Bord – 128 Passagiere und 91 Seeleute zuzüglich zweier Ehefrauen, die Besatzungsmitglieder an Bord geschmuggelt hatten. Alles in allem: ein gut zu lesendes Buch, ein opulentes Stück Herrschafts- und Alltagsgeschichte, eine faktengesättigte, wissenschaftlich originäre Arbeit.

Karl Wilhelm Fricke

Roland Sturm/Jürgen Dieringer (Hrsg.), *Regional Governance in EU-Staaten*, Opladen 2010 (*Budrich*), 363 S.
Julia von Blumenthal/Stephan Bröckler (Hrsg.), *Föderalismusreform in Deutschland: Bilanz und Perspektiven im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2010 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 231 S.

Beiden Bänden geht es im Kern um Fragen des Regierens in territorial und funktional komplexen Systemen. Der international besetzte Band von Sturm und Dieringer enthält insgesamt 16 Länderbeiträge, die ein exemplarisches Sample von föderativen, regionalisierten, semi-präsidentiell-unitarischen und parlamentarisch-unitarischen Systemen bilden. Vorangestellt ist eine Diskussion des Themenkomplexes „Governance und Regionen“ aus der Feder von Roland Sturm und Michael Bauer, die das Glanzstück des Bandes darstellt. Regional Governance wird darin nicht als „Erklärungsprogramm“ begriffen, sondern als analytisches Instrumentarium, als ein „Differenzierungskonzept“ (S. 25) mit einem spezifischen konzeptuellen Fokus: Stärker als im prominenten „multi-level governance“-Ansatz wird den Konsequenzen regionalen Regierens wie den eigenständigen Leistungen der Regionen erhöhte Beachtung geschenkt. Das mögliche Erkenntnispotential des Ansatzes demonstrieren Sturm und Bauer am Beispiel der vergleichenden Differenzierung regionaler Politikstile. Dieser anspruchsvollen theoretischen Einleitung kommt im Rahmen des Bandes zwar eine gewisse Ordnungsfunktion zu; im engeren Sinne theoriegeleitet ist jedoch keiner der nachfolgenden Länderbeiträge. Diese besitzen vielmehr den Charakter von strikt identisch gestrickten Handbuchartikeln. Der konsequent vergleichend ausgerichtete Schlussbeitrag von Jürgen Dieringer bleibt ein wenig hinter den Möglichkeiten zurück, setzt mit der Differenzierung politischer Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen insbesondere innerhalb der vier unterschiedlichen Systemtypen gleichwohl einen sinnvollen Akzent. Im Sinne eines „echten Vergleichs“ werden dabei funktionale Äquivalenzen erfasst, wie beispielsweise der Umstand, dass – so jedenfalls die These – in Belgien die Föderalisierung, in Österreich dagegen die Unitarisierung zu einer Schwächung der zweiten Kammer geführt habe.

Eine vollständig andere Struktur weist der von Julia von Blumenthal und Stephan Bröchler herausgegebene Band auf, dessen Beiträge in der Mehrzahl auf eine Sektions-tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zurückgehen. Einleitend beschränken sich die beiden Herausgeber nahezu vollständig auf eine Inhaltsangabe der Texte; auch einen zusammenführenden Schlussbeitrag gibt es nicht. Der erste von insgesamt drei Hauptteilen trägt zwar die Überschrift „Theoretische Perspektiven und internationaler Vergleich“, doch kommt den hier entwickelten theoretischen Perspektiven auf so unterschiedliche Gegenstände wie die Europäisierung von Bundesstaatsreformen und Verfassungsänderungen in föderalen und unitarischen Demokratien leider keinerlei Leitfunktion für die weiteren Beiträge zu. Der stärkste Aufsatz dieses Teils, vielleicht des gesamten Bandes, ist die theoretisch höchst anspruchsvolle Analyse der Möglichkeiten und Bedingungen einer justiziellen Modifikation von reformpolitisch relevanten Leitideen, am Beispiel des Bundesverfassungsgerichts, von Roland Lhotta. Um eine Abschätzung der Auswirkungen der Föderalismusreform I auf den Bundesrat im politischen Entscheidungsprozess einerseits und die landespolitischen Entscheidungsspielräume andererseits geht es den sechs Beiträgen der Teile 2 und 3. Die Auswirkungen auf den Bundesrat im Entscheidungsprozess werden dabei, ungeachtet der deutlichen Reduktion zustimmungspflichtiger Gesetze, als eher moderat bewertet. Bei den Schlüsselentscheidungen, so der Befund Reimut Zohlhöffers, ist der Bundesrat weiterhin ein außerordentlich mächtiger Akteur. Zumindest bescheidene Zugewinne an landespolitischen Entscheidungskompetenzen erkennen die Autoren der in Teil 3 versammelten Beiträge. Vor allem derjenige von Julia von Blumenthal verdient Hervorhebung, da es in ihm um eine umfassende Abschätzung der zu erwartenden landespolitischen Problemlösungslogik im reformierten deutschen Bundesstaat geht.

Ludger Helms

Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Religiöse Sozialisationen im 20. Jahrhundert. Historische und vergleichende Perspektiven*, Essen 2010 (*Klartext Verlag*), 267 S.

Joachim Jauer, *Urbi et Gorbis. Christen als Wegbereiter der Wende*, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 352 S.

Der Band von Klaus Tenfelde erweist seine besondere Qualität im sehr ausführlichen Einleitungskapitel des Herausgebers. Der Experte für die Geschichte der sozialen Bewegungen widmet sich darin zunächst eingehend der Sozialisationsforschung. Die Prägekräft der Sozialisation ist nach wie vor wichtig, aber die ebenfalls prägenden Milieus haben sich im Modernisierungsprozess und für religiöse Sozialisationen im Säkularisierungsprozess deutlich abgeschwächt. Nicht, wie sonst üblich, wird das II. Vatikanische Konzil für eine deutliche Ausstrahlungseinbuße des katholischen Milieus verantwortlich gemacht, sondern neue Partizipationschancen an sozioökonomischen Fortschrittsprozessen der Gesellschaft. Derartiges zeigt sich z. B. im rapiden Rückgang des Anteils von Ordensfrauen in der Gesellschaft oder in der Veränderung des Vereinskatholizismus,

wobei dort eine Entpolitisierung bzw. ein Abschleifen des konfessionell-politischen Gegensatzes hauptverantwortlich gewesen sein dürfte. Nichtsdestotrotz sei die „Integrationskraft des katholischen Laien-Verbandswesens“ beachtlich (Chr. Kösters). Auch die „jahrtausendealte ländliche Frömmigkeit, einer der Stützpfeiler der Kirchen“, sei ganz in den Hintergrund getreten. Die Autorität des Priesters und Pfarrers würde nicht mehr gefürchtet, nur noch anerkannt und habe sich dadurch von einer institutionellen zu einer funktionalen Autorität verwandelt. Viele Spezialstudien tragen zum neu gewonnenen Erkenntnisstand im Bereich religiöser Sozialisationen, die der Herausgeber als „überindividuelle, Generationen übergreifende Gedächtnis- und Erinnerungsketten“ bezeichnet, in überzeugender Weise bei.

Joachim Jauer hat ein faszinierendes Buch geschrieben. Wer sich mit den Themen 1989 und der Anbahnung der Ereignisse in Ost und West beschäftigt, wird ohne weiteres Papst Johannes Paul II. eine Rolle beim Erosionsprozess des Sowjet-Imperiums zubilligen. Hier wird dieser Beitrag eindrucksvoll nachgezeichnet und in 20 Kapiteln sehr spannend skizziert, welche Rolle in vielen ost- und mitteleuropäischen Ländern die Beteiligung engagierter Christen spielte. In dichter, sicherlich journalistisch angelegter Beschreibung werden Szenen geschildert und mit Zitaten belegt, die dokumentieren, dass eben ohne die Akteursrolle der Kirchen bzw. ihre Trägerfunktion im Revolutionsprozess die Systemtransformation nicht voran getrieben werden konnte. Und das gilt eben nicht nur für Polen, wo der polnische Papst natürlich besonders, ja sagen wir ganz offen: systemsubversiv gewirkt hat – und deshalb auch heftig bekämpft worden war. Jauer zitiert dazu den US-Diplomaten Vernon Walters: „Das gab es noch nie in der Geschichte des Kommunismus, dass sich Millionen versammelten, die nicht der Partei angehörten. Eine Million kann man nicht unter Kontrolle halten, auch nicht mit Maschinengewehren. Von da an wussten wir, dass Polen nicht länger kommunistisch war“ (S. 31).

Fast alle anderen Ostblockstaaten können ebenfalls mit ähnlichen, zunächst systemkompatiblen, dann aber eben das System transformierenden Aktivitäten aufwarten. Auch in der DDR waren bekanntlich Kirchen, besonders die evangelische, Schutzräume von Entwicklungen, die am Ende das System sprengten, obgleich sich am Anfang nur harmlos „Schwerter zu Pflugscharen“ verwandeln sollten. Joachim Jauer war ZDF-Journalist bei „Kennzeichen D“, einem Sendeplatz, der sicherlich nicht von vornherein mit besonders kritischer Berichterstattung gegenüber der DDR aufwartete, was man dem Vorwort anmerkt. Trotzdem ist der Band höchst verdienstvoll arrangiert und nimmt einen wichtigen Platz bei der Darstellung des Ost-West-Transformationsgeschehens in den 80er Jahren ein.

Tilman Mayer

Terry Terriff/Frans Osinga/Theo Farrell (Hrsg.), *A Transformation Gap? American Innovations and European Military Change*, Stanford 2010 (*Stanford University Press*), 258 S.

Michael C. Horowitz, *The Diffusion of Military Power: Causes and Consequences for International Politics*, Princeton/Oxford 2010 (*Princeton University Press*), 273 S.

Seit dem Beginn der Kriegsführung gab es in regelmäßigen Abständen Ereignisse, die die Art und Weise Krieg zu führen in einem solchen Maße beeinflussten, dass ihre Auswirkungen als revolutionär bezeichnet wurden. Zu solchen „Revolutionen in militärischen Angelegenheiten“ oder „Revolutions in Military Affairs“ (RMA) zählt man gemeinhin die Entdeckung des Schießpulvers, den Einsatz von Panzerdivisionen im Blitzkrieg oder die Erfindung der Atombombe. Seit einigen Jahren ist eine hitzige Debatte darüber entstanden, ob der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft eine Militärtransformation hin zu einer RMA bedingen wird. Diese RMA findet ihren Ausdruck in dem Einsatz von Präzisionsmunition, Tarnkappentechnik, Robotik und sogenannter „Network-Centric Warfare“. Es existiert zu diesem Thema eine sehr umfangreiche, zum größten Teil amerikanische Literatur. Diese befasst sich jedoch fast ausschließlich mit den Umständen, die militärischen Innovationen zuträglich oder abträglich sind. Terriff/Osinga/Farrell und Horowitz leisten nun einen neuen Beitrag zu diesem Forschungsbereich. Beide Veröffentlichungen untersuchen erstmals die Frage, warum militärische Innovationen von anderen Staaten übernommen werden.

In der Publikation *Transformation Gap* konzentrieren sich Terriff, Osinga und Farrell auf die aktuelle Debatte und analysieren die „Transformationskluft“, die sich in den letzten Jahren zwischen dem amerikanischen und den europäischen Streitkräften aufgetan hat. In sechs Fallstudien untersuchen nationale Experten den aktuellen Stand der Transformation in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Spanien und Polen. Für jedes Land werden die treibenden und bremsenden Kräfte der Militärtransformation identifiziert. Da die europäische Literatur zur aktuellen Transformationsdebatte spärlich ist, ist diese Studie sehr zu begrüßen. Insbesondere die Untersuchung der niederländischen und polnischen Streitkräfte ist in dieser Form fast einzigartig. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass während die Rhetorik der amerikanischen Transformation innerhalb der NATO aktiv verbreitet wird, die tatsächliche Umsetzung deutlich hinter den offiziellen Visionen zurückbleibt. Nationale Faktoren erschweren in jedem der untersuchten Länder die Implementierung der Innovation. Heiko Borcherts Analyse des deutschen Falles zeigt, dass die Transformation durch die in Deutschland fehlende Vision zu Sicherheits- und Militärfragen erschwert wird. Auch fehlender politischer Wille hemmt die Erneuerung.

Während in *Transformation Gap* der Einfluss nationaler Faktoren auf den Transformationsprozess untersucht wird, studiert Horowitz die Frage, inwieweit die Charakteristika einer Innovation Einfluss auf ihr Verbreitungspotential hat. Hierfür untersucht Horowitz vier militärische Innovationen, von dem Einsatz von Flugzeugträgern zu Selbstmordterrorismus. Aus seinen Studien heraus entwickelt er die „Adoptionskapazitätstheorie“. Diese erklärt, dass die für die Innovation nötigen finanziellen sowie orga-

nisationalen Anstrengungen für ihre Implementierung ausschlaggebend sind. Je größer beide Faktoren sind, desto unwahrscheinlicher ist die Verbreitung der Transformation in anderen Ländern.

In *The Diffusion of Military Power* wird ein erfrischend neuer Ansatz verfolgt und eine überzeugende Theorie entwickelt. Lediglich die Auswahl der Fallstudien ist kritikwürdig. Die Verbreitung von Innovationen zwischen nichtstaatlichen Akteuren, wie im Falle des Selbstmordterrorismus, fügt sich nur ungelenk in die Theorie ein. Terriff, Osinga und Farrells Studie ist zu begrüßen, da die Transformationsdebatte in Europa im Hinblick auf die aktuelle amerikanische RMA stiefmütterlich behandelt wird. Im besten Fall jedoch markieren diese Arbeiten den Beginn der Untersuchung eines noch zu erschließenden Forschungsfeldes. Weitere Analysen der Verbreitung militärischer Innovationen außerhalb der Vereinigten Staaten wären wünschenswert.

Ulrike Esther Franke

Sigita Urdze, Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 280 S.

Martin Schultze, Demokratiemessung und defekte Demokratien. Osteuropas Demokratien auf dem Prüfstand, Marburg 2010 (*Tectum*), 184 S.

Die Dissertation von Sigita Urdze ist der erste Band der von Marianne Kneuer, Michèle Knodt und Michael Stoiber herausgegebenen Schriftenreihe *Demokratiestudien. Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie*. Er widmet sich den zentralen Fragen: Auf welche Art fördert die EU in den zentralasiatischen Staaten die Demokratie seit 1991 und warum fördert sie die Demokratie auf die gewählte Art? Urdze gliedert ihre Studie in vier Kapitel. Zunächst stellt sie die allgemeinen Mittel der EU-Demokratieförderung systematisch dar und diskutiert mögliche Einflussfaktoren. Anschließend skizziert sie den geringen Grad an Demokratie in den zentralasiatischen Staaten bevor sie differenziert und ausführlich die Gestaltung der externen Demokratieförderung der EU in dieser Region untersucht. Der zweite Teil der empirischen Untersuchung konzentriert sich auf die Ursachenanalyse, wobei normative, sicherheits- und wirtschaftspolitische Faktoren analysiert werden. Zahlreiche offizielle Dokumente der EU und Einzelstaaten sowie Interviews ermöglichen die fundierte Bearbeitung der Fragestellung. Das Ergebnis macht durchaus normative Gründe der Demokratieförderung sichtbar, die allerdings von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Faktoren überlagert werden. Zugleich werden Unterschiede im Umgang der EU mit den verschiedenen zentralasiatischen Staaten deutlich, die sich nicht durch normative Überlegungen erklären lassen. Das Resultat könnte präzisiert werden, wenn nicht nur eine Region untersucht, sondern eine komparative Vorgehensweise eingeschlagen würde. Hierdurch ließe sich der Einfluss der verschiedenen unabhängigen Variablen stärker kontrollieren. Dies würde auch die gleichfalls angestrebte Einschätzung der Relevanz weiterer externer Akteure ermög-

lichen. Doch auch so liefert die Studie eine kenntnisreiche Behandlung des Themas und trägt damit zur systematischen Erforschung einer Region bei, die nicht im Zentrum der deutschen Politikwissenschaft steht.

Das Buch Martin Schultzes befasst sich mit Demokratiemessung im engeren Sinne. Empirisches Referenzfeld bilden die mittel- und osteuropäischen Staaten, was der Titel nicht gänzlich anzeigt. Das zentrale Interesse beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit es möglich ist, anhand der bestehenden Datensets der Demokratiemessung Subtypen defekter Demokratien plausibel anzuzeigen bzw. die Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie systematisch auszuleuchten.

Zur Beantwortung der Frage betrachtet er mit Vanhanen, Polity 4 und Freedom House drei zentrale quantitative Ansätze der Demokratiemessung. Nach einer kompakten und kritischen Vorstellung der Konzepte entwickelt Schultze den Vorschlag einer additiven Kombination der drei Indices, die allein auf der Varianz der Regimezugehörigkeit basieren. Diese bezieht er auf die zuvor kompetent dargestellte Typologie defekter Demokratien von Wolfgang Merkel. Auf diese Weise ist er in der Lage, anhand der vorliegenden Daten die politischen Systeme in der genannten Region entsprechenden Subtypen zuzuordnen. Die Überprüfung des Ergebnisses mit den Resultaten der qualitativen Forschung zeigt eine durchaus beachtliche Übereinstimmung. Die Unterschiede können maßgeblich durch leicht divergierende Maßstäbe im Bereich der Rechtssicherung und auf die ungenaue Messung der freien und fairen Wahlen durch Vanhanen zurückgeführt werden. Für einen ersten Überblick über die Ausprägung junger Demokratien ist der innovative Vorschlag überzeugend. Ein kleiner Kritikpunkt zu dem lesenswerten Band bezieht sich auf die Verwendung der verminderten Subtypen. Leider greift der Autor auf die Idee zurück, dass diese vorliegen, wenn ein oder mehrere Merkmale eines Grundtypus fehlen würden. Wir müssten von einem hybriden Regime sprechen. Von verminderten Subtypen sollte dann gesprochen werden, wenn eines oder mehrere Merkmale eines Grundtypus nicht vollständig, aber immer noch ausreichend ausgeprägt sind.

Hans-Joachim Lauth

Franz Walter, Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010 (*edition suhrkamp*), 142 S.

Franz Walter, Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 254 S.

Franz Walter, Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010 (*transcript*), 145 S.

Einer der publizistisch produktivsten deutschen Parteienforscher hat auch 2010 mehrfach zugeschlagen. Franz Walter und seine Mitstreiter der Göttinger Arbeitsgruppe haben viel Literatur ausgewertet und sich so sprachmächtig und wortreich wie gewohnt mit zentralen Feldern der politischen Partizipation in Deutschland auseinandergesetzt.

Nicht zum ersten Mal behandelt er ausführlich die deutsche Sozialdemokratie, der enorme historische Verdienste, aber eine mehr als unsichere Zukunft bescheinigt. Im Suhrkamp-Band verortet er das Jahr 1973 als Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, wie sie zuvor ein Jahrhundert lang gewachsen war. Der „Dritte Weg“ war eine Sackgasse; Schröder und Müntefering haben eine „defekte Partei“ (S. 87) hinterlassen. Die Perspektiven für die Sozialdemokratie sind heute fragil; „verlorenes Vertrauen und erschöpfte Solidarität“ (S. 118) lassen sich nicht ohne weiteres wieder aufholen, zumal auch die benachteiligten Gruppen hochfragmentiert seien und sich kaum unter dem Dach der SPD vereinigen lassen.

Für die Zukunft will Walter sich auf Koalitionen mit den Grünen nicht ausschließlich verlassen; er sieht vielmehr Bündnisse mit Parteien links von der Sozialdemokratie in Europa und mit der Linken in Deutschland als Alternative. Hierzu passt, dass er den Begriff des Extremismus nur in Verbindung mit „neoliberale(m) Denken [...] und Entsichern“ (S. 128) verwendet.

Weniger gut lesbar ist der im VS-Verlag erschienene Band, da dieser sehr heterogene Texte, die wohl nicht alle für dieses Buch geschrieben wurden, in sich vereint. Auch hier setzt er sich mit der SPD auseinander, die er nicht mehr als Volkspartei erkennen kann, der er aber zur Rekonvaleszenz eine Führungstroika empfiehlt. In den anderen Teilen behandelt er u. a. die Spaltung des deutschen Bürgertums und die prekären Lebenswelten. Dabei findet sich die eine oder andere interessante These, so die Wiederkehr des „Mobs“ (S. 213) in die deutsche Politik, der sich vor allem in einer „Atmosphäre der Erregungseskalation“ (S. 216) weiter austoben könne.

Der im transcript-Verlag erschienene Band ist eine in sich geschlossene und gut lesbare vergleichende Studie von Liberalen und Grünen im deutschen Parteiensystem. Nach kenntnisreicher historischer Analyse der Entwicklung der FDP beschreibt er sie heute als „Partei ohne Balance“ (S. 60), der nicht nur die Exponenten rechts- oder links-liberaler Flügel, sondern auch die markanten Köpfe fehlen. Daher verwundert ihn auch der Weggang von Wählern nach der Bundestagswahl 2009 nicht, wo die FDP als Steuerersenkungspartei vor allem für Unions-Wähler attraktiv war. Walter sieht die FDP in einem Selbstfindungsprozess, der auch zu einem stärker populistischen Kurs führen könnte.

Den Grünen, der „Partei der angepassten Unangepassten“ (S. 71), bescheinigt er bessere Perspektiven. Auch sie werden kurz in ihren Wurzeln beschrieben, ausführlicher findet ihr Weg in die „neue Bürgerlichkeit“ (S. 91) Beachtung. Die von Walter betonten Probleme rot-grüner Koalitionen lassen ihn durchaus Hoffnungen in schwarz-grüne Bündnisse setzen, zumal sich die Wählerschaften von Union und Grünen kaum überschneiden. Allzu hoch will Walter seine Prognosen auf Schulterschlüsse zwischen Union und Grünen oder gar FDP und Grünen aber nicht ziehen, denn: „Besserverdienende denken nicht gleich“ (S. 125).

Gerhard Hirscher

Kommentierte Bibliographie

- Al-Mdaires, Falah Abdullah**, Islamic Extremism in Kuwait. From the Muslim Brotherhood to al-Qaeda and other Islamist political groups, London/New York 2010 (*Routledge*), 292 S. – Der Autor zeichnet die Entwicklung sowohl der schiitisch- wie der sunnitisch-islamistischen Strömungen in ihren Beziehungen zum kuwaitischen Regime wie zu internationalen jihadistischen Netzwerken nach.
- Apelt, Andreas H./Martin Gutzeit/Gerd Poppe** (Hrsg.), Die deutsche Frage in der SBZ und DDR. Deutschland-politische Vorstellungen von der Bevölkerung und Opposition 1945-1990, Berlin 2010 (*Metropol*), 287 S. – Sammelband zu einer Thematik, die immer noch die Gemüter bewegt. Unterschiedliche Positionen kommen zur Sprache.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik**, Deutsche Zweifelt – Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik, Köln 2010 (*Papy Rossa*), 255 S. – Diese Bilanz – eine Art Gegenentwurf zu den Jahresgutachten der „Fünf Weisen“ – rechnet mit der bisherigen Vereinigungspolitik, was die Wirtschaft betrifft, hart ab.
- Ash, Mitchell G.** (Hrsg.), Psychoanalyse in totalitären und autoritären Regimen, Frankfurt a. M. 2010 (*Brandes & Apsel Verlag*), 343 S. – Der Band vereint die Ergebnisse einer Tagung der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung (WPV), die sich aus interdisziplinärem Blick mit der Geschichte der Psychoanalyse beschäftigt. Das Spektrum der Beiträge umfasst theoretische Grundlagen, Psychoanalyse im Faschismus bzw. Nationalsozialismus und Kommunismus sowie in Österreich nach 1945.
- Azcona, José Manuel**, Violencia política y terrorismo de Estado en Argentina. Del totalitarismo de José Uriburu (1930) a la dictadura militar (1976-1983). Una visión bilateral, Madrid 2010 (*Biblioteca Nueva*), 253 S. – Die zeithistorische Darstellung zu den argentinischen Diktaturen bietet u. a. facettenreiche Analysen zur Ideologie und Praxis des Staatsterrorismus wie diverser linksrevolutionärer Gruppen und Guerillas (vor allem der Montoneros).
- Baasner, Frank** (Hrsg.), Migration und Integration in Europa, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 350 S. – Da das Thema Zuwanderung nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Ländern Europas an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen hat, lohnt ein Blick auf die dortige politische Debatte. In den 18 Beiträgen des Bandes werden verschiedenartige Probleme, Strategien und Potenziale von Migrations- und Integrationsfragen in elf Staaten der Europäischen Union analysiert.
- Badiou, Alain/Alain Finkielkraut**, L'Explication. Conversation avec Aude Lancelin, Paris 2010 (*Nouvelles Éditions Lignes*), 175 S. – Das Streitgespräch der beiden widersprüchlichen Geister dreht sich u. a. um die Idee des Kommunismus, die Alain Badiou gegen ihre Verwirklichungsformen verteidigt, während Alain Finkielkraut ihre totalitäre Logik hervorhebt und den real existierenden Kommunismus als ihr folgerichtigstes Ergebnis interpretiert.
- Baumann, Michael/Geoffrey Brennan/Robert E. Goodin/Nicholas Southwood** (Hrsg.), Norms and Values. The Role of Social Norms as Instruments of Value Realisation, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 368 S. – Der Sammelband umfasst 26 auf der Konferenz für „Normen und Werte“ des ZiF an der Universität Bielefeld vorgestellte Beiträge. Ziel der Darstellung ist es, einen interdisziplinären Blick auf soziale Normen als Instrumente der Wertverwirklichung zu geben und zu vertiefen.
- Bellers, Jürgen** (Hrsg.), Zur Sache Sarrazin. Wissenschaft. Medien. Materialien, Berlin 2010 (*Lit Verlag*), 219 S. – Der „Schnellschuss“ gibt einen guten Überblick zur hitzig geführten Debatte – vor allem deshalb, weil er pluralistisch angelegt ist.
- Benicke, Jens**, Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg im Brsg. 2010 (*ga ira-Verlag*), 260 S. – In dem Buch, einer Dissertation, geht es um die Rezeption der Frankfurter Schule durch die Studentenbewegung und durch die K-Gruppen. Der Autor versucht zu zeigen, dass die NS-Vergangenheit vielfach verdrängt worden ist – auch von Links(außen)gruppierungen. Die Argumentation ist nicht frei von Überspitzungen.
- Benz, Wolfgang** (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 18, Berlin 2010 (*Metropol*), 347 S. – Auch dieser Band geht über den Titel des Jahrbuches weit hinaus. Neben Antisemitismus stehen Vorurteile gegenüber Minderheiten, Rechtspopulismus und Nationalismus in Europa im Vordergrund.

Kommentierte Bibliographie

- Beyme, Klaus von**, Vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 338 S. – Die vor allem im letzten Jahrzehnt erstmals publizierten Beiträge des wohl produktivsten deutschen Politikwissenschaftlers sind zwar nicht aufeinander abgestimmt, aber sie zeichnen sich durch große Originalität aus.
- Bieberstein, Johannes Rogalla von**, „Jüdischer Bolschewismus“. Mythos & Realität, Graz 2010 (*Ares Verlag*), 312 S. – Waren Juden im Bolschewismus Täter oder Opfer der kommunistischen Diktatur? Die Autorin der neu aufgelegten Studie von 2002 kommt zu dem Ergebnis, sowohl Wahrheit als auch Legendenbildung beeinflussten das Bild kommunistischer Juden, welches nicht zuletzt für die Nationalsozialisten als Rechtfertigung ihres menschenverachtenden Antisemitismus diene.
- Black, Jeremy** (Hrsg.), Die Kriege des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 2010 (*Primus Verlag*), 288 S. – Der großformatige Titel stellt eine unkonventionelle Mischung von Sammel- und Fotobildband dar und gibt einen breiten Überblick über die Geschichte der Kriege des vergangenen Jahrhunderts. Ergänzt wird die Darstellung durch zahlreiche Infotexte sowie Graphiken zu technologischen und strategischen Aspekten moderner Kriegsführung.
- Blackman, Rodney Jay**, Foreign Fanaticism and American Constitutional Values, Durham 2010 (*Carolina Academic Press*), 470 S. – Das Buch bietet wissenschaftlich nichts Neues, versteht sich in erster Linie als Beitrag zur politischen Bildung für US-Amerikaner. Den Errungenschaften der amerikanischen Verfassung stellt der Autor die Schrecken der Französischen Revolution, des NS-Regimes, der Sowjetunion, Chinas unter Mao Tse-tung und politisch-religiöser Herrschaft in jüdischen, christlichen und islamischen Varianten gegenüber.
- Blum, Alain/Nicolas Werth** (Hrsg.), La Grande terreur en URSS, Vingtième Siècle, Nr. 107, Paris 2010 (*Presses de Sciences Po*), 253 S. – Die Themenausgabe der Zeitschrift *Vingtième Siècle* enthält neben einem Grundsatzbeitrag der Herausgeber Studien über „Justiz und institutionalisierte Gewalt“ (Gábor T. Rittersporn), die Jeschowschtschina in der Ukraine (Iouri Šapoval), „Die regionalen Funktionäre des NKWD im Angesicht der Säuberungen“ (Oleg Leibovitch), das Verhalten der Bevölkerung während des Terrors (François-Xavier Nérard), eine Auswertung von Tagebüchern und Korrespondenzen aus den Terrorjahren (Malte Griesse) sowie ein Beitrag über die Rehabilitierungen von Chruschtschow bis Gorbatschow.
- Blumenthal, W. Michael**, In achtzig Jahren um die Welt. Mein Leben, Berlin 2010 (*Propyläen*), 570 S. – Blumenthal, 1926 in Oranienburg geboren und 1938 emigriert, wurde 1997 Leiter des Jüdischen Museums in Berlin. Der Finanzminister unter Jimmy Carter schildert anschaulich sein Leben.
- Bogisch, Manfred**, Das Ende der DDR und die LDPD. Selbstbefreiung, Illusionen, Vereinnahmung, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 175 S. – Der Vertraute des LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach übt heftige Kritik an der FDP. Er hat wenig gelernt.
- Bolay, Raphael**, Erfolgreiche Linke, gescheiterte Rechte. Ursachen für die Asymmetrie des deutschen Parteiensystems, Marburg 2010 (*Tectum*), 135 S. – Die Magisterarbeit geht von dem Faktum aus, dass die „Linke“ (mit den Grünen und der früheren PDS) erfolgreich, die „Rechte“ hingegen gescheitert sei. Zu Recht wird bei der „Rechten“ auf die Last der Vergangenheit abgehoben. Die Erklärungsversuche für den Erfolg der „Linken“ sind weniger plausibel.
- Borbe, Ansgar**, Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt 2010 (*Landeszentrale für politische Bildung Thüringen*), 104 S. – In der deskriptiv angelegten Studie wird versucht, die Opferzahl entlang der Bereiche politische Tötungen, Republikflucht, Umsiedlung, medizinischer Missbrauch, Gewalt/Folter, Enteignung, Aufstiegschäden und Spionage/Bespitzelung zu quantifizieren. Kein leichtes Unterfangen, das zudem erschwert wird, da sich die meisten der verwendeten Kategorien auf unterschiedlichen Analyseebenen befinden.
- Böss-Ostendorf, Andreas/Holger Senft**, Einführung in die Hochschullehre. Ein Didaktik-Coach, Opladen 2010 (*Budrich*) 292 S. – Der interdisziplinär angelegte Band richtet sich an Hochschullehrende aller Fachrichtungen und versucht zentrale didaktische Fähigkeiten des Lernens mit Studierenden zu vermitteln.
- Boysen, Jaqueline**, Das „weiße Haus“ in Ost-Berlin. Die ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 356 S. – Die Rostocker Dissertation weist nach, dass die ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR ohne sonderlich viel Einfluss war. Die Gründe legt sie überzeugend dar.
- Brechenmacher, Thomas**, Die Bonner Republik. Politisches System und innere Entwicklung der Bundesrepublik, Berlin 2010 (*be.bra Verlag*), 206 S. – Was als Provisorium begann, hat sich über 40 Jahre hinweg zu einem Erfolgsmodell der deutschen Geschichte entwickelt. Brechenmacher erläutert in dem schmalen Band anschaulich und leicht verständlich die wechselvolle politische Entwicklung der Bonner Republik von der Ära Adenauer bis zum Mauerfall. Der politische Extremismus kommt eher am Rande vor.

- Breining, Eric (Abdul Ghaffar El Almani)**, Mein Weg nach Jannah, o. O. 2010 (*Internetpublikation*), 108 S. – Die Anfang Mai 2010 ins Internet gestellten, auf islamistischen Seiten zu Propagandazwecken verbreiteten Memoiren Eric Breiningers stammen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht allein von dem in Pakistan getöteten ehemaligen Mitglied der „Sauerland-Gruppe“, enthalten aber doch aufschlussreiche Ausführungen zum Lebensweg und zur islamistischen Radikalisierung des Saarländers.
- Bremer, Jörg**, Unheiliger Krieg im Heiligen Land, Berlin 2010 (*Nicolai Verlag*), 256 S. – Der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* analysiert so nüchtern wie klar das spannungsgeladene Zusammenleben von drei Religionen in einem Land, das in den 18 Jahren, die er dort tätig war, eine beunruhigende Veränderung erfuhr. Was bleibt, ist eine Mischung aus Sorge um die israelische Demokratie sowie um die Freiheit der Palästinenser.
- Browning, Christopher R.**, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940-1943, Darmstadt 2010 (*WBG Verlag*), 320 S. – Während die Kontroversen um *Das Amt* in Deutschland breite Wellen schlugen, blieb die einige Monate zuvor erstmals in Deutschland erschienene Studie zum Verhältnis von Auswärtigem Amt und Holocaust merkwürdig unbeobachtet, obwohl einige der zentralen Vorwürfe von Conze u. a. bereits hier ausführlich dargelegt werden.
- Bundesministerium für Inneres/Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung** (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Wien 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.bmi.gv.at>*), 105 S. – Der Bericht konzentriert sich auf gewaltorientierte extremistische und terroristische Vorgänge im Jahr 2010. Im Unterschied zu den deutschen Verfassungsschutzberichten finden auch militante Tierschützer Beachtung.
- Busek, Erhard/Björn Kühne** (Hrsg.), From Stabilisation to Integration. The Stability Pact for South Eastern Europe, 2 Bände, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 268 und 687 S. – Der Stabilitätspakt für Südosteuropa sollte nach den leidvollen Erfahrungen der jugoslawischen Kriege Frieden in der Region schaffen und Kooperationen fördern. Namhafte Autoren ziehen neun Jahre nach Gründung des Stabilitätspaktes eine Bilanz, untersuchen die Bereiche Demokratisierung, Wirtschaft und Sicherheit, ergänzt durch einen fast 700-seitigen Quellen- und Dokumententeil.
- Cardina, Miguel**, A Esquerda radical, Coimbra 2010 (*Angelus Novus*), 118 S. – Der Autor spannt einen Ariadnefaden durch das Labyrinth linksextremistischer Parteien und Gruppierungen im demokratischen Portugal.
- Chari, Anatol/Timothy Braatz**, „Untermensch“. Mein Überleben durch Glück und Privilegien, München 2010 (*Deutscher Taschenbuchverlag*), 239 S. – Eine tief bewegende Lebensgeschichte. Chari Anatol überlebt das Getto von Lodz, die Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Groß-Rosen und Bergen-Belsen. Ein Buch über das zähe und schwere Ringen um das physische Überleben – ein Kampf, begleitet von unerklärlichen Zufällen, die ihn schließlich retten. Eine andere Rettung erfolgt Jahrzehnte später. Im Erzählen seiner Geschichte sucht er Selbstbefreiung: von seelischen Verletzungen und Schuldgefühlen.
- Cheek, Timothy** (Hrsg.), A Critical Introduction to Mao, Cambridge/New York 2010 (*Cambridge University Press*), 369 S. – Anders als der Titel nahelegt bietet der Band eine Fülle tiefeschürfender Auseinandersetzungen mit der Person und Politik Maos sowie seinem heutigen Erbe innerhalb wie außerhalb der Volksrepublik China. Für die Extremismusforschung besonders interessant ist der Beitrag zum „Third World Maoism“ von Alexander C. Cook.
- Clemens, Björn**, Abendbläue. Die Typologie der Stunde Null, Mengerskirchen 2010 (*Kyffhäuser-Faksimile-Verlag*), 288 S. – Das mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Sander versehene Buch – eine Sammlung von Artikeln – ist strikt antiliberal und antidemokratisch orientiert.
- Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme** (Hrsg.), La Lutte contre le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie. Année 2008, Paris 2009 (*Bezugsadresse: http://www.cncdh.fr/IMG/pdf/rapport_racisme_antisemitisme_et_xenophobie_2008.pdf*), 258 S. – Der Bericht der Kommission im Auftrag der französischen Nationalversammlung wertet die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus betreffenden Daten des Innenministeriums, des Erziehungsministeriums und des Justizministeriums aus.
- Courtois, Stéphane**, Le Bolchevisme à la française, Paris 2010 (*Fayard*), 583 S. – Wie konnte sich eine im Kern totalitäre Partei, die Kommunistische Partei Frankreichs, so fest und dauerhaft in der politischen Kultur des Landes der Menschenrechtserklärung und der demokratischen Freiheiten verankern? Die Sammlung an verstreuter Stelle erschienener Studien zum französischen Kommunismus von seinen Anfängen bis zu seinem „Tod“ gibt fundierte Antworten auf diese Schlüsselfrage.
- Dath, Dietmar**, Rosa Luxemburg – Leben. Werk. Wirkung, Berlin 2010 (*Suhrkamp*), 160 S. – Der linke Autor sieht – zu Recht – eine enge Nähe zwischen Lenin und Luxemburg. Er sympathisiert mit den beiden.

Kommentierte Bibliographie

- Dosenrode, Søren** (Hrsg.), *Freedom of the Press. On Censorship, Self-censorship, and Press Ethics*, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 203 S. – Der Sammelband vereint 14 Beiträge von Wissenschaftlern und Journalisten, die sich mit dem Spannungsverhältnis von Pressefreiheit und Zensur in demokratischen und autokratischen politischen Systemen befassen.
- Dreckrah, Volker Friedrich** (Hrsg.), *Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des „Deutschen Herbstes“*, München 2010 (*Martin Meidenbauer Verlag*), 278 S. – Dieses Buch erörtert in einer Vielzahl von Beiträgen die Nachwirkungen des „deutschen Herbstes“. Auch hier gilt: Die einzelnen Aufsätze sind besser als das gesamte Buch. Übergreifende Perspektiven kommen zu kurz.
- Drohse, Franziska**, Vereinbarkeit gesetzlicher Öffnungsklauseln mit der Koalitionsfreiheit aus Art. 9 Abs. 3 GG, Berlin 2010 (*Duncker & Humblot*), 265 S. – Die an der Humboldt-Universität zu Berlin entstandene Dissertation untersucht die Frage, inwieweit gesetzliche Öffnungsklauseln, d.h. betriebliche Abweichungen vom Tarifvertrag ohne Zustimmung der Tarifparteien verfassungsrechtlich möglich sind. In dieser rechtswissenschaftlichen Arbeit setzt sich die ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten im Detail mit einer umstrittenen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Fragen auseinander.
- Ducoulombier, Romain**, *Camarades! La naissance du parti communiste en France*, Paris 2010 (*Perrin*), 429 S. – Auf breiter Quellenbasis rekonstruiert der Autor den Entstehungsprozess der Kommunistischen Partei Frankreichs vor der SFIO-Spaltung auf dem berühmten Kongress in Tours vom Dezember 1920. Dabei arbeitet er die spezifisch französischen Wurzeln der Parteigründung heraus, die in die Frühzeit des Ersten Weltkriegs zurückführen.
- Eatwell, Roger/Matthew J. Goodwin** (Hrsg.), *The New Extremism in 21st Century Britain*, London/New York 2010 (*Routledge*), 258 S. – In zwei getrennten Teilen behandeln die im Band versammelten Autoren den islamischen Extremismus und den parteiförmig organisierten Rechtsextremismus (British National Party), wobei sowohl das „Angebot“ der extremistischen Organisationen als auch die „Nachfrage“ in der britischen Gesellschaft beleuchtet werden.
- Ebert, Dorothea/Michael Proksch**, *Und plötzlich waren wir Verbrecher. Geschichte einer Republikflucht*, München 2010 (*Deutscher Taschenbuchverlag*), 320 S. – Das Buch behandelt das Schicksal einer Familie, deren Flucht aus der DDR scheiterte. Die anschließende Zeit des Vaters im Gefängnis, aber auch das Familienleben in einer Atmosphäre von Rechts- und Hilflosigkeit wird durch zahlreiche private und MfS-Dokumente veranschaulicht.
- Eisfeld, Reiner/Leslie A. Pal** (Hrsg.), *Political Science in Central-East Europe. Diversity and Convergence*, Op-laden/Farmington Hills 2010 (*Budrich*), 317 S. – Der Band sammelt 19 Länderporträts, welche die Entstehung und die Entwicklung der Politikwissenschaft im postkommunistischen Europa nach 1989/90 behandeln sowie aktuelle Entwicklungen und Trends der Disziplin in den jeweiligen Staaten beleuchten.
- Engelberg, Achim und Ernst**, *Die Bismarcks. Ein preußische Familiensaga vom Mittelalter bis heute*, München 2010 (*Siedler*), 382 S. – Ein vorzügliches Buch, das letzte des im Dezember 2010 verstorbenen Bismarck-Biografen Ernst Engelberg. Der über die DDR hinaus renommierte Historiker hatte wissenschaftlich für frischen Wind gesorgt, der ostdeutschen Historikerkunft Anstoß zu einer neuen Denkart gegeben. Für Geschichtsinteressierte ist das Werk ein Genuss, das in zehn chronologisch aufgebauten sowie spannend geschriebenen Kapiteln durch die Familienchronik führt. Die lebendig erzählte Familiensaga bietet zudem wie nebenbei einen Streifzug durch die politische und kulturelle Geschichte.
- Etzemüller, Thomas**, *Die Romantik der Rationalität. Alva & Gunnar Myrdal – Social Engineering in Schweden*, Bielefeld 2010 (*transcript*), 499 S. – Dieses Stück biografischer Intellectual History leuchtet mittels der Lebenswege Alva und Gunnar Myrdals Fragen des „social engineering“ als Bestandteil des Ordnungsdenken im 20. Jahrhundert aus. Die klar strukturierte Studie ist ein lesenswerter Beitrag zur Diskussion um Ambivalenzen der Moderne.
- European Union Agency for Fundamental Rights** (Hrsg.), *Anti-Semitism. Summary Overview of the Situation in the European Union 2001-2009*, Wien 2010 (*Bezugsadresse: http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Antisemitism_Update_2010.pdf*), 31 S. – Der Bericht trägt die von den nationalen Regierungen wie von NGOs erhobenen statistischen Daten und sonstigen Informationen zur Entwicklung des Antisemitismus in den EU-Mitgliedsstaaten zusammen.
- European Union Agency for Fundamental Rights** (Hrsg.), *Racism, Ethnic Discrimination and Exclusion of Migrants and Minorities in Sport: the Situation in the European Union*, Wien 2010 (*Bezugsadresse: http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Report-racism-sport_EN.pdf*), 60 S. – Die Lageanalyse erfasst sowohl die Situation auf europäischer Ebene als auch die in den Mitgliedsstaaten.

- Europol** (Hrsg.), TE-SAT 2010. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.europol.europa.eu>*), 56 S. – Auf der Grundlage von Polizeidaten vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr 2009. Gegenstand des Berichts sind folgende Bereiche: islamist terrorism, ethno-nationalist and separatist terrorism, left-wing and anarchist terrorism, right-wing terrorism, single-issue terrorism.
- Faerber-Husemann, Renate**, Der Querdenker. Erhard Eppler – Eine Biografie, Bonn 2010 (*Verlag J.H.W. Dietz Nachf.*), 294 S. – In dieser Biographie schimmert große Sympathie mit dem SPD-Politiker Eppler durch, der eher den Grünen nahestand als Kanzler Helmut Schmidt.
- Finchelstein, Federico**, Transatlantic Fascism. Ideology, Violence, and the Sacred in Argentina and Italy, 1919-1945, Durham/London 2010 (*Duke University Press*), 330 S. – Der Autor zeichnet auf breiter Quellengrundlage die Einflussbemühungen des italienischen Faschismus in Argentinien nach und zeigt, dass die argentinischen „nacionalistas“ das italienische Vorbild selektiv und durchaus eigenständig übernehmen.
- Flierl, Thomas** (Hrsg.), Vordenker. André Brie zum 60. Geburtstag, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 143 S. – André Brie ist innerhalb der Partei Die Linke eher ein Außenseiter, ein Pragmatiker. Damit erklärt sich auch, dass sich an dieser Festschrift nicht nur Repräsentanten der Partei beteiligt haben.
- Franzen, K. Erik**, Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954-1974, München 2010 (*Oldenbourg Verlag*), 520 S. – Die Unterstützung der Sudetendeutschen durch die bayerische Regierung in der Zeit von 1954 bis 1974 gilt bis heute als Vorzeigebispiel der vorbehaltlosen Integration von Vertriebenen durch die Bundesrepublik. Franzen zeigt in seinem umfassenden Werk aber auch, dass die institutionalisierten Beziehungen komplexer waren, als sie auf den ersten Blick erscheinen.
- Freedom House** (Hrsg.), Freedom in the World 2010. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties, New York/Washington D.C. 2010 (*Rowman & Littlefield*), 900 S. – Der Jahresbericht vermittelt ein umfassendes Bild zum Stand politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten auf fünf Kontinenten.
- Fuhrer, Armin**, Christian Wulff. Die Biografie, 2. Aufl., München 2010 (*Olzog*), 272 S. – Der *Focus*-Redakteur aktualisiert seine (Positiv-)Darstellung holzschnittartig um den „Sprint ins Schloss Bellevue“. Wer Neues zu Wulffs Kandidatur und Wahl zum deutschen Bundespräsidenten erwartet, wird enttäuscht.
- Fulda, Daniel/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden** (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010 (*Wallstein Verlag*), 389 S. – Wie konnten die Deutschen nach der ultimativen Katastrophe zu privater Normalität übergehen? Der heterogene Band versammelt 14 Beiträge, die sich auf individueller Ebene mit dem häufig vernachlässigten Übergang der deutschen Bevölkerung vom totalitären Kriegs- zum demokratischen Normalzustand beschäftigen.
- Funk, Albert**, Kleine Geschichte des Föderalismus. Vom Fürstenbund zur Bundesrepublik, Paderborn 2010 (*Schöningh*), 409 S. – Nach einer einleitenden begrifflichen Auseinandersetzung bietet das Buch eine lehrreiche Entwicklungsgeschichte des deutschen Föderalismus – von den mittelalterlichen Wurzeln der Bundesstaatlichkeit bis zu den halbherzigen Föderalismusreformen der Jahre 2006 und 2008. Wer den deutschen Föderalismus verstehen will, dem ist mit dieser gut verständlichen Arbeit aus journalistischer Feder geholfen.
- Gabriel, Oscar W./Fritz Plasser** (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 304 S. – Ziel des Bandes ist, die Veränderungen der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen in den drei Staaten in den vergangenen 20 Jahren zu analysieren. Die umfassenden Länderstudien werden von einem konzeptionell-einführenden und einem vergleichenden Beitrag eingerahmt.
- Garton Ash, Timothy**, Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000-2010, München/Wien 2010 (*Carl Hanser*), 491 S. – Der britische Wissenschaftler und Publizist lässt das letzte Jahrzehnt in verschiedenen Essays Revue passieren. Garton Ash verfügt über eine eingängige Formulierungskunst.
- Gehler, Michael** (Hrsg.), Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 509 S. – Der Titel gibt einen anschaulichen Überblick der jüngsten deutschen Geschichte. Sowohl die Geschichte der DDR und die der Bonner Republik als auch das wiedervereinte Deutschland werden entlang innen- und außenpolitischer sowie gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Faktoren beleuchtet. Damit kommt immer wieder der politische Extremismus zur Sprache. Das vereinigte Deutschland gilt als dritte deutsche Republik.
- Geißler, Rainer**, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 6. Aufl., Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 428 S. – Die aktualisierte Neuauflage des Standardwerks präsentiert in gewohnt faktenreicher Form die Entwicklung der deutschen Sozialstruktur vor und nach der Wiedervereinigung sowie mögliche Perspektiven des sozialen Wandels in Deutschland.

Kommentierte Bibliographie

- General Intelligence and Security Service** (Hrsg.), Annual Report 2009, Den Haag 2010 (*Bezugsadresse: <https://www.aivd.nl/>*), 68 S. – Der englische Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert u. a. über verschiedene Formen des Terrorismus (Schwerpunkt: Jihadismus), Radikalisierungsprozesse (insbesondere zum Islamismus), Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie Tierrechtsextremismus.
- Gerlach, Irene u. a.** (Hrsg.), Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 559 S. – Der in der Reihe von Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft erschienene State-of-the-Art-Band vereint 25 Beiträge namhafter deutscher Politikwissenschaftler entlang der thematischen Verteilung in übergreifende Themen, vergleichende Regierungslehre/Innenpolitik, Internationale Beziehungen und politische Theorie/Methodik.
- Goschler, Constantin/Rüdiger Graf**, Europäische Zeitgeschichte seit 1945, Berlin 2010 (*Akademie Verlag*), 256 S. – Diese Einführung vermittelt einen guten Überblick zu zentralen Themenfeldern der Nachkriegsgeschichte bis in die allerneueste Zeit hinein. Der Band changiert zwischen europäischer Zeitgeschichte und Zeitgeschichte Europas (als vergleichende Nationalgeschichte).
- Greiner, Bernd/Christian Th. Müller/Claudia Weber** (Hrsg.), Ökonomie im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Bd. 4, Hamburg 2010 (*Hamburger Edition*), 528 S. – Der Kalte Krieg war nicht zuletzt ein Wirtschaftskrieg. Ost und West gaben Milliarden aus, um in der Rüstung die Oberhand zu behalten. 25 Autoren diskutieren zentrale ökonomische Fragen des Kalten Krieges in Ost, West sowie in einer Reihe von Entwicklungsländern.
- Groen, Janny/Annieke Kranenberg**, Women Warriors for Allah. An Islamist Network in the Netherlands, Philadelphia/Oxford 2010 (*University of Philadelphia Press*), 269 S. – Die für die niederländische Zeitung *De Volkskrant* tätigen Journalisten beleuchten in ihren Reportagen die (teils aktive) Rolle junger muslimischer Frauen im Umkreis des – durch den Mord an dem Filmregisseur Theo van Gogh bekannt gewordenen – Hofstad-Netzwerks bei Radikalisierungsprozessen innerhalb der jihadistischen Szene der Niederlande.
- Groh, Kathrin**, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010 (*Mohr Siebeck*), 648 S. – Die Bielefelder rechtshistorische Habilitationsschrift erörtert ausführlich das Staats- und Demokratiedenken der Staatsrechtslehrer Hugo Preuß, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Hans Kelsen sowie Hermann Heller. Obgleich die Weimarer Republik bekanntlich scheiterte, präsentierten die Rechtslehren dieser Denker zum Teil zukunftsweisende Überlegungen zur Verknüpfung von politischem Pluralismus, demokratischer Republik und Verfassungsstaatlichkeit. Besonders lobenswert: Diese rechtswissenschaftliche Studie verharrt nicht nur bei der Theorie, sondern konfrontiert diese auch mit der Weimarer Realverfassung.
- Gröschner, Rolf/Wolfgang Reinhard** (Hrsg.), Tage der Revolution – Feste der Nation, Tübingen 2010 (*Mohr Siebeck*), 297 S. – Der Sammelband vereint 14 Beiträge, die das Verhältnis von „Tagen der Revolution“ und den „Festen der Nation“ untersuchen. Dabei werden von der Antike bis zum Jahrestag der Maueröffnung 2009 revolutionsgeschichtliche Fragestellungen mit Fragen nationaler Feste und Feiertage verbunden.
- Grünbaum, Robert**, Deutsche Einheit. Ein Überblick 1945 bis heute, 2. Aufl., Berlin 2010 (*Metropol*), 206 S. – Die Neuauflage des Standardwerks zur Deutschen Einheit bietet einen gelungenen Überblick über die Geschehnisse 1989/90, der vor allem bei dem Kapitel „Das wiedervereinigte Deutschland“ (innere Einheit, Deutschland und Europa) stark aktualisiert und erweitert wurde.
- Gruner, Wolf/Jörg Osterloh** (Hrsg.), Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten, Frankfurt a. M. 2010 (*Campus*), 440 S. – Der Band vereint zwölf systematisch angelegte Einzelfallstudien zur antijüdischen Politik an den Reichsgrenzen des NS-Staates. Ergänzt wird die Darstellung um einen wertvollen Forschungsüberblick, die vergleichende Perspektive bleibt dagegen (leider) unberücksichtigt.
- Hafez, Kai**, Radicalism and Political Reform in the Islamic and Western Worlds, Cambridge/New York 2010 (*Cambridge University Press*), 253 S. – Der in Erfurt lehrende Kommunikations- und Islamwissenschaftler bürstet insofern gegen den Strich in der Auseinandersetzung mit dem politischen Islam, als er die nicht-intendierte Modernität des islamischen Fundamentalismus und dessen positiven Einfluss auf Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse (etwa in der Türkei und in Teilen Südasiens) hervorhebt.
- Hartwig, Dieter**, Großadmiral Dönitz. Legende und Wirklichkeit, Paderborn 2010 (*Schöningh*), 435 S. – Ein sorgfältig recherchiertes und detailliertes Buch über eine Persönlichkeit, die stark polarisierte, das Porträt eines politisierenden Großadmirals, mit dessen Rolle sich nicht nur die Bundesmarine lange Zeit schwer tat.
- Harvey, Elizabeth**, „Der Osten braucht dich!“. Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik, Hamburg 2010 (*Hamburger Edition*), 479 S. – Die 2003 im Original (*Woman and the Nazi East*) und nun in deutscher

Literatur

- Erstauflage erschienene Darstellung untersucht die Rolle der Frauen in der deutschen Besatzungspolitik. Vor allem die häufig unterschätzte Rolle der Frauen im NS-System wird von der Autorin klar zur Sprache gebracht.
- Hegghammer, Thomas**, Jihad in Saudi Arabia. Violence and Pan-Islamism since 1979, Cambridge/New York 2010 (*Cambridge University Press*), 290 S. – Der Autor hat intensive Feldforschung in Saudi-Arabien betrieben und zahlreiche arabische Quellen ausgewertet. So ist ein kenntnisreiches Porträt des Wirkens Al-Qaidas im Land der Heiligen Stätten entstanden, das nüchtern Gefahren beleuchtet, aber auch die Einflussgrenzen des Netzwerkes aufzeigt.
- Herbst, Ludolf**, Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias, Frankfurt a. M. 2010 (*S. Fischer Verlag*), 330 S. – Der Autor hält Hitlers angebliches Charisma für eine Legende der NS-Propaganda. Nie zuvor in der Geschichte habe man die Möglichkeiten der Massenmobilisierung und Manipulation so gut beherrscht wie im Nationalsozialismus. Vor allem deswegen erreichte das geschaffene Hitler-Bild bei vielen Anhängern des Systems nahezu gottesgleiche Verehrung.
- Hitzer, Bettina/Thomas Welskopp** (Hrsg.), Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen, Bielefeld 2010 (*transcript*), 461 S. – Der Band liefert einen hervorragenden Überblick über die Positionen der Gesellschaftsgeschichte Bielefelder Provenienz (am Rande auch der Koselleckschen Begriffsgeschichte) – vor allem während der siebziger und achtziger Jahre. Aus den wiederabgedruckten zentralen Texten lässt sich die Heftigkeit der damaligen Grundsatzdebatte um den „richtigen“ Zugang zur Geschichte gut nachvollziehen.
- Hofmann, Birgit** u. a. (Hrsg.), Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven, Heidelberg 2010 (*Universitätsverlag Winter*), 353 S. – Der Sammelband bietet Beiträge zur Totalitarismus- und zur Vergangenheitsbewältigungsdebatte. Die Erinnerungskultur in den Staaten fällt höchst unterschiedlich aus.
- Hopp, Gerhard/Martin Sebaldt/Benjamin Zeitler** (Hrsg.), Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 590 S. – Der Sammelband vereint 29 Beiträge zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Christsozialen. Schwerpunkte der Darstellung sind die bayerische Verbändelandschaft, die Programmatik, Machttekonik und Führung der CSU sowie der Wahlkampf und die Regierungspraxis der Partei.
- Horvay, Rita**, Politische Gefangenschaft in der DDR. Eine familienbiographische Studie zum Erinnern, Marburg 2010 (*Tectum*), 318 S. – Die Dissertation behandelt Biografien und Erinnerungsdiskurse politischer Häftlinge von 1976 bis 1989. Im Mittelpunkt der Studie steht die Ver- und Aufarbeitung der Inhaftierungen vor unterschiedlichen politischen und sozialen Hintergründen.
- Human Rights Watch** (Hrsg.), World Report 2010, New York 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.hrw.org/world-report-2010>*), 612 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2009).
- Hürter, Johannes/Gian Enrico Rusconi** (Hrsg.), Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969-1982, München 2010 (*Oldenbourg*), 128 S. – Der schmale Band in der Reihe „Zeitgeschichte im Gespräch“ vermittelt einen guten Eindruck vom Stand der Forschung zum Linksterrorismus der 1970er Jahre in Deutschland und Italien. Einen Schwerpunkt bilden dabei die staatlichen und öffentlichen Reaktionen auf terroristische Gewalt.
- Ismayr, Wolfgang** (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Aufl., Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 1187 S. – Die aktualisierte Neuauflage des als Hand- und Lehrbuch konzipierten Standardwerks vereint 22 Länderporträts der politischen Systeme Osteuropas sowie einen vergleichenden Beitrag des Herausgebers. Systematisch werden zentrale Politikbereiche behandelt, u. a. Verfassungsfragen, Staatsoberhäupter, Regierungen, Parlamente, Wahlen, Parteien, Interessengruppen, Medien und die politische Kultur der Länder.
- Jesse, Eckhard**, Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 280 S. – Die vier großen Systemwechsel in Deutschland werden analysiert und miteinander in Beziehung gesetzt.
- Karner, Stefan/Philipp Lesiak/Heinrich Strods** (Hrsg.), Österreichische Juden in Lettland. Flucht – Asyl – Internierung, Innsbruck 2010 (*Studienverlag Innsbruck*), 286 S. – Der Band schildert in neun Beiträgen das Schicksal 365 österreichischer Juden, die nach dem „Anschluss“ Österreichs ihr Glück in Lettland versuchten. Doch der Flucht folgte erneute Unterdrückung im Baltikum und nach dem Einmarsch der Wehrmacht in der Sowjetunion häufig die Internierung in Sibirien und Kasachstan.

- König, Jens Christian**, Politische Kultur in den USA und Deutschland. Nationale Identität am Anfang des 21. Jahrhunderts, Berlin 2010 (*Logos Verlag*), 670 S. – Die an der RWTH Aachen entstandene Dissertation vergleicht systematisch Elemente der politischen Kultur in beiden Staaten. Symbolische Politik wird dabei deutlich umfangreicher gewürdigt als Fragen zur Akzeptanz oder zum Funktionieren der Demokratien. Regionale Aspekte (z. B. Ost-West) spielen nur eine untergeordnete Rolle.
- Kooperative Berlin** (Hrsg.), Revolution und Einheit. Schlaglichter einer Zeitenwende, Berlin 2010 (*Metropol*), 224 S. – Der großformatige Band vereint Essays, Erzählungen und Interviews mit Zeitzeugen und Protagonisten der friedlichen Revolution. Die beiliegende DVD und zahlreiche Fotografien illustrieren anschaulich die historische Dimension des Systemwechsels 1989/90.
- Kopper, Christopher**, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2010 (*Deutscher Taschenbuchverlag*), 432 S. – Eine vortrefflich recherchierte und faktenreiche Arbeit über eine der widersprüchlichsten Persönlichkeiten im 20. Jahrhundert. Das Porträt des begabten und von sich überzeugten Bankiers zeichnet dessen Karriere ab der Weimarer Republik, schildert spannend sein Wirken für den NS-Staat und die Rüstungsfinanzierung – bis er in Ungnade fällt. Schacht unterliegt dem schweren Irrtum, er könne Hitler jederzeit kontrollieren, wenn er angesichts dessen übermäßiger Verschuldung den Geldfluss stoppe.
- Kost, Andreas/Hans-Georg Wehling** (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 413 S. – Der Sammelband gibt einen Überblick über die Ausgestaltung des Kommunalverfassungsrechts in den Bundesländern und systematisiert in drei Themenartikeln die Schlüsselbereiche der Kommunalen Selbstverwaltung (Rat und Bürgermeister, kommunale Finanzen und Elemente der direkten Demokratie). Die aktualisierte Neuauflage überzeugt durch fundierte Beiträge und sollte Pflichtlektüre jedes Landes- und Kommunalpolitikers sein.
- Kunze, Thomas/Thomas Vogel** (Hrsg.), Ostalgie international. Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 255 S. – Dass mit der Wiedervereinigung zwar der sozialistische deutsche Teilstaat verschwand, aber nicht alles, was einst „Made in GDR“ war, schildert der Band über Alltagserfahrungen mit der DDR im einst befreundeten wie verfeindeten Ausland.
- Lammert, Norbert**, Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 20 Blicke auf unser Land, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 217 S. – In kurzen Essays behandelt der deutsche Bundestagspräsident zentrale gesellschaftliche Fragen des Landes. Das breite Themenspektrum reicht von zeithistorischen Debatten über Grundsatzfragen zur inneren Einheit und zu Europa bis hin zu aktuellen politischen Themen wie direkter Demokratie, Folgen der Globalisierung, Terrorismus und Patriotismus.
- Land Brandenburg/Ministerium des Innern** (Hrsg.), Schwarze Blöcke rechts und links. Autonome Extremisten auf Gewaltkurs. Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes am 24. Juni 2010 in Potsdam, Potsdam 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de>*), 93 S. – Die Referate von Verfassungsschützern und Wissenschaftlern bieten eine erste, zum Vergleich anregende Bilanz des „autonomen“ Links- und Rechts-extremismus.
- Lange, Dirk/Ayca Polat** (Hrsg.), Migration und Alltag. Unsere Wirklichkeit ist anders, Schwalbach 2010 (*Wochenschau Verlag*), 352 S. – Mit weitläufigen Fragen zur Migration in Deutschland setzt sich der erste Band der neuen Reihe „Perspektiven politischer Bildung“ auseinander. In 30 Beiträgen melden sich zu diesem Thema, Vertreter aus Politik, Medien, Kultur und aus der Wissenschaft zu Wort. Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Autoren entstand ein Sammelband mit essayistischen, journalistischen sowie wissenschaftlichen Beiträgen, die gemeinsam die Entwicklungen der Einwanderungspolitik der letzten Jahre kritisch bilanzieren und Empfehlungen für die Zukunft aussprechen.
- Lebourg, Nicolas**, Le monde vu de la plus extrême droite. Du fascisme au nationalisme-révolutionnaire, Perpignan 2010 (*Presses Universitaires de Perpignan*), 261 S. – U. a. auf der Grundlage von Archivdokumenten französischer extremistischer Gruppierungen und von nachrichtendienstlichen Berichten entfaltet der Autor ein breitgefächertes Panorama nationalrevolutionärer Gruppierungen und ihrer Internationalisierungsbemühungen auf europäischer Ebene.
- Lehnert, Erik/Karlheinz Weißmann** (Hrsg.), Staatspolitisches Handbuch, Bd. 2: Schlüsselwerke, Schnellroda 2010 (*Edition Antaios*), 263 S. – Nach den „Leitbegriffen“ (2009) und vor den „Vordenkern“ (2011) sind die „Schlüsselwerke“ das mittlere Werk. Sie „versammeln die Bücher und Texte, die [...] das geistige Rüstzeug bieten, mit dem Konservative im alltäglichen Kampf der Weltanschauungen bestehen kann“.
- Leiß, Olaf** (Hrsg.), Die Beziehungen der Europäischen Union mit Südosteuropa. Frieden – Sicherheit – Integration, Berlin 2010 (*Logos Verlag*), 267 S. – Die Beiträge beleuchten die Systemtransformation in den früheren

jugoslawischen Staaten, die Europastrategien der Länder sowie die Chancen und Risiken einer Europäisierung des Balkanraums.

- Lewis, Ben**, Das komische Manifest. Kommunismus und Satire von 1917 bis 1989, München 2010 (*Karl Blessing Verlag*), 460 S. – Die deutsche Erstauflage der 2008 im englischen Original erschienenen Dokumentation gibt vielfältige Einblicke in die Bedeutung und das Wesen des Humors in sozialistischen Diktaturen. Die lockere journalistische Darstellung wird in amüsanten Weise mit zahlreichen politischen und gesellschaftskritischen Witzen aus den verschiedenen Ostblockstaaten illustriert.
- Lipp, Karlheinz/Reinhold Lütgemeier-Davin/Holger Nehring** (Hrsg.), Frieden und Friedensbewegung in Deutschland 1892-1992. Ein Lesebuch, Essen 2010 (*Klartext Verlag*), 429 S. – Der Sammelband gibt einen Überblick zur Geschichte des Friedens und der Friedensbewegung in Deutschland. Facettenreich wird die Entwicklung des Friedens vom späten 19. Jahrhundert über das Dritte Reich bis hin zur Wiedervereinigung dokumentiert.
- Maass, Sebastian**, Kämpfer um ein drittes Reich. Arthur Moeller van den Bruck und sein Kreis, Kiel 2010 (*Regin-Verlag*), 174 S. – Die Studie widmet sich dem Schaffen von Arthur Moeller van den Bruck, einem Vordenker der „Konservativen Revolutionäre“, und seinen Nachfahren. Das Vorwort stammt von Alain de Benoist.
- Maier, Hans**, Die Deutschen und ihre Geschichte, München 2010 (*C.H. Beck*), 388 S. – Dies ist der letzte Band der „Gesammelten Schriften“ von Hans Maier. Der Autor, der 2011 80 Jahre alt geworden ist, zählt zu den Politikwissenschaftlern, die ideengeschichtlich orientiert sind.
- Mayer, Michael**, Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und „Judenpolitik“ in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich, München 2010 (*R. Oldenbourg Verlag*), 479 S. – Die Dissertation untersucht Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Verfolgung und Vernichtung europäischer Juden in Deutschland und Frankreich. Der systematische Vergleich differenziert dabei sowohl Phasen (Vorkriegs- und Kriegszeit) als auch Bereiche (Bürokratie, Kirchen, Justiz) der Vernichtungspolitik in beiden Staaten.
- Mende, Susann**, Kompetenzverlust der Landesparlamente im Bereich der Gesetzgebung. Eine empirische Analyse am Beispiel des Sächsischen Landtages, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 415 S. – Anhand einer Dokumentenanalyse, einer Abgeordnetenbefragung und zahlreicher Experteninterviews zeigt die Autorin nicht nur die (vorrangig bundespolitisch verursachte) „Machtaushöhlung der Gesetzgebung auf Landesebene“ auf, sondern ermöglicht auch gleichsam einen Einblick in die zuweilen recht eigentümliche, mitunter realitätsferne Kompetenzwahrnehmung der sächsischen Mandatsträger.
- Mergel, Thomas**, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen 2010 (*Wallstein Verlag*), 415 S. – Die geschichtswissenschaftliche, einem kulturhistorischen Ansatz folgende Studie konstruiert die bundesdeutsche Wahlkampfgeschichte anhand einzelner, chronologisch gehaltener Analyseeinheiten, wie z. B. der personellen Inszenierung oder der sprachlichen und bildlichen Wahlkampfdarstellung. Die gewichtige Arbeit mit ihrem (zu) reißerischen Titel besticht durch Faktenreichtum und eine lebendig-episodenhafte Erzählweise. Für die deutschen Wahlkämpfe galt bald: Bonn ist nicht Weimar.
- Metz, Karl Heinz**, Geschichte der Gewalt. Krieg – Revolution – Terror, Darmstadt 2010 (*Primus Verlag*), 320 S. – Die Überblicksdarstellung untersucht einerseits die Ursprünge von Gewalt in der Antike und im Mittelalter, andererseits verschiedene Formen von Gewalt in modernen bzw. postmodernen Gesellschaften. Hier widmet sich der Autor vor allem dem Terrorismus als der zentralen Gewaltform des 21. Jahrhunderts.
- Meyer, Henrik**, Hamas und Hizbollah. Eine Analyse ihres Politischen Denkens, Berlin 2010 (*Lit Verlag*), 233 S. – Hamas und Hizbollah bedienen sich islamistischer Quellen, unterscheiden sich aber voneinander. Die Analyse einschlägiger Texte ist weiterführend.
- Michel, Judith**, Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933-1992, Göttingen 2010 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 564 S. – Die Autorin versucht den Nachweis zu führen, dass Willy Brandt ein prinzipieller Anhänger Amerikas war, kein „Wanderer zwischen den Welten“.
- Ministry of the Interior of the Czech Republic** (Hrsg.), Strategy for Combating Extremism in 2009, Prag 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.mvcr.cz>*), 140 S. – Der Bericht vermittelt eine Lageanalyse zur Situation des politischen Extremismus und informiert ausführlich über die Gegenmaßnahmen der Sicherheitsbehörden.
- Mishra, Robin** (Hrsg.), Angela Merkel. Machtorte. Die Standpunkte einer Kanzlerin, Freiburg im Brsg. 2010 (*Herder*), 240 S. – Der wohlmeinende Band versammelt in elf Themenkomplexen 41 ältere und jüngere Reden Angela Merkels, etwa ihre Vorstellung auf dem Dresdner CDU-Parteitag am 15. Dezember 1991 oder ihre Festrede zum Jubiläum des Deutschen Atomforums am 1. Juli 2009 – oft Worte wie Schall und Rauch.

Kommentierte Bibliographie

- Mittag, Jürgen/Janosch Steuer,** Politische Parteien in der EU, Wien 2010 (*UTB*), 314 S. – Die Autoren vermitteln einen systematischen Einblick in die drei grundlegenden Handlungsebenen des europäischen Parteienwettbewerbs: politische Parteien auf europäischer Ebene, Fraktionen des Europäischen Parlaments und europäisierte nationale Parteien. Innerhalb des komplexen Gefüges der verschiedenen Parteiakteure gehen sie auf die Potenziale wie auf die Grenzen der transnationalen Zusammenarbeit ein.
- Mohr, Markus/Hartmut Rübner,** Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit“, München 2010 (*Unrast Verlag*), 288 S. – Der politisch motivierte Band übt heftige Kritik an der Extremismus-theorie, aber keine fundierte.
- Müller, Jan-Werner,** Verfassungspatriotismus, Berlin 2010 (*edition suhrkamp*), 155 S. – Der Autor stellt überzeugend den ideengeschichtlichen Kontext und die Debatte um den Begriff Verfassungspatriotismus dar. Müller interpretiert das Konzept in Theorie und Praxis sowie für unterschiedliche politische Richtungen und beseitigt damit viele Missverständnisse.
- Müller, Markus M./Roland Sturm,** Wirtschaftspolitik kompakt, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 259 S. – Eine gut verständliche, da methodisch qualitativ gehaltene Einführung für Sozialwissenschaftler, die nicht nur im Bereich „Konzepte, Ziele und Ansätze in der Wirtschaftspolitik“ eine Erweiterung verdient hat.
- Müller-Heidelberg, Till u. a. (Hrsg.),** Grundrechte-Report 2010. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Frankfurt a. M. 2010 (*Fischer Taschenbuch Verlag*) 280 S. – Der jährliche Report zieht in seinem 14. Erscheinungsjahr mit 53 Beiträgen kritisch Bilanz zum Zustand der Grundrechte in Deutschland. Mit zahlreichen Beispielen untermauert der Report die These, dass nach wie vor die meisten Eingriffe in die Grundrechte von Maßnahmen der Exekutive ausgehen. Mit Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden extritoriale Grundrechtsverletzungen thematisiert.
- National Counterterrorism Center (Hrsg.),** 2009 Report on Terrorism, Washington D.C. 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.nctc.gov>*), 80 S. – Der Bericht versorgt die US-Regierung mit statistischen Zahlen zu terroristischen Anschlägen weltweit.
- Negt, Oskar,** Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010 (*Steidl Verlag*), 585 S. – Nach Aussage des Autors ist Demokratie die einzig politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die jeden Tag neu erlernt werden muss. Negt sucht in seinem Buch nach Antworten, warum Individuen unter bestimmten Bedingungen ihren politischen Verstand verlieren und warum andere unter teils schwierigeren Umständen politische Urteilskraft zeigen.
- Neumann, Boaz,** Die Weltanschauung des Nazismus. Raum – Körper – Sprache, Göttingen 2010 (*Wallstein Verlag*), 269 S. – Der israelische Historiker kontrastiert paradigmatisch zwischen „Ariern“ und „Juden“, wobei er dem deutschen „Lebensraum“ und der Propagandasprache das „Lagerdeutsche“ und der Welt des Lebens die des Todes gegenüberstellt. Neumann kommt zu dem radikalen Ergebnis, dass „der“ Jude nicht das etwaige Objekt einer Tötung war, da er aus nationalsozialistischem Blickwinkel nie als dem Leben zugehörig verstanden wurde.
- Nohlen, Dieter/Philip Stöver (Hrsg.),** Elections in Europe. A Data Handbook, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 2070 S. – Der direkt nach Erscheinen zum Standardwerk der Wahlforschung avancierte Band beinhaltet neben zwei einführenden Texten der Herausgeber 45 Länderbeiträge über Wahlen in allen europäischen Staaten. Vor allem zahlreiche Tabellen und Abbildungen, die sämtliche Wahlergebnisse auf nationaler Ebene und unter kompetitiven wie nichtkompetitiven Bedingungen erfassen, machen das Buch zum unverzichtbaren Nachschlagewerk – nicht nur für Wahlforscher.
- OSCE/ODIHR (Hrsg.),** Hate Crimes in the OSCE Region – Incidents and Responses, Warschau 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.osce.org/odihr/73636>*), 153 S. – Der Bericht dokumentiert und analysiert umfassend die in den OSZE-Mitgliedstaaten erfassten Fälle von Hassverbrechen, insbesondere gegen Angehörige ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten. Die Validität der Daten steht und fällt mit der Berichtspraxis der Staaten. Von Mitgliedern etwa wie Weißrussland oder Aserbaidschan darf nicht allzu viel erwartet werden.
- Ottmann, Henning,** Geschichte des politischen Denkens, Bd. 4: Das 20. Jahrhundert. Teilbd. 1: Der Totalitarismus und seine Überwindung, Stuttgart/Weimar 2010 (*Verlag J.B. Metzler*), 540 S. – Dieser neue Band des profilierten politischen Theoretikers präsentiert neuartige Erkenntnisse zu einem oft vernachlässigten Thema.
- Pankowski, Rafal,** The Populist Radical Right in Poland. The Patriots, London/New York 2010 (*Routledge*), 258 S. – Eingebettet in eine historische Analyse politisch-ideologischer Prägefaktoren präkommunistischer wie kommunistischer Provenienz analysiert der Autor Politikverständnis und politische Praxis der Parteien Liga der „Polnischen Familien“ (LPR), „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) und „Recht und Gerechtigkeit“ vor und während der kurzen Periode ihrer gemeinsamen Regierungstätigkeit (2006/7).

- Patenaude, Bertrand M.**, Trotzki. Der verrätene Revolutionär, Berlin 2010 (*Propyläen*), 431 S. – Die Biographie ist auf die letzten Jahre Trotzki in Mexiko fokussiert. Trotzki wird vielfach unkritisch gesehen.
- Pollack, Detlef/Jan Wielgohs** (Hrsg.), Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmittel-europäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 310 S. – In den Aufsätzen wird stark die unterschiedliche Rolle der kommunistischen Eliten hervorgehoben. Die oppositionellen Kräfte waren in vielfacher Hinsicht Profiteure des Streits innerhalb der kommunistischen Parteien.
- Poller, Horst**, Mehr Freiheit statt mehr Sozialismus. Wie konservative Politik die Krisen bewältigt, die sozialistisches Wunschenken schafft, München 2010 (*Horst Poller Verlag*), 249 S. – Pollers Arbeit ist in sechs mehr oder weniger voneinander unabhängige Teile gegliedert: Er beginnt mit der fragmentarischen Darstellung vergangener Wirtschaftskrisen. Darauf studiert er konservative Politik als Rettungsanker in Krisenzeiten anhand der Akteure Ludwig Erhard, Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Es folgt ein lesenswerter Überblick über die Ideengeschichte der Politik (Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus) vor dem Versuch, die Grundzüge von konservativer Politik zu beschreiben. Abschließend nennt der Autor mögliche Handlungsoptionen zur Krisenbewältigung.
- Port, Andrew I.**, Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 392 S. – Der Autor will den Gründen für die „rätselhafte Stabilität der DDR“ nachspüren und lässt dabei weithin die Rolle der Sowjetunion außer Acht.
- Puttkamer, Joachim Jesko von/Gabriella Schubert** (Hrsg.), Kulturelle Orientierung und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in Südosteuropa, Wiesbaden 2010 (*Harrassowitz Verlag*), 250 S. – Hemmen tief verwurzelte kulturelle Prägungen die gesellschaftliche Modernisierung im Südosten Europas? Zwölf Beiträge untersuchen die kulturelle Dimension des sozialen Wandels im Balkanraum aus mikro- und makrosoziologischer Perspektive.
- Ranft, Florian**, Verspätete Wahrheitskommissionen in Theorie und Praxis, Potsdam 2010 (*Universitätsverlag*), 122 S. – Wahrheitskommissionen kommt im Zuge von Systemwechseln eine zentrale Rolle bei der Aufarbeitung und der Aussöhnung von Tätern und Opfern zu. Der Autor versucht anhand von drei Fallstudien (Uruguay, Panama und Ghana) zu klären, warum hier solche Kommissionen nicht unmittelbar nach der Transition, sondern erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung etabliert wurden.
- Raschke, Joachim/Ralf Tils** (Hrsg.), Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfeldes, Wiesbaden 2010 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 389 S. – Grundlagenstudie zu einem weithin neuen Themenfeld in der Politikwissenschaft: „Strategien“ werden an verschiedenen Beispielen untersucht.
- Rauer, Leif**, Rechtliche Maßnahmen gegen rechtsextremistische Versammlungen, Frankfurt a. M. 2010 (*Peter Lang Verlag*), 210 S. – Der Autor behandelt ein heikles Thema. Das Ergebnis ist einleuchtend: Ein Sonderrecht gegen rechtsextremistische Versammlungen gibt es nicht.
- Reinhardt, Sven/Detlef Siegfried** (Hrsg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983, Göttingen 2010 (*Wallstein Verlag*), 509 S. – Der Sammelband stellt mit sympathisierender Tendenz, aber auf breiter Quellengrundlage die Bedeutung des alternativen Milieus für die bundesdeutsche Gesellschaft heraus.
- Reporters without Borders** (Hrsg.), Freedom of Press. Report 2010, Paris 2010 (*Bezugsadresse: http://en.rsf.org/IMG/pdf/bilan_2010_en.pdf*), 5 S. – Knapper, aber inhaltsreicher statistischer Überblick zur Pressefreiheit weltweit.
- Riescher, Gisela/Sabine Ruß/Christoph M. Haas** (Hrsg.), Zweite Kammern, 2. Aufl., München 2010 (*R. Oldenbourg Verlag*), 562 S. – Zehn Jahre nach der Erstauflage legen die Herausgeber einen aktualisierten Überblick über 21 bikameral bzw. ehemals bikameral organisierte demokratische Systeme vor. Im Gegensatz zu der mittlerweile unzutreffenden Einschätzung, Zweite Kammern würden ein Schattendasein in der Politikwissenschaft führen, sind die meisten Beiträge hinsichtlich der zentralen Veränderungen im Institutionengefüge und aktueller Reformdiskussionen über Zweite Kammern auf dem neuesten Stand.
- Rodrigues, Peter R./Jaap van Donselaar** (Hrsg.), Monitor Racisme & Extremisme. Negende Rapportage, Amsterdam 2010 (*Pallas Publications*), 252 S. – Die neue Folge des bewährten, von der Anne-Frank-Stiftung und der Universität Leiden getragenen Monitors beleuchtet gewalttätige wie gewaltfreie Formen des niederländischen Rechtsextremismus, Antiziganismus und Islamismus und behandelt die wichtigsten Probleme gesellschaftlich wie staatlicher Auseinandersetzung mit dem Thema.
- Roy, Arundhati**, Aus der Werkstatt der Demokratie, Frankfurt a. M. 2010 (*S. Fischer Verlag*), 336 S. – In elf Essays beschreibt die Autorin die größte Demokratie der Welt und zeigt wesentliche Missstände auf. Roy stellt in einer leicht verständlichen Sprache die Tendenzen der indischen, aber auch internationalen Politik dar, die nach ihrer Ansicht die demokratischen Grundsätze und sozialen Maßstäbe des Landes immer weiter aushöhlen.

Kommentierte Bibliographie

- Roy, Oliver**, Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen, München 2010 (*Siedler*), 335 S. – Die religionskritische Schrift behandelt die Ursachen und Folgen individualisierten Glaubens, worin nach Meinung des Autors der ideale Nährboden eines religiösen Fundamentalismus liege. Doch nicht nur wegen seiner extremen Ausprägungen, sondern auch durch das neu zu bestimmende Verhältnis von Religion und Staat, gefährde die Entwurzelung der Religionen demokratische Gesellschaften vielfältig.
- Säkerhetspolisen** (Hrsg.), Säkerhetspolisen 2009, Stockholm 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.sakerhetspolisen.se>*), 48 S. – Für die breite Öffentlichkeit bestimmte Broschüre, die über alle wesentlichen Felder der nachrichtendienstlichen Arbeit in Schweden informiert.
- Säkerhetspolisen** (Hrsg.), Våldsbejakande islamistisk extremism i Sverige, Stockholm 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.sakerhetspolisen.se>*), 127 S. – Der Bericht bietet eine Lageanalyse zum gewaltorientierten islamistischen Extremismus in Schweden.
- Schlütrumpf, Jörn**, Freiheiten ohne Freiheit. Die Deutsche Demokratische Republik. Historische Tiefendimensionen, Berlin 2010 (*Karl Dietz Verlag*), 143 S. – Die Auffassung, die DDR sei an der Unterdrückung politischer Freiheiten untergegangen, ist ebenso irrig wie der Gegensatz von Lenin und Luxemburg.
- Schönfelder, Jan/Rainer Erices**, Willy Brandt in Erfurt. Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970, Berlin 2010 (*Ch. Links Verlag*), 332 S. – Das Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph verlief ohne Ergebnisse. Die Bekundungen für „Willy“ zeigten, wem die Sympathien der Erfurter galten.
- Schuler, Thomas**, Bertelsmann Republik Deutschland. Eine Stiftung macht Politik, Frankfurt a. M. 2010 (*Campanus*), 304 S. – Der Journalist beschäftigt sich seit Jahren mit dem Medienunternehmen Bertelsmann und der Familie Mohn. In seinem Buch beschreibt Schuler die Machtfülle des Familienunternehmens und die systematische Beeinflussung von Politik, Medien und Gesellschaft durch den Konzern.
- Schulmeister, Stephan**, Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa, Wien 2010 (*Picus Verlag*), 158 S. – Die Grundlage von Schulmeisters Essays bildet die Kritik am Neoliberalismus. Der Ökonom plädiert zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise für einen europäischen New Deal in Anlehnung an die amerikanischen Wirtschafts- und Sozialreformen in den 1930er Jahren. Die einseitige Betrachtung der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik als Allheilmittel in Krisenzeiten zählt jedoch nicht zu den Stärken dieser Arbeit.
- Schwan, Heribert/Rolf Steininger**, Helmut Kohl. Virtuose der Macht, Mannheim 2010 (*Patmos Verlag*), 333 S. – Die Geschichte Helmut Kohls gilt als die Geschichte seiner Unterschätzung. Das ohne Anmerkungsapparat geschriebene Buch ist gut recherchiert.
- Seibel, Wolfgang**, Macht und Moral. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich 1940-1944, München 2010 (*Konstanz University Press*), 384 S. – Seibel, Professor für Politikwissenschaft, konfrontiert den Leser in seiner Abhandlung mit der Ambivalenz von Macht und Moral im Dritten Reich. Dass Moral nicht machtlos ist, vor allem wenn es sich um Völkermord handelt, zeigt Seibel anhand vier zentraler Bereiche: Besatzungsverwaltung und Judenverfolgung, die SS als politischer Akteur, Erosion der Macht und Macht der Moral sowie strategische Besatzungspolitik und „Endlösung der Judenfrage“.
- Selbin, Eric**, Revolution, Rebellion, Resistance. The Power of Story, London/New York 2010 (*Zed Books*), 257 S. – Der Autor beleuchtet in einem historisch ausgreifenden Essay die Perzeptionswirklichkeiten, die Revolutionen, Rebellionen und Widerstandshandlungen beflügeln.
- Seligmann, Rafael**, Deutschland wird dir gefallen. Autobiographie, Berlin 2010 (*Aufbau Verlag*), 461 S. – Seligmann, 1957 aus Israel zurückgekehrt, erzählt sein Leben in Deutschland. Nicht alles, was der Autor an Privatem schildert, gehört in ein solches Buch.
- Sifaoui, Mohamed**, Al-Qaïda Maghreb islamique. Le groupe terroriste qui menace la France, Paris 2010 (*Éditions Encre d'Orient*), 268 S. – Vor dem Hintergrund der Entwicklung des algerischen Terrorismus der letzten dreißig Jahre beleuchtet der Journalist das Netzwerk von Al-Qaida im Maghreb, dessen Anschlägen auch französische Staatsbürger zum Opfer gefallen sind.
- Silvennoinen, Oula**, Geheime Waffenbrüderschaft. Die sicherheitspolizeiliche Zusammenarbeit zwischen Finnland und Deutschland 1933-1944, Darmstadt 2010 (*WBG Verlag*), 384 S. – Die als Sensation bewertete Veröffentlichung belegt auf zugleich eindrucksvolle wie erschütternde Weise die reibungslose Zusammenarbeit der deutschen Gestapo und der demokratisch legitimierten finnischen Staatspolizei Valpo. Der gemeinsame Kampf gegen Juden und Kommunisten widerlegt das Bild vom vermeintlich sauberen Krieg im Norden.
- Simonis, Heide**, Verzockt! Warum die Karten von Markt und Staat neu gemischt werden müssen, Göttingen 2010 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 160 S. – Die frühere schleswig-holsteinische Finanzministerin und Ministerpräsidentin beleuchtet in dem schmalen Band die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise. Scharf kommentiert, kriti-

Literatur

- siert und pointiert sie das Versagen der Märkte und die Reaktionen von Staat und Politik. Zur Durchsetzung eines nachhaltigen Strukturwandels und einer ökologischen Wirtschaftsstruktur plädiert sie für eine radikale Beschränkung der Macht der Märkte.
- Skidelsky, Robert**, Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert, München 2010 (*Kunstmann Verlag*), 304 S. – John Maynard Keynes, einer der einflussreichsten Wirtschaftstheoretiker, sinnierte bereits vor einem halben Jahrhundert über einen entfesselten Kapitalismus. Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise erscheinen seine Theorien zur Unsicherheit der Märkte aktueller denn je. Skidelsky, Experte für Keynes' Werke, hat seine Konzepte neu interpretiert.
- Spiritova, Marketa**, Hexenjagd in der Tschechoslowakei. Intellektuelle zwischen Prager Frühling und dem Ende des Kommunismus, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 385 S. – Die 2007 an der Ludwig-Maximilian-Universität München vorgelegte Dissertation stellt ein zentrales Grundlagenwerk der tschechoslowakischen Oppositionsbewegung in den 1970er und 1980er Jahren in deutscher Sprache dar.
- Stengel, Richard**, Mandelas Weg. Liebe, Mut, Verantwortung. Die Weisheit eines Lebens, München 2010 (*C. Bertelsmann*), 255 S. – Einleitend äußert Richard Stengel über Nelson Mandela: „Er öffnete mir einen Großteil seines Lebens, einige seiner Gedanken und einen kleinen Teil seines Herzens“ (S. 24). Den drei Kategorien entnimmt der mit seinem Sujet eng vertraute Autor 15 (zuweilen profane) „Lektionen“ aus dem gewaltigen Leben des Friedensnobelpreisträgers.
- Swedish National Council for Crime Prevention (Brå)**, Hate Crimes 2009, Stockholm 2010 (*Brottsförebyggande rådet*), 52 S. – Der Bericht des schwedischen Kriminalpräventionsrates berichtet auf der Grundlage von Polizeiberichten über Hassverbrechen, die aus Aversionen gegen ethnische oder sexuelle Minderheiten gespeist werden. Besondere Aufmerksamkeit finden Delikte mit Tätern aus der „white power“-Szene.
- Todorov, Tzvetan**, Le siècle des totalitarismes, Paris 2010 (*Éditions Robert Laffont*), 918 S. – Der Band vereint mehrere vielbeachtete Studien, die der Autor, geprägt von der Kindheit und Jugend im kommunistischen Bulgarien und innerlich befreit durch den Fall des Eisernen Vorhangs, dem Phänomen des Totalitären im Laufe von zwanzig Jahren gewidmet hat: „Face à l'extrême“ (1991), „Une tragédie française“ (1994), „L'Homme dépayssé“ (1996, in Auszügen) und „Mémoire du mal, tentation du bien“ (2000).
- Troebst, Stefan** (Hrsg.), Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Göttingen 2010 (*Wallstein Verlag*), 648 S. – Aufarbeitungsstrategien, Geschichtskulturen und Fragen des Umgangs mit dem Unrecht autoritärer bzw. totalitärer Regime sind – trotz wachsendem Interesse – nur selten Gegenstand komparativer Untersuchungen. Der lesenswerte Sammelband enthält acht Fallstudien zur Vergangenheitsbewältigung in Süd- (Griechenland, Spanien, Portugal) und Osteuropa (Lettland, Polen, Ukraine, Rumänien, Bulgarien), ergänzt durch einen vergleichenden Beitrag des Herausgebers.
- Tuman, Joseph S.**, Communicating Terror. The Rhetorical Dimensions of Terrorism, 2. Aufl., Los Angeles 2010 (*Sage*), 221 S. – Der Kommunikationswissenschaftler stellt die Botschaften von Terroristen (Dissidenten-Gruppen ebenso wie Staatliche Akteure) in den Mittelpunkt seiner Analyse, die sich auf ein breites Spektrum weltweiter Fallbeispiele stützt.
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism** (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2009, Washington D.C. 2010 (*Bezugsadresse: <http://www.state.gov>*), 299 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisation, Ideologie und Strategie.
- Unger, Frank**, Demokratie und Imperium. Die Vereinigten Staaten zwischen Fundamentalismus, Liberalismus und Populismus, hrsg. von Richard Faber und Wolf-Dieter Narr, Würzburg 2010 (*Verlag Königshausen & Neumann*), 264 S. – Der Band des 2008 verstorbenen Politikwissenschaftlers enthält eine Reihe von kritischen Aufsätzen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.
- Valk, Ineke van der/Wagenaar, Willem**, Monitor Racisme et Extremisme. In en Uit Extreemrechts, Amsterdam 2010 (*Anne Frank Stichting/Amsterdam University Press*), 132 S. – Die Studie untersucht systematisch die Bedingungen von Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen in Szenen jugendlicher Rechtsextremisten.
- Vélicoc, Joachim**, Ces maires qui courtisent l'islamisme, o. O. 2010 (*Éditions Tatamis*), 279 S. – Der Autor klagt in seiner Streitschrift französische Bürgermeister (unterschiedlicher politischer Couleur) an, die in ihren Städten durch die undifferenzierte Förderung islamischer Vereinigungen (gemäßigter wie extremistischer) willentlich oder unwillentlich die Islamisierung Frankreichs betrieben.
- Ventura, Angelo**, Per una storia del terrorismo italiano, Rom 2010 (*Donzelli editore*), 179 S. – Der Autor zeichnet die Geschichte des italienischen Links- und Rechtsterrorismus von den Ursprüngen im 19. Jahrhundert bis zum Beginn der achtziger Jahre nach.

- Vierecke, Andreas/Bernd Mayerhofer/Franz Kohout** (Hrsg.), Dtv-Atlas Politik. Politische Theorie – Politische Systeme – Internationale Beziehungen, München 2010 (*Deutscher Taschenbuchverlag*), 256 S. – Das Werk gibt einen einführenden Überblick in die drei klassischen Teilbereiche der Politikwissenschaft: Theorie und Ideengeschichte, Außenpolitik und internationale Beziehungen sowie politische System- und Institutionenlehre. Verständlich und allgemein vermittelt der Atlas eine Einführung in das breite Feld der Politik und Politikwissenschaft.
- Wehler, Hans-Ulrich**, Land ohne Unterschichten? Neue Essays zur deutschen Geschichte, München 2010 (*C.H. Beck*), 288 S. – die (bereits publizierten) Texte des bekannten Sozialhistorikers aus Bielefeld fallen unorthodox aus. Er lässt sich mittlerweile schwerlich einem „Lager“ zuordnen.
- Weißgerber, Ulrich**, Giftige Worte der SED-Diktatur. Sprache als Instrument von Machtausübung und Ausgrenzung in der SBZ und der DDR, Berlin 2010 (*Lit Verlag*), 406 S. – Das Buch belegt am Beispiel der Sprache das Freund-Feind-Denken in der DDR.
- Wertz, Nikolaus** (Hrsg.), Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika, Frankfurt a. M. 2010 (*Vervuert Verlag*), 616 S. – Für Lateinamerika ist die Ausrichtung an Personen wichtig, weniger an Programmen. Leider kommt in diesem nützlichen Sammelband die extremismustheoretische Perspektive zu kurz.
- Worley, Matthew**, Oswald Mosley and the New Party, Houndmills/New York 2010 (*Palgrave Macmillan*), 234 S. – Die Gründung der New Party markierte den Beginn einer Entwicklung, die den Labour-Politiker Mosley in die Nähe des italienischen Faschismus führte. Der Autor analysiert das widersprüchliche politische Profil der kurzlebigen, 1932 in die British Union of Fascists (BUF) überführten Partei im zeithistorischen Kontext.
- Zelle, Karl-Günter**, Hitlers zweifelnde Elite. Goebbels – Göring – Himmler – Speer, Paderborn 2010 (*Schöningh*), 503 S. – Die detaillierte Studie über vier prominente Gefolgsleute Hitlers ist keine leichte Kost, der Wechsel zwischen chronologischem und systematischem Aufbau sowie wiederkehrende Zusammenfassungen strengen an. Zelle untersucht bzw. vergleicht die Paladine hinsichtlich ihrer Charaktere, Gefolgschaftsmotive sowie inneren Konflikte, ohne jedoch neue Erkenntnisse über das Funktionieren des Dritten Reiches zu präsentieren.
- Zimmering, Raina**, Zapatismus. Ein neues Paradigma emanzipatorischer Bewegungen, Münster 2010 (*Westfälisches Dampfboot*), 300 S. – Der etwas heterogen strukturierte Band präsentiert einen Überblick zur zapatistischen Bewegung mit viel Sympathie für diese.
- Zittel, Thomas**, Mehr Responsivität durch neue digitale Medien? Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten in Deutschland, Schweden und den USA, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 267 S. – Die an der Universität Mannheim entstandene Habilitationsschrift untersucht die Wirkungen und Grenzen elektronischer Demokratie. Sie beleuchtet vor allem die Möglichkeiten der politischen Teilhabe und kollektiver Kommunikation aus vergleichender Perspektive.
- Zloch, Stephanie**, Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen, Köln u. a. 2010 (*Böhlau*), 631 S. – Die 2007 an der Berliner Humboldt Universität angenommene Dissertation untersucht die Ursprünge und Entwicklungspfade des polnischen Nationalismus während der Zwischenkriegszeit. Statt ausschließlich das Bild eines „übersteigerten Nationalismus“ zu zeichnen, präsentiert die Autorin vielfältige Strömungen und Deutungsansätze des polnischen Selbstverständnisses.
- Zotti, Stefan**, Politische Parteien auf europäischer Ebene. Grundzüge der politischen und rechtlichen Entwicklung des europäischen Parteiensystems, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 115 S. – Ausgehend vom Vertrag von Maastricht zeichnet der Autor die politische Diskussion über ein europäisches Parteienstatut nach und stellt die bestehenden rechtlichen Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene dar. Die Studie bietet eine übersichtliche Darstellung der Entwicklung europäischer Parteien aus politikwissenschaftlicher und europarechtlicher Perspektive.
- Zylla, Jörn**, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Dresden – 1992 bis 2009, Baden-Baden 2010 (*Nomos*), 140 S. – Der deskriptiv gehaltene Band 2 der Dresdner Schriften zum Bürgerentscheid widmet sich in 14 (sprachlich holprigen) Fallbeispielen dem direktdemokratischen Instrument in der sächsischen Landeshauptstadt – unter breiter Berücksichtigung der Causa „Waldschlösschenbrücke“.

Zeitschriftenauslese

- Braun, Robert/Ruud Koopmans**, The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity, in: *European Sociological Review* 26 (2010) 1, S. 111-123. – Die Autoren entwickeln und testen ein Konzept zur Erklärung der geographischen und zeitlichen Ausdehnung rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierter Gewalt in Deutschland. Politische Gelegenheiten, ethnische Konkurrenz und soziale Desorganisation, Medienaufmerksamkeit und die Intensität vorausgegangener Gewaltakte stellen bedeutsame Erklärungsfaktoren zur Entwicklung fremdenfeindlicher Gewalt dar.
- Grimm, Sonja**, Historisch vergleichen, aber richtig. Irak ist nicht Westdeutschland, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (2010) 1, S. 53-77. – Die Autorin leistet einen Beitrag zur vergleichenden Demokratie- und Systemwechselforschung. Außerdem stellt sie Überlegungen zur Methodik historischer Strukturvergleiche an. Sie hebt bei ihrer komparativen Analyse von Kriegsschulderfahrung, dem Zustand der jeweiligen politischen Gemeinschaft, demokratischen Vorerfahrungen, der Staatlichkeit oder Verwaltungskapazität vor allem auf unterschiedliche kontextuelle Gegebenheiten ab. Ihr Fazit ist ermutigend, lassen sich doch „aus vergangenen Erfolgen keine Blaupausen für externe Demokratisierung“ gewinnen.
- Hüllen, Rudolf van**, Linksextremismus und Gewalt – ein symbiotisches Phänomen im Aufschwung?, in: *Deutsche Polizei* (2010) 8, S. 6-15. – Der Anstieg der Konfrontationsgewalt und die gestiegene Zahl durch linksextrem motivierte Täter verletzter Polizeibeamter nimmt der Autor zum Anlass, um zu prüfen, ob es sich „um eine der üblichen Konjunkturen linksextremistischer Gewaltzyklen handelt, ob eine neue Qualität politisch motivierter Kriminalität vorliegt oder die Ereignisse „nur“ im Kontext zunehmender Brutalität von Gewalttättern [...] zu interpretieren sind. „Die Vermessung des in der öffentlichen Wahrnehmung wenig beachteten Feldes ‚Linksextremismus‘“ kann zur Klärung dieser Fragen beitragen.
- Mannewitz, Tom**, Alte Bekannte im neuen System: Gründe für die Aufstiege und Niedergänge der mittelosteuropäischen Postkommunisten seit 1990, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (2010) 2, S. 261-293. – Diese international vergleichende politikwissenschaftliche Analyse vollzieht (Miss-)Erfolgspfade postkommunistischer Nachfolgeparteien in Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn nach. Mittels der von Charles Ragin entwickelten Qualitative Comparative Analysis geraten sieben Bedingungen in den Blick, um die (Miss-)Erfolgskonfiguration einschätzen zu können: 1) die staatssozialistische Vergangenheit, 2) gesellschaftlich verwurzelte sozialistische Verhaltensmuster, 3) die Konkurrenzstruktur der Parteien, 4) ihre Positionierung auf der ökonomisch-distributiven und der national-kosmopolitischen Konfliktlinie, 5) die präelektorale Bündnispolitik der Postkommunisten, 6) ihre gesellschaftliche Verwurzelung über Gewerkschaften, 7) die Art des zu führenden Wahlkampfes.
- Mareš, Miroslav**, Gewalt und Ideologie. Rechtsextremismus in Tschechien, in: *Osteuropa* 60 (2010) 10, S. 33-50. – Der Aufsatz liefert eine aktuelle Bestandsaufnahme zum tschechischen Rechtsextremismus. Der Schwerpunkt liegt dabei auf durch rechtsextreme Ideologie motivierten Gewalttaten, Ausprägungen der militanten Szene und den Autonomen Nationalisten. In diesem Bereich zeichnet der Autor insbesondere transnationale Netzwerkstrukturen nach, die nach Deutschland, in die Slowakei und Polen reichen. Im Vergleich zu den 1990er Jahren weist das derzeitige rechtsextremistische Milieu Tschechiens Mareš zufolge einen höheren Organisations- und Politisierungsgrad auf. Spontane Gewalt werde mehr und mehr durch gezielte Aktionen militanter Garden etwa gegen Roma und Homosexuelle ersetzt.
- Mletzko, Matthias**, Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 44/2010, S. 9-16. – „Seit 2001 verteilen sich die schweren Gewaltdelikte etwa zu gleichen Teilen auf die gegen Migranten und Randgruppen gerichtete Hassgewalt und die Konfrontation gegen linke und sonstige Gegner. Bei der linken Gewalt ist die akute Dimension der Lebensbedrohlichkeit zwar geringer ausgeprägt, sie ist aber anzutreffen. Auch im linken Phänomenbereich scheint es Kontinuitäten von Tötungsbereitschaften zu geben: kaum überraschend am häufigsten im eskalationsträchtigen Feld der Konfrontation gegen rechts.“
- Sauepe, Achim**, Von „Ruhe und Ordnung“ zur „inneren Sicherheit“. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositionen, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7 (2010) 2, S. 170-187. – Nach einer historisierend-begriffsgeschichtlichen Betrachtung des Schlagwortes von „Ruhe und Ordnung“ widmet sich der Autor dem daran anknüpfenden Topos der „inneren Sicherheit“ und seiner Verbreitung seit den 1970er Jahren. Als Anlass für die geschichtliche Betrachtung dienen aktuelle Debatten, die vor allem nach den Anschlägen vom

11. September 2001 geführt worden sind. Der Beitrag verfolgt einen Ansatz der „politischen Kulturgeschichte“ und untersucht „innere Sicherheit“ als (breites) semantisches Feld. „Die Politik der ‚inneren Sicherheit‘“, resümiert Saupe, „konnte als aktive Gesellschaftsgestaltung verstanden werden; sie konnte die Ausstattung des Staats mit starken Hoheits- und Eingriffsrechten sowie Kontrollfunktionen bedeuten, die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und die föderale Struktur der Bundesrepublik betonen oder aber auf präventive Maßnahmen und die Selbstregulierung von Individuen zielen. Zentral waren dabei immer der antitotalitäre Grundkonsens der Bundesrepublik, der Rekurs auf die NS-Zeit und die Abgrenzung zum Kommunismus.“

Schedler, Jan, Autonome Nationalisten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/2010, S. 20-26. – „Die ‚Autonomen Nationalisten‘ sind eine ästhetisch-stilistische und strategisch-aktionistische Neuerung im deutschen Neonazismus, die dessen Auftreten insgesamt modernisiert hat. Durch eine Adaption ikonografischer Formen der linksradikalen Autonomen, der Entwendung von Codes und Handlungsritualen und deren extrem rechter Rekodierung ist es gelungen, das jugendkulturelle Identitätsangebot der extremen Rechten zu erweitern und insbesondere bei Demonstrationen einen neuartigen Erlebnischarakter zu gewährleisten.“

U.B./A.G./E.J.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Abdel-Samad, Hamed, Der Untergang der islamischen Welt – 277
Albrecht, Holger/Rolf Frankenberger (Hrsg.), Autoritarismus Reloaded – 342
Al-Mdaires, Falah Abdullah, Islamic Extremism in Kuwait – 488
Antifaschistische Linke Berlin (Hrsg.), Total Extrem – 417
Apelt, Andreas H./Martin Gutzeit/Gerd Poppe (Hrsg.), Die deutsche Frage in der SBZ und DDR – 488
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Deutsche Zweiteilung – 488
Ash, Mitchell G. (Hrsg.), Psychoanalyse in totalitären und autoritären Regimen – 488
Azcona, José Manuel, Violencia política y terrorismo de Estado en Argentina – 488
- Baasner, Frank (Hrsg.), Migration und Integration in Europa – 488
Bach, Maurizio/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung und Regime – 346
Badiou, Alain/Alain Finkielkraut, L'Explication. Conversation avec Aude Lancelin – 488
Ball, Hugo, Michael Bakunin – 418
Baurmann, Michael/Geoffrey Brennan/Robert E. Goodin/Nicholas Southwood (Hrsg.), Norms and Values – 488
Bayern, Anna von, Karl-Theodor zu Guttenberg – 465
Bayraktar, Seyhan, Politik und Erinnerung – 460
Bebenburg, Pitt von/Matthias Thieme, AUSGEKOCHT – 446
Bellers, Jürgen (Hrsg.), Zur Sache Sarrazin – 488
Benicke, Jens, Von Adorno zu Mao – 488
Benz, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus – 350
Benz, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 18 – 488
Bergsdorf, Harald, Fakten statt Fälschungen – 419
Beyme, Klaus von, Vergleichende Politikwissenschaft – 489
Bieberstein, Johannes Rogalla von, „Jüdischer Bolschewismus“ – 489
Black, Jeremy (Hrsg.), Die Kriege des 20. Jahrhunderts – 489
Blackman, Rodney Jay, Foreign Fanaticism and American Constitutional Values – 489
Blair, Tony, Mein Weg – 420
Block, Martin/Birgit Schulz, Die Anwälte – 422
Blum, Alain/Nicolas Werth (Hrsg.), La Grande terre en URSS – 489
Blumenthal, Julia von/Stephan Bröckler (Hrsg.), Föderalismusreform in Deutschland – 481
Blumenthal, W. Michael, In achtzig Jahren um die Welt – 489
Bogisch, Manfred, Das Ende der DDR und die LDPD – 489
Bolay, Raphael, Erfolgreiche Linke, gescheiterte Rechte – 489
Böllinger, Lorenz u. a. (Hrsg.), Gefährliche Menschenbilder – 471
Borbe, Ansgar, Die Zahl der Opfer des SED-Regimes – 489
Böss-Ostendorf, Andreas/Holger Senft, Einführung in die Hochschullehre – 489
Botsch, Gideon/Christoph Kopke/Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politik des Hasses – 423
Boysen, Jaqueline, Das „weiße Haus“ in Ost-Berlin – 489
Brähler, Elmar/Irina Mohr (Hrsg.), 20 Jahre deutsche Einheit – 298
Brechenmacher, Thomas, Die Bonner Republik – 489
Breininger, Eric (Abdul Ghaffar El Almani), Mein Weg nach Jannah – 490
Bremer, Jörg, Unheiliger Krieg im Heiligen Land – 490
Browning, Christopher R., Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt – 480
Buchstein, Hubertus/Gudrun Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland – 354
Bühl, Achim, Islamfeindlichkeit in Deutschland – 424

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Bukow, Sebastian/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition – 431
Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009 – 413
Bundesministerium für Inneres/Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010 – 490
Busch, Christoph (Hrsg.), Rechtsradikalismus im Internet – 425
Busek, Erhard/Björn Kühne (Hrsg.), From Stabilisation to Integration – 490
Bush, George W., Decision Points – 357
- Cardina, Miguel, A Esquerda radical – 490
Chari, Anatol/Timothy Braatz, „Untermensch“ – 490
Cheek, Timothy (Hrsg.), A Critical Introduction to Mao – 490
Clemens, Björn, Abendbläue – 490
Clement, Wolfgang/Friedrich Merz, Was jetzt zu tun ist – 446
Commission Nationale Consultative des Droits de l’Homme (Hrsg.), La Lutte contre le racisme, l’antisémitisme et la xénophobie – 490
Conze, Eckart/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit – 325
Cornelißen, Christoph (Hrsg.), Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie – 429
Courtois, Stéphane (Hrsg.), Das Handbuch des Kommunismus – 360
Courtois, Stéphane, Le Bolchevisme à la française – 490
- Daiber, Birgit/Cornelia Hildebrandt/Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition – 463
Dath, Dietmar, Rosa Luxemburg – 490
de Maizière, Lothar, Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen – 427
Decker, Oliver/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte in der Krise – 363
Diedrich, Torsten/Walter Süß (Hrsg.), Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten – 428
Dierbach, Stefan, Jung – rechts – unpolitisch? – 419
Diestel, Peter Michael/Hannes Hofmann, Diestel – 427
Dorschel, Andreas, Ideengeschichte – 458
Dosenrode, Søren (Hrsg.), Freedom of the Press – 491
Douzinas, Costas/Slavoj Žižek (Hrsg.), The Idea of Communism – 430
Dreckrah, Volker Friedrich (Hrsg.), Die RAF und die Justiz – 491
Drohsel, Franziska, Vereinbarkeit gesetzlicher Öffnungsklauseln mit der Koalitionsfreiheit aus Art. 9 Abs. 3 GG – 491
Ducoulombier, Romain, Camarades! – 491
Dunkhase, Jan Eike, Werner Conze – 429
- Eatwell, Roger/Matthew J. Goodwin (Hrsg.), The New Extremism in 21st Century Britain – 491
Ebert, Dorothea/Michael Proksch, Und plötzlich waren wir Verbrecher – 491
Eder, Christina, Direkte Demokratie auf subnationaler Ebene – 459
Egle, Christoph/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), Die zweite Große Koalition – 431
Eichner, Klaus/Gotthold Schramm, Konterspionage – 456
Eisfeld, Reiner/Leslie A. Pal (Hrsg.), Political Science in Central-East Europe – 491
Engelberg, Achim und Ernst, Die Bismarcks – 491
Etzemüller, Thomas, Die Romantik der Rationalität – 491
European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Anti-Semitism – 491
European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Racism, Ethnic Discrimination and Exclusion of Migrants and Minorities in Sport – 491
Europol (Hrsg.), TE-SAT 2010 – 492

Literatur

- Faerber-Husemann, Renate, Der Querdenker – 492
Feld, Lars P./Peter M. Huber/Otmar Jung/Christian Welzel/Fabian Wittreck (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2009 – 369
Finkelstein, Federico, Transatlantic Fascism – 492
Flierl, Thomas (Hrsg.), Vordenker – 492
Flierl, Thomas/Elfriede Müller (Hrsg.), Osteuropa – 432
Franzen, K. Erik, Der vierte Stamm Bayerns – 492
Freedom House (Hrsg.), Freedom in the World 2010 – 492
Fuhrer, Armin, Christian Wulff – 492
Fulda, Daniel/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt – 492
Funk, Albert, Kleine Geschichte des Föderalismus – 492
- Gabriel, Oscar W./Fritz Plasser (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa – 492
Gardner, David, Letzte Chance – 277
Garton Ash, Timothy, Jahrhundertwende – 492
Gehler, Michael (Hrsg.), Deutschland – 492
Gehne, David/Tim Spier (Hrsg.), Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? – 476
Geißler, Rainer, Die Sozialstruktur Deutschlands – 492
General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2009 – 493
Gerlach, Irene u. a. (Hrsg.), Politikwissenschaft in Deutschland – 493
Giebler, Marcus, Die Kontroverse an dem Reichstagsbrand – 434
Girnus, Wolfgang/Klaus Meier (Hrsg.), Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990 – 435
Glaab, Manuela/Werner Weidenfeld/Michael Weigl (Hrsg.), Deutsche Kontraste 1990-2010 – 298
Goschler, Constantin/Rüdiger Graf, Europäische Zeitgeschichte seit 1945 – 493
Greiner, Bernd/Christian Th. Müller/Claudia Weber (Hrsg.), Ökonomie im Kalten Krieg – 493
Grimm, Sonja, Erzwungene Demokratie – 372
Groen, Janny/Annieke Kranenberg, Women Warriors for Allah – 493
Groh, Kathrin, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik – 493
Gröschner, Rolf/Wolfgang Reinhard (Hrsg.), Tage der Revolution – Feste der Nation – 493
Großmann, Werner/Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), Fragen an das MfS – 441
Grünbaum, Robert, Deutsche Einheit – 493
Gruner, Wolf/Jörg Osterloh (Hrsg.), Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden – 493
- Hafez, Kai, Radicalism and Political Reform in the Islamic and Western Worlds – 493
Handa, Akshaya, Left Wing Extremism – 436
Hartmann, Martin (Hrsg.), Zwanzig Jahre friedliche Revolution – 298
Hartwig, Dieter, Großadmiral Dönitz – 493
Harvey, Elizabeth, „Der Osten braucht dich!“ – 493
Hegghammer, Thomas, Jihad in Saudi Arabia – 494
Hehl, Ulrich von/Günther Heydemann/Klaus Fitschen/Fritz König, Geschichte der Universität Leipzig – 435
Heisig, Kirsten, Das Ende der Geduld – 442
Herbst, Ludolf, Hitlers Charisma – 494
Hermand, Jost, Kultur in finsternen Zeiten – 437
Hertz, Deborah, Wie Juden Deutsche wurden – 438
Hitzer, Bettina/Thomas Welskopp (Hrsg.), Die Bielefelder Sozialgeschichte – 494
Hofmann, Birgit u. a. (Hrsg.), Diktaturüberwindung in Europa – 494
Hofmann, Gunter, Richard v. Weizsäcker – 440
Honecker, Erich, Moabiter Notizen – 441
Hopp, Gerhard/Martin Sebaldt/Benjamin Zeitler (Hrsg.), Die CSU – 494

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Horowitz, Michael C., The Diffusion of Military Power – 484
Horvath, Peter, Die inszenierte Revolte – 449
Horvay, Rita, Politische Gefangenschaft in der DDR – 494
Hug, Stefan, Migrantengewalt – 442
Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2010 – 494
Hürter, Johannes/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), Die bleiernen Jahre – 494

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas – 494

Jauer, Joachim, Urbi et Gori – 482
Jesse, Eckhard, Systemwechsel in Deutschland – 494
Joseph, Detlef, Die DDR und die Juden – 444

Kaddor, Lamya, Muslimisch, weiblich, deutsch! – 451
Karner, Stefan/Philipp Lesiak/Heinrich Stodt (Hrsg.), Österreichische Juden in Lettland – 494
Kinner, Klaus (Hrsg.), DIE LINKE, Bd. 1 – 445
Kinner, Klaus (Hrsg.), DIE LINKE, Bd. 2 – 445
Kleine-Hartlage, Manfred, Das Dschihad-System – 277
Koch, Roland, Konservativ – 446
König, Jens Christian, Politische Kultur in den USA und Deutschland – 495
Koop, Volker, In Hitlers Hand – 437
Kooperative Berlin (Hrsg.), Revolution und Einheit – 495
Kopper, Christopher, Hjalmar Schacht – 495
Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009 – 448
Kost, Andreas/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern – 495
Krause, Peter/Ilona Ostner (Hrsg.), Leben in Ost- und Westdeutschland – 298
Kraushaar, Wolfgang, Verena Becker und der Verfassungsschutz – 449
Kunze, Thomas/Thomas Vogel (Hrsg.), Ostalgie international – 495

Lammert, Norbert, Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit – 495
Land Brandenburg/Ministerium des Innern (Hrsg.), Schwarze Blöcke rechts und links – 495
Lange, Dirk/Ayca Polat (Hrsg.), Migration und Alltag – 495
Lebourg, Nicolas, Le monde vu de la plus extrême droite – 495
Lehnert, Erik/Karlheinz Weißmann (Hrsg.), Staatspolitisches Handbuch, Bd. 2 – 495
Leiß, Olaf (Hrsg.), Die Beziehungen der Europäischen Union mit Südosteuropa – 495
Lewis, Ben, Das komische Manifest – 496
Lipp, Karlheinz/Reinhold Lütgemeier-Davin/Holger Nehring (Hrsg.), Frieden und Friedensbewegung in Deutschland – 496
Lipset, Seymour Martin, Soziologie der Demokratie – 330
Livi, Massimiliano/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt – 461
Longerich, Peter, Goebbels – 378
Löw, Konrad, Deutsche Schuld 1933-1945? – 450
Lüders, Michael, Allahs langer Schatten – 277

Maass, Sebastian, Kämpfer um ein drittes Reich – 496
Magal, Miriam, Jerusalem – 438
Maier, Hans, Die Deutschen und ihre Geschichte – 496
Manea, Elham, Ich will nicht mehr schweigen – 451
März, Peter, Mythen, Bilder, Fakten – 382
Mattioli, Aram, Viva Mussolini! – 472
Mayer, Gregor/Bernhard Odehnal, Aufmarsch – 432

Literatur

- Mayer, Michael, Staaten als Täter – 496
Mayer, Tilman (Hrsg.), 20 Jahre deutsche Einheit – 298
Meier, Christian, Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns – 453
Mende, Susann, Kompetenzverlust der Landesparlamente im Bereich der Gesetzgebung – 496
Mensing, Wilhelm, SED-Hilfe für West-Genossen – 454
Mergel, Thomas, Propaganda nach Hitler – 496
Metz, Karl Heinz, Geschichte der Gewalt – 496
Meyer, Henrik, Hamas und Hizbollah – 496
Michel, Judith, Willy Brandts Amerikabild und -politik – 496
Ministry of the Interior of the Czech Republic (Hrsg.), Strategy for Combating Extremism in 2009 – 496
Mishra, Robin (Hrsg.), Angela Merkel – 496
Mittag, Jürgen/Janosch Steuwer, Politische Parteien in der EU – 497
Mohr, Markus/Hartmut Rübner, Gegnerbestimmung – 497
Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Parteiverbotsverfahren – 455
Mommßen, Hans, Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert – 386
Müller, Jan-Werner, Verfassungspatriotismus – 497
Müller, Markus M./Roland Sturm, Wirtschaftspolitik kompakt – 497
Müller, Michael Ludwig, Die DDR war immer dabei – 456
Müller, Tim B., Krieger und Gelehrte – 389
Müller-Heidelberg, Till u. a. (Hrsg.), Grundrechte-Report 2010 – 497
Mulsow, Martin/Andreas Mahler (Hrsg.), Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte – 458
Münkler, Herfried, Mitte und Maß – 394
- Nagel Busch, Sibylle, Rechtsradikalismus und politisch motivierte Gewalt im Jugendroman – 425
Nass, Klaus Otto (Hrsg.), Die Vermessung des Eisernen Vorhangs – 428
National Counterterrorism Center (Hrsg.), 2009 Report on Terrorism – 497
Negt, Oskar, Der politische Mensch – 497
Neumann, Boaz, Die Weltanschauung des Nazismus – 497
Neumann, Peter/Denise Renger (Hrsg.), Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2008/09 – 459
Nohlen, Dieter/Philip Stöver (Hrsg.), Elections in Europe – 497
- Oberreuter, Heinrich, Wendezeiten – 397
Oişteanu, Andrei, Konstruktion des Judenbildes – 444
OSCE/ODIHR (Hrsg.), Hate Crimes in the OSCE Region – Incidents and Responses – 497
Ottmann, Henning, Geschichte des politischen Denkens, Bd. 4 – 497
- Pankowski, Rafal, The Populist Radical Right in Poland – 497
Patenaude, Bertrand M., Trotzki – 498
Pflüger, Friedbert, Richard v. Weizsäcker – 440
Platti, Emilio, Christen und Muslime – 277
Polenz, Ruprecht, Besser für beide – 460
Pollack, Detlef/Jan Wielgohs (Hrsg.), Akteure oder Profiteure? – 498
Poller, Horst, Mehr Freiheit statt mehr Sozialismus – 498
Port, Andrew I., Die rätselhafte Stabilität der DDR – 498
Prasse, Jan-Ole, Der kurze Höhenflug der NPD – 461
Prinz, Sebastian, Die programmatische Entwicklung der PDS – 463
Prokop, Siegfried/Dieter Zänker (Hrsg.), Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit – 464
Puttkamer, Joachim Jesko von/Gabriella Schubert (Hrsg.), Kulturelle Orientierung und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in Südosteuropa – 498

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Ranft, Florian, Verspätete Wahrheitskommissionen in Theorie und Praxis – 498
Raschke, Joachim/Ralf Tils (Hrsg.), Strategie in der Politikwissenschaft – 498
Rashid, Ahmed, Sturz ins Chaos – 277
Rashid, Ahmed, Taliban – 277
Rauer, Leif, Rechtliche Maßnahmen gegen rechtsextremistische Versammlungen – 498
Reinhardt, Sven/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das Alternative Milieu – 498
Reporters without Borders (Hrsg.), Freedom of Press – 498
Richter, Saskia, Die Aktivistin – 465
Riescher, Gisela/Sabine Ruß/Christoph M. Haas (Hrsg.), Zweite Kammern – 498
Rodrigues, Peter R./Jaap van Donselaar (Hrsg.), Monitor Racisme & Extremisme. Negende Rapportage – 498
Rosanvallon, Pierre, Demokratische Legitimität – 467
Roy, Arundhati, Aus der Werkstatt der Demokratie – 498
Roy, Oliver, Der falsche Krieg – 277
Roy, Oliver, Heilige Einfalt – 499
Rudolph, Hermann, Richard v. Weizsäcker – 440
Ruggenthaler, Peter/Walter M. Iber (Hrsg.), Hitlers Sklaven – Stalins „Verräter“ – 468

Säkerhetspolisen (Hrsg.), Säkerhetspolisen 2009 – 499
Säkerhetspolisen (Hrsg.), Väldsbejakande islamistisk extremism i Sverige – 499
Salzborn, Samuel (Hrsg.), Der Staat des Liberalismus – 471
Salzborn, Samuel, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne – 469
Sarrazin, Thilo, Deutschland schafft sich ab – 312
Schieder, Wolfgang, Der italienische Faschismus – 472
Schlüter, Kai, Günter Grass im Visier – 473
Schlütrumpf, Jörn, Freiheiten ohne Freiheit – 499
Schmidt, Helmut (Hrsg.), Vertiefungen – 474
Schmidt, Helmut/Fritz Stern, Unser Jahrhundert – 474
Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.), Islamverherrlichung – 277
Schönfelder, Jan/Rainer Erices, Willy Brandt in Erfurt – 499
Schrenk, Klemens H./Markus Soldner (Hrsg.), Analyse demokratischer Regierungssysteme – 476
Schröder, Richard, Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit – 298
Schroeder, Klaus, Das neue Deutschland – 298
Schuler, Thomas, Bertelsmann Republik Deutschland – 499
Schulmeister, Stephan, Mitten in der großen Krise – 499
Schultze, Martin, Demokratiemessung und defekte Demokratien – 485
Schulz, Tobias, „Sozialistische Wissenschaft“ – 435
Schwan, Heribert/Rolf Steininger, Helmut Kohl – 499
Sebaldt, Martin/Henrik Gast (Hrsg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen – 477
Seibel, Wolfgang, Macht und Moral – 499
Selbin, Eric, Revolution, Rebellion, Resistance – 499
Seligmann, Rafael, Deutschland wird dir gefallen – 499
Sen, Amartya, Die Identitätsfalle – 277
Sieberer, Ulrich, Parlamente als Wahlorgane – 478
Sifaoui, Mohamed, Al-Qaïda Maghreb islamique – 499
Silvennoinen, Oula, Geheime Waffenbrüderschaft – 499
Simon, Vera Caroline, Gefeierte Nation – 298
Simonis, Heide, Verzockt! – 499
Skidelsky, Robert, Die Rückkehr des Meisters – 500
Sommer, Bernd, Prekarisierung und Ressentiments – 400

Literatur

- Sontheimer, Michael, „Natürlich kann geschossen werden“ – 449
Spier, Tim, Modernisierungsverlierer? – 403
Spiritova, Marketa, Hexenjagd in der Tschechoslowakei – 500
Spöhr, Holger/Sarah Kolls (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa – 423
Steglich, Henrik, Rechtsaußenparteien in Deutschland – 406
Steinbrück, Peer, Unterm Strich – 409
Stengel, Richard, Mandelas Weg – 500
Stiller, Werner, Der Agent – 473
Stirn, Andreas, Traumschiffe des Sozialismus – 480
Sturm, Roland/Jürgen Dieringer (Hrsg.), Regional Governance in EU-Staaten – 481
Swedish National Council for Crime Prevention (Brå), Hate Crimes 2009 – 500
- Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Religiöse Sozialisationen im 20. Jahrhundert – 482
Terriff, Terry/Frans Osinga/Theo Farrell (Hrsg.), A Transformation Gap? – 484
Thelen, Sibylle, Die Armenierfrage in der Türkei – 460
Todorov, Tzvetan, Le siècle des totalitarismes – 500
Troebst, Stefan (Hrsg.), Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas – 500
Tuchscheerer, Heike, 20 Jahre vereinigtes Deutschland – 298
Tuman, Joseph S., Communicating Terror – 500
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2009 – 500
Unger, Frank, Demokratie und Imperium – 500
Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand – 336
Urzde, Sigita, Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten – 485
- Valk, Ineke van der/Wagenaar, Willem, Monitor Racisme et Extremisme – 500
Veen, Hans-Joachim/Peter März/Franz-Josef Schlichting (Hrsg.), Die Folgen der Revolution – 298
Véliocas, Joachim, Ces maires qui courtisent l'islamisme – 500
Ventura, Angelo, Per una storia del terrorismo italiano – 500
Vierecke, Andreas/Bernd Mayerhofer/Franz Kohout (Hrsg.), Dtv-Atlas Politik – 501
Voigt, Rüdiger, Staatskrise – 467
- Walter, Franz, Gelb oder Grün? – 486
Walter, Franz, Vom Milieu zum Parteienstaat – 486
Walter, Franz, Vorwärts oder abwärts? – 486
Wehler, Hans-Ulrich, Land ohne Unterschichten? – 501
Weißgerber, Ulrich, Giftige Worte der SED-Diktatur – 501
Weizsäcker, Beatrice von, Die Unvollendete – 298
Werz, Nikolaus (Hrsg.), Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner – 501
Worley, Matthew, Oswald Mosley and the New Party – 501
- Yousef, Mosaf Hassan (mit Ron Brackin), Sohn der Hamas – 277
- Zelle, Karl-Günter, Hitlers zweifelnde Elite – 501
Zimmering, Raina, Zapatismus – 501
Zittel, Thomas, Mehr Responsivität durch neue digitale Medien? – 501
Zloch, Stephanie, Polnischer Nationalismus – 501
Zotti, Stefan, Politische Parteien auf europäischer Ebene – 501
Zylla, Jörn, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Dresden – 501

Mitteilungen und Hinweise

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.

Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. wurde 1991 von Leipziger Oppositionellen und dem Freiburger Historiker Klaus Roewer gegründet. Der Verein konnte hier auf einen Archivbestand zurückgreifen, der schon seit 1988 von Mitgliedern der Leipziger Opposition gesammelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurde. Unter den Bedingungen der Diktatur, damals „getarnt“ als Gemeindebibliothek im Markuspfarraamt in Leipzig. Im Archiv werden seit dessen Gründung die hinterlassenen Selbstzeugnisse der DDR-Opposition, der Bürgerbewegungen und der 1989/90 entstandenen Initiativen und Parteien kontinuierlich gesammelt und erschlossen. Die Jubiläen zur Friedlichen Revolution und zur Deutschen Einheit haben eine große Anzahl regionaler und überregionaler Studien zu den Ereignissen in den 1980er Jahren hervorgebracht. Die Präsentationsformen reichten von Ausstellungen über journalistische Beiträge bis zu wissenschaftlichen Untersuchungen. So gestaltet der Verein u. a. Wanderausstellungen. Anhand unterschiedlicher Themen werden die diktatorischen Verhältnisse in der DDR dargestellt. Ziel ist es, Momente der Zivilcourage und der Menschenrechte ins Bewusstsein zu rücken. Der Ausstellungskatalog kann unter www.archiv-buergerbewegung.de/ausstellungen eingesehen und ausgedruckt werden.

Im Laufe der Jahre hat sich dadurch ein enges Netzwerk von Kooperationspartnern in ganz Deutschland entwickelt. Neben Aufarbeitungsinitiativen und öffentlichen Institutionen gehören immer mehr Schulen dazu, die unsere Angebote nutzen. Im Jahr 2011 erarbeitete der Verein eine von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanzierte virtuelle Ausstellung zur deutschen Einheit. Unter dem Titel *Power to the people – Leipzig zwischen Anarchie und Nationalstaat* wurden in einer Lokalstudie bürgerschaftliches Engagement bis zur deutschen Einheit beleuchtet und gewürdigt. In Zeiten der Politikverdrossenheit erscheint es notwendig, an die demokratischen Prinzipien von Einmischung, Gestaltung und Aktion zu erinnern.

In der Aufarbeitungsdebatte wird in Zukunft der europäische Gedanke stärker in den Mittelpunkt gerückt. So groß das Interesse bis 1989 an Osteuropa in der DDR war, so abrupt endete es mit den neuen Problemen der deutschen Einheit. Das führte dazu, dass die nachgeborene Generation keinen Sinnzusammenhang mehr mit Osteuropa herstellen kann. Deshalb arbeitet das Archiv Bürgerbewegung verstärkt mit ost- und südosteuropäischen Aufarbeitungsinitiativen zusammen und präsentiert deren Arbeiten in Leipzig. Im Herbst 2010 wurde in Leipzig eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem „Memorial der Revolution Timișoara“ gezeigt. Es gibt eine Zusammenarbeit mit dem Nationalen Historischen Museum Tirana, um die in Deutschland weitgehend unbekannte Unterdrückung unter der Hoxha-Diktatur zu thematisieren. Im Mai 2011 gab es im EuropaHaus Leipzig die Fotoausstellung „The prisons of the prison’s polity – Die Gefäng-

nisse des Gefängnis-Staates“, die zum ersten Mal in Deutschland zu sehen war. Darüber hinaus werden Schülerprojekte vor Ort betreut – momentan in Leipzig, Markkleeberg und Borna, die sich mit den historischen Ereignissen der Region und des Umfeldes beschäftigen. Als eine nachhaltige Erfahrung erweist sich dabei immer wieder die Zeitzeugenbefragung und Biografiearbeit, denn am Einzelschicksal wird für die nachgeborene Generation Geschichte erlebbar. Der Verein hat in den letzten Jahren eine Reihe von Publikationen zu verschiedenen Themen herausgegeben so u. a. zum jugendlichen Widerstand in Altenburg/Thüringen, zur Jugendsubkultur in Leipzig, über die Waffendienstverweigerung in der DDR und zu Flucht und Ausreise.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur. In ehrenamtlicher Tätigkeit organisiert das Archiv für die Stadt Leipzig die Beteiligung am bundesweiten Erinnerungsprojekt STOLPERSTEINE zur Erinnerung an die Opfer der Nationalsozialisten. Das Projekt wird allein durch bürgerschaftliches Engagement umgesetzt. Seit 2006 wurden in der Stadt Leipzig 135 STOLPERSTEINE verlegt. Der Verein wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Stadt Leipzig gefördert.

Kontakt: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Katharinenstr. 11, 04109 Leipzig, Tel./Fax: 0341/8611626, E-Mail: info@archiv-buergerbewegung.de, Internet: www.archiv-buergerbewegung.de, www.deutsche-einheit-leipzig.de.

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. und die „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“

Jene ehemaligen politischen Häftlinge des SED-Regimes, die sich am 7. Oktober 2007 zahlreich auf dem Gelände des Zuchthauses Cottbus trafen, um gegen dessen geplante Versteigerung zu protestieren, wussten damals noch nicht, dass „ihr“ bisher als unbedeutend geltendes Gefängnis seit Ende der 60er Jahre anteilmäßig die meisten politischen Gefangenen in der DDR beherbergte und somit zu einem bedeutenden Devisenbeschaffer dank freigekaufter Häftlinge mutierte. Bekanntlich wurden zwischen 1963 und 1989 insgesamt 33.755 politische Häftlinge aus rund 200 Haftanstalten gegen Warenlieferungen in Höhe von insgesamt rund 3,5 Milliarden DM durch die Bundesrepublik Deutschland freigekauft. Wie in der Haftanstalt „Bautzen II“ waren auch in Cottbus die Verhältnisse so, dass im Durchschnitt 80 Prozent der Häftlinge aus politischen Gründen eingesperrt waren, nur dass die Kapazität in „Bautzen II“, im Gegensatz zum bekannten Bautzener Stadtgefängnis „Gelbes Elend“, wo die Kriminellen dominierten, nur auf etwa 200 Häftlinge ausgelegt war.

Das Bekanntwerden der Versteigerung des Gefängnisses im Herbst 2007 hatte zur Folge, dass am 31. Oktober 2007 der Verein „Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.“ von vorwiegend ehemaligen politischen Häftlingen des Gefängnisses gegründet wurde. Ziel des Vereins war von Anfang an, das Gefängnis zu kaufen, um daraus eine Gedenk-, Begegnungs- und Bildungsstätte zu errichten. Zum damaligen Zeitpunkt bekam der

mittlerweile auf rund hundert Mitglieder gewachsene Verein ein ehemaliges Verwaltungsgebäude vor der Ummauerung für einen Euro von der Stadt Cottbus. Dort konnten drei lange Jahre ehrenamtlich arbeitende Vereinsmitglieder und Zeitzeugen mit vom Arbeitsamt geförderten Zusatzkräften, jedoch ohne weitere Steuermittel, vielen Einzelpersonen und über 60 Besuchergruppen, vor allem Schülern, die Haftbedingungen innerhalb der ruinösen Hafthäuser erklären. Das ferne Ziel wurde jedoch nicht vergessen. Zum Glück war der private Investor bereit, dem Menschenrechtszentrum das auf 22.000 m² ausgedehnte Zuchthausgelände zu verkaufen.

Nach einem achtmonatigen Antragsverfahren konnte das Menschenrechtszentrum Cottbus am 2. Mai 2011 mit einem Bruchteil der einst von der SED/PDS ins Ausland verschobenen und wieder zurück erhaltenen Geldern der Parteien und Massenorganisationen (PMO-Mittel) neben privaten Spenden das ummauerte Originalgelände mit drei Hafthäusern, einer Ambulanz und mehreren Produktions- und Funktionsgebäuden kaufen. Hier soll bis Anfang 2012 eine Gedenk-, Begegnungs- und Bildungsstätte entstehen. Der Name dieser neuen Gedenkstätte ist „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“. Weitere PMO-Mittel, die über das Land Brandenburg kommen, werden für die Sanierung des Hafthauses 1 verwendet. Der Bund bezahlt einen Teil jener Mittel, die nötig sind, um eine Ausstellung umzusetzen und den Betrieb in die Zukunft zu führen.

Ziel des als gemeinnützig anerkannten Vereins ist es, die Geschichte der Haftanstalt während der nationalsozialistischen und realsozialistischen Diktaturen aufzuarbeiten. Es wurde eine Arbeitsgruppe „Ausstellung“ berufen, die eine moderne interaktive und multimediale Ausstellung mit dem Titel *Würde, Freiheit, Rechtsstaat – Politische Verfolgung in drei Epochen* (Weimarer Republik, NS-Regime und SBZ/DDR) zu konzipieren hat. Im Zentrum der Ausstellung sollen die Schicksale der Häftlinge des Zuchthauses Cottbus stehen. Kurator ist der Schriftsteller Siegmund Faust, der hier selber zwischen 1974 und 1976 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ einsaß. Der junge und mehrfach preisgekrönte Grafikdesigner Stefan Guzy wird mit seinem Team die Ausstellung umsetzen. Das Cottbuser Architekturbüro Wanta ist verantwortlich für die Umbauarbeiten im Haupthaus des Gefängnisses. Kooperiert wird neben allen wichtigen Gedenkstätten gleicher Thematik auch mit der Fakultät Architektur der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, dort besonders mit den Professoren Dagmar Jäger und Klaus Rheidt. Ein weiterer wichtiger Partner ist die neue JVA Cottbus-Dissenchen.

Steht die Hülle erst einmal funktionsfähig zur Verfügung, wird sie mit Inhalt gefüllt. Inhalte sieht der Verein in der Aufgabe, Betroffene und ihre Angehörigen zu betreuen. Des Weiteren soll man der Opfer beider Unrechtsregime gedenken können. Schließlich will der Verein mithelfen, das Demokratieverständnis der Bürger zu stärken. Neben Geld- und Sachspenden werden Zeitzeugen gesucht, die über ihre Hafterlebnisse im Zuchthaus Cottbus Auskunft geben, auch als Referenten. Ebenso werden Dokumente oder Fotos von 1860-1990 über das Zuchthaus Cottbus, Bücher, Manuskripte, Urteile, Briefe, herausgeschmuggelte Gegenstände, Informationen zu Inhaftierten, die verstorben sind, aber auch zu Wärtern der NS- und DDR-Zeit gesucht.

Mitteilungen und Hinweise

Die Besonderheit der „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ ist, dass sie sich in Häftlingshand befindet. Eigentümer und Träger der Gedenkstätte ist ein privater Verein, der keiner Landesstiftung angehört. Kein Stiftungsrat bestimmt hier über die Geschicke des Vereins und der Gedenkstätte, sondern nur der Vereinsvorstand, dem mehrheitlich ehemalige politische Häftlinge angehören.

Kontakt: Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende, Bautzenerstraße 139, 03050 Cottbus, Tel.: 0355/4838333, oder 0172/3474179, Fax: 0355/43090137, E-Mail: sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de, Internet: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de; Dr. Tomas Kittan und sein Team (Mitglieder im MRZ), Tel.: 0171/2239146, E-Mail: tomas.kittan@bz-berlin.de; Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin, Koserstraße 21, 14195 Berlin, Leitung: Prof. Dr. Klaus Schroeder, Tel: 030/83856008, E-Mail: kschroe@zedat.fu-berlin.de.

Personenverzeichnis

- Aaen, Frank 246
 Abdel-Samad, Hamed 277-282, 284, 288-290, 296, 504
 Abdilwahhab, Imam Muhammad ibn 214
 Abdullo, Mullo 207
 Abel, Werner 445
 Abendroth, Wolfgang 446
 Abu Zayd, Nasr Hamid 278, 284
 Abu-Jamal, Mumia 261
 Adam, Hermann 86
 Adenauer, Konrad 383, 489
 Adi, Haya ibn 287
 Adorno, Theodor W. 330, 438, 470, 488, 504
 Agartz, Viktor 446
 Agethen, Manfred 13
 Agnoli, Johannes 270
 Ahmad, Nazir 207 f.
 Akbar, Jalaluddin Muhammad 289
 Akhund, Dadullah 296
 Albrecht, Carsten 196
 Albrecht, Holger 6, 342, 504
 Alemann, Ulrich von 476 f.
 Alff, Klemens 196
 Alff, Wilhelm 72
 Alfonsi, Petrus 285
 Alliot-Marie, Michèle 337
 Almani, Abdul Ghaffar al- 215
 Almani, Abu Ibraheem al- (siehe Yassin Chouka)
 Almani, Abul Ghaffar el- (siehe Eric Breiningner)
 Almani, Ayyub al- (siehe Yusuf O.)
 Almani, Farooq al- 217
 Alt, Robert 74
 Altenbockum, Jasper von 255
 Althusser, Louis 431
 Aly, Götz 387
 Andersen, Johannes 239
 Andersen, Jörgen Goul 236-240, 242, 252-254, 256, 258 f.
 Andersen, Uwe 88
 Anderson, Perry 259
 Angenendt, Steffen 241
 Anschütz, Gerhard 493
 Antes, Kurt 42, 59
 Anton, Andreas
 Anwar, André 255
 Apelt, Andreas H. 488, 504
 Apfel, Holger 166, 230 f.
 Aquin, Thomas von 285
 Arendt, Hannah 467, 470
 Aristoteles 32, 394 f.
 Armbrorst, Hans-Joachim 457
 Arminius 382
 Armipur, Katajun 278 f.
 Arnould, Andreas von 371
 Arndt, Dagmar 84
 Arndt, Helmut 446
 Arzheimer, Kai 6, 238, 364, 366, 403 f.
 Ascher, Saul 351
 Ash, Mitchell G. 488, 504
 Assmann, Jan 453
 Atta, Mohammed 210
 Averroes 289
 Avicenna 289
 Awlaki, Anwar 216
 Azcona, José Manuel 488, 504
 Aziz, Abdullah ibn Abd al- 358 f.
 Baader, Andreas 199, 449
 Baasner, Frank 488, 504
 Bach, Johann Sebastian 383
 Bach, Maurizio 6, 346, 348, 473, 504
 Bacher, Dieter 469
 Bachor, Friedrich 45
 Backes, Uwe 5, 17 f., 25, 27, 31, 85-88, 91, 129 f., 140, 146, 150, 168, 178, 192, 212, 220, 223 f., 228, 245, 272, 333, 369, 431
 Bacon, Francis 77
 Badiou, Alain 431, 488, 504
 Baehr, Dirk 212
 Baeumler, Alfred 77
 Baier, Dirk 84, 103
 Bakunin, Michael 418 f., 504
 Balke, Wilhelm 457
 Ball, Hugo 418 f., 504
 Baltess, Fritz 58 f., 63
 Banse, Dirk 141, 203
 Bär, Dorothee 5, 110 f.
 Barghuti, Abdallah 291
 Bargmann, Rudolf 182
 Barisic, Thomas 272
 Baron, Udo 29, 455
 Bartelmus-Scholich, Edith 191 f.
 Bastian, Gerd 466
 Battis, Ulrich 109, 117, 125
 Bauer, Friedrich 304
 Bauer, Michael 481

Personenverzeichnis

- Bauer, Otto 49
Bauer-Kaase, Petra 366
Baum, Gerhart R. 429
Baumann, Gerhard 457
Baumann, Zygmunt 470
Baumann, Michael 488, 504
Bayer, Oswald 71
Bayern, Anna von 465 f., 504
Bayertz, Kurt 77
Bayraktar, Seyhan 460 f., 504
Beauvais, Vinzenz von 285
Bebenburg, Pitt von 446 f., 504
Beck, Kurt 192
Beck, Ludwig 387
Beck, Sebastian 102
Beck, Thomas 204
Becker, Jillian 19
Becker, Verena 449 f., 507
Beer, Angelika 242, 424
Beerlage, Irtraud 84
Behr, Hartmut 67
Behrens, Heinrich 49
Beierlein, Johann 49
Beisicht, Markus 134, 152
Belko, S. P. 49 f.
Bell, Daniel 392
Bellers, Jürgen 488, 504
Bender, Peter 302
Benedikt XVI. 451
Benhsain, Mohamed 212
Benicke, Jens 488, 504
Benoist, Alain de 25, 496
Benz, Wolfgang 6, 221, 350, 353, 488, 504
Berghold, Joseph 16
Bergmann, Werner 351
Bergsdorf, Harald 31, 86, 419 f., 504
Berija, Lawrenti 54
Berlin, Isaiah 392
Berlusconi, Silvio 472 f.
Bernal, John Desmond 78
Bernschneider, Florian 5, 110, 113
Berntson, Gary 295
Besancenot, Olivier 336
Betz, Hans-Georg 403
Beuermann, Bärbel 136 f.
Bevir, Mark 458
Beyer, Theodor 42
Beyme, Klaus von 403, 449, 476, 489, 504
Bhutto, Benazir 295
Bieberstein, Johannes Rogalla von 18, 489, 504
Bierbaum, Heinz 190
Biermann, Veronica 19
Bin Laden, Mohammed 294
Bin Laden, Osama 16, 24, 28, 251, 294, 296
Binnenstein, Johann 52
Binori, Maului M. Yussuf 294
Birke, Peter 257, 259
Birkenhauer, Erich 56 f.
Birkenwald, Matthias W. 110
Birthler, Marianne 309, 428 f., 454
Bischoff, Joachim 186, 190
Bisky, Lothar 141 f., 188, 194, 445
Bismarck, Otto von 303, 383, 475, 491
Bjørge, Tore 21
Björklund, Tor 236-238, 240, 252-254, 256, 258
Black, Jeremy 488, 504
Blackman, Rodney Jay 488, 504
Blair, Tony 358, 420 f., 504
Blank, Bettina 31
Blaschke, Olaf 352
Bleichröder, Gerson 475
Bloch, Hans 60, 62
Bloch-Baum, Carola 60
Block, Martin 422 f., 504
Bloom, Allan 391
Blum, Alain 489, 504
Blumenthal, Julia von 481 f., 504
Blumenthal, W. Michael 489, 504
Bobbio, Norberto 331, 425
Bockhahn, Steffen 125
Boecker, Arne 99
Bogisch, Manfred 489, 504
Böhler, Jochen 326
Bohnsack, Erich 56
Bolay, Raphael 489, 504
Böllert, Hans 49
Böllinger, Lorenz 471 f., 504
Bollinger, Stefan 445
Bolz, Norbert 317
Borbe, Ansgar 489, 504
Borchert, Heiko 484
Bormann, Martin 387
Bosbach, Franz 16
Bösherz, Friedrich 52
Böss-Ostendorf, Andreas 489, 504
Bostrom, Nick 79
Botsch, Gideon 423, 504
Bouffier, Volker 447
Bouti, Mohamed Said Ramadan al- 284, 286
Boysen, Jacqueline 489, 504
Bozay, Kemal 279
Braatz, Timothy 490, 504
Bracher, Karl Dietrich 13, 330, 333 f., 387 f.
Brackin, Ron 277, 510

Personenverzeichnis

- Braeg, Dieter 194
 Brähler, Elmar 6, 118, 298 f., 302, 363, 504 f.
 Braml, Josef 204
 Brandstetter, Marc 5, 9, 27, 150, 176, 180, 220, 224, 227, 231
 Brandt, Willy 38, 313, 327, 440, 451, 475, 496, 499, 508 f.
 Branghofer, Gerald 181
 Branghofer, Max 181
 Braun, Robert 502
 Braun, Stephan 89, 105
 Brechenmacher, Thomas 489, 504
 Brecht, Bert 438
 Brechtken, Magnus 326
 Bredow, Wilfried von 6, 66, 397
 Brehl, Medardus 16
 Breininger, Eric 207, 212, 215, 490, 504
 Bremer, Jörg 490, 504
 Brennan, Geoffrey 488, 504
 Breschnew, Leonid Iljitsch 361
 Breuer, Stefan 6, 346, 348, 504
 Brie, Michael 31, 185, 445
 Brinkmann, Patrik 15, 170, 177, 179 f., 184
 Bröchler, Stephan 481 f., 504
 Broucker, Manfred 67
 Broder, Henryk M. 279
 Brodkorb, Mathias 108
 Brombacher, Ellen 143 f.
 Broszat, Martin 386
 Brown, Gordon 421
 Browning, Christopher R. 326, 490, 504
 Bruder, Franziska 433
 Brünneck, Alexander von 24
 Brunner, Otto 429
 Brunner, Rainer 279
 Buback, Michael 450
 Buback, Siegfried 449
 Bubeck, Horst 19
 Buber Agassi, Judith 38
 Buber-Neumann, Margarete 37, 39-41, 49, 55 f., 58, 62
 Buchenhain, Harry 52
 Buchholz, Christine 32, 142, 186, 189, 194, 196 f.,
 Buchstein, Hubertus 6, 354, 504
 Buckmiller, Michael 446
 Bühl, Achim 424 f., 505
 Bühren, Gertrud 61
 Bukow, Sebastian 431 f., 505
 Buley, Jennifer 257
 Bull, Hans Peter 456
 Burger, Josef 58
 Burinskaitė, Kristina 469
 Busch, Christoph 423, 425 f., 505
 Busch, Wilhelm 394
 Busek, Erhard 490, 505
 Bush jr., George W. 6, 16, 28, 293, 357-359, 421, 505
 Bush sen., George W. 358
 Butterwegge, Christoph 86, 116, 417
 C., Turgay 211
 Cabet, Etienne 69
 Cakier, Murat 185, 187
 Camiller, Patrick 259
 Campanelle, Tommaso 69
 Capitant, René 467
 Cardina, Miguel 490, 505
 Carlebach, Emil 38
 Carlsen, Daniel 243
 Carstens, Karl 328
 Carter, Jimmy 489
 Castro, Fidel 344, 361
 Caumanns, Ute
 Ceylan, Rauf 279
 Chalabi, Achmed 293
 Chamberlain, Houston Stewart 351
 Charfi, Mohamed 287
 Chari, Anatol 490, 504
 Cheek, Timothy 490, 504
 Cheney, Richard Bruce 293
 Cherubim, Emil 49
 Chirac, Jacques 358
 Chollet, Laurent 337
 Choresmieri, Khawarismi 289
 Chouka, Mounir 210, 214, 216 f.
 Chouka, Yassin 216 f.
 Christensen, Dag Arne 259
 Christiansen, Niels Finn 259
 Christmann, Anna 460
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 361, 489
 Chumayyis, Muhammad Ibn Abdirrahman al- 214
 Cicero, Marcus Tullius 395
 Clemens, Björn 490, 505
 Clement, Wolfgang 446 f., 505
 Clinton, Bill 421
 Coenen, Christopher 78 f.
 Condorcet, Jean Antoine de 71 f., 74, 76
 Conze, Eckart 6, 325, 490, 505
 Conze, Werner 429 f., 505
 Cook, Alexander C. 490
 Cornelißen, Christoph 429 f., 505
 Coupat, Julien 337 f.
 Courtois, Stéphane 6, 360, 490, 505
 Cremer, Claus 131

Personenverzeichnis

- Creutzburg, August 56 f.
Cruzcampo, Oliver 230
- D'Annunzio, Gabriele 348
D'Idler, Martin 70, 80
Dabbagh, Hassan 212
Dağdelen, Sevim 142
Dahl, Ernst 259
Dahl, Kristian Thulesen 240
Dahrendorf, Ralf 364
Daiber, Birgit 245, 259, 463, 505
Dalgaard, Per 241
Damaskus, Johannes von 287, 289
Dath, Dietmar 490, 505
Decker, Frank 6, 118, 241, 256, 369, 476
Decker, Oliver 6, 363, 505
Dedecius, Karl 16
Dehl, Oleg 39
Dehm, Dieter 197
Demirovic, Alex 417
Demmelhuber, Thomas 344
Deng Xiaoping 361, 475
Denkler, Thorsten 193
Detjen, Joachim 471
Detta, Georg van 166
Diderot, Denis 73
Diedrich, Torsten 428, 505
Diehl, Jörg 203
Dierbach, Stefan 419 f., 505
Dieringer, Jürgen 481, 510
Dierkes, Hermann 197
Diers, Andreas 446
Diestel, Peter Michael 427, 505
Diethe, Jürgen 471
Dietrich, Otto 379
Dimitroff, Georgi 361
Diner, Dan 13, 16
Dirsch, Felix 6, 386, 454
Dittrich, Heidrun 110
Dogg, Deso 212
Dohnanyi, Klaus von 450
Dönitz, Karl 493, 506
Donnowiz, Donatella 417
Dorschel, Andreas 458 f., 505
Döscher, Hans-Jürgen 326
Dosenrode, Søren 491, 505
Dostum, Abdul Raschid 295 f.
Douzinas, Costas 430, 505
Dovermann, Ulrich 32
Downs, William M. 236, 256
Dreckrah, Volker Friedrich 491, 505
Dreier, Horst 369 f.
- Drohsel, Franziska 491, 505
Drücke, Bernd 272
Dschalolov, Nadschmiddin 209
Dschugaschwili, Jakob 438
Dublon-Knebel, Irith 326
Ducoulombier, Romain 491, 505
Dunkhase, Jan Eike 429 f., 505
Durand, Jules 337
Dustdar, Farah 5, 10, 315
Dyja, Catherine 340 f.
- Easton, David 332
Eatwell, Roger 491, 505
Eberlein, Hugo 56
Ebert, Dorothea 491, 505
Ebert, Friedrich 445, 469
Eckert, Astrid 326-328
Eder, Christina 459 f., 505
Egle, Christoph 431 f., 505
Ehmke, Horst 16
Eichmann, Adolf 327
Eichner, Klaus 456 f., 505
Eisele, Willi 451
Eisenhower, Dwight D. 392
Eisfeld, Reiner 491, 505
Eldersveld, Samuel James 331
Ellrich, Karoline 84, 103
Elm, Ludwig 25
Else, Georg 438
Engel, Stefan 145
Engelberg, Achim 491, 505
Engelberg, Ernst 491, 505
Engelbreth Larsen, Rune 258
Engels, Friedrich 145, 148, 158, 246, 361
Engineer, Ashgar Ali 287
Ensslin, Gudrun 19
Enzensberger, Hans Magnus 396
Enzmann, Birgit 5, 8, 66
Eppler, Erhard 492
Erbslöh, Gisela 418
Erdmann, Gero 16, 345
Erhard, Ludwig 498
Erices, Rainer 499, 509
Ericsson, Nina 244
Erlanson, Peter 190
Erler, Peter 37-39
Ernst, Klaus 141, 186-188, 190, 192-195, 197-199
Ersson, Svante 243 f., 248, 253, 259
Erzigkeit, Ulrich 304
Eschen, Klaus 422
Espersen, Søren 240
Etzenmüller, Thomas 81, 491 505

Personenverzeichnis

- Eysell, Maria 235, 243 f., 247, 257
- Faas, Thorsten 448
- Faber, Richard 239, 500
- Faisal, Turki Al- 294
- Falter, Jürgen W. 347, 364, 366, 404
- Farber-Husemann, Renate 492, 506
- Faribi, Abu Nasr Mohammad al- 289
- Farrell, Theo 484 f., 510
- Faust, Matthias 5, 9, 150 f., 170, 176-184, 220-233, 414
- Faust, Siegmär 513
- Feine, Gerhart 326
- Feist, Ursula 131, 137
- Feld, Lars P. 6, 369, 506
- Fenske, Hans 6, 10, 325
- Fenüs, Heinrich 57, 63
- Fiedler, Tony 225
- Finkielkraut, Alain 488, 504
- Finschelstein, Federico 492, 506
- Fischer, Elly 60
- Fischer, Joschka 325, 466
- Fischer, Sandra 470
- Fischer, Sebastian 222, 234,
- Fischer, Thomas 218
- Fitschen, Klaus 435, 506
- Flade, Florian 206
- Flauger, Kreszentia 190
- Flemming, Lars 456
- Flierl, Thomas 432 f., 492, 506
- Flohr, Anne-Katrin 16, 19, 21
- Forndran, Erhard 6, 372
- Forsthoß, Ernst 443
- Fourier, Charles 70
- Fraenkel, Ernst 399
- Franco, Francisco 48, 51
- Frank, Erich 51, 56
- Frank, Hans 387
- Franke, Ulrike Esther 6, 357, 485
- Frankenberger, Rolf 6, 342, 504
- Franks, Tommy 295
- Franzen, K. Erik 492, 506
- Frei, Norbert 6, 325, 505
- Freire, André 238
- Freud, Sigmund 470
- Frey, Gerhard 9, 150, 165-174, 177 f., 181, 183 f., 222-225, 228, 231, 414 f.
- Fricke, Karl Wilhelm 442, 481
- Friedrich II. 383
- Friedrichs, Hauke 180
- Frisch, Peter 474
- Fritsch, Theodor 351
- Fritze, Lothar 472
- Fromm, Heinz 202, 208
- Fuchs, Dieter 364, 404
- Fuhrer, Armin 492, 506
- Fukuyama, Francis 15
- Fulbrook, Mary 430
- Fulda, Daniel 492, 506
- Funk, Albert 492, 506
- Funke, Hajo 423
- Funke, Manfred 13
- Gabriel, Oskar W. 492, 506
- Gabriel, Siegmär 312
- Gallus, Alexander 5, 9, 31, 86, 129, 140, 158, 178, 192, 212, 223 f., 369
- Gamillscheg, Hannes 234, 251
- Ganczarski, Christian Manfred 218
- Gangele, Jochen 141
- Gansel, Jürgen 230
- Gardner, David 277 f., 292 f., 506
- Garton Ash, Timothy 492, 504
- Gaschke, Susanne 317
- Gast, Gabriele 457
- Gast, Henrik 477, 509
- Gauck, Joachim 454, 467
- Gebauer, Matthias 200, 203
- Gehler, Michael 492, 506
- Gehne, David 476, 506
- Gehrke, Wolfgang 197
- Geisler, Alexander 89, 105
- Geißler, Rainer 492, 506
- Gelowicz, Filiz 154, 214
- Gelowicz, Fritz 214
- Gensing, Patrick 227 f.
- Gerlach, Irene 343, 493, 506
- Gerlach, Manfred 489
- Gerster, Martin 89, 105
- Gesthuysen, Wilhelm 56-58, 63
- Giebel, Marcus 434 f., 506
- Gilbert, Felix 391
- Girnus, Wolfgang 435, 506
- Glaab, Manuela 298 f., 301, 506
- Gleiss, Thies 186 f., 194
- Glistrup, Mogens 236 f., 256
- Globocnik, Odilo 387
- Glotov, Wassili W. 51
- Göbel, Christian 344
- Goda, Norman 326
- Goebbels, Joseph 6, 346, 378-381, 501, 507
- Goerdeler, Carl Friedrich 387
- Goethe, Johann Wolfgang von 316, 383
- Gohlke, Nicole 145, 189, 191

Personenverzeichnis

- Golze, Diana 110
Goodin, Robert E. 488, 504
Goodwin, Matthew J. 491, 505
Gorbatschow, Michail 308, 361, 442, 482, 489, 507
Göring, Hermann 348 f., 501
Göring, Wjatscheslaw 52
Görtz, Armin 195
Goschler, Constantin 493, 506
Gottfried, Paul 453
Gougenot des Mousseaux, Henri-Roger 351 f.
Graf, Rüdiger 493, 506
Graml, Hermann 435
Gramsci, Antonio 270
Gransow, Christiana 5, 8, 84
Grass, Günter 473, 509
Grasse, Paul 196 f.
Gray, William 327
Greiner, Bernd 493, 506
Greven, Michael Th. 477
Griesse, Malte 489
Griffin, Roger 348
Grimm, Sonja 6, 372-375, 377, 502, 506
Groen, Janny 493, 506
Groh, Kathrin 493, 506
Gröschner, Rof 493, 506
Grosser, Alfred 450 f.
Großmann, Werner 441 f., 506
Grotz, Florian 460
Grumke, Thomas 221
Grünbaum, Robert 493, 506
Grunberger, Béla 470
Gruner, Wolf 493, 506
Grünke, Ralf 426
Gul, Hamid 294
Gurland, Arkadij 446
Gusy, Christoph 456
Gutenberg, Johannes 281
Gutenberg, Karl-Theodor zu 465 f., 504
Gutenberg, Stephanie zu 466
Gutzeit, Martin 488, 504
Guzy, Stefan 513
Gysi, Gregor 185, 190, 197, 199

H., Abdullah 217
Haas, Christoph M. 498, 509
Hachmeister, Lutz 20
Hackbusch, Norbert 190
Hacke, Christian 303
Hacks, Peter 351
Haedane, John Burdon Sanderson 78
Hafez, Kai 493, 506

Hagan, John 21
Hagel, Franz 56
Hager, Kurt 144
Hager, Nina 144
Haider, Jörg 240, 255
Hajdib, Youssef Mohammad el- 209
Hainsworth, Paul 237
Haitham, Abu Ali al-Hasan ibn al- 289
Hallstein, Walter 328
Halperin, Karen D. 366
Hamad, Jihad 209
Hanauer, Florian 177
Handa, Akshaya 436 f., 506
Händel, Thomas 186, 195
Hanke, Edith 430
Hanrieder, Wolfram 375
Hansen, Hendrik 452
Hansen, Inge K. 249
Hansen, Jonni 243
Haq, Mulana Samiul 294
Haq, Zia ul- 294
Haqqani, Hussain 202
Hardt, Michael 336
Harlan, David 458
Harnisch, Sebastian 432
Härtel, Andrea 456
Härtle, Heinrich 352
Hartleb, Florian 330, 424
Hartmann, Helene 49
Hartmann, Jürgen 432
Hartmann, Martin 298 f., 506
Hartwig, Dieter 493, 506
Harvey, Elizabeth 493, 506
Hasan, Nidal Malik 209
Hashimi, Mohammed Ali al- 285 f.
Hasselberg, Sven 240
Haunss, Sebastian 268, 272
Hauser, Richard 301
Häusler, Alexander 26, 89
Havel, Vaclav 305
Hayes, Peter 6, 325, 505
Headley, David Coleman 216
Hebel, Rudolph 49
Hecker, Helmut 38
Hecker, Thomas 143
Heckert, Fritz 480
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 395
Heger, Timo-Christian 423
Hegghammer, Thomas 494, 506
Hehl, Ulrich von 435, 506
Heil, Johannes 352
Heil, Reinhard 78 f.

Personenverzeichnis

- Heilig, Dominic 248
 Heinig, Marco 191
 Heinisch, Klaus J. 67, 69
 Heinrich, Gudrun 6, 354, 504
 Heisig, Kirsten 442 f., 506
 Heithecker, Marcus 195
 Heitmeyer, Wilhelm 21, 118
 Heller, Hermann 493
 Heller, Martin 104
 Heller, Peter 258
 Hellmann, Wilhelm 42
 Helms, Ludger 235, 448, 477, 482
 Henderson, Neville 348
 Hengst, Björn 145, 210
 Henkel, Heiko 241, 255
 Hentges, Gudrun 86, 252
 Herbst, Andreas 22
 Herbst, Ludolf 494, 506
 Hering, Thomas 84
 Hermand, Jost 437 f., 506
 Hermann, Martin 304
 Herold, Jürgen 143
 Herold, Walter 57
 Hertz, Deborah 438 f., 506
 Herwarth, Hans von 39 f.
 Herwegh, Georg 418 f.
 Herz, Thomas 364
 Herzog, Dagmar 492, 506
 Heß, Rudolf 243, 387
 Hesse, Hermann 418
 Hesselbarth, Liane 171, 225
 Heuss, Theodor 440
 Heydemann, Günther 304, 435, 506
 Heydrich, Reinhard 380
 Heyenn, Dora 190
 Higgins, Joe 164
 Hikmetyar, Gulbeddin 294
 Hiks, Uwe 143
 Hildebrand, Klaus 386
 Hildebrand, Matthias 67
 Hildebrandt, Cornelia 259, 463 f., 505
 Hillgruber, Andreas 386
 Hilsberg, Stephan 6, 354, 428
 Himmler, Heinrich 387 f., 501
 Hirsch, Werner 57
 Hirscher, Gerhard 487
 Hirsi Ali, Ayaan 288
 Hitler, Adolf 18 f., 37-41, 62, 64 f., 243, 328, 346-348, 352, 378-380, 386-388, 399, 437 f., 450, 468, 475, 494, 496, 501, 506-510
 Hitzer, Bettina 494, 506
 Ho Tschì Minh 361
 Hobbes, Thomas 443, 467, 471
 Hoffmann, Hans-Jürgen 131, 137
 Hoffmann, Jürgen 165, 167-171
 Hoffmann, Stefan-Ludwig 492, 506
 Hofmann, Birgit 494, 506
 Hofmann, Gunter 440 f., 506
 Hofmann, Hannes 427, 505
 Höger, Inge 196 f.
 Holbig, Heike 344
 Hollstein, Miriam 136, 195
 Holtmann, Everhard 168, 236
 Holz, Klaus 350, 470
 Honecker, Erich 384, 441 f., 506
 Honecker, Margot 441
 Höntzsch, Frauke 471
 Hood, Robin 340
 Höpcke, Klaus 143
 Hopp, Gerhard 494 506
 Horkheimer, Max 470
 Horn, Hannelore 5, 10, 318
 Horowitz, Michael C. 484, 506
 Horst, Patrick 139
 Horvath, Peter 449 f., 471, 507
 Horvay, Rita 494, 507
 Hough, Dan 259
 Houghes, Stuart 389-391, 393
 Höving, Heiner 150, 182
 Huber, Peter M. 6, 369, 506
 Hübinger, Gangolf 390, 430
 Hug, Stefan 442 f., 507
 Hüllen, Rudolf van 6, 31, 360, 446, 502
 Hunko, Andreas 188
 Hunter, Ian 458
 Huntington, Samuel P. 15
 Hürter, Johannes 494, 507
 Husayn, Taha 288
 Hüseyin, Aydin 188
 Hussein, Saddam 292 f.
 Huwayidi, Fahmi 284
 Huxley, Julian 77-79
 Iber, Walter M. 468 f., 509
 Ibn Chaldun 289
 Ignazi, Piero 252
 Il-Sung, Kim 361
 Ismayr, Wolfgang 235, 476, 494, 507
 Jäckel, Eberhard 386
 Jäger, Dagmar 513
 Jahn, Friedrich Ludwig 351
 Jahr, Christoph 16,19
 Jakob, Christian 145

Personenverzeichnis

- Jakowlew, Alexander 41
 Jakthold, Erich 49
 Janoff, Thorsten 193
 Jansen, Frank 180, 228
 Jansen, Nina 50 f., 53
 Jaschke, Hans-Gerd 443
 Jauer, Joachim 482 f., 507
 Jebens, Albrecht 77
 Jeismann, Michael 16
 Jelpke, Ulla 5, 110, 115 f.
 Jelzin, Boris 306
 Jennerjahn, Miro 119
 Jeschow, Nikolai Iwanowitsch 45
 Jesse, Eckhard 5, 8, 10, 13 f., 23, 26 f., 31, 85-88, 91, 129-131, 138-140, 168, 178, 192, 212, 223 f., 228, 236, 258, 272, 305, 330, 333, 369, 423, 435, 494, 507
 Jessen, Anne 258
 Jezewski, Heinz-Werner 190
 Johannes Paul II. 483
 Johansen, Inger V. 245, 249, 257, 259
 Jones, James 296
 Joscelyn, Thomas 203
 Joseph, Detlef 444, 507
 Jun, Uwe 432
 Jung, Otmar 6, 369 f., 506
 Jungwirth, Michael 240
 Jünke, Christoph 446
 Jürgensen, Bettina 144

 K., Abdeladim el- 202, 209
 K., Fatih 154, 206
 Kaase Max 6, 363, 366
 Kaddor, Lamya 278 f., 451 f., 507
 Kagan, Robert 15
 Kahatami, Mohammad 293
 Kailitz, Steffen 14, 86, 150, 330, 343
 Kailitz, Susanne 450
 Kaindl, Gerhard 265-267, 271
 Kammeries, Otto 57, 63
 Kammholz, Karsten 141
 Kamps, Klaus 448
 Kane, Marie-Isabel 5, 9, 260
 Kangeris, Kārlis 469
 Kant, Immanuel 71, 81, 395
 Karas, Ludwig 49
 Karimow, Islam 207
 Karner, Stefan 469, 494, 507
 Karpantschof, René 240, 242, 258
 Karzai, Hamid 295
 Kaufmann, Franz-Xaver 317
 Kaufmann, Sylvia-Yvonne 192

 Keen, Sam 16
 Kelek, Necla 279 f.
 Kelly, Petra 465 f.
 Kelsen, Hans 493
 Kemmerzell, Jörg 344
 Kemna, Erwin 178
 Kennan, George 391
 Kennedy, John F. 447
 Kershaw, Ian 430
 Keßler, Mario 446
 Keynes, John Maynard 500
 Khan, Maulana Wahiddudin 287
 Khoury, Adel Theodor 278
 Kiefer, Michael 279
 Kielmansegg, Peter Graf 369
 Kiese, Max 56, 58, 63
 Kiess, Johannes 6, 363, 505
 Kind, Richard 457
 Kindi, Abd al-Masih al- 285 f.
 Kindi, Abu Yusuf Yaqub al- 285
 Kinner, Klaus 445, 507
 Kipping, Katja 125
 Kirchgässner, Gebhard 370, 459
 Kirchner, Renate 444
 Kißener, Michael 434
 Kistler, Barbara 266
 Kitschelt, Herbert 237, 253, 403
 Kittan, Tomas 514
 Kjærsgaard, Pia 234, 237, 240,
 Klecha, Staphan 139
 Klein, Arnold 60, 62, 64
 Klein, Martina 85
 Klein-Hartlage, Manfred 277 f., 281-284, 286-288, 507
 Klenner, Hermann 143
 Kliese, Hanka 419
 Klingemann, Hans-Dieter 364, 366, 404 f.
 Klose, Willi 61
 Kloss, Herbert 457
 Knes, Hermann 109
 Kneuer, Marianne 6, 16, 342 f., 345, 485
 Knodt, Michèle 485
 Knoll, Manuel 471
 Knop, Ingmar 150, 182
 Köbele, Patrik 144
 Koch, Roland 446 f., 507
 Kocka, Jürgen 430
 Koenen, Gerd 18 f.
 Kofler, Leo 446
 Kohl, Helmut 220, 300, 397, 440 f., 475, 499, 509
 Köhler, Jan 168, 173
 Kohlstruck, Michael 94

Personenverzeichnis

- Kohout, Franz 501, 510
 Koitz, Kurt 51
 Kolls, Sarah 423, 510
 König, Fritz 435, 506
 König, Jens Christian 495, 507
 Kontopodi, Katarina 456
 Koop, Volker 437 f., 507
 Koopmans, Ruud 502
 Kopke, Christoph 423, 504
 Kopper, Christopher 495, 507
 Kordt, Erich 326
 Korfer, Daniel 40
 Koritschoner, Franz 60
 Körner, Felix 279
 Korte, Jan 14, 116
 Korte, Karl-Rudolf 448, 507
 Koschmieder, Carsten 32
 Koselleck, Reinhart 429 f.
 Koß, Michael 259
 Kost, Andreas 495, 507
 Köster, Marion 136 f.
 Kösters, Christoph 483
 Kowalczuk, Ilko-Sascha 304
 Kozjek, Franz 50
 Kozjek, Ludmina 50
 Kraft, Hannelore 131, 137
 Kralemann, Hermann 63
 Krämer, Ralf 196
 Kramer, Stefan 5, 10, 321
 Kranenberg, Annieke 493, 506
 Krätke, Michael R. 446
 Krätzner, Anita 436
 Krause, Joachim 204
 Krause, Peter 298, 301, 507
 Kraushaar, Wolfgang 38, 40, 449 f., 507
 Krautkrämer, Felix 177, 181
 Kravchenkos, Viktor 37
 Krenz, Egon 442
 Kretschmer, Bernd 255 f.
 Krieger, Leonard 390 f.
 Kristensen, Esben Rohde 243
 Kritidis, Gregor 446
 Kroll, Frank-Lothar 77
 Kroll, Jürgen 77
 Krollmann, Erich 62
 Kronenberg, Volker 139, 466
 Krumm, Thomas 432
 Krützner, Friedrich 44, 59
 Kubb, Walter 44
 Küenzlen, Gottfried 66, 70, 75, 82 f.
 Kugler, Heike 190
 Kühne, Björn 490, 505
 Kühnl, Reinhard 34
 Küng, Hans 475
 Kunze, Thomas 495, 507
 Kuron, Klaus 457
 Kurras, Karl-Heinz 457
 L., Maqsood 211
 Lachmann, Günther 206
 Lafontaine, Oskar 141 f., 185, 188, 190, 193-195, 198 f.
 Laguiller, Arlette 336
 Lambach, Daniel 344
 Lammert, Norbert 495, 507
 Landauer, Gustav 419
 Lang, Alfred 249
 Lang, Anne 425
 Lang, Jürgen P. 130, 272
 Lange, Dirk 495, 507
 Langer, William 389
 Langguth, Gerd 447
 Laqueur, Walter 290
 Larsen, Aksel 243
 Laschitzka, Annelies 446
 Laukötter, Sebastian 471
 Lauring Knudsen, Ann-Christina 241, 247
 Lauth, Hans-Joachim 486
 Lawler, Peter 239, 254, 256
 Lazar, Monika 5, 109 f., 118
 Le Blanc, Johannes 437
 Le Pen, Jean-Marie 178, 240
 Lebourg, Nicolas 495, 507
 Leggewie, Claus 461
 Lehnert, Erik 495, 507
 Leibold, Jürgen 15
 Leibovitch, Oleg 489
 Leiße, Olaf 495, 507
 Lendvai, Paul 433
 Lenin, Wladimir I. 8, 18, 41, 144 f., 158, 246, 361 f.
 Lenk, Kurt 330
 Lepeletier, Louis-Michel 74 f.
 Lepsius, M. Rainer 364
 Lesiak, Philipp 494, 507
 Leszy, Norbert 165, 167-171
 Levi, Paul 446
 Lewis, Ben 496, 507
 Lewis, Bernhard 280
 Lhotta, Roland 482
 Liebhart, Karin 19
 Liebich, Stefan 197
 Liebig, Stefan 301
 Liebknecht, Karl 158, 196, 417

Personenverzeichnis

- Liebold, Sebastian 468
 Lincoln, Abraham 357
 Lindner, Rainer 192
 Lipp, Karlheinz 496, 507
 Lippert, Ekkehard 16
 Lipset, Seymour Martin 6, 10, 330-335, 365, 507
 Litwonow, Maxim Maximowitsch 42 f.
 Livi, Massimiliano 461 f., 507
 Locke, John 471
 Loest, Erich 304
 Logue, John 259
 Logvinov, Michail 5, 9, 200
 Longerich, Peter 6, 378-381, 507
 Lösch, Bettina 86
 Lösche, Peter 479
 Lösing, Sabine 186
 Löttsch, Gesine 26, 141, 190, 194, 199, 364
 Löttsch, Ronald 141
 Löw, Konrad 450 f., 507
 Lübbe, Hermann 453
 Lucius, Robert von 177
 Lüders, Michael 277, 279 f., 288, 290, 292, 297, 507
 Ludewig, Paul 44
 Lüdicke, Lars 326
 Ludwig, Klaus 162
 Lundquist, Lisa 201
 Lütgemeier-Davin, Reinhold 496, 507
 Luthar, Breda 433
 Luthar, Ota 433
 Luther, Martin 383, 424
 Lutz, Carl 326
 Lutz, Michael 203
 Luxemburg, Rosa 18, 158, 196, 270, 417, 433, 435, 445 f., 463, 490, 505

 Maas, Sebastian 496, 507
 Machiavelli, Niccolò 395
 Machmüller, Fritz 58
 Magal Miriam 438 f., 507
 Mahler, Andreas 458, 508
 Mahler, Horst 35, 422, 449
 Mai, Uwe 16, 19
 Maier, Hans 430 496, 507
 Maier, Karl-Heinz 457
 Maimonides, Moses 289
 Maizière, Lothar de 427, 505
 Maizière, Thomas de 148, 200, 413 f.
 Makanesi, Rami 201, 203, 211, 216
 Maliki, Nuri al- 293
 Mamun, Abu l-Abbas Abdallah al- 285
 Mandela, Nelson 500, 510

 Manea, Elham 451 f., 507
 Mangott, Gerhard 306
 Mannewitz, Tom 6, 400, 502
 Manutscharjan, Aschot 211
 Mao Tse-tung 145, 270, 361, 475, 488-490, 504 f.
 March, Luke 246-248, 253, 259
 Marcuse, Herbert 389-393
 Mareš, Miroslav 433, 502
 Marga, Andrei 305
 Marneros, Andreas 420
 Marschner, Heiko 196
 Marsovszky, Magdalena 423, 433
 Marx, Karl 7, 69 f., 144 f., 148, 158, 246, 361, 395, 418 f.
 März, Peter 6, 298 f., 305, 382, 507, 510
 Masi, Fabio de 196
 Masud, Ahmad Schah 294, 296
 Mattioli, Aram 472 f., 507
 Maududi, Sayyid Abul Ala 286
 Maulucci, Thomas 326
 Mauretani, Younis al- 201
 Mauthe, Jan Christopher 240 f., 256, 258
 May, Karl 424
 Mayer, Gregor 432 f., 507
 Mayer, Karl-Ulrich 301
 Mayer, Michael 496, 508
 Mayer, Stefan 168
 Mayer, Tilman 13, 33, 36, 298 f., 483, 508
 Mayerhof, Bernd 501, 510
 McCarthy, Joseph 390 f., 393
 Mdaires, Falah Abdullah al- 488, 504
 Medick, Veit 234
 Mehring, Reinhard 24
 Meier, Christian 453 f., 508
 Meier, Erich 58, 63
 Meier, Klaus 435, 506
 Meier, Silvio 102
 Meier, Thomas 36
 Meinhof, Ulrike 19 f., 449
 Meins, Holger 449
 Meiritz, Annett 222
 Meisner, Matthias 190
 Meißner, Joachim 69
 Menasse, Elisabeth 19
 Mende, Susann 496, 508
 Mendelssohn, Moses 423
 Mendl, Eva 193
 Menhorn, Christian 25
 Mensing, Wilhelm 5, 8, 37, 42, 44 f., 50, 61, 454 f., 508
 Mény, Yves 237
 Meret, Susi 240, 242, 256, 259

Personenverzeichnis

- Mergel, Thomas 496, 508
 Mergenthal, Karl 44
 Merkel, Angela 138, 312, 358, 411, 431, 447, 496, 508
 Merkel, Wolfgang 16, 486
 Merz, Friedrich 446 f., 505
 Messerschmidt, Morten 240
 Mesud, Baituallah 295
 Metz, Karl Heinz 496, 508
 Metzler, Marco 429
 Meyer, Henrik 496, 508
 Meyer, Reinhard 476
 Meyer, Stefan 224
 Meyer, Torsten 182
 Meyer-Kahrweg, Dorothee 69
 Michel, Judith 496, 508
 Mielke, Erich
 Miliopoulos, Lazaros 5, 9, 277
 Mill, John Stuart 406
 Minkenberg, Michael 423
 Mintzel, Alf 476
 Mirabeau, Marquis de 74
 Mischke, Roland 433
 Mishra, Robin 496, 508
 Misselwitz, Hans-Jürgen 302
 Mittag, Jürgen 497, 508
 Mitter, Armin 303
 Mittmann, Thomas 77
 Mletzko, Matthias 27, 94, 146, 260, 272, 502
 Modrow, Hans 442
 Moeller van den Bruck, Arthur 496
 Mohr, Irina 298 f., 302, 504
 Mohr, Markus 497, 508
 Molau, Andreas 178-180, 183 f., 224 f., 231,
 Möller, Kurt 88
 Möller, Per Stig 250
 Möllers, Martin H. W. 455 f., 508
 Molotow, Wjatscheslaw M. 53-55, 361
 Mommsen, Hans 6, 386-388, 508
 Mommsen, Theodor 386
 Mommsen, Wilhelm 386
 Mommsen, Wolfgang J. 386, 429 f.
 Mondak, Jeffery J. 366
 Moore, Barrington 390
 Moreau, Patrick 6, 9, 243 f., 272, 336
 Morgenstern, Andreas 438
 Morgenthau, Hans J. 390
 Morus, Thomas 67-71, 77, 83
 Moser, Friedrich-Carl von 383
 Mosler, Volkerhard 186, 196
 Mosley, Oswald 501, 510
 Mossadegh, Mohammad 293
 Motzki, Harald 279
 Mubarak, Muhammad Husni 290
 Mudde, Cas 91, 236, 252, 256
 Muhajir, Abu Ishaq al- 207
 Müller, Christian Th. 493, 506
 Müller, Elfriede 432 f., 506
 Müller, Jan-Werner 497, 508
 Müller, Markus M. 497, 508
 Müller, Michael Ludwig 456 f., 508
 Müller, Norbert 196
 Müller, Reinhard 61
 Müller, Tim B. 6, 389, 391 f., 508
 Müller, Ulrike 203
 Müller, Uwe 141
 Müller, Werner 5, 10, 298
 Müller-Enbergs, Helmut 457
 Müller-Heidelberg, Till 497, 508
 Mulsow, Martin 458, 508
 Munier, Dietmar 179
 Münkler, Herfried 6, 394-396, 508
 Muñoz Molina, Antonio 40
 Müntefering, Franz 487
 Murach, Emil 42
 Musharraf, Yassin 200-202
 Musharraf, Pervez 295
 Mussolini, Benito 348, 472, 507
 Myrdal, Alva 491
 Myrdal, Gunnar 491
 Nagel, Juliane 7
 Nagel, Sibylle 425 f., 508
 Nagel, Tilman 284, 287
 Nahr, Helmar 318
 Naji, Abu Bahr 203
 Nannestad, Peter 235
 Napoleon I. 475
 Narr, Wolf-Dieter 500
 Nasr, Seyyed Vali Reza 287
 Nass, Klaus Otto 428 f., 508
 Naumann, Thomas 15
 Negri, Antonio 336, 431
 Negt, Oskar 497, 508
 Neher, Carola 56, 59
 Nehring, Holger 496, 507
 Nérard, François-Xavier 489
 Neubert, Ehrhart 303
 Neugebauer, Gero 116
 Neumann Boaz 497, 508
 Neumann, Franz 389-391
 Neumann, Heinz 37
 Neumann, Peter 459, 508
 Neurath, Konstantin von 328

Personenverzeichnis

- Niedermayer, Oskar 129, 138, 432
Niedermeier, Hans-Peter 168
Niefeld, Ernst 50
Nielsen, Holger 247
Niemann, Heinz 445
Niemöller, Martin 438
Niendorf, Mathias 14
Nietzsche, Friedrich 75-77, 80, 394-396
Nijhuis, Ton 448
Nipperdey, Thomas 430
Noetzel, Thomas 66
Nohlen, Dieter 497, 508
Noll, Hans-Herbert 302
Nolte, Ernst 6, 346, 387
Nord, Thomas 197
Normann, Lars 5, 9, 150, 165, 174, 304
Nowicki, Franz 45
Nussbaum, Martha 377
Nüßlein, Franz 327
- O., Yusuf 208
Obama, Barack 322
Oberreuter, Heinrich 6, 397-399, 476, 508
Obszerninks, Britta 178
Ochothin, Nikita 45, 48
Odehnal, Bernhard 432 f., 507
Oertzen, Peter von 446
Oesterle, Kurt 19
Ohnesorg, Benno 449 f., 457
Oişteanu, Andrei 444, 508
Olsen, Jonathan 259
Omar, Mullah 207, 294
Omland, Frank 371
Osel, Johann 224
Osinga, Frans 484 f., 510
Ostendorf, Berndt 27
Osterloh, Jörg 493, 506
Ostner, Ilona 298, 301, 507
Ottmann, Henning 76, 497, 508
Ottomeyer, Klaus 426
Owen, Robert 69 f.
- Paehlen, Katrin 326
Pal, Lelsie A. 491, 505
Palaeologos, Manuel II. 451
Pankowski, Rafał 497, 508
Panzer, Johann 42
Panzer, Viktor 42, 50-53, 56
Pappi, Franz Urban 237, 364
Paqué, Karl-Heinz 304
Parsons, Talcott 470
Partmann, Michael 5, 8, 84
- Pascha, Muhammad Ali 289
Pastörs, Udo 166
Patenaude, Bertrand M. 498, 508
Patzelt, Werner J. 441, 459
Pau, Petra 116
Pauer, Jan 433
Paul, Florian 191
Pausch, Paul 52
Pelinka, Anton 476
Peres, Shimon 142
Peter, Erik 191
Peters, Tim 30
Petersen, Britta 205
Petschke, Madeleine 6, 411
Pfahl-Traugbber, Armin 13, 18, 32, 36, 213, 236, 418, 420, 463
Pfeiffer, Christian 84, 103
Pflüger, Friedbert 440, 508
Pichlmaier, Tobias 182 f.
Pickel, Gerd 300, 332, 343
Pickel, Susanne 332, 344
Pingel-Schliemann, Sandra 17, 20
Piper, Ernst 352
Plasser, Fritz 492, 506
Platon 395, 458
Platt, Kristin
Platten, Janine 38
Platti, Emilio 277 f., 284-288, 508
Platzeck, Matthias 309
Platzer, Hans-Wolfgang 252
Plenefisch, Julian 191
Plüter, Arthur 42
Pocock, J. G. A. 458
Poier, Klaus 460
Polat, Ayca 495, 507
Polenz, Ruprecht 460, 508
Poliakov, Leon 352
Polian, Pavel 469
Pollack, Detlef 498, 508
Poller, Horst 497, 508
Polybios 395
Poppe, Gerd 488, 504
Popper, Karl R. 81, 315
Port, Andrew I. 498, 508
Posser, Diether 24
Postone, Moishe 470
Potemkin, Wladimir Petrowitsch 45, 52-55
Prantl, Heribert 424
Prasse, Jan-Ole 461 f., 508
Preuß, Hugo 493
Preuß, Ulrich K. 422
Prinz, Sebastian 463, 465, 508

Personenverzeichnis

- Probst, Lothar 448
 Prokop, Siegfried 464 f., 508
 Proksch, Michael 491, 505
 Przeworski, Adam 331
 Pudal, Bernard 336
 Pugel, Theodor 351
 Pühse, Jens 229
 Putin, Wladimir 306
 Puttkammer, Joachim Jesko von 498, 508

 Qaradawi, Yusuf al- 284
 Qurra, Theodor Abu 287
 Qutb, Sayyid 286

 Raab, Earl 333
 Rabbani, Burhānuddin 294
 Rabe, Friedrich 143
 Rabelais, François 69
 Radbruch, Gustav 22 f.
 Raddatz, Hans-Peter 290
 Radke, Björn 186
 Ragin, Charles 406
 Rahman, Atija Abd al- 209
 Ramadan, Tariq 279, 284, 290
 Ranft, Florian 498, 509
 Rang, Martin 74
 Raschke, Joachim 235, 498, 509
 Rashid, Ahmed 277 f., 293, 295 f., 509
 Rasmussen, Anders Fogh 239, 250
 Rasmussen, Lars Løkke 234, 239 f.
 Rasmussen, Nyrup 247, 256
 Rauer, Leif 498, 509
 Rawls, John 377
 Reagan, Ronald 36, 498
 Rebehn, Sven 227
 Redler, Lucy 145, 159, 162, 186, 188
 Rehse, Sebastian 168
 Reich, Jens 6, 382
 Reichmuth, Stefan 278 f.
 Reineke, Stefan 142
 Reinhard, Wolfgang 493, 506
 Reinhardt, Arnd 272
 Reinhardt, Sven 498, 509
 Reis, Jakob 192
 Reissig, Rolf 302
 Renger, Denise 459, 508
 Rensmann, Lars 423, 504
 Renzsch, Wolfgang 432
 Reutter, Werner 432
 Rheidt, Klaus 513
 Ribbentrop, Joachim von 40, 54, 361, 379
 Richter, Saskia 465 f., 509
 Richter, Trude 60
 Riedel, Sunny 133
 Rieger, Jürgen 149, 182, 222, 414
 Riescher, Gisela 330, 498, 509
 Ringsmose, Jens 258
 Risse, Thomas 204
 Rittersporn, Gábor T. 489
 Ritzer, Uwe 195
 Rix, Sönke 5, 110, 121
 Roache, Rebecca 79
 Röbel, Sven 222
 Rockefeller, John D. 389-392
 Röder, Werner 47
 Rodrigues, Peter R. 498, 509
 Roemer, John E. 254
 Roewer, Klaus 511
 Roggio, Bill 201, 205, 209, 216
 Roginski, Arseni 45, 48
 Rohbohm, Hinrich 151
 Rohe, Mathias 278 f.
 Röhm, Ernst 380
 Rokeach, Milton 366
 Roller, Edeltraud 404
 Roller, Kathrin 16, 19
 Roosi, Ranno 469
 Rosanvallon, Pierre 467, 509
 Rose, Flemming 363
 Rose, Richard 478
 Rosenau, James 375
 Rosenbach, Marcel 216
 Rosenberg, Alfred 77, 352, 379
 Rosenzweig, Beate 471
 Rossi, Giovanni 69
 Rößler, Matthias 6, 409, 411
 Roth, Roland 116
 Rothfels, Hans 387
 Rousseau, Jean-Jacques 73-75, 395, 471
 Rove, Karl 357
 Roy, Arundhati 498, 509
 Roy, Oliver 277, 290, 292, 297, 499, 509
 Rubart, Frauke 235, 243 f., 247, 257
 Rübner, Hartmut 497, 508
 Ruchniewicz, Krzysztof 305
 Rudolph, Hermann 440 f., 509
 Ruggenthaler, Peter 468, 509
 Rühle, Hans 235
 Rumsfeld, Donald Henry 293, 295
 Rusconi, Gian Enrico 494, 507
 Ruß, Sabine 498, 509
 Rust, Bernhard 379
 Rydgren, Jens 238, 241, 252, 254, 256, 258
 Ryssok, Maximilian 52

Personenverzeichnis

- S., Renee Marc 154
Saage, Richard 73
Sadr, Mutaqa al- 293
Sager, Tomas 26, 89, 229
Saladin 289
Salzborn, Samuel 32, 469-471, 509
Sander, Hans-Dietrich 490
Sandschneider, Eberhard 204
Šapoval, Iouri 489
Sarkowicz, Hans 69
Sarrazin, Thilo 5, 10, 159, 280, 312-318, 321-324, 488, 504, 509
Sartre, Jean-Paul 470
Sattler, Heinrich 53
Sauerland, Karol 433
Saupe, Achim 502
Savulescu, Julian 79
Schabowski, Günter 304
Schacht, Hjalmar 495, 507
Schäfer, Alfred 74
Schafii, Mohammed ibn Idris asch- 213
Schafranek, Hans 38-40, 42, 49, 55, 62 f.
Schain, Martin 237
Schale, Frank 459
Schäuble, Wolfgang 413
Schaus, Hermann 190
Scheckenreuter, Charlotte 61
Schedler, Jan 26, 89, 503
Schedlich, Bosiljka 433
Scheer, Udo 304
Schemann, Ludwig 351
Schenk, Heinz 268
Scheuch, Erwin K. 364, 404 f.
Scheuermann, Christoph 210
Schewardnadse, Eduard 442
Schieder, Wolfgang 347, 472 f., 509
Schiffers, Reinhard 24
Schildt, Axel 378
Schill, Ronald 175
Schiller, Friedrich 383
Schily, Otto 112, 422
Schlee, Beatrice 344
Schleicher, Kurt von 379
Schleyer, Hanns Martin 20
Schlichting, Burkhard 418
Schlichting, Franz-Josef 298 f., 305, 510
Schlierer, Rolf 151 f.
Schlüter, Kai 473, 509
Schlüter, Poul 237
Schlüter-Knauer, Carsten 252
Schlütrumpf, Jörn 499, 509
Schmalzbauer, Fritz 188
Schmeling, Max 145
Schmid, Claudia 96
Schmidmayr, Michael 344
Schmidt, Daniel 461 f., 507
Schmidt, Hannelore 475
Schmidt, Helmut 474 f., 492, 509
Schmidt, Manfred G. 331 f.
Schmidt, Maria 305
Schmidt, Matthias 168, 170 f., 178
Schmidt-Nielsen, Johanne 245 f.
Schmied, Gerhard 80
Schmiederer, Ursula 259
Schmitt, Carl 22-24, 394, 443
Schmitt, Hermann 237
Schmitt-Beck, Rüdiger 448
Schmölders, Günter 364
Schneider, Daniel 202
Schneider, Manfred 16
Schneiders, Thorsten Gerald 15, 277 f., 425, 509
Schoeps, Julius H. 423, 504
Schöler, Uli 446
Schölermann, Stefan 228
Scholz, Robert 109, 149
Schönfelder, Jan 499, 509
Schönhuber, Franz 17
Schopenhauer, Arthur 395
Schorlemmer, Friedrich 302
Schorske, Carl 390 f.
Schramm, Gotthold 456 f., 505
Schrenk, Klemens H. 476, 509
Schröder, Gerhard 122, 358, 411, 487
Schröder, Kristina 108, 119, 122 f.
Schröder, Richard 298 f., 306 f., 509
Schroeder, Klaus 298 f., 306-308, 360, 509, 514
Schröter, Albrecht 304
Schubarth, Wilfried 21
Schubert, Gabriella 498, 508
Schubert, Klaus 85
Schubert, Thomas 5 f., 9 f., 234, 258, 330
Schuchardt, Gerd 304
Schuhmacher, Nils 88
Schuhmacher, Wolfgang 190
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 42 f., 45, 52-55, 62
Schuler, Dorothea 69
Schuler, Thomas 499, 509
Schulmeister, Stehan 499, 509
Schulte, Jan Erik 326
Schultze, Martin 485 f., 509
Schulz, Birgit 422 f., 504
Schulz, Tobias 435, 509
Schulze, Christoph 105

Personenverzeichnis

- Schumann, Siegfried 366
 Schümer, Dirk 473
 Schürer, Gerhard 308
 Schuster, Rudolf 358
 Schwab, Jürgen 25
 Schwabe, Klaus 14
 Schwabedissen, Katharina 193
 Schwan, Gesine 13, 31
 Schwan, Heribert 499, 509
 Schwanitz, Wolfgang 441 f., 506
 Schwarz, Hans-Peter 303
 Schwarze, Michael 71
 Schwarzmeier, Jan 272
 Schweitzer, Arthur 346
 Schwentker, Wolfgang 430
 Schwinner, Alfred 48-50
 Schymik, Carsten 239, 256
 Sebaldt, Martin 477 f., 494, 506, 509
 Seebacher, Brigitte 476
 Seeger, Matthias 200
 Seemann, Wenke 431 f., 504
 Seibel, Wolfgang 499, 509
 Seichter, Dorit 440
 Seidl, Claudius 279
 Selbiger, Josef 61
 Selbin, Eric 499, 509
 Seligmann, Rafael 499, 509
 Sellikat, Franz 52
 Sen, Amartya 277, 280 f., 289, 509
 Senft, Holger 489, 504
 Senger-Schäfer, Kathrin 192
 Sephardi, Moses 285
 Serrao, Marc Felix 226, 233,
 Sesink, Werner 75
 Shahzad, Syed Saleem 201 f., 208
 Sharif, Nawaz 295
 Sherzai, Gul Agha 296
 Siddique, Abubakar 207
 Sidiqi, Ahmed Wali 201, 218
 Sieberer, Ulrich 478 f., 509
 Siebert, Margarete 49
 Siegfried, Detlef 498, 509
 Siep, Ludwig 471
 Sifaoui, Mohamed 499, 509
 Silvennoinen, Oula 499, 509
 Simmel, Ernst 470
 Simon, Vera Caroline 298, 310, 509
 Simonis, Heide 499, 509
 Simonsen, Kirsten 238, 241 f., 254
 Sistani, Ali as- 293
 Six, Franz Alfred 20
 Skaarup, Peter 240
 Skidelsky, Robert 500, 509
 Skinner, Quentin 458
 Sohn, Ole 244, 249
 Sokol, Jan 305
 Soldner, Markus 476, 509
 Söllner, Alfons 6, 389
 Sommer, Bernd 6, 400 f., 509
 Sontheimer, Michael 449, 510
 Sorlin, Pierre 352
 Southwood, Nicholas 488, 504
 Søvndal, Villy 248
 Speer, Albert 501
 Speit, Andreas 181, 228
 Spengler, Oswald 288 f.
 Spier, Tim 6, 247 f., 253, 403-405, 449, 476, 506,
 510
 Spillmann, Kati 17 f.
 Spillmann, Kurt R. 17 f.
 Spiritova, Marketa 500, 510
 Spöhr, Holger 423, 510
 Springer, Silke 84
 Spuhler, Alfred 457
 Staaadt, Jochen 360
 Stahl, Daniel 327
 Stahlmann, Richard 454
 Stalin, Josef 8, 37-41, 53, 62, 64 f., 70, 77, 145,
 361, 389, 392, 438, 468, 509
 Stanicic, Sascha 159, 187
 Stark, Holger 201, 216
 Stark, Toralf 344
 Staud, Toralf 170, 179
 Staudinger, Josef 59
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 387
 Steffen, Christian 236, 253
 Steglich, Henrik 6, 150, 220, 406-408, 510
 Stehnikern, Franziska 344
 Steinberg, Guido 205-207
 Steinberg, Walter 44, 47, 59
 Steinbrück, Peer 6, 409-412, 510
 Steinert, Heinz 19
 Steinfeld, Thomas 279
 Steininger, Max 191
 Steininger, Rolf 499, 509
 Steinle, Matthias 25
 Stengel, Richard 500, 510
 Stern, Fritz 474 f., 509
 Steuwer, Janosch 497, 508
 Stickling, Emil 56 f., 63
 Stickling, Judina 57
 Stiller, Werner 473 f., 510
 Stirn, Andreas 480, 510
 Stoiber, Michael 485

Personenverzeichnis

- Stojaković, Krunoslav 433
 Stoph, Willi 499
 Stoss, Franziska 52
 Stöss, Richard 21, 116, 236 f., 252, 464
 Stöver, Philip 497, 508
 Stoye, Jan 27
 Straßer, Gregor 379
 Strauß, Franz Josef 453
 Strauss, Leo 391
 Striethorst, Anna 463, 505
 Stritter, Stefan 151
 Ströbele, Hans-Christian 422
 Strods, Heinrichs 469, 494, 507
 Strohmeier, Gerd 5, 8, 84, 102-104, 139
 Strohschneider, Tom 192
 Struck, Peter 208
 Sturm, Michael 461 f., 507
 Sturm, Roland 23, 87, 130, 139, 299, 421, 481, 497, 508, 510
 Surel, Yves 237
 Süß, Walter 428, 505
 Switek, Niko 139
 Symanek, Willi 42
 Szczerbiak, Aleks 241

 T., Alican 154
 Taggart, Paul 241
 Taha, Mahmud Muhammad 288
 Talibi, Mohammed 284, 286
 Taylor, Charles 297
 Tenfelde, Klaus 482, 510
 Terriff, Terry 484 f., 510
 Teschner, Jens 129
 Thadden, Adolf von 166
 Thamm, Berndt Georg 211
 Thatcher, Margaret 498
 Thein, Martin 228
 Thelen, Sibylle 460, 510
 Thesen, Mathias 480
 Thielbeer, Siegfried 257
 Thieme, Matthias 446 f., 504
 Thieme, Tom 236, 258
 Thiery, Peter 344
 Thoma, Richard 493
 Thomsen, Søren Risbjerg 247, 257
 Thomson, Thorsten 170, 179
 Thorning-Schmidt, Helle 240, 248, 257
 Thränhardt, Dietrich 168
 Tiedge, Hansjoachim 457
 Tils, Ralf 498, 509
 Timm, Christian 344
 Tippelskirch, Kurt von 48, 52-54

 Tischler, Carola 39, 41 f., 51, 61 f.
 Tito, Josip Broz 361
 Tobias, Fritz 434
 Todenhöfer, Jürgen 16
 Todorov, Tzvetan 500, 510
 Toledo, Petrus von 285
 Trads, David 258
 Treitschke, Heinrich von 280
 Troebst, Stefan 500, 510
 Trotzki, Leo 77, 158, 361, 508
 Truman, Harry S. 392
 Tzschoppe, Tilman 27
 Tuchscheerer, Heike 298 f., 309, 510
 Tuman, Joseph S. 500, 510
 Tutt, Heinz 137

 U., Thomas 206
 Uka, Arid 209
 Ulbricht, Walter 384
 Ullmann, Charlotte 193 f., 197
 Ullrich, Uwe 6, 350
 Ulrich, Alexander 192
 Umek, Hermann 53, 63
 Umland, Andreas 423
 Unger, Frank 239, 500, 510
 Urban, Johannes 204
 Urdze, Sigita 485, 510
 Usmani, Mohammed 296

 Valk, Ineke van der, 500, 510
 Van der Lubbe, Marinus 434 f.
 Van der Straeten, Karine 254
 Van Donselaar, Jaap 498, 509
 Van Gogh, Theo 493
 Van Ooyen, Robert Chr. 455 f., 508
 Van Rahden, Till 492, 506
 Vanhanen, Tatu 486
 Vasilache, Andreas 471
 Veen, Hans-Joachim 235, 298 f., 305, 510
 Vêlioca, Joachim 500, 510
 Venerabilis, Petrus 285
 Ventura, Angelo 500, 510
 Vesper, Bernward 19
 Vestager, Margrethe 257
 Vierecke, Andreas 501, 510
 Vieregge, Elmar 178, 224
 Vitzthum, Thomas 136
 Vogel, Pierre 212
 Vogel, Thomas 495, 507
 Voigt, Rüdiger 22, 467 f., 510
 Voigt, Sebastian 32
 Voigt, Udo 27, 147, 150, 166, 180-182, 226-228, 230

Personenverzeichnis

- Völkl, Kerstin 138
 Volkov, Shulamit 470
 Vollmer, Andreas M. 5, 9, 185
 Vollmer, Michael 469
 Voltaire, François-Marie Arouet 73
 Voß, Ulrich 194 f.
 Vries, Thorsten de 222
- Wachtler, Günther 16
 Wagenaar, Willem 500, 510
 Wagenknecht, Sahra 142, 187 f., 194
 Wagenlehner, Günther 16
 Wagner, Bernd 21
 Wagner, Richard 383
 Wagner, Sybil 16
 Wagner, Wolf 303
 Wähling, Sylvia 514
 Walter, Franz 476, 486 f., 510
 Walters, Vernon 483
 Walther, Gebhard von 38, 46, 52
 Wankel, Sibylle 195
 Wantok, Ak 263
 Wäschchenbach, Julia 137
 Wazir, Tarek al- 5, 10, 312
 Weber, Claudia 493, 506
 Weber, Eugen 348
 Weber, Hermann 22, 62
 Weber, Max 346, 348, 424, 430
 Wechselberg, Carl 192
 Weckenbrock, Christoph 139
 Wegemer, Gerard B. 77
 Wegener, Bernd 301
 Wehler, Hans-Ulrich 430, 501, 510
 Wehling, Hans-Georg 495, 507
 Wehner, Herbert 56, 60 f.
 Weick, Stefan 302
 Weidenfeld, Werner 298 f., 301, 506
 Weigel, Björn 351 f.
 Weigelt, Ernst 61
 Weigl, Michael 298 f., 301, 506
 Weinberg, Harald 192
 Weingart, Peter 77
 Weinke, Annette 325-328
 Weiss, Hilde 19
 Weiß, Ulrich 471
 Weißgerber, Ulrich 501, 510
 Weißmann, Karlheinz 495, 507
 Weißmann, Marliese 6, 363, 505
 Weizsäcker, Beatrice von 298 f., 309, 510
 Weizsäcker, Ernst von 326 f.
 Weizsäcker, Helmut von 441
 Weizsäcker, Richard von 440 f., 475, 506, 508 f.
- Welskopp, Thomas 494, 506
 Welzel, Christian 6, 369, 506
 Wendl, Michael 193
 Wendt, Bernd Jürgen 6, 378
 Wenzel, Rüdiger 238
 Werth, Nicolas 489, 504
 Werz, Nikolaus 501, 510
 Weßels, Bernhard 404
 Westergaard, Kurt 251, 363
 Wick, Franz 58, 63
 Wickmann, Jane 258
 Widfeldt, Anders 258
 Wiechmann, Hans-Gerd 181, 228
 Wiegel, Gerd 86
 Wiegeshoff, Andrea 325, 327 f.
 Wielgohs, Jan 497, 508
 Wiesendahl, Elmar 476
 Wildenmann, Rudolf 364
 Winckler, Stefan 77
 Wineroither, David M. 478
 Winkler, Jürgen R. 6, 366, 406
 Wippermann, Wolfgang 417
 Wirries, Clemens 247 f., 253
 Wischljow, Oleg 45, 47, 59, 62
 Wissler, Janine 188, 190, 193 f.
 Wittreck, Fabian 6, 369 f., 506
 Wittrock, Philipp 222
 Wolf, Frieder 300
 Wolf, Markus 442
 Wolsing, Ansgar 448
 Worch, Christian 177, 180, 183 f., 228
 Worley, Matthew 501, 510
 Wörmer, Nils 205-207
 Woyke, Andreas 79
 Woyke, Wichard 88
 Wulff, Christian 492, 506
 Wulff, Thomas 222, 227
 Wunschik, Tobias
- Ye'Or, Bat 284
 Yoldas, Mustafa 155
 Young, Owen 328
 Yousef, Mosaf Hassan 277 f., 291 f., 510
- Zach, Kurt 177
 Zänker, Dieter 464, 508
 Zardari, Ali 295
 Zarqawi, Abu Musab al- 293
 Zasowk, Ronny 28
 Zega, Franc 194
 Zeh, Wolfgang 476
 Zehnpfennig, Barbara 6, 67, 80, 394

Personenverzeichnis

Zeiss, Carl 304
Zeitler, Benjamin 494, 506
Zelle, Karl-Günter 501, 510
Zhou, Enlai 361
Ziercke, Jörg 208
Zimmering, Raina 501, 510
Zimmermann, Moshe 6, 325, 505
Zimmermann, Wolfgang 136 f., 145, 194

Zittel, Thomas 501, 510
Žižek, Slavoj 430, 505
Zloch, Stephanie 501, 510
Zohlhöfer, Reimut 431 f., 482, 505
Zotti, Stefan 501, 510
Zylla, Jörn 501, 510
Zysk, Anja 221 f.

Autorenverzeichnis

- Dr. Werner Abel, i. R., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
Tarek Al-Wazir, MdL, Hessischer Landtag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden.
Dr. Kai Arzheimer, Prof., Universität Mainz, Politikwissenschaft, 55099 Mainz.
Dr. Maurizio Bach, Prof., Universität Passau, Soziologie, 94030 Passau.
Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.
Dr. Udo Baron, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Lavesallee 6, 30169 Hannover.
Dr. Klaus von Beyme, Prof. em., Universität Heidelberg, Politische Wissenschaft, 69115 Heidelberg.
Dr. Marc Brandstetter, Redaktionsleiter von „Endstation Rechts“, Ulmenliet 21, 21033 Hamburg.
Dr. Wilfried von Bredow, Prof. em., Universität Marburg, Politikwissenschaft, Altes Schulhaus Göttingen, 35094 Lahntal.
Dr. Frank Decker, Prof., Universität Bonn, Politische Wissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
Dr. Felix Dirsch, Fünfkirchener Straße 24, 85435 Erding.
Dr. Farah Dustdar, 59, Bd. Prince Felix, 1513 Luxemburg-Kirchberg, Luxemburg.
Willi Eisele, Landesvorsitzender des Bayerischen Geschichtslehrerverbands e.V., Kiefernweg 1, 82515 Wolfratshausen.
Dr. Birgit Enzmann, PD, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Politikwissenschaft, Universitätsallee 1, 85071 Eichstätt.
Dr. Hans Fenske, Prof. i. R., Universität Freiberg, Geschichtswissenschaft, 79085 Freiberg.
Sandra Fischer, M. A., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
Dr. Lars Flemming, Schulstraße 11, 08064 Zwickau.
Dr. Erhard Forndran, Prof. em., Universität Magdeburg, Politikwissenschaft, Zschokkestr. 32, 39104 Magdeburg.
Ulrike Esther Franke, Doktorandin, Sperberweg 7, 52134 Herzogenrath.
Dr. Karl Wilhelm Fricke, Publizist, Dransdorfer Straße 32, 50968 Köln.
Dr. Peter Frisch, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a. D., Am Römerlager 13, 53117 Bonn.
Dr. Lothar Fritze, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.
Dr. Alexander Gallus, Prof., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock.
Dr. Florian Grotz, Prof., Universität Lüneburg, Politikwissenschaft, Scharnhorststraße 1, 21335 Lüneburg.
Dr. Ralf Grünke, Am Nidderfeld 38, 61130 Nidderau.
Dr. Hendrik Hansen, PD, Universität Passau, Politikwissenschaft, Michaeligasse 13, 94032 Passau.
Dr. Florian Hartleb, Centre for European Studies, 20, Rue du Commerce, 1000 Brüssel, Belgien.
Dr. Ludger Helms, Prof., Universität Innsbruck, Politikwissenschaft, Hadikgasse 44/4, 1140 Wien, Österreich.
Stephan Hilsberg, ehemaliges MdB, SPD-Fraktion, Bahnhofstr. 28, 01945 Ruhland.
Dr. Gerhard Hirscher, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München.
Dr. Hannelore Horn, Prof., i. R., Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, 14195 Berlin.
Dr. Rudolf van Hüllen, Hohenzollernstraße 82, 47799 Krefeld.
Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof., FHVR Berlin, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.
Dr. Eckhard Jesse, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
Dr. Max Kaase, Prof. em., Universität Bremen, Campus Ring 1, 28759 Bremen.
Dr. Susanne Kailitz, Publizistin, Helmholtzstraße 4, 01069 Dresden.
Marie-Isabel Kane, M. A., Gustav-Müller-Straße 20a, 10829 Berlin.
Hanka Kliese, M. A., MdL, Sächsischer Landtag, SPD-Fraktion, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden.
Dr. Marianne Kneuer, Prof., Universität Hildesheim, Politikwissenschaft, Marienburger Platz 22, 31141 Hildesheim.

Autorenenverzeichnis

- Stephan J. Kramer, Generalsekretär, Zentralrat der Juden in Deutschland, Tucholskystraße 9, 10117 Berlin.
- Anita Krätzner, Doktorandin, Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Straße 28, 18055 Rostock.
- Dr. Volker Kronenberg, Prof., Akademischer Direktor, Universität Bonn, Politische Wissenschaft, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
- Dr. Thomas Krumm, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Anne Lang, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Goethestraße 31, 45128 Essen.
- Dr. Gerd Langguth, Prof., Universität Bonn, Politische Wissenschaft, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
- Dr. Hans-Joachim Lauth, Prof., Universität Würzburg, Politikwissenschaft, Wittelsbacherplatz 1, 97074 Würzburg.
- Johannes Le Blanc, Universität Zürich, Politikwissenschaft, Affolternstraße 56, 8050 Zürich, Schweiz.
- Dr. Claus Leggewie, Prof., Universität Gießen, Ludwigstraße 34, 35390 Gießen.
- Dr. Sebastian Liebold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Peter Lösche, Prof. em., Universität Göttingen, Politikwissenschaft, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen.
- Dr. Michail Logvinov, Vetersstraße 54, 09126 Chemnitz.
- Dr. Hans Maier, Prof., Universität München, Philosophie, Ludwigstraße 31/II, 80539 München.
- Tom Mannewitz, B. A., Doktorand, ZU Chemnitz, Bautzner Straße 44, 01099 Dresden.
- Dr. Miroslav Mareš, PD, Masaryk Universität, Politikwissenschaft, Joštova 10, 60200 Brunn, Tschechien.
- Dr. Tilman Mayer, Prof., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
- Dr. Wilhelm Mensing, Weißdornweg 129, 53177 Bonn.
- Dr. Marco Metzler, Goethestraße 18, 09569 Oederan.
- Dr. Lazaros Miliopoulos, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Mainz, Geschichtswissenschaft, Staudingerweg 7, Postfach 19, 55128 Mainz.
- Dr. Patrick Moreau, Prof., Rue de la Convention, 75015 Paris, Frankreich.
- Dr. Andreas Morgenstern, Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Urbansplatz 2, 70182 Stuttgart.
- Dr. Werner Müller, Prof., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock.
- Dr. Helmut Müller-Enbergs, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, BStU, Abt. Bildung und Forschung, Otto-Braun-Straße 70-72, 10178 Berlin.
- Dr. Ernst Nolte, Prof. em., Freie Universität Berlin, Geschichtswissenschaft, Bamberger Straße 32, 10799 Berlin.
- Dr. Lars Normann, Schleidener Straße 19, 53121 Bonn.
- Dr. Werner J. Patzelt, Prof., TU Dresden, Politikwissenschaft, 01062 Dresden.
- Madeleine Petschke, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof., Fachhochschule des Bundes, Außenstelle BMI-Schule 1, Gabrielweg 4, 53913 Swisttal.
- Dr. Sebastian Prinz, Eisenacherstraße 103, 10781 Berlin.
- Dr. Jens Reich, Prof., Max Delbrück Center, Robert-Rössle-Straße 10, 13092 Berlin.
- Matthias Röbber, MdL und Landtagspräsident, Sächsischer Landtag, CDU-Fraktion, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden.
- Dr. Frank Schale, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Thomas Schubert, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.
- Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lasallestraße 1, 08058 Zwickau.
- Dr. Alfons Söllner, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Richard Stöss, Prof., Freie Universität Berlin, Politische Wissenschaft, Ihnestr. 26, 14195 Berlin.
- Dr. Gerd Strohmeyer, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Roland Sturm, Prof., Universität Erlangen, Politische Wissenschaft, Kochstraße 4, 91054 Erlangen.
- Uwe Ullrich, Eichstr. 15., 01309 Dresden.
- Andreas M. Vollmer, Diplom-Politologe, Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München.

Autorenverzeichnis

Michael Vollmer, M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Universität Hamburg, Gerichtswissenschaft, Beim-Andreas-Brunnen 8, 20249 Hamburg.

Dr. David M. Wineroither, Universität Innsbruck, Politikwissenschaft, Universitätsstraße 15, 6020 Innsbruck, Österreich.

Dr. Jürgen R. Winkler, PD, Universität Mainz, Politikwissenschaft, Saarstraße 1, 55099 Mainz.

Dr. Barbara Zehnpfennig, Prof., Universität Passau, Politikwissenschaft, 94030 Passau.

Inhalt Band 22/2010

Editorial

Analysen

Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik
Mathias Brodkorb, Vom Verstehen zum Entlarven
Jürgen Plöhn, Extremismus im Reichstag der Weimarer Republik
Tom Mannewitz, Sonderfall Ostdeutschland?

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2009
Uwe Backes, Organisationen 2009
Alexander Gallus, Dokumentation 2009
Matthias Mletzko, „Sturm 34“
Bettina Blank, Die VVN-BdA und das Grundgesetz
Dirk Baehr, Charakteristika salafistischer Strömungen in Deutschland
Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Sahara Wagenknecht
Thorsten Winkelmann, Länderporträt: Südafrika
Mathias Brodkorb/Stefan Bruhn, Zeitschriftenporträt: Hier & Jetzt

Literatur

Literaturbericht:

Stefan Wolle, Die friedliche Revolution und der Mauerfall 1989

Sammelrezension:

Jürgen R. Winkler, Der Rechtsextremismus der Gegenwart und seine Bekämpfung
»Kontrovers besprochen«:

David Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus (Adolf Kimmel, Wolfgang Kraushaar, Patrick Moreau)

Rezensionsessay:

Ernst Nolte, Die dritte radikale Widerstandsbewegung (Mathias Brodkorb)

»Wieder gelesen«:

Hans Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre (Frank Schale)

Literatur aus der „Szene“:

André Busch, Blutzeugen (Elmar Vieregge)

Hauptbesprechungen:

Margaret Lavinia Anderson, Lehrjahre der Demokratie (Hans Fenske)
Hans Herbert von Arnim, Volksparteien ohne Volk (Peter Lösche)
Archie Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus (Ernst Nolte)
Martin van Creveld, Gesichter des Krieges (Wilfried von Bredow)
Lothar Fritze, Legitimer Widerstand? (Wulf Kellerwessel)
Robert Gellately, Lenin, Stalin und Hitler (Iring Fetscher)
Geyer/Fitzpatrick (Hrsg.), Beyond Totalitarianism (Uwe Backes)
Kamiński/Persak/Gieseke (Hrsg.), Handbuch der kommunistischen Geheimdienste (Gerhard Wettig)
Gilles Kepel, Die Spirale des Terrors (Hendrik Hansen)
Ben Kiernan, Erde und Blut (Immanuel Geiss)
Hubertus Knabe, Honeckers Erben (Jürgen P. Lang)
Tilmann Lahme, Golo Mann (Helmut Wagner)
Reinhard Mehring, Carl Schmitt (Alfons Söllner)
Herbert Mies, Mit einem Ziel vor Augen (Rudolf van Hüllen)
Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit (Hans-Gerd Jaschke)
Müller/Hartmann, Vorwärts und vergessen (Dorit Seichter)
Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen (Arnulf Baring)
Verfassungsschutzbericht 2008 (Tom Thieme)
Evelyn Völkel, Der totalitäre Staat (Birgit Enzmann)
Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich (Armin Pfahl-Traughber)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis

Inhalt Band 21/2009

Editorial

Analysen

Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke
Lazaros Miliopoulos, Totalitarismus-Ansatz nach 1990
Roland Sturm, Nordirland-Konflikt
Frank Decker, Plebiszitäre Demokratie

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2008
Uwe Backes, Organisationen 2008
Alexander Gallus, Dokumentation 2008
Mathias Brodtkorb, Rechtsextremismus und Neue Rechte
Jürgen P. Lang, Die Linke
Mikhail Logvinov, Islamismus
Elmar Vieregge, Biographisches Porträt: Andreas Molau
Marianne Kneuer, Länderporträt: Spanien
Karsten Dustin Hoffmann, Zeitschriftenporträt: Zeck

Literatur

Literaturbericht:

Kristin Wesemann, Im Westen nichts Neues: Die 1968er-Forschung entdeckt Osteuropa

Sammelrezension:

Alexander Straßner, Terrorismus und Verfassungsstaat

»Kontrovers besprochen«:

Ehrhart Neubert, Unsere Revolution (Martin Böttger, Stephan Hilsberg, Wolfgang Rüdtenklau)

Rezensionessay:

Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt (Ernst Nolte)

»Wieder gelesen«:

Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (Iring Fetscher)

Literatur aus der „Szene“:

Jürgen Schwab, Angriff der neuen Linken (Armin Pfahl-Traugher)

Hauptbesprechungen:

Michael Burleigh, Irdische Mächte, göttliches Heil (Hans Fenske)
Deutz-Schroeder/Schroeder, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? (Hubertus Knabe)
Orlando Figes, Die Flüsterer (Hannelore Horn)
Georg Fülberth, Die Linke (Viola Neu)
Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände (Matthias Micus)
Robert Kagan, Die Demokratie und ihre Feinde (Wilfried von Bredow)
Andreas Klärner, Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit (Mathias Brodtkorb)
Bogdan Musial, Kampfplatz Deutschland (Wilfried Loth)
Maria Nooke, Für Umweltverantwortung und Demokratisierung (Eckhard Jesse)
Emanuel Richter, Die Wurzeln der Demokratie (Alfons Söllner)
Wolfgang Schieder, Faschistische Diktaturen (Rainer Behring)
Stephan Schlak, Wilhelm Hennis (Nikolaus Werz)
Gunnar Folke Schuppert, Politische Kultur (Frank Decker)
Sebastian Schwark, Zur Genealogie des modernen Antiamerikanismus in Deutschland (Sandra Fischer)
Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland (Brigitte Seebacher)
James Sheehan, Kontinent der Gewalt (Hendrik Thoß)
Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.), Opposing Europe? (Florian Hartleb)
Verfassungsschutzbericht 2007 (Thomas Schubert)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis

Inhalt Band 20/2008

Editorial

Analysen

Eckhard Jesse, 60 Jahre Demokratie in Deutschland
Uwe Backes, 60 Jahre Extremismus in Deutschland
Werner Müller, Karl Schirdewan – kein Reformkommunist
Wolfgang Kraushaar, Die 68er – 40 Jahre danach

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2007
Uwe Backes, Organisationen 2007
Uwe Backes, Dokumentation 2007
Sandra Pingel-Schliemann, NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
Helmuth Müller-Enbergs, 25 Jahre MLPD
Marc Brandstetter, Autonome Nationalisten im Vergleich
Martin Thein, Biographisches Porträt: Christian Worch
Melani Barlai/Florian Hartleb, Länderporträt: Ungarn
Norman Bock, Zeitschriftenporträt: junge welt

Literatur

Literaturbericht:

Eckhard Jesse, 30 Jahre nach dem sogenannten „deutschen Herbst“

Sammelrezension:

Alexander Gallus, Intellektuelle im Zeitalter der Extreme

»Kontrovers besprochen«:

Richard Dawkins, Der Gotteswahn (Heinrich Lüchtenborg, Tilman Mayer, Jens Reich, Armin Pfahl-Traugher, Tom Thieme)

Rezensionsessay:

Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie (Christopher Daase)

»Wieder gelesen«:

Ghița Ionescu/Ernest Gellner (Hrsg.), Populism (Frank Decker)

Literatur aus der „Szene“:

Sahra Wagenknecht, Armut und Reichtum heute (Susanne Kailitz)

Hauptbesprechungen:

Joseph Croitoru, Hamas (Tânia Puschnerat/Gilbert Siebertz)

Bernadette Droste, Handbuch des Verfassungsschutzrechts (Peter Frisch)

Markus Freitag/Uwe Wagschal, Mehr direkte Demokratie wagen (Birgit Enzmann)

Jörg Friedrich, Yalu (Hans Fenske)

Christoph Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR (Ilko-Sascha Kowalczyk)

Sabine Kropp/Hans-Joachim Lauth, Gewaltenteilung und Demokratie (Marianne Kneuer)

Hans Maier, Politische Religionen (Evelyn Völkel)

Cas Mudde, Populist Radical Right Parties in Europe (Florian Hartleb)

Wolfram Pyta, Hindenburg (Peter März)

Wolfgang Richter (Hrsg.), Ein neuer Faschismus? (Eckhard Jesse)

Mike Schmeitzner, Totalitarismuskritik von links (Manfred Funke)

Spier/Butzlaff/Micus/Walter (Hrsg.), Die Linkspartei (Viola Neu)

Fritz Stern, Fünf Deutschland und ein Leben (Brigitte Seebacher)

Tom Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz (Tina Oltenau)

Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung (Bernd-Jürgen Wendt)

Verfassungsschutzbericht 2006 (Lukáš Novotný)

Frank Vollmer, Die politische Kultur des Faschismus (Alfons Söllner)

Heinrich A. Winkler, Auf ewig in Hitlers Schatten (Iring Fetscher)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis